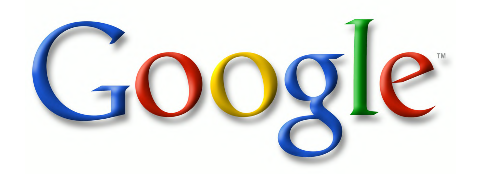




Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1865

Zweiter Band.

Historisch-politische
Blätter
für das
katholische Deutschland,

redigirt

von

Edmund Jörg und Franz Binder.

(Eigenthum der Familie Görres.)

Sechsundfünfzigster Band.

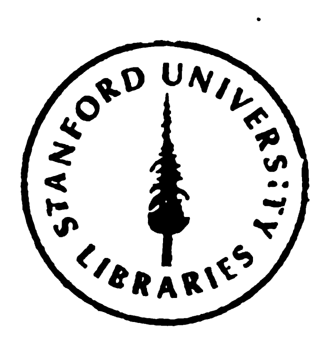


München, 1865.
In Commission der literarisch-artistischen Anstalt.

Inhaltsverzeichniß.

Seite




STANFORD UNIVERSITY
LIBRARIES

Historisch-politische Blätter

für das

katholische Deutschland.

Des Jahrgangs 1865

Zweiter Band.

Historisch-politische
Blätter

für das

katholische Deutschland,

redigirt

von

Edmund Jörg und Franz Binder.

(Eigenthum der Familie Görres.)

Sechsundfünfzigster Band.



München, 1865.

In Commission der literarisch-artistischen Anstalt.

Inhaltsverzeichniß.

Seite

I.

Fürstabt Balthasar von Fulda und die Stifts-Rebellion von 1576.

Die moderne Geschichtsmacherei hat auch das Leben des Fürstabtes Balthasar von Dernbach genannt Graul (1570 — 1606) zu ihren Zwecken auszubeuten gesucht. Den Beweis liefern zwei Werkchen des Prof. Dr. Heinrich Heppe zu Marburg: 1) Die Restauration des Katholicismus in Fulda, auf dem Eichsfelde und in Würzburg, urkundlich dargestellt (Marburg, Elwert 1850) und 2) Entstehung, Kämpfe und Untergang evangelischer Gemeinden in Deutschland, urkundlich dargestellt. Heft I. Hammelburg und Fulda (Wiesbaden, Riedner 1862). Ueber den Zweck der beiden Werkchen läßt neben ihrer ganzen Haltung die Dedication und Einleitung des letztern keinen Zweifel: es gilt der Förderung des Gustav-Adolf-Vereins und der Eroberung katholischer Provinzen Deutschlands. Die Werkchen selbst glauben wir kurz als leidenschaftliche Arbeiten nach einer individuellen religiösen Anschauung und als „urkundliche Darstellungen" — ohne Urkunden kennzeichnen zu dürfen.

Um so strenger werden wir in der nachfolgenden Darstellung uns an die Urkunden halten. Es handelt sich in derselben nicht nur um die biographische Rechtfertigung eines

viel verkannten Mannes, sondern auch um ein denkwürdiges Stück aus der Reichs- und Rechtsverwirrung des 16. Jahrhunderts, welches nicht anders als im engsten Anschluß an die Quellen aus dem Wuste der Parteiung rein herausgearbeitet werden kann*).

---

*) Wir haben namentlich die folgenden Quellenschriften zu unserer Arbeit benützt. Aus dem kurfürstlichen Regierungsarchiv zu Fulda ganze Risse meist unedirter Manuscripte:

1) Acta vndt Handelung, was sich zwischenn vnserm G. F. vndt Herrn, dem Kapitel, Ritter- vndt Bürgerschaft zu Fulde wegen der Religion vnd Jesuiter zugetragen.

2) Verschiedene einzelne Briefe in Sachen der Ritterschaft. Original der Hammelburger Capitulation. Eine Abschrift der Informatio iuris scripti et aequitatis in causa Fuldensi Andres.

3) Tomus Romanarum literarum. — In hoc libro continentur ea quae ad S. D. N. Gregorium XIII., Cardinales, Nuncios Apostolicos, Agentem Romanum et alios bonos in Negotio Fuldensi cum Epo. Herbipolensi de Abbatiae possessione controverso a mense Julio anni 1576 usque ad Martium a. 1582 hinc inde scripta, rescripta et acta sunt. Reliqua quae desiderantur et post comitia Augustana a mense Julio a. 1582 ac deinceps usque ad obitum D. Gregorii Papae XIII. perscripta fuere, partim in Tertio partim in Quarto Actorum Fuldensium Tomis reperientur. Quae vero sub D. Sixto Papa V. a mense Maio a. 1586 in eadem causa scripta sunt, ea hisce in fine seorsum adiuncta exstant.

4) Tomus primus actorum Fuldensium. Erster Theill derenn zwischenn dem Hochwürdigen Fürsten vnnd Herrnn, Herrnn Julium Bischouen zu Würtzburg vnnd Herrnn Balthasaren Abbten des Stiffts Fulda ergangener streittiger Handelunng, wie sich nemblich diese annfanglichen zu Hammelburg verlauffen, was hierauf durch die Röm: Kay: Maytt: vnnd die Stenndt des Reichs auf dem damals zu Regenspurg gehaltenen Reichstag eruolget vndt sich hernacher bei noch wehrender Würtzburgischer Fuldischer Regierung zugetragenn a mense Junio a. 1576 usque ad mensem Martium a. 1577.

5) Tomus secundus actorum Fuldensium. Annder Theil derenn zwischenn Würtzburg vnnd Fuldt strittigenn Handtlunng,

I. Zustände im Stift und der Streit mit den Neugläubigen.

Bereits im 13. Jahrhundert finden wir im Nassauischen durch die Ausdehnung seiner Besitzungen, wie durch die Zahl

---

was sich bei des Herrnn Kaiserlichenn Commissarii abforderunng des Stiefftś Fulda zugetragenn vnnd hernacher bei angestelltenn gutlichen Verhersstag zu Wienn, zu Aschennburg, zu Speyer, zu Maintz vorganngenn, vnnd welcher gestalt unser gnediger Fürst vnnd Herr vonn Fulda das Hauß Bieberstein eröffnet vnnd eingereumbt werdenn. Erstreckt sich a mense Martio a. 1577 usque ad mensem Junium 1582.

6) Tomus tertius Actorum Fuldensium. Dritter Theill derenn zwischen Würtzburg vnnd Fuldt ergannngenen Handtlunng, vornemblich was bey Augspurgischem Reichstag annfennglich wegen guetlicher durch Hertzog Wilhelmenn inn Bayernn versuchter Tractation, vnnd auf entstehunng derselbigenn beschehener Chur- vnd Fürstenn, auch bäpstlichenn Gesanndtenn Intercession, hernachmals auch erfolgter Kay: entlicher Präfixionn termini ad producendum libellum allenthalben vorgelauffen a mense maio a. 1582 usque ad mensem maium 1584.

7) Tomus quartus actorum Fuldensium. Vierter Theyl derenn zwischenn Würtzburg vnd Fuldaw ergangener Handtlung, so sich in vnd bey dem gerichtlichen Proceß a mense Maio a. 1584 hinc inde zugetragenn.

8) Tomus quintus fannget sich ann vonn der Kais. Commission pro audiendis testibus. Fulda contra Würtzburg.

9) Tomus sextus fanget sich ahn vonn Kayserlicher Commission zue Würtzburg pro audiendis testibus et documentis producendis. Würtzburg contra Fuldam.

10) Tomus septimus enthält verschiedene Dokumente und Briefe.

11) Tomus octavus fangt sich an von Uebergebunng der Akten ad referendum anno Domini 1596.

12) Tomus iudicialis. Tomus singularis Actorum iudicialium in causa Fuldensi contra Herbipolensem et consortes.

13) Die verschiedenen Proceßschriften der Gegner. Wahrhafte Widerlegung des fuldischen Gedichts, nämlich der Informatio iuris scripti et aequitatis. — Exceptiones vnnd Ursachen warum die vermeinten vier Clagen nit statthaben noch man sich darauff ein-

seiner Glieder gleich ausgezeichnet das Rittergeschlecht de
von Dernbach oder auch Dermbach, deren Stammschlo
jetzt kaum noch wahrnehmbar zwischen Herborn und Herborr
selbach lag. Da ihnen bei ihrer steigenden Bedeutung d
Oberherrlichkeit der Grafen von Nassau lästig wurde, so übe
ließen sie durch Kaufbrief vom 7. November 1309 ihre Bur
Dernbach in der Herbermark dem Landgrafen Otto von Hesse
der sie dagegen zu seinen Burgmännern bestellte und sich an
heischig machte, eine Stadt bei Dernbach anzulegen. S
wurden sie nach einigen, gerade durch diesen Vertrag ent
standenen Feindseligkeiten zwischen Nassau und Hessen voll
kommen hessisch, gaben zuletzt jede Beziehung zu Nassau au

---

zulassen schuldig. Balthasar contra Julium. — Die beiderseitige Responsiones.

14) Rotulus examinis testium in causa des hochwürdige Fürsten vnd Herrn, Herrn Julii .... contra den auch hochwü digenn Fürstenn vnnd Herrn, Herrn Balthasar ....

15) Rotulus Examinis in Sachen der Ehrwürdigen, Edlen vn vesten Herrn Dechant, Capitularen vnd Ritterschaft des Stieffte Fulden vnd in der Buchen contra den hochwürdigen Fürsten vn Herrn, Herrn Balthasar ....

16) Attestationes in causa commissionis und Zeugenverhö zwischen dem Hochwürdigen Fürsten und Herrn, Herrn Balthesar Abbten des Stieffts Fuldä ꝛc. contra den auch Hochwürdige Fürsten und Herrn, Herrn Julium Bischouen zue Würtzburg ꝛc.

Aus der kurfürstlichen Landesbibliothek zu Fulda wurde ferner al ein gerade in Sachen Balthasars unverdächtiger Zeuge benutzt: Histori von Anfang, Fortgang, Vnderhaltung des reformirten Predig Amtes Augspurgischer Confession in der christlichen Gemeinde z Hammelburg. Beschrieben zu Dienst und Ehren den Ehrenhafften achtbaren vndt wohlweisen Bürgermeister, Schöpffen vndt Rat der Stadt Hammelburg Seinen insonders Günstigen Herrn vnd Patronen durch M. Georgium Horn. Anno 1585. Foliant.

Aus der bischöflichen Seminariumsbibliothek: Collegii Ful densis exordia et annuae litterae ad memoriam posteritatis addita in fine Collegii historia ex variis contexta anno Xti 160 exeunte. Foliant.

und blieben nur mit Sayn und Trier im Lehnsverhältniß. Im letzten Viertel des 14. Jahrhunderts wurde Konrad von Dernbach aus seiner Ehe mit Margaretha Gräfin von Solms durch seine zwei Söhne Otto und Heinrich der Stammvater der beiden Hauptlinien dieses Geschlechts. Während die von Heinrich abstammende jüngere Linie bis zur Gegenwart im Adelstande verblieb, erlosch die von Otto herrührende ältere Linie, die von dem Urenkel Otto's, Hans von Dernbach, den Beinamen Graul erbte, mit dem Ende des 17. Jahrhunderts, nachdem sie dem Reiche zwei Reichsfürsten gegeben hatte und zuletzt durch den Erwerb der Herrschaft Wiesenthaid in Franken in den Reichsgrafenstand erhoben worden war. Des ebengenannten Hans von Dernbach Enkel Peter vermählte sich um die Mitte des 16. Jahrhunderts mit Clara Klaur von Wöhra und wurde Vater von zehn Kindern.

Aus dieser Familie, welche mit Ausnahme des Vaters, den ein guter Zeuge ausdrücklich den einzigen katholischen Ritter Hessens nennt, ganz der neuen Lehre ergeben war, stammte Balthasar, selbst in der Irrlehre geboren und erzogen. Doch wurde er im zarten Knabenalter in das Kloster zu Fulda aufgenommen und empfahl sich daselbst schon als Jüngling durch Klugheit, Frömmigkeit, Keuschheit, Nüchternheit, Seeleneifer und andere hervorragende Körper- und Geisteseigenschaften bei Allen in so hohem Grade, daß er bereits im J. 1568 Capitular des Stifts, im folgenden Großdekan und Propst von Andreasberg und am Feste der Bekehrung Pauli Mittwoch den 25. Januar 1570 einhellig durch die Pröpste Hermann von Windhausen, Joh. Wolfg. Schott von Memelsdorf, Philipp Schade von Ostheim und Heinrich Rau von Holzhausen zum Fürstabt erwählet wurde. Obwohl er das zur Benediktion erforderliche Alter noch nicht hatte, so war er doch, wie ihn ein Zeitgenosse schildert, ein Mann, welcher Auktorität und Herablassung zu paaren und mit dem jugendlichen Aussehen eines Prälaten den Glanz und die Würde eines Fürsten so zu vereinigen wußte, daß er dazu

geboren schien, ehrfurchtsvolle Scheu einzuflößen und zugleich Aller Wohlwollen zu gewinnen. In der That hielt er wie ein Mann mit der größten, im Leiden wachsenden Festigkeit an seinen Grundsätzen; als Fürst wußte er seine Pläne mit großer Klugheit und seltenem Gerechtigkeitssinne durchzuführen, und dabei fehlte keineswegs die Milde des Prälaten. Balthasar war mithin zu großen Thaten berufen. Vor Allem machte er sich zur Aufgabe seines Lebens, das altehrwürdige Hochstift der Kirche zu erhalten, und in diesem Vorhaben konnte ihn eine bald nach seiner Wahl durch den Erfurter Weihbischof Elgard hinterbrachte Aufforderung des Papstes nur bestärken.

Allein dieses Ziel war nicht so leicht zu erreichen. Denn Balthasars Regierungsantritt fiel in trübe Zeiten. Die Bewegung des sächsischen sog. Reformators drang auch in die stillen buchischen Thäler, in denen das Auge des großen Bonifacius eine sichere Stätte für ein Kloster als dauernde Grundlage und Mittelpunkt apostolischer Thätigkeit erkannt hatte. In diesem Kloster und in den dasselbe ringsumgebenden Zellen hatte sich lange, über sieben Jahrhunderte lang, durch den Geist des Heiligen und seiner heiligen Schüler eingehaucht und durch den Segen der theuren Reliquien gepflegt, als die Frucht des Glaubens auf germanischem Boden ein Leben entfaltet, das in seinen Anfängen vom heil. Aegil beschrieben, sich würdig an das Leben der römischen Christen in den Katakomben und der Mönche in der Thebais anreiht. Lange waren von seiner Schule die Strahlen der wahren Bildung bis an die deutschen Grenzen und darüber hinaus gedrungen, und hatten aus der Mitte seiner Bewohner zahlreiche Männer die Bischofsstühle des Reichs, besonders den ersten derselben zu Mainz bestiegen, um thätig in die Geschicke desselben einzugreifen. Ebenso lange hatten hinwieder das Haupt und die Glieder des Reichs dieses Stift wie ihr Herz, von dem sie geistiges Leben empfingen, geliebt und geehrt, und ihm durch Reichthum und Würden zu Macht und Einfluß verholfen. Der Abt war Reichsfürst und wohnte als

solcher, gesondert vom Kloster, in seinem Schlosse. Die Pröpste, vier bis sechs an der Zahl, bildeten unter dem Dekan das Kapitel, welchem für den Fall des Interregnums beim Tode des Abtes die Ritterschaft und Landschaft eidlich verpflichtet waren, und lebten meist mit einzelnen Ordensbrüdern auf ihren Propsteien, von denen sie nur auf kurze Zeit nach der Stadt kamen, ihre Geschäfte zu erledigen.

Fulda war mit der Zeit ein adeliches Stift geworden, die eintretenden Religiosen waren der strengsten Ahnenprobe unterworfen*). Daraus erklärt sich nicht nur bei den nachfolgenden Ereignissen der Zusammenhalt des Kapitels mit der rebellischen Ritterschaft, sondern auch mancher andere Keim des Verderbens. Hielten sich auch die Aebte meistens fleckenlos, so waren doch im Jahrhundert der sog. Reformation die Pröpste verweltlicht und entsittlicht im Wohlleben und Concubinat, und die übrigen Mönche im Kloster und auf den Propsteien unterschieden sich nur durchs Skapulier von dem gleichfalls entarteten, nicht zahlreichen Säkularklerus. Der Chor war verklungen; die einst so besuchte Schule verödet. Seit der Bauernkrieg die Abtei erschüttert und die schwarzen Haufen zum Denkmale ihres kurzen Triumphes das die Stadt krönende Kloster Frauenberg in eine Ruine verwandelt hatten, fing das ehedem so herrliche Stift ganz zu wanken an. Der bessere Theil des Klerus konnte den verderblichen Bestrebungen

---

*) In den „Decreta apostolica Petri Aloysii de Caraffa Episcopi Tricariensis et Nuncii apostolici de 31. Julii 1627" Nr. 36 sagt der zur Visitation und Reformation des Klosters zu Fulda gesandte Cardinal: „Cum haud debeant Religionum aditus praecludi aut arctari praesertim in hisce partibus, in quibus ob vicinas haereses non ita multi ad religiosam vitam adspirant: idcirco quoniam antehac nobiles, qui ad Fuldense Coenobium admitti et in eo profiteri voluerunt, *quatuor solummodo ex utroque latere nobilitatis gradus* probarunt, volumus ut deinceps ad plures gradus probandos et ad plura familiae stemmata deducenda in eum finem adigi non possint."

und Einflüsterungen der Nachbarfürsten, wie eines Philipps des Großmüthigen, denen fast die ganze Ritterschaft von ihren Interessen getrieben und selbst die Stadt, obgleich sie der Kirche ihr Daseyn, ihren Wohlstand und ihre Rechte verdankte, zum größeren Theil aus Neuerungssucht Gehör gab, nichts entgegenstellen, und die Aebte waren durch Kriege und andere Mißverhältnisse gehindert, der fremden Zudringlichkeit gebührend zu begegnen.

Die sich zeigende Zuneigung zu der neuen Lehre suchte der im J. 1541 erwählte Abt Philipp Schenk von Schweinsberg damit zurückzuhalten, daß er im zweiten Jahre seiner Regierung, angeblich auf Georg Witzels Rath, ein Religions-Edikt erließ, welches, im Uebrigen ganz katholisch, die Communion unter beiden Gestalten und den Gebrauch der deutschen Sprache bei Spendung der Taufe freistellte. Doch zu spät sah er, daß der auf dieses Edikt vereidete, dem Anscheine nach katholische Pfarrverweser Bruckmann ihn täuschte. Er entsetzte ihn im J. 1548 seines Amtes und machte den katholischen Doktor Oethe zum Pfarrer. Sein Nachfolger Wolfgang I. Theodoricus von Eussigkeim (1550—1557) bestrebte sich, kräftiger Einhalt zu thun; indessen war das Uebel schon so weit gedrungen, daß sich die Bürger unter den Aebten Wolfgang II. Schutzpar von Milchling, Georg Schenk von Schweinsberg und Wilhelm Klaur trotzig erhoben und laut nach Abstellung der katholischen Religion und um Einführung der Augsburger Confession begehrten. Der Protestantismus war also im Hochstift noch nicht als rechtlich bestehend anerkannt, ja er hatte sich in der Stadt Fulda noch nicht einmal unter einem Ministerium constituirt; er hatte aber schon sehr Viele angesteckt, und nicht lange Zeit wäre erforderlich gewesen, um den katholischen Glauben aus einer seiner schönsten Schöpfungen ganz zu verdrängen.

In dieser schwierigen Zeit übernahm Balthasar nach dem Tode seines Großoheims Wilhelm Klaur die Leitung der Fuldischen Kirche. Sogleich bei der Uebernahme der Regierung

entfernte er die unzuverlässigen, neuerungssüchtigen Beamten vom Hofe und sah sich, keine Kosten scheuend, überall nach tüchtigen Räthen um. Neben Otto von Dernbach, seinem ältesten Bruder, welcher damals noch Protestant war, berief er sich den Doktor der Rechte Friederich Landau und den Geistlichen Adam Mangold, welche beide zu Trier an der Akademie der Jesuiten studirt hatten, Begmann, Volpracht und Licentiat Klinghardt, zu denen später noch der treffliche Kammergerichtsassessor Dr. Mauritius Winkelmann aus Göttingen als Kanzler kam. Bei Gelegenheit der Huldigung stellte Balthasar die üblichen Freiheitsbriefe aus.

Von diesen ist der dem Kapitel übergebene wegen jenes Abschnittes, in welchem der Abt verspricht, ohne Zustimmung des Kapitels keine fremde Ordenspersonen ins Stift zu bringen, im Verlauf der Geschichte von Wichtigkeit geworden, der für die Bürgerschaft ausgefertigte aber nur deßhalb der Erwähnung werth, weil man mehr in neuerer als in damaliger Zeit die Meinung hatte, unter der in demselben versprochenen Wahrung der von Alters hergebrachten rechtlichen und löblichen Freiheiten das Exercitium der Augsburgischen Confession subsumiren zu können. Gerade bei der Huldigung — so wenig verstand man anfänglich unter den althergebrachten Freiheiten das Recht der Uebung der neuen Lehre — reichten Bürgermeister und Rath der Stadt Fulda unterthänigst ein Gesuch um Gestattung eines lutherischen Prädikanten und um Abstellung der heil. Messe ein. Auch die Ritterschaft supplicirte um die Errichtung einer Schule in dem seit ungefähr zwanzig Jahren leer stehenden Barfüßer Kloster und mochte wohl denken, daß sich mit dieser die Einführung Wittenbergischer Rektoren und Magister von selbst ergeben werde. Während auf das Gesuch der Ersteren ungeachtet ihrer Mahnung kein Bescheid erfolgte, zog der Abt das andere, welches auch schon unter seinen Vorgängern als begründet erkannt war, in ernste Erwägung.

Balthasar hatte noch nichts von der Gesellschaft

gehört, noch viel weniger einen Jesuiten gesehen. Als jedoch die Schulfrage zur Erörterung kam, machten ihn Mangold und Landau auf die Tüchtigkeit der Jesuiten in der Erziehung der Jugend und in der Verkündigung des Wortes Gottes und auf deren Wirksamkeit in Trier, Mainz, Würzburg und andern Städten aufmerksam. In ihnen erblickte Balthasar sofort die geeigneten Leute zur Ausführung seines Planes. Er beschloß, in Fulda ein Kolleg zu gründen, dem er die gewünschte Schule übertrage, und legte diesen Plan seinen Kapitularen vor, deren zwei, der Dechant von Windhausen und Propst Schott, gleichfalls zu Trier bei den Jesuiten studirt hatten. Das Kapitel billigte einstimmig das Vorhaben Balthasars und versprach, falls es zur Gründung des Kollegs komme, ein Drittheil der Kosten auf sich zu nehmen. Nun wurde zuerst der Doktor der Theologie P. Christian Halver, welcher gerade in Bischofsheim an der Rhön auf einige Zeit die Pfarrei versah, nach Fulda gerufen, nähere Auskunft zu geben. Auf den Rath dieses Paters schickte Balthasar seinen Doktor Landau, um weiteren Aufschluß zu erhalten, zum P. Georg Bader, dem Rektor des Kollegs in Würzburg, von welchem er bedeutet wurde, sich an den P. Provinzial oder an den P. General zu wenden. In einem Briefe vom Januar 1571, der seinen Seeleneifer und seine Liebe zum katholischen Glauben glänzend bezeugt, wendete sich Balthasar an den Provinzial P. Antonius Vinck, theilte ihm seinen und seiner Kapitulare einhelligen Beschluß mit, ein Kolleg der Gesellschaft zu Fulda zu errichten, und drückte den Wunsch aus, alsbald wenigstens einige Patres zu erhalten, da sonst die Gesinnung der Ritterschaft Schwierigkeiten befürchten lasse.

Wirklich war kaum die Absicht des Abtes, Jesuiten zu berufen, kund geworden, als sich die Ritterschaft am 8. März zu Hünfeld versammelte und durch Abgeordnete demselben aufs neue die Bitte aussprechen ließ, der Bürgerschaft die Uebung der Augsburger Confession zu gestatten, und die Schule im Barfüßer Kloster zu gründen, aber nur keine

Jesuiten zu berufen. Indeß drängte Balthasar durch Vermittlung des P. Bader, der nach Fulda gekommen und freundlich aufgenommen worden war, in einem Briefe an den P. Provinzial nur noch mehr auf baldige Zusendung der Jesuiten. P. Hermann Thyrräus, welcher an die Stelle des P. Ant. Winck getreten war, säumte nicht länger, sondern schickte fünf Jesuiten, nämlich P. Oswald Redling als Superior, P. Hermes, M. Macherentinus und zwei andere Coadjutoren, welche zur großen Freude des Fürsten, sowie zum Troste der Katholiken am 23. November in Fulda ankamen und einige Tage später in das kaum nothdürftig hergestellte Barfüßer-Kloster einzogen, um sofort mit Predigt und Schule zu beginnen.

Als nun das Kapitel, durch die Ritterschaft bewogen, ebenfalls dem Abte vorschlug, lieber die Schule im Stifte durch andere tüchtige Geistliche zu besetzen, andern Falls aber die Unterstützung zur Gründung versagte, so nahm Balthasar auch auf diesen Wechsel der Gesinnung der Kapitulare keine Rücksicht, sondern bot, durch die Briefe der geistlichen Nachbarfürsten Daniel zu Mainz und Friedrich zu Würzburg, besonders aber durch die Frömmigkeit der Katholiken, welche in großer Anzahl voll geistiger Freude am Weihnachtsfeste die heil. Communion empfingen, ermuthigt Alles auf, um beim P. General Franz Borgia die Gründung eines vollständigen Kollegs zu erzielen. In Durchführung dieses Planes unterstützten ihn die Patres Bader, Redling und Hermes. Sie baten brieflich, die Gründung an diesem Orte möglichst zu erleichtern und zu fördern. P. Hermes schien sie sogar durch das Opfer seines Lebens von Gott zu erkaufen. Schwach und seines nahen Endes sich bewußt betrat er einige Monate später im Hinblicke auf die wartende Volksmenge die Kanzel der Stiftskirche und brach mitten in der Predigt todt zusammen. Im Monat August 1572 kam denn auch der P. Provinzial mit Vollmacht zur Errichtung des Kollegs nach Fulda. Die Schulen wurden erweitert, ein Semi

mit Convikt gegründet und das Ganze der Gesellschaft Jesu am 25. desselben Monats förmlich übergeben, welche daselbst anfangs 18 Glieder unter P. Redling zählte.

Allein nun schloßen sich auch die Kapitulare aus Furcht vor den heilsamen Reformen, die Balthasar anzubahnen begann, noch enger an die Ritterschaft an, und von ihr gedrängt, erklärten sie dem Abte, sie könnten ihre Einwilligung zur Gründung des Kollegs nicht geben, selbst wenn er aus eigenen Mitteln dieselbe zu Stande bringen wolle. Der Fürstabt und sein Kapitel verhandelten über diesen Punkt vielfach hin und wieder; eines Tags aber — es war der 5. Januar 1573 — gestanden der Dechant und die Pröpste Schade und Rau dem Abte zu, daß es ihm, selbst wenn sie aus gewissen Gründen nicht mit der Ritterschaft brechen könnten, dennoch frei stehe, auch ohne des Kapitels Consens das Kolleg zu gründen und zu dotiren. Eiligst ließ Balthasar dieses Zugeständniß, freilich nicht nach Wunsch der Kapitulare, zu Papier bringen, durch den Notar Enoch Roth und Otto von Dernbach und den Sekretär Andreas Forster als Zeugen öffentlich beglaubigen und durch die eigene Aussage der Kapitulare bekräftigen. Ebenso klug wie unerschrocken hatte nun Balthasar das Kolleg gesichert, von dem er mit Zuversicht erwartete, daß es das Stift in der alten Lehre erhalten werde.

Doch auch nach andern Seiten hin bemühte er sich, die katholische Religion zu fördern. Vor allem suchte er dieselbe zu schützen. Er emendirte den Gesang, in den sich lutherische Lieder eingeschlichen hatten, beseitigte die häretischen Bücher dadurch, daß er den Buchhändlern verbot, fortan von der Frankfurter Messe solche Bücher mitzubringen, und daß er ihnen die vorhandenen abkaufte. Sodann führte er verschiedene außer Gebrauch gekommene katholische Uebungen wieder ein, wie die lateinische Sprache bei der Administration der heil. Taufe, die feierliche Begleitung des Viatikums mit Kerzen, die Bittgänge auf den Frauenberg. Zugleich wurde

der erste Grund zur marianischen Sodalität gelegt und für den katholischen Unterricht der Schuljugend gesorgt. Um auf die Reinheit des Klerus zu wirken, drang er mit besonderem Eifer auf die Entfernung der Concubinen. Den Mönchen kaufte er auf seine Kosten die Regeln des heil. Benedikts, schärfte die Clausur, indem er das Ausgehen der Mönche und das Ein- und Auslaufen der Dienstknaben beschränkte. Die Matutin ließ er statt um Mitternacht des Morgens um 4 Uhr singen, um sich von dem Besuche vergewissern zu können. Mehr als durch diese Vorschriften und Einrichtungen wirkte er durch sein leuchtendes Beispiel. Balthasar war fromm. Er besuchte eifrig den Gottesdienst und wohnte stets — in der Stiftskirche auf einem erhöhten Stuhle — der Predigt bei. Die Fasten hielt er mit solcher Strenge, daß er sich außer der einmaligen Sättigung nicht das geringste zu genießen erlaubte. Kaum hatte der junge Abt von den geistlichen Exercitien gehört, als er sich dieselben zur Vorbereitung auf die Benediktion in strengster Abgeschiedenheit halten ließ. Am besten drückte sich sein Streben dadurch aus, daß er gerade bei dieser Feierlichkeit, die am Sonntage Quasimodo geniti 1573 durch den Mainzer Suffraganbischof Stephan Weber unter Assistenz der Aebte von Schwarzach in Franken und von St. Jakob bei Mainz vollzogen wurde, vor allen Adeligen und Angesehenen des Landes die heil. Communion unter einer Gestalt empfing.

Als nun die Anhänger der Neuerung diese Fortschritte der alten Lehre erblickten und noch dazu hörten, daß die Gründung des Kollegs durch die päpstliche Bestätigung vollendet sei, entwickelte sich einige Monate nach der Benediktion durch die Vereinigung aller Feinde ein größerer Sturm. Wiederholt, ja sogar wider alles Herkommen unter Heranziehung der Zünfte, wendeten sich Bürgermeister und Rath in einer neuen Supplik an den Abt mit der Bitte, den Religionsfrieden nicht so strikte zu verstehen, wie es der Buchstabe bringen sollte, und ihnen einen Prädikanten, nöthigen-

falls auf ihre eigenen Kosten zu gestatten. Da sie nach langem Warten keine Antwort erhielten, suchten sie in einer Eingabe am 15. August um Fürsprache beim Kapitel nach, das ihnen sofort willfahrte und eine Versammlung des Kapitels und der Ritterschaft nach Geisa ausschrieb. Inzwischen ließ Balthasar am Feste des heil. Bartholomäus den Bürgermeistern und dem Rathe, Tags darauf auch den Zünften im Schlosse die Antwort auf ihre Supplik verlesen, in welcher er ihnen sein bisheriges Verfahren rechtlich begründete und förmlich als Edikt aussprach.

Die Versammlung der Ritterschaft zu Geisa wählte vier aus ihrer Mitte, nämlich den älteren Eberhard von der Thann, Karl von Mannsbach, den älteren Georg von Haun und Eberhard von Buchenau in einen Ausschuß und sendete sie nach Fulda, um neben Dechant und Kapitel bei ihrem Herrn für die Bürgerschaft Fürbitte einzulegen. Aber die Deputation erhielt die erbetene Audienz nicht zusammen, sondern getheilt. Das Kapitel wurde des Morgens vorgefordert und ihm verwiesen, daß es mit Zusammenberufung der Ritterschaft seine Befugnisse überschritten habe; für katholische und geistliche Personen zieme es sich nicht, die Bürgerschaft in ihrem unziemlichen Begehren zu unterstützen, zumal diese schon — und zwar mit Vorwissen des Dechants und des Propstes Schott — Antwort empfangen hätten. Der Ritterschaft wurde des Nachmittags eine Stunde benannt. Nachdem dieselbe ihr Anliegen vorgebracht und auch noch schriftlich einen Extrakt des Passauer Religionsfriedens überreicht hatte, ihr Gesuch rechtlich zu begründen, antwortete ihr der Abt persönlich: Dechant und Kapitel habe es nicht gebührt, die Ritterschaft zu berufen, und die Ritterschaft sei verpflichtet gewesen, ohne vorherige Anfrage bei ihm nicht zu gehorchen. Was sie übrigens vorgebracht hätten, sei schon durch die Antwort an die Bürgerschaft erledigt und ihre schriftliche Eingabe solle gelegentlich beantwortet werden. Nach verschiedenen Suppliken und Repliken sahen die Supplikanten ein, daß Balthasar von

ner gegebenen Resolution nicht abstehen würde, und wendeten sich daher an die damals gerade auf einer Zusammenkunft vereinigten vier Nachbarfürsten: den Kurfürsten August von Sachsen, den Markgrafen Georg Friedrich von Brandenburg und die beiden Brüder Landgrafen Wilhelm und Ludwig von Hessen.

Augenblicklich erschien von Seiten dieser vier Fürsten am 21. Oktober in Fulda eine stattliche Gesandtschaft, bestehend aus dem Oberhauptmann in Thüringen Heinrich Volkmar von Berlepsch, den hessenkassel'schen Räthen Johann von Ratzenberger und Dr. Heinrich Hundt, sowie dem marburgischen Hofrichter Arnold von Viermundt. Die Gesandten nahmen im Stern ihr Absteigquartier und brachten dem Abte alsbald in einer Audienz ihre Werbung zu Gunsten der Supplikanten vor; indeß verkehrten sie auch mit Einigen aus dem Rathe auf dem Rathhause, sowie mit den Kapitularen Schade und Schott und mit dreien aus dem Ritterausschuß, die sie hatten rufen lassen. Auf die Nachricht von diesem Verkehr inquirirte Balthasar energisch nach dem Zwecke desselben und verlangte die Auslieferung der Aktenstücke. Die Gesandten erwiderten, sie hätten im Auftrage ihrer Herrn nur das Resultat ihrer Werbung beim Abte auch den Supplikanten mitgetheilt. Allein gleich nach ihrer Abreise zeigten sich die wahren Verhandlungen in ihren Folgen.

Schon am 27. Oktober trafen ganz in der Stille die Ritter mit Dechant und Kapitel in Fulda ein. Kaum hatte Balthasar Kunde davon erhalten, als er durch seinen Sekretär dem Kapitel eine Widerlegung des früher übergebenen Auszugs des Religionsfriedens einhändigen und dabei anzeigen ließ, daß es ohne Verzug ins Schloß kommen solle, um zu vernehmen, was er ihm zu sagen habe. Indessen entschuldigten sich die Kapitulare, weil sie gerade der Ritterschaft eine Stunde zur Berathung auf dem Rathhause angesagt hätten; und auf ein nochmaliges an demselben Tage erfolgtes Gebot, ohne Bescheid des Abts nicht mit der Ritterschaft

Rath zu halten, und auf eine dritte am 31. Oktober geschehene Aufforderung verweigerten sie es jedesmal zu entsprechen mit den Worten, sie würden, sobald sie ihre Angelegenheiten geordnet hätten, sämmtlich zu ihrer fürstlichen Gnaden kommen. Balthasar mußte sich gedulden. Endlich suchte das Kapitel mit der Ritterschaft Mittwoch den 4. Nov. um Audienz nach. Des Nachmittags erschienen sie zur festgesetzten Stunde bei Hof. Balthasar ließ die Kapitulare wiederum allein vortreten, hielt ihnen unter Anderem ihren Ungehorsam mit allem Ernste vor und erinnerte sie väterlich an ihren Beruf, an ihre Gelübde und ihren Stand. Darauf wurde auch die Ritterschaft vorgelassen. In ihrem Namen sprach der alte Ebert von der Thann: Sie seien auch dem Kapitel mit Eiden verpflichtet und von diesem schon früher in gewissen Fällen berufen worden, wie dieß in einem bestimmten Falle — dessen Parität man indessen bestritt — geschehen sei. Auch jetzt sei es zum Frommen des Stifts. Man gebe ihnen keinen Bescheid, während die Lage so sei, daß aus einem kleinen Fünklein ein großes Feuer entstehen könne. Die Gesandten der vier Fürsten hätten sie gewarnt, daß ihre Herrn, wenn sie nicht zusähen, selbst darauf bedacht seyn würden, wie sie ihre angrenzenden Unterthanen vor der „verfluchten, verführerischen und aufrührerischen Sekte der Jesuiter schützen und des Geschmeißes ledig werden“ könnten. Schließlich wollten sie für die Bürgerschaft Fürsprache um Zulassung eines Prädikanten einlegen. Damit aber der Abt besser Gelegenheit hätte nachzudenken, wollten sie ihr Begehren schriftlich vorlegen, wie's auch das Kapitel bereits gethan haben würde; sie bäten jedoch wegen der Kosten der Herberge um schnelle gnädige Resolution. Der Abt sagte ihnen baldige Antwort zu.

Nach einer Stunde schon ließ er einige der vornehmsten Ritter rufen und theilte ihnen mit, daß er in dieser für das Stift allerdings wichtigen Angelegenheit längere Ueberlegung nöthig habe, zumal er aus ihrer schriftlichen Eingabe sehe,

wie sie mit seiner der Bürgerschaft ertheilten Antwort nicht zufrieden seien. Den Nachbarfürsten werde er eine Antwort ertheilen, die sie zufrieden stellen und ihn vor unrechtmäßigen Beschwerden bewahren werde. Die Ritter hatten den Muth, nochmals um eine baldige Antwort nachzusuchen, weil aus einem längeren Verzuge über Nacht dem Stifte ein Nachtheil erwachsen könne. Balthasar dagegen befahl, ihnen zu erklären, gerade die Wichtigkeit der Sache erheische längeres Bedenken; man möge ihn darum mit fernerem Sollicitiren verschonen, falls sie sich damit nicht begnügten, in dieser streitigen Angelegenheit, wie sie in ihrem Schreiben vor acht Tagen thun zu wollen erklärt hätten, den Rechtsweg betreten und die Entscheidung des kaiserlichen Kammergerichts abwarten, die anzunehmen er seinerseits gern bereit wäre. Darauf erwiderten sie durch die fürstlichen Räthe: dieß angezogene Schreiben sei zwar nur von ihrem Ausschusse, indessen wären sie's zufrieden, daß von ihren beiden Punkten der eine, das Exercitium der Augsburgischen Confession betreffende an das kaiserliche Kammergericht gebracht werde; der andere, nämlich die Abschaffung der Jesuiten, könne am genannten Gerichte nicht anhängig gemacht werden, weßhalb er diesen doch jetzt erledigen möge. Balthasar entgegnete, er sehe nicht ein, warum der zweite Punkt nicht gleichfalls am Kammergerichte zum Austrag kommen könne; wenn sie denselben aber lieber vor den Kaiser selbst bringen wollten, so sei er nicht dagegen. Damit in's Gedränge gebracht, bemerkten sie, der Abt würde sich wohl eines Andern bedenken, wenn sie ihm hiemit den versiegelten Reversbrief des Kapitels gegen die Jesuiten vorlegten. Allein Balthasar entgegnete: das Kapitel habe ja anfangs den Consens ausdrücklich gegeben und sodann ihn für unnöthig erklärt, wie er mit einem Instrument erweisen könne. Sie protestirten dann gegen das Instrument und drohten an die Nachbarfürsten zu schreiben, damit diese sich nicht an ihnen, sondern an dem Abte und den Jesuiten rächen möchten. Doch Balthasar

blieb ihnen auch hierauf die Antwort nicht schuldig. Es befremde ihn sehr, so ließ er ihnen sagen, daß sie das Instrument angreifen wollten, da Notar und Zeugen noch am Leben seien; überdieß sei er erbötig, auch betreffs des Reverses am gebührenden Orte mit ihnen vorzukommen; und mit ihrem Schreiben an fremde Fürsten möchten sie es halten, wie sie's vor Gott und ihrer Obrigkeit im Gewissen verantworten könnten.

Um nun auf anderem Wege ihrer lästigen Gäste, der Jesuiten, quitt und los zu werden, schickten die Unzufriedenen zwei Boten in's Kolleg derselben zum P. Rektor Oswald Redling, und forderten ihn auf, mit einem zweiten Pater aufs Rathhaus zu kommen. Dieß schien dem P. Rektor bedenklich. Er begab sich daher zum Fürstabte, welcher statt der Patres seinen Bruder Otto von Dernbach und seinen Marschall Eustachius von Görtz abschickte, der Versammlung die Weisung zu hinterbringen, entweder mit ihm oder schriftlich mit den Jesuiten zu verkehren. In Folge dessen sandten Dechant und Kapitel durch einen Boten am 7. November ein nicht unterschriebenes Document in das Kolleg der Jesuiten, in welchem diesen befohlen wurde, binnen vierzehn Tagen Stadt und Stift zu verlassen. Die Ritter waren Tags vorher auseinandergeritten, nachdem sie wieder nach einigen Schwierigkeiten von Seite des Abtes und freilich nur im Beiseyn des Stadtschultheißen von Katzmann die Bürgermeister vor sich gerufen und sie gemahnt hatten, Ordnung zu halten und dem Kapitel als Mitregenten zu gehorchen. Die der Neuerung ergebenen Bürger verstanden diese Mahnung. Es entstanden ernstliche Unruhen. In Folge derselben hatten sich die Jesuiten schon einmal reisefertig gemacht, um vor der Bewegung zu weichen, als der Rektor nach Empfange der hl. Communion mit Vertrauen auf Gott den Befehl zu bleiben ertheilte.

Noch einmal versuchte es Balthasar, eine Versöhnung mit seinem Kapitel anzubahnen. Wie ein Vater ermahnte er die Kapitulare, ihres Berufes und Standes, ihrer Profession

und Pflicht eingedenk zu seyn, und bat sie inständig, mit ihm als ihrem Haupte sich zu vereinigen. Da aber Alles nichts fruchten wollte, so erließ er ein Mandat, in welchem er in Kraft des heiligen Gehorsams und unter der Strafe der Excommunikation ein weiteres Vorgehen verbot. Doch auch jetzt noch wagten sie es, in einem äußerst läppischen Rückschreiben ihren Ungehorsam in diesem Punkte zu entschuldigen, in jedem andern aber ihren vollkommenen Gehorsam zu betheuern. Damit jedoch dem Unwillen der Unzufriedenen gegen die Jesuiten desto sicherer gesteuert würde, erwirkte Balthasar durch die Hilfe Winkelmanns, der damals noch am Reichskammergericht zu Speyer Assessor war, in sechs Tagen, also schon am 13. November, ein Mandat de non offendendo für Kapitel und Ritterschaft, dem er selbst noch ein Gleiches für das ganze Land beilegte. So gab es etwas Ruhe, die wieder durch Schott unterbrochen wurde. Dieser vermochte den kranken Notar Enoch Roth zu einem Protest gegen die Authentie des oben berührten Instruments, welcher alsbald faktisch von Landau durch Roths Bekenntniß und juridisch von Winkelmann entkräftet wurde.

Nach diesen Vorgängen beantwortete Balthasar durch einen Abgeordneten das Schreiben des Kurfürsten von Sachsen. Aus der Antwort des Kurfürsten merkte er, die Verhandlung beruhe vorzüglich auf zwei Punkten, nämlich daß das Exercitium der Augsburgischen Confession etliche Jahre her zu Fulda bestanden habe und die Jesuiten aus dem Religionsfrieden ausgeschlossen seien. Er sendete daher nach Heilig-Dreikönig 1574 den Licentiat beider Rechte Klinghardt mit Briefen, in welchen er beide Punkte ausführlicher behandelte, an die Landgrafen von Hessen zu Kassel und Marburg. Von Landgraf Wilhelm zu Kassel zur Tafel befohlen, mußte Klinghardt hören, wie der Landgraf über seinen Herrn sich mißbilligend aussprach: Balthasar wolle Alles nach seinem jungen Kopfe machen, was ihm doch als einem gekornen, nicht gebornen Fürsten keineswegs zukomme; der Abt behaupte, die

Augsburger Confession sei zu Fulda nie in Uebung gewesen, während er doch von der Unwahrheit dieser Behauptung unterrichtet sei; der Jesuiten Bücher — ein Katechismus des P. Canisius — seien bis in sein Frauengemach gedrungen und die Jesuiten müßten darum aus Fulda vertrieben werden, so gewiß ihm sonst der Becher Weins, den er leerte, das Herz abstoßen solle.

Doch während noch der fuldische Gesandte in Kassel weilte, langte, vom Kurfürsten und den beiden Landgrafen geschickt, am 13. Januar schon wieder ein Gesandter, der hessische Amtmann auf Hauneck Johann Meckbach an. Dieser weigerte sich, seine Werbung ans Kapitel im Beiseyn des Fürstabtes, wie dieser es verlangte, vorzubringen, da seine Instruktionen nicht dahin lauteten, und wollte mit dem Kapitel allein verkehren. Zwar hatte es auch jetzt der Abt wiederholt und dringend dem Kapitel untersagt, ihn anzuhören oder zu beantworten, bevor sie ihm selbst die nöthigen Mittheilungen zukommen ließen; indessen kümmerten sich die Herrn auch jetzt nicht um sein Verbot.

Durch solch beispielloses Verfahren sah sich endlich Balthasar veranlaßt, dem revolutionären Treiben seiner Stände und den rechtswidrigen Eingriffen der Nachbarfürsten aufs entschiedenste entgegenzutreten. Er berichtete den ganzen bisherigen Verlauf in unterschiedlichen Aktenstücken an den Kaiser, um Abhilfe zu begehren, und an den Papst, die Sache beim Kaiser zu betreiben und zugleich die Kapitulare zur Ordnung zu verweisen. Jedoch unterließ er es nicht, auch die drei geistlichen Kurfürsten und andere katholische Reichsstände um ihre Fürsprache anzugehen. Schon gegen Ende März langten die kaiserlichen Schreiben an. Die an die Nachbarfürsten wurden sofort durch Boten an den Ort ihrer Bestimmung befördert. Die Kapitulare ließ Balthasar ins Schloß rufen und die Briefe ihnen vorlesen. Das wirkte. Bereits früher hatte sie Neidhardt von Thüngen, der Dompropst des erst jüngst erwählten Bischofs Julius von Würzburg, zur Ver-

söhnung ermuntert und sie hatten sich wieder ihrem Abte genähert. Auf die päpstlichen und kaiserlichen Briefe hin baten sie nun geradezu um Vereinigung und fragten an, was sie zu thun hätten, um wieder zu derselben zu gelangen. Balthasar willigte freudig ein, doch verlangte er, um ihren Ernst zu prüfen, den Briefwechsel mit den Nachbarfürsten, namentlich aber die Mittheilung ihrer Unterhandlungen mit Meckbach, von welchen er noch keine zuverlässige Kenntniß hatte erlangen können. Sie entsprachen am 4. Mai in befriedigender Weise. Zu allem Ueberfluß stellte der Propst Schott am folgenden Tage sogar den Gegenbericht dem Abte zu, welchen Kapitel und Ritterschaft betreffs der Religion an das kaiserliche Kammergericht senden wollten.

Der Ritterschaft wurde das kaiserliche Schreiben zu Geisa durch den Amtmann von Rockenstuhl insinuirt. Sie vernahm es ruhig, wollte aber doch kraft ihrer früheren Verabredung mit Dechant und Kapitel ihre Religions-Angelegenheit ans Kammergericht berichten, weßhalb der siebenzigjährige Eberhard von der Thann im Vorgefühle seines nahen Todes die Kapitulare so lange zu eiliger Absendung trieb, bis diese durch ein Gesammtschreiben ihre Trennung von der Sache der Ritterschaft und ihre Vereinigung mit ihrem Abte anzeigten und eingehend rechtfertigten. Den Bürgermeistern und Räthen sowie den Vorgängern der Zünfte wurde das an sie lautende Schreiben auf dem Rathhause verlesen. Keck erwiderten sie: Sie wüßten sich zwar nicht des Aufruhrs schuldig, da sie ja nur bittweise vorgegangen wären. Sie hofften auch, ihre fürstlichen Gnaden werde sich eines Besseren bedenken, wenn nicht, so wollten sie sich bei Kapitel und Ritterschaft Raths erholen, wie sie procediren sollten. Als Balthasar ihre Supplik an Dechant und Kapitel von diesen empfing, beorderte er die Bürgermeister ins Schloß und ließ ihnen im Beiseyn des Dechants, etlicher Kapitulare und seiner Räthe eröffnen: Es falle ihm sehr auf, daß sie selbst nach Empfang des kaiserlichen Schreibens immer noch nicht von ihrem Ansuchen nach-

lassen und sich nicht an seine Kirchenordnung halten wollten, und sich wieder an das Kapitel gewendet hätten. Er befehle ihnen ein für alle Mal mit allem Ernste, von solchem Suchen, Suppliciren und Bitten abzustehen; denn er wisse ihrer Bitte nicht zu entsprechen und könne und wolle es nicht, es sei denn, daß sie es gebührenden Orts mit Recht erhielten. Vom Recht wolle er weder sie noch irgend Einen ausschließen und nie dasselbe verletzen.

So bequemten sich denn auch Bürgermeister und Rath dazu, den Rechtsweg zu betreten, sendeten aber zugleich in der Stille den Hofgerichtsprocurator Dr. Christoph Schweinetzer und den Stadtschreiber Johann Murchardt an seine kaiserliche Majestät nach Wien, um durch die protestantischen Nachbarfürsten unterstützt mit Bezugnahme auf die Augsburger Nebendeklaration anzuhalten, daß sie bei der Religion bleiben dürften, die sie zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig und noch mehr Jahre exercirt und hergebracht hätten. Allein der Kaiser wollte es bei seinem früheren Schreiben bewenden lassen, verwies sie zum Rechtsweg und übersandte alle ihre wie der Fürsten Schriften an den Fürstabt, für den es nicht schwer war, die Angabe von einem protestantischen Besitzstande zu widerlegen, welcher noch von keinem Fürstabte anerkannt worden sei.

So wenig auch das Dunkel gelichtet ist, in welches die historische Existenz dieser Nebendeklaration oder, wie sie auch genannt wird, dieses Appendix sich hüllt, und so wenig die vielfachen schon damals bestehenden Zweifel über deren juridische Geltung sich beseitigen lassen; so klar und gewiß ist es, daß dieselbe nie gerichtliche Praxis erlangt hat, und daß die Kaiser namentlich für das Hochstift Fulda unter Balthasar immer nach dem Gesetze des Religionsfriedens entschieden: cujus regio, illius et religio. Daß aber, selbst wenn sie gälte, doch die von ihr geforderte Bedingung „der öffentlichen, lange Zeit und Jahre her bestandenen Uebung der Augsburgischen Confession“ in Fulda nicht erfüllt sei: das so recht

augenfällig den unermüdlichen Bittstellern dazuthun, ließ Balthasar am 13. August Bürgermeister und Räthe ins Schloß fordern, um ihnen — jedem einzeln — bestimmte Fragen vorzulegen, welche den Begriff und das Alter der Augsburgischen Confession betrafen. Doch die Meisten von ihnen mußten ihre völlige Unwissenheit bekennen. Darauf ließ er sie am 20. August wiederum rufen, um ihnen insgesammt im Beiseyn etlicher Kapitulare und der Hofräthe mehrere Fragen zu stellen, die sich auf die Dauer der Neuerung in Fulda bezogen. Er fragte sie, ob sie nicht die eigene Handschrift ihres Stadtschreibers in den Supplikem erkennten, in denen sie unter ihm und seinen Vorgängern um einen Prädikanten nachgesucht hätten? ob sie nicht alle wohl wüßten, daß im J. 1562 unter Abt Wolfgang II. der Rath über die Lehre, Kirchengebräuche und den Gottesdienst des Stadtpfarrers Dr. Oethe und des Stiftspredigers Martin Göbel in einer Eingabe geklagt und um einen Prädikanten gebeten hätten, während beide Angeklagte in einer gemeinsamen Apologie ihre Orthodoxie gerechtfertigt hätten? ob nicht etliche aus ihnen noch eingedenk seien, daß im J. 1548 zur Zeit des Abtes Philipp das Interim öffentlich in der Pfarrkirche verlesen und zu halten geboten worden, in welchem der Kaiser die Erklärung gegeben habe, wie es der Religion halber im heiligen Reich bis zum Austrag eines allgemeinen Conciliums gehalten werden solle? ob nicht Abt Wolfgang I. im Jahre 1550 und 1551 öffentliche Mandate hätte ergehen lassen, sich genau daran zu halten? ob sie nicht aus der Schrift ihres ehemaligen Bürgermeisters Münzer in einem städtischen Buche sähen, daß im Jahre 41 im Anfange der Regierung des Abts Philipp zum erstenmale das Begehren gestellt worden sei, den Bürgern die Augsburger Confession und das Abendmahl unter beiden Gestalten zu gewähren? ob nicht Kaiser Karl durch ein Specialmandat dem Abte Philipp geboten, dem Suchen nicht zu willfahren? und ob nicht der Landgraf Philipp von Hessen im J. 1541 und 1542 den Abt Philipp

brieflich zu bewegen gestrebt habe, aus Gnaden in der Pfarrkirche einen evangelischen Prädikanten zuzulassen und das Sakrament unter beiden Gestalten reichen zu lassen, wenn auch die andern Ceremonien ungeändert blieben? —

Die Bürgermeister und Räthe konnten nicht umhin, alle ihnen einzeln vorgelegten Aktenstücke als ächt anzuerkennen und die darauf gestützten Fragen zu bejahen. Balthasar ließ nun aus diesen Prämissen die Folgerungen ziehen: Wenn sie stets um Gestattung eines Prädikanten nachgesucht hätten, so wäre es ja offenbar, daß sie niemals einen solchen gehabt hätten. Wenn sie einige Eindringlinge, die sich im Bauernaufruhr selbst zu Prädicanten aufgeworfen hätten, aber alsbald wieder entfernt worden wären, nicht als solche anführen könnten; wenn sogar Hilger Bruckmann, Pontanus genannt, dem Abte Philipp den Revers ausgestellt hätte, die Stadtpfarrei nach seinem katholischen Religionsdecret zu versehen und, sobald er sich wortbrüchig erwiesen hätte, vom Abte im Jahre 1548 abgesetzt worden sei; wenn sie auch Dr. Oethe und Martin Goebel weder vor noch nach dem Jahre 1562 als Prädicanten ansehen dürften; kurz wenn sie keinen einzigen Prädicanten namhaft zu machen wüßten: so folge daraus wiederum evident, daß sie niemals Prädicanten gehabt hätten. Wenn ferner Landgraf Philipp im Jahre 1542 nur um die Communion unter beiden Gestalten gebeten habe, so hätten sie auch diese in dem genannten Jahre noch nicht gehabt, und da es nach Verfügung des Abtes Philipp sowie des Kaisers Karl in Religionssachen bis zu einem Concile beim Alten bleiben sollte, so hätten sie das Neue, die Augsburgische Confession, niemals erhalten. Zwar sei ihnen die Communion unter beiden Gestalten und der Gebrauch der deutschen Sprache bei Spendung der Taufe freigestellt worden, doch daraus folge nicht, daß sie die Augsburgische Confession gehabt hätten. Zuletzt richtete er die Schlußfrage an sie: wie sie nach diesem Allen hätten wagen können, in ihren Suppliken an die Nachbarfürsten und an den Kaiser zu be-

haupten, sie wären bereits zwanzig, dreißig, vierzig, fünfzig und mehr Jahre im Besitze der öffentlichen Uebung der Augsburgischen Confession gewesen?!

So überführte sie Balthasar der völligen Unwahrheit ihrer Behauptung von einer Possession oder Quasipossession der neuen Lehre. Mit liebevollen Worten empfahl er ihnen dann noch, die dargebotene Gelegenheit zur Aufklärung und Erweiterung ihrer religiösen Kenntnisse willig zu benützen, dann werde auch die Gnade Gottes nicht fehlen. Auf jeden Fall aber sollten sie den Frieden mit den Katholiken nicht stören, wie es leider vorgekommen sei. Als nun die Anhänger der neuen Lehre doch wieder von Neuem den Magistrat drängten, ans kaiserliche Kammergericht zu gehen, ließ er nebst den Bürgermeistern und Stadträthen auch die Vorsteher der Zünfte am 15. und 16. Oktober citiren und die obige Procedur wiederholen.

Am 16. Oktober gaben auch einige Ritter, die gerade anderer Geschäfte halber nach Fulda gekommen waren, im Namen der Ritterschaft eine neue weitschichtige Supplik mit der alten Klage ein. Balthasar las dieselbe und erklärte sie gerne entgegen nehmen zu wollen, wofern die von der Ritterschaft bis auf die wenigen Katholiken sich einzeln mit Vor- und Zunamen unterzeichnen würden. Dieß brachten sie indessen nicht zu Stande. Gleichwohl nahm Balthasar endlich ihre Eingabe an. Da aber die den Sollicitanten Christoph von der Thann, Velten von Gelnhausen, Job, Wolf Dietrich und Hans Georg von Mörle, genannt Behem, im Februar 1575 ertheilte Resolution nicht befriedigte, so wendeten sich die Ritter im Oktober desselben Jahres in einer Gesandtschaft an die gerade zum Wahltag des römischen Königs Rudolf in Regensburg versammelten weltlichen Kurfürsten um Intercession beim Kaiser. Auf nochmaliges Ansuchen des Kurfürsten von Sachsen sandte der Kaiser beide Suppliken am 21. Februar 1576 an den Fürstabt, welcher sich ganz dem Religionsfrieden gemäß zu verhalten erbot.

So erhielt Balthasar durch seine Festigkeit und Selbstständigkeit das Jesuitenkolleg und bekämpfte mit Erfolg die Neuerung, welche, ihres Ursprungs ganz uneingedenk, gegen die alte Lehre die Possession zu beanspruchen sich erkühnte. Wir können darum dem Herzog Albrecht von Bayern nur beipflichten, wenn er in einem Briefe vom 5. Februar 1575 an den Fürstabt schreibt: „Der Allmächtige wird seinen Segen und Gnade verleihen, damit aus diesem Fünklein, so durch euch in derselben Gegend angezündet worden, noch mehr Gutes erfolget. Denn do andere geistlichen Chur- und Fürsten ihnen die Religionssachen mit ebenmäßiger Beständigkeit und Eifer angelegen seyn ließen, wäre zu hoffen, es würde an vielen Orten besser als jetzt stehen und dieses Uebel soweit nicht einreißen.“

II.

Nachträge zu den irischen Zuständen.

I. Die irische Staatskirche und ihre Einkünfte.

Wir haben in unsern frühern Artikeln von den großen Einkünften gesprochen, welche die englische Staatskirche für ihre 693,397 Bekenner in Irland besitzt. Das englische Parlament hat in seiner letzten Session über den Zustand der Staatskirche in Irland Bericht verlangt, der uns jetzt vorliegt, und aus dem wir hier Näheres nachtragen. Wir glauben auf diesen und andere Punkte jetzt um so mehr zurückkommen zu müssen, weil es nur zu wahrscheinlich ist,

daß dieselben **bald mehr** als je zuvor die öffentliche Aufmerk-
samkeit erregen **werden**. Der jüngst gebildete irische National-
Verein hat sich **drei Dinge** zu erlangen vorgesetzt: ein Pächter-
recht, Abschaffung der Staatskirche und Unterrichtsfreiheit.

Was nun die Staatskirche betrifft, so sehen wir aus
dem genannten Berichte, daß die Zahl der anglikanischen
Bisthümer in Irland sich jetzt durch Vereinigung mehrerer
auf nur zwölf beläuft, und daß es daselbst außer den Capi-
teln 1510 anglikanische Beneficien (livings) gibt. Jeder
dieser Bischöfe hätte hiernach durchschnittlich 56,000 und jeder
Clergyman 458 Seelen. Die Roheinnahme der Staats-
kirche, also der Bisthümer, Capitel und Beneficien, wird auf
586,428 Pf. 8 Sch. und 1 Penny = 3,909,522²/₃ Thlr.
veranschlagt, so daß auf jede Seele ungefähr ein Pfund
Sterl. = 6 Thlr. 20 Sgr. kommt. Was die Vertheilung
dieser Einnahme betrifft, so werden die Einnahmen der 12
Bischöfe auf 80,000 Pf. 10 Sch. 11 Penny = 466,666²/₃ Thlr.
roh veranschlagt; es sind aber diese 80,000 Pf. mit größter
Ungleichmäßigkeit vertheilt. So erscheint der Bischofsstuhl von
Armagh mit 15,758 Pf., der von Derry mit 13,628 Pf.,
der von Dublin mit 8,249 Pf., dagegen, um andere zu über-
springen, der von Cork für drei Diöcesen (Cork, Cloyne und
Roß) mit reichlich 2000 Pf. Wie es scheint, hat man dem
Bischofe um so mehr zugewendet, je weniger Gläubige er in
seiner Diöcese hat, und je mehr Beneficien sich daher accu-
muliren ließen; wenigstens haben vor anderen oft diejenigen
die größte Einnahme, welche wenige Diöcesanen haben. Die
merkwürdigste unter allen Diöcesen ist die von Kilfenora,
deren Bischof für c. 4000 Pf. Sterl. 251 Diöcesanen regiert.
Wir haben hier die Roheinnahme gegeben. Von ihr geht,
um die Nettoeinnahme zu haben, sicher ein Erkleckliches ab;
es ist aber schwer zu begreifen, wie das im Einzelnen und
Ganzen so viel betragen kann, als es nach der uns vor-
liegenden Statistik betragen soll. Ist die Reduktion richtig,
so würden dem Bischof von Armagh von seinen 15,758 Pf.

nur 8,328 Pf. bleiben, deßgleichen dem Bischofe von Derry von 13,628 Pf. nur 5,939 Pf.; doch für ein grobes Versehen in diesen Angaben scheint zu sprechen, daß der Bischof von Dublin von 8,249 Pf. noch 6,569 Pf. und der Bischof von Cork von 2,667 Pf. noch 2,304 Pf. behalten soll. Diese fabelhaften Reduktionen müssen uns überhaupt auf den Gedanken bringen, daß auch die Roheinnahmen, namentlich aus den Ländereien, nicht zu hoch angeschlagen seien.

Was die sogenannten Livings betrifft, so betragen nach dem Berichte ungefähr 1070 über 300 Pf. Sterl. = 2000 Thlr. In ihnen bietet uns die englische Staatskirche den allerpossirlichsten Anblick dar. So begegnen wir in der Diöcese Cloyne, deren Bischof 2304 Pf. Sterl. haben soll, einer anglikanischen Pfarrei zu Garryclayne von 35 Seelen mit einer Einnahme von 1268 Pf. d. h. ungefähr 40 Pf. = 266⅔ Thlr. per Seele. Einen ähnlichen Anblick gewährt die anglikanische Pfarrei von Louth in der Grafschaft gleichen Namens von 119 Seelen mit 1546 Pf. = 10,306⅔ Thlr. Roheinnahme, die Pfarrei zu Callan von 134 Seelen mit einer Roheinnahme von 1751 Pf., die Pfarrei zu Fethard von 136 Seelen mit 985 Pf., die Pfarrei zu Killenaule von 36 Seelen mit 762 Pf. Dagegen treffen wir auch auf andere Pfarreien von mehr als 1500 Seelen, welche, wie z. B. die protestantischen Pfarreien zu Dublin, keine 300 Pf. Sterl. Einnahme bieten und kaum den Bedürfnissen entsprechen. Noch geringer sind zwei andere Pfarreien, deren eine nur 136 Pf. Sterl., die andere 156 Pf. Sterl. einträgt; doch diese zählen auch nur die eine 9, die andere 11 Seelen, und sie stehen, was die Besoldung betrifft, als eine Ausnahme da.

Die vom Parlamente ernannte Commission hatte auch über die Residenz der anglikanischen Geistlichkeit, über die Zahl der Dissenters, nicht aber über die Zahl der Katholiken in ihren Pfarreien zu berichten. Was die Residenz betrifft, so geht aus dem Berichte hervor, daß alle, welche nicht durch Kränklichkeit entschuldigt sind, die Residenz beobachten, daß

aber, vielleicht in Folge der Ueberanstrengung, die Kränklichkeit der anglikanischen Pfarrer übergroß ist. Aus dem Berichte über die Zahl der Anglikaner und Dissenters sehen wir, daß die der letztern im Verhältnisse zu den erstern sehr im Wachsen ist. Die Dissenters verhielten sich vor 20 Jahren zu den Anglikanern wie 6 zu 8; jetzt ist das Verhältniß wie 6 zu 7, obgleich aus den Reihen der Dissenters, wie man meint, viel mehr ausgewandert sind, als aus den der Anglikaner. Darum scheint auch der anglikanischen Staatskirche in Irland mehr Gefahr von Seite der Dissenters, als von der der Katholiken zu drohen. Es ist schwer zu erklären, warum das englische Parlament wohl über die Anzahl der Anglikaner und Dissenters, nicht aber über die Anzahl Katholiken in den einzelnen Pfarreien Bericht verlangt habe. Sollte es sich vielleicht in die Nothwendigkeit versetzt sehen, den Dissenters, wo sie an Zahl die Anglikaner übertreffen, Concessionen zu machen? Das wäre allerdings ein kluges Mittel, um die Vereinigung der Katholiken und Dissenters in ihrem Kampfe gegen die Staatskirche zu verhindern; doch wenn es ungerecht ist, daß in einem Lande von ungefähr 6,000,000 Einwohnern eine Partei von reichlich 600,000 Seelen das ganze Kirchenvermögen besitzt und für ihre religiösen Bedürfnisse die Beutel Aller in Anspruch nehmen kann, soll es dann weniger ungerecht seyn, daß ein Fünftel über die anderen vier Fünftel dasselbe Privilegium behauptet? Keine Nation weiß besser von religiöser Freiheit und Gleichberechtigung verschiedener Confessionen in katholischen Ländern zu sprechen als die englische; keine sieht aber auch weniger als sie, was sie noch in ihrem eigenen Lande zu thun hätte, um den Vergleich mit anderen Nationen aushalten zu können. Und woher das? Es ist allerdings die Frucht des so tief eingewurzelten Hasses gegen den Katholicismus. Dieser Haß hindert eine große Menge Engländer das den Katholiken zugefügte Unrecht zu erkennen. Er wirkt aber nicht allein. Was die englische Staatskirche hält, ist neben ihm das
das eine große Anzahl aus den ersten Classen

Die Staatskirche ist für eine Menge Engländer, was Indien für die ganze Nation ist. Der englische Staatsschatz wird durch die Einkünfte aus den brittischen Besitzungen, und namentlich durch die aus Indien so wenig bereichert, daß die Kosten der Verwaltung dieser Länder ihre Einkünfte sogar noch übersteigen, und dennoch hängt der Nationalreichthum Englands am meisten von den überseeischen Besitzungen ab, nicht bloß wegen der Handelsvortheile, die sie dem Mutterlande gewähren, sondern auch deßhalb, weil die enormen Verwaltungskosten in die Säckel von Engländern fließen. Ein solches Indien ist die englische Staatskirche für eine Menge Engländer, die als Patrone in den Livings ein splendides Versorgungsmittel für ihre Söhne und Schwiegersöhne besitzen, und ist die Zahl der Interessirten im Verhältnisse zu den anderen nur gering, so ist sie doch auch um so einflußreicher, und das Motiv wirkt um so mächtiger, alle Hebel in Bewegung zu setzen.

Dazu kommt dann noch, daß die ganze lange Reihe anglikanischer Bischöfe in England, Schottland und Irland Sitz und Stimme im Oberhause haben. Wäre es nicht fast unerhört in England, daß eine Bill, welche im Unterhause durchgegangen ist, im Oberhause auf Widerstand, und namentlich auf beharrlichen Widerstand stoßen könne, so müßte noch sehr viel geschehen, ehe die Irländer auf die Aufhebung der Staatskirche hoffen dürfen. In naher Aussicht steht sie aber jedenfalls noch nicht. Es bedarf dazu einer großen Bewegung vom Volke aus oder einer mächtigen Stütze im Oberhause. Ich sage: einer großen Bewegung vom Volke aus; denn um einen Mehrheitsbeschluß des Unterhauses, hinter dem das Volk nicht steht, kümmert sich das Oberhaus, wie seine Gesinnung jetzt noch ist, nicht. Doch an eine solche Bewegung vom Volke aus, sei es nun zu Gunsten der Katholiken oder zu Gunsten der Dissenters, ist für den Augenblick nicht zu denken. Was die Irländer, wenn sie in sich einig sind, gegenwärtig in diesem Punkte erlangen können,

beschränkt sich ganz auf einen Majoritätsbeschluß des Unterhauses, den das Oberhaus alsbald wieder cassirt, ohne daß deßhalb Unruhen zu befürchten wären. So sehr wir daher auch das Unrecht beklagen, das England fort und fort an dem armen irischen Volke begeht, ebensowenig können wir uns der Hoffnung hingeben, daß die Stunde, wo dasselbe vom Drucke der Staatskirche befreit werden kann, schon jetzt geschlagen habe.

Hieraus wird uns auch erklärlich, wie vor kurzem Gladstone, als im englischen Parlamente die irische Staatskirche zur Sprache kam, dieses Institut als ein Werk der Ungerechtigkeit und Unbilligkeit charakterisiren konnte und dennoch zu dem Resultate kommen mußte, daß nichts zu thun sei. Es ist Nichts zu thun; denn wie die Interessen und Gesinnung der Mehrheit des englischen Volkes sind, muß die Regierung das Ungethüm zur Schande des englischen Namens bestehen lassen. John Bull ist sehr liberal, wenn seine Interessen nicht berührt werden; kommen diese in Gefahr, so hört sein Liberalismus auf.

II. Die irische Erziehungs- und Unterrichtsfrage.

Was die Unterrichts- und Erziehungsfrage betrifft, so faßt der irische Nationalverein seine Forderungen in den Worten „Freiheit der Erziehung", freedom of education zusammen. Aber genießen denn die Irländer nicht, was den Unterricht und die Erziehung betrifft, die vollkommenste Freiheit? Wie kann eine Freiheit, welche man in England preiset, in Irland beschränkt seyn? Und doch würden wir uns sehr täuschen, wenn wir die Gesetzgebung in Irland mit der in Großbritannien verwechselten. In Irland besteht aus alter und neuester Zeit eine Menge Gesetze, welche man in England nicht kennt. „Dieses Parlament", sagte Pope Hennessy in der dießjährigen Sitzung vom 24. Febr., „heißt das vereinte, was hat es aber seit der Vereinigung gethan? Es hat mehr Beschlüsse, die sich ausschließlich auf Irland be-

ziehen, gefaßt als das irische Parlament in 64 Jahren vor der Vereinigung. Fast die Hälfte aller Bills, welche ins Haus gebracht sind, bezieht sich auf Irland allein, und eine große Zahl der übrigen auf Großbritannien allein .... Und die Parlamentsacte für England und Irland sind nicht bloß verschieden — sie sind wesentlich verschieden. Das Princip, auf dem der öffentliche Unterricht in Irland beruht, ist das gerade Gegentheil von dem, das hier gilt." Irland wird also durch Sondergesetze regiert, und diese Gesetze stehen, was den öffentlichen Unterricht betrifft, in direktem Widerspruche mit denjenigen, welche in England gelten: das hat Pope Hennessy, ohne Widerspruch zu finden, öffentlich im Parlamente ausgesprochen. Auch der Erzbischof von Dublin beklagte sich am 29. Dez. v. Js. vor dem irischen Nationalvereine zu Dublin über die Verkümmerung der ihren Glaubensgenossen in England gewährten Unterrichtsfreiheit.

In England gilt als Princip, daß man in öffentlichen Prüfungen nicht zu fragen habe, was und wo Jemand studirt habe, sondern was er wisse; in Irland haben wir, um es kurz zu sagen, mit einigem Unterschiede dem Geiste nach ächtdeutsche auf den Schutz der Staatsschulen berechnete Schulgesetze. Wir sagten: mit einigem Unterschiede. Es fällt nämlich den Engländern nicht mehr ein, in Irland eine Schule, geschweige denn ein Seminar zu schließen; das geschah bloß in den Zeiten der Verfolgung, und wenn es wieder möglich werden soll, so müssen vorab die Wogen des Unglaubens noch höher gehen. Die Gesetzgebung in Irland beschränkt sich darauf, den Besuch der Privatanstalten durch allerlei Vorrechte, welche sie mit dem Besuche der Regierungsanstalten verknüpft, moralisch unmöglich zu machen. Wir wollen hier einige dieser Vorrechte nennen. Alle, welche in Trinity College oder an der Queen's University den academischen Grad B. A. d. h. baccalaureus artium, welcher unserm Abiturientenexamen so ziemlich entspricht, erhalten haben, genießen unabhängig von ihrem Examen in der Rechtswissenschaft vor anderen Candi-

daten desselben Faches eine Reihe von Vorrechten. Nichtgraduirte können von der Zeit an, wo sie sich als Studiosen der Rechtswissenschaft haben einschreiben lassen, erst nach 5 Jahren als barristers (der erste Grad des Advocatenstandes) auftreten; Graduirte genießen das Vorrecht, daß sie schon nach drei Jahren können zugelassen werden. Graduirte brauchen nur zwei Curse Vorlesungen zu besuchen, entweder an den King's inns oder am Trinity College oder (wenn sie ihre Grade an der Queen's University genommen haben) an irgend einem Provinzialcolleg; Nichtgraduirten sind vier Curse an den King's inns und überdieß zwei Curse am Trinity College aufgelegt. Graduirte haben 12 Terms commons beizuwohnen, Nichtgraduirte 15. Ueberdieß bezahlen die Graduirten für Examen geringere Prüfungskosten. Aehnlich sieht es mit den andern Graden des Advocatenstandes, den Solicitors und Attorneys aus. Sind dieselben in Trinity College oder in irgend einem der Queens Colleges immatriculirt (was vor dem Schlusse der Gymnasialstudien zu geschehen pflegt), so brauchen sie um zu praktiziren, keine weitere Prüfung zu bestehen, sind von einem Cursus Vorlesungen dispensirt und können zwei Jahre eher als Andere zur Ausübung ihrer Profession gelangen.

Wollen sich also Katholiken, um als Solicitor oder Attorney oder gar als Barrister aufzutreten, der Rechtswissenschaft widmen, so sind sie nicht bloß ihre juristischen Studien an den Staatsanstalten zu machen unabweislich gehalten, sondern sie müssen sich auch für die vorbereitenden Studien an die Staatsanstalten wenden oder sie sind ein paar Jahre länger Jurisprudenz zu studiren und überdieß andern Mißlichkeiten sich auszusetzen verurtheilt. Von diesen Beschränkungen der Unterrichtsfreiheit wissen die englischen Katholiken nichts.

Daraus wird uns auch der gegenwärtige Stand der irischen katholischen Universität klar. Nach einer uns vorliegenden Rede des gegenwärtigen Rectors derselben Monsign. Dr. Woodlock vom 27. Oct. v. Js. belief sich im verflossenen Studienjahre

die Zahl der immatriculirten Jünglinge, welche an verschiedenen auswärtigen Anstalten ihren Studien oblagen, auf 376. Dazu kamen 210 Studirende, welche ihren Unterricht an der Universität erhielten. Und welchen Studien oblagen dieselben? Wir finden darunter weder Theologen, welche bekanntlich in Maynooth studiren, noch auch Juristen, welche ihre Studien in den Staatsanstalten zu machen haben. Es widmeten sich unter ihnen 96 der Medicin, 70 andere waren immatriculirt und beschäftigten sich theils mit Philosophie, theils mit classischen Studien, die Uebrigen bereiteten sich auf die Immatriculation vor, unter welchen auch Viele am Schlusse des Jahres immatriculirt wurden. Welche ganz andere Frequenz würde die katholische Universität haben, wenn die vorgenannten Gesetze nicht beständen!

Allerdings studiren in Irland verhältnißmäßig viel weniger Katholiken als Protestanten. Es hat das großentheils darin seinen Grund, daß die Katholiken, wie es nicht anders seyn kann, die ärmere Classe bilden. Indeß gibt es doch in Irland eine so ansehnliche Menge wohlhabender Katholiken, daß die Anzahl der katholischen Studenten, wären ihnen nicht als solchen allerlei Schwierigkeiten in den Weg gelegt, die der Protestanten weit übertreffen würde. Denn das Fünftel der irischen Bevölkerung, welches dem protestantischen Bekenntnisse angehört, lebt vorherrschend in den Fabrikstädten, und besteht sonach meistens aus Fabrikherren und Fabrikarbeitern. Wenn daher die Schulen verhältnißmäßig mehr von protestantischen, als katholischen Jünglingen besucht werden, so bleibt, um es aus den Vermögensverhältnissen zu erklären, nur der Unterschied zwischen der katholischen und protestantischen Bevölkerung, daß nicht bloß die Grundherrn (landlords), sondern auch die Angestellten größtentheils protestantisch sind. Von diesen zwei Gründen kann der erstere zur Vermehrung der größern Anzahl Studirender an den irischen Anstalten nur wenig beitragen, weil die Grundherrn viel in England leben und daher ihre Kinder in England erziehen lassen; um

so gewichtvoller ist dagegen der letztere, der in einem so vorwiegend katholischen Lande gar nicht vorkommen sollte. Doch auch dieser Grund reicht keineswegs aus, um uns das Mißverhältniß zwischen den katholischen und protestantischen Studirenden zu erklären. Denn ist auch die Zahl der Katholiken in den Reihen der eigentlichen Staatsdiener gering, so ist sie doch in den der Advokaten und Aerzte nicht so gering; diese aber hangen in ihrer Existenz nicht vom Staate, sondern vom Volke ab und wir dürfen dreist annehmen, daß in Irland die katholischen Advokaten und Aerzte ihren protestantischen Rivalen gegenüber ein gutes Fortkommen haben. Finden wir daher nicht, daß die höhern Lehranstalten über doppelt so viele Katholiken wie Protestanten zählen, so haben wir den Grund davon bloß darin zu suchen, daß die katholischen Studirenden, um zu ihrem Ziele zu gelangen, große Schwierigkeiten zu überwinden haben.

Es wird nicht uninteressant seyn und auch zur Beleuchtung der vorliegenden Frage Einiges beitragen, wenn wir aus einer vorliegenden Statistik das Verhältniß der katholischen Studenten zu den protestantischen in Irland mittheilen. Im Jahre 1861 am 17. Mai befanden sich in ganz Irland gerade 11,588 junge Leute, die in allerlei Anstalten klassischen Unterricht erhielten; unter diesen waren 6,360 katholisch. Was dann die einzelnen gelehrten Professionen betrifft, so befanden sich damals 216 katholische Barristers unter der Gesammtzahl 758, 674 katholische Attorneys unter 1882, 761 katholische Aerzte und Chirurgen unter 2358, 210 katholische Apotheker unter 419, 258 katholische Mitglieder liberaler Professionen unter 1065, 141 katholische Professoren unter 267, 40 katholische Studiosen der Rechte unter 83, 329 katholische Studiosen der Medicin ꝛc. unter 954.

Um uns das Drängen der katholischen Irländer auf Unterrichts- und Erziehungsfreiheit zu erklären, müssen wir uns noch die Gründe klar machen, aus denen sie ihre Kinder den Staatsanstalten nicht anvertrauen wollen. In Deutsch-

land hat der Staat das ganze höhere Unterrichtswesen in die Hand genommen. Unterrichtsanstalten, die von der Kirche aus kirchlichen Mitteln gegründet waren, sind im Säcularisationsfieber, gleichviel ob mit Recht oder Unrecht, der Kirche entrissen. Selbst der Charakter der Anstalten ist dabei nicht gewahrt. Wie viele rein katholische Anstalten sind jetzt im hohen Grade gemischt! Es ist dahin gekommen, daß wir in ganz Deutschland außer Oesterreich auch nicht eine einzige katholische Universität behalten haben. Selbst das katholische Bayern, das neben einer protestantischen zwei katholische Universitäten haben sollte, hat auch nicht eine einzige katholische mehr. Doch zu dem Wahnsinn, den sich die englische Regierung im katholischen Irland vorgesteckt hat, ist keine deutsche Regierung gekommen. In Irland wurden sämmtliche höhere Unterrichtsanstalten als annexa religionis protestantisirt. Als solche sollten sie den protestantischen und katholischen Zwecken dienen oder besser zur Corruption der höhern katholischen Stände ein geeignetes Mittel in der Hand der Regierung seyn. Solche Pläne waren aber viel zu plump, als daß sie den Katholiken unbekannt bleiben konnten. Kaum hatten diese etwas freier aufzuathmen begonnen, als sie trotz der vielen Kirchenlasten auf Gründung eigener Anstalten Bedacht nahmen und dabei alles Mögliche aufboten, um vom Staate Berücksichtigung ihrer religiösen Interessen zu erlangen.

Bis zum Anfange dieses Jahrhunderts waren die Irländer, um für ihre Jugend eine katholische Erziehung zu erhalten, ausschließlich auf auswärtige Anstalten in Belgien, Frankreich, Spanien und Italien angewiesen. Die ersten rein katholischen Anstalten, deren sich Irland seit dem 16. Jahrhundert wieder erfreute, sind die zu Maynooth und Carlow, welche, hauptsächlich für die Bildung des angehenden Clerus bestimmt, gegen Anfang dieses Jahrhunderts entstanden. Ihnen schloßen sich allmählich in bedrängten Zeiten andere an. Schon im Jahre 1834 zählte man in Irland 23 specifisch katholische höhere Anstalten mit 1484 Zöglingen.

Damals gab es daselbst noch 96 specifisch protestantische Anstalten, von 4240 Zöglingen besucht. Von da an sehen wir eine merkwürdige Zunahme der specifisch katholischen und eine merkwürdige Abnahme der specifisch protestantischen Anstalten. Bei der Volkszählung im Jahre 1861 fanden sich 86 specifisch katholische höhere Anstalten mit 4962 Zöglingen, und die Zahl der specifisch protestantischen war von 96 mit 4240 Zöglingen auf 60 mit 2075 Zöglingen herabgesunken. Ob die 36 specifisch protestantischen Anstalten, welche seit dem J. 1834 also zu existiren aufgehört haben, aufgehoben oder in gemischte Anstalten umgewandelt seien, darüber finden wir im Census nichts, wir möchten aber bei der Schwärmerei für gemischte Erziehung annehmen, daß sie bloß in gemischte Anstalten umgeschaffen worden seien. Eben so wenig können wir angeben, wie viele unter den rein protestantischen und wie viele unter den rein katholischen Anstalten als öffentliche, wie viele aber als Privatanstalten gelten. Der Commissionsbericht vom Jahre 1861 schätzt die Anzahl der öffentlichen Anstalten auf 98, die Privatanstalten auf 203. Darnach gab es im Jahre 1861 nicht weniger als 157 gemischte Anstalten mit 4551 Zöglingen und unter ihnen 1398 katholische. Unter den 86 specifisch katholischen befinden sich drei Queen's Colleges, welche die Regierung gegründet hat, überdieß erhält das Maynoothcollege große Unterstützung von Seiten des Staates, alles Uebrige haben die armen Katholiken geschaffen. Allerdings bedürfen alle diese Anstalten fort und fort der Subvention; sie sind eine große Last des Volkes; sie zeigen aber auch, was ein Volk bei redlichem Willen vermag.

Durch diese Anstalten sind die Irländer ihren Kindern bis zu einem gewissen Grade eine höhere Erziehung zuzuwenden im Stande. Der Staat stört auch ihre Anstalten nicht, und so geht Alles gut, solange die Zöglinge sich nicht einem Stande widmen, in welchem sie staatlicher Concession bedürfen; wollen diese sich zu einem Staatsamte qualificiren,

so müssen sie ihre Weisheit von den Staatsanstalten, namentlich von den Hochschulen holen, welche protestantisch, nein, wie ein Protestant sie genannt hat, godless (gottlos) sind, und die Katholiken müssen es fühlen, daß ihnen die Freiheit, ihren Kindern eine katholische Bildung und Erziehung ertheilen zu lassen, noch sehr fehlt. Daraus wird uns klar, was der in Irland ertönende Ruf nach Erziehungs- und Unterrichtsfreiheit bezwecke, und wie begründet er sei.

III. Die Pächterfrage.

Die Pächterfrage ist eine solche, deren gründliche Lösung der irische Nationalverein, um der zunehmenden Verarmung und Verödung des Landes Schranken zu setzen, für nothwendig erklärt, und man braucht auch die Verhältnisse des Landes nur etwas zu kennen, um die Ueberzeugung des genannten Vereins zu theilen.

Ich habe schon früher meine Meinung dahin ausgesprochen, daß dem armen Irland nur dadurch gründlich zu helfen sei, daß die kündbare Pacht in Erbpacht umgewandelt werde, und habe dieselbe zu rechtfertigen versucht. Der irische Nationalverein hat wohl eingesehen, daß er mit einer solchen Forderung nicht durchdringen würde, und ist auf ein Mittel gekommen, das ungefähr dasselbe erreichte. Nach ihm soll das Land mit einem Pachtbriefe (lease) in Zeitpacht von langer Dauer gegeben werden. Ueberdieß soll der Pächter für alle Verbesserung des Bodens Anspruch auf Entschädigung haben.

Das Princip, daß der Pächter für Grundverbesserung auf Entschädigung Anspruch habe, wurde schon im J. 1860 vom Parlamente anerkannt, und hat in England durch Gewohnheit Gesetzeskraft erhalten; doch die Parlamentsakte vom J. 1860 war mehr geeignet dem Pächter in Erlangung seines Rechtes hinderlich zu seyn, als ihm zu derselben zu verhelfen. Abgesehen von den vielen Formalitäten welche sie, damit der Pächter auf Entschädigung Anspruch habe, fordert, stellt sie

auch für Irland als Bedingung auf, worüber man in England längst hinweg ist, daß die Verbesserungen mit Zustimmung des Grundeigenthümers vorgenommen seien. Daß eine solche Akte die heilsamen Folgen, auf welche sie berechnet war, nicht haben konnte, das wurde von den irischen Parlamentsmitgliedern, als die Bill kaum ins Haus gebracht war, sofort betont. Doch die von ihnen gestellten Amendements erhielten die Zustimmung des Hauses nicht. Inzwischen ist eingetreten, was vorhergesehen war: die Parlamentsacte ist ein todter Buchstabe geblieben. Der gegenwärtige Antrag geht nun dahin, daß der Pächter, um für wirkliche und erkleckliche Verbesserungen des Bodens auf Entschädigung Anspruch zu haben, einer vorgängigen Zustimmung des Eigenthümers zu diesen Verbesserungen nicht bedürfen soll, womit die Irländer nicht mehr verlangen, als was in England, durch Gewohnheit eingeführt, zu Recht besteht, und man sollte daher glauben, daß der Antrag, was die Entschädigungsfrage betrifft, endlich eine praktische Lösung finden würde.

Viel schwieriger ist der andere Theil der Frage. Stellt man dem Grundherrn die Forderung, daß er seinen Boden nur auf eine lange Reihe von Jahren verpachte und dem Pächter darauf einen Pachtbrief (lease) gebe, so greift man damit ins Eigenthumsrecht ein. Dem irischen Nationalverein, der den Boden des Rechtes nicht verlassen will, ist diese Schwierigkeit nicht entgangen. Um seinen Antrag zu motiviren, macht er geltend, daß der Grundeigenthümer durch größere Sicherheit seines Pachtzinses und durch die Verbesserung des Bodens am meisten gewinnen werde. Was dann den Akt der Gewalt, mit dem er zur Wahrnehmung seines eigenen Interesses gezwungen würde, betrifft, so müsse als oberster Grundsatz das allgemeine Wohl gelten, welches eine solche Regulirung gebieterisch fordere. Der Verein macht sich aber die Hoffnung nicht, in diesem Punkte mehr, als indirekte Maßregeln vom Parlamente zu erlangen. Das Parlament, sagt man, könnte decretiren, daß Keiner seinem Pächter

wegen rückständigen Pachtzinses vor der Zeit das Land entziehen dürfe, es sei denn, daß er einen Pachtcontrakt auf mindestens 30 Jahre mit ihm abgeschlossen habe.

Um den Einfluß, den man sich von dem besprochenen Pächterrecht zur Hebung des allgemeinen Wohlstandes verspricht, zu begreifen, müssen wir noch die irischen Verhältnisse etwas näher betrachten. Die Irländer sind für ihre Existenz viel mehr als die Engländer auf Ackerbau angewiesen. Das hätte freilich anders seyn können; denn in der Natur des Landes und des Volkes ist kein Grund dazu vorhanden. Warum sollten nicht manche Industriezweige, welche in England meistens mit irischen Arbeitern betrieben werden, eben so gut in Irland wie in England blühen können? Es ist aber einmal nicht anders, und daß es nicht anders ist, daran tragen die Engländer aus frühern Jahren, als sie keine irische Industrie aufkommen ließen, die größte Schuld.

Für Ackerbau ist aber der irische Boden viel mehr als der englische geeignet, nur bedarf er, um dafür völlig ausgebeutet zu werden, noch sehr der Cultur und wegen der niedrigen Lage des Landes noch viel der Entwässerung. Als Herr Maguire vor Kurzem im Parlamente die Pächterfrage in Anregung brachte und, was er auch durchsetzte, die Niedersetzung einer speciellen Commission zur Untersuchung der Sache beantragte, trug er kein Bedenken zu behaupten, daß die Ertragsfähigkeit des irischen Bodens sich um das Doppelte erhöhen lasse. Um alles dieses zu erreichen, ist nach ihm nichts erforderlich, als daß man dem Pächter Sicherheit gebe, die Früchte seines Schweißes selbst ärndten zu können.

Man schätzt den Flächenraum Irlands auf 20 Millionen Acker. Davon darf man zwei Millionen auf Städte und Seen rechnen; vier Millionen liegen uncultivirt da und ungefähr vierzehn Millionen sind cultivirt. Das wüste liegende Land ist meistens cultivirbar und das cultivirte läßt sich mit Fleiß so verbessern, daß es einen viel größern Ertrag liefert. Diese Verbesserungen zu bewirken ist nicht Sache des Grund-

herrn, sondern des Pächters; der hat aber unter den bestehenden Verhältnissen nicht die Sicherheit, welche ihn sie zu unternehmen ermuthigen könnte. Es sind Fälle vorgekommen, daß ein Pächter zum Baue eines Hauses und zur Verbesserung der Grundstücke mehrere hundert Pfund Sterling verwendet hatte. Als er damit fertig war, nahm ihm der Grundherr das Pachtgut, und er mußte auf alle Entschädigung verzichten. Tritt ein solcher Fall nur einmal ein, so schreckt er schon 1000 Pächter ab, sich derselben Gefahr auszusetzen. Hat ein irischer Pächter ein Stück Landes, das ihm 7 Schillinge kostet, und das ihm in seinem jetzigen Zustande vielleicht 8 bis 9 Schillinge werth ist, so wird er sich *wohl* hüten, die Ertragsfähigkeit desselben durch Arbeit so zu erhöhen, daß es ihm 20 Schillinge werth ist; denn, sagt er, ist es nur 20 Schillinge werth, so muß ich doch sofort 18 Schillinge bezahlen, und was habe ich dann für meine Mühe? Was würde aber wohl ein solcher Pächter thun, wenn sein Pachtkontrakt auf 30 und mehrere Jahre lautete, und wenn er überdieß für wirkliche Verbesserungen eine Vergütung beanspruchen könnte? Was er thun würde, das tritt in den wenigen Fällen zu Tage, wo der Landherr aus humaner Gesinnung sich dazu verstanden hat, sein Land auf 99 Jahre in Pacht zu geben. Hier war dem Pächter kein Anspruch auf Vergütung geboten, er hatte aber die Sicherheit, den Lohn seines Fleißes lange ärndten zu können. Da hätte man sehen sollen, wie Paddy das Gütchen, das er fast als das seinige betrachtete, in aller Beziehung möglichst bald zu verbessern suchte.

Daß ein Pächterrecht, welches dem Pächter die Früchte seines Fleißes in der erwähnten Weise sichert, im Interesse des Pächters und Grundherrn, ja ganz Irlands wäre, ist leicht einzusehen. Was den Pächter betrifft, so würde es seinen Fleiß steigern, und er würde bald den Lohn desselben in reichlicherer Aerndte erhalten. Aber auch der Grundeigenthümer würde dabei seine Rechnung finden. Zwar müßte

er eine lange Reihe von Jahren darauf verzichten, den Pachtzins erhöhen zu können; aber diese Reihe würde, so lang sie auch ist, einmal ablaufen, und dann würden ihm seine Ländereien ganz bedeutend mehr eintragen. Ob er aber ohne das vorerwähnte Pächterrecht je zu einem höheren Pachtzins kommen werde, ist zweifelhaft. So viel ist jedenfalls gewiß, daß die Ertragsfähigkeit des irischen Bodens in den letzten Decennien sehr abgenommen hat, und daß dieselbe, wird dem Strome der Auswanderung*) durch gründliche Verbesserung der Pachtverhältnisse kein Ziel gesetzt, noch mehr abnehmen wird. Wie kann er unter solchen Verhältnissen noch auf Erhöhung des Pachtzinses speculiren? Gewinnen aber Grundherren und Pächter, so gewinnt indirekt das ganze Land.

Was die Vermehrung des Nationalreichthums betrifft, so schätzt man den Werth der jährlichen Aerndte Irlands auf circa 50 Millionen Pfd. Sterl. Angenommen daß dieser Werth sich nicht, wie Maguire meint, auf das Doppelte, sondern nur auf 75 Millionen bringen ließe, so würden doch die 25 Millionen, die Irland jährlich aus seinen Bodenerzeugnissen mehr löste, zur Vermehrung des allgemeinen Wohlstandes ungemein beitragen.

Auch in sittlicher Beziehung würde daraus für Irland ein großer Vortheil erwachsen. Das jetzt bestehende Verhältniß zwischen Pächtern und Grundherrn, nach welchem die Grundherrn (mit ehrenwerthen Ausnahmen) ihre Pächter aussaugen, diese dagegen ihre Grundherrn als ihre Todfeinde hassen, dieses Verhältniß würde mit dem besprochenen Pächterrechte ein anderes werden, und was wäre auch hiemit für die Wohlfahrt des Landes nicht gewonnen? Wie viele Verbrechen, zu denen die Prellereien verleiten, würden aufhören?

---

*) Noch im vorigen Jahre sind über 100,000 Irländer ausgewandert. Wie groß die Zahl der Auswanderer bis zum 1. Mai 1851 sei, weiß man nicht genau; vom 1. Mai 1851 bis jetzt sind über 1,500,000, also ein Viertel der ganzen Bevölkerung ausgewandert.

Ob die Irländer mit ihrem Petitum durchdringen werden, läßt sich schwerlich sagen. In der gegenwärtigen Session wird die Frage noch nicht zum Schlusse kommen. Denn die auf den Antrag Maguire's niedergesetzte Commission wird mit ihrem Berichte nicht so bald fertig werden. Inzwischen wird dann die Neuwahl stattfinden, und dann hängt Alles vom Ausgang der Wahl in Irland ab. Gelingt es in Irland unabhängige Abgeordnete durchzubringen, welche jedem Ministerium, das auf die Beschwerden der Nation nicht eingeht, ihre Unterstützung verweigern, so werden sie mindestens die Entschädigungsfrage im vernünftigen Sinne gelöst finden, so sehr auch Einige, wie z. B. neulich noch Roebuck, dagegen sprechen. Die größte Gefahr Irlands liegt aber, was diese Frage betrifft, in der allgemeinen Muthlosigkeit. Die Frage hat schon zu lange gedauert, und das arme Volk ist zu oft getäuscht. Das hat die Meisten dahin gebracht, daß sie an dem Wiederaufblühen Irlands unter englischer Herrschaft gründlich verzweifeln. Eine Folge dieser Verzweiflung ist auch die allgemeine Auswanderung, welche nur momentan durch die Gefahren des amerikanischen Bürgerkriegs etwas ins Stocken gerathen, nun aber in vergrößertem Maße wieder anzufangen droht. Es ist nicht zu erwarten, daß Irland sich noch, wie zu den Zeiten Daniel O'Connel's, ermannen wird; ob aber England, das bisher zu Gunsten Irlands nur gethan hat, wozu es gerade gezwungen wurde, jetzt aus eigenem Antriebe handeln werde, das steht dahin. Was aber auch immer geschehen mag, die Pächterfrage ist und bleibt, wie auch neulich der Bischof von Cloyne in einer Versammlung des irischen Nationalvereins unumwunden erklärte, eine Lebensfrage für Irland, und ohne ihre gründliche Lösung ist an irischen Nationalwohlstand nicht mehr zu denken.

III.

August Lewald's neuer Roman.

Der Insurgent. Zwei Bände. Schaffhausen, Hurter 1865.

Wir haben vor etwa anderthalb Jahren Lewalds dreibändigen Roman „Clarinette“ in diesen Blättern zu verzeichnen gehabt und denselben mit Beifall als den schönen Anfang einer neuen Folge begrüßt. Die Produktionskraft des Autors hat uns nicht im Stich gelassen. Heute haben wir die Fortsetzung dieser neuen Folge willkommen zu heißen, die uns die fruchtbare Geistesfrische des Veteranen deutscher Novellistik abermals in zwei stattlichen Bänden verbrieft. Der „Insurgent“ nennt sich diese jüngste poetische Schöpfung, deren Handlung die neuere polnische Zeitgeschichte zum Hintergrunde hat.

Lewald kehrt hier, kann man sagen, zu seinen Anfängen zurück. Als er vor mehr als einem Menschenalter mit seinen ersten Novellen hervortrat, waren es die gleichzeitigen Bewegungen in Polen, die sein novellistisches Zeichnungstalent zunächst herausforderten. Polnische Zeitbilder gehörten zu seinen ersten erfolgreichen Schilderungen. Dazu war er auch, wie nicht jeder Andere, von Hause aus befähigt. An der polnischen Grenze geboren und durch frühzeitige Wanderungen in Ostpreußen mit der engern Heimath und deren Grenz-

lande wohl vertraut, hatte Lewald Gelegenheit das sarmatische Nachbarvolk noch näher kennen zu lernen, als er zu Warschau, um die Zeit der deutschen Befreiungskriege, die Stelle eines Sekretärs im russischen Hauptquartier bekleidete. Auf polnischem Boden also schöpfte er seine frühesten und frischesten Eindrücke, die durch spätere Reisen nur vervollständigt werden konnten.

Die angeborne Reiselust dieses Schriftstellers beeinflußte aber nicht nur die Wahl seiner Stoffe, sondern bestimmte auch in gewisser Hinsicht seinen Styl und seine Darstellungsweise überhaupt. Das bewegte Wanderleben, das ihn in mancherlei Beschäftigung nach allen Richtungen durch Deutschland führte, seine Touristenzüge nach Frankreich und der Schweiz, nach Tyrol und Italien, die seine zum Theil heute noch gebrauchten Reisehandbücher hervorriefen, schufen ihn recht eigentlich zum feinen Beobachter und Schilderer, zum Genremaler. Lewald war in der modernen Literatur einer der ersten, der in seinen Schilderungen zeigte, wie man auch den unscheinbaren Gegenständen anziehende Seiten abzulauschen und ein ansprechendes Colorit zu leihen vermöge. Man hat daher wohl nicht mit Unrecht bemerkt, daß durch Lewald das in der Folge so beliebt gewordene Genrefach in die Literatur eingeführt worden sei.

Dieser Charakter, der im Allgemeinen seine sämmtlichen Darstellungen kennzeichnet, liegt nun auch in dem vorliegenden Roman ausgesprochen, in welchem er über seine gewohnte Domäne hinaus einen Griff in das große geschichtliche Leben gethan. Er nennt die Erzählung ein „Drama der Zeit“, die Vorzüge derselben liegen aber auch dießmal wie immer auf dem ihm eigenthümlichen Gebiet, wie sie denn eine Verschmelzung von eigenen Erinnerungen und erdichteten Ereignissen ist. Polen, Deutschland, Italien leihen nach einander den Schauplatz zur Handlung her; aber der Verfasser ist in allen dreien wohl zu Hause und weiß über das polnische Volksleben so gut Bescheid wie über das deutsche Badeleben

und das jungitalische Verschwörertreiben, und an solchen Punkten tritt sein Talent am markantesten hervor. Der Roman besteht sonach in der Hauptsache aus einer geordneten Gruppe sorgfältig gearbeiteter und historisch stylisirter Genrebilder, und es ist weniger die spannende Composition des Ganzen als die feine Ausführung der Theile, worin er seine Stärke bekundet.

Der Zeit nach fällt die Geschichte der vorliegenden Erzählung in die Jahre nach 1830 bis 1848. Die Lage und Stimmung unmittelbar nach der polnischen Erhebung von 1830 bildet den Ausgangspunkt, der Aufstand von 1846 die eigentliche Katastrophe der Handlung. Im Wesentlichen aber ist es die drangvolle politische Gährung unserer Zeit überhaupt, was dem Verfasser bei seiner Zeichnung vor Augen schwebte: die allgemeine revolutionäre Spannung, die über den europäischen Zuständen lagert und die Schichten der Gesellschaft durchzuckt, das unbefriedigte dämonische Drängen nach einer Weltverbesserung mit allen Mitteln der Gewalt, nach einer Regeneration auf dem Wege der Zerstörung. Die Handlung selbst ist in ihren Grundlinien viel einfacher als in „Clarinette", aber die beiden Hauptfiguren, um die sich die Verwicklung spinnt — Julian und Maria, beide Polenkinder, durch seltsame Familienschicksale mit der ganzen traurigen Geschichte Polens verwachsen, darum dem verlornen Vaterlande mit sarmatischer Leidenschaft anhangend und sich opfernd — sind mit ihrer Umgebung bedeutend und eigenartig genug gestaltet, um das in den ersten Scenen erweckte Interesse für ihr Endschicksal rege zu erhalten.

Der Verfasser hat sein „Drama der Zeit" in fünf Handlungen eingetheilt. Die erste, die in Polen spielt, gibt ein recht bewegliches Bild des trostlosen Zustandes in Warschau „nach der Erhebung", so drastisch und naturgetreu, wie es fast nur von einem Manne aufgezeichnet werden kann, der mit eigenen Augen zugesehen. Namentlich das Treiben in der altpolnischen Schenke an der Weichsel ist ein ganz selbst-

ständiges Bild für sich. Polnische Art, Sitte, Sprechweise, der ganze Lokalton am Weichselstrande zusammt dem nationalen Tanz und der Improvisation masurischer Gesänge, ist dort an einem Häuflein ächt polnischer Menschenexemplare frisch und lebendig erfaßt, wozu die trübselige Physiognomie der Landeszustände nur um so seltsamer contrastirt. Wird hier die innere Auflösung und Zersetzung vorgeführt, welche die letzte Erhebung der Polen in ihrem Lande selbst, zunächst wenigstens in der Hauptstadt, zur Folge hatte, so zeigen die drei folgenden Handlungen Polen in der Fremde, zuerst in einem deutschen Bade an der französischen Grenze, dann in Italien, dem Herde der brütenden Revolution. So verschieden durch diesen Scenenwechsel die einzelnen Tableau's nach Land und Leuten sich von einander abheben, ein wahlverwandtes Element haben die spätern, wie man bald wahrnimmt, mit dem ersten gemein: durch alle verbreitet sich ein Fluidum revolutionärer Zuckungen wie in der Polenschenke; in dem Badort an der französischen Grenze die natürlich hereinspielenden Erinnerungen aus der französischen Revolution, deren zerstörende Ideen ja heute noch fortwirken, in Florenz die stille Arbeit der geheimen Umwälzung, der unterirdischen kosmopolitischen Esse, in der das Eisen zum neuen Aufstand geschmiedet wird. So treten wir überall, wohin wir uns wenden, in eine unheimlich gespannte Atmosphäre.

In der Mitte der Geschichte verlangsamt sich der Lauf der Erzählung, das Persönliche tritt in den Hintergrund, das Zuständliche, die allgemeine Signatur der Zeit in den Vordergrund; man sieht in einem breiten Nebeneinander der Scenen und Conversationen nur die Vorbereitungen auf die eine große Aktion, das Revolutionsdrama in Polen selbst, den „Kampf um das Ende." Erst gegen den Schluß hin zieht sich das Gewebe wieder spannender zusammen und lenkt das Interesse auf das persönliche Geschick der Hauptpersonen zurück. Die romantische Lösung, welche das Räthsel zwischen Gräfin Marie und ihrem wiedergefundenen Vater entschleiert, ist dem Charakter

dieser überhaupt ungewöhnlich angelegten Frauenfigur ganz angemessen. Tragisch und in seiner Wirkung überraschend vollzieht sich zuletzt das Geschick Julians in dem alten Ahnensaale jenes polnischen Grafenschlosses, durch das die Geschichte schon so oft mit blutigen Spuren geschritten, und das nun nach dem abermals verunglückten Aufstand den Letzten seines Geschlechts in den klagenden Mauern umschloß: ein Stück Polen im Kleinen.

Genug der Andeutungen über die Composition des Romans. In allem Uebrigen, in Charakteristik, Schilderung, Dialog, dem Ton der Darstellung überhaupt, die in einer so melodisch fließenden Sprache dahinrinnt, hat Lewald seine altversuchte Kunst reichlich aufgeboten. Es gehört wirkliche Gestaltungskraft dazu, um in einem zweiten Roman einen Kreis neuer Figuren zu schaffen, die so gänzlich von denen des ersten Romans sich unterscheiden, wie die Gestalten im „Insurgent" von den Gesellschaftstypen der „Clarinette." Das Porträt und das nationell colorirte Lokalbild gerathen in der Regel dem Verfasser besonders gut. Findet der polnische Volkscharakter seine vielgestaltige Ausprägung in den Scenen der Warschauer Schenke wie in denen des alten einsamen Grafenschlosses und der polnischen Judenhütte, so ist die Porträtirung der Badegesellschaft in dem deutschen Curort nicht minder glücklich gelungen. Den originellen slavischen Charakterfiguren merkt man es an, daß sie nicht erfunden, sondern aus dem Leben gegriffen sind, wie z. B. die in eine Atmosphäre von Parfüms getauchte russische Fürstin, welche das Brod, das ihr präsentirt wird, wäscht ehe sie es genießt; auch der redselige bei den Damen beliebte Brunnenarzt wird manchem bäderkundigen Leser als eine vormals bekannte Erscheinung ein Lächeln entlocken. Schade nur, daß einige von den bedeutendern Personen, wie die russische Fürstin Helene und der österreichische Offizier Albert nicht mehr, als es geschieht, in den Kern der Verwicklung hereingezogen sind.

Ihre größere Aktivität hätte ein bedeutendes Ferment in die Spannkraft der Haupthandlung geworfen.

Dem Gespräch und der Debatte ist ein beträchtlicher Spielraum eingeräumt, aber es wohnt denselben Geschmack und der Geist großer Lebenserfahrung inne, dazu mitunter jene Beimischung leiser Ironie, die bei rechtem Maß der Conversation einen angenehm bewegten Wellenschlag verleiht. Ein Quell behaglichen Humors ergießt sich besonders in dem „moralisch-politischen Zwischenspiel", das der Verfasser im zweiten Band zwischen der vierten und fünften Handlung eingefügt hat. Dieses launige Intermezzo wickelt sich in Pasewalk ab, welches hier durch einen souveränen Akt der dichterischen Licenz an die polnische Grenze versetzt ist, und das wir auf diesem Wege nicht nur als Residenz eines kleinen Fürsten, sondern auch als Mustersitz alles biedermännischen Fortschritts und aller schönen Aufklärung in kleinstädtischer Taschenausgabe kennen lernen. Es ist wieder ein Genrebild für sich. Hier übt die Schalkhaftigkeit in der anmuthigsten Weise ihr heiteres Hausrecht — ein erneuertes Zeichen von der seltenen Frische und Vielseitigkeit unseres Autors, dem wir gerne noch öfter auf diesem Boden begegnen möchten.

Im großen Ganzen will der Dichter „das qualvolle Ringen unserer Gegenwart nach vermeintlich bessern Zuständen" dem Geiste des Lesers vorführen. Welche Stellung er selber zu diesem vulkanischen Gähren und Ringen einnimmt, ist bei einem Schriftsteller von der katholischen Weltanschauung Lewalds von vornherein klar. Auch er will in Dingen des irdischen Lebens nicht Stillstand, sondern Entwicklung, aber eine organische, innerhalb der sittlichen Ordnung sich vollziehende Entwicklung. Es gibt einen revolutionären Fortschritt der Kugel, die stets fortrollt in jeglichem Sinne, wie der Bischof von Orleans gesagt hat. Unsere ganze Zeit ist von dieser abwärts rollenden Bewegung ergriffen, und die Wenigsten haben eine Ahnung davon, daß sie nicht zur Freiheit der Humanität empor, sondern zur Freiheit der Barbarei hinab.

führt. Dem gegenüber zeigt Lewald einen andern Fortschritt, dessen Gewähren in den christlichen Principien liegen und dessen sittigender Regulator die Kirche ist, die Hüterin der Freiheit. In solchem Sinn und Geist ist der Plan des historischen Gemäldes gedacht, welches der Dichter im „Insurgenten" aufrollt — ein Gemälde jedenfalls reich an anregenden Ideen für eine gebildete Lesewelt, die in einem Zeitromane mehr sucht als bloße Unterhaltung. Und bei dieser Lesewelt wünschen wir dem Werke diejenige Beachtung, welche das Interesse des zeitgemäßen Gegenstandes und der Name des verdienten Autors gleichmäßig beanspruchen dürfen.

IV.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

(Zu den „Zeitläufen".)

II. Das System des liberalen Oekonomismus und das Wesen der Bourgeoisie.

Was ist das Wesen jenes modernen volkswirthschaftlichen Systems, welches unter dem Namen des „liberalen Oekonomismus" bekannt ist, und gegen das sich die neue sociale Bewegung richtet? Es ist nicht leicht eine durchschlagende Antwort auf diese Frage zu finden. Der Instinkt der neuen Arbeiter-Politik hat sie aber gefunden und ganz richtig formulirt: „der liberale Oekonomismus sei die Trennung und das Auseinanderreißen des Politischen und des Socialen."

Man wird unsere moderne Welt, man wird einerseits die unermeßlichen Wirkungen des fraglichen Systems und andererseits die gewaltige Tragweite der neuen Arbeiter-Bewegung, nur dann recht verstehen, wenn man die gedachte Definition scharf im Auge behält und ihre entsprechende Ausgestaltung auf allen Gebieten des Lebens wieder erkennt. In der That, wenn man fragen wollte, was denn eigentlich die vielgenannte „moderne Civilisation" sei, so wäre es wohl die treffendste Antwort zu sagen: sie sei die realisirte Welt des liberalen Oekonomismus, Fleisch von dessen Fleisch und Geist von dessen Geist. Die nothwendigen Consequenzen, welche dieses volkswirthschaftliche System in allen Beziehungen des Daseyns, im bürgerlichen Leben, in der Politik und in der Religion auswirkt, das faßt man eben Alles zusammen in dem Begriff der modernen Civilisation. Daß und warum beide, jenes System und diese Civilisation, einen ausgeprägten Zug antichristlicher Weltanschauung mit sich führen, das werden wir später sehen und noch eigens untersuchen.

Der liberale Oekonomismus äußert sich vor Allem durch das Verlangen einer ganzen Reihe von negativen Freiheiten. Man sieht häufig diese socialen Verneinungen schon für das System selbst an; in Wahrheit sind sie aber nur die vorbereitende Arbeit, um für die positive Entwicklung des Systems das Feld rein und glatt zu scheeren. Zu diesem Zwecke muß jede sociale Gebundenheit, stamme sie von unten oder von oben, weichen; jede corporative Gestaltung, die von den Vätern auf die Kinder vererbt wird, muß in den allgemeinen Fluß der Beweglichkeit gebracht werden. Auch der Staat, und er vor Allem, muß seine Hand von den socialen Gebahrungen abziehen, da diese sich, gerade so wie die berühmte „freie Wissenschaft", nur nach den in ihnen selbst liegenden Gesetzen, dem sogenannten „Naturgesetz" der modernen Volkswirthschaft, bewegen dürfen. Der Staat hat dabei nichts zu thun als gehen und geschehen zu lassen.

Die Gewerbefreiheit ist also noch nicht das

aber sie ist der erste Schritt desselben, um die Corporationen des Bürgerthums zu pulverisiren und die chemische Auflösung des ganzen Menschengeschlechtes, wie der Bischof von Mainz sich ausdrückt, in flottirende Individuen einzuleiten. Die Freizügigkeit beseitigt sodann das Hinderniß, welches die geschlossene Gemeinde noch dem Strom staatsbürgerlicher Atomisirung bereiten würde. Wo durch Sitte und Recht der Grund und Boden noch untheilbar und immobil ist, da müssen bezügliche Agrar- und Erbgesetze auch dieses Hinderniß beseitigen. Indeß kann auch die Einrichtung der Latifundien wie in England dieselben Dienste thun, nämlich zahlreiche und wohlfeile Arbeitskräfte zur Auswahl bereiten und schaffen. Nur mit dem Mittelstand verträgt sich das System durchaus nicht, weder mit dem bürgerlichen noch mit dem bäuerlichen; der Mittelstand muß unbedingt ruinirt werden, wo das System festen Fuß fassen soll. Ist dieß einmal geschehen, dann hat der Staat nur noch die Schranken der Freiheit des Capitals im Geldwesen fallen zu lassen, um dem Börsenthum und der Bankokratie Raum zu machen durch unbegrenzte Schöpfung fiktiver Werthe. Auf diese Weise gibt es hienach wohlfeile Capitalien wie wohlfeile Arbeitskräfte, und bald kann das System seine Krönung verlangen durch den — Freihandel.

Es sind wie gesagt hiemit die negativen Freiheiten des Systems der modernen Volkswirthschaft aufgezählt. In Frankreich wurden die drei ersten Freiheiten, welche gerade hinreichten, um den bürgerlichen und den bäuerlichen Mittelstand aufzulösen, 1789 mit Einem Schlage eingeführt. „Die Arbeit“, sagt Lassalle, „war rechtlich frei erklärt und unendlich der Jubel. War denn nun aber wirklich etwas an der alten Thatsache geändert, daß die Arbeiter ihren Arbeitsertrag in die Taschen der privilegirten besitzenden Classen fließen lassen müssen? Die jetzt plötzlich rechtlich für frei erklärten Leibeigenen, Hörigen, Zunftgesellen und Lehrlinge befanden sich jetzt, rechtlich frei und faktisch mittellos, den in den Händen der Be-

ihnen aufgehäuften Kapitalien gewähren. Was bleibt nun beiden ihnen übrig, als nach der erhaltenen Freiheit das Leben für des Lebens Nothdurft zu verkaufen"*)?

England hat erst später und allmählich das Princip der Gewerbefreiheit durchgeführt, obgleich die Theorie gerade aus England stammte und das System eben seit Adam Smith die englischen Geister in durchdringender Vollendung beherrschte. England ist die geistige Heimath des liberalen Oekonomismus: hier wurde er zuerst von Adam Smith in wissenschaftliche Form gebracht. Aber erst nach 1814 wurde in England eine hauptsächliche Schranke der negativen Freiheit derselben abgeschafft, nämlich die gesetzliche Lehrzeit von sieben Jahren für jedes Handwerk. Und bis zum Jahre 1795 bestand eine strenge Gebundenheit der Gewerbe: kein englischer Arbeiter durfte seine Gemeinde verlassen, um außerhalb derselben Arbeit zu suchen, und Meister, welche aus anderen Gemeinden Arbeiter beschäftigten, wurden mit enormen Geldstrafen gebüßt. So wurde der Arbeitslohn indirekt vom Staate geregelt und niedrig gehalten, wie es früher direkt durch eigene Gesetze geschehen war**). Diesen „christlichen" Zuständen setzte nun der liberale Oekonomismus sein berühmtes „Naturgesetz" entgegen, und kaum hatte das System die entsprechenden negativen Freiheiten erlangt, so nahm der englische Industrialismus einen Aufschwung weit über Frankreich hinaus. Das große Princip von der Theilung der Arbeit und der Gebrauch der Maschine waren hinzu gekommen und verliehen den industriellen Vorsprung an England. Darum fand auch in England zuerst die Krönung des Systems durch den Freihandel statt. Aus dem gleichen Grunde ist andererseits auch die gähnende Kluft zwischen tiefster Armuth und maßlosem

---

*) Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch, der ökonomische Julian, oder: Capital und Arbeit, von Ferdinand Lassalle. Berlin S. 93.

**) Wochenschrift des Nationalvereins vom 2. März 1865.

Reichthum nirgends so ungeheuer wie in England. „Je mehr also auch seit 1789", sagt Ferdinand Lassalle, „der Arbeiter producirt, je mehr er im Dienste der Bourgeoisie vorgethanene Arbeit, Capitalien in deren Eigenthum aufhäuft, je mehr er dadurch weitere Fortschritte der Theilung der Arbeit ermöglicht: desto mehr vermehrt er das Gewicht der ihn zu Boden haltenden Kette, desto trauriger gestaltet er seine Classenlage. Und das ist der Grund, warum in England diese Lage trauriger ist als in Frankreich und Belgien, und in Frankreich und Belgien trauriger als in Deutschland"*).

Worin bestanden nun aber die positiven Einrichtungen, welche der liberale Oekonomismus auf dem durch die Negation der ganzen volkswirthschaftlichen Tradition abgeräumten Boden aufführte? Welches war das berühmte „Naturgesetz", das er an die Stelle des „künstlichen" Oekonomismus einer frühern Zeit setzte? Es war im Grunde abermals eine Negation und sie war enthalten in einem einzigen kleinen Satze, wie denn überhaupt das ganze System sich leicht auf ein paar Blättern in Form einer Katechismus-Lehre darstellen läßt. Diese scheinbare Einfachheit und Suppen-Klarheit hat nicht wenig zu der schrankenlosen Macht beigetragen, womit das System bis heute die Geister beherrscht, die Geister welche sich eben noch in den complicirten Gesellschafts-Formen aus der mittelalterlichen Zeit her geängstigt hatten. Da erschien wie das räthsellösende Columbusei der Grundsatz des Systems: sei die gebundene Gesellschaft nur einmal in freie Individuen aufgelöst, so habe jedes den natürlichen Trieb, seine Kräfte so vortheilhaft als möglich zu verwerthen, und jedes werde auch selbst am besten wissen, wie das zu machen sei. Also freie Concurrenz und Laissez faire von Seite des Staats. Das Gesetz von Angebot und Nachfrage — dieß ist das fragliche „Naturgesetz" — werde Alles allein reguliren. Die Arbeitskraft sei eben auch

---

*) Lassalle a. a. O. S. 97.

eine Waare wie jede andere Waare, und aus dem freien Spiel der individuellen Kräfte werde ganz von selbst die beste Ordnung hervorgehen, die dann eben als das Fatum der industriellen Entwicklung hinzunehmen sei.

So lehrt nun der liberale Oekonomismus, ein „wahrer Türkenglaube", wie einer der scharfsinnigsten deutschen Publicisten sagt*). Wirklich erfüllte er und erfüllt er bis heute seine Anhänger mit einem Fanatismus, wie nur je das Dogma eines gottbegeisterten Propheten. Die Volkswirthschafts-Lehre schien nun für immer dogmatisch abgeschlossen, alle wissenschaftlichen Zweifel und alle Disharmonie der Interessen schienen geschwunden, seit Bastiat seine „Oekonomischen Harmonien" geschrieben hatte, und die sociale Frage glaubte man damit für allzeit zur Ruhe verwiesen und abgethan zu haben. „Sie hatten Recht", ruft Lassalle seinem Gegner zu, „Ihr Buch einen Katechismus zu nennen; das zur Religion gewordene Dogma des spekulirenden Unternehmer-Profits erfüllt Sie von vornherein als die unmittelbarste Voraussetzung Ihrer Seele mit der ganzen Unmittelbarkeit und Inbrunst eines Religiosen" **).

Wie man sieht, besteht der liberale Oekonomismus wesentlich in der Trennung und im Auseinanderreißen des Politischen und des Socialen. Aber er bleibt dabei nicht auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete stehen, sondern er greift seiner Natur nach auf alle Lebensgebiete über und richtet überall die entsprechenden Analogien ein. Das ist denn der wahre Ursprung des modernen Liberalismus; diese Richtung kommt — im wesentlichen Unterschied vom bureaukratischen Liberalismus, der Staat und Gesellschaft nicht trennen, sondern vielmehr jenen stärken und beide Elemente fester verbinden wollte — direkt aus dem liberalen Oekonomismus her. Weil der Staat in Allem was die Spekulation angeht,

*) Const. Frantz: Kritik aller Parteien. Berlin 1862. S. 60 ff.
**) Lassalle a. a. O. S. 10.

rein indifferent und negativ sich verhalten soll, deßhalb will der moderne Liberalismus, daß der Staat in allen gesellschaftlichen Beziehungen etwas ganz Inhaltloses, Indifferentes, Negatives sei; der Staat soll schließlich nur mehr soviel Gewalt haben, um einerseits die Justiz zu handhaben und das Land zu vertheidigen, andererseits zu diesem Zwecke Steuern einzuheben. So hat man ganz folgerichtig jene „Nachtwächter-Idee“ vom Staat vor sich, wie Lassalle sich ausdrückte, welche dem „Rechtsstaat“ der frühern Liberalen vom liberalen Oekonomismus unterschoben worden ist. In diesem Sinne sagt der bekannte englische Materialist Buckle vollkommen richtig: alle guten Gesetze beständen lediglich in der Aufhebung der bisherigen Gesetze; und in demselben Sinne behauptet C. Frantz, das eigentliche Ideal des modernen Liberalismus wäre die Abwesenheit aller staatlichen Ordnung und obrigkeitlichen Gewalt, der Anarchismus atomisirter Individuen.

Wovon aber dieser Staat vor Allem frei seyn soll, das ist die Religion. Daß der Staat sich von der Kirche trenne, um sich fortan um gar keine Religion mehr zu bekümmern: das ist überall die consequente Forderung des liberalen Oekonomismus, sobald sich derselbe in den modernen Liberalismus überhaupt auswächst und auswachsen kann. Sehr natürlich! Eine Lehre welche die Arbeitskraft der armen Menschheit als todte Waare behandelt, kann dem Geist des Christenthums unmöglich freundlich seyn. So lange ferner der Staat noch auf Religion hält, kann die erstrebte Trennung des Politischen und des Socialen offenbar nicht statt haben; denn die Religion ist eben das wesentlichste Stück der Societät und das feste Band zwischen ihr und dem Staat. Man sieht daraus: die Religionslosigkeit des Staats wäre auch dann eine drängende politische Consequenz des liberalen Oekonomismus, wenn nicht der innerste Grundzug desselben in der materialistischen Anschauung von Stoff und mechanischem Stoffwechsel bestünde, wie Bischof von Ketteler treffend auseinandersetzt,

in jener Anschauung die in dem Menschen nur eine Art von cultivirtem Affen erblickt. Aber nicht nur im Staat, sondern auch im Einzelnen muß der moderne Liberalismus die Religion verfolgen; denn jede Religion setzt eine Gebundenheit des Bewußtseyns durch eine höhere Ordnung voraus, und auch diese Gebundenheit darf das System der modernen Volkswirthschaft nicht dulden; es darf überhaupt keine höhere Ordnung zulassen als das „Naturgesetz“ von Angebot und Nachfrage.

Nur in Einem Punkte erlaubt der liberale Oekonomismus dem Staat noch „Culturstaat“ zu seyn, ja er befiehlt es ihm. Indem sich nämlich der Staat von der Kirche und Religion *trennt*, soll er die Schule als sein Monopol und seine Zwangsanstalt mitnehmen. Der Staat soll Schule halten, denn wem die Schule gehört, dem gehört die Zukunft des Volks; aber der Staat soll Schule halten ohne sein und Anderer Bewußtseyn an eine höhere Ordnung zu binden; er soll bloß Schule halten, um taugliche Kräfte aller Abstufungen auf den Arbeitsmarkt zu liefern. Das wäre dann die durchgeführte Trennung des Politischen und Socialen; es wäre das Aufhören aller menschlichen und gesellschaftlichen Gebundenheit; es wäre die Vollendung der modernen Civilisation, gegen welche sich die berühmte Encyklika vom 8. Dec. in prophetischem Instinkt erhoben hat. Darauf wollen die „modernen Ideen“ hinaus, und die ganze in ihnen liegende Umkehrung der natürlichen Ordnung geht Schluß auf Schluß aus dem „Naturgesetz“ von Angebot und Nachfrage hervor.

Dieß vorausgeschickt wird man nun eine der furchtbarsten Stellen, welche Ferdinand Lassalle seinen Gegnern in so reichlichem Maße in's Gesicht geschleudert hat, erst recht verstehen. Lassalle ist nie einen Augenblick lang auf dem Boden christlicher Anschauung gestanden; aber als ein Säkular-Genie wie er es war, hat er mit den zuckenden Blitzen seines Geistes die tiefsten Tiefen der Culturgeschichte durchleuchtet, und oft führt er eine Sprache, die der eines christlichen Sehers

und Social-Philosophen durchaus würdig wäre. Hören wir, wie Lassalle über die Consequenzen des liberalen Oekonomismus für den Staatsbegriff und die Stellung des armen Volkes zum Staat sich äußert!

„Der Unternehmer bezieht sich unter der freien Concurrenz auf den Arbeiter als auf eine Waare . . . Dieß ist es, was beiläufig unter der Herrschaft der freien Concurrenz die menschliche Physiognomie unserer Zeit specifisch bestimmt."

„Alle frühern Beziehungen, Herr und Sklave im Alterthum, feudaler Grundbesitzer und Leibeigener oder Höriger oder Schutzpflichtiger, waren doch immer menschliche Beziehungen und Verhältnisse — menschlich vor Allem in Bezug auf die ganze bestimmende Gedanken-Grundlage des Verhältnisses selbst, aus welcher dann alles Uebrige folgt."

„Jene Verhältnisse waren menschliche Verhältnisse, sage ich, denn es war ein Verhältniß von Herrschern zu Beherrschten, was immerhin ein durchaus menschliches Verhältniß ist. Es waren menschliche Verhältnisse; denn es waren Beziehungen von diesem bestimmten Individuum zu diesem bestimmten Individuum. Es waren menschliche Beziehungen und selbst die Mißhandlungen, denen Sklaven und Leibeigene ausgesetzt waren, bestätigen dieß."

„Die kalte unpersönliche Beziehung des Unternehmers auf den Arbeiter als auf eine Sache, auf eine Sache die wie jede andere Waare auf dem Markte nach dem Gesetz der Produktionskosten erzeugt wird, das ist es, was die durchaus specifische, durchaus entmenschte Physiognomie der bürgerlichen Periode bildet."

„Daher der Haß unserer liberalen Bourgeoisie gegen den Staat, nicht gegen einen bestimmten Staat, sondern gegen den Begriff des Staats überhaupt, den sie am liebsten ganz aufheben und in den der bürgerlichen Gesellschaft untergehen lassen*), d. h. in allen seinen Punkten mit der freien Concurrenz durchdringen möchte. Denn im Staate kommen eben die Arbeiter immer doch noch als Menschen in Betracht, während sie wie Alles in der bürgerlichen Gesellschaft, in welcher das Gesetz der freien Concurrenz herrscht, nur nach dem Preise der Produktionskosten, nur als Sache in Betracht kommen."

„Daher vor Allem der gipfelnde Haß der Bourgeoisie gegen jeden starken Staat, wie immer organisirt und beschaffen er auch sei, um, da sie den Staat nicht ganz aufheben

*) In dieses Extrem müßte nämlich die fortgeführte Trennung des Politischen und Socialen zuletzt nothwendig umschlagen.
Anm. d. Red.

kann, ihn wenigstens in so vielen Punkten als nur immer möglich, in den Individualismus der freien Concurrenz aufzulösen, um ihn wenigstens soweit als nur immer möglich der bürgerlichen Gesellschaft zu assimiliren und unter die entmenschende Herrschaft jenes gebieterischen Gesetzes derselben zu stellen."

„Wie theuer kommt die Erzeugung des Arbeiters auf dem Markt zu stehen? Das ist die hauptsächlichste Interessenfrage der bürgerlichen Periode. In politischer Hinsicht zwar auch noch wie früher beherrscht, ist der Arbeiter in gesellschaftlicher Hinsicht zur Sache geworden ... Es ist, als ob einige Individuen die Schwerkraft, die Elasticität des Dampfes, die Wärme des Sonnenlichts zu ihrem Eigenthum erklärt hätten. Das Volk wird von ihnen gefüttert, wie auch die Dampfmaschinen von ihnen geölt und geheizt werden, um sie in arbeitsfähigem Stande zu erhalten, seine Nahrung kommt nur als nothwendige Produktionskosten in Betracht."

„Aus dieser gesellschaftlichen Lage gibt es auf gesellschaftlichem Wege keinen Ausweg. Die vergeblichen Anstrengungen der Sache sich als Mensch geberden zu wollen, sind die englischen Strikes, deren trauriger Ausgang bekannt genug ist. Der einzige Ausweg für die Arbeiter kann daher nur durch die Sphäre gehen, innerhalb deren sie noch als Menschen gelten, d. h. durch den Staat, durch einen solchen eben der sich dieß zu seiner Aufgabe machen wird, was auf die Länge der Zeit unvermeidlich. Daher der instinktive, aber grenzenlose Haß der liberalen Bourgeoisie gegen den Staatsbegriff selbst in jeder seiner Erscheinungen" *)!

Fragt man sich nun weiter, wie der liberale Oekonomismus ändernd und umgestaltend auf die einzelnen Stände und Classen der Gesellschaft eingewirkt hat und einwirken muß, so stellt sich die Entstehungs-Geschichte der Bourgeoisie dar. Bourgeoisie und liberaler Oekonomismus sind eben Wechselbegriffe, deren keiner sich denken läßt ohne den andern.

Wie das System überhaupt alle corporativen Verbindungen auflösen mußte, so hat es vor Allem die der Meister unter sich und mit den Gesellen aufgelöst. Aus dem genossenschaftlichen Gehülfen ist der isolirte Arbeiter geworden, und dieses isolirte Individuum ist, wie wir eben hörten, in eine mitleidslose Abhängigkeit verfallen, wie eine solche nie

*) Lassalle a. a. O. S. 189. 193. 204.

zuvor vorhanden gewesen war. Mit der ganzen Existenz für Mann, Frau und Kinder allen Schwankungen des Marktes und des Waarenpreises ausgesetzt seyn, das ist der Sklavenmarkt unseres liberalen Europa's, wie der Bischof von Mainz sehr richtig bemerkt. Auch der volkswirthschaftliche Professor an der Berliner Hochschule, Dr. Glaser, erklärt diese neue Art von Sklaverei als das nothwendige Resultat des liberalen Oekonomismus. „Kein wirklicher Kenner der Lehren der Nationalökonomie wird behaupten, daß unter den heutigen Produktions-Verhältnissen in den europäischen Staaten der Arbeiterstand als Stand durch eigene Kraft sich aus seiner Stellung emporheben könne, da vielmehr das ganze System darauf beruht, daß ein besitzloser Arbeiterstand vorhanden ist. Die Capital-Herrschaft bedarf eines solchen ganz ebenso, wie im Alterthum die Gesellschaft eines Sklaventhums und die mittelalterliche Gesellschaft eines Standes der Hörigkeit bedurfte" *).

Woraus dann aber die Bourgeoisie unmittelbar hervorgeht, das ist die Auflösung und der Ruin des Mittelstandes. Mit einem tüchtigen und behäbigen Mittelstand verträgt sich das System durchaus nicht. Der alte und ächte „dritte Stand", das mit Wahrheit sogenannte „Bürgerthum", hatte seine Wurzeln in der volkswirthschaftlichen Gebundenheit des Corporationswesens. Seitdem diese Wurzeln abgeschnitten sind, seitdem überdieß durch das Princip der Arbeitstheilung die persönliche Geschicklichkeit allenthalben überholt und verdrängt ist, seitdem geht das Handwerk und der kleine Betrieb rettungslos seinem Untergang entgegen. Der weiland „dritte Stand" zerfließt und theilt sich; die größere Masse sinkt hinab auf das Niveau der Fabrikarbeiter und hilft den sich jetzt erhebenden vierten Stand anschwellen und mit bilden; eine kleine Anzahl mag, vom Glück und Geschick begünstigt, hinauf steigen in die Reihen der Unternehmer, der „oberen

*) Dr. J. C. Glaser: Die Erhebung des Arbeiterstandes zur wirthschaftlichen Selbstständigkeit rc. Berlin 1865.

Zehntausend", wie man sich in England auszudrücken pflegt. Von dem frühern „dritten Stande", der drei Jahrhunderte lang der eigentliche Träger unserer Geschichte war, bleibt unter der Herrschaft des liberalen Oekonomismus nur mehr eine Oligarchie oder Plutokratie, die sich auch selber nicht mehr als ein Stand, noch weniger als dritter Stand, sondern als der Stand katexochen bezeichnet. Das ist dann die Bourgeoisie im Unterschiede vom alten Bürgerthum; mit diesem war der Mittelstand identisch, jene erwächst und entsteht nicht anders als aus der Vernichtung des Mittelstandes und aus seiner Verwesung.

Daß unter der Herrschaft des liberalen Oekonomismus der Mittelstand überhaupt, und nicht bloß der gewerbliche, allenthalben zu Grunde gehen muß, ist eine feststehende Thatsache. Ueberall wo das System Platz greift, verdrängt die Großindustrie den Handwerkerstand, und wenn auch manche Produkte noch handwerksmäßig gemacht werden, so kann doch der kleine Meister neben dem großen, der mit vielen „Händen" arbeiten kann, nicht bestehen. Ebenso gestaltet sich der Proceß auf dem Gebiete der Landwirthschaft und des Handels. Der Bauernstand verschwindet immer mehr und wird von dem Großbesitz verschlungen, wie das im Alterthum bei den Römern, im Mittelalter in Oberitalien und in der neuern Zeit in Großbrittanien der Fall war. Auch fängt man in England im Handel schon an, den kleinen Detailverkäufer auszustoßen und, um Kosten zu sparen, ganze Straßenseiten umfassende Niederlagen zu gründen*). Man darf geradezu sagen: es sei die politisch-sociale Signatur unserer Zeit, daß unser einst so kräftiger Mittelstand ausgeschieden und vertheilt werde zum ungleich größten Theile an das besitzlose Proletariat, in einer kleinen Parcelle aber an die Bourgeoisie.

Constantin Frantz hat diesen Verlauf in seiner gewohnten schlagenden Weise ausgedrückt wie folgt: „Ein neuer Feuda-

*) Glaser a. a. O. 35.

lismus entwickelt sich, in welchem die hohen Finanzbarone an der Spitze stehen und den kleinen Geldadel wohl oder übel in ihr Gefolge hineinziehen, indessen der Stand der Gemeinfreien ohnmächtig wird und nach unten hin die Masse des hörigen Proletariats tagtäglich wächst . . . Oder man sage uns doch, welche von den ehemaligen Mächten wäre wohl nicht im Sinken? Und welche neue Macht wäre wohl so emporgekommen wie die Geldmacht? Besteht dieser Zug der Dinge noch ein Menschenalter hindurch, so wird es in ganz Europa keine regierenden Häuser mehr geben außer die Bankhäuser. Und schon jetzt verzweigt sich das Haus Rothschild über Europa, wie ehemals das Haus Bourbon" *).

Gleich einer Saugpumpe strebt die Bourgeoisie, wo sie einmal festsitzt, fortan Alles in sich aufzufassen, was irgendwie der Assimilirung fähig ist. Nicht nur den Mittelstand hat sie, sein Herzblut in sich aufsaugend, bis zum Schatten entleert. Auch die Aristokratie wird mehr und mehr in einen Bourgeoisie-Adel aufzulösen gesucht. Zum großen Theil ist dieß schon gelungen; was von den aristokratischen Elementen der Assimilirung hartnäckig widerstrebt, das wird als verabscheuungswürdiges „Junkerthum" vom allgemeinen Staatsbürgerthum, als dessen alleinberechtigten Vertreter sich eben die Bourgeoisie gerirt, zur Vernichtung ausgeschieden. Die Wissenschaft des 19. Jahrhunderts ist gleichfalls zu ihrer leibeigenen Dienerin herabgesunken; ein Professor, der nicht sklavisch die Ideen der Bourgeoisie reproducirt, gehört heutzutage zu den seltenen Ausnahmen, und jedenfalls besitzt ein solcher in den Augen der herrschenden Classe eben keine „freie Wissenschaft", und er steht nicht auf der Höhe der Zeit. Auch die Diener der Kirchen werden von ihr in ihren Dienst gerufen, und welche Zerrüttungen dieser Ruf innerhalb der protestantischen Bekenntnisse anrichtet, das liegt in Baden ebenso deutlich als in England und Frankreich vor Augen.

---

*) C. Frantz a. a. O. S. 77.

Auch in das Herz der katholischen Kirche hat das moderne Bürgerthum seine Minengänge gegraben; wer gewisse bedauerlichen Streitigkeiten unter uns durch die Lupe prüft, der wird in ihnen das Hereinragen des Bourgeoisie-Geistes leicht erkennen. Wenn der Kleriker sich diesem Geiste unterwirft und Friede mit ihm macht, dann wird er pardonirt; thut er es nicht, dann wird er als verabscheuungswürdiges „Pfaffenthum“ gleichfalls vom allgemeinen Staatsbürgerthum ausgeschieden zur gelegentlichen Vernichtung.

Es wird Niemanden einfallen zu läugnen, daß die Geschichte der Bourgeoisie auf dem volkswirthschaftlichen Gebiet großartige Schöpfungen hinterläßt. Es läßt sich daraus auch erklären, wenn sie sich überhebt, wenn sie, wie Lassalle ihr vorwarf, überall nur sich selbst sieht, sich für die „Welt“ hält, ihre eigenen Classeninteressen als Nationalinteressen, ihre Oekonomie als Nationalökonomie, ihre Industrie als Nationalindustrie anschaut *). Aber mehr und mehr treten die schwarzen Schatten an der sog. bürgerlichen Culturperiode hervor, und der Stempel den sie der Menschheit aufdrückt, zeigt erschreckende Züge geistiger Erschlaffung, zunehmender Abplattung und sittlicher Gemeinheit. Hören wir darüber die nur allzu wahre Schilderung des mehrgedachten Berliner Nationalökonomen. Er behauptet, daß die Herrschaft der Bourgeoisie oder des Capitals immer mit einer doppelten Knechtschaft verbunden sei, nicht nur mit der Knechtung der Arbeit unter das Capital, sondern auch mit der Knechtung des Geistes unter das materielle Interesse:

„Diese doppelte Knechtschaft beruht in dem Wesen der Sache, sie ist nicht zufällig. Die große Anhäufung des Capitals in einzelnen Händen ist zwar einer Verfeinerung des Lebens, dem Luxus sehr günstig, aber durchaus nicht dem ernsten Streben, dem wissenschaftlichen Streben, dem Streben nach einer tiefern Cultur des Geistes. Nur ein wohlhabender Mittelstand bleibt ernst genug, das Leben auch von seiner ernsten Seite anzusehen. Nur ein wohlhabender Mittelstand hat nicht das Ziel, sich nur ein an-

*) Berliner „Social-Demokrat“ vom 11. Juni 1865.

genehmes Leben zu schaffen, sondern er bewahrt die Rücksicht auf seine Entstehung und auf das Fortkommen, die ganze Entwicklung der Menschheit, und er bewahrt sie nicht nur für sich, er bewahrt sie auch für die übrigen Stände des Volks, er prägt den Charakter seines Strebens der ganzen Gesellschaft auf. Wenn daher der wohlhabende Mittelstand untergeht, dann geht der ernste wissenschaftliche Sinn im Volke zu Grunde, dann finden wir Luxuswirthschaft und Luxuscultur Und daß dieß ein Zug unserer Zeit ist, das wird Niemand verkennen. Kunst und Wissenschaft sind nicht in der Weise gestiegen wie die Industrie, sondern es ist vielmehr das wissenschaftliche Streben im Großen und Ganzen gesunken selbst bis auf die Erziehung, indem man mehr darauf ausgeht, die technische Vollkommenheit und das Anlernen von Fertigkeiten, als die gründliche Erkenntniß zu fördern*).

Zur Zeit trägt die Bourgeoisie in ihrer politischen Erscheinung den Namen „Fortschrittspartei". Als solche beherrscht sie durch ihre Presse die sog. öffentliche Meinung unbedingt, und Dank den von ihr und für sie zurecht gemachten Wahlgesetzen füllt sie auch die constitutionellen Körper. Trotzdem behauptet Lassalle: die Partei stehe längst nicht mehr, wie weiland der dritte Stand in den französischen National-Versammlungen des vorigen Jahrhunderts, auf der theoretischen Höhe der Zeit und auf dem Bildungsgipfel derselben. Er behauptet: die Partei kenne nicht einmal die wahre Lage der Dinge, und eigentlich beherrsche nicht sie die Zeitungen, sie sei vielmehr selber von diesen beherrscht, in ihrem Denken und Glauben abhängig von einer Handvoll verkommener Literaten, deren ehrloses Treiben noch Niemand schonungsloser aufgedeckt hat als eben Lassalle. Die „geistige Versimpelung der Bourgeoisie", vermöge deren sie ihre Gedanken fix und fertig aus der Fabrik beziehen will, ihr instinktiver Haß gegen jede Idee, gilt ihm denn auch als sicherstes Vorzeichen ihres baldigen Untergangs:

„Ach, es ist ein altes Gesetz der Geschichte: Classen gehen unter durch dasselbe, was sie zur Herrschaft gebracht hat. Es ist die Entwicklung der Theilung der Arbeit, welche die europäische Bourgeoisie zur Herrschaft gebracht hat, und es ist hundert Jahre

*) Glaser a. a. O. S. 45 ff.

her, daß der Schotte Ferguson in zwei Zeilen den Grund angibt, welcher aus derselben Theilung der Arbeit den Untergang der europäischen Bourgeoisie bewirken mußte, den geistigen Untergang, welcher die Ursache ihres politischen und der Vorläufer ihres socialen Unterganges ist: „„Und das Denken selbst, in diesem Zeitalter der Theilung der Arbeit, mag zu einem besondern Handwerk werden."" Und es ist zu einem besondern Handwerk geworden, das Denken des Bürgerthums, und in die elendesten Hände ist dieses Handwerk gefallen — in die unserer Zeitungen"*).

Faßt man nun endlich das Bild der Bourgeoisie und ihrer Entstehung scharf in's Auge, so wird man erst recht, aber auch leicht verstehen, wo die neue Arbeiter-Politik hinaus will. Sie will überall, auf dem volkswirthschaftlichen wie auf dem politischen Boden, principiell das Gegentheil von dem was der liberale Oekonomismus, der die Grundlage der sog. bürgerlichen Weltperiode bildet, will und als „Naturgesetz" aufstellt. Aus der Atomisirung dieses Systems strebt die Arbeiter-Welt zurück zu einer neuen socialen Gebundenheit. Hiezu verlangt sie vom Staat zwar nicht das Gesetz, aber die Mittel. Und wie weit sie in der Verneinung der modernen Nationalökonomie geht, beweist die Thatsache, daß in England gegen die Vorschläge auf Parlamentsreform unter Anderm die Einwendung vorgebracht wird: eine Ausdehnung des Stimmrechts auf die große Masse der Arbeiter würde auch die bedenkliche Folge haben, daß sie zum — Schutzzollsystem zurückführen könnte**).

Allerdings; die neue Arbeiter-Politik bestreitet der Bourgeoisie das Recht, sich als die eigentliche Vertreterin des allgemeinen Staatsbürgerthums zu geriren, und insbesondere will sie in ihr nicht länger die Repräsentantin der Volksarbeit anerkennen. Sie will sich vielmehr selber repräsentiren. Sie will die untergegangenen Stände insofern aus dem staatsbürgerlichen Chaos wieder herausziehen; sie will namentlich den ruinirten Mittelstand rächen, und sich selbst als „vierten

*) Lassalle a. a. O. S 246.

**) Allg. Zeitung vom 28. Februar 1865.

Stand“ an dessen Stelle setzen. Auf diesem vierten Stande soll dann dasselbe politische Schwergewicht ruhen, das auf dem dritten Stande geruht hat, ehe derselbe durch den liberalen Oekonomismus auseinander gesprengt wurde. Also um die Herstellung einer neuen kleinbürgerlichen Culturperiode handelt es sich!

Sowohl aus dieser neu-ständischen wie aus jener social-föderativen Anschauung ergibt sich, daß die neue Arbeiter-Politik von einem Staatsbegriff ausgehen muß, der dem Staatsbegriff des liberalen Oekonomismus diametral entgegengesetzt ist. Und so ist es in der That. Aber nicht um die Form des Staats handelt es sich; constitutionell und monarchisch oder nicht, das ist gar nicht die Frage. Sondern es handelt sich um den Inhalt und den Zweck des Staats. Dem liberalen Oekonomismus entspricht der geistig entleerte, social indifferente und bürgerlich unthätige Rechtsstaat. Die neue Arbeiter-Politik will naturgemäß den Culturstaat, und zwar den Culturstaat in seiner ganzen und vollen Consequenz, nicht bloß das liebenswürdige Flickwerk unserer deutschen Länder, die mit Schulzwang und Unterrichtsmonopol das ärmste Bürgerkind herandrillen, es aber dann mitleidlos dem Gesetz von Angebot und Nachfrage preisgeben. So meint es die neue Arbeiter-Politik nicht; sie will den Culturstaat im vollen Sinne des Wortes; sie will kurzgesagt die durchgehende Wiedervereinigung des Politischen und des Socialen.

Wer nun in dieser Richtung nur das Mindeste concedirt, wer z. B. zugesteht, daß der Staat allerdings den egoistischen Kampf der Concurrenz zu überwachen, daß er zum Exempel möglichst zu verhüten habe, damit sich nicht für einen Arbeitszweig eine Ueberzahl von Arbeitskräften ansammle*): der weiß entweder nicht was er thut, oder er negirt schon das ganze System des liberalen Oekonomismus, und folgerichtig negirt er zugleich die „modernen Ideen“ sowie die gesammte

*) So meint z. B. J. Huber: die Proletarier. München 1865. S. 21. 153.

„moderne Civilisation". Das ist die ungemeine Tragweite der neuen Entgegenstellung zwischen der Bourgeoisie und dem vierten Stande; sie ist im tiefsten Grunde die Entgegenstellung zweier Staatsbegriffe, die auf ein künftiges Analogon von 1789 in umgekehrter Richtung hindeutet. Wird uns dabei die Analogie von 1793 erspart bleiben? das ist das Räthsel der Zukunft.

V.

Wetterleuchten auf der pyrenäischen Halbinsel.

Den 25. Juni 1865.

Nach den uns gewordenen Mittheilungen ist die Erwartung einer diesjährigen Revolution in Spanien seit Monaten eine allgemeine. Es gibt Wenige, von welchen diese Erwartung, sei es eine Erwartung der Furcht, der Hoffnung oder der Gleichgiltigkeit, nicht getheilt würde. Noch mehr, die ganz entgegengesetzten Parteien oder doch Richtungen wünschen die Revolution, d. i. einen gewaltsamen Ausbruch der unruhigen und unheimlichen Säfte und Kräfte, die auf der pyrenäischen Halbinsel ihr verborgenes und doch offenes Spiel treiben. In Einem Punkte harmoniren die entgegengesetzten Richtungen, sie alle nennen Spanien: ein unglückliches Land. Ob sie hierin Unrecht haben, muß erst die Zukunft lehren.

Seit Monaten, vielleicht seit Jahren war von den fortgeschrittenen Parteien die Revolution festgestellt. Der nächste Zweck war, mit Gewalt die Zügel der Regierung für die Progressisten und ihren Anhang zu ergreifen, und es mit der Königin entweder zu machen wie es in den Jahren 1820—1824 mit Ferdinand VII., in den Jahren 1835—41 mit Maria

Christine geschah, oder aber die Dynastie der Bourbons abzusetzen. In einer Versammlung der Fortgeschrittenen wurde der Angriffsplan genau festgestellt; die Revolution sollte an einem und demselben Tage auf allen Punkten des Landes ausbrechen, die zerstreuten Truppen und Gensdarmen, die Guardia civil, sollten unschädlich gemacht werden, mit den ihnen entrissenen oder sonst vorfindlichen Waffen sollten sich die Anhänger der eigenen Partei bewaffnen, die Verbindung der Hauptstadt mit den Provinzen sollte nach allen Richtungen abgeschnitten, die Regierung veranlaßt werden, ihre in Madrid concentrirten Truppen über die Provinzen zu zerstreuen; Madrid sollte inzwischen eine unschuldige und eingezogene Miene annehmen, dann erst, wenn die Hauptstadt von Truppen ziemlich entblößt wäre, sollte der Losbruch der Revolution in Madrid das ganze Werk krönen. An dem Gelingen des ganzen Planes wurde nicht gezweifelt. Ueber die weitern Ziele war man nicht so unbedingt einig. Man kann vielleicht sagen, daß sich die spanischen Progressisten und Demokraten den König von Portugal nicht so fast aus Neigung, als aus Nothwendigkeit und als Mittel zum Zwecke hätten gefallen lassen. Man konnte ja einen Versuch mit ihm machen, und wenn er nicht entspräche, provisorisch ohne König regieren. Aber mit dem Könige von Portugal hatte man die innige Freundschaft von England und Italien, vielleicht auch von Rußland, und wahrscheinlich nicht die Feindschaft von Frankreich in Aussicht.

Bei der neuen Vertheilung der Gewalten durfte natürlich der alte Espartero nicht übergangen werden, mit welchem die Progressisten im letzten Winter einen abgeschmackten Cult getrieben haben. Zuerst sprengten sie in ganz Spanien aus, es sei von Seite der dunklen Parteien ein Attentat gegen sein Leben gemacht worden, dann beglückwünschten sie ihn wegen der Rettung aus einer von ihnen fingirten Gefahr mit Adressen von allen Seiten, und sie feierten seinen 73ten Geburtstag als den eines Retters und Heilandes von

Spanien. Doch wissen sie so gut wie alle Andern, daß Espartero nicht regieren würde. Sein Name wäre nur der Aushängeschild, womit Andere unter dem Deckmantel desselben regieren würden. Die eigentliche Regierung würde dem Salustiano Olozaga, dem Haupte der Progressisten, die Militärgewalt aber dem General Prim, Grafen von Reus, zufallen. Beide sind talentvoll, energisch, ehrgeizig. Dieser hat bei der Armee, welche man durch ihn hinüberzuziehen hoffen durfte, die größte Popularität. Olozaga hat auch bei denen, die nicht seiner Richtung sind, eine große Auktorität. Auch der ehemalige Minister Madoz ist eines der Häupter dieser Partei. Der vielgenannte Professor Castelar aber, wegen dessen die Studenten-Aufläufe im April in Scene gesetzt wurden, wandelt mit zahllosen Andern unter den dii minorum gentium.

Von dem Volke als solchem war bei all diesen Plänen und Machinationen nicht entfernt die Rede. Niemand dachte an das Volk, Niemand sprach von dem Volke, Niemand kümmerte sich um das Volk. Es handelte sich nur um die Progressisten und um das Heer. Aber hier entstanden die schwersten Bedenken und Zweifel. Es war sonnenklar, daß das Heer seiner eminenten Mehrheit nach der Königin und dem Thronerben, dem Prinzen von Asturien, treu und ergeben sei, darüber konnten sich weder die spanischen Progressisten, noch die englischen Bibelcolporteurs und „Evangelisten", noch die belgischen Freimaurer, noch die italienischen Garibaldianer und Mazzinisten, noch die französischen Imperial-Demokraten Täuschungen hingeben. Die spanische Armee steht an militärischen Eigenschaften hinter keinem andern Heere der Welt zurück. Bei dem ersten Blicke ist es klar, daß diese Leute geborne Soldaten sind. Man konnte aber hoffen, daß man die Armee unschädlich machen werde, wenn es gelänge, einen Theil der höheren Offiziere zu gewinnen; man konnte hoffen, durch den General Prim die Armee herüberzuziehen. So standen die Dinge, als die Militärverschwörung in Valencia eben noch vor ihrem Ausbruche entdeckt wurde.

Auch nur über den nächsten Tag Vermuthungen aufzustellen, oder zu prophezeien, was nunmehr geschehen werde, scheint uns allzu gewagt. Wir wissen nur, daß der Ausbruch der Revolution ziemlich allgemein auf den Juli vorausverkündigt wurde, aus Gründen, die sehr verschieden angegeben werden. Inzwischen ist die damalige Regierung gefallen; der Rücktritt des Ministeriums Narvaez ist kürzlich erfolgt, und in Madrid regiert wieder die „liberale Union". Ob diese mit zum revolutionären Bunde gehört und ob sie die Plane der iberischen Partei selber nicht durchkreuzen will, oder ob sie zum Widerstande entschlossen ist und die Fäden der Verschwörung und die Zügel der Gewalt in Händen hat, muß sich in Kürze zeigen.

Eines scheint gewiß: daß das, was man constitutionelle Regierung nennt, in Spanien noch nicht dagewesen ist, und vielleicht auch nicht da seyn wird, und daß bei der Fortdauer einer solchen constitutionellen Regierung, wie sie in Spanien herrscht oder vielmehr nicht herrscht, das Zeitalter der Revolutionen für dieses edle aber unglückliche Volk noch nicht abgeschlossen ist.

Wir behalten uns vor, demnächst ausführlicher auf die spanischen Zustände zurückzukommen.

VI.

Das Register zu den Historisch-politischen Blättern.

(Von dem Verfasser desselben.)

Ueber die Nothwendigkeit von alphabetischen Registern zu Zeitschriften und andern Sammelwerken kann unter Sachverständigen kein Zweifel walten. Aber von der Nothwendigkeit zu der Wirklichkeit, d. h. zu der Verwirklichung ist ein so weiter und beschwerlicher Weg, daß er sehr oft nicht zurückgelegt wird. Die größere Zahl der katholischen Zeitungen und Zeitschriften, welche seit dem Ende des vorigen Jahrhunderts in Deutschland entstanden und eingegangen, oder welche in diesem Jahrhundert entstanden sind und

noch bestehen, hat keine Inhaltsverzeichnisse. Die Folge davon ist, daß diese Blätter, wenn sie überhaupt irgendwo gesammelt sind, nicht oder sehr mangelhaft benützt werden können. Sie sind wie nicht vorhanden, die auf sie verwendete Arbeit vieler geistigen Kräfte ist heute nicht mehr ergiebig. Wer in zwanzig und mehr Jahren vom katholischen Standpunkt die Geschichte unserer Zeit studiren will, wird sich schmerzlich überzeugen, daß ihm eine der reichsten Quellen fast verschlossen ist. Wird er sie öffnen wollen, so wird es mehrjähriger angestrengter Arbeit bedürfen, und es ist möglich, daß er an der Vorarbeit erliegen wird. — Bei einer andern Gelegenheit gedenke ich eine Uebersicht über die katholischen Zeitschriften und Zeitungen unter dem hier vorliegenden Gesichtspunkte zu geben.

Ich selbst war bei der Beschäftigung mit der Kirchengeschichte des 19. Jahrhunderts vorwiegend auf Zeitschriften als auf meine *Quellen* angewiesen. Als ich nach München kam, fand ich ein *halb* vollendetes, aber zu weitläufig angelegtes Register zu Band 1—34, Jahrgang 1838 bis 1854, der Historisch-politischen Blätter vor, welches ich verkürzte und veränderte, und dessen verzögertes Erscheinen erst im J. 1859 zum Theil auf meine Rechnung fällt. Es schien mir eine Ehrenpflicht zu seyn, als die Zeitschrift ihren 25. Jahrgang und ihren 50. Band erlebt hatte, meine frühere Arbeit zum Abschlusse zu bringen, das zweite Register war im August des J. 1863 vollendet. Das Verzögern des Erscheinens dieses Registers um zwei Jahre fällt nicht auf meine Rechnung.

Damit ist aber nur ein kleiner Theil der Arbeit gethan, die ich als eine nothwendige betrachte. Bei der Gelehrtenversammlung zu München im J. 1863 habe ich darum den Antrag gestellt, es möge hierin gemeinsam vorgegangen werden; daß dieser Antrag einen unmittelbaren Erfolg nicht haben werde, mußte ich voraussetzen. Ich habe aber bei diesem Anlasse wenigstens erfahren, daß ein Sachregister der im Stifte Einsiedeln befindlichen Zeitschriften angelegt sei, welches ich ein Jahr später einzusehen die Gelegenheit hatte. Ich schmeichle mir noch heute mit der Hoffnung, daß sich einige frische und ausdauernde Kräfte zu der beregten Arbeit werden zusammenfinden lassen. Es ist Aussicht vorhanden, daß zwei noch bestehende und blühende Zeitschriften, von welcher die eine in 3, die andere in 5 Jahren ihren fünfzigsten Jahrgang zurückgelegt haben wird, ihren Lesern die verflossenen 50 Jahre durch Inhaltsverzeichnisse in's Gedächtniß zurückrufen werden. In Betreff der übrigen theils eingegangenen, theils noch bestehenden Zeitschriften und Zeitungen wollen wir zwar keine Vorschläge und keine Versprechungen machen, aber doch bescheidene Hoffnungen hegen. Mögen diese Worte den noch lebenden Zeitschriften und Zeitungen zu Herzen gehen!

Es war bei Anfertigung des zweiten Registers mein Wunsch und mein Bemühen, den Gebrauch desselben auch noch anderweitig nützlich zu machen, ohne den Umfang zu erweitern. Mittelst der biographischen und bibliographischen Literatur, welche in München zugänglich ist, gelang es mir, die Geburts- und die Todes-Daten der meisten Schriftsteller und sonstigen Männer aufzufinden, welche in dem Register vorkommen. Aber es ist eine allbekannte Sache, daß in diesen Werken die Namen katholischer Schriftsteller und Celebritäten am schwächsten vertreten sind. Trotzdem ist es mir gelungen, von fast 200 katholischen Schriftstellern die Geburts-Daten zum erstenmale beizubringen, indem ich dieselben entweder aus den engen Grenzen der Diöcesanschematismen hervorzog, oder durch angeknüpfte Correspondenz mir die gewünschten Daten verschaffte. Auf die meisten Briefe erhielt ich Antwort. Einige der Herrn, an welche ich mich wendete, hatten die Güte, für mich bei andern Nachrichten einzusammeln, wie die Herrn P. Brandes, Druffel, B. Herder, Hergenröther, Maassen, Marx, Moufang, A. Potthast, Reichensperger, Reusch, Fr. Schulte, Stumpf, Westhoff, C. Will, zu diesen besonders der hochw. Bischof Dr. Andr. Räß von Straßburg. Mancher Brief kam wohl nicht an seine Adresse, oder fand den Adressaten nicht zu Hause. Wer sich je mit biographischen Studien beschäftigt hat, wird unsern Wunsch theilen, ein neues Lexikon der katholischen Schriftsteller des 19. Jahrhunderts erscheinen zu sehen, etwa eine Fortsetzung des Schriftsteller-Lexikons von Felder und Waitzenegger, 3 Bde., Landshut 1817—22, welches Werk gleichfalls auf dem Wege der Correspondenz entstanden ist. — Ich habe bei Anfertigung dieses Registers einen Beitrag zu einem solchen Lexikon geliefert.

Seit dem Anfange des Druckes im September 1863 bis heute sind gar viele der Männer gestorben, welche in dem Register noch als lebend aufgeführt werden. Ich habe 24 Namen gezählt, und es kann mir der eine oder andere Todesfall entgangen seyn. Darunter sind zwei Cardinäle (Geissel und Wiseman), ein Erzbischof (Hughes von Newyork, der am 3. Januar 1864, nicht am 27. Dezember 1863 starb), drei Bischöfe (Arnoldi, Malou, Bl. Gerbet). Ich werde am Ende dieses Jahres und Bandes wohl Gelegenheit haben, die nähern Daten nachzutragen, sowie auch einzelne Irrthümer zu berichtigen, im Falle die Betheiligten oder Antheilnehmenden mir rechtzeitige Mittheilungen darüber machen werden.

Dem Mißstand, daß nun das Register statt mit dem 55., schon mit dem 50. Bande abschließt, daß also gerade die fünf zuletzt erschienenen Bände, welche wegen der Nähe der Zeit ein näher liegendes Interesse beanspruchen, für das Register weggefallen sind, kann mit einigem guten Willen durch einen gedrängten Nachtrag am Schlusse des 56. Bandes abgeholfen werden.

P. P. G.

VII.

Napoleon III. und Cäsar.

III.

Das zweite Buch.

Quis nescit primam esse historiae legem, ne quid falsi dicere audeat, deinde ne quid veri non audeat? ne quae suspicio gratiae sit in scribendo, ne quae simultatis

Cic. de or. II, 15, 62.

Nachdem der Verfasser im ersten Buche die breiteste Grundlage für den Ruhmestempel seines Helden gelegt, beginnt er in diesem in fünf Capitel zerfallenden Buche die specielle Geschichte desselben. „Während Marius", so lautet der Anfang des ersten Capitels", durch seine Siege über die Cimbern und Teutonen Italien vor einer furchtbaren Invasion rettete, wurde zu Rom derjenige geboren, der einstens durch neue Bezwingung der Gallier und Germanen den Einbruch der Barbaren um mehrere Jahrhunderte verzögern, den unterdrückten Völkern das Bewußtseyn ihrer Rechte geben, der römischen Civilisation ihre Dauer sichern und auf die künftigen Häupter der Nationen seinen Namen als geheiligtes Sinnbild der Macht übertragen sollte" (pag. 251). Die traditionelle und von den Classikern bezeugte Annahme, daß

Cäsar im J. 100 vor Christus geboren wurde, hat Mommsen zu entkräften gesucht und sich mit Rücksicht auf die Amtsjahre Cäsars für das J. 102 ausgesprochen. Napoleon bekämpft mit Recht diese Neuerung und hält an dem J. 100 fest. Der Genealogie der Julier ist große Aufmerksamkeit geschenkt, ebenso der Erklärung des Namens „Cäsar". Der einem der erlauchtesten Häuser in Rom entsprossene Cäsar hatte das in der damaligen Zeit allgemeinster Corruption sehr seltene Glück, eine vortreffliche Mutter zu haben, die seine Erziehung höchst umsichtig und liebevoll leitete, ein Umstand den der Verfasser mit voller Ueberzeugung nachdrücklich betont. Die geistigen und körperlichen Vorzüge Cäsar's, seine ungewöhnliche Bildung und Gewandtheit in allen Zweigen geistiger Thätigkeit, der Edelmuth seines Herzens und die Leutseligkeit seines Benehmens, die selten neben einander bestehende aristokratische Eleganz und kriegerische Kraft und Abhärtung finden an dem Verfasser einen glänzenden Lobredner. Als Sulla Diktator wurde, war Cäsar 18 Jahre alt, aber schon jetzt zog er die Blicke Roms auf sich durch seinen Namen, seinen Geist und sein gewinnendes Wesen, „das den Männern und vielleicht noch mehr den Frauen gefiel."

Da Cäsar als 17jähriger Jüngling die Cornelia, die Tochter des Demokratenführers Cinna, geheirathet und sich dadurch offen für die demokratische Partei erklärt hatte, so verlangte der allmächtige Sulla von ihm die Entlassung dieser Frau und wunderte sich nicht wenig über den Muth des Jünglings, der seine Frau behielt, während die mächtigsten Männer in Rom, darunter auch Pompejus, nach Sulla's Wunsch sich beeilten, ihre Frauen zu entlassen und andere aus Sulla's Partei heimzuführen. Sulla's Groll zwang den Jüngling zur Flucht; längere Zeit irrte er im Sabinerlande umher und mußte trotz des Fiebers, das ihn ergriffen hatte, jede Nacht seinen Aufenthalt wechseln. Endlich erhielt er durch dringende Fürsprache einflußreicher Verwandten und vestalischer Jungfrauen bei Sulla Begnadigung, aber mit

den drohenden Worten: „Wisset, daß der dessen Begnadigung ihr verlangt, eines Tages den Untergang der Partei, für welche wir alle gekämpft haben, verursachen wird; denn, glaubt es mir, in diesem Jüngling steckt mehr als ein Marius!“ Um nicht kalter Zuschauer der blutigen Herrschaft Sulla's zu seyn, reiste Cäsar nach Asien und genoß die Gastfreundschaft des Königs Nikomedes von Bithynien, begleitete sodann als „Contubernalis“ den Prätor Minucius Thermus in den Krieg gegen Mithridates, zeichnete sich bei der Eroberung von Mitylene so aus, daß er eine Bürgerkrone erhielt, kehrte aber auffallend oft an den Hof des bithynischen Königs zurück, wodurch das seiner Ehre so nachtheilige Gerücht von einem schimpflichen Verhältniß zu diesem König damals entstand und sich hartnäckig erhielt, wie namentlich Sueton cap. 49 ausdrücklich bezeugt. Es ist möglich, daß der Parteihaß die Sache später vergrößerte; allein damals als das Gerücht entstand, war Cäsar noch nicht als Parteihaupt dem Haß einer Gegenpartei ausgesetzt, daher troß des Verfassers Bemühung diese Makel zu vertilgen, angenommen werden muß, daß der junge Julier an dem üppigen orientalischen Hofe Handlungen beging, die ihm später, je höher er stieg, desto mehr zum Vorwurf gemacht wurden, nach Cäsars eigenen Worten (cfr. Sallust, Catilina cap. 51): „Wer im Besitz großer Macht auf dem Leuchter steht, dessen Thaten sind allen Sterblichen bekannt!“

Auf die Nachricht vom Tode Sulla's kehrte Cäsar eilends nach Rom zurück. Hier brach sogleich der Bürgerkrieg aus, indem der Consul Lepidus die Herstellung des Tribunats und die Abschaffung der Sullanischen Gesetze verlangte, sein College Catulus aber kräftigen Widerstand leistete. Der junge Cäsar wurde eifrigst um seine Theilnahme an diesem Kampf für die Volkssache gebeten, aber in richtiger Beurtheilung der Lage und der leitenden Personen hielt er sich frei. Lepidus erlitt eine schwere Niederlage und mußte nach Sardinien fliehen; die Herrschaft des Senats war auf's neue befestigt.

Da betrat Cäsar, um die Aufmerksamkeit des Volkes auf sich zu ziehen, das Feld der öffentlichen Anklage gegen hervorragende Männer der Gegenpartei: beide Angeklagte wurden zwar von den senatorischen Richtern freigesprochen, allein schon der Muth, solche Männer vor Gericht zu ziehen, und die glänzende Beredsamkeit Cäsars erregte die Bewunderung des Volkes, und der kühne Ankläger galt jetzt schon als das Haupt der bisher geknechteten und führerlosen Demokratie. Auch die zahlreichen Griechen in Rom, deren National-Interesse Cäsar in der Anklage gegen Antonius vertreten hatte, waren für den jungen Redner begeistert und trugen nicht wenig zur Verherrlichung desselben bei. Doch fand Cäsar die Zeit noch nicht günstig, um als Demokrat eine erfolgreiche Rolle zu spielen: „oft ist es für Staatsmänner von Vortheil, auf einige Zeit von der Bühne zu verschwinden; sie vermeiden es so, sich in den alltäglichen Kämpfen zu compromittiren und ihr Ruhm wächst durch die Abwesenheit" (pag. 268). Cäsar verließ also im Winter 678 die Hauptstadt und begab sich nach Rhodus zur Vollendung seiner rhetorischen Studien. Das Abenteuer, welches ihm auf der Reise dahin begegnete, bespricht der Verfasser fast zu ausführlich und steigert die Summe, die Cäsar den Piraten als Lösegeld anbot, auf 50 Talente, während Sueton (cap. 4) nur 40 angibt. Der Tod des Pontifex Maximus veranlaßte seine Freunde, ihn zur raschen Rückkehr nach Rom aufzufodern, weil sie ihn zu diesem wichtigen Amte bestimmt hatten. In Rom angelangt wurde Cäsar vom Volke zum Militärtribunen gewählt und hatte so einen höheren militärischen Rang erhalten, ohne jedoch an irgend einem der damaligen Kriege Theil zu nehmen, während Pompejus sich durch glückliche Bekämpfung des Sertorius in Spanien mit neuen Lorbeern bedeckte, Lucullus in Asien gegen Mithridates Siege auf Siege erfocht und in Italien selbst ein neuer Sklavenkrieg wüthete. Diese Unthätigkeit Cäsars erklärt der Verfasser daraus, daß alle Generäle eifrigste Anhänger der sullanischen Partei waren,

unter denen er als Demokrat nicht dienen wollte. Ob diese Entschuldigung der Theilnahmslosigkeit Cäsars bei den schweren Gefahren des Vaterlandes genügt, überlassen wir dem Urtheil des Lesers.

Die beiden siegreichen Feldherrn, Pompejus und Crassus, erzwangen sich an der Spitze ihrer Armeen das Consulat für das Jahr 70 v. Chr. Der größte Theil des zweiten Capitels ist diesem hochwichtigen Consulate gewidmet. Der Verfasser beginnt mit einem Rückblick auf die bedenkliche Lage des Staates trotz der Versöhnung der neuen Consuln: „Das Eigenthum, selbst das Leben jedes Bürgers hing von der Willkür des Stärksten ab, das Volk hatte das Appellationsrecht und seinen gesetzlichen Antheil an den Wahlen, die Armen die Getreidevertheilungen, das Tribunat seine uralten Privilegien, der so einflußreiche Ritterstand seine politische und finanzielle Bedeutung verloren" (pag. 275). Wir können in diese von dem Verfasser sehr ausführlich behandelten Klagen über die Unterdrückung des Tribunats und des Ritterstandes nicht einstimmen; denn da es, wie der Verfasser schon im ersten Buche bemerkt hat, „eine Demokratie in Rom gab ohne Volk", so waren auch die gesetzlichen Vertreter des Volkes, die Tribunen, längst alles wahren Patriotismus baar und ledig, sie benützten ihre Stellung bloß dazu, sich um theures Geld von einer ehrgeizigen Persönlichkeit erkaufen zu lassen, und dann in deren Interesse die Proletarier zu den für den Staat gefährlichsten Beschlüssen fortzureißen. Die Geschichte des Tribunats von Saturnin und Glaucia im Jahre 100 v. Chr. bis auf Sulla beweist diesen unpatriotischen Sinn der Volksrepräsentanten mehr als genug; und Sulla konnte in der That dem Staat auf keine andere Weise innere Ruhe verschaffen als dadurch, daß er den Tribunen durch energische Maßregeln die Macht entriß, zur Befriedigung egoistischer Interessen das willenlose Volk zu bearbeiten. Daß die Tribunen nach ihrer Wiederherstellung durch Pompejus im J. 70 v. Chr. sogleich in dieselbe Politik des Egoismus zurück-

fielen und ihre Dienste den reichsten Machthabern verkauften, zeigt uns Gabinius, Manilius, Vatinius, Clodius und viele andere. Das Tribunat, dieses Palladium der römischen Freiheit und Größe, ist die Brücke geworden, auf welcher die Tyrannis in Rom einzog! Es ist, als wäre in dem edlen Blute der Gracchen der ächte tribunicische Geist für alle Zukunft erstickt worden. Auch die Ritter, diese Banquiers der Republik, verdienen kein Mitleid, daß sie durch Sulla ihre Macht verloren; so wenig sich die Banquiers und Börsenmänner unserer Zeit durch großen Patriotismus auszeichnen, so wenig die Ritter in Rom. Als die ausschließlichen Pächter der Staatseinkünfte in den Provinzen erlaubten sie sich himmelschreiende Erpressungen gegen die Provinzialen und wußten durch reiche Geschenke die Statthalter in ihr Interesse zu ziehen, und wenn je einmal ein Proconsul die armen Provinzialen gegen ihre Räubereien beschützte, so benützten die Ritter ihre richterliche Gewalt, versetzten ihn in Rom in Anklagestand und verurtheilten ihn durch die Richter, die zu ihrem Stande gehörten. Genau so verfuhren sie gegen den Stoiker P. Rutilius Rufus, der als Legat des Proconsuls Scävola in der Provinz Asia durch Gerechtigkeit sich auszeichnete und die Erpressungen der Ritter verhinderte, dann aber zur Rache von den Rittern der Erpressung (!) angeklagt und verurtheilt wurde (92 v. Chr.), so daß der edle Mann in der Verbannung sein Leben beschloß (cfr. Cic. de or. I, cap. 53 und 54)! Einen solchen schändlichen Mißbrauch der Richtergewalt durch die Ritter hatte der edle Cajus Gracchus, der ihnen diese Gewalt gab, freilich nicht vorausgesehen; Sulla aber handelte vollkommen im Interesse des Staates, wenn er ihnen diese Gewalt wieder nahm und sie dem Senat zurückgab. Der Senat benützte sie allerdings auch nicht besser, und eben dieß ist ein schlagender Beweis dafür, daß nicht bloß eine Classe der römischen Gesellschaft, sondern alle zusammen von der heillosesten Corruption vergiftet waren; der beste Gesetzgeber konnte nicht mehr helfen, das Uebel lag tiefer und hing mit der

absoluten Verkommenheit des Heidenthums überhaupt zusammen!

Anstatt nun offen zu bekennen, daß die demokratischen Elemente des römischen Volkes ebenso verdorben und egoistisch waren wie die aristokratischen, gefällt sich der Verfasser darin, in ausführlicher Schilderung die Verkommenheit, den wahnsinnigen Luxus, die Trägheit und Bestechlichkeit der Reichen darzustellen, die von Sulla alle Macht erlangt, aber sich derselben vollständig unwürdig gezeigt hätten. Alle erkannten das Elend, aber bei der Frage nach dem Heilmittel gingen sie weit auseinander: die Einen sahen nur Heil in der Erhaltung des bestehenden Zustandes, aus Furcht durch Verrückung eines einzigen Steins das Gebäude zusammenzustürzen; diese hielten sich mit wahrer Verzweiflung an die Gesetze Sulla's als einzige sichere Basis. Die andere Partei wollte die Lage verbessern durch Legung einer breiteren Basis und durch Befestigung des Gipfels. Diese Partei wählte den Namen Marius zum Symbol ihrer Hoffnungen. Um die Volkssache emporzubringen, bedurfte sie eines Führers von hervorragendem Verdienst; dieser war damals Cäsar noch nicht, sondern Pompejus, der durch seine Veteranen und seinen Kriegsruhm die Lage vollkommen beherrschte. Und Pompejus, der doch seine ganze Macht und seinen Ruhm der sullanischen Partei verdankte, hielt sich in der That in seiner unglückseligen Verblendung für berufen, der Vorkämpfer der Volkssache, d. h. der unmächtigen Demokratie zu werden. Während nun der Verfasser diesen glücklichen General richtig und lebhaft schildert und seine Inconsequenz gebührend hervorhebt, geht er in dem Lob seines Helden ganz sicher zu weit, wenn er sagt, Cäsar habe den Pompejus auf dieser Bahn in ehrlicher, loyaler Absicht unterstützt, und die Worte beifügt: „der Mann der sich seiner Kraft bewußt ist, fühlt keine treulose Regung von Eifersucht gegen die, welche ihm in dem Wettlauf zuvorgekommen sind; er kommt ihnen vielmehr zu Hilfe, denn um so größer ist dann sein Ruhm, wenn er sie ein-

holt" (pag. 286). Wir können den letzten Satz als eine ideale Wahrheit zugeben, den ersten Satz aber müssen wir entschieden bezweifeln. Cäsar müßte ein politischer Stümper gewesen seyn, hätte er nicht die höchst gefährliche Stellung erkannt und eifrigst benützt, in welche Pompejus durch tödtliche Beleidigung seiner bisherigen Freunde und Stützen und durch Begünstigung der Demokraten gerieth; bei dieser Partei hatte sich Cäsar schon als Haupt geltend gemacht, Pompejus war also einerseits bei den Aristokraten verhaßt, andererseits von den Demokraten mit Mißtrauen beobachtet und von der Gnade und Mitwirkung Cäsars abhängig. Während sich nun der Consul Crassus für nichts zu interessiren schien als für glänzende Feste und reiche Spenden an's Volk, und eine kluge Neutralität beobachtete, machte Pompejus sein erstes Consulat für die Republik und für sich selbst zur Quelle des Verderbens durch zwei höchst wichtige Gesetze, welche in die von Sulla geschaffene Burg der Nobilität die erste große Bresche legten. Das erste Gesetz gab den Volkstribunen das Recht zurück, Gesetze vorzuschlagen und an's Volk zu appelliren. Dadurch war der von Sulla geschlossene Fechtboden der Demagogie wieder geöffnet; die Tribunen waren wieder im Stande, alle politischen Fragen vor ihr Forum, d. h. vor die Tributcomitien zu ziehen und den Einfluß des Senats zu vernichten. Daß dieses Gesetz den Pompejus bald nachher zu unerhörter Größe erhob, schließlich aber den Cäsar zum Herrn und Gebieter des ganzen Reichs machte, wird sich bald zeigen. Das zweite Gesetz war die Theilung der Richtergewalt. Sulla hatte nämlich diese Gewalt dem Senat zurückgegeben und alle andern Stände Roms davon ausgeschlossen; um sich nun zum Liebling aller Stände zu machen, ließ Pompejus durch den Prätor Aurelius Cotta, den Onkel Cäsar's, das Gesetz beantragen, daß die Richtergewalt zwischen Senat, Rittern und Aerartribunen, den Repräsentanten des Volkes, gleichmäßig vertheilt werden sollte; und der Antrag wurde rasch von den Tribus zum Gesetze erhoben. Ein anderes

Gesetz, das die Macht der Demokratie gleichfalls bedeutend verstärkte, wurde unter Zustimmung der Consuln von dem Volkstribun Plotius gegeben; es gewährte allen Theilnehmern des Bürgerkriegs zwischen Marius und Sulla vollständige Amnestie. Auch die seit 17 Jahren unterbrochene Censur wurde jetzt im Interesse der Demokratie wiederhergestellt, und von den Censoren nicht weniger als 64 Senatoren aus der Senatsliste gestrichen — ohne Zweifel lauter verhaßte Sullaner. Vor diesen Censoren war es, daß Pompejus sein berühmtes Effektstück ausführte, indem er beim Census gleich einem gewöhnlichen Ritter erschien mit dem Ritterpferd an der Hand und auf die Frage der Censoren, ob er alle von dem Gesetz vorgeschriebenen Feldzüge gemacht habe? zur Antwort gab: „Ja, und alle unter meinem Commando." Es erfolgte auf diese Antwort ein endloses Beifallsgeschrei des versammelten Volkes, der Verfasser aber tadelt mit Recht den unter dem Mantel der Bescheidenheit und Loyalität sich bergenden Hochmuth des Consuls.

Während Pompejus auf dem Gipfel der Macht und des Ruhmes angelangt zu seyn schien, stand Cäsar — obwohl bloß sechs Jahre jünger — erst am Anfang der zu Macht und Ruhm führenden Reichswürden; denn im J. 68 v. Chr. bekleidete er dasjenige Amt, welches den Cursus honorum eröffnete, die Quästur. Allein in seiner Leichenrede für seine Tante Julia, die Wittwe des Marius, die in diesem Jahre starb, hatte er Gelegenheit, die Verdienste seines Onkels energisch zu preisen und die Begeisterung des Volkes für den Onkel und Neffen zugleich zu erwecken. Da Cäsar in demselben Jahre auch seine Gattin Cornelia verlor und auch ihr, gegen die Sitte die nur bejahrten Frauen diese Ehre gestattete, auf dem Forum eine Leichenrede hielt, so bewunderte das Volk einerseits sein edles Gemüth und seinen zarten Familiensinn, andererseits seine muthige Verherrlichung Cinna's, des zweiten Hauptes der Demokratie. Nun verließ Cäsar Rom, um mit dem Proprätor Antistius Vetus, dem er als Quästor

zugetheilt war, in das jenseitige Spanien zu reisen. Was er daselbst gethan, wie er sich namentlich durch Gerechtigkeit in der Rechtspflege bei den Spaniern sehr beliebt machte, ist von dem Verfasser ausführlich besprochen und dem Märchen von Cäsar's Seufzen im Herkulestempel zu Gades beim Anblick der Statue Alexanders M. fast zu viel Werth beigelegt. Bei seiner Rückreise nach Rom besuchte er das transpadanische Gallien (67 v. Chr.) und erweckte bei den dortigen Colonisten die größte Begeisterung, weil er schon jetzt durch seine wohlwollende Gesinnung gegen die Provinzialen bekannt war. — Pompejus, der nach Niederlegung seines Consulats in Rom geblieben war, wurde zwar vom Volke täglich geehrt und gefeiert, aber auch von dem Senat täglich mit größerem Neid und Mißtrauen beobachtet, denn es „liegt im Wesen der Aristokratie mißtrauisch zu seyn gegen die, welche sich erheben und ihre Kräfte anderswo als bei ihr schöpfen." Der nach Rom zurückgekehrte Cäsar benützte die schiefe Stellung seines großmächtigen Freundes so energisch als möglich; verbündete sich auf's engste mit ihm und heirathete ihm zu Gefallen die Pompeja, eine Verwandte des Pompejus, eine Enkelin Sulla's. „Cäsar war zu gleicher Zeit der tonangebende Herr der eleganten Welt, die Hoffnung der demokratischen Partei und der einzige öffentliche Charakter, dessen Ansichten und Haltung nie gewechselt hatten" (pag. 293).

Der Krieg gegen die Piraten und gegen Mithridates hob den Pompejus auf den Gipfel der Macht. Er war der faktische Herr und Gebieter des römischen Reichs. Der Senat zitterte beim Hinblick auf diese Macht, Cäsar aber hatte seinen Mann besser durchschaut und weit entfernt ihn zu fürchten, sah er in seiner Erhebung bloß ein für ihn und die demokratischen Interessen höchst günstiges Mittel, die Macht der Nobilität und des Senats gänzlich zu stürzen. Während nun Pompejus in Asien wie ein unumschränkter Monarch herrscht und gebietet, Könige und Vasallen nach Willkür erhebt und absetzt, wird Cäsar in Rom zum Inspektor der appischen

Straße ernannt, aber auch in dieser wenig glänzenden Stellung wußte er sich durch große Geldopfer neuen Dank zu erwerben. Im Jahre 689 der Stadt (65 v. Chr.) war er curulischer Aedil und gab mit seinem Collegen Bibulus so glänzende Spiele, daß er das Staunen und die lebhafteste Begeisterung des Volkes erweckte. Der Verfasser beschreibt diese Spiele mit ausführlicher Gründlichkeit und vergißt nicht, auf die fatale Lage des Bibulus hinzuweisen, der wohl seine Hälfte der Kosten tragen mußte, aber bei dem Dank schmählich vergessen wurde. Gestützt auf die Liebe des Volkes ging der Aedil Cäsar um einen wichtigen Schritt weiter: er ließ die von Sulla umgestürzten Trophäen des Marius während der Nacht im Capitolium aufstellen, und groß war die Ueberraschung der Römer, als sie am Morgen die herrlich gearbeiteten und in frischem Gold glänzenden Bilder sahen und die prunkenden Inschriften lasen. Alles strömte dahin, die Nobilität grollte über die Frechheit des Neffen, das Volk aber, sagt der Verfasser, vergoß Freudenthränen und „proklamirte den Cäsar als den würdigsten Nachfolger dieses großen Feldherrn, und wirklich hatte die Volkspartei von jetzt an ein Haupt" (pag. 302). Der Senat rächte sich dadurch an Cäsar, daß er ihm seine Bitte um die wichtige Mission nach Egypten, welches in eine römische Provinz verwandelt werden sollte, rundweg abschlug, und der Verfasser ist so gerecht, daß er die Gründe dieser Weigerung des Senats vollkommen anerkennt. Cäsar nahm aber sogleich den hingeworfenen Handschuh auf: als judex quaestionis ließ er mehrere reiche Sullaner, die Sulla's Proscriptionen durch Mord und Dolch vollstreckt hatten, gerichtlich belangen und verbreitete dadurch Schrecken und Bestürzung in der ganzen Nobilität. Während Cäsar auf gesetzlichem Wege den Senat angriff, entstanden Verschwörungen der gefährlichsten Art gegen denselben Senat durch vornehme aber tief verschuldete Römer. Cäsar ließ sich, wie der Verfasser nachdrücklich betont, aber nicht beweist, mit diesen verzweifelten Menschen nicht ein,

wohl aber unterstützte er die Candidatur Catilina's um's Consulat, denn „in einem augenscheinlichen Oppositionsgeist unterstützte er Alles, was seinen Feinden schaden und einen Systemwechsel begünstigen konnte. Das Unglück der Verhältnisse zwang die angesehensten Männer, mit denen zu rechnen, welche durch ihre Vergangenheit der Verachtung geweiht schienen."

An diese Worte fügt der Verfasser die höchst interessante Bemerkung: „In den Uebergangsepochen, wenn man zwischen einer glorreichen Vergangenheit und einer unbekannten Zukunft zu wählen hat, stellen sich die verwegenen und gewissenlosen Menschen allein in den Vordergrund; die Andern — schüchterner und von Vorurtheilen beherrscht — bleiben im Dunkel und suchen die Bewegung, welche die Gesellschaft in neue Bahnen hineinreißt, zu hemmen. Es ist immer ein großes Uebel für ein aufgeregtes Land, wenn die Partei der rechtschaffenen Menschen oder die „„Guten““, wie Cicero sie nennt, die neuen Ideen nicht annimmt, um sie durch Mäßigung zu lenken. Das ist die Quelle tiefer Spaltungen" (pag. 306). Der Verfasser gibt nun selbst zu, daß die conservative Partei sehr ehrenhafte und angesehene Männer in sich begriff, einen Hortensius, Catulus, Marcellus, Lucullus, Cato, während die Revolutionspartei nach des Verfassers Geständniß unter verächtlichen Führern stand, z. B. Gabinius, Manilius, Catilina, Vatinius, Clodius. Daß sich nun Cäsar nicht an die erstere, sondern an letztere Partei anschloß, wird ihm von jedem unbefangenen Historiker zum Vorwurf gemacht und als Beweis angesehen, daß Cäsar diese käuflichen Menschen als Werkzeuge seiner egoistischen Plane benützen wollte. Der Verfasser aber bemüht sich mit unverkennbarer Aufregung, diesen Anschluß Cäsar's an die schlechten Menschen als trauriges, aber unvermeidliches Mittel zur Erfüllung seiner hohen Mission darzustellen. „Um eine Partei zu schaffen, griff Cäsar allerdings manchmal nach wenig ehrenhaften Agenten; der beste Baumeister kann nur mit dem

Material, das er unter der Hand hat, bauen; aber es war seine beständige Meinung, die achtungswerthesten Männer mit sich zu verbinden." Diese fortgesetzte Apologie seines Helden schließt der Verfasser mit den gewiß tief empfundenen Worten: „In den Augenblicken des Uebergangs, wenn das alte System zu Ende ist und das neue nicht feststeht, liegt die größte Schwierigkeit nicht in der Beseitigung der Hindernisse, die sich der Erhebung des von den Volkswünschen herbeigerufenen Regiments widersetzen, sondern in der festen Begründung desselben, indem man es auf die Mitwirkung ehrenhafter Männer stützt, die von den neuen Ideen durchdrungen und in ihren Principien fest sind" (pag. 308). Wir überlassen es dem Leser, sich über diese merkwürdigen Worte des kaiserlichen Geschichtschreibers selbst das Urtheil zu bilden.

Im dritten Capitel geht der Verfasser zu dem ereignißreichen Consulat Cicero's über. Merkwürdig ist es und lehrreich für alle Zeiten, daß die herrschende Nobilität in dem „homo novus" Cicero, dem Rittersohn aus Arpinum, die kräftigste Stütze der Ordnung und der bestehenden Verfassung gegen die drohenden Gefahren erkannte und daher eifrigst bemüht war, Cicero's Consulwahl durchzusetzen. Die Nobilität stellte sich dadurch selbst das Zeugniß geistiger und sittlicher Unfähigkeit aus, den Staat in gefährlichen Zeiten zu lenken und die republikanische Verfassung zu erhalten. Während nun der Verfasser diese Seite gebührend betont, zeigt er sich in Beurtheilung Cicero's zwar nicht so wegwerfend wie Mommsen, hebt aber die „Unentschlossenheit seines Geistes", seine „Empfänglichkeit für Schmeichelei", die „Kleinmüthigkeit seines Herzens", seinen „politischen Wankelmuth" über Gebühr hervor und bemerkt am Schluß, daß „Cäsar Cicero's Talent schätzte, aber seinem Charakter wenig Vertrauen schenkte; auch bekämpfte er Cicero's Candidatur und war während seines ganzen Consulats sein Gegner."

Es erscheint uns offen gestanden die Hervorhebung der

Schattenseiten in Cicero's Charakter an dieser Stelle nicht gerechtfertigt; als Consul zeigte sich Cicero energisch und charakterfest, und es ist nicht zu leugnen, daß er dem durch die schweren Gefahren erschütterten Senat Selbstvertrauen, Muth und Entschiedenheit gab und unleugbar Rom und Italien vor größter Noth und vollständiger politischer und socialer Anarchie rettete. Gerade diese Festigkeit und Gerechtigkeit, die Cicero als Consul bewies, ist die Quelle all seiner späteren Verlegenheiten, Schwankungen und Bedrängnisse geworden. Einerseits haßte und verfolgte ihn die Demokratie, deren egoistische Zwecke er klarer als Viele durchschaute, und weil den Demokraten verhaßt, verlor er die Volksgunst; andererseits betrachteten ihn die hochadeligen Oligarchen, nachdem er den Catilinariern gegenüber seine „Schuldigkeit gethan" hatte, doch als einen parvenu und schlossen sich von ihm ab; die Verwandten der hingerichteten Verschwörer aber verziehen ihm seinen Muth nicht, daß er adelige Verbrecher zu strafen gewagt hatte. Alles was man von Cicero's politischem Wankelmuth spricht, bezieht sich nur auf die hilflose Lage des Mannes nach seinem Consulat, wie auch seine Briefe bezeugen. Als er vollends zwischen die drei Machthaber, Cäsar, Pompejus und Crassus, wie zwischen gewaltige Mühlsteine eingekeilt war, was blieb ihm übrig, als sich bald diesem bald jenem anzuschließen, um nicht erdrückt zu werden? Allein selbst in dieser Lage wurde er seiner ehrlichen republikanischen Ueberzeugung nicht untreu; denn die glänzendsten Anerbietungen Cäsars wies er beharrlich zurück, weil er diesen hochstrebenden Mann kannte, dagegen suchte er den Pompejus, der zwar eitel und übermächtig, aber doch der Republik nicht gefährlich war, durch rastlosen Eifer für sich und den Senat zu gewinnen und zeigte eben darin weit mehr politische Weisheit, als viele Mitglieder des Senats, die nichts Besseres wußten als den Pompejus zu kränken und immer mehr in Cäsar's Arme zu drücken.

Der Verfasser beschwert sich nun zunächst deßwegen über

Cicero, daß er als Consul das Ackergesetz des Rullus bekämpfte, und macht auf angebliche Widersprüche des Redners in dieser Sache aufmerksam; sodann tadelt er es an Cicero, daß er das von einem andern Tribunen beantragte Gesetz, die Kinder der von Sulla Geächteten in den Vollgenuß des Bürgerrechts zu restituiren, gleichfalls bekämpfte, während dieß doch ein ganz billiger und vom Mitleid eingegebener Vorschlag gewesen sei. Allein Cicero hatte nicht so ganz Unrecht: er fürchtete die wahrhaft diktatorische Macht der von Rullus beantragten Decemvirn, die für die Dauer von fünf Jahren allen Einfluß und alle Geldmittel des Reichs in ihre Hand bekommen sollten. Professor Roscher, gewiß eine Auktorität in social-politischen Fragen, sagt vom Ackergesetze des Rullus: „es hätte, wenn es durchgeführt worden wäre, ziemlich den ganzen Staat zu Gunsten der Armen und ihrer Demagogen confiscirt.“ (Roscher, Nationalökonomie 1854. pag. 127.) Von der Rückkehr der Söhne der Geächteten konnte sich Cicero auch nichts Gutes versprechen, da sie sofort die Güter ihrer Väter zurückverlangt, die jetzigen Besitzer vertrieben und dadurch den ganzen Besitzstand in Italien erschüttert hätten. — Mit sichtbarer Befriedigung erzählt nun der Verfasser die neuen Angriffe Cäsars auf die Senatspartei durch Anklage von zwei hervorragenden Gliedern derselben, des C. Rabirius und des Calpurnius Piso, wodurch er sich einerseits vor dem Volke aufs neue als unversöhnlichen Gegner der Nobilität zeigte, andererseits den Transpadanern, die von Piso bedrückt worden waren, sich als muthigen Vorkämpfer ihrer Rechte bewies. In noch lebhafterer Schilderung beschreibt sodann der Verfasser die Wahl seines Lieblings zum Pontifex Maximus; es war dieß das höchste geistliche Amt in Rom, welches, weil lebenslänglich, dem Besitzer desselben einen sehr bedeutenden Einfluß auf die öffentlichen und Familienangelegenheiten in Rom verschaffte, auch eine prächtige Amtswohnung in der via sacra anwies. Die Volksgunst entschied sich für Cäsar und der Senat erlitt in der Person des

Catulus und P. Servilius eine schwere Niederlage. Bald nach dieser Erhebung erfolgte Cäsar's Wahl zum Praetor urbanus für das Jahr 62 v. Chr.

Während Cäsar so Siege auf Siege errang über den Senat und den Consul Cicero, schien jetzt ein schweres Gewitter am Ende des Jahres 63 ihn von seiner Höhe herabschleudern zu wollen. Die große Verschwörung Catilina's war von dem wachsamen Consul entdeckt, unumstößliche Beweise hatte er in der Hand und legte die ganze Sache der Entscheidung des Senats vor. Die angesehensten Männer des Senats verlangten nun dringend von Cicero, auch den Cäsar, dessen Freundschaft mit den Catilinariern bekannt war, in Untersuchung zu ziehen und zu verhaften; allein Cicero widersetzte sich diesem Drängen seiner Partei und bewies dem verdächtigten Cäsar dadurch sein Vertrauen, daß er ihm einen verhafteten Verschwörer zur Bewachung übergab. Diese einzige Handlung Cicero's hätte den Verfasser zu einem milderen Urtheil über den plebejischen Consul veranlassen sollen; allein es geschieht nicht, vielmehr stellt sich der Verfasser bei Darstellung der ganzen Verschwörung auf den Standpunkt Mommsen's und sucht die Anklage gegen die Verschwörer möglichst zu entkräften, die Berichte von beabsichtigtem Mord und Brand trotz der Angaben der Classiker als gehässige Uebertreibung darzustellen, und das Verfahren Cicero's als von Leidenschaft, Haß und Unklugheit zeugend zu tadeln. Ganz besonderes Lob erntet Cäsar's Verhalten im Senat bei der Verhandlung über die Verschwörer; seine Rede, die uns Sallust überliefert hat, ist elegant in den Text aufgenommen und als glänzendes Muster staatsmännischer Genialität gepriesen, während die Worte Cicero's, der die Schlechtigkeit der Verschwörer, ihr schändliches Attentat auf Leben und Besitz aller Bürger energisch, wie es seine Pflicht war, hervorhob, als leidenschaftliche Aufwallung gerügt und die vortreffliche, von edler Begeisterung für die gerechte Sache und von tiefstem Abscheu gegen die alle Bande der Gesellschaft

zerreißende Frevelthat durchdrungene Rede Cato's in wegwerfendstem Tone behandelt wird. Die Worte des Verfassers: „Sicherlich war Catilina schuldig, den Umsturz der Gesetze seines Landes zu versuchen und zwar mit Gewalt; allein er folgte hierin nur den Beispielen des Marius und Sulla. Er träumte von einer revolutionären Diktatur, von dem Sturz der oligarchischen Partei, von Veränderung der Verfassung der Republik und von Aufwieglung der Bundesgenossen. Sein Erfolg wäre dennoch (sic) ein Unglück gewesen; ein dauerhaftes Gut kann nie aus unreinen Händen hervorgehen" (pag. 339) — dieß und die Hinweisung auf Napoleon I., der die Angabe der Classiker, Catilina habe Rom *in* Brand stecken und der Plünderung preisgeben wollen, auch für eine Fabel erklärt habe — ist wahrlich nicht geeignet, dem mit den Quellen unbekannten Leser einen richtigen Begriff von den Catilinariern zu geben! Es waren keine unterdrückten Menschen, die sich aus Verzweiflung ob des erlittenen Unrechts endlich zu gewaltsamem Umsturz des Staates verschworen, um dadurch zu ihrem Rechte zu kommen oder ruhmvoll zu sterben, es waren keine Sklaven, keine Freigelassenen, keine zurückgesetzten italischen Bundesgenossen, sondern es waren Menschen vom höchsten Adel*), Menschen denen die bestehende Verfassung alle Würden, Rechte und Privilegien der Nobilität verlieh, Menschen denen Statthalterschaften, Macht und Reichthum in sicherer Aussicht standen. Es waren aber zugleich Menschen die durch maßlose Genußsucht und Schlemmerei ihr Vermögen verschwendet, ungeheure Schulden aufgehäuft, ihre Ehre verloren und die Hoffnung auf baldige Erlangung der heißersehnten Statthalterschaften durch eigene Schuld theils zerstört, theils sehr geschwächt hatten. Und aus diesen rein persönlichen Gründen, aus schändlichem Mangel an allem Gemeinsinn wollten sie die bestehende Ordnung zerstören, den ihnen verhaßten plebejischen Consul Cicero, diesen

*) Daher „*patricium scelus*" bei den Alten genannt!

frechen Eindringling*) in ihre vermeintliche Domäne tödten, die Stadt an verschiedenen Punkten anzünden, in dem hiedurch entstandenen Gewühl alle Beamten und reichen Bürger ermorden, allen Besitz des Staats und der Privaten als Beute unter sich vertheilen, so daß das ganze Reich mit allen Aemtern und Provinzen und Einkünften das Eigenthum der verruchtesten Banditen und Sikarier würde. Das sind die Catilinarier, wie nicht bloß aus Cicero's Reden und Briefen, sondern auch aus Plutarch, Appian, Dio Cassius, hauptsächlich aber aus Sallust's Catilina cap. 27, 31, 32 und 43 hervorgeht. Ledru-Rollin und die Barrikadenkämpfer vom Juni 1848 sind wahre Heilige im Vergleich mit den ruchlosen catilinarischen Räubern!

Was sollten nun Cicero und der Senat Angesichts der großen Gefahr thun? Sallust schildert Cicero's Lage ganz treffend in Cap. 46: nachdem er die Verschwörer verhaftet und die unwiderleglichen Beweise erhalten hatte, freute sich der Consul, daß nun die größte Gefahr verschwunden sei; aber zugleich fühlte er sich nicht wenig beunruhigt durch die Frage, was er mit so vornehmen Verbrechern beginnen sollte, da ihre gerechte Bestrafung ihm den Haß der Demokraten und der mächtigen Verwandten der Verschwörer, ihre Straflosigkeit aber dem Staat den Untergang bringen würde. Wenn also der Verfasser pag. 329 sagt, Cicero habe sich leichtfertig über die bestehenden Gesetze hinweggesetzt, so widerspricht er den Worten Sallust's in direktester Weise. Wie konnte der Consul die Sache einer Volksversammlung vorlegen, da doch die Catilinarier die Stadt erfüllten, unter den Sklaven und Proletariern eine Menge Anhänger hatten, geheime Dolche bei sich führten und die Versammlung offenbar in brutalster Weise terrorisirt und die Freilassung der Gefangenen erzwungen hätten! Sie hatten sich, wie Sallust Cap. 43 deutlich sagt, für den Fall der gehofften Volksver-

*) cfr. Sallust, Catilina, cap. 32: „*inquilinus* civis urbis Romae.“

sammlung schon vorbereitet und die Rollen vertheilt, um einen raschen und vernichtenden Schlag auf dieselbe zu führen. Und war denn nicht Catilina mit einem wohlorganisirten Heer der verwegensten Menschen, darunter namentlich viele sullanischen Veteranen, in Etrurien und konnte in wenig Tagmärschen erscheinen und die Verschwörer in der Stadt zur Beschleunigung des Verbrechens anfeuern? Wahrlich, wenn je einmal in der Geschichte, so war damals rasches Handeln unerläßliche Pflicht der Regierung und Cicero's That ist trotz Mommsen und Napoleon III. vor dem Richterstuhl der Geschichte vollkommen gerechtfertigt. Die rasche Hinrichtung der gefangenen und überwiesenen Häupter des schändlichen Attentats beraubte die Verschwörer in Rom ihrer Leiter und Führer und jagte ihnen einen heilsamen Schrecken vor der Regierungsgewalt ein, so wie sie anderseits der friedlichen und ruhigen Bevölkerung, die wie Sallust cap. 31 und 48 deutlich beschreibt, in die größte Bestürzung gerathen war, wieder Muth, Vertrauen und Ruhe einflößte. Ueber dieses absolut nothwendige Verfahren Cicero's sollte sich Napoleon am wenigsten beklagen, der die Erfolge rascher und energischer That schon oft reichlich geerntet hat, und nicht durch übermäßige Nachsicht gegen Verschwörer und Communisten bekannt ist. Unbegreiflich muß es erscheinen, daß Napoleon den Cäsar loben kann, dessen Vorschlag dahin ging, die Catilinarier in die Municipien Italiens zu vertheilen und dort bewachen zu lassen; natürlich daß sie bei der ersten Gelegenheit fliehen oder unter den nächsten Consuln schon amnestirt werden könnten! Es ist dieser Rath derselbe, der in Zeiten politischer Gährung gewöhnlich von den sogenannten Volksfreunden der Regierung gegeben wird: nichts zu thun gegen die Empörung!

Während der Verfasser den Cicero, wie wir gesehen, hart und unbillig beurtheilt, verherrlicht er mit unermüdlichem Eifer seinen Helden Cäsar: alle Handlungen des Prätors Cäsar, seine Bemühung, dem Pompejus für die glänzenden Erfolge in Asien unerhörte Ehren zu bewilligen, ihm zu er-

lauben seinen Namen auf der Inschrift am neuerbauten Tempel des Jupiter Capitolinus zu verewigen, und dem Catulus diese wohlverdiente Ehre zu entziehen, die dem Cäsar wegen einer erlittenen Kränkung vom Senat gegebene Satisfaktion, die Vereitelung einer neuen Anklage gegen Cäsar wegen seiner Theilnahme an der catilinarischen Verschwörung — all dieses wird mit der größten Lebendigkeit dargestellt. Ja, der Verfasser läßt sich von der Bewunderung seines Helden soweit fortreißen, daß er sogar dessen Ehebrüche und Buhlereien verherrlicht in folgenden höchst interessanten Worten: „Nicht zufrieden, sich die Volksgunst zu erwerben, gewann sich Cäsar auch die Zuneigung der ersten römischen Damen; und trotz seiner ausgesprochenen Leidenschaft für die Frauen, kann man nicht umhin in der Wahl seiner „Maitressen“ einen politischen Zweck zu erblicken, weil alle durch verschiedene Bande mit Männern in Verbindung standen, die eine wichtige Rolle spielten oder zu spielen berufen waren. Er hatte innigste Beziehungen mit der Tertulla, der Frau des Crassus, mit der Mucia, der Frau des Pompejus, mit der Lollia, der Tochter des Aulus Gabinius, mit der Postumia, der Frau des Servius Sulpicius, der durch diese Frau zu der Partei Cäsars gezogen wurde; aber die Frau die er vorzog, war die Servilia, die Schwester Cato's, die Mutter des Brutus, welcher er in seinem ersten Consulate eine Perle im Werth von 6 Millionen Sestertien schenkte; diese Verbindung macht die umlaufenden Gerüchte, Servilia begünstige eine Liebesintrigue zwischen Cäsar und ihrer Tochter Tertia, wenig wahrscheinlich“ *). Diese „Idee“, durch Ehebrüche und endlose Buhlereien seine politische Macht zu vergrößern, war allerdings, wir gestehen es, dem edeln Cajus Gracchus verborgen, hierin zeigt sich Cäsar weit „genialer“; und der Ver-

*) Warum denn? Sollte eine ehebrecherische Mutter nicht fähig seyn, die eigene Tochter an einen solchen Buhlen zu verkuppeln? Das modernste Paris könnte auch hievon erzählen.

fasser hat nicht einmal die ganze Virtuosität des römischen Don Juan dargestellt, sonst hätte er auch cap. 51 und 52 von Sueton angeführt, wo es heißt, daß Cäsar auch in den Provinzen, namentlich in Gallien, eine besondere Hinneigung zu den Frauen gezeigt habe; ob immer aus politischer Berechnung, davon sagt Sueton leider Nichts.

Da Cäsar selbst ein so gefährlicher Aigisthos an den Frauen Anderer war, so durfte er sich nicht beklagen, wenn auch in seinem Hause ein solcher Aigisthos sich einschlich: es war der hochadelige Wüstling P. Clodius, der das Fest der Bona Dea zur einer Zusammenkunft mit Cäsars Pompeja benützte, aber entdeckt wurde. Cäsar nahm die Sache — natürlich als Pontifex Maximus — sehr ernst und entließ seine Gattin; aber den elenden Clodius, dessen Verwegenheit er für andere Zwecke benützen wollte, ließ er vor Gericht nicht fallen, sondern erklärte von der ganzen Sache gar Nichts zu wissen! Der ehrliche Cicero aber, welcher gegen Clodius vor Gericht nach der Wahrheit gezeugt hatte, zog sich dadurch einen unversöhnlichen Feind mehr zu. Die Richter hatten sich bei diesem Proceß auf die schändlichste Weise erkaufen lassen*); ein Beweis mehr, daß die schamloseste Corruption alle Classen der römischen Gesellschaft, Senat, Ritter und Volk, (denn aus allen wurden die Richter geloost) durchdrungen hatte. Alle verdienten darum einen Herrn und Zuchtmeister, und dieser schien endlich kommen zu wollen: es war Pompejus, der nach Beendigung seiner Kriege und Organisationen in Asien mit unendlicher Beute und mit einem siegestrunkenen Heer sich Italien näherte. Der Senat und die Nobilität war von Schrecken und Angst ergriffen, weil man die Absicht des Siegers nicht kannte: da kam plötzlich die un-

*) cfr. Cic. ad Att. I. 16. §. 3: „Maculosi senatores, nudi equites, tribuni non tam aerati quam — ut appellantur — aerarii"; und 5: „XXXI fuerunt, quos fames magis quam fama commoverit."

glaubliche Kunde nach Rom, Pompejus habe in Brundisium sogleich nach seiner Landung (im Januar 61 v. Chr.) seine gefürchteten Veteranen verabschiedet und komme mit kleinem Gefolge heran. Nun war die Furcht vor ihm verschwunden, Cäsar aber war Herr der Lage geworden, wie der Verfasser richtig hervorhebt, denn „der Neid, diese Geißel der Republiken" (pag. 349), erhob sich gegen Pompejus. Die eifersüchtigen Oligarchen beleidigten, gegen Cicero's dringenden Rath*), unaufhörlich den an Gehorsam und Bewunderung gewöhnten Feldherrn und so war dieser genöthigt, sich um so fester an Cäsar, den Führer der Volkspartei, anzuschließen, um durch ihn was der Senat ihm verweigerte, erhalten zu können.

Während Pompejus in Rom durch fruchtlose Kämpfe mit dem eifersüchtigen Senat sein Ansehen sinken und seine Lorbeern verwelken sah, erhebt sich im äußersten Westen Europas ein neues Gestirn, das bald die Augen der Welt auf sich zieht: es ist der Proprätor Cäsar. Der Verfasser schenkt den militärischen Expeditionen Cäsars in Lusitanien eine sehr große Aufmerksamkeit, fast mehr als die nach den Berichten der Classiker nicht sehr wichtigen Feldzüge gegen die dortigen Hirten- und Bergvölker verdienten. Daß Cäsar sogleich nach seiner Prätur in die ihm durch's Loos zugefallene Provinz abreiste und zwar so rasch, daß er nicht einmal auf die „Instruktion" des Senats wartete, erklärt der Verfasser ganz einfach aus dem edlen Verlangen Cäsars, den Provinzialen zu Hilfe zu

---

*) Die Vorwürfe des Verfassers gegen Cicero pag. 352 sind theils zu stark, theils ganz unbegründet; denn 1) war das Ackergesetz des Flavius himmelweit verschieden von dem des Rullus, daher Cicero jenes empfehlen konnte, obwohl er dieses bekämpft hatte, cfr. ad Att. I. 20. §. 4; — 2) wenn Cicero hierin dem Pompejus einen Gefallen erwies, um dessen Veteranen einen wohlverdienten Lohn zu geben, so war es politisch sehr klug, höchst unklug aber von dem Senat, daß er den Pompejus förmlich zwang, bei Cäsar Hilfe zu suchen!

kommen gegen die Einfälle der Lusitanier; es ist aber von Sueton ganz deutlich noch ein anderer Grund angegeben (cap. 18): Cäsar habe sich den Anklagen, die gegen ihn vorbereitet wurden, durch rasche Abreise entziehen wollen! Von der Schuldenlast Cäsars am Ende seiner Prätur kann man sich einen Begriff machen aus der Thatsache, daß die Gläubiger ihn gar nicht hätten abreisen lassen, wenn nicht der reiche Crassus für 830 Talente (gegen 5 Millionen Francs) Bürgschaft geleistet hätte, und doch war dieß nur ein Theil der Schulden Cäsars. Die bekannte Aeußerung Cäsars in einem armseligen Dorf der Alpenbewohner veranlaßt den Verfasser zu folgender Bemerkung: „Wer zweifelt an Cäsars Ehrgeiz? Die Hauptsache ist zu wissen, ob er berechtigt war, ob er sich zum Wohl oder zum Untergang der römischen Welt geltend machen sollte. Und ist es zuletzt nicht ehrenvoller, die uns erfüllenden Gefühle freimüthig einzugestehen, als wie Pompejus das glühende Verlangen unter dem Schein von Geringschätzung zu verdecken?" Wegen seiner Eroberungen bekam Cäsar von seinen Soldaten den Ehrennamen Imperator, und vom Senat die Ehre eines Dankfestes und bei seiner Rückkehr den Triumph. Die übrige Zeit seiner Statthalterschaft benützte Cäsar, wie der Verfasser mit Interesse hervorhebt, in der Sorge für seine Provinz, schaffte den während des sertorianischen Kriegs eingeführten Tribut ab und regelte durch weise Gesetze die fast unerträglich gewordenen Verhältnisse der Schuldner zu ihren Gläubigern. Die wichtige Stadt Gades wurde von ihm sehr ausgezeichnet und mit Wohlthaten überhäuft, auch gewann er sich einen dort hoch angesehenen Mann zum Freund, den L. Cornelius Balbus, der während der gallischen Kriege als Feldzeugmeister (magister fabrum) ihm wichtige Dienste leistete. Wie sehr aber Cäsar seine Statthalterschaft finanziell auszubeuten verstand, davon erzählt uns der Verfasser gerade so viel als zur Verherrlichung seines Helden dient, indem er sagt: „Cäsar habe während des Feldzugs eine reiche Beute gesammelt, die ihn in den Stand setzte, seine Soldaten zu

belohnen und beträchtliche Summen in den Staatsschatz zu legen, ohne der Erpressung oder willkürlicher Handlungen angeklagt zu werden" (pag. 362). Was zunächst den letzten Punkt betrifft, so zeigt uns die Anklage gegen Verres, wie unendlich viel sich ein Statthalter in seiner Provinz erlauben konnte, bis die armen Provinzialen sich zu einer Anklage in Rom entschlossen, wo die käuflichen Richter in der Regel den Angeklagten freisprachen. Wenn aber der Verfasser den Sueton nur so cavalièrement zurückweist, der cap. 54 deutlich und bestimmt sagt: Cäsar habe als Proprätor in Spanien Geldsummen zur Bezahlung seiner Schulden sich erbettelt, er habe ferner bei den Lusitaniern einige Städte feindlich geplündert, obwohl sie weder seinen Befehlen den Gehorsam versagt, noch bei seiner Ankunft die Thore versperrt hatten: so entspricht dieß ebensowenig der Pflicht historischer Unparteilichkeit, als wenn Thiers und andere Franzosen die kolossalen Erpressungen und Räubereien der französischen Marschälle in Deutschland und Spanien leichtfertig leugnen.

Also mit Ruhm und Geld reich beladen verließ Cäsar seine Provinz ebenso rasch, wie er dahin gekommen war; im Juni 60 v. Chr. kam er vor Rom an, denn er wollte noch vor der Consulwahl für das Jahr 59 daselbst erscheinen, um selbst als Candidat aufzutreten. Da er aber zugleich auf den Triumph Anspruch machte, so stand er vor einem bedenklichen Dilemma: der beabsichtigte Triumph erlaubte ihm nicht, vor demselben in der Stadt zu erscheinen, andererseits verlangte die Candidatur absolut seine persönliche Gegenwart in Rom. Da der Senat ihn nicht, wie früher den Pompejus, von der persönlichen Gegenwart dispensirte, so mußte Cäsar wählen und entschied sich mit Verzicht auf den Triumph für die Candidatur. Die Lage des Staats ist von dem Verfasser lebhaft und richtig geschildert, wobei ihm Cicero's lehrreicher Brief an Attikus (II, 1) trefflichen Stoff lieferte. Pompejus schmollt über die Feindseligkeit des Senats; Crassus, ein langjähriger Freund des Senats, ist nun auch ein Feind des-

selben geworden, hält sich aber in vorsichtiger Zurückgezogenheit; Lucullus, durch seine Feldzüge und seine politischen Kämpfe ermüdet, genießt in Ruhe seinen kolossalen Reichthum; Catulus ist todt und die meisten der Großen folgen dem Einfluß einiger eifrigen Senatoren, ohne sich viel um die Geschäfte zu kümmern, und halten sich für die glücklichsten Menschen von der Welt, wenn die Meerbarben in ihren Fischteichen so zahm gemacht waren, daß sie ihnen aus der Hand fraßen; Cicero stand isolirt und lehnte sich, wie er in seinem Brief an Attikus (I, 19) ausführlich motivirt, an Pompejus an. So war es dem Cäsar, diesem großen Meister in Behandlung der Menschen und in Benützung der gegebenen Verhältnisse, nicht schwer sich zum leitenden Haupt der Unzufriedenen und zum Mittelpunkt aller politischen Hoffnungen und Wünsche zu machen. Er versöhnte die zwei mit dem herrschenden Senat zerfallenen, aber durch Verdienst, Einfluß und Reichthum hervorragendsten Männer, Pompejus und Crassus, mit einander und schloß dann mit beiden einen eidlich besiegelten und geheim gehaltenen Bund zu dem Zweck, alle politischen Fragen einmüthig und ausschließlich zu lösen. Es ist das erste Triumvirat. Der Verfasser läßt sich von seinem Eifer, diesen Bund als das Meisterwerk Cäsars — was er auch ist — darzustellen und alle egoistischen Absichten, deren ein Pompejus und Crassus wohl fähig gewesen seien, bei Cäsar in Abrede zu ziehen, bis zur Begeisterung fortreißen, so daß dieser Abschnitt einen glänzenden Beweis der rhetorischen Virtuosität des Verfassers darbietet (pag. 368—71). Wir bedauern es, aus Rücksicht auf den uns zugemessenen Raum diese schwungvolle Betrachtung nicht wörtlich anführen zu können, glauben aber einige Bemerkungen darüber nicht unterdrücken zu dürfen.

Zunächst scheint es uns, daß solche Betrachtungen, wie der Verfasser dem Cäsar in den Mund legt, bloß der göttlichen Vorsehung, die Alles mit allwissendem Geist lenkt, nicht aber einem Menschen, der mitten in den Ereignissen

steht und selbst ein Kind seiner Zeit ist, zugeschrieben werden können. Sodann ist es eine willkürliche Annahme, die drei Männer Cäsar, Pompejus und Crassus hätten irgend welches Recht gehabt, sich selbst die höchste moralische und politische Auktorität in der Republik anzueignen; und wie konnte man von den andern Bürgern, der Nobilität, den Rittern und Plebejern erwarten, daß sie freiwillig einer solchen allmächtigen Auktorität, die sich zudem selbst eingesetzt hatte, sich unterwerfen und alle politischen Rechte auf sie übertragen sollten! Wie kann endlich einem Cäsar, dessen ganzes bisheriges Leben und Streben dahin ging, durch die ungewöhnlichsten Schmeicheleien und Bestechungen des Volks und seiner Demagogen sich Popularität und dadurch Macht zu verschaffen, plötzlich die edle Absicht zugeschrieben werden, eben dieses verkommene, willenlose und käufliche Volk *sittlich zu heben*? Der als Staatsmann wie als Mensch gleich ausgezeichnete Cajus Gracchus hatte diese Absicht, und damals war eine sittliche Hebung des Volkes noch möglich; aber zu Cäsars Zeit gab es eigentlich gar kein Volk mehr, sondern einerseits überreiche schwelgerische Oligarchen, andererseits eine käufliche und genußsüchtige Masse fauler Proletarier, die von Arbeit und Feldbau nichts wissen wollten, sondern in Rom ihre Stimmen an den besten Zahler verkauften, gleichgiltig ob sie unter dem Senat oder der Herrschaft eines Einzigen lebten; und Cäsar war sicherlich von der Schwärmerei am weitesten entfernt, diese verkommenen Menschen zu fleißigen und moralischen Bürgern umschaffen zu wollen. Was er später als Diktator in dieser Beziehung that, hatte lediglich den Zweck, die Ruhe der Hauptstadt und damit seine eigene Macht zu befestigen.

Nachdem der Bund gestiftet, war es dem Cäsar nicht schwer, seine Consulwahl durchzusetzen. Der bestürzte Senat gab sich alle Mühe und scheute die größten Kosten nicht, zuerst um Cäsars Wahl zu verhindern, dann aber, als er diesen Versuch als erfolglos erkannte, um wenigstens einen

entschiedenen Freund des Senats dem demokratischen Consul an die Seite zu geben; es war Bibulus, der schon in der Aedilität Cäsars College gewesen. Dem Consulat Cäsars, welches die Katastrophe der Republik angebahnt hat, ist das fünfte Capitel gewidmet. Nach kurzer Erinnerung an die Consequenz Cäsars in seiner ganzen bisherigen Politik, wodurch er sich vortheilhaft vor Pompejus und Crassus ausgezeichnet, preist der Verfasser den Edelmuth des neuen Consuls, der alle bisherigen Zwistigkeiten vergessend dem Senat offen erklärte, er werde nicht ohne dessen Mitwirkung handeln, auch nichts den Vorrechten des Senats Widersprechendes beantragen. Der Verfasser findet nicht Worte genug, die patriotische Gesinnung Cäsars und sein glühendes Verlangen, die Republik aus dem Verfall zu retten, hervorzuheben. „Angesichts der Gefahren einer tief erschütterten Gesellschaft setzte er bei Andern dieselben Gefühle voraus, die ihn selbst beseelten. Die Liebe zum Gemeinwohl, das Bewußtseyn sich demselben ganz und ungetheilt zu widmen, gaben ihm jenes rückhaltlose Vertrauen auf den Patriotismus Anderer, das weder kleinliche Eifersucht noch egoistische Berechnungen zuläßt; aber er täuschte sich. Der Senat hatte nur Vorurtheile, Bibulus nur Groll, Cicero nur falsche Eigenliebe" (pag. 374). Wie sehr Cäsar von „egoistischen Berechnungen" frei war und wie sehr Cicero und der Senat ihm Unrecht thaten, seiner liebevollen Annäherung zu mißtrauen, zeigt die vom Verfasser selbst angeführte, freilich ganz harmlos gedeutete Thatsache, daß Cäsar seine geistreiche und schöne Tochter Julia, sein einziges Kind, kurz nach Antritt seines Consulats dem Mann ihrer Wahl, ihrem Verlobten Servilius Cäpio, entriß und dem 25 Jahre älteren Pompejus zur Frau gab, während mit dem abgewiesenen Bräutigam die Tochter des Pompejus, die gleichfalls schon verlobt war, versprochen wurde. Cäsar heirathete zu gleicher Zeit die Calpurnia, die Tochter Piso's, der wegen seiner unbedingten Ergebenheit gegen die Machthaber zum Consul des folgenden Jahres bestimmt war. Er

und beide Curio hatten natürlich sehr Unrecht und waren arge Pessimisten, wenn sie sich über die „unerträgliche Kuppelei" entsetzten, wodurch sich die Machthaber „Aemter, Heere und Provinzen verschafften und den Staat als Beute unter sich theilten" (Plutarch, Cäsar, pag. 14). Daß Ehescheidungen bei der Corruption der römischen Welt häufig waren, ist nicht zu leugnen, aber so offen waren sie bisher noch nie als politisches Mittel benützt worden wie von den Triumvirn. Auch die erste Amtshandlung des Consuls Cäsar war frei von „egoistischer Berechnung", daß er täglich die Verhandlungen im Senat und in der Volksversammlung veröffentlichte, damit „die öffentliche Meinung mit ihrem ganzen Gewicht auf die Beschlüsse der versammelten Väter drücke", deren Berathungen bisher oft geheim waren. Es ist ein bekanntes Mittel jeder Opposition gegen eine bestehende Regierung, das Schlagwort „Oeffentlichkeit und Mündlichkeit" zu verbreiten. Cäsar hatte jetzt ein kräftiges Werkzeug zur Agitation gegen den Senat und seinen Collegen Bibulus, und er war entschlossen es sogleich in Anwendung zu bringen. Seit Spurius Cassius, der als Consul 486 v. Chr. ein Ackergesetz beantragte, aber dadurch seinen Tod fand, hatte es kein Consul mehr gewagt, ein so gefährliches Gesetz vorzuschlagen; Cäsar aber wagte es und konnte es wagen, da er an dem für ihn begeisterten Volk eine kräftige Stütze hatte, da viele Veteranen des Pompejus in Rom verweilten und dem Consul zur Verfügung standen, da endlich Pompejus und Crassus mit ihrem ganzen Einfluß ihn unterstützten. Cäsars Ackergesetz, welches der Verfasser ausführlich behandelt, war eine verbesserte Auflage des Rullanischen vom Jahre 63 v. Chr.; die anstößigsten Punkte des letzteren, namentlich die zu große Gewalt der zur Vollziehung einzusetzenden Decemvirn, waren dadurch beseitigt, daß die Vollziehungscommission aus zwanzig Männern bestehen und daß Cäsar als Urheber des Gesetzes ausgeschlossen seyn sollte; auch sollte die Commission nicht berechtigt seyn, unbedingt zu expropriiren und die Entschädigungssumme nach

Willkür zu bestimmen, sondern die erworbenen Rechte sollten geachtet und nur dann, wenn die Ländereien des Staats nicht ausreichten, Privatgüter angekauft werden um den bei dem letzten Census angegebenen Werth. In erster Linie sollten die Veteranen des Pompejus, die sich um das Reich so wohl verdient gemacht hätten, bei der Landanweisung berücksichtigt werden, da das zu kaufende Land mit dem von Pompejus erbeuteten Gelde bezahlt werde. Um das Gesetz gegen spätere Angriffe zu sichern, mußten jeder Senator und jeder Candidat um eines der höheren Aemter, sowie die Volkstribunen des folgenden Jahres feierlich schwören, keinen Antrag gegen Cäsars Ackergesetz stellen zu wollen.

Der Antrag war, wie man sieht, so vorsichtig abgefaßt und beruhte so sehr auf Recht und Billigkeit, daß die herrschende Nobilität ihn schwer angreifen konnte, und wenn sie es dennoch that, sich den Vorwurf des schnödesten Undanks gegen die Veteranen des Pompejus zuzog, und den Urheber und die Freunde des Gesetzes eben dadurch noch mehr verherrlichte. Das war der Fluch des an den Gracchen begangenen Frevels der Nobilität: damals wäre der Dank für die Ackervertheilung dem ganzen Staat zugefallen und hätte ein kräftiges Volk fleißiger Kleinbauern geschaffen, jetzt aber bringt die mit ungeheuren Kosten des Staats verbundene Landanweisung nicht dem Staat, sondern den wenigen Machthabern Dank und begeisterte Anhänger! Der Verfasser hat diese Kämpfe lebhaft und den Quellen gemäß dargestellt; davon aber sagt er kein Wort, daß Cäsar die Zwanziger-Commission, welche sein Gesetz wesentlich empfohlen hatte, umging und aus derselben eine Commission von fünf Mitgliedern wählte, in die er seine zwei Collegen im Triumvirat und den Mann seiner Schwester aufnahm, so daß das ganze Vertheilungsgeschäft in den Händen der Machthaber lag, ebenso die dazu bewilligten Gelder des Staats.

Nachdem sich der Consul durch das Ackergesetz die ausgedienten Soldaten und Proletarier zum Danke verpflichtet,

suchte er auch den Ritterstand, den Cicero als Consul nach langer Feindschaft dem Senat wiedergewonnen hatte, an seine Person zu fesseln, indem er diesen Geldmännern auf ihre Bitte den dritten Theil der Pachtsumme der Staatseinkünfte großmüthig nachließ und ihnen sogar einschärfte, bei künftigen Pachtverträgen keine zu hohen Summen zu bieten! Und um seinem Freunde Pompejus vollkommenste Befriedigung zu schaffen, ließ Cäsar — weil der Senat es fortwährend verweigert hatte — von dem Volke alle offiziellen Handlungen und Organisationen des Pompejus in Asien ohne alle Prüfung bestätigen, und den Lucullus, der sich widersetzen wollte, schüchterte er durch die Drohung mit einer Erpressungsklage so ein, daß dieser dem Consul zu Füßen fiel und jeden Widerstand aufgab. Aber auch für die Angeklagten, deren Zahl bei der bekannten Proceß- und Parteisucht der Römer stets sehr groß war, sorgte der Consul, indem er durch seine Creatur Vatinius ihnen zum Vortheil ein neues Gesetz über die Verwerfung mißliebiger Richter gab. Selbst die armen und von den römischen Beamten schwer mißhandelten Provinzialen, als deren Patron sich Cäsar schon längst geltend gemacht hatte, entgingen seiner consularischen Aufmerksamkeit nicht, denn ihnen zum Schutz gab er das Gesetz de provinciis ordinandis (welches übrigens nicht ganz erwiesen ist). Er erneuerte und verschärfte durch sein Repetunden-Gesetz die Strafen gegen jede Art von Erpressung der römischen Beamten in ihren Provinzen, und durch sein Gesetz de liberis legationibus suchte er den argen Mißbrauch, der mit den Ehrenrechten römischer Gesandten auf Kosten der Provinzen von den Senatoren getrieben wurde, gründlich zu beseitigen. Der unermüdliche Consul bemächtigte sich aber auch der auswärtigen Politik und ließ den König von Egypten, einen Schützling des Pompejus, zum Freund und Bundesgenossen des römischen Volks ernennen, aber erst nachdem Cäsar und Pompejus 6000 Talente (35 Millionen Francs) für diesen Freundschaftsdienst erhalten hatten! (Sueton 54). Dieselbe Ehre erhielt auch

Ariovist, nachdem er auf die Bitten des Senats das Land der Aeduer verlassen hatte; es war dem Cäsar, der sich seine Provinzen schon ausgewählt hatte, natürlich nicht gleichgiltig, in dem tapfern Germanenkönig einen befreundeten oder feindlichen Nachbar zu haben. Aber auch viele andere Bitten erfüllte der volksfreundliche Consul, denn Sueton sagt von ihm: „Alles gab er was man von ihm verlangte" (cap. 20), und Cicero fügt ergänzend bei: „es ist der Zweck der Machthaber, Niemand eine Schenkung übrig zu lassen" (ad Att. 18). — Cäsar gab während seines Consulats auch noch glänzende Feste, Schauspiele, Gladiatorenkämpfe, und entlehnte bei Pompejus und Attikus beträchtliche Summen für diese Verschwendung. Wie viele Summen mag er erst gebraucht haben, um die vornehmen Verschwender, einen Clodius, Vatinius, Piso u. s. w. für sich zu erkaufen, um nach seiner Abreise durch seine Creaturen in Rom den Senat zu beherrschen und den Pompejus und Crassus beobachten zu können? Wenn Sueton cap. 54 mit dürren Worten sagt: „Cäsar habe in seinem ersten Consulat 3000 Pfund Gold aus dem Capitol gestohlen und sie durch vergoldetes Erz ersetzt", so erscheint es Angesichts der kolossalen Summen, die Cäsar „ohne egoistische Berechnung" seiner Popularität opferte, durchaus nicht so unglaublich, wie nach Drumanns und Mommsens Vorgang der Verfasser es darstellt (pag. 394).

Nachdem sich nun Cäsar durch seine consularische Thätigkeit und durch die Wahl ergebener Beamten für das folgende Jahr zum Herrn Roms gemacht hatte, nachdem er den Cicero durch die Erhebung des Clodius zum Volkstribun unschädlich gemacht und auch dem Cato eine politische Mission in den Orient bestimmt und dadurch Rom von seinen gefährlichsten Gegnern befreit hatte, konnte er nach Niederlegung seines Consulats ruhig in die Provinzen, die ihm seine Creatur Vatinius bei dem dankbaren „Volke" ausgewirkt hatte, abreisen, um sich den letzten Pfeiler seiner Macht, ein starkes und nur ihm ergebenes Kriegsheer zu schaffen. Wie nun

der Verfasser die Behauptung aufstellen kann, „Cäsar habe bei seiner Abreise von Rom nach Gallien ebenso wenig an die Alleinherrschaft denken können, als der General Bonaparte bei seiner Reise nach Italien im Jahr 1796 von dem Kaiserreich träumen konnte", ist schlechterdings nicht zu begreifen. Die Lage beider ist unendlich verschieden: Napoleon war damals ein armer General ohne einflußreiche Verwandte, ohne großen Namen, ohne Stütze einer mächtigen Partei, einzig auf die Hilfsquellen seines Genies angewiesen; Cäsar aber, der als Proconsul in seine Provinzen abreist, ist von dem Dank der vielen Tausende, die er auf Kosten des Staates bereichert hatte, begleitet, er läßt in Rom die einflußreichsten Freunde zurück, die theils aus wirklicher Bewunderung seines eminenten Genies, theils in Erwartung glänzenden Lohnes seine Interessen im Senat und vor dem Volk wahrten, er hat in den weiten Provinzen des Reichs begeisterte Anhänger, ja selbst unter den Königen selbstständiger Reiche hat er sich treue und ergebene Freunde zu verschaffen gewußt. Und seine amtliche Stellung, wie himmelweit verschieden ist sie von der des jungen Generals Bonaparte! Während dieser jeden Augenblick der Zurückberufung gewärtig sein mußte, ist Cäsar in Folge der bekannten Stärke der römischen Magistratur als Proconsul in seinen drei Provinzen für die Dauer seines Amtes allmächtig und unverantwortlich wie ein König, und da er die Statthalterschaft auf fünf Jahre erhielt, so hatte er Zeit genug sich in die Rolle eines absoluten Machthabers hineinzuleben und seine Unterthanen an sein Herrscherrecht zu gewöhnen. Wer fünf Jahre lang eine so ausgedehnte und unumschränkte Gewalt besitzt, hat auch die Mittel sich deren Besitz für immer zu sichern. Und die Provinzen, die er mit genialem Blick sich auserlesen hatte, sind sie nicht die wichtigsten des ganzen römischen Reichs? Bilden sie nicht das südliche, östliche und westliche Glacis der Alpen? Beherrschte er nicht von Oberitalien aus, nach Cato's richtigem Ausspruch, wie in einer unbezwinglichen Burg ganz Italien und

die Hauptstadt? Kann er nicht in dieser Burg und umgeben von einem begeisterten Heer auch dem letzten Feind trotzen, der „Ungeduld und Zuchtlosigkeit der demokratischen Partei", welche der Verfasser, sicherlich nach eigener Erfahrung, als „die schwerste Gefahr" eines demokratischen Herrschers darstellt (pag. 402).

Werfen wir einen kurzen Rückblick auf die Geschichte Cäsars, so müssen wir bekennen, daß seine Virtuosität darin bestand, die Schwäche und Corruption seiner Zeit tiefer und richtiger beobachtet zu haben als alle anderen Römer. Darauf gründete er seinen politischen Plan: Rom sollte nach Jugurtha's Drohung endlich seinen Käufer finden. Und die Mittel, um Rom zu kaufen, mußte der Staat selbst ihm darbieten. Cäsar ist nicht der Erste, der den Staat zu persönlichen Zwecken ausbeutete; seit dem Untergang der gracchischen Brüder hat jede herrschende Partei, die Aristokraten nicht weniger als die Demokraten, die Ausbeutung des Staats zu Partei- und dynastischen Zwecken als ihr Privilegium betrachtet, und überall ist dieß der Fall, wenn die politischen Machthaber ihrem Ehrgeiz, ihrer Herrsch- und Genußsucht keine Schranke zu setzen wissen, wenn die Religion ihre Macht über die Gewissen verloren hat! Cäsar aber ist der Erste, der diese Ausbeutung des Staats zu dynastischen Zwecken consequent, großartig und systematisch zu behandeln wußte; darum erreichte er das Ziel, während viele andere römische Große bei dem gleichen Ehrgeiz, aber bei weniger Muth und Ueberlegenheit des Geistes dasselbe verfehlten. Der grenzenlose und grausame Egoismus, den Rom Jahrhunderte lang gegen die italischen Bundesgenossen und gegen die außeritalischen Völker bethätigt hat, ist von Cäsar gegen Rom selbst angewandt worden. Es ist aber ein wahrer Hohn auf die Geschichte, wenn man die römischen „Republikaner" beklagt, daß sie in Cäsar einen Monarchen gefunden; „diese Aristokratie ohne Adel, diese Demokratie ohne Volk" verdienten schon längst einen Zuchtmeister und die mißhandelten

Provinzialen einen Patron. Gleichwohl hat man kein Recht, den Cäsar, weil ihm dieses Werk unter sichtbarem Beistand der Vorsehung gelang, nach allen Seiten als ein Ideal nicht blos politischer, sondern auch menschlicher und sittlicher Vollkommenheit, und alle seine Worte und Werke als Produkte des edelsten Patriotismus zu preisen.

Wenn nun aber wegen einer und derselben Beurtheilung und Verherrlichung Cäsars ein Mommsen zu den Göttern erhoben, Napoleon aber in die Tiefen des Tartarus geschleudert wird, so mögen die Meister in der Consequenz — die „liberalen" Claqueurs, dieß Räthsel lösen.

VIII.

Fürstabt Balthasar von Fulda und die Stifts-Rebellion von 1576.

II. Die Ritter, Bischof Julius und der Hammelburger Aufruhr.

Man denke nicht, Balthasar sei bloß ein brauchbares Werkzeug in der Hand Anderer, etwa seiner Räthe oder gar der Jesuiten gewesen. Selbstständigkeit war ein Grundzug seines Charakters. Graf Görtz und sein Beichtvater P. Peter Lopperz hatten ihn vor allzu großer Strenge in der Reform gewarnt; doch ihre Warnung vermochte kaum seine Strenge etwas zu mildern. Sein treuer Kanzler Winkelmann bemerkte ihm: Religion, Reform, Ablösung auf einmal sei zu viel;

allein sein Eifer suchte das Gute nicht vereinzelt. Wie ein gleichzeitiger Auktor schreibt, glaubte sich Balthasar nicht beruhigen zu dürfen, so lange er nicht alle seine Pflichten gegen Gott und die Kirche erfüllt hätte, und wichtige Pflichten waren noch unerfüllt.

Gern hätte er nämlich allenthalben die Stifte und Klöster, Pfarreien und Kirchen mit würdigen Geistlichen besetzt gesehen. Auch ein Jungfrauenkloster nach der Regel des heil. Benedikt wollte er in Fulda errichtet wissen, damit diejenigen, welche auf einzelnen Propsteien bestanden hatten, aber eingegangen waren, ersetzt würden. Um nun zu einer Basis der Reform zu gelangen, unterhandelte er im Januar 1576 mit seinen Kapitularen darüber, ob sie nicht mit ihm zur Erfüllung seiner Wünsche beitragen und vor Allem im Stift eine ziemliche Anzahl, beiläufig vierundzwanzig, Ordenspersonen unterhalten und heranziehen wollten, welche das heilige Officium täglich verrichten, ihrer Ordensregel gemäß leben und so am sichersten die gewünschte Reform begründen würden. Zu diesem Zwecke sollten Dechant und Kapitel ein neues Schlafhaus bauen und für Kost und Unterhalt sorgen, damit diese Religiosen kraft der Stiftung desto freudiger der Andacht und den übrigen Verrichtungen obliegen könnten. Das Kapitel wollte indessen nichts von solchen Einrichtungen wissen und wendete vor, so große Kosten vermöge das Seelgeräthe nicht zu tragen. Doch Balthasar ließ sich durch diesen Vorwand nicht abschrecken, sondern erbot sich, das Einkommen des Seelgeräthes zu übernehmen und davon alle Kosten sowohl für den Bau des Schlafhauses als auch für den Unterhalt der Mönche zu bestreiten. Da das Kapitel auch hierauf nicht eingehen wollte, verlangte er die Register des Seelgeräthers, um Einsicht von dem Stand der Rechnungen zu nehmen und zu sehen, wie sie mit dem Seelgeräthe hausgehalten hätten; und als man dem Verlangen nicht entsprechen wollte und der Seelgeräther sich weigerte, auf seinen Befehl die Register herauszugeben, ließ er ihn im Schlosse zur Haft bringen.

Darüber entwickelten sich wiederum Mißhelligkeiten zwischen Abt und Kapitel, die sich noch steigerten, als Balthasar dem ungeachtet seiner früheren Maßregeln wieder eingerissenen Schandleben und der Concubinenwirthschaft der Pröpste und ihrer Kapläne endlich ein Ziel zu setzen beschloß. Kaum konnte er zurückgehalten werden, daß er die Dirnen nicht mit Ruthen aus Stadt und Stift peitschen ließ; allein davon vermochte ihn Niemand abzubringen, daß er des Dechanten „schöne Maid“ — eine von Zwestin — auf offener Landstraße aufgreifen, auf dem Schlosse Bieberstein in's Gefängniß setzen und nur unter dem eidlichen Versprechen frei ließ, nie mehr den Boden des Stifts zu betreten. Um diese Mißhelligkeiten zu heben und offener Feindschaft zuvorzukommen, erbot sich Balthasar seinen Kapitularen gegenüber, sofern sie sich durch ihn unbilliger Weise beschwert fühlten, wolle er die Sache vor Schiedsrichtern zur Entscheidung bringen, und benannte seinerseits den Kurfürsten Daniel von Mainz oder den Kurfürsten Jakob von Trier. Das Kapitel dagegen schlug den Bischof Julius von Würzburg vor und zwar gegen den Wunsch des Abtes, der gerne zu diesem noch den Erzbischof von Mainz hinzugezogen hätte, Julius allein, wenn man nicht vorzöge, die Sache lieber vor dem ganzen Reiche zu erörtern, woranf Balthasar die Wahl des Bischofs Julius guthieß.

Daß aber die Kapitulare ihr Auge auf den jungen Bischof von Würzburg warfen, hatte seine guten Gründe. Das Kapitel nämlich hatte sich wieder der Ritterschaft genähert. Die Ritterschaft aber war nicht bloß wegen der Religion, wegen des Kollegs oder des Verbots Prädikanten zu bestellen, gegen Balthasar erbittert, sondern noch weit mehr wegen verschiedener, rein politischer Maßnahmen. Um den Staatshaushalt zu regeln, kündete Balthasar mehreren Rittern die Pfandschaften, so denen von Boineburg die Stadt Lengfeld, deren Pfandschilling zu 1500 Gulden bei dem Rathe zu Fulda deponirt wurde; denen von der Thann das Amt Rockenstuhl, den

hatten das Dorf Speicherz und Anderes, den Behm Eichenzell, dem Fritz von Romrodt einen Hof. Der Abt hinterlegte das gewöhnlich sehr geringe Pfandgeld an verschiedenen Orten, wie beim Rathe zu Frankfurt und Gelnhausen. Außerdem löste er mehrere Fruchtzinsen ein, ordnete Jagd- und Holzgerechtsame, auch die centbarliche Gerichtsbarkeit, wie er denn selbst die große Ritterherrschaft Schildeck um 15,000 Gulden ankaufte, die Staatsbauten in guten Stand setzte und zur Sicherstellung der armen Unterthanen die wucherischen Contrakte der Juden verbot. Solche Einlösungen hielt die Ritterschaft, freilich ohne allen Grund, für eine Kränkung ihrer Rechte und wurde deßhalb erbittert gegen den Abt. Aber noch mehr beklagten sich die Ritter, daß er sie, wie sie gleichfalls irrthümlich meinten, wider alles Recht zu Landsassen machen wolle. Sie thaten auch insgeheim im Vereine mit der fränkischen Ritterschaft am kaiserlichen Kammergerichte Schritte, dem Reiche unmittelbar unterworfen und mit der freien fränkischen Ritterschaft, Kantons Rhön und Werra, verbunden zu werden. Das war gegen alles Herkommen. Nicht nur vor Balthasar, sondern auch noch geraume Zeit nach ihm, waren sie laut Brief und Siegel dem Stifte, d. h. dem Abte pflichtig. Ihm huldigten sie, wenn nicht wegen der theilweise großen Entfernung in corpore, so doch einzeln bei ihrer nächsten Ankunft in Fulda; seiner Kammer zahlten sie die Reichssteuer wie die Stiftssteuer, zu deren Bewilligung sie auch auf den Landtagen Rath hielten. Die buchischen Ritter waren gewöhnlich nicht der fränkischen Heeresabtheilung incorporirt; nur einige, wie die von der Thann, von Erthal, zählten wegen ihrer im fränkischen Kreise gelegenen Lehen auch zur fränkischen Ritterschaft.

Gerade um diese Zeit, Ende 1575, hatte die fränkische Ritterschaft am kaiserlichen Kammergericht für die buchische ein Mandat betreffs der Reichsunmittelbarkeit erwirkt. Balthasar erhielt auf vertraulichem Wege Mittheilung einer Copie dieses Mandats und ließ allen denjenigen, deren Namen im

Mandat begriffen waren, durch Notar und Zeugen am 28. März 1576 ankündigen, daß sie bei der Pön des Landfriedensbruches sich jeder derartigen Verbindung mit der fränkischen Ritterschaft zu enthalten und alle ihre vermeintlichen Ansprüche auf ihn zu übertragen hätten; er werde als ihr Landesherr alle ihre vermeintlichen Rechte öffentlich vertreten. Unmittelbar darnach traf auf fuldischer Kanzlei durch einen Boten ein Schreiben der fränkischen Ritterschaft mit einer unversiegelten Beilage ein, welche an die fuldische Ritterschaft gerichtet war. Als man aus der unversiegelten Beilage entnommen hatte, was beide Ritterschaften prakticirten, befahl Balthasar das versiegelte Schreiben im Beiseyn mehrerer eigens dazu geforderten Adeligen zu erbrechen, zu lesen und ein Instrument darüber zu verfertigen. Aufgeklärt über die Tendenzen seines Adels sendete er zu dem Rittertage, welchen die freie fränkische Ritterschaft des Ortes Rhön und Werra zur Verfolgung ihrer Absichten auf den 5. April nach Schweinfurt ausgeschrieben hatte, seinen Keller zu Hammelburg, Blasius von Ottra, einestheils um seine Ritter bei Verlust aller Güter, die sie vom Stift zu Lehen hätten, und bei sonstigen Strafen der Reichsconstitutionen vor der Theilnahme zu warnen, anderntheils um vor dem Ritterhauptmann zu protestiren, daß er sich solcher Schritte unterfange, gegen welche die nöthige Klage am Reichskammergericht erhoben sei.

Aus dieser geheimen Verbindung des buchischen Adels mit der fränkischen Reichsritterschaft läßt es sich nun erklären, daß die durch ihre beiderseitige Unzufriedenheit wieder geeinigten Kapitulare und Ritter ihre Blicke nach Würzburg richteten, und erstere in den zwischen dem Abte und ihnen obwaltenden Zwistigkeiten mit Ausschluß eines jeden Andern den Bischof Julius zum Obmann wählten, mit dessen Gesinnung sie überdieß durch den oben erwähnten Verkehr mit dem Dombechant Neidhardt von Thüngen und durch seinen originellen, aber von Balthasar zurückgewiesenen Vorschlag der Union beider Stifte nicht unbekannt waren. Vermöge

dieses Projekts sollte der eine Prälat des andern Coadjutor mit dem Rechte der Nachfolge seyn und die fuldischen Pröpste zugleich Aufnahme in's Würzburgische Kapitel finden. In Folge der heimlichen Conventikel, welche das fuldische Kapitel und die Ritterschaft mit dem oben genannten Würzburgischen Domdechanten und mehreren fränkischen Adeligen zu Geisa, Buttlar, Rasdorf und Schlüchtern gehalten hatten, war es denn auch zu einer förmlichen Conspiration gekommen, und schon am 6. Mai beschlossen die Verschworenen auf einer Versammlung zu Lüder, eine Deputation, bestehend aus den beiden Kapitularen Schade und Schott und den drei Rittern Melchior von der Thann, Wilhelm von Hann und Wolf Dietrich Behm, genannt Mörle, an den Bischof Julius abzuordnen mit dem Auftrage, über die Annahme der Coadjutorie mit ihm zu verhandeln. Den Widerstand der Städte brauchten sie, wie sie wohl wußten, nicht zu fürchten. Die ohnehin gereizte Stimmung der Hauptstadt wurde gerade in dieser Zeit noch mehr erregt durch einige neue Differenzen mit dem Stadtrathe, indem Balthasar die Wahl eines der Neuerung eifrig ergebenen Stadtschreibers beanstandet und die Schlüssel der Stadtthore dem Rathe abgefordert hatte. Selbst die heilsamsten Verordnungen, wie z. B. betreffs der bei gewissen festlichen Gelegenheiten entstehenden Zehrungskosten, fanden üble Aufnahme.

Während Alles im Stillen sich wider Balthasar verschwor, begab sich dieser am 1. Mai 1576 nur mit etwa zwanzig Pferden in die zweitgrößte Stadt seines Stiftes, das südlich im freundlichen Saalthal gelegene Hammelburg, um auch dort seiner Pflicht zu genügen und dem fuldischen Rathe das Beispiel zu benehmen, auf welches sich dieser zu berufen pflegte. Ihm folgte einige Tage später sein Beichtvater und Prediger, der Jesuite P. Peter Lopperz.

In Hammelburg war wirklich schon frühe — seit 1524 — die neue Lehre eingedrungen, und einige Bürger, zumal im Rathe, suchten sie nach Kräften zu fördern. Begünstigt

wurde ihr Bestreben vorzüglich durch den Umstand, daß die geistliche Gewalt dem Bischof von Würzburg als Ordinarius, das Patronatsrecht mit der Präsentation des Pfarrers dem dortigen Domkapitel und die Landesherrschaft dem Abte von Fulda zustand, und daß sich mithin nur durch die schwer zu vermittelnde Einigkeit der genannten drei Faktoren eine gesegnete Wirksamkeit des Pfarrers erzielen ließ. Wenn die von Würzburg gesandten Priester nicht zusagten, so klagten die Bürger beim Abte über die Priester; und that dieser in Würzburg Schritte, so tadelte man dort das Benehmen der Bürger und die Nachsicht des Abtes. Die Förderer der neuen Lehre benützten die Unzufriedenheit der Bürger über öftere Vakatur der Pfarrei und suchten die Einführung eines Prädikanten vorzubereiten. Im J. 1541 wagten sie es, sich einen solchen in der Person des Johann Spangenberg aus Alsfeld auf eigene Verantwortlichkeit und Kosten zu verschaffen, eine That, die nie gut geheißen, ja direkt mißbilligt wurde. Zwei Jahre später glaubten sie die Gelegenheit einer Vakatur ergreifen zu müssen, um sich in den Besitz des Pfarrvermögens zu setzen. Sie holten in Nürnberg bei dem berühmten Rechtsgelehrten Dr. Leonard Bodenstein ein juridisches Gutachten ein. Dieses entsprach aber ihren Wünschen keineswegs und endigte mit dem Rathe, daß sie, wenn sie etwas gegen das Recht auf's Gerathewohl versuchen wollten, desto besser thun würden, je einfältiger sie handelten. Diesem Rathe folgend hatte der Stadtmagistrat in Fulda angefragt, ob er nicht das Pfarrhaus beziehen lassen dürfe, jedoch abschlägige Antwort erhalten und war nach Würzburg verwiesen worden, woher Hammelburg seine Pfarrer bekommen müsse. In Würzburg hatte das Domkapitel, dem der Rath zu Hammelburg urkundlich versichert hatte, durch die Benutzung des Pfarrhauses seinen Rechten nicht im geringsten zu nahe treten zu wollen, jeden derartigen Akt für null und nichtig erklärt. Deßungeachtet wies man den Prädikanten um Pfingsten des J. 1543 aus er Machtvollkommenheit in's Pfarrhaus ein.

Allein bis zum J. 1553 wurden immer wieder — freilich mit zeitweiliger Unterbrechung — auf Fulda's Verlangen neue Pfarrer von Würzburg gesendet; sie zogen noch in das Pfarrhaus ein und ihr Gottesdienst fand immer noch Betheiligung. Selbst dem Stadtrathe schienen im J. 1553 die Hammelburger noch so katholisch, daß er nach der eigenen Erzählung des späteren Prädikanten Horn, des Verfassers der oben citirten Chronik, befürchtete, der „Ehrentag", d. h. die Trauung des Prädikanten Aegidius Jordan, eines gefallenen Priesters der Erzdiöcese Salzburg, in ihrer Stadt möge den Bürgern zu sehr auffallen und nicht ohne Calumnien abgehen. Von da an war kein katholischer Priester mehr nach Hammelburg gekommen bis zur Zeit, als Balthasar dort einzog, mit dem festen Entschlusse, der gefährdeten Heerde ein treuer Hirte zu seyn, und zu diesem Zwecke auf dem Wege des Rechtes mit Milde vorzugehen.

Bei seiner Ankunft wurde der Abt vom Stadtrathe gebührend empfangen und ihm der übliche Ehrentrunk von drei Eimern besten Weines aus dem Rathskeller gereicht. Der Abt nahm ihn gnädig an und lud darauf den Rath zum Abendessen ein. Am Samstag gegen Abend ließ Balthasar dem Küster der Pfarrkirche den Befehl zukommen, den mit einem eisernen Gitter verschlossenen Chor der Kirche zu öffnen und das Nöthige vorzubereiten, da er der heiligen Messe am Altare der seligsten Jungfrau beizuwohnen und dann eine Predigt zu hören gedenke. Der Küster theilte diesen Befehl dem Rathe mit, und obgleich dieser gar kein Recht, nicht einmal durch die beabsichtigte Präscription, auf die Kirche und Pfarrei hatte, so glaubte er doch dem Begehren des Abtes nicht willfahren zu dürfen, weil es seine Pläne zu vereiteln drohte. Nach längerem Zögern wurde inzwischen geöffnet und der Abt wohnte der hl. Messe des P. Peter und dann dessen Predigt bei, in welcher dieser nach dem Evangelium vom guten Hirten und Miethling über den Einen Hirten und Einen Schafstall sprach und dabei bemerkte, daß das Priester-

thum seine Sendung nicht von weltlicher Obrigkeit erhalten könne. Dafür wurde Balthasar in der nach dem katholischen Gottesdienst gehaltenen protestantischen Predigt in seiner Abwesenheit angegriffen, und des Nachmittags mußte er sogar aus dem Munde des Prädikanten Horn mit eigenem Ohren die Worte hören: „Der Teufel setzt uns hart zu, wie man denn heute in dieser Kirche eine päpstliche Messe hat lesen sehen müssen.“ Obgleich nun der Fürst deßhalb gerechten Grund zu zürnen hatte, so gab er doch den Bitten und Entschuldigungen des Rathes nach und verzieh dem Prädicanten die ihm zugefügten Unbilden.

Um so mehr drängte er auf die Vorlage der Pfarr-Register, welche er schon von Fulda aus zur Einsicht begehrt, aber nicht erhalten hatte, und um den Zögerungen ein Ende zu machen, setzte er eine Frist von acht Tagen, nach deren Verlauf jedoch der Stadtschreiber Gangolf Reuter dem Sekretär des Fürstabts die Antwort hinterbrachte, man könne sie ohne Wissen der Gemeinde und ohne vorherige Erkenntniß unmöglich aus den Händen geben. Am Sonntage Jubilate den 13. Mai gebot der Abt die Glocken läuten zu lassen, worauf er in dem feierlichen Amte, zu dem Chorknaben aus Fulda sangen, mit den Uebrigen die heilige Communion unter einer Gestalt empfing und dann der auch von Bürgern angehörten Predigt über die Unterscheidungslehre, ob es nicht besser sei, die Auslegung der hl. Schrift bei der Kirche als bei einem Einzelnen zu suchen, beiwohnte. Der Prädikant predigte an diesem Tage über die Tröstlichkeit der Lehre von der Gewißheit des Heiles, die jeden Zweifel ausschließe.

Den folgenden Sonntag Cantate wurde der katholische Gottesdienst wieder in ähnlicher Weise gehalten und in der Predigt legte P. Peter mit Hinweisung auf die am vorhergehenden Sonntage gehaltene Predigt des Prädikanten die Wahrheit klar an den Tag, daß der Christ, wenn er auch immer sein Heil zu hoffen verpflichtet sei, doch ohne besondere Offenbarung Gottes nie zweifellose Gewißheit weder aus der

Vernunft noch aus dem Glauben haben könne, und sprach dabei recht anschaulich und eindringlich den Bürgern Hammelburgs zu Herzen. Um jedoch einmal die Register über die Pfarrgefälle zu erhalten, forderte Balthasar am 24. Mai in der Frühe den Stadtrath vor sich und setzte ihm nochmals eine unerstreckliche Frist von acht Tagen. Als dieselbe mit dem Christi Himmelfahrtfeste abgelaufen und der Rath den darauf folgenden Tag, den 1. Juni, eben versammelt war, um seine Antwort, die er statt der Register dem Abte geben wollte, zu berathen, brachte der Küster die Nachricht, der Abt beabsichtige wieder die Messe zu lesen, er bringe daher die Kirchenschlüssel dem Kirchenvorsteher. Jakob Böhm, so hieß dieser, nahm sie ab und überreichte sie dem Bürgermeister Justus Ruffer, der sie jedoch gleichfalls nicht in seinem Hause haben wollte, sondern auf der Rathsstube niederlegte. Der Abt drohte mit einer Strafe von hundert Thalern, wenn sie dieselben nicht herausgeben würden, und gebot dem Stadtschultheißen Wilhelm von Remrod, einstweilen einen zweiten Schlüssel verfertigen zu lassen, was aber die Schlosser zu thun sich weigerten.

Als der Rath mit Zusatz gerade des Nachmittags versammelt war, um zu erklären, daß sie die Schlüssel so wenig wie die Register herausgeben wollten, erschien Balthasar plötzlich selbst auf dem Rathhause und begehrte ihre Antwort. Jakob Böhm gab sie im Namen der Uebrigen: dem Domkapitel zu Würzburg stehe das Patronatsrecht zu und darum könne der Fürstabt keinen rechtlichen Anspruch auf die Schlüssel und Register der Kirche machen. Balthasar verwies dem Rathe diesen Ungehorsam, da es ihm als Landesherrn und nicht ihnen gebühre, beide zu besitzen, und er verließ sie, um von der Rathhaustreppe der zusammengerufenen Bürgerschaft zu eröffnen, wie er ihren Rath wegen mehrfachen Ungehorsams bestrafen wolle und von ihr erwarte, daß sie sich treu und unterthänig erweisen werde. Balthasar war gerade im Begriffe, die Treppe hinab nach der Kellerei zu gehen, als ihm Jakob Böhm keck mit den Worten in den Weg trat:

„Hochwürdiger Fürst, gnädiger Herr! Bürgermeister und Rath bitten unterthänig, Sie wollen sie ohne gerichtliche Erkenntniß nicht vergewaltigen, sondern sie bei ordentlichen Rechten, dazu sie sich hiermit erbieten, gnädigst bleiben lassen.“ Ohne sich zu bedenken, erwiederte Balthasar: dieß Begehren finde er ganz billig, und es würde nicht zu diesem Schritte gekommen seyn, wenn sie sich nicht so feindselig gezeigt hätten. Die Bürger, welche etwas bezecht schienen, wurden unruhig, und beschlossen noch denselben Abend, eine Adresse ausarbeiten zu lassen, in der sie für Bürgermeister, Rath und Prädikanten Fürsprache einlegten.

Am 8. Juni, Morgens sieben Uhr, kam Balthasar wieder unversehens auf das Rathhaus, ließ dem eben versammelten Stadtrathe durch den Stadtschultheißen bedeuten, auf dem Rathszimmer zu bleiben, und ertheilte von der Treppe herab den Bürgern, die er hatte berufen lassen, die Antwort auf ihre Adresse: Er wolle ihre Bitte gewähren und dem Rathe, wie den Prädikanten Nachsicht angedeihen lassen, sie auch nicht in der Uebung ihrer Religion belästigen. Doch gedenke er neben ihrem Gottesdienste einen ständigen katholischen einzurichten, damit er, so oft er nach Hammelburg komme, einen solchen vorfinde. Dem katholischen Priester werde er anempfehlen, sich der Anfeindung der Augsburgischen Confession zu enthalten; dagegen erwarte er auch, daß ihre Prädikanten auf die uralte katholische Religion Rücksicht nähmen. Diese Ansprache hatte nicht die Wirkung, die Gemüther zu beruhigen. Die Erbitterung stieg und es kam so weit, daß man dem Abte, wenn er die heilige Messe lesen wollte, die Kerzen und dergleichen Dinge vor die Thüre der Sakristei setzte, um wenigstens diese verschlossen zu halten.

So schlug Balthasar an der äußersten Grenze des Stiftes ruhig, aber consequent den Weg des Rechtes und der Klugheit ein und bot den verirrten Bürgern Hammelburgs Gelegenheit, den katholischen Glauben und Gottesdienst nicht

ß aus den Schmähungen der Prädikanten kennen zu lernen;

zugleich suchte er auch die umliegenden Dörfer des Amtes Saaleck zu gewinnen, in denen mehrere vom Glauben apostasirte Prädikanten wirkten. Dabei verlor er jedoch die Vorgänge in den übrigen Theilen des Stiftes durchaus nicht aus den Augen, und es konnte ihm daher nicht lange verborgen bleiben, daß Kapitel und Ritterschaft conspirirten und mit Würzburg heimlich verkehrten.

Die fuldischen Stände unterhandelten allen Ernstes mit Bischof Julius wegen einer Capitulation zur Uebernahme der Administration, und Julius ließ sich wirklich in eine solche ein. Vielleicht mag dieß manchen Leser befremden, welcher sich über den sonst so ausgezeichneten Fürsten allein nach den großartigen Werken seiner langjährigen Regierung, nach dem Hospitale und der Universität, die noch heute in der Hauptstadt die wahrhaft fürstliche charitative und wissenschaftliche Thätigkeit ihres Gründers verkünden, und nach den Juliusthürmen, die noch jetzt zu hunderten über das ganze Frankenland hin ihre Spitzen zum Himmel erheben, die doppelte religiöse Wirksamkeit des Erbauers zu bezeugen, sein Urtheil gebildet hat. Wer aber aus den Quellen schöpft, der wird zweien Thatsachen nicht ausweichen können, welche das Urtheil über Julius etwas modificiren, nämlich der Einmischung desselben in die fuldische Adelsrebellion und der Nachsicht gegen die Neuerer im Anfange seiner Regierung. So gewiß indessen diese beiden Thatsachen sind, so schwer möchte ihre psychologische Erklärung seyn. Hier dürfen wir zunächst die Behauptung eines protestantischen Fanatikers der neuesten Zeit (Heppe) nicht ohne die verdiente Rüge hingehen lassen, daß Julius anfangs gleich dem damaligen Kurfürsten von Köln, Gebhard Truchseß von Waldburg, mit dem Gedanken umgegangen sei, das Bisthum in ein erbliches Herzogthum zu verwandeln. Denn abgesehen davon, daß solche Tendenzen weder mit den Eigenschaften des Charakters, welche die Stimmen aller Wähler so schnell dem jugendlichen Echter gewannen, noch mit seiner späteren Wirksamkeit vereinigt werden können, findet sich in

seiner Geschichte nicht der Schatten einer Agnes von Mansfeld und für die pikante Bemerkung überhaupt nicht die Spur eines historischen Grundes. Doch können wir auch nicht ganz das Verfahren jener Biographen billigen, welche mit gänzlicher Uebergehung oder doch nur mit höchst oberflächlicher Berührung eines Vorfalls, der das Reich und die Kirche so lange beschäftigt hat, und mit Julius' Leben so innig verwebt ist, bloß die Großthaten des Bischofs aufzählen und seine anfängliche Unthätigkeit gegen die Neuerer als stille Zurückgezogenheit benennen, in welcher seine großen Pläne reiften. Uns scheint sich vielmehr die Thatsache der Einmischung in die fuldischen Angelegenheiten nicht anders als aus einem gewissen Ehrgeize des Prälaten erklären zu lassen — nicht dem gewöhnlichen, denn vor dieser Anklage sichert ihn wohl schon allein die Bemerkung, daß er im Jahre 1582 die auf ihn gefallene Wahl zum Erzbischof von Mainz nicht annahm, sondern einem feinern, wie er sich hin und wieder selbst in großen Seelen, besonders in einem noch nicht gereiften Alter unter dem Eifer für das Gute verbirgt. Die Jurisdiktion des Bischofs von Würzburg über den größeren Theil der Untergebenen des Stifts Fulda und ihr Verhältniß zur Unmittelbarkeit der Abtei, die Quelle vieler Controversen, welche oft das Gute hinderten; die Julius wohlbekannten Zerwürfnisse zwischen Abt und Ständen, welche den Bestand des Stiftes gefährdet erscheinen ließen; die Erklärung der Verschworenen, sie würden, falls Julius nicht zugreife, schon einen andern Administrator finden, zugleich mit der offenkundigen Bereitwilligkeit der Landgrafen von Hessen, jede Gelegenheit zu Eingriffen in das Stift zu benutzen — das Alles mochte Julius wohl zu der Aktion veranlassen, deren Moralität er vielleicht durch kluge Umsicht zu decken und deren Ausgang er sich günstiger gedacht hatte. Nicht unwahrscheinlich ist es, daß ihn auch fremder Einfluß, wie jener der fränkischen Ritterschaft und seines Kanzlers Helu, einigermaßen entschuldigt. Daß er aber troß der wiederholten

Mahnung und Drohung des Papstes unter der Berufung auf seinen Ruf und seine Ehre an seinem vorgeblichen Rechte so viele Jahre hindurch festhielt, das läßt sich bei aller Anerkennung der sonstigen großen Eigenschaften des Bischofs keineswegs entschuldigen und nur dadurch psychologisch erklären, daß seine Entschiedenheit und Willensstärke, welche im Guten überall hervorleuchten, auch im Beharren des Fehltritts sich zu erkennen geben. Der Verlauf der Geschichte wird diese Anschauung bestätigen.

Auf die erste Kunde von dem geheimen Verkehr seiner Stände wendete sich Balthasar in einem Schreiben an den Bischof Julius und bat um Mittheilung dessen, was Kapitel und Ritterschaft mit ihm verhandelten; allein der Bote kam nur mit der kurzen Empfangsbescheinigung und der Vertröstung späterer Antwort zurück. Nach längerer Zögerung bis Sonntag den 3. Juni gab Julius die Antwort: sein Kanzler Helu, welcher in diese Unterhandlungen eingeweiht und zugleich dem Abte bekannt sei, wäre gegenwärtig nicht anwesend; sobald er zurückgekehrt sei, werde er ihm durch denselben die gewünschte Mittheilung zukommen lassen. Uebrigens wolle er selbst seinem Herrn und Freund von Fulda vor dessen Abreise von Hammelburg einen Besuch machen, um mündlich sich mit ihm zu verständigen, und frage daher an, wie lange der Abt zu Hammelburg sich noch aufzuhalten gedenke. Unter Wiederholung seines früheren Gesuchs schrieb Balthasar schon den andern Tag zurück: er sei sehr begierig, mündlich mit dem Bischofe verkehren zu können, und wolle deßhalb noch vierzehn Tage in Hammelburg verziehen.

Helu war in der That zu Herzog Albrecht von Bayern gesendet worden. Er sollte demselben vorstellen, wie das Stift Fulda in größter Gefahr sei zu Grunde zu gehen, wenn der Bischof nicht das Anerbieten der Coadjutur annehme, und dabei sich erkundigen, ob der Herzog im Falle der Annahme von Seiten des Bischofs bereit sei, dessen Sache bei Kaiser und Reich zu vertreten. Der Kanzler brachte befriedigende

Antwort zurück. Nun kam er Donnerstag vor Pfingsten am 7. Juni mit Creditivschreiben seines Herrn nach Hammelburg und theilte dem Fürstabte mit, daß Kapitel und Ritterschaft wegen ihrer bekannten Beschwerden und deren Abhilfe durch die Incorporation beider Stifte mit seinem Herrn verhandelt hätten. Dabei fragte er, wie der Fürstabt diesen Beschwerden abzuhelfen gedenke, ob etwa durch Annahme eines Coadjutors? Da auf diese Frage keine günstige Aeußerung folgte, so wußte Helu sich weiteren Forschungen durch den Vorwand zu entziehen, daß er zu ferneren Mittheilungen sich erst Ermächtigung holen müsse. Er entfernte sich und kam erst Mittwoch nach Pfingsten am 13. Juni wieder mit der deutlichen Erklärung: nach der Aussage der fuldischen Gesandten hielten sich Kapitel und Ritterschaft von ihrem Herrn so gedrückt, daß sie sich nicht besser helfen zu können meinten, als wenn ihr Herr einen Coadjutor in der Person des Bischofs Julius bekäme. Obwohl nun sein Herr, der Bischof, etliche Male dieses Anerbieten abzulehnen gesucht habe, so habe er doch, um die Gefahr für den Abt zu mildern, sich dahin geäußert, daß er sich auf das einmüthige Ansuchen aller Betheiligten zur Annahme verstehen wolle. Als Balthasar dieses vernahm, wurde er entrüstet über das Benehmen seiner Stände, daß sie, statt im Falle einer wirklichen Beschwerde den ordentlichen Weg des Rechtes einzuschlagen, so eidbrüchig und hochverrätherisch handelten, und erklärte, sich gebührenden Orts über das Betragen seiner Stiftsverwandten in allem Ernste beklagen zu wollen. Doch der schlaue Helu verstand es, den Fürstabt zu bewegen, daß er eine auf sein eigenes Verlangen nur vertraulich gemachte Mittheilung, bis er auf anderem Wege Kunde erhalte, vor seinen Unterthanen nicht wolle laut werden lassen. Zugleich bemerkte er, sein Herr wolle mündlich mehr mit dem Abt reden und zu diesem Ende Dienstag nach Trinitatis sich gen Aschach begeben, um von da nach Hammelburg sich zu verfügen oder Seine fürstliche Gnaden dorthin zu erbitten.

Obgleich Balthasar schon einigen Verdacht gegen Julius schöpfte, so unterdrückte er ihn doch als unbegründet und beschloß zu bleiben, um den versprochenen Besuch des Bischofs zu erwarten und durch ihn mehr Aufklärung zu erhalten. Doch konnte er es nicht unterlassen, sofort seinen vorzüglichsten Rath Dr. Landau nach Mainz zum Kurfürsten und Briefe an seinen Bruder, den Comthur Wilhelm in Nürnberg, und an seinen Kanzler Dr. Winkelmann, der sich mit Balthasars Bruder Otto auf dem Reichstage zu Regensburg befand, zu schicken, um dem Uebel zuvor zu kommen und Hilfe beim Kaiser zu suchen.

Der Bischof begab sich am genannten Tage nach Waldaschach, einige Meilen seitwärts von Hammelburg in die Nähe des Stifts, eine Hirschjagd abzuhalten. Balthasar, welcher nur des Bischofs wegen länger in Hammelburg verweilte, sandte den Licentiaten Klinghardt nach Aschach hinüber, den Bischof zur Beschleunigung des Besuches zu bewegen. Dieser wurde indessen angeblich wegen dringender Geschäfte des Herrn etwas hingehalten und kam erst Mittwoch mit der Kunde zurück, daß der Bischof nicht früher als Donnerstag Nachmittags in Hammelburg eintreffen könne.

Unterdessen entstand im Stifte eine große Bewegung. Sonntag Trinitatis den 17. Juni kamen Kapitel und Ritterschaft nach Fulda. Gegen die im Namen des Fürstabts erfolgte Drohung des Stadtschultheißen von Katzmann nahmen auch die Städte, mit einziger Ausnahme Brückenau's, das man dafür um hundert Thaler strafte, selbst Hammelburg, durch Abgeordnete an der Zusammenkunft Theil. In dieser Zusammenkunft sprachen sie offen die Absicht aus, den Abt Balthasar zu entsetzen und sich einen neuen Herrn zu wählen. In einem Schreiben an den Abt verlangten sie Zeit und Ort, um von Stiftsangelegenheiten von hoher Bedeutung mit ihm zu handeln. Der Abt bestimmte sofort Neuhof als Ort und Sonnabend nach Frohnleichnam als Tag der Verhandlung. Diese Zeit konnten die Verschworenen nicht ab-

warten. Sie ließen die Stadt Fulda wider den Willen des Stadtschultheißen durch Bürger besetzen und rückten schon Dienstag über hundert Pferde stark nach Brückenau, um von da nach Hammelburg zu ziehen.

Balthasars jüngste Schwester Margaretha, die Braut des eichsfeldischen Oberamtmanns Leopold von Strahlendorf, welche zu Fulda ihrer baldigen Hochzeit entgegenharrte, schickte auf die erste Kunde von den Vorgängen ein Brieflein, in welchem sie ihrem Bruder die unheimlichen Gerüchte meldete. Mittwoch früh um vier Uhr langte der Centgraf von Burghaun mit der Nachricht, daß Kapitel und Ritterschaft an demselben Tage eintreffen würden, in Hammelburg an. Balthasar schickte sofort seinen Stallmeister Balthasar Fuß gen Brückenau, um die Stärke und die Stunde zu erspähen, und erfuhr, daß sie wirklich über hundert Pferde stark seien und vor zwei Stunden nicht kämen. Da der Stallmeister meinte, der Fürstabt könne noch die Flucht ergreifen, erwiderte dieser lachend: „bist allzu närrisch, Alle, die kommen, haben mir ja gelobt und geschworen, es wird mir Keiner etwas zu Leide thun.“ Den beiden Edelleuten von Urf und von Schade, welche ihn vor Julius warnten, gab er zur Antwort, sie müßten böse Gedanken haben, wenn sie einem so frommen Bischofe mißtrauten. Als aber selbst sein Beichtvater, der P. Peter ihm hinwegzureiten rieth, befahl er zwar dem Stallmeister zu satteln, doch beschloß er in demselben Augenblicke wieder zu bleiben, indem er zum Pater sagte: Er sehe wohl, wie das Wetter zusammenziehe; wenn es sich nicht um einen Bischof handelte, so würde er nicht trauen; aber einem Bischofe wolle er nichts Uebles zutrauen, und sollte es ihm auch das Leben kosten. So blieb Balthasar, und die Geschichte, die in den Akten gemeiniglich „die Hammelburgische Handlung“ heißt und einigemal nicht mit Unrecht „die Hammelburgische Tragödie“ genannt wird, ging vor sich.

P. Peter war den Mittwoch vor corpus Domini Vormittags gerade beim Abte, als Einer vom Rathe in die Kellerei

kam und anfragte: Kapitel und Ritterschaft hielten vor dem Thore, die Kapitulare hätten ihnen, da sie Grundherrn seien, für den Fall der Verweigerung des Einlasses gedroht; ob man sie einlassen solle? Der Abt, welcher wohl sah, daß der Rath, wenn er es auch verweigerte, sie doch einlassen würde, stellte die Sache dem Gefallen des Raths anheim; nur sprach er den Wunsch aus, daß ein Theil der Pferde auf die Dörfer vertheilt werde, weil er des Besuchs des Bischofs Julius gewärtig sei. Kapitulare und Ritter zogen ein und kamen noch des Nachmittags in die Kellerei.

Zuerst hielten sie dem Abte ihre Klagepunkte vor. Das Kapitel hatte deren zwölf. Es fühlte sich darüber beschwert, daß die Stifts-Statuten nicht gehalten, in den Angelegenheiten des Stifts keiner aus ihrer Mitte zu Rathe gezogen, die Stiftsbeamten ohne ihren Consens angenommen, dagegen Alles den Jesuiten anvertraut werde; daß den Unterthanen der Kapitulare allzu starke Frohnen zugemuthet und dieselben ohne die Gerichtsinstanzen sogleich auf die fürstliche Kanzlei gezogen würden; daß die Bestimmungen der Vorfahrer des Abtes durch Neuerungen zum Nachtheile der Ritterschaft ohne ihr Vorwissen geändert, daß ihnen eine neue Obedienz und der Bau eines neuen Schlafhauses zugemuthet werde; daß sie vom Abte verächtlich behandelt würden; daß der Seelgeräther des Kapitels wegen der Verweigerung der Herausgabe der Register gefänglich eingezogen, ein Markstein ausgerissen und die Kündigung der Darlehen beschränkt worden sei. Die Ritterschaft beklagte sich über acht Punkte: die Religion werde geändert, die Jesuiten seien aufgenommen worden, sie selbst werde zum Landsassariat gezogen, mit allerlei Dingen ohne des Kapitels Vorwissen beschwert, Briefe und Siegel der früheren Aebte werden cassirt, Ritter und Reisige durch böse Menschen ihrer Dienste entsetzt, und ihre Hintersassen mit Frohnen und andern Diensten überladen.

Nachdem die Verschwornen diese Gravamina mit Erbitterung vorgebracht hatten, forderten sie schnelle Abhilfe,

drohten mit der Wahl eines Coadjutors, wiesen auf ihre Unterhandlungen mit dem Bischofe Julius betreffs der Kapitulation hin, welcher, wie sie hörten, in der Nähe weile und auf Ersuchen gewiß kommen werde. Da Balthasar Niemand hatte, der für ihn das Wort hätte führen können, so ertheilte er ihnen persönlich seinen Bescheid: Er wisse sich bei allen ihren Beschuldigungen nichts vorzuwerfen und wolle sehen, ob es rathsam sei, dem Stifte einen Coadjutor zu geben. Weil sie aber des Bischofs von Würzburg erwähnt hätten, so vertröste er sie auf den folgenden Tag, an dem derselbe kommen werde: dieser könne Mittler zwischen ihnen seyn.

Am Nachmittage des folgenden Tages, des Frohnleichnamsfestes, dessen beabsichtigte Feier durch diese Vorgänge verhindert wurde, ritt der Abt mit den Seinen dem Bischofe entgegen. Unterwegs noch ritt Hermann von Urf zu Balthasar heran und rieth, nach Regensburg auf den Reichstag zu reiten und den Bischof nach Hammelburg ziehen zu lassen. Allein auch jetzt noch wies er den Rath zurück mit den Worten: er versehe sich alles Guten zum Bischof, er wolle hören, was das Kapitel weiter vorzubringen habe. Als sich die beiden Prälaten, welche sich bisher noch nie gesehen hatten, begegneten und auf's freundlichste sich begrüßt hatten, begann der Abt die Unterhaltung mit dem Bischof: der Bischof werde wissen, daß er gestern Gäste bekommen habe, nämlich Kapitel und Ritterschaft. Der Bischof erwiderte: er habe davon nichts gewußt, sonst würde er nicht nach Hammelburg gekommen seyn. Der Abt aber sagte weiter: Kapitel und Ritterschaft hätten ihm gestern vorgebracht, daß sie mit dem Bischof wegen der Coadjutorie eine Kapitulation abgeschlossen hätten. Bei diesen Worten verstummte der Bischof und schwieg eine gute Weile. Endlich sprach er: er wisse nichts von einer Kapitulation, wolle auch eine solche Aeußerung dem Kapitel und der Ritterschaft verweisen; indessen hoffe er, daß seine Gegenwart dem Abte nicht schaden werde. Von da an schwand das Zutrauen Balthasars zu Julius.

So erwähnt P. Peter im Zeugenverhör ausdrücklich und erzählt bei dieser Gelegenheit: er habe vor dem Abendessen den Abt gewarnt, daß er klug handeln müsse, denn der Bischof sei ein weiser und verständiger Herr; Balthasar aber habe ihm mit Beziehung auf seine eben gemachte Wahrnehmung die geistreiche Antwort gegeben: „Weise seyn, sei wohl gut; er vermerke aber, daß der Bischof stamble in der Red.“ Die beiden Fürsten ritten an der Bürgerwehr beim Thore und an der Ritterschaft, die sich dem Bischof zu Ehren auf dem Markte aufgestellt hatte, neben einander vorüber in die Kellerei. Hier nahmen sie zusammen das Abendessen, nach welchem sich der Bischof in die Gemächer des Abtes begab, dieser aber mit einer einfachen Stube und seine Umgebung mit Bodenkammern sich begnügte. Das zahlreiche Gefolge des Bischofs, nach Manchen mehr als hundert Pferde, fand in der Stadt ein Unterkommen.

Freitag Morgens den 22. Juni nach dem Gottesdienste erschienen ohne vorhergegangene Anmeldung die Kapitulare, Ritter und Städtedeputirten mit ihren bewaffneten Dienern auf dem großen Saale der Kellerei, und forderten den Abt aus des Bischofs Gemach heraus in den Saal, während man sein Gesinde fern hielt. Auch der Bischof trat hinzu, da der Abt auf Heln's Anfrage dessen Gegenwart gewünscht hatte. Vor beiden Herrn wurden nun die Beschwerdeschriften durch Dr. Eisenmenger verlesen und daraus der Schluß gezogen, daß der Untergang des Stiftes und der Ritterschaft zu befürchten sei, wenn nicht das einzige Mittel der Coadjutorie ergriffen würde; zu dem Ende begehrten sie den gewünschten Consens, um dann nachher die Fassung der Kapitulation vorzunehmen. Nachdem Dr. Eisenmenger geendet hatte, bot Curt Till von Berlepsch im Namen der ganzen Ritterschaft dem Bischof von Würzburg das Amt eines Coadjutors, gleichwie es im J. 1517 bei dem von Kirchberg geschehen sei, an und bat, es anzunehmen. Dagegen erhob sich der Abt: Es würden ihm viele unerweisliche Dinge zugemessen, das

wolle er als ihre Obrigkeit hiemit ahnden; dabei forderte er Copie, damit er sich nach Recht vertheidigen könne. Die Ritterschaft entgegnete: Copie zu nehmen, hätte der Abt oftmals ihnen abgeschlagen; jetzt solle es auch ihm so geschehen — sie verlangten Resolution. Abt: Es stehe ihnen nicht zu, ihm etwas vorzuschreiben; es sei ein Unterschied zwischen ihrem Auftreten und der Weise, wie ein Fürst seinen Unterthanen gebiete; er verlange nochmals Copie. Ritterschaft: Sie wollten deßhalb erscheinen vor dem Reich, wie auch das Kapitel des Reverses halber. Abt: Er wäre nicht geständig, daß er nur in einem Stücke könnte überwiesen werden. Berlepsch: die Ritter seien nicht des Disputirens halber da, sondern wegen der Resolution. Der Abt beruft sich auf's Recht. Die Ritterschaft erwidert: sie hätten sich oft zu Recht erboten, wären aber nie zugelassen worden. Der Abt erinnert sie an ihre Pflicht; die Ritter werfen ihm vor, daß er sein Jurament nicht gehalten habe; wie er mit ihnen umgegangen sei, so wollten sie auch jetzt gegen ihn procediren. So ging es her mit Geschrei und Tumult; man drängte „hart" und versagte dem Abte seine Titel, so daß der zur Umgebung Balthasars gehörige Ritter Schade seine Vettern warnte, doch nicht zu thun, was sie heute oder morgen gereuen könne. Dieser Scene ein Ende zu machen, erklärte der Bischof Julius: Er habe zu seinem Leidwesen diese Mißverständnisse zwischen Abt, Kapitel und Ritterschaft wahrgenommen; wenn zur Hebung derselben Etwas von seiner Seite geschehen könne, so sei er dazu gern bereit.

Am Freitag blieb also die Angelegenheit unerledigt. Als Balthasar auf sein Zimmer zurückgekehrt war, bemerkte er dem P. Peter: „Ich bin nicht mehr Abt, denn sie wollen nichts mehr von mir wissen und hören. Einen Coadjutor wollen sie haben, wie bei dem von Kirchberg; das aber verdrießt mich, daß man mich mit Abt Hartmann, welcher übel gehaust habe, vergleicht." Balthasar befand sich in einer wahrhaft üblen Lage. Seine treuen Räthe waren weit weg: sein

Bruder, der Marschall Otto, und der Kanzler Winkelmann befanden sich auf dem Reichstage, seinen Rath Landau hatte er vor einigen Tagen nach Mainz entsendet, Licentiat Bogmann war auf der Kanzlei zu Fulda; von den jüngeren hatte Volpracht vierzehn Tage vorher seinen Abschied genommen und Klinghardt schien sich auf die Seite der Gegner zu neigen; von Urf und von Schade waren zwar wohlmeinende Männer, aber der Geschäfte nicht kundig, und P. Peter mußte sich schon seiner Ordensregel wegen fern halten. So stand er denn allein dem Drängen Helu's gegenüber, welcher privatim auf Resignation hinarbeitete.

In der Nacht von Freitag auf Samstag, Morgens in aller Frühe entstand plötzlich ein gewaltiger Tumult. Der würzburgische Marschall kam an die Thüre der Kellerei, und als er sie verschlossen fand und der Pförtner, dem die Schlüssel durch den fuldischen Silberbewahrer Schütz abgenommen worden waren, nicht öffnen konnte, stieg er mit Einigen zum Fenster hinein, welches man von innen geöffnet hatte. Man bemächtigte sich der Schlüssel, öffnete das große Thor, läutete Sturm mit dem Rathhausglöckchen, und an fünfhundert Bürger liefen mit ihrer besten Wehr zusammen. Zugleich wurden die Wachen verstärkt. Zehn Bürger standen an jedem Stadtthore, zwei oder drei Rotten mit Fackeln und Wehren, unter einem Rathsmitgliede als Wachtmeister, unten am Rathhause und an der Kellerei mit dem Befehle, keinen der Diener des Abtes herauszulassen. Schütz wurde in den Thurm an der Stadtmauer geworfen, die übrigen Diener in der Gesindestube entwaffnet und zu Gefangenen erklärt, die Stallknechte im Stall gefesselt und Alle durch Bürger mit ihrer Wehr bewacht. Selbst im Hofe standen Reiter, Junker wie Knechte unter dem Commando des Wolf Behm. Bis an das Gemach des Abtes stürmte Berlepsch heran, setzte Hellebardiere vor dasselbe, verlangte vom halbangekleideten Kämmerer von Berk die Schlüssel und Handespflicht, setzte ihm die Büchse auf die Brust und forschte nach dem Jesuiten.

Es war gegen fünf Uhr Morgens. P. Peter befand sich gerade im Zimmer des Abtes und betete mit ihm die Matutin. Als sie das Stürmen und Lärmen vernahmen und darüber in großen Schrecken geriethen, begab sich der Abt zum Bischof, der ihn zu kommen ersucht hatte, und P. Peter zog sich in seine Kammer zurück. Berlepsch, welcher den Pfarrer Göbel und Klinghardt schon in Verwahrsam gebracht hatte und bald diesem bald jenem die Büchse auf die Brust setzte, bald hier bald da von dem Pariser Blutbad redete, das man auch im Hochstifte habe anrichten wollen, suchte in seiner Furie nach dem P. Peter und fand ihn endlich auf seiner Kammer. Bloß mit dem Talare bekleidet, ohne Hut und Mantel, brachte ihn der Ritter auf die Straße, schrie den Haufen der Bürger zu: da bringe ich den Bösewicht, der uns vom Adel und euch Bürger in's Unglück stürzen will, und gab ihm, als der Pater dieß leugnete, unter dem Beifallsgeschrei der Menge einen Schlag auf den Mund, worauf ein Höcker mit einem Schlachtmesser drohend auf ihn losstürzte. Der Pater wurde auf einem Zimmer des Rathhauses gefangen gehalten und von sechs Bürgern deßhalb bewacht, weil man sonst, wie Berlepsch selbst äußerte, mit dem Abte nicht fertig werden zu können meinte. In der Kellerei und an den drei Stadtthoren wurde „scharf" gewacht. Niemand durfte ohne besondere Erlaubniß der Bürgermeister, welche man nebst dem Rathe verpflichtet hatte, passiren und ein Reitersknecht, der zu passiren versuchte, mußte unverrichteter Dinge in die Kellerei zurückkehren. Glücklicher war der treue Diener Otto's von Dernbach, der mit Aufträgen von Regensburg nach Hammelburg gekommen war. Dieser, ohnehin weniger beaufsichtigt, weil er nicht aus der Kellerei gekommen war, versah sich seines Vortheils und drang mit seinem Pferde durch den „vierfachigen Haspel", als eben die Viehheerde durchs Thor gelassen wurde, ein Bote der Rettung für Balthasar.

Den ganzen Samstag hindurch setzte man dem verlassenen Abte stark zu. Berlepsch drohte den beiden Getreuen Urf und

Schade, man wolle sie, wofern sie den Abt nicht bewegen würden, mit ihrem Herrn an einen Ort bringen, wo sie wohl williger werden würden. Als Schade ihm antwortete, der Abt sei sein Herr und habe ihm zu gebieten, nicht er ihm, wendete er sich an die Uebrigen: wenn Euer Herr nicht einwilligt, so wird es heißen: Friß Vogel oder stirb. Während Kapitel und Ritterschaft mit dem Abte in Unterhandlung standen und aus und ein gingen, ließ Berlepsch und ähnlich auch der würzburgische Ritter Hans Wilhelm von Heßberg die Drohworte hören: Wenn sie noch einmal wieder kommen und der Abt nicht willfährig werde, so wollten sie ihn in so viele Stücke zerhauen, als er Blutstropfen in den Adern hätte. Die Gemüther wurden immer erbitterter. Balthasar fand sich rathlos. In diesem Zustande brachte es Balthasar über sich, Julius an den Vorschlag der Union zu erinnern; aber dieser gab vor: gerne habe er Balthasar zum Nachfolger gewünscht, darum habe er es, obgleich sein Stift dreimal größer sei, bei seinem Kapitel durchgesetzt; jetzt könne er es nicht mehr dahin bringen.

So ward Balthasar denn Samstag Abends zur Kapitulation hingetrieben, in welcher er die Administration des Stifts Fulda an Julius abtrat, aber den fürstlichen Titel, einen Jahresgehalt von 9000 Gulden und die Propstei Petersberg mit dem Amte Reinau, zu dessen Sicherheit die Aemter Bieberstein und Mackenzell verpfändet wurden, von Julius und dem fuldischen Kapitel zugestanden erhielt.

Als der Vertrag dem Abte zugestellt wurde, änderte dieser mit eigener Hand das Wort Administrator in Coadjutor, fügte die Bedingung einer Bedenkzeit von vier Wochen hinzu, und ließ es so durch Klinghardt abschreiben und Sonntag Morgens zurückgeben. Da entstand eine neue „Murmelung". Wüthend eilten Berlepsch und Melchior Anark von der Thann zum P. Peter auf's Rathhaus. Berlepsch polterte heftig, setzte dem Pater die Büchse auf die Brust und schrie: Was der Abt den vorigen Tag ihrem erwählten Administrator ver-

sprochen, das wolle er jetzt nicht halten, weil der Vater dem Abte vom Rathhaus in die Kellerei hinüber gewinkt habe. Seine Praktiken solle er lassen, oder er werde ihn erschießen. Die Würzburgischen ließen zur Abreise rüsten, die Küchenwagen wurden bespannt, die Rosse gesattelt, das Gesinde ging in Stiefeln und Sporen hin und her, kurz man machte Miene, den Abt der erbitterten Ritterschaft zu überlassen. Schenk und Seinsheim gingen zum Bischof und Abte aus und ein, setzten dem letzteren stark zu und schalten ihn wankelmüthig. Endlich entgegnete Balthasar: Da man ihm das Concept vorgelegt, so habe er auch die Macht zu haben geglaubt, Etwas darin zu ändern; wenn dieses ihm aber nicht gestattet und er gebunden sei, so sollten sie es machen, wie sie wollten. Er unterschrieb und die Hammelburgische Handlung, eine Gewaltthat, wie sie Deutschland selten erlebt hat, war geschehen.

Noch am nämlichen Sonntage in der Frühe eilte der Propst Schott mit dem älteren Georg von Haun, Johann von Mörle und dem älteren Hans von Görtz zu Wagen mit einem kleinen Vortrab in's Schloß nach Fulda, wo er die Beamten noch am Mittagsimbiß traf. Der Stadtschultheiß von Katzmann wurde herausgerufen und der Propst übergab ihm ein versiegeltes Schreiben von Dechant und Kapitel, welches der treue Mann mit Zittern las. Gegen den Wunsch des Schultheißen, die Schlüssel der Stadt bis zur Ankunft des Abtes zu behalten, ließ Schott dieselben aus dessen Hause holen, und da er die Stadt noch wohl bewacht fand, besetzte er nur noch das Schloß mit ungefähr vierzig Schützen aus der Bürgerschaft, die theils vor dem Fürstengemach, theils vor der Küchenmeisterei und vor der Kanzlei, theils vor dem „Thorlein“ am Schnecken im Garten, einer Treppe, die in des Abts Gemach hinaufführte, postirt wurden. In Hammelburg wurde unterdessen noch an demselben Sonntag die Bürgerschaft zusammenberufen, um im Beiseyn beider Herrn und des Dechants und Kapitels zuerst ihrer Eide und Pflichten,

mit denen sie dem Abte verbunden waren, erledigt und dann dem Bischofe zugewiesen zu werden. Das Landvolk des Amtes Saaleck huldigte in der Kellerei.

Erst am Montag, als Alles bereits im Hofe der Kellerei zu Pferde saß, kam P. Peter aus seiner Haft vom Rathhause herunter zum Abte, verneigte sich und beklagte unter Thränen des Mitleids das Unglück desselben. Balthasar erwiderte ihm: „Weinet nicht, Pater! denn oft habe ich den lieben Gott um eine Prüfung gebeten, zwar nicht um eine größere, als ich zu tragen im Stande wäre, doch um eine so große, daß ich sagen könne, wie viel ich zur Ehre Gottes und der Kirche zu tragen vermöge.“ Der Abt befahl einem Reiterjungen, vom Pferde zu steigen. Der Pater stieg auf und der Zug bewegte sich fort nach Brückenau. Für eine sichere Ordnung hatte der Würzburgische Marschall gesorgt. Hinter beiden Fürsten ritt der Dechant und das Kapitel von Fulda. Darauf von Schade, von Urf und ein Dritter in einem Glied. Nach diesen die Uebrigen und zuletzt das Gesinde des Abts, wie gefangene Leute. Zudem ließ man die Ordnung nicht ändern und hielt scharfe Aufsicht. Als der Kammerjunge des Abtes auf dem Wege sich seinem Herrn nähern wollte, seiner zu warten, ritt Berlepsch aus der Ordnung und wies ihn zurück. Selbst zu Brückenau, von wo P. Peter nach Trier reisen wollte, mußte der Knecht, den ihm der Abt nebst einem Pferde gegeben hatte, zuvor von Berlepsch die Erlaubniß holen, da sie sich in dessen Haft befänden. Die Fürsten speisten dann zusammen und brachten die Nacht dort zu, Julius im Gasthofe und Balthasar im Schlosse.

Den folgenden Tag ging es nach Fulda. Als Balthasar daselbst zwischen den Schützen hindurch die Treppe des Schlosses hinanstieg, stieß er vor dem Gemache auf den Propst Schott, welchen er stets vor allen ausgezeichnet hatte, und voll Schmerz über dessen Untreue redete er ihn an: „O Propst! ich hätte mich dessen nicht zu euch versehen! Obgleich

ich euch alle Heimlichkeiten anvertraute, so seid ihr derjenige, welcher mich verkauft." Da ihm der Propst entgegnete: Gnädiger Herr! was geschieht, das ist zu eurem Besten! trat Balthasar mit kaum verhaltenem Unwillen über solche Aeußerung in sein Gemach. Die Wachen ringsum gewahrend beschwerte er sich durch den Grafen von Görtz bei dem Bischof. Der Bischof ließ erklären, er wolle bei der Ritterschaft dafür sorgen, daß, sobald die Huldignng in Fulda stattgefunden habe, diese und andere Incommoditäten aufhörten.

Mittwoch am 27. Juni begaben sich Bischof und Abt nebst dem Kapitel in die Stiftskirche, um die Wahl und Installation des Administrators in kanonischer Form zu vollziehen. An demselben Tage wurde die ganze Bürgerschaft zur Huldigung vor das Schloß an den Ringel gefordert. Ihr wurde vor beiden Herrn, den Kapitularen und einigen Rittern verlesen, daß der Abt zum Besten des Stiftes dem Bischof die Administration desselben übergeben habe, und daß sie nun diesen fürderhin als ihren rechten Herrn anerkennen sollten. Die Bürgermeister untersuchten des Abtes Siegel und Unterschrift, und als sie dieselben als ächt erkannt hatten, huldigten alle vom ersten Bürgermeister bis zum letzten Bürger dem Bischof. Dieser gab ihnen, wie Brauch, den versiegelten Revers und stellte ihnen die Schlüssel der Stadtthore zu, ihm die Stadt auch fernerhin wohl zu verwahren. Darauf wurden auch Ritter und Lehenleute zur Huldigung zugelassen. In den andern Städten und Aemtern des Stiftes wurde das Volk durch Bevollmächtigte ledig gezählt. Den Nachbarfürsten wurde das Geschehene brieflich mitgetheilt.

Nachdem so die Hauptsache geordnet war, ging es an die Theilung der fahrenden Habe. Balthasar wollte dabei anfänglich mit dem Kapitel nichts zu schaffen haben, mußte aber, durch die Umstände dazu genöthigt, dessen Theilnahme zulassen. In Gegenwart der beiden Prälaten setzte Propst Schott den dritten Theil des herbeigetragenen Silbergeschirrs

für den Fürstabt auf einen Tisch, und schritt darauf, als der Abt nach Entfernung des Bischofs die Geldkasten hatte aufschließen lassen, zur Theilung der Baarschaft. In Beiseyn des Propstes Schott, sowie der Edelleute Urf und Klaur ließ der Dechant Windhausen die große Wage des Silberbeschließers holen und füllte die Schale derselben mit Geld, grob und klein, wie es kam, um gleichfalls den dritten Theil in den für den Abt bestimmten Korb zu werfen. Einen Beutel mit Portugalesern zu sechszehn Thalern nahmen Windhausen und Schott für sich, Schad und Rau; Hermann von Urf warf den ihm eingehändigten Theil zu dem des Abtes mit den Worten: er wolle nichts von dem Blutgelde! Zuletzt ließ man den Abt fragen, ob noch eine Kasse da sei. Als der Diener es bejahte, mußte er sie den beiden vom Kapitel zeigen. Der Propst Schott folgte dem Diener in das Gemach. Als er dort den Abt Brevier beten sah, entschlüpften ihm die Worte: „es wäre ihrer fürstlichen Gnaden nichts nütze, sondern nur ein Buch in der Hand.“ Auch dieses Geld wurde getheilt.

IX.

Spanische Briefe.

I. Unser Interesse an Spanien.

Das Interesse, welches deutsche Leser für Spanien, für Land und Leute auf der pyrenäischen Halbinsel haben, ist lebendig und unläugbar. Nicht Italien und Frankreich, nicht England oder die nördlichen und östlichen Länder üben auf die Phantasie der Deutschen einen so mächtigen, und doch räthselhaften Eindruck als Spanien. Aber nicht bloß in Deutschland, in dem protestantischen ebenso wie in dem katholischen, herrscht ein gewisses Interesse, eine herzliche Theilnahme für die Spanier, nicht weniger in Frankreich und in England. Die Spanier legen einen sehr hohen Werth auf die öffentliche Meinung des Auslandes über sie, aber sie selbst neigen sich zu der Ansicht hin, daß das Ausland in seinem Urtheile über sie ihnen nicht die gebührende Gerechtigkeit widerfahren lasse. Nicht wenige von den eigentlichen Spaniern, welche das Glück und die Größe ihrer Nation in dem engsten Anschlusse an ihre eigene Vergangenheit und geschichtliche Entwicklung finden, geben der irrigen Ansicht Raum, als seien die Spanier im Auslande nicht gewürdigt und anerkannt, als herrsche selbst eine gewisse Eifersucht auf ihre

glänzende Vergangenheit. Es fällt ihnen gar nicht schwer, die Ausländer die ewigen Feinde von Spanien zu nennen.

Diese Meinung kann zum Theil ihren Grund in den französischen Ein- und Uebergriffen haben, darin daß die Spanier das übergreifende und herrschsüchtige Frankreich von dem wahren und hochherzigen Frankreich nicht zu unterscheiden wissen, sowie darin, daß in ihrer Vorstellung Ausländer und Franzosen zusammenfallen.

Das Interesse, welches die Deutschen an Spanien haben, wird wohl auch durch die große Anzahl von Schriften bewiesen, die in deutscher Sprache über Spanien fortwährend erscheinen. Es besteht in Deutschland eine stattliche Bibliothek von spanischen Reisebeschreibungen, zu welcher wohl die Herrn Moriz Willkomm, Julius von Minutoli, Franz Lorinser, Alexander Ziegler u. s. w. die stärksten Beiträge geliefert haben. Weitaus die Mehrzahl der deutschen Schriftsteller über Spanien sind Protestanten, und wenn sie auch sehr Vieles an den Zuständen in Spanien auszusetzen wissen, so zeigen sie doch ein unläugbares Interesse für das Land und Volk. Es ist eine eigenthümliche Erscheinung, daß gerade das Buch, welches am wenigsten von Spanien handelt, in Deutschland, im nördlichen nicht weniger als im südlichen, die meisten Leser gefunden hat. Sollte vielleicht dieß ein Fingerzeig seyn, daß die Deutschen von Natur aus dieselbe ideale Anschauung von Spanien haben und sie wieder zu finden wünschen, wie sie sich in dem „Spanischen" des Herrn Alban Stolz kundgibt?

Wir müssen aber Stolz vollkommen beistimmen, daß es nicht nothwendig sei, zu den vorhandenen Beschreibungen der Sehens- und Merkwürdigkeiten von Spanien noch eine weitere beizufügen. Was schon oft beschrieben worden ist, das soll man nicht immer auf das Neue beschreiben wollen. Ueber Barcelona und den Monserrat, über den Escurial und Madrid, über Toledo und Aranjuez, über Valencia und Murcia, vor Allem über Granada und seine Alhambra, über Sevilla,

seine Kathedrale und seinen Alcazar, über die Kathedrale von Cordova mit ihrem Säulenwald und Orangenhain haben wir so viel gelesen, daß wir gesättigt sind. In allen Reisebeschreibungen herrscht Andalusien vor; aber hinter den übertreibenden Darstellungen bleibt die Wirklichkeit zurück. Auch die Geschichte der Mauren in dem Lande jenseits der Sierra Morena erscheint den Deutschen viel großartiger und lieblicher, als sie in der Wirklichkeit war. Die zahlreichen Halbmondsüchtigen blicken sehnsuchtsvoll nach dem alten von ihnen idealisirten Königreiche Granada zurück; sie beachten nicht, daß was wirklich gut und anziehend ist in der Geschichte dieser Staaten, nicht aus dem Grunde des Muhamedanismus, der in Afrika und Asien nichts Aehnliches gegründet hat, sondern zum größten Theile aus dem Grunde des spanischen Volkes emporgewachsen ist, welches in den Dienst der Mauren gezogen wurde.

Aber die wahre und lebendige Theilnahme, welche namentlich die deutschen Katholiken stets für Spanien hegten, so daß wir von den Leiden und Mißgeschicken dieses Volkes tief und innig berührt werden, muß doch eine tiefere Grundlage haben. Es kann nicht Zufall, Angewöhnung oder Ueberlieferung seyn, was sich überall und zu aller Zeit findet. Es ist wahr, daß die habsburgische Dynastie gegen zwei Jahrhunderte die spanische Krone und die sorgenschwere Krone des weiland „heiligen römischen Reichs deutscher Nation" getragen, und daß damals ein lebendigerer und vielseitigerer Wechselverkehr zwischen Deutschland und Spanien herrschte. Es ist wahr, daß die Erinnerungen an die habsburgische Dynastie in Spanien noch nicht erloschen sind, und daß namentlich Karl V. in Spanien den Beinamen des Großen, ja des Größten trägt. Aber von dem Aussterben der habsburgischen Dynastie, von dem traurigen spanischen Erbfolgekriege an bis heute hat sich diese Theilnahme der Deutschen für Spanien gleichmäßig erhalten; es ist nicht eine Theilnahme an der regierenden Dynastie, sondern an dem spanischen Volke, welche wir fühlen.

Wir suchen oder wir finden in dem Wesen des spanischen Volkes gewisse geistige Eigenschaften, die uns dasselbe achtungs- und liebenswürdig erscheinen lassen.

In unsrer Anschauung ist der Spanier als solcher ein geborner Edelmann, in dem edlen und wahren Sinne des Wortes. Uns zieht an und imponirt der edle Nationalstolz, der jedem Spanier wie angeboren ist, und der an unserm Volke in bedenklicher Weise vermißt wird; wir halten die Spanier für treu und hochherzig, für edelmüthig und ritterlich. Wir sehen in den Spaniern natürliche Bundesgenossen gegen das voltairische, gegen das demokratische und imperialistische Frankreich. Vorzugsweise aber halten wir die Spanier für eine im Ganzen gläubige und katholische Nation, und wir sind nicht abgeneigt, ihnen hierin in dem Vergleiche mit andern Völkern den Vorrang der Katholizität zu geben. All dieses sind achtungswerthe und vortreffliche Eigenschaften, an sich und in unsern Augen, von denen wir wünschen, daß sie den Spaniern in dem Umfange und in der Intensität zukommen, wie wir es anzunehmen und vorauszusetzen gerne bereit sind. Ueber Zunahme oder Abnahme dieser Eigenschaften bei den heutigen Spaniern werden die Ansichten weit auseinander gehen. Die geistigen Licht- und Schattenseiten, Tugenden und Fehler der Einzelnen und der Völker sind imponderable, unsichtbare und unwägbare Größen, über deren Seyn und Nichtseyn, über deren Bedeutung sich das Urtheil zum großen Theile nach der geistigen Beschaffenheit der Urtheilenden richten muß. Gerade, was wir an einem Spanier lobenswerth finden, die treue Anhänglichkeit an seinen Glauben, ist in den Augen der Herren Borrow und Shaftesbury, in den Augen der Engländer, die aus den apostasirten Spaniern Matamoros und Consorten Glaubenshelden gestempelt haben, und in den Augen ihrer gutmüthigen deutschen Nachbeter, die hinter den Engländern für Madiai und für Matamoros herschwärmten, eine üble Eigenschaft, von welcher sie die spanische Nation befreien und heilen möchten.

Die herzliche und unwandelbare Theilnahme, welche wir unläugbar für Spanien empfinden, mögen unsere Anschauungen über die jetzige Lage der Dinge noch so verschieden seyn, hat noch einen andern und tiefern Grund, der mit dem erwähnten zwar verwandt ist, aber doch nicht mit ihm zusammenfällt. Spanien hat nicht bloß eine interessante und frappante, eine wechsel- und wandelreiche Geschichte, es hat eine glänzende, eine ruhmreiche Vergangenheit. Seine Geschichte ist ein Vorzug, den ihm Niemand streitig machen kann. Dieses Volk ist, seitdem es nach dem Zerfallen des römischen Weltreichs sich als eine besondere Nation und als ein eignes Reich constituirt hat, niemals aus seinen Grenzen als ein eroberndes Volk herausgetreten. Wo es aber, wie in Afrika, in Amerika und in Australasien, Länder in Besitz genommen, dahin hat es das Christenthum und mit ihm die wahre Cultur getragen.

Es ist eines der großen Räthsel der Weltgeschichte, an dessen Lösung sich bis jetzt die besten geistigen Kräfte vergebens versucht haben, wie in einer einzigen Schlacht, und gegenüber einem sechsfach schwächern Feind ein von Natur aus kriegerisches und unbezwingbares Volk auf acht Jahrhunderte in die Gewalt einer Handvoll Fremder fallen konnte, wie es möglich war, daß, was in acht Tagen verloren ging, nur im Laufe von acht Jahrhunderten zurückerobert werden konnte (711 — 1492 n. Chr.). Aber gerade aus dieser furchtbaren Niederlage, deren letzter und tiefster Grund vielleicht in einem gnadenvollen Rathschlusse Gottes mit dem spanischen Volke liegt, ist die Größe und die Herrlichkeit der Geschichte dieses Volks erwachsen, ja ist das spanische Volk selbst in seiner reinen und ungetrübten Gestalt erwachsen. Hinausgedrängt bis an den Rand des nördlichen Weltmeeres, gezwungen in Höhlen sich zu verbergen, drangen die besiegten Spanier von Schritt zu Schritt, von Thal zu Thal, von Gebirg zu Gebirg als Sieger voran, die ruhmgekrönten Eroberer ihres eigenen Landes. Hunderttausende gaben um

diesen Preis freudig ihr Leben; das verlorene Spanien wurde mit dem Blute des eignen Volkes zurückerobert.

Das ganze christliche Europa war in die Theilnahme an diesen Heldenkämpfen hineingezogen, und feierte die wichtigsten Siege des christlichen Spaniens über seine Feinde mit. „Der Todestag Gregor's VII. war der 25. Mai des Jahres der Gnade 1085, und merkwürdiger Weise derselbe Tag, an welchem die Gothen in die Mauern Toledo's einzogen und das Kreuz wieder auf den Thoren der alten Landeshauptstadt aufpflanzten. Während am Tajo die Lobgesänge der befreiten Spanier erschallten, schwang sich zu Salerno die von den Leibesbanden gelöste Seele des Gerechten zum Urlichte empor, aus dem sie stammte*). „Unsern von jenem Baylen, wo beinahe volle sechs Jahrhunderte später eine andere Waffenthat der Spanier den Eroberer unserer Tage gelehrt hatte, daß an keines Feldherrn Fahne der Sieg unzertrennlich gekettet sei, erschallte um Mitternacht durch die Gezelte der Heroldsruf: Auf zum Streite des Herrn" **) (16. Juli 1212 Schlacht bei las Navas de Tolosa). Nach dem entscheidenden Siege, der die Herrschaft der Mauren für alle Zeit in Spanien brach, sangen die Christen auf dem Schlachtfeld den Lobgesang: „Herr Gott, wir loben Dich, Dich, Herr, bekennen wir."* Ein süßer Strom der Freude wallte auf die Kunde dieses großen Sieges durch das Herz der ganzen Christenheit, und erfüllte vor allen das Herz des großen Papstes Innozenz III.

Auf's neue wallte die Freude auf im Herzen der Christenheit, als die katholischen Könige Ferdinand und Isabella am 3. (6.) Januar 1492 als Sieger in Granada einzogen, und „der letzte Maure seinen letzten Seufzer" in Spanien aushathmete. Denn damals war das ungenähte Kleid des Herrn, die Einheit der Kirche, noch nicht aufgelöst. Die Theilnahme, welche von jetzt an die spanische Geschichte im Mutterlande nicht mehr in gleichem Maaße auf sich zieht,

*) Gfrörer, Gregor VII. und sein Zeitalter VII, 938.

**) Hurter, Geschichte Papst Innocenz III. II, 493.

wendet sich nun den Thaten, den Verdiensten der Spanier um die Colonieen zu. Hier ist ein Feld für die unpartheiische Geschichte, das bis jetzt nicht bebaut worden ist. Man hat nur von Columbus und Fernando Cortez, nur von dem edlen Las Casas auf der einen, von den Pizzarro's und Almagros auf der andern Seite geredet und gehandelt, und den allgemeinen aber ganz unbegründeten Spruch wie einen Glaubenssatz angenommen, daß die Spanier kein Geschick zum Colonisiren haben, und daß die von ihnen colonisirten Länder in den Händen der angelsächsischen oder germanischen Race zu einer ganz andern Entwicklung und Blüthe gelangt wären. So urtheilt man, weil die Verdienste der Spanier um ihre Colonieen theils ignorirt werden, theils unbekannt sind. Jene sittliche Kraft, jener Heldengeist, den die Spanier in langem Kampfe gegen die Mauren sich erworben hatten, trat nun in den Dienst der Colonieen, und offenbarte sich nach den tapfern Thaten des Krieges in dem Werke der Christianisirung und Cultivirung dieser gewonnenen Länder.

In neuem Glanze erscheint wiederum die Geschichte Spaniens, zu neuer Größe erhebt sich das spanische Volk, als es, das ganze Volk in allen Ständen und Klassen — zuerst unter den Völkern des Continents — in Waffen und in heiligem Zorne sich erhob zum Kampf auf Leben und Tod gegen den hoffärtigen Zwingherrn, der die christlichen Völker in Bande schlagen, und ihnen seinen Willen als ein göttliches Gesetz auflegen wollte. Als er ihnen seinen Bruder Joseph als König übersandte, geschah was schwerlich in einem andern Lande geschehen wäre, daß 2000 Hofbedienstete an einem Tage aus seinem Dienste gingen, trotz der hohen Gehalte die er ihnen gab, weil sie es vorzogen zu hungern und zu betteln, als aus der Hand des Fremden das Gnadenbrod zu essen, der seinem Bruder schrieb: „Ich beklage mich nicht, aber meine Lage ist einzig in der Geschichte, denn ich habe hier keinen einzigen Anhänger" *).

*) Mémoires et correspondance politique et militaire du roi Joseph. Par. 1853—54, t. IV.

All' dieß ist zwar nicht in seinen Einzelnheiten, aber doch in seinen allgemeinen Umrissen in unserer Erinnerung, und es flößt uns ein lebendiges Interesse ein für das spanische Volk, in dessen ruhmreicher Geschichte sich das göttliche Walten und das menschliche Wirken so wunderbar zu einem Ganzen vereinigen.

X.

Politische Gedanken vom Oberrhein.

Der heutige Liberalismus zunächst im südwestlichen Deutschland.

Vor vierzig Jahren hatten die Wörter „liberal“ und „freisinnig“ noch die gleiche Bedeutung; aber seitdem ist es anders, der eine Begriff ist der Gegensatz des anderen geworden. Der heutige Liberale ist nicht freisinnig und der Freisinnige ist nicht liberal.

Die nachfolgenden Betrachtungen sollen andeuten, wie aus den gesunden freisinnigen Ideen das System des heutigen Liberalismus und wie aus den glücklichen Erfolgen eines ursprünglich ehrenhaften Strebens die liberale Partei sich entwickelt hat — die Partei welcher vielleicht geraume Zeit noch die Gegenwart, aber welcher gewiß nicht die Zukunft gehört.

Eine gründliche und wahre Geschichte des Liberalismus wäre eine Arbeit so verdienstlich als schwer, die nachfolgenden Betrachtungen jedoch machen von fern nicht den Anspruch, daß sie auch nur einen Abriß solcher Geschichte darstellen. Sie wollen nur die Perioden dieser politischen und kultur-

historischen Entwicklung, sie wollen deren System und Charakter bezeichnen und das oft langsame, oft rasche Fortschreiten bis zu dem heutigen Stand der Dinge. Wir wollen nur den Gang, die Richtung und das Ziel der Entwickelung in seinen allgemeinen Umrissen betrachten; wir haben deßhalb nichts zu thun mit Personen und nur selten werden wir Namen nennen.

Frankreich hat den Liberalismus nicht geboren, aber es hat ihn großgezogen; er ist dort geworden was er jetzt ist, von dort ist er in die Nachbarländer gedrungen und deßhalb mußten wir dessen Eigenschaften und Charakter in den größeren Verhältnissen seiner Heimath zu erkennen suchen. Was der Liberalismus über die Grenze von Frankreich brachte, das erschien in manchfachen Gestaltungen zuerst in der Schweiz. Was aber in Deutschland geschehen sollte, das geschah immer zuerst in dem Großherzogthum Baden und von dort rückte es vor in die anderen Lande des südwestlichen Deutschland.

Damit dürften der Gang der nachfolgenden Betrachtungen und deren Eigenthümlichkeiten gerechtfertiget seyn.

Geschrieben im Juni 1865.

I. Der Liberalismus vor der Revolution des Jahres 1830.

Nach den sogenannten Befreiungskriegen, wurde in allen Staaten des Festlandes der innere Druck nicht gemildert und in vielen vielleicht noch verstärkt. In Frankreich mußte die zurückgekehrte Dynastie der Bourbonen ein strenges Regiment führen und in Deutschland behagte es den Regierungen, daß sie die unbeschränkte Staatsallmacht nun selbstständig ausüben konnten ohne die Eingriffe des französischen Imperators. Die Staaten des Festlandes waren eigentliche und ächte Polizeistaaten; aber in diesen war nicht klein die Zahl derjenigen, welche die innere Freiheit erstrebten und deren Be-

dingungen verstunden. Die freisinnigen Männer nannte man liberal, ihre Ideen hießen liberale Ideen und beide waren bei den Machthabern nicht eben beliebt.

In Frankreich hatten die Schreckenszeit und die Jahre der soldatischen Zwingherrschaft nicht die Erinnerung an das Jahr 1789 und nicht dessen politische Ideen vertilgt; diese hatten sich vielmehr nach dem Sturz des Imperators wieder mächtig erhoben. Den Männern dieser Erinnerungen und dieser Ideen stunden jene entgegen, welche, beiden Feind, das absolute Königthum mit dessen zertrümmerten Einrichtungen wieder herstellen und die verhaßten Vorrechte in die neue Gesellschaft wieder einführen wollten. So bildeten sich in Frankreich sogleich zwei große Parteien. Die Männer des alten Regimes, die Eidevant oder Royalisten oder Ultras stützten sich auf die Ueberlieferungen des alten Königthums und seines Adels; die Liberalen beriefen sich auf die Vernunft und auf die Errungenschaften blutiger Jahre. Jene hatten für sich die königliche Macht, diese die Mehrheit der Nation.

In Deutschland waren die liberalen Ideen noch nicht in die Masse des Volks gedrungen; die Anbetung der unbeschränkten Fürstenmacht war fast noch ein Glaubensartikel und die bureaukratische Staatsallmacht erschien der Masse der Völker noch als eine Naturnothwendigkeit oder als eine unantastbare höhere Fügung. Die freisinnigen Männer stunden vereinzelt; sie hatten in dem Volk keine Stütze und sie besaßen noch geringe Mittel um ihre Lehre zur Geltung zu bringen. Eine freie Presse war jener Zeit ein Unding; eine Selbstständigkeit der Gemeinden war ein strafbarer Gedanke; das Recht zu Vereinen oder Versammlungen war eine fabelhafte, verbrecherische Schwindelei; eine nationale Idee war Hochverrath und die Freiheit der Kirchen war Verbrechen oder lächerlicher Unsinn. In blindem Vertrauen auf die, von Gott gesetzte, Obrigkeit sollten die Unterthanen gehorchen; sie sollten sich keiner Einrede in die Führung der öffentlichen Angelegenheiten vermessen. Für die innere Freiheit war keine

Bedingung gegeben und wo die Spur einer solchen erschien, da war sie der Verfolgung gewiß.

Mit der Charte hatte die Restauration dem Sinn der Franzosen ein Zugeständniß gemacht. In den ersten Sitzungen der Kammern befanden sich die Ultras in überwiegender Mehrzahl, aber die Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten war gesetzlich und thatsächlich geworden und der liberalen Partei war das Feld des Kampfes geöffnet. Die Charte erklärte die Freiheit der Presse, und wenn sie auch manche lästige Beschränkung dieser Freiheit feststellte, so war immerhin den liberalen Ideen das wirksamste Mittel zu ihrer Verbreitung gegeben. Die Verhandlungen der französischen Kammern und die französische Presse haben die liberalen Ideen nach Deutschland und zuerst in dessen südwestliche Lande geworfen. Der beste Theil der Völker hat sie aufgefaßt und bald stunden die Regierungen der Meinung und den Forderungen einer Masse gegenüber, welche sie nicht mehr mißachten durften. Verschiedene Umstände — wir wollen sie nicht bezeichnen — veranlaßten die Fürsten, jenen Ideen und jenen Wünschen Rechnung zu tragen; sie gestatteten ihren Völkern eine Theilnahme an den Angelegenheiten des Staates, aber sie gingen nicht auf die alten germanischen Einrichtungen zurück — sie gaben Verfassungen nach dem Muster der französischen Charte.

Die französischen Liberalen hatten schon die Mehrheit in der Kammer, als die deutschen Verfassungen in Vollzug traten. In den deutschen Kammern stunden den Liberalen die Servilen, d. h. diejenigen Männer entgegen, welche das Heil des Staates in der größten Ausdehnung der Fürstengewalt und der bureaukratischen Staatsallmacht suchten oder, besser noch, welche außer der Meinung der Regierung keiner anderen eine Geltung zuerkannten. Natürlicherweise gestaltete sich Alles sehr kleinlicht in den Verhandlungen der deutschen Kammern. Die Liberalen mühten sich ab mit der Prüfung des Haushaltes und sie glaubten Siege errungen

zu haben, wenn es ihnen gelungen war, irgend einen Budgetsatz um eine kleine Summe zu vermindern. Allerdings knüpfte sich gar Vieles an die Bewilligung der Steuern; denn wenn man über eine Forderung verhandelte, so besprach man auch den Gegenstand derselben und mit diesem das Verfahren der Verwaltung. Wenn die deutschen Kammern Entwürfe für Gesetze beriethen, so gelang es den Liberalen manchmal, eine Bestimmung, welche ihren Ideen nicht paßte, zu streichen und sie durch eine andere zu ersetzen. Dieser Gang der Dinge entsprach den gegebenen Verhältnissen und er mußte, wenn auch langsam, zu Ergebnissen führen, denn die Freiheit besteht am Ende aus Freiheiten. Das Volk wurde daran gewöhnt, daß man öffentliche Dinge auch öffentlich bespreche; die Ideen verbreiteten sich durch ihre Folgerungen und die Träger dieser Ideen traten allmählig in äußere Verbindung.

In den französischen Kammern verfochten die Liberalen ihre politischen Ideen in den großen Verhältnissen der Nation, und wie sie das allgemeine Interesse erregten, so gewann die Partei tagtäglich mehr Boden in dem eigenen und tagtäglich größern Anhang in jedem anderen europäischen Lande. Die Liberalen in den süddeutschen Kammern waren weniger begünstiget. In den kleinen Verhältnissen ihrer Staaten mußten sie sich fast immer mit Einzelheiten der Verwaltung befassen, aber gerade darin lag das Geheimniß ihrer Wirksamkeit. Es war schwer, wo nicht unmöglich, ein großes Princip zur Geltung zu bringen, aber vergleichungsweise war es leicht, gewisse unscheinbare Forderungen durchzusetzen; waren aber solche thatsächlich errungen, so war das Princip anerkannt und man konnte der weitern Folgen sich nicht mehr erwehren. Darum haben in allen constitutionellen Ländern die geistreichsten Männer sich so oft und so hartnäckig um Kleinigkeiten gezankt und gerade diese unerquicklichen Zänkereien haben den deutschen Liberalen ihre Erfolge und mit diesen ihre Bedeutung erworben. Hatten sie bisher auch nicht

zende parlamentarische Kämpfe für große Interessen geführt, so wurden ihre Stimmen doch in weiter Ferne gehört und die besten Männer vieler Länder sahen in den süddeutschen Kammern die Vertreter ihrer Ideen, die sie nicht zur Geltung bringen, ja nicht einmal aussprechen durften. Die constitutionellen Staaten in Süddeutschland hatten sich somit einen großen Kreis ihrer Wirkung gewonnen.

Es lag in der Natur der Dinge, daß in Frankreich die liberalen Ideen in erster Reihe von jenen verfochten wurden, welche durch jene Ideen nicht verloren, sondern viel gewonnen hatten. Die französische Charte, und mehr noch das Wahlgesetz vom 26. März 1820 hatte die politische Thätigkeit vorzüglich dem Besitz zugewendet. Der feste sowohl als der bewegliche Reichthum war in seiner großen Masse nicht mehr in den Händen des Adels und der Kirche; der Boden war nicht mehr Eigenthum der Körperschaften, denn solche bestunden nicht mehr. Der größte Theil des Reichthums gehörte in kleineren oder in größeren Antheilen den Einzelnen des dritten Standes und der neuen Aristokratie, welche durch die Revolution geworden war. So war es natürlich, daß die Vertretung vorzüglich diesem dritten Stand zugefallen, und daß dieser in dem Kampf für die liberale Idee den Kämpen des alten Königthumes und der alten Vorrechte weit überlegen war.

Die Franzosen wurden nicht mehr von dem Glanz ihres Waffenruhmes berauscht und geblendet; die nationale Eitelkeit wendete sich zu den parlamentarischen Kämpfen; sie gefielen sich in diesen nicht nur eine innere nationale Bewegung, sondern den großen Kampf für die Freiheit des Festlandes von Europa zu sehen und eine Bewegung der Civilisation, an deren Spitze immer noch die „große Nation“ allen andern entschieden rüstig voranging.

Daß das rücksichtslose Fortschreiten der Liberalen gegründete Besorgnisse für den Bestand des Königthumes erregen mußte — das sieht man heut zu Tage besser ein, als

man es vor einem Menschenalter erkannte. Eine hemmende Gewalt war geboten, aber die Ultras konnten eine solche nicht ausüben; denn sie wußten nicht die Empfindungen des Volkes zu schonen und ihr oft grundsatzloses Verfahren erregte Erbitterung selbst bei gemäßigten Männern. Man konnte wohl manchmal den Pöbel zu gewaltsamen Kundgebungen gegen die Liberalen aufhetzen; man konnte vorübergehend der Ultrapartei eine Majorität in der Kammer verschaffen; man konnte den milden und einsichtsvollen König Ludwig XVIII. zu unklugen und gewaltsamen Maßregeln treiben; aber man konnte die Bewegung nicht hemmen, weil man sie nicht zu leiten verstand. Wir sehen in dieser Zeit die bewaffnete Einmischung in Spanien, welche Frankreich die Summe von 208 Millionen Franken gekostet; wir sehen die frivolen Preßprocesse, welche die Gerichte fast immer zu Gunsten der Angeklagten entschieden; wir finden die notorischen Bestechungen und den Hohn, welcher nach jeder Gewaltmaßregel auf die freisinnigen Männer geworfen wurde, und wir treffen auf das Censurgesetz, welches am 16. August 1824, also nur einen Monat vor dem Tode des Königs erlassen worden ist. War die Entrüstung der Franzosen auch nur eine vorübergehende Aufregung, so hatten diese Maßnahmen doch eine Wirkung von nachhaltiger Dauer; denn sie trieben die Liberalen zur engern Vereinigung und zu bestimmten Entschlüssen.

Die Thronbesteigung Carls X. wurde mit großen Hoffnungen begrüßt. Die ersten Regierungshandlungen des Königs beruhigten die aufgeregte Nation, aber der Stand der Dinge wurde darum nicht besser; denn einerseits sahen die Royalisten und andererseits glaubten die Liberalen das constitutionelle Wesen und alle ihre Errungenschaften bedroht. Die Liberalen stunden festorganisirt ihren Gegnern gegenüber, und diesen fehlte das Verständniß der Zeit und der Lage, und es fehlte ihnen die Fähigkeit zur vernünftigen und darum wirksamen Verwendung ihrer Mittel und ihrer Macht. Die

[illegible]

[illegible] Die Führer der Liberalen sprachen offen aus, daß das constitutionelle System und daß überhaupt die politische Freiheit nicht möglich sei unter der ältern Linie der Bourbonen. Die Royalisten aber behaupteten die Nothwendigkeit der Aufhebung oder wenigstens doch einer wesentlichen Aenderung der Charte. Diese suchten das Heil in der Wiederherstellung der absoluten Königsgewalt; jene glaubten die öffentlichen Interessen gesichert nur allein durch eine parlamentarische Regierung*). Niemand konnte die Nothwendigkeit einer Kata-

---

*) Der Verfasser, damals noch ein sehr junger Mann, wurde von Hrn. Etienne, dem Abgeordneten der untern Mosel, sehr freundlich behandelt. In den ersten Tagen des Jänner 1829 wurde er von diesem Abgeordneten, er wohnte in der Rue Grammont, zum Frühstück behalten und zwar um die Häupter der liberalen Partei kennen zu lernen. Diese, dieselben welche in der ersten Zeit der Regierung von Louis Philipp die Hauptrolle spielten, fanden sich denn allmählig ein und sie saßen, ehe man zu Tische ging, um das Kaminfeuer. So sitzend war zuerst die Rede von der ersten Berufung des Fürsten Polignac, und von einer Scene welche am Sonntag zuvor in der Gallerie der Tuilerien stattgefunden hatte zwischen dem Herzog von Angoulême und dem Minister Martignac. Die Kammern sollten den folgenden Tag eröffnet werden und die Herrn besprachen sonach die Lage des Landes und die Kämpfe, welche nun stattfinden würden. Einer der Herren, ich will seinen Namen nicht nennen, mit der Feuerkluft herumstochernd, nachdem

strophe verkennen. Die Liberalen bereiteten sich vor; sie organisirten ihre Vereine, z. B. den Preßverein, und geheime Gesellschaften, vorzüglich die Gesellschaft Aide-toi, und sie unterwühlten die Masse des Volkes. Die Royalisten dagegen sahen der bedrohten Zukunft in fabelhafter Verblendung entgegen: sie meinten die nahe Katastrophe müsse nothwendig ihre Gegner vernichten, in diesem Wahne trafen sie keine Vorkehrungen. Sie zerbrachen noch ihr einziges Hilfsmittel; sie vernachläßigten und verletzten die Armee. Das machten sich die Liberalen zu Nutzen; ihre Ideen waren auch in das Heer gedrungen; besonders in den s. g. wissenschaftlichen Waffen war die Abneigung gegen die Bourbonen allgemein und nur die Schweizer, die sog. Haustruppen und ein Theil der Reiterei waren noch dem Königthum ergeben*).

---

er lange geschwiegen hatte, sagte: „es ist kein Friede möglich zwischen uns und den Bourbonen; die Bourbonen sind uns aufgedrungen und ihnen ist die Charte aufgenöthigt worden." Diese Herren sprachen nun ganz offen von der Aenderung der Dynastie und von derjenigen, die auf den Thron berufen werden sollte. Man nannte den Herzog von Orleans und da sagte derselbe Herr: „dieser ist eben auch ein Bourbon." Ich erinnere mich sehr gut, daß auch der König der vereinigten Niederlande genannt worden ist, daß aber einer der Anwesenden die Berufung des Herzogs von Orleans als nothwendig und allein möglich vertrat. Davon abgehend wurde dann nur die Unterstützung des Ministeriums Martignac besprochen, weil nach diesem ein Ministerium Polignac in sicherer Aussicht stehe.

An dem Abend desselben Tags speiste der Verfasser bei einem alten Herrn aus der Umgebung des Königs, welcher ein Appartement in den Tuilerien bewohnte. Er traf diesen allein an dem Kamin sitzend in Erwartung anderer Gäste. Mit diesem alten Herrn sprach der Verfasser nun auch über die nächste Zukunft von Frankreich, und nachdem der alte Herr sehr gut die Lage der Dinge beleuchtet hatte, so schloß er mit den Worten: „Bientôt, mon jeune ami, vous verrez des grandes choses — la révolution n'est plus un avenir, elle est déja un fait.

*) Der Verfasser war tagtäglich mit Offizieren des Generalstabes, der Artillerie und des Geniecorps zusammen. Die jungen Offiziere

Der Widerstand gegen die Ordonanzen vom 25. Juli 1830 war von den Liberalen vollkommen organisirt. Die Ultras aber oder das Ministerium Polignac hatten den furchtbaren Widerstand nicht vorausgesehen und sie hatten darum keine ordentliche Vorbereitung getroffen. Bessere Maßnahmen hätten den Aufstand wohl niedergeschlagen, aber sie hätten die Revolution doch nur vertagt.

Die Vertreibung der älteren Linie der Bourbonen war der erste große Sieg der liberalen Partei, und diese wußte, was sie wollte, denn sie hatte erfahren, was sie vermochte. Die Franzosen hätten sehr wohl die republikanische Staatsform einführen können, aber solche lag nicht in dem Sinn der Liberalen, denn sie wußten, daß die Republik zur Säbelherrschaft führen würde, in welcher sie alle und jede Bedeutung verlören. Die monarchische Regierung sollte fortan bestehen; aber der König sollte seine Krone nicht kraft eigenen Rechtes tragen, sondern durch das Wohlmeinen der herrschenden Partei, und der Schwerpunkt der Gewalt sollte in der II. Kammer liegen und nicht in der Krone. Diese Kammer sollte ihre Machtvollkommenheit nach Möglichkeit erweitern, aber sie sollte die Theilnahme nicht in dem Volk ausdehnen. Noch bestund die bisherige Wahlordnung; die Bevölkerung von 32 Millionen zählte nur 80,000 Wähler und 8000 Wahlfähige, und so waren denn auch nach der glorreichen Revolution von der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten alle Bürger ausgeschlossen, die nicht ein großes Vermögen nachweisen konnten. Die Gewalt war in den Händen einer Klasse, sie wurde der Aristokratie des beweglichen Reichthums verliehen. Das war die Bourgeoisie und Louis Philipp war der König dieser Bourgeoisie. So hatten die Liberalen „die Charte zur Wahrheit gemacht."

---

hielten ihre Meinung keineswegs zurück; sie sprachen in den derbsten Ausdrücken; die älteren aber schwiegen und wenn sie einem hitzköpfigen Lieutenant seine Ausfälle verwiesen, so tadelten sie nur die Ungeschicklichkeit, nicht aber die Meinung.

Jedes große Ereigniß ruft eine Aufregung hervor, welche, oft wachsend, sich in entfernte Gegenden fortsetzt und sehr verschieden geartete Völker bewegt. Die Revolution von 1830 zeigte ihre Wirkung nicht nur in Belgien, sondern besonders auch in dem südwestlichen Deutschland und diese Wirkung war eine Wendung der Dinge.

In den deutschen Staaten hatten die Verfassungen dem Polizeiregiment kein Ende gemacht; die Fürsten liebten es und die Großmächte schützten es. Die europäische Allianz mit ihrer Einmischungstheorie war allerdings für die Wahrung des allgemeinen Friedens und für die Aufrechthaltung „der europäischen Ordnung" errichtet; aber der Areopag der Großmächte sah in der absoluten Fürstengewalt die innere Ordnung der Staaten; er suchte die Gefährdung des Friedens nur in der Revolution, und jede Bestrebung für gesetzliche Freiheit und jeden Ausdruck eines deutschen Nationalgefühles hielt er für das Beginnen der Revolution. Die deutschen Regierungen bewegten sich in der engsten Sonderpolitik, und in dem Innern ihrer Länder herrschten sie durch eine starke Bureaukratie. Was der Gemäßigtste jetzt für selbstverständlich erkennt, darin hätte man in dem dritten Jahrzehent des neunzehnten Jahrhunderts eine schreckliche Gefährdung des Staates und des Regenten gesehen, und wenn irgend eine beschlossene oder vorgeschlagene Maßnahme für diese Ordnung der Dinge bedenklich erschien, so fehlte nicht die Vorstellung der Großmächte und es fehlte nicht eine Auslegung der Wiener Schlußakte, welche nun das Einschreiten des Bundes rechtfertigen sollte. So wurden die Einrichtungen „für die öffentliche Ruhe", so wurden die Einrichtungen für das „Ansehen der Fürstengewalt" mit Aengstlichkeit aufrecht gehalten, während die besten Männer nur vernünftige Gewähren für eine bescheidene Freiheit verlangten.

Ein unerhörter Aufschwung der Völker hatte die Fürsten von einer niedrigen Vasallenschaft befreit, und in dem nächsten halben Menschenalter wurde jeder Aufschwung, wurde jede

Regung derselben für ihre eigene Freiheit erdrückt. Die Massen der deutschen Völker fühlten wohl, daß dem Einzelnen Raum und Freiheit für seine Bewegung gebühre, aber sie waren noch nicht zum klaren Bewußtseyn ihrer Lage gekommen. Die Verfassungen der süddeutschen Staaten stunden in schneidendem Widerspruch mit dem bestehenden Regimente. Die freien Berathungen paßten nicht zu der Knechtung der Presse, die sogenannten freien Wahlen paßten nicht zu dem Verbot der Vereine und der Versammlungen, und die von den Gesetzen gestattete Theilnahme der Bürger an den öffentlichen Angelegenheiten vertrug sich nicht mit der Allmacht der Staatsgewalt und ihrer Organe. Bei Alledem war jedoch der Grundsatz einer Volksfreiheit thatsächlich geworden; die öffentliche Diskussion war in den Verhandlungen der Kammern gestattet und der Staatshaushalt war einer Controle unterworfen.

Sehen wir auf die ersten zehn oder zwölf Jahre des constitutionellen Lebens in Deutschland zurück, so müssen wir anerkennen, daß aus den deutschen Kammern manche gesunde Idee in das Volk geworfen worden ist; wir müssen anerkennen, daß der einzelne Bürger ein gewisses Bewußtseyn seiner Stellung und seiner Rechte gewonnen, und wir müssen anerkennen, daß die Machthaber zur scheinbaren Achtung dieses noch unklaren Bewußtseyns genöthigt worden sind. Manche kleine Freiheiten wurden errungen; der Staatshaushalt wurde geregelt; die willkürlichen Ausgaben waren unmöglich geworden; die Staatsdiener fürchteten die öffentliche Besprechung ihrer amtlichen Handlungen, und durch diese Furcht waren sie zu mehr bescheidener Ausübung der Staatsallmacht gezwungen. In dem ersten Jahrzehnt des constitutionellen Lebens waren die deutschen Liberalen entschieden freisinnig und ihr Streben war redlich. Was bis zum Ausbruch der großen Katastrophe in Frankreich in den südwestlichen Staaten Gutes geschaffen, wir danken es den früheren Liberalen.

Jedes große Ereigniß ruft eine Aufregung hervor, welche, oft wachsend, sich in entfernte Gegenden fortsetzt und sehr verschieden geartete Völker bewegt. Die Revolution von 1830 zeigte ihre Wirkung nicht nur in Belgien, sondern besonders auch in dem südwestlichen Deutschland und diese Wirkung war eine Wendung der Dinge.

In den deutschen Staaten hatten die Verfassungen dem Polizeiregiment kein Ende gemacht; die Fürsten liebten es und die Großmächte schützten es. Die europäische Allianz mit ihrer Einmischungstheorie war allerdings für die Wahrung des allgemeinen Friedens und für die Aufrechthaltung „der europäischen Ordnung" errichtet; aber der Areopag der Großmächte sah in der absoluten Fürstengewalt die innere Ordnung der Staaten; er suchte die Gefährdung des Friedens nur in der Revolution, und jede Bestrebung für gesetzliche Freiheit und jeden Ausdruck eines deutschen Nationalgefühles hielt er für das Beginnen der Revolution. Die deutschen Regierungen bewegten sich in der engsten Sonderpolitik, und in dem Innern ihrer Länder herrschten sie durch eine starre Bureaukratie. Was der Gemäßigtste jetzt für selbstverständlich erkennt, darin hätte man in dem dritten Jahrzehent des neunzehnten Jahrhunderts eine schreckliche Gefährdung des Staates und des Regenten gesehen, und wenn irgend eine beschlossene oder vorgeschlagene Maßnahme für diese Ordnung der Dinge bedenklich erschien, so fehlte nicht die Vorstellung der Großmächte und es fehlte nicht eine Auslegung der Wiener Schlußakte, welche nun das Einschreiten des Bundes rechtfertigen sollte. So wurden die Einrichtungen „für die öffentliche Ruhe", so wurden die Einrichtungen für das „Ansehen der Fürstengewalt" mit Aengstlichkeit aufrecht gehalten, während die besten Männer nur vernünftige Gewähren für eine bescheidene Freiheit verlangten.

Ein unerhörter Aufschwung der Völker hatte die Fürsten von einer niedrigen Vasallenschaft befreit, und in dem nächsten halben Menschenalter wurde jeder Aufschwung, wurde jede

Andlaw. Hatte ihm seine staatsmännische Thätigkeit — Herr von Andlaw war langjähriges Mitglied der ersten badischen Kammer — mehrfache Veranlassung gegeben als politischer Schriftsteller aufzutreten*); so glaubte er nach seinem Rücktritt aus dem öffentlichen Leben die ihm seitdem gewordene „Muße“ unter Anderm auch darauf verwenden zu müssen, die christliche Weltanschauung, welche die Leuchte seines eigenen Lebens war, durch geeignete Schriften in weitern Kreisen zur Geltung zu bringen, und zwar „zunächst in jenen Gesellschaftskreisen, welchen er selbst angehört.“ In dieser Absicht hat er die Erfahrungen seines reichen Lebens in zwanglosen Heften niedergelegt, welche den Titel „Gedanken meiner Muße“ führen, und deren drittes uns vorliegt. Das Ziel welches der Herr Verfasser dabei vor Augen hatte, erhellt aus den folgenden Worten der Vorrede: „Es muß vor allem der Glaube an die Untrüglichkeit der eigenen Meinung in den Einzelnen, und hielten sie sich auch für die Weisesten, zerstört werden. Dagegen werde der so sehr entschwundene Glaube wieder in uns wachgerufen, welchen die göttliche Lehre in sich schließt und Gottes Stimme uns selbst verkündet hat.“

Die ächt christliche Gesinnung, welche sich in diesen Worten kundgibt, durchweht das ganze Buch. Es hat mich darin vornehmlich Eines wohlthätig berührt, was in der That ein gutes Zeichen und nicht ohne ein zeitgeschichtliches Interesse ist. Während nämlich die Verfasser ähnlicher Schriften nur allzu leicht in ein schales, farbloses Moralisiren

*) Die jüngste seiner politischen Schriften ist durch den badischen Schulstreit veranlaßt: „Die badischen Wirren im Lichte der Landesverfassung und der Bundesgesetze.“ Freiburg im Breisgau 1865. Man findet darin eine nicht uninteressante Entwicklungsgeschichte des badischen Liberalismus.

verfallen, gibt uns Herr von Andlaw gleich von vornherein eine ganz bestimmte Erklärung über die nothwendige *Grund*lage des christlichen Lebens. Diese Grundlage ist ihm die *übernatürliche* Gnade, welche uns durch die *Kirche* vermittelt wird. Zu richtiger Würdigung dieses Verhältnisses schickt er seiner Abhandlung über das christliche Leben die Lehre vom *Priesterthum* voraus. Dieses aber wird nicht bloß seinem dogmatischen Begriffe nach dargestellt, sondern auch in seiner *ethischen* Fruchtbarkeit. Als leuchtende Vorbilder werden uns die schönsten Blüthen des christlichen Priesterthums, ein heil. Dominikus, Franciskus, Antonius, Xaverius und der selige Canisius in geistreichen Skizzen vorgeführt.

Gegen den Andlaw'schen Begriff des „christlichen Lebens" und seine Forderung einer Christianisirung aller Lebensverhältnisse, sohin auch der Wissenschaft — möchten vielleicht Einige im Namen der letzteren Einsprache erheben. Jedoch das bekannte Wort *Schelling's*, daß das *Leben* immer Recht behalte, wird auch hier zur Wahrheit werden.

XII.

Am Grabe des seligen Canisius zu Freiburg in der Schweiz.

(Den 25. bis 27. Juni 1865.)

Mitten in gewitterschwangeren, die sociale Ordnung mit Auflösung bedrohenden Epochen sind zweimal rettende Thatsachen durch Studenten der Pariser Universität vollbracht worden. Die Vorsehung bedient sich oft kleiner Anfänge zur Ausführung ihrer großen Werke, mit Davids Schleuder erschlägt sie die Goliaths nicht nur im alten sondern auch im neuen Bunde. Von diesen schöpferischen Thaten gehört die eine dem 16., die andere dem 19. Jahrhundert an. Als im J. 1833 einige Studenten zu Paris zusammentraten, um gemeinsam einige Arme zu pflegen, wer hätte da geahnt, daß aus dieser Vereinigung die Gesellschaft des heil. Vincenz von Paul hervorgehen würde, welche mit ihren Wunderthaten der Liebe heutzutage die Welt heiligt und aus dem Sumpfe des Egoismus und Materialismus rettet? Als im J. 1534 sieben Studenten zu Paris in der unterirdischen Kapelle der Liebfrauenkirche auf dem Montmartre zusammentraten, die heil. Communion empfingen und sich zu einem religiösen Verein mit besonderem Gehorsam unter den Willen des Papsts verpflichteten, wer hätte da geahnet, daß

aus diesem bescheidenen Keime der Jesuitenorden hervorsprossen würde, welcher im Kampfe für den Glauben gegen Irr- und Unglauben sich in das Vodertreffen gestellt?

Als sieben Jahre nach diesem Zusammentritt (1540) dieser Studentenverein die kirchliche Genehmigung durch Papst Paul III. erhalten und das Arbeitsfeld unter seine ersten Genossen getheilt hatte, da wurde dem Sohne eines armen Savoyer-Hirten, dem Peter Faber, Deutschland als Mission angewiesen. Angelangt auf diesem eigentlichen Kampfesfeld des damaligen Glaubensstreits nahm P. Faber im Frühling 1543 zu Mainz dem 22jährigen Jüngling Peter de Hondt (von Nimwegen) das Gelübde zum Eintritt in die Gesellschaft Jesu ab. Das ist die geistliche Wiege und der kirchliche Stammbaum des P. Canisius, an dessen Grab wir 322 Jahre später diese Zeilen schreiben, im Augenblick, wo in Folge päpstlichen Ausspruchs seine Gebeine unter Glockengeläute und Kanonendonner zur öffentlichen Verehrung auf den Altar erhoben und sein Name als der eines „Seliggesprochenen" von der gesammten katholischen Welt mit Ehrfurcht genannt wird.

Die Festfeier währte drei Tage, den 25., 26. und 27. Juni; zehn Bischöfe und Prälaten, bei 150 Geistliche, die Staatsbehörden des Kantons Freiburg und über 40,000 Personen aus Nah und Fern betheiligten sich bei derselben. Wir übergehen die Beschreibung der Festlichkeiten und betonen nur, daß dieselben wahrhaft einen kirchlichen Charakter trugen, indem damit Volksmissionen verbunden und dabei täglich drei Predigten (in französischer und deutscher Sprache und zwar meistentheils durch die hochwürdigsten Bischöfe selbst) gehalten wurden. Der Zudrang des Volks gestaltete sich gegen den Schluß so kolossal, daß gleichzeitig in der Kirche und außerhalb derselben unter Gottes freiem Himmel gepredigt werden mußte.

Das Fest ist unwidersprechlich zu einem Ereignisse geworden und unwillkürlich drängen sich uns in diesem Augen-

blicke folgende Gedanken auf. Es ist ein offenes Geheimniß, daß im Jahre 1847 die Revolutionspartei in ganz Europa die Vertreibung der Jesuiten auf ihr Panier schrieb, daß aber der Schlag nicht nur den Jesuiten, sondern der katholischen Kirche, nicht nur der katholischen Kirche, sondern der gesammten christlichen Staats- und Rechtsordnung galt. Der Wurf war klug berechnet und wurde mit Keckheit ausgeführt. Um die Jesuiten aus Freiburg zu vertreiben, rückten anno 1847 über 100,000 Bewaffnete und Helfershelfer gegen die Stadt, vertrieben die verfassungsgemäße Regierung, zerstörten die hochberühmten Erziehungsanstalten (das Pensionat zeigt jetzt noch die Spuren dieses Vandalismus), schickten die Träger der katholischen Richtung geistlichen und weltlichen Standes, ohne richterliche Untersuchung und Spruch, in das Exil, sequestrirten das Vermögen derselben und belasteten sie mit enormen Geldcontributionen; der Orden der Jesuiten und alle mit demselben „affiliirten" (!) Orden wurden durch die neue Bundesverfassung in Freiburg und der gesammten Schweiz verboten; bald darauf wurden die übrigen Abteien und Klöster des Kantons Freiburg aufgehoben und endlich der hochwürdigste Bischof selbst gefangen genommen, polizeilich über die Grenze geführt und (ohne richterliche Untersuchung und Spruch) in das Exil gesandt. Alles das geschah Anno 1847 und in den nächstfolgenden Jahren, und noch sind seit diesen Gewaltstagen nicht zwei Dezennien abgelaufen und heute sehen wir den exilirten Bischof wieder in seiner Residenz, umgeben von sämmtlichen schweizerischen Bischöfen, umringt von einer zahllosen Schaar Volks, wir sehen die geistlichen und weltlichen Obrigkeiten des Kantons, Stadt und Land wetteifern, um das Fest des seliggesprochenen Jesuiten Canisius feierlich zu begehen.

Nicht nur für den Kirchen-, sondern auch für den Staatsmann liegt hierin eine doppelte Lehre; wir haben hier den thatsächlichen Beweis, daß das, was die Revolutionshelden im Jahre 1847 im Namen der Freiheit und der Volkssou-

veränität ausgeführt, gegen den Willen des souverän- und frei genannten Freiburger Volks geschah. Wie viele solcher Faustschläge und Fußtritte wurden seit einigen Jahren nicht nur in der Schweiz, sondern auch in anderen Ländern im Namen des Volks dem Volk gegeben, und mit dem Suffrage universel verkleistert? Wie viele solcher Faustschläge und Fußtritte wurden im Namen der „öffentlichen Meinung“ selbst Fürsten und ihren Regierungen applicirt, die sich post festum nur als die Streiche einiger wenigen verwegenen Klubführer herausgestellt haben?

Wir haben hier ferners den thatsächlichen Beweis, daß das katholische Element mit wunderbarer Schnelle und Frische sogleich wieder auflebt, wie der Gewaltdruck nur einigermaßen nachläßt, ja daß dasselbe mit desto größerer Schwungkraft sich erhebt, wenn es während einiger Zeit durch äußeren Druck niedergehalten wurde. Die große sociale Kraft, welche in dem Katholicismus lebt, verstehen jene modernen Staatsmänner, deren Staat ohne Gott, freilich nicht, und sie meinen, denselben mit ihrem confessionslosen Polizeistaat und ihrer heidnischen Politik ausroden zu können; allein eben deßwegen verrechnen sie sich, weil sie den wichtigsten Faktor, nämlich Gott, in ihren Berechnungen außer Acht lassen.

Sollten daher auch neue Gewitterwolken in Deutschland, Italien, Frankreich rc. sich aufthürmen und neue Stürme gegen die Kirche und die sociale Ordnung losbrechen: wir Katholiken wollen aus dem Canisiusfeste zu Freiburg und den vorangehenden und begleitenden Umständen den Schluß ziehen, daß das Wort des Weltheilandes ewig wahr bleibt: „Die Pforten der Hölle werden den Fels nicht überwältigen.“ Thun wir Katholiken unentwegt und entschieden unsere Pflicht, Gott wird das Uebrige thun; zur rechten Zeit am rechten Ort wird der Herr der Heerschaaren immer wieder Davide erwecken, um die Goliathe zu erschlagen, und müßte er dieselben zum drittenmal aus den Schulbänken der Pariser oder einer andern Universität hervortreten lassen.

Freiburg aber können wir zu dem Canisiusfeste nur Glück wünschen. Zum zweitenmal hat Canisius in seinen Mauern den Einzug gehalten. Den 10. Dezember 1584 führte ihn der apostolische Nuntius nach der alten Zähringerstadt und stellte ihn der Obrigkeit auf dem Rathhaus mit den Worten vor: „Ich bringe euch einen Mann, den ihr wie einen Diamant aufbewahren, wie eine kostbare Reliquie verehren sollt.“ Den 25. Juni 1865 hat Freiburg diesen apostolischen Auftrag erfüllt; es hat die Reliquie des Seliggesprochenen in Diamanten gefaßt und auf dem Altar zur immerwährenden Verehrung ausgesetzt. Mit dem 25. Juni 1865 hat das zweite Apostolat des P. Canisius in Freiburg begonnen; das erste eröffnete er vor drei Jahrhunderten als Glied der ecclesia pressa, das zweite jetzt als Glied der ecclesia triumphans. Das zweite wird nicht weniger segensreich werden als das erste; seine Früchte zeigen sich bereits in der Conferenz, welche sämmtliche Bischöfe der Schweiz sofort nach dem Canisiusfest über die schweizerischen Kirchen-Angelegenheiten hielten, und in der Generalversammlung aller schweizerischen St. Vincenz-Gesellschaften, welche gleichzeitig in Freiburg stattfand, und über welche beide erfreuliche Ereignisse wir vielleicht später in diesen Blättern zu sprechen Anlaß haben werden.

XIII.

Politische Gedanken vom Oberrhein.

II. Das Bürger-Königthum und die liberale Bourgeoisie in Frankreich.

Um die folgenden Jahrzehnte des constitutionellen Staatslebens und die Entwicklung des modernen Liberalismus in Deutschland verständlich darstellen zu können, müssen wir wieder zu dem Gang der Dinge in Frankreich zurückgehen. Nicht die Einzelnheiten der Geschichte des „Bürgerkönigthums“, nicht die kleinlichten Streitigkeiten der Parteien wollen wir erörtern; wir wollen nur den allgemeinen Gang der Dinge betrachten, unbeirrt von den besondern Schwankungen. Diese Betrachtung dürfte hinreichen, um die Herrschaft der liberalen Bourgeoisie, deren naturgemäßen Gang, deren unvermeidliche Folgen zu zeigen und deren nothwendiges Ende.

Nach der Revolution des J 1830 sahen wir drei verschiedene Parteien nebeneinander. Auf der einen Seite stunden die Legitimisten, auf der andern die Republikaner und zwischen beiden die Liberalen, mit der rechten Seite an jene, mit der linken an diese sich lehnend. Die Napoleonisten zehrten nur von ihren Erinnerungen; weder stark, noch bedeutend hatten sie kein bemerkbares Daseyn und sie verschwanden in der Masse der andern Parteien. Es ist unnöthig, die Unterabtheilungen zu bezeichnen, mit welchen die ein

Enden der Parteien sich berührten; eine Geschichte des Bürgerkönigthumes würde solche Bezeichnung fordern, aber in der großen Uebersicht seines Ganges müssen die Einzelheiten verschwinden.

Die Bourgeoisie hatte die Herrschaft errungen und sie benützte sogleich diese Herrschaft, um an die Stelle eines Königs von Frankreich einen „König der Franzosen" zu setzen. Man war damals froh, daß die monarchische Form erhalten wurde und darum fragte man nicht, wer die ungeheure Befugniß einer Kammer gegeben, welche höchstens nur ein 1/1000 der Bevölkerung repräsentirte. Wenn die Liberalen sich rühmten, daß die Charte nun nicht mehr eine „oktroyirte" sei, so hatten sie recht; denn der König der Franzosen war nun an der Spitze der neuen Aristokratie, wie einst der Doge von Venedig das Haupt derer gewesen, welche in dem goldenen Buch eingeschrieben waren. Allerdings besaß diese neue Aristokratie formell keine Vorrechte, wie früher sie der alte Adel besessen hatte; aber alle politische Wirksamkeit und alle Vortheile mußten ihr zufallen, und darum war das ganze Streben der Bourgeoisie zu einem sehr bestimmten Ziele gerichtet. Sie wollte sich ihre Stellung erhalten und sichern, und sie konnte diese sich nur erhalten und sichern, wenn sie die Ausübung politischer Rechte auf eine möglich kleine Zahl der Bürger beschränkte.

Die Revolution von 1830 hatte auf die inneren Zustände von Frankreich die Wirkungen ausgeübt, welche jedes gewaltige Ereigniß ausüben muß, in einem Lande, in welchem unzählige, vielfach vertheilte und vielfach verbundene Interessen den Geschäftsverkehr zu ungeheurer Lebendigkeit entwickelt haben. Die Ungewißheit einer nahen Zukunft hatte den Geschäftsleuten das Vertrauen auf den Bestand der Verhältnisse und auf die Sicherheit ihrer Beziehungen genommen; in natürlicher Folge stockten die Geschäfte und in dem geldreichen Frankreich war das Geld selten geworden. Der kleine Gewerbsmann konnte seine Ausstände nicht einbringen und

der große konnte seine Gelder nicht flüssig machen. Die reichen Leute hielten an sich, die Wohlhabenden schränkten sich ein, Alle mußten für ihre nächsten Bedürfnisse sorgen und viele Familien, welche, ohne reich zu seyn, sonst in bescheidener Behaglichkeit lebten, mußten sich Entbehrungen auflegen. Der Handwerker erhielt keine Bestellungen und der Fabrikant konnte nichts unternehmen; in den Comptoirs war keine lohnende Thätigkeit und in den Kaufladen fehlten die Käufer; die Werkstätten waren leer und die Fabriken stunden stille. Die Kraft der Arbeiter und großentheils das Geld der unteren Classen hatten der Bourgeoisie ihren Reichthum geschaffen; jetzt hatte das Blut der Armen dem Reichen die Herrschaft errungen — und der Lohn dieser Armen war bittere Noth *).

Von politischer Klugheit nicht weniger als von menschlicher Dankbarkeit bestimmt, hätte die liberale Partei außergewöhnliche Opfer fordern und bringen müssen, um das Elend derjenigen zu mildern, welche ihr den Sieg errungen hatten und welche nun schwer litten durch die unvermeidlichen Folgen des Sieges. An übertriebenen Lobpreisungen jeglicher Art ließ man es freilich nicht fehlen; man sorgte mit Zärtlichkeit für die Verwundeten, man begrub mit Feierlichkeiten die Todten und man dekretirte kostspielige Monumente; phrasenreiche Reden und schwunghafte Gedichte priesen den Muth und die Hingebung des Volkes; man erzählte rührende und erhebende Anekdoten und Künstler verherrlichten die

*) Der Verfasser hat Gelegenheit gehabt die Noth der untern Volksclassen besonders in den Fabrikbezirken mit eigenen Augen zu sehen. Noch im J. 1831 hat er die Jammergestalten der brodlosen Arbeiter in Lumpen gehüllt an verschiedenen Orten gesehen. Zur Steuer der Wahrheit jedoch muß der Verfasser aussprechen, daß die Wohlthätigkeit in großem Maßstabe gearbeitet hat, und daß die Spenden nicht nur von den Reichen, sondern, wie es in der Regel geschieht, selbst von solchen Leuten geleistet wurden, welche selber in gedrückte Lagen gekommen waren.

Julieshelden in Darstellungen jeglicher Art. Der König war freigebig mit mancherlei Zeichen seiner Huld, die reichen Herren redeten gnädig mit den Männern in der Blouse, und eine schöne Frau legte wohl auch den feinen Glacé-Handschuh in die schwielige Hand eines Arbeiters. Der Weihrauch konnte die armen Menschen berauschen, aber er konnte die Hungrigen nicht sättigen, er konnte die Nackten nicht kleiden und er konnte den Obdachlosen keine Wohnungen schaffen. Die Spenden der Wohlthätigkeit waren unzureichend für eine nachhaltige Milderung der Noth; die Kammern wußten das wohl, aber um die traurige Lage der arbeitenden Classe zu bessern, haben sie kein Mittel gesucht, und darum haben sie keines gefunden. Die verrufenen Aristokraten in Venedig haben ganz anders gehandelt in Zeiten der Noth; wenn das Volk entbehrte und litt, so haben sie nicht den Staatsschatz und nicht die eigenen Kassen geschont.

Daß die liberale Partei bestrebt war, die Herrschaft der Massen zu hindern, das war billig und recht; aber nirgend öffnete sie dem mittellosen Talente die politische Laufbahn und nirgends zog sie die Intelligenz des Volkes heran zu der Theilnahme an den Angelegenheiten der Nation. Gleich bei dem Beginne des Bürgerkönigthums waren es ehrenhafte Männer der Partei*), welche offen erklärten: es sei nur die besitzende Bourgeoisie und auch von dieser nur der reichste Theil von den Kammern vertreten. Wenn nun auch im Februar 1831 der Wahlcensus nicht unbedeutend erniedriget, wenn, was jedoch sehr zweifelhaft ist, die Zahl der Wähler auf 200,000 und die Zahl der Wahlfähigen auf 24,000 erhöht worden ist, so war immer nur $\frac{1}{150}$ der Bevölkerung wahlberechtiget und etwa $\frac{1}{1400}$ wahlfähig**). So war in

---

*) Diese Männer waren: Demarcay, Lafayette, Mauguin, Odillon-Barrot.

**) Es kamen demnach auf eine Million der Bevölkerung 6660 Wähler und 750 Wahlfähige. Nach diesem Verhältniß würden in dem

Frankreich die Volksvertretung auch nach dieser Reform immer nur ein Vorrecht der Reichen, zu welchem die Reform einige zugelassen hat, die weniger reich waren. Höchstens war das Vorrecht der Reichsten ein Vorrecht der Reichen geworden. Konnten damit sich die Männer befriedigen, welche eine wahre und rechte Volksvertretung wollten? Die Masse der Nation fühlte mit Erbitterung, daß ihre Kraft der Herrschsucht des Reichthumes dienen sollte; die Legitimisten so wenig als die Republikaner konnten solches Verhältniß gutheißen, und so erschien nur ein beschränkter schaaler Liberalismus in der Behandlung der größten Fragen und der kleinsten.

Solcher Liberalismus allein taugte der Bourgeoisie; eine wahre Freiheit wäre ihr nicht förderud gewesen, und darum schuf sie auch nicht die Einrichtungen, in welchen man die Grundlagen der wahren Freiheit erkennt. Die Vorstände der Gemeinden, von der Regierung ernannt, waren eigentlich deren Organe, die Gemeinde stund unter der Vormundschaft der Bureaukratie, und wo diese ihr einige Selbstständigkeit gelassen, da war die Ausübung wieder dem größeren Vermögen überlassen. Die herrschende Macht sollte die alleinherrschende, der König sollte nur ein glänzender Strohmann seyn und Thiers erfand das berühmte Wort: „der König soll herrschen, aber er soll nicht regieren" (le roi regne, mais il ne gouverne pas). Die Bourgeoisie konnte eine selbsteigene politische Berechtigung so wenig dulden als einen Widerstand oder irgend eine Hemmung gegen ihre Beschlüsse. Sie konnte die Pairs-Kammer nicht gerade aufheben, aber schon im Dezember 1831 wurde in der Kammer der Abgeordneten (mit 386 gegen 40 Stimmen) die Abschaffung der Erblichkeit der Pairs beschlossen. Man fragte damals mit Recht: hat

Königreich Bayern 28,750 und in dem Großherzogthum Baden 8,500 Personen das Recht haben bei der Wahl der Vertreter mitzuwirken, und diese könnten ihre Vertreter in jenem nur aus 3,200 und in diesem aus 970 Männern aussuchen.

die Kammer der Abgeordneten, als sie die Hand an das Grundgesetz gelegt, eine constituirende Gewalt ausgeübt oder nur eine gesetzgebende? War die Entscheidung der einen Kammer souverain und ohne Berufung oder war sie der Beistimmung der Pairs-Kammer unterworfen?

Als am 9. August 1830 dieselbe Kammer nur wenige Stunden verwendete, um die Verfassung zu ändern und eine neue Dynastie zu gründen, so hatte sie wenigstens einen Vorwand. Sie konnte sich auf den Drang des Augenblickes berufen; sie konnte die Staatsraison vorführen, den Trugschluß, mit welchem man alle Usurpationen und alle Gewaltthaten von jeher gerechtfertiget hat. Warum hat sie nicht damals die Pairie suspendirt? Fünfzehn Monate lang nach der Katastrophe hat die erbliche Pairie getagt; man hat sie für ein unentbehrliches Institut erklärt und man hat ihren Berathungen und ihrer Abstimmung alle Gesetze vorgelegt. Warum hat die siegende Bourgeoisie im Dezember des Jahres 1831 gethan, was sie im August 1830 unterlassen hatte? Die zweite Kammer hat aus ihrer Laune und aus der Herrschsucht der Partei die Befugniß zu Aenderung einer Regierungsform gezogen, aus welcher ihre eigene Legitimität hervorging. Die liberale Bourgeoisie hat in der Pairie ein Hinderniß für ihre Herrschaft gesehen, und siehe! da hat die Kammer der Abgeordneten sich zur constituirenden Versammlung gemacht und sie hat eine Grundbestimmung der Charte geändert, welche durch die „glorreiche“ Revolution „zur Wahrheit“ geworden.

Um aber eine Gesetzlichkeit des Verfahrens zu lügen, mußte die Kammer der Pairs ihren Selbstmord beschließen. Die Ernennung von 36 neuen Pairs wurde von den einsichtsvollsten Franzosen, wurde von ihren besten Rechtsmännern für einen Staatsstreich erklärt, für „einen Staatsstreich“ in dem ganzen Umfang dessen, was die Auffassung des Wortes Tyrannisches, Unverschämtes und Freches enthält*). Die

*) Worte der Protestation von Dupont de l'Eure.

liberale Partei hatte auf die Feigheit und Jämmerlichkeit der Pairs gerechnet und sie hat richtig gerechnet; denn am 28. Dez. 1831 wurde mit einer Mehrheit von 34 Stimmen in dem Palast Luxemburg das Gesetz angenommen.

Die 13 Pairs, welche sofort aus der Kammer austraten, hatten sich den Schmerz erspart, der Berathung über die Verbannung der gestürzten Königsfamilie anwohnen zu müssen. Ein Oberst Bricqueville mußte der Kammer der Abgeordneten den Antrag stellen, daß jegliches Glied von der ältern Linie der Bourbons mit dem Tode bestraft werden solle, wenn es den Boden von Frankreich betrete. Die besten Männer hatten das Grausige solcher Maßregel gezeigt und sie hatten solchen Beschluß über die Zukunft als gottlos und rechtswidrig, als verderblich für die socialen Verhältnisse, als unnütz, unpolitisch und gefährlich bezeichnet*). Diese Männer hatten vergeblich geredet, das Gesetz, welches die ältere Linie der Bourbonen für ewig verbannte, ging durch in der Kammer der Abgeordneten und es wurde von den Pairs nicht verworfen. Dieses Gesetz sollte den Bestand der Dynastie Orleans gewährleisten, sowie die Herrschaft der liberalen Bourgeoisie, und diese glaubte noch sehr edelmüthig gewesen zu seyn, daß sie gegen die Verbannten nicht die Todesstrafe aussprach, wie der Antrag es geforderd hatte.

Die legitime Dynastie war verbannt, der König war das Haupt der neuen Geldaristokratie, die Pairie so gut als aufgehoben, die Gemeinden waren abhängig ohne körperschaftliche Rechte, die Reichen in dem ausschließlichen Besitz der politischen Wirksamkeit, die Armen und selbst die Wohlhabenden ohne Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten in dem Staat und theilweise in der Gemeinde — das war der politische Zustand in Frankreich zwei Jahre nach der Revolution des Jahres 1830.

---

*) In den Reden von Pagés (de l'Arriège) und von Martignac in der Sitzung am 15. November 1831.

Die Philosophen des 18. Jahrhunderts, die sog. Encyclopädisten waren theilweise hervorragende Köpfe, Männer von Wissen und Geist und selbst von Genialität; den verneinenden Philosophen des 19. Jahrhunderts, den Schriftstellern des französischen Liberalismus fehlte Wissen und Geist und Originalität. In der größten Mehrzahl waren sie nur Nachbeter der frühern Verneinung, aber sie gefielen der herrschenden Classe, eben weil sie schaal und flach und theilweise unwissend waren. Ueberall und immer haben beschränkte Köpfe sich für starke Geister gehalten, wenn sie das Uebernatürliche läugnen und wenn sie verspotten, was sie nicht verstehen; wie überall so haben sich auch in Frankreich die Halbgebildeten, und aus solchen besteht die Masse der reichen Leute, in der gesuchten Mißachtung der Religion und in der Verhöhnung ihrer Glaubenssätze und ihres Cultus gefallen. Die französischen Liberalen hätten unter gleichen Umständen nicht die dämonische Kraft gehabt, mit welcher einst der Nationalconvent den Glauben an das persönliche Daseyn Gottes verbot; diese Liberalen suchten nur langsam und durch kleinlichte Mittel das religiöse Gefühl des Volkes zu vernichten.

Bekanntlich hatte die katholische Kirche in der ersten Revolution ihre unermeßlichen Güter verloren. Unter dem Kaiserreich und unter der Restauration hatte sie kein eigenes Vermögen erworben; die Bischöfe, der Klerus und die Verwaltung des Cultus waren auf die Kassen des Staates und der Gemeinden dotirt. In diesem Zustande war die katholische Kirche in die Zeit des Bürgerkönigthums getreten, aber sie war innerlich wieder stark geworden. Unter ihren Bischöfen bildete die Geistlichkeit eine Körperschaft, welche über das ganze Reich verbreitet, dennoch geeiniget war, und welche von dem Volke gesondert, dennoch zu diesem gehörte. Die französische Geistlichkeit war arm, aber gerade deßhalb war sie der Masse des Volkes werth, denn sie kannte und theilte dessen Bedürfnisse, sie lebte dessen Leben mit ihm und eine strenge

Disciplin regierte und leitete sie. Diese Körperschaft besaß keinerlei politische Vorrechte und dennoch übte sie auf das Volk einen bedeutenden Einfluß, welcher, in dem religiösen Gefühl des Volkes und der sittlichen Macht der Kirche begründet, durch die geschlossene Organisation der Geistlichkeit seine praktische Wirksamkeit gewann. Die sittliche Gewalt der Kirche stund der herrschenden Classe entgegen; sie konnte der Staatsallmacht nicht dienen, sie konnte sich derselben nicht einmal unterwerfen; in dem christlichen Gebote der Gleichheit war sie ein Schutz der Armen und durch die Pflege des Glaubens war sie der Feind der geistigen Auflösung in dem System des Liberalismus. Die Bourgeoisie wußte das sehr wohl, aber sie konnte den Bürgereid der Priester vom J. 1791 nicht mehr einführen; sie konnte die kirchlich getreuen Priester nicht mehr verbannen oder massenhaft umbringen; sie konnte nicht einmal der Kirche ihre ärmlichen Dotationen entziehen, und die organischen Artikel von dem J. 1801 hatten sich für die Zwecke des Liberalismus als unzureichend erwiesen. Die Macht des Klerus war eine sittliche, sie mußte sittlich untergraben werden. Man suchte die Geistlichen verhaßt, verachtet und lächerlich zu machen. Zeitungen, Flugschriften und schlechte Romane mußten dienen, um der moralischen Aechtung eine Körperschaft zu übergeben, welche man nicht vernichten konnte. Die bessern Köpfe der Liberalen wußten gar wohl, daß Frankreich die katholische Kirche und somit deren Geistlichkeit nicht entbehren kann, und deßhalb sollten beide erniedriget, um in ihrer Erniedrigung der Herrschaft der liberalen Bourgeoisie dienstbar zu werden.

Der enggeschlossenen bureaukratischen Staatsallmacht stund immer und überall die Kirche entgegen; darum wollte man das künftige Geschlecht als Feind der Kirche erziehen, und darum die Kämpfe um den öffentlichen Unterricht. Die liberale Partei wollte Schulen und zwar deren sehr viele; aber diese Schulen sollten des Staates, d. h. ihre Anstalten seyn. Die Kammern bewilligten große Summen für den öffentlichen

Unterricht, aber es sollten ohne Unterschied Anstalten werden für die Erziehung der künftigen Anhänger und Seiden der Partei. Die niedern Schulen sollten den Unglauben und die politischen Lehren der Liberalen im Volke verbreiten; die höhern sollten der Bourgeoisie die nothwendigen Halbwisser und die höchsten sollten derselben die nothwendigen Organe und Führer erziehen — die ganze Erziehung unter der concentrirten Leitung der sog. Universität. Die Geistlichen, als Diener der Kirche, kämpften für die Freiheit des Unterrichtes, d. h. sie verlangten, daß die Kirche oder die Geistlichkeit berechtiget seyn solle, ebenfalls Schulen zu gründen und in diesen die Jugend in den Grundsätzen des Christenthums zu erziehen. Sie verlangten die vollkommene Leitung solcher Schulen, aber sie verweigerten der Staatsgewalt keineswegs diejenige Aufsicht, welche ein gesundes Staatsrecht ihr zugesteht. Nach langen und schweren Kämpfen wurde diese Freiheit unter gewissen Beschränkungen errungen und schnell fanden sich die Mittel zur Gründung dieser christlichen Schulen; denn gerade der freche Unglaube des Liberalismus machte Arme und Reiche geneigt, bedeutende Opfer für die Errichtung von Anstalten zu bringen, welche ihrer Jugend nicht den Glauben tödten und das sittliche Gefühl nehmen.

Die Legitimisten sowohl als die Republikaner betrachteten das Bürgerkönigthum als einen Zustand des Durchganges, jene zur dritten Restauration und diese zur Republik. Waren die beiden Parteien und besonders die Republikaner auch rührig und im Besitz vieler Mittel, sie hätten doch keine Erfolge gewonnen, ohne die unbehagliche Stimmung in der Masse der Nation. Die Verschwörungen, die blutigen Aufstände, die Mordversuche gegen den König und alle die bekannten Bewegungen der Gesellschaft: sie waren nur die äußere Erscheinung der tief inneren Unzufriedenheit mit den bestehenden Zuständen. Die Unzufriedenheit versammelte die Arbeiter in geheimen Gesellschaften und in solchen entstund der Communismus aus dem Gefühl ihrer Armuth und aus

den Haß gegen die Anmaßung des Reichthumes. Die Liberalen erkannten wohl die dumpfe Gährung in der Nation; sie wollten deren Ausbruch verhindern und so griffen sie zu Mitteln, die schlecht passen zu der Idee des freien Rechtsstaates. Sie erließen das Gesetz gegen die Verbindungen (25. März 1834), das Gesetz der Haussuchungen nach Waffen, das Gesetz gegen die öffentlichen Ausrufer der Blätter, und sie beschlossen die sog. Septembergesetze gegen die Presse (1835)*). Diese und manche andere Gesetze und deren Vollzug verletzten das Rechtsgefühl der Nation, die rücksichtslosen Maßnahmen der Verwaltung und das offene und heimliche Polizeiregiment empörten die ruhigsten Leute. Wie sehr das Bürgerkönigthum sich bedroht wußte, das zeigt das spätere Gesetz über die Befestigung von Paris und die unglaublich schnelle Ausführung und Bewaffnung der großen und zahlreichen Werke**).

Aus dem jämmerlichen Gezänke zwischen den Bruchtheilen der liberalen Partei folgte, je nach dem Ueberwiegen der einen oder der anderen, ein unaufhörlicher Wechsel der Ministerien, und aus diesem Wechsel folgte das Schaukeln der Regierung, das Schwanken der inneren Verwaltung und die Unzuverlässigkeit in den äußeren Beziehungen. Dieser „Ausbildung des parlamentarischen Regimentes" gegenüber,

---

*) Bekanntlich konnten nach diesen Gesetzen die Strafen für Preßvergehen auf 50,000 Fr. und zur Deportation gesteigert werden. Allerdings kamen nicht alle Bestimmungen dieser Gesetze zur Ausführung, weil das Ministerium Broglie wegen Verwerfung der Reduktion der Renten abtreten mußte (5. Februar 1836), worauf Thiers die Präsidentschaft übernahm

**) Die Kammern hatten bekanntlich lange Zeit die Fonds für die Bewaffnung der Werke verweigert und erst im J. 1846 dafür 18 Millionen Franken bewilliget. Zur Zeit dieser Bewilligung jedoch waren manche Forts schon ganz ansehnlich bewaffnet. Der Verfasser weiß, daß in mehreren Gießereien viele schwere Geschütze gefertiget, als Handelsgut versendet und heimlich in die Forts gebracht worden sind.

schuf sich der König seine eigene geheime Regierung. Diese war besonders in der Behandlung der internationalen Angelegenheiten sehr thätig, und die geheimen Mittheilungen an andere Höfe, die geheimen Instruktionen der Gesandten und deren geheime Berichte an den König widersprachen oft schnurstraks den amtlichen Schriftstücken. Frankreich war schwach durch seine innern Zustände; der König mußte dieser Schwäche Rechnung tragen, aber er durfte sie der Nation nicht bekannt werden lassen. Das Doppelspiel erklärt uns viele Unbegreiflichkeiten jener Zeit; es war dem Bürgerkönig nothwendig, aber die leidige Nothwendigkeit war von der Herrschsucht der unfähigen Bourgeoisie verschuldet. Die besten Männer unter den Abgeordneten konnten daran nichts ändern, denn es währte sehr lange Zeit; ehe aus den Zänkereien um Portefeuilles eine wirkliche Opposition entstund, eine Opposition nicht gegen dieses oder jenes Ministerium, sondern gegen das herrschende System.

Unter der Herrschaft der Bourgeoisie wurde die Concentrirung aller Verhältnisse immer schroffer und enger; die Zahl der Beamten (Fonclionaires) und der Angestellten (Employés) wurde fabelhaft erhöht und so entstund die verächtliche Stellenjägerei, welche nicht nur die Verwaltung der öffentlichen Angelegenheiten, sondern selbst die mittleren und die höheren Schichten der Gesellschaft entsittlichte. Während viele Tausende aus den Steuern des Volkes, theilweise bis zur Ueppigkeit unterhalten und gefüttert wurden, kamen Krankheiten, Mißwachs, Ueberschwemmung, Theurung und Mangel an Arbeit in das gesegnete Frankreich, und abermals suchen wir vergebens ein thätiges Gefühl für die Bedürfnisse und für die Leiden des Volkes bei dessen Vertretern. Wir finden nur selten den Beschluß zu einer gemeinnützigen Einrichtung, aber wir finden eine Masse von Beschlüssen zum Vortheil der herrschenden Classe. Das ungeheure Budget wurde im Fluge bewilliget und die Entwürfe der Finanzgesetze, mochten sie die Steuerpflichtigen, besonders in den untern Classen, noch so

hart belasten, sie waren der raschen Annahme gewiß, wenn sich der Vortheil der Abgeordneten oder ihrer Angehörigen herausstellte. Die materiellen Fragen wurden schamlos ausgebeutet; in der Behandlung der Sklavenfrage erschien bei den Liberalen keine Spur einer edleren Auffassung, und in der damit zusammenhängenden Frage der Fabrikation und der Einfuhr des Zuckers waren fast alle Abstimmungen aus persönlichen Beweggründen gezogen. Frankreich war mit Herstellung von Eisenbahnen hinter andern Ländern zurückgeblieben, und als es diese Verkehrswege in großem Maßstabe herstellte, da wurden die Concessionen, selbst für die wichtigsten Linien, an reiche Banquiers unter so günstigen Bedingungen gegeben, daß der Staat viel wohlfeiler selber gebaut hätte. Diese Banquiers hatten wieder ihre Schützlinge; die Abgeordneten stunden ohnedem mit ihnen in Verbindung und so wurde, um die Reichen noch reicher zu machen, ein frevelhaftes Spiel mit den Staatsgeldern und mit dem Vertrauen der kleinen Capitalisten getrieben. Im Jahre 1843 wurden 26 Millionen Fr. für Straßen, für Werke der inneren und der äußeren Schifffahrt bewilliget, aber bei der Vertheilung dieser Summe auf die einzelnen Unternehmungen wollte jeder Abgeordnete für sein Departement, für seine Stadt, oder selbst für seine Besitzungen oder die seiner Angehörigen irgend etwas herausdrücken. Diese zahllosen, in ihrer Unverschämtheit und ihrem Unsinn fast naiven Forderungen erregten selbst das Gelächter der Kammer. Die Vertreter der Bourgeoisie verhöhnten sich selber, wo sie mit Ernst und Würde hätten eintreten müssen.

Die Uebergriffe der Ausgaben über die Einnahmen erschreckten die liberale Partei. Diese Deficits wären aber ein kleines Unglück gewesen unter einer andern Verwaltung; ein unendlich viel größeres Unheil war die furchtbare Corruption, welche in allen Verhältnissen sich zeigte. Wie zur Bereicherung Einzelner, so wurden zu Wahlbestechungen die materiellen Interessen verwendet, und zwar notorisch und offen in jeglicher

Form. Aber die Partei wollte nicht die Unterdrückung des Unwesens. Wohl erklärte sie im Jahre 1843 mehreremal die Wahl von Laffitte für ungiltig, aber dabei wurde nicht die Unsittlichkeit des Verfahrens hervorgehoben, sondern nur praktisch politische Bedenken. Der eigentliche Beweggrund war die Abneigung gegen die Persönlichkeit des Gewählten, welcher im Beginn des Bürgerkönigthums der Bourgeoisie, zu welcher er selbst gehörte, das Gefährliche ihres Treibens und die Unhaltbarkeit ihrer Herrschaft gezeigt, welcher kurz vorher die gerechten Forderungen der Kirche unterstützt hatte*). Es wurden allerdings Gesetze gegen Corruption und Wahlbestechung in Antrag gestellt, aber diese Anträge wurden regelmäßig verworfen.

Die französischen Gerichte hatten noch ihre Unabhängigkeit bewahrt und vor diesen Gerichten wurden Prozesse geführt, welche gegen das Regime der Bourgeoisie die Verachtung von ganz Europa hervorriefen. Die Prozesse von Lehon und Hourdequin brachten eine lange Reihe von Unterschlagungen und Betrügereien zur Oeffentlichkeit und Frankreich sah, daß nicht einmal mehr die Heiligkeit der Depositen geachtet wurde. Unzählige Criminalprozesse brachten die Betrügereien der Be-

*) Laffitte hatte seinen Wählern versprochen, ihrem Departement eine Eisenbahn zu verschaffen. Er hatte damit nicht mehr gethan als alle andern; denn solche Versprechungen an die Wähler waren damals ein allgemeiner Gebrauch. Laffitte mit seiner nervösen Reizbarkeit, mit seinen schönen, fast aristokratischen Formen neigte sich zu den demokratischen Principien, aber er war ein reiner Charakter. Bekanntlich war er der Freund des Herzogs von Orleans; er hat diesem sein kolossales Vermögen geopfert, aber der Bürgerkönig ließ ihn zu Grunde gehen. Dieselbe Kammer, welche die Wahl Laffitte's viermal verworfen hatte, wählte ihn bald nachher noch zu ihrem Präsidenten kurz vor seinem Tode. Er starb am 26. Mai 1844 und sterbend sprach er die berühmt gewordenen Worte: „Ich bitte Gott und die Welt um Verzeihung wegen meines Antheils an der Revolution.“

amten an den Tag, und der Prozeß gegen den Minister Teste und den General Cubières führten Enthüllungen herbei, welche die ganze Verwaltung als Theilnehmer der allgemeinen Corruption bezeichneten. Daß diese Corruption die höhern Schichten der Gesellschaft vollständig ergriffen habe, das wurde wahrscheinlich durch das Verfahren gegen den Herzog von Praslin, welcher durch einen zweifelhaften Selbstmord dem Tod auf dem Blutgerüste entging. Im Anfang des Jahres 1847 enthüllten zwei große Criminalprozesse gegen eine Masse betrügerischer Beamten in Rochefort und in Toulon, und in Paris gegen einen hochgestellten Mann, welcher den Staat um eine halbe Million betrogen hatte, den Zustand der Sittlichkeit in den Kreisen, welche über die Geschicke Frankreichs entschieden, und in demselben Jahre 1847 behauptete Emil de Girardin: die Regierung habe die Verleihung der Pairswürde für 80,000 Fr. ausgeboten. Er wurde vor den Gerichtshof der Pairskammer gestellt, aber diese umging die Erörterung der Thatsache und der Angeklagte wurde freigesprochen nach kurzer Berathung. Derselbe Emil de Girardin erzählte später eine Prellerei des Handelsministers; er erzählte wie die Postmeister einen Gesetzentwurf mit 1,200,000 Fr. bezahlt haben; und eines der größeren Blätter, der National, machte ausführliche Mittheilungen über den Gesetzentwurf für eine Eisenbahn, welchen ein ehemaliger Präfekt bei einem Minister gegen ein Honorar von 450,000 Franks förmlich bezahlt haben sollte. Wurde nun auch viel Unwahres und Uebertriebenes berichtet, so bleibt immer höchst bedeutend der Umstand, daß fast alle Preßprozesse zu Gunsten der Angeklagten entschieden wurden, daß die Anklagen „wegen Corruption" sich drängten und daß fast in jedem Prozeß die gerichtlichen Verhandlungen ganz abscheuliche Thatsachen von Veruntreuungen, Prellereien und Unterschlagungen herausstellten. Die leidigen Manöver auf der Börse waren aller Welt bekannt und ebenso allgemein war es bekannt, daß gewisse Minister großen Antheil nahmen an dem heillosen

Spiele, in welchem ihre Stellung gerade sie nicht nur gegen jeden Verlust schützte, sondern ihnen den Gewinn sicherte. Da war die Empörung der ehrenhaften Menschen doch wohl begründet, und wenn bei den Aufständen in Toulouse auf den Fahnen der Volkshaufen geschrieben stund: „Nieder mit den Dieben", so war dieß nur ein Ausdruck der gerechten Entrüstung des Volks.

Als die äußersten Liberalen sich allmählig zu den Republikanern gesellt hatten, da wollten beide die Bourgeoisie untergraben, damit die Herrschaft ihnen zufalle. Sie wollten den Körper in seinem Haupt angreifen und ihre Angriffe waren daher gegen die Person des Königs gerichtet. Schon früher wurden Urkunden veröffentlichet, die sich auf den Aufstand Didier's in Grenoble im Jahre 1816 bezogen. Diese Dokumente deuteten an, daß der damalige Herzog von Orleans mit den Führern des Aufstandes in Verbindung gestanden habe; und angebliche Briefe des Königs an Talleyrand enthielten das Versprechen, Algerien aufzugeben aus Rücksicht für England. In den Preßprozessen, die darüber entstunden, sprachen die Geschworenen das „Nichtschuldig" aus. Der geheimnißvolle Tod des Herzogs von Condé ließ, ungeachtet der richterlichen Entscheidung, in dem Volke unheilvolle Vermuthungen zurück. Französische und andere Blätter sagten aus: der König Louis Philipp und der Präsident Jackson hätten den betheiligten amerikanischen Kaufleuten die angesprochene Entschädigung für sehr niedrigen Preis abgekauft, und jener habe dann die Anerkennung und die Bewilligung dieser Entschädigung im Betrag von 25 Millionen Fr. in der französischen Kammer durchgesetzt. Aehnliche Geschichten wurden noch viele in Umlauf gebracht. Die meisten derselben sind übertrieben, entstellt oder vollkommen unwahr; aber sie erreichten ihren Zweck. Der Bürgerkönig erschien der Masse des Volkes nicht mehr als ein Fürst, welcher von dem Drang der Umstände zu einem System, welches er selbst nicht billigte, genöthiget wurde; sondern er schien als ein Mann in seinem

als ein Mann in seinem Eigennutz so gemein und in seiner Habsucht so gewissenlos, als ob er ein gewöhnlicher Bourgeois wäre.

In der ersten Hälfte des Bürgerkönigthums war in Frankreich eine Literatur entstanden, so frech, so über alles Maß sittenlos und schmutzig, wie keine andere Zeit und kein anderes Land je eine solche gekannt hat. Diese Literatur, früher von der „guten Gesellschaft" gelesen, war gegen das Ende der Regierung Louis Philipps allerdings gänzlich verschollen, aber wie sie nur aus einer furchtbaren moralischen Versunkenheit entstehen konnte, so hat sie ohne allen Zweifel in gewissen Kreisen die ungeheure sittliche Verkommenheit gefördert, welche in den berühmten Skandalprozessen zu Tage trat*). Wir wollen hier unter vielen andern nur erinnern an den Prozeß Dujarrier-Beauvallon, der in unehrlichem Zweikampf seinen Gegner getödtet hatte, an den Mord der Herzogin von Praslin durch ihren eigenen Gatten, an den Ehescheidungs-Prozeß des Grafen Mortier, an den Selbstmord des Grafen Bresson, an die vielen Prozesse gegen Menschen der besseren Classe, wegen Ermordungs-Versuchen zwischen Gatten und zwischen nahen Verwandten. Die Presse sorgte dafür, daß alle diese Skandalgeschichten so recht in das Volk kamen, und wenn diese Presse auch viele Unwahrheiten und Entstellungen berichtete, so zeigte sie doch immer den Abgrund der sittlichen Versunkenheit und das um so mehr als, wir haben es schon erwähnt, die anhängig gemachten Preßprozesse nur selten zu Gunsten der Kläger entschieden wurden. Das Ansehen der

*) Der Verfasser erinnert sich noch sehr wohl dieser scheußlichen Literatur. Er las die Bücher in einem Leszirkel, welcher unter der Protektion einer hohen Dame stand, die in allen Beziehungen achtbar war. Er will nur die Titel einiger solchen Romane nennen, die man jetzt mit Ekel und Entrüstung bei Seite werfen würde, die aber damals ein großes Publikum fanden: „L'âne mort et la femme guillotiné; La danse Macabre; Le Hussard de Chartre etc.

Gerichte bestätigte den Zerfall der Sitten in der sog. guten Gesellschaft.

Die Legitimisten verstanden allerdings nicht die Zeit und nicht die Lage der Dinge; sie machten manch lächerliches Zeug, wie z. B. die politisch-romantische Wallfahrt nach London; aber auch ihre Feinde mußten zugestehen, daß, nur wenige Ausnahmen abgerechnet, in ihren Kreisen sich die Ehrenhaftigkeit der Gesinnung und das Gefühl der Sittlichkeit mehr erhalten hatte als in andern. Den sog. „reinen Legitimisten“ wurde nachgeredet, daß sie eine religiöse Aufreizung der Massen versuchten. Wohl ist es wahr, daß die besten Männer dieser Partei nicht Mühen und nicht Opfer scheuten, um die religiösen Empfindungen des Volkes zu erhalten oder zu wecken. Ihre Väter hatten die furchtbaren Folgen des Unglaubens und der Unsittlichkeit schrecklich erfahren. Vor der großen Revolution am Ende des 18. Jahrhunderts war es der Hofadel, welcher in seiner Ueppigkeit die Lehren der sog. Philosophen aufnahm und in das Leben führte. Die Glieder dieses Adels wurden ihrer Güter beraubt, sie mußten in fremden Ländern ihr kummervolles Leben mit untergeordneten Diensten und unter harten Entbehrungen fristen oder sie mußten unter dem Fallbeil verbluten. Derselbe Unglaube und dieselbe Unsittlichkeit verbreitete sich jetzt wieder in allen Schichten der Gesellschaft; die gleichen Ursachen müssen früher oder später die gleichen Wirkungen hervorbringen, und darin lag wahrlich eine genügende Rechtfertigung des religiösen Strebens der Legitimisten. Die Universität, d. h. die Staatsbehörde, hatte das Recht der Aufsicht und der Prüfung über alle Schulen; die Ausübung dieses Rechtes gestaltete sich zu einer speciellen Leitung derselben. Der gesammte Episcopat aber klagte bitter, daß unter dieser Leitung der Unglaube gelehrt werde bis zum vollkommenen Atheismus, und mit den Bischöfen beklagten einsichtsvolle Männer die Entchristlichung und die [Ent]sittlichung ihrer Jugend. Die Legitimisten forderten die

Freiheit des Unterrichtes, während die Liberalen durch ein besonderes Gesetz den Einfluß des Klerus auf die Schulen gänzlich aufheben und sie unbedingt der alleinigen Aufsicht der Staatsbehörde unterwerfen wollten. Wenn nun in den Kammersitzungen von 1844 die Verhandlungen über die Schulfrage besonders lebhaft waren, und wenn Villemain und Cousin mit ihren Anträgen nicht durchdringen konnten, so zeigt dieß nur, daß die verständigeren Glieder der Bourgeoisie die drohenden Gefahren erkannten. Die Masse des Volkes war noch nicht ohne Religion, die reiche Bourgeoisie fürchtete diese Masse und ihre Furcht war begründet.

Die sog. klerikale Partei erfocht in der Pairskammer einen Sieg; sie setzte es durch, daß die sog. kleinen Seminarien von der Aufsicht der Universität entbunden und unter die ausschließliche Leitung der Bischöfe gestellt wurden. Wenn nun die Regierung selbst ein Gesetz vorlegte, welches diese Anstalten von allen öffentlichen Lasten befreien und 8000 Freistellen errichten sollte; wenn sie die Gesetze gegen die religiösen Orden gar nicht oder doch nur unvollständig vollzog und wenn sie die Errichtung von Klöstern nicht unbedingt hinderte; so ging diese Duldsamkeit aus der Ueberzeugung hervor, daß man doch die religiösen Empfindungen des Volkes schonen müsse, daß die drohenden Gefahren nur allein durch Hebung der Religiosität abgewendet oder gemildert werden und daß Gott ergebene Priester allein die Verkommenheit der Gesellschaft bewältigen könnten. Den Klerus wollten die verständigern Glieder der herrschenden Partei verwenden, um nach Möglichkeit ihre eigene Partei zu sichern.

Auch gegen Ende des Bürgerkönigthums waren die internationalen Verhältnisse von Frankreich nicht glänzender geworden. Die Vermählung des Herzogs von Montpensier mit einer spanischen Prinzessin ließ wohl eine Vergrößerung des französischen Einflusses voraussehen, aber am Ende war sie, wie heutzutage die Dinge liegen, doch nur ein Akt der Hauspolitik. Die freundlichen Verhältnisse mit Rußland

waren erwiesen durch das bedeutende Anleihen, welches die französische Bank von dem Czaren erhielt; aber eben die Annahme dieses Anleihens war durchaus nicht geeignet, um das Ansehen von Frankreich zu heben. Der eidgenössische Bundesvertrag vom 8. September 1814 war unter Gewährleistung der großen Mächte zu Stande gekommen und die ganze Gestaltung der Schweiz war festgestellt worden durch die Akte der Großmächte, zu welcher die Tagsatzung am 27. Mai 1815 feierlich ihren Beitritt erklärte. Durch diese Gewährleistung und mehr noch durch die dreihundertjährigen engen Beziehungen zu der Schweiz war Frankreich vor allen andern Mächten berufen, den erwähnten Bundesvertrag aufrecht zu halten. Als dieser nun von den Radikalen in der Schweiz umgeworfen worden, so war es ganz in der Ordnung, daß die französische Regierung sich mit den anderen Garanten, und also auch mit Oesterreich, in's Benehmen setzte, welches nächst Frankreich am meisten bei der Sache betheiliget war. Hätte Frankreich zur Ausübung seines internationalen Rechtes offene Schritte gethan, so hätten diese in sich selbst ihre Rechtfertigung gefunden. Aber die Umwege und die politische Geheimnißkrämerei riefen gegen das französische Ministerium bittere Beschuldigungen hervor. Eine Regierung, sagte man, welche durch die Revolution geworden, könne sich nicht in die inneren Händel eines anderen Landes einmischen und am wenigsten könne sie dort die Principien bekämpfen, welchen sie ihre Entstehung verdanke und welche sie in dem eigenen Lande aufrecht halten müsse. In allen Classen der französischen Bevölkerung war der Glaube verbreitet: das Kabinet von Paris habe die Stiftung des Sonderbundes betrieben; es habe diesem den bewaffneten Widerstand gerathen und es habe ihn mit Geld und mit Kriegsbedürfnissen unterstützt. Die wahren oder unwahren Beziehungen zu den Händeln der Schweiz wurden noch besonders ausgebeutet, als die Großmächte sich gegen den drohenden Radikalismus erhoben, als Frankreich theilnahm

an dieser Erhebung und die Absperrung seiner Grenzen gegen die Schweiz beschloß. Als der Minister Guizot, um das Verfahren des französischen Ministeriums zu rechtfertigen, sich auf die Verträge von 1815 berief, so hielt man ihm entgegen, daß die Einverleibung der freien Stadt Krakau in die österreichische Monarchie eine schreiende Verletzung dieser Verträge gewesen, und daß gegen diese das Kabinet der Tuilerien nichts gewagt habe als höchstens eine schwache und deßhalb unfruchtbare Einsprache. Die Berufung auf die Verträge vom J. 1815 aber war an und für sich schon in dem Sinn der Franzosen eine nationale Versündigung. Diese und andere Vorwürfe gegen die äußere Politik der Regierung erhob die liberale Opposition, welche vor Allem die äußere Politik zum Angriffspunkt wählte.

Was wollte diese liberale Opposition? Sie wollte eben auch den Grundgedanken ihrer Partei ausführen; sie wollte, der königlichen Gewalt und der Masse der Nation gegenüber, das parlamentarische Regiment und mit diesem die Herrschaft der Bourgeoisie feststellen. Weiter sehend als die andern Bruchtheile der Partei, erkannte sie die Gefahren, welche aus der allgemeinen Gährung für sie hervorgehen mußten, und sie erkannte, daß die allgemeine Unzufriedenheit vergrößert und die Gährung bis zu einem Ausbruch gesteigert werden müsse, wenn gewisse Ideen nicht ihre Geltung, gewisse Forderungen nicht ihre Befriedigung erhielten. Wohin ein solcher Ausbruch führen werde, das konnte sie so wenig, als irgend ein Sterblicher voraussehen; aber sie wußte, daß in keinem Fall eine große Bewegung dem liberalen Regiment Vortheil bringen, daß sie vielmehr dasselbe vollkommen brechen könnte. In den Reihen der Opposition stunden ehrenhafte und umsichtsvolle Männer, welche mit Kummer das Herannahen einer Katastrophe erkannten, deren Wirkung sich jeder Berechnung entzog. In aufrichtiger Liebe für ihr Vaterland wollten diese Männer die Gährung aufheben; sie wollten die Unzufriedenheit beschwichtigen; sie wollten die Nation ver-

söhnen, darum verlangten sie, daß man den billigen Forderungen des Volkes genügende Zugeständnisse mache und, weil sie nicht anders zu erwerben waren, so wollten sie diese Zugeständnisse erzwingen.

Die Legitimisten stellten sich in diese Opposition, aber auch mit solcher Verstärkung konnte diese nicht glauben, daß ihre Kraft und ihre Mittel hinreichten, um das, was sie wollte, zu erringen und darum verband sie sich mit den Demokraten. Sie wußte wohl, daß die gemäßigten Männer dieser Richtung, so wenig als sie selbst, eine gewaltsame Revolution hervorrufen wollten, sondern daß sie nur eine weitere Ausdehnung der Volksrechte zu erzwingen gedachten. Mit diesen Demokraten konnten die besten Männer gehen in allen Ehren. Die Republikaner jedoch fürchteten sie nicht, sie glaubten vielmehr, daß diese von den Umständen gezwungen würden, ihren Absichten zu dienen. Darin aber täuschte sich die liberale Partei; denn überspannte Republikaner hatten ihre geheimen Gesellschaften über ganz Frankreich verbreitet, um mit diesen eine sociale Bewegung zu machen. Die Anfänge einer solchen waren angezeigt durch die Arbeiter-Unruhen in St. Etienne, in Elbeuf, in Lyon, in Nancy, so wie an vielen anderen Orten, und ein Communistenproceß, im J. 1847 mit äußerster Strenge geführt, hatte das Ziel der geheimen Gesellschaften so ziemlich deutlich herausgestellt.

Die Theurung des J. 1847 hatte in Frankreich wieder viel Elend gemacht, aber die Habsucht der reichen Bourgeoisie ließ sich dadurch nicht beirren. Die Unternehmungen der Eisenbahnen wurden zur schmählichsten Agiotage benützt und die Kammern bewilligten nicht weniger als 300 Mill. Fr., um diese Unternehmungen, also um das Börsenspiel zu unterstützen. Mit solcher Summe hätte viel Elend gemildert, hätte viel Gutes bewirkt werden können und die Eisenbahnen wären dennoch gebaut worden. Die Noth steigerte die Unzufriedenheit und den Mißmuth, und in der Zeit dieser dumpfen gefährlichen Gährung hatte die Vertretung sich nicht aus ihrer

Armseligkeit erhoben, und sie widmete auch jetzt wieder nur geringe Aufmerksamkeit den Leiden der Armen. Die Kammern verhandelten über Marocco und Tahiti; die Reichen gewannen Geld auf der Börse; die Reichsten erschienen in dem Uebermuth ihrer frivolen Ueppigkeit, und ganze Massen des Volkes, und zwar nicht nur in den untersten Classen, lebten in Hunger und Kummer. Wenn der hungrige Arbeiter sich nicht ein Brod kaufen konnte, so mußte das Delikatessen-Magazin neben dem Bäckerladen seinen Mißmuth zum Grimm steigern; und wenn er, mit seiner zerrissenen Blouse bedeckt, an den Schaufenstern einer Modehandlung stehend, einen alten oder einen jungen Elegant sah, wie er seiner Maitresse einen Shawl kaufte für eine Summe, von welcher zwanzig Familien einen Monat lang hätten leben können, so mußte er da wohl das Eigenthum für Diebstahl halten. Wahrlich die reiche Bourgeoisie hat den Communismus gepflanzt und gezogen *).

Die große Mehrheit der Franzosen beurtheilte mit gesundem Sinn den Charakter des bestehenden Regimentes: sie erkannte darin die Grundursache der bedenklichen Lage des Reiches; und darum strebte diese Mehrheit dahin, daß die Herrschaft des Reichthumes durch eine größere Ausdehnung der Ausübung politischer Rechte gebrochen und daß der Einfluß des Besitzes in vernünftige Schranken zurückgedrängt werde. In der Zeit der bittersten Noth war es Duvergier de Hauranne, welcher in der Kammer den Antrag stellte auf Vorlegung eines gerechten und zweckmäßigen Wahlgesetzes.

---

*) Der Communismus in Frankreich war übrigens schon viel früher vorbereitet und besonders auch von zahlreichen und theilweise geistreichen Schriften. Die glänzend geschriebene Flugschrift des Abbé Lamennais „Le livre du peuple“ 1838 wurde in den unteren Volksschichten viel gelesen und hat eine Wirkung hervorgebracht, wie der Verfasser sie wohl nicht vermuthet und auch nicht beabsichtigt hat.

Der Antrag wurde verworfen, aber bald hörte man ein allgemeines Geschrei nach der Reform. Bei den sogenannten Reformbanketten waren es Männer aller politischen Richtungen, welche in dem Ruf nach einer bessern Gestaltung der Vertretung sich einigten, und in diesen Versammlungen zeigten alle Reden durch Ton und Inhalt bereits die Ausbrüche der Gährung. Als der Bürgerkönig zum leztenmal (28. Dez. 1847) die Sitzung der Kammern eröffnete, da zeigte er nicht mehr seine gewohnte Zuversicht, aber Guizot meinte noch mit Herabsetzung der Brieftaxe, mit Verminderung des Salzpreises und andern kleinlichten Mitteln den Sturm beschwören zu können. Mit der jämmerlichen Adresse war die Kammer abgestorben, denn von nun an blieb sie Allem fremd, was geschehen sollte und was geschah.

Niemand wünschte eigentlich den raschen Ausbruch des Sturmes. Noch im Anfang des J. 1848 verschoben die Republikaner diesen Ausbruch auf eine spätere Zeit. Die geheimen Gesellschaften verhielten sich ruhig; auch die liberale Opposition wurde durch diese Ruhe getäuscht; aber als diese am 23. Februar 1848 mit dem großen Reformbankett zu Paris die Hauptdemonstration gegen die Regierung unternahm, da brachen die geheimen Gesellschaften mit ihren Anhängern los; denn ihre Führer hatten richtig die Schwäche der Bourgeoisie und die Unentschlossenheit der Regierung erkannt. Der größere und der bessere Theil des Volkes fürchtete jede gewaltsame Umwälzung; das Heer war in ungleich besserem Geiste als achtzehn Jahre zuvor; die Regierung war vorbereitet; sie hatte alle Mittel zur Vertheidigung der bestehenden Ordnung; aber sie hatte nicht das Geschick, um diese Mittel zu gebrauchen. Von den Forts, die theilweise schon bewaffnet waren, war nicht ein einziger Kanonenschuß gefallen; aber der König Louis Philipp hatte all seine Besonnenheit verloren; er floh, ehe noch die Nothwendigkeit ihn drängte, und — das Bürgerkönigthum war vernichtet.

An dem Tag vor dem Ausbruch der Revolution — am

22. Februar 1848 erhob Duvergier de Hauranne eine Anklage gegen die Minister. Er sagte, Frankreichs Ehre und Interessen nach außen seien nicht gewahrt, die Gewähren der Freiheit seien gefälscht und die Rechte der Bürger seien angegriffen worden. Durch systematische Corruption habe man versucht, an die Stelle des freien Ausdruckes der öffentlichen Meinung die Berechnungen der Privatinteressen zu setzen; man habe mit allen Attributen und Vorrechten der Staatsgewalt einen schmählichen Handel getrieben und man habe alles angewendet, um das Repräsentativsystem zu verfälschen. Die Staatsfinanzen, sagte die Anklage ferner, seien geschädiget, die Größe Frankreichs sei compromittirt, und die Masse der Nation sei gewaltsam der Rechte beraubt worden, welche durch Verfassung, Gesetze und Geschichte gewährleistet seien. Die Regierung, so schloß die Anklage, habe durch ihre Politik die Errungenschaften zweier Revolutionen in Frage gestellt und sie habe eine arge Verwirrung in das Land geworfen. Sind diese Anklagen nun auch in Vielem übertrieben, so enthalten sie doch unbestreitbare Wahrheiten. Aber von den Männern, welche das Aktenstück unterschrieben, waren viele nicht ohne Schuld an der Verwirrung, welche sie jetzt einem einzelnen Ministerium zur Last legten.

Die liberale Bourgeoisie hatte für die Herrschaft nicht die Hingebung und nicht den überkommenen Sinn einer wirklichen Aristokratie; sie war keine Körperschaft; ihre Glieder brachten die Interessen ihres besonderen Berufes und die Auffassungen ihrer gesellschaftlichen Verhältnisse in die Regierung und sie nöthigten diese zu Intriguen und zu verderblicher Geheimnißthuerei. Die herrschende Classe schmeichelte dem Volk, aber sie verachtete es; sie achtete nur den Reichthum*), aber ihre Eitelkeit forderte Auszeichnungen und

*) Casimir Perier war der rechte Repräsentant der Bourgeoisie. Er haßte den Adel, weil er ihm nicht angehörte, und er verachtete

sie meinte die Kraft und die Intelligenz der Armen müßte ihr dienen für Geld. Außer der Herrschsucht hatte sie kein einheitliches Princip und darum spaltete sich die liberale Partei. Die Herrschaft war ihr zugefallen, aber sie wußte diese Herrschaft nicht zu führen und darum vermochte sie auch nicht deren Erhaltung.

So war die achtzehnjährige Herrschaft der liberalen Bourgeoisie und so war ihr unvermeidliches Ende.

---

die unteren Classen des Volkes, weil sie nicht reich sind. Seine edlen Züge wurden gar oft durch seine maßlose Heftigkeit verzerrt; seine Energie war häufig nur Heftigkeit, aber er imponirte mit dieser. Im ruhigen Zustand konnte er sehr liebenswürdig seyn. Er war ehrgeizig, er wollte herrschen. Er war habsüchtig, er wollte sein großes Vermögen vergrößern. Er war ein Mann von praktischem Talent, er wollte dieses Talent geltend machen. Casimir Perier war groß in der Ausführung kleiner Dinge; aber er war zu verständig, um nicht gegen die Aufhebung der Erblichkeit der Pairskammer zu kämpfen. Im Jahre 1832 besuchte er mit dem Kronprinzen, dem Herzog von Orleans, die Cholera-Kranken in dem Hotel de Dieu, er holte dort die furchtbare Krankheit und starb am 15. Mai. Fast schon im Todeskampfe klagte er noch über den Verlust seiner Popularität.

XIV.

Fürstabt Balthasar von Fulda und die Stifts-Rebellion von 1576.

III. Der Abt und sein Restitutions-Proceß vor dem Reich.

Nach dieser Theilung war Alles, was zu Fulda zu geschehen hatte, geschehen und Balthasar begab sich nach Neuhof, wohin man, aus Furcht vor Uneinigkeiten des beiderseitigen Dienstpersonals, die früher für Fulda verabredete Hochzeit Leopolds von Strahlendorf mit der jüngsten Schwester des Abtes verlegt hatte. Bischof Julius gab Balthasar ein Stück Wegs das Geleite, und wie es scheint, wenig beruhigt über die Legalität des ganzen Verfahrens, machte er unterwegs das Anerbieten, ihm, wenn er den Schritt bereue, die Abtei zu lassen — ein Anerbieten, auf welches Balthasar kein Gewicht legte.

Die Hochzeit ging am 8. Juli zu Neuhof vor sich. Groß war die Zahl der Gäste. Als Würzburgische Gesandte thaten Velten Echter und Hans von Seinsheim die Verehrung, selbst von Korvei war der Abt gekommen. Die liebsten Gäste aber waren Balthasars Brüder, Wilhelm der Comthur des deutschen Ordens und Otto der Marschall, mit dem Kanzler Winkelmann. Sie kamen von Regensburg. In Gesellschaft der kaiserlichen Commissäre Eustachius von Lichtenstein und

Maximilian Ilsung hatten sie ihre Reise angetreten und brachten die Nachricht mit, daß betreffs der Restitution Balthasars schon am 28. Juni kaiserliche Mandate ergangen und die Commissäre bereits in Würzburg seien. Durch den Rath seiner Freunde, wie durch das Vorgehen des Kaisers selbst ermuthigt, entschloß sich Balthasar, die unwürdige Behandlung, die ihm von Seite seiner Unterthanen widerfahren war, nicht länger fortsetzen zu lassen, sondern die Kette der Gewaltthätigkeiten, mit welchen man ihn in Hammelburg gefesselt und im Lande herumgeschleppt hatte, zu brechen. Lieber wollte er einem gemächlichen Leben mit großem Jahresgehalt entsagen, als seinem Berufe zuwiderhandeln.

Als der Dombechant Neidhart von Thüngen nach Neuhof kam, um das wichtigste aller Schreiben, das an den Papst, unterzeichnen und siegeln zu lassen, und zu diesem Zwecke durch die Herrn von Riedesel und von Görtz wiederholt Audienz begehrte, erhielt er zur Antwort: wenn der Dombechant nicht warten wolle, so könne er heimziehen. Aergerlich über diese unerwartete Abweisung rief dieser dem Hermann von Urf von der Kutsche herunter zu: „Euer Herr hält sein gegebenes Wort nicht; jetzt will ich gehen, wenn ich aber wieder komme, dann soll das Blut in den Schloßgraben fließen." Auf die erste Kunde von der Sinnesänderung Balthasars ritt auch der heißblütige Berlepsch vor das Schloß zu Neuhof, drohte dem Abte zornig mit dem Finger und kehrte wieder nach Fulda zurück, wohin man die Ritterschaft von neuem zusammengerufen hatte. Allein Balthasar wankte nicht. Seine Brüder und Freunde riethen ihm, die erste freie Gelegenheit die sich ihm jetzt darbiete, zu benützen, um der Gefahr zu entgehen. Auch P. Peter vereinigte seine Bitten mit denen der Uebrigen. Dieser war vom P. Provinzial von Trier wieder nach Fulda gesendet worden, die Stelle des todtkranken Rectors P. Oswald zu versehen, und gerade vor der Nacht, in der man einen Angriff des Schlößchens fürchtete, nach Neuhof gekommen. Dort hatte er auch die kaiserlichen Com-

missäre getroffen, in deren Gesellschaft er sich nach Fulda begab.

Auf das einmüthige Zureden der Seinigen hin beschloß Balthasar denn die Flucht. Als die Neuvermählten und Hochzeitsgäste sich entfernt hatten, machte er sich am 12. Juli, nunmehr mit dem nöthigen Gelde versehen, nur von Wenigen begleitet, auf den Weg nach Hausen, dem nächsten, bei Salmünster gelegenen Mainzischen Dorfe, dessen Schlößchen ihm Aufnahme gewährte. Alsbald begrüßte ihn daselbst ein Herr von Hutten im Namen seines Gebieters, des Kurfürsten Daniel von Mainz.

So war denn Balthasar seinen Drängern entronnen, aber wie es sich bald zeigte, nur um sich in noch größere Bedrängnisse zu stürzen. Er sollte noch als Fremdling umherirren, bei klarem Rechte für die beste Sache zahllosen Schwierigkeiten begegnen, Noth und Verfolgung dulden, um durch seine unermüdliche Thätigkeit vor dem Reich und der Kirche ein leuchtendes Beispiel der Charakterfestigkeit zu seyn.

Die Mandate, welche die kaiserlichen Commissäre an den Bischof Julius und an das Domkapitel, die Ritterschaft und Städte des Stiftes Fulda gebracht hatten, waren allerdings sehr scharf. Sie bezeichneten den Act der Entsetzung als unerlaubt, der kirchlichen wie bürgerlichen Ordnung gleich gefährlich, den Reichsgesetzen widerstreitend und darum als null und nichtig; bedrohten die Urheber mit dem Verluste der kaiserlichen Gnade wie aller Lehen und Freiheiten, die sie vom Reiche oder Stifte besäßen, und citirten dieselben, sich wegen des Landfriedensbruches zu rechtfertigen. Allein Julius wußte dennoch die augenblickliche Wirkung der Mandate zu hemmen. Er erwiederte den Commissarien: Man thue ihm Unrecht, wenn man von ihm glaube, daß er in solch illegaler Weise zu Land und Leuten gekommen sei; er habe vielmehr im besten Glauben und um Balthasarn gefällig zu seyn, die Administration des Stiftes angenommen, die ihm nur materiellen Nachtheil bringe. Er könne es unmöglich mit seiner Ehre

vereinigen, ein so wohl erworbenes Recht, ohne durch ordentlichen Rechtsspruch verurtheilt zu seyn, aus den Händen zu geben; doch wolle er sich dem Kaiser persönlich zu Regensburg stellen.

Indessen setzte er zu Fulda aus Würzburgischen und Fuldischen Räthen eine Regierung zusammen, welche die Leitung der Geschäfte übernahm und mit Würzburg durch tägliche Postverbindung in engen Verkehr trat. Kapitel und Stift replicirten gleichfalls, als ihnen das Mandat zu Fulda insinuirt wurde, und sogar die freie fränkische Ritterschaft aller sechs Orte glaubte in Regensburg Schritte zu Gunsten der Buchischen thun zu müssen. Diesem allen wirksam zu begegnen, schickte Balthasar von Hausen aus in den Monaten Juli und August die erforderlichen Berichte an den Papst und an den Kaiser. Den Letzteren ersuchte er zugleich um einen Schutz- und Schirmbrief für seine Räthe zu Fulda, welche mannigfachen Anfeindungen ausgesetzt waren. Zuletzt reiste er selbst über Frankfurt nach Regensburg, dort seine Sache zu betreiben.

Als nämlich der Kaiser aus dem Berichte seiner Commissäre, sowie aus den Schriften der Parteien sah, daß Julius so leicht nicht nachgeben und mithin größere Ruhestörungen im Reiche verursachen, überhaupt die Sache nicht ohne Exekution abgehen würde, so beschloß er, die Frage vor die am Reichstage zu Regensburg versammelten Stände zu bringen. In einem deßhalb erlassenen Dekrete, in welchem er seinen Unwillen über den Frevel, sowie seinen Wunsch und Willen, ihn gebührend zu ahnden, nicht undeutlich durchblicken ließ, legte er denselben die nöthigen Aktenstücke vor mit der Auflage zu entscheiden, ob es nicht besser sei, das Stift vorerst unter Sequester zu stellen, bis die Sache durch kaiserlichen Spruch entschieden werde. Sowohl der Senat der Kurfürsten als auch der Fürstenrath stimmten darin mit dem Kaiser völlig überein, daß ein so unerhörter Vorfall streng zu bestrafen sei; aber darin gingen sie auseinander,

daß die Kurfürsten unbedenklich und einhellig sich äußerten, der Kaiser dürfe als jus vivum und als der einzige Schutzherr durchaus nicht nachgeben, sondern müsse gegen die Schuldigen vorgehen, bis sie Folge leisteten, die Kapitulare als die Haupturheber strenge bestrafen und den Abt sofort wieder einsetzen: daß dagegen die Fürsten und Gesandten der Abwesenden für eine nochmalige Erörterung mit abermaliger kaiserlicher Sentenz, falls keine gütliche Beilegung erfolge, und für die einstweilige Sequestration des Stiftes mit Zusicherung eines competenten Gehaltes für den Abt sich aussprachen. Die Fürsten gaben nämlich vor, sie hätten die Auseinandersetzung der Sachlage in ihrer großen unruhigen Versammlung nicht hören können und dürften darum nicht so schnell entscheiden. Der wahre Grund aber war, daß sie theils Unruhen im Reiche fürchteten, theils auch dem Protestantismus im Stift zu Hilfe kommen wollten, wie denn in der That mehrere protestantische Fürsten Balthasar unter den vortheilhaftesten Bedingungen den freilich vergeblichen Vorschlag gemacht hatten, der neuen Lehre rechtliche Existenz zuzugestehen.

So erließ denn der Kaiser am 5. Oktober 1576 zu Regensburg das Dekret, nach welchem das Stift dem Bischofe Julius abgenommen, durch einen kaiserlichen Administrator verwaltet und dem Abte der gebührende fürstliche Unterhalt ausgeworfen werden sollte. Zugleich forderte er, um die Sache entweder in Güte oder durch kaiserliches Urtheil zur Lösung zu bringen, die Parteien vor.

Obgleich nun diese Entscheidung mit den Reichsconstitutionen so wenig als mit dem kanonischen Rechte harmonirte, so glaubte Balthasar doch auf dieselbe eingehen zu müssen, da es ihm schien, als wolle der Kaiser auf solche Weise die Gemüther beruhigen und so seine Wiedereinsetzung erleichtern. Er that es jedoch nur unter der Verwahrung, daß die Abordnung eines Administrators seinem Rechte keinen Eintrag thue, und unter der Bedingung, daß man bei der

Wahl desselben auf eine ihm genehme Person reflectire und ihm das ganze Einkommen des Stiftes zuweise, wogegen er die Kosten der Administration tragen wolle, daß man Alles in dem Stande lassen, in welchem er es verlassen habe, und dem Kapitel und der Ritterschaft die Conventikel, sowie den Würzburgischen das Diffamiren verbieten wolle. Unterm 10. Oktober wurde hierauf der Deutschordensmeister Heinrich von Bubenhausen zum Administrator ernannt.

So hatte Julius für jetzt genug erreicht, indem das von den Kurfürsten einhellig gutgeheißene Mandat des Kaisers nicht zur Ausführung kam und mit demselben die unmittelbare Wiedereinsetzung Balthasars unterblieb. Allein noch mehr erlangte er durch den 12. October erfolgten Tod des Kaisers Maximilian und die Thronbesteigung Rudolphs. Die nächste Folge dieses Ereignisses war eine Verzögerung der Ausführung des Regensburger Dekrets vom 5. Oktober, d. h. der Uebernahme des Stiftes von Seite des Administrators. Balthasar unterließ zwar nicht, in dem offiziellen Gratulationsschreiben an den neuen Kaiser auch für seine Sache zu sollicitiren, leider aber war es ohne Erfolg. Denn war auch der jugendliche Kaiser fromm, gut und gerecht, so waren doch seine Räthe, wie Balthasar wiederholt an den Papst Gregor und Andere schrieb, zum Theile von Julius gewonnen. Das glaubte der Abt daraus schließen zu müssen, weil sie auf alle seine Vorschläge so wenig eingingen. Als es sich um die Wahl eines Administrators gehandelt, und er einen der drei geistlichen Kurfürsten dazu vorgeschlagen, hatten sie erwiedert, daß der Mainzer dem Bischof Julius wegen seiner Freundschaft mit Balthasar nicht genehm, die beiden andern aber zu weit entfernt seien. Da nun der Deutschordensmeister wirklich ernannt worden war, sprach Balthasar den Wunsch aus, daß demselben doch ein gut katholischer kaiserlicher Rath beigegeben werde. Der ernannte Administrator sei zwar ein guter Katholik, doch wegen seines hohen Alters könne er die Administration nicht per-

sönlich führen und darum könne leicht ein Anhänger der neuen Lehre sein Vertreter werden. Doch auch hierauf erhielt er nicht die gewünschte Resolution. Mit der Anweisung seiner Kompetenz und Residenz wurde er im schreiendsten Widerspruche mit allen früher vorgekommenen Sequestrationsfällen lange hingehalten. Man schien gleich auf einen Prozeß hinzuarbeiten.

Endlich nach längerem Zögern, nachdem Julius das Stift fast dreiviertel Jahre durch seine Regentschaft regiert hatte, sagte der Deutschordensmeister von Mergentheim aus am 12. März 1577 seine Ankunft in Hammelburg zur Uebernahme der Administration an. Bei der Uebernahme der Administration zeigten schon die ersten Maßnahmen, daß Balthasars Befürchtungen hinsichtlich der Person des Administrators nicht unbegründet waren. Als nämlich im Beisein der Räthe des Abtes Balthasar und des Bischofs Julius, des Kapitels und der Ritterschaft dem Administrator gehuldigt werden sollte, wollte das Kapitel dieß nur unter einer Klausel geschehen lassen, die eben so sehr geeignet war, bei dem Administrator und den Räthen Balthasars Bedenken zu erregen, als sie das revolutionäre Streben des Kapitels, sich zu Mitregenten aufzuwerfen, bekundete. Das Kapitel wollte der Huldigungsformel hinzugesetzt haben: „im Falle sich sonsten inmittels durch Todesfall oder andere Gelegenheit zutragen sollt, daß der Stift Fulda in seinen vorigen Stand gerathen oder erledigt würde, alsdann Niemand anders, denn dem Dechant und ganzem Kapitel zu Fulda als eurem väterlichen Erbherrn gewärtig zu sein, alles getreulich und ungefährlich.“ Nach zweitägiger Discussion ließ der Administrator ungeachtet seiner eigenen Bedenken unter Beschränkung der allgemeinen Phrase „oder anderer Gelegenheit“ mit Vorbehalt des kaiserlichen Consens, welcher jedoch verweigert wurde, die Klausel zu. Derselbe gestattete auch den Würzburgischen Gesandten, solche Verwahrungen einzulegen, daß alles Volk glauben mußte, es habe noch den Bischof als Herrn anzuer-

kennen, und solche Bemerkungen über Balthasar und dessen Anhänger durch die Würzburgischen Sekretäre zu verlesen, daß Balthasars Räthe nachträglich schriftlichen Protest einlegen zu müssen meinten. Bestätigt wurde diese Meinung noch durch die Art der Administration. Denn die Beamten, welche Balthasar früher berufen, die man aber alsbald nach der Katastrophe entfernt hatte, wurden nicht wieder eingesetzt, sondern die Würzburgischen belassen. Auch wurden durch Würzburgische Bedienstete die Einkünfte des Stifts und darnach die Größe der dem Abte zukommenden Competenz auf höchstens sechs tausend Gulden bestimmt. Kurz Heinrich von Bubenhausen stellte sich, wie er selbst gestand, mehr auf die Seite des Bischofs, seines Lehensherrn, als auf die des Abtes, den er vertrat.

So übel sich auch diese Dinge anließen, so wurde Balthasar deßhalb doch nicht entmuthigt. Mit der größten Sorgfalt wachte er, obgleich fern, über sein Stift. Vor Allem suchte er die katholische Religion, welche unter der Würzburgischen Regierung Vieles zu leiden gehabt, zu schützen. Einen Prädikanten, welcher als angeblicher Katholik von Julius empfohlen und vom Deutschordensmeister deßhalb zugelassen worden war, ließ er durch eine nach vielen Briefen erwirkte kaiserliche Verfügung aus der Stadt Fulda ausweisen, und als ihn seine Kapitulare, damit er in ihrer Kirche — nach ihrer Meinung die Stiftskirche — predige, alsbald zurückriefen, ließ er ihn noch zum andern Male ausweisen. Den Kapitularen und Rittern, welche durch Vermittlung Sachsens und Hessens dem Kapitel als Mitregenten Zutritt in die Kanzlei zu verschaffen suchten, begegnete er durch geeignete Schriften am gehörigen Orte. Ebenso suchte er die Ritterschaft in ihre Schranken zu weisen. Große Mühe verursachte ihm seine Competenz- und Residenzfrage. Diese wußte er nicht blos beim Kaiser, sondern auch bei dem Deutschordensmeister, auf dessen Bericht er am kaiserlichen Hofe vertröstet wurde, zu urgiren. Am 27. Juni erhielt er von Olmütz

aus die Erklärung: daß der Kaiser keine Mitregierung gestatten würde; daß der Ritterschaft ihre Zusammenkünfte untersagt und die Verpflichtung in Aussicht gestellt, sowie daß dem Administrator in der Person des Johann Ilsung ein Adjunkt beigegeben wäre. Was aber die Ueberantwortung des ganzen Einkommens des Stifts oder die Verordnung eines namhaften Theils und die Anweisung einer Residenz im Stifte anlangte, so wurde auf die Zusammenkunft verwiesen, welche der Kaiser den Parteien auf den 1. September nach Wien angesetzt hatte.

Freudig dankte der Abt in einem Schreiben vom 9. Juli und begab sich, nachdem er fast ein Jahr zu Regensburg zugebracht hatte, voll Hoffnung auf baldige Entscheidung nach Wien. Dort erschien auch Julius in eigener Person. Sie vertheidigten ihre Sache vor vier Commissären. Dabei stützte sich Balthasar besonders auf die erste kaiserliche Sentenz und auf das Regensburger Dekret und verlangte demgemäß seine Restitution. Das am 4. Dezember 1577 emanirte kaiserliche Dekret verschob zwar noch die Restitution Balthasars und ließ die kaiserliche Administration, bis die Angelegenheit durch einen summarischen Prozeß mit drei Schriften von sechs zu sechs Wochen erörtert sei, fortbestehen; es sicherte aber dem Abte außer der Summe, die Würzburg zu restituiren hatte, und außerdem, was nach Erlegung der Reichssteuer und Regimentskosten noch übrig sei, zehn tausend Gulden als Competenz zu und dabei, sofern der Administrator nichts einzuwenden hätte, Neuhof als Residenz.

So sollte es also nach fast zweijährigem Warten doch noch zu einem Prozesse kommen und das in einer Sache, die aus den vielen Wechselschriften so klar und aus dem Geständniß des Widerparts bestätigt war. Julius selbst entschuldigte sich ja, er habe blos angenommen, was die Fuldischen Stände dem Abte Balthasar abgenommen hätten. Es sollte zum Prozesse mit Julius kommen, mit welchem er doch eigentlich nicht wegen des Stiftes zu rechten hatte; und sum-

marisch sollte der Prozeß seyn, als ob man nicht wußte, daß er — einmal anhängig gemacht — endlos werden würde. Solche und ähnliche Gedanken mehr durchzogen nach den Briefen an Papst Gregor die Seele des Vielgeprüften, als er kurz nach Empfang des kaiserlichen Bescheids Wien verließ und über Nürnberg und Mergentheim, wo er die Ausführung des kaiserlichen Beschlusses bezüglich seiner Residenz zu Neuhof dem Deutschmeister dringend anempfahl, nach Aschaffenburg zu seinem Freunde, dem Kurfürsten Daniel reiste, um ihm das Erlebte zu erzählen. Dieser wies dem Heimathlosen sein Schloß in Seligenstadt zur Wohnung an.

Da Balthasar früher, selbst noch in seiner Verbannung, die Jesuiten viel unterstützt, dabei die Kosten großer Reisen getragen und, wie früher, den Unterhalt für seine Räthe und sein Hofgesinde zu bestreiten hatte, so war er bereits in die Lage gekommen, von erborgtem Gelde leben zu müssen. Dessenungeachtet stieß das kaiserliche Dekret hinsichtlich der Eröffnung einer Residenz auf Schwierigkeiten. Neuhof — so hieß es im Rescript des Administrators — sei zu nahe bei Fulda an der öffentlichen Heerstraße gelegen und der Anfeindung der Gegner Balthasars zu viel ausgesetzt. Ihm die Competenz zu bieten, das wurde unter allerlei Vorwänden als unmöglich hingestellt. Obgleich Balthasar sofort Bieberstein oder Mackenzell für Neuhof vorschlug, und die Möglichkeit ihm die Mittel zum Unterhalt zu schaffen nachwies, so ärntete er dennoch nichts als Spott und Hohn von Seiten seiner Kapitulare, die nun im Genusse eines fünftausend Goldgulden betragenden Einkommens ihr altes Leben lustig fortführten. So weit war es mit den trefflichen Mandaten Marimilians gekommen, so verlassen der Mann, in dem die Rechte der Prälaten wie der Fürsten, der Kirche wie des Reichs niedergetreten waren.

Allein hatte auch der Kaiser nachgelassen, so verfocht doch der Papst, damals Gregor XIII., den Abt mit aller Energie. Dem Bischofe Julius war schon am 15. September 1576 in

Kraft des heiligen Gehorsams und unter Androhung der Excommunication geboten, sofort das Stift dem zu übergeben, welchen der Cardinallegat Morone bezeichnen werde, und als Julius, diesem Gebote nicht genügend, dem Erfurter Suffragan-Bischof Elgard gegenüber sein gutes Gewissen vorschützte, so ließ Gregor, besonders durch die Erzbischöfe Daniel von Mainz und Jakob von Trier, denen er stets die Sache Balthasars als die gemeinsame aller deutschen Kirchenfürsten, ja wie seine eigene anempfohlen hatte, ihn dringendst ermahnen, auf seinen Ruf bedacht zu seyn. Er ließ dem Bischofe die geistreiche Aeußerung des hl. Augustinus vorführen, der auch jene heiligen Seelen tadelt, welche auf ihr gutes Gewissen pochend ihren Ruf rücksichtlos hintansetzen, da uns das gute Gewissen für uns selbst, der gute Name für Andere nothwendig sei. Als Julius entgegnete, daß gerade die Rücksicht auf seinen Ruf verbiete, das Stift Balthasarn zurückzugeben, da es bei der Zurückgabe den Anschein haben könne, als habe er dem Abte Unrecht gethan, so ließ der Papst ihm sagen: der Aufschub der Restitution sei ebenso unwürdig und rechtlos, als die Beraubung durch die Fuldischen Stände treulos. Darum könne Julius nur durch Restitution für seinen guten Ruf sorgen und dem bösen Gerede der Menschen ein Ende machen. Ehre habe er genug, wenn er für seine Heerde sorge.

Den Abt Balthasar tröstete der Papst, Gott prüfe zugleich dessen Geduld und seine, des Papstes, Liebe, die indessen niemals ermüden werde. In heiliger Entrüstung rief er aus: O wäre doch dein Stift in meinem Gebiete; entweder wäre dieser Act nicht vorgekommen oder er wäre keinen Augenblick geduldet worden! Darauf bittet er ihn, den Muth nicht sinken zu lassen, sondern wie es für den beherzten Mann sich zieme, alle Unbild der Menschen und der Zeiten standhaft zu ertragen. Doch bei solchen Tröstungen ließ es der Papst nicht beruhen. Zwar gab er dem Ansuchen Balthasars keine Folge, mit der Vollziehung der Excommunication

gegen Julius vorzugehen und dessen Kapitel unter Androhung derselben geistlichen Strafe eine Neuwahl anzubefehlen, weil dieser Schritt leicht zu Verwickelungen hätte führen können, selbst wenn die Gefahr eines Abfalls von Seite des Bischofs nach der Versicherung Balthasars nicht im geringsten zu befürchten gewesen wäre, und dieser Vollzug kirchlicher Strafgewalt bei Protestanten wie bei Katholiken nur gut würde aufgenommen worden seyn. Aber er unterließ doch auch sonst nichts, was immer den Kaiser und die katholischen Stände veranlassen konnte, des unterdrückten Abts sich anzunehmen und seine Restitution zu erwirken.

Sogleich beim Beginne der Weiterungen band Gregor dem Decane des Kardinalcollegiums, dem Legaten Morone, auf die Seele, Balthasars Sache zu fördern, und nach dessen Zurückberufung schickte er keinen Nuncius nach Deutschland, dem er nicht der Reihe nach als Hauptangelegenheit die Restitution des Abtes von Fulda empfohlen hätte. So war es bei Johannes Delphinus, Bischof von Torcello, Bartholomäus Graf zu Portia, Marchese Horatius von Malaspina, Johann Franz, Bischof von Vercelli. Jeder dieser Nuncien nahm sich eifrigst um Balthasar an. Der Erzbischof von Rossano ging zur Pacifikation Belgiens als Legat nach den Niederlanden und Gregor beauftragte ihn, am Rheine bei den drei geistlichen Kurfürsten für seinen Abt zu wirken. Der berühmte P. Possevin reiste im Auftrage des Papstes nach Schweden und mußte in Deutschland erst seine Thätigkeit für den treuen Bedrängten entfalten. Besonders suchte aber der Papst unmittelbar durch brieflichen Verkehr für Balthasar zu wirken. Es gab keinen bedeutenden katholischen Reichsfürsten, dem er nicht zur Förderung der Sache geschrieben, keinen Prinzen am kaiserlichen Hofe, den er nicht ins Interesse gezogen hätte. Die Kaiserin selbst sollte für ihren Kanzler, den Abt beim Sohne thätig seyn, da sie kein Werk verrichten könne, was Gott wohlgefälliger, ihm selbst angenehmer, allen Guten willkommener und ihrer eigenen Frömmigkeit würdiger

wäre. Wie er in seinen Briefen an den Kaiser Maximilian diesen bewegte, der „Rose unter den Dornen“, dem „Ehrenmann,“ der im schmählichsten Aufruhr um sein Stift gekommen sei, zu seinem Rechte verhelfen zu wollen, so drang er auch in Kaiser Rudolph mit vielen Briefen. Wir lassen einen vom 5. April 1578 seinen wesentlicheren Theilen nach zur Probe folgen.

„Oefters haben wir — so schreibt der hl. Vater — Deiner Majestät den geliebten Sohn Abt Balthasar von Fulda und seine Sache empfohlen: denn nach unserem Urtheile ist nichts der Empfehlung mehr werth, als diese Sache und diese Person, auf deren Schutz unsere beiderseitige Sorge und Bemühung gerichtet seyn sollte. Ist ja doch der Abt, wie Du weißt, ein Mann voll von Glauben und Frömmigkeit, welcher so recht religiös lebt und gerade deßhalb von den Seinen vertrieben; solche Männer müssen allen Guten sehr am Herzen liegen, die sie gegen Unrecht zu schützen, im Unglück zu unterstützen und wieder einzusetzen im Stande sind. Deine heilige Erziehung, Deine natürliche Güte, sowie Dein immerwährender Eifer für Recht und Billigkeit lassen mich nicht zweifeln, daß der Abt baldmöglichst restituirt werde. Denn das fordert ja das Recht. Schon hat er den Verleumdungen seiner Gegner übergroße Genugthuung geleistet. Das an ihm Geschehene ist die offenbarste Gewaltthat. Daß er entsetzt bleibe, noch länger hin und her getrieben werde, und als Verbannter in der höchsten Noth und Dürftigkeit sein Leben hinbringe, das leidet weder das Recht noch die Menschlichkeit. Es kann — um offen mit unserem lieben Sohne zu reden — ohne größten Nachtheil für Deinen guten Ruf und ohne größten Schaden für die katholische Religion nicht geschehen, daß man Nachsicht übt mit einer solchen Treulosigkeit und Frechheit gefährlicher Menschen, die katholische Hirten ungestraft vertreiben und verspotten und unter rechtlicher Form das Recht verletzen. Bei der Ehre Gottes, dem Du Reich und Leben verdankst, bitten wir Dich, Du wollest

doch die Restitution nicht länger verschieben lassen, sondern die schönste von der göttlichen Güte Dir gebotene Gelegenheit begierig ergreifen, einen Beweis Deiner Pietät zu liefern, für die Wohlfahrt der katholischen Religion zu sorgen und den großen Lohn Gottes zu verdienen, wie uns und alle katholischen Christen zu erfreuen. — Inzwischen ist gar kein Grund vorhanden, warum das Decret Deiner Majestät nicht befolgt wird, das dem Abte seinen Unterhalt und seine Residenz zu Neuhof bei Fulda zuerkennt. Das ist das Härteste, daß er, während man seine Wiedereinsetzung verschiebt, an den zum Leben nothwendigsten Dingen Mangel leidet. Daß Du auch dafür sorgest, darum bitten wir Dich inständigst."

Durch solche Fürsprache unterstützt erlangte Balthasar endlich gegen das Ende desselben Jahres vom Kaiser die Zusage, das Schloß Bieberstein bei Fulda mit Zinsen und Diensten, „doch auf eigene Wagniß" zu seiner Wohnung nehmen zu dürfen. Er dankte dem Kaiser und bat ihn, sich durch etwaige ungünstige Gegenberichte nicht umstimmen zu lassen. Darauf ließ er durch seine Räthe Besitz von dem Schlosse ergreifen, es durch die Seinigen mit dem Nöthigsten versehen und vor Allem durch den Rector des Jesuitencollegs für Einrichtung einer Kapelle sorgen. Nach solchen Vorkehrungen verließ er, froh aus dem Treiben der Welt hinweg in einen ruhigen Hafen einzulaufen, schleunigst am 16. Februar 1579 Seligenstadt. Bis Hausen geleiteten ihn Mainzer Hofleute, den folgenden Morgen zog er von da weiter und wurde am Trasenberg von der Fuldischen Regierung begrüßt, welche ihm an demselben Tage bis Bieberstein das Geleite gab, wo ihn der Statthalter Johann von Hohrda empfing und einführte. Als es zur Anweisung der Unterthanen des Amtes gehen sollte, wurden Bedenklichkeiten erhoben, und auch hier mußte es, wie immer, durch besondere Schreiben erlangt werden, daß ihm neben den Gefällen und Diensten auch die vogteiliche Gewalt durch Verpflichtung der Personen übertragen

wurde. In ähnlicher Weise mußte er später noch einen kaiserlichen Geleits- und Sicherheitsbrief erzielen.

So hatte endlich der mehrjährige Flüchtling wieder eine Heimath, in der er unangefochten leben konnte. Seine erste Sorge ging dahin, daß seine Hofhaltung der Würde eines dem Ordensstande angehörigen Fürsten wahrhaft entsprach und in der besten Zeit entsprochen hätte. Eine Tagesordnung wurde entworfen, welche mit Betrachtung begann. Täglich wurde die heilige Messe von ihm selbst gelesen, zu welcher dann seine Barone, Räthe und Sekretäre dienten; nach derselben wurde die Litanei gebetet, an Sonn- und Festtagen eine Predigt, zuerst von dem Jesuiten P. Peter, später von einem Kaplan gehalten. Bei Tisch mußte von den einzelnen Tischgenossen abwechselnd vorgelesen werden, wobei Balthasar nicht ausgenommen sein wollte, sondern zuweilen selbst mit großem Anstande und Fleiße vorlas. Mäßigkeit und Eingezogenheit der Sitten herrschten in seiner Umgebung; er selbst lebte so zufrieden in dieser Einsamkeit, daß er Allen Bewunderung einflößte. Auf die Frage, wie er es tragen könne, daß er, der Allen wohl und Keinem übel wollte, um Würde und Fürstenthum gekommen sei, antwortete er einfach: er gedenke der Zeit, wo er weder Fürst noch Abt gewesen; und auf eine Aufmunterung zum Gottvertrauen erwiederte er: allerdings müsse man auf Gott vertrauen; wenn Er auch nicht so reichlich gäbe, so brauche er doch für Brod und Wasser nicht in Sorgen zu seyn. Nur aus einem Grunde schmerzte ihn seine Lage: er mußte die Hilfe Vieler in Anspruch nehmen, ohne sich ihnen — dankbar erweisen zu können. Es ist rührend zu lesen, mit welch' zarten Worten er in allen seinen Briefen die Gefühle der Dankbarkeit ausspricht und wie er den Papst Gregor bittet, an seiner Statt selbst den Nuncien für ihre Bemühungen erkenntlich zu seyn. Außer den Uebungen der Gottseligkeit lag er den Studien der heiligen Schriften ob. Die Pflichten der Gastfreundschaft erfüllte er in der herzlichsten Weise. Dabei sorgte er für das

Kolleg in Fulda und überhaupt für die katholische Sache, soweit es ihm möglich war und die vielen Geschäfte, welche ihm der Betrieb seiner Angelegenheit verursachte, es gestatteten.

Alle Sorge, die man um diese Zeit der Angelegenheit Balthasars widmete, ging in dem Streben auf, eine freundschaftliche Beilegung zu erzielen. Selbst Kaiser und Papst hatten sie befürwortet und den Kurfürsten von Mainz mit der Ausführung betraut. Dieser hatte bereits im Jahre 1578 einen gütlichen Vergleich angestrebt. Zuerst hatte er durch Gesandte die Gesinnung des Bischofs Julius erforscht und war auch mit Balthasar in Verkehr getreten; sodann hatte er den Bischof nach Rothenbuch im Spessart zu kommen ersucht und Balthasar von Seligenstadt aus nach Aschaffenburg zu sich entboten. Allein die Vermittlungsvorschläge, welche der Kurfürst absichtlich auf breitester Grundlage basirt hatte, um nach beiden Seiten hin Zugeständnisse machen zu können, und welche er dem Unionsanerbieten des Bischofs Julius, wohl um sie diesem genehmer zu machen, nachgebildet zu haben schien, konnten unmöglich zu einem Resultate führen. Balthasar sollte nämlich sein Stift jetzt erst freiwillig an Julius abtreten, alle Unbilden vergeben und sämmtliche Kosten nachlassen; dagegen sollte Julius an Balthasar eine gewisse Summe Geldes zahlen und nach seinem Tod sein Stift demselben geben. Natürlich hatte Balthasar solche Vorschläge, selbst für den Fall, daß die erwähnte Geldsumme noch so groß wäre, entschieden zurückgewiesen. Abgesehen davon, daß ein solcher Vergleich sein früheres Verhalten lächerlich hätte erscheinen lassen, und das gefährliche Beispiel der Entsetzung eines Reichs- und Kirchenfürsten nicht beseitigt haben würde, fand er es unwürdig, auf den Tod eines Andern zu warten und erblickte überdieß in der Abtretung seines Stiftes für Geld eine Art Simonie. Auch jetzt hoffte er wenig von dem Erfolge solcher Versuche; doch ging er auf den dritten Sühneversuch ein, der zu Speyer am 27. Juli 1579 vor

dem dortigen Bischof und Kammerrichter Marquard, vor Wolfgang Kämmerer von Worms, genannt Dalburg, Dompropst zu Mainz und Speyer, dem Mainzischen Kanzler Dr. Christian Faber und dem kaiserlichen Rath Dr. Hegenmüller statt hatte. Als aber die Würzburgischen und Fuldischen Abgeordneten vorher über verschiedene Punkte eine Relation an ihre Herrn nöthig hielten, kamen sie am 31. August desselben Jahres zum zweitenmale zusammen, aber auch diese Zusammenkunft hatte keinen günstigen Ausgang.

Julius suchte nun die Meinung zu verbreiten, als ob die Ursache des unglücklichen Erfolges dieser Versuche in Balthasar zu suchen sei. Er behauptete: weil das kaiserliche Dekret nicht mehr zurückgenommen werden könne, er selbst aber im Falle der Einwilligung in die Restitution des Abtes sich mit Schande bedecken würde, so könne Balthasar allein durch Zugeständnisse den Frieden herbeiführen, wenn er ihn nur wolle und nicht so unverrückt an seinem Rechte hinge. Um dieser Meinung entgegenzutreten, erklärte Balthasar, gerne bedeutende Zugeständnisse proponiren zu wollen. Obgleich so schwer verletzt, sei er doch von Natur friedfertig, der Pflicht der christlichen Liebe eingedenk, und gerne möchte er sich von so ungerechten Quälereien loskaufen. Er erbot sich, entweder eine einmalige oder jährliche Summe Geldes zu zahlen, oder ein günstig gelegenes Gebiet mit mehreren Dörfern, oder das Schloß Saaleck mit den jenseits der Saale befindlichen Ortschaften, oder das Schloß Schildeck, das er selbst erst jüngst dem Stifte acquirirt hatte, abzutreten oder ein Ehrenprotektorat mit Verzichtleistung auf jeden Schadenersatz zu gestatten. Zugleich wies er nach, daß Nachgiebigkeit in Betreff der Restitution dem Bischofe durchaus nicht zur Schande gereiche. Denn Julius gebe ja nur fremdes Eigenthum zurück, welches nicht er, sondern die Fuldischen Stände ihm abgenöthigt hätten; und zudem bleibe es dem Bischofe unbenommen, auch nach der Restitution wegen Ehrenverletzung zu klagen. Zuletzt entkräftete Balthasar auch den Grund,

hinter welchem Julius seine Unnachgiebigkeit zu bergen suchte, daß es nämlich mit kaiserlicher Majestät sich nicht vereinigen lasse, das Wiener Dekret zurückzunehmen, und behauptete, der Wiener Rezeß wolle zwar den Prozeß, aber nicht, weil die Restitution in Frage gestellt sei, sondern damit der Bischof sich rechtfertigen könne, ob er schuldlos oder strafbar sei. Nichtsdestoweniger blieb Julius bei seinem Vorsatze, nur zu Gunsten eines Dritten auf das Stift zu resigniren, oder es zum Prozesse kommen zu lassen.

So vieler mißlungener Versuche ungeachtet wollte man doch die Hoffnung auf die Möglichkeit eines Vergleiches nicht aufgeben, und die drei rheinischen Kurfürsten sollten ihn versuchen. Zu dem Ende kamen am 14. Januar 1582 die Parteien und die Gesandtschaften der Kurfürsten von Mainz und Trier nach Mainz; doch die Gesandtschaft des Kurfürsten von Köln blieb aus. Es kam daher zu keiner Verhandlung. — Auf dem Reichstage zu Augsburg im Juni desselben Jahres versuchten dann noch, unter den Auspicien des Kardinallegaten Ludwig Madruzi, der Herzog Wilhelm von Bayern und die Kurfürsten von Mainz und Trier, beide persönlich anwesende Prälaten zur Beilegung des Streites zu bringen, aber auch dieser solenne Versuch mißlang. Mit dem unglücklichen Ausgange desselben war man endlich von der Ansicht geheilt, auf gütlichem Wege zum Ziele gelangen zu können.

Nun wollte man den Rechtsweg einschlagen und zur Ausführung des ersten Theiles des Wiener Dekrets, nämlich zum summarischen Prozesse schreiten. Indessen war der zweite, die Competenz betreffende Theil noch immer nicht ausgeführt. Unausgesetzt mußte Balthasar drängen, sein Geld zu erhalten, dessen er nicht bloß für sich, sondern auch zum Unterhalte seiner Jesuiten, namentlich aber zur Bestreitung der öfteren Reisen und zur Fortführung des Prozesses in hohem Grade benöthigt war. Jedoch alle seine damals oder später wiederholt gestellten Anträge, zur Competenz den Ertrag gewisser

Aemter seines Stifts, wie Mackenzell's, Neuhof's, Rockenstuhl's zu erhalten, blieben völlig erfolglos, es sei denn, daß man die spätere Ernennung seines jüngeren Bruders Melchior von Dernbach zum Amtmann des letztgenannten Amtes als eine Folge seiner Bemühungen ansehen will. Dem Anfange des Prozesses sollte als Vorläufer die comminatio perpetui silentii vorausgehen, und als Frist wurden, um den ernstlichen Willen energischen Vorgehens zu bezeugen, statt der erbetenen sechs Monate nur drei bewilligt.

Balthasar befand sich in keiner kleinen Verlegenheit. Auf der einen Seite hatte ihm nämlich schon früher und zwar ohne allen Zweifel mit Recht der Papst geschrieben: iudicium id nostrum ac huius sanctae sedis esse oportet, und jetzt besonders durch seine Auktorität den Prozeß inhibirt; auf der andern Seite aber mußte er ihn beginnen, wenn er nicht vom Kaiser mit seinen Rechtsansprüchen zu ewigem Schweigen verurtheilt werden wollte. Indessen stellte er dem Papste seine Noth vor, und kurz vor Ablauf des dritten Monats ließ er zu Mergentheim beim kaiserlichen Commissär den 17. Mai 1584 seine Klageschrift gegen den Bischof von Würzburg produciren, die in 111 Sätzen den Verlauf der Hammelburgischen Handlung gedrängt zusammenfaßte, deren Rechtswidrigkeit kurz erwies und schließlich postulirte, auf die gebührliche Exekution der schon erlassenen Mandate rescissis rescindendis zu erkennen und zu erklären, daß es dem Herrn Bischof keineswegs geziemt habe, sich mit den Gegnern des Abtes einzulassen und das abgedrungene Stift ohne Consens der höchsten Regierung anzunehmen. Bei der Uebergabe dieser Klageschrift wurden den Fuldaischen Räthen die schon anno 1578 übergebenen, aber bisher noch nicht eröffneten Libelle des Bischofs gegen den Abt betreffs der Wiedererlangung der sequestrirten Besitzung, sowie der Injurien und Verleumdungen eingehändigt. Weil jedoch auch Kapitel und Ritterschaft beim Kaiser ein Rescript erwirkt hatten, daß ihre Klage, soweit die Sache sie als Mitinteressenten berühre, angenommen

werde, so wurden den Räthen zugleich die beiden Klageschriften des Kapitels und der Ritterschaft überreicht, von ihnen aber nur mit dem Proteste angenommen, daß sie sich auf dieselben nicht einzulassen gedächten.

In seinem ersten, die eigentliche Sache berührenden Libell suchte Julius in 64 Punkten darzuthun, daß er das von Balthasar freiwillig abgetretene Stift nur auf allseitiges Verlangen angenommen habe und darum wieder zum Besitze desselben gelangen müsse; im zweiten stellte er in 40 Nummern die Verleumdungen hin, mit denen man ihn überhäuft habe. Das Kapitel und die Ritterschaft bemühten sich zur Rechtfertigung ihrer Handlungsweise in den 434 Artikeln ihrer ersten Klageschrift ihre obenerwähnten Gravamina auszuspinnen und mit Fällen, welche offenbar den Stempel der Unwahrheit oder der Uebertreibung an sich tragen, zu belegen; und in der zweiten durch 39 Punkte die Injurien zusammenzubringen, welche meist in der Schrift „Informatio iuris scripti et aequitatis in causa Fuldensi" enthalten seien. Auch die Injurien, durch welche der Bischof sich verletzt fühlte, waren zum größten Theile aus dieser trefflichen Schrift hergenommen, welche der leider schon im J. 1577 für Balthasar viel zu früh verstorbene Kanzler Winkelmann mit hinreißender Beredsamkeit und gründlicher juridischer Gelehrsamkeit verfaßt und in einer Reichsstadt unter Beobachtung der gesetzlichen Anforderungen anonym dem Drucke übergeben hatte, um ohne größere Kosten die Reichsfürsten und Gerichtspersonen von dem Stande der Angelegenheit unterrichten zu können. Vergeblich stellte Julius dieser Schrift die „wahrhafte Widerlegung des Fuldischen Gedichts" entgegen; vergeblich ließ er alsbald nach ihrem Erscheinen seine Klagen bis zum Throne des Papstes gelangen. Denn wenn auch Gregor XIII. in dieser Angelegenheit einen Brief an Balthasar sendete, so wußte dieser doch den Sachverhalt genügend auseinanderzusetzen und sich mit der Erwiderung zu rechtfertigen, die Wahrheit sei es, die verletze.

Sämmtlichen vier Klageschriften seiner Gegner stellte Balthasar bloße Exceptionen entgegen, und übergab sie den 10. September zu Mergentheim, um zu beweisen, daß die Klagen allzumal gar nicht zugelassen werden dürften: die Klagen wegen der Rechtlichkeit des Besitzes des Stifts, weil sie bereits durch das Regensburger Dekret und durch das Geständniß der Gegner selbst entschieden seien, und die auf Injurien, weil deren Schlichtung aus der Entscheidung der ersteren sich nothwendig ergebe. Allein man wollte diese Exceptionen nicht zulassen, sondern verlangte laut dem Wiener Dekret als zweite Schrift die Beantwortung der gegentheiligen Klage, sowie Julius seinerseits die Responsionen auf Balthasars Klage eingegeben hatte. Nach einer längeren Erörterung, die von Seiten Balthasars wie von Seiten des Gerichts selbst dem Kaiser vorgelegt wurde, mußte sich der Abt den 19. August 1585 dazu entschließen, gleichfalls Responsionen zu überreichen mit der Ueberschrift: Responsiones cum adnexis articulis elisivis, item protestationes et in eventum litis contestationes in causa iniuriarum. Diese Responsionen wurden den beiden Gegnern wechselseitig übergeben. Im J. 1586, welches dem Hochstifte die Veränderung brachte, daß der Bruder des Kaisers, Erzherzog Maximilian, an der Stelle Heinrichs von Bubenhausen, Hochmeister des deutschen Ordens und zugleich Administrator des Stifts wurde, beklagte sich Julius in einem Schreiben beim Kaiser über den langen Verzug, namentlich über die Exceptionen des Abts. Balthasar suchte diesem außergerichtlichen Schreiben den 15. Juli durch seine „Submission" zu begegnen. Nachdem man nun noch einige Schriften gewechselt hatte, verlangte man von beiden Seiten den gerichtlichen Schlußrezeß. Die Akten wurden dem Kaiser übersendet und um eine Commission zum Zeugenverhör gebeten. Julius hatte beantragt, dieselbe aus dem Bischofe Ernst von Bamberg, dem Bischofe Martin von Eichstädt, dem Gerard von Schwalbach, Amtmann zu Königstein, und dem Deutschordenskanzler Leon. Kirchheimer zusammenzusetzen;

Balthasar verlangte den Bischof Georg von Worms, den Bischof Johann von Straßburg, den Protonotar Johann Bernenburg, den Mainzer Rath Georg Oland, Vicedom zu Erfurt, und einige Andere. Dieß geschah im J. 1587. Darauf wurden von den Parteien die Zeugen benannt, von Julius vierundvierzig, von Balthasar siebenundvierzig; Direktorien, nach deren Ordnung die Zeugen befragt würden, entworfen; generelle und specielle Fragestücke, positive und elisive Artikel, welche ihnen vorgelegt werden sollten, proponirt, wornach in den Jahren 1590 bis 1592 die Citationen und das Verhör selbst erfolgten, und zuletzt im Jahre 1596 dem Kaiser alle Akten zum Spruche unterbreitet wurden.

XV.

Spanische Briefe.

II. Das Volk und die Volksstämme. -- Die beiden Kronen Castilien und Aragon. — Ausblick auf die iberische Frage.

Wie die Natur Spanien von der übrigen Welt getrennt hat, wie das berühmt gewordene Wort: „Es gibt keine Pyrenäen mehr", von der Geschichte zehnfach Lügen gestraft worden ist, wie die pyrenäische Halbinsel von der französischen Grenze an bis zu der Meerenge und dem Cap San Vincent sich als geschlossenes und als abgeschlossenes, als ein einheitliches und untheilbares Land darstellt, so scheinen den Nichtspaniern die Bewohner von Spanien und Portugal auch nur

ein Volk zu seyn. Wir halten die Spanier, etwa wie die Irländer und mehr noch als diese, für eine geschlossene und einheitliche Nation. Wir glauben, daß die Portugiesen nur als Staat, nicht als Volk existiren. Diese Anschauung wird von der Wirklichkeit nicht bestätigt. Man hört in Spanien selbst vielfach das Wort: die Portugiesen sind eine andere Nation, als wir. Sprache, Geschichte, tiefliegende Antipathien, vieles Andere trennen zwei Völker, welche weder durch Gebirge noch durch Flüsse von einander getrennt sind. Es ist auffallend, daß bis jetzt Portugal von Spanien ebenso abgeschlossen war wie von jedem andern Lande.

Abgesehen von den Portugiesen, sind aber die Spanier selbst nach Provinzen viel mehr von einander geschieden, als man glauben sollte. Und eben jetzt zeigen diese Unterschiede wieder wichtige politische Folgen. — Nachdem ein langes und hartes Mißgeschick die spanische Nation in ihren Unternehmungen und Verhältnissen zum Auslande heimgesucht hat, nachdem der afrikanische Krieg im J. 1859–1860 wohl Lorbeern, aber keine oder kaum nennenswerthe Eroberungen eingetragen, nachdem der friedliche Heimfall von San Domingo mit einem grausamen Raçenkriege, mit einer ungeheuren Einbuße an Capital und Menschenleben, mit einem freiwilligen und dennoch erzwungenen Wiederaufgeben dieses unwirthlichen Landes geendet hat, tritt der provinzielle Unterschied, ja selbst der feindselige Gegensatz der Volksstämme in Spanien viel stärker als früher hervor.

Errungene Siege und Erfolge kitten die Völker zusammen; erlittene Niederlagen und langes Unglück trennen die Nationen und heben das Gefühl der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit auf. Wenn der Staat als Ganzes den einzelnen Stämmen keine Befriedigung und Erhebung gewähren kann, so suchen diese Stämme naturgemäß in ihrer Besonderheit und Abtrennung ihre Befriedigung. Das ist die heutige Lage der Dinge in Spanien. Wir besorgen, wenn keine günstigeren Sterne über den innern und äußern Schick-

salen dieses Volks aufgehen, daß die Absonderung und die Sonderinteressen noch stärker hervortreten werden. Die Völker und die Einzelnen können ein langes und drückendes Unglück nicht ertragen. Sie werden nicht gehoben und gestärkt, sie werden vereinzelt und niedergedrückt durch die Mißgeschicke.

Die Generation in Spanien, welche den französischen oder den Unabhängigkeitskrieg erlebt hat, ist von dem Schauplatze der Geschichte zum größten Theile verschwunden. Die lebhaften Erinnerungen an diese Zeit sind in den Hintergrund getreten. Es ist ein anderes Geschlecht herangewachsen. Seit dem Maiaufstand in Madrid (2. Mai 1808) und seit dem gezwungenen Rückzuge der Franzosen am Ende des J. 1813 haben die Spanier, mit geringen Ausnahmen, nur Bürgerkriege und unglückliche Colonialkriege geführt. Das Blut ist in Strömen geflossen, aber es war das Blut der Spanier, vergossen von Spaniern; denn auch die herrschenden Bewohner der spanischen Colonien in Amerika waren Spanier nach Abkunft, Sitte und Lebensart. Dieses Blut war kein Kitt, welcher die spanische Nation verbunden hätte. Die Wunden sind noch allzu neu, die Erinnerung ist noch allzu frisch. Man hat noch nicht vergeben und vergessen. Auch die großen politischen Parteien in Spanien sind keine einigende, sondern eine trennende Macht.

Die Unterschiede der Bewohner der einzelnen Provinzen, vielmehr der alten Reiche, aus denen Spanien allmählig entstanden, der Andalusier, der Valencianer, Murcianer, Alt- und Neucastilier, der Navarresen u. s. w. sind groß und scharf genug. Der Unterschied aber zwischen den Castilianern und Cataloniern ist ganz überraschend. Die Catalonier und die Spanier sind zwei sich fremde Völker. Es ist in die Augen fallend, daß die Catalonier eine besondere Nationalität darstellen. Ist die Sprache das specifische Merkmal eines Volks, so haben die Catalonier ihre eigene Sprache und Literatur. Dickleibige Wörterbücher vermitteln den castilianisch Redenden das Verständniß der catalanischen Sprache. Außerhalb Spaniens

spricht man von einer spanischen Sprache. In Spanien selbst kennt man keine spanische, sondern die castilianische und neben ihr die catalanische Sprache. Die catalanische Sprache und Literatur ist in sichtbarem Aufschwunge begriffen, und Barcelona wächst mehr und mehr zu einer Hauptstadt, zum geistigen Centralpunkte der catalanischen Literatur und Nationalität heran. Damit ist nothwendig die Wiedererweckung der alten glänzenden Geschichte des catalanisch-aragonischen Königreiches verbunden, und die Vergleichung zwischen Einst und Jetzt erregt für die Einheit des spanischen Staates bedenkliche Gedanken und Wünsche.

Jahrhunderte lang haben die Catalonier und Aragonier ihren eigenen Staat und ihre eigene Geschichte gehabt. Sie haben über die Balearen, über Sizilien und Sardinien geherrscht, in Italien und in Afrika einen maßgebenden Einfluß geübt, mit ihren Schiffen das westliche Becken des Mittelmeers beherrscht. Und jetzt — wo und wie ist all dieses hingeschwunden? Die Vereinigung mit Castilien hat Catalonien viel versprochen und wenig eingetragen.

Die beiden Kronen oder Königreiche Aragon und Castilien sind durch die Heirath der „katholischen Könige" (so werden Ferdinand und Isabella stets genannt) vereinigt worden. Das Verhältniß war nie ein herzliches und inniges, aber man lebte leiblich zusammen. Die Catalanen wurden von den katholischen Königen und von Karl V. sehr geehrt und gewürdigt. In Barcelona erzählt man sich heute noch das — nicht unwahre? — Wort des Kaisers Karl: „Es hat mehr Werth für mich, Fürst von Catalonien (Barcelona), als Kaiser des römischen Reichs genannt zu werden." Aber unter seinem Sohne Philipp II., einem strammen und wenig herablassenden Castilianer, dem Manne, der sich nur ein einzigesmal bewogen gefunden haben soll, ein Lächeln um seine Lippen spielen zu lassen, trat eine merkliche Abkühlung und Entfremdung ein. Die katholischen Könige und Karl V. schlugen ihre Residenz bald da bald dort auf, und Castilien wurde

nicht auffallend bevorzugt. Unter Philipp II. wurde vieles anders: Valadolid in Alt-Castilien, dann Madrid in Neu-Castilien machten Ansprüche, die Hauptstadt von ganz Spanien zu werden, und Catalonien drohte das Schicksal, zu einer Provinz von Spanien, d. i. von Castilien herabzusinken.

Man war mit gleichem Rechte und mit gleicher Macht in einen gleichen Bund eingetreten. Es wurde vorausgesetzt, daß „die beiden Kronen" in gleichem Glanze neben einander strahlen würden. Von einer Amalgamirung oder Verschmelzung, von einem Aufgehen der catalanischen Nationalität in der castilianischen konnte keine Rede seyn. Denn erstere trug wenigstens ebenso viele Lebenskraft und Willensstärke in sich, unversehrt und ungeschwächt sich zu conserviren. Mit mißtrauischen und eifersüchtigen Augen blickten die Aragonier auf das Heranwachsen einer spanischen Hauptstadt innerhalb Castiliens hin; denn die Hauptstadt des Landes auf dem Boden von Alt- oder Neu-Castilien drückte Saragossa und Barcelona zu Provinzial-Hauptstädten herab.

Neben so vielen Mißgeschicken und fehlgeschlagenen Unternehmungen seiner Regierung hatte Philipp II. doch auch einzelne nicht geringe Erfolge. Er schlug die Franzosen bei St. Quentin am Feste des hl. Laurentius, des gebornen Spaniers und römischen Martyrers, und baute darum das weltberühmte Kloster und königliche Pantheon San Lorenzo del Escorial. Er hatte durch seinen Bruder Juan d' Austria den größten Antheil an dem herrlichen Seesiege bei Lepanto (1571), welcher Italien und die Länder am Mittelmeere für alle Zeit gegen die Angriffe der Türken schützte und sicherstellte. Durch die Energie des Herzogs von Alba fiel dem alternden Philipp wenigstens noch die Krone von Portugal in den Schooß (1580), und er erlangte an dem Abende seines Lebens, was seit fast einem Jahrtausend keinem Herrscher von Spanien zu Theil geworden war, die Herrschaft über die ganze pyrenäische Halbinsel. Er konnte sich König der vereinigten Kronen von Castilien, Aragon und Portugal nennen. Um 18 Jahre

überlebte er diesen anscheinend größten Erfolg seiner Regierung; aber es fehlte viel, daß Spanien durch diese Vereinigung an Macht gewonnen hätte. Nachdem die „unüberwindliche Armada" an dem nie erbleichenden Glückssterne der „jungfräulichen Elisabeth" von England zerschellt und zertrümmert worden war, und die eitle Herrscherin ihren leichten und gefahrlosen Sieg in der Denkschrift: „Afflavit Deus et dissipati sunt" verherrlicht hatte, brach die Unzufriedenheit der Aragonier in offene Empörung aus (1591), nahmen die Engländer Cadix ein, und zerstörten in dem Hafen dieser Stadt die Flotte Philipps II., mußte Philipp auf die Wiedereroberung der Niederlande verzichten, und jeden Tag befürchten, daß das heimgefallene Portugal sich wieder losreiße.

Die unwillige und unfreiwillige Vereinigung Portugals mit Spanien löste sich nach einem Zusammenseyn von 60 Jahren (1580 — 1640). Das Ergebniß eines langwierigen Krieges, welcher sich 26 Jahre mühsam hinschleppte (1640—1666) war der Friedensschluß von Lissabon, vom 13. Februar 1668, welcher die Unabhängigkeit Portugals als eines eigenen Königreiches mit seinem gesammten Ländercomplexe wieder anerkannte. Für Spanien war nichts gewonnen, aber sehr viel verloren worden. Vielleicht aber ist wenigstens eine geschichtliche Lehre für die Zukunft gewonnen worden? Wenn es Philipp II. auch gelungen wäre, seinen thatkräftigen Geist, seine eiserne Arbeits- und Willenskraft, seine unverkennbar großen Eigenschaften als Regent auf seinen schwächlichen Sohn Philipp III. und dessen Nachfolger Philipp IV. zu übertragen, so hätte dieß nach menschlicher Berechnung die Lage Spaniens gegenüber von Portugal kaum günstiger gestaltet. Die Verhältnisse sind stets mächtiger als die Menschen. Antipathien benachbarter Völker aber, wie sie zwischen Portugiesen und Spaniern seit Jahrhunderten in fast ungeschwächter Kraft herrschten, finden ihre Nahrung in allen Umständen und Ereignissen, fanden sie damals eben auch in dem Umstande, daß der König der vereinigten Kronen ein

Spanier und kein Portugiese war. Allerdings auch in dem allgemeinen Zerfalle, welchem Portugal mit und wegen Spanien anheimgefallen war. Die drei vereinigten Königreiche hatten am Anfange des 17. Jahrhunderts nicht so viel Einwohner, als Castilien und Aragonien zur Zeit ihrer Vereinigung, ein Jahrhundert früher, allein gehabt hatten.

Dennoch war in den Jahren 1640—1668 Spanien dem Raume und der Bevölkerung nach Portugal unendlich überlegen; und trotzdem mußte es sich von den Portugiesen in zwei entscheidenden Schlachten (8. Juni 1663 bei Amerial oder Canal und 17. Juni 1665 bei Villa-Viçosa) auf das Haupt schlagen lassen und schmählich das Feld räumen. Mit dem besten Willen können wir diese merkwürdigen Niederlagen nicht mit der Schlacht von Xeres de la Frontera oder, wie man neuerlich sagt, am Guadalete vergleichen. Aber die Möglichkeit, daß Spanien vor dem kleinen, armen und schwachen Portugal die Segel streichen und sich zu einem demüthigenden Frieden herbeilassen mußte, in dem es alles verlor und nichts gewann, findet zum großen Theile seine Erklärung darin, daß die Krone von Castilien nicht bloß mit der Krone von Portugal um die Erhaltung dieser Krone, sondern auch mit der Krone von Aragon um die Erhaltung derselben stritt. Wenn Spanien den Krieg mit Portugal in's Endlose fortsetzen wollte, so mußte es auf die Krone von Aragon, d. i. Spanien mußte auf sich selbst verzichten. Denn Castilien ohne Aragon ist eben nicht Spanien. So erklärt es sich zum Theil, warum Spanien in dem Kampfe mit Portugal den Kürzern zog. Im J. 1666 konnte es nur 6000 Mann zu Fuß und 6000 Reiter in das Feld stellen, während Portugal 18,000 Mann Fußvolk und 5000 Reiter aufbrachte. Zu gleicher Zeit wüthete der Bürgerkrieg in Catalonien, und die Aragonesen waren daran, die Constituirung eines von Castilien getrennten Staates unter der obligaten Oberhoheit von Frankreich zu einer vollendeten Thatsache zu machen. Die Catalonier wurden pacificirt, aber nicht befriedigt. Man

lebte wieder leidlich zusammen, aber man konnte sich nicht leiden.

Ein Menschenalter, nachdem Frieden mit dem getrennten Königreiche Portugal geschlossen worden war und die Krone von Castilien sich mit Unehren aus diesem Handel gezogen hatte, starb die habsburgische Dynastie in der Person Karls II., „des Geduldigen", aus. Der testamentarisch den Spaniern vermachte Enkel Ludwigs XIV., Philipp V. fand bei den Castilianern, Karl von Oesterreich fand bei den Cataloniern Aufnahme und Stütze. Ihr gegenseitiger Krieg zog seine Nahrung besonders aus der Antipathie der beiden Kronen Castilien und Aragon. In dem Unabhängigkeitskriege mußte der gemeinsame Feind diese Antipathie in Sympathie umwandeln, wie denn auch damals unter dem Obercommando der Engländer die Krone Portugal der Dritte im Bunde gegen Frankreich war. Aber die Bürgerkriege in Spanien vom J. 1820 bis 1843 fanden ihre Nahrung und ihren Zündstoff abermals in den Gegensätzen und Antipathien der alten Reiche und Kronen, darin daß Aragon, Navarra, das Baskenland, Catalonien von ihren alten Rechten und Freiheiten, mit welchen sie nicht als Unterthanen und Unterworfene, sondern als Gleichberechtigte mit der Krone von Castilien verbunden worden, nicht lassen wollten.

Es handelt sich auch jetzt wieder um ähnliche Combinationen. Die Lösung der iberischen Frage, das ist die Vereinigung Portugals mit Spanien auf irgendeinem Wege kann, wenn man die Vergangenheit zu Rathe zieht, Spanien mehr Verlust als Gewinn bringen; der Gewinn, nämlich die Herrschaft über Portugal, wäre imaginär, der Verlust, nämlich die (zeitweilige oder bleibende) Trennung der Krone Aragon von der Krone Castilien, wäre so reell, daß dann Spanien nicht mehr Spanien wäre.

XVI.

Zeitläufe.

Der Minister- und System-Wechsel in Oesterreich.

Wochen lang hat die Welt einer politischen Schwergeburt zugesehen, wie ihres Gleichen in der Geschichte der Politik vielleicht noch nicht da war. So enorm war die Krisis, daß man einen Augenblick lang glauben konnte, Oesterreich werde bald dahin gelangen, seine Minister auf dem Wege der Conscription zwangsweise ausheben zu müssen. Nicht als ob im Schooße des Reichsraths, der bekanntlich vermöge einer constitutionellen Rechtsfiktion mit der halben Mitglieder-Zahl das ganze Reich vertritt — nicht als ob, sage ich, in diesem Reichsrath nicht Freiwillige genug bereit und begierig gewesen wären, die vakanten Portefeuilles zu übernehmen. Die Herren von der liberalen Opposition, lauter deutsche Professoren und Advokaten von unbedingtem Einfluß im parlamentarischen Körper, fanden ihres Staunens und Aergers kein Ende, daß eine Ministerkrisis vor sich gehen und doch nicht ihre Personen an's Ruder bringen sollte. Aber so war es; auch nicht im Traume ist in der kaiserlichen Hofburg an die Matadoren des Reichsraths gedacht worden, und wer sich darüber wundert, der beweist damit nur, daß er die Tragweite der neuesten Wendung in Oesterreich nicht gehörig auffaßt.

Es war eben mehr als ein Minister-Wechsel, auch mehr als das was man gemeinhin einen System-Wechsel nennt. Nicht über einzelne Fragen und Maßregeln ist der Bruch entstanden; nicht darum handelte es sich, ob das Reich fortan mehr oder weniger „liberal“ regiert werden sollte. Auch kam es nicht auf ein „neues Experiment“ an, wie man sich wohl ausgedrückt hat, nämlich auf ein neues Experiment im Sinne irgendwelcher Partei-Doktrinen. Sondern es handelt sich ganz einfach um die Fortexistenz des Reichs. Dieselbe bedingt allerdings einen dritten und letzten Anlauf zum „Neubau Oesterreichs“, nachdem zwei gewaltige Anläufe zu diesem viel beschrieenen Neubau mißlungen sind, einer totaler und schmählicher als der andere. Der „Neubau“ war eben keine Wahrheit, sondern nur eine Phrase, und deßhalb handelt es sich jetzt um einen dritten und letzten Anlauf. Denn wenn auch dieser fehlschlagen sollte, dann vermöchte kein menschlicher Verstand zu ermessen, was aus der österreichischen Verfassungsfrage, ja selbst aus der Existenz Oesterreichs werden sollte. Das müssen die Minister des Kaisers wissen, und darum haben sie nicht in lüsternem Ehrgeiz, sondern mit dem feierlichen Ernst schwerer Pflichterfüllung ihre Portefeuilles übernommen.

Aber wir müssen die große Wendung noch näher charakterisiren, und diese nähere Charakterisirung ergibt sich eben so einfach und leicht, als sie für uns Deutsche leider unerfreulich ist. Denn der Sturz des Herrn von Schmerling ist nichts Anderes als der vollendete Banquerott der deutschen Hegemonie und der Germanisirungs-Politik, wie dieß bisher in Oesterreich betrieben worden ist. Soll das Deutschthum überhaupt noch eine politische Zukunft haben in den Landen des Kaisers, so wird es sich von einem ganz andern Geist, als der es bisher geleitet hat, durchdringen lassen müssen. Nicht erst seit dem Dezember 1860 sind deutsche Nationalität und plattester Liberalismus in Oesterreich identische Dinge gewesen. Schon seit den Zeiten des zweiten Joseph ist auf

diesem Boden kaum mehr ein eigener Gedanke gewachsen, und seitdem der „Neubau Oesterreichs“ zur Sprache kam, ist vollends kein deutscher Staatsmann in der Donaustadt noch darüber hinausgekommen, seine Muster zur Organisirung des Kaiserstaats von dem nächsten besten Staats-Zwerg im Umfang des deutschen Bundes abzucopiren und herzunehmen. So hat die deutsch-liberale Partei fünfzehn Jahre lang in Oesterreich mit Allmacht regiert, und sie ist es was jetzt vor dem totalen Bankbruch steht.

Als der Herr von Schmerling im Jahre 1860 die vermeintliche „Wiedergeburt“ Oesterreichs in das Werk setzte, da war des Schimpfens und des Verachtens gegen die Bachische „Mißregierung“ kein Ende. Und doch war die neue Regierung Fleisch von ihrem Fleisch und Bein von ihrem Bein, wie denn auch die Herren thatsächlich mit größter Leichtigkeit von einem System zum andern, um nicht zu sagen aus einer Mißregierung in die andere, übergegangen sind. Innerlich ist der Unterschied zwischen Herrn von Bach und Herrn von Schmerling, so wie der letztere seit dem 26. Februar 1861 sich ausgewachsen hat, unendlich kleiner gewesen, als man auf den ersten Blick glaubte. Beide suchten das Heil im Absolutismus der bureaukratischen Centralisation, der frühere Minister that es ohne Parlament und ehrlich, der spätere mit Parlament und durch das Parlament, indem er dabei auch noch allerlei Phrasen über Autonomie und Selbstverwaltung zum Besten gab. Als wenn der Liberalismus irgendwann und irgendwo einer ehrlichen Autonomie und Selbstverwaltung fähig wäre! Ganz bezeichnend hat denn auch die spätere Mißregierung an der frühern nichts mehr getadelt und gehaßt als den einzigen Fall, in welchem dieselbe eine Ausnahme gemacht hat von dem System des bureaukratischen Absolutismus — das Concordat.

Die Geschichte wird dereinst unzweifelhaft dem Herrn von Bach ein größeres Maß von Einsicht und Voraussicht zuerkennen als seinem anspruchsvollen Nachfolger. Die deutsche

Hegemonie in Oesterreich zu erhalten und dieselbe durch eine beschleunigte Germanisirung der vielsprachigen Nationalitäten für immer sicher zu stellen: das war der Grundgedanke der Schmerlingischen wie der Bachischen Regierung. Aber der Leiter der letztern glaubte, daß Oesterreich eben deßhalb zur Zeit noch auf jede constitutionelle Verfassung verzichten müsse; erst dann, wenn die Germanisirungs-Politik ihr Hauptziel erreicht habe, könne von einer den Staatswesen im übrigen Deutschland ähnlichen Verfassung des Kaiserstaats die Rede seyn; bis dahin müsse man sich bei einer liberalen Richtung der absolutistisch-bureaukratischen Centralisation gedulden, wenn man nicht eigenhändig den bösen Geist des Nationalitäten-Schwindels aufwecken und zum Explodiren bringen wolle*). Die gefürchtete Explosion hat nun in Folge der Ereignisse von 1859 dennoch stattgefunden. Aber Herr von Schmerling glaubte trotzdem die Oberherrschaft des österreichischen Deutschthums durch ein liberales Central-Parlament organisiren zu können. Das war der große Irrthum, dessen er jetzt überwiesen, ja dessen er geständig ist. Mit diesem nothgedrungenen Eingeständniß ist aber die deutsch-liberale Partei im Kaiserstaate überhaupt am Ende ihres Lateins angelangt. Man kann nicht zurückkommen auf Bach, man kann nicht weiter kommen mit Schmerling; man muß die Aufgabe von vorne anfangen und kein deutsches Verfassungs-Muster ist in Oesterreich fernerhin auch nur versuchsweise anwendbar.

Den Beweis der Unmöglichkeit des deutschen Liberalismus in Oesterreich bis zur größten und allgemein anerkannten Evidenz thatsächlich durchgeführt zu haben: das ist das bedeutende, aber rein negative Verdienst des Herrn von Schmerling. Ueberhaupt sind alle Verdienste dieses Ministers, den man mit Emphase als den vorzugsweise „charaktervollen

*) Die entschiedenste Vertreterin dieser Politik ist zur Zeit Bach's die „Augsburger Allgemeine Zeitung“ gewesen.

Staatsmann" bezeichnet hat, bloß negativer Natur. Durch Alles, was er gethan und nicht gethan hat, wurde nur erhärtet, daß es auf den von ihm betretenen Wegen nicht geht und nicht gehen kann. Er hat richtig gedacht, daß Oesterreich eine freie Verfassung haben muß und tragen kann; aber nur nicht die seinige und auch sonst keine, die aus der von ihm vertretenen Geistesrichtung, nämlich aus dem Geist der deutsch-liberalen Partei, hervorgehen könnte. Das unabweisbare Gefühl dieser Thatsache hat offenbar schon seit längerer Zeit auf den Mann selber schwer gedrückt, während er von den reichbezahlten Soldschreibern noch immer in den Zeitungen aller Länder als der einzige Retter Oesterreichs, als der Unersetzliche ausposaunt wurde. Dasselbe Gefühl ist endlich allgemein geworden, auch kein Liberaler kann es sich mehr verhehlen, und dieß erklärt die merkwürdige aber durchgängige Gleichgültigkeit bei dem ruhmlosen Falle, bei dem nahezu geräuschlosen Rücktritt des kaum noch so hoch gefeierten Ministers.

Schwerlich ist je ein Staatsmann von der öffentlichen Meinung hingebender aufgenommen worden als der nun abgedankte Minister. Wie ein Triumphator trat er die Regierung an; zwei Jahre lang war sein Einfluß in stetem Steigen begriffen, jedes seiner Worte hatte das Ansehen eines Evangeliums, hundert gewandte Federn posaunten täglich seinen Ruhm aus und an seinem Erfolge zu zweifeln galt als Hochverrath. Noch im Herbste 1862 wurde das denkwürdige Wort des Kaisers gemeldet: „das Haus Habsburg habe vom Glück zu sagen, daß es in neuester Zeit vom Hause Schmerling stark protegirt werde." Damals fiel der ungarische Hofkanzler, Graf Forgach, den Wünschen des mächtigen Ministers zum Opfer, damit der „Dualismus" in der Regierung verschwinde. Noch zwei Jahre später mußte ihm auch Graf Rechberg weichen, nicht bloß wegen der verschiedenen Auffassung der deutschen Politik und des Verhältnisses zu Preußen, sondern weil Graf Rechberg überhaupt

einer mehr föderativen Organisirung des Staats zuneigte und die Möglichkeit der Februar-Verfassung anzuzweifeln begann. Indeß hatte ihr Schöpfer selber sein Werk bereits seinem Schicksal überlassen; mit einer Art von fatalistischem Türkenglauben sah er unthätig der Entwicklung zu. Er regierte nicht nur nicht mehr, er administrirte kaum noch. Immer lauter wurde die Klage über das Nichtsthun, die Trägheit und Arbeitsunlust des berühmten Ministers. Er hatte im Jahre 1861 das famose Wort gegenüber den Ungarn erfunden: „Wir können warten“; lange hatte man eine tiefe Staatsweisheit und große verschwiegene Pläne hinter dieser Formel gesucht, aber allmählig kam man hinter das Geheimniß: der Minister wußte sich selber keinen Rath und schon seit Jahren verbarg er seine Rathlosigkeit hinter pompösen Worten. Das war wirklich das Geheimniß.

Im Reichsrath selbst hatte sich zuletzt aus den eigenen Anhängern des Ministers eine heftige Opposition herausgebildet. Die entschiedene deutsch-liberale Partei überhäufte ihren regierenden Führer seit Jahr und Tag mit Vorwürfen, und man klagt nun diese parlamentarische Opposition der Thorheit an, den Sturz ihres eigenen Kabinets veranlaßt zu haben, ohne daß sie gewußt, was sie that. Möglich, daß es sich so verhielt. Aber was die Opposition gethan hat, das hat sie in ehrlicher Verzweiflung über das Benehmen ihres Partei-Ministeriums gethan, und ihre Desperation war in der That nicht zu verwundern. Zwei volle Jahre hatte Herr von Schmerling dazu gebraucht, um von den drei Nationen Siebenbürgens zwei in einem Landtag zu vereinigen und diesen Landtag zur Beschickung des Reichsraths zu vermögen. Als die Siebenbürger eingetreten waren, erklärte die Regierung den engern Reichsrath für die deutsch-slavischen Länder auch gleich als weiteres oder Gesammtparlament für das ganze Reich. Das war Alles, was der Minister für die Durchführung seiner Verfassung zu thun vermochte, und von nun an legte er die Hände in den Schooß. Inzwischen ver-

schlimmerten sich die wirthschaftlichen Verhältnisse des Reichs zusehends und der finanzielle Banquerott rückte hart vor die Thüre. Die Regierung brachte dennoch, und obgleich bereits der Versuch eines Anlehens gänzlich mißlungen war, zwei Jahresbudgets mit enormen Deficits ein; sie betheuerte, bei diesen Ansätzen schon an die möglichste Grenze der Ersparung gegangen zu seyn; als aber der Reichsrath noch über zwanzig Millionen wegstrich, da erklärte sich die Regierung doch auch mit diesen Abminderungen einverstanden. Welches Parlament der Welt wäre nicht in Verzweiflung gerathen über solche Zustände!

Freilich lag darin das Bekenntniß der Partei selber, daß sie völlig abgewirthschaftet habe. Aber das war auch das allgemeine Gefühl, daß es so wie bisher unmöglich weiter fortgehen könne, und darum ist dem Ministerium Schmerling in Oesterreich selber kaum eine ernstliche Thräne nachgeweint worden. Solche Thränen wurden nur geweint von den Nicht-Oesterreichern in Wien und bei uns, welche eben durchaus mit sehenden Augen blind seyn wollen. Im Uebrigen ist der verlässigste Barometer der politischen Stimmungen in Oesterreich, die Börse, gegen den Fall des Herrn von Schmerling ganz unempfindlich geblieben. Noch vor zwei Jahren konnte man sagen, daß die Börse der stärkste Hort dieses Ministers sei, schon der Börse wegen hätte der Kaiser eine Aenderung gegen ihn nicht wagen dürfen; jetzt hat die Börse ihn fallen lassen, ohne auch nur mit einem Procent niedrigerer Curse um ihn zu trauern. Auch das Capital scheint somit die allgemeine Ansicht zu theilen: „schlechter kann es nicht werden, aber besser, und übler als Schmerling kann kein anderes Ministerium wirthschaften."

Es kommt aber noch Ein für die Beurtheilung der Lage höchst wichtiger Umstand hinzu. Während nämlich Herr von Schmerling bei seiner Februar-Verfassung buchstäblich von der Hand in den Mund lebte, hatte er doch immer noch Ein Auskunftsmittel in Petto. Er scheint seit geraumer Zeit in

der Absicht zugewartet zu haben, bis die Lage entsprechend gereift seyn würde für den intendirten Staatsstreich, und es liegen bestimmte Andeutungen seiner Soldschreiber vor, wornach er selber eben jetzt die Lage für reif gehalten hätte, um mit seinem Hintergedanken hervorzutreten. Er sah sich nach wie vor für den unentbehrlichen Mann der Situation an; aber er war bereit, den Verhältnissen Rechnung tragend, mit seiner eigenen Person die erforderliche Schwenkung vorzunehmen, und selbst auf einem von dem bisherigen ganz verschiedenen, ja entgegengesetzten Wege als Retter Oesterreichs aufzutreten. Mit Einem Wort: er war bereit nicht nur das kaiserliche Oktober-Diplom, sondern auch seine eigene Verfassung vom 26. Februar, die wir vier Jahre lang als das einzige Palladium des Kaiserstaats rühmen hörten, mit eigenen Händen entzwei zu reißen, um sich mit der liberalen Partei in Ungarn auf der Basis des Dualismus zu vereinbaren.

Man muß diese Thatsache wohl in's Auge fassen. Sie wirft erst das volle Licht auf die Stellung sowohl der neuen Regierung als der gewesenen. Ein böhmisches Blatt hat sich sehr bezeichnend geäußert: der Rücktritt Schmerlings sei „der Fall eines großdeutschen und der Anfang eines österreichischen Ministeriums in Oesterreich.“ Darin liegt auch die Lösung des Räthsels, daß der Minister sowohl, als die deutsch-liberale Partei im Reichsrath auf einmal ihre Sprache gegen Ungarn änderten und mit den liberalen Magyaren förmlich zu liebäugeln begannen. Wir müssen nun diese Wechselbeziehungen des deutschen und des magyarischen Liberalismus näher betrachten.

Man kann die Regierungszeit des Hrn. von Schmerling in zwei Perioden theilen; in beiden ist es zu einer eigentlichen That nicht gekommen, um die Verfassung vom 26. Febr. zur Wahrheit zu machen. Auch darin ist der Minister sich gleich geblieben, daß er das kaiserliche Oktober-Diplom und dessen mehr föderative Anschauung stets mit dem vollen Haß des liberal-bureaukratischen Parteigeistes behandelte. Sonst

aber haben die Hoffnungen und Berechnungen des Ministers sich vor und nach dem Jahre 1863 in zwei verschiedenen Richtungen bewegt, bis er ganz zuletzt, als ihm das Wasser bis an den Hals ging und er im Herrenhaus am 23. Juni die vollendete Hoffnungslosigkeit der ganzen bisherigen Wirthschaft eingestehen mußte, noch ein drittes neues Programm in Aussicht stellte, enthaltend „Aenderung des bisherigen Verwaltungssystems und Einführung (!) der Autonomie.“ Solche vergeblichen Worte waren freilich auch in seinem berühmten Programm vom Dezember 1860 gestanden, und er hat sich bei allen Wandlungen nachher nie mehr derselben erinnert, bis es zu spät war.

In der ersten Periode also stolzes Pochen auf die Unverletzlichkeit der Februar-Verfassung, die vom Kaiser feierlichst zugesichert sei, und für die alle Bischöfe bei Strafe der beleidigten Majestät das Jahres-Tedeum halten sollten. Die Ungarn würden und müßten kommen, wenn man nur ein klein wenig Geduld habe; die politische und wirthschaftliche Blüthe Oesterreichs, welche sich unter dieser Verfassung entfalten müsse, werde allen Trotz und Widerstand brechen. Die ungarischen Gesetze von 1848 und die Sonderverfassung der St. Stephans-Krone, worauf die Magyaren ihre Renitenz basirten, seien ohnehin ungültig und durch den Insurrektions-Krieg verwirkt. So sei also die parlamentarische Organisirung Gesammtösterreichs nur noch eine Frage der Zeit. Und im äußersten Falle koste es ja den Minister nur einen Federzug, er brauche nur direkte Wahlen in Ungarn auszuschreiben, so werde sich der Reichsrath mit nicht-magyarischen Deputirten aus Ungarn füllen. Das wäre freilich ein drastisches Mittel; es könne aber auch nur das unerschütterliche Festhalten an der Verfassung vom Februar über die unabsehbarsten Folgen hinweg helfen. Der Lockerung würde die Anarchie, der Anarchie der Racenkrieg folgen in seiner furchtbarsten Gestalt*).

---

*) Vergl. z. B. Allgemeine Zeitung vom 19. Mai und 4. Dez. 1862.

So lautete die Sprache der ersten Periode. Die zweite zeichnete sich dadurch aus, daß die ministerielle Verwirkungs-Theorie gänzlich verstummte, noch mehr die Drohung mit direkten Wahlen, und dafür die Thunlichkeit einer wesentlichen Aenderung der Februar-Verfassung in demonstrativer Weise betont wurde. Allerdings war von einer solchen „Reform" oder „Revision" schon vorher die Rede gewesen, aber in einem ganz andern Sinn, nämlich unter der Bedingung daß die Magyaren erst in den Reichsrath eintreten müßten, um hier ihre Anträge zu stellen und durchzusetzen. Jetzt hingegen dachte man sich den Modus völlig anders. Herr von Schmerling sollte sich außerhalb des Reichsraths und ohne Initiative des Kaisers, wenn auch vielleicht unter Assistenz einer reichsräthlichen Deputation, mit der magyarisch-liberalen Partei unter der Führung des Advokaten Deak und sofort mit der Mehrheit des ungarischen Landtags vereinbaren. Als Bindeglied und unfehlbares Annäherungsmittel wurde der beiderseitige Liberalismus hervorgehoben; zwei so eminent liberale Staatsmänner wie Schmerling und Deak, meinte man, sobald sie nur ganz unter sich wären, müßten unfraglich leicht Eins werden über die freiheitliche Constituirung Oesterreichs!

Es ist denn auch kein Zweifel, was dabei herausgekommen wäre: nämlich die parlamentarische Zweitheilung des Reichs an zwei nationale Suprematien; jenseits der Leitha der centralisirte Staat mit dem Parlament in Pesth und mit der magyarischen Hegemonie über die Kroaten, Slovenen, Rumänen, Sachsen, Serben ꝛc.; dießseits der Leitha der centralisirte Staat mit dem Parlament in Wien und mit dem deutschen Supremat über die Czechen, Polen, Ruthenen, Südslaven ꝛc. Zwischen den deutschen und magyarischen Liberalen wäre dann freilich Friede gemacht über den auseinander gerissenen Theilen des halbirten Reichs; aber der Kampf der unterdrückten Nationalitäten hüben und drüben würde von dem Augenblick an erst recht anheben, die Anarchie, der Racenkrieg,

wovon oben die Rede war, wäre permanent. Es wäre die unheilvollste aller Lösungen, bei der Oesterreich nicht nur als Großmacht sofort, sondern bald auch als Monarchie zu existiren aufhören würde.

Aber es wäre doch jedenfalls ein Triumph des deutschen Liberalismus gewesen, freilich nicht der ganze Triumph, wie ihn die Februar-Verfassung beabsichtigte, aber um so gewisser der halbe. Die Suprematie des sogenannten deutschen Elements, d. h. der deutsch-liberalen Partei, könnte natürlich viel unbeschränkter wirken auf ihrem Terrain, wenn die Magyaren mit ihren Anneren einmal definitiv draußen wären, und wenn der jetzige engere Reichsrath in Wien einerseits und der ungarische Reichstag andererseits sich in das Geschäft parlamentarischer Helotisirung der slavischen Diaspora brüderlich theilen könnten. Der Gedanke hat bei dem Schmerlingischen Anhang in letzter Zeit so viel verstohlenen Beifall gefunden, daß einem selbst der Zweifel aufsteigt, ob es denn dem Staatsminister mit seiner Verfassung von Anfang an voller Ernst gewesen sei.

Bekanntlich war nicht er ihr intellektueller Urheber, sondern der im März 1862 verstorbene Rath Perthaler war es. Auch wurde nicht er als der eigentliche geistige Chef der deutsch-centralistischen Partei angesehen, sondern der Staatsraths-Präsident Baron von Lichtenfels, ein alter Josephiner vom reinsten Wasser und von so großem Einfluß, daß man den Minister als seinen Protegirten betrachtete. Mit Recht wurde es daher als ein bedeutsames Symptom erkannt, als Lichtenfels, unmittelbar vor dem Rücktritt der Minister und nach einer ärgerlichen Scene im Herrenhaus, sein Amt niederlegte; die Ratte verließ das sinkende Schiff. Vielleicht ist Lichtenfels viel mehr als Schmerling selbst noch fortwährend der Protektor der Februar-Verfassung in ihrer ursprünglichen Bedeutung gewesen. Gewiß ist soviel, daß der Minister seine Verfassung anfänglich keineswegs als einen feindlichen Akt gegen

den Magyarismus verstand. Ganz im Gegentheil betrachtete er dieselbe als eine wichtige und unfehlbar gewinnende Concession an die liberale Partei Ungarns. In diesem Sinne hatte er, wie die Schrift „Drei Jahre Verfassungsstreit von einem Ungar", vom November v. Js., erzählt, vorher eifrig mit Graf Szecsen und Baron Vay unterhandelt; er galt damals als ein hervorragender Freund der magyarischen Rechtsanschauung und keineswegs als ihr Gegner, wie Lichtenfels es war und schon im „verstärkten Reichsrath" sich gezeigt hatte.

Diese Rechtsanschauung der Ungarn hatte sich nun im Lauf der Jahre in der Art consolidirt, daß die Partei der Altconservativen wie der conservativ Liberalen (Szecsen und Vay) in Ungarn eigentlich gar nicht mehr existirt. Sie alle sind sich untreu geworden und zu dem Liberalismus Deaks übergegangen, der durch nichts Anderes zu befriedigen ist als durch die Wiederkehr des Dualismus und der Personalunion. Ungarn getrennt von der übrigen Monarchie, mit eigenem Ministerium und Parlament, in einer staatlichen Centralisation, welcher der gemeinsame Herrscher dann auch noch die partes annexae, nämlich Kroatien, Slavonien und Siebenbürgen zu unterwerfen und einzuverleiben hätte: das wäre die unerläßliche Bedingung des Ausgleichs. In einer parallelen Verfassung der übrigen Länder des Reichs, nämlich in der parlamentarischen Centralisation unter der deutschen Suprematie, würden dann die Magyaren nur die sichere Stütze und Kräftigung ihrer eigenen nationalen Suprematie erblicken.

Herr von Schmerling aber, wenn er und soweit er auf diese Ideen eingegangen ist, hatte hiefür noch einen besonders dringenden Grund, dessen nähere Betrachtung erst das volle Licht auf die Spannungen der Gegenwart wirft. Ich meine das Verhältniß Oesterreichs zu Deutschland, mit Einem Wort die deutsche Frage, die zu den österreichischen Verfassungsfragen in innigerer Beziehung und Wechselwirkung steht, als man leider nur allzu oft verstanden hat.

Es ist kein Zweifel und leuchtet von selbst ein, daß die Verfassung vom 26. Februar in unvereinbarem Gegensatz zu allen großdeutschen Programmen und zu dem Großdeutschthum des Staatsministers selber stund. Sollte nicht dieser Umstand ihm von vornherein die Forderungen der ungarisch-liberalen Partei ganz besonders empfohlen haben, nachdem sich das Programm Deaks unfraglich zu allen Projekten der Bundesreform viel besser schickt als das Oktober-Diplom und die Februar-Verfassung zusammengenommen? Man erwäge nur: wenn ganz Oesterreich, wie der 26. Februar will, unter einem Gesammtparlament centralisirt ist, wie soll dann das deutsche Oesterreich auch noch den integrirenden Bestandtheil eines Frankfurter Parlamentes bilden können? Unmöglich. Es wäre ein babylonischer Thurmbau, ein staatsrechtliches Monstrum! Wir haben dieß schon damals behauptet, als von Wien aus das Delegirten-Projekt und nachher die Reformakte so eifrig betrieben wurden. Jetzt erfährt man, daß auch Hr. von Schmerling selbst ungefähr derselben Ansicht war. Er ließ den von anderer Seite betriebenen Frankfurter Experimenten ihren Lauf in der richtigen Voraussicht, daß ja doch nichts daraus werden würde. Für seine eigenen Phrasen gewann er dann das was er brauchte, nämlich eine Aufschiebung der deutschen Frage bis zu der Zeit, wo er mit der österreichischen Verfassungsfrage zu einem günstigen Ziele gelangt seyn würde. Aber wie hätte dieses Ziel aussehen müssen? Offenbar adäquat dem Wunsch der ungarischen Liberalen. Dann und nur dann wäre Oesterreich mit seiner deutschen Reichshälfte zu den Frankfurter Projekten geradeso gestanden wie die unter dem Berliner Parlament centralisirte preußische Monarchie, nicht besser und nicht schlechter; und der Minister in Wien hätte zwei Fliegen mit Einem Schlage getroffen: er hätte dem großdeutschen Liberalismus bei uns genügt und er hätte zugleich die ungarischen Liberalen befriedigt.

Man muß gestehen, der Gedanke hatte etwas Verlocken-

des. Aber freilich, er kostete den Preis der Reichseinheit sammt allen Folgen dieses Verlustes. Eben die Reichseinheit, als deren stärkste Garantie die Verfassung vom Februar gerühmt und gepriesen worden war — sie mußte daran gegeben werden, damit sich Oesterreich rückhaltlos in die Abenteuer der deutschen Trias-Politik hineinstürzen konnte.

War dieß trotzdem die große Wendung, welche Herr von Schmerling in Petto hatte, so ist kein Zweifel, daß die ungarischen Liberalen den Hebel der deutschen Frage fleißigst ansetzten. Je tiefer Oesterreich in die deutschen Reformen verwickelt würde, desto mehr müßte es die Magyaren jenseits der Leitha ausschließlich Herr in ihrem Hause seyn lassen. Das ist gesunde politische Logik; und darum sind die ungarischen Liberalen immer großdeutsch gesinnt. Im geraden Gegensatz hiezu stehen die Slaven, insbesondere die Czechen; sie befinden sich consequent auf kleindeutscher Seite. Sie wollen, daß Oesterreich sich auf sich selber zurückziehe, um den Banquerott seiner Finanzen zu verhüten und allen seinen Nationalitäten gleichmäßig gerecht werden zu können. Sie fürchten die Hegemonie Oesterreichs in Deutschland, weil sie wissen, daß dieselbe einerseits die bureaukratische Centralisation dießseits der Leitha, andererseits die nationale Suprematie der Magyaren, zum Schaden der Gleichberechtigung aller andern Nationen des Reichs, bedeutet. Sie erstreben die geschlossene Reichseinheit in der Form der Föderation und weisen Oesterreich als das Feld seiner politischen Mission den Osten, den Orient an, während die ungarischen Dualisten die deutsche Reichshälfte mit solcher Entschiedenheit in die deutsche Verwirrung zu verwickeln beflissen sind, daß unter den Magyaren schon Stimmen laut wurden: Ungarn müsse im Nothfall das deutsche Kaiserthum wieder für Oesterreich erobern helfen, damit es im eigenen Hause um so gründlicher von dem deutschen Einflusse befreit sei*).

*) So behauptet eine merkwürdige Correspondenz in der Kreuzzeitung vom 1. Juni 1865.

Wie man sieht, sind die ungarischen Liberalen sehr correkte Antipoden des Herrn von Bismark, so correkt als man sich in unseren Mittelstaaten nur immer wünschen kann. Der parlamentarische Dualismus, den sie vertreten, hat dem gefallenen Minister daher sehr anziehende Vereinigungspunkte geboten. Die Föderalisten hingegen wollen zwar keineswegs den österreichischen Schwerpunkt nach Ofen verlegen, sie würden denselben vielmehr erst recht in Wien befestigen; aber sie würden allerdings dem preußischen Einfluß mehr Spielraum in Deutschland lassen, indem sie Oesterreich mehr auf sich selber beschränken und im eigenen Hause beschäftigen würden. Das hat ihr Organ gemeint mit dem treffenden Wort: der Rücktritt Schmerlings sei „der Fall eines großdeutschen und der Anfang eines österreichischen Ministeriums in Oesterreich."

Wir haben uns lange mit der Untersuchung über die letzten Absichten des Hrn. von Schmerling aufgehalten. Aber es gibt kein besseres Mittel als diesen Rückblick, um sich über die Zukunft der neuen Minister klar zu werden. Sie werden schon in Bezug auf die Verfassungsfrage — die allerdings bei der Trostlosigkeit der finanziellen Lage fast zur Nebensache herabgesunken ist — mit den größten Schwierigkeiten zu kämpfen haben. Weder Oesterreich im Ganzen noch einer seiner Theile kann künftig ohne Verfassung seyn, das ist die unvergängliche Frucht der letzten vier Jahre. Aber es gibt nicht bloß Eine Wahl zwischen Absolutismus und freiheitlicher Verfassung, wie die deutsch-liberale Partei darauf capricirt ist, und mit vollständiger Gewißheit hat die Geschichte des Ministeriums Schmerling nur soviel herausgestellt, daß es mit den bisherigen Verfassungs-Ideen schlechterdings nicht geht. Was also dann?

Man hat den Ministerwechsel auf den ersten Blick als eine Folge der jüngsten Kaiserreise nach Pesth und als einen Sieg der Ungarn erklärt. Wäre das so, dann müßte nun das neue Ministerium den letzten Willen des alten vollziehen

und den Hintergedanken Schmerlings selber in's Leben rufen, nämlich den parlamentarischen Dualismus. Das wäre dann doch wenigstens der halbe Sieg der deutsch-liberalen oder, wie das böhmische Blatt sagt, der großdeutschen Partei. Aber der ungarische Minister, Georg von Majlath, zählte bisher nicht zu den ungarischen Liberalen, noch zu den mit der Partei Deak ralliirten Altconservativen; er nahm eine ganz aparte Stellung ein und hat sich durch die berühmte Rede, welche er am 21. August 1861 an der Magnatentafel zu Pesth für den Kaiser und das Oktober-Diplom gehalten, als conservativen Vertreter der Realunion Ungarns mit den Erbländern qualificirt. Zudem wird Graf Belcredi aus Mähren als derjenige Staatsmann genannt, welcher gemeinschaftlich mit Herrn von Majlath der neuen Regierung Namen und Farbe verleihen soll. Graf Belcredi neigt aber zum Föderalismus hin, und diese Richtung verträgt sich mit der Idee der ungarischen Realunion, aber sie verträgt sich mit dem liberalen Magyarismus so wenig wie Feuer und Wasser.

Finden nun die zwei Minister gemeinsam einen leidlichen medius terminus heraus, dann fragt es sich erst, wie sie mit den Parteien zurecht kommen werden, sowohl mit der deutsch-liberalen, welche unter allen Umständen entweder im Ganzen oder zur Hälfte die parlamentarisch-bureaukratische Centralisation anstreben muß, als mit dem magyarischen Liberalismus, welcher den Dualismus will und eine weitere Gemeinsamkeit der zwei Reichsversammlungen als Deaks „von Fall zu Fall" nicht zugeben wird. Nebenbei gesagt läge darin nicht mehr als das Schattenbild einer Realunion; denn der ungarische Landtag würde nicht nur unabhängig den jedesmaligen „Fall" bestimmen, sondern er würde auch seine Vertreter in Wien bloß nach seinen Instruktionen stimmen lassen.

In Wirklichkeit hat indeß nicht die deutsche und nicht die ungarische, sondern die föderalistische Partei den größten Vortheil der Lage für sich. Zunächst kommt ihr die totale

Niederlage ihres Hauptfeindes, der deutsch-liberalen Partei, zu Gute. Der ungarische Liberalismus hat seine Probe noch nicht abgelegt, aber der deutsche hat es gethan, und ist über alles Erwarten schlecht bestanden. Vier schöne Jahre hat er mit Verfassungs-Experimenten vertrödelt, ohne es weiter zu bringen als zu einer kläglichen Rechtsfiktion, und in diesen vier kostbaren Friedensjahren ist nichts in Oesterreich besser und nahezu alles schlechter geworden, so daß endlich selbst aller Segen Gottes von dem Reiche gewichen schien. Erinnere man sich nur an die prunkenden Verheißungen, welche die Partei gerade in finanzieller und volkswirthschaftlicher Beziehung an ihre Verfassung geknüpft hat, und nun vergleiche man damit den Zustand des ausgesaugten, verarmten, zahlungsunfähigen Landes. Der Credit ist dahin, die Anlehen gehen nicht mehr; die Steuern sind unerschwinglich, das Volk kann sie nicht mehr zahlen; die Steuerrückstände häufen sich zum Erschrecken, und auch die Exekutionen bringen nichts mehr ein, denn die Käufer fehlen; das baare Geld verschwindet auf dem Lande, und die Verbrauchssteuern sinken selbst in den Städten um Hunderttausende, denn die Consumtions-Fähigkeit nimmt rasend schnell ab. Man spricht ohne Scheu vom drohenden Staatsbanquerott, aber es droht noch Schlimmeres, es droht der Volksbanquerott!

Bei solchen Zuständen ist die Kunst des Liberalismus und des Bureaukratismus am Ende. Man muß organisatorische Talente haben; man muß sie nehmen wo man sie findet, und Gott danken, wenn man überhaupt in dem josephinisch verschulmeisterten Reiche solche Wundermänner noch findet. Hat ja Hr. von Schmerling selbst zu guter Letzt noch zugestanden, es bedürfe einer radikalen Aenderung des bisherigen Verwaltungssystems und der „Einführung der Autonomie.“ Das ist freilich leichter gesagt als gethan, namentlich nachdem auch noch seit dem Dezember 1860 bis heute das Gegentheil von diesem Allernothwendigsten geschehen ist. Damals hätte Hr.

von Schmerling sich vor Allem die Frage vorlegen sollen: woher denn der unverbesserliche Finanzzustand des Reichs, woher das ewige colossale Deficit eigentlich komme? Freilich ist diese Frage aus guten Gründen nicht gestellt worden; denn man hätte sich die unangenehme Antwort geben müssen, die Graf Leo Thun jüngst im Herrenhause gegeben hat: von den fremden Systemen komme das Verderben, die man fort und fort dem Volke aufgeladen, ohne daß dieses die Kosten zu vergüten im Stande war. Mit dem zehnten Theil der heutigen Anstrengung der Steuerkraft hätte im J. 1848 ein völliges Gleichgewicht hergestellt werden können; aber gerade von da an ist erst recht im liberalen Geiste fortorganisirt worden und jetzt liegen die Folgen vor. Die Kosten der politischen Aussaat haben constant den Erndte-Ertrag überstiegen, und der Ausfall mußte mit Schulden gedeckt werden, bis nun endlich auch der Credit versagt.

Noch eine andere Ursache des jetzigen Zustandes gibt Wasser auf die Mühle der föderalistischen Partei. Wir haben einen Grundzug dieser Richtung in dem Begehren erkannt, daß Oesterreich sich auf sich selbst zurückziehe. Zu den Ursachen der jetzigen Calamität gehört aber unzweifelhaft auch die Thatsache, daß Oesterreich seit Decennien viel zu wenig bei sich zu Hause war. Es hat als Großmacht vorzugsweise den europäischen Rechtsschutz übernommen, gewiß eine schöne Rolle, vorausgesetzt daß man ihre Kosten zu erschwingen vermag oder daß die Bemühung auch etwas einträgt. Beides war nicht der Fall. Wollte nur z. B. Jemand nachrechnen, was das Verhältniß zu Deutschland seit 1815 die österreichischen Finanzen gekostet und was es genützt hat; es würden sich mehrere hundert Millionen ergeben und als Entgeld — nichts, wie die Jahre 1854, 1859 und 1863 hinlänglich bewiesen haben. Auch darin gibt die Lage den Föderalisten nicht unrecht, wenn sie sagen, die wahre Zukunft Oesterreichs und die einzig lohnende Mission, die ihm offen stehe, liege

überhaupt nicht im Westen, von wo nichts mehr zu holen sei als Ideen und Bücher, sondern sie liege allein im Orient, während gerade der Osten von der bisherigen Politik am meisten vernachlässigt worden sei. Diese Politik war allerdings traditionell, aber jede Tradition findet am Können seine vernünftige Grenze. Der Kaiserstaat, es ist unwidersprechlich, sieht sich fortan durch die Natur der Dinge gezwungen, mehr als je zuvor bei sich zu Hause zu bleiben und stets vor Allem seine eigenen Angelegenheiten zu Rathe zu halten. „Oesterreich sammelt sich!"

Darin liegt ein weiterer Sieg der föderalistischen Richtung, und dieser Sieg gestaltet sich zur weiteren Niederlage der deutsch-liberalen Partei. Nun ist aber jede Niederlage, die sie erleidet, wie wir gesehen haben, nothwendig mit einem empfindlichen Rückschlag auf die ungarisch-liberale Partei verbunden. Gerade darauf mag die Hoffnung der neuen Regierung gegenüber dem magyarischen Dualismus beruhen. Die ungarisch-liberale Partei ist bisher nicht mürbe geworden; aber sie kann sich nun doch auch der allgemeinen Calamität nicht entziehen, Ungarn leidet mit. Sie kann ferner nicht mehr als Entschädigung für das Opfer der Reichseinheit eine erhöhte Stellung im deutschen Bunde anbieten; denn Oesterreich kann sich überhaupt auf deutsche Abenteuer nicht tiefer einlassen, sondern es muß sich so viel als möglich auf seine eigensten Angelegenheiten beschränken, streng zu Hause bleiben, sich und sein Geld sparen. Und dazu bedarf es vor Allem der engen Verbindung mit Ungarn!

So glauben wir denn allerdings, daß für Oesterreich eine Periode des gemäßigten Föderalismus angezeigt ist. Decentralisation statt der Centralisation, Stärkung der Einzellandtage statt des parlamentarischen Bureaukratismus, mehr persönliches Regiment des Kaisers, überhaupt Autonomie wo immer sich die Fähigkeit dazu findet. Vor fünfzehn Jahren wäre die Aufgabe noch nicht so riesengroß gewesen wie jetzt;

nachdem aber das Reich nach allen den zahlreich versäumten Gelegenheiten sich doch wieder vor dieselbe Aufgabe gestellt sieht, nur viel dringender als je, muß man wohl glauben, daß gerade diese Aufgabe ihm eigenthümlich und für die Ostmacht allein möglich sei. Sic aut non! Jedenfalls haben sich alle deutschen, ich möchte lieber sagen afterdeutschen Muster — denn es gibt ja nichts Deutscheres als das föderative Princip — in Oesterreich als baare Unmöglichkeiten erwiesen.

Sollen wir nach allem Vorhergehenden auch noch auf die, wie uns scheint naive, Frage eingehen, ob wohl die neue Regierung in Wien auch zu den deutschen Angelegenheiten eine veränderte Stellung einnehmen werde oder nicht? Gewiß, soviel mit dem Notenschreiben der Wiener Staatskanzlei und mit den verbissenen Nergeleien des Herrn von Halbhuber geholfen seyn mag, soviel kann die deutsche Politik Oesterreichs immer noch erschwingen, denn beides ist wohlfeil. Wir fürchten nur, die Frucht wird auch nicht viel werth seyn. Täuscht nicht Alles, so ist eben auch die Staatskanzlei von dem Schmerlingischen Schlendrian, „kommt der Tag, so bringt der Tag“, nicht unberührt geblieben, und der berühmte Londoner „Purzelbaum“ vom 26. Mai hat dieser Art von Politik das entsprechende Siegel aufgedrückt. Die Staatskanzlei experimentirte wie das Staatsministerium; sie experimentirte zuerst mit Preußen und dann gegen Preußen, bis nun diese ganze Politik als ein vollendeter Anachronismus erscheint. Sie schleppt sich mühsam fort aus einer völlig andern Zeit, aus der Zeit wo das Machtgefühl Oesterreichs eben neu erwacht war und wo eine kraftvolle „großdeutsche Partei“ der kaiserlichen Politik secundirte. Das Alles ist jetzt vorbei und untergegangen in Niederlagen, von denen eine beschämender ist als die andere; die Wiener Noten aber werden fortgeschrieben, als wenn nichts geschehen wäre, solange es eben gehen mag!

Wir haben angedeutet, wie enge die innere Politik in Oesterreich mit der äußern zusammenhängt, enger als in jedem andern Lande. Klärt sich jene, so muß sich nothwendig auch diese klären, und eine solche Klärung ist wahrlich ein dringendes Bedürfniß nicht nur für Oesterreich, sondern auch für uns. Man muß endlich wissen, woran man ist. Allerdings erwarten wir von dieser Klärung kein für uns erfreuliches Resultat. Das liberale Oesterreich Schmerlings hat die wichtige Stellung zu Rom im Stiche gelassen oder im Stiche lassen müssen; wird das Oesterreich der neuen Männer für unser Deutschland viel anders thun können? Ruinenhaft zerfallen sind alle diese traditionellen Zusammenhänge jetzt schon, und wenn die neue preußische Allianz definitiv gebrochen werden sollte, so ist doch auch das Trias-Gespenst mit der Leiche Schmerlings definitiv wieder eingesargt. Im Laufe der Entwicklung wird dann endlich zur Anlehnung für Oesterreich kaum mehr eine lebendige Realität übrig bleiben als die Allianz mit — Frankreich. Die Staatsmänner dieser Combination sind bekanntlich längst vorhanden, und die großen Motive im Orient deßgleichen.

Gottes Rathschlüsse sind wunderbar. Das ist der Trost welcher uns bleibt, die wir von der Herrschaft des Liberalismus in Oesterreich niemals etwas Gutes erwartet haben. Welchen Trost der gefallene Minister und seine Seiden von Wien bis Köln am Rhein haben mögen, das wissen wir nicht; wir wissen nur so viel, daß von allem Dem, was sie verhießen und erreichen wollten, das schnurgerade Gegentheil eingetreten ist. Vielleicht will nun die Vorsehung durch neue Männer und auf neuen Wegen Oesterreich wieder nutzbar machen für uns, nutzbar in viel großartigerem Sinne, als es bisher der Fall oder vielmehr nicht mehr der Fall war. Jedenfalls gratuliren wir dem Kaiserstaat von Herzen, wenn er von jetzt an nicht „großdeutsche“, sondern „österreichische“ Minister haben wird, Minister der eigenen Länder und Völker, und

nicht fremder Parteien. So ist es überall unter der Sonne, und daß nur in Oesterreich das Widerspiel stattfand, das war längst die verkehrte Welt und konnte am wenigsten in solch einem polyglotten Ausnahms-Staat zu einem guten Ende führen.

Es ist freilich ein schweres Geschick, daß sich die hülflose Lage Oesterreichs gerade jetzt enthüllen muß, wo das legale Europa und das legale Deutschland seiner Dienste so bedürftig gewesen wären wie nie. Man kann in dieser Fügung ohne Deutelei sogar den Beweis erkennen, daß die politische Ordnung von 1815 vor den Augen Gottes unwiderruflich verworfen ist. Die revolutionären Mächte von Florenz und Madrid bis Berlin und St. Petersburg feiern ihren Triumph, und wenn der Imperator morgen sein Congreß-Projekt ernstlich wieder zur Sprache bringt, was will man ihm mit Grund erwidern? Alle Thatsachen der neuesten Revolution bestehen faktisch unangefochten, warum sollen sie nicht auch förmlich anerkannt und die natürlichen Consequenzen daraus gezogen werden? Die letzte Schutzmacht des europäischen und deutschen Rechts ist lahmgelegt, sie muß ihr Geschäft schließen und wird ferner auch ihrerseits von keinem andern Princip beseelt seyn als alle anderen Staaten, nämlich vom merkantilen Ich. Das bedeutete die Schwergeburt in Wien — für uns!

XVII.

Historische Novitäten.

John Bernard Dalgairns, Gesammelte Schriften. Erster Theil: Der heil. Stephan Harding, Stifter des Ordens von Citeaux. Mainz. Franz Kirchheim. 1865.

John Bernard Dalgairns, der Nachfolger des berühmten P. Faber in der Leitung des Londoner Oratoriums*), besitzt auch in Deutschland, seitdem seine Werke über die heil. Communion**) und das heil. Herz Jesu***) in deutscher Bearbeitung erschienen

---

*) J. B. Dalgairns, geb. zu Guernsey am 21. Okt. 1818, studirte in Oxford und trat daselbst in ein näheres Verhältniß zu Newman. Nachdem er 1845 convertirt, studirte er zu Langres in Frankreich und trat dann in das Noviciat der Oratorianer in Santa Croce in Gerusalemme zu Rom Im J. 1848 kehrte er nach England zurück und hat seitdem seinen ständigen Aufenthalt im Londoner Oratorium, das ihn nach Fabers Tode zum Superior wählte — eine höchst wichtige und einflußreiche, aber auch schwierige Stellung, welche Dalgairns, der eine durch und durch zarte Natur besitzt und fast immer leidend ist, jedenfalls der Literatur entziehen wird.

**) Die heil. Communion. Ihre Philosophie, Theologie und Praxis. Mainz, Kirchheim. 1862.

***) Das heilige Herz Jesu. Nebst einer Einleitung über die Geschichte des Jansenismus. Nach der dritten Originalausgabe. Mainz, Kirchheim. 1862.

sind, einen geachteten Namen, wie er einen solchen in England und Frankreich bereits seit längerer Zeit besessen. Man rühmt in diesen beiden Werken die gründliche Verarbeitung des Stoffes, die Fülle tiefer und überraschender Gedanken, die lebendige, im höchsten Grade anregende Darstellungsweise und hat zugleich schon mehrfach darauf hingewiesen, wie gerade diese Combination schriftstellerischer Begabung Dalgairns vorzüglich zur geschichtlichen Darstellung befähige. Einige historische Partien in den oben genannten philosophisch-theologischen Schriften, wie das interessante Capitel: „Geschichte der heil. Communion", oder die spannende Darstellung des Jansenismus in dem Buche über das heil. Herz Jesu, fanden den ungetheiltesten Beifall und machten den Wunsch rege, einem so lebendigen, tiefeingreifenden Darsteller einmal ausschließlich auf dem Gebiet der Geschichte zu begegnen. Dieser Wunsch wird durch die soeben begonnene Sammlung der Dalgairns'schen historischen Schriften erfüllt, und wirklich finden wir hier ganz diejenigen Eigenschaften wieder, die man auf Grund jener oben erwähnten Bruchstücke zu erwarten berechtigt war.

„Zu einer höchst gediegenen Quellenforschung", so drückt sich der Uebersetzer im Vorwort aus, „als der unabweisbaren Grundlage für jedes höhere historische Wissen, gesellt sich bei Dalgairns ein Versenken in den Stoff, welches wir mit der Meditation auf geistlichem Gebiete vergleichen möchten; die vergangenen Zustände und Verhältnisse, die er schildert, hat er völlig wie ein Zeitgenosse miterlebt; längst vermoderte Menschen haben für ihn wieder Fleisch und Blut gewonnen, und er verkehrt mit ihnen nicht wie mit längst Verstorbenen, sondern wie mit kürzlich erst hingeschiedenen Freunden und Bekannten. Leben wir in dem vorliegenden Bändchen nicht völlig mit den alten Cisterziensern, sehen wir sie nicht in ihrem ganzen Wesen und Treiben so lebhaft vor uns, als schritten sie auf einer wirklichen Schaubühne an uns vorüber? Und wir sehen sie nicht bloß in ihrem äußeren Thun und Treiben — wir blicken auch in innere geistige Getriebe, in Wünsche, Hoffnungen, Befürchtungen, Empfindungen, Stimmungen, so daß vor Allem diejenige Persönlichkeit, mit welcher das vorliegende erste Bändchen unserer Sammlung sich vorzugsweise beschäftigt, der heil. Stephan Harding, uns zu einem wahren Bekannten

wird, dessen Wesen und Bestrebungen, wie ein aufgeschlagenes Buch, offen vor uns liegen."

Diesem Urtheil möchten wir noch beifügen, daß Dalgairns nichts weniger als ein Idealist ist, der gleich manchen Hagiologen von blinder Schwärmerei für das Mittelalter erfüllt, Zuständen und Charakteren eine subjektive ideale Färbung verleiht — im Gegentheil, wie lebhaft er sich auch in die Vergangenheit zurückzudenken vermag, so verläßt ihn doch bei diesem Prozeß, worin vorzugsweise die auch dem Historiker nothwendige dichterische Phantasie thätig ist, niemals die dem englischen Volke angeborene praktische, man könnte beinahe sagen nüchterne Richtung, die unbeirrt durch wechselnde Färbung, durch vorübergehende Lichter oder Schatten das Wesen der Gegenstände fest im Auge behält und der Blendung möglichst wenig zugänglich ist. Ueber das Verhältniß der modernen Zeit zum Mittelalter hat sich Dalgairns, heil. Communion S. 260 ff., in klarster, enragirten Romantikern freilich etwas anstößiger Weise ausgesprochen, worauf wir diejenigen, die sich dafür näher interessiren, verweisen wollen.

Wie Referent, dem die Originale der Dalgairns'schen Schriften bekannt sind, zu vermuthen Grund besitzt, hat der Uebersetzer dieselben chronologisch geordnet und mit Stephan Harding als dem ältesten in der Reihe der English Saints of the Cistercian order begonnen. Wir billigen dieß Princip, bedauern aber, daß dadurch dem Publikum nicht gleich zu Anfang der Sammlung so originelle und specifisch englische Figuren, wie z. B. die Heiligen Waltheof, Aelred, Gilbert u. s. w., mit deren Leben der Verfasser die Schilderung ihrer Zeit so trefflich zu verweben gewußt hat, vorgeführt werden. Möge der rasche Fortgang der Sammlung bald diese Bilder bringen, deren Lektüre, wie der Uebersetzer bemerkt, „an die Wirkung erinnert, welche einst die Walter Scott'schen Romane ausgeübt haben, ohne daß wir jedoch Romane vor uns haben, sondern strenge geschichtliche Wahrheit und Wirklichkeit."

XVIII.

Politische Gedanken vom Oberrhein.

III. Die Liberalen in Deutschland und deren Erfolge.

Die französische Revolution vom J. 1830 wurde von den deutschen Liberalen mit Jubel begrüßt, und das lag in der allgemeinen Natur der Dinge nicht weniger als in der Lage der besondern Verhältnisse. Der Sieg des liberalen Princips war allerdings ohne die Mitwirkung der Deutschen und nicht unmittelbar für sie erfochten; aber dieser Sieg brach die Macht des Gedankens, welcher seit so langer Zeit das europäische Festland beherrschte; er zeigte die Gewalt der liberalen Ideen und in allen Ländern mußten die Träger dieser Ideen ihren Antheil haben an den Wirkungen des ungeheuern Ereignisses. Die Revolution in dem Königreich der Vereinigten Niederlande, der Aufstand in Polen, die Vertreibung des Herzogs Karl in Braunschweig, die schnell unterdrückten Unruhen in Hannover und in Kurhessen — sie waren die gewaltsamen Ausbrüche der allgemeinen Erregung. Der Kampf der Polen gegen die Uebermacht des Czaren erhielt und steigerte diese Erregung und die Anerkennung des Bürgerkönigthums, die Trennung Belgiens von Holland und die Haltung des deutschen Bundes gegenüber dem vertriebenen

Herzog von Braunschweig waren thatsächliche Zugeständnisse an das liberale Princip. Das große Polizeiinstitut des europäischen Areopages hatte mindestens eine gewaltige Erschütterung erlitten.

In Deutschland gab es verblendete Menschen, die da glaubten, sie würden die Freiheit durch die Franzosen erhalten und die im Ernste erwarteten, daß ein französisches Heer über den Rhein gehen würde, um dem armen Deutschland diese Freiheit zu bringen. Die besonnenen Männer liberaler Gesinnung beurtheilten solche Verirrung nach ihrem Verdienst, aber sie gewannen Zuversicht auf ihre Sache. Ohne Scheu zogen sie jetzt die praktischen Folgerungen aus ihrem Grundsatz; sie stellten sich ein bestimmtes Ziel; in gleichem Streben einigten sie sich zu gemeinsamer Handlung und so bildeten sie allmählig in jedem Lande eine Partei. Das Ziel dieser liberalen Parteien war die Erringung bestimmter Grundgesetze, die Entwickelung der Verfassungen und die Ausbildung des constitutionellen Staatswesens.

Wenn man von Ungarn absieht, so hatten die Bestandtheile der österreichischen Monarchie keine Grundgesetze und die verschiedenen Lande derselben wurden so unbeschränkt bureaukratisch regiert als das streng concentrirte Preußen. In diese Reiche jedoch waren die neuen Ideen so gut eingedrungen und besser verbreitet als in das südwestliche Deutschland; aber den Liberalen fehlte jedes Institut um ihre Ideen zur Geltung zu bringen. Die später errichteten Provinzial-Landtage in Preußen, die Stände in Hannover und die Reste der alten Landstände in manchen anderen Ländern hatten keine gesetzgeberische Gewalt und darum keine politische Wirksamkeit. In Kurhessen wurde die Verfassung vom J. 1831 niemals eigentlich vollzogen; das kleine Großherzogthum Weimar mit seinem knapp zugeschnittenen Grundgesetz stund im Mitteldeutschland gänzlich vereinzelt; und die winzigen norddeutschen Staaten kannten, mehr als alle andern, bloß die absolute Fürstengewalt. So blieben denn nur die

südwestdeutschen Staaten, in welchen den liberalen Parteien die Landtage das Feld für ihre Wirksamkeit boten.

Die Zusammensetzung dieser Vertretungen gab keine Gewähr für die Erringung einer Freiheit die nicht in gar zu engen Schranken gehalten werden sollte. Das südwestliche Deutschland hatte, wenigstens damals, nicht die nöthige Anzahl unabhängiger Männer, welche geeignet waren für eine politische Thätigkeit, darum wurden die Wahlen noch immer von der Bureaukratie beherrscht und Staatsdiener, Advokaten und Professoren bildeten eine vorwiegende Zahl in den Kammern. Die Advokaten brachten ihre kleinlichten Spitzfindigkeiten in die Verhandlungen, die Professoren ihre unpraktischen Theorien und ihre vollkommene Unkenntniß der Geschäfte; so waren die Staatsdiener allen überlegen; sie zogen die Abgeordneten anderer Berufsarten mit sich und sie beherrschten die Versammlung. Diese Staatsdiener waren jetzt die eigentlichen Vertreter der liberalen Ideen, aber sie konnten deren Folgerungen nur in sehr beschränktem Umfang entwickeln; denn sie konnten sich nur die bureaukratische Staatsallmacht als ein praktisches Regierungssystem denken. Hatten die bessern Köpfe und die eigentlich unterrichteten Männer auch die Idee des Rechtsstaates erfaßt und lag diese dunkel in dem Gefühl vieler anderer, so hatten sie den Begriff nicht zur Klarheit gebracht und darum konnten sie die Mittel nicht finden, um die Einrichtungen des Rechtsstaates zu schaffen.

In dem Beginn dieser Periode waren die Liberalen noch ehrlich; wirklich freisinnig, verlangten sie, wie sie es verstunden, die Freiheiten, aus welchen die Freiheit besteht und sie suchten die schweren Lasten des Volkes zu erleichtern, aber sie wußten nicht die Quellen des Nationalreichthumes ergiebiger zu machen. Man darf nicht verkennen, daß in kurzer Zeit viel Gutes bewirkt worden ist. Manche Gesetze wurden verbessert, die Rechtspflege wurde von der Verwaltung getrennt, die Gemeinden erhielten Verfassungen; Zehnten,

Frohnden und andere alte Abgaben wurden in mehreren Ländern abgelöst, und manche gemeinnützige Werke wurden ausgeführt. Die Kammern haben eine strenge Ordnung in den Haushalt und eine größere Regelmäßigkeit in die Verwaltung gebracht und dadurch haben sie sich eine nützliche Wirksamkeit geschaffen.

Waren die Liberalen jener Zeit durchaus nicht national gesinnt, so findet der Mangel solcher Gesinnung nicht seine Rechtfertigung, wohl aber seine Erklärung in der Lage der Dinge. Sie waren in dem deutschen Sonderwesen aufgewachsen, sie konnten nur in ihren eigenen Ländern etwas durchführen, sie mußten zunächst für diese arbeiten. Die Regierungen wußten und wollten nichts anderes als eben dieses Sonderwesen, denn in einem Zusammenwirken der deutschen Staaten konnte ihre Allmacht nicht ferner bestehen. Der Bund, die einzige nationale Anstalt der Deutschen, war eben nur „ein Verein souverainer Staaten" und alle diese Staaten waren eifersüchtig auf ihre Souverainetät. Die deutschen Großmächte hatten allerdings die großen Veränderungen in dem Staatensystem anerkannt, aber sie wollten deßhalb doch ihr Polizeisystem in unserm Vaterlande noch festhalten und so benützte der Bund jegliches Mittel, welches die Bundesakte und die spätern Akten darboten, um Freiheiten zu unterdrücken, wenn sie den großen Kabinetten bedenklich erschienen. Im J. 1831 z. B. hatten die badischen Kammern ein sehr gemäßigtes Preßgesetz beschlossen; es wurde von dem Großherzog verkündet; der Vollzug hatte durchaus keinen Mißbrauch gezeigt, aber nach wenigen Monaten seiner Wirksamkeit mußte im J. 1832 dieses Gesetz aufgehoben und die Censur wieder eingeführt werden. Die Liberalen kannten sehr wohl das Drängen der Mächte; die geheimen Vorstellungen der Diplomaten waren ihnen sowenig unbekannt als die amtlichen und nichtamtlichen Verhandlungen an dem Bundestage zu Frankfurt, und so war denn die Abneigung gegen diesen auf sehr natürliche Weise entstanden.

Diese Abneigung erklärt uns eine andere Erscheinung. Der große Aufwand für die Truppen in tiefem Frieden war immer sehr mißliebig gewesen. Nicht die Liberalen allein, sondern selbst die größere Masse der Bevölkerung sah in dem Soldatenwesen eine nutzlose Spielerei, und die Kammern versuchten ohne Unterlaß die Militärbudgets nach Möglichkeit herabzudrücken. In dem Geiste des engen Sonderwesens konnten die Liberalen sich nicht zu der Ansicht erheben, daß das Truppencorps des kleinsten Staates eben doch ein Glied des großen Bundesheeres sei. Sie konnten in dem kleinen Truppenkörper, der selbstständig nichts zu unternehmen vermochte, nicht einen Bestandtheil der Wehrkraft der Nation erkennen. Während die Kammern mit Widerwillen die schlechthin unvermeidlichen Ausgaben bewilligten und, was sie immer konnten, verweigerten, drang seinerseits der Bundestag darauf, daß die vereinbarten Bundesvorschriften erfüllt würden, und so wurde die Abneigung gegen das Militär auf den Bund und die Abneigung gegen den Bund auf das Militär übertragen*). — Hätten die Liberalen damals die nationale Bedeutung des Wehrwesens der kleineren Staaten verstanden, so wäre wahrscheinlich viel späteres Unglück nicht eingetreten.

Die Erfolge der Liberalen erzeugten und stachelten einen Widerstand gegen ihre Bestrebungen auf, aber gerade dieser Widerstand wurde ihnen zum Vortheil; denn er zwang die Partei zu einer festen Organisation und diese stellte nun immer bestimmter ihre Zwecke. Der Widerstand manchmal von der Regierung, manchmal von „servilen" Abgeordneten

---

*) Ein schon vor längerer Zeit verstorbener Kriegsminister eines südwestdeutschen Staates sagte mir in bitterem Schmerz: „Dem Bundestag oder dessen Militärcommission in Frankfurt muß ich darthun, daß ich viel mehr thue als die Bundesvorschriften verlangen; in den Kammern dagegen muß ich nachweisen, daß ich die Bundespflichten bei weitem nicht erfülle."

oder Beamten ausgeführt, fast immer ohne rechte Beurtheilung, schwach und darum erfolglos, brachte Plan und Zusammenhang in das Treiben der Partei.

Jede politische Partei muß ihrem Princip die thatsächliche Geltung erstreben; diese Geltung aber wird nothwendig die Herrschaft. Der sittliche Unterschied zwischen Parteien liegt nicht nur in der Verschiedenheit ihrer Principien, er liegt fast mehr noch in der Verschiedenheit der Mittel, mit welchen sie ihre Herrschaft erringen, und in der That wie sie dieselben ausüben. Betrachten wir nun die Thätigkeit der liberalen Partei in Deutschland wie sie war vor dem J. 1848.

Hatten die deutschen Liberalen das Werk von Delolme und gelehrte Juristen wohl selbst die Commentarien von Blackstone u. s. w. gelesen, so hatten sie höchstens nur die äußern Formen kennen gelernt, aber das innere Wesen des öffentlichen Lebens in England war ihnen nicht klar geworden und sie hatten nicht begriffen, daß die brittische Freiheit gerade aus dem selbstständigen Leben der einzelnen Bestandtheile des Staates hervorgeht. Die deutschen Liberalen holten sich ihre Vorstellungen aus Frankreich, und darum konnten sie nur in einer engen Concentrirung aller Gewalten und aller Kräfte ein geordnetes Staatswesen erkennen. Nach dem französischen Muster wollten die deutschen Liberalen die Befugnisse der Regierung beschränken; was sie dieser abnahmen, das wollten sie der Vertretung zuweisen und in dieser sollte, wie in Frankreich, der Schwerpunkt der Gewalt liegen. Die deutschen Liberalen hatten vollkommen Recht, denn der französische Liberalismus kann nur gedeihen in der engen Centralisation aller Kräfte und aller Verhältnisse.

Der Staatsallmacht stunden früher die Körperschaften entgegen. Sie sind die Gegensätze der Centralisation und deßwegen hielt der Liberalismus, wie er jetzt sich gestaltete, jedes körperschaftliche Institut für ein Hinderniß, wo nicht für einen natürlichen Feind. Darin hat die liberale Partei allerdings richtig gesehen, denn hätten noch selbstberechtigte

Körperschaften bestanden mit den Mitteln ihre Rechte geltend zu machen, so wäre schon die Thatsache ihres Bestehens ein entschiedener Widerstand gegen jeden Uebergriff gewesen; die entgegengesetzten Bestrebungen hätten ein Gleichgewicht gewonnen und dieses wäre ein wahrhaft freiheitliches Staatswesen geworden. Körperschaften aber, wenn noch solche bestanden, waren nur die aus früherer Zeit übrig gebliebenen oder sie waren ohne gesetzliche und unmittelbare Einwirkung auf die Behandlung politischer Fragen.

Der Adel war zur Zeit des Rheinbundes nicht eigentlich abgeschafft worden, aber das bureaukratische Regiment hatte dafür gesorgt, daß alle Bande zerrissen wurden, welche die Adeligen in einer Gemeinschaft zusammengehalten hätten. Der deutsche Adel war fast überall ein Hof- oder Dienstadel geworden; einzelne Glieder desselben übten als Staatsmänner oder Militärs noch immer großen Einfluß; einzelne blieben durch ererbten Besitz noch immer bedeutend und durch Namen und Abstammung vornehm; aber eine weit größere Zahl war heruntergekommen und verarmt. Die Adeligen hatten den Hochmuth ihres Standes nicht verloren, aber sie hatten nicht dessen stolzen Unabhängigkeitssinn bewahrt und die Ehrenrechte, die man ihnen gelassen, dienten nur, um sie abzuscheiden von dem Volk zu welchem sie gehörten. Der deutsche Adel war, wie Alexis Tocqueville von dem französischen sagte, nur noch eine Kaste, aber er war nicht mehr eine Aristokratie.

Allerdings hatten die Verfassungen dem Adel der südwestdeutschen Staaten wieder einige Vorrechte gewährt; sie hatten ihm Sitze in den sog. Herrenkammern gegeben, aber diese von vornherein den Volkskammern gegenüber fast unmächtig gemacht. Auch nicht die Spur eines körperschaftlichen Bestandes wurde dem Adel gewährt und, durch Dienstverhältnisse gebunden, oder von der Hofluft berauscht, oder mit der Bewirthschaftung ihrer Güter beschäftiget und im behaglichen Genuß ihrer Einkünfte, fehlte den Adeligen die Kraft und der Wille sich, die Vereinsgesetze benützend, selbstständig

wieder zu einer Körperschaft zu gestalten. Die französischen Liberalen hatten die Erblichkeit der Pairie abgeschafft, die deutschen waren ohne Unterlaß darauf bedacht den Adeligen Alles zu nehmen, was ihre Stellung etwa noch auszeichnen und ihnen eine Standesgemeinschaft möglich machen konnte.

Es gab keine Bürgerschaft mehr nach den Begriffen einer früheren Zeit. Die Liberalen hatten noch nicht Freizügigkeit und Gewerbefreiheit eingeführt; aber das bureaukratische Regiment hatte schon seit langer Zeit gearbeitet, um das eigentliche Wesen der bürgerlichen Körperschaften zu brechen. Bestunden auch noch die althergebrachten Eintheilungen der Bürger, so waren sie eine leere Form, höchstens nur noch für gewisse Verhältnisse der Gewerbe von einiger Bedeutung. Jede selbstständige Gewalt war den Gemeinde-Behörden genommen; sie selbst waren zu untergeordneten Dienern der Staatsgewalt herabgedrückt worden und die staatliche Bureaukratie entschied in letzter Instanz in Gemeindesachen, in den großen wie in den kleinen.

Die neuen Gesetze zerstörten auch die Form der inneren Organisation. Sie machten aus der Bürgerschaft eine Masse, in welcher keine körperschaftlichen Bestandtheile sondern nur einzelne Bürger sich befinden, und in welcher demnach die verschiedenartigsten Bestandtheile unorganisch sich mengen. Man schuf demokratische Formen, aber man sorgte dafür, daß sie kein demokratisches Wesen enthielten und durch die Einführung gewisser Vertretungen wurden die Gemeinden dem modernen Staat ähnlich. Die Angelegenheiten der Gemeinde wurden in den Gemeindebehörden concentrirt und diese blieben in Abhängigkeit von der Staatsgewalt, wenn sie auch eine gewisse Erweiterung ihrer Befugnisse erhielten.

In dem früheren Bestand fühlte der geringste Bürger sich als das Glied einer Genossenschaft, welche als Bestandtheil der großen Körperschaft der Gemeinde in deren Angelegenheiten eingriff. Mit der Aufhebung dieser Organisation war das gemeinsame Bewußtseyn des unabhängigen Bürgers

zerstört und an dessen Stelle war bei dem Einzelnen der lächerliche Hochmuth des Spießbürgerthumes getreten.

So wurden aus den Bürgerschaften der Städte allmählig die Haustruppen der Liberalen gezogen, die Städte selbst ihre Sammelplätze und später ihre befestigten Standlager.

Durch das System der Conscription ist das Heer ein Theil des Volkes unter den Waffen, wenn gleich nicht in dem Sinne der Milizen oder der sog. Volkswehr. Das Heer, wie es ist, hat alle Kennzeichen einer geschlossenen Körperschaft, aber diese Körperschaft als solche hat keine eigene Meinung und demnach keinen eigenen Willen. Das Heer ist nur die Waffe der Staatsgewalt und wer diese besitzt, der verfügt über die Waffe. In dieser Auffassung hätte die liberale Partei keinen Grund gehabt um das Wehrwesen und den Wehrkörper zu hassen; sie haßten aber diesen schon wegen seiner Abscheidung von der Masse des Volkes und sie haßten ihn wegen der Form und der Gliederung, ohne welche der Körper eine unbewegliche Masse wäre.

In jener Zeit waren die liberalen Ideen wohl auch von einzelnen Offizieren und Soldaten aufgefaßt, aber noch waren sie nicht in die Masse der deutschen Truppenkörper gedrungen; denn in diesen erschien vielmehr ein starres Festhalten an dem reinen monarchischen Princip. Die Soldaten betrachteten den Regenten als den Commandanten des Staates; er trug ihre Uniform; sie konnten ihn nur als höchsten Befehlshaber denken. Wenn nun diese Auffassung auch nicht in die Behandlung der politischen Angelegenheiten eintreten durfte, so war sie doch nicht geeignet, um den Haß der Liberalen zu mindern. Diese sahen in dem Wehrwesen nur ein Hinderniß, einen organisirten Widerstand gegen die Durchführung ihrer Ideen; sie erkannten in dem Heer nicht die Waffe für den Schutz des Gesetzes.

Die katholische Kirche und in dieser die Geistlichkeit bestund noch immer als eine wirkliche Körperschaft, obwohl das bureaukratische Regiment schon tüchtig gearbeitet hatte,

um die körperschaftliche Eigenschaft beider zu vernichten. Die neuen Diöcesen waren freilich gebildet, aber in den meisten Ländern war den Bischöfen ihre Wirksamkeit gar sehr verkümmert. Sie besaßen keine Disciplinargewalt und keinen Einfluß auf die Verwaltung des Kirchenvermögens. Die Staatsgewalt verwaltete und verwendete dieses Vermögen, sie besetzte die Pfründen, sie erließ Befehle an die Geistlichen und sie griff selbst ein in die Verwaltung des Cultus. Die Staatsgewalt verbot oder hinderte den Verkehr der Bischöfe mit dem Oberhaupte der Kirche und mit ihren Diöcesanen. Die Staatsgewalt gestattete keine eigentliche Kirchenregierung; sie verleugnete das allgemeine Kirchenrecht und sie mißachtete die internationalen Verträge, welche die Rechte der großen gesellschaftlichen Ordnung anerkannt und gewährleistet hatten. Als nun die Verfassungen dem Grundbesitz eine größere oder kleinere politische Bedeutung zuwendeten, da ward die Kirche übergangen. In manchen Ländern z. B. in dem Großherzogthum Baden ist die katholische Kirche der größte Grundeigenthümer und diesem sehr großen Besitz hat man keine Vertretung gewährt*).

Allerdings waren vor drei Jahrzehnten die deutschen Liberalen noch nicht grundsätzliche Feinde der Religion und des Christenthumes; aber sie fühlten wohl, daß über kurz oder lang die katholische Kirche sich aus ihrer Knechtung befreien und eine gewisse Machtstellung einnehmen werde. Sie

---

*) In dem Großherzogthum Baden z. B. hat nur der Erzbischof einen Sitz in der ersten Kammer; er darf sich aber nicht vertreten lassen; er ist ganz auf gleiche Linie gestellt mit dem protestantischen Prälaten, obwohl dieser nicht einmal Vorstand der protestantischen Kirchenbehörde ist, sondern nichts mehr und nichts weniger als ein Rath in diesem Collegium. Die Protestanten bilden nicht einmal ein Drittheil der Bevölkerung des Landes und ihr Kirchenvermögen steht verhältnißmäßig weit unter dem katholischen, welches, selbstverständlich alle Stiftungen mit eingerechnet, jährlich über drei Millionen abwirft.

fürchteten die freie Kirche und zwar nicht ohne Grund, denn sie wußten wohl, daß diese der Staatsomnipotenz entgegenstehen müsse, und weil diese Staatsallmacht die Grundbedingung ihres Systemes war, so mußten die Liberalen alle Mittel aufbieten, um die katholische Kirche vollkommen zu einer abhängigen Staatsanstalt zu machen.

War in dem Anfang der Periode nach dem J. 1830 kein erfolgreicher Widerstand gegen die aufstrebende Herrschaft der liberalen Partei von der katholischen Kirche zu erwarten, so ist ein solcher von der protestantischen noch weniger möglich gewesen; denn diese war bereits in der Stellung, in welche man jene zu bringen bestrebt war. Damals wagte man noch nicht die Behauptung, daß das liberale Princip aus dem Protestantismus hervorgehe und daß dieser der Vater sei des modernen Staates, d. h. der Vater der modernen Staatsomnipotenz; aber bewußt oder unbewußt bestund eine gewisse Verbindung zwischen dem protestantischen Wesen und dem politischen System der Liberalen, deren manche wohl schon zu der Einsicht gekommen seyn mochten, daß aus der Freiheit der einen Kirche eine größere Freiheit der andern nothwendig folgen müsse.

Der Liberalismus war keineswegs noch die allgemeine Volksmeinung; wir glauben sogar, daß er, wie er sich gestaltete, die Meinung einer Minderheit gewesen. Tausenden, welche das monarchische Princip noch heilig hielten, war das Fortschreiten der Partei bedenklich erschienen; aber diese Tausende waren vereinzelt und selbst in ihren besondern Meinungen getrennt. Wenn von den Besonnenen die Zweckmäßigkeit gar mancher Forderung der Liberalen anerkannt wurde, so waren andere immer bereit alles zu verwerfen, was von diesen kam, allein nur weil es von ihnen kam, und wenn die Einen meinten, daß man der Zeit und ihren Verhältnissen billige Rechnung tragen müsse, so wollten Andere festhalten, was nicht mehr zu halten war. Noch gab es Leute, welche von der Herstellung des absoluten Königthumes

und der Willkür seines Beamtenregimentes träumten — Leute welche das Volk von der Theilnahme an den öffentlichen Angelegenheiten ausschließen oder doch die Verfassungen verkümmern wollten. Das kam nun den Liberalen zu gut; denn die Einen mußten in besondern Dingen ihnen beistimmen, während die Andern die liberalen Bestrebungen auch in deren Uebergriffen durch ihre Abgeschmacktheiten rechtfertigten. Man glaubte nicht an die Gesetzlichkeit der Einen und die Pietät der Andern erschien als Heuchelei oder als servıles Wesen, welches bald alle Verständigen verachteten oder verlachten. Alle Gegner der Liberalen waren gleich träg und ohne Entschluß und darum hatte keine Gruppe derselben einen Mittelpunkt und eine Organisation.

Fast nützlicher noch war der liberalen Partei die Jämmerlichkeit der Regierungen, welche keine Meinung offen und ehrlich annahmen und keine offen und ehrlich bekämpften, welche deßhalb auf keiner Seite Vertrauen erwarben und welche der Achtung für die Staatsgewalt und der Pietät für die Fürsten wesentlichen Schaden zufügte. Diese Regierungen suchten im Geheimen das Gute des liberalen Bestrebens zu hindern, öffentlich aber machten sie diesen den Hof, um die Bewilligung eines winzigen Ansatzes im Budget durchzusetzen.

Die Volksvertretungen waren unermüdlich in ihrer gesetzgeberischen Thätigkeit; dem einen Gesetz folgte das andere, aber jedes größere Gesetz war zum Vortheil der Liberalen. Mit den Gemeindegesetzen, wir haben es früher erwähnt, bemächtigten sie sich der Gemeinden und ihrer Angelegenheiten. Die Vereins- und Versammlungsgesetze sind allerdings nur Anerkennungen natürlicher Rechte, aber wie damals die Sachen stunden, konnten nur die Liberalen von diesen Rechten Gebrauch machen, und ihre Führer erkannten die Nothwendigkeit dieses Gebrauches. Daß diese Rechte und Freiheiten gegen sie selbst benützt werden konnten, das fiel selbst den bessern Köpfen nicht ein, denn wer die Freiheit wolle, meinten sie, der gehöre zu den Liberalen und diese Meinung war damals

nicht unbegründet. Was die Partei zu Stande brachte, das war häufig zweckmäßig, aber wenn auch die Gedanken schon viel früher dagewesen, so wußte sie doch alles Gute auf ihre Rechnung zu schreiben, während ihre Gegner diesen unermeßlichen Vortheil nicht suchten und nicht fanden.

Den constitutionellen Staaten in Deutschland fehlte immer noch die wichtigste der Freiheiten; es fehlte die gesetzliche Freiheit der Presse. Daß im Großherzogthum Baden diese Freiheit gegeben, aber nach kurzer Zeit wieder aufgehoben worden ist, das haben wir bereits oben erwähnt. Die Censur bestund in allen Ländern und daß dieses gehässige Institut den Liberalen mehr Nutzen brachte als Schaden, das wurde schon früher in diesen Blättern bemerkt. Die Censur wurde ausgeübt von Staatsbeamten, die Staatsdiener aber gehörten zu der Partei oder, dieselbe fürchtend, wollten sie nicht, daß man ihnen die Verfolgung freisinniger Ideen vorwerfe. An vielen Orten war die Beaufsichtigung der Presse eine leere Form, an anderen kehrte sie sich gegen die Gegner und wenn ausnahmsweise einmal ein Censor seine Amtsthätigkeit gegen die Partei selbst wendete, so erhoben andere Blätter ein arges Geschrei und deren Censoren hatten ihre Freude daran. Die Beaufsichtigung der Presse gab den Liberalen Gelegenheit zu unaufhörlichen Beschwerden; sie sagten die ärgsten Dinge mit der Klage, daß sie Nichts sagen dürften, sie gebrauchten verschiedene Kunstgriffe, um dem Volk die Arbeit der Censoren darzustellen, und machten dadurch das alte Regiment und seine Anhänger lächerlich oder gründlich verhaßt.

Als in mehreren Ländern die Rechtspflege, wenn auch nicht der Form doch der Sache nach, von der Verwaltung getrennt war, da suchten die Liberalen Gesetze durchzubringen, welche die Unabhängigkeit der Gerichte und die Verantwortlichkeit der Minister feststellen und regeln sollten. Die Aufrichtigen wollten damit sehr wichtige Gewähren der Freiheit und des constitutionellen Lebens erringen, die schlauen Parteimänner aber wußten gar wohl, daß politische Prozesse nicht

wahrscheinlich und daß ein Verfassungsbruch für den Minister eines deutschen Staates fast eine Unmöglichkeit sei. Diese Parteimänner wußten gar wohl, wie Minister und Beamte eine Besprechung ihrer Amtsführung in den Kammern scheuten und daß das Mißfallen der Partei ihnen eine Strafe war, welche sie mehr fürchteten als die Ungnade des Regenten. Die Liberalen kannten die Lage der Dinge zu gut, um nicht zu wissen, daß im zweifelhaften Fall die „abhängigen" Gerichte für die neue Richtung erkennen würden, wenn ja politische Prozesse entstünden. Die nicht erfüllten Forderungen haben den Liberalen mehr genützt, als wenn sie zugestanden worden wären; denn die Erfüllung ihres Verlangens hätte eine gegründete Beschwerde gehoben und ihnen dadurch einen Angriffspunkt entzogen.

Die Liberalen haben mit großem Geschicke gearbeitet und darum haben sie Erfolge errungen; diese haben ihr Selbstvertrauen gehoben, sie haben ihre Mittel vermehrt und ihren Einfluß vergrößert, und gelegentliche Niederlagen haben ihren Gegnern mehr als den Liberalen geschadet. Bei jeder Erledigung sind die Gemeindeämter der Städte in ihre Hände gefallen und ihre Erfolge haben ihnen die Staatsdiener zugeführt, denn nicht wenige von diesen haben sich an diejenigen, welche sie für die Führer der Partei hielten, gedrängt sobald deren Einfluß sichtbar geworden. Hatten die Liberalen auch manchmal Boden verloren, so hatten sie fast immer in der öffentlichen Meinung gewonnen, und sie wußten es schlau zu machen, daß die Beamten ihrer Gesinnung allen anderen vorgezogen worden sind.

So konnte denn der Liberalismus sich ohne wesentliche Hemmung entwickeln. Weil ihm aber das Gegengewicht fehlte, so mußte er überwuchern und in falsche Richtungen gerathen. Die Liberalen konnten allgemach den Umfang der Befugnisse des Regenten beschränken; sie konnten die reinen Verwaltungsangelegenheiten in den Bereich der Kammerverhandlungen ziehen; sie konnten außerhalb ihrer Sitzungssäle

und Commissionszimmer Vieles durchsetzen und mehr noch verhindern; sie hatten Mittel, um auf alle Verhältnisse zu drücken. Als die Partei sich ihrer Kraft bewußt war, da suchte sie ihre Erfolge nicht ferner nur in Einzelnheiten zu erringen; aber jeder Widerstand war doch immer nur gegen Einzelnheiten gerichtet. Dem Princip wollten die Regierungen niemals ein Princip entgegenstellen, und darum konnten sie gegen die wachsenden Uebergriffe der Liberalen nicht geschlossene Massen führen. Die deutschen Regierungen fürchteten sich vor jedem Princip und darum verlor das monarchische Princip seine Kraft.

Hätten die Regenten mit gesundem Blick das Ziel des ungehemmten Fortschrittes der Partei und dessen nothwendige Folgen erkannt, so wären ihre Regierungen der Lage gewachsen gewesen. Solche Regierungen hätten eine erhaltende Partei, sie hätten eine Partei der Freiheit und der Gesetze gebildet, eine Partei welche den Rechtsstaat begriffen und hergestellt hätte. Die geschlossene liberale Partei errang allmählig die Herrschaft und dieser gegenüber täuschten die deutschen Staatsmänner sich und andere mit dem sinnlosen Satz „die Regierung muß über den Parteien stehen.“

XIX.

Friedrich von Schlegel *).

Unter den Jüngern jener Richtung, die unter dem Namen der „Romantischen Schule" einen Hauptabschnitt in der Geschichte der deutschen Literatur bildet, ragt als der bedeutendste, ja als Führer und Träger derselben Friedrich von Schlegel hervor. Dichter und Kritiker, Historiker und Philosoph, gläubiger Christ endlich in einer glaubenslosen Zeit, erschien er wie ein leuchtender Stern einer bessern und lichtvolleren Zukunft am Horizonte. „Wie einst Lessing", sagt Eichendorff von ihm, „stellte er sich kühn auf jene Höhe der modernen Bildung, die über Vergangenes und Zukünftiges freie Umschau eröffnet, mit staunenswerther Vielseitigkeit Philosophie und Poesie, Geschichte und Kunst, das klassische Alterthum wie das Mittelalter und den Orient durchforschend. Auch darin ist er Lessing vergleichbar, daß er, wie jener die skeptische Richtung seiner Zeit, so den geistigen Proceß der Romantik in ungestümer Consequenz zu dem Zielpunkt mit sich

---

*) Vorstehende Lebensskizze theilen wir als Schriftprobe mit aus einem demnächst im Verlag der Hurter'schen Buchhandlung erscheinenden größeren Werke über die im Laufe des 19. Jahrhunderts geschehenen Uebertritte zur katholischen Kirche.

Anm. d. Red.

fortriß, wo die Sache spruchreif und eine Entscheidung unumgänglich wird, und zwar wiederum wie Lessing, nicht als literarisches Kunststück zur eigenen Verherrlichung, sondern aus tiefer Sehnsucht nach der höhern Wahrheit, d. i. nach Versöhnung von Glauben und Wissen in der Religion, oder wie er selbst es schärfer faßt: nach der Einheit der Wissenschaft und Liebe. Es ist daher ebenso stumpfsinnig als ungerecht, ihn, wie von seinen Gegnern noch häufig geschieht, nach den einzelnen, momentanen Phasen seines Bildungsganges zu beurtheilen und gleichsam die Blüthe für die trübe Hülse verantwortlich machen zu wollen, die sie doch selbst durchbrochen und weggeworfen. Gerade der männliche Fortschritt, der durch alle diese Verwandlungen sichtbar wird und jede, oft liebevoll selbsterbaute Schranke, wenn er sie als solche erkannt, rücksichtslos vor sich niederwirft, ist das Großartige seiner Erscheinung."

Karl Wilhelm Friedrich Schlegel*), der Sohn des als Kirchenliederdichter bekannten Johann Adolf Schlegel und jüngerer Bruder von August Wilhelm Schlegel, wurde den 10. März 1772 zu Hannover, wo sein Vater als Superintendent lebte, geboren. Er erhielt als Knabe einen vielseitigen Unterricht, zeigte aber so wenig hervorstechende Anlagen zu einem wissenschaftlichen Berufe, daß ihn sein Vater für das Handelsfach bestimmte und nach Leipzig in ein Geschäft gab. Bald jedoch fühlte er, daß er sich dazu nicht eigne, „das Leben und Weben in der Welt war ihm unleidlich", er fühlte sich unglücklich und ruhte nicht, bis er dem in ihm erwachten Drange zum Studiren nachgeben durfte. Sechszehn Jahre alt warf er sich mit dem glühendsten Eifer auf die alten Sprachen, worauf er zuerst in Göttingen und dann in Leipzig Philologie studirte. Die Schriften Platos,

*) Nach den Freiheitskriegen wurde der alte Familienadel wieder erneuert.

die tragischen Dichter der Griechen und Winkelmanns Werke waren die geistige Welt, in welcher er sich bewegte, und die Eindrücke, die die Anschauung der Kunstschätze Dresdens, namentlich der plastischen Werke aus dem Alterthum in ihm hervorrief, bildeten eine feste, dauernde Grundlage für seine Studien des klassischen Alterthums, denen er sich auch nach Beendigung seiner Universitätsjahre noch geraume Zeit ausschließlich hingab. Nachdem er den Doktorgrad erlangt, ließ er sich in Dresden nieder und begann seine literarische Laufbahn mit der geistvollen und für jene Zeit sehr verdienstlichen Abhandlung „Von den Schulen der griechischen Poesie" (Biesters Monatsschrift, November 1794). Schon diese erste Arbeit zeigte die Vorzüge, die alle späteren Schriften Schlegels kennzeichnen, eine klare, angenehme, geistreiche Darstellung und eine weiche, ja üppige Sprache. Der Versuch sprach an; „Form und Tendenz fanden empfängliche, vorbereitete Gemüther; besonders war es das wirklich dankenswerthe Verdienst: den kostbaren Schatz griechischer Poesie dem Moder der Schule zu entreißen, in dem er damals noch zu verdumpfen drohte — ihn dem Leben, dem Genusse, dem Lichte zugänglich zu machen — was gerechte Anerkennung fand. Man hörte nicht mehr den bezopften, bebrillten, pedantischen Schulmann, man hörte den geistathmenden, lebensfrohen, die Schönheit der Welt preisenden Jüngling auch eine Dichtkunst preisen, die ja selbst nichts als Kraft, Lust und Leben war, und von Schule und Gelehrsamkeit nichts gewußt hatte"*). Nachdem er eine ganze Reihe ähnlicher Arbeiten hatte folgen lassen, siedelte er im Sommer 1797 nach Berlin über und veröffentlichte sein erstes größeres Werk: „Die Griechen und Römer; histor. und krit. Versuche über das klassische Alterthum" (Bd. 1. Neustrelitz 1797), dem sich bald darauf ein

*) Feuchtersleben in seiner vor der Gesammtausgabe von Schlegel's Werken befindlichen Charakteristik desselben.

zweites über die „Geschichte der Poesie bei den Griechen und Römern" (Berlin 1798) anreihte, Werke, deren Verdienst von Sachkennern, wie Hegel, mit Achtung anerkannt wurde, obschon sie beide unvollendet blieben. Aber bei diesem sich Hineinleben in die antike Dichtkunst erging es ihm, bemerkt Feuchtersleben, „wie es so häufig hochbegabten, für das Ideale leicht empfänglichen Geistern zu ergehen pflegt. Sie übertragen die Dichtkunst in's Leben, und verwirren und trüben dadurch Beides. Das ursprünglich reine, ästhetische Ideal des Schönen verbreitete sich in dem jugendlichen Gemüthe über Welt, Leben und Wirken; ihm sollte Alles untergeordnet seyn, ihm jeder Zweck der Menschheit, jede Pflicht des Menschen dienen; in seinem ungeschmälerten Genuß verlor sich alles übrige Bestreben. Und damit einer solchen Sinnesrichtung die Weihe nicht fehle, mußte das Studium und die eigene Deutung des göttlichen Platon dieses Gebiet des Schönen in's Unendliche, in's Ewige hinüberführen, und dem künstlerischen Begriffe die Verklärung der Weisheit, ja der Religion ertheilen." Aus dieser Vermischung des Idealen mit dem Realen ging sein vielberufener Roman „Lucinde" hervor (Berlin 1799), in welchem der Dichter „eine Apotheose der menschlichen Schönheit und der Freude" zu geben gedachte, der aber auf nichts anderes hinauslief, als daß die freie und durch eine Art philosophischer und physiologischer Selbstbeobachtung sublimirte Sinnlichkeit der eigentliche für das Menschengeschlecht gehörige Cultus sei. Diese Sinnlichkeitsphilosophie fand viele Anhänger, das Buch viele Lobredner. Schleiermacher, mit dem Fr. Schlegel zu Berlin in vertrautem Umgange lebte, versuchte in einer eigenen Schrift*) die in der Lucinde waltenden Ansichten zu be-

*) „Vertraute Briefe über Fr. Schlegels Lucinde" (Lübeck und Leipzig 1800). Sie erschienen zwar anonym, doch wurde der Name des Verfassers bald bekannt, und es erregte nicht mit Unrecht großes Aergerniß, daß ein Geistlicher ein derartiges Buch habe schreiben

gründen und auszuführen; er nannte das Buch „ein ernstes, würdiges und tugendhaftes Werk“, es gewissermaßen für ein Evangelium der neuen Weltanschauung der Liebe und Sinnlichkeit ausgebend. Schlegel aber erkannte selbst seinen Irrthum und vollendete das Buch nicht, dessen Autorschaft ihm späterhin nach seiner Conversion oftmals vorgeworfen ward*). „Die Sünden meiner Jugend sind die Tugenden eures Alters“, hätte Schlegel mit Görres seinen Gegnern erwidern dürfen.

Unter den Celebritäten, die Berlins Mauern in sich bargen, und die Schlegel besonders in den Kreisen kennen lernte, die einige durch ihren Geist berühmte Jüdinen**) um

---

können. Es ist dieß aber jedenfalls sehr bezeichnend für den Geist jener Zeit sowohl wie für die Richtung, die unter der protestantischen Geistlichkeit herrschte.

*) „Dergleichen Tadel ist weibisch; denn nur Weiber können Niemandem etwas Böses vergessen; Männer aber sollen wenigstens wie Seneca denken und urtheilen: Quem poenitet peccasse, paene est innocens.“ (Convertiten und ihre Gegner. S. 338).

**) „Die christlichen Häuser Berlins“, berichtet Henriette Herz, eine derselben, „boten nichts, welches dem, was jene jüdischen an geistiger Geselligkeit boten, gleichgekommen oder nur ähnlich gewesen wäre.“ Es war also kein Wunder, daß die letzteren von Allem aufgesucht wurden, „was irgend Bedeutendes an geistigen Kräften Berlin bewohnte oder auch nur besuchte.“ So sah man denn in jenen jüdischen Kreisen, deren Mittelpunkte, außer der schon genannten Frau Herz, besonders die Rahel Levin, nachmalige Gattin Varnhagens von Ense, ein verschrobener Blaustrumpf, der sich in pikanten Paradoxien gefiel, und Moses Mendelsohns Tochter, Dorothea Veit, waren, den Prinzen Louis Ferdinand, Friedrich von Gentz, die beiden Humboldt, Gustav von Brinkmann, Tieck, Schleiermacher und viele Andere verkehren. Auf Dorothea Veit kommen wir noch ausführlicher zurück, da sie als Schlegels nachmalige Gattin unser Interesse in Anspruch nimmt. Daß aber die „Metropole der Intelligenz“, das norddeutsche, damals noch exclusiv protestantische Berlin wie in finanzieller so auch in geistiger Beziehung zu den

sich versammelten, war es besonders Schleiermacher, der sich ihm aufs engste anschloß. Wie hoch dieser um einige Jahre ältere Mann Schlegel schätzte, geht aus den Briefen desselben an seine Schwester hervor. „Es ist, schreibt er am 22. Oktober 1797, ein junger Mann von 25 Jahren, von so ausgebreiteten Kenntnissen, daß man nicht begreifen kann, wie es möglich ist, bei solcher Jugend so viel zu wissen, von einem originellen Geist, der hier, wo es doch viel Geist und Talente gibt, alles sehr weit überragt, und in seinen Sitten von einer Natürlichkeit, Offenheit und kindlicher Jugendlichkeit, deren Vereinigung mit jenem allen vielleicht das Wunderbarste ist. Er ist überall, wo er hinkommt, wegen seines Witzes sowohl als wegen seiner Unbefangenheit der angenehmste Gesellschafter, mir aber ist er mehr als das, er ist mir von sehr großem wesentlichen Nutzen" *). Und in einem späteren Briefe äußert er sich folgenderweise: „Was seinen Geist betrifft, so ist er mir so durchaus supérieur, daß ich nur mit vieler Ehrfurcht davon sprechen kann. Wie schnell und tief er eindringt in den Geist jeder Wissenschaft, jedes Systems, jedes Schriftstellers, mit welcher hohen und unparteiischen Kritik er jedem seine Stelle anweist, wie seine Kenntnisse alle in einem herrlichen System geordnet dastehen, und alle seine Arbeiten nicht von ungefähr, sondern nach einem großen Plane aufeinander folgen, mit welcher Beharrlichkeit er alles verfolgt, was er einmal angefangen — das weiß ich alles erst seit dieser kurzen Zeit zu schätzen, da ich seine Ideen gleichsam entstehen und wachsen sah." — Andererseits fühlte sich Schlegel mit leidenschaftlicher Liebe zu der einige Jahre älteren Dorothea Veit gezogen, eine Liebe, die diese hochbe-

---

Füßen Israels lag und bei ihm auf Borg gehen mußte, sollte, so meinen wir, alle die Verächter des Katholizismus in ihrem Urtheil etwas bescheidener machen.

*) Schlegel war es nämlich, der Schleiermacher durch sein unablässiges Drängen zur Schriftstellerei trieb.

gabte, mit Geist und Talent reichlich ausgerüstete Frau erwiderte. Daß sie verheirathet und Mutter mehrerer Söhne war, kam damals nicht in Betracht.

Im Juli 1798 begleitete Friedrich seinen von Jena nach Berlin gekommenen Bruder auf mehrere Wochen nach Dresden, wo sich damals auch Schelling und Gries befanden, und Novalis, mit dem er seit Jahren durch die engsten Freundschaftsbande verknüpft war, die Freunde öfter von Freiberg aus besuchte. Noch in demselben Jahre gründete er mit seinem Bruder eine Zeitschrift „das Athenäum", in welchem die neue Schule zuerst einen eigentlichen Mittelpunkt und ein selbstständiges Organ für die Veröffentlichung und Ausbreitung ihrer Theorie gewann. Doch verließ Friedrich bald darauf Berlin und habilitirte sich als Docent in Jena, wo er bald einen glänzenden Kreis um sich versammelte — auch Hegel befand sich unter seinen Hörern — und das damals für die Gründer der romantischen Schule und einige ihrer hervorragendsten übrigen Mitglieder der sie auch örtlich vereinigende Mittelpunkt geworden war. Außer den beiden Schlegel hatte sich Schelling und Tieck eingefunden, Novalis hielt sich daselbst bald längere bald kürzere Zeit auf, und auch Fichte, der kurz vorher Jena verlassen hatte und nach Berlin übergesiedelt war, kehrte auf einige Monate zu seinen Freunden nach Jena zurück. Dieser Kreis wurde auch bald durch Gries und Clemens Brentano erweitert, die noch ihre Studien in Jena fortsetzten, bald aber auch als Schriftsteller auftraten. Es war dieß die Zeit, in der die Romantik ihre vollste und üppigste Blüthe entfaltete. Nur dauerte dieses anregende Zusammenleben nicht lange. Tieck schied schon im Sommer 1800, Novalis starb Anfang 1801, und zu Ende desselben Jahres verließen auch die Schlegel Jena, nachdem sie noch eine gemeinschaftliche Sammlung ihrer Aufsätze, Fragmente &c. unter dem Titel: „Charakteristiken und Kritiken" (Königsberg 1801, 2 Bde.) veröffentlicht hatten. Um diese Zeit hatte Fr. Schlegel seinen Umwandlungsprozeß bereits vollendet; er

hatte seinen einseitigen Enthusiasmus für das Alterthum aufgegeben, und glaubte die gesuchte Harmonie der sinnlichen und geistigen Natur gefunden zu haben in — der Kunst-Religion. „Die Aesthetik galt nun als Vollenderin des Lebens und der Philosophie; die Moral, von Kant über die Religion gestellt, mußte ihre Stelle unter der Religion wieder einnehmen; diese aber war eins mit der Kunst.“ Diese Auffassung verfocht Schlegel im Athenäum, das beiläufig auch seine ersten poetischen Produkte brachte. Durch die Kunst aber, und insbesondere durch die Dichtkunst, nicht durch Erforschung der Philosophie und des Christenthums, wurde er zu höherer Erkenntniß geführt. Diese Phase seiner Entwicklung hat Schlegel selbst in seinem im Athenäum enthaltenen „Gespräch über Poesie“ deutlich gezeichnet, indem er sagt: „Wir haben keine Mythologie, keine geltende symbolische Naturansicht, als Quelle der Phantasie und lebendigen Bilder-Umkreis jeder Kunst und Darstellung. Aber, setze ich hinzu, wir sind nahe daran, eine zu erhalten, nicht bloß jene alte Symbolik zu verstehen, sondern eben dadurch auch eine neue für uns wieder zu gewinnen; oder vielmehr es wird Zeit, daß wir ernsthaft dazu mitwirken sollen, eine solche symbolische Erkenntniß und Kunst wieder hervorzubringen. Denn auf dem ganz entgegengesetzten Wege wird sie uns kommen, als die alte ehemalige, welche überall die erste Blüthe der jugendlichen Phantasie war, sich unmittelbar anschließend und anbildend an das nächste Lebendigste der sinnlichen Welt. Die neue Symbolik muß im Gegentheil aus der tiefsten Tiefe des Geistes herausgebildet werden; es muß das Künstlichste aller Kunstwerke seyn, denn es soll alle andern umfassen, ein neues Bette und Gefäß für den alten ewigen Urquell der Poesie und selbst das unendliche Gedicht, welches die Keime aller andern Gedichte verhüllt.“ Diese symbolische Weltanschauung suchte Schlegel zu begründen auf philosophischem Wege durch den Idealismus, auf poetischem durch Verschmelzung der Antike mit dem Romantischen. Zu den

Eigenthümlichkeiten dieses rastlosen Mannes gehörte jene Ungeduld des Geistes, welche die Früchte und Resultate des einmal für gut erkannten Strebens weder in der Zeit noch bei den Individuen, also auch bei sich selbst nicht schnell genug gereift sehen konnte, und welche diesen wahrhaft tiefsinnigen Geist, diesen besten philosophischen Kopf unter den Romantikern allein verhinderte, ein selbstständiges weltbewegendes philosophisches System aufzustellen. Es abzuwarten, bis die Wirkungen des romantischen Geistes allmählig auch über ihn kommen würden, dauerte ihm viel zu lang; so schnell als möglich wollte er sich des Kernes und Markes darin bemächtigen, und vermuthete diese bei den Lyrikern des Südens, deren Poesien den Charakter auch seiner ersten dichterischen Schöpfungen bestimmten. Namentlich war es das bei jenen vorherrschende musikalische Element, das ihn entzückte und bei der Wahl der Formen für seine eigenen Gedichte leitete.

Als Produkt der innigen Vereinigung und Durchdringung der Antike mit der Romantik stellt sich sein Drama „Alarcas" dar, in welchem die Tragik des Aeschylos mit der des Calderon verschmolzen werden sollte. Es war dieß das erste größere Gedicht in Assonanzen, in das Schlegel alle Formen und Farben der Dichtkunst trug, und das seine Vorstellung vom Romantischen abzuspiegeln bestimmt war *).

Um diese Zeit (Anfang 1802) vermählte sich Schlegel mit Dorothea Veit, der Tochter Mendelssohns, die sich aus Liebe zu ihm von ihrem Manne hatte scheiden lassen. Es war eine hochbegabte, für die Ideen der Romantik begeisterte Frau. „Mit einer tiefen Empfänglichkeit für Alles, so schildert sie Feuchtersleben, was Geist und Phantasie bewegen kann, riß sie die Begeisterung jener Tage mit sich

---

*) Der „Alarcas" wurde am 29. Mai 1802 zu Weimar auf Göthes eifriges Betreiben aufgeführt, fand aber aus begreiflichen Ursachen wenig oder keinen Anklang; Schlegel aber war und blieb Göthe für seine Bemühungen stets dankbar.

fort, und ihre Theilnahme an der geschilderten Richtung der Poesie verwandelte sich bald, wie es dem weiblichen Charakter natürlich ist, in persönliche Theilnahme für den Dichter, der ihr diese Welt eröffnet hatte. So begann ihr Verhältniß zu Schlegel, so blieb es bis zu Ende. Mit Hingebung und neuer Andacht überließ sie seinem Geiste den ihrigen und theilte so alle Epochen und Verwandlungen, die jener erlitt. Zweimal im Laufe ihres Lebens war sie der Ueberzeugung Schlegels in der wichtigsten Angelegenheit ihres Innern, im religiösen Glauben gefolgt; mit diesem überkam sie auch jede seiner übrigen Ansichten in der spätern Periode seines Lebens. Dennoch verlor sie nie diejenigen Gefühle ihrer Jugend aus der Erinnerung, welche werth waren, erhalten und gehegt zu werden; und es macht ihrem Gemüth alle Ehre, daß sie, selbst noch in der zweiten Hälfte ihres Lebens, alljährlich an seinem Todestage das Andenken ihres edeln Vaters feierte, von dem sie überhaupt stets mit der größten Achtung und Zärtlichkeit sprach. Reiche Kenntnisse, richtiges Urtheil, Güte des Herzens, Treue der Gesinnung, freundliches Entgegnen mit Rath und That, sind die Eigenschaften, die man an dieser ausgezeichneten Frau rühmte.“ Wir können hierüber so mannigfache Zeugnisse anführen. „Dorothea, sagt Caroline Pichler*), wußte ebenso richtig über ein neu erschienenes literarisches Produkt, wie über die Zurichtung einer Speise, über irgend eine häusliche Arbeit zu urtheilen, und bei ihr that weder die Hausfrau der Schriftstellerin, noch diese jener in ihrer prosaischen aber nützlichen, ja nothwendigen Wirksamkeit Eintrag. Und alle diese schönen Eigenschaften waren durch eine warme Frömmigkeit und stille Heiterkeit eines klaren selbstbewußten Geistes verklärt.“ Caroline Pichler mochte wohl ein Urtheil fällen, wohnte sie doch mit ihr fünf Jahre hindurch in einem Hause und lebte mit ihr in zwanzigjährigem freundlichen

---

*) Denkwürdigkeiten aus meinem Leben (Wien 1844) Bd. 4. S. 20.

Verkehr. Und eine andere Schriftstellerin, Helmina von Chézy, äußert sich in ihren Memoiren*) folgender Weise: „Dorothea ganz Seele und Geist, Schlegel ganz Witz und Feuer. Sie war des großen Mendelssohn Tochter, in ihrem Busen loderte die strahlende Flamme, die in ihrem Volke lebt, aus ihren Augen blitzte sie empor; sie war freudig und stark, großartig und mild, duftend wie eine Blume, saftig wie eine Frucht, feurig wie ein Mann, zartfühlend wie ein Weib... Schlegel war unharmonisch, theils in den Elementen seines Wesens, theils in der Verschmelzung derselben. Dorothea brachte Licht in das Chaos seines Innern, sie weckte in ihm Großes und Herrliches; er war gleichsam ihre Schöpfung. Liebe, wie noch kein Weib sie schöner empfunden, begeisterte sie bei ihrer Wirksamkeit . . ."

Hatte sie durch ihre bedeutenden Eigenschaften großen Einfluß auf ihren Gatten, so wurde sie andererseits durch ihn zu literarischer Thätigkeit ermuntert, obschon sie sich nie entschließen konnte, unter ihrem eigenen Namen als Schriftstellerin aufzutreten. Ihr Gatte veröffentlichte ihre Arbeiten, die gewiß noch lebhafter empfangen worden wären, wenn sie sich genannt hätte. Nachdem sie mehrere poetische und prosaische Beiträge für das „Athenäum" geliefert, ließ sie ihren leider Fragment gebliebenen Roman „Florentin" (Lübeck und Leipzig 1801) erscheinen, der in Erfindung, Anordnung, Charakteristik und Darstellung ein individuelles Gepräge von Grazie, Leichtigkeit und Geist hat und zu den besseren Romanen, die durch Göthes „Wilhelm Meister" hervorgerufen wurden, gehört. Vom zweiten Theil hat sie späterhin Manches ausgearbeitet, ihn jedoch nie vollendet. Für die von ihrem Manne herausgegebenen „Romantische Dichtungen des Mittelalters" (Leipzig 1804, 2 Bde.) bearbeitete sie die „Geschichte des Zauberers Merlin", übersetzte „Lother und Maller. Eine Rittergeschichte" (Frankfurt 1804) und die „Corinne" der Frau

*) Unvergessenes (Leipzig 1858) Bd 2.

von Staël (4 Bde. Berlin 1807—8). Dabei wußte sie die Häuslichkeit ihres stillen wohlgeordneten Lebens angenehm zu gestalten. „Immer war's bei ihr heimlich und traulich, sagt Frau von Chézy, angemessen und freundlich. Musterhaft und angestrengt übte sie häuslichen Fleiß; noch heute versteh' ich nicht, wie sie Zeit zum Schreiben fand.“ Auch gab sie späterhin diese Beschäftigung auf. Als sie eben ein Hemd nähte, und man sie fragte, warum sie nicht lieber die Feder zur Hand nehme? antwortete sie lächelnd: „Es gibt schon zu viele Bücher in der Welt, aber ich habe noch nicht gehört, daß es zu viele Hemden gebe“ *).

Das war die Frau, die nachmals von Gegnern als Schlegels „böser Genius“ geschildert worden ist, und mit welcher jener sich im Frühjahr 1802 nach Paris begab, theilweise seiner Studien wegen, dann aber auch, weil er sich dort leichter eine angemessene Stellung zu erringen hoffte. Diese seine Hoffnungen jedoch schlugen fehl. Paris war zu dieser Zeit ein wogendes Meer, auf welchem die Trophäen einer besiegten Welt umherschwammen und in dessen Fluthen keine Abspiegelung möglich — die Franzosen waren ganz von

*) Als Curiosum und Charakteristikum für jene Zeit wollen wir noch anführen, was die erwähnte Schriftstellerin und Freundin Dorothea Schlegels, Caroline Pichler, nach den gewöhnlichen Begriffen und ihrem eigenen Dafürhalten selbst eine gute Katholikin, von der religiösen Gesinnung der Letztern mittheilt. Sie sagt: „Wohl könnte es mir nicht einfallen, das Uebermaß von Frömmigkeit, in das sich Frau von Schlegel hineinverloren hatte, und das sie den Ansichten der Liguorianer, überhaupt dem Ultramontanismus so geneigt machte, zu billigen oder wohl gar zu vertheidigen.“ Die Frau also, die nach ihrer eigenen Mittheilung alle Monate zur Beichte ging, fürchtet das Ungeheuer des Ultramontanismus, d. h. jede entschieden katholische Gesinnung und Färbung, ganz ebenso wie die Liberalen. Schlegel war ein inniger Freund des großen Priesters Clemens Maria Hoffbauer, der auf ihn und seine Frau bedeutend influirte.

sich selbst erfüllt. Schlegel war zu stolz, zu bequem und zu fleißig am Schreibtisch, um zu antichambriren; er würde sich sonst unschwer eine Bahn gebrochen haben, weil man bei aller damals herrschenden Unwissenheit auf Notabilitäten Rücksicht nahm. Er hielt Vorlesungen über Poesie und Kunst, Literatur und Philosophie, zu denen sich viele Deutsche einfanden, die jedoch wenig einbrachten, da die Reichsten und Vornehmsten nur gastweise kamen und nur die Fremden zahlten*). Während dieser Zeit aber lag er unter des berühmten Orientalisten Hamilton Leitung mit größtem Eifer dem Studium des Sanskrit ob, um späterhin auch hierin bahnbrechend zu wirken. Auch gab er eine neue in Frankfurt erscheinende Zeitschrift „Europa“ heraus (1803), „bestimmt, an allem Antheil zu nehmen, was die Ausbildung des menschlichen Geistes am nächsten angehe, und das Licht der Schönheit und Wahrheit soweit als möglich zu verbreiten.“ Die meisten Artikel in derselben waren von ihm selbst und seiner Frau verfaßt. Von andern damaligen Arbeiten ist noch die „Geschichte der Jungfrau von Orleans. Aus altfranz. Quellen“ (Berlin 1802), sowie die „Geschichte der Margaretha von Valois, Gemahlin Heinrich IV., von ihr selbst beschrieben“ (Leipzig 1803) zu erwähnen.

Da sich ihm um diese Zeit die Aussicht auf eine Anstellung an der höhern Schule in Köln darbot, indem die Fächer der Geschichte und Literatur, in denen die Professoren Reinhard und Faber thätig gewesen, noch nicht wieder besetzt waren, in Köln auch auf eine theilweise Wiederherstellung der Universität gehofft wurde, so ließ sich Schlegel durch die Boisserées zu einer Reise nach Köln bewegen, und reiste mit denselben Ende April 1804 von Paris ab.

*) Die Brüder Boisserée kamen mit ihrem Freunde Bertram im Jahre 1803 lediglich nach Paris, um an Schlegels Vorlesungen Theil zu nehmen.

Sie machten die Reise durch Belgien nach Aachen und von da über Düsseldorf nach Köln. Seine „Briefe auf einer Reise durch die Niederlande und die Rheingegenden" *), sowie die „Bemerkungen über das neue Museum zu Brüssel und die Gallerie in Düsseldorf" (in der Europa) sind größtentheils auf dieser Wanderfahrt entstanden. Schlegel fand sich nach längerem Aufenthalt unter den Franzosen in der ganz deutschen Volksumgebung sehr behaglich, und beschäftigte sich mit der altkölnischen Kunst; ging dann im Herbst über Straßburg nach Coppet am Genfersee zur Frau von Staël, brachte einen Theil des Winters in Paris zu und kehrte im Frühjahr 1805 nach Köln zurück, wo er ein ganzes Jahr hindurch Privatvorlesungen über den ganzen Umfang der Philosophie und Geschichte, im Sommer 1806 öffentliche Vorlesungen über Logik und Kritik der verschiedenen philosophischen Systeme hielt. Nach einem längeren Aufenthalt bei Frau von Staël, die sich damals auf ihr Schloß Ancosta in der Normandie zurückgezogen hatte, hielt er im Sommer 1807 zu Köln Vorträge über altdeutsche Literatur, für welche damals ein großer Eifer rege geworden war und brachte, was für sein Ansehen und seinen Ruhm am wichtigsten war, seine Forschungen über die Sprache und Weisheit der Inder zum Abschluß **). Dieses Werk war wahrhaft epochemachend. Der Schlegel sonst streng beurtheilende Gödeke äußert sich in seinem „Grundriß zur Geschichte der deutschen Dichtung" hierüber folgendermaßen: „Aus seinen Studien des Sanskrit ging das Buch über Sprache und Weisheit der Inder hervor, worin die in Deutschland nur vereinzelten Kunden von der indischen Literatur, der durch Forster und Dalberg nach eng-

---

*) Erschienen in dem von ihm herausgegebenen „Poetischen Taschenbuch für das Jahr 1805 und 6" (Berlin 1805 und 6).

**) „Ueber die Sprache und Weisheit der Indier. Ein Beitrag zur Begründung der Alterthumskunde. Nebst metrischer Uebersetzung indischer Gedichte" (Heidelberg 1808).

lischen Uebersetzungen übersetzten Dichtungen von Kalidâsa und Jajadeva, in überraschender Weise und reicher Gabe erweitert und die mehr auf Ahnung als auf klarer Erkenntniß beruhenden Lehren aufgestellt wurden, daß die Wiege aller nach dem Westen ausgedehnten Völkerbildung in den Gangesländern zu finden und das gemeinschaftliche Band, das alle ausgewanderten Stämme unter sich und mit dem Mutterlande zusammenhalte, noch aufzusuchen sei. Mit diesem Werke war die fruchtbarste und lange nachwirkende Anregung für die historischen Wissenschaften gegeben, die sich von da an mehr und mehr der Völkerwiege zugewandt haben. Das sprachvergleichende Studium, das die vergleichende Mythenforschung nach sich gezogen hat und bis zur vergleichenden Untersuchung der buddhistischen und christlichen Religion vorgerückt ist, beruhte auf der Anregung dieses Buches. Die unmittelbare Nachfolge, wie sie sich in der Mythengeschichte der asiatischen Welt, später in dem Heldenbuche von Iran von Görres (auch in der Einleitung zum Lohengrin) kund gab, schwankte zwar im unklaren Dämmer pfadlos umher, aber die Wissenschaft hat sich immer klarer und sicherer herausgearbeitet; die höchsten Resultate, die sie in dieser Richtung erzielen wird, haben ihren ursprünglichen Keim in Schlegels veraltetem und doch unvergänglichen Buche. Die ganze orientalische Richtung in der neuen Poesie ist wesentlich ihm anzurechnen."

Aber nicht bloß mit den indischen Studien kam er in dieser Zeit zum Abschluß, sondern auch mit seiner religiösen Ueberzeugung, indem er am 16. April 1808*) mit seiner

---

*) Merkwürdigerweise ist gewöhnlich das Jahr 1803 als das seines Uebertritts angegeben. Feuchtersleben, der Biograph und Herausgeber der Werke Schlegels, und nach ihm alle neueren Literarhistoriker theilen diesen Irrthum, selbst Gödeke. Helmina von Chézy berichtet in ihren Memoiren ganz richtig: Im Jahre 1805 ging Schlegel nach Köln am Rhein und änderte dort seine Religion; nur gibt sie kein genaueres Datum an. Auch Eichendorff weiß, daß Schlegel im J. 1804 noch nicht convertirt war, und

Frau zur katholischen Kirche übertrat. Dieser Schritt kam seinen Freunden und Bekannten nicht unerwartet, da er sich seit Jahren so entschieden zu jener hingezogen zeigte, daß sein Uebertritt als solcher nicht überraschte, wofür schon der Umstand spricht, daß derselbe allgemein in die Zeit von 1803—4 gesetzt wird. „Es war eine große Ueberraschung für uns, schreibt Sulpice Boisserée; wir kannten zwar die entschiedene Neigung, welche Schlegel für den katholischen Glauben und Gottesdienst gefaßt hatte, seit langer Zeit, und sahen voraus, daß er seine Ueberzeugung einmal öffentlich bekennen würde*), und freuten uns, ihn

---

Koberstein glaubt, daß die Conversion zwar schon früher stattgefunden habe, aber erst im J. 1808 bekannt worden sei. Boisserée, der intimste Freund Schlegels, gibt in seinem Tagebuch (Sulpiz Boisseree, Stuttg. 1862. I. S. 44) vollkommenen Aufschluß. Er sagt: „Schlegel machte im J. 1808 Anstalten Köln zu verlassen, seine Frau sollte einstweilen bei uns bleiben; wir waren ganz mit dem Gedanken an diese Sache beschäftigt, da erklärten Beide eines Tages, es war am 16. April: sie seien an diesem Morgen zur katholischen Kirche übergetreten."

*) Auch Helmina von Chézy erwähnt in ihren Memoiren (Bd 1. 264) der Neigung Schlegels zur katholischen Kirche. „Friedrich Schlegel, äußert sie sich, der uns seit Anbeginn unserer Bekanntschaft die Stellen aus Tiecks „Zerbino", wo der Dichter sich über den Protestantismus lustig macht, oftmals und mit besonderem Feuer vorgetragen, über den mir auch Dorothea früherhin bisweilen geäußert: er habe Absicht, katholisch zu werden, was ich weder begriff noch glauben konnte — unterließ nun seit einiger Zeit, seiner Begeisterung für die indischen Büßer Luft zu machen, und pries dagegen die Idee des Papstes als die höchste und vollkommenste, welcher die Menschheit jemals gehuldigt. So fremdartig klang dieß in meine Unwissenheit, Unbekümmertheit, Zuversichtlichkeit des bleibenden Bestandes der Dinge, wie sie damals lagen, daß ich weder darüber nachdachte, noch mir die Worte Schlegels merkte. Sie würden vielleicht an mir vorüber gerauscht seyn, wie Millionen andere, wenn er nicht unaufhörlich gesprochen hätte davon: wie das Heil der Welt nur noch im Papstthum liege,

mit unserer eigenen religiösen Gesinnung übereinstimmend zu wissen; aber in diesem Augenblick*), wo der Uebertritt, der reine Gewissenssache war, so leicht den Schein äußerer Absicht und dadurch das widerwärtigste Aergerniß erregen konnte, war es uns schwer, die Ausführung eines so wichtigen Schrittes zu begreifen ... Wir mußten Alles aufwenden, um die Redlichkeit unserer Freunde in Schutz zu nehmen, die das was sie als eine Gewissenssache betrachteten, nicht an die große Glocke hatten hängen wollen, und weil sie ihre Ueberzeugung im stillen Heiligthum der Brust zu hegen gewünscht, deßwegen sie zur rechten Zeit und Gelegenheit nicht hatten verleugnen wollen."

Ehe wir auf sein ferneres Leben und Wirken eingehen, wollen wir versuchen, seinen geistigen Umwandlungsproceß zu verfolgen und den Weg nachzuweisen, auf dem er in den Schoos der Kirche gelangte. Man kann wohl glauben, daß ein Denker wie Schlegel den Weg vom Pantheismus zur christlichen Erkenntniß nicht ohne große innere Kämpfe zurückgelegt habe.

Wir müssen zu diesem Behufe auf seine früheren Schriften zurückgehen. Es ist oben bemerkt worden, daß Schlegel ein entschiedener Anhänger der Fichteschen Wissenschaftslehre**)

---

wenn es wieder im vollen Glanze und als allburchdringende Gewalt erstünde, wohin es auch kommen müsse und unausbleiblich kommen werde."

*) Schlegel wollte eben nach Wien gehen, um sich dort eine gesicherte Existenz zu gründen, da es ihm am Rhein nicht geglückt war. Er wollte seinen Schritt deßhalb auch noch geheim halten, Unberufene aber machten ihn bekannt.

**) Die vorherrschende Idee Fichte's ist, daß Alles, was ist und seyn kann, aus dem Ich entspringt, oder vielmehr, daß es nichts Wirkliches außer dem Ich gibt, und daß Alles, was vom Ich verschieden erscheint, bloße Täuschung ist; denn selbst das Nicht-Ich ist das Ich, indem es sich selbst sich entgegensetzt und sich begrenzt. In verständliches Deutsch übertragen soll dieß heißen, daß der

war. Er sah sie als eine „der größten Tendenzen des Zeitalters an“ und glaubte in ihr auch erst ein sicheres Princip zur Berichtigung und vollständigen Ausführung des kantischen Grundrisses der praktischen Philosophie, sowie zur Aufstellung eines objektiven Systems der Kunstphilosophie gegeben. Dieser subjektive Idealismus Fichte's ist ihm nebst der Poesie das „Centrum der deutschen Kunst und Bildung“, nur steht die Kunst bei ihm in keiner Beziehung zur objektiven sinnlichen Welt. Das Kunstwerk soll als ein absolut freies aus dem subjektiven Geiste hervorgehen. In consequenter Folgerung dieser Voraussetzung verlangt er, daß sich der subjektive Geist, wie im Denken, so auch im Dichten bis zur Passivität ganz auf und in sich zurückziehen müsse, wie er dies in der „Lucinde“ auseinandersetzt, wo die Faulheit eine gottähnliche Kunst genannt wird, während der Müssiggang die Lebensluft der Unschuld und der Begeisterung sei, welche die Seligen athmen, das einzige Fragment der Gottähnlichkeit, das uns noch aus dem Paradiese geblieben sei. „Der Fleiß und der Nutzen sind die Todesengel mit dem feurigen Schwert, welche dem Menschen die Rückkehr ins Paradies verwehren. Nur mit Gelassenheit und Sanftmuth, in der heiligen Stille der ächten Passivität kann man sich an sein ganzes Ich erinnern und die Welt und das Leben anschauen. Wie geschieht alles Denken und Dichten, als daß man sich der Einwirkung irgend eines ganzen Genius ganz überläßt und hingibt? Und doch ist das Sprechen und Bilden nur

---

menschliche Geist, weil er sich selbst gefunden, glauben müsse, daß außer ihm Nichts existire, daß Alles, was existirt, aus ihm hervorgehe, ja noch mehr, daß er sich sogar selbst hervorbringe, demnach also ist der Geist zu gleicher Zeit das Handelnde und das Produkt der Handlung, Princip und Terminus, Ursache und Wirkung; er existirt in Kraft einer bloßen Thätigkeit und übt diese Thätigkeit in Kraft der Existenz aus. Man sieht also einen auf die äußerste Spitze getriebenen idealistischen Pantheismus. „Das preisen die Schüler aller Orten“ sagt Mephistopheles im Faust.

Nebensache in allen Künsten und Wissenschaften; das Wesentliche ist das Denken und Dichten, und das ist nur durch Passivität möglich. — In der That, man sollte das Studium des Müssiggangs nicht so sträflich vernachlässigen, sondern es zur Kunst und Wissenschaft, ja zur Religion bilden! Um alles in Eins zu fassen: je göttlicher ein Mensch oder ein Werk des Menschen ist, je ähnlicher werden sie der Pflanze; diese ist unter allen Formen der Natur die sittlichste und schönste. Und also wäre ja das höchste, vollendetste Leben nichts als ein reines Vegetiren".

Wir haben gesagt, daß Schlegel den Idealismus und die Poesie als die Centra der deutschen Kunst und Bildung betrachtete. „Alle Philosophie, sagt er in den „Fragmenten" des Athenäums, ist Idealismus, und es gibt keinen wahren Realismus als den der Poesie." Poesie und Philosophie seien aber nur Extreme, und so lange man noch sage, einige seien schlechthin Idealisten, andere entschiedene Realisten, heiße das nichts anderes als, es gebe noch keine durchaus gebildete Menschen, es gebe auch keine Religion. Daher drang er denn auch auf die Verbindung beider. „Je mehr die Poesie Wissenschaft wird, je mehr wird sie auch Kunst. Soll die Poesie Kunst werden, soll der Künstler von seinen Mitteln und seinen Zwecken, ihren Hindernissen und ihren Gegenständen gründliche Einsicht und Wissenschaft haben, so muß der Dichter über seine Kunst philosophiren." „In der Philosophie geht der Weg zur Wissenschaft nur durch die Kunst, wie der Dichter im Gegentheil erst durch Wissenschaft ein Künstler wird." In den „Ideen" des Athenäums äußerte er dann: „Was sich thun läßt, so lange Philosophie und Poesie getrennt sind, ist gethan und vollendet. Also ist die Zeit nun da, beide zu vereinigen." Als 1799 Schleiermachers „Reden über die Religion" erschienen waren, zog er auch die Religion in den Kreis seiner ästhetischen Anschauungen, und stellte sie ebenfalls als ein Centrum der Bildung auf, nachdem er sie noch in den „Fragmenten" (1798) meistens nur als ein

„Supplement oder gar ein Surrogat“ derselben betrachtet hatte. In der „Lucinde“ heißt es: „Alle Selbstständigkeit ist Originalität, und alle Originalität ist moralisch . . . Man hat nur so viel Moral, als man Sinn für Poesie und Philosophie hat. Jeder vollständige Mensch hat einen Genius; die wahre Tugend ist Genialität. — Wenn jedes unendliche Individuum Gott ist, so gibts so viel Götter als Ideale. Auch ist das Verhältniß des wahren Künstlers und Menschen zu seinen Idealen durchaus Religion. — Nur das kann ich für Religion gelten lassen, wenn man voll von Gott ist, wenn man nichts mehr um der Pflicht willen, sondern Alles aus Liebe thut, bloß weil man es will, und wenn man es nur darum will, weil es Gott sagt, nämlich Gott in uns.“ In den „Ideen“ (1800) aber ist ihm die Religion „nicht mehr blos ein Theil der Bildung, ein Glied der Menschheit, sondern das Centrum aller übrigen, überall das Erste und Höchste, das schlechthin Ursprüngliche.“ „Nur durch Religion wird aus Logik Philosophie, nur daher kommt alles was diese mehr ist als Wissenschaft. Und statt einer ewig vollen unendlichen Poesie werden wir ohne sie nur Romane haben, oder die Spielerei, die man selbst schöne Kunst nennt.“ „Nur derjenige kann ein Künstler seyn, welcher eine eigene Religion, eine originelle Ansicht des Unendlichen hat . . . . Wer Religion hat, wird Poesie reden. Aber um sie zu suchen und zu entdecken, ist Philosophie das Werkzeug . . . Poesie und Philosophie sind, je nachdem man es nimmt, verschiedene Sphären, verschiedene Formen, oder auch die Faktoren der Religion. Denn versucht es nur, beide wirklich zu verbinden, und ihr werdet nichts anders erhalten als Religion.“ — Und an einem andern Orte sagt er: „Nichts ist mehr Bedürfniß der Zeit, als ein geistiges Gegengewicht gegen die Revolution und den Despotismus, den sie durch die Zusammendrängung des höchsten menschlichen Interesse über die Geister ausübt. — Lasset die Religion frei, und es wird eine neue Menschheit beginnen.“

Um diese Zeit war Schlegel, wahrscheinlich durch Novalis und Tieck, mit Jakob Böhme bekannt worden, der einen so großen Eindruck auf ihn machte, daß er dessen Theosophie mit der Poesie, die er als die erste und höchste aller Künste und Wissenschaften, als die „Wissenschaft im vollsten Sinne“ angesehen wissen wollte, für identisch erklärte. (Europa, Bd. 1. S. 47). Diesen Anschauungen entsprang denn auch seine Forderung, daß in der Poesie und Philosophie eine Scheidelinie zwischen einer exoterischen, profanen und einer esoterischen, geheimnißvollen Behandlungsweise gezogen werden sollte, um das Anstreben zu den höchsten Zwecken des Idealismus, wozu eine völlige Umgestaltung des geistigen, religiösen und politischen Lebens der Nation gleichsam nur die Vorstufe bilden sollte, zu erleichtern oder vielmehr zu ermöglichen. In dem Aufsatze „über die Form der Philosophie“ in dem 3. Bande seines Buches über Lessing*) versucht er dies auf folgende Weise zu begründen. „Zu einer Zeit, wo die Sitten entartet, die Gesetze verdorben, wo alle Begriffe, Stände und Verhältnisse vermischt, verwirrt und verfälscht sind, in einem Zustande endlich, wo in der Religion selbst die Erinnerung an den göttlichen Ursprung nur noch eine Seltenheit ist, da kann durch Philosophie allein die Wohlfahrt der Menschen wieder hergestellt und aufrecht erhalten werden. Durch Philosophie, d. h. durch bestimmte und tiefgegründete Erkenntniß des höchsten Wesens und aller göttlichen Dinge; denn wo das Wort uralter heiliger Ueberlieferung einmal vergessen oder verunstaltet wurde, da müssen zuvörderst alle die Irrthümer und Vorurtheile vernichtet und weggeräumt werden, die es verderben und verkennen machten, da kann der Mensch nur durch die Kunst und Wissenschaft zu seiner ursprünglich anerschaffenen Hoheit zurückgeführt werden, und

*) „Lessings Geist aus seinen Schriften“, oder dessen Gedanken und Meinungen zusammengestellt und erläutert. Leipzig 1804. 3 Bde.

da ruht das Gebäude aller höhern, d. h. auf das Göttliche sich beziehenden Kunst und Wissenschaft eben dieses Höhern und der damit nothwendig verbundenen Auflösung des niedrigern Scheines, oder auf der Philosophie." Der ungeheuren Masse von Schlechtigkeit, die wie ein weitverbreitetes vielverschlungenes Gewächs überall sich eingewurzelt und so manches Edlere mit ihrem Unkraut verdeckt habe, stehe bis jetzt nichts entgegen, als das stille Feuer der Philosophie, die wie durch ein Wunder gerade jetzt, da es am meisten Noth gethan, in hellern Flammen als jemals ausgebrochen sei. Und zwar in dem einzigen Lande, wo es noch möglich gewesen, in dem Lande, wo wenigstens der Begriff von Tugend, Ehre und Ernst geblieben, und wenigstens einzelne Spuren der alten Denkart und Freiheit noch übrig gewesen wären, wo also auch in der Fülle der Gelehrsamkeit der strenge Kunstsinn eher habe wieder erwachen, in die Morgenröthe der höchsten Erkenntniß das Auge einweihen und ihm das Verständniß öffnen können für den verborgenen Sinn der alten Offenbarungen, die der Aberwitz und Unsinn der neuen Zeit verschüttet und vergessen hätten. Diese bewundernswürdige Lehre des Idealismus der neuen Schule zeige uns das Aeußerste, was der Mensch blos durch sich selbst vermöge, durch die Kraft und Kunst des freien Denkens allein und durch den festen Muth und Willen dazu, in steter Befolgung der einmal erkannten Grundsätze. Dieser neue, blos menschliche, d. h. durch Menschengeist und Menschenkunst erfundene und gebildete Idealismus müsse nothwendig, je höher gesteigert, je künstlicher vollendet, je reiner geläutert er seyn werde, von allen Seiten zurückführen zu jenem alten göttlichen Idealismus, dessen dunkler Ursprung so alt sei wie die ersten Offenbarungen, die man nicht erfinden könne und auch nicht zu erfinden brauche, sondern nur zu finden und wiederzufinden, der überall in den frühesten und unwissendsten Epochen, wie in den verderbtesten und verwildertsten, von Zeit zu Zeit hervorgetreten sei, die alten Offenbarungen durch

neue Göttlichkeiten zu deuten und zu bestätigen, und dessen reichste Fülle himmlischer Erleuchtung sich besonders und vor allen herrlich in Einem deutschen Geiste der vergangenen Zeiten (Jak. Böhme?) entfaltet habe. — Aber der philosophische Geist, so selten er erscheine, ebenso schnell verschwinde er wieder, ohne bedeutende Wirkung zu hinterlassen, außer wo eine kunstgerechte Form und Gestalt das flüchtige Wesen festhalte und bleibend mache. Nicht die Philosophie selbst, aber ihre Dauer und ihr Werth hange ab von ihrer Form. Die Wohlfahrt der Menschen und die Begründung aller höhern Wissenschaft und Kunst ruhe auf der Philosophie, der Bestand dieser aber auf ihrer Form. Wie wichtig also und wie bedeutend sei die Form der Philosophie und wie groß ihr Werth! — Nun habe man sich zwar bestrebt, die wahrhafte und beste Form des Idealismus zu finden, allein dieselbe meist auf eine verkehrte Weise und an einem falschen Orte gesucht. Alle Philosophie sei nothwendiger Weise mystisch, denn sie habe keinen andern Gegenstand und könne keinen andern haben als denjenigen, der das Geheimniß aller Geheimnisse sei; ein Geheimniß aber könne und dürfe nur auf eine geheimnißvolle Art mitgetheilt werden. Daher die Allegorie im Ausdruck des vollendeten positiven Philosophen, die Identität seiner Lehre und Erkenntniß mit Leben und Religion und der Uebergang seiner Ansicht zur höhern Poesie; daher aber auch diejenige Form der Philosophie, welche unter allen Bedingungen und in allen Zuständen die bleibende und ihr eigentlich wesentliche ist: die dialectische. — „Ein schönes Geheimniß also ist die Philosophie; sie ist selbst Mystik oder die Wissenschaft und die Kunst göttlicher Geheimnisse. Die Mysterien der Alten waren in der Form vortrefflich, wenigstens im Anfang der wahrhaften Philosophie; die christliche Religion selbst ward lange nur als das Mysterium eines geheimen Bundes verbreitet, und wie manches Verderben in ihr mag sich nicht gleich aus der ersten Zeit ihrer öffentlichen Bekanntmachung oder Profanirung her-

schreiben? — Ja, auch wenn Philosophie öffentlich gemacht und in Werken dargestellt wird, so muß Form und Ausdruck dieser Worte geheimnißvoll seyn, um angemessen zu scheinen. Bei der höchsten Klarheit dialektischer Werke im Einzelnen muß wenigstens die Verknüpfung des Ganzen auf etwas Unauflösliches führen, wenn wir sie noch für Nachbildung des Philosophirens oder endlosen Sinnens erkennen sollen; denn nur das hat Form, was sich selbst bedeutet, wo die Form den Stoff symbolisch reflektirt. — Aber nicht in der Darstellung hat die Philosophie ihr vorzügliches Wesen und Treiben, sondern im Leben selbst, in der lebendigen Mittheilung und der lebendigen Wirksamkeit. Mitgetheilt darf sie werden und soll sie werden, nur muß eine profane Form der Mittheilung nicht gleich von vorne an ihrem Wesen widersprechen und es zerstören. Nicht auf den Märkten und in den Buden, und nicht in den Hörsälen, die diesen ähnlich sind, werde die Philosophie verbreitet, sondern auf eine würdigere, heiligere, auf eine philosophische, d. h. auf eine mystische Weise, wie bei den das Würdige würdig behandelnden Alten, wie bei den im Geheimniß verbundenen ersten Bekennern der wahren Religion! Ferne sei es von uns, auch nur die Zwecke der wahren Philosophie, geschweige denn ihren ganzen Inhalt, in öffentlichen Reden und Schriften dem Pöbel Preis geben zu wollen! Nur allzu deutlich hat uns erst die Reformation und mehr noch die Revolution gelehrt, was es auf sich habe mit der unbedingten Oeffentlichkeit auch dessen, was anfangs vielleicht recht gut gemeint und sehr richtig gedacht war, und was für Folgen es mit sich führe. Zwar der erste Grund aller Mysterien kann Jedem ohne Gefahr mitgetheilt werden. Es kann und es darf laut gesagt werden, daß es der Zweck der neuen Philosophie sei, die herrschende Denkart des Gestaltens ganz zu vernichten und eine ganz neue Literatur und ein ganz neues Gebäude höherer Kunst und Wissenschaft zu gründen und aufzuführen. Es kann und

es darf gesagt werden, daß es der ausdrückliche Zweck der neuen Philosophie sei, die altdeutsche Verfassung, d. h. das Reich der Ehre, der Freiheit und treuer Sitte wieder hervorzurufen, indem man die Gesinnung bilde, worauf die wahre freie Monarchie beruht und die nothwendig die gebesserten Menschen zurückführen muß zu dieser ursprünglichen und allein sittlichen und geheiligten Form des natürlichen Lebens. Alles das darf laut und deutlich gesagt werden; aber wie vieles andere ebenso Nothwendige und ebenso Gewisse ist noch zurück, was entweiht seyn würde, so wie es gesagt wäre, und welches nun näher zu bezeichnen ich mich hier enthalten muß." Wenn hierin Schlegel, sagt Koberstein*) mit Bezug auf dieses Citat, Ansichten ausgesprochen hat, wie sie sich bei ihm vorzugsweise noch vor seinem Uebertritt zur katholischen Kirche gebildet und festgesetzt hatten, so „verräth sich doch auch schon mehrfach, und zum Theil sehr unverhüllt, der Geist des werdenden Katholiken und des Mannes der Restaurationszeit."

Wie er über den Protestantismus dachte, darüber spricht er sich an demselben Orte aus: „Was ist das Wesen des Protestantismus? Und was war es, was ihn zuerst auszeichnete und eigentlich constituirte? Nicht diese oder jene Meinung, denn darüber fand die größte Verschiedenheit, ja Verworrenheit unter den großen Reformatoren selbst statt; sondern das, was alle gleich sehr beseelte, worin sie ohne Verabredung eins waren, und was ihr gemeinsames Band blieb. Die Freiheit war es, mit der sie lehrten; der Muth, selbst zu denken und dem eigenem Denken gemäß zu glauben; die Kühnheit, das Joch auch der verjährtesten, ja kurz vorher von

---

*) Grundriß der deutschen Literaturgeschichte (Bd. 3. S. 283). Der nüchterne, besonnene Forscher gibt mit diesen seinen Worten den besten Commentar zu den verschiedenen abenteuerlichen Combinationen, durch welche man die Rückkehr Schlegels zur Mutterkirche zu erklären versuchte.

ihnen selbst noch für heilig gehaltenen Irrthümer abzuwerfen. **Polemik** ist daher allen Protestanten, oder allen Bekämpfern des Irrthums wesentlich, ja es ist ihr ganzer Charakter in diesem Begriffe beschlossen. Polemik ist das Princip alles ihres Strebens und die Form alles ihres Wirkens. Will man dieß in einen bestimmten Begriff fassen, so sage man, Katholicismus ist positive, Protestantismus aber negative Religion. — Der wahre Protestant muß auch gegen den Protestantismus selbst protestiren, wenn er sich nicht in neues Papstthum und Buchstabenwesen verkehren will. Die Freiheit des Denkens weiß von keinem Stillstande, und die Polemik von keinen Schranken; der Protestantismus aber ist eine Religion des Krieges bis zur innern Feindschaft und zum Bürgerkriege . . . Das unaufhaltsam um sich Greifende des Protestantismus zeigt sich auch äußerlich in der Geschichte desselben; aber freilich hier in der gemeinen Masse nicht so edel, als in dem Geiste eines Lessing. Während die positive Religion sich immer mehr fixirt und gleichsam versteinert hat, ist im Protestantismus fast nichts unverändert geblieben, als die Veränderlichkeit selbst; und während auf der einen Seite die protestantische Denkart aus der Sphäre der Religion in die bürgerliche Welt hinausgetreten ist, und da auch eine Reformation der gesammten politischen Verfassung hat versuchen wollen, hat man auf der andern Seite die Religion so lange geläutert und geklärt, bis sie endlich ganz verflüchtigt worden und vor lauter Klarheit verschwunden ist. Beide Ausartungen sind natürlich genug; denn es ist im Wesen der freien Thätigkeit selbst gegründet, daß sie, je nachdem sie mehr extensiv oder mehr intensiv zu seyn strebt, bald ihre eigene Sphäre überspringt und sich in eine fremde hinauswirft, bald aber auf sich selbst zurückgewandt, sich selber bis zur Selbstvernichtung untergräbt." Vergleicht man hiemit seine von Helmine von Chézy mitgetheilten Aeußerungen über das Papstthum aus der Zeit seines ersten Aufenthaltes in Paris, so ist ersichtlich, daß Schlegel schon damals der Kirche außerordentlich

nahe stand, und wie lächerlich solche Geistreichigkeiten sind, wie sie moderne Literaturhistoriker auf den Markt gebracht haben*).

---

*) Dahin gehört z. B. das, was Theodor Mundt in seiner Geschichte der Literatur der Gegenwart äußert: „Das Studium des Sanskrit erschloß ihm eine neue Welt von Vorstellungen, die nicht an ihrem Stoff haften blieben, sondern auf eine merkwürdige Art sich seiner Subjektivität bemeisterten. Die indischen Büßer mit ihren Marterstellungen und beispiellosen Qualen bemächtigten sich seiner Phantasie und bald auch seines Geistes, der das höchste Ideal eines wahren und durchdrungenen Gottesbewußtseyns darin finden wollte. Schlegel erhielt hier ohne Zweifel den ersten Anstoß zu einer ascetischen Richtung, die in der indischen Welt mit einer so kolossalen Poesie auftritt und alles was das Christenthum darin erzeugt hat, weit an Erstaunlichkeiten aller Art überbietet. Sein Buch über Sprache und Weisheit der Indier (1808) wurde die Frucht dieser Studien und trug schon bestimmt genug die inneren Hinwendungen des Verfassers zum Katholicismus in sich. Denn jene indische Mystik, die sich in Schlegel mit christlichen Ideen erfüllen wollte, wo sollte sie in der bestehenden Wirklichkeit eine Form, und durch diese Verbindung mit dem Leben finden? Wo anders als in dem großen System der katholischen Kirche, welches, indem es den Geist sicher umschließt, daß er nicht mehr durch gefährliche Selbstbewegung aus seinem Frieden gerüttelt werden kann, zugleich der Phantasie einen so freien und genußvollen Spielraum übrig läßt! Die Kirche und der Papst drangen sich dem Bewußtseyn Schlegels allmählig als diejenigen Formen auf, in denen die ganze Weltlichkeit ihre geistige Concentration und ihr wahres Aufgehen in dem Gedanken Gottes gefunden. Schlegel hatte sich gleichzeitig in Paris auch mit romantisch-mittelalterlichen Studien beschäftigt und damit schon die Richtung bekundet, in welcher bei ihm der Orientalismus mit dem Katholicismus zu einer neuen Gesinnung zusammenfließen wollte. Persönliche Anregungen durch rheinische Freunde traten hinzu, um die große und weltumfassende Idee, welche in Schlegel von der katholischen Kirche und dem Papstthum plötzlich fertig geworden, zu einer äußern That zu treiben.“ — Zu solchen Absurditäten führt das mit dem Haß gegen die Kirche verbundene Streben, Dinge und

„So hatte sich Schlegel, man könnte sagen, durch die Romantik hindurchgekämpft, und als er, bei ihren extremen Consequenzen angelangt, ihres ungeheuren Irrthums sich bewußt wurde, war er es auch, der noch einmal alles Große und Wahre in ihr streng zusammenfassend, sie zu ihrem Ursprung wieder zurückführte, und er hatte die Gewalt und das Recht dazu, denn er hatte sie innerlich erlebt wie kein Anderer. Die Romantik wollte das ganze Leben religiös heiligen; das wollte Schlegel auch; in dem Grundgedanken also sind und waren beide einig. Aber die Romantik, nur noch ahnend und ungewiß umhertastend, wollte es bis dahin mehr oder minder durch eine unklare symbolische Umdeutung des Katholicismus. Schlegel dagegen erkannte, daß das Werk der Heiligung alles Lebens schon seit länger als einem Jahrtausend, gründlicher und auch schöner in der alten Kirche still fortwirke, und daß die Romantik nur dann wahr sei und ihre Mission erfüllen könne, wenn sie von der Kirche ihre Weihe und Berechtigung empfange. Durch Schlegel daher, den eigentlichen Begründer der Romantik, ist diese in der That eine religiöse Macht geworden, gleichsam das Gefühl und das poetische Gewissen des Katholicismus. Jene göttliche Gewalt

---

Erscheinungen beurtheilen und erklären zu wollen, wofür bei der eigenen Geistesdürre jedes Verständniß abgeht. Was es mit der Anregung rheinischer Freunde, unter denen doch nur die Brüder Boisserée und Bertram gemeint seyn können, auf sich hat, ist aus der oben mitgetheilten Aeußerung von Sulpiz B. über den Uebertritt Schlegels zu ersehen. In einem aus Weissenfels unterm 9. Mai 1808 an Sulpiz B. gerichteten Schreiben entschuldigt sich Schlegel, daß er ihm sein Vorhaben nicht geradezu mitgetheilt. „Halten Sie das Schweigen in den letzten Tagen doch ja nicht für einen Mangel an Vertrauen. Ich hatte Ihnen ja so oft und auch in der letzten Zeit gesagt, daß ich entschlossen sei — vor meiner Abreise aus Köln — vor Ostern u. s. w. Sie wußten es ja, und so wollte ich Sie gerade mit Tag und Stunde nicht belästigen . . .“

der Kirche aber in allen Wissenschaften und Lebensbeziehungen zu enthüllen und zum Bewußtseyn einer nach allen Richtungen hin zerfahrenen Zeit zu bringen, wurde von jetzt ab die Aufgabe seines Lebens." (Eichendorff).

Hatte er nun das Christenthum als die höchste Wissenschaft und Kunst des Lebens erkannt, so blieb ihm bei seinen Ansichten vom Protestantismus folgerecht nur der Eintritt in die katholische Kirche übrig, und er verdiente deßhalb nicht die Anfeindung, die ihm von mancher Seite zu Theil ward. „Schon deßwegen nicht, sagt Staudenmaier*), weil er dadurch einen Akt seiner christlichen Freiheit ausübte, die ihm jene gerade am allerwenigsten verkümmern sollten, von welchen jene Anfeindung ausgegangen ist. Er selbst hat sich in keiner Schrift dadurch zu rechtfertigen gesucht, daß er die verlassene Kirche mit Schimpf und Schmähworten überhäufte, wie es leider von Mehreren geschehen ist, die ihr Bekenntniß wechselten. Ueberhaupt hat er sich in dieser Beziehung mit sehr viel Würde benommen. Man lese nur das, was er in seinen Vorlesungen über neuere Geschichte und in seiner Philosophie der Geschichte, wo er nothwendig vom Protestantismus sprechen mußte, über diesen vorbringt! Es geschieht mit so viel Anerkennung, als man nur von einem Katholiken zu erwarten berechtigt ist; mit so viel Ruhe, so viel Ernst, Schonung, Unparteilichkeit, daß er schon deßhalb und ohne Rücksicht auf das Andere alles Lobes würdig ist. Die Polemik war ihm etwas ganz Fremdes; sein stetes Sehnen ging nur auf den Frieden, und zwar den wahren und viel tiefern Frieden, als er von Vielen gewünscht oder auch nur erkannt wird . . ." — Es ist übrigens eigenthümlich genug, daß unter so vielen Mitstrebenden, die mitunter weit entschiedener für den Katholicismus sich aussprachen als Schlegel

---

*) Aus der Tübinger Quartalschrift, 1832. IV. (bei Brühl Geschichte der kathol. Literatur Deutschlands, S. 187).

selbst, und die ihn als das Haupt jener poetisch-philosophisch-christlichen Richtung der Wissenschaft ansahen, wie sie sich in der Romantischen Schule geltend machte, daß keiner von diesen, wiederholen wir, ihm in seinem letzten Schritte folgte, der doch nur die nothwendige Consequenz dessen war, was sie selbst erkannten und verfochten*), ein sicherer Beweis,

---

*) Zacharias Werner steht erst in zweiter Reihe zu der Romantischen Schule und kann bei seinem Uebertritt von einem Influiren derselben kaum die Rede seyn; Wilhelm von Schütz aber wurde erst zu einer Zeit katholisch, wo jenes glänzende Meteor in der deutschen Literatur fast vergessen war. Novalis wäre vielleicht der Einzige gewesen, der seinem Freunde nachgefolgt seyn dürfte, wenn Gott ihn nicht so frühe aus dem Leben abberufen. Die übrigen aber, Tieck und A. Wilhelm von Schlegel an der Spitze, trieben nur ein frevelhaftes Spiel mit der Religion. Letzterer fand sich noch 1828 bemüßigt, in einer eigenen Schrift sich gegen einen etwaigen Verdacht, daß er es ernst mit der katholischen Religion gemeint, zu verwahren, und gegen seinen Bruder aufzutreten; sie erschien unter dem Titel: „Berichtigung einiger Mißdeutungen" (Berlin 1828). Dorothea Schlegel schrieb hierüber an Sulpice Boisserée: „Was sagen Sie zu A. W. Einfall oder Anfall, sich gegen etwas zu vertheidigen, was ihn nicht verwunden konnte, und dabei die zu verwunden, die sich auf keinen Fall gegen ihn vertheidigen werden. Ich habe das Ding nicht ordentlich gelesen, die ersten Seiten waren mir hinreichend zu sehen, daß es höchst überflüssig, und wenn er nicht die Absicht hat, sich der preußischen Regierung dadurch angenehm zu machen, ihm selber gar nicht einmal zum Vortheil gereichen kann, auf keine Weise; Friedrich soll als blind gewordener Adler darin vorkommen. Armer Wilhelm! Immerhin, ein blinder Adler ist doch mehr werth als ein Kukuk. Das Beste ist, daß Friedrich eben nicht sehr afficirt von diesem komischen Betragen ist, im Gegentheil ist er von der Schrift eher besänftigt; bevor sie erschien, hatte Wilhelm ihm in einigen sehr wunderlichen Briefen förmlich den Krieg erklärt und ihn darauf vorbereitet, daß er ihn auf alle erdenkliche Weise angreifen würde. Dieses war Friedrich viel kränkender und schmerzlicher als das Buch selber; indessen ist es immer arg genug, und wir trauern sehr um den Armen." — Der eitle Mann aber begnügte sich noch nicht damit

daß ihr Wissen und geistiges Leben in letzter Instanz nicht mit dem Göttlichen zusammenhing, und daß sie ihre Idee und ihr Schaffen nur an die Welt und an sich knüpften. Ganz anders Friedrich Schlegel. Sein tiefer Geist mußte die angefangene Bahn ganz durchlaufen, und was alle seine Ideen, den ganzen Gedankenkreis seiner Seele geleitet und gebildet hatte, was gleichsam seine innere Welt wurde, das erkannte er endlich auch als seine ihn einzig bestimmende moralische und religiöse Norm. So und nicht anders ward Friedrich Schlegel katholisch, nicht aus Mysticismus, aus Schwärmerei oder allen jenen albernen Beweggründen, welche eine denkfaule Menge jeder Conversion zu Grunde legt. Es war nebst der göttlichen Gnade die Consequenz und Haltung des Denkers und großen Geistes.

---

und noch zehn Jahre später erklärte er in einem Briefe an eine französische Frau, der sich in seinem Nachlaß vorfand: es sei ihm nur darum zu thun gewesen, in die Poesie, zur Wiederbelebung derselben, Erinnerungen des Mittelalters und christliche Stoffe zurückzuführen, und da ihm der Protestantismus hiezu nichts geboten, so habe er nothgedrungen aus den Ueberlieferungen der römischen Kirche schöpfen müssen; Novalis, ein verwegener Denker, divinatorischer Träumer und Visionär, habe es mit seiner Art von Christenthum ehrlich gemeint. „Was mich betrifft, schreibt er, so habe ich niemals die ernstliche Absicht gehabt, ein feierliches Verhältniß einzugehen, obgleich es mir an Anregungen dazu nicht gefehlt hat. Im Gegentheil zog ich mich in dem Maße zurück, als Friedrich vorschritt. Ich habe mir nur eine zu lange Nachsicht vorzuwerfen, aber ich habe sie durch eine der herbsten Kümmernisse meines Lebens gesühnt. Empört von der Rolle, die jener seit 1819 als Schriftsteller wie als Alliirter der Jesuiten gespielt, habe ich ihm nach Art der alten Römer Feindschaft erklärt.“ Auch habe er nie daran gedacht, eine neue Union mit den beiden christlichen Gemeinschaften einzugehen, sondern an eine allgemeine innerliche Urreligion gehalten. So bezeichnete er denn auch in diesem Briefe seine geistlichen Sonette als Kinder „d'une prédilection d'artiste.“ Wohlweislich hat er diesen Brief bei Lebzeiten nicht veröffentlicht.

Schlegels Aufenthalt am Rhein, im heiligen Köln, ward aber auch nach anderer Seite hin fruchttragend. Wie das ganze Gebiet der deutschen Kunst, hatte er auch die sogenannte gothische, eigentlich deutsche Baukunst in den Bereich seiner Studien gezogen. Der Dom zu Köln konnte begreiflicherweise seiner Aufmerksamkeit nicht entgehen, und er war es, der zuerst wieder auf dieses gewaltige Denkmal einer vergangenen gläubigeren Zeit hinwies. Er beschränkte sich nicht darauf, ihn nur als architektonisches Denkmal geltend zu machen, sondern er betrachtete ihn zugleich als christlichen Tempelbau, und so, daß er das ihm Charakteristische mit der christlichen Malerei in Verbindung brachte, die am Rhein und zwar recht eigentlich in Köln, nach ihren beiden Hauptseiten, als Glas- und Oelmalerei, den Charakter der christlichen Kunst darbot. Der von ihm ausgehende Funke zündete. Sulpiz Boisserée nahm begeistert den Gedanken auf und trug sich schon damals mit der Idee der Wiederaufnahme des Baues, an deren Realisirung er nicht wenig beigetragen.

(Schluß folgt.)

XX.

Fürstabt Balthasar von Fulda und die Stifts-Rebellion von 1576.

IV. Balthasars Wiedereinsetzung und Wirksamkeit bis ans Ende.

Doch lassen wir diesen Rechtsstreit seinen langsamen Gang gehen und verfolgen wir vielmehr nach einer andern Richtung hin Balthasars an die Wirksamkeit des heiligen Bonifacius in Fulda erinnernde und ihn selbst verewigende Thätigkeit: wir meinen die Gründung des päpstlichen Seminars. Verdankt diese Stiftung auch, wie der Name zeigt, dem Papste ihre Entstehung, so gebührt doch Balthasar dabei keineswegs ein untergeordnetes Verdienst. Balthasar hatte ja auf seine Kosten und unter großen Schwierigkeiten das Kolleg der Jesuiten gegründet. Balthasar hatte auch den Platz für das Convikt gekauft und den Bau für diese Anstalt einrichten lassen, deren Zöglingen die Visitatoren wiederholt das herrliche Lob zollen: „die Schüler der übrigen Convikte kann man loben, diese muß man allen vorziehen." Sogar für ein seinen Bedürfnissen entsprechendes Klerikalseminar hatte er gesorgt. Selbst zu dessen großartiger Erweiterung durch die Municicenz der Päpste trug Balthasar wesentlich bei.

Den ersten Schritt that im Jahre 1584 der P. Peter Lopperz aus Würdum bei Gröningen, jener durch die Liebenswürdigkeit des Umgangs ebenso sehr wie durch Frömmigkeit und Wissenschaft ausgezeichnete Jesuit, dem Fulda wegen der Predigt des Glaubens und der großartigen Armenpflege so Vieles verdankte und dem wir als Beichtvater und Freund Balthasar's schon mehrmals begegnet sind. Dieser Pater setzte in Uebereinstimmung mit Balthasar zu Rom dem heiligen Vater auseinander, wie es, um Deutschland zum Glauben zurückzuführen, vor allem nöthig wäre, den Adel, von welchem die Uebrigen abhingen, zu bekehren. Dieß könne aber nur dadurch erzielt werden, daß man den Söhnen desselben Bildungsanstalten eröffne, in denen sie mit den Wissenschaften die katholische Religion kennen und lieben lernten. In Deutschland müsse dieß geschehen, damit die liebende Sorgfalt und Freigebigkeit der Päpste Allen kund werde und damit es den Eltern nicht so schwer falle, ihre Kinder so weit von sich entfernt zu sehen. Fulda mit seinem Abte Balthasar biete dazu den gelegensten Ort. Es ist zu bekannt, was Papst Gregor XIII. für Deutschland fühlte und besonders durch Errichtung solcher Anstalten that, als daß man sich wundern könnte, wenn er sofort darauf einging. Durch den Cardinal von Como wies er 600 Goldscudi jährlich zum Unterhalte für vierzig adelige Zöglinge an, und so war das päpstliche Seminar dotirt, welches unter dem obersten Protectorate Balthasars den Jesuiten anvertraut wurde. Schon den 18. Mai 1584 wurde mit acht Zöglingen begonnen, und gegen die Erwartung Vieler war das Vertrauen der Eltern zur neuen Anstalt und mit ihm der Zudrang der Zöglinge in kürzester Zeit so groß, daß die gestifteten Plätze nicht hinreichten.

Nach dem bald erfolgten Tode des großen Papstes bestrebte sich Balthasar durch Briefe an Sixtus V. die junge Stiftung zu sichern, und der Erfolg gibt sich in folgendem Breve vom 6. Juli 1585 kund. „Schon lange bevor uns",

schreibt der Papst, „Gottes Wille zu dem schwierigsten Amte des Pontificats berufen hat, war uns Deine ausgezeichnete Frömmigkeit bekannt: war sie ja doch immer durch die Aussprüche der angesehensten Männer gefeiert und von Dir selbst durch Thaten erwiesen, unter denen die nicht die letzte ist, daß Du zur Ausbildung in den Wissenschaften und der katholischen Lehre ein Kolleg gestiftet und dasselbe den Jesuiten d. h. Männern übergeben hast, welche nach der Ehre Gottes und dem Heile der Seelen dürstend in der Förderung beider Zwecke unermüdlich sind. Das Seminar, welches Du uns so inständig empfiehlst, wird uns immer im höchsten Grade am Herzen liegen. Wir werden nicht zugeben, daß es durch den Tod Gregors seligen Angedenkens irgend einen Verlust erleide. Selbst die schwierige Lage, in welcher wir uns befinden, soll kein Hinderniß seyn, für die Bedürfnisse desselben wie bisher Sorge tragen zu lassen, ja, ihm immer größeres Wohlwollen zuzuwenden." Daß Sixtus hierin sein Wort gelöst habe, beweist die Erweiterung der Stiftung um sechzig Freiplätze für arme Bürgerliche.

So stand nun die Anstalt vollendet da, und aus Westphalen, Sachsen, Hessen, Buchonien, Rhein- und Schwabenland drängten sich die Jünglinge heran, und Alle erstarkten in Wissenschaft und Glauben. Selbst Protestanten sendeten gern ihre Söhne, da sie dieselben nirgends so gut unterrichtet und erzogen wußten, und Viele aus ihnen kehrten gründlich belehrt als Katholiken heim und mit ihnen der katholische Glaube in ganze Familien zurück. Die jungen Kanoniker der meisten Kapitel, die Religiosen vieler Abteien, namentlich des Stiftes Fulda, die Neffen der vornehmsten Kirchenfürsten erhielten in diesem Seminare ihre Ausbildung. Auch jetzt gingen wieder zwei Jahrhunderte lang aus einer Schule zu Fulda, wie einst aus der alten Klosterschule die meisten Bischöfe Deutschlands hervor. Die Nachfolgerin übertraf fast noch ihre Vorgängerin, beide aber vereinigen sich zur Begründung des Ausspruchs: Der Ruhm Fuldas war seine Schule.

Auf diese Weise hatte denn Balthasar während seines langen Processes doch auch seine Freuden. Allein auch des Trostes, seinen Prozeß beendet zu sehen, sollte er nicht entbehren. Den 7. August 1602 erließ Kaiser Rudolf zu Prag die Endsentenz. Die Kapitulation des Bischofs und Kapitels wurde kassirt und der Abt wieder in all seine Würden und Aemter eingesetzt. Der Bischof wurde wegen unerlaubter Einmischung und wegen Uebernahme der Administration zur Restitution aller bis zur Uebergabe an den kaiserlichen Commissar genossenen Früchte, zum Ersatz aller Schäden und zur Zahlung der Kosten; Kapitel und Ritterschaft nebst den Städten wurden dagegen wegen ihres Treubruchs zu 120,000 Gulden Strafe verurtheilt, von denen das Kapitel 10,000, die Ritterschaft 100,000 und die Städte 10,000 in Jahresfrist zu zahlen hatten. Alle Injurien wurden kraft kaiserlicher Machtvollkommenheit so kassirt, daß sie keinem an Ehren nachtheilig seien.

Die Kapitulare, welche Balthasar so viele Leiden bereitet hatten, waren bereits alle, der letzte, Rau, im vorhergehenden Jahre diesem zeitlichen Richterspruche durch den Tod entzogen; aber auch viele seiner Freunde waren gestorben, unter diesen sein ältester Bruder Otto auf dem Petersberge und P. Peter Lopperz im Jahre 1598 zu Regensburg. Doch Balthasar der vielgeprüfte Dulder lebte noch; an Jahren verändert, aber seinen Grundsätzen getreu. Zum Ersatz für seine Leiden wurde sein Sieg in ganz Europa durch Zuschriften von Seite der berühmtesten Männer, selbst des Papstes mit Freude begrüßt. Seine Wiedereinführung wurde ein wahrer Triumphzug. Auf kaiserlichen Befehl kamen den 16. Dezember vier Gesandte des Erzherzogs Maximilian, die Ordenscomthure von Heilbronn und Marburg Adam vom Klingelbach und Wilhelm von Einhausen, der Deutschordenskanzler Leon. Kirchheimer und der damalige Statthalter Ulrich von Stotzingen nach Fulda. Zuerst trafen

sie mit dem Fürstabte die nöthige Verabredung über den Einzug. Dann ergingen Einladungen an die Verwandten Balthasars in Hessen, an die Regierungsräthe und die Ritterschaft. Nachdem alle in besonderer Pracht erschienen waren, erfolgte der Einzug den 19. Dezember. Es war ein heiterer, milder Tag. Gegen neun Uhr verließ der Abt das Schloß Bieberstein, auf dem er so lange und doch in seinem Leiden so vergnügt gewohnt hatte, und in schönem Zuge führte man ihn den Schloßberg hinab. Voran zogen die Beamten und Adeligen, unter ihnen auf prächtig geschmücktem Rosse der Bruder und Marschall des Abtes Melchior von Dernbach; in der Mitte befanden sich in einem herrlichen Wagen, den eine Abtheilung Schützen als Ehrengarde umgab, Balthasar und der Fürstabt von Hersfeld und an ihrer Seite zwei Männer mit ehrwürdig weißen Haaren, der Marschall des Abtes von Hersfeld und Balthasars Schwager Leopold von Strahlendorf; den Schluß bildeten Reiter und fürstliche Wagen. Als dieser Zug sich Fulda näherte, kam ihm von da ein anderer entgegen: die vier Gesandten theils zu Pferd theils zu Wagen, von fünfzig Soldaten umgeben, denen sechzig Bürger in rother Uniform folgten. Auf der Höhe der Straße gerade neben dem Petersberge begegneten sich beide Züge. Der Deutschordenskanzler brachte im Namen der übrigen Gesandten dem Abte den Gruß, welchen Balthasar freundlich entgegennahm und durch Strahlendorf erwiderte. Dann bewegte sich der vereinigte Zug, die Gesandten an der Spitze, Fulda zu.

Als Balthasar nach sechsundzwanzigjähriger Abwesenheit seiner Stadt zum erstenmale wieder ansichtig wurde, konnte er sich der Thränen kaum erwehren. Durch ein langes Spalier, welches das Landvolk bis Fulda bildete, hindurchziehend kam er, vom Glockengeläute und Kanonenschüssen begrüßt, zur Stadt und zum Stiftsplatze, auf welchen damals eine Brücke führte. Hier erwarteten den lang Verbannten die Pröpste mit dem Regular- und Säkularklerus,

und der Dechant Joh. Friedr. von Schwalbach mit Propst Reinhard Ludwig von Dalwig drückte die Gefühle der Versammelten in einer kurzen Ansprache aus. Darauf bekleidete sich Balthasar mit Skapulier und Chorrock, und zog unter dem Baldachin, den zwei Bürgermeister und zwei Schöffen trugen, in die Stiftskirche ein, zum Danke gegen Gott und Seine Vorsehung das Te Deum zu singen. Von da ging es zum Schlosse. Ueberall herrschte Jubel unter den Schaaren Volkes, überall Staunen, daß der Abt nach so langer Zeit wider Erwarten Mancher gewissermaßen von den Todten auferstanden sei. Allen Glanz überstrahlte Balthasar selbst durch seine anmuthige Bescheidenheit. Man schritt zur Huldigung. Alle legten sie freudig ab, nur die Ritterschaft machte ihren Vorbehalt wegen der Rechte auf Reichsunmittelbarkeit, welcher später beim Prozesse einen Beweisgrund für sie abgab.

Kaum waren die Feierlichkeiten der Huldigung vorüber, so suchte Balthasar die Arbeiten wieder aufzunehmen, wo er sie bei seiner Vertreibung unterbrochen hatte. Besser war es im allgemeinen unter der Administration, die successive von zehn Statthaltern meist aus der Zahl der Deutschordensritter: Gleichen, Hohrda, Dachenhausen, Klingelbach, Obentraut, Westernach, Görtz, Buseck, Katzmann und Stotzingen geführt war, nicht geworden. Die erste Sorgfalt wendete der Abt wieder der Religion und der Wiederherstellung der kirchlichen Disciplin zu. Kein Weg schien ihm, um zu diesem Ziele zu gelangen, besser, als die Anordnung einer Visitation, durch welche der Zustand der Pfarreien erkannt, das Leben der Priester untersucht und gewisse nothwendige Glaubenspunkte erörtert würden. So konnte er Fürsorge treffen, daß an die Stelle halbhäretischer oder apostasirter Priester taugliche Diener Gottes träten und zur Beseitigung der Uebelstände die geeignetsten Hilfsmittel angewendet würden. Mit dem Amte eines Visitators betraute er den damaligen Generalvikar Canonicus an der Stiftskirche zu Hünfeld und nachmaligen

Stadtpfarrer zu Fulda Johann Ernst, welcher im deutschen Kolleg zu Rom seine Ausbildung empfangen hatte, und gab ihm als Assistenten den Pater Spiritual Johann Fladius aus der Gesellschaft Jesu bei, ihn mit Rath und That zu unterstützen. Diese Visitation war eine mühevolle gefährliche Arbeit. In der ungünstigsten Jahreszeit wanderten sie über die schneebedeckten rauhen Berge, besuchten an einem Tage oft viele Dörfer und hielten mehrere Predigten an das Volk. Dazu hatten sie Entbehrung und Noth aller Art zu leiden, ja mitunter Lebensgefahr zu befürchten. So durcheilten die beiden Visitatoren den größten Theil des Hochstifts, inspicirten die Kirchen, prüften die Pfarrer, legten die Beschlüsse des Abtes vor. Große Uebelstände wurden entdeckt, viele Geistliche gebessert. Nach Eitersfeld setzte man sofort einen tüchtigen Pfarrer, welcher im Würzburgischen eine gute Stelle verlassen hatte, und Herbstein bekehrte sich während der Visitation bis auf den Stadtrath, welchen der neue Pfarrer zurückführte. Kurz die Visitation, welche vom 26. Februar bis zum 26. März vor Ostern 1603 währte, rechtfertigte vollkommen die Erwartungen Balthasars.

Vor allem suchte man nun in Fulda selbst durch Predigt und Unterricht zu wirken, und immer blieb der Samen nicht ohne Frucht. Um jedoch reichlichere Früchte zu erzielen, beschloß Balthasar, die der Neuerung ergebenen Bürger, von den Rathsherrn und Aeltesten angefangen, einzeln vor eine Commission bescheiden zu lassen, welche aus dem Stadtschultheißen, dem Stadtpfarrer und dessen Vikar, sowie den angesehensten Regierungsräthen zusammengesetzt war. Dort ließ er sie fragen, wie sie gegen den alten, von ihren Vätern überkommenen Glauben gestimmt wären; sie sollten sich unterrichten und belehren lassen, um dem Willen der Obrigkeit zu gehorchen; wenn nicht, so stelle man ihnen die Anwendung des Gesetzes der Auswanderung in Aussicht. Auf diese Ermahnung hin erklärten sich Einige sofort bereit, Unterricht zu nehmen; Andere forderten Bedenkzeit. Bald kamen sie aber

in solcher Menge zum Unterricht und zum Empfang der heiligen Sakramente, daß sie zu Hunderten zur Kirche zurückkehrten, und zwar mit einer Freudigkeit, aus welcher man schließen mußte, daß ihnen diese Wendung der Dinge erwünscht gekommen sei. Diese Sinnesänderung zeigte sich recht deutlich bei der Frohnleichnamsprozession, welche durch die allgemeine Theilnahme, durch Schmuck, vorzüglich aber durch den Geist stiller Andacht alle früheren übertraf.

Seine Verwandten, den Hof, Beamte und angesehene Bürger zog Balthasar durch sein eigenes Beispiel. Er ging ihnen in fleißiger Anhörung der Predigten und in der Feier der heiligen Geheimnisse selbst als Muster voran. Sie konnten nicht umhin, der Tugend des Abtes ihre Anerkennung zu zollen; unvermerkt lernten sie den Glauben lieben, aus welchem jene floß, und die Gnade Gottes vollendete ihr Werk der Bekehrung. Außerhalb der Stadt Fulda wurden im Jahre 1603 zu Herolz und Weiperz, Motten und Kothen, Eiterfeld, Hosenfeld und Giesel, darauf im Jahre 1604 zu Bimbach, Uffhausen und im Amte Steinau durch eifrige Verkündigung des Wortes Gottes Viele, an mehreren dieser Orte selbst die unglückseligen Priester, welche zugleich mit dem Glauben dem Cölibate entsagt hatten, wieder gewonnen.

Eigentliche Schwierigkeit, doch auch nur im Anfange, fand die Restauration bloß in Hammelburg, wo nach Balthasars Entsetzung die neue Lehre ungestört gewuchert hatte. Ohnehin ein Feind gewaltsamer Bekehrungen suchte Balthasar hier mit besonderer Vorsicht zu Werke zu gehen. Er wählte geeignete Priester in der Person des Pfarrers Wendelin Roßbach von Salmünster und des Jesuiten P. David Marb aus Oesterreich, und mit ihnen schickte er eine angesehene Gesandtschaft, die beiden Priester vorzustellen und das Volk freundlich zum Gehorsam und zur Rückkehr in den Schooß der Kirche einzuladen. Sie kamen anfangs September 1603 nach Hammelburg. Allein Rath und Volk wurden bei der

Vorstellung unruhig, und als die Gesandtschaft sich entfernt hatte, verweigerten sie wieder die Kirchenschlüssel, bis eine zweite Gesandtschaft die Kirche zu öffnen gebot, in der man noch Kelche und Meßgewänder, Bilder und Bücher vorfand, welche der für die Zukunft besorgte Stadtrath recht gut aufbewahrt hatte. Bürgermeister und Rath suchten sodann Hilfe bei den protestantischen Nachbarfürsten, welche auch den Absichten Balthasars entgegenzuhandeln wagten. Aber ein kaiserlicher Beschluß veranlaßte die Bürger, ihrer Obrigkeit nicht länger zu widerstreben. Ein anderer aus dem Fuldaischen gebürtiger Jesuit P. Herting wurde darauf den beiden Geistlichen zur Unterstützung gesendet. Sie predigten nun in Form einer Mission, zu welcher die Einwohner in größerer Menge kamen. Nach diesem eingehenderen Unterrichte brachte man das Dekret Rudolfs hervor. Binnen einer Frist von einigen Monaten sollten Alle entweder der neuen Lehre oder ihrer Heimath entsagen. Die Einen glaubten dem Befehle gehorchen zu sollen; Andere meinten, sie wollten ihre Kinder in dem katholischen Glauben unterrichten lassen, man möge nur sie selbst „beim Evangelium" lassen. Doch Balthasar ließ ihnen durch Briefe und Gesandte seine väterliche Sorge für ihr persönliches Heil ausdrücken. Auch hier ließ er sie einzeln über ihre religiösen Ansichten befragen, worauf sie ausweichende Antwort gaben. Endlich kam es zur Ausführung des Dekrets, und nur etwa hundert meist übelberüchtigte, in ihrem Vermögen zurückgekommene Leute wanderten aus; die Uebrigen wurden nach und nach durch die Predigt, die Lesung guter Bücher, welche von Haus zu Haus gingen, durch den freundlichen Umgang der Priester und die Gespräche über gewisse Glaubenspunkte mit der Wahrheit ausgesöhnt. Weit leichter brachte P. Herting die Bewohner der neun umliegenden Dörfer des Amtes Saaleck zur alten Kirche zurück. Zum Markusfeste 1605 zogen sie alle in die Stadt, um von da mit den Bürgern in die nahgelegene Kirche Altstadt einen Bittgang zu machen. Am Feste Corporis Christi konnte man

bei der Kundgebung ihres katholischen Glaubens und bei der erhebenden Feier die Stadt nicht mehr erkennen, welche vor neunundzwanzig Jahren gerade an diesem Tage der Herd einer so gewaltigen Bewegung gewesen war.

So sah Balthasar den sehnlichsten seiner Wünsche, dem er einzig gelebt zu haben schien, erfüllt. Ohne daß er genöthigt gewesen wäre, zu Mitteln zu greifen, wie man sie sonst wohl und gerade bei der Protestantisirung katholischer Länder angewendet sieht, hatte Balthasar an zwanzigtausend Seelen dem Glauben wieder gegeben. Es war das die Frucht seines rastlosen Seeleneifers. Demselben spendete auch der Papst Clemens VIII. im Consistorium freudig das wohlverdiente Lob. Balthasar suchte sich bei der Nachricht von dieser Auszeichnung, welche er durch den Cardinal Octavio Paravicini erhielt, dadurch zur Demuth zu stimmen, daß er sich auf ein Blatt die Ansprüche niederschrieb, welche alle andern bei dem Bekehrungswerke mittelbar oder unmittelbar betheiligten Personen auf dieses Lob zu machen berechtigt waren.

Auch für das leibliche Elend seiner Unterthanen hatte Balthasar ein Herz voll Theilnahme. Das Hospital zur heiligen Katharina für arme leidende Frauen ließ er außerhalb der Stadt vom Grund aus erbauen und gleichwie das in der Stadt bereits für Männer bestehende St. Leonards-Spital durch reichliche Gaben unterstützen. Um der Noth der Handwerker und kleinen Geschäftsleute gründlich zu steuern, trat er dem Wucher der Juden wieder, aber entschiedener entgegen. Die Juden waren in Fulda sehr zahlreich und ihre Synagoge war in Deutschland weithin berühmt. Weil sie indessen höhere Zinsen nahmen, als im Reiche üblich waren, und noch dazu andere unredliche Geschäfte trieben, so brachten sie Viele, welche genöthigt waren zu ihnen ihre Zuflucht zu nehmen, zur Ueberschuldung und zuletzt um Haus und Hof. Balthasar setzte ihnen einen mäßigen Zinsfuß fest, und da sie durch das Angebot bedeutender Geschenke und

durch kriechendes Bitten den Beschluß nicht zu ändern vermochten, wanderten sie zum Theile aus, in Folge dessen die armen Bürger freier aufathmeten. Auch suchte er wieder die pfandweise veräußerten Güter des Stifts einzulösen, nicht nur wie früher um dem Staatshaushalte aufzuhelfen, sondern jetzt auch in der Absicht, die allen seinen Plänen und reformatorischen Bestrebungen feindlich entgegentretende Ritterschaft zu schwächen. Die alte Nachbarabtei Hersfeld, welcher er ihren letzten Abt Joachim verschafft hatte, suchte er auf die erste Nachricht vom Hinscheiden desselben vor der ihr drohenden Gefahr des Untergangs noch einmal zu retten und wendete sich deßhalb brieflich an den Kaiser und die päpstlichen Nuntien zu Prag und Köln. Eingedenk der Kürze des menschlichen Lebens, war er seinerseits ebenfalls darauf bedacht für einen Nachfolger zu sorgen, welcher in seinem Geiste die Besserung der Ordenszucht förderte: da erreichte ihn plötzlich mitten in diesen Plänen, welche alle die Wohlfahrt seines Volkes betrafen, der Tod.

Es war der 15. März 1606 vor einer Gedächtnißfeier des heil. Benedikt, als Balthasar nach den kanonischen Horen wie gewöhnlich sich anschickte, zur Conventsmesse zu gehen. Wenige Tage zuvor hatte er sie selbst gehalten und vorher nach seinem Brauche gebeichtet. Er fühlte zwar, wie das Blut in seinen Adern stockte und seine Arme so steif wurden, daß er kaum den Hut zum Haupte zu bringen vermochte; doch den Gottesdienst wollte er nicht versäumen. Als er demselben bis zum Ende andächtig beigewohnt hatte, wurden seine Glieder immer mehr gelähmt, und Schläfrigkeit und eine gewisse Betäubung stellten sich ein, die Vorboten des Schlagflusses. In dem Augenblicke, in welchem er zusammenbrach, hatte er gerade die Betrachtungen des Vincentius Brun, die Stelle vom Todeskampfe Christi im Oelgarten, in seinen Händen. Fünfzehn Stunden hielt die Krankheit an und am Gedächtnißtage des heil. Benedikt, dessen Regeln er gefeiert und wieder zu Ehren gebracht, dessen weithin berühmtes

Stift er erhalten hatte, kurz nach Mitternacht hauchte Balthasar von seinem ganzen Hofe umgeben, allgemein beklagt und beweint seine edle Seele aus. Seinen Leichnam legten vier Jesuiten, welche ihm auch beim Sterben geistlichen Beistand geleistet hatten, auf dem Paradebette zurecht. Doch sollte er nicht an dem Orte seiner Wahl, wo er sich selbst im kostbaren und kunstreichen Hochaltar der Jesuitenkirche zu St. Peter sein Grabmahl erbaut hatte, sondern im Chore der Stiftskirche seine Grabstätte finden.

Mit der alten Kirche ist im Anfange des vorigen Jahrhunderts die Grabschrift und mit dieser die Kenntniß des Grabes Balthasars verschwunden, und keine Gedächtnißtafel verkündet in der neuen der Nachwelt den Namen und die Stelle des Grabes jenes Mannes, welchem das ganze Hochstift für die größte aller Wohlthaten zum größten Danke verpflichtet ist. Doch das schönere Denkmal, dauernder als Stein und Erz, ist geblieben. Es ist der Katholicismus selbst. Das katholische Volk, dieser lebendige Tempel Gottes, spricht lauter und wärmer das Lob seines Erhalters; es verewigt in Wahrheit dessen Leben und Wirken. So lange noch dieses Volk in seinem katholischen Glauben das theuerste Kleinod erblickt, so lange wird ihm das Andenken Balthasars so heilig seyn wie sein Glaube; und so lange dieser Glaube in seinem Herzen noch die katholische Liebe wirkt, so lange wird es dem Retter desselben seine dankbare Liebe treu bewahren, und Balthasar von Dernbach mit Begeisterung nennen den zweiten Apostel Fuldas.

XXI.

Eine deutsche Schrift gegen den Schulzwang.

In der Sitzung des Linzer Landtags vom 15. März 1864, wo die große Debatte über die Aufhebung des politischen Eheconsenses stattfand, that Dr. Groß, der Bürgermeister von Wels und hochliberales Mitglied des Wiener Reichsraths, folgende merkwürdige Aeußerung: „Ich frage niemals nach den Wünschen des Landes, sondern folge meiner Ueberzeugung, und finde es auch durchaus nicht angemessen, daß die Landesvertretung mit den Wünschen des Landes kokettire; auch sie soll nur ihrer Ueberzeugung Ausdruck geben."

Ganz richtig, so steht der Liberalismus zum Volke. Er beruft sich auf den Willen des Volkes, so lange er sich auf dem coupirten Pfade zur Macht zu fürchten und abzumühen hat. Steht er aber einmal oben, dann wird das „Volk" unter das alte Eisen geworfen, und er anerkennt keinen anderen Willen mehr als seinen eigenen und keine andere Ueberzeugung als die eigene. Diese Ueberzeugung ist aber nie eine isolirte der Person, wie Hr. Groß glauben macht, sondern es ist die Ueberzeugung und die diktatorische Lehre der Partei. Die Partei denkt denn auch sofort, und ganz natürlich, auf Mittel und Wege, um sich auszudehnen und zwar dadurch, daß sie das ganze Volk mit ihrer (Partei-) Ueberzeugung durchdringe. Nie mehr sollen andere Anschauungen im Volke der Partei hinderlich oder besorglich entgegen stehen.

Mittel und Weg dazu ist nun die Schule. Die Partei bemächtigt sich des Staats, und bemächtigt sich dieser Staat ausschließlich der Schule, so sind alle Bedingungen vorhanden, damit die ganze Jugend im Dunstkreis der Partei und ihres Geistes aufwachse und herangebildet werde. Die Partei hat dann keine Reaktion mehr zu fürchten; außer den von ihr placetirten Gedanken gibt es dann überhaupt keine mehr in der sie umgebenden Welt; sie herrscht in der nächsten Generation unbedingt über die Geister. Dieß ist das Ideal des Liberalismus; um es zu erreichen schiebt er seinen willenlosen Strohmann, den Staat, vor und aus diesem Manöver als ihrer Quelle fließen alle die Schulfragen, welche seit Jahr und Tag, nämlich seit dem Augenblick wo sich der Liberalismus stark genug fühlte den großen Wurf zu wagen, in verschiedenen Ländern Deutschlands und namentlich auch in Bayern ihre plötzliche Wiederauferstehung gefeiert haben.

Es gibt noch immer gute Leute genug, welche diesen Zusammenhang keineswegs einsehen, oder wenn es hoch kommt, in den zeitgenössischen Schulfragen nur einen Uebergriff der staatlichen und bureaukratischen Vielgeschäftigkeit gegen Kirche und Klerus bedauern. Solche Anschauungen bleiben weit hinter der Wahrheit zurück. Es handelt sich auch im letzten Grunde nicht bloß um einen Angriff auf die Kirche, sondern um einen Angriff auf das ursprüngliche Recht der Familie und auf die patria potestas. Die Partei will durch den Staat und von Staatswegen aus unsern Kindern machen, was wir aus denselben nicht gemacht wissen wollen; „die Eltern sollen", wie die beste der im bayerischen Schulstreit erschienenen Schriften sich ausdrückt, „nur mehr die Eine Pflicht haben, ihre Kinder dem jeweils herrschenden System auszuliefern, und — die Lehrer zu besolden"*). Wenn daher der Klerus das Recht der Kirche, soweit es auf die Schule

*) Die Schulreformfrage. Von A. von Lachemair. Augsburg, Manz 1864. S. 22.

besteht, energisch vertritt, so vertheidigt er die allgemeine Freiheit und das Urrecht aller Familienväter. Es gibt kein frecheres Attentat als die sog. emancipirte oder „auf sich selbst gestellte" Schule ihnen zumuthet, und für einen solchen Unsinn, für eine nach ihrem souverainen Belieben alle Kinder des Volkes dressirende, von der Partei heilig gesprochene Schulmeister-Kaste, soll der „Staat" einstweilen als Deckmantel sich hergeben!

Akademische Träger der Wissenschaft haben sich in dem großen Kampfe bisher nicht blicken lassen; es geht sie zunächst nicht an, und überdieß sind sie leider dem praktischen Leben zum großen Theile nur allzu sehr entfremdet. Desto mannhafter hat der Seelsorge-Klerus seine Pflicht gethan, auch auf dem Gebiete der Literatur. Hat der Liberalismus die Augen Vieler verblendet, von welchen Alles eher zu erwarten gewesen wäre, diesen einfachen Priestern im Volke hat er die Augen nicht verblendet, sie durchschauen das Treiben der liberalen Partei und sie wissen sehr wohl, wozu in der Schulsache der „Racker von Staat" vorgeschoben wird. Wer sich von dieser Einsicht und diesem klaren Verständniß der Lage überzeugen will, der lese nur die oben angeführte Schrift des Herrn Pfarrers von Lachemair zu Biberbach. Jeder Professor dürfte stolz seyn auf dieses Produkt einer sichern und gewandten Feder.

Augenscheinlich schwebt schon dem eben genannten Verfasser das letzte Wort in der Sache auf den Lippen, ausgesprochen hat er es aber noch nicht. Auf den Schultern des Vorgängers stehend, hat erst ein zweiter Streiter das letzte Wort ausgesprochen. Er ist gleichfalls ein Seelsorgs-Priester, nämlich Militär-Curat in Regensburg, im Uebrigen durch ein Essay über Schiller auch schon literarisch bekannt*). Hr. Lukas sagt kurz und gut: die Urquelle aller Verlegenheiten

---

*) Der Schulzwang, ein Stück moderner Tyrannei. Von Jos. Lukas. Landshut, Thomann. 1865.

und schlimmen Manöver auf dem Gebiet des deutschen Schulwesens ist das Unterrichtsmonopol des Staats und der Schulzwang, es gibt auch keine andere ehrliche Lösung aller dieser Schulconflikte und Schulfragen als die Herstellung der freien Concurrenz. „Gebt nur die Freiheit, die Furcht vor der Freiheit ist nicht liberal. Soll unser deutsches Volk nicht mündig seyn?"

Das System des Schulzwangs ist ein mit allen deutschen Vorstellungen so tief verwebtes und verjährtes Vorurtheil, daß als namentliche und offene Gegner desselben bis jetzt fast nur Wolfgang Menzel in Stuttgart und mehr oder weniger auch Hofrath Zell in Freiburg bekannt waren*). Es gehört moralischer Muth dazu sich offen zu einer solchen Opposition zu bekennen, und nur eine von warmer Liebe zur Freiheit erfüllte Seele ist der entsprechenden Gedanken-Richtung fähig, welche so ganz und gar außerhalb der allgemeinen deutschen Angewöhnung liegt und ihr schnurgerade entgegenläuft. Wirklich zieht das vorliegende Schriftchen nicht weniger durch den unerschrockenen, frischen Freiheitssinn an, den jede Zeile athmet, als durch die geistvolle Darstellung. Sein lebhafter Freiheitssinn deckt dem Verfasser die tiefsten Zusammenhänge in unserem Volksleben auf, und am Ende wird auch der eingefleischteste Staats-Schul-Pedant nicht ohne Eindruck und vielfache Anregung von dem Büchlein scheiden.

So soll es seyn; eine solche literarische Produktion muß sich zum Rang einer That erheben, und damit dieß wirksam geschehe, wünschen wir dem Büchlein die Auflagen der Amaranth. Es wird freilich nicht den Schulzwang zum Falle bringen, weder heute noch morgen. Aber es kann und wird mithelfen, die deutschen Köpfe nur einmal wieder an den Ge-

*) Herr Dr. Zell ist der Verfasser mehrerer Abhandlungen über die französische Unterrichtsfrage in den späteren Bänden dieser Blätter. Der Aufsatz im XII. Bande ist aber nicht von ihm geschrieben, wie Hr. Lukas S. 157 meint, sondern von Jarcke.

danken nur die Sprache wirklicher Freiheit zu gewöhnen; und das ist die Hauptsache. Insoferne ist die unendliche Mehrheit der Deutschen von vornherein gut liberal, als sie immerfort von der Freiheit redet, ohne nur zu ahnen was Freiheit ist und während sie selbst bis über die Ohren in veralteten Vorurtheilen steckt. Aufklärung thut da noth, und Hr. Lukas hat das Zeug zu einem Aufklärer rechter Art.

Es kann natürlich nicht unsere Absicht seyn, einen Auszug aus der vorliegenden Schrift zu liefern, was auch bei der markigen Gedrungenheit derselben eine undankbare Aufgabe wäre. Nur die Sätze wollen wir andeuten, auf welche es zunächst ankommt und durch deren schlagenden Nachweis das allein richtige Licht auf die Frage vom staatlichen Unterrichts-Monopol und vom Schulzwang fällt. Auch abgesehen von dem unmittelbar praktischen Zweck ist die Frage von der größten staatsrechtlichen und culturgeschichtlichen Wichtigkeit; sie hat nicht wenig zu dem Unglück unseres deutschen Nationalcharakters beigetragen, und man darf geradezu sagen: wer diese deutsche Eigenthümlichkeit übersieht, der versteht unsere nationale Lage und er versteht unser Volk nicht.

Es ist wahr, daß in neuester Zeit alle civilisirten Länder, und namentlich Frankreich, in Gefahr stehen vom herrschenden Liberalismus in das Joch der Staatsschul-Despotie eingespannt zu werden. Der Liberalismus ist eben allenthalben derselbe und ihm arbeiten auf diesem Punkt sowohl die materialistische Tendenz der Zeit als die neue sociale Bewegung in die Hände. Bestanden aber hat das System des Schulzwangs bis jetzt nirgends als in Deutschland. Kein anderes Volk der Erde hat den Schulzwang als das deutsche. Und zwar ist er bei uns ein historisches Produkt, das wir der Reformation in Verbindung mit dem Humanismus verdanken. Das Heiligthum des Protestantismus bestand vor Allem in einem Buche; um es zu genießen, mußte das Volk von Staatswegen zu einem lesenden gemacht werden. Daraus ergab sich der öffentliche Unterricht als Staatsmonopol. Wie

dann in manchen andern Dingen die katholischen Länder Deutschlands ihre protestantischen Nachbarn copirt haben, so auch hier. Als endlich in der Rheinbundszeit bei unseren souverain und absolut gewordenen Fürsten sehr eigenthümliche Ideen von dem Glück und der Größe ihrer Völker erwachten, da kam auch noch der Schulzwang hinzu. Das System in dieser seiner Ausbildung ist ein Geschenk aus der Zeit von Deutschlands tiefster Erniedrigung. In Frankreich selber hat Napoleon I. zwar den Unterricht centralisirt und zum Staatsmonopol gemacht, aber den Schulzwang einzuführen, das hat er nicht gewagt. Selbst damals, und bis jetzt, hatten die Franzosen wenigstens die Idee der Freiheit nicht verloren, während, wie der Verfasser bemerkt, „unser Volk betäubt zuhört, wenn ihm liberale Schulmeister vorschreien, der unentbehrliche Schlußstein aller Freiheiten sei der — Schulzwang."

Erkundigt man sich genauer nach dem Stammbaum des Systems, so findet man es nur zweimal noch in der Geschichte. Zuerst in dem militärischen Socialismus Sparta's; consequent gehörten dort die Kinder ausschließlich dem Staat an wie auch sonst Jedermann. Sodann bestand der Schulzwang vorübergehend unter der Blutherrschaft des französischen Convents; Danton hatte sich namentlich um das Gesetz bemüht, daß die Kinder der Republik und dann erst den Eltern angehören sollen. Was in Frankreich aber nur kurze Zeit mit blutiger Gewalt aufrecht erhalten werden konnte, das fand in Deutschland einen durch fast dreihundert Jahre zubereiteten Boden, und unsere Vaterländer waren durch den Sturz des Reichs enge und beschränkt genug geworden, um an der Blüthe des Schulzwangs auf deutschem Boden ihre herzliche Freude zu haben. Das Gewächs schoß dann naturgemäß immer ärger in's Kraut; für den normalen Zustand haben wir jedes Gefühl verloren; und so oft wir an Schulreformen denken, meinen wir damit immer nur eine noch wahnsinnigere Schulmeisterei.

Hr. Lukas spricht wiederholt das tiefe Bedauern aus,

daß der deutsche Klerus sich als bequemes Werkzeug des staatlichen Unterrichtsmonopols und des Schulzwangs hergegeben habe; diese Polizei-Wirthschaft wäre sonst gar nicht möglich gewesen. Auch fehlt es nicht an Vorwürfen, daß der Klerus sich trotz des handgreiflichen Odiums noch immer gutwillig mißbrauchen lasse, ja sich wohl gar in seiner Rolle als Staats-Schulgehülfe gefalle, und nur dann unruhig werde, wenn der Liberalismus das Geheimniß der Komödie allzu plump verrathe. Nun gab es und gibt es ohne Zweifel viele annehmbaren und einschmeichelnden Gründe, welche die anfängliche Bereitwilligkeit unseres Klerus zu entschuldigen vermögen. Aber es ist auch vollkommen wahr, daß diese deutsche Eigenthümlichkeit der Stellung des Klerus und seinem Verhältniß zum Volke unendlich geschadet hat. Daher kommt es, daß die Kirche nirgends so unbehülflich ist wie in Deutschland. Wir sehen mit Bewunderung auf die Werke, welche unsere Glaubensgenossen in Frankreich und Belgien, in England und Nordamerika ganz aus eigenen Kräften herstellen, aber wir müssen seufzend gestehen, daß uns dergleichen nicht möglich wäre. Dagegen sind bei uns Dinge möglich, worüber man in der übrigen katholischen Welt staunend die Hände zusammenschlägt. Der Grund jener und dieser Erscheinung ist nicht weit zu suchen: hier liegt er!

Und was hat nun Deutschland von dem System profitirt? Wohl herrscht viel Lärm und Prahlerei von der „deutschen Wissenschaft", als wenn alle andern Nationen eine inferiore Race wären. Durch Reichthum an Bücherwürmern stehen wir auch wirklich allen voran, aber auch durch Reichthum an Genies? Das Genie wächst seltener im Schulstaub als es in demselben verdirbt. Stephenson, der große Erfinder der Eisenbahnen, konnte weder schreiben noch lesen, und er ist nicht das einzige Beispiel dieser Art. Auch in dem Maß der Durchschnittsbildung gehen wir andern Nationen keineswegs voran; in den Sachen der Mode und des guten Tons sind wir vielmehr nach wie vor von den Franzosen abhängig. An

Staatsmännern ist kein Winkel der Welt so arm wie unsere best geschulten Deutschländer; in mehr als Einem dieser Länder wüßte man beim nächsten Kabinetswechsel nicht mehr, woher neue Minister nehmen. Von unserm politischen Gewicht darf man leider gar nicht reden. Die französische Armee mag ein gutes Theil mehr Soldaten zählen, die nicht lesen und schreiben können, als unsere Armeen; dagegen tragen sich die unsern mit der unerschütterlichen Zuversicht, daß sie im Zusammenstoß mit jenen zunächst nichts holen würden als Schläge nach Noten.

Seit mehr als fünfzig Jahren herrscht das System bei uns unbeschränkt über alles Volk, und sobald einer gegen den Schulzwang spricht, wird ihm entgegnet: also Sie wollen, daß unsere Kinder nicht mehr lesen und schreiben lernen und daß das Volk zurückfalle in die Barbarei! Jedem der wackern Männer in Frankreich, welche die edle Selbstthätigkeit der freien Concurrenz gegen die Schulreform-Pläne des rothen Prinzen vertheidigen, wird die perfide Absicht unterschoben, die junge Generation in völliger Unwissenheit aufwachsen zu lassen; und bei den „Klerikalen“ findet man eine solche Intention natürlich geradezu geboten*). Alle diese Einwendungen gehen unwillkürlich von der Voraussetzung aus, daß der größte Theil des Volkes, sobald die Eltern nicht mehr gezwungen wären, die Kinder in keine Schule mehr schicken würden. Nun, was hat dann aber der Schulzwang genützt, wenn er seit fünfzig Jahren den Leuten nicht einmal soviel Geschmack am Lesen und Schreiben beigebracht hätte, daß sie diese Kunst auch für ihre Kinder wünschen? Wir haben wahrlich eine bessere Meinung von unserm Volke!

Weniger verborgen als der Nutzen ist der Schaden der Zwangs-Schulmeisterei. Unser Bauernstand wird schwerlich besser und tüchtiger für seine Geschäfte, je mehr die Schule

---

*) S. z. B. Allg. Zeitung vom 10. März 1865.

von Jugend auf an ihm zerrt und drechselt; und auch in den andern Ständen sehen wir allenthalben nur die Unzufriedenheit und anspruchsvolle Ueberhebung wachsen. Ueberhaupt wird die Menschheit mehr und mehr über den Leisten geschlagen, anmaßliche Vielwisserei ist im besten Falle das Resultat, was aber immer seltener wird und endlich ganz ausstirbt, das ist der — Charakter. Man wird dem Verfasser schwerlich unrecht geben können, wenn er es der allgemeinen Dressur und Plackerei in der Zwangsschule zuschreibt, daß das deutsche Volk früher unter dem Absolutismus Dinge ertragen hat und nun allmählig unter der Herrschaft der Demagogen Dinge ertragen lernt, die kein anderes Volk ertragen würde, ohne verrückt oder wüthend zu werden. Es ist wohl auch demselben Einfluß mit zuzuschreiben, daß wir, einst die Herrschernation in der christlichen Welt, jetzt politisch die verachtetste und als das „Bedientenvolk" Europas verschrieen sind. Für alles Dieß haben wir die Ehre von unsern Regierungen in einer Weise geschult zu werden, wie kein anderes Volk sich schulen lassen würde!

In der Theorie steht es somit vollkommen richtig: der Schulzwang ist verwerflich. Aber wird er auch in der Praxis so leicht wegzuräumen seyn? In dieser Hinsicht gibt sich der Verfasser mit allem Recht keiner Illusion hin. „Wäre", sagt er am Schlusse, „der Staat noch frei, so würde er es thun; allein er ist selber in Knechtschaft, in die Knechtschaft des Liberalismus gerathen." Es bleibt vorerst nichts übrig, als durch die beständige Predigt von der rechten Freiheit an der allmähligen Aufklärung der deutschen Geister zu arbeiten. „Jeder der diesem Systeme die Maske vom despotischen Gesichte ziehen hilft, trägt dadurch zur Befreiung des Staats, der Schule und der Gesellschaft bei."

Wie uns die Sache vorkommt, so ist es überhaupt nicht unmöglich, daß das System, anstatt in den deutschen Ländern abgeschafft zu werden, vorerst selbst in anderen Staaten noch eingeführt wird. Die Eventualität wird sich nach dem Ausfall

und den Phasen der socialen Frage richten. Soviel scheint gewiß, daß unter dem Einfluß der socialen Entwicklung die Idee des reinen Rechtsstaats überall im Rückgang begriffen ist und die Idee des Culturstaats sich in den Vordergrund drängt. Die zwei mächtigsten Strömungen der Zeit arbeiten von entgegengesetzten Seiten darauf und auf immer entschiednere Ausbildung des Culturstaats hin. Man hat bei uns die Idee des Culturstaats anticipirt, aber nur halb und unter Fernhaltung der socialistischen Consequenzen. Man hat anderwärts die Idee des reinen Rechtsstaats festgehalten, aber doch auch die liberale Oekonomie nach Kräften gefördert. Diese beiden Halbheiten und Widersprüche rächen sich nun. Der liberale Oekonomismus sucht, in seiner Rathlosigkeit und gemäß seinem materialistischen Grundzug, die Lösung der socialen Frage in einer noch riesenhafter ausgedehnten Staats- und Zwangsschulmeisterei; noch mehr „allgemeine Bildung" soll die armen Arbeiter glücklich machen; und dieses mächtige Interesse müßte auf Einführung des Schulzwangs dringen, wenn wir ihn nicht schon hätten*). Damit ist denn auch die entgegengesetzte Partei, die des vierten Standes, vollkommen einverstanden; ohnehin ist, wie Hr. Lukas ganz

*) Auch dieser Zusammenhang ist dem Hrn. Verfasser nicht entgangen. „Nicht minder einflußreich als die (rationalistische) Doktrin der Philosophie ist neuerdings die Theorie des Materialismus geworden, nach welcher Kenntnisse und Geschicklichkeiten die Grundbedingung jeder vernünftigen Existenz und das einzige Mittel sind, durch welches das Menschengeschlecht jetzt noch veredelt, die Civilisation befördert, und Jeder auf den für ihn erreichbaren Grad des Wohlseyns erhoben werden könne. Ein solcher Glaube hätte vielleicht auch ohne staatlichen Zwang dahin führen müssen, daß die Schule für das Universalmittel menschlichen Glücks angesehen wurde, und daß jetzt auch sogar die Bauernkinder zur Sprachlehre, Geographie, Geschichte und Naturkunde, zur geometrischen Formenlehre u. dgl. sich bequemen müssen." S. 60.

richtig bemerkt, consequenter Weise Niemand als die Socialdemokratie im Stande, den Schulzwang zu halten gegenüber der Familie. Aber sie will das System aus ganz anderen Gründen als der ökonomische Liberalismus. Das will sie gerade nicht, „daß die liberalen Geldsäcke die Spartaner des 19. Jahrhunderts seien und wir die Heloten." Zweitens aber zieht sie aus dem System seine Folgerungen und zwar die eben so naheliegende als fatale Consequenz: daß allgemeine Bildung und entsprechendes — allgemeines Einkommen zusammengehören.

So ist denn die Zeit der Idee des Rechtsstaats keineswegs günstig, während sie offenbar den Culturstaat zu immer gefährlicheren Verirrungen provocirt. Wie der Widerstreit enden wird, das weiß Gott allein. Soviel aber steht fest, daß die Schulfrage ein integrirender Theil der großen socialen Frage ist, und nur in ihr und mit ihr, zugleich mit dem Gegensatz der zwei Staatsbegriffe, die schließliche Lösung finden wird. Man hätte insoferne in Bayern instinktiv das Richtige getroffen, indem man die Schulfrage mit der Behandlung der gesammten „socialen Gesetzgebung" verbinden will; nur daß hier eben weder die Schulfrage noch die sociale Frage in ihrem wahren Sinne und ihrer ganzen Größe gemeint sind. Diese Größe ist zu gewaltig für alle Kammern Europa's zusammengenommen; die Entscheidung wird auf ganz andern Kampfplätzen vor sich gehen!

XXII.

Spanische Briefe.

III. Die iberische Frage eine „brennende Frage" der Gegenwart wie der Vergangenheit. — Der portugiesische Standpunkt in dieser Frage.

Die spanische Nation bildete sich aus den römischen Provinzialen, einfach Römer genannt, und den siegreichen Westgothen. Drei Personen haben in ganz verschiedenen Verhältnissen die Grundlagen und den Bau des alten katholischen Spaniens gelegt; der König Leovigild, welcher ganz Spanien seiner Herrschaft unterwarf, sein Sohn Hermenegild, der für den Glauben sein Leben gab, und dessen Bruder Reccared, der dem Arianismus entsagte und mit seinen Gothen den Glauben der „Römer" annahm. In allen Jahrhunderten erschien den Spaniern die Zeit der Gothenherrschaft als die schönste und glänzendste Zeit ihrer Geschichte. Bewußt oder unbewußt imponirte ihnen bei dieser (Ueber-) Schätzung der Gothenzeit die Herrschaft über die ganze pyrenäische Halbinsel. Man kann in einem gewissen Sinne sagen, daß jeder patriotische Spanier und Portugiese ein geborner Iberier sei, daß die Spanier und Portugiesen an sich zur iberischen Partei gehören. Aber eine gesunde Politik rechnet mit den gegebenen Verhältnissen. Was im 6. und

7. Jahrhundert möglich und wirklich war, wurde im 16. Jahrhundert wieder verwirklicht, und im 17. erwies es sich als unmöglich. Die Mächte, welche im 17. Jahrhundert Portugal von Spanien getrennt haben, sind im 19. Jahrhundert mächtiger, eine versuchte oder erzwungene Vereinigung hätte viel weniger Aussicht auf bleibenden Erfolg.

Portugal als getrennter Staat stammt aus dem Ende des 11. Jahrhunderts. Die Bewohner dieses Landes erwuchsen und erstarkten im Laufe von vier Jahrhunderten zu einem besondern Volk. Das portugiesische Volk bildete und besonderte sich zum großen Theile im Gegensatze zu Spanien, zunächst zu Castilien, da es mit Aragonien wenig in Berührung kam. In der Herrschaft zur See hatte es den Vorrang vor Castilien. Es erreichte schon im 13. Jahrhunderte durch die Eroberung von Algarvien die ihm erreichbare Ausdehnung zu Lande. Da Castilien um dieselbe Zeit Estremadura, Corduba, Sevilla, Cadix erobert, und damit das Meer und die Mündung des Guadalquivir erreicht hatte, so blieb in dieser Richtung für Portugal nichts mehr zu gewinnen. Um so mehr gewann es seit den Zeiten des Königs Dionysius des Großen (1279—1325) zur See. Die Größe Portugals, die Blüthezeit dieses Reiches, welche an drei Jahrhunderte dauerte (1279—1580), ruhte auf tüchtigen und großen Regenten, und auf der Herrschaft zur See. Im 14., 15. und 16. Jahrhundert erwuchs Portugal zu der ersten Seemacht der Welt.

„Die Thätigkeit des Portugiesen wendete sich mehr und mehr dem Elemente zu, das ihm Ruhm und Schätze versprach, und in der Folge reichlich gewährte. Einmal aber dem Seeleben zugewandt, von seinen Bewegungen und Reizen ergriffen, und fortgerissen von seinem ewigen Wechsel der Furcht und Hoffnung, konnte der Portugiese es nicht leicht über sich gewinnen, umzukehren und wieder langsamen, gemessenen Schrittes hinter dem Pflug zu wandeln. Die Lust

an Seefahrten war erwacht, der Gewinn des Seehandels einleuchtend und lockend; die Könige durften in den freiwilligen Zug der Nationalthätigkeit nur eingreifen, regelnd und fördernd" *).

Im 14. und 15. Jahrhundert nahm die Macht der drei Reiche Aragon, Castilien und Portugal gleichzeitig und gleichmäßig zu, so jedoch daß während Castilien zu Lande sich ausbreitete, Aragon durch die Herrschaft auf dem Mittelmeer und seinen Inseln, Portugal durch die Herrschaft auf dem westlichen Weltmeere erstarkte. Auf die Frage, welcher von den drei Staaten der mächtigere gewesen, müßten wir antworten: jede von den drei Kronen war so mächtig, daß sie hoffen konnte, unter günstigen Umständen sich die beiden andern Kronen anzugliedern. Längst bevor Castilien-Aragon sich Portugal einzuverleiben suchte, warf Portugal verlangende Blicke nach der Krone von Castilien. Denn — es gibt nichts Neues unter der Sonne. Durch die ganze Regierungszeit des Königs Ferdinand von Portugal (1367—1383) zieht sich das Bestreben, Castilien mit der Krone von Portugal zu vereinigen. Er war der reichste König, den man bis dahin in Portugal gesehen. Vier vorausgehende Könige hatten die Macht des Reichs gehoben und befestigt. Ferdinand nahm den Titel „König von Castilien" an, und ließ Münzen mit dem portugiesischen und castilianischen Wappen schlagen. Er schloß einen Bund mit dem maurischen König von Granada und dem Könige Pedro IV. von Aragonien (1336—1387), der schon vorher die erbittertsten Kriege mit Castilien geführt hatte. Der Feldzug aber, den Ferdinand im J. 1369 gegen Castilien unternahm, war der Art (wie der Portugiese Fern. Lopes sagt), „daß es für den König ehrenvoller gewesen wäre, wenn er ihn unterlassen hätte." Ein zweiter Feldzug im nächsten Jahre (1370) zur See, und auf dem Guadalquivir

*) H. Schäfer, Geschichte von Portugal, II, 102.

bis Sevilla hatte keinen glücklichern Erfolg. Durch päpstliche Vermittlung wurde zwischen den Kronen von Castilien und Portugal Frieden geschlossen, 1371. Beide Könige versprachen, sich als Freunde Beistand zu leisten und alle Plätze, die sie im Kriege von einander erobert, zurückzugeben. Die Trauben hingen dießmal für Portugal noch zu hoch. Wegen dieses ihm verhaßten Friedens aber rächte sich Pedro IV. von Aragonien an Ferdinand von Portugal so gut er es vermochte, indem er eine große Geldsumme, die Fernando in Aragonien hinterlegt hatte, seinem Staatsschatze einverleibte. Ferdinand, der als der reichste König zu regieren angefangen, starb nach wiederholten verfehlten Unternehmungen gegen Castilien arm und unglücklich, jedoch bußfertig, 22. Oktober 1383, ungefähr so wie der unglückliche Karl Albert von Sardinien zu Oporto in Portugal am 28. Juli 1849 gestorben.

Unter diesem König kamen die Engländer zum erstenmale in das Land, und Fernando war der erste der ihnen das Land so zu sagen zu Füßen legte. Durch ihren Uebermuth aber machten sie sich allgemein verhaßt, und wurden für diesesmal noch und noch für kurze Zeit vertrieben.

Vielmehr nahm jetzt Portugal unter energischen Regenten einen neuen Anlauf zu Macht und Größe. Fernando hatte keinen Sohn, nur Brüder hinterlassen, welche aber, aus Portugal vertrieben, in Castilien lebten. König Juan I. von Castilien ließ den Infanten Joao von Portugal, den nächsten Thronerben, gefangen setzen, um selbst König von Portugal zu werden. Hatte also Fernando versucht, die iberische Frage zu Gunsten von Portugal zu lösen, so benützte Juan I. den nächsten Anlaß, sie zu Gunsten von Castilien zu lösen. Die Regentin und Reichsverweserin Eleonore, Tochter eines Portugiesen, deren (Stief-) Tochter Beatrix mit dem Könige Juan I. von Castilien vermählt war, ließ sich für den Plan des castilianischen Herrscherpaars gewinnen

die Krone Portugal mit der Krone von Castilien zu vereinigen. Aber „kein selbstständiges Volk beugt sich willig unter den Scepter eines fremden Herrschers, am wenigsten der Portugiese unter den Castilianer, dessen stolzes Umherschauen auf sein größeres und älteres Vaterland jedesmal das Hochgefühl verletzt, mit dem sich der Portugiese seiner glorreich errungenen Selbstständigkeit, wenn auch auf beschränkterem Boden, bewußt ist. Es erwachte wieder die alte Erbitterung; die letzten Kriege und Unbilden lebten in frischem Andenken, die Wunden bluteten noch. Haben unsere Voreltern, sprach einer zum andern, Portugal darum mit so vielem Blut und Menschenleben von den Mauren erobert, damit wir es den Castilianern geben?“ Das ganze Volk von Portugal erhob sich gegen die Union mit Castilien. Castiliens Sache erfuhr die erste Niederlage. So maßlos war die Wuth des Pöbels von Lissabon, daß es den Bischof Martin von Lissabon, einen ausgezeichneten Mann, deßwegen grausam ermordete, weil er ein geborner Castilianer war. Die „Bürger“ stürzten den unglücklichen Bischof mit seinen gleich unschuldigen Freunden von einem Thurme herab. An seinem Leichname sättigte der rasende Pöbel seine Wuth. Sie rissen ihm die Kleider ab, banden die Beine an einen Strick und schleiften den nackten Körper unter abscheulichen Verwünschungen und Beschimpfungen durch die Straßen der Stadt. Der Pöbel von Lissabon ist unsterblich. Dieß war seine Stimmung und Gesinnung gegen die Castilianer in allen Jahrhunderten. Hierin hat sich bis zur Stunde nichts geändert. Derselbe Pöbel hat aber in der Geschichte von Portugal (und indirekt auch von Spanien) eine entscheidende Rolle gespielt, wie kaum der Pöbel irgendeiner andern Hauptstadt, etwa das Volk von Paris abgerechnet. Dasselbe Volk von Lissabon wählte in der Person des Großmeisters von Avis Joaos I., eines Halbbruders des in Castilien gefangenen Infanten Joao, sich einen neuen König. So tief

aber wurzelte schon damals der Gegensatz zwischen den Castilianern und Portugiesen, so sehr durchdrang er das Volk von Portugal in allen Ständen und Classen, daß die Geistlichkeit trotz des Geschehenen den Kirchenschatz der Kathedrale auslieferte, um Mittel zu dem Kriege mit Castilien herbeizuschaffen. In einem Bürgerkrieg wurden vom Volke alle aus den höhern Ständen erschlagen, welche es im Verdacht hatte castilianisch gesinnt zu seyn. Der Pöbel von Evora beging unbeschreibliche Gräuel, schrecklichere noch als der von Lissabon begangen. Man wandte sich an England um Hilfe gegen Castilien, versprach Portugal den Engländern zur Verfügung zu stellen, wenn sie sich der Reiche Castilien und Leon bemächtigen wollten. Die Engländer sandten Krieger, vor allem aber Geld, woran man in Portugal stets Mangel litt.

Der König Juan von Castilien aber ließ sich in der Kathedrale von Toledo und in den Straßen der Stadt als König von Portugal ausrufen, weil er als Gemahl der einzigen Tochter des verstorbenen Königs Fernando, die Krone von Portugal geerbt habe*). „Daß der Herold mit dem scheugewordenen Pferde stürzte, und die Fahne, auf der Castiliens Wappen über dem portugiesischen prangte, zerriß, sah man als unglückliche Vorbedeutung an.“ Die Castilianer rückten bis vor Lissabon, 1384, benahmen sich aber derart und erfuhren so entsetzlichen Widerstand, daß sie heimziehen mußten. Der Schlachtruf „Portugal und S. Jorge“ erwies sich mächtiger, als der Ruf: „Castilien und S. Jago.“ Der Haß zwischen Castilianern und Portugiesen loderte in hellen Flammen auf. Als der König von Castilien nach einer Belagerung von fünf Monaten besonders wegen einer ansteckenden Seuche abziehen mußte, soll er gesagt haben: „O Lissabon, Lissabon, noch werde ich die Pflugschaar über dich gehen sehen.“

---

*) Joannes, Dei gratia Rex Castellae, Leonis et Portugalliae.

Die Portugiesen aber glaubten vom Tode zum Leben, von harter Knechtschaft zu der Freiheit zurückgekehrt zu seyn. In feierlicher Prozession mit dem Allerheiligsten dankte alles Volk dem Himmel für die Errettung aus der Hand — der Castilianer. Der Festredner verglich diese Rettung mit der Befreiung der Juden aus der Hand der gottlosen Heiden, und wählte den Vorspruch: Benedicimus te, Deus Israel, quia non contigit nobis, quemadmodum putabamus; fecisti enim nobiscum misericordiam tuam, et exclusisti a nobis inimicum persequentem nos. Tobias 8, 17. So wurde die iberische Frage vor fünfhundert Jahren gelöst, zu der Zeit, als auf der iberischen Halbinsel vier mächtige Königreiche neben einander bestanden, und ein Jahrhundert vor der Vertreibung der Mauren, der Erbfeinde des christlichen Namens, aus Spanien.

Vom J. 1384 bis 1411 dauerte der hartnäckige Krieg, den das von England mit Geld und Truppen unterstützte Portugal gegen Castilien führte, bis zur äußersten Erschöpfung beider Theile. In der Schlacht bei Aljubarrota (14. August 1385) „leicht der denkwürdigsten Schlacht, welche christliche Heere auf der Halbinsel einander lieferten", sank die Blüthe Castiliens vor einer Handvoll Portugiesen in den Tod. Von jetzt an ein Jahrhundert lang erhob sich Portugal zu ungeahnter Macht und Blüthe, und Prinz Heinrich der Seefahrer bahnte den Weg zum Vorgebirge der guten Hoffnung.

König Alfonso V. von Portugal (1448—1481) wollte die iberische Frage auf das Neue lösen durch die Eroberung von Castilien. Zu diesem Zwecke schloß er ein Bündniß mit dem treulosen König Ludwig von Frankreich, welcher das Königreich Aragonien in Aussicht nahm. Mit 14,000 Mann Fußvolk und 5000 Reitern zog Alfonso in den Krieg gegen die „katholischen Könige." Nachdem Alfons und seine Gemahlin Juana, eine castilische Prinzessin, den Titel „Könige von Castilien und Leon" angenommen hatten, ließen sich auch Ferdinand und Isabella von Castilien-Aragon Könige von

Castilien und Portugal nennen und fügten ihrem castilischen Wappen das portugiesische hinzu. Ein wilder Vertilgungs-Krieg der zwei feindlichen Brüder-Völker entbrannte. Die Geistlichkeit von Castilien gab damals die Hälfte des Kirchensilbers für den Krieg. Die Energie Isabellas verlieh diesem Kriege eine günstige Wendung für Castilien. Die Schlacht von Toro (1. März 1476) entschied gegen Portugal.

Der langwierige Krieg hatte die Könige wie die Unterthanen beider Reiche in große Noth gebracht. Die Völker schienen die Lasten und Drangsale des Krieges nicht länger ertragen zu können. Die Saatfelder in beiden Ländern wurden von den Kriegern zerstört, alle Früchte, die Ernten verbrannt. Was die Erde erzeugte ward zu Grunde gerichtet, bis Freund und Feind in gleichem Elend darbte. In Folge des Friedens vom 4. Sept. 1479 von Alcacevas legten Alfonso V. und Juana den Titel König und Königin von Castilien und Leon ab. Diesen (nebst den vorausgegangenen vom J. 1431) nannte man den ewigen Frieden zwischen Portugal und Castilien. Da sich die iberische Frage als unlösbar erwiesen hatte, sollte sie auch ungelöst bleiben — für eine Zeit lang. Spanien und Portugal waren nicht unter einen Hut zu bringen.

Nach König Joao II. regierte über Portugal König Emanuel (1495—1521), der Regent, unter welchem Portugal zur höchsten Macht gelangte. Emanuel war ein vollendeter christlicher Fürst, untadelig auch in seinem Privatleben, sein Hof eine Schule des Anstandes, guter Sitten und geselliger Bildung, weiblicher Ehre und männlicher Tüchtigkeit, eine wahre Pflanzschule ächter Ritterlichkeit. Es waren die Zeiten Emanuel des Glücklichen. Wie stellte sich dieser König zu der iberischen Frage? Er befreundete sich mit den „katholischen Königen“, und heirathete deren älteste Tochter Isabella, welche nach dem Tode des Prinzen Juan die nächste Erbin der Kronen von Castilien und Aragon wurde. Darum luden die

katholischen Könige den König Manuel und ihre Tochter ein nach Castilien zu kommen, um sich hier und in Aragon als Thronerben schwören zu lassen. Nach Einholung der Genehmigung seiner Cortes (11. Febr. 1498) ließ sich Manuel von den Cortes in Toledo als Thronerbe von Castilien huldigen. Dann eilte er nach Zaragoza; die Cortes von Aragon weigerten indeß den Eid, weil die weibliche Thronfolge im Reiche Aragon nicht giltig sei. Aber am 24. August 1498 wurde der Prinz Miguel, Sohn Emanuels und Isabellas der Jüngeren, in Zaragoza geboren, der Thronerbe von Portugal, Castilien, Leon, Aragon und Sicilien, und allgemeiner Jubel erscholl.

Das war der glücklichste Augenblick in der Geschichte der pyrenäischen Halbinsel. Die iberische Frage schien endgültig gelöst. Aber das Leben des Erbprinzen kostete seiner Mutter das Leben. Doch leisteten die Stände von Aragon den Eid.

Manuel kehrte mit dem Erbprinzen zurück, und verlangte von den zu Lissabon im Februar 1499 versammelten Cortes den Schwur der Treue für den Erbprinzen. Sie schwuren. Aber erst nachdem Manuel feierlich versprochen und durch Urkunde besiegelt hatte, daß Portugal, im Falle es Einen König mit Castilien besitzen sollte, getrennte Justiz und Finanzen haben, daß Würden und Aemter in Portugal nur mit Portugiesen besetzt, daß in den auswärtigen Besitzungen nur Portugiesen angestellt, daß Angelegenheiten des Landes nur in portugiesischen Cortes, nie im Auslande (d. i. in Castilien) berathen und entschieden werden sollen.

Aber der Prinz Miguel starb am 22. Juli 1500. Noch in demselben Jahre vermählte sich Manuel mit der jüngsten Tochter der katholischen Könige, Maria. Diese war aber wegen ihrer ältern Schwester, Johanna, der Gemahlin Philipps von Oesterreich, von der Thronfolge ausgeschlossen und Karl V., der Thronerbe von Spanien war am 24. Februar

1500 zu Gent geboren worden. Damit verschwand alle Aussicht auf Vereinigung der Kronen Castilien und Portugal. Mit Emanuels Tod war auch die Blüthe Portugals für alle Zeit dahin. Die Regierungen Joao's III. (1521 — 1557) und des Königs Sebastian (1557 — 1578) waren nicht glücklich. In einem Alter von 24 Jahren fiel Sebastian, im Kampfe gegen die Mauren von Afrika, 4. August 1578. König Henrique, der sogenannte Cardinal-Infant, trat 67 Jahre alt und krank die Regierung an, brachte alles in Verwirrung und starb 1580.

Jetzt endlich nach jahrhundertjährigen Versuchen konnte die iberische Frage gelöst werden. Aber Portugal wollte Castilien nicht dienen, es löste sich von ihm und behauptete mit Hilfe der Franzosen und der Engländer seine Selbstständigkeit. Statt der Castilianer herrschten nun die Engländer in Portugal, sie herrschen dort bis jetzt und nach menschlicher Berechnung ist keine Aussicht da, sich dieses Joches zu entledigen. Mit dem Abfalle von Brasilien und dem Verluste seiner meisten Colonien ist Portugal erschöpfter als je geworden; es hat nur traurige Erinnerungen an seine ehemalige Größe. Das Volk hat seine alte Abneigung gegen Castilien bewahrt, aber es hat nicht mehr die alte Kraft. Man sagt in Spanien: Portugal ist eine Colonie der Engländer; vielleicht aber ist der Ausdruck noch zu schwach. Der Wein von Oporto wie die Eisenbahnen in dem kleinen Lande gehören den Engländern.

Daher die seltsame Erscheinung, daß die portugiesischen Patrioten Anhänger der iberischen Partei sind, daß sie nur in der Vereinigung mit Spanien Errettung und eine Zukunft für Portugal finden. Es ist als wollten sie sagen: „Die Lage, in der wir uns befinden, ist nicht zum Leben und nicht zum Sterben. Wären wir vereinigt mit Spanien, so könnte uns dieses wenigstens einen weitern Spielraum für unser Leben bieten; denn wir fürchten in den drückenden Um-

armungen unserer englischen Freunde vollends auszuathmen. Wer weiß, ob wir in Vereinigung mit Spanien nicht wieder etwas aufathmen könnten!"

Die katholische Kirche wird nicht erst seit den Tagen des Pombal, des wilden Titanen, der in sich die Kraft eines Regenerators und Restaurators des versunkenen portugiesischen Volkes entdeckt zu haben glaubte, auf unqualificirbare Weise in Portugal behandelt. Diese Regierung hat den traurigen Ruhm erlangt, daß sie 1814 gegen die Wiederherstellung der Jesuiten durch Papst Pius VII. Protest einlegte; daß sie im Jahre 1861, im Bunde mit dem unsterblichen Pöbel von Lissabon, die barmherzigen Schwestern insultirte und vertrieb; daß sie im J. 1862 den Bischöfen die Reise nach Rom zum Zwecke der Canonisationsfeier der japanischen Martyrer verbot, und daß ihr unseres Wissens in diesem Verbote nur die russische Regierung Concurrenz machte. Eine Vereinigung mit Spanien würde die Kirche von Portugal gerade nicht vor Verfolgung schützen. Im Gegentheile ist die iberische Partei in Spanien, die nach der Vereinigung an das Ruder käme, nach Princip und Traditionen kirchenfeindlich, und in dieser Beziehung kämen die portugiesischen Katholiken wahrscheinlich aus dem Regen unter die Dachtraufe. Aber wer sich in einer bedrängten und unerträglichen Lage fühlt wie die portugiesischen Patrioten und Katholiken, der sehnt sich eben nach Veränderung seiner Lage, wie der Kranke auf seinem Schmerzenslager.

So tritt hier die seltsame Erscheinung ein, daß die patriotischen und katholischen Portugiesen zu einem großen Theile eine Vereinigung mit Spanien wünschen, daß selbst Namen von Bischöfen als Anhänger dieser Partei genannt werden, während die katholischen und patriotischen Spanier natürliche Gegner der iberischen Partei in Spanien sind. Mit andern Worten, in Portugal hofft man Vortheil und Erhebung für Portugal aus der Vereinigung, denn nicht die

Königin von Spanien, sondern der junge König Dom Luiz von Portugal, vermählt mit der sardinischen Prinzessin Pia, ist als künftiger König von „Iberien" in Aussicht genommen. Diese Plane sind heute ein europäisches Geheimniß. Während England durch seine Interessen-Politik und aus traditionellem Hasse gegen die katholische Kirche sich diesen Bemühungen nicht abhold zeigen wird, während Italien ein brennendes Interesse an der Vereinigung Portugals mit Spanien hat, hat die französische Regierung unter der Hand schon ihre Stellung genommen; sie hat es nicht an freundschaftlichen Mahnungen und Warnungen in Lissabon fehlen lassen, doch ja sich mit der iberischen Partei nicht zu tief einzulassen. Napoleon III. kann sich Hoffnung machen, durch den Glücksstern, der ihn wie einen Julius Cäsar begleitet, der ihm auch, gleich seinem römischen Ideale, erst in spätern Jahren aufgegangen ist, seinen berühmten Oheim Napoleon I. zu überflügeln, der in Spanien — zuerst seinen Glückstern erbleichen sah.

Die Königin Isabella II., getrieben von ihrer Sorge als Mutter für die Erhaltung des Thrones von Spanien für ihren Sohn, hat ihre natürlichen Antipathien überwunden, und ihren Wunsch nach einer Zusammenkunft mit Napoleon III ausgesprochen. Napoleon III. hatte einigen Grund, den Beleidigten und Zurückhaltenden zu spielen, denn die Königin von Spanien war ihm bis jetzt sorgsam aus dem Wege gegangen. Da sie nun aber jetzt von freien Stücken kommen und gleichsam Abbitte leisten wollte, so müssen die Gefahren für ihre Dynastie in Spanien nicht klein seyn. Eine liebende und besorgte Mutter, wie es Isabella II. unstreitig ist, hat einen richtigen Instinkt für die kommenden Gefahren. Sie wählt von zwei Uebeln das kleinere; es scheint ihr also ein kleineres Uebel zu seyn, unter dem scheinbaren oder wirklichen Schutze von Frankreich Königin von Spanien zu seyn — als vertrieben zu werden.

Die Hingabe der Krongüter an die unersättliche Revo-

lution, die eilige Anerkennung des „Königreichs Italien“ hat, wie es scheint, die erwarteten Früchte nicht getragen. Im Gegentheil! Der bisherige Gesandte „Italiens“ in Lissabon soll zugleich italienischer Gesandter in Madrid seyn. Er hat so die beste Gelegenheit, die iberische Frage gründlich zu studiren, und er kann unter gegebenen Verhältnissen die Rolle des Herrn Buoncompagni spielen, der im J. 1859 als Gesandter des Königs Victor Emanuel zu Florenz den Großherzog von Toskana aus seinem Lande hinausmanövrirte, weil derselbe ein Habsburger war. Aber auch das Losungswort: „Fort mit den Bourbonen“, ist längst gegeben; der König von Neapel ist als Bourbon vertrieben worden. Spanien hat seine Gesandtschaft bei Franz II. eingezogen, es erkennt ihn nicht mehr als König von Neapel an. „Die Todten reiten schnell“, und die „iberische Frage“ ist nicht bloß eine „brennende Frage“ der Vergangenheit, sondern auch der Gegenwart. — Inzwischen hat die projektirte Zusammenkunft, für welchen Zweck der Hof von Madrid sich nach Zaranz nicht weit von der französischen Grenze begeben hatte, einen plötzlichen Aufschub erlitten. Der Hof kehrt, angeblich wegen bedenklicher Erkrankung des Vaters des Gemahls der Königin, nach Madrid zurück. Aber die Aufregung über den beabsichtigten Besuch bei Napoleon war so stark in Spanien, daß diese Krankheit vielleicht ein erwünschter Vorwand war, ihn noch im letzten Augenblicke zu unterlassen.

XXIII.

Zeitläufe.

Deutscher Bürgerkrieg oder — Vernunft?

Den 12. August 1865.

Es wäre gerade ungefähr die Zeit gewesen, wo die Deutschen das Jahresfest des großen Sieges, den Oesterreich und Preußen in brüderlicher Allianz über das kleine Dänemark davongetragen haben, frohlockend hätten begehen sollen — eben zu dieser Zeit war es, daß die Posten aus Wien und Berlin erschreckende Nachrichten brachten, wornach Deutschland am Rand des Bürgerkriegs stünde. Am Rande des Bürger-Kriegs wegen der Frucht und Beute desselben großen Sieges, welcher uns Deutschen angeblich das seit 50 Jahren entbehrte Maß politischen Ansehens vor dem Ausland zurückgegeben hat! Aus der kaiserlichen Hauptstadt berichteten die Zeitungen, man spreche hier das Wort offen aus: „Krieg mit Preußen." Und die Berliner Zeitungen vermochten nicht den Glauben an die Angabe zu erschüttern, Herr von Bismark habe zu Karlsbad dem französischen Gesandten unumwunden erklärt: er wünsche nichts mehr als den Krieg mit Oesterreich!

Viele unbefangenen Gemüther glaubten daran und sie ängstigten sich schwer. Wir keinen Augenblick. Herr von

Bismark würde nicht so tapfer gesprochen haben, wenn er nicht bestimmt gewußt hätte, daß Oesterreich nach seiner ganzen Lage, in der es von dem liberalen Ritter Schmerling zurückgelassen worden und die ja eigentlich auch für Niemand ein Geheimniß ist, schlechthin unfähig sei zu einem Krieg mit Preußen, ja auch nur zu einer ernstlichen Demonstration. Man denke nur an die Börse und an Venedig, zu geschweigen der chaotischen Zustände in der innern Politik! Das Alles wußte der preußische Premier, und er glaubte diese glücklichen Umstände benützen zu müssen, um dem offenen und verdeckten Spiel ein Ende zu bereiten, wozu sich die österreichische Politik mit der Partei und der Agitation des Augustenburgers herbeigelassen hatte, und wodurch die Stellung Preußens in den Herzogthümern zusehends unhaltbar geworden wäre.

Das ist der eigentliche Kern der brennenden Verwicklung, und wollen wir ehrlich seyn, so müssen wir gestehen, daß Hr. von Bismark von seinem Standpunkt aus nur gethan hat, was er thun mußte. Die gemeinschaftliche Regierung in Schleswig-Holstein ist unter andern Voraussetzungen, als die nachher in Wien geltend gemachten, von den beiden Mächten beschlossen und eingesetzt worden; sie wäre sonst von Anfang an ein Unsinn gewesen. Wenn das österreichische Mitglied sich förmlich mit der Partei identificiren wollte, welche gegen den Vertreter der andern Macht und gegen diese selbst in offener Feindschaft auftrat und unausgesetzt agitirte, dann sagt man freilich mit Recht, daß unter solchen Bedingungen weder eine gemeinschaftliche noch überhaupt eine Regierung möglich sei. Die Partei ist dann der eigentliche Regent unter österreichischer Protektion, von ihr hängt das Schicksal aller Beamten ab, durch diese terrorisirt sie mit leichter Mühe das ganze Land, und das andere Regierungs-Mitglied hat als lächerliche Figur das Nachsehen, während noch die Truppen seines Souverains in dem mit ihrem Blut befreiten Lande stehen. So hat sich in den Herzogthümern allerdings ein

Zustand herangebildet, der bis jetzt seines Gleichen in der Welt noch nicht gehabt hat, und es mußte unter allen Umständen zum Biegen oder Brechen kommen.

Zu Berlin mußte dieser Gang der Dinge nothwendig die äußerste Erbitterung erregen. Wenn die Mittelstaaten oder die Bundesmehrheit, welche von denselben gebildet wird, sich mit der Partei des Augustenburgers identificiren, so ist eben von ihnen nichts Anderes zu erwarten; denn sie sind über die Erbrechts-Frage, zwar nicht seit 1852, aber seit dem Dezember 1863 keinen Augenblick „im Zweifel" gewesen. Aber ganz anders Oesterreich. Das Gutachten der Kronsyndici in Berlin kann die Rechtsansprüche des Augustenburgers auf die Gesammtnachfolge in den Herzogthümern unmöglich entschiedener abweisen und widerlegen, als dieselben von der österreichischen Diplomatie bis zum Tage vom 28. Mai v. Js. abgewiesen worden sind. Eben diese unparteiische Stellung war die Voraussetzung, unter welcher allein die gemeinschaftliche Regierung in Schleswig denkbar war, und nun ergreift Oesterreich außerhalb und innerhalb dieser Regierung selber Partei für die entschieden antipreußische Partei! Man spricht da wohl immer vom „Recht des Mitbesitzes" und allerlei anderm formalen „Recht"; sind denn aber derlei Verhältnisse überhaupt menschenmöglich?

Die österreichische Politik wollte durch die Kunst des Herrn von Halbhuber den Preußen das Leben in den Herzogthümern nach Thunlichkeit sauer machen, um sie zu zwingen zu einer definitiven Lösung der Frage unter möglichst wohlfeilen Bedingungen sich herbeizulassen. Preußen hat bekanntlich seine Bedingungen unter dem 22. Februar gestellt; in Wien erschienen diese Forderungen viel zu hoch gespannt, wie denn in der That „ein unter solchen Bedingungen eingesetzter Fürst kein gleichberechtigtes und stimmfähiges Mitglied des deutschen Bundes seyn würde" (Oesterreichische Depesche vom 5. März). Um nun Preußen mürbe und bescheidener zu

machen, glaubte man ihm thatsächlich die Alternative des gänzlichen Verlustes seines Einflusses in den Herzogthümern stellen zu müssen, und zwar durch ein ermunterndes Gewährenlassen der Augustenburgischen Partei oder, wie man in Berlin sich ausdrückt, der „Nebenregierung in Kiel." Als Preußen sich darüber beklagte und energisch auf Abhülfe drang, da drängte Oesterreich umgekehrt auf beschleunigte Lösung der Frage an sich, und zwar in einer dem Berliner Kabinet mit jedem Tage mehr antipathisch gewordenen Richtung. Das ist die Geschichte des Zusammenstoßes von Gastein.

Eine entscheidende Schlacht auf diplomatischem Felde ist also allerdings geschlagen worden, und wenn man die eben gezeichneten taktischen Aufstellungen in's Auge faßt, so wird seinerzeit unschwer zu erkennen seyn, wer Sieger geblieben ist. Oesterreich wäre es nur dann, wenn Preußen seinen Widerstand gegen die Augustenburgische Lösung aufgegeben hätte, und dafür nicht mehr verlangte, als was die österreichische Depesche vom 5. März angeboten hat. Nun soll aber Oesterreich im Gegentheil seine Anerbietungen namhaft gesteigert haben, sogar bis zu Territorial-Abtretungen und überhaupt, wie es scheint, bis zu der Höhe des vom Frankfurter 36ger Ausschuß mit Vertretern der preußischen und transalbingischen Demokratie vereinbarten Berliner Compromisses vom 26. März. Ist aber dieß der Fall, dann wäre wahrhaftig nicht abzusehen, warum die Weigerung Preußens einen Kriegsfall gebildet haben sollte. Denn es ist nur zu gewiß, daß eine solche Annäherung an die preußischen Forderungen vom 22. Februar alle Nachtheile, aber keinen Vortheil der förmlichen Einverleibung mit sich brächte und zugleich die letztere doch nur als eine Frage der Zeit übrig ließe.

Nicht nur von weitgehenden „Concessionen" soll die Rede gewesen seyn, sondern sogar auch schon von „Compensationen" oder Entschädigungen für Oesterreich. Beides zusammen und jedes für sich beweist hinlänglich, daß in den Augen der

letztern Macht nicht einmal jenes unabweisliche Rechtsgebot existirt, welches die Mittelstaaten vorschützen, das Rechtsgebot wornach ein bestimmter Prätendent als 29. Bundesfürst in Schleswig-Holstein eingesetzt werden muß mit derselben vollen Souverainetät und Befähigung zu antipreußischer oder antiösterreichischer Politik wie die seiner 28 Collegen. Und auch dann wenn Oesterreich diesen Glauben an ein geheiligtes Recht theilte, erlaube ich mir zu sagen, wäre kein Galgen hoch genug gewesen für den Minister, der im gegenwärtigen Augenblicke den Bürgerkrieg in Deutschland zu entzünden gewagt hätte.

Für's Erste ist nichts gewisser, als daß sofort die Einmischung des Auslandes stattgefunden hätte, und zwar in der traurigsten Weise. Oesterreich für sich ist durch seine innere Lage schwach geworden fast bis zur Inaktivität; es hätte sich vornehmlich auf Allianzen verlassen müssen, und es wäre nicht einmal der Mittelstaaten sicher gewesen ohne den — französischen Kitt. Man darf das kühnlich behaupten, und man wird in Wien jetzt wissen, woran man mit den Mittelstaaten ist in der Stunde der Noth. Sie mißtrauen Oesterreich nicht weniger als Preußen, sie wollen die ewige Balance beider Mächte, und hätten auch von einem Siege Oesterreichs das Schlimmste gefürchtet, außer Frankreich hätte als Controleur mitgethan. Nur unter dieser Bedingung hätte überhaupt der Krieg gegen Preußen zu Stande kommen können. Unsere Parteiorgane haben sich auch gleich darauf gesteift, daß Frankreich jedenfalls nicht auf die Seite Preußens treten würde, und auf den Beistand des Imperators war ihr erstes Augenmerk gerichtet. Beide Theile hätten sich wetteifernd und licitando um die Allianz des deutschen Erbfeindes bemüht; Er allein hätte den Vortheil davon gehabt, Deutschland aber wäre elender geworden als je. Fast anderthalb Jahre lang, gerade so lange als die österreichisch-preußische Allianz für eine Wahrheit gehalten werden konnte, sind wir der Schmach

und Schande überhoben gewesen immer wieder warnend über die Rheingelüste Frankreichs zu politisiren, und kaum war zwischen Wien und Berlin der Hader wieder los, so tauchte auch jenes Schreckgespenst wieder auf. Nein, lieber zehn Schleswig-Holstein preußisch, als abermals der französische Finger in der deutschen Pastete! Das ist unser patriotischer Standpunkt.

Und zweitens: was hätte denn erreicht werden sollen durch den Krieg zwischen Oesterreich und Preußen? „Deutscher Bürgerkrieg“ ist wahrlich ein schreckliches Wort; es dürfte meines Erachtens nur in den Mund genommen werden, um der dynastischen Revolution in Deutschland nach sechszig Jahren einmal ein Ende zu machen und „Kaiser und Reich“ für die gesammte deutsche Nation zurück zu erobern. Dafür würden uns Kinder und Kindeskinder danken. Unter den gegenwärtigen Umständen aber würde Oesterreich mehr von seinen Alliirten bestimmt worden seyn als umgekehrt, und hätten diese ein solches hohes Ziel genehmigt? Ganz im Gegentheil; Oesterreich hätte nur für die Anderen die Kastanien aus dem Feuer geholt; um Deutschland mit einem 29sten Vollblut-Fürstlein zu bereichern, wäre man ausgezogen, und einen neuen Rheinbund oder eine Trias unter französischem Protektorat hätte man im besten Falle heimgebracht. Und für ein solches Resultat hätte Oesterreich seine letzten Hülfsmittel erschöpft!

Es gibt in Wien Politiker, wahrscheinlich aus dem nachgelassenen Inventar des Schmerlingischen Liberalismus, die zwar an begründeter Feuerscheu leiden, aber doch der Meinung sind: die preußischen Zumuthungen ließen sich ja auch damit abwehren, wenn man die schleswig-holsteinische Frage auf friedlichem und diplomatischem Wege zu einer „internationalen“ Frage machte. Warum nicht; der Imperator spitzt schon lange die Ohren nach einer solchen Frage, nur daß diese kaiserlichen Ohren nicht bloß den Herren in Wien

sondern auch den Herren in Berlin offen stünden. Was die letzteren zu bieten hätten, das weiß man; aber von den ersteren weiß man es nicht. Die Uebersetzung der Frage in's „Internationale" wäre überhaupt ein trefflich gewähltes Mittel, wenn die Herzogthümer, die man mit Nordschleswig um keinen Preis borussisch werden lassen will, ohne Nordschleswig preußisch werden sollen, und letzteres wieder dänisch nach dem Herzenswunsch des überwiegenden Theils der Bevölkerung, der jetzt nur mit deutscher Polizei und Gensdarmen niedergehalten wird. Wollte aber Oesterreich nicht bloß auf nationale, sondern auch auf dynastische Volkswahl antragen, wie ein weiland Schmerlingischer Correspondent schon drohend vermerken ließ, dann dürfte der Imperator allerdings auch mit dieser Zuflucht für den Augustenburger einverstanden seyn; wie aber, wenn der Areopag beifügen sollte: „Eh bien, auch gleich in Venedig?"

So stehen die Dinge, und sie dürften sich auch dann nicht wesentlich ändern, wenn Preußen den Augustenburger eigenmächtig über die Gränze schaffen sollte, um des Provisoriums ungestört froh zu werden. Daß es so steht, ist freilich ein Unglück, aber ist es nicht selbst verschuldet? Die großdeutschen Mächte und Parteien haben kleindeutsche Politik gemacht, und nun zürnen sie, daß das Resultat nicht großdeutsch seyn oder werden will! Unter dem confusen Einfluß des liberalen Ministers Schmerling hat Oesterreich seine traditionelle Politik voreilig abgeworfen*), es hat sich seit dem Tage von London 28. Mai v. Js. unberechenbaren Spekulationen hingegeben, es hat, hingerissen von dem herrschen-

---

*) In der Sitzung der französischen Legislative vom 15. April hat der kluge Thiers geäußert: „Kennen Sie die Wirkung der Rechtsverletzung in Italien? Sie hat Dänemark zu Grunde gerichtet. Ja, diese unselige Theorie von Nationalität hat Dänemark vernichtet."

den Schwindel, sogar die alte Würde seines Auftretens verloren, die sonst an Oesterreich immer für Freund und Feind achtunggebietend war. Die Mission des Herrn von Halbhuber in den Herzogthümern mag advokatisch correkt seyn, aber nobel war sie nicht, und einen würdevollen Eindruck hat auch jene rasche Wendung nicht hinterlassen, womit man in Wien über die berechtigten Stände der Herzogthümer hinwegsprang, um als Mittel zum Zweck das revolutionäre Wahlgesetz von 1848 zu proponiren. Oesterreich hat wirklich schwere Opfer für die Herzogthümer gebracht, schwerere als der große Hause zu würdigen versteht, und doch läßt sich das Schicksal damit nicht begütigen. Im Anschluß an eine Politik, deren ursprüngliches Verdienst mit Recht der National-Verein anspricht*), konnten die kleindeutschen und fridericianischen Consequenzen nicht ausbleiben; und wenn man Schleswig durch Preußen erobern lassen wollte, so mußte man auch darauf gefaßt seyn, daß Preußen in einer oder der andern Weise in Schleswig-Holstein verbleiben wolle und werde.

Doch wäre immer noch nicht Alles verloren gewesen, wenn überhaupt in der allgemeinen deutschen Politik ein neuer Weg eingeschlagen worden wäre. Preußen in seiner Eigenschaft als Großmacht Sieger von Düppel und Alsen: das war ein ganz neuer Faktor im Bundeskreis, der nicht ohne Folgerungen bleiben konnte, Folgerungen in welche man sich schicken und denen man Rechnung tragen mußte. Minister Baron von der Pfordten hat freilich in der Kammer der bayerischen Reichsräthe gesagt: „Alles stehe auf dem Spiele; und je nachdem die Frage der künftigen Gestaltung des Herzogthums Holstein gelöst werde, sei über die Möglichkeit des deutschen Bundes auch entschieden.“ Der Minister hat recht, wenn der Geist, in welchem die Mittelstaaten bisher den

*) S. z. B. dessen Wochenschrift vom 8. Juni 1865.

deutschen Bund aufgefaßt haben, der einzig zulässige und erfindliche ist; dann ist allerdings keine gemeinsame deutsche Existenz mehr möglich, sobald die Herzogthümer direkt oder indirekt an Preußen fallen. Aber könnte es denn nicht auch einen andern Geist der deutschen Bundesverhältnisse geben? Der Herr Minister hat zwar gedroht, Bayern würde dann aus dem Bunde austreten; aber er hat nicht gesagt, wo Bayern in diesem Falle hintreten würde. Sollte dieses Schweigen nicht vielleicht darauf hindeuten, daß doch auch dann noch eine gemeinsame deutsche Existenz möglich wäre, und möglich seyn müßte, freilich in einem andern Geiste als bisher?

In dem dänischen Schicksalskrieg hat der deutsche Adler ein Stück Opferfleisch von dem Votivaltar der Wiener Verträge und des Vertragsrechts überhaupt entführt; die glimmende Kohle die daran hing, mußte das eigene Nest in Brand stecken, sobald von irgend einer Seite zugeblasen wurde. Man mußte das Wagniß sühnen durch einen neuen Geist der Versöhnung unter sich und der Selbstverleugnung Aller gegen Alle, wenn nicht darüber das eigene Haus in Brand gerathen sollte. Man mußte erwägen, ob es denn wirklich nur einen einzigen Weg gibt, um, wie die neueste österreichische Thronrede sich ausdrückt, „den Interessen Gesammtdeutschlands und der Stellung Oesterreichs im deutschen Bunde“ gerecht zu werden. Es war Alles gefehlt, wenn anstatt dessen nur die Gluth der dynastischen Eifersucht, der Stammesrivalität und des Parteineides neu angeblasen wurde. Ja, wenn der Geist des deutschen Bundes wesentlich darin besteht, daß keinem von den Großen ein Machtgewinn zufallen darf und daß die Kleinern von unverwüstlichem Mißtrauen ebensowohl gegen Oesterreich als gegen Preußen beseelt seyn müssen: dann haben freilich die Kanonen vor Düppel und Alsen nicht nur die dänische Monarchie sondern auch diesen Bund in Trümmer geschossen. Es ist dann auch

kein Schade um ihn, und insbesondere ist dann auch die „deutsche Frage“ keine Frage mehr.

Das Alles hätte man vorher erwägen müssen; jetzt ist es schon wieder — zu spät. Deutschlands böser Geist hat sich auch wieder auf die großen Kabinette ausgedehnt. Die Hoffnung, daß die österreichisch-preußische Allianz Dauer haben und für die deutsche Gesammtfrage Frucht tragen, daß sie auch den kleinern Kabinetten endlich einen andern Geist als den der bisherigen Engherzigkeit mittheilen werde: sie war ein schöner aber kurzer Traum. Die allseitige Erbitterung hat sich wieder so tief eingefressen wie je. Oesterreich wird zwar nicht Krieg führen, um ein preußisches Vorgehen gegen die Augustenburgische „Nebenregierung“ in Kiel abzuwehren; aber wenn es auch dem Drang der Umstände nachgibt, so ist dieß noch lange keine Lösung. Es werden immer wieder neue Anlässe zum Hader auftauchen und die kleinern Kabinette werden in dem Maße schüren, als ihnen selber von den liberalen Parteien eingeheizt wird. So wird endlich von den rechtmäßigen Gewalten definitiv nicht mehr zu erwarten seyn, daß sie auf Grundlage einer vernünftigen Realpolitik Friede machen unter sich und in Deutschland. Aber um so rascher wird eine andere Macht nachrücken, welche die Aufgabe in ihrer Weise erfüllen wird: die deutsche Revolution.

Nie war es klarer als jetzt, wie mächtig der eifersüchtige Hader unter den Kabinetten der Revolution in die Hände arbeitet, und doch sieht man es nicht. Gerade dieser schleswig-holsteinische Streit hat das letzte Gefühl von einer Solidarität der conservativen Interessen schon fast gänzlich ausgelöscht. Allenthalben sieht man die kleineren Minister der vereinigten Fortschrittspartei nach Möglichkeit schmeicheln, weil sie als schätzbarer Bundesgenosse gegen Preußen erscheint und betrachtet wird. Was Wunder wenn die Partei lawinenartig anwächst und ihr Geist bald in allen deutschen Kammern dominirt? Die Geschichte vom Zauberlehrling haben

aber unsere partikularistischen Regierungen und Parteien gänzlich vergessen. Die preußische Fortschrittspartei wird, wegen ihrer heftigen Opposition gegen die bismarkische Regierung, geradezu als die vornehmste Stütze der österreichisch-mittelstaatlichen Politik gewerthet und jede ihrer Kraftäußerungen wird mit Jubel begrüßt, weil ihre Existenz die sicherste Bürgschaft der Schwäche Preußens gegen außen sei. Ihre Demonstrationen gegen den König und seine Minister sind hochbeliebt, als wenn es ebenso viele Demonstrationen wären für uns. Man sieht nicht oder will nicht sehen, daß diese Partei selber in Schleswig-Holstein gar keine andern Zwecke verfolgen würde als Herr von Bismark. Sie will dem „Junkerregiment" bloß nicht die Macht und die Ehre vergönnen; darum verweigert sie dem verhaßten Minister die Anerkennung und das Geld zur Durchführung der Politik, welche nicht minder ihre eigene, ja ihre eigenste ist, und die sie darum auch durch Niemand anders als durch ihre eigenen Parteiführer verwirklichen lassen will.

Und bedenkt man denn gar nicht, daß es jeden Augenblick in der Macht des Königs von Preußen liegt, die Neue Aera zum zweitenmale zu eröffnen und die Partei an's Ruder zu berufen, welche wir bis jetzt als unsere preußischen Bundesgenossen gegen die preußische Politik verehren. Man würde seine blauen Wunder erleben. Dieses vermeintliche Element der Schwäche Preußens würde sich über Nacht in die Stärke Preußens verwandeln; die Fortschrittsparteien aller deutschen Länder wären solidarisch verbunden mit der in Berlin regierenden Partei, und namentlich gilt dieß von der schleswig-holsteinischen Partei, welche die Nebenregierung des Augustenburgers zu Kiel bildet. Sie alle sind nicht Gegner der Mediatisirungs-Politik, sondern diese Politik ist vielmehr ihre Politik; nur daß ein conservativ sich nennendes Ministerium sich damit befassen, die Politik der Partei verpfuschen und in der Einschränkung auf die Mediatisirung Schleswig-Holsteins

durchführen will: das ist der Grund des großen Zorns. König Wilhelm könnte jeden Augenblick den Grimm in helle Luft verwandeln. Nur seinem glücklichen Eigensinn in Sachen der Armee-Reorganisation ist es zu danken, wenn Preußen nicht, anstatt sich mit Herrn von Bismark mühsam durchzuschlagen, an der Spitze der einheimischen und der deutschen Fortschrittspartei als gefährlichster Gegner Oesterreichs und der Mittelstaaten auftritt.

Aber früher oder später wird eine solche Wendung in Preußen sicher eintreten, wenn nicht bald wieder eine Solidarität der conservativen Interessen zwischen den rechtmäßigen Gewalten in Deutschland hergestellt wird. Das wäre die wohlverstandene Aufgabe Oesterreichs gewesen, und dazu hätte Schleswig-Holstein, das in jedem andern Falle der Centralherd alles deutschen Unfriedens ist und bleibt, die Bedingungen geboten. Auf diese Weise hätte für die „Interessen Gesammtdeutschlands und für die Stellung Oesterreichs im deutschen Bund" besser gesorgt werden können, als durch jede andere Compensation, und insbesondere durch jene grüngelbe Gleichgewichtstheorie, die dem Andern jeden Vortheil mißgönnt, den man nicht auch selber haben kann, und deren unbedingte Voraussetzung in Wahrheit die ewige Spaltung und gegenseitige Schwächung ist.

Es geht nun einmal nicht mehr! Alles bewegt sich, Alles verändert sich ringsum, und der deutsche Bund allein sollte als Maschine des unverbrüchlichen Stillstands fortbestehen. Daß die zwei Großmächte sich mit eifersüchtigen Argusaugen überwachen, und daß die mittleren Mächte hinwieder, beiden gleich mißgönnend und beiden gleich mißtrauend, deren gegenseitige Ueberwachung übercontrolliren: darin erblickt man den Geist und das Wesen der deutschen Bundesorganisation! Daß dieses und nichts Anderes die eigentliche Anschauung unserer Politiker ist, hat sich nie klarer herausgestellt als im Verlauf der schleswig-holsteinischen Ver-

wicklung: als die beiden Großmächte zum erstenmale wieder eine engere Allianz eingingen zum Behuf einer ernstlichen Aktion, da schrieen diese Politiker entsetzt auf als über den unausbleiblichen Untergang des deutschen Bundes; jetzt aber, wo die zwei Mächte wieder gegeneinander verfeindet sind bis an den Rand des Kriegs, jetzt ist der Bund und die deutsche Selbstständigkeit wieder gerettet! In solche Vorstellungen ist man durch lange Gewohnheit so unverrückt hineingebannt, daß man eines über ihren Kreis hinaus liegenden Gedankens gar nicht mehr fähig ist. Und mehr kann die Partei der deutschen Revolution in der That auch nicht wünschen und verlangen. Wozu die rechtmäßigen Gewalten definitiv unfähig geworden sind, das werden die unrechtmäßigen Gewalten zu thun übernehmen, ein nachrückender Größerer wird es thun. Ein einiges Deutschland werden wir dennoch haben, die Revolution wird es uns herstellen!

Sehr möglich, ja wahrscheinlich, daß Herr von Bismarck jener Größere nicht ist; aber er ist um so gewisser der Vorläufer und Bahnbrecher desselben. Für diese seine Rolle leisten seine conservativ seyn sollenden Gegner noch viel mehr, als er unwillkürlich selber thut. Ihnen insgesammt wird früher oder später der deutsche Umsturz einen kinderleichten Sieg verdanken!

XXIV.

Friedrich von Schlegel.

(Schluß.)

Im Herbst 1808 kam Schlegel nach Wien, wo er an dem Grafen (nachmaligen Fürsten) Metternich, der ihn in Paris kennen und seine Fähigkeiten würdigen gelernt hatte, einen ebenso wohlwollenden als einflußreichen Gönner fand. Er wurde nicht lange darauf als Hofsekretär bei der Staatskanzlei angestellt*), und begleitete als solcher den Erzherzog Karl in dem bald wieder ausgebrochenen Kriege und verfaßte die österreichischen Proclamationen gegen Napoleon, in

*) „Friedrich hat gestern Abend", schreibt Dorothea Schlegel unterm 29. März 1809 an Sulpiz Boisserée, „die Bestätigung erhalten, daß er in kaiserl. Diensten angestellt ist, und zwar recht gut und recht vortheilhaft. Die Bestimmung ist ganz Friedrichs Sinn und Wünschen angemessen, und er ist ganz glücklich Will das Glück uns wohl, so ist dieß der Anfang zu einer ehrenvollen ersprießlichen Thätigkeit, mit welcher eine ganz neue Epoche für uns und für viele Andere anhebt, betet nur fleißig! . . Was wirklich herrlich ist, und was wir Euch wohl wünschten, daß Ihr es mit angesehen hättet, das ist die Art und Weise, wie Friedrich dazu gelangt ist, es hätte Euch gewiß Freude gemacht, so gerade, so ehrenwerth, so redlich und milde, kurz so, daß man sich auf jede Art geehrt und wohl aufgehoben fühlt."

denen Oesterreich deutsch und zwar in mehr als einem Sinne redete. Nachdem der Friede wiederhergestellt, betheiligte er sich auf den Wunsch Metternichs an der Redaktion des offiziellen „Oesterreich. Beobachters", und hielt im Winter 1810 vor einem vornehmen auserlesenen Publikum Vorlesungen über neuere Geschichte, die im folgenden Jahre im Druck erschienen. Bald jedoch zog er sich von jener Zeitung zurück, und gab eine Monatsschrift, das „deutsche Museum" heraus, in deren Ankündigung er sagt: „Der gesammte moralische Zustand unseres Zeitalters und der deutschen Nation, soweit durch wissenschaftliche Belehrung darauf eingewirkt werden kann, ist der eigentliche Gegenstand und Zielpunkt dieser Zeitschrift, zu deren Herausgabe sich eine bedeutende Anzahl von Gelehrten und wissenschaftlich gebildeten Männern aus Oesterreich und dem übrigen katholischen Deutschland vereinigt hat. Eine neue katholische Zeitschrift für Wissenschaft und Geschichte und Literatur, in welcher das ganze Gebiet der höhern Geisteskultur aus dem Standpunkte der Religion betrachtet und bearbeitet, und in allem auf dieses letzte Ziel bezogen würde, ist ein Bedürfniß, welches schon seit längerer Zeit gefühlt wurde. Es ist nichts so nothwendig in dieser unserer so vielfach beunruhigten und irregeleiteten Zeit, als daß die Gutgesinnten auf einem sichern Grund und Boden des ewig Guten zusammentreten und mit ausdauernder Liebe zusammenhalten, und daß unerschütterlich feste Anhalts- und Stützpunkte der Wahrheit und der Gerechtigkeit aufgestellt werden in dieser chaotischen Fluth von Meinungen und Anarchie vorüberschimmernder Ideen, damit alle geistigen Kräfte, die auf das Gute, Feste und Wahre gerichtet sind, sich mehr und mehr um ihren gemeinsamen Mittelpunkt versammeln und daran anschließen mögen . . ." *). Abgesehen von dem Inhalt hat diese Zeitschrift auch insofern Interesse, als sie als der

*) Im „Anticelsus" Bd. 1. S. 4.

erste Versuch eines deutschen universellen Journals mit katholischer Färbung zu betrachten ist. Aber die Zeit war nicht dazu angethan, um ein solches Unternehmen zu befördern; es konnte nicht Wurzel fassen und schon nach zwei Jahren seines Bestandes (1813) mußte es eingehen. Schlegel machte damals dieselbe Erfahrung zu Wien, wie zwanzig Jahre später zwei andere hervorragende Convertiten, Phillips und Jarcke zu Berlin, als sie eine katholische Zeitung, das „Berliner politische Wochenblatt“, in Verbindung mit conservativen Protestanten herausgaben. „Den Protestanten, sagt ein competenter Beurtheiler, brachte die halb und halb vorausgesehene Erscheinung mit Bedeutsamem und Interessantem, auch Unangenehmes; den Katholiken Ueberraschung. Die Minderzahl derselben begriff sie, weil allerdings Abweichendes, ja Widersprechendes darin sich artikulirte — daß ein Kreis vorzugsweise protestantisch Geborener und Getaufter, die zum Katholizismus nur erst hinneigten, aber den Vorwurf der Geistesschwäche widerlegten, es seyn sollte, welcher, während die Kirche in conservativer Bahn blieb, belebend, ja rekatholisirend auftrat, gleichsam um neue katholische Lebensluft zu bringen.“

Während dieser Zeit hielt Schlegel Vorlesungen über Geschichte der alten und neuen Literatur (in Druck erschienen 1815), die den Inhalt eines seiner berühmtesten Werke bilden, und welches er dem Fürsten Metternich widmete. Es stellt dieses nach Form und Inhalt geniale Werk sozusagen den Höhepunkt der Romantik dar, und faßt den Gesammtumfang der Literatur in einer bis dahin ungeahnten und fruchtbaren Weise als das die Völker verbindende geistige Band auf.

Im Jahre 1815 ward Schlegel zum Legationsrath bei der österreichischen Gesandtschaft am Bundestage in Frankfurt ernannt, welche Stelle er bis Mitte 1818 bekleidete, worauf er, nachdem er zuvor mit seiner Frau eine Reise nach Rom gemacht, woselbst die beiden Söhne derselben aus erster Ehe, Johann und Philipp Veit, bereits anfingen als Maler Ruf zu er-

langen, wieder nach Wien zurückkehrte, und seinen gewohnten literarischen Beschäftigungen lebte. Nochmals versuchte er durch eine Zeitschrift „Concordia" (1820—23) die streitenden Ansichten über Staat und Kirche zu vereinigen, welches Unternehmen jedoch im Hader der Parteien das ihm vorgesteckte Ziel nicht erreichen konnte. Gleichwohl ist die Wirksamkeit auch dieser fünften von Schlegel herausgegebenen Zeitschrift nicht zu unterschätzen; wie kein Anderer wußte Schlegel anzuregen und die Wege für dasjenige Höhere, worauf das Bedürfniß der Gegenwart ging, anzubahnen. In den nächstfolgenden Jahren trat er nur mit einzelnen kleinen kritischen Arbeiten in die Oeffentlichkeit, bis er im Jahre 1827 vor einem gemischten Publikum Vorträge über die „Philosophie des Lebens" hielt, die im folgenden Jahre veröffentlicht wurden. Ueber dieses Werk äußert sich Feuchtersleben folgendermaßen: „Das System, wenn man der Kürze halber einen Ausdruck brauchen darf, der weder paßt noch von Schlegel selbst ausgesprochen ward, in welches er hier die letzten Ergebnisse seines Denkens zusammengefaßt darlegt, ließe sich am füglichsten als eine der Denkgeschichte, den Richtungen und der Ausdrucksform unserer Zeit angeeignete Palingenesie der auf eine eigenthümliche Art gedeuteten Lehre St. Martin's bezeichnen. Das größte Lob verdient an diesen Vorträgen die Sorgfalt — das logische Gewissen, um mit Schlegels eigenem Ausdruck zu sprechen — mit welcher, wenigstens dem Grundsatze nach, Philosophie, Theologie und Naturforschung auseinander gehalten, und die Grenzen der ersten, innerhalb des rein Menschlichen, diesseits des unbedingten Ueberſinnlichen und jenseits des Materiellen gezogen werden."

Im folgenden Jahre hielt Friedrich Schlegel seine Vorlesungen über die „Philosophie der Geschichte", die als seine reifste und vollendetste Arbeit gelten. Wir können dieselben nicht besser charakterisiren als mit folgenden Worten Staudenmaiers: „Mit überraschendem Tiefsinn sind seine historischen Anschauungen in Verbindung mit der Philo-

sophie und dem Christenthume dargelegt in seinem geschichtlichen Hauptwerke, überhaupt seinem vollendetsten Werke, der Philosophie der Geschichte (Wien 1828), die er jedoch keineswegs auffaßt als ein willkürliches System historischer Ideen, denen die Thatsachen anbequemt werden, vielmehr sind ihm diese das Wesentliche. Die Geschichte (sagt er) kann gar nicht getrennt werden von den Thatsachen und beruht durchaus nur auf der Wirklichkeit; und so muß auch die Philosophie der Geschichte, als der Geist oder die Idee derselben, ebenfalls aus den wirklichen historischen Begebenheiten und der lebendigen Schilderung und geschichtlichen Charakteristik der Thatsachen selbst hervorgehen, als das reine Resultat derselben, nämlich aus dem Ganzen, und aus dem wesentlichen Zusammenhange dieses Ganzen, wobei eine klare Anordnung eine wesentliche Bedingung und ein vorzügliches Hilfsmittel zum richtigen Verständniß seyn wird. Als das Ziel aber der Philosophie der Geschichte bezeichnet er in der merkwürdigen Vorrede zu dem genannten Werke: die historische Nachweisung der Wiederherstellung des verlorenen göttlichen Ebenbilds im Menschen — deren Erkenntniß und Verständniß im innern Bewußtseyn der Inhalt der reinen Philosophie ist — in den verschiedenen Weltperioden und in Anwendung auf die ganze Menschheit, auch in der äußern Erfahrung und Entwicklung des Lebens; oder nach Schlegels Ausdruck: „Die Wiederherstellung des ganzen Menschengeschlechts zu dem verlorenen göttlichen Ebenbilde nach dem Stufengange der Gnade in den verschiedenen Weltaltern, von der anfangenden Offenbarung bis zum Mittelpunkte der Rettung und der Liebe, und von diesem bis zur letzten Vollendung, historisch zu entwickeln, bildet den Gegenstand für die Philosophie der Geschichte.“ Auf diesem Wege wird entwickelt, „wie in dem ersten Weltalter das ursprüngliche Wort der heiligen Ueberlieferung und ältesten Offenbarung den ersten Anhaltspunkt des Glaubens für die dereinstige Wiedervereinigung in dem zerstreuten Menschengeschlechte bildet; wie

ferner, bei der verschiedenartigen Macht, welche die weltbeherrschenden Nationen, politisch oder geistig, auf ihre Zeit nach dem ihnen bestimmten Maß in der mittleren Weltperiode ausgeübt haben, es allein die höhere Kraft der ewigen Liebe in dem Christenthum war, welche die Menschheit wahrhaft befreit und wirklich errettet hat; und wie endlich das reine Licht dieser höhern Wahrheit, überall in der Welt und auch in der Wissenschaft allgemein verbreitet, als das Ziel aller christlichen Hoffnung und göttlichen Verheißung, deren Erfüllung und Entwickelung den letzten Zeiten der Vollendung vorbehalten ist, den Schluß des Ganzen in dem Stufengange dieser Wiederherstellung bildet. Daß aber dieser Stufengang der allgemeinen Wiederherstellung in der Weltgeschichte, nach dem Worte, der Kraft und dem Lichte Gottes, nebst dem Kampfe mit allem was diesem göttlichen Princip im Menschengeschlechte feindlich entgegenstand und entgegenwirkte, nur in einer lebendigen Charakteristik der verschiedenen Nationen und einzelnen Zeitperioden entwickelt und dargestellt werden könne, dafür sind die Gründe an mehreren Orten im Werke selbst angegeben.“ (A. a. O.)

Wir haben bereits Schlegels Ansicht vom Protestantismus gedacht; schon in seinen Vorlesungen vom J. 1810 über neuere Geschichte erörtert er ausführlich die Geschichte der Reformation und ihrer Träger; achtzehn Jahre später kömmt er nochmals auf dieselbe zurück, und zeigt hier eine Würde und Ruhe der Sprache und Beurtheilung, die klar erkennen läßt, wie sehr er von dem Geiste der Liebe durchdrungen und erfüllt war, und die von der Polemik protestantischer Schriftsteller glänzend absticht. Nur einige Stellen wollen wir aus diesem Abschnitt herausheben. „Für den ersten Anfang jener großen Weltbewegung und für das damalige Zeitalter kann uns nur das Gefühl des Bedauerns zurückbleiben, daß die große Aufgabe desselben und das demselben auferlegte schwere Werk der allgemeinen Wiederherstellung und einer wahren Reformation in der durchaus revolutionären Wendung,

welche die Sache nahm, so ganz unerfüllt geblieben, ja von den ersten Hauptcharakteren jener Jahrhunderte gar nicht einmal geahndet und empfunden worden ist." „Durch die gänzliche Losreißung von der historischen Ueberlieferung, worin vorzüglich das Absolute und Fehlerhafte oder für die Zeit Verderbliche dieses ganzen Beginnens sich ankündigte, wurde das Uebel unheilbar, und mußte selbst für die hochgepriesene biblische Sprachkenntniß und Wortgelehrsamkeit der eigentliche Schlüssel der wahren Auslegung, dessen Geheimniß eben nur in jener heiligen Ueberlieferung zu finden ist, mit verloren gehen, wie es die Folgezeit zur Genüge erwiesen hat. Und wie könnten, wenn dieß auch nicht so wäre, bloß gelehrte Institute von biblischer Sprachkunde, verbunden mit einigen auf reine Moral gerichteten Volksschulen schon hinreichen, um das Wesen und den Inhalt einer Religion zu bilden? Dieses wird nirgend so deutlich gefühlt und so klar anerkannt, als im jetzigen protestantischen Deutschland, wo doch die erste Anfangswurzel, der bewegende Mittelpunkt und über das Ganze waltende Geist und das volle Herz und die eigentliche Lebenskraft des Protestantismus gelegen ist, und wo man nun, um jenen innerlich fehlenden Religionskern zu ersetzen, bald in einer äußern liturgischen Form, oder in der prunkenden Sprachgelehrsamkeit und Bibelforschung, ohne den innern Schlüssel dazu, bald in einer vermeinten philosophischen Grundlage des Rationalismus, oder in den Irrgängen und Untiefen eines bloß innerlich umhersuchenden pietistischen Gefühls das Gegenmittel zu finden bemüht wird." Luther selbst nimmt er gegen so manche Vorwürfe, die ihm selbst von eifrigen Protestanten erhoben wurden, in Schutz; so z. B. die pöbelhaften und schmutzigen Ausdrücke, die so häufig in seinen Schriften wiederkehren. Daran stößt sich Schlegel nicht; nachdem er die „genialische Kraft" und „ausdauernd geistige Charakterstärke" als unbestreitbare Eigenschaften desselben hervorgehoben hat, fährt er fort: „Viele, die nachher der neuen Lehre keineswegs zuge-

than waren, glaubten daher auch Anfangs, dieser sei der eigentliche Mann des Zeitalters, der einen höhern Beruf habe für das große Werk der Wiederherstellung, dessen tiefes Bedürfniß damals allgemein gefühlt wurde; denn eine gänzliche Umwälzung des Alten hatte damals noch Niemand unter den rechtlich und besser Denkenden im Sinne. Wenn man jetzt, so lange nachher, manche grelle Aeußerungen, ja sogar einzelne, nicht bloß rauhe, sondern rohe Worte, aus seinen Schriften ausheben und für das Gegentheil anführen möchte, so kann dadurch dieses nicht entschieden und überhaupt nicht viel dadurch erwiesen werden. Es war jene Zeit überhaupt, und auch nicht bloß in Deutschland, sondern auch bei den andern am höchsten cultivirten Nationen, etwas derber in Worten und Sitten, und noch nicht von so ganz überfeinertem und endlich zu Nichts abgeschliffenem Charakter. Dieß hätte keine wesentliche Störung gemacht; denn wohl wußten es die Verständigen, daß die Wunden der alten Mißbräuche auch sehr tief und bis in die Wurzel schadhaft seien; es stieß sich Niemand daran, wenn das Messer, welches den Schaden ausgraben sollte, etwas tief einschnitt." „Und von einer Seite erwarb sich Luther die hohe Achtung der Fürsten, auch selbst derer, die gegen ihn gestimmt waren; denn als kurze Zeit nach dem ersten Anfang ein allgemeiner Bauernaufruhr ausbrach, ähnlich den Verwüstungen der Hussiten, so trat er, weit entfernt ihn wie andere der neuen Lehrer aufzuschüren, mit der ganzen Kraft seiner donnernden Beredsamkeit und mit dem völligen Gewicht seines unbedingten Ansehens dagegen auf, wie er denn überhaupt in politischen Dingen und Verhältnissen gar nicht demokratisch, wie etwa Zwingli oder Calvin, gesinnt, sondern ganz für die absolute Fürstengewalt, nur freilich in seiner protestantischen Weise und Ansicht gestimmt war. Und eben dadurch, und vermöge der hierdurch erworbenen Autorität und Zustimmung der Staatsmacht ist der Protestantismus innerlich befestigt und consolidirt worden, der sonst in allgemeine Anarchie wie bei den Hussiten, und

wie es sich auch im Bauernkriege dazu anließ, ausbrechend, unfehlbar wieder ganz unterdrückt worden seyn würde, wie so viele der frühern Volksbewegungen, da bloß unter dieser Form der Protestantismus schon etwas sehr Altes und schon um mehrere Jahrhunderte früher entstanden war; da ohnehin keines von den andern Häuptern oder Führern der neuen Partei die Kraft hatte und im Stande gewesen seyn würde, den Protestantismus aufrecht zu erhalten, der so wie er noch besteht, einzig und allein das Werk und die That dieses in seiner Art einzigen und allerdings welthistorischen Mannes gewesen und noch ist." Seine Charakteristik der Reformationszeit schließt er mit folgender Wahrheit: „Wenn wir also das Mittelalter oft barbarisch zu nennen gewohnt sind, oder also bezeichnen hören, so gilt dieß in noch vollerem Maße von der wahrhaft barbarischen Periode der Reformationszeit und der Religionskriege bis auf die Epoche, wo der innere und äußere Frieden in der Welt und in den Gemüthern, wenigstens scheinbar, wieder hergestellt ward."

Versöhnlich und die ganze Fülle seiner Liebe und Hoffnung aussprechend, ist das, was er über den westfälischen Frieden sagt. „Die Völker und die ganze damalige Zeit segnete ihn als das Ende des langen Unheils; aber ungleich wichtiger noch ist seine Wirkung auf die Nachwelt gewesen. Der Religionsfrieden, so wie er hier festgestellt wurde, ist der deutschen Nation zur zweiten Natur und zum eigentlichen National-Charakter in der neuern Zeit geworden, da ihre historische Bestimmung, auch in dem geistigen Gebiete, entweder hier zu finden ist oder nirgends sonst. Man kann sagen, daß es wie jeder Frieden, wo man über das erste Princip und den innersten Mittelpunkt der ganzen Rechts- und Streitfrage nicht Eins ist und geschieden bleibt, nur ein Waffenstillstand und wieder nur ein bloßes Interim gewesen sei, wohl aber ein geheiligter ewiger Waffenstillstand, ein göttliches Interim: d. h. ein bis auf die endliche göttliche Entscheidung, die auch gewiß nicht ausbleiben wird, ausge-

stellter friedlicher Mittelzustand ... Es ist dieser freilich bloß äußere, aber auf ewig geschlossene Religionsfriede oder auch Waffenstillstand und bloßes, aber geheiligtes, Interim nur die Einleitung und Vorhalle zu einem andern, viel allgemeineren höheren Geister- und Gottesfrieden, auf welchen unsere Zeit und die ganze neuere Geschichte für die Epoche der vollendeten Wiederherstellung unwiderruflich angewiesen ist. Wie könnte denn wohl das Christenthum, d. h. die ewige Wahrheit selbst für immer in Zwietracht zerrissen bleiben? Die Auflösung des großen Problems der letzten drei Jahrhunderte und dieser Zeit insbesondere ist aber gewiß keine verwickelte, außer wenn man sie dafür hält und in diesem Sinne behandelt, sondern eine höchst einfache. Denn wenn nur erst das Wissen und der Glauben vollständig und lebendig Eins sind, welches aber die Aufgabe aller wahren und höheren Philosophie bildet, so wird auch der Glauben von selbst in sich wieder Eins werden, und alsdann auch der Zwiespalt und die Trennung aufhören."

Die Gedanken einer Wiederherstellung des Guten in Leben, Kirche und Staat, die Vereinigung der getrennten Confessionen liegen so vollständig im Wesen des Christenthums begründet, daß es begreiflich erscheint, daß Schlegel Alles mit Hinblick auf diese Hoffnung betrachtet, auf die wir für jetzt noch angewiesen sind, und an der jeder Katholik festhält.

Gegen Ende des Jahres 1828 ging er mit seiner Nichte, der talentvollen Künstlerin Freiin von Buttlar, nach Dresden, wo er eine Reihe von Vorträgen über Philosophie der Sprache hielt, leider aber nicht vollendete. Sie sind, wie der geistreiche Verfasser des Buches „Convertiten und ihre Gegner" bemerkt, „eine im höhern und höchsten Sinne gehaltene Exegese über die heilige Trinität des Glaubens, der Liebe und der Hoffnung." Auch über die Hoffnung habe nie ein Mensch tiefsinniger und umfassender gesprochen, als dieser große Geist, und zu beherzigen sei es, was er über die Liebe

als die Gott eigene Tugend geredet hat. „Weil aber, heißt es in jenen Vorlesungen*), die Sehnsucht überhaupt eine so wichtige Stelle im Menschen einnimmt, nicht bloß als die Krisis des Uebergangs aus dem kindlichen, soll man sagen Bewußtseyn oder Unbewußtseyn, in das reifer entwickelte, oder als die Schwelle der jugendlichen Erwartung am Eingang des vollen Lebens und der eigentliche Anfangspunkt desselben, sondern auch von da aus immer fortwährend, ununterbrochen bis an's Ende die erste, stärkste und reinste Triebfeder des innern Menschen bleibt, und ihre nie erlöschende Flamme, immer reiner geläutert und stärker genährt, ihm den Weg zu einem höhern Daseyn voranleuchtet: so möchte ich hier noch die Betrachtung hinzufügen, wie sehr überhaupt die mit jener Sehnsucht noch zusammenhängende Hoffnung in das Wesen des Menschen verwebt ist, so daß sie fast das charakteristisch Eigenthümliche seines innern Wesens und ganzen Zustandes ausmacht. Auch die verworfenen Geister, heißt es, glauben und zittern; die Liebe ist auch Gott wesentlich eigen und selbst Sein Wesen, und in einem gewissen Sinne ist sie auch allen von der ewigen Liebe Erschaffenen gemein; selbst in den verborgenen Lebensadern des beseelten Naturlebens regt sich dieser Pulsschlag der allgemeinen Liebe. Die Hoffnung läßt sich Gott nicht beilegen, da in Ihm schon Alles erfüllt ist; die Natur kann für sich selbst nur seufzen und wehklagen, und wenn sie auch nicht hoffnungslos unglücklich ist, so kann sie selbst doch nicht eigentlich hoffen, wenigstens nicht aus eigener Kraft. Der Mensch ist vor allen andern Geschöpfen ein auf Hoffnung gestelltes Wesen; man könnte sagen, es ist ein unsterblicher Geist im Zustande der Hoffnung, und so ist er auch wohl von allen andern Wesen in der Schöpfung zum Verkündigen der göttlichen Hoffnung bestimmt und ausersehen."

---

*) „Vorlesungen über Philosophie, besonders der Sprache und des Wortes." Wien 1830 (S. 125).

In diesen Vorlesungen hatte Friedrich von Schlegel über den Glauben und das Geheimniß der Hoffnung in seiner großartigen ideenreichen Weise geredet, und wollte in drei weiteren Vorträgen über die Liebe sprechen, und hatte schon einen Theil der zehnten Vorlesung aufgeschrieben bis zu den Worten: „das ganz vollendete und vollkommene Verstehen selbst aber“ — — da entriß ihm der Engel des Todes die Feder. Es war ihm nicht vergönnt, den vollendeten Schluß, das letzte Wort hinzuzufügen über einen Gegenstand, den er mit solchem Scharfsinn, solcher Tiefe, mit ebenso klarer Besonnenheit als Reichthum des Gefühls bis zu diesem letzten Augenblicke seines Lebens wie seines irdischen Denkens entwickelt und dargestellt hatte. Es war am Sonntage den 11. Januar 1829, Abends zwischen 10 und 11 Uhr, als er die Seiten dieser letzten Vorlesung schrieb, die er am folgenden Mittwoch vorzutragen Willens war. Dieselbe Nacht um 1 Uhr hatte er schon zu leben aufgehört; bevor er jenes Verstehen in Worte fassen konnte, ward er der Anschauung dessen entgegengeführt, was er bis dahin so stark wie innig geahnt und gefühlt und welches er dem begeisterten Bewußtseyn und der glaubenden Hoffnung näher zu bringen so redlich bemüht gewesen.

Schlegel nimmt in der Geschichte der Philosophie eine bedeutende Stelle ein. Freilich wohl hat er kein System aufgestellt und keine Schule gegründet, wenn man aber unter Philosophie jene intuitive Spekulation versteht, welche das Wesen der Dinge und der irdischen Welt in ihrem Zusammenhange mit dem göttlichen Leben in ihren letzten Principien, so weit dieß dem menschlichen Geist möglich ist, erfaßt und die Resultate davon in großer Mannigfaltigkeit vor Augen stellt, so verdient er neben Leibnitz und Bacon genannt zu werden. Es war das Ziel seiner Philosophie, in dem ganzen Umfange des menschlichen Wissens als Endergebniß jenes große und letzte Lebensprincip zu finden, das Alles erleuchtet, und es sodann wieder auf die Wissen-

schaft zurückzuführen, nicht ein Unlebendiges, bloß Abstraktes, sondern den Urquell des Seyns selbst aus den Grundgesetzen des geoffenbarten Lebens darzustellen, wie wir dieß in seinen Vorträgen über Philosophie der Geschichte hinlänglich bekundet finden. So war seine Philosophie in der Religion und dem christlichen Glauben begründet und gebildet. Beides war ihm unzertrennlich geworden, und die christliche Philosophie, d. h. diejenige, welche ihren Grund und Weiterbildung aus der christlichen Offenbarung hervorgehen läßt, erschien ihm als das höchste Problem des menschlichen Wissens.

Aber auch als Historiker ist Schlegel nicht weniger bedeutend, und zwar durch wahre und geistvolle Verbindung und Benutzung des durch das Quellenstudium Gewonnenen. So weiß er das reiche Leben des Mittelalters in plastischer Gestaltung vor uns hinzustellen; zu einer lichtvollen beseelten Ordnung zusammenzufügen, was in den einzelnen Erscheinungen unbegriffen bleibt. Ihm war es vorbehalten, die große religiös-politische Idee des Mittelalters, den erhabenen Standpunkt des christlichen Kaiserthums in inniger Verbindung mit der geistlichen Gewalt, sein romantisches und großartiges Leben in den einzelnen Individuen, wie in den mannigfaltigsten Körperschaften, mit unabweisbarer Wahrheit an's Licht zu stellen. Dadurch aber hat er den wesentlichsten Anstoß gegeben, daß die Geschichtsschreibung seitdem das Mittelalter in einer von der frühern ganz verschiedenen Weise auffaßt, namentlich ist die gänzliche Umwandlung der deutschen Rechtsgeschichte und ihrer lebendigeren Auffassung daraus hervorgegangen. Aber auch seine Darstellung der neuern Geschichte wird in einer späteren, weniger von Parteiströmungen getrübten gläubigeren Zeit nach ihrem vollen Werthe erkannt und gewürdigt werden.

Auf derselben positiven und religiösen Grundlage beruhen denn auch die Ueberzeugungen des so harmonisch durchgebildeten Geistes in der höhern Politik; hinsichtlich des Staats und der Gesellschaft. „Nun ist, sagt er, die Ueber-

zeugung unter den Gutgesinnten aller Parteien wohl schon ziemlich allgemein, und den Meisten klar und gewiß geworden, daß der feste Anhaltspunkt in dem Streit der Meinungen und Interessen nur in dem Positiven gefunden werden, und nur dieses den chaotischen Zustand enden und ein organisch geordnetes Daseyn von Neuem wieder begründen kann. Vergebens aber würde man für das Leben und den Staat wie in der Wissenschaft hoffen, diesen sichern Grund und Stützpunkt in einem bloß irdisch Positiven zu finden, es sei welcher Art es wolle, so lange nicht das göttliche Positive hinzukommt, als Träger und zusammenhaltende Lebenskraft des Ganzen. Wo sollen wir aber dieses göttlich Positive anders suchen als da, wo es uns schon lange gegeben ist, sobald wir es nur finden wollen: in der Religion, in der göttlichen Offenbarung und in der christlichen Philosophie, als einem treuen Abdruck derselben in wissenschaftlicher Form zu allgemein praktischer Anwendung?" Es führt ihn diese Frage natürlich auf den alten Zwiespalt des deutschen Glaubens zurück: „Jene so lange gewünschte und so oft vergeblich gesuchte Wiedervereinigung des Glaubens kann aber freilich auf dem gemeinen Wege menschlicher Ausmittelung nicht gefunden werden; nicht durch ein bloßes gegenseitiges, wenn auch noch so gut gemeintes Nachgeben, und nicht durch eine diplomatische Verhandlung: überhaupt ist es kein Menschenwerk, sondern es muß von Gott kommen, der seine Werkzeuge dazu schon finden, und diejenigen, welche von ihm ausersehen sind, mit der Kraft des heiligen Geistes erfüllen wird. Menschlicherweise läßt sich nur das dazu beitragen, und nur dadurch der hohen Absicht entgegenkommen, daß wir jene unentschlossene Halbheit der Gesinnung von uns abthun, welche uns so oft zurückhält den letzten Schritt in der Anerkennung der Wahrheit getrost daran zu setzen." Zunächst sind es ihm vier Gewalten, denen er Erhaltung und Bewegung der Gesellschaft zuschreibt, die ihm überhaupt Art und Form jeglichen menschlichen Vereins bedingen: die Macht des Geldes und des

Handels oder, im weiten Sinne, die Gilde; die Macht des Schwertes oder, da es auch im Kriege nur zur Erhaltung des staatlichen und bürgerlichen Friedens gezogen wird, der Gerechtigkeit (der Staat), ferner „die Gnadenkraft der göttlichen Weihe, auf welcher alle Art von Priesterthum und jeder kirchliche Religions-Verein beruht, der allein den innern Frieden herbeiführt und auch dem äußern die höhere Sanktion gibt. Was würde uns auch das ganze materielle Leben frommen, dem der Staat seinen rechtlichen Bestand sichert, und welches jene äußere Cultur, die aus dem Kunstfleiß und dem Gewerbe hervorgeht, und die in ihrem letzten Grunde auf dem Handel beruht, so reichlich ausschmückt, wenn es nicht der Träger eines andern und höhern intellektuellen Lebens wäre? Dieses höhere intellektuelle Leben aber wird zunächst in der Religion, und als ein gemeinsames der ganzen Menschheit zuständiges Eigenthum in der Kirche genährt und entfaltet, deren geheiligtes, weltumfassendes Band die im Staatsverhältniß getrennten Nationen wieder verbindet, und in der Zeit die späteren Generationen an die früheren anknüpft. Zugleich wird es aber auch durch die Schule erregt und entwickelt und von einem Zeitalter auf das andere fortgepflanzt; welcher intellektuelle Verein als die vierte Art und Form von jenen vier bezeichneten Hauptvereinen der menschlichen Gesellschaft mit dem Staat und der Kirche im mannigfaltigsten und innigsten Verhältniß steht.“ Zur Lösung dieser der Schule ertheilten Aufgabe seien zunächst die Deutschen berufen; denn der deutsche Geist „strebt tiefer in die verborgenen Principien des innern Lebens, wo jene Elementarkräfte nicht mehr getrennt erscheinen, sondern aus der gemeinsamen Wurzel die vollständige Kraft des lebendigen Bewußtseyns im Denken und Bilden hervorgeht.“

Was Friedrich Schlegel als Kritiker, Kunstschriftsteller, Aesthetiker und Sprachforscher geleistet und wie mächtig belebend, umwälzend und neugestaltend sein Einfluß nach allen diesen Richtungen gewesen, ist zum Theil schon angedeutet

und hervorgehoben. Was die seit seinem und einiger ihm Gleichgesinnten und Mitstrebenden Auftreten allerorts dem Staube und Moder entrissenen Gemälde alter Meister, man denke nur an das berühmte Dombild in Köln; was die durch ihn so wesentlich geförderte Beschäftigung mit den Dichtungen des deutschen Mittelalters sowohl wie des europäischen Südens, sowie endlich das durch ihn angefachte Studium der Baukunst des Mittelalters auf die geistigen Bestrebungen und Tendenzen nicht bloß seiner Zeit gewirkt, ist in Wahrheit nicht zu berechnen, noch weniger in dem engen Rahmen eines kurzen Charakterbildes zur Anschauung zu bringen*). Daß seine indischen Studien bahnbrechend gewesen, daß sie dem erstaunten Europa eine neue Welt erschlossen, haben wir mit den Worten eines strengen Beurtheilers oben nachgewiesen. Erwägen wir diese Universalität seines Wissens, so daß ihm nichts im ganzen Gebiete der Wissenschaft und Kunst fremd geblieben; wie er das ihm Fremdartigste mit einem Blicke und solchem Scharfsinn durchdrang, daß er immer wenigstens des Grundelement erfaßte: so stehen wir nicht an zu behaupten, daß er seit Leibnitz zuerst wieder jene Allgemeinheit und Tiefe des menschlichen Wissens darstellt, welche allein den wahren Charakter eines Gelehrten bildet und vor Allem die Grundlage des philosophischen und speculativen Lebens ist.

Wir haben nur noch einen Blick auf Schlegel als Dichter zu werfen, um das Gesammtbild seines literarischen Wirkens abschließen zu können. Man hat sich gewöhnt, besonders in neuerer Zeit, über seine dichterischen Leistungen kurz und vornehm abzusprechen, und ihm höchstens dichterische Intuition

*) Während so viele unbedeutendere Geister, die in der deutschen Literatur nur eine sekundäre Rolle spielen, Gegenstand eingehender Darstellungen geworden sind, erwartet Schlegel noch seinen Biographen. Es ist dieß eine Schuld, die das katholische Deutschland dem großen Todten abzutragen hätte, und eine ebenso dankbare wie angenehme Aufgabe eines katholischen Literarhistorikers.

zuerkannt. Freilich liegt der Schwerpunkt seiner Bedeutung nicht in seinen Poesien, auch ist nicht in Abrede zu stellen, daß er für seine hohen Gedanken nicht immer die angemessene metrische Form findet, daß sein Versbau oft an Härte leidet und daß er sich, angeregt durch das Studium und die dadurch in ihm entstandene Vorliebe für die in der spanischen und portugiesischen Poesie vorzugsweise herrschenden Formen, zumal in seinen früheren Gedichten einer Künstlichkeit hingibt, die den reinen Genuß nicht selten stört. Gleichwohl zeichnen sich seine Gedichte durch Ursprünglichkeit und frische Kraft aus, und ertönt in gar vielen voller poetischer Klang. „Schlegels Gedichte, sagt Feuchtersleben, so viele und mannichfaltige Gegenstände der Kunst und des Wissens, wie wir es bei andern Dichtern nicht leicht finden, sie auch herbeiziehen, kommen darin überein, daß sie die tiefe Sehnsucht seines Geistes nach den höchsten Dingen, nach allem Schönen und Göttlichen aussprechen. Und da er in diese Dinge selbst richtige Blicke zu werfen im Stande war, so wollte er das, was ihm in der Stunde der Anschauung hell und licht geworden war, belehrend wiedergeben, wodurch seine Gedichte den belehrenden, unterweisenden, metaphysischen Charakter*) so gerne und so oft annehmen; eben aus diesem Grund enthalten sie auch die Geschichte seines Lebens.“ Wie aber das deutsche Element seinen Hauptcharakter bildete, wie er mit glühender Liebe an seinem Vaterlande hing, so tragen auch seine Gedichte trotz der oft fremden Formen ein entschieden deutsches Gepräge, wie schon aus seinen ersten poetischen Erzeugnissen, dem erwähnten trefflichen Lehrgedicht „Hercules Musagetes“, und den „Terzinen an die Deutschen“ hervorgeht. Wir heben eines derselben vom Jahre 1809 heraus und lassen es hier folgen.

---

*) Das Landschaftsgemälde „die Abendröthe“ nennt Bernhardi ein „vollendetes Gedicht“, allein schon hinreichend, die Ansprüche Schlegels auf den Namen eines großen Dichters zu rechtfertigen.

Gelübde.

Es sei mein Herz und Blut geweiht,
Dich Vaterland zu retten.
Wohlan, es gilt, du seist befreit,
Wir sprengen deine Ketten!
Nicht fürder soll die arge That,
Des Fremdlings Uebermuth, Verrath
In deinem Schooß sich betten.

Wer hält, wem frei das Herz noch schlägt,
Nicht fest an deinem Bilde?
Wie kraftvoll die Natur sich regt
Durch deine Waldgefilde,
So blüht der Fleiß, dem Neid zur Qual,
In deinen Städten sonder Zahl,
Und jeder Kunst Gebilde.

Der deutsche Stamm ist alt und stark,
Voll Hochgefühl und Glauben;
Die Treue ist der Ehre Mark,
Wankt nicht, wenn Stürme schnauben.
Es schafft ein ernster, tiefer Sinn
Dem Herzen solchen Hochgewinn,
Den uns kein Feind mag rauben.

So spotte Jeder der Gefahr,
Die Freiheit ruft uns allen;
So will's das Recht und es bleibt wahr,
Wie auch die Loose fallen.
Ja, sinken wir der Uebermacht,
So woll'n wir doch zur Todes Nacht
Glorreich hinüber wallen*).

Aber schon früher hatte er (1807), voll Trauer über die Zerrissenheit des Vaterlandes, seine Zuflucht zu dem Einzigen genommen, der dasselbe durch Wiedererweckung des deutschen Nationalgefühls retten konnte, zu dem Sohne Gottes:

*) Als Beitrag zur Charakteristik der Zeit möge bemerkt werden, daß in der Sammlung von Schlegels Gedichten (Berlin 1809) das letzte Blatt, obenstehendes Gedicht enthaltend, auf Anordnung der Berliner Censur ausgeschnitten wurde.

O ihr Blinden, die verderbend,
Ja schon sterbend,
Doch den Haber nicht vergessen,
Dünkels noch vermessen,
Nicht vernehmt die Hand, die euch geschlagen!
Fruchtlos ohne Reue,
Schallt nur eitel euer Klagen,
Fern von Demuth und von Treue,
Endet euer Stolz nun in Verzagen.

Sohn der Liebe woll'st vereinen
Doch die Deinen,
Daß der Zwietracht dunkle Binde
Vor dem Blick verschwinde,
Alle Deines Heiles Licht erkennen,
Und in Dir verbündet,
Gern sich alle Brüder nennen,
Neuen Muths ihr Herz entzündet
Ewig mög' in Liebesflammen brennen.

Welcher Hölle Ungewittern
Dürft' erzittern
Wohl Dein Volk, wenn einig wieder,
Es wie ehdem bieder,
Wandelte im alten Heldenglauben?
Gottes Himmel offen,
Mag Zerstörung uns umschnauben,
Steht nur fest der Liebe Hoffen,
Darf kein Haar vom Haupt das Schicksal rauben.

Dieselbe Trauer aber um das zerrüttete Vaterland, dieselbe Hoffnung auf Christus den Erretter durchdrangen ihn schon lange, denn schon 1803 richtet er aus tiefstem Herzen den Ruf an den Letztern:

Eile herbei zu retten,
O Menschensohn, und brich des Fremdlings Ketten!

Was er für das Licht des Geistes, den Kern der Wahrheit hält, drückt er aus in dem Spruchgedicht

Geisteslicht.

Geistlich wird umsonst genannt,
Wer nicht Geistes Licht erkannt;

24*

Wissen ist des Glaubens Stern,
Andacht alles Wissens Kern.
Lehr' und lerne Wissenschaft;
Fehlt dir des Gefühles Kraft
Und des Herzens frommer Sinn,
Fällt es bald zum Staube hin.
Schöner doch wird nichts gescheh'n
Als wenn die beisammen geh'n:
Hoher Weisheit Sonnenlicht,
Und der Kirche stille Pflicht."

Herrlich ist in dem „Klaglied der Mutter Gottes" Sehnen der Natur zur einstigen Klarheit ausgedrückt:

Es geht ein allgemeines Weinen,
So weit die stillen Sterne scheinen,
Durch alle Adern der Natur;
Es ringt und seufzt nach der Verklärung,
Entgegenschmachtend der Gewährung,
In Liebesangst die Creatur.

In Hoffnung selig sind die Seelen,
Die noch in Schuld sich reuend quälen,
An dem geheimen Geisterort;
Heiß strömen ihre Liebesthränen,
In Flammen haucht sich aus ihr Sehnen,
Erharrend des Befreiers Wort.

O, könnte wer den Schleier heben,
Wo die verborgnen Mächte leben,
Würde der Abgrund aufgedeckt;
Der Menschen Herz würd' es zerspalten,
Die ird'sche Brust könnt' es nicht halten,
Vom Blitz der Ewigkeit erschreckt.

Aber die Mutter Gottes will durch ihr Flehen Alle rett damit Keiner ewig blind bleibe:

Es folgt der dunkeln Nacht die Sonne,
Dem Tages-Kampf die Sabbath-Wonne,
Und macht die Glorie offenbar.
O, möcht erst im Triumph ertönen,
Der Siegesfang in neuen Tönen,
Gesungen von der Sel'gen Schaar.

Da herrscht das Licht und Recht in Wahrheit,
Wenn in des neuen Himmels Klarheit
Neu sich verklärt die Erde hat.

Bis dieses Ziel aber erreicht seyn werde, ist die Natur in Trauer gehüllt:

Noch deckt ein trüber Wittwenschleier
Der künftigen Vollendung Feier,
Und Trauer hüllt die Schöpfung ein;
Bis einst der Schleier wird gehoben,
Muß ewig Klaggesang erhoben
Von allem, was da athmet, seyn.

Das war Friedrich von Schlegel; ein Geist von den höchsten Gaben, bewandert und erfahren in aller Wissenschaft, welche der Stand des Zeitalters in sich vereinigen ließ. Reich, man möchte sagen unerschöpflich an großen Ideen und Ansichten, gewandt und von Gott berufen, sie in das gänzlich verirrdete Leben wieder einzuführen und geltend zu machen; der die Vergangenheit dadurch wieder mit der Gegenwart verband und jenen Dualismus zuerst gründlich wieder hob, wo das faktische Leben im unversöhnlichen Kriege mit dem Geschaffenen sich befand, und die Welt mit gänzlicher Auflösung bedrohte. Und dieser „in der Geschichte beinahe einzige Mann unterwirft sich, nachdem er den profanen Wissenskreis durchgemacht, der apostolischen Kirche, hier tiefste katholische Demuth bekundend neben einer Geistesunerschrockenheit, noch riesenhafter als die Lessing'sche. Ein Tourist sieht, spöttisch lächelnd, ihn in einer Straße Wiens einem Priester begegnen, sich trennen von seinen Begleitern, dem Kleriker die Hand küssen und sich dessen Segen erbitten und ertheilen. Seinem Schlaf- und Studirzimmer fehlten Weihwasser, Crucifix und Betschemel nicht. Schlegel bleibt ein Meteor seiner Zeit durch die Wunderbarkeit, wie er titanischen Geistesübermuth mit katholischer Demuth, mit katholischer Gewissenhaftigkeit verband. Es schien, als habe er den im Protestantismus herrschenden Zeitgötzen zeigen wollen, daß er ihm Hohn spreche, weil

schon er den unbekannten Gott im Katholicismus ahne. Solch ein Genius, damals im Kreise der sich zur Romantik bekennenden Talente stehend, mußte durch den Uebergang zum Katholicismus in die Seelen der bisherigen Genossen und Anhänger ein gewaltig scheidendes Ferment werfen. Aber Wenige, sehr Wenige sagten sich von ihm los. Nur den Pöbel, längst in Wuth gegen solche ungewöhnliche, solche außerordentliche Individualität, freute der Anlaß zu neuen Schmähungen"*). Gern schließen wir diese Skizze mit den Worten eines andern geistreichen Schriftstellers: „Friedrich von Schlegel ruhe in Frieden! Sein großer Geist, der nur in unserer Kirche volle Genüge finden konnte, erleuchtet und erwärmt noch fortwährend alle diejenigen, welche weithin und tief blicken wollen und ein ganzes ursprüngliches Leben führen können. Seine Schriften, d. h. diejenigen, welche Hervorbringungen seines eigentlichen Wesens sind, werden für alle wahren Jünger der Wissenschaft und Kunst ein weltliches, aber durch die Kirche geweihtes Evangelium seyn. Er ward durch und durch katholisch." —

Dorothea Schlegel, die aus ihrer ersten Ehe zwei Söhne hatte, Johann und Philipp, beide katholisch und nachmals berühmte Maler, beabsichtigte nach Friedrichs Tode zu ihren Kindern nach Rom zu reisen, da aber Philipp bereits im Jahre 1830 einen Ruf als Direktor des Städel'schen Kunstinstitutes nach Frankfurt am Main erhalten und angenommen hatte, so siedelte sie gern noch dorthin über, obschon sie die Zeit von 1818 bis 19 mit ihren Söhnen zumeist im Zirkel der Freiin von Humboldt, einer kenntnißreichen Pflegerin der Kunst, sehr angenehm in Rom verlebt hatte.

Sie übte einen mächtigen Eindruck auf alle aus, die mit ihr näher verkehrten. „Es war unmöglich, heißt es in dem in der A. A. Z. enthaltenen (von der Frau v. Chezy her-

---

*) Wilhelm v. Schütz im „Anticelsus" I. S 4.

rührenden) Nekrologe, eins mit ihr zu seyn und ihr nicht zu willfahren; sie hatte ihre Schwester Henriette, ihre Nichte Auguste (v. Buttlar), manche Freundin, manchen Freund, wie durch die Gluth ihrer Atmosphäre hinübergezogen in ihre Bahnen.“ Henriette Mendelssohn, ihre jüngere Schwester, die Rahel in ihren Briefen „das Feinste und Tiefste was sie gekannt“ nennt, hatte einen gehalteneren Ernst, einen stilleren Zauber, war weniger hingebend und bedachtvoller auf alle Aeußerlichkeiten, indeß es innerlich vielleicht nichts Glühenderes und Reichhaltigeres noch Zarteres gab als sie. In ihrem Kreise zu Paris verkehrten die hervorragendsten Fremden, und besonders waren es der nachmals so berühmt gewordene Naturforscher Oerstedt, der Dichter Oehlenschläger, der bekannte Arzt und Dichter Koreff, Klinkowström, Brönsted, Varnhagen van Ense u. a., die sich in ihrem Hause einfanden. Wahrscheinlich fällt ihre Conversion in die Zeit ihres Pariser Aufenthaltes.

Schlegels Nichte Auguste, die Tochter seiner Schwester, hatte zu Dresden, dem Wohnorte ihrer Eltern, einen Baron von Buttlar geheirathet, der zur katholischen Kirche übergetreten war, ohne jedoch auf seine Frau in dieser Beziehung eine Einwirkung auszuüben; ihre Conversion war viel eher, wie schon angedeutet, durch den geistigen Einfluß ihrer Tante Dorothea gefördert worden. Sie war eine sehr talentvolle Künstlerin, die nach dem Tode ihres Mannes gänzlich der Kunst lebte. Sie malte viele Bildnisse und erwarb sich einen geachteten Namen. Auch das Porträt Friedrich v. Schlegels, das der Sammlung seiner Werke voransteht, ist nach einem Bilde von ihr gezeichnet. — Dorothea v. Schlegel starb im August 1839 zu Frankfurt.

XXV.

Ueber den Johanniterorden.

Der St. Johanniterorden nach seiner inneren Verfassung und sein jetzigen Verhältnissen. Von Dr. Karl Herquet

Die großen Ritterorden des Mittelalters beruhten vo züglich auf den zwei mächtigen Säulen einer hohen sociale Bedeutung und der Vertretung des religiösen Princips, üb welchen sich die Weihe der Romantik ausgegossen hatte. Vo der Kraft und Lebensfähigkeit der Ritterorden gaben ab nicht allein ihre Thaten Kunde, sondern die Reste derselbe die sich aus dem Sturm der Jahrhunderte in unsere Ta hinein retteten, sind sprechende Zeugen von der äußere Machtfülle und der sittlichen Größe des wohlgefügten Baue dem sie angehörten. Freilich sind es nur kleine Bruchtheil die von dem deutschen und dem Johanniterorden übrig g blieben; aber als letzte Strahlen eines erbleichenden Gestir am Horizont der Weltgeschichte nehmen sie nicht nur das I tereffe einer historischen Erscheinung in Anspruch, sondern il Daseyn verdient auch die Aufmerksamkeit, welche man de wirkenden Potenzen der Gegenwart zu zollen pflegt. D Johanniterorden insbesondere hat in unseren Tagen Leben zeichen von sich gegeben, die als Verdienste um das Vate land der Anerkennung würdig sind. Wir haben sein Erscheine

auf dem Schauplatz des letzten Krieges gegen Dänemark im Auge.

Die Genossenschaft des katholischen Adels in Preußen, welche die Stiftung eines neuen Priorates betreibt und gegenwärtig aus ungefähr fünfzig Gliedern des hohen rheinischen, westphälischen und schlesischen Ordens besteht, sah bei dem Ausbruch des Kampfes in Schleswig-Holstein eine passende Gelegenheit, den Beruf des Johanniterordens zu erfüllen, und schickte deßhalb vier Abgeordnete aus ihrer Mitte zur Verpflegung der Kranken und Verwundeten auf den Kriegsschauplatz. Diesen folgten im Einverständniß mit dem preußischen Kriegsministerium barmherzige Schwestern aus Westphalen und der Rheinprovinz, welche die Krankenpflege auf Kosten der Genossenschaft begannen. Den Commissären derselben vertrauten sich alle der Krankenpflege gewidmeten Orden an, und die auf dem Kriegsschauplatz befindlichen katholischen Feldkapläne fungirten als Agenten des Ordens, in welcher Eigenschaft sie sich der umfassendsten Unterstützung von Seiten des Höchstcommandirenden zu erfreuen hatten.

In den preußischen, österreichischen und dänischen Lazarethen wirkten 137 Schwestern und 20 Brüder, und selbst während der Actionen entfalteten sie in den Feldspitälern in der Nähe der Schanzen und bei Alsen eine rühmliche Thätigkeit. Die großen Dienste, welche die barmherzigen Schwestern den in dem Seegefecht bei Helgoland Verwundeten in Hamburg leisteten, bewogen den Senat, unter seiner Protektion das katholische Krankenhaus fortbestehen zu lassen.

Durch die großen Erfolge, welche der Orden mit verhältnißmäßig geringen Mitteln errang, ist der Beweis geliefert, daß es nur einer tüchtigen, den Zeitverhältnissen Rechnung tragenden Organisation bedarf, um dem Orden wieder eine praktische Bedeutung zu geben, was am besten durch Ausbildung des Instituts der Devotionsritter geschehen könnte, wenn man auf ihre Schultern einen Theil der alten Ordenspflichten laden wollte. Der Verfasser der vorliegenden

Schrift dürfte nicht im Unrecht seyn, wenn er sagt: „Der Orden von St. Johann besitzt noch Lebenskraft genug, um unter gänzlicher Verzichtleistung auf die Erwerbung einer souveränen Residenz ein neues Feld seiner Thätigkeit sich zu erobern. Seine uralte Devise ist: Defensio fidei et obsequium pauperum. Gibt er sich diesem obsequium pauperum, den Pflichten der christlichen Caritas, ganz und ungetheilt hin, so fällt ihm die defensio fidei, die er heutzutage mit dem Schwert nicht mehr bethätigen kann, im geistigen Sinne von selbst zu."

Um die kirchliche Anerkennung der Devotionsritter in der Art der Tertiarier zu erwirken, haben sich die Grafen Schmising-Kerssenbrock und Schaesberg nach Rom begeben. Zur Neuwahl eines Ordens-Großmeisters an die Stelle des im vorigen Jahre verstorbenen Grafen Colloredo hatte der Papst bereits seinen Consens ertheilt, und die Wahl ist jüngst vollzogen.

Die äußere Geschichte des Johanniterordens, wie er durch Amalfitaner i. J. 1048 zu Jerusalem gegründet wurde, i. J. 1291 nach Cypern übersiedelte, i. J. 1310 Rhodus als souveränes Gebiet erwarb, i. J. 1530 durch Karl V. Malta erhielt, im 17. und 18. Jahrhundert immer mehr an Bedeutung verlor und i. J. 1797 durch die Franzosen aller Besitzungen auf dem französischen Festland und der Insel Malta beraubt ward, ist männiglich bekannt, während seine innere Organisation, das treffliche Gefüge des stattlichen Baues nicht genugsam gewürdigt und gewiß zu wenig gekannt ist. Zwar hat es dem Orden nicht an Geschichtschreibern gefehlt (Bosio, del Pozzo, Bertot, Funes, neuerdings Sanger, Winterfeld und vorzüglich A. Reumont), aber die Resultate der Forschungen, eine Uebersicht der Ergebnisse finden wir erst in der obigen Arbeit, aus welcher wir Einiges hervorheben.

Seit der Eroberung von Rhodus ein Militärstaat auf religiöser Basis und kein specifisch monastisches Institut, da ihm das wesentlichste Kennzeichen eines solchen, die vita com-

munis, gänzlich abgeht, vereinigte der Johanniterorden die Blüthe des ganzen christlichen Adels in sich und ist so der Repräsentant des Weltritterthums, ohne dabei den Unterschied der einzelnen Nationen verschwinden zu lassen. Schon sehr frühe unterschied man sieben Zungen, wozu i. J. 1462 die Zunge Castilien kam. Jede Zunge hatte einen Großmeister; der Name dieser Würde war Pilieri „Säulen", und sie repräsentirten ihre Zungen am Sitz der Ordensregierung. Vier von ihnen mußten, da sie zugleich den Staatsrath bildeten, stets im Convent seyn.

Von den Großwürden kam der Zunge Provence, die als die erste galt, der Großcommendator zu, welcher der Rechnungskammer vorstand und Befehlshaber über die Arsenale, Magazine und Artillerie war; der Zunge Auvergne der Großmarschall, der die Landtruppen befehligte und zur See auch den Vorrang vor dem Großadmiral hatte. Er verlieh das Banner der „Religion", so oft eine Expedition unternommen ward. Der Zunge France gehörte der Großhospitaliter an, der die Aufsicht über das große Hospital hatte und die betreffenden Beamten ernannte. Die Zunge Italien stellte den Großadmiral. Die Zunge Aragón gab den Großconservator, der das Uniformswesen und die Lieferungen leitete. Aus der Zunge England ging der Turcopolier oder General der leichten Reiterei hervor. Diese Würde ging nach dem Erlöschen der englischen Zunge auf die von dem Kurfürsten Karl Theodor von Bayern 1781 gebildete und auf frühere Jesuitengüter fundirte englisch-bayerische Zunge über, die aus einem Großpriorat Bayern und der Balei Neuburg bestand. Unter Maximilian Joseph wurde sie auf Betreiben Kaiser Paul I. von Rußland 1799 in eine englisch-bayerisch-russische Zunge verwandelt. Nach der ersten Theilung Polens 1780 wurde nämlich das Majorat des Herzogs von Ostrog in Volhynien, das dem Orden seit 1618 vorenthalten war, demselben restituirt und daraus ein Großpriorat mit 17 Commenden gebildet. Im Anschluß an dasselbe gründete Paul I.

ein zweites Großpriorat, dessen Commenden jedoch nur an Ritter griechischen Bekenntnisses verliehen werden sollten. Von diesen russisch-polnischen Großprioraten ließ sich Paul nach der Katastrophe von Malta zum Großmeister ernennen, nachdem er allerdings schon unter Rohan in den Orden aufgenommen worden war und den Titel eines Protektors des Ordens erhalten hatte. Zugleich organisirte er einen vollständigen Convent zu St. Petersburg. Nach seinem Tode löste sich jedoch der Zusammenhang der russischen mit der bayerischen Zunge. Bayern zog die Ordensgüter bereits 1808 ein (der Prinz Karl Theodor erhielt von seiner Würde als Großprior eine Revenue von 100,000 fl.), wie auch Rußland, dem dabei noch die in dem Ordensschatz zu St. Petersburg befindliche Summe von 3 Millionen Silberrubeln zufiel.

Die Zunge Deutschland besaß die Würde eines Groß-Balei, der die Aufsicht über die Festungswerke hatte. Diese Würde war nur den Rittern des deutschen Großpriorates oder des Fürstenthums Heitersheim zugänglich, da das andere Großpriorat dieser Zunge, nämlich das böhmische, nichts zum Unterhalt der deutschen „Herberge" in Malta gab, worin die dort befindlichen deutschen Ritter wohnten und Unterhalt fanden! Der Zunge Castilien und Portugal gehörte der Großkanzler an, der die Leitung der diplomatischen Angelegenheiten hatte.

Jede Zunge war in Großpriorate und Baleien getheilt, von denen in der Regel nur die Priorate Commenden hatten, so daß die Baleien mehr als Commenden von erhöhter Bedeutung und größerer Selbstständigkeit anzusehen sind.

Die Mitglieder der „Religion" zerfallen in drei Classen: Ritter, Geistliche und dienende Waffenbrüder. Die Ritter werden unterschieden und eingetheilt in a) Justizritter (Ritter von Rechtswegen), weil sie die strengen Ahnenproben abzulegen haben; b) Gnadenritter, die keine Probe leisten können, dem Orden aber besondere Dienste erwiesen haben; c) die Devonsritter empfangen nur devotionis oder honoris causa das

Kreuz ohne dadurch irgend eine kanonische Verpflichtung zu übernehmen.

Die Geistlichen oder Ordenskapläne lebten theils unter einem selbstgewählten Prior (Commendator) in einem Convent zusammen, theils hatten sie den Gottesdienst in den Hospitälern und Ordenshäusern zu versehen. Sämmtliche Ordensgeistliche haben in den Großpriorats-Versammlungen ebenso geltende Stimmen wie die Ritter. Es ergibt sich daraus, daß die Verfassung des Ordens keineswegs so exclusiv aristokratisch war, wie man dieß heutzutage gewöhnlich anzunehmen pflegt. Noch mehr zeigt dieß der Modus der Großmeisterwahl und zum Theil auch die Stellung der dritten Ordensclasse. Die Mitglieder derselben erscheinen in dem großen Ordensrath als stimmfähige Vertreter der besonderen Classe und lebten mit den Rittern gemeinschaftlich in den Herbergen der Zungen.

Das ursprüngliche Ordenszeichen ist wie bekannt das achtspitzige leinene Kreuz auf schwarzem Mantel, welches für alle Classen gemeinsam blieb. Die Großmeister und Großwürdenträger führten dasselbe in größerem Maßstabe auf der Brust; daneben um den Hals ein kleineres weißemaillirtes von Gold, welches später auf alle Ritter überging. Das Wappen des Ordens ist ein weißes einfaches Balkenkreuz in rothem Feld; dieses Kreuz befand sich auch auf der Vorder- und Rückseite der sogenannten rothen Sopraveste, einem losen Ueberwurf, welchen Papst Alexander IV. für die Ritter bestimmte, um ihn auf den Seezügen zu tragen. Aus dieser Sopraveste entstand die rothe, jetzt übliche Uniform, und tragen die wirklichen Profeßritter, die zum Gremium des Ordens gehören, neben dem goldnen Kreuz noch auf der linken Brust das kleine weißemaillirte, sogenannte *leinene* Kreuz.

Bei der Aufnahme in den Orden unterscheidet man zwischen Minorennen (bis zum 16. Jahre) und Majorennen. Die ersteren hatten zwar ein erhöhtes Eintrittsgeld zu bezahlen, erhielten aber auch gewisse Vorrechte, da gerade die

Anciennetät in der inneren Ordenseinrichtung eine bedeutende Rolle spielt. Nach dem 16. Jahre konnte der Aspirant sich zur Abhaltung seines Noviziats in Malta bei dem Chef seiner Zunge melden. Er erhielt dann Unterricht in der Führung der Waffen und Seekunde und mußte an bestimmten Tagen den Dienst im großen Hospitale mitversehen helfen. Jede Zunge hatte dafür ihren eigenen Tag, die deutsche den Freitag. Nach sechs Monaten konnte der Novize sich zur Abhaltung seiner „Caravanen" melden, deren ihm vier vorgeschrieben waren. Caravanen hießen in der Ordenssprache die Seezüge gegen die Barbaresken oder zur Beschützung des Handels. Das Eintrittsgeld, welches nicht unbedeutend ist, führt den charakteristischen Namen „Fährgeld", passagium, droit de passage, jus transitus, weil es aus dem Ueberfahrtsgeld vom Continent nach Palästina oder Rhodus entstanden sei.

Die Ordensregierung lag in den Händen des Großmeisters, der durch einen sehr complicirten Modus gewählt ward. Ihm zur Seite stand der kleine Ordensrath und der große Ordensrath, welche die Executive hatten. Die Legislative lag ganz in den Händen eines Generalcapitels, mit dessen Beginn jede Gewalt aufhören mußte. Symbolisch deutete man dieß dadurch an, daß sämmtliche Kennzeichen irgend welcher Gewalt, die Banner, Commandostäbe, Flaggen u. s. w. vor dem Throne aufgehäuft wurden, auch Beutel mit Gold und Silber von den Procuratoren des Schatzes.

Für die Größe des Ordensbesitzes hat man einen Maßstab, wenn man erwägt, daß derselbe in Frankreich allein eine Rente von 1,160,000 Frcs. abwarf, und daß sich in Spanien die Rente auf 4,290,000 Thaler, welche erst im Laufe dieses Jahrhunderts in der grauenvollen Leere des Staatsschatzes verschwanden, belaufen haben soll.

Die Residenz des Großpriors in Deutschland war zu Heitersheim im Breisgau, welche Besitzung der Orden seit dem 13. Jahrhundert inne hatte. Karl V. ertheilte, um die Verdienste des Großpriors Georg Schilling von Cannstatt zu

ehren, der ihm als General der Galeeren bei dem unglücklichen Zuge gegen Algier 1541 bedeutende Dienste geleistet hatte, demselben die Reichsfürstenwürde, und hatte der Großprior von da an Sitz und Stimme auf der geistlichen Bank des oberrheinischen Kreises. Der letzte Johannitermeister war der Freiherr Rink von Baldenstein (1796—1807). Für den Verlust der linksrheinischen Besitzungen durch den Frieden von Lüneville erhielt das Großpriorat zwar eine ansehnliche Entschädigung, doch ging auch diese bald wieder an Württemberg und Baden verloren, bis die Rheinbundsakte vom 12. Juli 1806 das Fürstenthum Heitersheim den Herzögen von Baden zuwies.

Als integrirender Theil des deutschen Großpriorats bestand die Balei Brandenburg oder das Herrenmeisterthum Sonnenburg, aus welchem sich später der k. preußische Johanniterorden entwickelte. Die Balei gewann eine große Selbstständigkeit, welche sich aber immer mehr in Abhängigkeit von dem Landesfürsten verwandelte, der schließlich den Herrenmeister selbstständig ernannte. Die Reformation entfrembete die Balei vollends dem Ordensmittelpunkt. Zuletzt konnte sie nur mehr als ein Lehen des preußischen Staates betrachtet werden, wie denn seit 1693 nur Mitglieder des regierenden Hauses die Würde des Herrenmeisters bekleideten. Die Cabinetsordre vom 30. Oktober 1810 löste die Balei auf und zog die Güter ein.

XXVI.

Historische Novitäten.

I. Regesta episcopatus Vratislaviensis. Urkunden des Bisthums Breslau in Auszügen. Herausg. von Dr. Colmar Grünhagen, k. Provinzialarchivar und Privatdocenten, und Dr. Georg Korn, Archivsekretär. Erster Theil bis zum Jahre 1302.

Der außerordentliche Eifer, mit welchem man in unseren Tagen die Kunstwerke der Vergangenheit vor Vernichtung zu schützen und selbst die unvollendeten Baudenkmäler auszubauen bemüht ist, beruht nicht allein auf dem frisch geweckten Sinn für das Schöne, sondern muß vorzugsweise als eine edle Frucht der historischen Bildung betrachtet werden, deren sich die Gegenwart rühmen darf. Denn was ist begreiflicher, als daß die erweiterte Kenntniß der Zustände der Vorzeit und das Eindringen in das Leben der Vergangenheit den Wunsch rege macht, die Erzeugnisse der alten Cultur zu erhalten und die Werke ausgeführt zu sehen, die in dem Geiste und der Welt der Empfindungen verschwundener Generationen wenigstens ihr ideelles Daseyn gefunden haben? Vorzüglich reich an historischer Belehrung ist der Anblick der mächtigen Dome des Mittelalters, welche für ein sinniges Gemüth das klarste Verständniß der umfassendsten Ideenkreise eröffnen und wohlverständliche Commentare zu den schriftlichen Ueberliefer-

ungen sind, welche als beredte Zeugen für die Vergangenheit dastehen. Diese letzteren nehmen natürlich vorzugsweise die Aufmerksamkeit der Geschichtsforscher in Anspruch, können aber auch nicht ohne Interesse für die Geister bleiben, welche an den Kunstdenkmälern der Vorzeit einen tieferen ästhetischen Genuß finden. Wer sich für die Erhabenheit der großartigen Kirchenbauten begeistert, wer sich der Gefühle theilhaftig machen kann, denen sie Ausdruck geben, der muß durch dieselben nothwendig von dem Standpunkt der Aesthetik auf die Bahn der Geschichte geleitet werden.

Somit würde also das in Wirklichkeit vorhandene lebhafte Interesse an den gewaltigen Denkmälern der christlichen Kunst leicht zum Ausgangspunkt für die Pflege der Geschichte der christlichen Kirche werden und es erscheint fast als eine psychologische Nothwendigkeit, daß ein dauernder Verkehr mit einem gewissermaßen überlebenden Zeugen der Vergangenheit, wie wir deren viele in den prächtigen Kirchen Deutschlands besitzen, zur Vertrautheit mit der Geschichte einlädt, die in näherem oder fernerem Zusammenhang mit einem solchen Denkmal steht. Es ist darum natürlich, daß die herrlichen Dome, welche so recht eigentlich das Herz eines Bisthums bilden, an die derzeitigen Inhaber, d. h. an die Kirchenfürsten, die Mahnung richten, sich die Förderung der Geschichte angelegen seyn zu lassen, welche sich an jene Mittelpunkte der Bisthümer knüpft, mit andern Worten, die Geschichte ihrer Sprengel zum Gegenstand besonderer Pflege zu machen. Wenn schon der Satz in seiner Allgemeinheit gilt, daß die Kenntniß des Bodens, auf welchem man steht, die beste Grundlage der Bildung ist, dann entbehrt die Behauptung, daß eine große Vertrautheit mit dem kirchlichen Boden, auf welchem das religiöse Bedürfniß seine Befriedigung findet, zur Erhöhung des frommen Sinnes beiträgt, gewiß nicht der Wahrheit. Gewinnt diese Ueberzeugung Raum, was wohl keinem Zweifel unterliegt, dann muß auch sie als kräftiger Hebel wirken für die Hebung der kirchengeschichtlichen Forsch-

ungen, welche ihren solidesten Ausgangspunkt von der Bearbeitung quellenmäßiger Bisthumsgeschichte nehmen.

Für eine solche finden wir in dem vorliegenden Regestenwerk die festeste Grundlage, da ja Urkunden bekanntlich an historischem Werth den ersten Rang einnehmen. Es ist daher höchst überflüssig, nur ein Wort über ihre Bedeutung zu sagen, und auch der Werth von Regesten ist so sattsam constatirt, daß er kaum noch angezweifelt werden kann. Die Herausgabe Breslauer Bisthumsregesten verdient daher als eine große Bereicherung des Materials für die Kirchen- und Profangeschichte Deutschlands gewürdigt zu werden, und die Wissenschaft wird nicht ermangeln, sowohl den Bearbeitern das gebührende Lob zu spenden als auch der Munificenz des Fürstbischofs Dr. Heinrich Förster, der die Herausgabe des Werks ermöglichte, den schuldigen Dank darzubringen, wie dieß zum Theil schon durch die Dedication von Seiten der Editoren geschehen ist.

Noch vor zwei Decennien mochte Stenzel bei Gelegenheit der Publikation der Urkunden zur Geschichte des Bisthums Breslau mit Recht darüber klagen, „daß die Geschichte keines irgend bedeutenden Bisthums bis jetzt so vernachläßigt worden, wie die Breslau's, obgleich es im östlichen Deutschland, auf dem rechten Elbufer, in den slavischen Ländern und in Preußen keines gab, das ihm an Macht und Reichthum gleichgekommen wäre." Seitdem aber, können wir wohl behaupten, ist für keine Gegend Deutschlands in historischer Beziehung mehr geleistet worden als für Schlesien und besonders für das Bisthum und Hochstift Breslau. Allein es bleibt immerfort noch ein großes Stück Arbeit übrig, welche vorzüglich dem urkundlichen Stoff zu gute kommen muß, da es an schlesischen Chronisten außerordentlich mangelt. Als Stenzel seine vorzüglich dem dreizehnten Jahrhundert angehörenden Urkunden edirte, war es ihm nicht um vollständige Mittheilung des vorhandenen Materials zu thun, sondern er wollte nur „eine Auswahl" geben, welche zunächst nur

das Verhältniß der Kirche Schlesiens zum Staate zeigen sollte. „Und in der That (heißt es in der Vorrede unseres Werks) mochte es zu der Zeit, wo Stenzel selbst erst für eine gründlichere Erforschung der schlesischen Geschichte Bahn brach, als das Ersprießlichste erscheinen, zuvörderst aus dem ungeheuren Vorrathe von Urkunden, wie er es in seiner Urkunden-Sammlung für die Städte gethan, so nun auch für die Bisthumsgeschichte nur die wichtigsten Urkunden auszuwählen, um zunächst nur das Interesse zu wecken und zu weiteren Nachforschungen anzuregen. Jetzt aber, wo jener erste Zweck erreicht ist und der wachgerufene Eifer zu weiteren eingehenden Forschungen geführt hat, vermissen wir neben den großen Quadersteinen, die uns Stenzel hinterlassen, doch auch die kleineren Werkstücke, welche zum Aufbau der vaterländischen Geschichte nicht minder nothwendig erscheinen, und wir mögen weder die damals absichtlich ausgeschiedenen Urkunden, welche die innere Einrichtung der Kirche betreffen, entbehren, noch manche andere Details, die früher auf den ersten Blick unwichtig erscheinen mochten, die aber gerade dazu dienen, das Wichtigere wesentlich zu ergänzen und ins rechte Licht zu setzen.“

Woran es der Geschichte des Breslauer Bisthums vorzüglich gebricht, das sind Monographien einzelner Bischöfe. Daß manche derselben solcher würdig sind, unterliegt keinem Zweifel, da Männer wie Lorenz, die beiden Thomas, Heinrich I., Przezlaw sowohl ihrer Persönlichkeit nach die größte Würdigung verdienen, als auch ihre Macht und Bedeutung in politischer Hinsicht als bedeutende Potenz historischer Entwickelung betrachtet zu werden verdient. Unser Werk liefert genug Material für Biographien jener großen Kirchenfürsten, hoffentlich wird es nicht lange unbenutzt bleiben.

Was die archivalische Seite des vorliegenden Regestenwerks betrifft, so läßt dieselbe sofort erkennen, daß die Arbeit in gute Hände gelegt ist. Wir sehen im Allgemeinen die-

selben Principien befolgt, auf welchen unsere besten Regestenwerke beruhen, nur wäre zu wünschen gewesen, daß das Originaldatum der Urkunden kurz angedeutet worden wäre. Daß sich die Herausgeber nicht auf die Aufnahme der von Bischöfen ausgestellten Urkunden beschränkten, sondern alle berücksichtigten, welche das Bisthum als solches betrafen, ist jedenfalls zu loben, wie auch die Verzeichnung der chronikalischen Notizen höchst dankenswerth ist, da sie wesentlich zur Gewinnung eines Ueberblicks über das Gesammtmaterial beiträgt. Die Hinzufügung des neueren Namens zu den alten Ortsnamen ist sehr verdienstlich.

Möge das vorliegende Werk die Anregung geben zu ähnlichen Sammlungen von Auszügen aus den Urkunden anderer Bisthümer Deutschlands, damit auf diese Weise der Grund zu einer quellenmäßigen Kirchengeschichte unseres großen Vaterlandes gelegt werde, welche zu den fühlbarsten Bedürfnissen der Geschichtswissenschaft gehört und deren Herstellung sogar als eine Pflicht des Patriotismus erscheint.

II. Geschichte der Oper am Hofe zu München. Nach archivalischen Quellen bearbeitet von Fr. M. Rudhart. Erster Theil: Die italienische Oper von 1654—1787. Freising, Datterer 1865.

Aus Italien war im sechzehnten Jahrhunderte die Renaissance, die einseitige an Berauschung grenzende Vorliebe für altrömische Kunst und Literatur auch nach Deutschland herübergewandert. Die deutschen Höfe wetteiferten bald miteinander in der Förderung humanistischer Bestrebungen, in der Erwerbung und in Bewunderung antiker Kunstschöpfungen und Schriftwerke. Jede Residenzstadt eines deutschen Fürsten sollte ein Florenz im Kleinen werden. München trug wirklich

in Poesien und Beschreibungen bald den Namen des deutschen Florenz davon.

Daß bei dieser fast blinden Vorliebe für die antike Welt nationale Kunst, Sprache und Literatur nicht gewannen, sondern im Gegentheil zurückgedrängt, verachtet und vernachlässigt wurden, ist bekannt. Im siebenzehnten Jahrhundert folgte dann auch die Musik nach; die gekünstelte, gelehrte weltliche Musik wanderte über die Alpen und zog an den deutschen Höfen als italienische Oper überall ein. Sie verschlang ungeheure Summen, verdrängte die sich entwickelnde einfachere, natürlichere deutsche Musik über ein Jahrhundert und bildet so in der Culturgeschichte ein merkwürdiges Gegenstück zur Renaissance überhaupt. Zu den Höfen, wo diese italienische Oper zuerst Eingang und die begeistertste Pflege fand, gehörte aber wieder der Hof des Kurfürsten von Bayern zu München. Aus der Nähe von Italien, aus dem steten lebendigsten Verkehre Bayerns mit Italien, mit Venedig und Rom zumal, läßt sich diese Erscheinung erklären. Vom Jahre 1654 bis 1787 hatten wir in München eine italienische Oper mit reichbezahlten italienischen Kapellmeistern, Sängern und Sängerinen!

Bisher hatten wir aber über diese Seite der Culturgeschichte Bayerns und Münchens nur geringe Aufschlüsse. Wohl hatte der für seine Zeit hochschätzbare Lipowsky in seinem bayerischen Musiklexikon (1811) aus den Papieren des Grafen Sprety, welche leider verloren scheinen, Mittheilungen über italienische Meister und über Opern gemacht, die in München aufgeführt wurden in jenem Zeitraume. Aber das sind nur einzelne Notizen, flüchtig aufgeschrieben, ohne Kritik, ohne Zusammenhang, ohne Fachkenntniß in der Musik. Ein Gesammtbild der Opernmusik in Bayern ist damit nicht gegeben. Es war daher wahrhaft eine neue und verdienstliche Arbeit, die der Verfasser des vornegenannten Buches im Auftrage und mit Unterstützung des seligen Königs Maximilian II. unternommen hat, indem er an dieses Werk ging.

Er wollte ein vollständiges Gemälde der Opernmusik in Bayern liefern und zwar durchaus nach archivalischen Quellen. Der Verfasser hatte dazu die nöthigen Gaben wie Wenige. Sohn des trefflichen Historikers und Archivdirektors Dr. Thomas Rudhart, ist er von Jugend auf in historische Studien eingeführt und zur Benützung der Archive angeleitet worden. Dazu kommt, daß er nicht bloß begabter ausübender Musiker, sondern auch Freund und Kenner der Theorie und Geschichte der Musik in einem Maße ist, wie es selten vorkommen dürfte. Und so begreifen wir, wie es dem Verfasser gelungen ist, schon im vorliegenden ersten Bande des Werkes die Geschichte der italienischen Oper in München in ganz neuem Lichte, mit einer Gründlichkeit und Sachkenntniß, die nichts zu wünschen übrig lassen, vor unsern Augen zu entwickeln.

Es kann nicht Aufgabe dieser Blätter seyn, den Inhalt des Buches vom musikalischen Standpunkte zu würdigen und einer eingehenden Kritik zu unterwerfen. Hier wird es nur zu besprechen seyn, in wieferne die Musik ein Zweig des allgemeinen Culturlebens ist, in wieferne die Musikpflege einer Zeit zugleich ein Zeugniß für den Charakter einer Zeit, der Jünger und Gönner dieser Kunst bildet. Es wird also hier genügen, eine Uebersicht über den Gesammtinhalt des Buches zu geben und dann einige Notizen hervorzuheben, welche für die Culturgeschichte überhaupt von Belang und Interesse sind.

In einer Einleitung gibt Hr. Rudhart zuerst einige interessante Notizen über Pflege der Musik am älteren bayerischen Hofe überhaupt. Er berichtet nach Quellen, daß schon dem Herzoge Albrecht III., dem Gemahl der unglücklichen Agnes Bernauer, die Musik war was sie einst dem Könige Saul gewesen, nämlich der gute Engel, welcher allein den Geist der Schwermuth von ihm zu bannen vermochte. Dann werden die Verdienste des Herzogs Sigmund (der übrigens mit Unrecht Erbauer der Frauenkirche genannt wird, während

er nur als Grundherr das Fundament legte und wohl einzelne Gaben spendete), der Herzoge Wilhelm IV., Albert V. und Wilhelm V. um die Musik in Bayern umständlich geschildert. Sofort wird die Berufung und Wirksamkeit der großen kirchlichen Contrapunktisten und Musiker in Bayern, eines Senfel, Cyprian de Rore, Massimo Trojano und besonders des Orlando di Lasso „des Fürsten und Phönix der Musiker" weiter erörtert. Endlich wird der geheimnißvolle Ursprung der Oper überhaupt besprochen und gezeigt, wie dieser moderne Operngesang auch in Florenz am Hofe der Mediceer als Nachahmung der antiken Musik entstand, wie er mit Verschmähung aller Lieder und Arien nur ein Recitiren des Textes in Tönen mit Musikbegleitung, mit Chören und mit gewaltigem scenischen Pompe gewesen. Als Geburtstag der Oper wird der 6. Februar 1600 bezeichnet, an welchem Tage in Florenz zur Vermählungsfeier Heinrichs IV. mit Maria von Medici die Oper Euridice von Peri und Caccini aufgeführt wurde. Zuletzt finden noch die Singenden selbst, die Künstler (Castraten) und Künstlerinen, die Begabung und sociale Stellung derselben, eingehende Besprechung.

Nach dieser Einleitung schildert Hr. Rudhart in fünf Capiteln die Einführung und Geschichte der italienischen Oper am Hofe zu München von 1654 — 1787, indem er bei der Regierung eines jeden Fürsten Bayerns die Opern, Kapellmeister und Sänger nennt, welche in den Urkunden, Rechnungen und Nachrichten jener Zeit erwähnt werden. Wo sich die Partitur der Oper erhalten, was bei vielen der Fall ist, wird auch diese der Kritik unterworfen. Im Ganzen erhellt, daß das Sujet dieser Opern größtentheils aus der antiken Mythologie genommen wurde und daß der Text fast durchaus von geringem Werthe war. Das Gepräge der Musik selbst haben wir schon oben angedeutet, es ist ein Gewebe von langen Recitativen, von Bravourstücken, wobei auf den Inhalt des Textes keine Rücksicht genommen wurde, und von reichinstrumentirten Chören, wozu ein ungeheurer scenischer

Apparat kam. Das Ganze war eine eingeführte, fremde, nur für den Hof und den Adel bestimmte Pflanzung, das Volk hatte keinen Antheil daran. Ebenso sehen wir aus der umfassenden Darstellung, daß die Fürsten Bayerns ungeheure Summen auf diese Musik Italiens verwendeten, für Besoldung und Unterhaltung dieser Kapellmeister, Balletmeister, Fechtmeister, Sänger und Sängerinen, die im Gesandtenhause (dem jetzigen Hause des Baron Eichthal in der Theatinerstraße) ihre Behausung und im nahen Opernhause unfern der Salvatorskirche den Ort ihrer Kunstübung hatten. Wie groß die Anzahl dieser herbeigerufenen und auf fürstliche Kosten lebenden Fremden gewesen, sieht man aus den drei Verzeichnissen ihrer Namen, die Hr. Rudhart am Schlusse beifügt. Und man kann sagen, die italienische Oper ist bei uns weniger am erwachenden Nationalgefühl als am stets wachsenden Geldmangel gestorben. Denn obwohl Kurfürst Karl Theodor schon im J. 1776 erklärt hatte: „er wolle kein ausländisches Spektakel mehr an seinem Hofe und habe den Entschluß gefaßt, auch auf seinem Operntheater nur große deutsche Singspiele aus der vaterländischen Geschichte vorstellen zu lassen", so dauerte die italienische Oper in München doch noch fort bis 1787, wo die heillose Finanzwirthschaft des Intendanten Grafen Seeau endlich den Kurfürsten zwang, die große Oper zu schließen. Es war die Zeit, wo endlich Gluck in Frankreich und Mozart in Deutschland den Sieg über die italienische ausgeartete Musik errungen und der charakteristischen deutschen Opernmusik ruhmreich die Bahn gebrochen hatten.

Es sei nun erlaubt, aus dem inhaltreichen Buche noch einige Notizen hervorzuheben, welche für die Culturgeschichte von Interesse scheinen. In der Einleitung erwähnt der Verfasser (S. 21) bereits einer merkwürdigen Jesuitenhetze in Bayern. Es war im J. 1565, als sich das Gerücht verbreitete, die Jesuiten in München hätten einige ihrer Zöglinge der Castration unterworfen und sie nach Rom gleichsam

als Geschenk geschickt, um sie dort zum Kirchengesang zu verwenden. Der Lärm ging von Neuburg aus, wohin einer der Knaben geflohen war, und wo der strengprotestantische Pfalzgraf Wolfgang hauste und die Gelegenheit benützte, den Jesuiten einen Schlag zu versetzen. Es erschien sogleich eine Druckschrift, worin die Sache dargethan und die Jesuiten offen des Verbrechens beschuldigt waren. Herzog Albert V. in München ordnete sofort die strengste Prüfung an, ernannte eine eigene Commission und ließ sich den Knaben ausliefern. Bei dem ersten Verhör blieb der Knabe bei seiner Angabe, ihm sei jener Schaden mit fünf andern zugefügt worden, er sei entlaufen, um nicht auch nach Rom geschickt zu werden. Die Jesuiten erklärten, jener Knabe sei ein liederlicher Bube, welchen sie wegen toller Streiche davongejagt hätten. Der Knabe widerrief dann bald selbst alle seine Angaben und bei der Untersuchung durch die herzoglichen Leibärzte stellte sich heraus, daß der Knabe ganz gesund und unversehrt sei. Der Bube hatte, um sich zu rächen, die ganze Geschichte erfunden, und die Feinde des Ordens benützten den Vorfall, um die Jesuiten als Knabenräuber und Mörder vor den Augen der Welt hinzustellen, eine Kriegführung, die sich zu allen Zeiten wiederholt! Herzog Albert ließ das richterliche Urtheil den Jesuiten zu ihrer Rechtfertigung zustellen und es veröffentlichen. Da der Knabe selbst seine Aussagen widerrief und sich als Lügner bewies, hätte Hr. Rudhart das Schicksal der andern fünf Knaben nicht in Frage stellen dürfen, um so weniger als die Jesuiten gewiß eine von den Kirchengesetzen so strenge verpönte Handlung zumal in der Zeit ihrer ersten Blüthe gewiß nie sich erlaubt hätten, um so weniger als man in Italien und Rom gewiß nie deutsche Sänger und Castraten nothwendig hatte! Jene fünf Knaben sind ohne Zweifel nur Fiktion des lügenden Knaben gewesen.

Aus einer Notiz (S. 28) sehen wir, daß auch für die religiöse Pflege dieser Italiener in München gesorgt war.

Herzog Wilhelm V. berief als Seelsorger und Prediger für sie aus Neapel den Jesuiten Faceretti und räumte ihnen die alte Hofkirche St. Lorenz ein. Diese Verwendung der herrlichen erst in unserm Jahrhunderte gefallenen Lorenzkirche im alten Hofe zu München war bisher nicht bekannt. Selbst die Denkmäler des wittelsbachischen Hauses, welche die Abbildung und Geschichte der Kirche enthalten (L. III.), wissen nichts von der Einräumung derselben für den italienischen Gottesdienst. Diese emsige Sorge für die religiösen Bedürfnisse der Berufenen macht dem Bayernherzoge alle Ehre.

Interessant ist auch die Mittheilung (S. 79), daß auch Studenten bei der welschen Oper verwendet wurden. Im J. 1686 wurden bei der ersten Oper 119 Studenten beigezogen, welche zusammen für vier Proben und zwei Aufführungen 277 fl. 40 kr. erhielten. Bei der zweiten Oper aber erscheinen 92 Studenten (bei Chören und Aufzügen) betheiligt und sollten 153 fl. erhalten. Sie wurden aber dieses Lohnes verlustig, da sie vor der Opera im Costüm sich in den Bräuhäusern herumtrieben, sich auf den Bänken beschmutzend, und beim Heimgehen die Fenster des Residenzganges einschlugen.

Die Summen, welche die Kurfürsten Bayerns auf diese italienische Oper verwendeten, setzen uns in Erstaunen. Der Bau und die Ausstattung des neuen Opernhauses kostete die Summe von 169,496 fl.; 48 Sänger waren später regelmäßig mit ungefähr 900 fl. und Weingeld angestellt und ebenso viele zeitweise verwendet; im J. 1686 wurden allein 72,000 fl. für die Oper ausgegeben, die Ausstattung einer Oper, wozu die Costüme in Paris gemacht werden mußten, kostete 26,378 fl., die Sängerin Antonia Mazary und ihre Schwester erhielten für einige Tage 3050 fl. Ein Intendant des Hoftheaters, der Marquis S. Maurice, hinterließ im J. 1691 die Schuld von 139,000 fl., welche dann das Hofzahlamt zu tilgen hatte!

Erwähnung verdient ferner, daß die Sänger und Sän-

gerinnen schon damals nicht bloß musikalische Zwecke verfolgten, sondern häufig schon als Werkzeuge der Politik benützt wurden. „Im J. 1688 hatte Marschall Villars als französischer Gesandter in München zunächst durch das Medium hübscher Theaterprinzessinen, die in seinem Solde standen, zu wirken gesucht." Was damals nicht geglückt war, nämlich den Kurfürsten für Frankreich gegen Oesterreich zu gewinnen, das wurde später in Brüssel wiederholt und mit Erfolg — durch eine Tänzerin, die dem Kurfürsten auch nach München folgte (S. 89). Die nächste Frucht der neuen Politik war die verderbliche Schlacht bei Höchstädt (1704), in Folge deren der Kurfürst nach Brüssel, die Kurfürstin nach Venedig fliehen mußte, und Bayern unter österreichische Administration gestellt wurde.

So ist aus dieser Operngeschichte auch mancher Beitrag zur Geschichte Bayerns überhaupt zu gewinnen.

Zum Schlusse will ich noch hinweisen, wie gegen Ende der Epoche bereits jener jugendliche Held auch in München erscheint, der berufen war, die deutsche Oper von der Herrschaft der Welschen zu befreien und sie zugleich zur Sonnenhöhe ihrer Entwicklung zu erheben. Ich meine den jungen Amadeus Mozart. Freilich mußte er damals noch mit der Rüstung des Feindes einhergehen, wie David. Er mußte, um Gehör zu finden, italienische Opern componiren. Aber schon diese ließen ahnen, was einst aus dem Jünglinge werden würde. Es ist die vulgäre Ansicht, daß Mozart mit seiner Oper Idomeneo in München zuerst aufgetreten sei. Aber der Verfasser zeigt nach Jahn, daß er schon früher in München war und im J. 1775 mehrmals seine „la finta Giardiniera" (die falsche Gärtnerin) zur Aufführung brachte. Ein Berichterstatter in Schubarts teutscher Chronik (1775) sagt schon von diesem Jugendwerke Mozarts: „Ich habe eine opera buffa gehört von dem wunderbaren Genie Mozart, sie heißt la finta Giardiniera. Genieflammen zuckten da und dort; aber 's ist noch nicht das stille, ruhige Altarsfeuer, das

in Weihrauchwolken zum Himmel steigt. Wenn Mozart nicht eine im Gewächshaus getriebene Pflanze ist, so muß er einer der größten Componisten werden, die jemals gelebt haben" (S. 162). Später dann, am 29. Januar 1781, kam erst sein Idomeneo in München zur Aufführung, nicht ohne Beifall, aber freilich ohne den gewünschten Erfolg: Mozart fand keine Anstellung in Bayern, man hatte keinen Platz für ihn, da noch alle Plätze und Geister von den Italienern eingenommen waren! Dennoch war Mozart schon damals der Herold und Bahnbrecher der deutschen Oper in München, deren Geschichte Hr. Rudhart im zweiten Bande schildern will. Wir wünschen dem Verfasser zu dieser mühseligen Arbeit die nöthige Ausdauer, dieselbe Lust an der Sache, denselben eisernen Fleiß und dasselbe Forscherglück, welche Eigenschaften alle ihm bei Abfassung des vorliegenden Bandes zur Seite gestanden.

XXVII.

Zur Geschichte des Predigerordens.

L'ordre des frères-prêcheurs et l'immaculée conception de la très-sainte-vierge. Der Predigerorden und die unbefleckte Empfängniß der allerseligsten Jungfrau.

Unter diesem Titel wird uns vom Provinzial des Predigerordens Fr. P. M. Rouard de Card eine in französischer Sprache abgefaßte Schrift von 112 Seit. 8. geboten, welche als öffentliche Demonstration des Prediger-Ordens und ihrem Inhalte nach zur Berichtigung unseres Urtheils über das Verhältniß des gedachten Ordens zur

Lehre von der unbefleckten Empfängniß der allerseligsten Jungfrau allgemeine Beachtung verdient.

Es ist eine fast allgemein verbreitete Ansicht, daß der Dominikaner- oder Predigerorden bis in die letzte Zeit hinab gegen die Lehre von der unbefleckten Empfängniß Mariä eine feindliche Stellung eingenommen habe. Diese Ansicht behauptet sich auch nicht bloß als ein von Mund zu Mund gehendes Gerücht; sie ist seit Jahrhunderten in viele Schriften übergegangen, und es gibt wenige Gelehrte, welche sie als eine historische Thatsache zu betrachten Anstand nehmen. Unter dem Einflusse dieser allgemein verbreiteten Ansicht und auf eine Menge von Schriftstellern gestützt, hatte der selige Bischof Malou von Brügge in seinem 1857 veröffentlichten gelehrten Werke: „L'immaculée conception de la Bienheureuse Vierge Marie considérée comme Dogme de la foi“ bei verschiedenen Anlässen wiederholt die Behauptung ausgesprochen, „daß der Predigerorden der unbefleckten Empfängniß en corps und beharrlich feind gewesen sei.“ Das hat den Prediger-Orden um so mehr verletzt, je größeres Gewicht es im Munde des gelehrten und hochangesehenen Bischofes von Brügge haben mußte. Alsbald fanden darüber mit dem seligen Bischofe wiederholt schriftliche Verhandlungen statt; diese sind aber leider deßhalb resultatlos geblieben, weil der hohe Verblichene von der Richtigkeit seiner Behauptung allzusehr überzeugt war, und so hat sich der Orden zu einer öffentlichen Abwehr entschlossen.

Die vorliegende Schrift, welche uns diese Abwehr bietet, erscheint in Form eines Briefes an Monsign. Malou. In dieser Gestalt war sie im Anfange des J. 1863 druckfertig, als Se. Heiligkeit aus Rücksicht auf die damals schon eingetretene Krankheit des Bischofs die Veröffentlichung untersagte, bis in dem Zustande desselben eine Aenderung eingetreten seyn würde. Inzwischen ist nun das Ableben des hochwürdigsten Herrn erfolgt, die Dominikaner sind von dem interimistisch aufgelegten Stillschweigen entbunden, und die

genannte Schrift ist in der früher vorbereiteten Gestalt (eine kleine Omission ausgenommen) gegen Ende des vorigen Jahres zu Brüssel und Paris erschienen. Daß diese Schrift auch bei uns eine gewisse Beachtung verdient, das dürfte aus dem Gesagten einleuchten, und so bedarf denn eine kurze Uebersicht über dieselbe keiner weitern Rechtfertigung.

Was den Ton betrifft, so tritt in ihm auf jeder Seite das Bewußtseyn, daß der belgische Kirchenfürst bona fide gehandelt habe, lebendig hervor, und überall werden die dem hohen Gegner gebührenden Rücksichten strenge beobachtet. Wir haben eine überall in den gebührenden Grenzen bleibende Selbstvertheidigung vor uns liegen, die wie sie dem Orden, welchem P. Rouard de Card als Provinzial vorsteht, Ehre macht, ebenso dem Andenken des hochseligen Bischofs Malou ein ehrenvolles Denkmal setzt.

Den Inhalt anlangend, zerfällt die Schrift in zwei Theile. Der erste beschäftigt sich damit zu zeigen, daß aus den vom hochwürdigsten Herrn Malou angeführten Thatsachen durchaus nicht folge: „daß der Predigerorden der Lehre von der unbefleckten Empfängniß en corps und beharrlich entgegen gewesen sei." Im zweiten will aus den „entscheidendsten Thatsachen" der Beweis geliefert werden, „daß derselbe Orden der Lehre von der unbefleckten Empfängniß der allerseligsten Jungfrau nie entgegengetreten sei." Es wird hier, wie bereits aus den aufgestellten Thesen erhellt, nicht behauptet, daß nicht, wie aus anderen Orden, so auch und vielleicht noch mehr aus dem des heil. Dominikus verschiedene Väter die unbefleckte Empfängniß der allerseligsten Jungfrau bestritten haben; die ganze Frage dreht sich um die Körperschaft, um den Orden.

Die Schrift ist sehr interessant, so daß man sie mit Vergnügen liest. Ich habe ihre Lektüre mit den größten Vorurtheilen begonnen. An ihnen wurde mir aber schon im ersten Theile, wo der Verfasser bloß defensiv verfährt, so stark gerüttelt, daß es mir sie ganz aufrecht zu halten nicht

möglich blieb; im zweiten Theile, der, was die Geschichte des Dogmas von der unbefleckten Empfängniß betrifft, von großer Wichtigkeit ist, wurden sie ganz über den Haufen geworfen.

Um nun in's Specielle zu gehen, so kann der erste Theil nur von geringem Interesse für die meisten meiner Leser seyn, und ich will daher nur den hauptsächlichen Inhalt und diesen ganz kurz berühren. Es werden dreizehn Anschuldigungen gegen den Dominikanerorden widerlegt. Die erste Anschuldigung schließt sich an die berühmte Disputation, welche Duns Scotus an der Pariser Hochschule um das J. 1304 für die unbefleckte Empfängniß gehalten haben, und deren Erfolg kein geringerer gewesen seyn soll, als die Hochschule zu Paris auf immer für die fromme Ansicht zu gewinnen. Im Anschluß hieran ist behauptet worden, daß die Dominikaner über den Ausgang sehr aufgebracht gewesen seien. P. Rouard de Card bestreitet die Thatsache der fraglichen Disputation, weil sich dafür kein älterer Gewährsmann als Pelbard von Temeswar, der gegen Ende des 15. Jahrhunderts, also fast 200 Jahre nach dem angeblichen Vorfalle lebte, anführen lasse.

Nach der dritten Anschuldigung hätte der Dominikaner-Orden die Sache des Dominikaners Joh. de Monteson, der im J. 1373 die Lehre von der unbefleckten Empfängniß für eine Ketzerei erklärt hatte, gegen die Censur der Pariser Hochschule vertheidigt und an den Papst appellirt. Was diesen Punkt betrifft, so wird alles zugegeben mit Ausnahme dessen, worum es sich handelt: daß der Dominikanerorden die Sache Joh. de Montesons als die seinige betrachtet habe, und man muß gestehen, daß unser Auctor, insbesondere aus der päpstlichen Sentenz, ziemlich klar seine Behauptung erweiset.

Die fünfte Anschuldigung betrifft ein Officium De sanctificatione Mariae, das der Ordensgeneral der Dominikaner Vincens Bandelli in manchen Häusern seines Ordens eingeführt habe, ein Officium, in welchem die unbefleckte Empfängniß geleugnet wird. P. Rouard de Card gibt zu, daß

Vincens Bandelli, welcher im J. 1501 Ordensgeneral wurde, im J. 1493 ein derartiges Officium abgefaßt habe; um so entschiedener und wahrhaft siegreich bestreitet er aber, daß dieses Officium vor, unter oder nach dessen Generalate jemals im Orden eingeführt worden sei, wobei er sich weitläufig über die Rechte des Generals in der Liturgie des Ordens verbreitet.

Die sechste Anschuldigung gründet sich auf den Namen „Heiligung Mariä", unter welchem die Dominikaner lange das Fest der Empfängniß Mariä gefeiert haben. Unser Auctor leugnet nicht, daß das Fest der Empfängniß an 100 Jahre als das Fest der Heiligung gefeiert worden sei; auch gibt er zu, daß einige Dominikaner das Wort „Heiligung" von der Heiligung verstanden haben, welche aus dem Zustande der Sünde in den der Gerechtigkeit und Heiligkeit versetzt; er leugnet aber, daß es so zu verstehen sei, und stützt sich darin auf die bei den Dominikanern angenommene Lehre des heil. Thomas. Da er auf diesen Punkt im zweiten Theile besonders zurückkommen muß, so begnügt er sich hier mit der allgemeinen Entgegnung, die allerdings genügt zu zeigen: daß man aus diesem Namen auf die Gesinnung des Ordens nicht schließen könne.

Was die neunte Anklage betrifft, so sollen die Dominikaner bei dem Kirchenrathe zu Trient die Väter bestimmt haben, die Entscheidung des Dogmas von der unbefleckten Empfängniß auszusetzen. Diese Frage anlangend, schickt unser Verfasser die Vermuthung voraus, daß es zu Trient kaum mehr als 25 Dominikaner-Bischöfe gegeben habe, und führt dann aus Strozzi*) an, daß gerade 25 Dominikaner-Bischöfe, dem Antrage Pacheco's beitretend, für die Entscheidung des Dogmas gewesen seien. Er macht ferner geltend, daß die Väter zu Trient, mit Ausnahme von nur fünf, für den

*) Controversia della concezione lib. X. c. 28.

Beschluß gestimmt haben, nach welchem die allerseligste Jungfrau unter dem Kanon über die Verbreitung der Erbsünde auf alle Menschen nicht mitbegriffen seyn soll. Was dann die zwei Theologen des Ordens auf dem Concil zu Trient betrifft, so bemerkt er, daß keiner von ihnen gegen die Lehre von der unbefleckten Empfängniß gewesen sei: nicht Dominicus Soto, der sie in mehreren Werken lehre, noch weniger Ambrosius Catharini, der sie zugleich auf dem Concil glänzend vertheidigt.

Die eilfte Anklage wird daher genommen, daß Papst Gregor XV., während er alles Disputiren gegen die unbefleckte Empfängniß untersagte, doch*) den Dominikanern aus Rücksicht auf ihre Verdienste um die Kirche im Privatgespräche untereinander auch gegen dieselbe zu sprechen gestattete. Aus diesem Indult, sagt Rouard de Card, folgt nichts weiter, als daß es im Dominikanerorden Männer entgegengesetzter Ansicht gab, und daß die Kirche diese Opposition zu dulden ihre Gründe hatte. Wie in allen religiösen Orden, selbst in dem des heil. Franciscus, so haben auch im Dominikanerorden Einige die entgegengesetzte Meinung genährt, und wenn die Anzahl derselben in diesem letzten Orden, obgleich klein an sich, doch größer als in den anderen gewesen sei, so rühre das daher, weil mehrere, freilich mit Unrecht, gemeint haben, daß die fromme Meinung dem heil. Thomas widerspreche, und weil sie bei dieser Meinung durch den ihren Lektoren aufgelegten Eid, die Lehre des heil. Thomas zu vertheidigen, seien festgehalten worden.

Am 20. Jan. 1644 erschien ein Dekret der Inquisition, nach dem man sagen sollte: „die Empfängniß der unbefleckten Jungfrau" und nicht „die unbefleckte Empfängniß" 2c. Die Dominikaner sollen, was die zwölfte Anklage bildet, dieses Dekret erschlichen haben, und als Beweis dient, daß

---

*) Breve Eximii vom 28. Juli 1622.

der Papst, als der Franziskanergeneral sich über dasselbe beschwerte, von dem Dekrete gar keine Kunde zu besitzen erklärt habe. Eine solche Anklage setzt voraus, daß die Dominikaner einen gewaltigen Einfluß auf das Inquisitionstribunal ausübten. P. Rouard de Card zeigt uns nun aus der Organisation dieses Tribunals und seinem Geschäftsgange, daß die Erschleichung des vorgenannten Dekrets durchaus nicht möglich war. Jedes Dekret der Inquisition, sagt er, hat eine dreifache Prüfung zu bestehen. Zuerst werde es von einer großen Anzahl Consultoren geprüft, zu denen hohe Prälaten, Mitglieder aller Orden und nur vier Dominikaner gehören: der Commissarius s. Officii und sein Socius, der Ordensgeneral und der Magister sacri Palatii. Darauf folge die Prüfung in einer zahlreichen Congregation von Cardinälen aus den erfahrensten Mitgliedern des heil. Collegiums. Die dritte Prüfung sei dem Papste selbst vorbehalten, der in wichtigen Fragen auch an der Congregation selbst Theil nehme. Aus dieser Beschreibung und der Widerlegung einzelner Details der Anklage ergibt sich, daß die vorliegende Anklage ihre Quelle in dem Unverstande derer hat, welche nicht begreifen konnten, warum die Kirche in der Frage über die unbefleckte Empfängniß so langsam voranging und so behutsam verfuhr, und daher zu ungereimten Commentaren griffen.

Die zweite, vierte, siebente, achte, zehnte und dreizehnte von P. Rouard de Card beantwortete Anklage übergehe ich, weil sie zu der Haltung des Ordens in gar zu ferner Beziehung stehen und auch wenig Interesse haben.

Ich komme jetzt zu dem zweiten höchst wichtigen Theile der Denkschrift. Um zu zeigen, daß der Predigerorden der Lehre von der unbefleckten Empfängniß gegenüber nie eine feindselige Stellung eingenommen habe, werden uns hier sieben Thatsachen vorgeführt.

Wenn der Predigerorden als solcher gegen die Lehre von der unbefleckten Empfängniß eine feindliche Stellung eingenommen hätte, so müßte sich doch wohl, sagt P. Rouard de

Card, in den Akten seiner Ordenskapitel oder in den Dekreten seiner Ordensgenerale etwas dahin Gehöriges vorfinden. Es ist das so evident, daß man sich ohne Vorschrift oder Aufmunterung von Seiten der Ordensorgane eine Bewegung des Ordens en corps gar nicht denken kann. Dann weiset er, und das ist die erste Thatsache, darauf hin, daß weder in den Capitelsverhandlungen, noch auch in den Dekreten der Ordensgenerale etwas, das man als eine Opposition gegen die Lehre von der unbefleckten Empfängniß betrachten könne, sich vorfinde. Er beruft sich auf den um die Mitte des 17. Jahrhunderts von Fontana gemachten Auszug aus diesen Akten und auf die zu dem Ende angestellten Durchforschungen der ganz completen Archive von Cardinal Gaude, dessen Zeugniß *) aus dem Werke „von der unbefleckten Empfängniß" 2c. angeschlossen wird. Diesem Stillschweigen stellt er dann die klaren Ordensstatuten über andere Dinge entgegen, die der Orden als solcher adoptirt habe, wie namentlich über die Lehre des heil. Thomas und über die Ansicht von der aus sich wirksamen Gnade. Hiernach kann man unmöglich noch glauben, daß der Prediger-Orden wie auf eine gegebene Parole gegen die unbefleckte Empfängniß aufgetreten sei. Man kann auch den Gedanken nicht festhalten, daß eine der vorgenannten Meinung feindliche Stimmung den Orden durchdrungen habe. Der Prediger-Orden, welcher nun schon über 600 Jahre bestanden hat, reicht in seiner Entstehung fast bis zum Ursprunge der

*) Cardinal Gaude schreibt am a. O.: „Perlege, quaeso, jus scripto traditum, constitutiones nempe, vel Capitulorum ordinationes, sive Generalium Magistrorum decreta quoquo velis diligentissime pervolvas. Numquid vel unum verbum reperies, quo suspicari liceat vel jussos aliquando Fratres, ut maculatum Virginis conceptum tenerent, vel privilegia his concessa, vel poenas e contra piam sententiam tuentibus constitutas, vel aliqua hujuscemodi, quae authentica ordinis testimonia prodere possint?"

Streitigkeiten über die unbefleckte Empfängniß hinauf. Er hatte, ehe die Kirche sich entschieden auf die Seite der frommen Meinung zu neigen begann, schon dreihundert Jahre bestanden, und war somit Jahrhunderte seine Ansichten zu bekennen und zu verfechten durch nichts gehindert gewesen. Das einzige was man noch möglich finden könnte, wäre, daß die Mitglieder des Ordens, obgleich nicht geheißen, dennoch faktisch in Bekämpfung der unbefleckten Empfängniß eine geschlossene Phalanx gebildet hätten.

Aber auch diesen Gedanken läßt uns P. Rouard de Card nicht übrig. Er läßt der ersten Thatsache eine zweite folgen: „Geringe Anzahl der Schriftsteller aus dem Prediger-Orden, welche die unbefleckte Empfängniß angegriffen haben.“ Was diese Anzahl betrifft, so belaufe sich dieselbe nach dem heil. Liguori auf 92, nach Strozzi auf 22, nach Alva auf 18, eine Verschiedenheit in Angabe der Zahl, über die Keiner sich wundern werde der wisse, wie schwer es sei, die wahre Meinung eines Autors in derartigen Dingen zu bestimmen. Diese Anzahl sei, und nehme man auch die größte der gegebenen Zahlen als die richtige an (was er jedoch nicht zugeben will), im Vergleiche mit den mehr als 4000 namhaften Schriftstellern des Ordens, eine so geringe, daß sie im Orden wie verschwinde. P. Rouard de Card kommt hier natürlich auf seine These zurück und bemerkt, daß eine so geringe Anzahl sich mit der Hypothese, daß der Orden der unbefleckten Empfängniß entgegen getreten sei, gar nicht reimen lasse.

Als ein Complement dieser dritten Thatsache ist die folgende vierte zu betrachten: „Große Anzahl und Auktorität der Theologen des Predigerordens, welche die unbefleckte Empfängniß vertheidigt haben.“ Die Zahl dieser, sagt P. Rouard de Card, beläuft sich nach Liguori auf 137, nach Alva auf 280, nach Strozzi und Pacifici noch höher. In Betreff dieser Differenz kehrt die oben gemachte Bemerkung wieder. Weitläufig verbreitet er sich dann über das Ansehen derjenigen, welche die unbefleckte Empfängniß angenommen

haben, das er nach der Heiligkeit, nach der Würde und nach der Gelehrsamkeit besonders vorführt.

Was zunächst die Heiligkeit betrifft, so zählt er alle Heiligen und Seligen des Ordens, mit Ausnahme des heil. Antonin, zu Anhängern der Lehre von der unbefleckten Empfängniß, insbesondere aber den heil. Dominicus, den heil. Raymund von Pennafort, den heil. Vincenz Ferreri, den heil. Ludwig Bertrand, den heil Papst Pius V., den sel. Pater Jourdain, den sel. Jakob de Voragine u. A., von denen er uns meistens Texte gibt.

Sehr groß sei die Anzahl derjenigen Ordensmitglieder, welche in der Kirche hohe Aemter bekleidet haben. Der Predigerorden habe der Kirche mehrere Päpste, eine große Anzahl Cardinäle und mehr als 3000 Erzbischöfe oder Bischöfe geliefert, und es würde ihm leicht seyn zu zeigen, daß bezüglich der Lehre von der unbefleckten Empfängniß auch unter ihnen dasselbe Verhältniß bestehe. Dann nennt er vor Allen den h. Papst Pius V., der die fromme Ansicht so sehr gepflegt, und Papst Benedikt XIII., der die Andacht zum Geheimnisse der unbefleckten Empfängniß mit Abläßen gefördert habe, deßgleichen den ersten Cardinal des Ordens Hugo von St. Cher und den Patriarchen von Jerusalem Petrus Paludanus. Darnach bringt er wieder in Erinnerung, daß auf dem Concil zu Trient 25 Bischöfe aus dem Orden des h. Dominicus mit Pacheco für die Entscheidung der unbefleckten Empfängniß Mariä als Glaubenslehre votirt haben.

Unter den durch Wissenschaft hervorragenden Männern des Ordens, welche sich für die unbefleckte Empfängniß ausgesprochen haben, finden wir aufgezählt den Lehrer und Prediger des heil. Ludwig, Königs von Frankreich, P. Vincenz de Beauvais, den Lehrer des Papstes Julius II., Ambrosius Catharini, der als Erzbischof von Conza starb, den Professor an der Universität zu Salamanca Dominicus Soto, den ehrwürdigen P. Ludwig von Granada, den Professor an der Academie zu Alcala Johann de St. Thomas, den ehrwür-

digen Seraphin Capponi de Porrecta und endlich den berühmten Historiker Natalis Alexander.

Das aus der zweiten und dritten Thatsache gewonnene Resultat erhält eine neue Begründung durch eine vierte Thatsache, daß eine sehr große Menge Dominikaner die unbefleckte Empfängniß der allerseligsten Jungfrau vertheidigen zu wollen, an der Universität zu Paris und an anderen Universitäten, wie diese von ihren Mitgliedern verlangten, eidlich versichert haben.

Vor allen, sagt P. Ronard de Card, habe die Universität zu Paris seit 1497 diesen Eid von ihren Mitgliedern gefordert; ihr seien aber mehr als 40 andere gefolgt.*) Damals habe der Predigerorden, ohne zwölf Congregationen strenger Observanz zu rechnen, 45 sehr blühende Provinzen gezählt. Jedes Jahr habe eine große Anzahl Dominikaner an den Universitäten ihre Grade erhalten und sei den letzteren als Doctoren oder Professoren aggregirt worden. Im J. 1497 haben 13 Dominikaner an der Hochschule zu Paris die vorgenannte Verpflichtung übernommen. Der Alcantariner P. Augustin Pacifici nehme nach einem Calcül, dessen Basis ihm unbekannt sei, an, daß alle dreißig Jahre über 100 Dominikaner die Doctorwürde an der Sorbonne erhalten haben. Nach diesem Calcül hätten bis zur französischen Revolution 1000 Dominikaner den Doctorhut von der Hochschule zu Paris empfangen. Derselbe nehme nach einem analogen Calcül an, daß alle dreißig Jahre 500 Dominikaner an anderen Universitäten zu Doctoren creirt worden seien. Daraus zieht er vor Allem den Schluß, daß dem geleisteten Eide von Seiten des Ordens nichts im Wege gestanden habe; es

*) Als Universitäten, welche nach dem Vorgange der Pariser diesen Eid verlangten, werden genannt: zuerst die von Köln 1499, dann die von Mainz 1501, später die von Oxford, Wien, Prag, Salamanca, Alcala, Saragossa, Sevilla, Granada, Toledo, Löwen, Coimbra, Lima, Palermo, Neapel, Bologna, Padua rc.

wird aber auch daraus klar, daß grade die eminentesten Dominikaner, insbesondere die Professoren und folglich sehr viele Mitglieder des Ordens, der frommen Meinung zugethan seyn mußten.

Daß diese Lehre die ganze Körperschaft minder oder mehr durchdrungen habe, davon sollen wir uns aus einer fünften Thatsache noch mehr überzeugen: „aus zahlreichen Werken des Ordens.“ Als solche weiset uns P. Rouard de Card zunächst Denkmäler auf. Nach ihr sind mehrere Klöster und Kirchen des Ordens der unbefleckt empfangenen Gottesmutter geweiht, z. B. die Klöster zu Cabra in Andalusien, zu Tacatra in Mexico, zu Madrid, eine Kapelle in der Klosterkirche zu Neapel. Vor der Kirche des heil. Dominicus zu Palermo befindet sich nach ihm eine bronzene Statue, welche uns die unbefleckte Gottesmutter vorstellt, „ein immerwährendes Andenken“, wie der Pater Plazza S. J. schreibe, „von der Verehrung der Dominikaner für die unbefleckte Empfängniß der allerseligsten Jungfrau.“ An die leblosen Denkmäler reihen sich lebendige in vielen Bruderschaften, die der Orden zu Ehren der unbefleckten Empfängniß in den Ordenskirchen errichtete, darunter eine zu Brüssel, eine zu Sevilla und eine zu Neapel, die vom J. 1356 ihren Ursprung datire. Dazu kommen dann noch andere Werke der Frömmigkeit zu Ehren desselben Geheimnisses. Papst Clemens X. habe im J. 1676 zu Lecco eine Bruderschaft genehmigt, deren Mitglieder sich verpflichteten, zu Ehren der unbefleckten Empfängniß an einem durch das Loos ihnen zugefallenen Tage einmal im Jahre bei Wasser und Brod zu fasten, eine Bruderschaft in welche sich viele Gläubige, Priester und Ordensleute aus allen Theilen der Welt einschreiben ließen. In dem Register dieser Bruderschaft befinden sich nach dem Berichte des P. Pacifici 73 Dominikaner. Das Dominikanerkloster zu Lintz habe eine im J. 1648 gemachte Stiftung gehabt, der zufolge alle Samstage des Jahres ein feierliches Hochamt zu Ehren der unbefleckten Empfängniß zu halten sei, und von der das Register

sich jetzt im Kloster zu Sochacrow in Polen befinde. Dazu kommen dann noch die verschiedenen Litaneien, Gebete ꝛc. zu Ehren der unbefleckten Empfängniß, von welchen unten Rede seyn werde. P. Rouard de Card legt mit Recht ein besonderes Gewicht darauf, daß viele dieser Denkmäler einer Zeit angehören, wo die Kirche sich noch gar nicht ausgesprochen hatte, weil aus diesem Umstande hervorgehe, daß sein Orden in solchen Kundgebungen seiner Gesinnung aus eigenem Antriebe gehandelt habe.

Die besprochenen Thatsachen müssen, um den Predigerorden als solchen von jeder Opposition gegen die Lehre von der unbefleckten Empfängniß frei zu sprechen, vollständigst genügen. Nicht unwichtig für die Beurtheilung des Verhältnisses der Prediger zur Lehre von der unbefleckten Empfängniß sind aber auch die folgenden zwei Thatsachen.

Als sechste Thatsache führt uns P. Rouard de Card positive Zeugnisse zu Gunsten der unbefleckten Empfängniß aus den Akten der Ordenscapitel und Ordensgenerale vor. Diese Zeugnisse beschränken sich auf die Zeit vom Concile zu Trient bis zur berühmten Bulle „Sollicitudo“ Alexanders VII. vom 8. Dec. 1661. In den Ordensbeschlüssen aus dieser Zeit offenbart sich, wie P. Rouard de Card sagt, am besten die Gesinnung des Ordens. Vor dem hl. Kirchenrathe von Trient habe der Orden als solcher sich nicht aussprechen dürfen, weil die Frage viel zu sehr controvers gewesen sei; nach dem Decrete Alexanders VII. vom 8. December können die Aussprüche des Ordens wenig mehr beweisen, weil die Kirche sich schon zu positiv ausgesprochen habe. Betrachten wir die mitgetheilten Beschlüsse. Unter den Capitelsbeschlüssen finden wir zunächst das des Generalcapitels zu Valladolid vom J. 1605, das nicht bloß die auf die Empfängniß der allerseligsten Jungfrau sich beziehenden Dekrete der Päpste auf's pünktlichste zu beobachten, sondern auch in den Predigten alles „was fromme Ohren verletzen könnte“, zu vermeiden befiehlt. Denselben Beschluß finden wir im Generalcapitel zu

Rom vom J. 1656 erneuert. Noch viel ausdrücklicher spricht das Provinzialcapitel zu Benevent vom Jahre 1653: „Mögen unsere Ordensleute und Genossenschaften den Predigten und Festlichkeiten dieses Geheimnisses und andern öffentlichen Handlungen beiwohnen, und möge die vorerwähnte Lehre bei allen Anlässen gepriesen, verherrlicht und aufrecht erhalten werden." Zugleich beschloß dieses Capitel nicht bloß, wie schon öfter geschehen sei, durch den Ordensgeneral um eine Entscheidung dieses Gegenstandes zu bitten, sondern auch an den Papst zu schreiben und ihn, wie in eigenem Namen so auch im Namen der spanischen Provinz gehorsamst und dringendst um eine Definition (ut dignetur definire hoc punctum) zu bitten. Der Ordensgeneral Johann Baptist de Marinis richtete auch in demselben Jahre ein inständiges Gesuch für Entscheidung der Lehre von der unbefleckten Empfängniß an den Papst, und zwei Jahre später schrieb er überdieß an den König von Spanien Philipp IV., um ihn zur Geltendmachung seines Einflusses beim Papste für die genannte Entscheidung zu bewegen. P. Rouard de Card bemerkt, daß er derartige Texte in Menge bringen könnte. Er schließt, um alle zusammenzufassen, mit einem Schreiben des Bischofs von Vich in Catalonien, Franz Crespi de Borgia aus dem Orden des h. Dominikus, an Papst Alexander VII. Dieser Bischof bittet den Papst nicht bloß in seinem Namen, sondern auch in dem seines Ordens, das Dogma der unbefleckten Empfängniß zu verkünden. Von dem Orden sagt er bei dieser Gelegenheit, er bitte „flehentlich und mit rastlosem Eifer (lacrymabunda irrequietaque sollicitudine), ihm das zu befestigen, was er mündlich, schriftlich und mit unermüdlichem Eifer bekenne."

Als siebente und letzte Thatsache hält uns P. Rouard de Card die Liturgie des Predigerordens vor. Diese betrachtet er als ein „entscheidendes Argument, um zu beweisen, daß sein Orden der unbefleckten Empfängniß der allerseligsten Jungfrau nie entgegen gewesen sei." Wirklich ist die Liturgie der Dominikaner ganz geeignet, um als Traditionsbeweis

für die Lehre von der unbefleckten Empfängniß zu dienen, und diejenigen Dominikaner, welche sich zu ihrer Bekämpfung hinreißen ließen, befinden sich in offenbarem Widerspruche mit ihrer eigenen Liturgie. Doch, worum es sich bei P. Rouard de Card besonders handelt, ist viel mehr die Geschichte dieser Liturgie, als die Liturgie selbst.

Der Dominikanerorden hat von seinem Entstehen an seine eigene Liturgie gehabt, und bis auf Pius V. im J. 1570 haben die Generalcapitel das Recht dieselbe abzuändern ungestört geübt. Dieses vorausgesetzt, so argumentirt P. Rouard de Card, muß der Ausdruck, den die Lehre von der unbefleckten Empfängniß in der Liturgie des Ordens gefunden hat, als getreuer Ausdruck seines Glaubens gelten, vorausgesetzt daß derselbe nicht als von außen aufgedrungen erscheint. Ist der Orden der Entwicklung des Dogmas von der unbefleckten Empfängniß im Bewußtseyn der Kirche nur langsam und wie gezwungen in seiner Liturgie gefolgt, so beschuldigt die Geschichte seiner Liturgie ihn feindlicher Gesinnung gegen die Lehre von der unbefleckten Empfängniß; ist er dagegen derselben Entwicklung in seiner Liturgie ungezwungen gefolgt und oft voraus geeilt, so muß das als ein Beweis nicht feindlicher Gesinnung des Ordens gegen die Lehre von der unbefleckten Empfängniß gelten.

Nach solchen Vorbemerkungen zur Fixirung des Fragepunktes gibt uns P. Rouard de Card die Geschichte des Festes der Empfängniß Mariä in der Liturgie seines Ordens. Dieses Fest, das aus der Absicht, die unbefleckte Empfängniß der Gottesmutter festlich zu begehen, seinen Anfang nahm, wurde nach ihm, einem alten Dominikaner-Martyrologium zufolge, bereits im Jahre 1254 am 8. Dec.*) gefeiert, während der Franziskanerorden seine Einführung erst auf dem Generalcapitel zu Pisa vom Jahre 1263 beschloß. Er führt

*) Ein altes Collectarium, das sich im Dominikanerkloster zu Orvietto befindet, setzt es nach ihm auf den 9. December.

dann weiter aus, daß dieses Fest anderthalb Jahrhunderte, nämlich bis zum Ende des 14. Jahrhunderts unter demselben Namen begangen worden sei. In der folgenden Zeit bis zum Jahre 1502 sei es zwar als das der „Heiligung Mariä“ verzeichnet; mit diesem Namen solle aber nicht ausgesprochen werden, daß die allerseligste Jungfrau aus dem vorhergehenden Zustande der Sünde in den der Heiligkeit versetzt sei, sondern ihre Heiligung überhaupt. Um dieses zu zeigen, beruft er sich auf die Gebete, die man um diese Zeit im Brevier und Missale gehabt, gleichwie darauf, daß man damals im Orden die Namen „Empfängniß“ und „Heiligung“ ohne Unterschied gebraucht habe. Wunderschön ist die Sequenz aus einem Missale vom J. 1496, in welcher folgende Verse stehen: „Salve sancta Christi parens, salve virgo labe carens.“ In einem im J. 1529 zu Paris zum Gebrauche der Dominikaner gedruckten Brevier finden sich u. A. folgende Worte: „ipsam sine macula concipiendam ante saecula in matrem praeelegisti“, ferner: „Maria tam amabilis in conceptu praeservata“, Worte welche die unbefleckte Empfängniß offen aussprechen.

Vom J. 1502 an, vierzig Jahre früher als Gregor XV. die Feier des Festes unter dem Namen des Festes der Empfängniß für die ganze Kirche vorschrieb, finde man es, sagt der Verfasser, wieder unter dem Namen der „Empfängniß der allerseligsten Jungfrau Mariä“ als festum duplex verzeichnet. Die Bulle Pius V. Quod a nobis vom 9. Juli 1568 habe das liturgische Recht der Kirche und somit auch das der Dominikaner geändert. Den Dominikanern sei dadurch das Recht genommen, in ihrer Liturgie ihren Glauben zu bekunden; aber darum haben doch die Dominikaner nicht aufgehört, ihre Wünsche auszusprechen. Wie sie den hl. Stuhl schon im J. 1653 um Entscheidung des Dogmas ersucht haben, so haben sie später in der Feier des Geheimnisses der unbefleckten Empfängniß großen Eifer bewiesen. So habe der P. Joh. Martinez del Prado beim General um die Er-

laubniß gebeten, dem frommen Wunsche des Königs von Spanien gemäß öffentlich sagen zu dürfen: „Die reinste Empfängniß unserer im ersten Augenblicke ihrer Belebung ohne Erbsünde empfangenen Gebieterin," und der Ordensgeneral Joh. Baptist de Marinis habe unter'm 14. April 1663 die Erlaubniß ertheilt. Bald darauf am 22. Februar 1688 habe ein anderer Ordensgeneral Antonin Cloche bei der Congregatio ss. rituum um die Erlaubniß nachgesucht, den achten Tag nach dem Feste der Empfängniß festlich zu feiern, und dieselbe Bitte sei von P. Angelo Ancarani mit der andern in der Präfation des Festes „Et te in immaculata conceptione" sagen zu dürfen, bei derselben Congregation erneuert worden. Auch haben die Dominikaner in Spanien und Südamerika das den Franziskanern gewährte Officium von der unbefleckten Empfängniß vor langer Zeit adoptirt. Endlich habe der gegenwärtige Ordensgeneral P. Jandel im J. 1843 um die Erlaubniß gebeten, in der Litanei von der allerseligsten Jungfrau die Worte einzuschalten: „Königin ohne Erbsünde empfangen, bitte für uns."

In allem dem glaubt P. Rouard de Card zu finden, daß der Dominikanerorden der Entwicklung des Dogmas von der unbefleckten Empfängniß im Bewußtseyn der Kirche, so lange er darin ungehindert war, in seiner Liturgie nicht langsam und gezwungen, sondern schnell und willig gefolgt, ja oft vorausgeeilt sei, und daß er später seine Parteinahme für die Lehre von der unbefleckten Empfängniß durch allerlei Akte bewiesen habe.

Nach dieser im Interesse der Leser so ausführlich ausgefallenen Analyse der Schrift, die man, was auch immer ihr Titel besagt, als eine Denkschrift des Dominikanerordens betrachten darf, kann ich mich in meinem Urtheile über ihren Werth ganz kurz fassen. Was ihre Diction betrifft, kann ich mir darüber kein Urtheil anmaßen. Ihren wissenschaftlichen Werth anlangend, ist mir, um nicht zu viel zu sagen, selten eine Schrift vorgekommen, die mich mehr befriedigt hätte. Der Ver-

fasser ist sich seiner Aufgabe vom Anfange an klar bewußt und läßt sie den Leser eben so klar erkennen. Seine Disposition ist eben so psychologisch berechnet wie logisch richtig. Die Durchführung ist in allen Theilen gründlich. Der Verfasser stützt sich in ihr überall auf glaubwürdige Zeugnisse und Aktenstücke, aus denen sich seine Schlüsse mit unwiderstehlicher Consequenz ergeben. Man hat in ihm einen fein geschulten Ordensmann vor sich, der, wo er sich auf das Gebiet der Geschichte wagt, mit der schneidenden Schärfe seines logisch gebildeten Geistes (eine in unseren Tagen seltene Eigenschaft), aber ohne Pedanterie aus den Thatsachen und Zeugnissen das und nur das folgert, was sie enthalten. So hat er den Beweis, den er sich zur Aufgabe gemacht hat, nicht bloß geliefert, sondern er hat es auch so gethan, daß es ihm und seinem Orden zur Ehre gereicht.

XXVIII.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

III. Der liberale Oekonomismus und die Lehre vom „vierten Stande" in ihrer beiderseitigen Stellung zu Religion und Kirche.

Wir fahren fort von der Geschichte der neuesten socialen Bewegung zu erzählen. Es ist nämlich weder in dem Vorhergehenden noch im Nachfolgenden jemals unsere Absicht zu polemisiren oder von unserm Standpunkt aus Kritik zu üben; wir wollen einfach ein historisches Referat liefern und die Parteien sich selber kritisiren lassen.

Zunächst wäre nun der große Gegensatz auf dem Gebiet der verschiedenen Staatsbegriffe zu verfolgen, deren Conflikt das gegenwärtige Stadium der Bewegung kennzeichnet. Die ächte Doktrin des liberalen Oekonomismus, dann die daraus erwachsene Bourgeoisie, endlich die neue Partei der socialen Demokratie — alle drei Richtungen haben je einen eigenthümlichen Staatsbegriff, und der Unterschied aller drei beruht darin, daß jedesmal das Verhältniß von Staat und Gesellschaft in ganz verschiedener, ja widersprechender Weise zur Auffassung kommt. Nur der Staatsbegriff der Bourgeoisie zeichnet sich, wie das ganze Wesen dieser Partei, durch Halbheit und schreiende Inconsequenz aus. Dagegen ist man an den beiden Endpunkten sehr consequent: dort fordert man die absolute Trennung des Politischen und des Socialen, man spricht daher dem Staat die eigentliche und geistige Leitung der Gesellschaft ab; hier fordert man die Wiedervereinigung des Politischen und des Socialen, man macht daher die eigentliche und geistige Leitung der Gesellschaft zur obersten Pflicht des Staats, aber ganz und folgerichtig durchgeführt soll sie seyn, nicht bloß halb und nur nach dem interessirten Belieben einer egoistischen Partei, wie die Bourgeoisie es haben will.

Auf dem weiten Feld dieser Gegensätze werden wir noch öfter zu verkehren haben. Die exakte Kenntniß derselben ist überaus wichtig; ja wir getrauen uns zu behaupten, daß gegenwärtig alle Probleme der inneren Staatszustände, Schulfrage, Kirchenfragen 2c. erst von daher ihre rechte Beleuchtung empfangen. Namentlich für alle Beziehungen der Religion, des Christenthums und der Kirche zu der heutigen modernen Welt ist der brennende Conflikt der drei Staatsbegriffe von geradezu ausschlaggebender Bedeutung. Man darf eben nur keinen Augenblick vergessen, daß die drei Staatsbegriffe, welche jetzt den Vernichtungskampf gegeneinander führen, insgesammt dem Einfluß der Religion, des Christenthums und der Kirche principiell und gleichmäßig

feindlich gegenüber stehen. Alle drei haben sie das, aber auch nur das Gemeinsame, daß sie keine Gebundenheit des Bewußtseyns durch eine höhere Ordnung zulassen, kaum für den Einzelnen, geschweige denn für den Staat und die Gesellschaft. Staat und Gesellschaft sollen sich, in striktem Absehen von allen geoffenbarten Lehren, ausschließlich nach den in ihnen selbst liegenden Gesetzen, den sogenannten Naturgesetzen regeln oder durch die „Autonomie des Menschengeistes“, wie Schulze-Delitzsch in neuester Zeit mit Glück die oberste gesetzgebende Gewalt in Politik, Religion und Volkswirthschaft bezeichnet hat. Nur über den eigentlichen Inhalt dieser alleingültigen Gesetze ist jetzt der gewaltige Streit zwischen den Parteien der drei Staatsbegriffe ausgebrochen; und davon daß die praktische Unmöglichkeit und Undurchführbarkeit aller drei sich erweise — davon hängt das Schicksal der christlichen Ordnung in der Welt, somit das Schicksal der Menschheit ab. Könnte einer der drei Staatsbegriffe, welcher es sei, völlig und consequent durchgeführt werden, so wäre das Zeitalter des Antichrists in voller Wahrheit angebrochen.

Man sieht, warum wir vor jedem weitern Schritte in dem Folgenden eine Episode einschalten über die Stellung, welche der liberale Oekonomismus, die daraus erwachsene Bourgeoisie und die neue Partei des vierten Standes zu Religion, Christenthum und Kirche einnehmen. Hat man in dieser geistigen Grundlage das Gemeinsame der drei Richtungen erkannt, so vermag man erst recht die Tragweite des zwischen ihnen ausgebrochenen gewaltigen Conflikts zu erkennen. Der Abfall erzeugt seinen eigenen Rächer und er führt zu Schlüssen die seine eigene Vernichtung sind. Wir erzählen die Geschichte der social-politischen Nemesis!

Die neue Partei der socialen Demokratie datirt in allen Beziehungen ihren Stammbaum von der französischen Revolution des Jahres 1789; und das ist in allen Beziehungen ganz richtig. Namentlich auch in religiöser Hinsicht. Die Partei behauptet aber mit Recht, daß die Bourgeoisie ganz denselben

Stammbaum habe und daß sie die ausgeartete Tochter der Familie sei. Der sogenannte „dritte Stand“ habe nämlich die Ideen von 1789 nicht nur ohne folgerichtige Ausbildung gelassen, sondern dieselben auch zu seinem Nutzen verfälscht. Die Summe dieser Verfälschungen auf dem volkswirthschaftlichen Gebiete liege in dem System des liberalen Oekonomismus vor. Machen wir uns nun gleich klar, wie die Partei des „vierten Standes“ diesen Vorwurf versteht.

Sie sagt: in dem weltgeschichtlichen Jahre 1789 trat mit stürmender und siegreicher Gewalt ein neuer Geist hervor, nämlich die Autonomie des Menschengeistes oder die freie Vernunft; und sie warf das Princip, welches bis dahin die Welt gestaltet hatte, über den Haufen; gegen das ganze Gesellschafts-, Kirchen- und Staatsgebäude des Mittelalters, gegen das gesammte Autoritätsprincip erhob sich der neue Geist. Es war dieß die moderne Demokratie, die Demokratie des dritten Standes, wie sie sich in der liberalen Anschauung unserer Zeit bis heute fortsetzt. Mit ihr oder mit ihm, dem Liberalismus, hat die moderne Socialdemokratie durchaus einerlei Geist und Ursprung bis auf einen einzigen Punkt, an dem sich die Wege scheiden. „Die moderne Demokratie, soweit sie nicht Social-Demokratie ist, verkündet den Krieg allen Anschauungen und Einrichtungen der Jahrhunderte und der Jahrtausende; Päpste und Bischöfe, Kaiser und Könige, Kirchen- und Staatengebilde sind nicht sicher vor ihr. Eines aber ist heilig und unantastbar, Eines ist göttliche unverletzliche Einrichtung, wovor Moral und Vernunft schweigend sich beugen müssen: die jetzigen Eigenthumseinrichtungen“ *).

Das ist nun allerdings der Punkt, wo es vollends klar wird, was der liberale Oekonomismus seinem innersten Wesen nach ist. Er unternimmt es, alle Fragen der menschlichen Gesellschaft mit Ausschluß jeder höhern Ordnung oder übernatürlichen Offenbarung rein nach angeblich natürlichen und ver-

*) Berliner „Social-Demokrat“ vom 2. Juli 1865.

nünftigen Gesetzen zu regeln; nur in Einer Beziehung soll das menschliche Bewußtseyn fortdauernd durch eine höhere Anordnung autoritativ gebunden seyn, nämlich in Bezug auf die Lehre vom Eigenthum. Darum pflegt die Bourgeoisie überall, wo sie eine Revolution macht oder machen läßt, auf Mauern und Thüren die vielsagenden Worte anzuschreiben: „Das Eigenthum ist heilig." Darin liegt aber eben die Inconsequenz und die Schwäche des Systems vom liberalen Oekonomismus, und das ist die Achillesferse der aus dem System erwachsenen Bourgeoisie. Die neue Bewegung des vierten Standes ist nichts Anderes als der Versuch diese Haupt- und Grundabirrung des „Bürgerthums" von den Ideen des Jahres 1789 praktisch und theoretisch zu corrigiren. Nicht nur die Freiheit sondern auch die Gleichheit der Menschen wurde damals verkündet; diese erhabene Lehre kann aber nicht verwirklicht werden, ohne daß die traditionelle Lehre vom Eigenthum eine Abänderung erleidet. Es darf mit Einem Worte, wie überhaupt nichts Absolutes, so auch kein absolutes Eigenthum mehr geben.

Aber ich komme schon zu weit! Ich muß erst näher auf die Thatsache eingehen, daß wirklich schon das System des liberalen Oekonomismus keine Gebundenheit des Bewußtseyns durch eine höhere Ordnung zuläßt, und daß sich darin nur die Consequenz seiner volkswirthschaftlichen Negationen entwickelt, indem es Religion, Christenthum und Kirche principiell feindlich abstößt.

Diese Thatsache wird noch immer vielfach verkannt. Man muß freilich zugeben, daß das System — benennen wir es kurzweg wieder als modernen Liberalismus — keine Gebundenheit des Staats und der Gesellschaft, soweit die Societät im Staat zum Ausdruck kommt, durch eine höhere Ordnung zulasse; der Staat als solcher müsse freilich religionslos seyn. Aber für den Einzelnen und vor dem Forum des Gewissens sei die Lehre des liberalen Oekonomismus religiös indifferent; sie sei eben überhaupt religiös gleichgültig und vertrage sich daher mit

jeder kirchlichen Richtung. Ein großer Irrthum; die Lehre als solche verträgt sich gerade mit dem wahren Geist des Christenthums schlechterdings nicht. Ich sage mit dem wahren Geist des Christenthums. Denn es ist allerdings kein Zweifel, daß der überzeugteste liberale Oekonomist zugleich gläubiger Bekenner des apostolischen Symbolums oder der 39 Artikel seyn kann; aber das macht noch nicht den Christen aus. Den Christen macht das Herz, und sobald der liberale Oekonomist seine wirthschaftliche Doktrin allseitig praktisch machen will, so muß er auf allen Punkten mit der christlichen Moral verstoßen und brechen. Das bessere Selbst kann auch dann und wann widerstreben, der Geist wirkt sich aber doch naturgemäß aus, und die persönliche Ausnahme bestätigt nur die thatsächliche Regel. Darin wurzelt eben der unversöhnliche Dualismus unserer Zeit, dessen Erscheinungen namentlich in England, Nordamerika und andern protestantischen Ländern, welche dem System und seinen Wirkungen nicht den Widerstand der alten Sitte und Tradition entgegenzusetzen hatten — so widerlich und anekelnd hervortreten.

Christi großes Gebot der Liebe ist im System des liberalen Oekonomismus förmlich aufgehoben. Das die Volksarbeit allein regelnde Naturgesetz von Angebot und Nachfrage, die Lehre von der freien Concurrenz setzt einerseits eine Summe von zügellos zusammenraffenden Ichs voraus, andererseits eine Menge armer Nebenmenschen, die mit ihrer Arbeitskraft nur wie todte Waare auf dem Markt erscheinen. Man kauft sie heute zum möglichst niedrigen Preis und wirft sie morgen als nicht mehr preiswürdig weg. Der volkswirthschaftliche Grundsatz der christlichen Zeit lautete: „Leben und leben lassen.“ Der oberste Grundsatz der modernen Oekonomie lautet: „Ich oder du!“ Die Unternehmer führen unter sich den permanenten Vernichtungskrieg und sie führen ihn ebenso mit ihren armen Arbeitern; denn sie können nur durch möglichst wohlfeile Arbeitskräfte den Sieg über einander erringen. So versteinern sich die Herzen, die der Heiland weich und

mitleidig haben wollte, und darum ist ein hervorstechender Zug an der vom liberalen Oekonomismus beherrschten Zeit ihre kalte Mitleidslosigkeit. Neben der Vergötterung des Genies oder des erfolgreichen Ich sehen wir die grausamste Menschenverachtung um sich greifen, die einst auch die Signatur des antiken Heidenthums war.

Wo das große Gebot der Liebe in den Geistern aufgehoben ist, da erhebt sich die Praxis vom absoluten Eigenthum. Die neue Partei des vierten Standes verlangt daher vom Staate die Mittel, um dem Absolutismus des werbenden Vermögens, d. i. des Capitals Schranken zu setzen. Dem Capital soll es nicht mehr freistehen durch Ausbeutung und Vernichtung beliebig vieler schwächeren Existenzen fortwährend und in's Unendliche zu wachsen. In einer durch das Bewußtseyn höherer Ordnung gebundenen Gesellschaft ist ein absolutes Eigenthum undenkbar; die Moral legt demselben Pflichten gegen Andere auf, die Sitte zieht dem werbenden Vermögen unüberschreitbare Grenzen, sie setzt endlich auch äußere Gesetze und Ordnungen für die Mittel und Wege des Erwerbens. Alle diese Schranken des absoluten Eigenthums hat der liberale Oekonomismus unter dem Namen des „Feudalismus" zusammengefaßt und zerstört*), zugleich aber auch die Moral und Sitte, die ihren geistigen Inhalt bildeten. Das System schätzt und werthet die Einzelnen und die Völker nur nach ihrer Fähigkeit der Capitalbildung. Seitdem wuchs die Kluft zwischen Armuth und Reichthum in's Ungeheure; wie auf dem Gebiet des Erwerbs der Mittelstand verschwand, so verschwindet in den Besitzverhältnissen das

*) Nur ein Beispiel dafür, welchen Umfang der Begriff des „Feudalismus" in den Augen der liberalen Oekonomisten besitzt. In Paris haben sich jüngst die Buchsetzer gegen die neue Veranstaltung erhoben, daß in ihrem Geschäft Frauen angestellt werden. „So wollt ihr wieder das feudale Regime der Corporation!" ruft la France ihnen zu.

Durchschnittsvermögen. Es gibt unter dem Scepter der liberalen Oekonomie nur mehr etliche Crösusse mit mehr oder minder „scandalösem" Vermögen und die große Masse bettelhaften Volks, das von der Hand in den Mund lebt. In einem deutschen Großstaat zählen 96 Procent der Bevölkerung zu dieser Classe, und ein anderes deutsches Reich ist mit Haut und Haar dem capitalmächtigen Judenthum verpfändet. Folgerichtig hat in unserer Zeit überhaupt nichts Geltung als was zur Capitalbildung dient, das Geld regiert allein.

In einer so durch und durch auf das Materielle gerichteten Zeit muß alles Ideale sinken und endlich aussterben. Wer erfährt das nicht in seinem Lebenskreise, ja an sich selber? Der liberale Oekonomismus verwandelt die ganze Welt in eine Produktions- und Consumtions-Maschine, schon darum muß er principiell das Ideale hassen. Von welcher Wuth ist er beseelt gegen das Beten, gegen die religiösen Feiertage, gegen die Anstalten beschaulichen Lebens; sie entziehen und vertheuern ja die Arbeitskräfte und schmälern die Volks-Produktion, wie er meint! Auch die bildenden Künste, Poesie, Philosophie gelten wenig vor seinen Augen, soweit sie nicht etwa Stoff zur Unterhaltung darbieten, und überhaupt muß alle Wissenschaft, um sich geltend zu machen, in jedem Sinne des Worts Industrie- und Fabrikarbeit werden. Ich wiederhole, daß ich hier nicht mit Persönlichkeiten es zu thun habe, die immerhin ehrenwerthe Ausnahmen bilden mögen; im Allgemeinen aber hat der Geist des liberalen Oekonomismus die Welt ungemein arm gemacht an idealen Erscheinungen, an den zarten Blüthen höherer Geistescultur. Seit zwanzig und dreißig Jahren hat die Welt auf materiellem Gebiete unermeßliche Fortschritte gemacht, aber auf dem Gebiet des höhern seelischen Lebens ist fast das umgekehrte Verhältniß eingetreten. Die Kirche leidet an diesem steigenden Mangel nicht weniger als der Staat. Das Reich der Mittelmäßigkeit ist zu uns gekommen und es drückt unserer Zeit mehr und mehr den Stempel geist- und schwungloser Plattheit auf.

Die Moral des Christenthums verlangt von uns Selbstverläugnung, Bekämpfung der Begierden, Einschränkung der Bedürfnisse; der liberale Oekonomismus muß von der Menschheit das gerade Gegentheil verlangen; denn die in's Unendliche fortschreitende Produktion muß von einer ins Unendliche fortschreitenden Consumtion gedeckt werden. Der Luxus war einst ein Laster und man sagte, er verderbe die Völker; jetzt ist er eine Tugend geworden und dasjenige Volk ist das tüchtigste, welches am meisten zu consumiren fähig ist. Das Rennen und Jagen der Producenten entzündet ein entsprechendes Rennen und Jagen der Consumenten nach immer neuen Genüssen, und es ist eine Hauptaufgabe der liberalen Oekonomie immer von neuem künstliche Bedürfnisse zu schaffen. Daher die unerhörte Tyrannei der Mode; sie ist der unentbehrliche Helfer und Schaffner des liberalen Oekonomismus. Alle einfachen und natürlichen Verhältnisse müssen zwischen den zwei Mühlsteinen der Produktion und Consumtion zerrieben werden, um das System im Gang zu erhalten; alle Stände müssen aufgelöst und die Individuen über ihren Stand hinausgehoben werden, damit die Fabriken ihre Armeen leicht rekrutiren und deren Produkte in raschem Wechsel abgesetzt und verzehrt werden. Im Reich der liberalen Oekonomie gibt es nur Eine Blasphemie, sie heißt „Entsagen"; und ihr siegreicher Fortschritt tritt in der zunehmenden Verendlichung und Verweltlichung hervor, welche mehr und mehr auch die Herzen der Bessern erkältet und lähmt. Nie ist die Welt weltlicher und irdischer gewesen.

Wir haben das Bild der heutigen Bourgeoisie gezeichnet, indem wir die sittlichen oder vielmehr antimoralischen Wirkungen des liberalen Oekonomismus auf Geist und Herz der Einzelnen analysirten. Denn die Bourgeoisie ist das incarnirte System, sie muß als Partei den moralischen Anforderungen des Christenthums und der Kirche principiell feindlich gegenüberstehen, und das ist auch überall ihre wirkliche Stellung. In protestantischen Kreisen ist daher längst

die Frage, woher die kirchliche Entfremdung der „Gebildeten" komme und wie da zu helfen sei? zur eigentlichen Kirchenfrage geworden, die auf allen Conferenzen und Kirchentagen an die Tagesordnung kommt. So hat Rothe aus Heidelberg bei dem Eisenacher „Protestantentag" erklärt: es sei charakteristisch, daß die Unkirchlichkeit in unserer Zeit nicht wie sonst auf die eigentlich Verkommenen sich beschränke, vielmehr die im bürgerlichen Leben vorzugsweise Geachteten ergriffen habe; es habe den Anschein, als müßte das Christenthum wie ehemals das antike Heidenthum schließlich Bauernreligion werden, und es gebe Stimmen die sich in diesem Sinne aussprechen. Bei dem Tage zu Eisenach waren die Sprecher des subjektivistischen Protestantismus versammelt, und diese Herren sind freilich nicht in Verlegenheit mit der Heilung des Uebels. Eine radikale Hülfe, meinte Hr. Rothe, sei nur dann zu finden, wenn die Kirche sich entschließe, das bisherige Verhältniß zu der modernen Bildung aufzugeben und das richtige zu erstreben*). Mit andern Worten: die Kirche soll ihre dogmatische Rechthaberei aufgeben und ihre Dogmatik dem modernen Verständniß anbequemen. In der That höchst sonderbar! Merken die Herren denn nicht, daß die Bourgeoisie in Wahrheit viel weniger von der christlichen Dogmatik genirt ist als von der christlichen Moral? Oder kann man vielleicht auch die christliche Moral dem „modernen Verständniß" anbequemen?

Allerdings führt der Conflikt mit der christlichen Moral in zunehmender Regelmäßigkeit auch zum Abfall von dem ganzen Offenbarungs-Inhalt. Aber nicht um einzelne Dogmen handelt es sich dann, sondern um eine Verkehrung der christlichen Welt- und Lebensanschauung in die materialistische. Die Gefahr dieser Wendung war von Anfang an um so größer, als das System des liberalen Oekonomismus selbst unläugbar mit einem materialistischen Grundzug auf die Welt

*) Berliner Protestant. Kirchenzeitung vom 17. Juni 1865.

gekommen ist. Darauf macht namentlich der Hr. Bischof von Mainz in seiner trefflichen Schrift, die dem System vom christlichen Standpunkt aus nicht weniger scharf zu Leibe geht als Lassalle vom seinigen, wiederholt aufmerksam. „Es ist eine genaue Anwendung der Lehre des Materialismus auf das arme Menschengeschlecht; wie nach dieser Lehre angeblich sich alles Seyn in Stoffatome als Grund von Allem auflöst und wieder zusammenfügt, so soll es mit dem Arbeiterstande gemacht werden; das ist das tiefste, alles erklärende Princip der modernen Volkswirthschaft“ *). Ein protestantischer Lehrer der Nationalökonomie beweist aber überdieß, daß auch die praktische Anwendung des Systems, des Naturgesetzes von Angebot und Nachfrage und seiner Corollarien, auf die materialistische Welt- und Lebensanschauung hinführen müsse. Also mit einem doppelten Zug zur vollendeten Glaubenslosigkeit tritt der liberale Oekonomismus in's Leben, und der Berliner Professor macht den praktischen Zug so einleuchtend als der Bischof von Mainz den theoretischen gemacht hat:

„Diejenigen, welche dem Capital die Herrschaft sichern wollen, müssen nothwendigerweise ihren Kampf ganz vorzüglich gegen den religiösen Glauben der Völker richten. Sie müssen die Ueberzeugungen, die die Menschen von ihrer Würde haben, auszurotten suchen, damit dadurch der Boden frei werde für ihre übrigen Bestrebungen. Denn solange die Menschen einen Werth auf sich legen und sich höher stellen als das Materielle, solange kann man sie nicht den materiellen Interessen unterordnen. Daraus erklärt sich, daß seit dem Beginn der Capitalherrschaft zu gleicher Zeit und dieselbe unterstützend ein Kampf stattgefunden hat zur Ausrottung des Christenthums. Dieses ist keine zufällige Erscheinung. Wenn der Mensch sich würdigt als ein Ebenbild Gottes, dann kann man ihn nicht zu einem bloßen Produktions-Werkzeuge machen . . . Deßwegen haben diejenigen, die der Capitalherrschaft und dem Fortschritt dienen, eine ganz

*) Von Ketteler: die Arbeiterfrage und das Christenthum. Mainz 1864. S. 34.

andere Ueberzeugung von dem Werth und der Bedeutung des Menschen in Geltung zu bringen gesucht, als die christliche von der Schöpfung des Menschen nach dem Ebenbilde Gottes. Sie betrachteten den Menschen nur als eine bestimmte Form der Materie und lassen ihn entstehen aus den ihr inwohnenden Urkeimen. Sie nehmen an, daß in der Zelle der Sitz des Lebens sei, und daß gewissermaßen aus einer Urzelle heraus durch eine Reihe von Entwicklungsstufen alle organischen Wesen sich gebildet haben, und das Menschengeschlecht in direkter Abstammung von den Affen herkomme. Sie betrachten die Menschen nur als eine Art cultivirter Affen. Es ist klar, daß wenn man den Menschen zu einer Classe oder Gattung der bloßen Naturwesen heruntergedrückt hat, man ihn dann auch behandeln kann als ein solches Wesen. Und es ist mithin das Bestreben des Materialismus auf dem Gebiete der Wissenschaft, der Theorie, ganz in Uebereinstimmung mit der Praxis, der Wirklichkeit des Lebens" *).

Man kann indeß die Frage dahingestellt seyn lassen, ob der liberale Oekonomismus auch ohne seine Verbindung mit der libertinischen Bewegung und mit der materialistischen Propaganda sich hätte auswirken können. Thatsache ist es, daß die Partei der Bourgeoisie, in welcher sich das System verkörpert hat, überall in dieser Verbindung aufgetreten ist und auftritt. Ihr Kampf gegen die zwei andern Stände und gegen die volkswirthschaftliche Gebundenheit der überlieferten Societät hat jedesmal gleichsam instinktiv den Charakter eines Vernichtungskampfes gegen die christliche Religion und Kirche selber angenommen. Und je mehr ein Bourgeoisie-Organ auf die Masse des gemeinen Volkes und der Arbeiter berechnet war, desto greller hat es die Farbe dieser Art von Aufklärung getragen. So ist es bis heute; ja die Identificirung der modernen Volkswirthschaft mit dem nacktesten Antichristenthum ist täglich ungenirter hervorgetreten. Professor Huber in Wernigerode hat schon vor Monaten

*) Dr. J. G. Glaser: die Erhebung des Arbeiterstandes zur wirthschaftlichen Selbstständigkeit ꝛc. Berlin, 1865. S. 52.

darauf hingewiesen, daß man von Schulze-Delitzsch nun Aeußerungen höre, deren er noch vor Jahr und Tag sich geschämt haben würde. Seitdem schäumt dieser „König im socialen Reiche" der Bourgeoisie immer noch giftiger und die ganze Partei mit ihm. Ihre volkswirthschaftliche Lehre und ihre antichristliche Philosophie mitsammen und in Eins verbunden verstehen sie unter der „Wissenschaft" mit der sie prahlen, und unter der „Autonomie des Menschengeistes" als deren Ritter sie sich darstellen. „In frechem Mißbrauche" — sagt der gedachte Dr. Huber, der übrigens Hrn. Schulze seinen besten Feind nennt, in den Glaser'schen Jahrbüchern — „in frechem Mißbrauche wird die Wissenschaft zur Lösung für jede rohe, frivole Absurdität oder Frechheit erhoben; alle Lehren, Lehrer, Bekenner, Diener und Dinge der christlichen Religion und Kirche dagegen werden nie anders als mit Ausdrücken des Hasses und der Verachtung erwähnt."

In diesem Zweig ihrer Bestrebungen ist nun die Partei der Bourgeoisie mit dem vollsten Erfolge gekrönt. Die Arbeiter haben das schmeichelnde Gift der ihnen gebotenen Aufklärung in vollen Zügen eingesogen. Es hat ihrem Stolze zugesagt Theilhaber der neuen, über alle dunkeln Fragen kurz entscheidenden Wissenschaft zu werden, und sie lernten mit Freuden auf die Autonomie ihres Menschengeistes zu pochen. Wenn es einen Gott gäbe, meinten sie, so würde derselbe die Arbeiter wohl in bessere Verhältnisse gesetzt haben; und sie erbosen sich über die alten „Pfaffen", welche ihnen dafür den Trost eines mehr als problematischen Jenseits vorgemacht hätten. Mit Einem Wort: die große Masse der Arbeiterwelt spielt fanatische Parteigänger des Materialismus. Diese innere Anschauung schwitzt durch alle Poren ihrer Versammlungen und Vereine. Als ein Beispiel führe ich die lange Rede an, die der Tuchmachergeselle Wahl in Augsburg bei der Stiftungsfeier des dortigen Lassalle'schen Vereins gehalten und der Berliner „Social-Demokrat" vom 2. Juni 1865 veröffentlicht hat. Der Redner spricht wie ein

Professor von seinen Studien im „großen Buche der Natur- und Menschenkunde“, in dem das „Evangelium der Neuzeit“ enthalten sei; er citirt Moleschott über den rechten Grund der Freiheit; er selbst äußert sich darüber wie folgt: „der einseitige Autoritätsglaube der bisherigen Religionen, die alle mitsammen im Irrthum sich befäuden, sei von jeher der Hemmschuh alles Großen gewesen; ohne wahre religiöse, naturwissenschaftliche Aufklärung gibt es keine politische und ohne diese keine socialen Verbesserungszustände.“

Soweit stünde also Alles vortrefflich für die Partei der Bourgeoisie. Aber nun kommt das große Aber. Diese Aufklärung ist in den Händen der Arbeiter ein zweischneidiges Schwert und die scharfe Schneide wendet sich gegen die Lehrmeister der neuen Wissenschaft selber. Die Arbeiter lassen sich die Dogmatik der Bourgeoisie sehr wohl gefallen, aber nicht ihre Moral. Sie verwerfen diese Moral aufs Entschiedenste und — es ist eine merkwürdige Nemesis — sie machen derselben so ziemlich die gleichen Vorwürfe wie die, welche vom Standpunkt des christlichen Sittengesetzes, des großen Gebotes der Liebe, gegen die Bourgeoisie-Moral der kalten erbarmungslosen Selbstsucht erhoben werden müssen. Die Arbeiter ziehen aus der nihilistischen Dogmatik der Bourgeoisie zunächst den sehr natürlichen Schluß: wenn es mit dem Jenseits nichts ist, dann haben wir um so mehr Anspruch auf ein behagliches Befinden im Diesseits. Wenn es keinen Gott gibt, der uns in einem anderen Leben Ersatz leisten kann, dann muß um so mehr die ausgleichende Gerechtigkeit in diesem Leben statthaben. Die Arbeiter anerkennen willig das Verdienst, welches sich die Bourgeoisie um die Vernichtung des „Pfaffenthums“ und seines Aberglaubens erworben habe. Aber sie danken ihr nicht, wenn sie nicht aus ihrem eigenen Thun auch die richtigen praktischen und moralischen Consequenzen ziehen will. Mit diesen Consequenzen verträgt sich ein absolutes Eigenthumsrecht nicht!

„Wir wollen nicht mehr, daß das Capital die Gesellschaft

regiere, sondern die Arbeit soll den Staat regieren, die Leistung soll den Mann empfehlen, nicht die Geburt oder die Gunst. Wir wollen das Capital mit der Arbeit vereinen, wir wollen die vorhandenen Classengegensätze, welche zwischen Arm und Reich bestehen, aufheben; wir wollen einen Durchschnittswohlstand bilden, wir wollen nicht mehr, daß Tausende von Menschen kummervoll dahinsiechen, während Einzelne im Ueberfluß schwelgen; die Erde erzeugt genug, daß sich jeder Mensch satt essen kann, sie bietet genug, daß jeder Mann mit seiner Familie eine gesunde Wohnung haben kann . . . Alle Menschen haben Anspruch auf Leben, Freiheit, Glück"*)!

In der Ausbildung der Bourgeoisie-Partei hat sich der liberale Oekonomismus mit der antichristlichen Propaganda und mit dem modernen Demokratismus solidarisch verbunden und verschwistert. Das wäre wohl die zutreffendste Definition von dem regierenden „Bürgerthum" unserer Tage. Wäre der liberale Oekonomismus nicht eine Lehre, sondern eine Partei oder ein persönliches Wesen, so müßte man sagen, er habe die unsäglichste Dummheit gemacht, indem er sich mit den zwei andern Potenzen eingelassen hat. Denn dieselben schaffen offenbar die Revolution und die Vernichtung gegen ihn. Die Bourgeoisie ist daher der gefährlichste Feind ihres eigenen Systems; durch ihre Allianzen hat sie diesem und sich selbst die Ruthe gebunden, sie hat den Ast abgesägt, auf dem sie saß.

Sollte sich der liberale Oekonomismus ruhig entwickeln und auswirken, so mußte das arme Volk von der Bildung überhaupt so ferne als möglich und so streng als möglich unter der Autorität gehalten werden. Etwa so wie die Sklaven in der alten Welt oder der „Mob" in Neu-England. Wo die Massen der Arbeiter einmal lesen und das öffentliche Leben verstehen gelernt haben, da muß sich ihr denkender Geist gegen die moderne Oekonomie erheben, und es ist nicht

*) Rede des Arbeiters Dürr in Augsburg im „Social-Demokrat" vom 4 Juni 1865.

ohne Bedeutung, daß diese Erhebung verhältnißmäßig am frühesten und systematisch am besten ausgebildet im Vaterlande des Schulzwangs stattgefunden hat. In Stunden der Angst bekennt auch die Bourgeoisie diese Bedingungen ihres wirthschaftlichen Princips durch die offene That. Sie ist in Frankreich 1848 zur Messe gegangen und hat dem „Retter der Gesellschaft" die Hände unter die Füße gelegt. Aber bei dem dreifach widerstreitenden Gesetz in ihren Gliedern gibt es kein widerspruchsvolleres Wesen als diese Partei der Bourgeoisie. Der ihr inhärirende Demokratismus scheint die sogenannte allgemeine Bildung zu fordern; wenn die Demokratie, wie der französische Unterrichtsminister jüngst gesagt hat, in vollen Strömen sich ergießt, muß der Unterricht in gleicher Fülle diesen breiten Strom durchdringen. Sie lechzt also überall nach der Einführung des Schulzwangs und sucht auch sonst ihren Ruhm und Nutzen darin, durch Vereine und Schulen aller Art Bildung im Volke zu verbreiten. Aber wo immer sie dieß thut, meint sie stets die sogenannte „moderne Bildung", der ihr inhärirende religiöse Nihilismus ist der leitende Geist ihres Unterrichts, und dadurch gräbt sie ihrer wirthschaftlichen Stellung endgültig selber die Grube. Gerade durch ihren materialistischen Unglauben zieht sie sich Revolutionäre heran, die gegen Niemand mit brennenderm Haß und zornigerer Gereiztheit erfüllt sind als gegen die eigene Lehrmeisterin. Man lese nur den Berliner „Social-Demokrat" und die Reden der Lassalle'schen Vereine!

Der Herr Bischof von Mainz hat dieses Verhältniß bis auf den Grund erschaut und mit durchsichtiger Klarheit dargestellt. Solch ein unchristlich gewordener Arbeiter muß allerdings sein Schicksal verfluchen, oder er muß mit Ungestüm sein Glück von denen reklamiren, die des Glücks zu viel zu haben scheinen, und er muß eventuell vom Staat die Mittel zur Zwangshülfe verlangen. „Wenn es keine andern Genüsse gibt wie die irdischen, und kein anderes Daseyn als das irdische, so sind die vielen Arbeiter, die große Mehrzahl aller

Menschen elende, unglückliche, jammervolle Menschen, die nicht einen einzigen Gedanken haben, mit dem sie ihr Daseyn und diesen Widerspruch in ihrem Daseyn sich erklären können. Sie sind Menschen wie die Reichen; sie haben das Bedürfniß glücklich zu seyn wie sie, und dennoch sind sie von allen diesen Genüssen, mit Ausnahme von einer Stunde in jeder Woche zu einem Familienfeste und zu einem Vortrag, ausgeschlossen und sollen außerdem im Schweiße des Angesichts das Gegentheil der sinnlichen Genüsse, die mühevolle Arbeit betreiben, um einer kleinen Minderzahl der Menschen den Ueberfluß zu bereiten, den sie entbehren müssen. Das ganze Leben eines solchen Arbeiters muß ihm als ein Räthsel, eine Unbegreiflichkeit, eine Ungerechtigkeit seiner Mitmenschen erscheinen, die ihn mit Haß und Abneigung gegen alle erfüllen muß, die Antheil an jenen Gütern haben. Da arbeiten einige hundert Fabrikarbeiter, um einem reichen liberalen Fabrikanten, der sie vielleicht um ihren Glauben betrogen hat, alle Genüsse des irdischen Daseyns zu verschaffen und der an einem Tage zur Befriedigung seines innern Glückseligkeits-Dranges sich mehr irdische Genüsse verschafft als alle seine Arbeiter mit demselben Drange das ganze Jahr hindurch." Und — so fragt der Hr. Bischof mit Recht — was Anderes kann ein solcher Arbeiter am Ende seines Lebens sich denken als: „Ich habe mein ganzes Daseyn verfehlt und mein Daseyn selbst ist mir ein unerklärliches Räthsel" *)!

Wir werden gleich nachher einen diese Stimmungen nur allzu grell bezeichnenden Aufschrei aus der Seele materialistisch gerichteter Arbeiter gegen ihre bisherigen Leiter und Lehrmeister, gegen die Bourgeoisie-Partei vernehmen. Vorher müssen wir noch auf einen Umstand deuten, der die Unzufriedenheit nothwendig immer mehr anfeuern, und wobei der liberale Oekonomismus selber das Holz zu dem gegen ihn entzündeten Feuer herzutragen muß. Das System, wie wir

*) Von Ketteler a. a. O. S. 126 ff.

gesehen haben, setzt überall eine stets sich steigernde Consumtion voraus; es schafft immer neue Bedürfnisse und Genüsse, es reizt die Gesellschaft mit allen Mitteln zum erhöhten Verbrauch; es macht den Luxus zu einer Tugend, je mehr Genußsucht desto besser; es hebt alle Stände über sich selbst hinaus, um in ihnen breitere Absatzquellen zu eröffnen. Mit diesem Drang zu gesteigertem Genuß setzt das System natürlich auch dem Arbeiter zu, es versagt ihm aber die Mittel zur Befriedigung, denn es bietet ihm nie mehr Lohn als er strikte zum Unterhalt des Lebens bedarf. Auch die Früchte der Strike's ändern hierin nichts; denn wenn auch erzwungene Lohnerhöhungen eintreten, wie z. B. die Pariser Steinhauer jüngst den, wie man meinen sollte, schönen Taglohn von 6½ Franken erpreßt haben, so wird eben das Mehr des Lohns auf alle Produkte geschlagen und gleicht sich durch die allgemeine Preiserhöhung der Lebensbedürfnisse wieder aus. Innerhalb des Systems kann es also nie anders werden: der Arbeiter gewinnt was er zum Leben bedarf, die verfeinerten Genüsse aber, die ihm das System gleichsam unablässig lockend vor die Augen hält, muß er sich versagen.

Darum war die Armuth nie unglücklicher als in dieser Zeit der Eisenbahnen und anderer Wunder des Dampfs; denn das Unvermögen ist nie so tief und so häufig durch Entbehrungen zu Gefühl gebracht worden wie heute. Ich möchte sagen: die Armuth ist heute etwas Anderes und viel Grausameres als sie jemals war. Unter Anderm ist sie jetzt wirklich eine — Schande geworden.

Für diese bitteren Gefühle hat nun das System keine andere Hülfe als den kalten Satz: was man nicht bezahlen kann, das soll man auch nicht begehren. In der englischen Heimath des Systems ist man schon soweit gekommen, von armen Familien im Namen der öffentlichen Sittlichkeit zu verlangen, daß sie eben kinderlos bleiben sollten. Der berühmte Bourgeoisie-Philosoph Stuart Mill sagt es in seiner Nationalökonomie mit dürren Worten, und hat es jüngst bei

den Wahlen wiederholt: „es könne wenig von der Verbesserung der Sitten gehofft werden, ehe nicht die Kinder erzeugenden armen Familien mit denselben Gefühlen betrachtet würden wie Betrunkenheit oder eine andere physische Ausschweifung.“ Ein solches Maß von Entbehrung muthet die Consequenz des Systems den armen Arbeitern zu. Allerdings hat auch die christliche Moral Entsagung gelehrt. Aber sie hat Entsagung und Selbstverläugnung Allen gepredigt, und sie hat den mit Ergebung Entbehrenden einen schönen Lohn im ewigen Leben verheißen. Das System hingegen gestattet den Reichen jede Art von Selbstsucht, ja befiehlt sie ihnen; Entsagung muthet es nur den Armen zu und hat dafür nicht einmal Ersatz in einem bessern Jenseits zu versprechen. Man muß diese ganze Lage in's Auge fassen, um folgenden Aufschrei des Berliner Arbeiter-Organs gegen den modernen Liberalismus und die Bourgeoisie gehörig zu würdigen.

„Der Kampf der liberalen Bourgeoisie gegen das Christenthum ist zu einer schreienden Inconsequenz geworden. Denn wer dem Volke den Himmel nimmt, der muß ihm die Erde geben . . . Es war eine Zeit, da das mündig gewordene Bürgerthum mit gutem Gewissen gegen die Priesterschaft und ihre Lehre auf dem Kampfplatze stand; das Bürgerthum war Sieger in dem Kampfe gegen die Priestermacht, durch das Bürgerthum selbst — und dieß ist eines seiner weltgeschichtlichen Verdienste — ist ein mildes, ein helleres Jahrhundert aufgestiegen. Jetzt gilt es für das liberale Bürgerthum entweder zu bekennen, daß es zu den abgethanen Elementen einer vergangenen Epoche gehört, oder aber, uns sich anschließend, festen Tritts die Consequenz der eigenen Thaten zu verfolgen.“

„Unbarmherzig, unerbittlich ist die Logik: Als die Priesterschaft den Nacken der Menschheit beugte, da gab sie dem leidenden Erdensohne die milde Hoffnung einer andern, einer bessern Welt. In allem Unglück des Lebens, in Kummer und Noth, in Krankheit und Siechthum blieb dem gläubigen Gemüth jener eine süße Trost. Wie aber heute? Auch heute sind Noth und Entbehrung, sind Kummer und Leiden, sind Krankheit und Siechthum auf

Erden. Und sie sind es nicht so, wie sie stets es seyn werden, was auch immer Menschen erdenken mögen — sie sind künstlich zusammengehäuft und künstlich erhöht für die eine Seite, während auf der andern die Freuden und Güter der Erde vereint sind. An die Stelle des Jochs, das Adel und Priesterherrschaft dem Volke aufgebürdet, ist das moderne Joch des allmächtigen Capitals getreten. Und die Bevorzugten in der menschlichen Gesellschaft von heute — was haben denn sie zu bieten jenen Millionen, durch deren ruheloses Daseyn, durch deren in Mühe und Arbeit genährtes Siechthum sie die Freuden der Erde genießen?"

„Wir dulden keine Halbheit und keine Vermittlung, wir wollen die volle Consequenz und die ganze Wahrheit. Ihr erbärmlichen Pharisäer aus den Freien Gemeinden und dem liberalen Bürgerthum, die ihr dem Volk den Trost des frommen Glaubens entrissen habt, und doch das eiserne Joch euerer Maschinen nicht von ihm nehmen wollt, wo ist euere Logik? Die Logik der Weltgeschichte ist strenger als die euere: mit dem Himmel ist es vorüber — das Volk ist berechtigt, die Erde zu reklamiren"*).

Ueber eine solche Sprache stutzt die Bourgeoisie; sie würde an allen Gliedern bebend sich entsetzen, aber sie kann sonderbarer Weise noch immer nicht recht an den bittern Ernst glauben. Sie ist so kopflos verrannt in ihr gewohnheitsmäßiges Toben gegen Christenthum, Kirche und alle noch übrigen Lebensformen derselben, und sie ist in ihrem engen Ideenkreise so verbissen, daß sie die neue Arbeiter-Politik noch immer für eine Art neckischer Luftspiegelung ansieht, die von dem bösen Lassalle hervorgezaubert, mit dem nächsten Wolkenzuge wieder verschwinden werde. Solche Dinge stehen nicht im liberalen Wörterbuche, also können sie auch nicht existiren. Um so schrecklicher wird freilich das Erwachen der Partei aus ihrem übermüthigen und böotischen Taumel seyn. Man kann in der That nicht allen Anschauungen und Einrichtungen der Jahrhunderte und Jahrtausende den Krieg machen und

*) Berliner „Social-Demokrat" vom 12. März 1865.

nur Eines als heilig und unantastbar, als göttliche und unverletzliche Institution zurückbehalten: die jetzigen Eigenthums-Einrichtungen. Es war diese Perspektive, die wie ein Blitz vor dem Geiste des alten Heinrich Heine aufgeleuchtet zu haben scheint, als er vor neunzehn Jahren den jungen Lassalle zum erstenmale sah; der Jüngling machte auf den kranken Spötter den merkwürdig ernsten Eindruck eines ausgeprägten Repräsentanten einer ganz neuen Zeit und unter diesem Eindruck schrieb er an den berüchtigten Varnhagen: „Sie haben gleich mir die alte Zeit begraben helfen und bei der neuen Hebammendienst geleistet — ja, wir haben sie zu Tage gefördert und erschrecken. Es geht uns wie dem armen Huhn das Enteneier ausgebrütet hat, und mit Entsetzen sieht, wie die junge Brut sich in's Wasser stürzt und wohlgefällig schwimmt" *). Die Partei der Bourgeoisie sieht ihre Brut heute noch nicht schwimmen!

Wir haben gesehen, daß beide socialen Parteien, zwischen denen der schwere Conflikt endlich ausgebrochen ist, dem Einfluß der Religion, des Christenthums und der Kirche gleichmäßig feindlich gegenüberstehen Nun sagt man aber, nur das Christenthum könne der Welt und insbesondere dem Arbeiterstande gründlich helfen. Mit allem Recht; denn nur durch den Abfall vom Geist des Christenthums ist auch die sociale Frage geworden, was sie jetzt ist. Prof. Huber hat selbst unter den materiell ganz üppig gedeihenden Pionieren von Rochdale den sehnsüchtigen Seufzer vernommen: „Wo finden wir eine neue Liebeskraft, daran liegt es doch hauptsächlich" **)! Ja, wo finden wir sie?

Bischof Ketteler gibt verschiedene, nicht genug zu empfehlende Mittel an, wie die noch vorhandene christliche Liebes-

*) Literarische Briefe. Aus dem Nachlaß Varnhagens von Ense. Heine's Brief vom 3. Jan. 1846.

**) V. A. Huber: die genossenschaftliche Selbsthülfe und die arbeitenden Classen. Langenberg 1864. S. 36.

kraft den armen Arbeitern helfen und Gegenliebe weckend unter die Arme greifen könnte. Aber wie viel christliche Liebeskraft ist noch vorhanden und über wie große Mittel gebietet sie? Und wenn sie mit leeren Händen kommt — wo findet sie Anknüpfungspunkte im Großen? Das ist die schwere Frage, und wie sie jetzt noch liegt, so scheint sie mir überhaupt unlösbar. Erst muß das Weltgericht entscheiden zwischen den zwei streitenden Parteien und über den liberalen Oekonomismus. Dann, wenn die Welt noch nicht verworfen seyn soll vor den Augen Gottes, werden die gedemüthigten Herzen wieder empfänglich seyn für die Gnade von oben. Jetzt sind sie verhärtet sowohl in der Armuth als im Reichthum; sie kleben — soweit hat der liberale Oekonomismus sein Werk vollbracht — auf beiden Seiten nur an der Materie in jedem Sinne des Wortes.

XXIX.

Spanische Briefe.

IV. Der „Fortschritt" der politischen Parteien in Spanien.

Das Königthum in Spanien befindet sich auf einer schiefen Ebene und ist stark im Abgleiten begriffen. Absolutisten und Carlisten mag es noch in Spanien geben, aber sie bilden keine geschlossene politische Partei. Deßwegen werden sie auch nicht beachtet und nur dann genannt, wenn die Feinde des Thrones und Altspaniens irgendeinen Streich maskiren wollen, den sie im Schilde führen, um die Aufmerksamkeit abzulenken. Sie schreiben auf die Rechnung der Carlisten Putschversuche und Aufstandsplane, welche auf ihre eigene Rechnung fallen. — Die Moderados, deren Haupt

Narvaëz war, sind zerfallen und zerfahren; kaum hat das Ministerium Narvaëz das Ruder niedergelegt, so ist die Kammer, in welcher es die Mehrheit hatte, mit vollen Segeln in das Lager der „liberalen Union" eingefahren. Dieselbe Kammer soll jetzt aufgelöst werden; aber trotz allem würde sie „progressistisch" stimmen, wenn die Progressisten das Ministerium übernähmen.

Es ist sehr schnell gegangen mit O'Donnel und der „liberalen Union"; sie ist progressistisch geworden; sie bittet um die Unterstützung der progressistischen Partei. O'Donnel hat den abgesetzten Castelar wieder eingesetzt. Er hat Conferenzen gehalten mit Prim und Madoz, um die Progressisten zu vermögen, an den Wahlen Theil zu nehmen. Nicht sie haben seine Unterstützung gesucht, er ist bittend zu ihnen gekommen und hat die Macht ihnen zu Füßen gelegt. Vor Zeiten haben die Progressisten noch die königliche Gewalt als oberste Spitze der Regierung im Princip anerkannt. Aber der Fortschritt, dem auch sie unterlegen sind, hat diese Windfahne des monarchischen Princips längst in alle Winde zerstreut. Man sagt, daß es nur noch einen einzigen monarchischen Progressisten in ganz Spanien gebe. Das Königthum hat also gleichsam abgedankt, oder es bittet um das Gnadenbrod, um Anerkennung auf Ruf und Widerruf — durch seine principiellen Gegner.

Wie schnell ist all dieses auf die Anerkennung Italiens gefolgt? O'Donnel und die Seinigen haben sich sehr viel darauf zu gute gethan, daß die französische Regierung in dieser Frage keinen Druck auf die spanische Regierung ausgeübt. Aber was war damit gewonnen? Die natürlichen Consequenzen dieser Anerkennung konnten nicht ausbleiben. Um den „Iberiern" nicht anheimzufallen, sucht man sich den Progressisten anzubiedern, deren natürliche Consequenz und deren Intestat-Erben „die Iberier" sind. Prim und Madoz haben mit O'Donnel conferirt, aber sie haben nichts nach- und nichts zugegeben. Salustiano Olozaga hält sich ferne, und die Direktoren der „Iberia" wollen von Unterhandlungen nichts wissen. Ihr Schlachtruf ist: Entweder Alles oder Nichts (O todo ó nada). Ihr „Alles" ist die Vertreibung der Bourbonen und das — vereinigte Spanien-Portugal. Die Progressisten, heißt es, seien gespalten. Das heißt, ein Theil, worunter man wohl Prim, Madoz und den alten Espartero zu verstehen hat, wollen die Königin noch dulden und gehen lassen, mit der Voraussetzung, daß sie unter dem Aushängeschild ihres Namens unbeschränkt regieren. Aber Olozaga und die Herrn von der „Iberia" sind consequenter, aufrichtiger, unerbittlicher. Bei dem ehrgeizigen Olozaga trifft ohnedem das Wort zu: Facile est odisse, quem laeseris. Er ist ein principieller und persönlicher Gegner der Königin. Ebenso und vielleicht noch mehr die Herrn von der „Iberia." Sie haben einen persönlichen und instinktartigen Haß gegen „Alt-Spanien" und das

Königthum, wenn es mehr als ein bloßer Name und Mittel zum Zwecke ist. Sie werden, wenn sie die Gewalt erlangen, die französische Revolution von 1791—1795 sich zum Vorbilde nehmen.

Die gemäßigten Progressisten werden von ihnen entweder aus dem Sattel gehoben und als „Moderados“ erklärt, oder sie werden von ihnen im Schlepptau nachgezogen. Sie haben weder den Willen noch die Macht, da stehen zu bleiben, wo sie stehen, und das sinkende Königthum zu erheben. Madoz war bei der Königin, d. i. doch wohl, er ist ersucht worden, der Königin die Bedingungen und die Ansprüche der Progressisten vorzutragen, die Bedingungen, unter welchen sie Frieden schließen wollen. Zuerst war nur die Rede davon, die Progressisten zur Theilnahme an den Wahlen zu vermögen, und diese „schon lange drückend über Spanien lastende Gewitterwolke“ progressistischer Enthaltsamkeit zu zertheilen. Aber es zeigte sich, daß man der Partei auch einen Antheil an der Gewalt geben müsse. Die „liberale Union“ ist also zu der Sehnsucht nach der „Fusion“ mit den Progressisten fortgeschritten. In dieser Richtung werden jetzt die Versuche gemacht. Aber ein gemischtes Ministerium O'Donnel-Espartero wird wohl einem rein progressistischen weichen müssen, alles um des Friedens und um der Erhaltung des Königthums willen, alles um dem Prinzen von Asturien den Thron zu sichern. Die Ex-Regentin und Herzogin Maria Christine ist darum ihrem Enkel und dem bedrängten Königthum zu Hilfe geeilt. Sie hat mit Prim und demselben „Regenten“ Espartero Verhandlungen angeknüpft, welcher sie im Oktober 1840 zur Abdankung als Regentin und zur Entfernung aus Spanien vermocht hatte. Es soll den Progressisten die Möglichkeit geboten werden, ohne Anwendung von Gewalt zu der Regierung zu gelangen. Das Königthum dankt an die Progressisten ab, und bittet um Duldung und Schonung. Isabella II. selbst sollte nach Logronno ziehen, um dem „Regenten“ ihre Aufwartung zu machen. Wie weit haben wir noch bis zu der Wiederholung der Abdankungsscene vom Oktober 1840 zu Valencia?

Die „iberische Frage“ scheint einer der Partei günstigen Lösung entgegenzureifen. Denn wenn die Bourbonen nicht mehr in Spanien sind, wird der König von Portugal in „Iberien“ seyn. Das größte Hinderniß der Vereinigung bleibt immer noch die Antipathie der Spanier gegen die Portugiesen und — der Portugiesen gegen die Spanier. „Ich und Alonso gehen nicht in einen Sack.“

XXX.

Beiträge zur Frage über Galileo Galilei und seine römische Verurtheilung.

Fast keine geschichtliche Frage wird vom Parteigeiste mehr entstellt und gehässiger ausgebeutet als die über Galilei und seine römische Verurtheilung. Nicht genug, daß man die Galilei'sche Geschichte zu einem wahrhaften Schreckbilde von Grausamkeit umgestaltet hat; dieselbe muß auch als Beweis dienen, was von der kirchlichen Unfehlbarkeit zu halten sei, und was die Wissenschaft sich von der römischen Inquisition zu versehen habe.

In der Entstellung der Galilei'schen Geschichte haben die Protestanten der letzten zwei Jahrhunderte Unglaubliches geleistet. Dichtkunst und Malerei haben sich in der Bearbeitung des gelegenen Thema's wechselseitig unterstützt. Wem es jedoch um historische Wahrheit zu thun ist, der kann sich längst aus den im Jahre 1818 und 1821 zu Modena erschienenen Memoria e lettere inedite finora e disperse di Galileo Galilei, ordinate ed illustrate con annotazioni dal Cavaliere *Giambattista Venturi* gründlich belehren. Was diese Quellen zur Aufhellung der Geschichte des Galilei bieten, das ist auch bereits in vielerlei Werke übergegangen und neuerdings durch die Bosen'sche Broschüre „Galileo

Galilei und die römische Verurtheilung des kopernikanischen Systems" (Broschürenverein Nr. 5) zur allgemeinen Kenntniß gebracht. Aus ihnen steht geschichtlich fest: 1) daß Galilei keine peinliche Untersuchung bestanden hat; 2) daß er zwar ungefähr vierzehn Tage im Gebäude des Sacro Uffizio gewesen, daß er aber daselbst nicht einen unterirdischen Kerker, sondern das Zimmer des Fiscals bewohnt und die Freiheit im ganzen Hause und Hofe desselben umherzugehen genossen; 3) daß er allerdings durch die Sentenz des Tribunals zu formeller Kerkerstrafe verurtheilt, daß ihm aber als Kerker der Palast seines Freundes, des toscanischen Gesandten zu Rom, bald darauf der eines anderen Freundes, des Erzbischofs Piccolomini zu Siena und nach wenigen Monaten die freie Luft Toscana's angewiesen war. Hoffen wir, daß die entgegengesetzten Verleumdungen nun endlich einmal aus der Geschichte und von den Kathedern verdrängt, der lange vorenthaltenen Wahrheit Platz machen.

Was die anderen Anklagen betrifft, so hören wir dieselben nicht bloß von Akatholiken, sondern auch, obgleich in verschiedenem Sinne, von manchen Katholiken, welchen die kirchliche Ueberwachung der Wissenschaft und namentlich die Indexcongregation Sorge macht. Die Thatsachen, auf denen sie beruhen, sind folgende: Nach den römischen Qualificatoren, welche im J. 1616 über die Lehre Galilei's ihr Gutachten abgaben, ist die Lehre von dem Stillstehen der Sonne philosophisch falsch und wegen ihres Widerspruches mit der heil. Schrift ketzerisch, deßgleichen ist nach ihnen die Lehre von der Bewegung der Erde philosophisch falsch und wegen ihres Widerspruches mit der heil. Schrift, wenn nicht gerade ketzerisch, so doch irrig*) im Glauben. An dieses Urtheil hat sich die

---

*) Ketzerisch heißt ein Satz, welcher eine geoffenbarte Wahrheit, irrig im Glauben, welcher eine Schlußfolge aus ihr negirt. Die Qualificatoren scheinen in ihrem Gutachten davon auszugehen, daß die heil. Schrift ausdrücklich von der Bewegung der Sonne

Congregation des sacro Uffizio in ihrem Urtheile vom 22. Juni 1633 angeschlossen. Sie erklärt, daß Galilei in „starken Verdacht der Häresie" gerathen sei. Und worin soll die Ketzerei, deren sich schuldig gemacht zu haben er verdächtig sei, bestehen? In der „falschen und der heil. Schrift zuwiderlaufenden Lehre: daß die Sonne der Mittelpunkt der Welt sei und daß sie sich nicht von Osten nach Westen bewege; daß die Erde sich bewege und nicht der Mittelpunkt der Welt sei." Ueberdieß hat Galilei auf Beschluß derselben Congregation die vorgenannte Lehre abschwören müssen, und diejenigen Bücher, in welchen das kopernikanische Weltsystem als ausgemachte Wahrheit und nicht als bloße Hypothese vorgetragen wird, sind zu derselben Zeit in das Verzeichniß der verbotenen Bücher aufgenommen worden.

Es bedarf kaum der Erwähnung, daß die Lehre, welche in dem vorerwähnten Erkenntnisse als philosophisch falsch und der heil. Schrift widersprechend bezeichnet ist, weder philosophisch falsch noch auch der heil. Schrift widersprechend sei, und daß Galilei mithin eine in sich wahre und dem Glauben nicht widersprechende Lehre abzuschwören angehalten worden. Eben so ausgemacht ist auch, daß die aus Rücksicht auf das kopernikanische Weltsystem verbotenen Bücher mit diesem System nichts Verdammenswerthes lehren, und daß somit Schriften in's Verzeichniß der verbotenen Bücher gesetzt sind, deren Lehre dem Inhalt der Glaubens- und Sittenlehre nicht widerspricht.

Je weniger nun die vorerwähnten Thatsachen zu leugnen sind, und je offenbarer es namentlich ist, daß Galilei mit Abschwörung des kopernikanischen Systems eine objektiv wahre wissenschaftliche Lehre abgeschworen hat, um so mehr finden darin viele Protestanten den Beweis, daß die katholische Kirche

---

spreche, und daß die Unbeweglichkeit der Erde, wenn sie nicht ebenso ausdrücklich in der heil. Schrift ausgedrückt sei, mindestens aus den Worten der Schrift, z. B. von der Bewegung der Sonne, folge.

sich mit Unrecht die Gabe der Unfehlbarkeit beilege und den wissenschaftlichen Forschungen abhold sei. Zu solchen Anklagen kann sich ein Katholik, ohne seinen katholischen Namen zu opfern, nicht verstehen. Doch um so häufiger ereignet es sich, daß Katholiken, um den römischen Congregationen und namentlich der Indexcongregation einen Hieb zu versetzen, das Urtheil der Congregation gegen Galilei und das Verbot der das kopernikanische System vertheidigenden Schriften zu ungerechten Ausfällen benützen. Was in der Sache des Galilei und des kopernikanischen Weltsystems geschehen ist, das soll uns einen augenfälligen Beweis liefern, wie wenig Gewicht auf das Urtheil der römischen Congregation zu legen sei, und wie sehr zu wünschen wäre, daß die Kirche sich ihres Amtes, die Wissenschaft zu überwachen, ganz begäbe. Den verderblichen Einfluß schildernd, den die kirchliche Censur auf den Gang der Wissenschaften übe, hat man sich sogar zu der überschwänglich kühnen Behauptung verstiegen, daß die Inquisition in Spanien allen wissenschaftlichen Bestrebungen ein Ende gemacht habe, obgleich es doch ausgemacht ist, daß Spanien unter der Herrschaft der Inquisition zehnmal mehr große Gelehrte aufzuweisen hatte, als jetzt.

Was die zuletzt genannten Anklagen betrifft, so hat Hr. Dr. Bosen sich in seiner Broschüre auf diejenigen aus ihnen beschränkt, welche von den Protestanten erhoben werden, und auch diese sind nicht alle erschöpft. Als vollständig erschöpft kann man nur die betrachten: daß die römische Congregation sich in ihrem Urtheil gegen Galilei durch blinde Abneigung gegen die Wissenschaft ꝛc. habe bestimmen lassen, eine Anklage, die zu erheben eine wahre Manie erforderlich ist. Daß Hr. Dr. Bosen auf die übrigen Anklagen und Verdächtigungen weniger eingegangen ist, das läßt sich aus seinem Plane, die Resultate der geschichtlichen Forschungen über Galilei kurz zusammen zu fassen, erklären. Wir können uns aber, auch die übrigen Fragen einer eingehenden Beleuchtung zu unterziehen, in Anbetracht der Zeitumstände um so weniger enthalten, als, wenn

es nicht geschähe, das nicht Geleugnete für eingestanden gelten könnte. Um die Sache möglichst zu erschöpfen, wollen wir hier folgende Fragen discutiren: 1) welche Unfehlbarkeit die Kirche in wissenschaftlichen Fragen beanspruche; 2) ob dem Urtheile der römischen Congregationen, und insbesondere dem des Inquisitionstribunals über Galilei Unfehlbarkeit zukomme; 3) ob die Kirche sich ihres Amtes die Wissenschaft zu überwachen begeben könne; 4) ob die Ueberwachung der Wissenschaft von Seiten der Kirche den Fortschritten jener nachtheilig sei. Die Beantwortung dieser vier Fragen wird uns Gelegenheit bieten zu zeigen, wie unbegründet alles das sei, was man auf die Galilei'sche Geschichte baut.

1) Welche Unfehlbarkeit beansprucht die Kirche in wissenschaftlichen Fragen?

Die Unfehlbarkeit der Kirche in der Lehre erstreckt sich so weit und nicht weiter als ihre von Christus dem Herrn erhaltene Sendung zu lehren. Was nun aber diese betrifft, so ist die Aufgabe der Kirche keine andere, als die Glaubens- und Sittenregel zu verkünden. Was immer demnach diese Aufgabe einschließt oder bedingt, in dem ist die Kirche unfehlbar, und was dieselbe nicht einschließt noch bedingt, das ist auch ihrer Unfehlbarkeit fremd. Mit Hülfe dieser Regel kann es uns nicht schwer fallen, die Grenze, bis zu welcher die Unfehlbarkeit der Kirche reicht, zu bestimmen und darnach die oben aufgestellte Frage zu lösen.

Betrachten wir zunächst, was die Aufgabe einschließe: Ist die Kirche in Sachen des Glaubens und der Sitten eine unfehlbare Lehrmeisterin, so kann sie mit Unfehlbarkeit nicht bloß Zeugniß darüber ablegen, was sie als geoffenbart erhalten, und darnach das Dogma und die Sittenregel bestimmen, sondern auch das geoffenbarte Wort Gottes erklären, d. h. in seinen Folgerungen und Voraussetzungen entwickeln und das ihm Widersprechende bezeichnen. So schließt die Unfehlbarkeit der Kirche als Lehrerin der Glaubens- und

Sittenregel die Unfehlbarkeit ihres Urtheils darüber ein, was aus der genannten Regel logisch folge und was ihr als logische Folgerung widerspreche. Die Kirche kann daher mit Unfehlbarkeit nicht bloß das Dogma definiren und folglich die dasselbe geradezu negirende Ketzerei verdammen, sondern auch logische Schlußfolgerungen aus dem Dogma ziehen und folglich die ihnen widersprechenden Irrthümer verwerfen. Hieraus wird begreiflich, mit welcher Gewißheit die Kirche über Sätze und Schriften urtheile, sofern die Uebereinstimmung oder Nichtübereinstimmung derselben mit dem geoffenbarten Glauben entweder unmittelbar einleuchtet oder doch durch logischen Schluß erkannt wird. In diesen Urtheilen der Kirche Unfehlbarkeit absprechen, das hieße so viel als die Unfehlbarkeit der Kirche zwecklos machen.

Und was bedingt die vorgenannte Aufgabe der kirchlichen Sendung? Alles und jedes, was dieselbe zu erfüllen erforderlich ist, und damit haben wir ein zwar großes, aber auch scharf begrenztes Feld der kirchlichen Lehrauktorität und Unfehlbarkeit.

Die besprochenen Bedingnisse ergeben sich von selbst aus dem behandelten Lehrgegenstande der Kirche. Was die Kirche zu lehren hat, ist das ihr von den Aposteln mündlich und schriftlich überlieferte Offenbarungswort. Und wie hat sie zu dessen Erkenntniß zu gelangen? Nicht durch fortgesetzte neue Offenbarung oder Inspiration. Die Heilswahrheiten sind der Kirche, daß sie dieselben bis zum Ende der Zeiten lehre, durch Christus und die Apostel theils bloß mündlich, theils schriftlich zugleich und auf einmal übergeben. Die nachfolgende Kirche kann daher nicht anders als durch das Zeugniß der vorhergehenden, also auf geschichtlichem Wege zu ihrer Kenntniß gelangen, und der Antheil den Gott daran hat, besteht nicht in Eingebung der Lehren, sondern in Bewahrung vor Irrthum. Muß aber die Kirche durch den Gebrauch natürlicher Erkenntnißmittel zur richtigen Erkenntniß der einmal ihr anvertrauten Heilswahrheiten gelangen, so muß auch der

göttliche Beistand, durch den sie in ihrer Erkenntniß vor Irrthum bewahrt wird, auf alles das sich erstrecken, von dem die richtige Erkenntniß abhängt. Dazu gehört vor Allem, daß das mündliche und geschriebene Wort Gottes von Geschlecht zu Geschlecht wahr und unverfälscht überliefert werde. Denn könnte es sich durch menschlichen Irrthum ereignen, daß, was Gottes Wort nicht ist, als solches überliefert würde, so wäre es um die Unfehlbarkeit in Erkenntniß der Heilswahrheiten geschehen. Eben so unfehlbar muß ferner die Kirche, so fern es sich um die Heilswahrheiten handelt, im Verständnisse des göttlichen Wortes seyn. Denn könnte die Kirche in Sachen des Glaubens und der Sitten das Wort Gottes unrichtig verstehen, so könnte das unrichtige Verständniß des göttlichen Wortes einen Irrthum in der Glaubens- und Sittenlehre nach sich ziehen.

Was wir von dem Verständnisse des göttlichen Wortes, und insbesondere der heil. Schrift in Glaubens- und Sittenlehren sagen, das würde man ganz ohne Grund auf den g a n z e n Inhalt der heil. Schrift ausdehnen. Denn ist auch die ganze heil. Schrift, weil durch die Inspiration des heil. Geistes zu Stande gekommen, als Wort Gottes im weitern Sinne des Ausdrucks zu betrachten, so ist doch nicht ihr ganzer Inhalt geoffenbart. Man kann daher in Wahrheit sagen, daß sie die göttliche Offenbarung enthalte, ohne in allen ihren Theilen göttliche Offenbarung zu seyn. Daraus, daß Einiges in der heil. Schrift nicht göttliche Offenbarung ist, folgt zwar nicht, daß man Einiges in ihr als unwahr betrachten könne, denn das gestattet die göttliche Inspiration, aus welcher Alles geschrieben ist, nicht; es folgt jedoch, daß nicht Alles zur Hinterlage des Glaubens gehöre, und daß es f o l g l i c h in der heil. Schrift Sachen gebe, in deren Verständniß die Kirche auf Unfehlbarkeit keinen Anspruch hat. Und was ist der Grund für diesen unseren Schluß? Wie geht daraus, daß nicht der ganze Inhalt der heil. Schrift geoffenbart sei, hervor, daß es in ihr Sachen gebe, die mit

Unfehlbarkeit zu erklären nicht zum Berufe der Kirche gehöre? Die Aufgabe der Kirche läßt sich nicht weiter ausdehnen, als ihr Zweck erheischt; nun fordert aber der Zweck, zu welchem Christus seine Kirche unfehlbar wollte, ihre Unfehlbarkeit nicht in Dingen, welche zum geoffenbarten Glauben und zur Sittenlehre nicht gehören.

Welche Sachen in der heil. Schrift als zum Offenbarungsglauben nicht gehörig zu betrachten seien, das zu bestimmen hält in vielen Fällen schwer, und nur der Kirche steht darüber die Entscheidung zu. Wir irren aber wohl nicht, wenn wir den Sinn der heil. Schrift in den Stellen von der Befestigung der Erde und von der Bewegung der Sonne zu der Classe von Dingen rechnen, die, weil sie nicht geoffenbart sind und die Sitten nicht betreffen, keinen Gegenstand des göttlichen Glaubens und der unfehlbaren kirchlichen Interpretation bilden, und deren Aufklärung man einzig und allein von der Wissenschaft erwarten muß.

Nach dem bisher Gesagten kann es nicht schwer fallen, die Frage zu beantworten, welche Unfehlbarkeit die Kirche in wissenschaftlichen Fragen beanspruchen könne und beanspruche. Die Kirche, welche Wissenschaften zu lehren nicht berufen ist, kann sich in wissenschaftlichen Fragen an und für sich keine Unfehlbarkeit beimessen. Hiernach bilden naturgeschichtliche, geologische, geographische, astronomische, geschichtliche, philologische und philosophische Fragen, weil an und für sich keinen Gegenstand der Lehrauktorität der Kirche, auch an und für sich keinen ihrer Unfehlbarkeit Das hindert jedoch die Kirche nicht, über die Resultate der Wissenschaft in sofern mit Unfehlbarkeit zu urtheilen, als dieselben dem Glauben widersprechen, und der Grund dafür ist offenbar. Denn kann die Kirche mit Unfehlbarkeit aus dem Glauben Folgerungen ziehen, so kann sie auch mit Unfehlbarkeit darüber entscheiden, ob eine Lehre, sei sie nun Resultat der Wissenschaft oder eine bodenlose Behauptung, dem Glauben widerspreche, so lange es sich darin um logische Schlußfolge handelt.

Doch nicht immer läßt es sich durch logische Schlußfolge erkennen, ob ein wissenschaftliches Resultat als Negation des Glaubens zu betrachten sei. Das gilt, wie von anderen, so auch von verschiedenen wissenschaftlichen Fragen, welche deßhalb in Beziehung zum Glauben stehen, weil die heil. Schrift in einem nicht geoffenbarten Theile etwas über sie enthält. Eine solche Frage haben wir in der über den Stillstand der Sonne und die Bewegung der Erde. Die Lehre über den Stillstand der Sonne und über die Bewegung der Erde könnte nur deßhalb im Widerspruche mit dem Glauben stehen, weil damit etwas das in der heil. Schrift enthalten ist, geleugnet würde, und da die bezüglichen Schriftstellen nicht als geoffenbart zu betrachten sind, so würde der Widerspruch der genannten Lehre mit dem Glauben in der Leugnung des Dogmas der Inspiration bestehen. Um aber sagen zu können, die heil. Schrift werde mit der Lehre vom Stillstande der Sonne 2c. für falsch und daher für nicht inspirirt erklärt, müßte man schon im Voraus gewiß seyn, daß die heil. Schrift nicht von der scheinbaren, sondern von der wirklichen Bewegung der Sonne 2c. spreche. Darin haben wir aber eine Frage, deren Lösung die Kirche, wenn es sich nicht um ein Offenbarungsfaktum handelt, von der Wissenschaft erwartet und erwarten muß. Aehnlicher Weise hängt die Frage, ob die Existenz der Antipoden mit dem Glauben streite, von einer andern über die Gestalt der Erde ab, deren Lösung Aufgabe der Wissenschaft ist. Ist nämlich die Erde so geformt, daß die Annahme der Antipoden die von Menschen, die verschiedenen Ursprungs sind, einschließt, so widerspricht die Lehre von den Antipoden der über die Abstammung aller Menschen von einem Menschenpaar und der von dem Uebergang der Erbsünde auf alle Menschen; dagegen steht dieselbe Lehre in keinem Widerspruche mit dem Glauben, wenn die Erde so gestaltet ist, daß die Gegenfüßler von demselben Menschenpaare abstammen können. Und woher muß denn die Frage, ob die Lehre von den Antipoden sich mit dem

Glauben vertrage, ihre Lösung anders erhalten als von der Wissenschaft?

Das weiß auch die Kirche wohl. Sind die wissenschaftlichen Resultate derartig, daß ihr Widerspruch unmittelbar oder mittelbar evident ist, so verdammt sie dieselben, auf ihre unfehlbare Lehrauktorität gestützt. Sind dagegen die wissenschaftlichen Resultate so, daß ihr Widerspruch mit dem Glauben weder unmittelbar einleuchtet, noch auch durch logische Schlüsse sich vermitteln läßt, sondern von wissenschaftlichen Forschungen abhängt, so urtheilt sie über dieselben nur in Anlehnung an diese Forschungen und geht also von Voraussetzungen aus, die zutreffen mögen, aber auch nicht zutreffen können, und deßhalb kann ihr Urtheil, obgleich es Gehorsam erheischt, auf Unfehlbarkeit in ihnen keinen Anspruch machen.

2) Ob dem Urtheile der römischen Congregationen, und insbesondere dem des Inquisitionstribunals über Galilei Unfehlbarkeit zukomme?

Die Urtheile der römischen Congregationen sind immer Urtheile von höchster Stelle, weil der Papst so an der Spitze aller dieser Congregationen steht, daß ihre Akte vor seiner Bestätigung nichtig sind. Daher ist es nicht ganz richtig, wenn man; wie Hr. Dr. Bosen S. 24 und 25 thut, den Ausgang des Galilei'schen Processes so darstellt, als habe das Inquisitionstribunal sein Urtheil über Galilei gesprochen und ausgeführt, ohne daß der Papst dasselbe bestätigt hatte; denn die Ausführung setzt die vorgängige Bestätigung des Papstes voraus. Wenn wir daher die Urtheile der römischen Congregationen nicht für unfehlbar halten, so ist der Grund nicht darin zu suchen, daß dieselben ohne Mitwirkung des Papstes zu Stande kommen.

So wenig übrigens der Papst von den Congregationen zu trennen ist, eben so wenig sind ihre Entscheidungen als Entscheidungen e cathedra zu betrachten. Denn mögen sie auch immerhin eine Entscheidung e cathedra vorbereiten können

und mitunter auch vorbereiten, eine Entscheidung e cathedra sind sie für sich nicht. Sie betreffen entweder bloß die Disciplin, und dann würde man absurder Weise in ihnen eine Entscheidung e cathedra suchen, oder sie haben es mit dem Glauben zu thun, und dann wollen sie denselben nicht entscheiden, sondern dem Entschiedenen oder der gewöhnlichen Ansicht der Theologen folgend, durch Entfernung schlechter Schriften die dem Glauben drohende Gefahr beseitigen. Dieser Stimmung gemäß sind sie auch häufig auf Wahrscheinlichkeit gestützt und unbestimmt gefaßt, so daß sie sich über die Nichtübereinstimmung oder über den Grad der Nichtübereinstimmung einer Lehre mit dem Glauben unbestimmt ausdrücken. Das alles paßt zu Glaubensentscheidungen nicht. Dazu kommt, daß die Entscheidungen der Congregationen, obgleich mit Bestätigung des Papstes, doch nicht in seinem Namen erlassen werden. Wo der Papst eine Glaubensentscheidung trifft, da gibt er dieselbe nicht im Namen einer Congregation, sondern im eigenen und auf die feierlichste Weise.

Sind demnach auch die den Glauben betreffenden Dekrete der römischen Congregationen mit Ehrerbietigkeit und Gehorsam aufzunehmen, so sind sie doch keine Glaubensentscheidungen und können auf Unfehlbarkeit keinen Anspruch machen. Indeß würde man unsers Erachtens falsch argumentiren, wenn man die aus dem Irrthum des Inquisitionstribunals in der Sache des Galilei gegen die Unfehlbarkeit der Kirche entnommene Einwendung (mit Bosen und Anderen) damit zu beseitigen glaubte, daß wir die römischen Congregationen nicht für unfehlbar halten.

Denn es handelt sich im Urtheile über Galilei nicht um einen Irrthum, in den bloß die römische Congregation gefallen wäre, sondern um einen solchen, den, Wenige ausgenommen, die ganze Christenheit über 1600 Jahre getheilt hat. Entweder betraf daher das Urtheil des Inquisitionstribunals über Galilei eine Sache, in welcher der Kirche keine Unfehl-

barkeit zusteht, und dann folgt aus seinem Irrthume nichts gegen die Unfehlbarkeit der Kirche, oder es betraf eine Sache, in welcher die Kirche unfehlbar seyn muß, und dann steht zwar der Irrthum der Congregation der kirchlichen Unfehlbarkeit nicht entgegen, es ist aber dennoch um die Unfehlbarkeit der Kirche geschehen, welche in einer Sache, in welcher sie unfehlbar seyn sollte, thatsächlich über 1600 Jahre geirret hat. Diese Schwierigkeit läßt sich auch damit nicht beseitigen, daß die Kirche den vorgenannten Irrthum nie förmlich sanctionirt hat. Oder soll die Kirche vielleicht bloß in ihren feierlichen Entscheidungen, nicht aber auch in ihrem traditionellen Glauben unfehlbar seyn?

Glücklicher Weise betrifft das Urtheil über Galilei einen Gegenstand, in welchem die Kirche auf Unfehlbarkeit keinen Anspruch macht.

Nach dem Urtheile der römischen Congregation war Galilei „in starken Verdacht der Ketzerei" gerathen, nämlich festgehalten zu haben die „falsche und der hl. Schrift zuwiderlaufende" Lehre: „daß die Sonne der Mittelpunkt der Welt sei, und daß sie sich nicht von Osten nach Westen bewege"; „daß die Erde sich bewege und nicht der Mittelpunkt der Welt sei"; „daß man eine Meinung als wahrscheinlich festhalten und vertheidigen könne, nachdem sie als schriftwidrig erklärt ist."

Was hat nun die Congregation mit dieser Erklärung ausgesprochen? Etwa, daß die Bewegung der Sonne um die Erde geoffenbart und daher Dogma des göttlichen Glaubens sei? Wenn das, so wäre ihr Irrthum ein wahrer Irrthum im Glauben. Doch das finden wir in dem vorgenannten Urtheile nicht. Die Lehre vom Stillstande der Sonne und von der Bewegung der Erde wird hier nur für „falsch und der heil. Schrift zuwiderlaufend" erklärt; das könnte sie seyn, ohne daß die Stellen der hl. Schrift über die Bewegung der Sonne und den Stillstand der Erde göttliche Offenbarung zu seyn brauchen: der heil. Schrift widersprechend, wie von selbst einleuchtet; falsch, denn dieser Ausdruck scheint

nichts anderes, als den Widerspruch mit physischen Thatsachen zu bedeuten, und überdieß folgt die Falschheit aus dem Widerspruche mit der heil. Schrift. Die Censur, mit welcher die kopernikanische Lehre als „falsch und der hl. Schrift zuwiderlaufend“ bezeichnet wird, drückt daher noch nicht aus, daß ihr Gegentheil göttliche Offenbarung sei.

Das finden wir auch darin nicht, daß Galilei mit dieser Lehre in „starken Verdacht der Ketzerei“ gerathen seyn soll. Denn daß dieses nicht deßhalb geschehen sei, weil er damit eine ketzerische Lehre ausgesprochen habe, geht schon daraus hervor, daß dieselbe Lehre gleich darauf nur „falsch und der hl. Schrift zuwiderlaufend“ genannt wird. Darum haben wir den Grund des „Verdachtes der Ketzerei“ nicht darin zu suchen, daß er eine an sich ketzerische Lehre vorgetragen habe, sondern darin, daß die vorgetragene Lehre zur Ketzerei führe oder auf ketzerischen Voraussetzungen beruhe. Beides würde aber, wenn das kopernikanische Weltsystem wirklich der heil. Schrift widerspräche, in Galilei zutreffen. Dieser hätte dann mit der Vertheidigung des genannten Systems die Falschheit der hl. Schrift gelehrt, was sich mit ihrer göttlichen Inspiration nicht verträgt, und so würde seine Lehre ketzerische Folgerungen enthalten. Ueberdieß legt die Congregation ein großes Gewicht darauf, daß Galilei das früher ergangene Verbot nicht beachtet habe, womit er den Verdacht erweckt, „daß man (nach ihm) eine Meinung als wahrscheinlich festhalten und vertheidigen könne, nachdem sie als schriftwidrig erklärt worden“, und darnach würde auch die Lehre Galilei's über die Auktorität der Kirche verdächtig seyn.

So bleibt denn als Gegenstand, in welchem die römische Congregation geirrt habe, nur das Eine übrig: daß sie die Stellen der hl. Schrift über die Bewegung der Sonne 2c. nicht von ihrer scheinbaren, sondern von ihrer wirklichen Bewegung verstanden habe. Was aber dieses Verständniß der Schriftstellen betrifft, so hatte die Congregation dasjenige, das man stets vor ihr und noch lange nach ihr gehabt hat,

und darum ist ihr auch, wie oben bemerkt wurde, ihr Irrthum mit der ganzen Kirche gemein. Gibt es indeß etwas in der heil. Schrift, das nicht als göttliche Offenbarung zu betrachten ist, so sind es, wie man meinen sollte, die Ausdrücke, die als die Bewegung der Sonne und den Stillstand der Erde bezeichnend so lange verstanden worden sind, und darum haben wir in denselben Ausdrücken etwas, in dessen Erklärung die Kirche, wie oben gezeigt wurde, an die Wissenschaft sich anlehnt und auf Unfehlbarkeit keinen Anspruch macht. Wenn die Kirche darin mit der Wissenschaft irret, so schadet das ihrer Unfehlbarkeit eben so wenig, als wenn sie in profanen Wissenschaften, die mit dem Glauben in keine Berührung kommen, in Irrthum verfällt; denn der Irrthum betrifft nicht den Glauben, sondern wissenschaftliche Resultate und zwar so, daß der Glaube darin unangetastet bleibt.

3) Ob die Kirche sich ihres Amtes die Wissenschaft zu überwachen begeben könne?

Aus dem Gesagten erhellt, daß mitunter die Vereinbarlichkeit oder Unvereinbarlichkeit gewisser wissenschaftlichen Resultate mit dem Glauben nicht Gegenstand der unfehlbaren kirchlichen Lehrauktorität, sondern der Wissenschaft sei, und daß daher die Kirche in ihrem Urtheile über dieselbe sich an die Wissenschaft anlehne und anlehnen müsse. Es gilt das in allen den Fällen, wo die Resultate der Wissenschaft und der Glaube in solcher Beziehung zu einander stehen, daß, um ihr wechselseitiges Verhältniß zu erkennen, logische Schlüsse nicht genügen, sondern wissenschaftliche Voraussetzungen erforderlich sind. Sollte aber hieraus nicht folgen, daß die Kirche sich ihres Amtes, die Wissenschaft zu überwachen, begeben sollte?

Keine Klage ist in neuerer Zeit entschiedener erhoben, als daß die Kirche in Ueberwachung der Wissenschaft die Grenzen ihres Rechtes überschreite. Sie bildet eine Art Feldgeschrei, das, von einem Punkte ausgehend, in verschiedenen

Ländern sich vernehmbar macht. Die Kirche, meint man, sollte die Wissenschaft sich selbst überlassen. Diese bedürfe der kirchlichen Ueberwachung nicht; denn, wenn sie sich auch bisweilen verirre, so könne und werde sie sich doch aus sich wieder zurecht finden. Dabei wird dann, aus lauter Sorge für die richtige Stellung der Kirche, alles aufgewärmt was die kirchenfeindliche Presse zur Schmähung der Kirche in Sachen der Inquisition gebracht hat, und man weiß nicht genug den Schaden zu betonen, welchen die kirchliche Ueberwachung der Wissenschaft dieser zugefügt habe. Es könnte das in gewissem Sinne berechtigt scheinen, wenn man sich auf die Fragen beschränkte, deren Lösung die Kirche von der Wissenschaft erwarten muß. Doch man liebt das Distinguiren eben so wenig wie die Logik und dehnt derlei kühnen Behauptungen auf alles aus.

Indeß angenommen, es sei alles wahr, was man über den schädlichen Einfluß der kirchlichen Censur auf die Wissenschaft aus kirchenfeindlichen Quellen vorbringt, folgt dann schon, was man so siegesgewiß daraus herleitet: daß die Kirche sich ihres Amtes, die Resultate der Wissenschaft zu überwachen, begeben sollte? Was die Kirche dieses ihr Amt auszuüben bestimmt, das ist die Gefahr, welche die wissenschaftlichen Resultate entweder an sich, weil sie im Widerspruche mit dem Glauben stehen, oder in Anbetracht der Umstände, weil sie in solchem Widerspruche zu seyn gelten, dem Glauben und damit dem Seelenheile bereiten. Ist aber das der Grund und ist dieser Grund nicht zu leugnen, wie kann dann ein katholischer Theologe denken, daß die Kirche die Wissenschaft sich selber überlassen solle? Er müßte offenbar annehmen, daß der mögliche Fortschritt, den die Wissenschaft auf ihren Irrfahrten machen könnte, höher anzuschlagen sei, als das Heil einer großen Menge von Seelen, während jedes Kind in seinem Katechismus findet, daß eine Seele mehr gelte als die ganze Welt und folglich alle Wissenschaft; er müßte die Wissenschaft, die uns als Mittel zur

Erreichung unsers Endzweckes gegeben ist, als den Endzweck betrachten. Diese Absurdität ist zu kolossal, als daß man sich bei ihr noch einen Augenblick aufhalten könnte. Wem sie nicht einleuchtete, dem fehlte es entweder am Glauben, oder sein Herz wäre von Leidenschaften bethört, oder er hätte es zu logischem Denken nicht gebracht. Schließen wir daher, daß die Kirche, und wenn darüber alle Wissenschaft zu Grunde ginge, sich ihres Amtes deren Resultate zu überwachen nicht begeben könnte, und daß das bezügliche Ansinnen, mit platten Worten ausgedrückt, ein wahrhaft unchristliches sei.

4) Ob die Ueberwachung der Wissenschaft von Seiten der Kirche den Fortschritten jener nachtheilig sei?

Der Mißbrauch, der mit dem Worte Fortschritt getrieben wird, macht es nothwendig, daß wir uns vor Allem darüber klar werden, was denn wissenschaftlicher Fortschritt sei. Nichts ist gewöhnlicher, als daß man die Sprünge, mit welchen unsere Philosophie aus dem einen Unsinn in den anderen fällt, als einen Fortschritt betrachtet, mag sie auch mit ihren riesenmäßigen Anstrengungen aller Wahrheit baar dahin zurückkehren, von wo sie vor mehr als zweitausend Jahren ausging. Den ersten ungeheuren Fortschritt, den die neuere Philosophie gemacht hat, sollen wir in dem Cartesischen Schlusse haben: Cogito, ergo sum, als bedürfe es zur Erkenntniß seiner selbst logischer Schlüsse, und als könne man je auf diesem Wege zu solcher Erkenntniß gelangen. Wenn dann Kant alle unsere Erkenntnisse, ihres objektiven Gehalts entkleidet, zu Formen der Anschauung machte, so war das wieder ein Fortschritt. Ein noch größerer war der des alten Fichte, als er den Kantischen Formalismus zum vollständigen Idealismus ausprägte. Noch weiter sind unsere Pantheisten fortgeschritten, wenn sie mit ihren luftigen Spekulationen sich zu Weltschöpfern machen, und auf der Höhe des Fortschrittes stehen die Apostel des Materialismus, welche da wieder angelangt sind, wo vor Christus Epicur stand.

Der Fortschritt in der Wissenschaft besteht nicht in ziellosen Sprüngen; er hat die Wahrheit zum Ziele und ist ohne Fortschritt in Erkenntniß der Wahrheit undenkbar, mag dieser Fortschritt nun in Entdeckung neuer Wahrheiten oder in deren neuer und besserer Begründung bestehen. Wo immer daher die Wissenschaft von der erkannten Wahrheit abirrt, da macht sie Rückschritte, so sehr sie sich auch ihrer Fortschritte rühmt.

Diesen Begriff des wahren wissenschaftlichen Fortschrittes vorausgesetzt, kann es nicht schwer halten zu zeigen, daß die kirchliche Ueberwachung der Wissenschaft den Fortschritten dieser statt nachtheilig, nützlich seyn muß.

In der That können wir uns nur wenige Fälle denken, in welchen die kirchliche Auktorität auf den Gang der Wissenschaften störend einwirken könnte, und auch was diese betrifft, kann die Störung weder groß noch auch nachtheilig seyn. Es sind das diejenigen Fälle, in welchen das Verhältniß der wissenschaftlichen Resultate zum Glauben wieder als Resultat wissenschaftlicher Forschungen zu betrachten ist. Hier kann es sich ereignen, daß die Kirche, an die gewöhnlichen Ansichten sich anlehnend, einer neu auftauchenden Ansicht feindlich entgegentrete. Etwas Anderes wissen auch die Verfechter der absoluten Freiheit der Wissenschaft nicht zu nennen; denn wo sie den schädlichen Einfluß der kirchlichen Ueberwachung auf die Wissenschaft zu beweisen suchen, da kommen sie immer auf die von Galilei geforderte Abschwörung des kopernikanischen Weltsystems zurück, oder sie verfallen auf die gegen sie zeugende spanische Inquisition. Wie wenig indeß die Stellung, welche die Kirche dem kopernikanischen Systeme gegenüber eingenommen hat, dessen Verbreitung Eintrag thun konnte, das geht aus den Thatsachen hervor, die Hr. Dr. Bosen in seiner angeführten Schrift festgestellt hat. Denn warum verfiel Galilei der Inquisition? Warum wurden verschiedene das kopernikanische System vertheidigende Schriften auf das Verzeichniß verbotener Bücher gebracht? Einzig und allein, weil nach ihnen

das vorgenannte System, obgleich noch gar nicht bewiesen, dennoch mehr als bloße Hypothese seyn sollte. Konnte man aber zu den Zeiten Galilei's das kopernikanische System als Hypothese vertheidigen, so war noch nichts geschehen, das dessen Annahme und damit den Fortschritten der Astronomie hinderlich seyn mußte. Ueberdieß möchte es den Verfechtern der absoluten Freiheit der Wissenschaft schwer fallen zu zeigen, daß die kirchlichen Proceduren gegen das genannte System dessen weiterer Begründung im Geringsten geschadet haben. So ist es denn leeres Geschrei, wenn man für die Wissenschaft von ihrer kirchlichen Ueberwachung Nachtheile fürchtet.

Doch die eben besprochene Ueberwachung der Wissenschaft in Fragen, welche mit dem Glauben nur entfernt zusammenhängen, ist es nicht, welche den Vertheidigern der absoluten wissenschaftlichen Freiheit Furcht einflößt. Sie wissen so gut wie wir, daß Werke über derartige Fragen jetzt wenig zu fürchten haben. Die kirchlichen Censurbehörden haben mit den Werken, welche mit dem Glauben in offenbarem Widerspruche stehen, schon viel zu viel zu thun, als daß sie sich auch noch auf die einlassen könnten, deren Widerspruch mit dem Glauben problematisch ist. Ueberdieß hat die Kirche in der Sache Galilei's auch durch die Erfahrung bewährt gefunden, was sie im Principe schon früher wußte, daß sie mit Anlehnung an die wissenschaftlichen Resultate, mögen diese auch noch so gewiß zu seyn scheinen, vor Irrthum nicht sicher ist, und das endlose Aergerniß, zu dem diese Geschichte ausgebeutet wird, kann sie nicht ermuthigen, eine zweite Galilei-Geschichte zu bieten.

Was die Vertheidiger der absoluten Freiheit der Wissenschaft im Hinblicke auf die kirchlichen Censurbehörden zu dem Angstgeschrei, daß die Wissenschaft in Gefahr sei, treibt, das ist nicht die Gefahr der Wissenschaft an sich, sondern die ihrer eigenen. Der katholische Gelehrte, dessen Grundsatz es ist, vor Allem katholisch zu seyn, fürchtet die Censurbehör-

den weder für sich noch auch für die Wissenschaft; wer dagegen das Bewußtseyn hat, daß er sich im Widerspruche mit der Kirche befindet, den verfolgt das Gespenst der Censurbehörden überall hin, und es gibt für ihn kein Mittel, sich von dem drückenden Gedanken, daß die Wissenschaft in Gefahr sei, zu befreien, so lange er nicht mit der Kirche zu denken sich entschließt.

Daß indeß der Wissenschaft aus ihrer kirchlichen Ueberwachung in den Fragen, welche mit dem Glauben und den Sitten in logischer Verbindung stehen, keine Gefahr drohe, das liegt unseres Bedünkens so auf flacher Hand, daß um es nicht zu sehen, ein hoher Grad geistiger Voreingenommenheit erforderlich ist. Besteht der Fortschritt der Wissenschaft nicht in absurden Meinungen, wie in den letzten Jahrhunderten zur Verwirrung der Köpfe so viele aufgetaucht sind, sondern in Erkenntniß der Wahrheit, sind irrthümliche Ansichten nicht als ein Fortschritt sondern als ein Rückschritt in der Wissenschaft zu betrachten, so kann es die Wissenschaft nur vor Abwegen bewahren, wenn die Kirche ihre Resultate an dem untrüglichen Probierstein des Glaubens prüft, und die kirchliche Ueberwachung der Wissenschaft ist, weit entfernt ihrem Fortschritte nachtheilig zu seyn, eine Leuchte für sie.

Aber, sagt man, die Wissenschaft kann sich aus sich selbst zurecht finden und bedarf daher dieser Leuchte nicht. Wenn wir diesen Satz nach der Geschichte prüfen, so haben wir gegen seine Wahrheit Vieles zu erinnern. Oder ist es nicht Thatsache, daß die Wissenschaft, je weiter wir uns vom Ursprunge des Menschengeschlechtes entfernen, desto mehr in Erkenntniß religiöser Wahrheit auf Abwege gekommen ist? Ist es nicht eben so sehr Thatsache, daß auch die Völker, denen das Licht der Offenbarung noch nicht geleuchtet, den absurdesten Irrthümern in religiösen Dingen huldigen? Ist es nicht abermals Thatsache, daß unsere Philosophen in demselben Maße den Pfad der natürlichen Wahrheiten in religiösen Dingen verloren haben, als sie die Leuchte des Glau-

bens außer Acht gelassen? Was soll man beim Anblicke solcher allgemeinen und beständigen Thatsachen von dem Vermögen der Wissenschaft sich selbst zurecht zu finden denken?

Und gesetzt den Fall, daß die Wissenschaft nach vielen Irrgängen sich selbst zurecht finden könnte, würde ihr deßhalb die Leuchte des Glaubens schädlich seyn? Es mag seyn, daß man sich des Nachts in der Stadt auch ohne Laternen zurecht finden könnte, verschmäht man aber deßhalb das Licht der Laterne? Setzt man sich deßhalb den Gefahren aus, die das Herumtappen im Finstern mit sich bringt?

Und was soll man noch gar von dem Ansinnen sagen, das man auf den Grund, daß die Wissenschaft sich selbst zurecht finden könne, an die Kirche stellt? Diese soll, um der Wissenschaft die Ehre, daß sie sich selbst zurecht gefunden habe, zu lassen, ruhig zusehen, wenn eine Menge ihrer Kinder, von den Irrthümern der Wissenschaft verführt, ihres Heiles verlustig werden!

Dr. R.

XXXI.

Historische Novitäten.

I. Thuringia sacra. Urkundenbuch, Geschichte und Beschreibung der Thüringischen Klöster. Begründet von Dr. Wilhelm Rein. I. Ichtershausen. II. Ettersburg, Heusdorf und Heyda.

Der noch immer bestehende Mangel einer nach einem umfassenden Plan bearbeiteten Kirchengeschichte Deutschlands muß beinahe als Räthsel erscheinen, da doch nicht zu leugnen ist, daß die Geschichte der Kirche in Deutschland ein höchst wesentlicher Theil der Geschichte unseres Vaterlandes ist und die historischen Studien von unseren Landsleuten seit Jahr-

hunderten fast ununterbrochen fleißig gefördert worden sind. Freilich ist es keine leichte Aufgabe, dem besagten Mangel abzuhelfen, ja wir glauben sogar, daß die Lösung derselben bei den heutigen von der Wissenschaft gemachten Ansprüchen die Kraft eines Einzelnen übersteigt. Also nur von einem Verein historisch gebildeter und von einem gemeinsamen Streben erfüllter Geister ist die Herstellung einer gründlichen, nach allen Seiten eingehenden Geschichte der Kirche in Deutschland zu erwarten und wir zweifeln nicht, daß eine solche auf dem angedeuteten Wege in nicht allzu langer Frist zu Stande kommen könnte. Vorher freilich würden noch manche Detail-Forschungen über die Bisthümer, Stifter und Klöster, für welche das urkundliche Material zum großen Theil noch unbenutzt und verborgen liegt, erforderlich seyn, wenn das große Werk, dessen Inangriffnahme wir einstweilen den frommen Wünschen beizählen, seinen Gegenstand in vollem Maße erschöpfen soll. Eine jede Arbeit also, welche die Geschichte der kirchlichen Potenzen in Deutschland fördert, wird auf ein größeres als lokales Interesse Anspruch erheben dürfen, und neben ihrem Werthe als Monographie wird sie auch Bedeutung für die Geschichte der allgemeinen kirchlichen Verhältnisse Deutschlands gewinnen. Den kirchengeschichtlichen Monographien ist aber ein besonderer Werth noch um deßwillen beizumessen, weil ja die Kirche mit ihren weit verzweigten und verschiedenartigen Instituten die vorzüglichste Trägerin der Cultur und geistigen Entwicklung überhaupt war, ja selbst in der Sphäre des materiellen Lebens, z. B. in Rücksicht auf Feld, Wald, Weinbau und dergleichen ungeheuren Einfluß ausübte.

Unter diesen Umständen muß es auffallen, daß es noch immer an dem Eifer für die Geschichte der Bisthümer fehlt, welche geradezu eine welthistorische Bedeutung hatten, daß noch nicht der Vorrath an Material ausgebeutet wurde, aus dem sich ein klares Bild der Thätigkeit der deutschen Kirchen-Fürsten im Mittelalter gewinnen läßt. Allerdings darf nicht

übersehen werden, daß die Wissenschaft auch nach dieser Seite einiges Leben entfaltet, aber freilich noch nicht in dem Maße, als es nothwendig erscheint, wenn anders einer der größten Coeffizienten des mittelalterlichen Lebens nicht der Würdigung entbehren soll, die er verdient. In zweiter Linie sind es die Stifter und Klöster, deren vielseitige Beziehungen zum Leben durch ihren Besitz, ihre Gerechtsamen, ihre Leistungen für geistliche und weltliche Oberen einer weit größeren Beachtung bedürfen, als ihnen seither gewöhnlich zu Theil ward; eine sorgfältige Sammlung der auf sie bezüglichen historischen Notizen erscheint daher als eine Pflicht der Wissenschaft, sofern das Andenken an viele hochwichtige Culturstätten aufbewahrt und die Wissenschaft frei von der Schuld bleiben soll, das mehr bescheidene, aber nachhaltig wirkende Schaffen keineswegs unbedeutender Kräfte allzu gering zu schätzen oder zu übersehen.

Von diesem Standpunkt aus betrachtet gewinnen alle Klostergeschichten, welche auf gewissenhaften und strengwissenschaftlich geführten Untersuchungen beruhen, eine universellere Bedeutung. In vorzüglichem Maße gilt dieß von der vorliegenden Publikation, welche das Erzeugniß tiefer Gelehrsamkeit, praktischer Behandlung des gegebenen Stoffes und freudiger Hingebung an denselben ist. Rein's Buch kann als Muster für die Bearbeitung der Klostergeschichten aller Stämme Deutschlands empfohlen werden und würde ein schöner Anfang für eine Germania sacra seyn. Man sollte wohl glauben, daß sich in dem durch zahlreiche Mitglieder vertretenen Stande in Franken, Schwaben u. s. w., für welchen die kirchliche Vergangenheit doch das allergrößte Interesse haben muß, die eine oder andere Kraft fände, die sich nach dem Vorgange eines protestantischen Gelehrten der Aufgabe widme, die noch vorhandenen Reste an Dokumenten für die Geschichte der Klöster vor dem Untergang zu retten und zusammen zu ordnen.

Die Thüringische Geschichte hat in der neueren Zeit

durch den in schöner Blüthe stehenden Alterthumsverein, dessen Zeitschrift in mehreren Bänden Vieles und Gutes gebracht, eine sorgsame Pflege gefunden, und was die Verwerthung des urkundlichen Materials insbesondere angeht, so hatte dieselbe durch den freilich in's Stocken gerathenen Codex Thuringiae diplomaticus einen guten Anfang genommen. Für dieß genannte Werk nun bietet die Thuringia sacra wenigstens nach einer Seite hin völligen Ersatz. In ihr finden sich die von den Thüringischen Klöstern und Stiftern noch vorhandenen, allerdings in vielen Archiven und Bibliotheken zerstreuten Urkunden vereinigt und es ergibt sich aus denselben eine reiche Ausbeute für die Landesgeschichte, sowie für die Familiengeschichte vieler Dynasten und Adeliger, endlich für die Geschichte von einer größeren Zahl von Städten und Dörfern. Vorzüglich wird aber auch für die Culturgeschichte ein nicht geringer Gewinn aus dem gebotenen Stoffe fließen; so über den Landbau, über Rechtsverhältnisse, über den Verkehr, über Sitten und Gebräuche, kurz über eine Menge von Dingen, welche in den Chroniken keiner Erwähnung würdig erachtet wurden, obgleich sie doch die Angelpunkte des Lebens sind und unsere ganze Aufmerksamkeit in Anspruch nehmen müssen.

Ueber die Technik der in unserem Werk enthaltenen Urkundenabdrücke wollen wir uns hier nicht verbreiten, zumal wir mit derselben durchaus einverstanden sind; dieß gilt besonders in Bezug auf die Weglassung der in so vielen Urkunden gleichen Betreffs immer wiederkehrenden Formeln; eine Andeutung derselben durch Striche oder Punkte genügt nach unserer Ansicht vollkommen, während von anderer Seite ein für allemal ein unverkürzter Abdruck der Urkunden verlangt wird.

Das erste Heft ist dem Kloster Ichtershausen gewidmet, das zweite enthält das Stift Ettersburg und die Klöster Heusdorf und Heyda. Einem jeden derselben ist seine Geschichte vorausgeschickt, welche durchaus nach den zuverlässigsten Quellen gearbeitet sehr in's Einzelne geht. Zu

Ichtershausen ist ein Excurs über den Cisterzienserorden, zu Ettersburg ein solcher über die Chorherrnstifte, zu Heusdorf über die Benediktinerinen eingefügt. Hierauf folgen jedesmal Untersuchungen über Verfassung und innere Geschichte der Klöster; dann über Privilegien, Bruderschaften, Reliquien, Kirchenpatronate; ferner werden die Finanzen gründlich behandelt und die letzten Schicksale des betreffenden Klosters und seiner Einwohner dargestellt. Die architektonische Beschreibung der Baulichkeiten, besonders der Kirchen, zeugt von der bis in's Kleinste gehenden Forschung und dem gereiften Kunstverständniß des Autors. Endlich dienen Namenverzeichnisse der Aebtissinen, Priorinen, Pröpste, Nonnen wesentlich dazu, einen raschen und klaren Ueberblick über das numerische Verhältniß der Klosterinsassen und über manche Glieder zum Theil sehr vornehmer Familien zu gewinnen. Diese kurzen Andeutungen zeigen wohl schon zur Genüge, daß der Fleiß und die Geschicklichkeit des Verfassers auch aus spärlichem Material etwas zu schaffen wußte und daß der Gewinn seiner eingehenden Forschungen sich weiter als auf die Befriedigung der lokalgeschichtlichen Interessen erstrecken kann.

Die kurzen Ueberschriften über den Urkunden orientiren gut, die Angaben des Aufbewahrungsortes oder des Druckortes der Urkunden sind besonders in Rücksicht auf die nicht vollständigen Abdrücke oder auf die Regesten sehr willkommen, und die Siegelbeschreibungen sind eine anerkennenswerthe Zuthat. Zahlreiche den Urkunden beigefügte Noten bringen schätzbare genealogische Aufschlüsse und sonst des Wissenswürdigen noch mancherlei.

Wir können das besprochene Werk nicht aus der Hand legen, ohne die so vielfach laut gewordene Klage über den unvermuthet frühen Hingang des Verfassers (der bekanntlich zum Vorstand des Germanischen Museums in Nürnberg erwählt war) noch einmal zu wiederholen und die Befürchtung auszusprechen, daß sein Verlust nicht so bald und nicht so leicht zu ersetzen seyn dürfte. Zwar hat er dem Vernehmen

nach eine große Menge von Material für die Fortsetzung seines Werkes hinterlassen, allein si duo faciunt idem, non est idem, und es gehört in der That kein geringes Maß von aufopfernder Hingebung an die Wissenschaft und von patriotischem Gefühl dazu, wenn das Werk in dem Geiste zur Vollendung geführt werden soll, in welchem es begonnen wurde. Die Anregungen zur Fortsetzung desselben sind von Seiten der Wissenschaft reichlich gekommen, dagegen die mehr äußerlichen, wie z. B. der Absatz, waren nur spärlich. Klagt doch der Verfasser in der Vorrede zum zweiten Theil, daß er von einem hochfürstlichen Ministerium in Thüringen nach Uebersendung eines Exemplars des ersten Bandes einer Antwort nicht gewürdigt worden sei; nur in Weimar und Rudolstadt sei das Werk nachdrücklich empfohlen worden.

Wollen wir im Interesse der Wissenschaft wünschen, daß unsere Befürchtung eine unbegründete sei und die Thuringia sacra einen würdigen Fortsetzer finde.

II. Die Prämonstratenser des zwölften Jahrhunderts und ihre Bedeutung für das nordöstliche Deutschland. Ein Beitrag zur Christianisirung und Germanisirung des Wendenlandes. Von Franz Winter, Prediger zu Schönebeck an der Elbe. Berlin 1865.

Eine der merkwürdigsten Erscheinungen in der katholischen Kirche waren und sind die religiösen Orden, deren jeder einzelne seine providentielle Aufgabe zu lösen hatte und zu lösen hat, sei es für die ganze Welt, sei es für einzelne Theile derselben. Eine solche Aufgabe lag im 12. Jahrhundert dem vom heil. Norbert gestifteten Chorherrenorden der Prämon-

stratenser ob, die Aufgabe in Deutschland und zwar im Nordosten desselben „das weite heidnische Wendenland“ dem Christenthum zu gewinnen und dorthin deutsches Leben und deutsche Sitte einzuführen. Der Gedanke selbst, dieses Glaubensheiligthum bis zur Oder hin und darüber hinaus auszubreiten, womit die Erwerbung der Ostseeküste bis zum finnischen Meerbusen verbunden war, entstammte den sächsischen Fürsten, die einen Kreuzzug gegen die Wenden für weit fruchtbarer hielten als einen solchen gegen die Saracenen. Auf diese Thatsache wendet nun der Verfasser sein Augenmerk und er fand, wie sich in dem ganzen Mittelalter kein zweites Beispiel findet, daß ein Orden so ausschließlich ein ganzes Land in Anspruch nehmen zu können schien, wie die Prämonstratenser im 12. Jahrhundert das Wendenland. Hiebei ist freudig anzuerkennen, wie Herr Winter ganz objektiv schreibt, und der Zeit und den Personen, die sich in ihr bewegten, vollkommen gerecht wird.

Er theilt sein Buch in sechs Abschnitte, deren I. den Ordensstifter, II. die Ordensschüler, III. die Ordensgönner, IV. die Ordensklöster, V. die Ordensorganisation, VI. den Ordensverfall bespricht.

Was den Ordensstifter Norbert (gestorben am 6. Juni 1134 als Erzbischof zu Magdeburg) betrifft, so ist das von Winter gelieferte Leben desselben eine Arbeit von wirklich frommer Begeisterung für diesen Glaubenshelden, der schon von seinen Zeitgenossen als „der Große“ bezeichnet wird: „secundum nomen suum magnus in salute Dei“, gleich wie ihn das römische Brevier mit dem Prädikate: „Vir Dei meritis et Spiritu sancto plenus“ jährlich an seinem Festtage beehrt, ohne daß jedoch Winter als bloßer Encomiast erschiene. Im Gegentheile er verläßt nie den historischen Boden, und nie vergißt er auf die dem Historiker so unentbehrliche Kritik, die eben bei der Würdigung der Heiligenleben als Leuchte vorangetragen werden muß.

Bezüglich der Ordensschüler Norberts stellt Winter den

Satz voran, das Zeichen großer Männer sei, daß der von ihnen ausgegangene Anstoß nicht mit ihnen ende, sondern durch eine Kette von Schülern weiter getragen werde. So war es nun allerdings bei Norbert, dem Manne ungeheuchelter Frömmigkeit und bewunderungswürdiger Energie, von dem, als einem wahren Peregrinus apostolicus, gerühmt wurde: „daß seit der Apostel Zeiten kein Mensch mehr Seelen für das Reich gewonnen, und daß Niemand mehr Einfluß auf das innere Leben des Volkes in seiner Umgebung ausgeübt habe als er.“ Diesen Einfluß übte er nun auch auf seine Ordensangehörigen aus, von denen für das nordöstliche Deutschland in erster Reihe stehen Anselm, der 26 Jahre lang Bischof von Havelberg war, Evermond, welcher 47 Jahre dem Stifte „Gottesgnaden“, von St. Marien in Magdeburg, so wie dem Bisthum Ratzeburg vorstand; Wigger, dessen Propst- und Bischofszeit einen Zeitraum von 31 Jahren ausfüllt, und endlich Isfried der von 1159 bis 1204 Propst von Jerichow und Bischof von Ratzeburg war. In anziehender Weise, zugleich in gedrängter Kürze entwirft der Verfasser ein Lebensbild, wobei er nicht unterläßt, das Andenken der Männer einzuflechten, die durch ihr gottseliges Wirken vor anderen hervorragten; so Emelrich, der erste Propst von „Gottesgnaden“, Propst Günther daselbst, der ebenda lebende Canonicus Gottfried, geschildert als ein hochbegnadigter Mann; Heinrich der erste Propst von Klosterrode, voll Ordenseifer; Alexius, Propst daselbst, erwählt 1182 zum Bischof von Lübeck, ohne in den Besitz zu gelangen; Siegfried, Albrecht des Bären dritter Sohn, seit 1147 im Kloster lebend, im J. 1173 zum Bischof von Brandenburg erwählt.

Ein recht freundliches Bild gewährt der Abschnitt von den Ordensgönnern, dem der wahre Satz voransteht, daß im Mittelalter lebenskräftige Orden niemals um Wirkungsstätten besorgt zu seyn brauchten, indem sie gewöhnlich so viele mächtige Gönner zu gewinnen pflegten, daß sie nur zu oft um Kräfte

verlegen waren den Wünschen jener zu entsprechen, die da Fundatoren solcher geistlichen Häuser werden wollten. So war es auch gegenüber den Söhnen von Prémontré bezüglich ihrer Verpflanzung durch norddeutsche Fürsten der Fall, wobei ihnen noch die besondere Gunst des Kirchen- sowie des Reichs-Oberhauptes, Papsts Innocenz II. und Kaisers Lothar zu statten kam. War es ja Norbert selbst, der auf dem Hoftage zu Würzburg im Oktober 1130 die Sache Innocenz II. für Deutschland zum Siege brachte, wie solches dem heil. Bernard für Frankreich gelang, wozu noch kam daß Innocenz nach dem Concil von Rheims aus Dankgefühl einen Besuch in Prémontré machte, wo er an 500 Ordensglieder vorfand, alle ein Herz und ein Sinn, und nur das eine Ziel bei den verschiedenartigsten Beschäftigungen verfolgend — die Ehre Gottes und das Heil der Menschen. Die nächste Folge dieses Besuchs war der päpstliche Befehl am Dome zu Magdeburg Prämonstratenser einzuführen. Gleich groß war nun die Gunst, welche die norddeutschen Fürsten dem Orden Norberts zuwandten. „Geistliche und weltliche Fürsten, politische Nebenbuhler, wie Herzog Heinrich der Löwe und Albrecht der Bär, alle sind sie in dem Einen einig, die Prämonstratenser zu begünstigen.“ Hieher gehört vorzüglich der Erzbischof Hartwig von Bremen, so wie die Edelen und Dienstmannen obiger Fürsten, Alverich von Mehringen, Bodo von Wanzleben, Burchard Burggraf von Magdeburg, die Edelen von Jerichow u. a.

Es entstanden sofort durch diese Gönner die Ordens-Klöster, deren sich einschließlich der Domstifte dreizehn im nordöstlichen Deutschland befanden: 1) Kloster Gottesgnaden; 2) das Marien-Kloster in Magdeburg; 3) Leitzkau (Litzeka); 4) das Domstift Brandenburg; 5) Jerichow; 6) das Domstift Havelberg; 7) das Domstift Ratzeburg; 8) Grobe (Usedom); 9) Broda (Neu-Brandenburg); 10) Gramzov; 11) Belbog; 12) Gottesstadt bei Oderberg; 13) das Domstift Riga. In markirten

Zügen entwirft der Verfasser nicht sowohl eine Klostergeschichte jeder einzelnen Stiftung, als vielmehr gestützt auf Urkunden ein Bild dessen, was sie eben zur Verbreitung des Christenthums und zur Einführung deutscher Sitte in ihrer nächsten und weiteren Umgebung wirkten*). Dieses ist ja auch der Hauptzweck vorliegender Arbeit.

Der Abschnitt über die Ordens-Organisation behandelt zunächst das Verhältniß der Paternität und Filiation, welches wie im Cisterzienser so auch im Prämonstratenser Orden eingeführt war. So wie der Abt von Citeaux Generalabt aller Cisterzienser Klöster war, so war der Abt von Prémontré der Generalabt aller Prämonstratenser Klöster, die sich auf dem Erdkreise fanden, und ursprünglich waren alle Aebte verpflichtet jährlich zum Generalcapitel nach Prémontré zu reisen, wie denn die dort gefaßten Beschlüsse für alle Klöster bindend waren. Es läßt sich denken, mit welchen Schwierigkeiten und Gefahren solche Reisen der sämmtlichen Ordensprälaten nach Frankreich verbunden waren, und wie namentlich die deutschen gegen diese jährliche Verpflichtung ankämpften, so daß sie später dahin abgeändert ward, es sollte nur alle drei Jahre das Generalcapitel besucht werden, bis endlich durch Vergleich die Uebereinkunft statt fand, daß von 1240 an in jedem dritten Jahre nur Ein Prälat der Magdeburger Congregation zu Prémontré zu erscheinen verpflichtet sei. Dagegen übten die Klöster, welche ein neu begründetes Kloster mit ihren Ordensgenossen besetzt hatten, für ewige Zeiten einen großen Einfluß auf diese Colonie aus, indem dem Abte des Mutterklosters das Recht und die Pflicht der Visitation zustand.

*) Für die eigentliche Ordensgeschichte und die Geschichte der einzelnen Klöster bleibt immer ein Hauptbuch: „Sacri et canonici Ordinis Praemonstratensis Annales, in duas partes divisi. Pars Prima, *Monasteriologium*, sive singulorum Ordinis Monasteriorum singularem historiam complectens. Tomus I. Nanceii. MDCCXXXIV. 1. Fol. — dessen Herausgeber „Carolus Ludovicus *Hugo*, Episcopus Ptolemaidis, Abbas regularis Stivagii Ord. Praem.“ war.

Die Ordensregel war die des heil. Augustinus, erläutert durch die Ordensstatute selbst. Der Bestand aller Klöster war in Circarien getheilt. Es gab eine Circaria Franciae, C. Floreffiae, C. Pontivi, C. Brabantiae, C. Flandriae, C. Westphaliae, C. Vadegotiae, wohin die Klöster der Mainzer und Trierer Erzdiöcesen zunächst gehörten, C. Yveldensis, der die Würzburger Diöcese zugetheilt war, C. Lotharingiae, C. Angliae Borealis et Scotiae, C. Angliae Medianae, C. Angliae Australis, C. Hyberniae, C. Normanniae, C. Vasconiae, C. Hispaniae, C. Burgundiae, C. Arverniae, C. Frisiae, C. Sueviae et Bavariae, C. Bohemiae et Moraviae, C. Poloniae, C. Livoniae, C. Hungariae, C. Daniae et Norvegiae, C. Sclavoniae, C. Graeciae et Jerosolymitana und endlich die *Cirraria Saxoniae*, zu der zunächst die obigen vom Verf. erwähnten Klöster gehören.

Die Abnahme des Ordens oder den Anfang des Ordensverfalles versetzt Hr. Winter in das J. 1200. Er schreibt: „die Begeisterung des Ordens war verflogen, die allein alle Schwierigkeiten überwindet und ganz besonders nur einem Orden eine Bedeutung geben kann. Es trat die ruhige Entwickelung an ihre Stelle.“ Allein wie es oft geschieht, es ändern sich auch die Verhältnisse, oder das Feld der Thätigkeit, weil bereits durchgearbeitet, wird ein engeres. Nur zu leicht trägt man die Ursache auf Personen über, die ehedem in freier Thätigkeit wirkend nun mit gebundenen Händen stehen! Entschieden muß aber dem widersprochen werden, was Winter S. 255, von der Zeit der Reformation sprechend, sagt: „Was darum wahrhaft Norbertinisch war, mußte Luther zufallen.“ Norbert würde Luthers Auftreten ebenso bekämpft haben, wie er ehedem Tanchelin bekämpfte. Hierin irrt also Winter, der übrigens richtig erkennt, daß durch das Auftreten der Mendicanten-Orden auch die Prämonstratenser-Thätigkeit nothwendig zurücktreten mußte. Sie waren nicht mehr die alleinigen Herren des nun getheilten Feldes!

Als Anhang I folgen 17 kleinere Excurse über Personen und Oertlichkeiten, die im Buche ihre Erwähnung fanden.

Als Anhang II aber finden sich 19 schätzbare Quellen, darunter S. 326 — 341 ein „*Chronicon Gratiae Dei*", zum erstenmal herausgegeben aus dem Magdeburger Provinzial-Archiv, dann verschiedene Urkunden, und S. 374 die Statuten der Magdeburger Prämonstratenser Congregation von 1424, ebendaher.

Gerne zollen wir dem Verfasser für seine wirklich schöne Arbeit den verdienten Dank.

XXXII.

Kunstgeschichtliches.

Reliquien aus Rom. Zur Kunstgeschichte und Volkskunde. Gesammelt von Dr. J. Sighart. Augsburg 1865. 211 S. 8.

Der bekannte Kunsthistoriker des Bayerlandes bietet uns hiemit aus dem alten Sitze der Kunst und Cultur ein bedeutungsreiches Buch, welches in gleicher Weise den Leser anzieht, fesselt und erfreut. Der Freund der christlichen Alterthumskunde findet hier durchweg Neues; was die Schilderung der römischen Volkszustände betrifft, so macht der Verfasser einen angenehmen Eindruck, indem er, ohne die Zwickbrille nergelnder Verstimmung oder vorgefaßter Gereiztheit, mit klaren Augen sieht und mit freudefärbigem Gefühl zeichnet.

Dem doppelsinnig gewählten Titel gemäß betrachtet der Verfasser seine Aufgabe als eine Nachlese von dem Haupt-

Mahl, welches die in den Wissenskreisen gebietenden Herren übrig gelassen haben. Wo eine so endlose Fülle von verschiedenartigen Gerichten aufgetragen ist, kann der ganze Vorrath unmöglich je völlig aufgezehrt werden. So enthält denn der eine Theil mancherlei völlig neue kunsthistorische Entdeckungen, welche der Verfasser bei seinen Wanderungen in römischen Bauten und Straßen gemacht hat.

Eine ganz richtige Beobachtung ist, daß von den Schöpfungen der antiken Architektur nur diejenigen noch in einem erträglichen Zustande sich befinden, welche von der Kirche in ihren Schutz genommen worden, die in den Dienst des Christenthums getreten sind und für den christlichen Cultus verwendet wurden. Folgen wir ein wenig dem Verfasser:

„Wenden wir uns zur tempelreichsten Stätte des Alterthums, zum Forum, so treffen wir den berühmten Vestatempel, wo das Palladium aufgestellt war und das ewige Feuer von den Vestalinen gehütet wurde, in eine Kirche der Gottesmutter (Madonna liberatrice) verwandelt; der Tempel der Penaten auf der entgegengesetzten Seite ist mit der Kirche der heil. Kosmas und Damian verbunden und dadurch gerettet, und der Tempel der Faustina in die Kirche San Lorenzo in Mirando umgestaltet. Unfern, der Tiber zu, liegt der zierliche runde Tempel des Herkules, dem man die Austrocknung der schädlichen Sümpfe zugeschrieben, er ist jetzt auch in einen Tempel der Madonna (Maria del Sole) verwandelt, ebenso ist der nahe Fortunatempel der heil. Maria von Aegypten geweiht und den Armeniern zur Benutzung übergeben. Alle Welt weiß auch, daß das Pantheon, der besterhaltene Bau der Alten in Rom, im 7. Jahrhundert in eine Kirche zu Ehren der Heiligen (ad martyres) umgestaltet wurde. Vom kolossalen Bau der diokletianischen Thermen haben sich nur die Räume in erträglichem Zustande erhalten, welche zur Karthäuser-Kirche Maria degli Angeli und zur Kirche des heil. Bernardus verwendet wurden. Und so ging es noch mit manchen andern Tempeln und Bauten der alten Welt. Selbst die Riesenruine des Kolisseums ist erst vor weiterer Zerstörung geschützt, seit sie in einen Kreuzweg mit den Stationen verwandelt ist. Nur die Taufe,

die Hinkehr zum Christenthum, das christliche Gewand, war die Ursache des Heiles, der Rettung und Erhaltung dieser antiken Werke in den Stürmen der Zeit."

Tausende von Säulen in den alten Basiliken und ältesten Klöstern Roms sind aus zerstörten Tempeln und Palästen herübergeflüchtet. Höchst merkwürdig ist sodann die früher nicht beachtete Verwendung, welche die Geräthe der alten Thermen in der christlichen Welt fanden. Die Badesessel wurden häufig zu Bischofstühlen erhoben. Der berühmteste Stuhl der Welt, die Kathedra des heil. Petrus, welche im Hochaltar der Peterskirche eingeschlossen ist, scheint zwar kein antiker Badesessel zu seyn, aber jedenfalls ein profaner aus dem heidnischen Alterthum stammender Stuhl, denn die Elfenbeinplatten, womit das Holz belegt ist, sind an der Vorderseite mit den Zeichen des Thierkreises und den Bildern der zwölf Thaten des Herkules geschmückt. Es ist wohl eine sedes curulis, die dem Apostelfürsten von Neubekehrten, etwa vom heil. Pudens, zum Geschenk gemacht wurde. Noch häufiger fanden die Wannen, bald als Altäre, bald als Särge für die Leichname vornehmer Christen Verwendung. Denn als man die kostbaren Ueberreste der Heiligen aus den Katakomben holte, um sie in den neugebauten Kirchen innerhalb der Stadt zu verehren, nahm man häufig aus den nächsten Thermen oder Palästen eine Porphyrwanne, legte die Gebeine hinein, schloß das Ganze mit einer Platte und stellte es als Tumba, als Altar, in der Mitte der Kirche auf. Unzählige solcher Wannen finden sich in den Kirchen Roms; so bei St. Maria in Cosmedin, St. Bartolomeo, St. Maria Maggiore.

„Im berühmten Taufhause neben St. Johann im Lateran ist das Taufbecken eine antike Porphyrwanne, die aus dem Vatikan hieher gebracht wurde. Das Grab des Papstes Clemens XII. in der Corsinikapelle ist wieder ein solcher Stein, welcher aus dem Pantheon oder vielleicht richtiger aus den Bädern des Agrippa stammte. Die kolossalen Wannen von Porphyr, welche als Grabstätten

[illegible] [illegible] [illegible] [illegible]stantia und Helena im köstlichen Tempelchen
[illegible] [illegible] der heil. Agnes, stehen jetzt, außer anderen aus
[illegible] [illegible]rmen stammenden Wannen aus Basalt, in der
[illegible] [illegible] Belvedere im Vatikan. Da traubenlesende Genien
[illegible] [illegible] Kriegszüge den andern schmücken, sind sie schwerlich zum
[illegible] [illegible]licher Grabstätten gemacht, sondern aus heidnischen
[illegible] geholt worden. Der Deckel vom Grabe des Hadrian
[illegible] der Engelsburg dient jetzt als Taufstein bei St. Peter!"

Eben so oft wurden heidnische Sarkophage zur Bestattung vornehmer Christen verwendet. Auch die Leiche Kaiser Otto's II., dessen Grab nach den vorhandenen Ueberresten zum erstenmale beschrieben wird, wurde in einen altrömischen Steinsarkophag gelegt, doch griff man dabei der Auszeichnung wegen noch zu einem seltsamen Mittel, indem man den Deckel vom Grabmal des Kaisers Hadrian abhub und mittelst grüner Säulen über die Begräbnißstätte Otto's legte, so daß also eine Art Ciborium, ein Säulenkuppelbau über dem kaiserlichen Ruheplatz entstand. Der freie Raum aber, zwischen der Porphyrdecke und dem Sarge, wurde mit einem Mosaikbilde ausgeschmückt, welches sich noch erhalten hat. Der Porphyrstein aber kam im Beginne des 17. Jahrhunderts bei der Oeffnung des Grabes herab, und wandelte 1694 in die Peterskirche, wo er heute noch als Taufbecken dient*). Auch alte Kandelaber haben sich auf diese Weise erhalten, z. B. bei S. Agnese u. s. w.

Der Abschnitt über die Katakomben beschäftigt sich mit den neuesten Forschungen auf diesem Gebiete, besonders nach den Resultaten des Cavaliere de Rossi, dessen Prachtwerk durch die Munificenz des heil. Vaters im ersten Bande**) bereits erschienen ist, ein für alle Zeiten werthvolles, bahnbrechendes Werk, welches der päpstlichen Regierung zum großen Ruhme gereicht. Alles früher Bekannte war nur

---

*) Die interessante Erörterung füllt S. 89 bis 102.

**) La Roma sotterranea cristiana. Roma 1864. 352 S. und 85 S. Fol. mit 40 Tafeln in Chromolithographie.

Stückwerk, mangelhaftes Baumaterial; die Wissenschaft der Katakomben kann erst jetzt erbaut werden. Pius IX. ist es, der wie ein zweiter Damasus I., von heiliger Liebe zu den Grabstätten und Heiligthümern der ersten Christen erfüllt, dieser Forschung einen niegesehenen Aufschwung gegeben hat. Er ernannte eine Commission aus den berufensten Gelehrten zu Untersuchungen in diesen unterirdischen Friedhöfen (P. Marchi † 1860, Rossi, Garucci, Tongiorgi); er läßt seit Jahren die Ausgrabungen vom Spätherbst bis zum Sommer auf seine Kosten fortsetzen; er kaufte die ganze bei San Callisto liegende Vigne, um da ungestört die Forschungen über das reichste dieser Cömeterien*) veranstalten zu können; er ermöglichte die Herausgabe der klassischen Werke des Ritter von Rossi, welcher mit Gutheißung des heil. Vaters sogar Frankreich, Deutschland und England durchreiste, um dort in Museen und Bibliotheken die Ueberreste altchristlicher Kunst und Epigraphik, sowie historische Nachrichten über Katakomben-Pilger alter Zeit aufzusuchen. Und er kehrte mit reicher Ausbeute nach Rom zurück. So, sagt der Verf., hat Pius IX. bereits auf solche Weise an 50,000 Gulden auf die Erforschung der Katakomben verwendet in einer Zeit, wo seine Finanzmittel ohnehin außerordentlich zusammengeschmolzen waren.

Herr Sighart gibt auch hier eine kleine Beisteuer, indem er (S. 29 ff.) einige Grabplatten und Inschriften bekannt macht, welche einst in den Katakomben Roms sich befanden, im 16. und 17. Jahrhundert aber mit den heil. Leibern nach Bayern kamen. Sie finden sich in der Peterskirche zu München, zu Ramersdorf bei München, zu Gmund bei Tegernsee, in

---

*) Catacumbae hieß ursprünglich derjenige Stadtbezirk, welcher die rings um die Appische Straße gelegene Gegend umfaßte und der nicht die geringste Beziehung hatte zu den unterirdischen Todten-Wohnungen. Das Wort Katakombe wird erst seit dem 16. Jahrhundert in diesem Sinne gebraucht. Die älteste Bezeichnung lautete Coemeterium (auch „coemeterium ad catacumbas"), κοιμητήριον = dormitorium, Ruhestätte, Friedhof.

Mariathalheim bei Erding, in der Klosterkirche St. Veit bei Neumarkt an der Roth, zu Hohenwart bei Schrobenhausen, und zu Maihingen in Schwaben. „Das sind also Trophäen, welche durch fromme Wallfahrer aus den Katakomben Roms in die Kirchen Bayerns gebracht wurden."

Wir können bei dieser Gelegenheit nicht unterlassen, auch eines Dichters zu gedenken, des Andreas Gryphius*), welcher während seiner Anwesenheit zu Rom im J. 1646 in die noch nicht lange zuvor neuentdeckte Todtenstadt hinabstieg und, obwohl Protestant, die heiligen Blutzeugen in nachfolgendem schönen Sonett feierte:

Ich beuge Knie und Haupt! — Die unterirdischen Gänge,
Die Grüfte sonder Licht, die du, bestürzter Christ,
Nicht ohn' Entsetzen siehst, die waren, als die List
Und Macht Gott Krieg anbot, nicht Tausenden zu enge.

Die Leichen sonder Zahl, der heil'gen Körper Menge
Sind die, auf die sich Höll' und Welt umsonst gerüst',
Die Pein und Tod gepocht (getrotzt), die Pfahl und Schwert geküßt,
Die nach der Qual gerannt mit fröhlichem Gedränge.

Hier ist's, wo Christus Kirch' mit feurigen Gebeten,
Von Blut und Thränen naß, Gott vor Gesicht getreten:
Die stets der Welt abstarb, mußt unter Leichen seyn.

Die ewig wachsen sollt', mußt' allhier Wurzel finden;
In dieser finstern Nacht mußt sich ihr Licht entzünden;
Die auf den Fels gegründt, wohnt' unter lauter Stein.

In den folgenden Abschnitten schildert der Herr Verfasser einige der alten, leider zerstörten Basiliken, vorerst die alte Basilika von St. Peter, welche an der Stelle des heutigen riesigen St. Peterdomes sich befand; wir machen einen Gang mit ihm um und durch die Peterskirche, wobei besonders die ältesten Denkmale der Kunst einer genauen kunstkritischen Betrachtung unterzogen werden; deßgleichen führt er uns vor

---

*) geb. 1616 † 1664; sein Name lautete ächt deutsch Greif, er mußte aber dem Zeitgeschmack folgen und ihn „lieblich auf antikisch" zustutzen.

die mittelalterlichen Ueberreste des Spitzbogenstyles, der auch in neuerer Zeit mit gutem Erfolg seine Ranken und Blüthen auf dem unvergleichlichen Boden der ewigen Stadt angesetzt hat. Mit liebevoller Pietät besuchen wir unter seiner Leitung die Wohnungen und Zellen, in denen einst Heilige gelebt haben, die nebenbei auch in culturhistorischer Hinsicht als merkwürdig sich erweisen, denn auch sie zeugen von der Bauart der verschiedenen Jahrhunderte, von der Hauseinrichtung und dem Geschmacke der Vorzeit. Wenden wir zuerst nach dem mamertinischen Kerker, in welchem der Apostelfürst vor seiner Hinrichtung schmachtete.

„Dieser Bau liegt zur Seite des Senatorenpalastes am Forum unterhalb der heutigen Kirche des heil. Joseph. Man steigt auf achtundzwanzig Stufen in einen dunkeln Raum hinab, der mit einem weiten Tonnengewölbe bedeckt ist und einst nur durch eine Oeffnung an der Decke zugänglich war. Ein zweites Loch am Boden dieser Kammer führt von hier noch in einen tieferen Kerker, der wie das alte Thor in Mykene spitzbogig gewölbt ist. Die Quader sind nämlich so auf einander gelegt, daß die oberen immer etwas vorstehen, bis sie sehr nahe kommen und dann das Ganze durch einen mächtigen Keilstein geschlossen werden konnte. Das ist die Bauweise der Urzeit, pelasgische Weise: der Bau stammt aus den Anfängen Roms. Sein Name Tullianum deutet auf Servius Tullius. Hier unten wurden die Staatsgefangenen erdrosselt; hier starben Jugurtha und Catilina's Anhänger: man ließ sie hier verhungern, wohl um das aufregende Spektakel ihrer öffentlichen Hinrichtung zu vermeiden. — Das obere Gefängniß aber ist es, in welchem der Apostelfürst Petrus unter Nero's Regierung gefangen war, wie die Tradition berichtet. An dem Quell, der hier sprudelt, soll er seine Wächter durch die Taufe für Christus gewonnen haben. Auch hier weist schon die Bauart auf eine viel frühere Zeit hin. Der Inschrift nach ist dieses Gefängniß unter C. Vibius Rufinus und Cocceјus Nerva restaurirt worden. Welch ein Unterschied hier zwischen Einst und Jetzt! Einst waren diese entsetzlichen Räume erfüllt mit den Klagerufen der Verurtheilten, mit dem Stöhnen der Verhungernden und Erstickenden — jetzt ist es eine hochheilige Stätte, eine zweischiffige Kirche,

stets beleuchtet durch goldene Lampen und stets gefüllt von Schaaren andächtiger Beter."

Unter der Kirche St. Maria in Via lata am Corso findet sich noch ein uraltes Gebäude mit Tonnengewölbe, das dem Apostel Paulus als Kerker gedient haben soll, und Lukas soll hier seine Apostelgeschichte geschrieben und ein Madonnenbild gemalt haben. Gegenüber liegt S. Marcello, benannt nach dem heil. Papste, der hier vor den Nachstellungen des Maxentius verborgen lag. Eine hochinteressante Stelle ist die Wohnung der heil. Cäcilia, welche an das Seitenschiff der gleichnamigen Kirche anliegt: „Das Badezimmer, in dem die Heilige erstickt werden sollte, ist noch vollständig erhalten, nur die Wände sind mit Gemälden versehen worden. Am Boden sieht man noch die Stelle, wo die Wanne gestanden, an den untern Wänden noch die Bleiröhren, welche das Wasser herzuleiten hatten und die Vorrichtungen zum Heizen. Das Ganze macht einen wundersamen Eindruck!" Aehnliche archäologisch interessante Erinnerungen knüpfen sich noch an St. Agnes, an den heil. Bettler Alexius, an St. Benedikt, Gregor, Franz von Assisi, an die Zelle des heil. Dominikus; ebenso an jene der heil. Brigitta aus Schweden (geb. 1304), der Tisch, an dem sie schrieb, und das Crucifix, vor welchem sie ihre Offenbarungen empfing, ist dort noch aufbewahrt. Ein großes Stück dieser Tischplatte hängt in dem einzig noch bestehenden Brigittenkloster zu Altomünster, die messingene Umrahmung ist durch gothische Schrift als mittelalterliches Schaustück gesichert.

Ein eigenes Augenmerk richtete Sighart, wie vor ihm keiner seiner deutschen Fachgenossen, auf die Miniaturen der Heidelberger Bibliothek im Vatikan. Es ist dieses die vielgerühmte Palatina oder die Pfälzische Bibliothek, welche Kurfürst Max I. nach der Einnahme Heidelbergs durch Tilly dem Papste Gregor XV. auf dessen Bitten im J. 1623 überschickte und zwar nicht als Geschenk, wie man stets meinte, sondern vielmehr als Ersatz für die dreimal an Werth

sie übertreffenden Kriegsgelder, die der Papst dem Fürsten zur Kriegsführung schon vorgestreckt hatte. Sie enthielt damals allein 2388 Manuscripte. Nach dem Pariser Frieden kamen 38 von diesen Manuscripten, die auch nach Paris geschleppt worden waren, nach Heidelberg zurück; später gab dann Pius VII. (der dem preußischen Gesandten Wilhelm von Humboldt besonders geneigt war) auf Verwendung Oesterreichs und Preußens noch 852 deutsche Handschriften der Bibliothek Heidelberg zurück, so daß fast nur die lateinischen und griechischen Handschriften in Rom blieben. Herr Sighart beschreibt 15 Nummern, darunter eine Vulgata mit Bildern aus dem 10. Jahrhundert und einen Band Sermones s. Augustini mit einer irischen Malerei, welche kaum später als im 7. Jahrhundert entstanden seyn soll. Doch sind wenige Arbeiten von Bedeutung mehr darunter, auch erhellt, daß die Mehrzahl dieser miniaturirten Handschriften nicht deutschen Ursprunges ist, sondern aus Frankreich oder Italien von den Herzogen und Klöstern der Rheinpfalz geholt wurde.

Die andere Hälfte des Buches befaßt sich mit culturhistorischen Bildern aus dem römischen Leben der Gegenwart. Der neuere Zustand der modernen Baukunst, Malerei und Plastik wird billig und gerecht erwogen. Ein eigener Abschnitt ist der Betrachtung des socialen Fortschrittes eingeräumt; jene Veränderungen im socialen wie im sittlichen Leben, welche ein auffallendes Vorwärtsschreiten gegenüber den früheren Zuständen bezeugen, sind in charakteristischen Zügen hervorgehoben, auch der sonst immer so verlästerte römische Klerus, das vielgeschmähte Volk, die Volkswirthschaft und zuletzt noch die angesehene Stellung und das sichtliche Wirken der Deutschen in Rom*) werden einer Untersuchung unterzogen, wobei

*) Es sei bei dieser Gelegenheit eines andern Büchleins über diesen Gegenstand erwähnt: „Eine Reise nach Rom. Dargestellt mit Beihülfe mehrerer Freunde von August Bahlmann, Domvikar." Münster, Regensberg 1863. Man findet in demselben Reiseschil-

immer die statistischen Zahlen maßgebend angeführt sind und die Verhältnisse mit aller Wahrheitsliebe und nur mit sorgsam prüfender Hand erwogen werden. Der Verfasser schreibt nach dem eigenen Augenschein, er malt mit vollen Farben, aber nicht etwa mit einseitiger Färbung, sondern scheut, wo er es nöthig erachtet, auch ein tiefer gehendes, dunkleres Colorit nicht; doch hat er in solchen Fällen, wo er absolut zum Tadel geneigt ist, immerdar ganz entsprechende Analoga aus der lieben Heimath zur Hand, wo bekanntlich auch nicht Alles im rosigen Lichte glüht, sondern der Schäden in unseren vaterländischen Zuständen ebenso viele sich ungesucht dem Beschauer aufdrängen. Auch hier, wie in seinen kunsthistorischen Studien, hat der Verfasser den Takt das allgemein Bekannte vorauszusetzen und liegen zu lassen und immer nur jene Punkte hervorzuheben, auf welche seine Vorgänger wenig oder kein Gewicht zu legen sich veranlaßt sahen. So ist er denn, ohne die Backen voll zu nehmen, in seiner stillen Weise und weisen Wahrheit ein beredter Panegyriker, und die Lektüre dieses Buches wird jedem Unbefangenen mehr Vergnügen und Genuß, mehr herzerfreuende Heiterkeit bereiten, als alle sonst so beliebten scheidewässerigen Fremdenführer und böswilligen Kunstenthusiasten zu gewähren vermögen.

---

derungen über meistentheils zwar bekannte Gegenstände, aber in einer gefälligen Darstellung, und auch einige recht ansprechende Kapitel über Land und Leute, sowie über die Deutschen und ihre Stiftungen in Rom.

II. Kleinodien des Deutschen Ritterordens. Im Auftrage Seiner kaiserl. königl. Hoheit des Hochwürdigst-Durchlauchtigsten Herrn Erzherzogs Wilhelm von Oesterreich, Hoch und Deutschmeisters, Feldmarschall-Lieutenants und Artillerie-Inspectors, beschrieben und geschichtlich erläutert von *Dr. B. Dudik*, O. S. B. Mit 60 von J. Weselsky angefertigten photographischen Tafeln. Wien. Verlag des Deutschen Ritter-Ordens. 1865. Text 170 Folioseiten.

Ein großartiges Prachtwerk, nach Inhalt und Ausstattung vortrefflich, liegt hier vor, welches auf Kosten des Deutschen Ordens, und nur in 100 Exemplaren gedruckt kaum je zur Kenntniß Vieler gelangen dürfte. Um so mehr freuen sich die Histor.-polit. Blätter in der Lage zu seyn, von diesem Werke ihren Lesern Nachricht geben zu können. Sie thun es um so lieber als sich hier auf der einen Seite die Pietät und der Rittersinn des jüngsten Deutschmeisters Erzherzogs Wilhelm kund gibt, welcher das Andenken seines ihm lieben Ordens auch durch Kundgabe der alten Ordensschätze erneuern will, auf der anderen Seite sich wirklich abermals die eminente Tüchtigkeit eines Ordensmannes kund gibt, des Benediktiners aus dem Stifte Raygern P. Beda Dudik, dem der deutsche Orden bereits seine wunderschöne Münzgeschichte verdankt. Eine solche Arbeit hätte wirklich in keine glücklichere Hand gelegt werden können. Dudik ist durch und durch Historiker, der aus der dürresten Rechnung, aus dem einfachsten Inventare Momente zu verwerthen versteht, und trockene Akten zu beleben vermag. Von der Wahrheit ausgehend, daß die Blüthe jeglicher Cultur in der Kunst culminire, die ein wichtiger Faktor bei der Darstellung der Menschengeschicke selbst sei, hat er sich an die Beschreibung dieser Schätze gemacht, welche Bestandtheile jener Sammlung von Kunstgegenständen sind, die der hohe deutsche Ritterorden heute noch im Deutschen Hause zu Wien, als seinem ihm gebliebenen Haupthause besitzt.

Diese Kunstsammlung verdankt aber ihr Entstehen, wie der Verfasser bemerkt, „nicht etwa einem planmäßigen Sammeln von merkwürdigen Gegenständen, sie enstand vielmehr zufällig, als man in der Verlassenschaft der Hoch- und Deutschmeister manche Utensilien vorfand, die zum gewöhnlichen Gebrauche nicht mehr tauglich, ihrer Schönheit, ihres Reichthums oder ihres Kunstwerthes wegen nicht veräußert, sondern zurückgelegt wurden" und auf den Nachfolger als „Teutschmeister'sche Effekte" übergingen. Aus diesen entstand nun der „Ordensschatz" und zwar im J. 1606, in welchem über ihn ein förmliches Inventar aufgenommen wurde. In Mergentheim, wo der Hoch- und Deutschmeister seit 1526 bis 1809 seinen bleibenden Sitz hatte, war auch die Wiege des Ordensschatzes. Alle Hoch- und Deutschmeister von Walter von Kronberg († 1543) bis auf Erzherzog Maximilian († 1863) sind mit einem oder dem anderen werthvollen Gegenstande im Schatze vertreten. „Trinkgefäße, Waffen, Schmucksachen und religiöse Gegenstände sind mit ihren Wappen und großentheils auch mit Jahrzahlen versehen, wodurch Kunstsachen an Bedeutung nur gewinnen . . . Zahlreiche Inventarien, angefangen mit dem J. 1526, halten die Authenticität der einzelnen Stücke aufrecht."

Dudik verschweigt nicht, daß der Deutschordens-Schatz ehedem bedeutend reicher gewesen sei, indem dem Hochmeister das Recht zur Seite stand, was ein Ordensmitglied an Pretiosen und Waffen hinterließ, als Spolium einzuziehen. Von diesem Rechte ward in Deutschland seit 1515 Gebrauch gemacht, und Dudik führt solche Fälle an. Als 1538 der Land-Comthur der Ballei Franken, Wilhelm von Neuhausen starb, fanden sich in seiner Verlassenschaft: 1 goldener und 1 silberner Petschaftring, 1 goldene Haarhaube, 1 silberne Borde auf ein Brusttuch, 1 silberne „hussenhonner" Pfeife, 9 goldene Ringe mit Saffiren, Türkisen und Rubinen, 1 silberner Ring mit einem Krötenstein, 1 alter silberner Bischofsapfel (Pomum calefactorium), 1 goldenes Halsgehänge, 1 schwarz sammtenes

Kreuz mit Silber beschlagen, 2 Ziel-Armbrüste mit 2 Winden und Bolzladen, dazu 3 Reiterschwerter mit Silber beschlagen, 1 Sauschwert, 1 Dolch mit Silber beschlagen, 1 Rappier, 1 Landsknecht mit einer Sammtscheide, mit Silber beschlagen und vergoldet, 1 Dolch mit Elfenbein und Silber beschlagen, 1 Waidmesser, 1 Trabharnisch mit seinem Zugehör, 1 Leibharnisch, 3 weiße Harnische mit Ruck und Krebs, 1 Paar Deilinge, 1 Paar Armzeuge, 1 Schurz, 1 Faustkolben, 3 Stäblein mit Eisen, 1 goldene, ziemlich große Kette, 1 silberner Scheuren-Duplet vergoldet, auf 200 fl. geschätzt, 3 geriefte Becher mit Deckeln, darauf Wappen, 3 große Becher mit Deckeln, darauf 3 Männchen vergoldet, 1 ausgeschlagener, verdeckter Becher mit dem landcomthurlichen Wappen auf 3 Füßen stehend, 1 anderer ausgeschlagener Becher mit 3 Füßen, 1 Duplet vergoldet mit 1 Deckel, 1 silberner Becher mit 1 vergoldeten Fuß, 3 silberne Becher in einander gestellt, der eine mit einem Deckel, worauf ein Männlein mit einer Helmbarde, venetianisches Glaswerk u. s. w. Eben so reichlich war der Anfall, als 1540 Hanns Graf von Hohenloe, Comthur zu Kapfenburg starb. Da fanden sich 12 goldene Ringe zum Theil mit Edelsteinen, 1 Bischofsring, 1 goldener Ring um den Arm, 1 goldene Kette auf 500 fl. geschätzt, 1 kleine goldene Kette, 1 geschmelztes vergoldetes Ordenskreuz, 2 silberne Ordenskreuze, 1 goldener Sebastian, 4 silberne Becher mit vergoldeten Deckeln, 1 vergoldeter hoher Becher auf einem Fuß, 1 goldene Pfeife an einer Schnur, 2 hohe Becher mit Deckeln, vergoldet, 4 kleine Becher oben vergoldet, 2 gute Küraffe, 1 Landsknecht-Küraß, 8 Harnische mit aller Zugehör, Hauptharnisch, Schurz, Aermel, 2-Stellen Beinschienen, 8 Pferdsbuckeln, 8 Sättel, 1 Schwert mit Silber beschlagen, 1 silberner Dolch von 42 Loth, 3 Rappiere mit Silber, 2 Waidner, gleichfalls mit Silber, u. s. w. Als aber im folgenden Jahre der Landcomthur der Ballei Oesterreich Jobst Truchses von Wetzhausen starb, fand sich in seiner Verlassenschaft ein großes Stück Gold mit Salzbergs Porträt,

14 eckige Stück Goldes, 1 Stück Gold mit Walther von Kronbergs Bildniß, 1 großes Stück Gold, darauf das Bildniß Kaisers Maximilian, 12 silberne Löffel und 2 silberne Gabeln mit langen Stielen, 9 silberne Becher in einander gesetzt, 1 goldener Kopf mit Deckel, 1 goldene Kante von ungarischem Golde, 17 goldene Ringe mit Edelsteinen, 1 goldene Kette, daran ein Bischofskopf mit Edelgestein hängend, 1 goldene Schlange um den Arm, 1 goldenes Halsband mit Steinen besetzt, 1 goldene Kette, daran Edelgestein „und des Ordens Gesellschaften in Preußen und des Ordens Wappen", 2 Korallen-Paternoster mit vergoldeten Knöpfen, 1 silberner vergoldeter Dolch, 1 silberner vergoldeter Duplet mit türkischem Wappen u. s. w. — Gewiß ein ansehnliches Inventar von Pretiosen, welche dem Hochmeister Walther von Kronberg in so kurz aufeinander folgenden Zeitabschnitten zufiel, und durch ihn dem Ordens-Schatze, der noch überdieß seine Vermehrung durch die Prachtliebe einiger Hoch- und Deutschmeister fand. So ließ selbst Walther von Kronberg, der wirklich viele Becher erbte, einen goldenen Becher sammt Deckel von 4 Mark 2 Loth Nürnberger Gewicht anfertigen, der von glatter Arbeit im schönen Stiche die Enthauptung des heil. Johannes und 3 Porträts seiner Vorgänger im Deutschmeisterthume, aus deren Ketten der Becher gefertigt ward, inwendig im Deckel aber das Bildniß Walthers selbst zeigte. Dieser Becher ward 1656 noch auf 704 fl. 39 kr. geschätzt. Walthers Nachfolger der Deutschmeister Wolfgang Schutzber, genannt Milchling, (erwählt 1543) vermehrte den Ordensschatz mit einem ganz goldenen Pokale sammt Deckel von 27 Mark 8 Loth Nürnberger Gewicht, welchen ihm Kaiser Karl V. im J. 1544 verehrt hatte, noch im J. 1656 auf 4846 fl. 59 kr. gewerthet. Derselbe war in Form einer Glocke mit des Kaisers Bildniß und dem Reichsadler. Arabesken in geschmelzter Arbeit füllten den leeren Raum aus. Um den Rand lief die Schrift, welche besagte, daß dieser Pokal vom Kaiser Karl V. dem Administrator in Preußen und Meister in

deutschen und wälschen Landen, Wolfgang Schutzber verehrt wurde. Den Fuß in glatter Arbeit zierte des Hochmeisters Wappen in Email. Auf dem glatt gearbeiteten Deckel stand ein Rittersmann mit dem kaiserlichen Wappen; innen befand sich des Kaisers Bildniß im Lorbeerkranze. Ja der Deutschmeister Erzherzog Maximilian ließ 1596 durch den Goldschmied David Stechmesser in Nürnberg einen Becher in getriebener Arbeit fertigen, dessen Goldwerth im J. 1656 über 7000 fl. geschätzt ward, an dem die Arbeit allein schon 860 fl. kostete.

Diese und andere kostbare Werke der Kunst wurden zur Zeit der Noth und Hungersjahre im J. 1773 auf Befehl des Hoch- und Deutschmeisters Karl Alexander, Herzog von Lothringen, nach eingeholter großcapitularischer Bewilligung in Brüssel eingeschmolzen und zu Geld umgeprägt. Allein schon früher hatte die Verminderung des Ordens-Schatzes begonnen. In der Schlacht bei Leipzig am 23. Oktober 1642 verlor der Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Leopold Wilhelm, der die kaiserlichen Heere befehligte, sein ganzes Silberzeug und einen kostbaren Bischofsstab, so daß sich im Schatze ein Abgang von 1213 Mark 9¾ Loth an Silber zeigte, der aber vom Hause dem Orden wieder ersetzt ward. Allein einen ungemein großen Verlust erlitt der Schatz durch einen verwegenen Diebstahl, den die Mergentheimer Juden in der Nacht vom 10. auf den 11. Februar 1703 durch einen gewaltsamen Einbruch in das Schatzgewölbe des Mergentheimer Residenzschlosses verübt hatten, indem auch die wieder erlangten Gegenstände in der Art zerschlagen waren, daß sie nur noch als Bruchmetall Werth hatten. Aber auch die Mode trug zur Verringerung des Ordens-Schatzes bei. Im J. 1709 ward alles silberne Tafelservice, welches bis in die Zeit des Deutschmeisters Reinhard von Neuperg (1479) zurückreichte und mit den Anschaffungen des Joh. Casp. v. Ampringen († 1684) abschloß, im Gewichte von 459 Mark 12 Lothe, umgegossen, und 1719 in gleicher Weise mit dem letzten be-

deutenden Reste des in Mergentheim befindlichen Tafelsilbers verfahren.

Kurz vor Ausbruch der französischen Revolution sah sich der Orden genöthigt, einen Theil des Schatzes und namentlich seine werthvolle Waffensammlung um 67,417 fl. 56⅞ kr. zu verkaufen. Die Napoleon'schen Kriege, namentlich der unglückliche Feldzug des J. 1805, wo der Orden immer auf Seite des Kaisers stand, hatten seine Kraft gebrochen; seine Geschicke in Deutschland waren erfüllt, indem der Napoleon'sche Machtspruch vom 24. April 1809 ihn in Deutschland vernichtete. Der letzte Groß- und Deutschmeister Anton Victor war nun genöthigt den Sitz des Ordens von dem wirklich getreuen Mergentheim, welches von Württemberg mit Gewalt hinweggenommen ward, nach Wien zu verlegen, wohin nun auch die Ueberreste des Ordens- und des jetzt mit demselben vereinigten Kirchenschatzes kam, um gleich darauf bei der großen Noth Oesterreichs in der allgemeinen Silber-Ablieferung abermals einen sehr bedeutenden Theil den Bedürfnissen des Staates zum Opfer zu bringen. „Gothisch gearbeitete Monstranzen und Rauchfässer, Heiligenbilder und Statuen, Altarleuchter und Reliquienschreine wurden in jener traurigen Zeit abgeliefert, und dafür Obligationen eingetauscht, welche der edle Hoch- und Deutschmeister in ziemlicher Höhe nicht für seine Zwecke, sondern zur Bildung eines geistlichen Fonds bestimmte, dessen Einnahmen bis zum heutigen Tage gewissenhaft den geeigneten Zwecken zugeführt werden." „Also" — ruft Dudik aus — „nur Bruchstücke des ehemaligen D. O. Schatzes sind noch vorhanden, und doch noch immer so werthvoll!" Es war nun dieser Schatz am vollständigsten zur Zeit der Deutschmeister und kaiserlichen Prinzen Maximilian († 1618) und Leopold Wilhelm († 1662).

Mit Recht bemerkt Dudik wiederholt den unschätzbaren Werth der Inventare. „Sie beginnen mit dem J. 1524, also das Jahr vor der Säkularisirung des Deutschordens-Landes in Preußen durch Albrecht von Brandenburg. Am

10. April ward dieser abtrünnige, meineidige Hochmeister mit Preußen belehnt; er hatte den gesammten in des Ordens Hauptfeste in Marienburg und in Königsberg liegenden Ordensschatz als sein Eigenthum erklärt!" Annexirt!

In instruktiver Weise geht nun Dudik auf das Besitzthum der Mergentheimer „Administratoren des Hochmeisteramtes in Preußen, Meister teutschen Ordens" ein, und die Einzelnheiten, die steinernen Köpflein mit einer Haudhabe, ganz altfränkisch u. s. w., sind für den Culturhistoriker vom größten Interesse.

Auch über den Deutschmeister'schen Kirchenschatz finden sich vom J. 1526 an Nachrichten. Der Deutschmeister Walther von Kronberg nahm ihn, wie er im Gewölbe zu Mergentheim lag, eigenhändig auf, und dieses Verzeichniß ist noch vorhanden. Aus diesem Verzeichnisse ist ersichtlich, daß gothische Reliquiarien aus Kristall, Gold und Silber, Kreuze, Statuen und anderes Kirchengeräthe reichlich vorhanden waren, darunter eine große silberne Passion, Bildnisse der heil. Anna und Maria Magdalena. „Item ein Kelch und Paten mit dem Wappen Lentersheim's darein geschmelzt und gegraben. Item ein silbernes vergoldetes Horn, so man auf den Altar setzt. Item ein Monstranzl, darin ein Brillenglas mit dem Wappen Egloffsteins" (also zwischen 1396 und 1416). „Item ein Obertheil von einem Monstranzl, ist vergoldet, sitzt unser Herrgott auf einem Regenbogen. Item eine silberne Tafel, darin ein elfenbeinernes Vesperbild. Item ein Evangelienbuch, auswendig auf der einen Seite mit silbervergoldeten Blechbildern und schlechten versetzten Steinen." Nach späteren Inventaren hatte dieser Pergamentcodex viele Miniaturen. „Item ein kleines, altfränkisches Kästlein von Silber, darin Heiligthümer. Item ein silbernes Wappen mit dem Schilde Grumbachs, an eine Chorkappe zu hängen. Item ein gar altfränkischer Par mit viel Heiligthümern, auf einem Kästlein, ganz schlecht. Item 13 Kelche, darunter ein goldener mit den Patenen." Im Inventare von 1614 findet sich ein

silberner und vergoldeter Bischofsstab, oben St. Elisabeth, und dann eine Mitra, mit Perlen und Steinen besetzt, von rothem Sammt und goldener Stickerei, auf der einen Seite die Opferung Christi, auf der andern das Hochmeisterkreuz und St Elisabeth hoch gestickt. Unter dem Mergentheimer Ordenskirchen-Schatze werden 1619 aufgezählt: 4 große Reliquiarienbruststücke, Capita, und 4 kleine in Armform, Brachia, mit kostbaren Steinen besetzt, deren Beschreibung Dudik gibt.

Erzherzog Maximilian hatte in der Residenz zu Mergentheim noch eine eigene Kapelle, wohin er in seiner Frömmigkeit eine große Menge kostbarer Reliquien in künstlich gearbeiteten Altärchen und Kästchen gebracht hatte, worüber der Deutschmeister Joh. Caspar von Stadion ein eigenes Inventar fertigen ließ. Allein vom J. 1631 an mußten diese Ordensschätze, um vor Feinden sicher zu seyn, vielfache Wanderungen antreten. Bald waren sie in Heidelberg, bald in Tyrol, bald in Wien, theilweise in Ingolstadt, bis sie endlich 1660 wieder in Mergentheim vereinigt wurden. Allein Vieles war verdorben, Manches verschwunden, so daß der Verlust auf 11,700 fl. angeschlagen wurde. Im J. 1673 ward der Ordensschatz aus Besorgniß vor Ludwig XIV. nach Nürnberg und dann nach Regensburg geflüchtet, wo er bis 1690 liegen blieb. Die letzte Wanderung des Schatzes war, wie oben bemerkt, 1809 nach Wien, und hier kommt Dudik auf die letzten Geschicke desselben mit den Worten nochmals zurück: „Es kamen die Folgen der mit wechselndem Glücke geführten französischen Kriege, und diese Folgen haben in dem neuen Aufbewahrungsorte unter dem Ordensschatze furchtbar aufgeräumt. Fast alles gerettete Kirchensilber, darunter die großen und prachtvollen Reliquiarien, welche 1605 Erzherzog Maximilian anschaffte, die Silberstatuen der zwölf Apostel und der Heiligen Leopold, Elisabeth, Georg u. a. fielen damals zum Opfer.“ Dudik fügt dann bei: „Vom alten Deutschmeisterschatze blieb nur ein Rest zurück, aber

immerhin noch werthvoll genug, um würdig vor's Publikum zu treten. Diese Reste sollen in Wort und Bild die alten Tage des Kunstsinnes, wie er im hohen deutschen Ritterorden heimisch war, zurückrufen; sie sollen wachwecken die Tage des Kunstfleißes, den die Glieder dieses Ordens durch Unterstützung und Förderung würdigten und aufmunterten und bis zur Stunde würdigen und aufmuntern."

Natürlich lag es nicht im Plane dieses großartigen Werkes, alle Gegenstände des Schatzes durch Schrift und Bild zum Gemeingute zu machen oder zu veröffentlichen, sondern nur jene, welche entweder durch künstlerische Auffassung und Durchführung oder durch ihren Charakter zum Verständnisse der deutschen Kunstgeschichte beitragen, oder in ihrer schönen Form Nachahmung erwecken können. Im Werke selbst mußte die Form der Gruppirung gewählt werden. „Ordens-Insignien, Hau- und Stichwaffen, religiöse Gegenstände und solche des Luxus und des verfeinerten Lebens bilden die Gruppen" und entsprechen in ihrer genauen Beschreibung den 60 photographischen Tafeln, wie selbe der anerkannte Photograph und Adjunkt der Chemie am k. k. Polytechnikum in Wien, Herr Weselsky, nach den Originalien angefertigt hatte.

Die erste Abtheilung gibt nun auf 2 photographischen Tafeln die Ordensinsignien, als: 2 Hochmeister-Kreuze aus dem 16. und 17. Jahrhunderte, das Ansteck-Kreuz des 1618 verstorbenen Erzherzogs Maximilian I., das Deutsch-Ordenskreuz des 1598 verstorbenen Landcomthurs Andreas Freiherr von Spauer, die Trauerkette Maximilians I., die altfränkische Schwertkette aus der Zeit des Deutschmeisters Ulrich von Lentersheim (1454 — 79), den Intronisations-Ring des Hochmeisters Hermann von Salza um 1226, den Todesring des obigen Andreas Freiherrn von Spauer, einen türkischen Bogenring, eine Camee Kaiser Rudolph II., diese wie ein Ordenszeichen des 17. Jahrhunderts aus dem Nachlasse

Maximilians I., und ein Mainzer Confraternitäts-Zeichen mit dem heil. Martin aus dem 18. Jahrhundert. — Hier schickt Dudik eine entsprechende Einleitung über die Ordenszeichen, speciell aber über das einfache schwarze Balkenkreuz im weißen Felde, welches vom J. 1200 an bis zur Gegenwart das Wappen des deutschen Ordens ward und blieb, voran. Bemerkenswerth ist, daß die Spauer'schen Gegenstände 1840 aus dem Grabe des Landcomthurs, das in der Commendekirche zu Bozen wegen Restauration derselben geöffnet werden mußte, genommen wurden, wo sie seit 1598 mit der Leiche begraben waren. Uebrigens fügt Dudik überall die historische Bedeutung der Gegenstände bei, was hier bemerkt werden soll, um diese Bemerkung nicht wiederholen zu müssen.

Die zweite Abtheilung gibt auf 8 photographischen Tafeln Stich- und Hieb-Waffen, und zwar einen orientalischen sogenannten Albertinischen Dolch mit einem Nephrit-Griff, einen türkischen Dolch, ein türkisches Messer, alle 3 Stücke aus der Verlassenschaft Maximilians I., welche sich durch die Fülle der Edelsteine auszeichnen. Wir übergehen die anderen orientalischen Stücke mit der Bemerkung Dudiks, daß die eigentlichen Waffen der Ordensritter ihren Werth in der Tapferkeit derselben hatten, sonst aber nach der Ordensregel selbst zu einfach waren, um im Ordens-Schatze Aufnahme zu finden. Eben so wenig gibt die dritte Abtheilung, mit einer Tafel, welche die „Buzogany" (Stäbe mit einem starken Knopf als Zeichen der Würde) beschreibt, deren ein türkischer mit einem Knopf von Bergkrystall, im Schatze seit 1632, und ein solcher mit elfenbeinernem Stiel und silbernem Knopfe, im Schatze seit 1659, vorhanden sind, Anlaß zum Verweilen.

Die vierte Abtheilung dagegen bringt die Kelche und Patenen, welche im Ordensschatze aus dem 14., 15., 16., 17. und 18. Jahrhundert vertreten sind, aus denen auf 3 Tafeln ein romanischer Silberkelch aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts, ein gothischer Silberkelch aus dem Schlusse

des 15., und ein goldener Kelch vom J. 1599 abgebildet sind. Der erste höchst merkwürdige Kelch gehörte bis 1803 der Ordenscommende zu Mainz. Der zweite, auf dessen Fuß in Uncialschrift steht: „Calix insignis ecclesiae collegiatae ad SS. Germanum et Mauritium Spirae“ und als dessen Verfertiger sich der Nürnberger Goldschmied „Hans Til“ nennt, kam 1803 aus Speyer nach Mergentheim. Der dritte goldene Kelch war von dem damaligen Comthur Johann Eustach von Westernach für die neu erbaute Ordenskirche zu Kapfenburg angeschafft worden.

Die fünfte Abtheilung gibt auf einer Tafel als Reliquiarium das Triptychon des Herrn von Neuneck aus dem Anfange des 14. Jahrhunderts, dessen Fuß aber aus dem 15. ist, und dem Landcomthur der Ballei Franken Melchior von Neuneck (1430 — 89) zum Orarium auf seinen Zügen gedient haben mag. Bei diesem Anlasse macht Dudik auf 8 Reliquiarien der Mergentheimer Ordenskirche aufmerksam, die in Wien um der Landesnoth willen 1810/11 in die Schmelze wandern mußten.

Die sechste Abtheilung mit 2 Tafeln behandelt die Rosenkränze. Nach dem alten Statutenbuche des Ordens vom J. 1442 hatte jeder Ordensritter täglich — nach den Tagzeiten vertheilt — 114 Vater unser und Ave Maria zu beten, die erst nach dem Statut von 1606 auf 65 herabgesetzt wurden. Daher war, um sich nicht zu irren, der Rosenkranz ein häufiges Requisit. Solche waren oft prachtvoll gearbeitet und wahre Kunstschätze. Deren beschreibt nun Dudik 10, größtentheils aus dem Besitze des Hoch- und Deutschmeisters Maximilian I. Unter diesen befindet sich auch „ein Zehenter von Gold-Filigranarbeit, mit Perlen, Rubinen und Smaragden besetzt und emaillirt, mit einem Almandin-Ringe von besonderer Reinheit und Schönheit, und einer großen weiß-schwarz-gelben Seidenquaste.“ Die Inventare bezeichnen diesen Rosenkranz als den „so der Bischof von Würzburg hero verehrt.“ Um den Namen des Bischofs herauszufinden, bemerkt

Dudik, „braucht man nur die Arbeit anzusehen; auf den ersten Blick erkennt man sie als Augsburger Filigran-Goldarbeit, welche über den Anfang des 17. Jahrhunderts nicht hinausreichen kann. Im Anfange des 17. Jahrhunderts saß aber in Würzburg der ausgezeichnete Bischof Julius Echter von Mespelbrunn, der Wiederhersteller des katholischen Glaubens innerhalb des Fürstenthums, ja der zweite Gründer des Bisthums. Seine freundlichen Beziehungen zum deutschen Ritterorden, welcher in Würzburg selbst eine Commende mit einer schönen, leider jetzt aufgelassenen*), gothisch gebauten Kirche hatte, dann der Reichthum und der Kunstsinn dieses wahrhaft großen Mannes lassen schließen, daß er der Donator dieses geschmackvollen und kostbaren Rosenkranzes war, ein Grund mehr, dieses schöne Stück in Ehren zu halten.“ Bemerkenswerth bleibt es, daß der tapfere Großmeister Maximilian I. 53 Rosenkränze hinterließ. Auch heute noch wird der Ordens-Candidat, die Hand umwunden mit dem Rosenkranze, zum Ritter geschlagen und mit demselben Rosenkranze auch — beerdigt.

Die siebente Abtheilung mit einer photographischen Tafel

---

*) Es gibt keine deutsche Kunstgeschichte in der nicht dieses herrlichen Bauwerkes Erwähnung gemacht würde. „Die Deutschhaus-Kirche ist das reinste und schönste Bauwerk aus der Blüthezeit der Gothik in Würzburg“ (Niedermayer, Kunstgeschichte der Stadt Würzburg. 1860. S 153). — „Von all' den erhaltenen Bauten der Zeit in Würzburg kann sicher nur der Prachtbau der Deutschherrenkirche (profanirt) der Epoche zugeschrieben werden. Er wurde aus gelben Sandsteinen zwischen 1287 und 1303 aufgeführt“ (Sighart, Geschichte der bildenden Künste in Bayern. München 1862. S. 326 — 327 mit Abbildung), u. s. w. — Und diese herrliche Kirche geht ihrem Untergange entgegen, dermalen Depot für militärische Baurequisite! Wirklich eine Schande für den Kunstsinn des Bayernlandes, wo Monumente über Monumente gebaut werden!

beschreibt 9 kostbare Schmuck- und Gedenkzeichen, darunter prachtvolle Hutrosen, die herrliche Camee auf weißrothem Onyx, das Porträt Kaiser Rudolfs II. in der Halskrause vorstellend, und verschiedene Ordens-Gedenkzeichen, worüber die von ungemeiner Kenntniß zeugenden Erklärungen Dudiks oft überraschende Beleuchtung verbreiten. Sind die meisten dieser Gegenstände aus dem Nachlasse Maximilians I., so sind alle 5 Stücke, welche die achte Abtheilung als Achat-Gefäße auf 2 Tafeln abbildet, aus demselben: so eine Vase in Gold montirt aus Coralin, eine Henkel-Vase von Achat auf Kettchen, goldene Radpistole und dergl.

Nur 3, aber sehr werthvolle Gegenstände beschreibt die neunte Abtheilung auf 3 Tafeln, die Gefäße von Berg-Krystall. Diese Gegenstände sind: ein gedeckter Becher mit einem herzoglichen Hute aus dem 16. Jahrhundert, aus dem Nachlasse Maximilians I.; ein Gefäß, einen Hahn vorstellend, aus der Schatzkammer des Deutschmeisters Leopold Wilhelm († 1662); dann eine Kanne mit Edelgestein aus dem 17. Jahrhunderte.

Die zehnte Abtheilung enthält auf 3 Tafeln die „Filigran-Arbeiten. Aus den 3 Stücken ist wohl die Filigran-Silberkanne des 1566 verstorbenen Deutschmeisters Wolfgang von Milchling das merkwürdigste Stück. Die eilfte Abtheilung beschreibt unter Beigebung einer Tafel ausführlich und eingehend eine große Kostbarkeit, einen orientalischen Nephrit-Krug, in Gold und Juwelen gefaßt, aus dem Schlusse des 16. Jahrhunderts, der aus der Innsbrucker Kunstkammer des Hoch- und Deutschmeisters Maximilian I. stammt.

Ebenso beschreibt die zwölfte Abtheilung auf einer Tafel eine goldene Schale sammt Löffel aus mährischem Golde vom J. 1641, einst dem Deutschmeister Leopold Wilhelm gehörig, 146 österreichische Dukaten wiegend, ein wahres Pracht- und Kunststück. Dudiks Beschreibung ist in historischer Beziehung wichtig, indem er sich auch über das Testament des obigen verbreitet.

Zwei silberne Credenz-Schalen des Deutschmeisters Maximilian I., die eine aus dem J. 1604, gestochen von Joh. Theodor de Bry, die andere aus gleicher Zeit und von demselben Künstler, letztere mit den Jüngern von Emaus, machen den Inhalt der dreizehnten mit 2 Tafeln gezierten Abtheilung aus, indessen die vierzehnte eine hohe vergoldete Credenz-Kanne des 16. Jahrhunderts aus dem Nachlasse des oft genannten Maximilian I. beschreibt und auf einer Tafel abphotographirt. Die fünfzehnte Abtheilung bietet auf 2 Tafeln ein silbernes, stark vergoldetes Handbecken des Comthurs Joh. Eustach von Westernach mit der dazu gehörigen Kanne auf 2 Tafeln abgebildet; wogegen die sechzehnte die 2 Cocosnuß-Becher des Deutschmeisters Walther von Kronberg auf 2 Tafeln gibt und beschreibt, Becher mit Silber montirt, äußerst belehrend durch ihre Form, aber auch belehrend durch die culturhistorischen Bemerkungen über die Becher der Vorzeit, welche hier Dubik bietet. Obige Becher ließ Walther von Kronberg im J. 1536 zum Andenken an das große General-Ordens-Capitel zu Mergentheim in Nürnberg anfertigen. Nach 32 Jahren wurden abermals zwei wahrscheinlich in Augsburg angefertigt, von denen der eine mit biblischen Scenen seine Abbildung und Beschreibung in der siebenzehnten Abtheilung findet, gleichwie die neunzehnte einen solchen des Joh. Eustach von Westernach aus dem Ende des 16. Jahrhunderts auf einer Tafel nachbringt und beschreibt, indessen das vorhergehende achtzehnte Heft einen Straußenei-Becher desselben Westernach vom Jahre 1591 auf einer Tafel bietet. Dieser Becher sollte eine Erinnerung für den Bau der Commende Kapfenburg bleiben; darum die Inschrift: „Mich. schaft. in. dis. gemach. Johan. Eustach. von. Westernach — Von. seinem. vnd. gemeins. ordens. wurd. in. Zeit. erbavt. shaus. Kapfenburg. 1591."

Die zwanzigste Abtheilung gibt auf 3 Tafeln eine Beschreibung der Willkomm-Becher. Als solche werden beschrieben: 1) ein silberner vergoldeter Hund des D. O. Ritters

Georg Hund von Wenkheim, jedenfalls vor 1566 gefertigt; 2) ein silberner vergoldeter Fuchs mit einer Gans im Rachen, des D. O. Ritters Heinrich von Bobenhausen vor 1557, und 3) ein silberner vergoldeter schreitender Hirsch des D. O. Ritters Joh. Wilhelm von Zocha, aus dem J. 1667. Alle drei von vortrefflicher Arbeit, sind 1 und 2 Anspielungen auf das Familienwappen.

Die einundzwanzigste Abtheilung mit eilf photographischen Tafeln ist dem „Roggenbach'schen Prunkpokal", in Silber verfertigt und stark vergoldet, ausschließend gewidmet. Er führt seinen Namen von dem Landcomthur der ehemaligen Ballei Franken, Johann Ludwig von Roggenbach. „Ihm", rühmt Dudik, „haben wir ein wahres Meisterstück der Goldschmiedekunst des 17. Jahrhunderts zu verdanken, einen Schaupokal, welcher die hervorragendsten Kriegsthaten Kaiser Karls V. vergegenwärtigen soll." Er dürfte nach 1667 in Nürnberg gefertigt worden seyn und ward in Heilbronn aufbewahrt, mit dessen Commendesilber er 1805 nach Mergentheim kam. Die Credenz- und Eß-Bestecke finden auf 2 Tafeln in der zweiundzwanzigsten Abtheilung ihre Besprechung. Sehr merkwürdig ist das Credenz- und Vorschneide-Messer des Hoch- und Deutschmeisters Wolfgang von Milchling vom J. 1546, und Dudik hebt hervor, daß sich wohl wenige Sammlungen so alter Bestecke rühmen dürften. Ihnen reihen sich in der folgenden Abtheilung die Flaschen an, deren eine Tafel ein Flaschenfutter aus gegossenem Silber, gefertigt um das J. 1656, und eine Kettenflasche von einer Cocosnuß, gefertigt um 1568, beschreibt. Zwei Korallen-Salzgefäße, eines aus starkvergoldetem Silber aus dem Ende des 15. Jahrhunderts, und einen St. Sebastian von 1618 bespricht die vierundzwanzigste Abtheilung, ersteres auf einer Tafel zeigend, indessen die Abtheilung fünfundzwanzig der „Deutschmeister'schen Tisch-Uhr" aus Messing und vergoldet, den Herkules vorstellend, aus der ersten Hälfte des 17. Jahrhunderts, gewidmet ist. Eine photographische

Tafel versinnlicht diese merkwürdige Uhr, gefertigt von Hans Buschmann, der um 1637 in Augsburg lebte.

Die sechsundzwanzigste oder Schlußabtheilung bilden die Porträte auf 3 Tafeln, und zwar 1) das Reiterbild des Deutschmeisters Erzherzog Maximilian I. auf Silber, am Schlusse des 16. Jahrhunderts. „Admirationi virtutum optimi et fortissimi principis Maximiliani Austriaci:“ diese Inschrift gab der Künstler seinem mit Hammer und Punze gefertigten Werke. 2) Goldbild Kaiser Karl V. auf Obsidian; 3) Medaillon Kaiser Maximilian I. auf Silber; 4) kleines Medaillon aus Buchsbaum, den Kaiser Maximilian I. und seine Enkel Karl und Ferdinand vorstellend; sämmtliche aus dem 16. Jahrhundert.

Dieses nun der Inhalt des Werkes, freilich nur angedeutet, durch das Dubik abermal sagen darf: „Exegi monumentum aere perennius“ wenn er sich auch nicht schon seither unvergängliche Denkmäler gesetzt hätte!

XXXIII.

Zeitläufe.

Die Uebereinkunft von Gastein.

Den 10. September 1865.

Wie der herrschende Parteigeist unser armes Deutschland in einen politischen Hexensabbath verwandelt hat, wo keiner mehr mit seinen natürlichen Augen zuschaut und jeder sein Phantom in den Armen wiegend im Kreise sich dreht — wenn man es nicht vorher gewußt hätte, so müßte man es

jetzt endlich merken, wo die deutsche Wissenschaft vor der Aufgabe steht, sich schlüssig zu machen über die Convention von Gastein. So viele Parteien und Parteischattirungen, so viele und so vielerlei Urtheile, und keine findet etwas Anderes als ihr gefällt.

Zu Berlin behaupten die extremsten Feinde des Herrn von Bismark: Preußen sei in Gastein der unterliegende Theil gewesen, der Vertrag sei ein zweites Olmütz. In Wien behaupten die weiland Schmerlingischen Blätter: Oesterreich habe zu Gastein auf seine deutsche Politik zu Gunsten Preußens verzichtet, der Vertrag sei ein zweites Villafranka, und sie schieben dem verhaßten neuen Ministerium den Vaterlandsverrath in die Schuhe. Die ächten Organe der Triaspolitik sind selbstverständlich derselben Ansicht; sie ringen die Hände in heller Verzweiflung; nur das wollen sie nicht zugeben, daß an der Wendung die sie als überaus traurig beklagen, die Impotenz der Mittelstaaten selber den größten Theil der Schuld trage. Andererseits existiren auch bei uns noch etliche Starkgläubigen der ehemaligen großdeutschen Partei, die es schlechthin nicht über sich bringen an einen Aufschwung der Sache Preußens zu glauben; sie waren daher über die Convention vom 14. August nicht weniger als die Anderen verblüfft, aber sie meinen doch annehmen zu müssen, daß näher betrachtet zu Gastein ein Sieg Oesterreichs über Preußen stattgefunden habe.

In Summa: allen diesen Parteien ist es nicht nach ihrem Sinne gegangen, und gerade aus dem allgemeinen Grunde, weßhalb die Gasteiner Uebereinkunft ihnen mißfällt, gefällt sie uns. Es ist seit mehr als drei Jahren, und schon seit dem Moment der identischen Noten, unsere beständige Rede gewesen, daß auf dem Wege unserer liberalen Parteien eine bessere Ordnung der deutschen Dinge nie und nimmermehr erreicht werden könne. Von diesem Wege weicht nun der Vertrag von Gastein sehr energisch ab, er ist überhaupt ein offener Bruch mit den diplomatischen Voraussetzungen

des deutschen Liberalismus, dem es unter allen Umständen nur wohl und behaglich seyn kann, solange er die zwei deutschen Großmächte gegeneinander in's Feuer zu hetzen vermag. Ueber eine ihnen so widerwärtige Wendung sind nun die betreffenden Parteien mit Fug und Recht entrüstet; wir aber hoffen das Beste davon, vorausgesetzt daß der Weg einer verständigen Realpolitik, nachdem er einmal betreten worden, von den zwei Großmächten auch folgerichtig fortgesetzt werden wird.

Soviel stund von vornherein fest, daß aus der schleswig-holsteinischen Frage eine Lösung der gesammten deutschen Frage unmittelbar hervorgehen oder sich anbahnen werde so oder so. Wehe dem armen Vaterlande, wenn es geschehen wäre nach dem Willen unserer Parteien! Der deutsche Bürgerkrieg und die Einmischung des Auslandes wären unvermeidlich gewesen, die schmachvollsten Blätter unserer deutschen Geschichte wären von Neuem beschrieben worden. Diese dringendste Gefahr ist jetzt überstanden, und sie konnte nur dadurch überstanden werden, daß Oesterreich und Preußen unter sich eine friedliche Einigung machten über das nächstliegende Streitobjekt. Der nationalvereinliche Fridericianismus in Berlin und der hazardspielende Schmerlingianismus in Wien hätten das aber nie vermocht. Sie hätten beide und wetteifernd den Fremden uns in's Haus gerufen. Vom Beginn der dänischen Verwicklung an hat die Einigkeit der zwei deutschen Großmächte, und nur sie, die französischen Intriguen lahmgelegt; die kleinste Ritze zwischen Wien und Berlin hätte dem Imperator genügt, um sich bei uns einzudrängen. Nun knirscht man insgeheim zu Paris, und das ist Musik in unsern Ohren. Wenn der Gasteiner Vertrag auch keine geheimen Artikel enthielte, so besagt er doch schon an und für sich, daß die zwei deutschen Großmächte die gefährliche Frage der Herzogthümer ausschließlich unter einander ordnen werden, und Niemand sollte sich einen deutschen Patrioten nennen, der die Gasteiner Uebereinkunft betrachten kann, ohne wenig-

stens diese Seite derselben mit Lob und Freude zu begrüßen.

Allerdings schafft der Vertrag noch kein Definitivum nichteinmal in Schleswig-Holstein, geschweige denn bezüglich der deutschen Frage. Man hat in den Artikeln von Gastein eigentlich nur den nothdürftigen Modus ausersehen, wornach der gemeinschaftliche Besitz beider Großmächte in den Herzogthümern fortgeführt, mit andern Worten das Provisorium dauernd gemacht werden konnte. So wie es war, wäre die gemeinschaftliche Regierung nicht drei Wochen mehr gegangen; so aber wie es jetzt ist, kann es füglich auch drei oder zehn Jahre lang gehen. Der provisorische Zustand in Schleswig-Holstein ist demnach seit dem 14. August erst recht provisorisch. Es können bis zum endlichen Abschluß noch Reibungen und Zwischenfälle genug eintreten, denn wie gesagt, etwas Endgültiges ist bis jetzt in keinem Punkt als in Bezug auf Lauenburg ausgemacht. Aber gerade wegen der Dehnbarkeit des nun geschaffenen Provisoriums darf man annehmen, daß die definitive Ordnung der Herzogthümer-Frage heute oder morgen nicht isolirt, sondern in unmittelbarer Verbindung und identisch mit einer bestimmten Lösung der deutschen Frage eintreten wird. Wie wir von Anbeginn vermuthet haben: die Eine Lösung wird der Preis der andern seyn.

Hier ist es nun allerdings sonnenklar, daß die Gasteiner Uebereinkunft der bisherigen Mittelstaaten-Politik im höchsten Grade zuwider seyn muß. Diese Politik hat die ewige Zwietracht der beiden Großmächte zur unbedingten Voraussetzung; insbesondere war ihr ganzes Gebahren in der schleswig-holsteinischen Verwicklung von dem Gedanken geleitet, aus den nordischen Herzogthümern ein neues Bollwerk gegen Preußen zu schaffen. Es leuchtet ein, daß sie unmöglich wünschen kann, aus der Eintracht der zwei Großmächte eine Lösung der schleswig-holsteinischen und noch weniger der großen deutschen Frage hervorgehen zu sehen. In dem ganz gleichen Falle befinden sich aber alle Parteien des deutschen

Liberalismus; sie alle nährten sich, wurden groß und stark von der Zwietracht der zwei deutschen Mächte, sie alle sehen sich durch die Einigung Oesterreichs und Preußens bedroht und den Ast abgesägt, auf dem sie sitzen. Herr von Bismark kann der preußischen Opposition spotten solange jene Vorbedingung nicht fehlt, und wenn er in Gastein wirklich von den Forderungen Preußens hätte abmarkten lassen, so hätte er sehr wohl gewußt warum. Durch eine scheinbare Identität der Interessen nicht weniger als durch die Schwäche der Regierungen hat sich nun die deutsche Mittelstaaten-Politik verleiten lassen, in dem schicksalsvollen Streit gegen Dänemark gemeinsame Sache zu machen mit den liberalen Parteien. Das war der ungeheure Fehler. Die Mittelstaaten-Politik schuf sich dadurch eine ganz naturwidrige Lage und mußte nothwendig verloren seyn, sobald sie gegen beide Großmächte zumal Partei nahm. Das hat sie gethan und nun liegt das Facit vor: Oesterreich hat sich zu Gastein, wie längst zu erwarten gewesen ist, von der Mittelstaaten-Politik grundsätzlich abgewendet.

Daran ist kein Zweifel mehr erlaubt. Die österreichische Politik hat seit dem Tode des dänischen Königs drei scharf abgegrenzte Stadien durchgemacht und zweimal den Standpunkt gewechselt. Bis zum 28. Mai 1864 vertrat die kaiserliche Diplomatie das europäische Vertragsrecht, sie wollte von den augustenburgischen Ansprüchen schlechterdings nichts wissen und hatte keineswegs, wie das verbündete Preußen, die Absicht die dänische Monarchie zu zertrümmern. Seit jenem 28. Mai ist dann die kaiserliche Diplomatie allmählig ganz augustenburgisch geworden; Hand in Hand mit der Mittelstaaten-Politik war sie bestrebt, die Preußen möglichst wohlfeilen Kaufs aus den eroberten Herzogthümern hinauszubringen und daraus einen selbstständigen und ebenbürtigen Bundesstaat zu schaffen. Sie betrieb die schleunige Lösung der Erbfolge-Frage als die dringendste aller Angelegenheiten; sie beantragte am Bunde die vorläufige Einsetzung des Au-

gustenburgers; sie verlangte die Einberufung und Befragung der vereinigten Stände, welche über das Schicksal des Landes selber entscheiden sollten; es war zuletzt sogar davon die Rede, Oesterreich werde sein halbes Recht auf die Herzogthümer an den Augustenburger abtreten und den Prätendenten als Mitbesitzer dem preußischen König an die Seite stellen. Von allem Dem ist nun keine Rede mehr. Seit dem 14. August ist Oesterreich auf den am 28. Mai v. Js. verlassenen Standpunkt zurückgetreten und die augustenburgische Episode der Wiener-Politik ist unwiderruflich abgeschlossen, womit sich folgerichtig der Abschluß der ganzen österreichisch-mittelstaatlichen Cordialitäts-Periode seit 1850 verbindet. Die Realpolitik ist wieder in ihr Recht eingetreten.

Die Gasteiner Uebereinkunft geht nun abermals wie die österreichischen Noten bis zum 28. Mai v. Js. von der Voraussetzung aus, daß der alleinberechtigte Souverain in Schleswig-Holstein nach dem 15. Nov. 1863 König Christian von Dänemark gewesen; nachdem aber Dänemark durch Gewalt der Waffen zur Abtretung der Herzogthümer gezwungen worden, sei die alleinige Rechtsbasis dieser Länder der Wiener Frieden vom 30. Oktober 1864. Genau so lautet auch der Standpunkt des Berliner Kabinets und der preußischen Kronsyndici. Da also die beiden Großmächte alleinberechtigte Besitzer von Schleswig-Holstein sind, so stehen sie natürlich zu allen Erbfolge-Prätendenten auf ganz gleichem Fuße; verpflichtet sind sie gegen keinen; sie können mit diesem oder jenem unter beliebigen Bedingungen ein Abkommen treffen; oder eine der beiden Großmächte kann die Gesammtheit der Herzogthümer gegen Entschädigung der andern abtreten. Mit Lauenburg ist dieß vorderhand bereits geschehen. Oesterreich hat das Ländchen ganz an Preußen überlassen und dafür sich dritthalb Millionen dänische Thaler als seinen Antheil an den Domänen ausbedungen. Freilich haben die Lauenburgischen Stände selbst schon vor Jahr und Tag preußisch

zu werden begehrt. Aber das thut eigentlich nichts zur Sache. Die Gasteiner Convention beläßt auch den schleswig-holsteinischen Ständen keineswegs ein souveraines Recht der Selbstbestimmung. Sowenig es in der Competenz dieser Stände liegen könnte, den an ihrem Lande erworbenen rechtlichen Besitz Oesterreichs und Preußens zu negiren, das heißt die Bestimmung des Friedens vom 30. Oktober 1864 aufzuheben, ebensowenig können die Besitzer ihnen ein Recht der Entscheidung zwischen den verschiedenen Prätendenten oder über die Bedingungen des Anschlusses an Eine der beiden Mächte zugestehen. Hat aber die Volksvertretung ein solches Recht nicht, so kann es noch weniger der deutsche Bund besitzen. Es steht vielmehr den Souverainen von Oesterreich und Preußen allein und ausschließlich zu, über die Zukunft der Herzogthümer zu bestimmen.

Ob nun diese Folgerungen aus dem vereinbarten Princip in geheimen Artikeln niedergelegt seien oder nicht, sie sind jedenfalls in der Uebereinkunft selbst stillschweigend zu Grunde gelegt. Ein schneidenderer Widerspruch kann aber nicht erdacht werden als der, in dem diese Anschauung mit den Forderungen der liberalen Parteien und den identischen Ansprüchen der mittelstaatlichen Politik steht. Deren Sieg schien doppelt gesichert zu seyn sowohl durch die angebliche Legitimität des augustenburgischen Erbrechts, als durch das Recht der zwei Länder über ihre staatliche Zugehörigkeit selber endgültig zu entscheiden. Beide Grundsätze sind im Gasteiner Vertrag auf das bestimmteste verneint, und zwar am allerbestimmtesten das liberal-demokratische Princip von der souverainen Selbstbestimmung der Bevölkerungen, welches Princip zuletzt auch von der mittelstaatlichen Politik als mächtigster Hebel ihrer Pläne angeeignet worden war, natürlich bloß ad hoc. „Nichts ohne die Stände!“ war bei uns das gemeinsame Feldgeschrei. Im diametralen Gegensatz hiezu könnte die Gasteiner Uebereinkunft zwar immerhin ein theilweises und secundäres Erbrecht eines oder mehrerer Prätendenten reservirt haben; was sie

aber ganz und gar verneint ist das Souverainetätsrecht der Landesvertretungen. Das oberste Besitzrecht ist schon vergeben; jeder weitere Proceß kann dasselbe nicht mehr in Abrede stellen, er kann sich nicht mehr um einen Erbrechts- oder sonstigen Verfügungs-Streit drehen, sondern es kann sich nur um die realpolitischen Bedingungen der definitiven Anordnung handeln. Der Gasteiner Vertrag steht somit ganz auf dem Boden des „alten Rechts" völkerrechtlicher Traktate; er verneint in allen Theilen jenes „neue Recht" Louis Napoleons und Graf Russels, welches auch von der Elite unserer liberalen Großdeutschen mit verzweifelter Anstrengung bekämpft worden ist, solange nur dessen Anwendung in Italien, und nicht in Schleswig-Holstein gegen Preußen, in Frage stand. Erst in dem Babel der schleswig-holsteinischen Verwicklung sind unsere Großdeutschen und die Mittelstaaten in selbstmörderischer Weise von ihrem eigenen Rechtsgrund abgefallen. Nicht so der Gasteiner Vertrag; er führt definitiv zum alten Recht zurück. Der Imperator und das thörichte England knirschen mit Recht darüber; aber vor einem thätlichen Einspruch werden sie sich hüten, solange die zwei deutschen Großmächte in einträchtigem Wollen zusammenstehen.

Das ist nun die Hauptsache, alles Andere bloß Nebensache. Das in Gastein eingeleitete Provisorium ist etwas wesentlich Anderes, als das schleswig-holsteinische Provisorium vom 30. Oktbr. 1864 bis zum 14. Aug. 1865 war. Sonderbarer Weise wird der eigentliche Kern der Veränderung gewöhnlich ganz übersehen; man hängt sich ausschließlich an die Nebensache, an das Detail der einstweiligen Theilung des Regierungs-Territoriums in den Herzogthümern, man wägt auf der Goldwage was hierin an Preußen concedirt und nicht concedirt worden ist, und so kann man denn allerdings auf die Entdeckung gerathen, daß der Gasteiner Vertrag eine Niederlage und den Rückzug des Herrn von Bismark bedeute. Denn es ist ja freilich offenbar, daß der Vertrag

weder die Herzogthümer an Preußen abtritt noch die berühmten Berliner Forderungen vom 22. Februar erfüllt.

Man hat sich sehr darüber gefreut, daß Preußen als seinen provisorischen Regierungsbezirk nicht Holstein, sondern Schleswig zugewiesen erhalten habe. Denn im umgekehrten Falle, meinte man, hätte der Prinz von Augustenburg mit allen seinen Räthen, Bureaus und Agenten unfehlbar das Land verlassen müssen. Spielzeug für große Kinder! Sieht man denn nicht, daß der Augustenburger auch in den Augen Oesterreichs nicht mehr als derjenige in Kiel sitzen kann, welcher er in den Zeiten des Herrn von Halbhuber war? Er ist in Wien nicht mehr der Erbberechtigte, für den die zwei Großmächte Schleswig-Holstein nur als einstweiliges Depositum in Händen halten; er fährt als bloßer Privatmann in Kiel zu wohnen fort, und es ist keine Frage, daß Oesterreich nach dem Geist und Wortlaut des Vertrags zu polizeilichem Einschreiten verpflichtet wäre, wenn der Prinz seine störende und übergreifende „Nebenregierung" fortsetzen wollte wie bisher. Es war im Grunde sehr schlau von Hrn. v. Bismark, daß er das odiose Geschäft die herrschende Partei in Holstein zur Besinnung zu bringen, nicht für Preußen übernahm, sondern den Oesterreichern überließ. In Schleswig besitzt Preußen von vornherein großen Anhang und es wird sich dort mit leichter Mühe ein warmes Nest bereiten. In Schleswig hat Oesterreich nichts darein zu sprechen, hingegen sind den Preußen in Holstein sehr wichtige Positionen vorbehalten: die Festung Rendsburg, der Hafen von Kiel und der Nord-Ostsee-Kanal. Es ist kein Zweifel, daß man von Berlin aus an dem Hafen- und an dem Kanalbau eine imponirende Thätigkeit entfalten wird; die Nützlichkeit dieser Arbeiten wird Jedermann unwidersprechlich einleuchten und allmählig den Urheber selber einschmeicheln; unter diesem Einfluß muß dann die antipreußische Agitation in Holstein erlahmen. Inzwischen hat Oesterreich für dieses Land nicht viel Anderes zu thun, als die Steuern zu empfangen und die hohe Polizei zu üben;

und sollten auch über kurz oder lang die gesonderten Stände einberufen werden, so würde sicherlich Preußen mit der schleswigischen Vertretung leichter auskommen als Oesterreich mit der holsteinischen. Denn aller Wahrscheinlichkeit nach würde nur die letztere entschieden für den Augustenburger eintreten und für sich das entscheidende Votum über das Schicksal des Landes ansprechen, Prätensionen welchen energisch entgegenzutreten Oesterreich von nun an vertragsmäßig gebunden ist, nicht weniger als Preußen.

Herr von Bismark hat vor zwei Jahren gesagt: „Wer Schleswig hat, hat auch Holstein.“ Das ist eine strategische Wahrheit. Preußen besitzt aber seit dem 14. Aug. auch schon in Holstein definitive Stellungen, von wo aus es nicht schwer ist mit einiger Ruhe und Umsicht dieses Land moralisch zu erobern. Jedenfalls kann Preußen von nun an warten; denn es hat bequeme Stützpunkte, um sich zu setzen. Der Augustenburger aber und die andern Parteien müssen stehend zuschauen, und da kann es nicht fehlen, daß sie zusehends ermüden und schwinden. Es war ein ganz richtiges Gefühl, daß diese Parteien um jeden Preis auf die schleunigste Lösung der schleswig-holsteinischen Frage gedrungen haben. Sobald die definitive Lösung hinaus gezögert wurde, wie jetzt in unabsehbarem Maße geschehen ist — mußten jene Parteien nothwendig verloren seyn.

Was nun mit den zwei Herzogthümern schließlich geschehen wird, darüber wollen wir uns heute nicht wiederholen. Es wird keine Wahl für sie übrig bleiben, als entweder, nach dem gegenwärtigen Vorgange Lauenburgs, als preußische Kronländer an die Monarchie der Hohenzollern überzugehen, oder unter den Bedingungen vom 22. Februar im engern Anschluß an den preußischen Staat als quasi-selbstständige Länder eine zweifelhafte Existenz zu versuchen. Welche von beiden Alternativen — immer vorausgesetzt daß ein Drittes nicht erübrigt — für die Herzogthümer vortheilhafter, für die andern deutschen Mittelstaaten minder gefährlich und

präjudicirell wäre: das war für uns von Anbeginn ebensowenig fraglich, als uns die Wahl zwischen einem Bismarkischen Großpreußen und dem siegenden Nationalvereins-Princip schwer fallen könnte. Sicher ist, daß die Gasteiner Uebereinkunft für beide Möglichkeiten den Raum offen läßt; aber in jedem Falle nur — und dieß ist das wahrhaft Erfreuliche an dem Vertrag — unter bestimmten realpolitischen Bedingungen im gesammtdeutschen Interesse.

Das ist die zweite Hauptsache an dem Vertrag, und sie wäre wohl geeignet bei ruhigerem Blute auch diejenigen versöhnlicher zu stimmen, welchen die specielle Abmachung von Gastein im höchsten Grade zuwider ist. Für uns war von dem Augenblick der Zertrümmerung Dänemarks der leitende Gedanke der: nicht davon hänge das Schicksal unseres Vaterlandes ab, ob Schleswig-Holstein mittelbar oder unmittelbar preußisch werden müßte oder nicht, sondern davon daß das Unvermeidliche nicht geschehe, ohne daß Preußen dafür Bedingungen zugestehe im Interesse der gesammtdeutschen Frage. Diesem einfachen Gedankengang mußten sich freilich diejenigen verschließen, welche in schwacher Stunde für die Vorspiegelungen der nationalvereinlichen Kieler Schule sich in Eid und Pflicht nehmen ließen; sie mußten sich gebunden erachten, aber, wenigstens was die Kabinete betrifft, doch hoffentlich nicht zu einer ewigen rath- und thatlosen Widerbellerei. Nur den Parteien und ihren Stimmführern steht es wohl an, rechthaberisch mit dem Kopf durch die Wand rennen zu wollen, nicht aber einer für das Wohl und Wehe ihres Volkes verantwortlichen Regierung. Dieß am wenigsten dann, wenn das Hauptziel dennoch erreicht werden kann, nur auf anderm Wege als auf dem eigensinnig und irrthümlich vorgenommenen. Einen solchen Weg zeigt aber die Uebereinkunft von Gastein. Wenn auch nicht bestimmte Versicherungen vorlägen, daß in Gastein oder in Salzburg die brennende Frage sehr gründlich, das ist nicht in ihrer fehlerhaften Isolirung sondern in ihrem natürlichen Zusammenhang mit den

gesammtdeutschen Verhältnissen, behandelt worden sei, so ist doch diese Thatsache in dem Vertrage selber deutlich ausgedrückt. Preußen hat in diesem Vertrage auch bereits angefangen, sich auf Bedingungen im gesammtdeutschen Interesse einzulassen.

Artikel 2 und 3 verpflichten die beiden Contrahenten, am Bunde die Herstellung einer deutschen Flotte in Antrag zu bringen und für dieselbe den Kieler Hafen als Bundeshafen zu bestimmen, sowie auch Rendsburg zur deutschen Bundesfestung erheben zu lassen. In diesen drei Worten liegt eine Modifikation von bedeutender Tragweite. Bis jetzt war in der fraglichen Richtung vom Bunde niemals und nirgends die Rede, weder in den preußischen Forderungen vom 22. Februar noch in dem durch den 36ger Ausschuß geschaffenen Berliner Compromiß vom 26. März ist auf den Bund Bezug genommen; es werden dort einfach die entsprechenden Abtretungen von Preußen gefordert und hier grundsätzlich gewährt. Nun machen wir uns freilich darüber keine Täuschung, daß durch die Bundes-Clauseln die Stellungen Preußens in Holstein nicht sehr beeinträchtigt seyn werden; insbesondere wird noch viel Wasser in's Meer und viel Frankfurter Dinte auf's Papier fließen, bis die deutsche Flotte in das Bereich der greifbaren Dinge eintritt, und bis dahin bleibt der Hafen von Kiel eben thatsächlich ein preußischer Hafen. Aber man darf doch nicht übersehen, daß die preußische Politik hier zum erstenmale wieder seit langen Jahren dem Bunde die Ehre gibt; sonst hat man in dieser Beziehung von ihr nichts gewußt, als das Schlagwort: „Alles für Deutschland, Nichts durch den Bund!"

Indem nun Oesterreich zu Gastein die Bundes-Clauseln durchsetzte, konnte dieß gar nicht anders geschehen als mit der ausgesprochenen Absicht, den Bund im Einverständniß mit Preußen selber umzugestalten und durch eine verbesserte Verfassung zu einer wirklichen Realität zu machen. Der Kaiser hat auf dem Frankfurter Fürstentag den gegenwärtigen

Bundeszustand allzu rückhaltlos als ein anarchisches Chaos verurtheilt und im Laufe der schleswig-holsteinischen Wirrniß ist der Bund vollends zu einem lautern Nichts geworden, das weder Festung noch Hafen und Flotte mehr braucht und haben kann. Die Bundes-Clauseln im Gasteiner Vertrag beweisen aber, daß Oesterreich nicht etwa für seinen Theil am nordischen Condominat eine Entschädigung an Geld, Landstrichen oder vorübergehenden Garantie-Verträgen von Preußen nehmen will, um sich hinfort gleichgültig und verdrossen von den deutschen Angelegenheiten zurückzuziehen, wenn auch die häusliche Lage des Kaiserreichs eine solche Wendung noch so sehr empfehlen sollte. Sondern der Geist und Wortlaut der Gasteiner Uebereinkunft scheint mir zu besagen, daß hinfür jedem Schritt Oesterreichs in der schleswig-holsteinischen Sache ein Schritt Preußens zu Gunsten der Bundesreform vorauszugehen haben wird.

Das Wie zu besprechen, wäre wohl sehr verfrüht. Gewiß aber ist Zweierlei. Erstens daß die Zeit der liberal-juristischen Reform-Programme, womit man Preußen zu „majorisiren" und agitatorisch zu zwingen gedachte, vorbei ist und nicht wiederkehren wird. Am Tage der Gasteiner Uebereinkunft waren gerade drei Jahre seit dem Erscheinen des Delegirten-Projekts und zwei Jahre seit der glänzenden Ankündigung des Frankfurter Fürstentags verflossen; es waren höchst lehrreiche drei und zwei Jahre, und zu denen die in dieser Zeit nichts gelernt haben, zählt jedenfalls Oesterreich nicht. Ungeheuer viel ist seitdem anders geworden, nahezu Alles in Wien und in Berlin; viele Rollen sind ausgespielt und die überraschendsten Demaskirungen haben durch ganz Deutschland massenhaft stattgefunden. So schwer es uns auch aukommen mag, veraltete Gewohnheiten und Gedankenrichtungen jetzt plötzlich abzulegen, es geht eben doch nicht anders: wenn demnächst wieder von „Bundesreform" die Rede seyn sollte, so müssen wir uns die Sache anders denken als im Jahre 1862 und 1863.

Für's Zweite ist es gewiß, daß die Reihe der realpolitischen Bedingungen im gesammtdeutschen Interesse eröffnet werden müßte durch eine ausgesprochene deutsche Gesammtgarantie. Daß eine solche Garantie zwischen den zwei Großmächten seit dem 14. August insgeheim schon vorhanden seyn müsse, vermuthet Jedermann in richtigem Instinkt. Graf Rechberg hat dereinst am 5. Nov. 1861 an den vielgeschäftigen Herrn von Beust, der sich immer noch nicht zur Ruhe geben will, geschrieben wie folgt: „Ein lohnendes und für Deutschland wahrhaft heilbringendes Werk wird erst dann vollbracht seyn, wenn Reformen der äußern Organisation des Bundes mit der durch gebieterische Umstände erheischten politischen Consolidation des Bundes, d. h. mit einer festen allseitigen Verbürgung der gesammten deutschen wie außerdeutschen Besitzungen Oesterreichs und Preußens verbunden seyn werden." Man sollte meinen, Nichts sei klarer. Dennoch hat keiner der nachfolgenden Reform-Vorschläge der Parteien die Gesammtgarantie zu beantragen gewagt. Für uns lag schon darin der zureichende Beweis, daß es sich eben immer nur um liberale Luftschlösser handelte, aber nie um baaren männlichen Ernst.

Findet sich nun dieser Ernst einmal zwischen den zwei deutschen Großmächten, dann dürfte auch die Schwierigkeit der äußeren Organisation nicht mehr unüberwindlich seyn. Es würden sich dann Auswege darbieten, die den Autoren liberaler Reform-Projekte freilich unerfindlich seyn mußten. Zwei Großmächte innerhalb Einer constitutionellen Bundes-Verfassung, das war von jeher der große Stein des Anstoßes, und wie die Dinge jetzt in Oesterreich liegen und sich geklärt haben, so dürfte weniger als je ein besonnener Staatsmann in Wien gesonnen seyn, das Steckenpferd des Herrn von Schmerling weiter zu reiten und für die Hälfte der österreichischen Länder den constitutionellen Schwerpunkt nach Frankfurt zu verlegen. Aber müßte denn das durchaus seyn? Könnte der Verbindung mit Oesterreich und seiner alten

Zusammengehörigkeit mit dem Reich nicht auch dadurch genügt werden, daß der Person des Kaisers ein verfassungsmäßiges Veto zugeschrieben würde*). Einen ähnlichen Ge-

---

*) Wie unsere Leser wissen, behellige ich sie selten mit einer Abwehr gegen publicistische Angriffe in eigener Sache. Heute muß ich eine Ausnahme machen gegenüber Herrn Georg Friedrich Kolb, Mitglied des bayerischen Landtags und Redakteur der „Neuen Frankfurter Zeitung". Hr. Kolb sagt in diesem Blatte: „Die Gasteiner Abmachung kann nur den Sinn haben, auf die Mainlinie hinzuarbeiten, auf Verwirklichung jenes Planes der dem Preußenthum den Norden Deutschlands preisgibt, dem concordatsstaatlichen Oesterreicherthum den Süden — des Plans dessen offenste Darlegung die ultramontanen Historisch-politischen Blätter geliefert haben." Was Hr. Abg. Kolb hier in bestimmtester Weise behauptet, hat er schon an einem andern Orte als Verdacht ausgesprochen, und gleich darauf ist mir dort aus einem andern Munde die diametral entgegengesetzte Absicht zugeschrieben worden, den Eintritt Gesammtösterreichs in den deutschen Bund herbeizuführen. In Wahrheit hat schwerlich ein Großdeutscher die Nebulosität dieser letztern Idee entschiedener abgeurtheilt als ich. Aber noch weniger habe ich jemals ein Wort zu Gunsten der Mainlinien-Politik geschrieben; von meinem politischen Standpunkt wäre das eine baare Unmöglichkeit gewesen. Hr. Abg. Kolb urtheilt offenbar nur von mißverstandenem Hörensagen. Er müßte sonst so gut wie meine verehrten Leser wissen, daß mein politischer Standpunkt und mein Ideal die großdeutsche Kaiseridee war und ist. Ein Vertreter dieser Idee kann und muß nun zwar Manches den unabänderlichen Umständen concediren; er kann und muß sich z. B. erinnern, daß ein deutscher Kaiser aus dem Hause Habsburg eigenhändig das Diplom unterzeichnet hat, welches den Brandenburger Kurfürsten zum Preußischen König erhoben hat. Was aber ein Vertreter der großdeutschen Kaiseridee schlechterdings nicht leisten kann, das ist die Vertheidigung der Mainlinien-Politik. Vor solch einer schweren Verirrung hat mich schon mein deutsch-politisches Ideal rein bewahrt, aber auch vor mancher Illusion die viele Andere theilten. Ich ersuche Hrn. Abg. Kolb von gegenwärtiger Erklärung über die sonderbare Täuschung, in der er sich über mich befindet, geeignete Notiz nehmen zu wollen.

Jos. Edmund Jörg.

danken hat Heinrich von Gagern vor zwei Jahren in Weimar ausgesprochen, und es ist nicht zu zweifeln, daß bei allseitig gutem Willen die Bedingungen sich finden würden und finden müßten.

Aber nun die Mittelstaaten? Soviel ist sicher, daß ihre Absicht an den nordischen Herzogthümern ein neues Vollwerk gegen Preußen zu gewinnen, fehlgeschlagen ist und in das schnurgerade Gegentheil umzuschlagen droht. Sie werden vielmehr in der Lage seyn, gegen das durch die Herzogthümer so oder so verstärkte Preußen ein Vollwerk suchen zu müssen. Und wo werden sie ein solches auftreiben? In sich und unter sich selbst schwerlich; denn die Seeschlange ihrer Conferenzen und die Resultate der Beustischen Vielgeschäftigkeit bewegen sich schon hart am Rande der allgemeinen Heiterkeit. Aber die racheschnaubenden Parteien haben schon einmal gewagt auf Frankreich als das reindeutsche Vollwerk sowohl gegen Preußen als gegen Oesterreich hinzuweisen; sollte es vielleicht noch einmal und mit größerer Gefahr der Versuchung dahin kommen? Vielleicht gerade dann, wenn die beiden Großmächte, aus deren vereinten Händen Alles mit schreiendem Mißtrauen aufzunehmen bis jetzt der oberste Grundsatz dieser Politik war, die Bedingungen einer politischen Consolidation des Bundes bieten wollten? Es lastet eine schreckliche Verantwortung auf unsern bis jetzt so unerhört rath- und thatlosen Staatsmännern in den deutschen Mittelstaaten, und sie müßten die Schuld an dem Verderben des deutschen Vaterlandes tragen, sobald sie ihre Sicherheit und ihr Vollwerk irgendwo anders suchten als in einer gesammtdeutschen Einigung, wie die beiden Mächte sie heute oder morgen zu bieten im Stande sind.

Möge dieß bald geschehen! Denn die moralisch-politische Auflösung, die uns seit 1859 ergriffen hat, steigt in gewaltigen Dimensionen und sie bedroht alle ohne Ausnahme, die Größten wie die Kleinsten. Ihr Hauptherd aber glüht bei uns in Mittel- und Kleindeutschland. Was will man mehr? es gibt

bei uns noch gehorsame Burdaukraten übrig genug, die allen Herren zu dienen bereit sind, aber mit jedem Tage ist man weniger im Stande noch einen Conservativen von Herzen zu finden. Und das ist wahrlich kein Wunder; denn mit jedem Tage mehr gestalten sich unsere Zustände so, daß kein vernünftiger Mensch sie zu „conserviren" geneigt seyn kann. Wir stehen im Vergleich zu 1848 unfraglich um 90 Procent schlechter an Vertrauen und Glauben. Das ist eine höchst bedenkliche Situation, und sie kann nur dadurch zum Bessern gewendet werden, daß sich vor den Augen der deutschen Völker wieder eine große Thatsache erhebt, um welche sich der Glaube und die Hoffnung derer neu zu sammeln vermag die eines guten Willens sind.

Eine solche Thatsache fehlt uns nachgerade ganz und gar, und herkommen kann sie uns nur aus einer gesammtdeutschen Einigung. Eine gesammtdeutsche Einigung müssen wir haben bei Gefahr unserer Existenz und um jeden Preis, und kann sie uns aus den Voraussetzungen der Gasteiner Uebereinkunft zu Theil werden, so ist sie — die Sache mit parteilos unbefangenen Augen angesehen — wohlfeil, fast geschenkt!

XXXIV.

Die Königin Marie Antoinette nach ihrem neuestens herausgegebenen Briefwechsel.

I.

Man hat jüngstens die unglückliche Marie Antoinette ein verkanntes deutsches Weib genannt, sie war aber mehr als dieses, sie war eine unverdient geschmähte edle Fürstin, eine auf unverantwortliche Weise von der Volkswuth geopferte, hochherzig fühlende und denkende Königin. Hatten mehrere Jahre nach ihrem Märtyrerthum einige der Volksgunst die Wahrheit vorziehende Schriftsteller dieß gesagt, später (1820) Michaud in seiner Biographie universelle ihre Rehabilitation mit Glück versucht, und 1822 die Denkwürdigkeiten von Mad. Campan die bewährtesten Nachweise geliefert: so war es unseren Tagen vorbehalten, durch die Veröffentlichung des ausgedehnten Briefwechsels der unglücklichen Königin die Unbescholtenheit ihres Charakters, die Großartigkeit ihrer Denk- und Handlungsweise, als künftige Thronerbin und von 1774 an als Königin von Frankreich, in das glänzendste Licht zu stellen, und der Welt ein vollständiges Bild ihrer schönen und edeln Persönlichkeit zu liefern*).

*) Vergl. Beilage zur Allgemeinen Zeitung vom 28. September bis 2. Oktober 1864.

Marie Antoinette war überdieß eine wahrhaft christliche Fürstin, die mitten in der sittenlosen Umgebung die Reinheit ihrer frommen Gesinnung bewahrte und in voller innerer, wenn auch namenlos schmerzhafter Hingebung in Gottes unerforschliche Rathschlüsse endlich das Schaffot bestieg.

Es ist ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß zu gleicher Zeit drei voneinander ganz unabhängige Sammlungen ihrer eigenen und der an sie gerichteten Briefe in Paris und Wien erschienen, die sich gegenseitig ergänzen und die edle Kaiser-Tochter in der ganzen Natürlichkeit der sie beherrschenden Gefühle erblicken lassen. Die eine Sammlung ist die von einem Herrn von Hunolstein, dessen Vater oder Großvater mit ihr in Berührung war, oder in dessen Namen herausgegebene Correspondance inédite de Marie Antoinette, publiée sur les documents originaux; 2de édition, Paris 1864 1. Bd.; die zweite das bereits drei Bände umfassende Sammelwerk von *Feuillet de Conches:* Louis XVI., Marie Antoinette et Madame Elisabeth, lettres et documents inédits, Paris 1864, deren zwei erste hier zu nennen sind*); die dritte Veröffentlichung ist die des Ritters von Arneth: „Maria Theresia und Marie Antoinette, ihr Briefwechsel während der Jahre 1770--1780" Wien 1865, 1 Bd. mit mehreren Facsimiles von Marie Antoinettens Handschrift.

Was die Aechtheit der zahlreichen in den drei Sammlungen enthaltenen Briefe betrifft, so ist die Authenticität der von Ritter v. Arneth herausgegebenen über jeden, auch den leisesten Zweifel erhaben. Denn sie sind einem in der Privat-Bibliothek des Hauptes der kaiserlichen Familie aufbewahrten, die Aufschrift: Correspondance de S. M. l'Impératrice-Reine avec la Reine de France führenden, dem Herrn Herausgeber zur Veröffentlichung mitgetheilten Cahier entnommen. Die

---

*) Der dritte Band von Compardon redigirt enthält Aktenstücke über die berühmte Halsbandgeschichte, worüber die Allgem. Zeit. den 23. Juni d. Js. u. folg. Bericht erstattet.

Sammlung besteht aus 93 Schreiben Marie Antoinette's an ihre Mutter, wovon 37 im Original, die übrigen Abschriften, welche Maria Theresia's vertrautester Sekretär C. G. Freiherr v. Pichler nach deren Geheiß auf das gewissenhafteste anfertigte, und siebenzig Antworten Maria Theresia's in gleichfalls von Pichler (also vor ihrer Absendung) gefertigten Copien. Nach dem Herausgeber ist diese Sammlung indeß bei weitem nicht eine vollständige der zwischen beiden höchsten Personen gewechselten Schreiben (was auch einige von Feuillet de Conches veröffentlichte beweisen); daß sie aber wortgetreu sind, wird dadurch erhärtet, daß die in ihnen ersichtlichen Unklarheiten, orthographischen Fehler (jedoch mit beigefügten Correkturen) in dem Abdruck wiedergegeben sind.

Weggelassen sind nur einige der vertraulichsten Briefe, namentlich die welche sich auf den innigen Wunsch beider Frauen, daß Marie Antoinette Frankreich mit einem Thronerben beschenken möchte, beziehen. Nähere Aufklärungen der in den Schreiben besprochenen oder berührten Thatsachen gibt gleichfalls der Herausgeber nicht, jedoch Notizen über die in denselben genannten Personen.

Was die Aechtheit der von Feuillet de Conches veröffentlichten Briefe betrifft, so versichert der Herausgeber, indem er zugleich die Unächtheit mehrerer früher erschienenen der Königin zugeschriebenen Briefe nachweist, daß er für dieselbe einstehe; dieß thut auch Hunolstein bezüglich der von ihm publicirten Aktenstücke. Daß aber gegen die meisten derselben gegründete Einwendungen gemacht werden können, hat schon der Verfasser der in den Beilagen der Allgem. Zeitung erschienenen Artikel gezeigt*), jedoch auch gleich bemerkt, selbst die zweifelhaftesten Aktenstücke seien so sehr dem Charakter

*) Es ist gewiß, daß die Unterschrift „Marie Antoinette" in den von Feuillet de Conches und Hunolstein publicirten Briefen unrichtig ist, die ächten Briefe bei Arneth führen stets nur den Namen „Antoinette."

und der Denkweise Marie Antoinette's gemäß, daß sie in keiner Weise mit dem Bilde, welches die ächten von ihr geben, im Widerspruche stehen, weßhalb eine genauere Untersuchung über diese Frage mehr oder weniger irrelevant ist.

Noch weiter geht neuestens Herr v. Sybel im I. Hefte der historischen Zeitschrift von 1865 S. 164; er hält die meisten von Feuillet de Conches sowie von Hunolstein veröffentlichten Briefe der Königin für Fabrikate eines auf die Leichtgläubigkeit der beiden Herren spekulirenden Fälschers, der sich zu seinen Zwecken vorzugsweise der Memoiren von Madame Campan bedient habe.

Das Verständniß der von Feuillet de Conches veröffentlichten Aktenstücke wird durch Einschaltungen über den Gang der Ereignisse sehr erleichtert.

Man kann die Geschichte der Correspondenz Marie Antoinette's in drei Perioden theilen: in die von ihrer Ankunft in Frankreich (im Mai 1770) bis zum Tode ihrer Mutter (den 23. November 1780); in den fernern Zeitraum bis zur Versammlung der Notabeln im J. 1787; endlich in die letzte so furchtbar tragische Lebenszeit der unglücklichen Fürstin.

Für die Mittheilungen über die Briefe der ersten Periode ist lediglich die Sammlung des Herrn v. Arneth zu benützen, weil die in den beiden andern enthaltenen Schreiben, ganz wenige abgerechnet, keine Garantien bieten, doch soll derselben in nachfolgendem Berichte Erwähnung geschehen.

Die Kaiserin Maria Theresia, unvergleichlich ruhmvollen Andenkens, hatte für die Erziehung und Ausbildung ihrer zahlreichen Familie, wie es deren künftiger Beruf verlangte, die höchste und weiseste Sorgfalt getragen. Dieß that sie auch bezüglich ihrer vielgeliebten jüngsten Tochter Marie Antoinette; sie ließ sich deren Bildung als der künftigen Königin von Frankreich besonders angelegen seyn, nachdem 1769 die Vermählung der den 2. November 1755 geborenen kaum vierzehn Jahre zählenden Tochter mit dem Dauphin von Frankreich,

auf das Betreiben des Minister Choiseul und des kaiserlichen Gesandten Grafen Mercy-Argenteau beschlossen war. Die Prinzessin war schon in den Sprachen sehr bewandert, sogar in der lateinischen, erhielt aber, um der französischen vollkommen Meister und auch in das Pariser Hofleben eingeweiht zu werden, in dem ihrer Mutter von Choiseul gesandten Abbé Vermond einen ausgezeichneten Lehrer, der auch nach ihrer Uebersiedlung nach Frankreich ihr vertrauter Freund, Sekretär und Correktor, selbst auch Concipient mancher Briefe blieb, es aber nicht dahin brachte, daß die sonst gelehrige und talentvolle Schülerin in den ersten Jahren das Französische immer orthographisch schrieb. Man hat in einer der neuesten Biographien der unglücklichen Fürstin des frommen Abbé Einfluß auf ihre Handlungsweise nach dem Ausbruche der Revolution eine unheilvolle genannt. Dergleichen ist aber aus ihren Briefen nicht zu ersehen, sondern nur daß sie, als derselbe, wohl aus begründeter Furcht, 1790 zunächst nach Brüssel emigrirte, für seine Sicherheit sehr besorgt war, und den Grafen Mercy auf das angelegentlichste und mit Erfolg bat über dieselbe zu wachen.

Die ersten von Arneth mitgetheilten Briefe Antoinette's an ihre Mutter sind vom 9. und 12. Juli 1770. Es ist unmöglich, daß die Tochter nicht schon früher schrieb. Ob aber die bei Feuillet de Conches und Hunolstein gedruckten Briefe von Ende April an bis 2. Juni wirklich so wie sie gegeben werden, von ihr geschrieben wurden, muß dahingestellt bleiben. Sie stimmen zum Verlaufe der Erlebnisse, auch wie sie von Mad. Campan erzählt werden, und sind den Gefühlen gemäß, von welchen die junge Fürstin zu der Zeit bewegt gewesen seyn wird. Einen ersten Brief, den sie vor dem Ueberschreiten des Rheins geschrieben habe, theilt Hunolstein Nr. 3 mit, einen den 8. Mai in Straßburg geschriebenen Feuillet (S. 1) und einen angeblich an ihre Schwester Christine, Gemahlin des Prinzen Albert von Sachsen-Teschen, gerichteten vom Anfang Mai Hunolstein

(S. 4). Darauf folgt bei Feuillet (S. 3 — 5) ein anderer von dem Schlosse La Muette an ihre Mutter gesandter vom 15. Mai, worin sie die Aufnahme Seitens der Oberſthofmeisterin Madame de Noailles in St. Etienne schildert. Nahe bei Compiegne wurde sie von dem Herzog Choiseul begrüßt, dem sofort der König und der Dauphin folgten. Der König nahm die vor ihm sich Niederbeugende in seine Arme, überhäufte sie mit Küssen und stellte ihr dann den Bräutigam vor, der sie mit einem Wangenkuß begrüßte. In Compiegne empfing sie sodann die drei Tanten ihres Bräutigams. Die Vermählungsfeier ward auf den folgenden Tag festgesetzt und vollzogen, wie ein an ihre Mutter gerichtetes, sowohl bei Feuillet (S. 3) wie bei Hunolstein (S. 5) mitgetheiltes, in größter Erregung geschriebenes, aber wohl erdichtetes Billet besagt *).

In einem Briefe vom 2. Juni (Feuillet S. 7, bei Hunolstein S. 10) berichtet die Tochter über die an ihrem Hochzeitstage in Folge eines Gewitters und Wolkenbruchs während dem Vermählungsakte vorgekommenen Unglücksfälle, die mehreren Menschen das Leben kosteten, sowie die noch schrecklicheren in Paris den 13. Mai eingetretenen Naturereignisse, welche man vielleicht schon damals als Vorboten des Unglücks der von den Franzosen mißfällig aufgenommenen Verbindung mit der „Oesterreicherin" betrachtete. Die Prinzessin ist untröstlich über die Vorfälle und fühlt das dringendste Bedürfniß ihren Schmerz in das Mutterherz auszuschütten. Abbé Vermond, sagt sie, war in dieser großen Calamität überaus nützlich.

Der erste in der Arneth'schen Sammlung gedruckte Brief enthält einen eingehenden Bericht über ihre Erlebnisse seit der Hochzeit, ihre Reisen von einem Schlosse zum andern, nebst

*) Es heißt darin: Je suis dauphine de France, déjà à genoux en présence de celui qui dispose de tout, j'ai beaucoup pensé aux bons conseils et bons exemples de ma chère maman.

Notizen über die mit ihr in Verbindung oder Berührung gekommenen Personen, namentlich die Begegnung mit des Königs Maitresse, Madame du Barry. Sie nennt diese Dame la plus sotte et impertinente créature, und hatte vor ihr einen solchen Abscheu, daß sie nie die Sprache an sie richtet und von ihr angeredet, sie mit kurzen zurückhaltenden Antworten abfertigt, ein Benehmen über dessen Geeignetheit ihre Mutter jedoch später einige Bedenken äußert.

Da diese in einem (wohl verloren gegangenen und daher nicht gedruckten) Briefe die Tochter um eine Schilderung ihrer täglichen Lebensweise gebeten hatte, so berichtet Marie Antoinette den 12. Juli, in welcher Weise sie von ihrem Aufstehen aus dem Bette (gegen 10 Uhr Morgens) bis zum Niederlegen (gewöhnlich um 11 Uhr Abends) den Tag zuzubringen pflege. Ueberhaupt athmen die beiden sowie die nächstfolgenden an ihre Mutter*) gerichteten, aber nur bei Feuillet und Hunolstein gedruckten Briefe eine oft an's Naive grenzende Kindlichkeit, was bei einer so jugendlichen, mitten in den Freuden des Hofes lebenden und sich den angenehmsten Eindrücken hingebenden, von Haus aus bestens erzogenen Fürstin sehr natürlich ist. Dabei läßt sie jedoch so viel Takt und Beobachtungsgeist blicken, daß man sieht, sie habe ihre hohe, von manchen Gefahren bedrohte Stellung wohl begriffen, und eingesehen, wie leicht sie sich durch Unvorsichtigkeit in Worten oder Handlungen compromittiren könne. Davor war es auch ihrer Mutter überaus bang, und deßhalb gibt sie in einem sehr merkwürdigen von Schönbrunn aus den 1. November 1770 an die geliebte Tochter gerichteten Schreiben (Arneth S. 8—12) eine in's Einzelnste gehende Belehrung über die von ihr einzuhaltende Lebensweise, was sie theilweise in Briefen vom 2. Dezember 1770, 6. Januar,

*) vom 27. August, 13. September bei Hunolstein S. 18—22, vom 27. Dezember 1770 bei Feuillet S. 12.

10. Februar 1771 (Arneth S. 12—16) wiederholt und sogar Jahre lang fortsetzt.

Maria Theresia ward von Allem, was die Tochter that oder ihr begegnete, von verschiedenen Seiten her unterrichtet, sogar von den auf Kosten der viel beobachteten Prinzessin circulirenden Klatschereien. Da sie das Pariser Hofleben, sowie das dort beständig getriebene Intriguenspiel wohl kannte, so war sie in fortwährender ängstlicher Besorgniß, ihre noch so junge arglose Tochter könnte in Unannehmlichkeiten verwickelt werden oder in eine falsche, ihr Glück bedrohende Stellung gerathen. Daher die vielen an sie gerichteten Ermahnungen und Belehrungen, welche die Mutter selbst „Predigten" nennt, mit der dringenden Bitte an die Tochter, dieselben lediglich als den Ausdruck mütterlicher für ihr Wohl stets innigst besorgten Gefühle zu nehmen. Es kam Maria Theresia zu Ohren, die Dauphine sei eine leidenschaftliche Reiterin, liebe über die Maßen das Jagdvergnügen, pflege mit jüngeren Personen zu lachen und ihnen in's Ohr zu flüstern; daß sie den König vernachlässige, die ihr vorgestellten Fremden, namentlich die Deutschen nicht freundlich aufnehme, und — was der Mutter das Schlimmste schien — sich ganz ihren Tanten, den Schwestern des verstorbenen Vaters ihres Gemahls, die durch ihr abstoßendes und streitsüchtiges Wesen niemals sich Freunde gemacht hatten, hingebe und sich von ihnen leiten lasse.

Im J. 1771 vermählte sich der Graf von Provence, ihres Gemahls Bruder, der den Titel Monsieur führte (später Ludwig XVIII.), mit einer savoyischen Prinzessin. Maria Theresia gibt daher ihrer Tochter Winke und Belehrungen über das der Schwägerin gegenüber einzuhaltende Benehmen, freut sich aber sehr, als sie bald erfuhr, daß das Verhältniß der beiden Familien das freundschaftlichste sei. Sie warnt jedoch vor allzu großer Vertraulichkeit mit der schlauen, ihr auch an literarischer Bildung überlegenen Italienerin; ein Rath der wirklich Marie Antoinette zu gut kam. Auch empfiehlt sie Letzterer gegen die Favoritin sich nicht abstoßend

zu benehmen, um das Wohlwollen des Königs nicht auf's Spiel zu setzen, dem sie als ihrem Herrn, Vater und Wohlthäter auf alle Weise zu gefallen bestrebt seyn müsse. Vor Allem legt sie ihr an's Herz, den kaiserlichen Gesandten Graf Mercy so oft als möglich bei sich zu sehen, ihn über alle Vorkommnisse zu befragen, und den Rath dieses ihres und ihrer Mutter besten, für ihr Glück angelegentlichst besorgten, sehr weisen und weltklugen Freundes zu befolgen, da er die verwickelten Zustände am Hofe der Tuilerien und die dort Hauptrollen spielenden Personen auf das genaueste kenne. Sie empfiehlt der Tochter auch die Lektüre ausgezeichneter Werke*).

Es ergibt sich aus dem beiderseitigen Briefwechsel, daß manche Mißverständnisse obwalteten und Maria Theresia oft falsch berichtet war. Marie Antoinette weiß sich dann sehr gut zu vertheidigen und durch die nöthigen, stets mit kindlicher Ehrfurcht verbundenen Rechtfertigungen die Mutter zufrieden zu stellen. Im Verlaufe der vier Jahre bis zum Tode Ludwigs XV. hatte denn wirklich auch die Prinzessin so große Fortschritte in ihrem Benehmen gemacht und ihre hohe, zugleich schwierige Stellung so gut begriffen, daß Maria Theresia ihr öfters hierüber die höchste Zufriedenheit ausdrückt.

Sonst enthält der Briefwechsel bis dahin die schönsten Ergüsse der edelsten Gefühle und inniger Theilnahme an Freud und Leid, und gibt uns rührende Bilder des erfreulichsten Familienlebens, der Pietät der Tochter für ihre Mutter und der Anhänglichkeit an ihre Brüder, ihre Schwestern, namentlich auch die Königin von Neapel, sowie verschiedene Schwägerinen, welche sie mehr als einmal beneidet Mütter geworden zu seyn, während sie aller Zärtlichkeit ihres Gemahls ungeachtet noch immer dieses Glücks entbehre.

Was den Gemahl betrifft, so ist aus ihren Briefen zu

---

*) Tachez de tapisser un peu Votre tête de bonnes lectures; elles Vous sont plus nécessaires qu' à une autre. (Brief vom 6. Januar 1771).

ersehen, daß er von geringer Befähigung gewesen seyn muß, ihr selbst aber doch so innig wie sie ihm ergeben war (so daß die Angaben verschiedener Geschichtsschreiber: ihre Ehe sei keine glückliche gewesen, als eine Unwahrheit erscheint). Er war einigemale in der Lage öffentlich sprechen zu müssen, und sie schreibt darüber im Juni 1773, wie gut ihm dieß gelungen sei, und welche Freude sie deßhalb gehabt habe (Arneth S. 83).

Politische Aeußerungen sind in diesem vierjährigen Briefwechsel selten, nur wird von der Mutter einigemal auf die gefährliche Nachbarschaft des Königs Friedrich II. von Preußen angespielt, wogegen aber von der Tochter bemerkt wird: die Engländer seien für Frankreich nicht minder gefährliche Nachbarn. Mehrmals ist von dem nachher so fatal berühmt gewordenen Prinzen Bischof von Rohan die Rede. Er war 1772 — 1775 französischer Gesandter in Wien, führte allda aber ein so wenig erbauliches Leben, daß Maria Theresia dessen Zurückberufung sehnlichst wünschte, und nachdem er zurückgekehrt war, ihre Tochter dringend ermahnte, den nicht empfehlenswerthen Prälaten so fern wie möglich von sich zu halten.

Den 10. Mai 1774 um 2 Uhr Nachmittags starb an den Blattern Ludwig XV. und hinterließ den Staat in den bedenklichsten Zuständen. Radikalreformen am Hofe und in der Verwaltung wurden erwartet und erfolgten alsbald. Die erste Maßregel des Königs (schon vom 11. Mai) war die Abführung der in viele Staatsgeheimnisse eingeweihten Gräfin du Barry in ein Kloster, unter Zusicherung einer anständigen Pension*). Die zweite Maßregel war die Wahl eines ersten Ministers, sie fiel auf den vom Hofe verbannt gewesenen Grafen von Maurepas, wurde aber wegen des ränke-

---

*) Der Befehl erging an den Herzog de la Brillière, noch Minister des königlichen Hauses.

vollen Charakters dieses Staatsmannes sehr bedauert. Marie Antoinette hatte die Berufung des für sie und ihre Mutter so wohl gesinnten Herzogs von Choiseul gewünscht. Der Wechsel der übrigen Minister ging nach und nach vor sich. Den 8. Juni ward der Herzog v. Aiguillon, Minister des Aeußern, durch den Grafen v. Vergennes, Gesandten am schwedischen Hofe ersetzt*); den 30. Juli der im königlichen Schreiben für unfähig erklärte Marineminister Boynes durch Turgot, dieser aber schon den 24. August an die Stelle des Abbé Terray zum Finanzminister befördert, im Marine-Ministerium durch Herrn v. Sartines ersetzt**); die Reihe der Entlassungen kam erst den 28. Juni 1775 an den Herzog de la Brillière, dessen Stelle als Minister des königlichen Hauses der würdige Lamoignon von Malesherbes, jedoch nur auf wiederholte Bitten des Königs annahm***).

Das Volk wurde erfreut durch den Verzicht des Königs auf die übliche ihm zu zahlende Steuer du joyeux avènement†), dem jener auf die der Königin zu machende Leistung du droit de ceinture folgte. Der durch seine grausame Verfolgung der würdigsten Parlamentsmitglieder verhaßte Kanzler Maupou wurde seiner Stelle entsetzt und vom Hofe verbannt; die nicht 400 Frcs. übersteigenden rückständigen Pensionen wurden ausbezahlt, eine nicht geringe Zahl Mißbräuche aufgehoben und zweckmäßige Verbesserungen angeordnet. In allen auf die verschiedenen Reformen Ludwigs XVI. bezüglichen Briefen und Erlassen (deren meiste bei Feuillet zu lesen sind) athmet ein Geist der Humanität und des eifrigsten Bestrebens das Wohl des Volkes zu fördern und zu sichern,

---

*) Brief an Brillière bei Feuillet tom. I. p. 35.

**) Ebendas. S. 38, 42, 63.

***) Er ward bekanntlich 1793 Vertheidiger des vor dem Nationalconvent als Verbrecher angeklagten Königs.

†) Brief vom 1. Juni 1774, bei Feuillet S. 30.

verbunden mit einer Würde und einer Sprache nobler königlicher Selbstständigkeit, so daß man die erfreulichsten Folgen davon hätte erwarten dürfen.

Marie Antoinette hatte schon den 30. April 1774 an ihre Mutter eine erste Nachricht von der schweren Erkrankung Ludwigs XV. gegeben; ihr folgte eine andere vom 5. und 8. Mai*) und den 10. die seines Todes. Die letztere ist ein Billet von wenigen Zeilen, welches vor der Abfahrt des königlichen Paares nach Choisy geschrieben worden seyn soll**). Es schließt mit den Worten: „Mein Gott, was soll aus uns werden! Der Dauphin und ich, wir sind entsetzt in so jungen Jahren die Regierung anzutreten. O meine gute Mutter, wollen Sie Ihren unglücklichen Kindern Ihren guten Rath nicht vorenthalten.“

Der erste nach der Katastrophe bei Arneth (S. 98) gedruckte Brief Antoinette's ist vom 13. Mai und läßt nicht ein früheres Schreiben vermuthen. Er enthält einen vom König eigenhändig geschriebenen Zusatz, worin er seine innigste Ergebenheit an die kaiserliche Schwiegermutter ausdrückt. Maria Theresia erhielt die Trauerpost den 17. Mai und sendet schon den folgenden Morgen einen Brief voll guter Rathschläge an die Tochter. Sie bittet sie, ihre bisherige tadellose Lebensweise (la même vie tranquille et innocente) zum Besten ihres Gemahls und des Staates fortzusetzen. „Ihr seid beide jung, die auf Euch gefallene Bürde ist schwer, ich bin schmerzlich, sehr schmerzlich für Euch besorgt. Uebereilt Euch nicht, betrachtet Alles mit eigenen Augen, laßt die Dinge sich von selbst entwickeln; ich spreche aus Erfahrung.“ Sie bittet sodann die Königin, sich an Graf Mercy zu halten, der staatsklug und ihr durchaus er-

*) Nach Briefen bei Hunolstein S 50 — 52, vorausgesetzt daß sie ächt sind.

**) Bei Hunolstein S. 53 und Feuillet S. 25, und zwar bei Letzterem nach dem Originale des Concepts.

geben, nicht minder ihr als der Kaiserin Minister sei! „Es ist nothwendig, daß die innige Verbindung der beiden Reiche erhalten bleibe, und daß die Welt davon überzeugt sei.“ Die Besorgnisse der Kaiserin waren so groß, daß sie noch drei andere Briefe mit den gleichen Ermahnungen und Bitten auf den ersten folgen ließ*). Sie rathet von Neuerungen ab, damit nicht Intriganten sich des Vertrauens des Königs bemächtigen; er soll selbst sein erster Minister und Vater seines Volkes seyn. Sie sagt dem an Hülfsquellen so reichen Frankreich eine segensreiche Zukunft voraus. Sie empfiehlt Milde und Edelmuth: „La clémence et la générosité sont deux points qui employés à temps surmontent tout.“

Die Wahl Maurepas' hat sie unangenehm berührt und sie schreibt dieselbe dem Einflusse der königlichen Tanten zu. Es hatten diese Damen mit größter Selbstaufopferung Ludwig XV. in seiner letzten Krankheit gepflegt und wurden darauf selbst von dem Uebel ergriffen. Dem Dauphin und seiner Gattin ward der Zutritt an das Krankenlager absolut verweigert; sie wurden deßhalb im ersten Momente nach des Königs Tode nach Choisy gebracht. Da man aber dennoch die Ansteckung fürchten mußte, so wurden sie, sowie die Prinzen des Hauses und ihre Gemahlinen geimpft, was außer zum Theil heftigen Fiebern keine schlimmen Folgen hatte. Maria Theresia fand sich durch diese Nachrichten sehr beruhigt und vernahm mit großer Freude das von allen Seiten nach Wien gelangte Lob von dem so glücklichen und weisen Regierungsanfange des neuen Königs. Sie drückt hierüber im Briefe vom 16. Juni ihre Befriedigung aus und beglückwünscht das junge Paar zu seiner von Humanität, Seelenadel, Klugheit und richtigem Urtheil zeugenden Handlungsweise, welche sie auch deßhalb belobt, weil der Religion und der Moralität so ernste Rechnung getragen

---

*) Den 30. Mai, 1. und 16. Juni bei Arneth S. 111.

ward (parce que la religion et les moeurs si nécessaires pour attirer la bénédiction de Dieu ne sont pas oubliées). Es war ihr lieb zu ersehen, daß man die, obwohl sehr schuldigen, Minister d'Aiguillon und de la Brillière nicht in die Bastille setzte. Sie legt der Tochter an's Herz sich eifrigst zu bestreben, die Freundin und Vertraute des Königs zu seyn (S. 111). In einem späteren Briefe vom 16. Juli warnt sie Marie Antoinette vor dem unbesonnenen und ausgelassenen Grafen v. Artois (nachherigen König Carl X.), ermahnt sie ihrer Neigung zu Zerstreuungen Einhalt zu thun, welche, sowie ihr Hang zur Trägheit, ihr Besorgnisse einflößen. In ihrer Antwort (S. 119) gibt Marie Antoinette ihre Fehler zu, verspricht ernstliche Besserung und beruhigt die Mutter über ihr Verhältniß zum Grafen Artois, dessen Ungezogenheiten (polissonneries) sie nimmermehr dulde und den Grafen deßhalb in respektvoller Ferne von ihr zu halten wisse*). Sie schildert dann ihre Lebensweise in Fontainebleau, Versailles, Paris u. s. w. und erklärt ihr, daß sie sich durchaus nicht in Staatsgeschäfte mische, doch sei ihr die Entlassung des Abbé Terray und des Kanzlers Maupou erfreulich gewesen (S. 121). Sie rühmt die Güte ihres Gemahls welcher ihre Privatkasse um das Doppelte vermehrt habe; worauf die Mutter ihr Sparsamkeit an's Herz legt mit der Bitte, ja keine Schulden zu machen.

Außer ihrer Mutter schrieb (nach Hunolstein S. 59, 61, 63, 65, 66) Marie Antoinette auch noch über die Erlebnisse seit dem 10. Mai ihrer Schwester Marie Christine den 13., 18. und 31. Mai, am 2. Juni an ihren Bruder, den Kaiser Joseph, dem sie den 27. Juni auch von den Reformen Nachricht gibt, sowie von dem oft schwer zu begreifenden Charakter ihres Gemahls spricht und endlich ihrer nicht er-

*) Daß dem so war, bezeugt auch Madame Campan in ihren Memoiren.

quicklichen Stellung zur öffentlichen Meinung gedenkt, von der sie trotz ihrer Bemühung ganz und gar Französin zu seyn, stets als eine Fremde betrachtet werde.

Der Briefwechsel zwischen beiden Fürstinen ist auch im J. 1775 sehr lebhaft; Arneth theilt S. 131—152 drei Briefe Maria Theresia's an ihre Tochter und acht von dieser an ihre Mutter mit. Die der Letztern enthalten fast nichts als Schilderungen des Hoflebens mit Auslassungen der zärtlichsten kindlichen Gefühle. Die Mutter ist über dieses alles sehr erfreut, spricht aber auch manche Besorgnisse aus, z. B. im Briefe vom 18. März über die Putzsucht der Tochter, bei welcher sie voraussetze, daß sie die absurde Mode der einer Königin nicht anständigen Haardressur nicht mitmache. Den 2. Juni meldet sie der Tochter, wie sehr sie durch die fortlaufenden Nachrichten über ihre allzu freie Lebensweise betrübt und beunruhigt werde, wie z. B. daß sie ohne den König mit dem leichtfertigen Grafen Artois Spazierritte mache. Eine Fürstin müsse in Allem ihre Achtung zu wahren wissen (on nous épluche trop pour ne pas être toujours sur nos gardes! S. 135). Noch betrübender sei für sie die Mittheilung gewesen, daß ihr Schlafgemach von dem ihres Gemahls getrennt sei. Sie soll so viel wie möglich um ihn seyn, um seine Liebe und Achtung zu erhalten. „Wir sind auf der Welt, um Andern Gutes zu thun; Euere Aufgabe ist eine der wichtigsten; wir sind nicht für uns da und um uns zu amüsiren, sondern um den Himmel zu erlangen, auf den Alles ankommt und der sich uns nicht umsonst gibt.“ In ihrer Antwort vom 22. Juni bedauert Marie Antoinette von ihrer Mutter falsch beurtheilt zu werden; sie thue nichts ohne Wissen des Königs, der gegen ihre Spazierritte mit dem Grafen Artois nichts einwende (S. 138).

Nicht minder lebhaft ist der Briefwechsel zwischen beiden Fürstinen während der J. 1776 und 1777. Arneth veröffentlicht 6 Briefe der Mutter und 14 der Tochter in jenem, 10 dieser und 8 der ersten während des letzten Jahres. In allen

Briefen ist der Austausch der gegenseitigen Anhänglichkeit vorherrschend, die innige Theilnahme an den Erlebnissen, ängstliche Erkundigungen über eingetretenes Unwohlseyn, Mittheilungen über stattgehabte oder bevorstehende Ereignisse u. s. w. Maria Theresia erhält aber fortwährend den guten Ruf der Königin beeinträchtigende Nachrichten, was sie veranlaßt mehr oder minder eindringliche Ermahnungen an sie zu richten. In einem Briefe vom 14. September 1776 tadelt sie die Tochter über den verschwenderischen Ankauf von Armbändern um 250,000 Fr.; den 1. Oktober warnt sie dieselbe vor allzu großer Putzsucht; den 31. Oktober vor übertriebener Vergnügungsliebe. Briefe vom 5. November und 5. Dezember enthalten Warnungen vor dem Spiel, namentlich dem für hohe Personen nicht anständigen Pharao, allgemeinen Tadel der Lebensweise Antoinettens und, wie schon früher mehrmals, über ihr Besuchen der Bälle ohne den König. In ihren Antworten ist die junge, wie man doch als gewiß annehmen muß, vergnügungssüchtige Königin bestrebt sich zu rechtfertigen. Es betrübe sie, daß ihre liebe Mutter den über sie ausgestreuten Gerüchten Glauben schenke. Sie lasse sich nicht in Intriguen ein, ihr Betragen und ihre Gesinnungen seien bekannt, und die öffentliche Meinung sei ihr nicht so nachtheilig (Brief vom 15. Juni 1776 S. 163). Die Sache wegen der Armbänder verdiene keine Beachtung (Brief vom 14. September S. 177), was aber die Mutter nicht gelten lassen will. Daß sie auf nächtlichen Bällen ohne den König gewesen, schreibt sie den 10. April 1776, habe seinen Grund darin, daß ihr Gemahl unwohl war; dann den 16. Dezember 1776, daß sie nur mäßig tanze, und den 17. Februar, daß sie die Opernbälle nur mit Zustimmung des Königs und in Begleitung ihres Schwagers, des Grafen der Provence besuche. Die Gräfin v. Artois ginge auch dahin, es sei sehr traurig für sie, daß ihre Mutter sich über solche Klatschereien betrübe (S. 191). Sie versprach sich des Spieles zu enthalten, sie spiele überhaupt nie öffentlich und nur um der

Hofsitte zu entsprechen (Brief vom 18. November 1777 S. 212).

In mehreren Briefen der Mutter und der Tochter ist von dem Prinzen Rohan die Rede, der von seinem Gesandtschaftsposten abgerufen nach Paris zurückkehrte. Sein Betragen in Wien hatte sich in der letzten Zeit etwas gebessert. In ihren Briefen vom 17. Februar und 19. März 1777 bedauert Antoinette, daß der König ihm die vakant gewordene Stelle eines Großalmoseniers übertragen müsse, da sie ihm schon früher zugesagt worden sei. Den 4. März schreibt ihr jedoch Maria Theresia: „Die Stellung, welche Rohan bekommen soll, macht mich sehr besorgt; er ist ein gefährlicher Feind sowohl für Euch als durch seine höchst verkehrten Grundsätze. Ohne ansprechendes, gewandtes und zuvorkommendes Aeußere richtet er hier viel Uebles an, und ich muß ihn an des Königs und Deiner Seite wissen. Er wird dieser seiner Stellung nicht mehr Ehre machen als der eines Bischofs."

Marie Antoinette beurtheilt den Prinzen ebenso wie ihre Mutter, beruhigt aber diese, weil sie in keine Berührung mit ihm komme. Auch von nach Paris gekommenen hohen Personen ist in ihrem Briefe die Rede, z. B. von dem bekannten Fürsten de Ligne, den sie als ein wenig leicht schildert, und von Herzog Carl Eugen von Württemberg, der im Februar 1777 dort war und ebensowenig den Beifall der sittenstrengen Königin fand.

Anspielungen auf politische Ereignisse sind in Antoinettens Briefen von 1776 und 1777 selten. In einem vom 15. Mai 1776 meldet sie ihrer Mutter die Entlassung Malesherbes' und Turgots, welcher Letztere, als seine Reformpläne von allen Seiten angegriffen wurden, sich zurückziehen mußte. Sie bemerkt dazu: „Ich gestehe meiner theuren Mama, daß ich über diesen Abgang nicht betrübt bin, aber eingemischt habe ich mich nicht." Den 16. Dezember drückt sie ihre Freude über die Entlassung des neapolitanischen Ministers

Tannuci aus (S. 185); sie verstand offenbar die Tücke der Zeit nicht. Zu den erfreulichsten Ereignissen des J. 1777 gehört die Reise des Kaisers Joseph nach Paris. Seine Ankunft war im November 1776 schon gemeldet, dann von ihrer Mutter den 2. Januar als nahe bevorstehend angezeigt, darauf abgesagt worden; Joseph kam erst im Mai. Ein Hauptzweck der Reise war, wie auch aus Maria Theresiens Briefen zu ersehen ist, das Bündniß Oesterreichs mit Frankreich noch enger zu knüpfen, ja unauflöslich zu machen. Antoinette's Freude über die Ankunft des geliebten Bruders war unaussprechlich. Es that ihr leid, daß er sein Absteigequartier nicht am Hofe nehmen wollte, es solle nun zwar alles nach seinem Belieben geschehen; aber „le voir et causer avec lui, ce sera un si grand bonheur pour moi. Je compte sur son amitié, il doit être sûr de la mienne et quand la sienne est égale, je gagnerais bien plus que lui, puisqu'il me parlera de ma chère Maman“ (Brief vom 16. Januar 1777 S. 187).

Während Josephs Anwesenheit scheint Marie Antoinette nicht an ihre Mutter geschrieben zu haben, berichtet jedoch den 14. Juni 1777 *) dessen Abreise. Es habe diese eine Leere in ihrem Leben zurückgelassen, aus der sie nicht heraus kommen könne. Ueber Alles habe er auch schriftlich ihr zurückgelassene Rathschläge ertheilt, welche jetzt ihre Hauptlektüre ausmachten. Der König sei durch des Schwagers Abreise schmerzlich berührt worden, er sei ihm aufrichtig ergeben, wenn er dieß auch, nach seiner Weise, äußerlich nicht kund thue. Der Kaiser werde gewiß mit den Franzosen zufrieden gewesen seyn, er werde als guter Beobachter der Menschen sich überzeugt haben, daß es ungeachtet der großen Leichtfertigkeit des Volkes doch Männer von Geist und Thatkraft in Frankreich gibt, daß man überhaupt gutherzig ist und voll Eifer gut zu

---

*) S. 205 auch bei Feuillet de Conches I. p. 90.

handeln (S. 195, 196). Zwei Tage später drückt sie nochmals ihren Schmerz über des Kaisers Heimreise aus: „Ich kann mich nur bei dem Gedanken trösten, daß er meinen Schmerz getheilt hat; die ganze Familie ist davon gerührt und erweicht worden. Mein Bruder hat sich gegen alle Welt so trefflich benommen, daß ihm das Bedauern und die Bewunderung aller Stände folgt. Man wird ihn nie vergessen“ *). In ihrer Antwort auf beide Briefe (vom 29. Juni 1777) drückt die Kaiserin ihre Freude über die ihrem Sohne in Paris gewordene Aufnahme aus. Er sei insbesondere mit seiner theuren Schwester zufrieden, und ihre Mutter könne es sich nicht versagen ihr seine Freude über sie wörtlich mitzutheilen. Er habe ihr gesagt: J'ai quitté Versailles avec peine, attaché vraiment à ma soeur, j'ai trouvé une espèce de douceur de vie à laquelle j'avais renoncé, mais dont je vois que le goût m'en avait quitté. Elle est aimable et charmante; j'ai passé des heures et des heures avec elle sans apercevoir comment elles m'écoulaient. Sa sensibilité au départ était grande, sa contenance bonne, il m'a fallu toute ma force pour trouver des jambes pour m'en aller (S. 200). Der Kaiser, sagt sie weiter, sei mit dem französischen Volke sehr zufrieden gewesen und von vielen gegen dasselbe ihm beigebrachten Vorurtheilen zurückgekommen. Nach diesen Aeußerungen ist es sehr zweifelhaft, daß Kaiser Joseph einen Brief mit Vorwürfen an seine Schwester geschrieben haben sollte, gegen welche sie sich in einem bei Feuillet I. 95 gedruckten **), an ihn gerichteten Schreiben vom 20. Nov. 1777 rechtfertigt. Ist das Schreiben ächt, so ward es durch

*) Hiemit stimmen die Worte von Mad. Campan nicht ganz überein, wenn sie sagt: „Er hatte weniger Stimmen für sich am Hof und sehr wenig im Innern des Königs und der Königin.“ Mém. I. 175.

**) Daß Antoinette den 20. Dezember ihrem Bruder schrieb, beweist ein dem Kurier mitgegebener Brief Ludwigs XVI. an seinen Schwager vom 20. Dezember (S. 300).

Maria Theresia veranlaßt, die gleichfalls um jene Zeit sehr dringende Mahnungen an ihre Tochter richtete (Arneth S. 212).

Der sehr lebhafte Briefwechsel Maria Theresias mit ihrer Tochter vom 5. Januar 1778 bis kurz vor ihrem am 29. November 1780 erfolgten Tode befaßt sich vorzugsweise mit zwei, für Beide höchst wichtigen Angelegenheiten, mit Antoinettens Schwangerschaft und glücklichen Entbindung von einer Tochter den 19. Dezember 1778, und mit den durch die bayerische Erbfolgefrage veranlaßten Zerwürfnissen und dem Kriege zwischen Preußen und Oesterreich.

Die erste Nachricht von der Schwangerschaft theilt die Königin ihrer Mutter den 19. April 1778 mit, eine Kunde welche diese mit einem Freudenbriefe vom 2. Mai erwidert, in dem sie auch die freudige Theilnahme der Wiener an dem Ereignisse meldet. Dafür dankt Marie Antoinette am 16. Mai. Die Mutter gibt ihr Vorsichtsmaßregeln, sie soll auch das Billardspiel lassen, bittet dann fortwährend um Nachrichten über den Gesundheitszustand der Tochter und Beruhigung hierüber. Im Beginne des Monats Mai kündigt der König selbst officiell die Schwangerschaft seiner Gemahlin der Kaiserin an (S. 234). Ihr letzter Brief an die Tochter vor deren Entbindung ist vom 27. November. Es findet nun eine Unterbrechung (wenn nicht eine bloße Lücke) im Briefwechsel der beiden Fürstinen statt, der dann mit Nachrichten über das Befinden der kleinen Prinzessin wieder aufgenommen wird. Den 16. August 1779 meldet die Königin, das Kind fange zu laufen an; den 1. September dankt die Kaiserin für das ihr übersandte Porträt der Kleinen, über welche ihre Mutter in den nachfolgenden Briefen der Großmutter von Zeit zu Zeit die erfreulichsten Nachrichten mittheilt.

Zum Verständnisse des den bayerischen Erbfolgestreit betreffenden Briefwechsels müssen wir das nöthige Geschichtliche einschalten. Sofort nach dem Tode des Kurfürsten Maximilian von Bayern machte Joseph, mit Zustimmung seiner Mutter, dessen Erbfolger dem Kurfürsten Carl Theodor von der Pfalz

die Eröffnung, daß er Ansprüche auf einen Theil der bayerischen Erblande habe, und zwar auf Niederbayern, das nach den Belehnungsakten von 1429 beim Aussterben der bayerischen Linie des Hauses Wittelsbach an Oesterreich falle, ferner auf die Herrschaft Mindelheim in Oberschwaben; ebenso müßten die den Kurfürsten bayerischer Linie allein ertheilten Lehen an das Reich zurückfallen, sowie die böhmischen Lehen in der Oberpfalz an die Krone Böhmen (also an das Haus Oesterreich). Carl Theodor, welchem man reichliche Versorgungen seiner natürlichen Kinder versprach, erkannte diese Ansprüche an, und schloß darüber im Januar 1778 einen sogenannten Vergleich *), wovon der Reichstag zu Regensburg am 23. Januar in Kenntniß gesetzt wurde**). Schon vorher ließ der Kaiser zwei Armeecolonnen in Bayern einrücken, um angeblich die erledigten Lehen in Besitz zu nehmen, und veröffentlichte hierüber am 16. Januar ein sogenanntes Patent.

Allein es protestirte gegen den genannten Vergleich und das Vorangehen des Kaisers nicht bloß der künftige Erbe Carl Theodors, der Pfalzgraf von Zweibrücken, sondern auch das die bayerische Allodialerbschaft beanspruchende kursächsische Haus, während die Herzoge von Mecklenburg das Herzogthum Leuchtenberg als an sie fallend verlangten. König Friedrich II., auf sein Betreiben um Vermittelung angegangen, war entschlossen keine Vergrößerung Oesterreichs durch die Zerstückelung Bayerns zu gestatten, und versprach den genannten Höfen seine Hülfe, erließ auch für sie den 6. Februar 1778 an Oesterreich eine Note. Damit begann der Streit zwischen ihm und dem Erzhause.

*) Vergl. (Seyfarts) unparteiische Geschichte des bayerischen Erbfolge-Kriegs. Leipzig 1780.

**) Kaiser Joseph meldet dieß Ludwig XVI. in einem Briefe vom 5. Januar 1778 (bei Feuillet de Conches I. S. 103) als ein für die Erhaltung des Friedens ersprießliches Ereigniß!

Wie man von Seiten des letzteren militärisch vorgegangen war, so traf auch der König sofort kriegerische Anstalten, und ließ eine bedeutende Streitmacht nach Schlesien an die böhmische Grenze aufbrechen, und eine andere nach Sachsen, dessen Landesherr auch seinerseits zur Geltendmachung seiner Ansprüche ein Heer an der Ostgrenze seines Landes aufstellte. Kaiser Joseph hatte diese Demonstrationen vorausgesehen und gleichfalls zwei Heere an der Grenze von Böhmen und Mähren aufgestellt, und zu einem derselben, dem von Laudon und Lascy befehligten, sich in Person begeben, während sein Schwager, Prinz Albert von Sachsen-Teschen, über das andere den Oberbefehl führte. Die preußisch-sächsische Kriegsmacht war der österreichischen überlegen. Bevor es jedoch zum Einschreiten mit den Waffen kam, wurde zwischen beiden Höfen diplomatisch verhandelt. Kaiser Joseph richtete den 13. April ein eigenhändiges Schreiben an König Friedrich, das zu Vergleichsconferenzen führte. Oesterreich wollte Preußen die unmittelbare Einverleibung der bis jetzt eine brandenburgische Secundogenitur bildenden fränkischen Markgrafschaften Ansbach und Bayreuth (beim Erlöschen der regierenden Linie) gestatten, verlangte aber dagegen die von ihm in Besitz genommenen bayerischen Landestheile zu behalten. Preußen verwarf den Vorschlag, machte dagegen den 20. Mai einen anderen, in welchem es Oesterreich einen Theil jener Territorien gestatten wollte, unter der von diesem aufgestellten Bedingung. Darauf Ablehnung dieses Vorschlags von Seiten Oesterreichs, sowie anderer von Preußen für zu unbestimmt erklärter Propositionen (den 7. und 13. Juni 1778), endlich Abbrechen der Verhandlungen den 3. Juli und gegenseitige Abreise der Gesandten in Wien und Berlin. Den 3. Juli rückte das preußische Heer in Böhmen ein, die Oesterreicher zogen sich zurück. Die Kaiserin Maria Theresia sah schon von Anfang an voraus, daß sie in Frankreich Hülfe suchen müsse, und setzte ihre Tochter von Allem was vorfiel in Kenntniß.

Sie meldet den 5. Januar den Tod des Kurfürsten von Bayern, fürchtet Störung des Friedens und bittet dringend die Tochter für die Erhaltung der Allianz Frankreichs und Oesterreichs Sorge zu tragen, verweist sie überdieß an den mit der nöthigen Instruktion versehenen Gesandten Graf Mercy (S. 216). Den 15. Januar antwortet Maria Antoinette, und bedauert, daß Mercy gerade jetzt, wo man seiner so sehr bedarf, unwohl sei. Sie ist sehr aufgeregt und sagt: „der bloße Gedanke eines Zerwürfnisses wäre das Unglück meines Lebens“ (l'idée seule d'une brouillerie ferait le malheur de ma vie S. 218). Antwort der Kaiserin den 1. Februar. Betrübniß über Mercy's Unwohlseyn; sie verlasse sich ganz und gar auf seine in Paris zu machenden Vorstellungen gegen den König von Preußen, der längst sich Frankreich nähern möchte, um das Einverständniß mit Oesterreich zu vernichten. Sie sagt ihr: „Friedrich fürchtet dort Niemand als Dich, und ich gestehe daß mir dieß Vergnügen macht für Dich und mich. Unsere Allianz mit Frankreich ist die allein für unsere Länder natürliche und nützliche Politik, sie ist nöthig für die Religion und das Wohl von Tausenden, und liegt mir sehr am Herzen.“ Sie werde Mercy's Mittheilungen und Vorschläge vernehmen und billigen (S. 219). Den 13. Februar schreibt Antoinette, daß sie Mercy erwarte und durch ihn die die Mutter beängstigenden Wolken zerstreut zu sehen hoffe. Die perfiden Insinuationen Preußens seien aber sehr zu fürchten: seit einem Monate seien fünf Kuriere von dort gekommen. Sie fährt dann den 14. fort, daß sie Mercy gesehen habe, und hoffe, daß die dem guten Einverständniß mit Frankreich drohenden Wolken würden zerstreut werden (S. 220, 221).

Die Angst der Kaiserin war aber so sehr im Wachsen, daß sie den 19. Februar um 5 Uhr Morgens einen weiteren Brief an ihre Tochter abgehen ließ: „um den schwarzen und boshaften Insinuationen des Königs von Preußen zu begegnen, und in der Hoffnung, daß der König (Ludwig XVI.)

in der Lage sei, sich nicht von schlechten Leuten hinreißen zu lassen; sie rechne auf seine Gerechtigkeit und auf seine Liebe für seine junge Frau." Mercy werde das Nöthige besorgen; die Allianz mit Frankreich müsse durchaus erhalten werden. Den 6. März beantwortet sie Antoinette's beruhigende Briefe vom 13./14. Februar, betont auf's neue die Nothwendigkeit des Zusammenhaltens Frankreichs und Oesterreichs. Selbst der Schein einer Erkältung sei zu vermeiden, denn es reiche hin, daß man fest daran glaube. Den 14. März schreibt sie nochmals, Mercy dringe auf eine klare Sprache in der Sache, bevor die Feindseligkeiten, auf die man vom Gegner gefaßt seyn müsse, ausbrächen. Es sei in der Angelegenheit Verschiedenes nicht vorgesehen oder nicht vorbereitet worden (S. 223). Erwiderung Marie Antoinette's vom 18. März: sie habe gestern lange mit Mercy gesprochen; er sei mit den Ministern, sie selbst sehr mit dem Könige zufrieden. Man habe dem preußischen Gesandten von Goltz gesagt, daß Frankreich sich bei diesen Angelegenheiten nicht betheiligen wolle. Sie meldet zugleich, daß der König den Engländern den Abschluß eines Vertrags mit den Amerikanern angezeigt habe (S. 225). Darauf folgte den 25. März ein weiteres Schreiben von ihr, worin sie der Mutter meldet, der König halte persönlich fest an der Allianz; sie habe die Minister Maurepas und Vergennes gesprochen, die auch dafür seien, jedoch einen Continentalkrieg fürchteten. Auf ihre Frage: „was denn geschehen müsse?" hätten sie ihr indeß keine bestimmte Antwort geben wollen (S. 227). Den 6. April drückt Maria Theresia der Tochter für die an ihrer noch schlimmer gewordenen Lage bezeugte Theilnahme ihren Dank aus, und sagt: der König werde ihr durch sein Festhalten an der Allianz den größten Dienst leisten. Der Kaiser sei zur Armee abgereist. Antwort Antoinette's den 19. April: Mercy habe ihr den schlimmen Stand der Angelegenheit berichtet, worauf sie Maurepas und Vergennes zu sich beschieden und eine energische Sprache geführt habe, die einigen

Eindruck gemacht. Die Herren suchten aber auszuweichen und den König umzustimmen. „Es ist traurig“, sagt sie endlich, „in einer so wichtigen Sache es mit Leuten zu thun zu haben, welche nicht mit der Wahrheit umgehen“ (S. 229). Den 2. Mai schreibt die Kaiserin der Tochter, daß ihre und Mercy's Bemühungen einige Früchte getragen haben. Die bayerischen Minister in Regensburg führten schon eine andere Sprache. Man habe die Sache im Anfange verdorben, „es wäre nie Krieg ausgebrochen, und die Allianz würde nicht mißbraucht werden. Keine Aenderung, sondern nur Befestigung der bestehenden Zustände wäre stets ihr einziger Zweck gewesen und würde es bleiben“ (S. 232). Den 8. Mai meldet Marie Antoinette ihrer Mutter, sie sei wahrhaft empört gewesen über die selbst Mercy verheimlichte abscheuliche Depesche der Minister. Es sei ihr aber gelungen, daß sie eine etwas andere Fassung erhielt und Mercy sei mit dieser Fassung, nicht aber mit dem Inhalte derselben zufrieden gewesen. Sie hoffe noch immer, der Krieg werde nicht ausbrechen (S. 235). Den 16. dankt sie der Mutter für ihre Zufriedenheit mit ihren in der wichtigen Sache gethanen Schritten, die von ihrem Herz ihr eingegeben, vielleicht aber dennoch nicht zum Ziele führen! Die Minister machten stets schöne Phrasen, sie werde aber in des Königs Gegenwart zu ihnen reden, um sie zu nöthigen dem Könige vom Preußen gegenüber die geeignete Sprache zu führen; und zwar glaube sie so im wahren Interesse des Königs und Frankreichs selber handeln zu müssen. Erwiderung der Kaiserin den 18. Mai; Mittheilung einer neuen Perfidie Friedrichs II. (un trait de sa façon). In einer Conferenz zu Neustadt wäre der Kaiser mit ihm übereingekommen, die Sache schriftlich miteinander abzumachen, habe aber auf seinen Brief die insolenteste Antwort erhalten, welche Mercy der Tochter mit des Bruders Schreiben ihr mittheilen werde. Dieß erlaube sie sich, weil der König von Preußen auch ihr gegenüber indiscret gewesen und die ersten Depeschen Sachsen und Rußland mitgetheilt habe.

Man könne sich auf sein Wort nie verlassen; Frankreich habe dieß mehrmals erfahren, und kein europäischer Fürst sei von ihm verschont worden. „Er ist es“, heißt es weiter, „der sich zum Diktator und Protektor von ganz Deutschland aufwerfen will. Seit 37 Jahren beunruhigt er Europa durch seinen Despotismus und seine Gewaltthaten . . . Ueber alle anerkannten Principien der Ehrlichkeit und Wahrheit sich hinaussetzend treibt er sein Spiel mit allen Verträgen und allen Allianzen.“ Oesterreich sei jetzt zunächst der Gefahr ausgesetzt; die Kaiserin werde das Weitere nicht erleben; „aber meine lieben Kinder und meine Enkel, unsere heilige Religion, unsere guten Völker werden es nur zu sehr verspüren!“ (S. 239—241). Den 29. Mai Brief Marie Antoinettes an ihre Mutter: Mercy habe ihr Friedrichs Vorschläge mitgetheilt; man könne sich nichts Absurderes denken! Sie habe von der Correspondenz ihres Bruders mit dem Könige von Preußen Kenntniß genommen. Falschheit und Gereiztheit sprechen aus allen Zeilen des Letzteren. Die Erwiderungen ihres Bruders an ihn hätten sie entzückt. Den 1. Juni meldet Maria Theresia der Tochter: „unsere Lage ist noch immer die gleiche; der König von Preußen arbeite an einer Allianz mit Rußland und Frankreich, um den Frieden zu Stande zu bringen — einen Frieden ohne Dauer. Diese zwei Mächte wolle man an die Stelle unserer guten und ehrlichen Deutschen setzen!“ Man habe sich leider durch den leichten Erwerb Galiziens verführen lassen, werde aber dergleichen fernerhin vermeiden. Es wäre sehr traurig, wenn die Zukunft Europas in die Hände dieser beiden, durch ihren Despotismus bekannten Mächte (Preußens und Rußlands) gelegt würde, et si notre religion recevrait le dernier coup et les moeurs et la bonne foi devraient alors se chercher chez les barbares. Welch' betrübende Aussicht wenn Frankreich dazu die Hand böte! (S. 246).

Marie Antoinette war Anfangs Juni in Marly, es gelang dann den Ministern den König umzustimmen und

hinter ihrem und Mercy's Rücken mit Goltz zu verhandeln. Den 12. Juni schreibt sie dieß an ihre Mutter, und sagt ihr, daß sie bei ihrem Gemahl sich deßhalb beklagt, er sie aber durch das Bekenntniß: „Du siehst, ich bin so sehr im Unrecht, daß ich Dir kein Wort zu erwidern weiß" — entwaffnet habe. Mercy habe Preußens neue Vorschläge ihr mitgetheilt, die eben so absurd seien wie die ersten! Der entscheidende Augenblick rückte indessen immer näher; die Königin that noch einige Schritte und berichtet es den 15. Juli nach Wien (S. 250). Maria Theresias Antwort vom 3. August ist ganz entmuthigend. Der König von Preußen steht mit seinem, durch 30,000 Mann Sachsen vermehrten, 40,000 Mann starken Heer in Böhmen dem österreichischen gegenüber. Sie bittet nochmals die Tochter um ihre Verwendung beim König. Den 6. August sendet sie eine weitere Schilderung ihrer verzweifelten Lage an die Tochter; die Verwüstungen ihrer Lande hätten schon begonnen u. s. w. Laudon habe sich zurückgezogen. Antwort Marie Antoinettes vom 14. August: sie sei in den König gedrungen als Vermittler aufzutreten. Während mit den Ministern in dessen Gegenwart unterhandelt worden, seien die Depeschen des Barons (Goltz) angekommen und sogleich vorgelesen worden, enthaltend Vorschläge betreffend die fränkischen Markgrafschaften. Die Minister seien nach und nach anderer Ansicht geworden und es werden die geeigneten Depeschen nach Berlin und auch ein Abgesandter nach Deutschland gehen. In ihrer Antwort vom 23. August schreibt aber Maria Theresia der Tochter: sie habe sich nicht geirrt in der Annahme der Fruchtlosigkeit der Unterhandlungen. Sie hätte gehofft, der König von Preußen werde zufrieden seyn, wenn Oesterreich Bayern dem Kurfürsten zurückgebe und ihm die Markgrafschaften zur Verfügung überließe. Mercy werde ihr das Nähere hierüber mittheilen; inzwischen werde Böhmen verwüstet; nach der Vereinigung der beiden Heere werde es zu einer Schlacht kommen, durch welche Tausende, vielleicht sogar Mitglieder ihres Hauses zu Grunde gingen. Dieß zu

hindern, würde sie Alles aufgeboten haben; was sie dem grausamen Feind gegenüber gethan, sei ihr sehr schwer gefallen. „Meine liebe Tochter", fährt sie fort, „es kann sich nicht mehr um die Eifersucht zwischen unseren beiden Monarchien handeln, sondern darum, ihre Eintracht fest zu knüpfen, ohne daß irgend Jemand hoffen könne dieselbe zu stören. Das Blut verbindet uns, mein Sohn und mein Enkel in Frankreich sind mir dasselbe, was die Kinder Leopolds und der Königin von Neapel. Unsere Interessen (denn die alten vorgefaßten Meinungen sind aufzugeben) sind die gleichen, sowohl bezüglich unserer heiligen Religion als des gemeinsamen Wohls. Gelingt es uns nicht, durch gemeinsames Wirken den Feind zu besiegen, so werden wir, eines nach dem andern, zu Grunde gerichtet werden, es muß also geschehen, was Mercy Dir mittheilen wird: nicht wir allein sind jetzt der Gefahr ausgesetzt, sondern ganz Deutschland, vielleicht ganz Europa; die Ursachen des Kriegs müssen daher gehoben werden und unsere Freunde uns hierin unterstützen" (S. 258—259). Der hierauf folgende Brief Marie Antoinettes vom 3. September meldet: der Krieg sei also jetzt ausgebrochen, der König von Preußen entlarvt und seine Freunde müssen schamroth werden. Mercy sei über seine letzte Unterredung mit Maurepas und Vergennes sehr vergnügt. Maurepas sei ganz anderer Ansicht geworden, „Gott gebe daß er es bleibe!" Sie haben offen von den Lügen des Gesandten von Goltz gesprochen, es werde jetzt nicht mehr isolirt sondern mit Oesterreich gemeinsam unterhandelt werden, und nicht mehr mit Goltz, sondern in Berlin. Sie zähle auf einen guten Ausgang. „Gott wird die Gerechtigkeit beschützen und in diesen schrecklichen Zuständen der besten der Mütter und der Souveraininen vergelten" (S. 260—261).

In einem Schreiben vom 9. September erwidert die Kaiserin: die traurigen Zustände seien noch immer dieselben, und bittet die Tochter Alles aufzubieten um das gewünschte Ziel der Erhaltung des Friedens zu erreichen. Nach ihrer Erklärung, Alles aufzu-

geben und der Vermittlung des Königs (von Frankreich) ihres Freundes, Alliirten und Geranten des westphälischen Friedens, sich unterwerfen zu wollen, dürfe sie hoffen daß es den Schelmenstreichen und Intriguen nicht gelingen werde den Erfolg der für das Wohl der Menschheit angewandten Mittel aufzuhalten. „Wir wollen nichts weiter, als daß Frankreich ein ernstes festes Wort (un langage ferme) spreche." Der Beweis, daß Oesterreichs und Frankreichs Bündniß fest sei, könne allein schon helfen. In ihrer Antwort darauf (den 17. September) schreibt Antoinette ihrer Mutter: sie habe jetzt Hoffnung, daß ihre vereinten Bemühungen mit Erfolg gekrönt werden; man werde Berichte an alle deutschen Höfe senden über das was man von Preußen verlange. Sie schließt mit den Worten: „Je ne pourrais jamais avoir plus grande gloire ni plus grand bonheur que de contribuer en quelquechose à cette grande affaire et au repos de ma chère Maman, qui est si précieux de toute manière" (S. 264—265).

Den 17. Oktober schreibt sie dann ihrer Mutter, daß sie seit lange keine so große Freude gehabt habe als die welche die neuesten Nachrichten ihr verursacht. Der Rückzug des preußischen Heeres in so schlechtem Zustande sei ein unschätzbares Glück, das den König von Preußen demüthigen aber jedem Oesterreicher Muth machen müsse, wenn er für seine Herrin mit dem Kaiser an der Spitze sich schlagen müßte. Ihr sehnlichster Wunsch sei, daß der furchtbare Feind sich ruhig verhalte, wenigstens den Winter über. Der König wünsche sehnsüchtig Deutschland den Frieden zu verschaffen, und käme gewiß zum Ziele, wenn er selbstständig handelte und von seinen Ministern nicht gehemmt würde. Sie sei überzeugt, daß es in der ganzen Sache sich um des Königs Ruhm und Frankreichs Wohl handle, abgesehen von dem ihres theuren Vaterlandes (S. 266). Demungeachtet erhält die Königin den 2. November nochmals schlimme Nachrichten von ihrer Mutter: der König von Preußen lasse Mähren

verwüsten, die französischen Circularberichte an die deutschen Höfe seien zu kraftlos und daher ohne Erfolg gewesen. Eine festere Sprache sei nothwendig. Den 27. schreibt sie nochmals der Tochter: der Friede ist absolut nöthig, die vermittelnde Macht möge die Zurückgabe der Länder, wie sie 1777 gewesen, befehlen. Da der König von Preußen der angreifende Theil sei, so habe er nichts anzusprechen.

Von nun an ist der Briefwechsel bis zum 1. April 1779 *) unterbrochen; an diesem Tage schreibt die Kaiserin: sie sei wegen des Friedens noch immer in Unruhe (S. 271), meldet aber den 1. Mai, sie könne zwar die Unterzeichnung desselben noch nicht ankündigen, wohl aber dessen bevorstehenden Abschluß. Sie bittet die Tochter dem Könige ihren Dank für seine guten Dienste auszusprechen, die sie ja ihr selbst verdanke und der Zärtlichkeit des Königs für die Tochter. Den 15. Mai drückt Marie Antoinette über die Unterzeichnung des Friedens ihrer Mutter ihre große Freude aus (S. 275).

Damit ist der über die bayerische Successionsangelegenheit zwischen beiden Fürstinen gepflogene Briefwechsel zu Ende. Es ist aus demselben ersichtlich, daß es der Kaiserin Maria Theresia, nachdem der Erbfolgestreit eine schlimme Richtung nahm, um die Erhaltung des Friedens, zuletzt um jeden Preis zu thun war; daß sie aber dieß Ziel nur dadurch zu erreichen hoffte, daß Frankreich die Vermittlerrolle übernehme und eine energische Sprache führe.

Anfangs hoffte man, König Ludwig würde dem mit Oesterreich im J. 1756 eingegangenen Schutzbündniß gemäß, mit gewaffneter Hand gegen Preußen einschreiten. Allein Frankreich im Kriege mit England wegen seiner Unterstützung der amerikanischen Insurgenten, befand sich nicht in der Lage diesem Ansinnen zu entsprechen. Es bestand eine Verpflichtung hiezu auch nicht, da es sich nicht um die Erhaltung der

*) In der Zwischenzeit wurde in Wien und Berlin unterhandelt. Die Preußen hatten sich beim Herannahen des Winters zurückgezogen.

österreichischen Erblande, sondern um deren Vermehrung handelte, weßhalb auch für Maria Theresias Anrufen an Frankreich als Geranten des westphälischen Friedens kein Rechtsgrund vorhanden war, wohl aber ein solcher für Preußen, das ihn in Paris auch geltend machte. Aber selbst die von Wien verlangte energische Sprache des Hofes von Versailles wäre eine gewagte Sache gewesen, weil sie Preußen veranlassen konnte, sich nebst dem schon gewonnenen Rußland mit England zu alliiren. Daher das zurückhaltende Benehmen der Minister Maurepas und Vergennes und die Unentschlossenheit Ludwigs XVI., welche durch alle Mittel zu überwinden, die Kaiserin von ihrer Tochter verlangte. Ob diese selbst die Lage des französischen Hofs begriff, muß nach ihren Briefen dahingestellt bleiben, aber ihr Entschluß den Gemahl günstig für ihre Mutter zu stimmen und die Minister selbst durch ihre Persönlichkeit umzustimmen, ist aus ihren Briefen klar zu ersehen.

Wenn sich Maria Theresia über die Einmischung Rußlands ungehalten zeigt, so benützte sie dieselbe selbst*), noch bevor Frankreich erklärte, die Vermittlerrolle allein nicht übernehmen zu wollen. Und so kam den 13. Mai 1779 der Friede von Sachsen-Teschen zu Stande. Der berühmte Flassan hat in seiner histoire de la diplomatie française (I. édit. tom. VI und IIde édit. tome VII) eine aktenmäßige Darstellung der sowohl in Berlin und Wien als in Paris gepflogenen Unterhandlungen gegeben, woraus ersichtlich ist, daß der König von Preußen nicht so sehr im Unrecht war, wie es die Briefe Maria Theresia's glauben machen wollen, daß Oesterreich die Erhaltung eines Theils der von ihm 1778 in Beschlag genommenen bayerischen Besitzungen (d. h. die zwischen der Donau, dem Inn und der Salzach) dennoch ihm zu verdanken hat, und die übrigen der an dem Streite betheiligten Höfe die Befriedigung ihrer Ansprüche, in wie weit sie begründet gewesen, zugestanden erhielten, während er selbst

*) Im Dezember 1778 nach Flassan ed. I. p. 214—215.

nichts erlangte als was Oesterreich ihm Anfangs geboten hatte, d. h. das Recht der Einverleibung der fränkischen Herzogthümer in die preußische Monarchie. Die edle Kaiserin war in der ganzen Sache anderer Ansicht als ihr Sohn Kaiser Joseph, und dieser deßhalb nichts weniger als zufrieden mit dem Ausgange der Verhandlungen. Sie wollte den Frieden um jeden Preis, und hatte sogar die Wiederherstellung des status quo von 1777 vorgeschlagen. Marie Antoinette hatte gewiß Antheil an dem von der Kaiserin gewünschten Ausgange; allein wie aus Flassan ersichtlich, hat vor allem der französische Gesandte Baron Breteuil dazu beigetragen.

Die Zahl der noch im Jahre 1779 (vom 1. Juli bis 15. Dezember) zwischen Maria Theresia und ihrer Tochter gewechselten Briefe beträgt 10, die des folgenden vom 1. Jannar bis 3. November 17. Ihr Hauptinhalt besteht im Austausche der zärtlichsten Gefühle der Anhänglichkeit, der mütterlichen Liebe und der Pietät der Tochter. Eine Menge Nachrichten über theils frohe, theils betrübende Familienereignisse werden gegenseitig mitgetheilt und mit großer Theilnahme aufgenommen, so die von den Krankheiten des Erzherzogs Maximilian und der Königin von Neapel, von der Reise des Kaisers Joseph II. nach Rußland u. s. w. Auch von Politik ist zuweilen die Rede; beide Fürstinen sind durch den französischen Seekrieg mit England sehr beängstigt; die Kaiserin, die Ueberlegenheit der englischen Flotte über die französische wohl erkennend, wünscht den Frieden zu vermitteln und dadurch für Antoinette's Bemühungen um das Zustandekommen des Friedens von Sachsen-Teschen einen Gegendienst zu leisten. Sie erfährt aber, daß der noch immer auf das Kaiserhaus eifersüchtige Friedrich II. sie bei König Ludwig als englisch gesinnt anschwärze, und damit das gute Einverständniß der beiden Höfe trüben möchte. Maria Theresia versichert, daß sie bestens französisch gesinnt und nur aus Anhänglichkeit an das königliche Haus auf England zu wirken bestrebt sei. Marie Antoinette spricht fast in jedem Briefe an ihre Mutter

von dem erfreulichen Gedeihen ihres Töchterleins, meldet auch eine ohne schlimme Folgen stattgehabte Fehlgeburt, theilt bald darauf neue Hoffnungen mit, welche der Mutter überaus angenehm sind, indem sie keinen sehnlicheren Wunsch habe als den, die Geburt eines Dauphin zu erleben. Die Fürstinen empfehlen sich gegenseitig die ihnen werthen nach Paris oder Wien reisenden hohen Personen. Auch meldet zuweilen die Mutter der Tochter ihr zu Ohren gekommene, für sie nachtheilige Gerüchte, welche diese als böswillige Verleumdungen zurückweist.

Die zuletzt in den Briefen besprochenen Familienereignisse sind der Tod des Herzogs Carl von Lothringen, Bruder des verstorbenen Kaiser Franz, also Oheim Antoinette's, Statthalters in Brüssel, gestorben den 4. Juli 1780, und dessen dortige Ersetzung durch Marie Christine und ihren Gemahl Albert von Sachsen-Teschen, den 11. Oktober, endlich die Wahl ihres Bruders Maximilian zum Coadjutor von Cöln, dessen letzter Kurfürst er 1784 wurde. Maria Theresia's letzter Brief an ihre Tochter ist vom 3. November 1780, sie klagt darin über ein seit vier Wochen sie heimsuchendes Uebelbefinden, rheumatische Schmerzen am rechten Arm, hat aber offenbar keine Ahnung von ihrem den 29. desselben Monats im vierundsechzigsten Jahre ihres Alters sie überraschenden Tode. Mit diesem Briefe schließt Herrn v. Arneth's, wie wir kaum zu sagen brauchen, höchst werthvolle Sammlung.

XXXV.

Politische Gedanken vom Oberrhein.

IV. Der Zollverein. Industrieller Schwindel. Eisenbahnen. Unthätigkeit des Bundestages. Haltung und Vortheile der Liberalen.

Der preußisch-deutsche Zollverein erhielt einen Abschluß erst durch den Beitritt des Großherzogthums Baden, welches ihm gegen die Schweiz und gegen Frankreich die fünfzig geogr. Meilen lange Rheingrenze gab*). Wenn nun der Zollverein zwischen den deutschen Ländern unter sich und mit Preußen eine gewisse Gemeinschaftlichkeit der Interessen erschuf und jene von Oesterreich trennte, so wurde dieses Verhältniß in ferneren Zuständen geltend und sichtbar; dagegen aber traten unmittelbare Wirkungen ein, deren großer Einfluß sogleich in den Bewegungen des gesellschaftlichen und des staatlichen Lebens erschien.

Mit der Schweiz, mit dem Elsaß und überhaupt mit den nordöstlichen Provinzen von Frankreich verglichen, war

*) Das Ernestinische Sachsen war am 10. März 1833, das Königreich am 30. März 1833 dem Zollverein beigetreten, das Großherzogthum Baden zwei Jahre später am 12. Mai 1835, das Herzogthum Nassau am 10. Dezember 1835, die Stadt Frankfurt aber erst am 2. Juni 1836.

die Industrie in dem südwestlichen Deutschland nicht eben bedeutend. Die geringe Entwickelung der großen Gewerbe hatte ihre Ursache wohl auch in den niedrigen Zollsätzen, aber weit mehr noch in dem Mangel an Muth und Geschick zu größeren Unternehmungen. Der Geist der Industrie war nicht erweckt; deßhalb fehlte das Selbstvertrauen und mit diesem fehlten selbstverständlich die Mittel. Kaum war der Oberrhein die Grenze des Zollvereines geworden, so konnte man neue Auffassungen, neue Neigungen, neue Thätigkeiten und darum bald neue Zustände gewahren. Schweizer und Franzosen legten größere oder kleinere Fabriken in das Gebiet des Vereines; das Beispiel riß die Oberdeutschen aus ihrer bisherigen Trägheit; sie sahen, daß die Führung einer Fabrik eben auch kein Zauberwerk sei und sie erkannten, daß ihr eigenes Land der Industrie gar viele Hülfsmittel biete. Konnten Fremde diese Hülfsmittel benützen, konnten diese die Arbeiter finden, konnten sie die Maschinen und die Rohstoffe beischaffen, warum sollte es den Einheimischen unmöglich seyn? — Der Anfang war allerdings schwer, denn eine jegliche Industrie bedarf einer anderen; in dem südwestlichen Deutschland aber war eigentlich gar keine vorhanden welche den neuen Unternehmungen gewisse Bedürfnisse zu liefern vermochte, und deutsche Unternehmer, noch fremd in dem eigenthümlichen Leben der großen Gewerbe, mußten nothwendige Dinge bei der Industrie des Auslandes suchen. Mißglückte eine Unternehmung, so wurde die Ursache in der Ungeschicklichkeit des Unternehmers gefunden; jeder Nachfolgende glaubte klüger zu seyn und jeder scheinbare Erfolg erweckte Neigungen oder steigerte die Zuversicht und das Vertrauen auf Unternehmungen, die nicht immer gut gedacht und häufiger noch in den ersten Anfängen der Ausführung verfehlt waren. Die Menschen verstunden nicht die Bedingungen der Industrie und deßhalb machten sie sich alberne Vorstellungen. Sie meinten kleine Capitale, in großen Unternehmungen umgetrieben, müßten ungeheuren Gewinn bringen und sie dachten nicht daran [illegible] den

meisten Fällen Jahre vergehen, ehe nur irgend ein Gewinn sich herausstellen kann. Man bildete Gesellschaften; die kleinen Capitalisten drängten sich herbei; die Staatsdiener besonders legten ein, was sie besaßen; die Unternehmer der Gesellschaften wurden wichtige Leute, man schmeichelte ihnen, um mit Aktien beglückt zu werden und man wollte nicht sehen, daß die Fremden, häufig in ihrer Heimath verunglückt — mit deutschem Gelde Anstalten gründen wollten, um sich eine Existenz oder selbst die ersehnte Behaglichkeit des Lebens zu verschaffen. Die materiellen Interessen überwogen bald alle anderen, und die Erregung der Gesellschaft wurde zum Schwindel. Die Liberalen hatten den Abschluß des Zollvereins nicht gerne gesehen, sie hatten den Beitritt der westlichen Grenzländer verhindert; aber den Schwindel wußten sie zu benützen.

In dem zwanzigjährigen Frieden waren die Beziehungen der Nationen vielfacher und inniger geworden; in dem Inneren unseres Vaterlandes waren die Schranken gefallen und der Zollverein war als einheitliche Macht in die Bewegungen des Handels gestellt. Der innere Verkehr, fast mehr noch als der äußere, konnte für seine Entwickelung nicht mehr der neuen Anstalten entbehren, welche in den Vereinigten Staaten und in England schon längere Zeit in Wirksamkeit und welche auf dem Festland zuerst in dem jungen Königreich Belgien in Ausführung gebracht waren. Die Frage der Eisenbahnen war eine nothwendige und deßhalb eine berechtigte Frage.

Das Bedürfniß des Verkehres war das Bedürfniß aller Menschen; man durfte erwarten, daß es auch alle beschäftige, aber die großen allgemeinen Interessen waren damals nur von Wenigen verstanden und die Aufregung in den wohlhabenderen Klassen entstund aus der Meinung, daß der Betrieb der Eisenbahnen das Eisen in eitel Gold verwandeln werde. Wer nur irgend Etwas besaß, der wollte einen Antheil erkaufen und die Geldmänner wollten die Gunst der

Umstände benützen. Diese suchten Concessionen für die Herstellung von Schienenwegen; ihr eigentlicher Zweck war freilich nur der Handel mit den Papieren, aber um solche auf die Börse bringen zu können, mußten sie vorerst Gesellschaften bilden und um solche bilden zu können, verwendeten sie alle Mittel um die Erregung zum Schwindel zu steigern. Dieser Schwindel machte die besonnenen Staatsmänner bedenklich; sie glaubten nicht an den großen Ertrag der neuen Förderungs-Anstalten; sie hatten noch nicht die Auffassung der ungehemmten Bewegung des Einzelnen auf eigene Gefahr, und sie meinten, ihre Pflicht gebiete zu verhindern, daß Tausende ihre kleinen Vermögen einsetzen, um einige Reichen reicher zu machen. In Deutschland, vielleicht weniger noch als in anderen Ländern, erkannten die Staatsmänner die ungeheuere Wirkung eines ganz neuen Verkehrs, aber es widerstrebte ihnen, daß dieser der Gewalt eigennütziger Unternehmer überliefert werden solle. Diese und ähnliche Bedenken hatten nur geringe Wirkung; der Schwindel hielt an und wenn die Liberalen vielleicht mehr befangen waren als andere Leute, so lag die Ursache wohl nur darin, daß sie beweglicher waren als andere Leute. Sachkundige Männer zeigten nun, daß der Aufwand für Bau und Betrieb sich viel höher stelle, als man beide gemeiniglich angab; sie konnten die Größe der Förderungsmassen nur aus dem bisherigen Verkehr herleiten; sie hatten keine Vorstellung von der Wucht eines ganz neuen Verkehres; sie sprachen aus, daß der Gewinn aus den Unternehmungen von Eisenbahnen im günstigen Fall ein zweifelhafter sei, und sie erklärten, daß bedeutende Opfer nothwendig wären, um Deutschland Eisenbahnen zu verschaffen*). Ausländische, besonders englische, Unternehmer beurtheilten die

*) Besonders auch in dem „Bericht der technischen Abtheilung des Comités für Eisenbahnen in Baden“, einer Schrift welche zu jener Zeit bedeutendes Aufsehen erregte, jetzt aber gänzlich veraltet und vergessen ist.

Sache freilich aus anderen Gesichtspunkten; es hatten deren manche sich angeboten, aber nicht die Meinung der Staatsmänner nur, sondern auch die Meinung des Volkes war entschieden dagegen, daß man die Pulsadern des Landes den Interessen Fremder überlasse, welche ohne Anhänglichkeit und Liebe eben nur ihren Gewinn und durch diesen Bedeutung und Annehmlichkeit in der eigenen Heimath suchten. Ohne Eisenbahnen konnten die Deutschen der Bewegung des neuen Verkehres nicht folgen; ohne bedeutende Opfer konnten keine hergestellt werden — wer sollte die Opfer bringen? Unter den Verhältnissen und Zuständen jener Zeit gewiß nur der Staat. War der Gedanke einmal gedacht, so konnten die Schwierigkeiten nicht mehr schrecken; man konnte nur darthun, daß eben dem Staate die Verpflichtung zur Errichtung von Anstalten obliege, welche die allgemeinen Interessen und die Interessen der Einzelnen fordern und für deren Errichtung die Mittel und die Kräfte der Einzelnen nicht ausreichen. Mit vollem Recht konnte man sagen: wenn die Unternehmung auch große Opfer verlangt, so werden sie von der Gesammtheit getragen und der Einzelne wird nur wenig berührt; wenn aber sich Gewinne herausstellen, so wird eine vernünftige Regierung diese zur Erleichterung des Verkehres, also zum Vortheil des Einzelnen und der Gesammtheit verwenden. Liberale Staatsmänner sprachen die Ansicht aus, daß der Staat die Eisenbahnen herstellen und betreiben müsse, und sie zeigten, daß die Regierungen gar viele Mißstände verhüten und gar viele Vortheile gewähren könnten, welche Unternehmer oder Gesellschaften niemals zu leisten vermöchten*). Die

---

*) Besonders von dem badischen Staatsrath Nebenius: „Staatswirthschaftlicher Bericht des Comités für Eisenbahnen", in welchem der geistreiche Verfasser zuerst und offen erklärte, daß der Staat bauen müsse, wie groß auch die Opfer seyn mögen. Ebenfalls eine vergessene Arbeit.

liberale Partei nahm diese Meinung als die ihrige auf und, streng genommen, konnte sie nicht anders, denn ihrem System getreu durfte sie nicht dulden, daß so wichtige Anstalten dem unmittelbaren Wirkungskreis der Staatsgewalt auch nur theilweise entzogen würden. Das Beispiel von Belgien wurde als entscheidend betrachtet, die süddeutschen Eisenbahnen wurden Unternehmungen der Staaten und allen anderen ging auch hierin das Großherzogthum Baden voran.

Eine verständige Verwaltung durfte keine Zeit verlieren, sie mußte eilen, um die großen Capitalien in möglichst kurzer Zeit nutzbar zu machen. Ein jedes Stückchen vollendeter Eisenbahn machte die rasche Ausführung eines anderen nothwendig; die deutsche Langsamkeit wurde von dem Drängen des Bedürfnisses überwunden und nach wenigen Jahren waren große Linien im Betrieb. Die Aenderung der Verkehrsverhältnisse ließ nicht auf sich warten; die Plätze waren sich näher gerückt; der Zwischenhandel verlor seine Bedeutung; es stellten sich neue Beziehungen her; aber ebenso traten die Träger der Meinungen in unmittelbare Verbindung und eine jede Bewegung mußte sich schnell in entfernte Gegenden verbreiten. Das Alles hatten die Liberalen ganz richtig vorgesehen und darum betrachteten sie die schnelle Herstellung der Eisenbahnen als eine wesentliche Forderung ihres Systemes, deren Erfüllung kein Opfer zu groß erschien. Würden nicht tausend Vorgänge die Wahrheit dieser Behauptung beweisen, so ginge sie unzweifelhaft aus dem einzigen Umstand hervor, daß auf dem badischen Landtag im J. 1838 die Regierungs-Commissäre gegen die allzu große Bewilligung der zweiten Kammer Einsprache erhoben, insofern die Regierung dadurch verpflichtet würde, die bewilligte Summe in dem kurzen Rest der laufenden Finanzperiode zu verwenden.

Die Staaten des Zollvereines hätten in dieser Zeit einen allgemeinen Plan für das Netz der Eisenbahnen annehmen, sie hätten die Hauptlinien, die Spurweiten u. s. w. bestimmen, eine allgemeine Ordnung des großen Verkehres

vereinbaren und diese zur Sache der Gesammtheit machen sollen. Daß man daran nicht dachte und daß man die Führung der Sache in jedem Lande dem Gutdünken der betreffenden Regierung überließ, das findet allerdings eine sehr ungezwungene Erklärung in der bekannten Eifersucht dieser Regierungen, welche Preußen damals ängstlicher schonen mußte als jemals. Hätte aber ein „Nationalverein" zu jener Zeit schon die preußische Oberherrschaft in Deutschland verlangt, er hätte doch nicht diesen Gedanken gefaßt, denn, wir haben es oben erwähnt, man hatte keinen Begriff von der Größe der Förderungsmassen, man erkannte nicht den Zusammenhang entfernter Linien; man konnte die neue Verkehrsanstalt in ihrer großen Bedeutung nicht auffassen und so hat die Rührigkeit der Liberalen die Unterlassungssünde so wenig als die Starrheit der grauen Staatsmänner verschuldet, welche in den Eisenbahnen überhaupt nur ein unvermeidliches Uebel gesehen haben.

Vor der socialen Bedeutung der Eisenbahnen wurde deren militärische Wichtigkeit erkannt und anfangs sogar überschätzt. Waren die Schienenwege wirklich Anstalten zu Vertheidigung und Angriff, so gehörten sie in die Reihe der Waffenplätze und der Bundestag war zum Eingreifen berechtiget und befugt. Allerdings konnte er das Eisenbahnwesen nicht geradezu für Bundessache erklären, aber er konnte im Interesse des Wehrwesens gewisse Linien verlangen und gewisse Vorschriften erlassen. Solche Auffassung ist allerdings sehr einfach, aber nimmer hätten die souverainen Staaten solche „Einmischung" beschlossen oder sich gefallen lassen, und die Liberalen hätten über die Verletzung der gewährleisteten Selbstständigkeit Zeter geschrieen, ehe noch der Gedanke ein Antrag geworden wäre. Was jedoch vor einigen Jahrzehnten die Beschränktheit übersehen und die Engherzigkeit der Kirchthurms-Politik verhindert, das hat die natürliche Entwickelung der Dinge gemacht. — Der Handel hat seine Plätze und diese haben ihre Verbindungen; die Geschichte aller Zeiten

aber zeigt uns, daß wichtige Handelsplätze und deren Verbindungen auch strategische Punkte sind und strategische Linien. Der Handel hat seine neuen Verkehrswege gelegt nach seinen Interessen, und die Ereignisse der neuen Zeit haben deren Gebrauch und deren Wichtigkeit für die Führung der Kriege gezeigt.

Haben die Liberalen aber sonst ihren Einfluß verwendet, um Deutschlands Wehrkraft zu heben? Schon in dem Jahre 1828 hatten Frankreich und Rußland einen Plan zur Veränderung der Karte des europäischen Festlandes vereinbart. Das Bürgerkönigthum aber gab dieser Vereinbarung keine Folge, denn die Bourgeoisie wollte den Frieden; sie wollte die Ruhe nach Außen, damit im Inneren ihre Herrschaft sich befestigen könne. In dieser ängstlichen Wahrung des Friedens hatte Frankreich seine Stellung unter den europäischen Mächten nicht wieder erworben, während, wir haben es oben erwähnt, ein bedeutender Bruchtheil der Liberalen und mit diesen die Mehrheit der Nation jene Stellung verlangte. Mit diesem Gedanken konnte man in jedem Augenblick die Massen aufregen, man konnte irgend einen Krieg volksthümlich machen; durch den Krieg aber konnte man die Herrschaft der reichen Bürgerschaft brechen und alle inneren Schwierigkeiten schnell niederschlagen. So waren die internationalen Verhältnisse schwankend geblieben; die geheimen Zusicherungen, welche Louis Philipp den Höfen gegeben, waren eine schwache Gewähr für den europäischen Frieden, und die kleinste Veranlassung konnte den Krieg hervorrufen. In dem J. 1840 war der Ausbruch sehr nahe und hätten die Franzosen damals am Rheinstrom gefochten, so hätten sie nicht acht Jahre später sich in Paris schlagen müssen. Daß die französische Regierung die sog. Quadrupel-Allianz (vom 15. Juli 1840) zu Stande kommen ließ und daß das Ministerium Guizot sich den Beschlüssen der Londoner-Conferenz unterwarf — das eben ist ja eine der Hauptursachen für den Fall des Bürgerkönigthumes geworden.

Louis Philipp, obwohl der König des Friedens, hatte das Heer nicht vernachlässiget, wie es sein Vorgänger gethan; um das Versäumte nachzuholen, hatte die französische Regierung Unglaubliches in sehr kurzer Zeit geleistet. War Frankreich vielleicht dennoch für einen großen Krieg nicht vollkommen, so war Deutschland gar nicht gerüstet. In den kleinen deutschen Staaten war das Wehrwesen eine kostspielige Spielerei; in den mittleren, deren keiner ein selbstständiges Armeecorps zu dem Bundesheer stellt, that jeder wie er wollte, aber nur selten das Rechte; auch die beiden Großstaaten waren nicht vorbereitet, und überall fehlte die Einheit und fehlten die Mittel, mit welchen Frankreich einen Krieg fast improvisiren kann.

Der Bundestag durfte in die innere Verwaltung sich nicht einmischen und die Militär-Commission zu Frankfurt beschäftigte sich mit Durchsicht der Standeslisten und mit Prüfung der Rechnungen über die Unterhaltung der Bundes-Festungen. Sie konnte nicht einmal bewirken, daß das kümmerlich vorgeschriebene Material auch wirklich vorhanden war. Die französischen Contributionsgelder, für die Erbauung von Befestigungen am Oberrhein bestimmt, lagen in der Kasse, vielleicht in dem Geschäfte von Rothschild. Die Grenzlinie des Rheins auf französischer Seite geharnischt, sie war baar und bloß auf der deutschen; von dem Bodensee und der Donau bis zu dem unteren Main, außer Landau und dem unvollendeten Germersheim, lag kein fester Punkt für die Operationen des deutschen Vertheidigungskrieges. Nur ein solcher war dem vereinigten Deutschland möglich gewesen; an eine Offensive war damals nicht zu denken. Wohl war es wahrscheinlich, daß die Franzosen sich sogleich der linkseitigen Rheinlande bemächtigen würden, und nun sagte man: sie würden den Oberrhein nicht angreifen, ehe sie sich auf dem Ufer des mittleren Stromlaufes festgesetzt hätten. Dieser lächerliche Trost beruhigte nicht nur die alten Weiber, sondern auch gewisse Diplomaten und Generale, welche doch wissen

konnten, daß gerade am Oberrhein der französische Angriffs-Krieg am besten vorbereitet, daß in Straßburg das Material jeglicher Art angehäuft und die Reiterei im Elsaß und mehr noch hinter den Vogesen gesammelt war. Der einfache Menschenverstand mußte einsehen, daß ein gelungener Angriff auf das obere Deutschland die Vertheidigung der unteren Rheinlande sehr lähmen müßte. Der Uebergang konnte vielleicht erschwert aber nicht verhindert werden, nach der ersten Schlacht und vielleicht ohne solche war das südwestliche Deutschland mit seinen großen Hülfsmitteln bis an die Donau verloren und an die Stelle des Bundes ein Zustand getreten, der noch schlimmer war als der frühere Rheinbund.

In dem J. 1840 erinnerten sich die Liberalen, daß der Boden des Vaterlandes gefährdet sei, und sie hinderten damals nicht mehr die, allerdings kümmerlichen, Anstalten zur Bereitschaft unserer Wehrkraft. Bis dahin hatten sie für die Ausführung von Eisenbahnen und für die Pflege der materiellen Interessen Millionen bewilliget und ungeheure Anlehen genehmiget, aber die Kosten für die Anschaffung einiger Kanonen oder einiger Pferde waren ihnen ein Gräuel gewesen. Hätten die Liberalen nicht die heiligsten Interessen des Vaterlandes ihren Parteizwecken untergeordnet, so wäre der Bundestag nicht in seiner jammervollen Unthätigkeit versunken und das südwestliche Deutschland wäre nicht so bloßgestellt und so vertheidigungslos gewesen.

Unmittelbar nach dem Abschluß des zweiten Pariser-Friedens waren Offiziere der süddeutschen Staaten in Commissionen versammelt worden, um die Befestigungen in dem südwestlichen Deutschland zu berathen. Diese Commissionen arbeiteten Jahre lang; sie füllten Foliobände mit Recognoscirungsberichten und mit Denkschriften und viele Schränke mit Plänen, aber keine Schaufel ward in den Boden gesteckt und die Gelder blieben in den Kassen von Rothschild. Ein Krieg ist unmöglich, hörte man sagen. Das J. 1840 zeigte diese Möglichkeit und erst als die Gefahr wieder abgewendet er-

schien, beschäftigte man sich mit Anstalten, welche ein süddeutscher Vertheidigungskrieg fordert. Der Bundestag beschloß den strategischen Aufmarsch des Bundesheeres, wie er fast zehn Jahre früher vereinbart worden war, und zusammenhängend mit diesem beschloß er die Befestigungen von Rastatt und von Ulm, nachdem Bayern aus seinen Mitteln mit Ingolstadt einen Waffenplatz an der Donau hergestellt und mit Bundesgeldern die Werke von Germersheim großentheils ausgeführt hatte, um in Verbindung mit Landau die Aufstellung an der Queich und die Verbindung seiner Pfalz mit dem rechten Rheinufer zu sichern. Fast zu gleicher Zeit wurde von Frankreich die Befestigung von Paris beschlossen und so schnell ausgeführt, daß, wir haben es oben erwähnt, die Werke bewaffnet waren als die Kammern dafür eine sehr bedeutende Summe genehmigten, und daß der Beschluß der provisorischen Regierung im April 1848 wohl nur ein Kunstgriff war. Der Bau der süddeutschen Festungen wurde nicht so rasch, aber er wurde schneller als irgend eine andere Unternehmung des deutschen Bundes gefördert. Man konnte wohl klagen über die Kleinlichkeit der norddeutschen Regierungen, als die vorhandenen Mittel nicht reichten; die unzeitige Sparsamkeit hinderte besonders in Rastatt die Ausführung gut gedachter und selbst nothwendiger Werke, und die Bewaffnung war auf das kleinste Maß herabgedrückt. Aber die Kläglichkeit der deutschen Zustände trat doch erst wieder in ihrer rechten Natur hervor, als man über die Besatzungen der Waffenplätze verhandelte. Wenn in diesen langen Verhandlungen die Regierungen wieder die ganze Herrlichkeit des deutschen Sonderwesens vorführten, so waren sie von den Liberalen veranlaßt und beinahe gezwungen; denn die Partei glaubte ihre Herrschaft bedroht, wenn Truppen anderer, und besonders der großen, Bundesstaaten den Dienst verrichteten in einem festen Platze, welcher zufällig in dem Lande liegt. Die mildeste Beurtheilung kann der liberalen Partei nicht den Vorwurf erlassen, daß sie, ohne patriotische Hingebung, die natürlichen

Folgesätze der nationalen Idee zurückgewiesen, gerade als sie diese Idee für ihre Zwecke zu gebrauchen begann.

Der Bundestag in dem Sinn einer falschen Politik der großen Staaten mußte die spießbürgerlichen Auffassungen der kleinen ausdrücken, und er konnte kein berechtigtes Streben der deutschen Völker unterstützen. Der hohe Rath zu Frankfurt am Main mußte allerdings sich an den Begriff des Bundes als eines „Vereines souverainer Staaten“ anklammern, aber oft genug verweigerte er jede Thätigkeit in Dingen, welche seiner vertragsmäßigen Zuständigkeit angehörten; wenn er jemals eingriff, so geschah es sicherlich zu Gunsten der dynastischen Interessen, und dennoch vermochte er nicht wohlerworbene und geschichtliche Rechte gegen die Allmacht des modernen Staates zu schützen. Hätte der Bundestag die Kirchthurms-Politik niedergehalten, hätte er in dem Kreis seiner Zuständigkeit die nationalen Interessen besorgt und, so viel er konnte, die Feststellung eines allgemeinen Rechtsstandes erstrebt, so hätte man ihm nicht zugemuthet, was nicht in seiner Gewalt lag, und er hätte die Anerkennung und den Dank der Verständigen geärntet. Die Instruktionen der großen und der kleinen Höfe haben die Gesandten ihrer höheren Mission entzogen, die Versammlung dieser Gesandten ist den Völkern als der Schutzherr des Polizeiregimentes in dem deutschen Sonderwesen erschienen und da hat die Neigung der Nation sich von ihm abgewendet. Der Bundestag in seinem thatlosen Wesen hat wesentlich den Einfluß der Partei gefördert, welche in grundsätzlicher Feindschaft ihm gegenüberstand; er hat die Zustände aufrecht erhalten, in welchen allein der heutige Liberalismus sich thatsächlich zu entwickeln vermochte. Die Liberalen dagegen konnten mit ihrer nationalen Gesinnung Parade machen, und sie konnten alle begründeten und unbegründeten Beschwerden der Nation und sie konnten Alles, was sie selber verschuldet, auf die hohe Versammlung werfen, welche die Hoffnung u[illegible] [illegible]trauen aller deutschen Völker hätte seyn soll[illegible]

Oesterreich hatte einen unermeßlichen Fehler begangen, als es Jahre lang zusah, wie Preußen seinen Einfluß ausdehnte; es hatte sich gewissermaßen von Deutschland ausgeschlossen, als es den Zollverein ohne seine Betheiligung zu Stande kommen ließ. Der Zollverein hat in den deutschen Völkern das Gefühl der Zusammengehörigkeit erweckt, und er hat die nationale Idee mit den materiellen Interessen in Einklang gebracht. Preußen hat sich zum Mittelpunkt dieser Interessen gemacht, aber die höhere Idee hat es niemals gefördert. Oesterreich aber in seiner Abscheidung konnte es nicht mehr, und die bitteren Folgen der unnatürlichen Scheidung traten hervor, als, ein halbes Menschenalter später, alle Völker im südlichen Deutschland die Gemeinschaftlichkeit ihrer Interessen mit jenen von Oesterreich erkannten.

XXXVI.

Historische Novellistik.

Historische Novellen über Friedrich II. von Preußen und seine Zeit. Von Conrad von Bolanden. Mainz, Kirchheim 1865.
Erster Band: Der Gefangene von Küstrin. — Judas Makkabäus.
Zweiter Band: Deutschlands Hort. — Die mährischen Hühner.
Dritter Band: Deutschlands Dämon. — Die böhmische Canaille.

Daß die vorliegenden Erzählungen Tendenznovellen sind und seyn wollen, besagen sie selbst. Denn der Verfasser hat ihnen dieses Merkmal auf die Stirne geschrieben mit dem Motto: „Man muß die historischen Wahrheiten gemeinnützig machen, damit die Geschichtslügen gefahrlos und die Geister aufgeklärt werden.“ Der geschichtliche Zweck ist ihm also

der erste und Hauptzweck, die künstlerische Form nur das Vehikel, dem Ziele in eindringlicher und gemeinverständlicher Weise beizukommen. Von diesem Standpunkte aus wollen diese Novellen beurtheilt seyn, und man darf den ästhetischen Maßstab nicht allzu streng anlegen. Es sind historische Skizzen in Novellenform, frisch und rasch entworfen, mit kräftigen Farbenstrichen an den Hauptmomenten überfahren und dann in eine wirkungsvolle Reihe zusammengestellt — wie man sich denken kann, nicht zur größern Ehre der fridericianischen Politik.

Graf Maistre, der politische Gegner Oesterreichs, schrieb einst über den König Friedrich II. von Preußen: „Ich habe, seit ich vernünftig denken kann, eine besondere Abneigung gegen Friedrich II., den ein wahnwitziges Zeitalter sich beeilt hat als einen großen Mann zu proklamiren, der aber im Grunde nur ein großer Preuße war. Die Geschichte wird diesen Fürsten als einen der größten Feinde des Menschengeschlechts bezeichnen, die je existirt haben" (Lettres et opuscules I. 139 f.). Das ist so ziemlich das Prägnanteste, was in einigen Zeilen über jenen Herrscher gesagt werden kann, und das Urtheil, das hier von einem Ausländer, der noch dazu ein glühender Antagonist Oesterreichs war, gefällt wird, könnte vom deutschnationalen Standpunkt kaum schärfer gefaßt werden. Vom deutschnationalen Standpunkt nun schreibt Conrad von Bolanden seine Geschichte in Novellen, in denen er die Genesis unserer trostlosen hundertjährigen politischen Krankheit plastisch vor Augen stellen will, die Genesis des politischen Dualismus in Deutschland, dessen Urheber und Vollender Friedrich II. war. Als solcher ist dieser hier zunächst ins Auge gefaßt und zum Mittelpunkt der verschiedenen historischen Bilder ersehen, welche die einzelnen Novellen aufrollen. Sie sollen den Mann in seinem Werden zeigen und dann die Hauptzüge des Fürsten in seinen öffentlichen Handlungen verkörpern. den [illegible]
fenen Ehrgeiz und den dämonischen

Habsburg, woraus die Idee der nation Prussienne erzeugt ward, das frevelhafte Spiel mit dem Recht, mit dem Glauben, mit dem gesammtdeutschen Nationalbewußtseyn, in dessen unvermeidlicher Folge das einheitliche Band des Reiches zerrissen und der Gedanke an ein deutsches Oberhaupt langsam in dem Volksbewußtseyn ausgelöscht wurde. Das ungefähr scheint der leitende Gedanke des Novellisten zu seyn.

Der Erzähler folgt in seinen geschichtlichen Schilderungen hauptsächlich den Forschungen von Gfrörer und Klopp; zuweilen mit einer wörtlichen Genauigkeit, die mehr bequem als empfehlenswerth erscheint. Man glaubt manchmal einen ins Novellistische übersetzten Onno Klopp zu lesen. Klopp sagt z. B. von den ersten Repressivmaßregeln des Königs: „Die freie Presse starb nach einem kurzen Scheinleben eines jähen Todes" (Friedrich II. und die deutsche Nation S. 112). Bolanden erzählt: „Friedrich rang mit dem Sturm. Die freie Presse starb eines jähen Todes" (I. 206). Wo es sich nicht um förmliche Citate handelt, sollte der Dichter auf seine Selbständigkeit eifersüchtig seyn, und von Bolanden kann man das um so mehr erwarten, da er im Uebrigen hinlänglich zeigt, wie lebendig er die Sprache zu handhaben versteht.

Die Reihenfolge der sechs bis jetzt erschienenen Novellen ist eine chronologische. Die erste: „Der Gefangene von Küstrin", erzählt von Friedrichs Jugendjahren: seine Gefangensetzung, seine Verurtheilung zum Tode und seine Begnadigung in Folge der herzlichen Fürbitte des Kaisers; sie schließt mit Friedrichs erzwungener Vermählung. In den Erlebnissen dieser Jahre wurzeln die Keime seiner Charakterentwicklung, aus der zwei scharfe Züge jetzt schon unangenehm hervortreten: der Mangel an aller Pietät und die bodenlose Heuchelei. „Sie werden es einmal sehen, was Sie an ihm haben!" hatte sein strenger Vater auf die gütige Fürsprache des Kaisers hin bemerkt. Und des Kaisers Tochter Maria Theresia erfuhr es bald genug, wie richtig der alte Friedrich Wilhelm das Wesen des Sohnes durchschaut hatte.

Sobald dieser auf den Thron kam, war die Zertrümmerung Habsburgs sein erster politischer Gedanke, und so lange er regierte, beherrschte ihn der Haß gegen das altherrliche Kaiserhaus, das ihn vom Tode errettet.

Zeigt die erste Erzählung die Persönlichkeit des Fürsten, so beleuchten die folgenden in kurzen grellen Streiflichtern seine Politik. „Judas Makkabäus" eröffnet die Kette jener Rechts- und Friedensbrüche, welche die politische und kriegerische Laufbahn des jungen Königs bezeichnen. Der Einbruch in Schlesien geht in Scene; der skeptische König wirft die Parole des Religionskrieges aus und läßt sich als neuen Judas Makkabäus von den protestantischen Kanzeln preisen. Die Vorgänge und die Folgen der Besetzung von Breslau spiegeln sich in dem Treiben der städtischen Parteien; die Schlacht bei Mollwitz endlich gibt dem Gemälde mit der ersten Feuerprobe des neuen Makkabäus die vorläufige Abrundung, jene Schlacht in welcher, wie später Napoleon I. sagte, der junge König vor seinem Siege davonlief!

Der Erfolg hatte das Unrecht gekrönt; das Haus Habsburg schien dem Untergang geweiht. Im Lagerzelt bei Mollwitz sieht sich der preußische König umschwärmt von den Gesandten der reichsverrätherischen Höfe; er wird zum Centralpunkt der europäischen Verschwörung gegen das alte Kaiserhaus, gegen die junge Königin von Ungarn. Das schildert die dritte Novelle: „Deutschlands Hort". Hier hat die Geschichte selber schon den Poeten gemacht: die jugendliche, von allen Seiten verrathene und verlassene Maria Theresia in ihrer Bedrängniß und Errettung — wen ergriffe das Bild nicht in seiner ungeschmückten geschichtlichen Wirklichkeit! Der Novellist zeichnet uns die junge schöne Königin im Zauber ihrer weiblichen Anmuth und in der Macht ihrer Alle begeisternden Mannhaftigkeit, die sie auch mitten im Unglück der Noth und Verlassenheit nicht verläßt. Es folgt die Scene im ungarischen Ständesaal: Moriamur pro rege nostro, eine Scene die sich freilich im Licht der neuern Forschung etwas nüchterner

herausstellt; wenn indeß ein dramatisirter Vorgang so lange Jahre in den Geschichtsbüchern figuriren konnte, so hat ein Novellist wenigstens ungleich mehr Befugniß, ihn im poetischen Interesse zu verwerthen. Die Novelle endigt in München; der Stern hat sich gewendet. Während kurz zuvor die bayrisch-französische Armee Oberösterreich verheerte und das habsburgische Erbe in Trümmer zu schlagen drohte, standen jetzt die ungarischen Rothmäntel und Panduren in München, und der undeutsche Karl Albert war ein Kaiser ohne Land.

Den Oesterreichern wäre es nach dem glücklichen Anfang nicht schwer geworden, auch den Erbfeind Deutschlands, die Franzosen, welche Böhmen besetzt hielten, aus dem Reich hinauszuwerfen — wäre nicht der Preußenkönig, trotz der inzwischen gegen Oesterreich eingegangenen Verbindlichkeiten, der größte Reichsfeind selber gewesen. Die Politik der raffinirten Treulosigkeit hatte unter dem genialen Herrscher ihre Mittel noch nicht erschöpft. Davon erzählt die vierte Novelle. Die „mährischen Hühner" haben den Einfall Friedrichs in Mähren zum Gegenstand, die Ausplünderung und Brandschatzung dieses Landes durch die preußisch-sächsisch-französische Armee, die in der umfassendsten Weise exekutirt werden sollte, und zwar, wie der wörtliche Befehl des witzigen Königs lautete, mit Methode: „Ihr möget das Huhn immerhin rupfen, aber so, daß es nicht schreit!" Die Methode wurde denn auch von der Soldateska wohl verstanden und grausenhaft gründlich ausgeführt. Als dann noch die Schlacht von Chotusitz unglücklich für Maria Theresia ausfiel, mußte sich die edle Königin in das schmerzlichste Opfer fügen, das ihr so manche Thräne kostete, sie mußte ihr theures schönes Schlesien abtreten. Damals war es, daß der englische Gesandte Robinson an seinen Hof berichtete: „Der Schmerz der Königin von Ungarn ist unbeschreiblich. Alle Uebel scheinen ihr gering im Vergleich mit dem Verluste Schlesiens. Wenn sie einen Schlesier sieht, verstummt die Monarchin in ihr, und nur das Weib fühlt und bricht in Thränen aus."

Mit dem dritten Bändchen ist der Erzähler zum zweiten schlesischen Kriege gelangt. Mit den Einleitungen dazu, dem Bündniß des Preußenkönigs mit dem König von Frankreich, beschäftigt sich die fünfte Novelle: „Deutschlands Dämon.“ Als Vermittlerin des geheimen Bündnisses hat sich Friedrich die Herzogin von Chateauroux ausersehen, die von ihm mit den feinsten Schmeicheleien gefeierte Maitresse Ludwigs XV. Ein Stück dieser Maitressenwirthschaft wird nun hier zu Metz, dem augenblicklichen Hoflager Ludwigs vorgeführt, wo die Allianz durch die Einflüsse des schönen Weibes wirklich zu Stande kömmt. Glücklicher Weise fehlt es auch nicht an einem wohlthuend contrastirenden Gegenstück, das die Geschichte selber dem Erzähler an die Hand gibt, das exemplarische Auftreten eines freimüthigen und pflichtgetreuen Kirchenhirten nämlich, des Bischofs von Soissons, der bekanntlich gegen das ehebrecherische königliche Skandalum persönlich Vorstellungen erhob und dem kranken König die Sakramente vorenthielt, bis die Maitresse entlassen war. Der Philosoph von Sanssouci nannte dafür den unerschrockenen Bischof einen fanatique imbécille, wogegen er an die königliche Maitresse die Prädikate „heroisch“ und „großmüthig“ verschwendete. Ganz anders aber urtheilte das französische Volk, das sich zu jener Höhe libertinischer Aufklärung damals noch nicht erschwingen konnte.

Die Allianz des Preußen mit dem Reichsfeinde hatte ihre unmittelbare Wirkung. Die siegreich in Lothringen vordringende österreichische Armee mußte in Folge dessen über den Rhein zurückgerufen werden, um Böhmen zu schützen, welches der vertragsbrüchige Preußenkönig mit 90,000 Mann unversehens überfiel. Dieses Land sollte nach einer geheimen Vereinbarung dem bayerischen Karl Albert ausgeliefert werden, zuvor aber wollte es Friedrich für seine eigene Kasse tüchtig abschröpfen. Das bildet den Gegenstand der sechsten Erzählung: „Die böhmische Canaille.“ Wie früher Mähren, so wurde jetzt Böhmen gebrandschatzt und „methodisch“ ausgefegt, und wer der [illegible] antwillig

nachkam, mit Stockstreichen fügsam gemacht; wiederum nach einem Sprüchlein des sarkastischen Königs: „man muß die böhmische Canaille zur Raison bringen.“ Aber das Blatt wendete sich unerwartet schnell. Graf Traun, der treffliche österreichische Stratege, der die kaiserliche Armee mit bewundernswerther Geschicklichkeit in 21 Tagmärschen von der französischen an die böhmische Grenze geführt hatte, wußte durch seine meisterhaften Aufstellungen und Bewegungen den König zum Rückzug zu zwingen und aus Böhmen glänzend wieder hinaus zu manövriren. Nun kam die Reihe des Gehetztwerdens an die Preußen. Der böhmische Landsturm erhob sich und sekundirte den Colonnen Traun's aufs nachdrücklichste bei der Verfolgung. Die mißhandelte „böhmische Canaille“ rächte sich mit wüthender Erbitterung an dem zurückweichenden Feind, so daß von den neunzigtausend Mann, mit denen Friedrich in Böhmen eingebrochen war, kaum 38,000 die Heimath wieder erreichten. Der König bemerkte später selber in seinen Aufzeichnungen von dem gescheiterten aber theuren Eroberungszug: „Dieses große Heer, welches Böhmen verschlingen und selbst Oesterreich überschwemmen sollte, hatte das Schicksal der Armada Philipps II.“

Mit der siegreichen Befreiung Böhmens schließt die Novelle und die Reihenfolge der bisher erschienenen historischen Erzählungen überhaupt. Am meisten novellistischen Charakter trägt diese letzte Erzählung. Hier ist die große Kriegsaktion mehr individuell gemacht, das persönliche Interesse wird tiefer in Mitleidenschaft gezogen durch das spannende Gewebe der kleinen Geschichte, die einfach und passend neben der großen Geschichte einherläuft.

Im Ganzen vermöchte aber auch die kunstvollste Darstellung keinen ganz reinen Genuß zu bereiten. Es liegt in der Natur des Gegenstandes, daß der Gesammteindruck kein erquicklicher seyn kann. Es ist eine traurige, eine brudermörderische Zeit, die große Epoche des Reichsverraths, der Anfang des unseligen Dualismus in Deutschland, an dem

wir noch heute laboriren, der heute nicht mehr ungeschehen gemacht, wohl aber mit gegenseitig gutem Willen versöhnt werden kann. Nur in diesem Ausblick auf die endliche Versöhnung verliert das Bild der Vergangenheit die Wirkung seiner verstimmenden Disharmonie. Daß es einen Weg der Versöhnung gibt, hat die politische Erfahrung der Gegenwart gezeigt, in der Allianz der beiden Großmächte. Daß dieser Weg, den wir mit Erfolg beschritten sehen, in Zukunft festgehalten werden möge, darauf muß der Wunsch des Patrioten gerichtet seyn, und derselbe kann nur verstärkt werden, wenn er auf jene trüben Blätter deutscher Geschichte, auf die Wirkungen der fridericianischen Politik zurückblickt. „Mit innerer Nothwendigkeit“ — so schloß auch Klopp im J. 1860 seine einschneidende Verurtheilung des Fridericianismus, und seine Mahnung ist heute gerade recht am Platz – „mit innerer Nothwendigkeit ringt sich aus der Brust des Deutschen, der seine Heimath, sein Vaterland, seine Sprache und Sitte geschützt sehen möchte gegen alles was von Osten oder Westen kommt, der Wunsch empor, daß dieser Dualismus der Macht versöhnt werden möge durch die Einheit des gemeinsamen Strebens zum Schutze aller Interessen der deutschen Nation. Friedrich II. hat seinen Nachfolgern die Mahnung hinterlassen, daß der Staat, den er gegründet, nicht sicher ruhe auf sich selber, daß derselbe des Anschlusses bedürfe an eine wirkliche Großmacht ... Friedrich II., der von einer deutschen Nation nichts wissen wollte, suchte dieß Bündniß bei den Fremden. Eine andere Zeit ist seitdem gekommen Die Erinnerung seines Unrechts ist zurückgetreten. Das Recht der Unantastbarkeit der deutschen Nation ist mächtiger als je. Dieses zugleich und die Pflicht der Selbsterhaltung weisen die Nachfolger Friedrichs II. hin auf die andere deutsche Großmacht. Nur im engen festen Bunde mit derselben, in der bereitwilligen Mithülfe zum Schutze derselben gegen jeden Feind und jeden Angriff kann auch Preußen bestehen. Jeder Schlag, der Oesterreich trifft, ist mittelbar ein Schlag für Preußen und für die gesammte deut[illegible]on.“

XXXVII.

Aphorismen über die social-politische Bewegung.

IV. Der Messianismus der Lassallianer und der Arithmeticismus der Schulzianer.

Wir haben letzthin das Verhältniß der zwei socialen Parteien zu Christenthum und Kirche besprochen. Wir haben gesehen, daß die Bourgeoisie als Incarnation der modernen Volkswirthschaft sich in doppelter Weise feindselig verhält gegen die Gebundenheit des menschlichen Bewußtseyns durch die höhere und übernatürliche Ordnung. Sie feindet die Uebernatur nicht nur in der Gesellschaft an, sondern auch im Individuum. Daß keine andere Ordnung als das Naturgesetz der erbarmungslosen Selbstsucht über der arbeitenden Gesellschaft walte, das ist die unbedingte Forderung des liberalen Oeconomismus als solchen; um aber recht sicher zu gehen, ist die Bourgeoisie als Partei allenthalben bestrebt, den Glauben und die Hingebung an die Uebernatur auch den Einzelnen aus den Herzen zu reißen. Sie jätet das christliche Bewußtseyn wie Unkraut aus, wo sie es findet.

Mit dieser Dogmatik, haben wir gesagt, ist die Partei des „vierten Standes“ völlig einverstanden, aber nicht mit der entsprechenden Moral. Das ist der Punkt, wo sich die Wege scheiden. Die Bourgeoisie läßt es bei der Verneinung einfach bewenden; nachdem sie den Glauben an jedes andere

Gesetz als das der unerlösten Natur vernichtet hat, macht sie kalt und trocken darauf aufmerksam, daß dieses Naturgesetz unter allen Umständen einen großen Theil der Menschheit zum Entsagen bestimmt habe, und damit Punktum.

Gegen diese wirthschaftliche Consequenz empört sich aber die neue Partei des vierten Standes. Sie behauptet, das Gesetz der Natur sei von der Bourgeoisie falsch interpretirt. Richtig verstanden gebiete dasselbe allerdings eine ganz positive Gesellschafts-Moral, oder wie sie lieber sagen, eine neue Gesellschafts-„Wissenschaft." Gerade deßhalb, sagt die Partei, weil es mit dem Himmel vorüber sei, sei das Volk um so mehr berechtigt die Erde zu reklamiren, und aus eben diesem Grunde sei es ein Frevel an der Menschheit einem Theil derselben absolute Entsagung zur Pflicht zu machen, dem andern Theil aber nicht. So stehen die Parteien.

Die neue Gesellschafts-Moral der letzteren ruht auf keinerlei Glaubenssätzen oder überhaupt Beziehungen zur Uebernatur; sonst aber tritt sie durchaus mit der Unmittelbarkeit und Inbrunst einer Religion auf. Sie theilt mit jeder Religion auch die Eigenthümlichkeit, daß sie eine ganze Weltanschauung involvirt und die Geschichte der Menschheit nach ihrem eigenen Grundrisse reconstruirt. Der Grundzug dieser Weltanschauung muß, wie sich schon aus dem Gegensatze zum System des modernen Liberalismus begreifen läßt, nothwendig in dem Princip der Gemeinschaftlichkeit bestehen. Die ganze Religion der Partei, wenn ich so sagen darf, geht darauf hinaus, die Gesellschaft und das menschliche Bewußtseyn in derselben, mit Einem Wort das sociale Individuum, wieder an eine höhere Ordnung der Gemeinsamkeit (freilich aber nicht aus der Uebernatur) zu binden. Daraus fließt dann sehr natürlich eine Geschichtsbetrachtung, welche mit den modernen Ideen in beständigem Conflikte steht. Die Geschichtsphilosophie der Partei findet sich ebenso oft von mittelalterlichen Erscheinungen oder katholischen Anklängen unwillkürlich angezogen, als sie von den gesell-

schaftlichen Consequenzen des reformatorischen Princips regelmäßig abgestoßen wird. Denn sie entdeckt dort allenthalben die Thatsache der Gemeinschaftlichkeit und hier immer nur die Thatsache der Vernichtung derselben, mit andern Worten den antisocialen Individualismus.

Möge man uns gestatten, diese Bemerkungen vorerst nur durch ein schlagendes Beispiel zu beleuchten. In neuester Zeit ist bekanntlich die Frage von der Einzelhaft namentlich in Frankreich einer neuen Revision unterworfen worden. Auch die Geschichtsphilosophen des vierten Standes haben sich an der Prüfung betheiligt, und richtig sind sie, in consequenter Anwendung ihres Princips, zu einem Resultat gekommen, das den Triebfedern des modernen Protestantismus und Liberalismus schnurstracks widerspricht. So stößt man in der angewandten Moral und Gesellschafts-Wissenschaft der Partei öfter auf Züge, deren katholische Verwandtschaft, bei der offensten Verläugnung aller Uebernatur, auf den ersten Blick frappiren muß. Die Geschichtsphilosophen der Partei sind sich auch selbst gar nicht im Unklaren über die Ursache dieses Phänomens. Trotz ihrer Verläugnung der Uebernatur theilt ihre Gesellschafts-Lehre im tiefsten Grunde dasselbe Princip mit der altkatholischen; sie strebt über die Reformation zurück nach dem urchristlichen Wesen der Gemeinschaft, aber als christlich will sie dieses freilich nicht. Hören wir inzwischen das Urtheil der Lassallianer über die erwähnte Gefängnißfrage:

„In keiner Institution hat sich das vorherrschende Princip der Bourgeoisie, der Individualismus im Gegensatze zum Socialismus*), mehr verkörpert, als in jener dem protestantischen Pietismus entsprungenen Strafeinrichtung der Zellengefängnisse. Man kann ohne Uebertreibung sagen, daß diese Einrichtung, die vor

*) Man darf diesen Ausdruck hier nie in dem bekannten Sinne einer Partei verstehen, sondern er bedeutet immer ganz allgemein das Princip der Gemeinschaftlichkeit als solches. Anm. d. Verf

etwa 25 Jahren das Ideal der bürgerlichen Criminalisten war, die höchste Blüthe der Bourgeois-Epoche ist. Sie wurde durch Toqueville und Beaumont von Amerika nach Frankreich importirt. Hier konnte sie aber, trotz großer Anstrengungen die vielfach gemacht wurden, nur für die Präventivhaft in Anwendung kommen. Das durch und durch sociale Wesen der Franzosen konnte sich nicht mit einem System befreunden, welches in der Isolirung des Menschen sein geistiges wie materielles Heil suchte, welches überhaupt das individuelle Seelenheil zur Voraussetzung und zum Ziele hat . . . Das gänzliche Aufgeben der Zellengefängnisse ist ein sicheres Symptom vom Untergang der individualistischen Principien der Bourgeoisie, welche seit der Reformation mehr und mehr zur Herrschaft gelangt waren, und im Zellensystem ihren Blüthestand erreicht hatten" *).

Die neue Gesellschafts-Moral deren tiefere Beziehungen wir hier nur durch ein Beispiel erläutert haben, hat wie gesagt, mit Dogmen und der Uebernatur überhaupt nichts zu thun. Sie kann daher auch auf keiner übernatürlichen Offenbarung ruhen; wohl aber datirt sie sich von einer natürlichen Offenbarung, und diese ist geschehen in der französischen Revolution von 1789. Die große Offenbarung von dazumal hat in den Augen der Partei eine negative und eine positive Seite. Sie hat erstens dem Princip der Autorität aus göttlichem Rechte eine entscheidende Niederlage beigebracht und die Entfaltung der Autonomie des Menschengeistes erst möglich gemacht. Sie hat zweitens das große Princip der Gleichheit aller Menschen proklamirt, und hiemit ist das Fundament gelegt, worauf die neue Partei ihre Gesellschafts-Moral positiv aufbauen will. Die Praxis welche den größten Theil der Menschheit zur absoluten Entsagung verdammt, während der andere Theil auf dessen Kosten in allen Genüssen schwelgt, verträgt sich mit dem Grundsatz der Rechtsgleichheit Aller natürlich nicht.

---

*) Berliner „Socialdemokrat" vom 12. August 1865.

Nun ist es freilich mit der großen Offenbarung des menschlichen Genius von 1789 eine eigene Sache. Das Berliner Organ der Partei ist vor Kurzem erst in der Lage gewesen, sich gegen den Vorwurf des ministeriellen Blattes zu vertheidigen: daß ja gerade die Socialdemokratie schon seit 1792 stets die berühmten Ideen von 1789 bekämpft habe und immerzu bekämpfen müsse. Mit andern Worten: die Ideen von 1789 seien ja gerade das Evangelium des Individualismus und also der Bourgeoisie gewesen und seien es noch. Die neue Partei kann dieß nicht schlechthin verneinen. Sie gesteht zu, daß die Bewegung von 1789 direkt und in nächster Wirkung allerdings nur eine Bewegung zu Gunsten einer Classe (nämlich des dritten Standes) gewesen. Aber indirekt und in ihrer fernern Wirkung stehe sie als eine Bewegung für die Sache der Menschheit überhaupt da*). Lassalle selbst hat sich das Verhältniß der Offenbarung von 1789 sowohl zu den vorhergehenden als zu den nachfolgenden Geistesrichtungen vorgestellt wie folgt:

„Die gesammte alte Welt und ebenso das ganze Mittelalter bis zur französischen Revolution von 1789 suchte die menschliche Solidarität und Gemeinsamkeit in der Gebundenheit oder Unterwerfung. Die französische Revolution von 1789 und die von ihr beherrschte Geschichtsperiode, von dieser Gebundenheit mit Recht empört, suchte die Freiheit in der Auflösung aller Solidarität und Gemeinsamkeit. Sie behielt damit nicht einmal die Freiheit, sondern nur die Willkür in der Hand; denn Freiheit ohne Gemeinsamkeit ist Willkür. Die neue, die jetzige Zeit sucht die Solidarität in der Freiheit“**).

Das Schicksal der Offenbarung von 1789 gestaltete sich mithin so, daß zunächst nur die negative Seite derselben, der Sturz der Autorität welche die Gesellschaft und das Bewußt-

---

*) Berliner „Socialdemokrat“ vom 7. Juli 1865.

**) Lassalle's Herr Bastiat-Schulze von Delitzsch S. 21.

seyn der Einzelnen an eine höhere und übernatürliche Ordnung gebunden hielt, der Menschheit zu Gute gekommen ist. Diese negative Seite allein lag im Interesse der Bourgeoisie, von welcher die Offenbarung von 1789 sofort in ihren ausschließlichen Nutzen gewendet worden ist. Jeder Schritt weiter hätte ihre eigene Basis ruinirt, für welche eigentlich schon der Sturz der übernatürlichen Autorität und Ordnung bedenklich genug war. Darauf macht das Organ der Partei mit Recht immer wieder aufmerksam: „Doch bleibt beachtenswerth, daß, fast wider Willen vom Geiste von 1789 festgehalten, die Bourgeoisie die bestehenden Eigenthums-Verhältnisse nicht etwa auf Grund einer behaupteten göttlichen Einrichtung oder sonstigen Autorität, sondern principiell wissenschaftlich denkend, mit Anrufung von Naturgesetzen zu vertheidigen sucht“ *).

Inzwischen blieb der positive Kern der Offenbarung von 1789, die Lehre von den Menschenrechten und von der allgemeinen Gleichheit, überwuchert, vergessen, verfälscht im Sinne des politischen Liberalismus, des „liberalen und parlamentarischen Humbugs“, wie die Publicisten der Partei mit Vorliebe sich ausdrücken. Auf dem socialen Gebiete konnte sich indessen das absolute Eigenthumsrecht in einer Weise breit machen und Zustände herbeiführen, wie es vor 1789 nie und nirgends möglich gewesen war. So lastete eine Unterdrückung, welche nach dem Zeugnisse Lassalle's grausamer war als im finstersten Mittelalter, ungestört auf der armen dienenden Menschheit, bis der — sociale Luther erschien. Ja wohl, wäre die neue Partei nicht so voll von souverainer Verachtung gegen alle protestantische Gläubigkeit, so müßte der Vergleich ihr sehr geläufig seyn: wie im Jahre 1517 gegen den römischen Antichrist geschehen, so habe Ferdinand Lassalle im Jahre 1862 das sociale Evangelium von 1789

---

*) Berliner „Socialdemokrat“ vom 7. Juli 1865.

wieder unter der Bank hervorgezogen und der armen Menschheit bekannt gemacht gegen den Betrug und die Tyrannei der Bourgeoisie. Zwei Jahre später konnte das Organ des neuen Arbeiter-Vereins bereits mit drohenden Worten zum Stiftungsfest aufrufen: „Denn falsch und trügerisch ist diese stolze Civilisation und wehe ihrem Riesenbau, wenn die Stimme der Millionen vergeblich ruft"*)!

Es ist kein Zweifel, und Jeder der die Bewegung aufmerksam beobachtet, wird es zugestehen, daß die neue Gesellschafts-Moral die Geister der Arbeiter mit dem Feuer und der Inbrunst einer neuen religiösen Offenbarung ergriffen hat. Ferne sei es von mir, den armen Leuten irgendwie zu nahe treten zu wollen, aber oft fällt mir unwillkürlich das Wort des jüngst hingeschiedenen Feldherrn des Papstes vom „neuen Islam" ein. Die einfachsten Fabrikarbeiter — und die Zahl dieser Bekenner wird schon auf mehr als 60,000 geschätzt — sind in die neue Lehre so vollkommen eingegangen, daß sie nicht nur die bekannten nationalökonomischen Axiome Lassalle's wie am Schnürchen abbeten, sondern auch mit der entsprechenden Weltanschauung und Geschichtsbetrachtung im Großen innig vertraut sind. Sie leben und schweben in diesen Vorstellungen, die noch vor zwei Jahren von unseren gelehrten Nationalökonomen als unglaubliche Paradoxa angestaunt oder vielmehr verachtet wurden. Was aber die Intelligenzen, die Stimm- und Federführer der Partei betrifft, so darf man nur ihr Organ betrachten, um zu erkennen, daß es sich hier um etwas mehr als um einen wissenschaftlichen Professoren-Glauben handelt. Sie bethätigen einen Muth der Ueberzeugung, der in unserer Zeit nahezu unvergleichlich ist; mit einer bewundernswerthen Schlagfertigkeit wissen sie von ihrem Standpunkt aus stets den Nagel auf den Kopf zu treffen; und ohne sich im Mindesten zu geniren, sagen sie

---

*) Berliner „Socialdemokrat" vom 21. Mai 1865.

der herrschenden liberalen Tagesmeinung die haarsträubendsten Dinge ins Gesicht. So lange ihr Kampf vorherrschend gegen die liberale Bourgeoisie gerichtet war, schienen sie zwar von der Regierung auffällig begünstigt zu seyn; seitdem sie aber in dem bekannten Streit wegen des Kölner Abgeordneten-Festes zwar nicht für die liberalen „Kappelmänner“, deren großthuerische Feigheit sie anekelt, wohl aber für das gesetzliche Vereinsrecht eingetreten waren, seitdem gibt auch die Regierung ihnen Gelegenheit in Hülle und Fülle den Muth des Martyriums zu bewähren. Ihre Zeitung und ihre Vereine werden von der Polizei kaum mehr an dem Maßstab einer politischen Partei, sondern an dem einer Schwärmer-Sekte oder einer Verbrecher-Bande gemessen. Aber auch unter den täglichen Confiskationen und polizeilichen Quälereien aller Art bewahrheitet sich die Charakteristik, welche der Partei von ihrem Organ kürzlich gegeben worden ist:

„Man mag von unsern Bestrebungen halten was man will, drei Punkte sollen Jedem klar seyn: Einmal daß thatsächlich unsere Richtung in ganz Deutschland eine viel verbreitete ist; daß dieselbe in ihren Anhängern mit einer Kraft und Tiefe festsitzt, die man bei andern socialen und politischen Ueberzeugungen vergeblich sucht; und drittens daß Feuer und Thatkraft vor Allem bei den Unsern zu finden, daß gerade die Unsern das Zeug haben, in entscheidenden Augenblicken die ganze Arbeiterwelt nachzureißen“*).

Als vor zwei Jahren die neue Gesellschafts-Moral Lassalle's, ohne daß freilich schon ihre ganze Tragweite verstanden worden wäre, zum erstenmal die Aufmerksamkeit der herrschenden liberalen Presse erregte, da machte sich die letztere in widersprechenden und sich aufhebenden Empfindungen Luft. Einerseits versicherten die liberalen Blätter, daß die ganz und gar unwissenschaftlichen Paradoxen des Berliner Literaten

*) Berliner „Socialdemokrat“ vom 27. August 1865.

und seiner Handvoll Nachbeter bald unter allgemeiner Heiterkeit verschollen seyn würden; andererseits ergossen sie sich in vollem Ingrimm über den frechen Versuch des radikalen Störefrieds, der an den volkswirthschaftlichen Pfeilern des modernen Liberalismus zu rütteln wage. Namentlich belegte die Süddeutsche Zeitung ihn mit dem Titel eines „neuen Johann von Leyden" und verglich seinen Anhang mit den „Wiedertäufern" und „Schwarmgeistern" der Reformationszeit. Die erstere Prophezie ist nun bereits arg zu Schanden geworden, die letztere trifft eher zu.

Die neue Gesellschafts-Moral steht als eine unabänderliche Thatsache mitten in unserer Welt und sie hat den Stand der modernen Volkswirthschafts-Lehre wohl oder übel gänzlich verändert. Der Nimbus der Unwidersprechlichkeit ist für die letztere unwiederbringlich verloren. Der Lassallianismus behauptet sich selber als Wissenschaft und immerhin muß die Wissenschaft mit ihm rechnen. So ist es in kurzen zwei Jahren geworden. Jedenfalls beweist dieß überraschende Umsichgreifen, daß die Erhebung der Fahne des „vierten Standes" einem tief gegründeten Bedürfniß und den stillen Gedanken in den Herzen vieler Menschen entsprach. Niemand kann auch heute noch sagen, wie die Bewegung sich auswachsen wird, und ob sie nicht dereinst der Reformation des 16. Jahrhunderts ebenbürtig an die Seite und corrigirend gegenüber treten wird. Vor zwei Jahren hat sich Jedermann gefragt: wer ist Lassalle? Jetzt ist dieser Name in Aller Mund; in den Annalen der modernen Wissenschaft ist er mit unauslöschlichen Zügen eingetragen; Niemand kann ihn ignoriren, Niemand ihm den Ruhm abstreiten, einer der genialsten Köpfe des Jahrhunderts gewesen zu seyn. Dem herrschenden Liberalismus gegenüber wird die Nachwelt vielleicht den Wendepunkt von ihm datiren.

Für die armen Arbeiter aber ist er schon jetzt viel mehr als ein genialer Kopf und Repräsentant deutscher Wissenschaft. Ihre neue Gesellschafts-Moral ist ohne eigentliche Religion,

keinerlei übernatürliche Offenbarung liegt derselben zu Grunde, sondern nur eine natürliche Offenbarung des menschlichen Genies oder der Autonomie des Menschengeistes vom Jahre 1789 und dann wieder vom Jahre 1863. Aber doch — die Uebernatur läßt sich eben nicht ausschließen, am wenigsten bei einer Lehre welche die gesellschaftlichen Zustände der ganzen Welt umgestalten will! Das erfährt jetzt auch der „Allgemeine deutsche Arbeiter-Verein", und darin liegt gerade der Beweis seiner geistigen und gemüthlichen Kraft und Tiefe; denn Herr Schulze mit dem dürren Arithmeticismus seiner Associations-Lehre ist allerdings von keinem Einschleichen der Uebernatur bedroht. Die Männer der wirklichen neuen Gesellschafts-Moral hingegen suchen sich unwillkürlich eine Art Religion als Unterlage zu schaffen. Ich weiß nicht, wie sie das gemacht hätten, wenn Lassalle noch lebte; da er aber am 31. August v. Js. unter mysteriösen Umständen, im Zweikampf um die neue Helena, Fräulein Dönniges, erschossen worden ist, so ist diese wunderliche Fügung ihrem Bedürfniß entgegengekommen. Sie haben einen förmlichen Cult des todten „Meisters" eingeführt; sie feiern ihn in Prosa und in Versen in einer Weise, die abwechselnd an den Heroen-Cult der antiken Welt oder an den Messiasglauben der Juden erinnert.

So eben hat diese Jahresfeier vor den umflorten Bildnissen des Meisters wieder stattgefunden. Die Festbanner trugen bereits da und dort die Aufschrift: „Die Arbeiter sind der Fels auf den die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll." Ihr Messias ist oder war Lassalle. In Augsburg hat der Festredner geradezu gesagt: die Erlösung des Volkes sei einem Manne aus dem Stamme Juda vorbehalten gewesen. In Bremen wies ein Redner darauf hin: daß schon Heinrich Heine in dem 19jährigen Berliner Studiosen den „Messias des Jahrhunderts" erkannt habe. In Hagen erklärte der Redner mit dürren Worten: die große Masse der Menschheit sei nun einmal von Jugend auf so sehr an „Götzendienst" gewöhnt, daß auch die social-demokratische Partei vorläufig

noch eines ähnlichen „Bindemittels“ unabweisbar bedürfe*). Lassalle war bekanntlich ein ebenso reicher als gelehrter Jude; daraus werden Seitenblicke und bereits stereotyp gewordene Vergleichungen geschöpft, deren Anklänge nur allzu verständlich sind. „Er, der doch ein Leben voll Genuß und Zufriedenheit haben konnte, ist von der höchsten Höhe der Zufriedenheit und des Wohlstandes herabgestiegen in das Proletariat“ — es scheint im Grunde, daß er auch gestorben ist für das Proletariat!

„Es tönen die Worte die er ruft, wie aus dem Himmelreich:
Mein Reich zerstöret nimmer der Tod, solange die Erde kreist,
Schon schimmert des Tages Morgenroth, der ein neues Leben verheißt! ...
Doch wenn dereinst die Stunde schlägt, da steigt aus dem Grabe empor
Sein mächtiger Geist und siegend trägt er das freie Banner uns vor“**).

Die „reine Lehre“ Lassalle's hatte auch schon von Ketzereien zu leiden; die böse Zauberin Gräfin Hatzfeld vertritt die Stelle des ehrgeizigen Simon Magus. Aber siegesgewiß singt Hr. Würkert in Leipzig dem großen Propheten zu: „Du lehrest, Du mahnest heraus noch aus der Gruft, und Alles hallt hier wieder, wie Deine Schrift es ruft.“ Die ganze Arbeiter-Welt wird sich um das Banner desjenigen sammeln, der ihr wahrer Messias geworden ist. „Lassalle,“ sagte der Cigarrenmacher Richter in Dresden, „ist herunter gestiegen von der höchsten Höhe der Wissenschaft, er hat unsertwegen Spott, Hohn und Verläumdung ertragen, und sie wollten zaudern, zu Ihrer und Ihrer Kinder Heil unserer Agitation sich anzuschließen?“

„Uns stirbt er nie, der mächtige Titan, . . .
Der uns befreit von Finsterniß und Wahn,
Der Licht gebracht in unserer Zeiten Oede“***).

---

*) Berliner „Socialdemokrat“ vom 10. September 1865.
**) Aus Barmen a. a. O. vom 9. September 1865.
***) Berliner „Socialdemokrat“ vom 7. April, 24. Mai, 2. Sept. 1865.

Noch viele solche Belege stünden uns zu Gebot, um zu beweisen, daß und wie die neue Gesellschafts-Moral Lassalle's in der That mit dem Feuer und der Inbrunst einer neuen religiösen Offenbarung aufgenommen und verbreitet wird, und daß die betreffenden Arbeiter-Vereine schon weniger eine politische Partei als eine populäre Sekte — „die Kirche der Gegenwart," wie sie selber sagen, bilden. Um diese Thatsache weiter auszumalen, würde ihr Organ in Berlin frische Farben im Ueberfluß bieten. Aber ich denke, es ist genug zu dem Zwecke, daß der freundliche Leser sich lebhaft vorstellen könne, wie die comptoirmäßig trockene Gestalt des Schulze'schen Vereinswesens gegenüber dem begeisterten Enthusiasmus des Lassalle'schen Glaubens sich ausnehmen muß.

Man erwäge nur: Herr Schulze gibt vollkommen zu, daß es mit dem Himmel vorüber und das Volk daher um so mehr berechtigt sei die Erde zu reklamiren. Aber das Mittel dazu müßten die armen Arbeiter in sich selber suchen und finden; und zwar indem sie noch mehr Entsagung üben als vorher. Dadurch daß sie die Früchte der gesteigerten Entsagung in gemeinschaftlichen Betrieb setzen, soll dann ein Zustand erreicht werden, in dem das Maß der nöthigen Entsagung allmählig abnimmt. Das ist der Kern der Schulze'schen Lehre vom „Sparen." So wird sie von den Lassallianern in täglich sich erweiternden Kreisen mit ingrimmigem Zorn recitirt, daß man den lächerlichen und unsittlichen Rath an die Arbeiter wage, „zur Verbesserung ihrer Lage zu sparen und sich der Kinderzeugung zu enthalten." Wo nur der Name Schulze's ertönt, da wird ihm sofort der unwiderlegt gebliebene Satz Lassalle's entgegengehalten über das eherne ökonomische Gesetz von Angebot und Nachfrage, in Folge dessen der Arbeiter eine Waare sei und nie mehr als das zum nothdürftigsten Lebensunterhalt nöthige Minimum von Lohn erhalte. Wie soll man da „sparen", d. h. die Schulze'sche Grundbedingung aller socialen Besserung erfüllen?

Mit schneidendem Hohn ist ihm schon mündlich und schriftlich die Frage vorgelegt worden: sich doch einmal näher über das Wie auszusprechen, wie z. B. ein armer schlesischer Weber und Familienvater es machen sollte, um die Verheißung des ersten Kapitels im Schulze'schen Arbeiter-Katechismus an sich in Erfüllung gehen zu lassen: „Du hast Bedürfnisse an deren Befriedigung die Natur deine Existenz geknüpft hat, aber dieselbe Natur hat dir auch Kräfte gegeben die du nur anzuwenden brauchst, um deinen Bedarf zu decken" *)? Auf solche Fragen hat Hr. Schulze noch nie Antwort gegeben.

Er kann darauf keine Antwort geben, er muß sich immer nur im Kreise des Sparens und der Vereinigung kleiner Ersparnisse zu einem mäßigen Capital herumdrehen; denn er will ja den socialen Zustand, den der liberale Oeconomismus geschaffen hat, heilig und intakt bewahren. Keine andere sociale Idee oder Veränderung soll in alle Ewigkeit mehr erlaubt und zuläßig seyn als die von der Manchester-Schule in England aufgestellten Axiome. Darum hat denn auch Hr. Schulze längst aufgehört der Mann der Arbeiter zu seyn. Der bei weitem größte Theil derselben ist ihm und, was dasselbe ist, dem Nationalverein, gänzlich entfremdet; mitunter ist er von bisherigen Anhängern sogar in öffentlichen Versammlungen der Führerschaft entsetzt und in Verruf erklärt worden. So z. B. in Dresden am 14. Juli ds. Js.; selbst die liberalen Blätter konnten den unerwarteten Sieg der Lassallianer hier nicht läugnen. Der Arbeitertag zu Frankfurt, wo sonst die liberalen Oeconomisten zu glänzen pflegten, hatte schon mehrere Monate vorher zu Protokoll erklärt: da die bisherigen Führer der Arbeitertage vom Gepräge eines Schulze-Delitzsch, eines Max Wirth, eines Sonnemann ɩc. nicht das wahre Interesse der Arbeiter vertreten hätten,

---

*) Vgl. z. B. den Brief des schlesischen Webers Florian **Paul** im „Socialdemokrat" vom 26. April 1865, cf. die Nummern vom 28. Mai und 4. August.

sondern mit dem Capital gemeinschaftliche Sache gemacht und mit Lüge umgegangen seien, so seien die Leute dieser Kategorie aller fernern Führerschaft unfähig*).

Die liberalen Oeconomisten haben vor zwei Jahren dem Lassalle'schen Vereine ein vorzeitiges und ruhmloses Ende prophezeit. Es ist nun gerade umgekehrt ergangen; jener Verein hat die Schulze'schen Vereine, insoferne dieselben aus „Arbeitern" bestanden, in sich aufgesaugt. Mit den Arbeitern hat Hr. Schulze nichts mehr zu thun. Er ist nur noch der Mann der Bourgeoisie und ihrer vergebens aufstrebenden Anhängsel, der Meister des kleinen Handwerks und eines Theils ihrer Gesellen, für die er die sociale Frage als ein einfaches Rechnungsexempel betreibt. Gerade der eigentliche Sitz der socialen Krankheit des Jahrhunderts, der Zustand der fabrikmäßigen Arbeiter, ist seiner Behandlung gänzlich entzogen. Die letzteren sind in den Lassalle'schen Vereinen allein repräsentirt, und es gibt eigentlich nur mehr Eine Arbeiter-Partei in Deutschland.

Nach einem gewiß unverdächtigen Zeugnisse der liberalen Presse war das Auftreten Schulze's anfänglich auch der Bourgeoisie keineswegs angenehm. Sie fürchtete, er werde nur Unruhe und Mißstimmung in der Arbeiterwelt anregen mit seinen socialen Experimenten. Erst das Auftreten des schrecklichen Juden in Berlin verschaffte Hrn. Schulze die Sympathie der Bourgeoisie. „Seit er in so schroffem Gegensatze zu Lassalle steht, verehren ihn auch die Kaufleute und Fabrikanten, die noch vor wenigen Jahren nicht viel von ihm wissen wollten." Aber eben deßhalb, so berichtete vor zwei Jahren dieselbe Quelle**), hörten die Fabrikarbeiter und Taglöhner seinen Namen fast immer mit einigem Mißtrauen, weil er ihnen so geflissentlich gepredigt wurde, und weil sie sahen, daß die Fabrikanten und Kaufleute ihn hochhielten.

*) Kreuzzeit[illegible]

**) [illegible]

Dagegen hatte Hr. Schulze damals „einen großen und begeisterten Anhang unter dem Handwerkerstande.“ Vielleicht hat er ihn noch; jedenfalls aber besitzt er daran nur eine im Absterben begriffene Potenz. Denn es ist unzweifelhaft und nicht nur von Lassalle schlagend nachgewiesen, daß das kleine Handwerk sich nicht halten kann, daß es mit jedem Tage mehr verschwinden und in die Fabrikarbeit aufgehen muß, trotz aller Credit-, Rohstoff- und Consumvereine der Schulzianer. Schon aus diesem Grunde kann die Zukunft nicht dem Herrn Schulze gehören; denn er hat nur ein vergehendes Volk hinter sich. Was aber ihm stirbt, das feiert seine Auferstehung im Lassallianismus.

Bereits verräth sich aber auch der innere Verfall der Partei, welcher Hr. Schulze bisher seinen Namen gab. Sie hat in einem wichtigen Punkte kürzlich die Waffen vor dem Geiste Lassalle's gestreckt und den Kampf ohne Ehre aufgegeben. Wenn man diesen fragte, wie er denn seine neue Gesellschaftsmoral zur Durchführung bringen wolle, so antwortete er: „auf dem friedlichsten Wege, wenn die Träger des Gesetzes den gerechten Anforderungen der Zeit entsprechen, oder sonst mit wild wehendem Lockenhaar, mit allen Stürmen einer fluthenden Bewegung.“ Unter dem friedlichen Wege verstand Lassalle die allgemeinen und direkten Wahlen, welche Arbeiter und Arbeiterfreunde in hinreichender Zahl in die Kammern und Parlamente bringen sollten, um eine neue Organisation der Produktions-Verhältnisse durch den Staat, mit andern Worten die Abschaffung des liberalen Oeconomismus gesetzlich herbeizuführen.

Wer nun diesen Zweck nicht wollte, der durfte natürlich um keinen Preis jenes Mittel zugeben. Ohnehin hat der Liberalismus stets das System der beschränkten und indirekten Wahlen als Scheidewand zwischen sich und den Radikalismus gesetzt. Wirklich sahen wir denn auch ein paar Jahre lang die Schulzianer und die gesammte liberale Partei mit der größten Erbitterung gegen die Forderung des allgemeinen

und direkten Wahlrechts ankämpfen. Die Lassallianer waren indeß immer der Meinung, daß die Bourgeoisie sich mit diesem Widerstand einer schreienden Inconsequenz schuldig mache; denn in ihrem Wesen ist dem liberalen Oeconomismus auch das Element des modernen Demokratismus beigemischt. Und siehe da! richtig hat jüngst der Vereinstag der Schulze'schen Vereine zu Stuttgart Jedermann unerwartet beschlossen: es sei als die Pflicht aller Arbeiter zu erklären, das allgemeine und direkte Stimmrecht anzustreben! Und wozu soll dieses Anstreben den „Arbeitern" dienen? Doch wohl nur dazu, um den Staat anders und zu Gunsten der Arbeiter zu construiren. Das und nichts Anderes will aber auch der Lassallianismus!

Das Organ des letzteren hat einem Berliner Blatt, welches seine höchliche Verwunderung über den unerwarteten Beschluß von Stuttgart ausdrückte, geantwortet wie folgt: „Der Publicist wundert sich, wie dieselben Leute die uns in dieser Sache so hartnäckig Widerstand geleistet, jetzt selbst für dieselbe eintreten. Geduld! es werden noch ganz andere Dinge kommen! Wir sind die Treiber, jene die Getriebenen"*)!

Dieser Meinung sind wir auch, und zwar in Bezug auf die gesammte Stellung des modernen Liberalismus; mit jeder seiner Thaten schaufelt er nur an dem eigenen Grab.

---

*) Berliner „Socialdemokrat" vom 8. September 1865.

XXXVIII.

Bücher- und Broschürenschau.

Dieringer. Hettinger. Bosen. Silbernagl-Permaneder. Richter. Pachmann. Reinerding. Baron Schäzler. Becker. Holzwarth. Clarus. Alban Stolz. Reher ꝛc.

Man kann nicht sagen, daß in dem Augenblicke in der katholischen Literatur Deutschlands Ebbe eingetreten sei; mit Recht dürfte man von einer Springfluth sprechen, wie beim Steigen der Meereswogen zur Zeit des Neu- und Vollmondes. Woche für Woche, ja Tag für Tag schicken die fast allzu gütigen Verleger von Ost und West ihre neuesten Publikationen auf unsern Büchertisch, daß er ächzet unter der Last und daß man einen guten Theil der Nacht zu Hülfe nehmen muß, um die Fülle des Stoffes zu bewältigen, die neuesten Werke unserer Schriftsteller genauer durchzusehen, das wirklich Neue, das sie enthalten, zu notiren und die durch mühsame ernste Forschung gewonnenen Resultate sofort in den weitesten Kreisen in Circulation zu bringen. Denn der Recensent soll nicht einem ungezogenen Jungen gleichen, dem es eine Lust ist, auf der blumenreichen Wiese oder im schönen Gartenlande Blumen und Blüthen zu zerknittern; er soll nicht den Schmetterlingen muthwillig die Flügel ausreißen oder deren Farbenschönheit bis zur Unkenntlichkeit entstellen: sein Beruf ist ein hoher, mit Ernst und Gewissenhaftigkeit auszuüben. Er soll kritisiren, sein Urtheil

abgeben, aber er soll nicht Alles bekriteln und vorschnell verurtheilen, eine Unart die leider eben wieder im katholischen Deutschland so weit um sich greift und zu einer allgemeinen Verbitterung zu führen droht. Auf manches Werk ist das Studium von Jahren, oft von Jahrzehnten verwendet worden. Da ist es nicht erlaubt, dasselbe einfach todtzuschlagen, weil man etwa persönlich nicht mit dem Inhalt oder der Richtung einverstanden ist. Wie so manche literarische Unternehmung, die alle Katholiken mit freudiger Nachsicht hätten willkommen heißen sollen, ist durch die voreilige Bekritelung befangener Literaten in ihrem Gedeihen ärgerlich gehemmt worden — auch in der neuesten Zeit!

Wir haben uns vorgenommen, in diesen Blättern unter der Ueberschrift „Bücher- und Broschürenschau" von Zeit zu Zeit gruppenweise wichtigere Erscheinungen des in- und ausländischen Büchermarktes zu besprechen; wir werden katholische und nichtkatholische Autoren berücksichtigen und den Flugschriften eine besondere Aufmerksamkeit widmen. Nicht so fast um die Schriften zu loben und zu tadeln, sie zu empfehlen oder vor deren Ankauf zu warnen, ist es uns dabei zu thun: sondern mehr darum, die Leser mit dem Kern des Inhalts vertraut zu machen und den substantiellen Ideengehalt z. B. der wichtigsten Tagesschriften zum Eigenthum derselben zu erheben.

Eine Besprechung der Flugschriften des „Frankfurter Broschürenvereins" wird demnächst diese Rundschauen eröffnen; denn dieser Verein, der bis heute, Ende August, neun Broschüren in 270,000 Exemplaren in einem Zeitraum von kaum zehn Monaten verbreitet hat, muß als eine der bedeutendsten literarischen Unternehmungen des katholischen Deutschlands anerkannt werden, und es ist Alles aufzubieten, demselben eine noch ungleich größere Ausdehnung zu geben. Es ist auch nicht zu zweifeln, daß, wenn die bisher gemachten Fehler künftig möglichst vermieden werden und die billigen Ansprüche der Abonnenten aus dem Bürger- und Bauernstand Berücksichtigung finden, die Zahl der Abnehmer und Leser der Frankfurter Flugschriften sich noch vermehren wird.

Für heute begnügen wir uns, eine Ueberschau des „Neuesten" aus der katholischen Literatur Deutschlands zu geben, ohne uns aber zu lange bei einzelnen Werken aufzuhalten oder in zu ver-

schiedenartige Gebiete abzuschweifen: gilt es ja doch vorerst, mit dem ausgedehnten Leserkreis dieser Blätter Bekanntschaft zu machen und sich gleichsam denselben zu empfehlen.

Domcapitular Dieringer in Bonn hat bei Kirchheim in Mainz einen „Laienkatechismus über Religion, Offenbarung und Kirche" erscheinen lassen, in welchem er das ganze System des Katholicismus mit erschöpfender Vollständigkeit behandelt und von dem wir nur wünschen, daß ihn nicht allein katholische Laien und Geistliche benützen, sondern daß er auch in Kreisen akatholischer Christen Eingang und Berücksichtigung finde. Denn wir kennen kaum eine einzige Schrift, die mehr geeignet ist, Vorurtheile und irrige Ansichten zu beseitigen oder zu mildern und so dem künftigen großen Friedenswerke vorzuarbeiten als gerade dieser Laien-Katechismus. Es sind nun bald zwanzig Jahre, daß Dieringer in der Biographie des heil. Karl Borromäus ein vortreffliches Volksbuch herausgab und mit dieser Herausgabe zugleich zu dem selbstthätigen Wirken des Borromäusvereins einen passenden und glücklichen Anfang machte; seit Jahr und Tag erfreuen wir uns der Ideenfülle seines kostbaren dreibändigen Epistelbuches, das wir in jeder Beziehung als ein Monumentalwerk unserer Literatur anzuerkennen haben. Doch scheint es, als ob dieser Laienkatechismus berufen sei, noch weitere Verbreitung zu erlangen und größeren Nutzen zu stiften, als die anderen Werke des gelehrten Verfassers.

Auch Hettingers „Apologie des Christenthums", die in diesen Tagen bei Herder in Freiburg in zweiter Auflage erscheint, ist nicht bloß für Geistliche, sondern vorzüglich für die Laien berechnet und hat auch gerade unter den Laien einen weiten Leserkreis gefunden. In gleichem Maße die Schrift von Bosen: „Das Christenthum und die Einsprüche seiner Gegner." Diese drei Werke von Dieringer, Hettinger und Bosen unter den gebildeten Laien noch mehr zu verbreiten und ihre wiederholte Lektüre immer wieder zu empfehlen, soll eine besondere Angelegenheit der Geistlichen seyn; diese Bücher sind gesunde Kost für unsere Männerwelt, der auch „das Buch vom rechten Manne" von Marchal als wohlthuende Ergänzung der drei genannten Schriften nicht energisch genug empfohlen werden kann. Solche Schriften können viel dazu beitragen, daß wir wieder charakterfeste, überzeugungs-

treue Männer erhalten und daß die krasse Unwissenheit in religiösen und kirchlichen Dingen, die unter den Laien leider so allgemein geworden ist, sich in etwas mindert.

Eine willkommene Erscheinung für einen großen Theil des deutschen Klerus ist die von Professor Isidor Silbernagl in München besorgte vierte Auflage des „Kirchenrechtes“ von Permaneder († 10. Oktober 1862). Es sind uns bis heute vier Lieferungen zugekommen, und wird das Werk bis zum Schluß des J. 1865 vollendet seyn. Permaneders Handbuch des gemeingültigen katholischen Kirchenrechtes zählt zu den besten Lehrbüchern welche wir besitzen, neben denen von J. Fr. Schulte, G. Phillips. C. Fr. Roßhirt, J. A. Schöpf, und ist wohl am weitesten verbreitet neben Ferd. Walter's Lehrbuch aller christlichen Confessionen, das bekanntlich in Deutschland dreizehn Auflagen erlebte und im J. 1840 von Roquemont in's Französische, 1846 in's Italienische, 1852 in's Spanische übersetzt wurde. An Permaneder's Handbuch hat besonders die klare und bündige Darstellung den allgemeinsten Beifall gefunden. In der neuen, vierten Auflage sind der Raumersparniß wegen die geschichtliche Darstellung des Verhältnisses der Kirche zum Staate und die Abhandlungen über den Einfluß der Kirche auf das weltliche Recht und auf die Zeitrechnung weggelassen worden. Dagegen wird das Handbuch durch einen Anhang, welcher die neueren Concordate, Circumscriptionsbullen und vorzüglichsten landesherrlichen kirchlichen Verordnungen der deutschen Staaten enthält, praktisch brauchbarer gemacht. Der Entwickelung des Partikularkirchenrechtes in den einzelnen deutschen Staaten wird eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt; Baden und Württemberg sind in der neuen Auflage besonders berücksichtigt.

Gleichzeitig mit der vierten Auflage des Permaneder'schen Handbuches erscheint auch die sechste Auflage des besten aller existirenden protestantischen Lehrbücher des Kirchenrechtes, nämlich das „Lehrbuch des katholischen und evangelischen Kirchenrechtes“ von Aemilius Ludwig Richter († 1864). Professor R. W. Dove in Tübingen besorgt nach dem Tode des Verfassers diese sechste Auflage, von der uns ebenfalls bis heute drei Lieferungen vorliegen. Das Richter'sche Lehrbuch erfreut sich bei Katholiken und Protestanten eines großen Ansehens und leistet beim Privatstudium

die besten Dienste. In den Anmerkungen ist ein sehr reicher wissenschaftlicher Apparat verwerthet. In den letzten Wochen erschien auch der Schlußband des Lehrbuches von Theodor Pachmann in Wien, dessen Kirchenrecht in Oesterreich stark verbreitet ist. Die erste Auflage dieses „Lehrbuches des Kirchenrechtes" erschien 1849, die zweite 1853, die dritte 1863, von der wir eben den zweiten Band erhielten. Die dritte Auflage ist gänzlich umgearbeitet. Alle auf die kirchlichen Verhältnisse Bezug nehmenden österreichischen Gesetze und Verordnungen sind ausführlich untergebracht und der reiche Stoff klar disponirt. Der vorliegende Band handelt von den Kirchenämtern, vom kirchlichen Patronat, von der Bildung des Klerus, von den hierarchischen Versammlungen und von der Verwaltung des Kirchlich-Spirituellen. Der Verfasser hat eine besondere Vorliebe dafür, da und dort dem österreichischen Episcopat ziemlich deutliche Winke zu geben.

Wenn nur die Lehrbücher des Kirchenrechtes auch vom deutschen Klerus recht fleißig zur Hand genommen und gründlich studiert werden! Denn „betrachten wir die Constellation und die Bedürfnisse der Neuzeit, so wird kein Unbefangener verkennen, daß in der Gegenwart dem Studium des Kirchenrechtes eine erhöhte Wichtigkeit beizulegen sei" *). Und mit Recht bemerkt Phillips**), daß in unseren Zeiten manche an sich schwierige Verhältnisse doch nicht so verwickelt und verwirrt worden wären, wenn nicht bei Theologen und Juristen die Kenntniß des kanonischen Rechtes so gut wie völlig abhanden gekommen gewesen wäre. Durch das gründliche Studium der wahren kirchlichen Rechtsbegriffe, durch genaue Kenntniß des kanonischen Rechtes gewinnt der Theologe den Standpunkt, den er einnehmen muß gegenüber den so entgegengesetzten Strömungen der Zeit, gegenüber den freimaurerischen Fortschrittlern und den Agitatoren in den Kammern; das kanonische Recht weist ihm die richtige Fährte durch das Labyrinth der verwirrten Rechtsbegriffe und der verworrenen Tagesmeinungen. „Dieses Studium des kanonischen Rechtes, sagt das rührige Bamberger Pastoralblatt a. a. O.,

*) Bamberger Pastoralblatt, 10. Mai 1865. Nr. 13.
**) Kirchenrecht I. 27.

wird den unparteiischen Juristen wie den Theologen befähigen, einerseits getreu und unverbrüchlich an den kirchlichen Principien festzuhalten, andererseits aber auch den Grundsätzen des modernen Staatsrechtes die nöthige Rechnung zu tragen, mit Einem Worte, die die concordia inter sacerdotium et imperium anbahnende und fördernde goldene Mitte zu treffen zwischen zwei Extremen, die über kurz oder lang immer wieder eine Reaktion hervorrufen würden." Wir fügen hier noch bei, daß auch bei der Versammlung der Abgeordneten der „evangelischen Kirchenbehörden Deutschlands", die am 15. und 16. Juni d. Js. in Eisenach abgehalten wurde, der Beschluß gefaßt wurde, künftighin bei den Candidaten der (protestantischen) Theologie nicht bloß auf eine tüchtige klassische und philosophische Bildung zu dringen, sondern vor allen auch genaue Kenntnisse in der Pädagogik und im Kirchenrecht zu verlangen. Soll der katholische Klerus an Wissenschaftlichkeit hinter der protestantischen Geistlichkeit zurückstehen? Nimmermehr.

Die zwei hervorragendsten Professoren der theologischen Fakultät in Tübingen, Herr von Kuhn und Herr von Hefele, haben in den letzten Wochen starke Angriffe erfahren. Baron Constantin von Schäzler, Docent zu Freiburg im Breisgau, bietet uns unter dem Titel „Natur und Uebernatur" auf 440 Seiten eine Kritik der Kuhn'schen Theologie, indem er das Dogma von der Gnade und die theologische Frage der Gegenwart behandelt. Professor Dr. Reinerding in Fulda tritt in seinen „Beiträgen zur Honorius- und Liberiusfrage" gegen Einzelnheiten in der Conciliengeschichte von Hefele auf, indem er gegen Hefele beweist, daß Papst Honorius in seinem Schlusse von der Einheit der Person Christi auf die Einheit des Willens nicht monotheletisch, sondern katholisch argumentirt habe; ferner ausführt, daß der heil. Papst Liberius 358 auf einer sirmischen Synode eine semiarianische Formel nicht unterschrieben und die Kirchengemeinschaft mit Athanasius nicht abgebrochen habe. Reinerding rechtfertigt den Papst vollkommen. Seine Streitschrift umfaßt 72 Seiten. Er wurde provocirt durch Recensionen seiner Theologia fundamentalis in der „Allg. Lit. Zeit.", im „Archiv" und im „Lit. Handweiser", und kam durch ein gründliches Studium besonders der Liberiusfrage in die unangenehme Lage, gegen den bedeutenden Kirchen-

historiker in Tübingen angreifend auftreten zu müssen. „Das ist, wie Reinerding S. 19 selbst sagt, sehr geeignet, mich als einen Störefried erscheinen zu lassen." „Findet der Leser, heißt es S. 71 und 72, daß ich in Aufdeckung der Schwächen (Hefele's) schonungslos und kleinlich gewesen bin, so hat das theils in der Natur der Sache, theils in den Zeitverhältnissen seinen Grund." „Wenn wir die Sache, um die es sich handelt betrachten, so trete ich als Anwalt eines von Herrn von Hefele angeklagten Papstes auf, dessen Andenken uns das ganze Alterthum als das eines Heiligen, ja eines großen Heiligen überliefert hat, und das mag allein genügen, um das Odium, mit dem der angreifende Theil zu kämpfen hat, von mir abzuwälzen" (S. 19).

Wir kennen die Reinheit der Absichten Reinerdings; seine eingehende Forschung und Beweisführung hat uns auch überzeugt. Gleichwohl hegen wir den aufrichtigen Wunsch, es möge in unserer Literatur von solcher Polemik möglichst wenig erscheinen. Reinerding hat nichts gegen die Person des hochverehrten Herrn von Hefele, er wiederholt diese Betheurung an mancher Stelle: er will auch nicht einen Angriff gemacht haben gegen dessen großes Conciliënwerk, welches eine Zierde der deutschen Literatur ist und bleibt; er hat nur in dieser Frage des Honorius und Liberius den Irrthum nachweisen zu müssen geglaubt.

Ganz einverstanden erklären wir uns aber mit Reinerding, wenn er am Schlusse seiner Streitschrift gegen die Citatenritter eine Lanze bricht. „Gegen die Sitte, mit unnützen und falschen Citaten zu beweisen und mit falscher Belesenheit zu imponiren, habe ich seit langer Zeit Vieles auf dem Herzen. Die Citate haben nur zu oft gar kein Studium gekostet; denn nur zu oft enthalten sie, je zahlreicher sie sind, desto weniger das, was man erwartet. Ein solcher Unfug ist im Interesse unserer Wissenschaft nicht zu dulden; es gibt aber, um ihm zu steuern, kein anderes Mittel, als daß man ihn bei jeder Gelegenheit aufdeckt. Wenn Jemand sich aus den Citaten ein eigenes Studium machte und das Ergebniß seiner Forschungen mittheilte, so würden, fürchte ich, interessante Dinge zu Tage kommen, der Citatentext in unsern Büchern würde bald ein anderer werden und die Wissenschaft, namentlich die historische, würde dabei viel gewinnen" (S. 72).

.Die Schrift des Dr. Constantin von Schäzler wird besonders im Schwaben, zunächst unter dem Klerus der Diöcese Rottenburg, großes Aufsehen machen, aber auch sonst in allen theologischen Kreisen ihre Leser finden. Herr von Kuhn, der nun seit dreißig Jahren als Schriftsteller und als Lehrer wirkt, übt einen unverkennbaren Einfluß auf die Anschauungen eines nicht geringen Bruchtheils des deutschen Klerus. Denn die Schriften des berühmten Dogmatikers von Tübingen, sagt von Schäzler, haben gerade für junge strebsame Geister eine fast unwiderstehliche Anziehungskraft, durch die lebendige Frische der Darstellung, die feine scharfsinnige Dialektik und das rüstige Bestreben des hochbegabten Mannes, auch den tiefsten Fragen auf den Grund zu gehen.

Constantin von Schäzler war selbst eine Zeit lang von dem Einflusse des Herrn von Kuhn beherrscht. „Doch bei fortschreitender Bekanntschaft mit unserer klassischen Theologie mußte ich die Ueberzeugung gewinnen, daß zwischen ihren Lehren und den Aufstellungen Kuhn's gerade in den wichtigsten Punkten, z. B. in der Lehre vom Uebernatürlichen ein tiefer Zwiespalt bestehe." Kuhn eröffnete vor Jahren eine sehr heftige Polemik gegen die Lehre, daß die Philosophie mit Rücksicht auf die übernatürliche Offenbarung zu betreiben sei; er erhob Widerspruch gegen die Christianisirung der Wissenschaft. Die Leser dieser Blätter wissen, wie Constantin von Schäzler gegen Herrn von Kuhn gerade in diesen „Histor.-polit. Blättern" aufgetreten ist und daß der Tübinger Professor in zwei Flugschriften und in einem längeren Artikel in der Tübinger Quartalschrift den Freiburger Privatdocenten bekämpfte. Herr von Schäzler mußte viele Bitterkeiten hinnehmen; sein Standpunkt wurde von Herrn von Kuhn als häretisch bezeichnet. Nun kommt Herr von Schäzler mit seiner Antwort auf die drei Kundgebungen des Herrn von Kuhn, unterwirft in einem starken Buche mit dem bezeichnenden Titel „Natur und Uebernatur" die Lehre Kuhn's einer gründlichen Revision und liefert den einfachen Beweis, daß die von Kuhn als häretisch verworfene Anschauung die ausdrückliche Lehre der kirchlichen Theologen und nach ihrem Urtheil ein Postulat des Dogma sei.

Die Schrift des Herrn Constantin von Schäzler zerfällt in zwei Abhandlungen und zwölf Kapitel. Wir können, um mit

dieser ersten Ueberschau an's Ziel zu kommen, nicht einmal den Inhalt angeben, kommen aber auf die Schrift zurück, wenn wir die Gruppe der „Streitschriften" näher charakterisiren, deren Zahl, besonders unter den katholischen Theologen, in der jüngsten Zeit Legion zu werden droht. Denn bald kann man fragen: wo ist noch eine Fakultät oder Lehranstalt, die nicht in Fehde mit irgend einer andern lebt? Allerdings entwickelt der Geist sich am kräftigsten in Kämpfen; aber viele Kräfte arbeiten sich auch unnützer Weise ab bei diesen ewigen Streitereien und manche nützliche Publikation wird dadurch erstickt.

„Die Kirche und die Naturforschung" betitelt sich ein schön ausgestattetes und noch schöner geschriebenes Büchlein von 108 Seiten, das jeder, der es zur Hand nimmt, nicht mehr weggibt, bis er es gelesen hat; der Verfasser, Geistl. Rath und Consistorialdirektor Dr. Dietrich Becker in Speyer, gehört zu den eleganten Schriftstellern, welche auf Reinheit der Sprache, auf Anmuth und Vollkommenheit in der Form gewissenhafte Sorge verwenden. Zu diesen eleganten Schriftstellern rechnen wir u. A. auch den Domcapitular Dr. Molitor von Speyer, dem Becker sein Schriftchen gewidmet hat, und Herrn Professor Haffner in Mainz, dessen „Deutsche Aufklärung" und „Moderner Materialismus" Perlen unserer Literatur sind. Herr Becker betont es nachdrucksam, daß die Naturwissenschaft von der Kirche nie in ihrem Rechte beschränkt worden sei. Das ganze Streben der Kirche ging vielmehr immer darauf aus, dem Menschen auch in der Schöpfung den Finger Gottes zu zeigen. Je lichtvoller und verständiger dieses geschieht, desto mehr wird damit den Absichten der Kirche gedient. Jede neue höhere Stufe, welche die Naturforschung erklimmt, ist auch eine neue Sprosse an der Leiter, die uns zur vollkommeneren Erkenntniß und zur größeren Verehrung Gottes führt. Herr Becker weist die Naturwissenschaft in ihre naturgemäßen Grenzen zurück und zeigt, welche Fragen jenseits der Grenze der Naturwissenschaft liegen. Besonders trefflich entwickelt der Verfasser das Verhältniß zwischen Naturwissenschaft, Philosophie und Offenbarung. Die zwei letzten Abschnitte behandeln die „Resultate der Naturwissenschaft und Philosophie vor dem Richterstuhle des kirchlichen Dogma's und die Resultate des Dogma's in ihrer Autorität für die Natur-

wissenschaft und Philosophie", sowie die „Resultate der Naturwissenschaft und ihr Verhältniß zur kirchlichen Offenbarungswahrheit im Besonderen." „Die ungenügendsten und lächerlichsten Hypothesen der Psychologie, Chemie und Geologie mußten so lange als Sturmböcke gegen die Wahrheiten von der Unsterblichkeit der Seele, von der Schöpfung der Welt und von dem Daseyn Gottes herhalten, bis deren Hohlheit und Unwahrheit erkannt wurde und man sie von selbst wieder aufgab, und zwar gerade nach der Seite hin aufgab, nach welcher sie den Widerspruch mit dem Glauben in sich getragen hatten . . . Wir würden einen ebenso unterhaltenden als belehrenden Beitrag zur Geschichte der christlichen Apologetik erhalten, wenn sich Jemand die Mühe geben wollte, die einzelnen Streitigkeiten, welche die Naturforschung bisher mit dem Glauben hatte, einfach so zu erzählen, daß dabei klar würde, wer den Streit angefangen habe, auf welche Mißverständnisse sich derselbe anfänglich immer gestützt und wie er mit der ruhiger und klarer werdenden Wissenschaft immer wieder von selbst aufgehört habe" (S. 94). Das treffliche Schriftchen von Dr. Becker erschien in derselben Verlagshandlung (Kirchheim), welche einige Wochen früher das umfangreiche und kostspielige Werk von P. Bosizio: „Das Hexaemeron und die Geologie" ausgegeben hat.

In derselben Zeit, als uns noch das Buch von W. Maurenbrecher: „Karl V. und die deutschen Protestanten 1545—1555" beschäftigte und die Thaten und die Politik des mächtigen Weltherrschers in der Darstellung eines Adepten aus der Schule der Tendenzhistoriker vorübergeführt wurden, kam uns aus der Hurter'schen Verlagshandlung in Schaffhausen ein Geschichtswerk zu, welches sich vorzüglich mit Karls V. Sohn König Philipp II. von Spanien beschäftigt: „Der Abfall der Niederlande von F. J. Holzwarth. Erster Band. Genesis der Revolution 1559 — 1566". Es gewährt in der That viel Interesse, beide Werke, das von Holzwarth und jenes von Maurenbrecher, hintereinander zu lesen. Maurenbrecher hat ausgiebige Quellenstudien in Spanien gemacht und gedenkt die historische Literatur Deutschlands mit einer Geschichte Philipps II. zu bereichern, der wir nicht ohne Interesse entgegensehen. Auch Holzwarth hat die Quellen über den Abfall der Niederlande, die nun durch die außerordentlichen An-

strengungen der letzten Jahrzehnte offen zu Tage liegen, in einem Umfange und in einer Vollständigkeit benutzt, wie das weder Herrn Leo noch dem edlen Baron Gerlache möglich gewesen. Holzwarth beklagt es, daß der belgische Geschichtschreiber Theodor Juste in seiner zweibändigen Revolutionsgeschichte der Niederlande (1855 u. 1863) sich weder von nationaler Einseitigkeit noch von religiöser Befangenheit frei zu erhalten wußte. In der Schrift von Mathias Koch: „Untersuchungen über die Empörung und den Abfall der Niederlande von Spanien“ (1860) findet unser Autor „überreizte Ausführungen“. Vor allem aber beabsichtigt Holzwarth eine Berichtigung des dreibändigen Werkes von John Lothrop Motley, das auch ins Deutsche übersetzt wurde: „Der Abfall der Niederlande und die Entstehung des holländischen Freistaates.“ (Dresden 1857, 1858 und 1860.) Dieses Motley'sche Werk, dessen glänzende Eigenschaften in der vollständigen Beherrschung des Stoffes, in der vollendeten Kunst der Gruppirung und in der mit allen Künsten einer blendenden Rhetorik gesättigten Darstellung liegen, hat in England, in den Niederlanden und in Deutschland solche Eindrücke hinterlassen, daß man fast sagen kann, die öffentliche Meinung sei von ihm beherrscht. Und doch ist die Grundanschauung Motley's eine durchaus willkürliche, der Wahrheit nicht entsprechende und Holzwarth nennt diese Geschichte ein Phantasiegebilde.

In dem Buche Holzwarth's anerkennen wir eine ausgiebige gewissenhafte Quellenbenützung, die oft glückliche Gruppirung der Thatsachen, die Kunst der Charakteristik und ein Streben nach lebendiger, malerischer Darstellung. Doch finden wir die Darstellung mitunter zu dramatisch und unruhig gekünstelt. Es ist nicht der historische Styl, der den Meister der Geschichtsdarstellung charakterisirt. Der erste Band behandelt noch den fürchterlichen Bildersturm und geht bis zu dem Zeitpunkt, da der Herzog Alba einrückt, um in den Niederlanden Gericht zu halten. Die Grundgedanken des Holzwarth'schen Werkes sind, daß die Empörung und der Abfall der Niederlande nicht ein Werk des Volkes, sondern ein Werk der Aristokraten gewesen; es war ein Kampf des Königs mit den unzufriedenen Vasallen, von den Kreisen des hohen Adels begonnen und fortgeführt. In dem niederländischen Volke lag ursprünglich

weder eine Unzufriedenheit gegen die spanische Herrschaft noch das Streben nach nationaler Unabhängigkeit. Erst mit dem Auftreten Alba's ist die Nation in den Kampf um die Unabhängigkeit eingetreten, vielmehr durch dieses Auftreten in denselben hineingezogen worden. Holzwarth schließt alle Deutungen, Vermuthungen und Combinationen von seiner Darstellung aus. „Ich bescheide mich damit, die Thatsache der Entfremdung zwischen Souverain und Vasallen einfach zu constatiren und die Darstellung ihrer Ursachen nur bis zu jenen Grenzen zu verfolgen, bis zu welchen die historischen Beweismittel sie begleiten. Hierin liegt die Berechtigung meines Buches." (S. XVI.)

Der unermüdliche Ludwig Clarus von Erfurt, wohl gegenwärtig der bändereichste Schriftsteller in Deutschland, hat neulich wieder zwei Werke in den Druck gegeben, die Biographie des hl. Ignatius von Loyola und des hl. Franz von Xavier. Es sind Uebersetzungen nach den Originalien des M. S. Daurignac der, wie bekannt ist, mit diesen beiden Lebensbildern und mit der Geschichte der heiligen Franziska von Chantal den etwas gefährlichen Versuch gemacht hat, in der Darstellung des Historischen die Form des Romans zu wählen, um so den Geschmack der Leser am Dramatischen und Wunderbaren zu befriedigen. Der Bischof von Arras stellte dem Verfasser mit aller Offenheit das Zeugniß aus, daß der Versuch ihm auch gelungen sei; und daß die Biographien „den Reiz der frivolen Bücher, den die Welt sucht, besitzen, zugleich aber auch die ganze Tüchtigkeit derjenigen Werke, in denen fromme Leute für ihre Seele gute Nahrung finden." Wir haben von den drei genannten Biographien die „Geschichte des hl. Ignaz von Loyola", die bei Hamacher in Frankfurt in der Uebersetzung von Clarus erschien, nicht durchgeblättert, sondern durchgelesen und schließen uns demnach in unserm Urtheil gerne an das des Bischofs von Arras an. Für die Jugend in den Anstalten und Instituten, für die Frauen, für das Volk überhaupt hat diese Form gewiß mannigfaltige Vorzüge. Doch können wir diesen importirten Werken jene Meisterschaft nicht zuerkennen, wie dem unübertrefflichen Buche: „Die heilige Elisabeth, ein Buch für Christen" von unserm Alban Stolz; unstreitig das Beste was Stolz geschrieben hat, ein Buch, dem wir bei Hoch und Nieder, bei der

[illegible]

[illegible] Gebet- und Gesangbuch für die Diöcese Mainz“ (S. 720), welchem das Juli-Heft des „Katholik“ einen Artikel von beinahe 40 Seiten widmet. Die erste Auflage ist vergriffen, von der zweiten ist der größte Theil schon vorausbestellt. Die Einrichtung dieses Gebet- und Gesangbuches ist mustergültig auch für andere Diöcesen: es vereinigt die Unterweisungen und Lehrstücke, die Gebete, Gesänge und Lieder in einer größeren Vollständigkeit und Gleichmäßigkeit als in einem uns bekannt gewordenen Andachtsbuche bisher der Fall gewesen. Es ist ein Gebetbuch und nicht bloß ein Liederbuch. Die Kirche aber ist ein Bethaus in dem nicht bloß gesungen, sondern viel mehr und vor Allem gebetet werden soll. In den rheinischen Diöcesen aber ist das sog. Gesangbuch das einzige Gebet- und

Erbauungsbuch, das allein den Kirchengänger begleitet; von der unendlichen Mehrzahl wird an Sonn- und Feiertagen nie ein anderes Buch mit zur Kirche genommen. Wie in der Kirche so wird auch zu Hause gebetet. „Daher ist das Gesangbuch auf den religiösen Sinn und das religiöse Leben des Volkes vom entschiedensten Einfluß: mit keinem andern Buche werden die Gläubigen im Durchschnitt so vertraut, keines werden sie so vielfach auch außerhalb des öffentlichen Gottesdienstes benützen, keines wird so tief in Herz und Leben übergehen." Aus diesen Gründen ist die Herstellung eines alle Ansprüche befriedigenden Gesangbuches für eine Diöcese von der größten Wichtigkeit. Ein solches aber ist das Mainzer Gesangbuch, dessen erster Theil vorzüglich zum Privatgebrauch, der zweite vorzüglich für den öffentlichen Gottesdienst bestimmt ist.

Schließlich verweisen wir die Leser noch auf die bei Manz erscheinende „Allgemeine Realencyklopädie" oder das neueste „Conversationslexikon für alle Stände", das in zwölf Bänden (144 Heften) erscheinen wird und dessen erste Lieferungen unsern Erwartungen durchweg entsprochen haben. Die vollkommenste aller bisherigen Encyklopädien, nämlich Pierer's Universallexicon, scheint als Muster zu dienen und wird nicht bloß glücklich nachgeahmt sondern mehrfach übertroffen. Möge durch das Zusammenwirken vieler Kräfte dieses große Unternehmen zu einem guten Ende geführt werden.

Zur Nachricht an meine Freunde und Bekannten.

Aus Rücksicht auf meine durch das specifische Klima meines bisherigen Aufenthaltsortes angegriffene Gesundheit und in Folge eines Dem entsprechenden längern Amtsurlaubs hat der Unterzeichnete seinen Wohnsitz vorerst wieder hier in München genommen.

München den 29. September 1865.

Jos. Edmund Jörg.

XXXIX.

Erzherzog Maximilian, Hoch- und Deutschmeister.

In einer Zeit, welche verhältnißmäßig so arm ist an vollkommenen und großartigen Charakteren wie die unserige, ist eine Erscheinung wie der vor zwei Jahren in seinem Schlosse zu Ebenzweier im 81. Lebensjahre verstorbene Erzherzog Maximilian von Oesterreich-Este ein leuchtendes Gestirn, welches in die Finsternisse einer glaubenslosen Zeit mit mildem Glanze hinein leuchtet, und durch die Erhabenheit seiner Tugenden über den Anblick so vieler Frevel zu trösten vermag, mit welchen man in unseren Tagen göttliche und menschliche Gesetze unter die Füße tritt.

Erzherzog Maximilian-Este, der Hoch- und Deutschmeister, ist kein Held der Profangeschichte; er hat die Welt nicht mit dem Geräusche gewaltiger Kriegsthaten, noch mit dem Ruhm überraschender diplomatischer Erfolge erfüllt; nichtsdestoweniger wird er einen dauernden Platz in der Welt- und Kirchen-Geschichte, in der Geschichte des berühmten Ritterordens, dessen geweihtes Oberhaupt er war, und in der Geschichte Oesterreichs behaupten, und wer weiß ob ihm die Kirche nicht dereinst, wie seiner Nichte der Königin Christine von Neapel, einen Platz auf ihren Altären zuerkennt?

Das Leben dieses hochgestellten Fürsten war namentlich in der letzten Periode in der That das Leben eines Heiligen. Er übte alle christlichen Tugenden in ausgezeichneter Weise. Davon gibt die Schilderung seines Lebens Zeugniß, welche kürzlich als Manuscript gedruckt in Wien erschienen und uns durch befreundete Hand mitgetheilt worden ist. Obwohl das Werk nicht im Buchhandel erschienen ist und auch voraussichtlich in der nächsten Zeit nicht in eine größere Oeffentlichkeit dringen soll, glauben wir uns doch keiner Indiskretion schuldig zu machen, wenn wir im Nachstehenden ein gedrängtes Bild von dem reichen Leben des erhabenen Fürsten an der Hand des eben erwähnten Werkes*) zu geben versuchen. Dasselbe schildert in zwanglosen Abschnitten und in einfacher schlichter Darstellung, die aber am passenden Orte des Schwunges keineswegs entbehrt und nicht selten durch die edle Einfachheit und die milde Salbung ihrer Sprache tief in's Herz eindringt, das Leben des frommen Helden und schöpft dabei größtentheils aus ganz authentischer Quelle, nämlich aus den Briefen des hohen Verstorbenen selbst. Nicht wenige Züge aus dem Leben des Erzherzogs vermochte der Verfasser auch aus eigener, in einem 25jährigen Umgang mit dem erlauchten Verstorbenen gesammelten Erfahrung mitzutheilen.

Die Biographie bildet einen stattlichen Band von 539 Seiten in Großfolio in glänzender Ausstattung, welche der Druckerei des Herrn Ludwig Mayer in Wien alle Ehre macht. Sie ist der Erzherzogin Maria Theresia von Oesterreich-Este, Gräfin Chambord, der Nichte und Testamentsvollstreckerin des hohen Verstorbenen gewidmet, und mit dem Porträt desselben geschmückt. Es war eine der Eigenthümlichkeiten des sel. Erzherzogs, daß er sich durchaus nicht wollte porträtiren lassen. Ein einziges Mal gelang es, ihn für einen

---

*) Maximilian Erzherzog von Oesterreich-Este, Hoch- und Deutschmeister. Ein Lebensbild von Joh. Nep. Stöger. P. d. G. J.

Augenblick von seinem Entschlusse abzubringen. Der Infant Johann von Spanien, Gemahl der Erzherzogin Beatrix, welcher sich zu seinem Vergnügen mit Photographie beschäftigte, überredete ihn nämlich, als er sich zu Venedig im Familienkreise befand, sich von ihm photographiren zu lassen. Nach dieser Photographie wurde der Stahlstich verfertigt, welcher den Titel des von P. Stöger verfaßten Lebensbildes ziert.

Ein besonderer Vorzug dieses Lebensbildes ist die ruhige Objektivität, mit welcher der Verfasser seinen Gegenstand behandelt. Aus den einzelnen Abschnitten des Buches tritt uns das Bild seines Helden, nicht in Weihrauchwolken eingehüllt, sondern klar, bestimmt und deutlich ausgeprägt in seiner ganzen edlen und einfachen Größe, in seiner hinreißenden Liebenswürdigkeit, in seiner Originalität entgegen; und auch die kleinen Schwächen, von denen selbst die heiligsten Männer vermöge der Gebrechlichkeit unserer Natur nicht ganz frei bleiben, müssen zur Vollendung des Bildes dienen.

Folgen wir nun dem Verfasser in seiner Darstellung des Lebens und Wirkens des erhabenen Fürsten. Man wird aus derselben klar erkennen, daß Maximilian, wie der Verfasser im Vorwort so schön und wahr bemerkt, groß war auch im Kleinen, arm auch im Reichthume, demüthig in hohen Ehren, gesammelt in der Thätigkeit, thätig in der Einsamkeit; daß seine Gedanken originell, sein Geist erfinderisch, sein Fleiß unermüdlich war; daß die Liebe zur katholischen Kirche und ihrem sichtbaren Oberhaupte sein ganzes Herz erfüllte; daß die Liebe zu Oesterreich, das berufen ist zum Schutze der Kirche, des Rechtes und der geselligen Ordnung, ihn veranlaßte Kriegsstudien bis an's Ende seines Lebens zu betreiben; daß die Liebe zu seinem Orden ihn bewog die größten Opfer zu bringen, die Hospitaliterinen wieder in's Leben zu rufen, und Alles zu thun, um den Orden wieder auf die Höhe seines Berufes zu erheben; daß die Liebe zu den unsterblichen Menschenseelen ihn zu dem Entschlusse brachte, Klöster zu

stiften um apostolische Arbeiter für den Weinberg des Herrn zu bilden; daß die Liebe zur Jugend, als der Hoffnung der Zukunft, ihn drängte Schulen zu errichten und für die Erziehung der Kinder zu sorgen; daß die Liebe zu den Armen ihn bestimmte, Millionen zu vertheilen und alle Werke der Barmherzigkeit zu üben; daß die Liebe zu den Kranken und Leidenden ihn antrieb Spitäler zu bauen und bis zur Verschwendung freigebig zu seyn; daß endlich die Liebe zu Jesus und Maria ihn begeisterte, immerdar selbst nach Heiligkeit und christlicher Vollkommenheit zu streben und Andern es möglich zu machen, auf diesem Wege zum Himmelreich zu gelangen.

Maximilian Joseph von Oesterreich-Este, Erzherzog von Oesterreich, königl. Prinz von Ungarn und Böhmen, ist am 14. Juni 1782 als dritter Sohn des Erzherzogs Ferdinand (jüngsten Sohnes der großen Kaiserin Maria Theresia) und der Herzogin Maria Beatrix von Este, zu Mailand geboren. Sein ältester Bruder Franz starb als Herzog von Modena; seine Schwester Maria Theresia vermählte sich mit dem König Emanuel I. von Sardinien; seine Schwester Maria Leopoldina mit dem Kurfürsten von Bayern; die Erzherzogin Maria Ludovika mit dem Kaiser Franz I. von Oesterreich, und sein jüngster Bruder Erzherzog Carl Ambros starb als Primas von Ungarn und Erzbischof von Gran. Unter der Aufsicht seiner erlauchten Eltern erhielt der Erzherzog Maximilian mit seinen Brüdern seine religiöse und wissenschaftliche Bildung von dem Ex-Jesuiten P. Andreas Draghetti. Seine ersten Lebensjahre brachte er theils in Mailand, theils in dem herrlichen von seinem Vater erbauten Schlosse in Monza zu. Als im J. 1796 Napoleon seinen siegreichen italienischen Feldzug unternahm, sah sich Erzherzog Ferdinand, Civilgouverneur der Lombardie, genöthigt mit seiner ganzen Familie auszuwandern und nahm schließlich seinen bleibenden Aufenthalt in Wiener Neustadt, um die jungen Erzherzoge an der dortigen großen Militärakademie in der Kriegswissenschaft ausbilden zu lassen. Erzherzog Maximilian war damals 14 Jahre alt.

Die religiöse und wissenschaftliche Erziehung der jungen Erzherzoge war eine in jeder Beziehung vollendete und Erzherzog Maximilian war am Ende seiner Gymnasial-Studien in den alten und neuen Sprachen, in der Rhetorik und Poesie, in der alten und neuen Geschichte, in der Numismatik, in der Logik, Metaphysik, Physik, Chemie, Botanik, ganz vorzüglich aber in der Mathematik und Mechanik, für welche er von jeher eine besondere Vorliebe hatte, bestens unterrichtet. Ein inniges Freundschaftsband vereinigte den Erzherzog Maximilian mit seinen Brüdern Franz und Ferdinand. Der Letztere schied zuerst aus dem häuslichen Kreise, weil Erzherzog Carl als Befehlshaber ihn in sein Hauptquartier berief, wo er sich durch Tapferkeit, Muth und kriegerische Talente so auszeichnete, daß er kaum 21 Jahre alt vom Kaiser Franz zum Feldmarschall-Lieutenant ernannt und mit dem Ritterkreuze des Theresienordens geschmückt wurde. Dabei war er ein wahrhaft christlicher Soldat. „Vor jedem Treffen", schrieb er an seine Mutter, „mache ich einen Akt der Reue; der Erzherzog Carl hatte mich gleich Anfangs darauf aufmerksam gemacht dieß nicht zu unterlassen." Erzherzog Maximilian setzte inzwischen seine Studien in Neustadt fort, legte Prüfungen aus dem Natur- und Civilrechte ab, und machte namentlich große Fortschritte in den Kriegswissenschaften. Durch den Frieden von Campo-Formio verlor das Haus Este seine Staaten, und die bedeutende Schmälerung des erzherzoglichen Vermögens, welche die traurigen Zeitverhältnisse in ihrem Gefolge hatten, nahm einen entscheidenden Einfluß auf den künftigen Lebensberuf des jungen Erzherzogs Maximilian. Es war nämlich der Wunsch seines Oheims, Erzherzog Maximilian Franz, Kurfürst zu Köln und zugleich Hochmeister des deutschen Ritterordens, daß er in diesen Orden eintreten solle, und sein Vater unterstützte diesen Wunsch des Oheims durch die Vorstellung, daß er als drittgeborner Sohn aus dem bedeutend geschmälerten väterlichen Vermögen keine zu einer standesmäßigen Ehe hinreichende Rente würde

beziehen können. Der 18jährige Erzherzog fühlte wohl das Gewicht der Opfer, welche ein solcher Schritt ihm auferlegen würde, aber er betrachtete, nachdem er die Sache reiflich mit Gott überlegt hatte, den Wunsch seines Vaters, dem auch seine Mutter beistimmte, als Fingerzeig des göttlichen Willens und trat in das Noviziat des deutschen Ordens, welches er in Neustadt vollendete.

Kaum war die Hälfte des Prüfungsjahres vorüber, so starb der Hoch- und Deutschmeister Erzherzog Maximilian Franz und setzte den jungen Ordensnovizen, seinen Neffen, zum Universal-Erben seines großen Vermögens ein. Erzherzog Maximilian wurde dadurch eines der reichsten Mitglieder der Estensischen Familie. Daß er trotz der Verlockungen eines so großen Reichthums dem einmal gewählten Berufe treu blieb und die Ordensgelübde der Armuth, der Keuschheit und des Gehorsams ablegte, darf man wohl als die erste Stufe der hohen christlichen Vollkommenheit betrachten, zu welcher er sich zu Ende seines langen und reichen Lebens emporschwang. Am 1. März 1804 wurde er in der deutschen Ordenskirche zu Wien zum Ordensritter geschlagen und bald darauf von dem neuen Hoch- und Deutschmeister, Erzherzog Carl, zum Coadjutor der Ballei Franken ernannt. Am 8. August 1805 wohnte er bereits als Groß-Comthur der feierlichen Inthronisation des neuen Hoch- und Deutschmeisters, Erzherzog Anton Viktor bei. Bald darauf berief ihn Erzherzog Carl zu sich in's Hauptquartier nach Italien. Der Kaiser hatte ihn vor Kurzem zum General ernannt. Am 29. Oktober, in der Schlacht bei Caldiero, kam er zum erstenmal in's Feuer, sammelte die bei einem furchtbaren Angriffe der Franzosen zurückweichenden und zerstreuten Truppen, stellte sich an die Spitze der neu formirten Bataillone und führte sie mit klingendem Spiele auf's neue gegen den Feind zum Siege. Durch die traurigen Kriegsereignisse in Deutschland zum Rückzuge aus Italien genöthigt schickte Erzherzog Carl den jungen Maximilian nach Triest, theils um die dort vorhandenen Vorräthe zur Armee

zu ziehen, theils um das Kriegsmaterial in Sicherheit zu bringen. Der junge Erzherzog entledigte sich seines Auftrages so gut, daß er nach zweitägigem Aufenthalte in Triest der Armee mehr als zwei Millionen zusendete und die Kriegsvorräthe sowie den größten Theil eines bedeutenden Magazins mit Lebensmitteln nach Venedig schickte, wo es schon an Allem zu fehlen begann. „Und weil ich Niemand in seinem Rechte und in seinem Eigenthume verletzte", schreibt er in seinem Berichte, „so ging alles in Frieden vorüber." Die traurigen Folgen, welche der Krieg für Oesterreich hatte, gingen dem jungen Erzherzog sehr zu Herzen. „Ich erlaube mir nicht, den Gedanken an dieselben nachzuhängen", schreibt er an seinen Bruder, den Erzherzog Franz. „So oft sie mir in's Gedächtniß kommen, würde ich in Trauer versinken, wenn mich nicht die christliche Hoffnung aufrecht hielte. Ich erhebe mich von der Welt wo Alles vorüber geht, zu gründlicheren Gedanken an die Ewigkeit, an Gottes Erbarmen. Und dann erfüllt mich das Vertrauen auf ihn, der mit einem Hauche durch ganz unerwartete Ereignisse die Verhältnisse ganz leicht verändern kann. Und wenn es Gott nicht gefällt dieses zu thun, so geschieht es gewiß zu unserem Besten und größeren Gewinn nach dem Tode." Der Friede von Preßburg vernichtete für den Augenblick alle Hoffnungen und beraubte die Familie Este auch noch der kleinen Entschädigung, welche sie durch das Ländchen Breisgau und Ortenau für den Verlust ihrer Staaten in Italien erhalten hatte. Erzherzog Maximilian kehrte nach beendigtem Krieg in den Schooß seiner Familie zu Wien zurück.

Am 24. Dezember 1806 starb sein Vater Erzherzog Ferdinand. Im März 1807 wurde Erzherzog Maximilian zum Inhaber des 2. Artillerie-Regimentes und am 30. April d. Js. zum Stellvertreter des Artillerie-Direktors ernannt. Vor dem Ausbruche des denkwürdigen Krieges von 1809 beauftragte ihn der Erzherzog Carl mit Organisirung der Landwehr und des Freiwilligen-Corps in Ober- und Unter-

Oesterreich. Nach vollendeter Organisirung der Landwehr ernannte Erzherzog Carl seinen Vetter Maximilian zum Commandanten der Feldartillerie für die ganze Armee. In der für Oesterreich unglücklichen Schlacht bei Regensburg ließ Erzherzog Maximilian unterhalb der Stadt eine Brücke schlagen und sicherte durch die geschickte Aufstellung seiner Artillerie am linken Donauufer heldenmüthig den Rückzug der Armee. Schon früher hatte der Erzherzog die Anlegung eines befestigten Lagers bei Linz vorgeschlagen, um den Feind auf seinem Marsche durch das Donauthal nach Wien aufzuhalten. Aber man erklärte seinen Vorschlag für unausführbar und statt dessen erhielt er die undankbare und schwierige Aufgabe, die Stadt Wien zu vertheidigen. Der Erzherzog that was in dieser schwierigen Lage in seiner Macht stand und hielt beinahe zwei Tage lang den Feind auf, der ohne Hinderniß vor Wien angelangt war und sich in den Vorstädten festgesetzt hatte. Da eine längere Vertheidigung unmöglich war, sammelte er seine wenigen Truppen und zog sich mit denselben über die große Donaubrücke zurück, welche er in Brand steckte. An den Schlachten bei Aspern und Wagram nahm er keinen Theil. Der Kaiser sandte ihn zur Organisirung einer Landwehr nach Siebenbürgen. Während seines Aufenthaltes daselbst erfuhr er den Tod seines jüngsten Bruders, des Erzherzogs Carl Ambros. Vor anderthalb Jahren hatte diesen der Kaiser Franz zum Erzbischof und Primas von Ungarn ernannt und der heilige Vater hatte ihn in dieser Würde bestätigt, obwohl er erst 24 Jahre alt war. Während der Kriegszeit hatte derselbe ein Spital für verwundete und kranke Soldaten errichtet, in welchem er die Kranken persönlich besuchte und ihnen die Sakramente spendete. In dieser Ausübung seines erhabenen Amtes wurde er vom Typhus angesteckt und fiel nach wenigen Tagen zur großen Erbauung der Welt als ein heldenmüthiges Opfer der christlichen Liebe.

Nach Beendigung seiner Mission in Siebenbürgen ver-

lebte Erzherzog Maximilian die folgenden Friedensjahre in Wien bei seiner verwittweten Mutter, der Erzherzogin Beatrix, in ihrem Hause in der Rabengasse Vorstadt Landstraße, in großer Zurückgezogenheit. Neben seinen anderweitigen Beschäftigungen setzte er namentlich seine militärischen Studien fort. Dabei verfolgte er mit größtem Interesse die Zeitereignisse und als Napoleon seinen russischen Feldzug unternahm, sagte der Erzherzog mehr als einmal das für den Corsen unglückliche Ende desselben voraus, so daß Fürst Metternich, welcher dem Erzherzog an dem Tage wo die Nachricht von dem furchtbaren Rückzug der französischen Armee in Wien eintraf, begegnete, ihm die Worte zurief: „Königliche Hoheit! Sie sind ein Prophet." In diese Zeit fällt auch die Gründung eines Erziehungs-Instituts für die adelige Jugend in Wien, welches der berühmte Adam Müller eröffnete und welches später unter die Leitung des edlen Friedrich Klingkowström kam. Der Einfluß des Erzherzogs Maximilian und seine großmüthige Hülfe hatte den bedeutendsten Antheil an der Gründung des Instituts.

Bei den Kriegsrüstungen nach den Ereignissen in Rußland faßte der Erzherzog, da ihm anfänglich kein Commando übertragen wurde, den Entschluß als Freiwilliger wieder in den Krieg zu ziehen, und machte unter dem General Nugent den Feldzug in Italien mit, in welchem er und der General mit einigen tausend Mann unter äußerst geringem Verluste an Menschenleben die Romagna, Modena, Parma und Toskana wieder eroberte. Nach mehr als 20jährigem Interim wurde die estensische Regierung in Modena wieder eingesetzt; der Erzherzog blieb bis zum April 1815 daselbst und leistete seinem Bruder dem Herzog Franz IV. Beihülfe in den wichtigsten Geschäften, namentlich bei der Reorganisation des Landes. Bei dem Wiederausbruch des Krieges im J. 1815 übertrug ihm der Kaiser das Commando einer großen Linien-Division bei dem Armeecorps am Oberrhein, welches unter dem Obercommando des Erzherzogs Ferdinand, seines Bruders,

stand. Maximilian schildert diesen Feldzug, welcher ein ganz unblutiger war, in einer Reihe von Briefen, aus welchem der Verfasser seines Lebensbildes einen äußerst ansprechenden Auszug mittheilt. Er machte die Reise über St. Pölten, Altötting, München, nach Cannstadt, wo Erzherzog Ferdinand sein Hauptquartier hatte. Er selbst erhielt sein Quartier in Schorndorf. Zwei Eindrücke der verschiedensten Art sind es, welche der Erzherzog von seinem Aufenthalt in Württemberg mit besonderer Lebendigkeit schildert: eine Hoftafel bei dem König Friederich von Württemberg, und eine heilige Messe in dem ganz protestantischen Schorndorf. Ueber die Hoftafel schreibt er:

„Die Residenz zu Stuttgart macht mir den Eindruck, als wäre ich am Hofe eines orientalischen Pascha. Alle Zugänge sind mit Wachen besetzt, die das Gewehr bei Fuß halten, fern vom Leibe, auf eine ganz sonderbare Weise. In dem Maße als man weiter vorwärts geht, sind die Wachen von höherer Gestalt und prächtiger gekleidet, und an der Thüre stehen ein paar Riesen mit großen Kürassen von Stahl und ungeheuer hohen Mützen. Ich hielt sie Anfangs für Statuen, so unbeweglich standen sie da; an der letzten Thüre endlich ist eine Schweizerwache nach Schweizerart gekleidet. Alle Hofchargen kamen uns an der Stiege entgegen und führten uns in das Appartement, wo uns der König empfing. Bald darauf gingen wir in ein anderes Zimmer, wo die Herren vom Hofe im Kreise aufgestellt waren in gestickten Uniformen und alle im tiefsten Schweigen. Der König stellte sich in die Mitte des Kreises und mit einer Neigung des Hauptes setzte er alle in Marsch nach dem Speisesaale. Vier Pagen dienten dem Könige, anders gekleidet als die, welche uns bedienten. Beinahe Niemand sprach ein Wort außer ihm; ein ungeheurer Kelch diente ihm als Becher. Das Schloß ist mit unmäßigem Luxus und orientalischer Weichlichkeit eingerichtet; Zimmer ohne Zahl, in vielen befindet sich ein Thron, worüber eine große Krone hängt.“

Ueber die Messe in Schorndorf, welche der Feldkaplan in der protestantischen Kirche las, bemerkt der Erzherzog: „Ich kann es nicht aussprechen, welchen Eindruck mir der

Gedanke machte, daß in dieser einst katholischen Kirche die Voreltern dieses Volkes ebenfalls diesem heiligen Opfer beiwohnten, welches seit undenklicher Zeit hier ist nicht mehr gefeiert worden."

Von Schordorf ging's bei Basel über den Rhein und dann nach Frankreich. Ueber das Benehmen der Alliirten in Frankreich macht der Erzherzog die originelle Bemerkung: „die Engländer bezahlen Alles; die Preußen lassen sich zahlen; wir Oesterreicher zahlen nicht und lassen uns nicht zahlen; und die anderen kleineren Armeen bilden, wie ich glaube, ein Mittelding zwischen Preußen und uns." Charakteristisch für den Erzherzog ist, daß er, während Alles nach Paris ging, gar keine Lust hatte Paris zu sehen und um nicht den Anschein der Sonderlichkeit auf sich zu laden, seinen Bruder Ferdinand nach Basel begleitete, um Zeuge der durch Erzherzog Johann beabsichtigten Belagerung von Hüningen zu seyn, aus welcher übrigens nichts wurde, weil die Festung capitulirte. Nach Beendigung des Feldzugs reiste der Erzherzog mit seinem Bruder Ferdinand über Lyon durch die Schweiz nach Italien. In Turin umarmten sie ihre Schwester die Königin Theresia und eilten von dort nach Modena, wo sie im Kreise ihrer Familie wenige, aber glückliche Tage verlebten. Von da begab sich der Erzherzog nach Mailand in das Hoflager des Kaisers Franz, wo er längere Zeit verweilte; dann begleitete er die Kaiserin Maria Ludovika nach Brescia, und reiste bald darauf nach Wien ab. Kaum dort angelangt, erhielt er die Nachricht von dem unerwarteten Tode der Kaiserin, seiner geliebten Schwester. „Als ich diese Trauerbotschaft erfuhr", schreibt der Erzherzog an seine Mutter, „kam ich gerade nach Hause, nachdem ich die Ostercommunion empfangen hatte. Es war Gründonnerstag. Freilich ist man in einem solchen Augenblicke in einer Seelenstimmung wo man mit Gottes Beistand leichter sagt, „„es geschehe dein Wille"", so groß auch das Opfer ist; demungeachtet schmerzt mich ihr Verlust unaussprechlich." Der Erzher[illegible]b um

wieder einige Zeit in Wien und während seines dortigen Aufenthaltes trat zum zweitenmale die Versuchung an ihn heran, seinem gewählten Ordensberufe untreu zu werden. Erzherzog Franz von Modena war schon vier Jahre verehlicht und seine Ehe war kinderlos. Es wurde daher dem Erzherzoge Maximilian der Gedanke an's Herz gelegt, sich durch den römischen Stuhl von seinen Gelübden dispensiren zu lassen. Maximilian zog diesen Rath in reifliche Erwägung, deren Resultat er in einem Briefe vom 6. Mai 1816 niedergelegt hat. Es heißt in demselben:

„Nachdem ich zu Gott unserm Herrn in der Charwoche inbrünstig gebetet habe, nachdem ich mich bemüht habe, und mir scheint mit günstigem Erfolge, mich über die zu fassende Entscheidung in vollkommene Gleichmüthigkeit zu setzen mit der einzigen und aufrichtigen Absicht, nur das zu thun, was ich als den Willen Gottes und als meine Pflicht erkennen würde, nachdem ich mich oftmals mit demjenigen berathen habe, welchen die göttliche Vorsehung mir als Gewissensführer und geistlichen Rathgeber zugewiesen hat, so ist es mir klar geworden, daß im vorliegenden Falle kein genügender Grund vorhanden sei, um die Dispens von den Gelübden anzusuchen, und ich gestehe es, daß ich nach diesem gefaßten Entschlusse eine überaus große Zufriedenheit im Herzen gefühlt habe, um auszuharren in jenem Stande, zu welchem mich Gott seit mehr als 14 Jahren berufen hat, und dem gemäß ich getrachtet habe meinen Wandel in den schönsten Jahren meines Lebens einzurichten."

Am 14. Juli 1817, gerade am Geburtstag des Erzherzogs Maximilian, wurde seinem Bruder dem Herzog von Modena das erste Kind geboren, die Prinzessin Maria Theresia, und später gebar die Herzogin Beatrix noch zwei Prinzen und eine Prinzessin.

Im Sommer 1818 trat der Erzherzog eine Reise nach England, Schottland und Irland an, um dort hauptsächlich die Fortschritte in der Behandlung des Geschützes zu studiren. In Plymouth machte er das Experiment mit, daß er sich in

der damals neu erfundenen Taucherglocke auf den Meeresgrund niederließ und beiläufig eine halbe Stunde unter Wasser blieb. In der Taucherglocke schrieb er an seine Mutter und an seinen Bruder Franz von Modena einige Worte auf ein Blatt seines Taschenbuchs. Auf dem Blatte für den Erzherzog Franz, welches dem Biographen vor Augen lag, steht sehr deutlich und schön geschrieben: „Carissimo Francesco! Queste parole sono scritte nel fondo del mare, ove vi amo, come sopra l'acqua.“ Während dieser Reise ernannte ihn der Kaiser Franz zum General-Feldzeugmeister. Nachdem er vom 13. Jannar bis 17. März in London verweilt hatte, kehrte er am 3. April 1819 nach Wien zurück. Nach seiner Rückkehr verfaßte er einen weitläufigen Bericht über seine in England gemachten Bemerkungen in Bezug auf die Artillerie und überreichte denselben dem neu ernannten Artilleriedirektor Erzherzog Ludwig. Dann reiste er Ende April nach Modena, wo am 1. Juni 1819 der Erbprinz geboren wurde.

In den nun folgenden Jahren brachte Maximilian die meiste Zeit in Modena zu, und als der Herzog sich im J. 1821 zum Fürsten-Congreß nach Laibach begeben mußte, führte er während seiner Abwesenheit die Regentschaft des Landes, wo er den Planen der Verschwörer mit Kraft und Energie entgegentrat. Auf seinen Rath errichtete der Herzog von Modena die estensische adelige Militär-Akademie, deren Organisirung der Erzherzog Maximilian übernahm. Die vorzüglichsten Staats- und Hofämter von Modena wurden später mit Zöglingen dieser Anstalt besetzt und im Jahre 1859 war es kein kleiner Theil dieser Zöglinge, welche ihrem Souverain in's Ausland folgten und bis jetzt ihm Treue bewähren. Nach der Rückkehr aus Modena hielt sich der Erzherzog mehr als ein Jahr ohne Unterbrechung in Wien auf und beschäftigte sich während dieser Zeit mit militärischen Studien, deren Resultat die unter dem Namen der Maximilianischen Thürme bekannten Befestigungswerke waren. Der Erzherzog stellte eine Reihe von Versuchen an und ließ auf der Simmeringer-Heide

von den Kanoniren seines Regiments auf eigene Kosten einen Probe-Thurm herstellen, welcher seinen Zweck vollkommen erreichte. Die folgenden Jahre bis zum Jahre 1825 brachte Maximilian großentheils auf Reisen, die Jahre 1825 bis 1827 aber fast ausschließlich in Wien zu. Zu Anfang des Jahres 1828 erhielt er vom Kaiser den Auftrag, das Terrain von Lecco am Eingange des Thales Valtelina behufs einer Befestigung zu untersuchen. Der Erzherzog unterzog sich diesem Auftrag ohne Säumen. „Da bei dieser Gelegenheit aber noch mehr Befestigungen zur Sicherung des lombardisch-venezianischen Königreichs in Antrag gebracht wurden, als zu Fuentes beim Wormserjoch, zu Trient und auf den Feldern von Malghera bei Venedig, so zog sich, bemerkt der Biograph des Erzherzogs, die Geschichte in die Länge und am Ende geschah von alledem nichts.“ Inzwischen machte der Erzherzog dem Kaiser, der sich für seine Befestigungsthürme zu interessiren schien, den Vorschlag auf eigene Kosten einen Thurm in Linz bauen zu wollen, und der Kaiser nahm den Vorschlag an. Am 1. Mai 1828 reiste der Erzherzog mit dem hiezu nöthigen Personal nach Linz ab; am 26. Oktober war der Thurm fertig. Am 17. September 1829 fand in Gegenwart des Kaisers die Prüfung der Zweckmäßigkeit des Thurmes statt, und in den ersten Tagen des Monats Februar 1831 faßte Kaiser Franz den Entschluß, die Stadt Linz nach dem vom Erzherzoge Maximilian entworfenen Plane befestigen zu lassen. Gegen Ende des Jahres 1832 war die Thurm-Kette, welche die Stadt Linz einschloß, ziemlich vollendet. Charakteristisch ist die Rechnung, welche der Erzherzog seinem Bruder, dem Erzherzog Ferdinand, über die Kosten dieses Thurmbaues ablegte, als derselbe ihn darauf aufmerksam machte Sorge zu tragen, daß er bei dem Baue der Befestigungs-Thürme nicht gar zu großen Schaden an seinem Privatvermögen erleide, weil es kein Geheimniß war, daß Erzherzog Maximilian nicht viel auf's Geld schaue, wenn es sich darum handelte, ein Werk durchzuführen. Um

den Bruder zu beruhigen, erwiderte der Erzherzog Maximilian:

„Es wird Dir angenehm seyn, einen Ueberblick zu haben über die Kosten beim Baue der Thürme. Ich gebe ihn Dir mit folgenden Worten: Die Gesammtkosten des Baues für das Aerar des Staates betragen bis zum 3. November 1832 nach einer Arbeit von 22 Monaten mit Einschluß der Befestigung des Pöstlingberges, welche nicht auf meine Rechnung gemacht wurde, die Summe von 1,215,393 Gulden. Das Opfer, welches ich für das Beste des Staates bis zur Vollendung dieses Werkes aus eigenem Vermögen gebracht habe, beläuft sich ungefähr auf 100,000 Gulden. Wenn ich jedoch davon 40,000 Gulden abschlage, welche ich auf das Mißgeschick beim Thurme Nr. 31 und auf Geschenke und Liebesgaben für die Arbeiter und Kranken ausgegeben habe, so bleiben eigentlich nur 60,000 Gulden als mein Verlust bei diesem Baue, welcher Verlust überdieß nur durch das Sinken des Curses der Obligationen, mit denen der Aerar zahlte, herbeigeführt worden ist.“

Fürwahr eine großartige Rechnung!

Als der Erzherzog nach der Beschießung des ersten Thurms von Linz nach Wien zurück kehrte, befiel wenige Tage später seine Mutter, die 80jährige Erzherzogin Maria Beatrix, unerwartet eine Krankheit, welche sehr schnell ihr Lebensende herbeiführte. In einem Briefe an seinen Bruder Franz von Modena vom 14. November 1829 schreibt Maximilian: „Beim Eröffnen dieses Briefes wird Dein Herz betrübt seyn wie das meinige. O mein Bruder, welch ein Verlust! Zu sehr ist mein Herz bei dem Gedanken niedergedrückt, daß wir unsere liebe Mutter nicht mehr haben, welche für uns der gemeinschaftliche Mittelpunkt war. Ich schreibe Dir wenige Stunden nach dem traurigen Augenblicke ihres Hinscheidens; ein Augenblick wahren geistlichen Trostes mitten in der Bitterkeit, denn man kann keines glücklicheren Todes sterben; ihr tugendhaftes Leben hat ihr gewiß von Gott diese Gnade erlangt.“

Im Jahre 1830 kaufte der Erzherzog, während seines längeren Aufenthaltes in Linz, die Herrschaft Ebenzweyer an den Ufern des Traunsee's, und vergrößerte später das Schloß durch Zubauten.

Inzwischen war die Juli-Revolution in Frankreich ausgebrochen, in Folge deren dem Erzherzog vor Allem das Schicksal des kleinen Prinzen Heinrich V. am Herzen lag, weil er ihn als den Träger des Rechtes und als den von der göttlichen Vorsehung berufenen legitimen Erben des Thrones von Frankreich ansah. „Als die Großmächte", bemerkt der Biograph, „den König Louis Philipp anerkannten, fühlte sich das Rechtsgefühl des Erzherzogs empfindlich verletzt, und in einem sehr interessanten Schreiben entwickelte er nach seiner Ansicht den wesentlichen Unterschied zwischen dem Roi de France und dem Roi des Français, und meinte, beide zugleich könnten sehr wohl neben einander, der Eine dem Rechte nach, der Andere im faktischen augenblicklichen Besitze bestehen. Alles, meinte er, was die Nation constituirt, müsse sich und werde sich an den König von Gottes Gnaden, an den Roi de France halten; aber die Bewohner der großen Städte, die Arbeiter der Manufakturen und Alle, die sich von Gott und dem göttlichen Rechte losgerissen haben, die brauchen einen König von Volkes Gnaden, den Roi des Français."

Die Rückschläge der französischen Revolution auf Italien nöthigten den Herzog von Modena, der nicht stark genug war der verbündeten Revolution zu widerstehen, sich mit seinen treuen Truppen über den Po nach österreichisch Italien zurückzuziehen. Als diese Nachrichten nach Wien kamen, wo späterhin der Herzog selbst eintraf, hatte den Erzherzog Maximilian die Bruderliebe angetrieben, dem bedrängten Bruder Hülfe zu bringen. Nach eingeholter Zustimmung des Kaisers Franz eilte er mit Blitzesschnelle nach Mailand, besprach sich, der Weisung des Kaisers gemäß, mit General Frimont und combinirte mit ihm die Besetzung von Modena. Nach dem Aufenthalte eines einzigen Tages zu Mailand reiste er nach

Este, wo die modenesischen Truppen standen, musterte und begeisterte sie um vereint mit den österreichischen Soldaten nach Modena zurückzukehren.

Der Erzherzog war voll Freude darüber, daß der Kaiser von Oesterreich den Muth hatte, ohne die Stellung des revolutionären Frankreichs zu achten, nicht bloß seinen Verwandten, den Fürsten Italiens, sondern vorzugsweise dem heiligen Vater zu Hülfe zu eilen, und mit seinen tapfern Truppen die dortigen revolutionären Bewegungen zu unterdrücken.

Im Jahre 1833 faßte der Erzherzog den Plan, ein Jesuiten-Collegium in Linz zu gründen und dasselbe in seinem Festungsthurme auf dem freien Berge einzuquartieren. Zu diesem Behufe sollten zwei Stockwerke aufgesetzt und an der Seite desselben eine große Kapelle erbaut werden. Er selbst nennt diesen Gedanken in einem Briefe an seinen Bruder Ferdinand vom 22. November 1833 „etwas bizarr". Nichts desto weniger kam dieser Gedanke zur Ausführung und die Jesuiten besitzen in Folge desselben auf dem freien Berge bei Linz das originellste Collegium. Am 9. August 1837 führte der Erzherzog selbst sie ein. Vom freien Berge aus wurden die ersten Missionen der Gesellschaft Jesu in Oesterreich gehalten und der Erzherzog hatte den Muth eine Mission in Alt-Münster halten zu lassen, obwohl die Missionen damals noch von der politischen Behörde verpönt waren.

Am 3. April 1835, fünf Wochen nach dem Hinscheiden des Kaisers Franz starb Erzherzog Anton, Hoch- und Deutsch-Meister des deutschen Ritterordens. Es befanden sich, zwölf Novizen ungerechnet, damals nicht mehr als fünf Ritter in dem Orden, zwei Großcomthure, Erzherzog Maximilian und Graf Haugwitz, und drei Ritter, Graf Attems, Baron Enzenberg und der kranke Baron Wydenbruck. Dieß war die geringste Zahl, die noch hinreichte, um den Statuten gemäß einen Deutschmeister zu wählen.

Am 22. April 1835 fand diese Wahl statt und fiel auf den Erzherzog Maximilian. Er sah dieß als einen Ruf vom

Himmel an, welcher ihm die Pflicht auferlege Alles zu thun, um den gleichsam in Todesnöthen liegenden Orden aufrecht zu halten. Das vorzüglichste Bestreben des neuen Hoch- und Deutschmeisters ging natürlich dahin, die Zahl würdiger Ritter zu vermehren, welche das eigentliche Element des Ordens bilden und er hatte den Trost, während der Zeit seines Meisterthums 23 der edelsten Männer aus hochadeligen Familien Oesterreichs persönlich oder durch Delegation zu Rittern zu schlagen. Auch die Priester des Ordens waren beim Antritte seines Meisterthums auf eine geringe Zahl zusammen geschmolzen. Der neue Hochmeister brachte es aber durch seine Thätigkeit dahin, daß er selbst gegen sechzig Priester einkleiden und die Ordenspfarreien mit denselben besetzen konnte. Der dritte Zweig des deutschen Ordens, die Hospitaliterinen, existirte seit 200 Jahren nicht mehr. Der Erzherzog hat sie wieder ins Leben gerufen und am Schlusse der Tage seines Meisterthums zählte der Orden mehr als 170 Ordensschwestern, die sich dem Krankendienste, der Erziehung und dem Schulunterricht der Kinder widmeten. Es bestehen drei Mutterhäuser oder Schwesterngemeinden: die eine zu Troppau mit den Filialen zu Troppau, Würbenthal und dem provisorischen Hause zu Lisseck in Preußisch-Schlesien; die andere zu Freudenthal mit den Häusern Freudenthal und Engelsberg; die dritte zu Lana in Tyrol mit den Häusern zu Lana, Passeier, Sarntheim, Unterinn und Völtau. Ein neues Schwesterhaus war zur Zeit seines Ablebens eben zu Braunseifen in Mähren gebaut.

Vor Allem legte der Erzherzog seine Gedanken dem heiligen Vater vor, und erhielt am 22. März 1838 durch den apostolischen Nuntius die Nachricht, daß der heilige Vater mit Freude das Projekt des Hoch- und Deutschmeisters ergriffen habe, Deutsch-Ordensschwestern zur Krankenpflege und zum Mädchenunterricht einzuführen. Hierauf entwarf der Erzherzog die Regeln für die Ordensschwestern und legte seinen Plan dem Großcapitel des deutschen Ordens vor.

Man gab jedoch Anfangs ein negatives Votum, weil

durch die Stiftung der Ordensschwestern der Orden frivolen Witzeleien ausgesetzt werde, weil der Orden hiedurch ein bleibendes Servitut übernehme, weil hiedurch dem Orden neue Lasten zuwachsen würden, weil die Zeitverhältnisse verändert seien, weil endlich das gesammte Ordensvermögen ein Lehen des Kaisers sei und das Meisterthum gleichsam nur eine Tertiogenitur, und endlich weil schon in der Vorzeit das Institut der Hospitaliterinen sich nicht aufrecht halten konnte. Da jedoch späterhin der Erzherzog erklärte, daß er die Stiftung ganz aus seinem Privatvermögen machen wolle und der Orden gar nicht belastet werde, die Schwestern auch den Großcomthuren gar keine Beschwerde machen, sondern ausschließend nur unter der obersten Leitung des Hoch- und Deutschmeisters stehen würden, so erklärte sich das Ordenscapitel einverstanden, und nachdem die Regeln allseitig auch von dem Olmützer Erzbischof geprüft und von Sr. Majestät dem Kaiser die provisorische Einführung der Schwestern genehmigt wurde, wendete sich der Erzherzog an den heiligen Stuhl um Gutheißung der Regeln und Einführung der Deutsch-Ordensschwestern.

Bezeichnend für die sociale Weltanschauung des Erzherzogs ist folgende Stelle aus der von ihm persönlich verfaßten Eingabe an den heiligen Stuhl, in welcher er den ganzen Hergang dieses wichtigen und folgereichen Unternehmens klar und ausführlich darstellt:

„Nachdem ich reiflich in Erwägung gezogen, welches Werk der Nächstenliebe unter den dermaligen Umständen die eingreifendste Wirkung zu erzeugen im Stande wäre, stellte sich mir klar die Betrachtung entgegen, daß das materielle Hauptelend unserer Tage einzig und allein und an allen Orten in dem ununterbrochen wachsenden Pauperismus liege, der die unmittelbare Folge des in ganz Europa mehr und mehr überhand nehmenden Uebermaßes der Bevölkerung ist, welch' letzteres wieder ganz allein als die nothwendige Folge der bei einem großen Theile des menschlichen Geschlechtes um sich greifenden Empörung gegen die wahrhaft

41*

christlichen Gebote der Enthaltsamkeit angesehen werden kann. Dieser Empörung, welche zuerst in den der Ketzerei verfallenen unglücklichen Ländern anfing, folgten leider nur zu sehr auch die katholischen Länder nach, indem man die in denselben bestehenden religiösen Vereine beiderlei Geschlechts auflöste, die nicht allein als Freistätte für eine große Anzahl Personen dienten, die sich nach einer ausschließlicheren Widmung im Dienste Gottes sehnten, und solchergestalt mit Verleihung des göttlichen Beistandes die Tugend der Enthaltsamkeit ausüben können, sondern es gingen aus eben diesen Vereinen leuchtende Beispiele der Tugend selbst hervor, die sich auf ganz wunderbare Weise über die gesammte umgrenzende Bevölkerung verbreiteten."

Nachdem die Bestätigung der Ordensregeln vom heiligen Stuhle erfolgt war, wurden die Deutsch-Ordensschwestern, deren nützliche Dienste während ihrer provisorischen Stellung sich erprobt hatten, dem deutschen Ritterorden durch einhelligen Beschluß des Großcapitels vom 15. Dezember 1855 einverleibt, und das Stiftungscapital, welches der Erzherzog im Nominalwerth von 794,000 Gulden in österreichischen Staatsobligationen aus seinem Privatvermögen, ohne irgendwie den deutschen Orden in Anspruch zu nehmen, in die Ordenskasse hinterlegte, dem Orden zur Verwaltung übergeben.

Von diesem Capitale werden die Spitäler und Schulen zu Troppau, Freudenthal, Engelsberg, Karlsbrunn, Würbenthal und Braunseifen in Schlesien, das Waisenhaus zu Lissek in Preußen, die Schulen zu Lana, Passeier, Sarntheim, Unterinn und Völtau in Tyrol, und zu deren Besorgung 155 Ordensschwestern erhalten.

Fügt man nun noch bei, daß zu dem Baue und zur Errichtung der Schwesterhäuser, der Spitäler und der Schulen und zu ihrem Unterhalte die ganze Zeit hindurch, bis die förmliche Stiftung gemacht wurde, wenigstens ein Betrag von 406,000 Gulden ausgegeben wurde, so beläuft sich das Liebesopfer des Erzherzogs für diese Stiftung auf eine Million zweimalhunderttausend Gulden. Man wird in unserem Jahr-

hundert kaum ein Beispiel einer größeren, für das Wohl der Menschheit nachhaltiger wirkenden Stiftung finden; und hiedurch wurde zugleich der deutsche Ritterorden zu einer Wichtigkeit und zu einem Glanze erhoben, wie dieß seit Jahrhunderten nicht mehr der Fall war.

Es war dem Erzherzog nicht vergönnt, einen ähnlichen Plan zur Gründung von Deutsch-Ordenspriester-Conventen bis zur Vollendung zu führen; jedoch gelang es ihm den ersten Priesterconvent des deutschen Ordens zu Lana in Tyrol praktisch in's Leben zu führen. Er hatte schon bedeutende Summen zu diesem frommen Werke verwendet und hinterließ zur Vollendung desselben seinem Nachfolger ein Legat von 185,000 Gulden. Dieselbe Summe hinterließ er zum Unterhalte eines von ihm auf dem alten Bergschlosse Eulenberg in Mähren errichteten Knabenseminars zur Heranbildung von künftigen Priestern des deutschen Ordens. Er ließ jenes Schloß mit einem Kostenaufwand von mehr als 42,000 Gulden herrichten, erbaute daselbst auch eine Kirche von Grund aus und unterhielt auf seine Kosten über 20 Knaben sowie die Ordenspriester, welche sie in den Studien unterwiesen und zugleich den Kirchendienst versahen.

Es würde zu weit führen, Alles was der Erzherzog als Hoch- und Deutschmeister für den Orden gethan, im Einzelnen aufzuführen, jedoch verdient Erwähnung, daß durch seine Bemühung dem Orden die in preußisch Schlesien gelegenen Güter Soppau und Ratsch, welche die preußische Regierung einziehen wollte, erhalten und die noch bestehende Commende zu Frankfurt, nach langer Verhandlung, dem deutschen Orden wieder zurückgestellt wurde. Die jährliche Rundreise auf den Gütern des Meisterthums und die Visitation der Balleien nahm er regelmäßig zur gehörigen Zeit vor. Er führte verschiedene Bauten auf den Besitzungen des Ordens auf und erwarb sich große Verdienste um die bessere Bewirthschaftung der Ordensgüter, namentlich der Wälder, deren schöner Stand allgemein anerkannt ist. Die Münzsammlung,

die Bibliothek und das Archiv des Ordens erfreuten sich der besonderen Fürsorge des Hochmeisters. Er veranlaßte durch Beda Dudik, Capitular des Benediktinerstiftes Raygern bei Brünn, eine vollständige Durchsicht und wissenschaftliche Ordnung des Archives des Deutschen Ordens, und zu diesem Zwecke sendete er denselben nach Württemberg, um die dort vorhandenen, aus Mergentheim herstammenden Urkunden des Deutschen Ordens von der königlichen Regierung, welche nach langer Verhandlung und Reklamation sich endlich zu deren Auslieferung an den Deutschen Orden bereit erklärte, in Empfang zu nehmen.

Wir fahren nach dieser kurzen Darstellung der Thätigkeit des Hoch- und Deutschmeisters in der Schilderung seines Lebens fort. Die Jahre 1837 und 1838 verflogen für den Erzherzog in einem Sturme von Geschäften. Am Schlusse des Jahres 1838 berief er einen Priester der Gesellschaft Jesu zu sich nach Ebenzweyer, um unter seiner Leitung 8 Tage lang die geistlichen Uebungen zu machen, welche man als einen entscheidenden Abschnitt in seinem Leben betrachten kann. Der Erzherzog hat Aufzeichnungen aus diesen Tagen hinterlassen, aus welchen sein Biograph einiges mittheilt. Sie gewähren einen interessanten Einblick in die Tiefe seines christlichen Gemüthes und seines beweglichen Geistes. Wir können uns nicht versagen hier eines aus diesen Tagebuchblättern mitzutheilen, in welchem sich die ganze Eigenthümlichkeit des ausgezeichneten Mannes spiegelt. Es hat die Ueberschrift: „Auf zum Sturm!“ und lautet:

„Bei der Verwirrung des Gemüthes und der Schwierigkeit einen Entschluß zu fassen, wenn es sich um eine Collision handelt zwischen Gewissenspflicht und zeitlichen Interessen, zwischen Tugend und Sünde und Verbrechen — wie zum Beispiel beim Duell — fiel mir der schöne Vergleich des Sturmes einer feindlichen Festung ein, bei welchem mein König und mein Herr vorangeht.“

„Während derselbe mit der ganzen Schaar seiner Treuen dahin zieht, ruft mich ein elender Kerl auf die Seite und sagt

mir: Komm, wir wollen keine solchen Narren seyn, unser Blut zu verspritzen und unser Leben in die Schanze zu schlagen; setzen wir uns in Sicherheit und lassen wir uns wohl geschehen; es ist Nacht, der Herr bemerkt uns nicht, und Niemand sieht uns. Wenn die Festung erobert ist, so ziehen wir mit allen Uebrigen als Sieger ein, schmücken uns mit Lorbeern, frohlocken, triumphiren und theilen die Beute, wir mögen mitgestürmt haben oder nicht. O niederträchtiger Schuft! O feige Gesinnung! Mein König mein Herr, mein guter liebevoller Herr stürmt, bedeckt sich mit Wunden, und ich sein Knecht, der ihm treu und ergeben seyn muß, soll indessen hier müßig und in erbärmlicher Sicherheit seyn und meine Gemächlichkeit pflegen! Nein, so wahr der Herr lebt, dieß erträgt mein Herz nicht. Auf, zum Sturm! mit dem Herrn auf die Bresche! An seiner Seite bluten, Alles, Alles mit ihm theilen, mit ihm kämpfen, bei seiner Fahne aushalten. Wie könnte ich einst den Blick seiner Augen ertragen mit dem nagenden Bewußtseyn im Herzen, daß ich ihn schändlich verlassen habe?"

Im Jahr 1839 machte der Erzherzog mit seinem Neffen, dem jungen Erzherzog Franz von Modena, eine Reise nach Deutschland und Holland und nahm zu Frankfurt feierlich Besitz von der dortigen Deutschordenscommende. Im Jahr 1840 kniete er an dem Sterbebette der Herzogin Beatrix von Modena und blieb dann mehrere Monate daselbst, um seinen tiefgebeugten Bruder und die trauernde Familie zu trösten. Im Jahre 1842 finden wir ihn wieder in Modena, aber aus einem erfreulichen Anlasse, nämlich zur Hochzeitfeier des Erbprinzen mit der Prinzessin Adelgunde von Bayern. Vier Jahre später starb sein Bruder Franz IV. von Modena, ohne daß es dem Erzherzoge Maximilian vergönnt gewesen wäre, denselben noch einmal zu sehen, so sehr er auch auf die erste Kunde von dessen schweren Erkranken seine Reise dahin beschleunigte. Am Abend des 21. Januar 1846 gab Franz IV. seinen Geist auf und am Morgen des 22. traf Maximilian erst in Verona ein, wohin ihm ein Courier die traurige Nachricht von dem Tode des geliebten Bruders überbrachte. Bald darauf langte er mit

trauerndem Herzen in Modena an, ein tröstender Engel in mitten der trostlosen Familie und gleichsam ein zweiter Vater seines Neffen Franz, der nun als Nachfolger die Regierung des Herzogthums Modena antrat und welchem Erzherzog Maximilian als treuer Rathgeber in den ersten Tagen seiner Regierung zur Seite stand. Er blieb vier Monate zu Modena.

Als er nach Ebenzweyer zurück kam, erhielt er die Nachricht von den furchtbaren Unruhen in Galizien, bei welchen sein Bruder Ferdinand sogar in Lebensgefahr gerathen war. Er spricht hierüber seine Besorgniß und sein Vertrauen in einem Schreiben vom 6. Juli aus: „Du kennst meine Gesinnungen in Bezug auf Dich und die Monarchie. Von ihrem Schicksale hängt jenes von Europa, ja vielleicht der ganzen gesitteten Welt ab. Was ich also bei diesen traurigen Ereignissen fühle, läßt sich mit Worten nicht aussprechen. Ich erhebe aber die Augen zum Himmel, verdopple meine schwachen Gebete, und denke, bei Gott ist Alles möglich. Unser Herr hat versprochen, daß, wenn wir von Herzen bitten, mit Unterwerfung unter seinen heiligen Willen, aber mit festem Vertrauen, Er uns in Allem erhören wolle, was unser wahres, das ist, unser ewiges Heil betrifft. Durchs Gebet können wir Berge versetzen." Im Jahre 1847 herrschte in Mähren und Schlesien Mißwachs, Theuerung und Hungersnoth. Der Erzherzog beklagte bei diesem Anlasse die Spekulationen und die Uebergriffe der Juden auf eine treffende Weise.

„Ich glaube nun auch", so schreibt er, „daß eine der vorzüglichsten Ursachen der großen Bedrängniß des Landes das Netz der Juden ist, welches sie über ganz Mähren ausgespannt haben. In jedem Dorfe ist Einer von ihnen, und alle zusammen bilden unter sich ein solchen gemeinsamen Bund, daß es aussieht als ob nur der Eine und Nämliche überall zugegen wäre. Sie haben Alles in der Hand und sind deßhalb Herren, um die Preise zu bestimmen. Gott gebe, daß sie die äußerste Noth der Landleute

nicht benützen um ihnen schon jetzt die künftige Ernte abzukaufen. Solche Contrakte sollten schlechterdings verboten seyn, und wo sie bestehen als ungültig erklärt werden; denn der Jude wird immer Mittel finden sich den Bauer tributär zu machen, und deßhalb haben unsere Voreltern weise Gesetze erlassen, um dieses asiatische Volk, das sich unter uns eingedrängt hat, in Schranken zu halten. Jetzt fängt es nach und nach an uns zu beherrschen, indem es den Scepter des Geldes in der Hand hat, der die heutige Welt beherrscht."

Aus dem Jahre 1848 erzählt uns der Biograph des verewigten Fürsten folgende Züge. Beim Ausbruche des Aufstandes im März 1848 befand sich der Erzherzog in Wien. Er war fast der Einzige, welcher es in einem Augenblicke der allgemeinen Schwäche wagte den Rath zu geben, mit Kraft eine Bewegung zu unterdrücken, von der er im anderen Falle wohl voraussah, wie sehr sie sich ausbreiten und fortpflanzen würde. „Heute", sagt er, „bringt man Alles mit geringen Mitteln in Ordnung; in der Folge dürfte es dahin kommen, daß man entweder das Feld der Revolution, den Verbrechen, den Metzeleien frei überlassen, oder die Bewegung auf Kosten vielen Blutes erdrücken müßte."

Der Rath an die kaiserliche Familie, abzureisen und sich dem Drucke der Hauptstadt zu entziehen, wurde ertheilt, aber nicht befolgt; statt dessen sollte die Abreise im Mai und Oktober desselben Jahres unter sehr traurigen Aussichten und unter viel größeren Schwierigkeiten stattfinden. Bei dieser Gelegenheit trat der Erzherzog an eines der Thore des kaiserlichen Palastes und stellte sich bei einer Kanone wenige Schritte von dem dichten lärmenden Haufen entfernt auf, als wenn er sagen wollte: „Ihr müßt über meinen Leib schreiten, bevor ihr die Schwelle entheiligt, die zu den kaiserlichen Gemächern führt." Und er blieb daselbst, bis er durch einen ausdrücklichen Befehl Sr. Majestät abgerufen, wider Willen den Ehrenposten verließ, den er eingenommen hatte. Aber der männliche unbezwingliche Charakter des Erzherzogs ließ sich nicht einschüchtern, und beim Anblicke einer Depu-

tation, die herankam um unter Androhung von Gewaltthätigkeiten Zugeständnisse zu erpressen, war der Erzherzog der Einzige welcher nicht anstand, sie in Gegenwart von Allen mit dem bezeichnenden Namen „Rebellen" zu belegen. Da Se. Majestät in diesen düsteren Tagen glaubte, dem Willen der Aufwiegler nachgeben zu sollen, so blieb dem Erzherzog nichts übrig, als sich in seine theure Einsamkeit nach Ebenzweyer zurückzuziehen, wo er als guter Verwandter durch mehrere Monate den Herzog und die Herzogin von Modena, seine Neffen, gastlich aufnahm, welche ausdrücklich von ihm eingeladen, sich für die Dauer der Revolution, welche Italien verwüstete, hieher zurückgezogen hatten.

In dieser Periode vollbrachte der Erzherzog Maximilian unter andern ein Werk der Barmherzigkeit, welches wegen seiner Originalität ein besonderes Andenken im Lande hinterließ.

Die Bewohner am Ufer des Gmundner Sees und in den umliegenden Alpengebirgen betrieben als Hauptindustrie die Schnitzereien in Holz, Erzeugnisse deren Verkauf leicht und deren Bedarf stätig ist. Die Vorgänge in Ungarn indessen hatten diesen Handel trocken gelegt, weßhalb das Elend fühlbar wurde. Was that nun der mitleidsvolle Erzherzog? Da er gerne bereit war Wohlthaten zu spenden, um durch dieselben die Thätigkeit zu befördern, so beschloß er daselbst anzukaufen was im Handel nicht mehr abging; weil sich aber augenblicklich nicht die nöthige Baarschaft vorfand, um eine solche Menge von Gegenständen regelmäßig zu bezahlen, so entschloß er sich eine Gattung von Papiergeld oder Schuldbriefe auf seinen Namen anzufertigen, welche, wie es die Noth erheischte, sehr vervielfältigt werden mußten. Er ließ daher ein altes italienisches Buch, von dem er überzeugt war, daß keine zweite Copie im Lande war, in kleine Stücke zerschneiden und darauf ein Siegel oder einen Stempel drücken nebst der Bezeichnung des Werthes, und so wurden dieselben als Zahlung ausgegeben. Die Bevölkerung, die wußte mit

wem sie es zu thun hatte, empfing mit Vertrauen und Dankbarkeit solche Zettel, welche noch mit Vortheil in Vergleich mit den Zetteln der Wiener Nationalbank eingewechselt wurden. Zwei Jahre nachher wurden noch einige davon in Umlauf gefunden und wie klingende Münze betrachtet; wohl verstanden, daß dieselben, sobald sie dem Kassier des Erzherzogs vorgelegt wurden, auch gleich gegen baare Bezahlung eingezogen wurden. So geschah es, daß diese arme Bevölkerung die Wirkung der Handelskrise nicht empfand, während die Klugheit dieses Volkes bewirkte, daß es von den politischen Wirren nur insoweit berührt wurde, als dieß durch den Gegenstoß unvermeidlich war.

In seiner stillen Zurückgezogenheit zu Ebenzweyer verfolgte der Erzherzog mit großer Theilnahme den Gang der Zeitereignisse. Im Jahre 1849 verweilte er längere Zeit zu Karthaus in Mähren und nahm mit der dort cantonirenden Truppe Uebungen in den von ihm erfundenen Artillerie-Waffen vor. Während seines Aufenthalts in Karthaus wurde der junge Erzherzog Ferdinand, Bruder des Herzogs von Modena, das Opfer eines menschenfreundlichen Besuches in dem Militär-Spital zu Obrowitz bei Brünn, wo er den Typhus erbte. Die ganze Zeit seiner Krankheit, welche fünfzehn Tage dauerte, stand der Erzherzog seinem Neffen bis zum letzten Athemzuge bei. Das folgende Jahr 1850 schlug seinem liebenden Herzen eine neue tiefe Wunde. Im September des erwähnten Jahres kam sein geliebter Bruder Ferdinand, welcher an einer unheilbaren Brustwassersucht erkrankt war, nach Ebenzweyer. Am 5. November kniete der Erzherzog Maximilian am Sterbebett seines einzigen vielgeliebten Bruders drei Stunden lang auf dem bloßen Fußboden, auf einen Sessel gestützt, die Augen in Thränen schwimmend unverwandt auf den sterbenden Bruder gerichtet. Als der Kranke ausgelitten hatte, brach der Erzherzog zusammen. Mit dem Tode seines letzten Bruders war seine Lebensfreude gebrochen; mehr als einmal rief er aus: „Jetzt kommt die Reihe an mich!"

Die trübe Einsamkeit, in welcher er vorzugsweise dem Gebete und der Vollendung seiner wissenschaftlichen Werke oblag, war jedoch dadurch gemildert, daß er im vertraulichen Umgange mit seinem Neffen dem Herzoge von Modena und seinen beiden Nichten blieb. Namentlich führte er einen ununterbrochenen Briefwechsel mit der ihm besonders lieben Erzherzogin Therese, Gräfin Chambord. Am Schlusse des Jahres 1858 befiel ihn eine schwere, bedenkliche Krankheit, von welcher er aber glücklich wieder genaß.

Das Jahr 1859 rief ihn wieder auf den Schauplatz einer öffentlichen Thätigkeit. Schon im Februar legte er der österreichischen Regierung eine Denkschrift vor, in welcher er den Rath ertheilte, daß die italienischen Regierungen den Orkan nicht mit ruhigem Fuße und in passiver Stellung erwarten, sondern ihre Kräfte vereinigen sollen, auf die Gefahr hin, das Land und besonders die Hauptstädte nur gering besetzt zu halten. Nachdem er diese Denkschrift vorgelegt hatte, eilte er nach Modena und stellte sich mit seltener Selbstverleugnung seinem Neffen dem Herzoge, wie er sagte, zur Verfügung. Er kam mit demselben überein, den Brückenkopf von Brescello ohne Verzug in Vertheidigungsstand zu setzen. Es war erbauend zu sehen, wie der Erzherzog, gleichsam auf sein vorgeschrittenes Alter vergessend, den ganzen Tag in der brennenden Sonnenhitze stand, sich dem Wind und Regen aussetzte, die Arbeiten musterte, die Werke besichtigte, an Alles dachte, für Alles sorgte, und hiebei auf Essen und Ruhe vergaß. Ende März war er mit dieser Aufgabe fertig und brachte dann seine Nichte, die Infantin von Spanien Maria Beatrix, und ihre noch minderjährigen Söhne nach Ebenzweyer, von wo aus die Infantin sich nach Prag zur Kaiserin Maria Anna begab. In seiner Abgeschlossenheit zu Ebenzweyer verfolgte er die Kriegsereignisse. Der Verlust der Lombardei erfüllte ihn mit dem tiefsten Schmerz. Noch mehr betrübte ihn die gewaltthätige Vertreibung der italienischen Fürsten und nur die edle Haltung

der kleinen Truppe des Herzogs von Modena, welche ihrem Souverän außer Landes folgte, gewährte ihm einigen Trost.

Das Schicksal des heiligen Vaters ging dem Erzherzog sehr zu Herzen und an der Errichtung des kleinen Armee-Corps für denselben nahm er den größten Antheil. Er bestritt die Kosten der Ausrüstung eines ganzen Bataillons, zahlte die Reiseauslagen für einen Abgesandten nach Irland, welcher dort Leute für die päpstliche Armee anwerben sollte, und hat überdieß, wie nicht zu zweifeln ist, eine schöne Summe als Peterspfennig nach Rom gesendet, wenngleich über die Ziffer derselben nichts bekannt ist. Den Eindruck, welchen das Ereigniß von Castelfidardo auf den Erzherzog machte, kann man sich denken. Die traurigen Zeitverhältnisse machten aufs neue den Wunsch in ihm rege, seinem lieben Oesterreich durch seine Erfindungen in der Artillerie und durch sein Befestigungssystem zu nützen. Er entwarf den Plan einer Befestigung Wiens nach dem System der Linzer Thürme, und ließ auf seine Kosten zu Roth-Neusiedl in der Nähe von Wien einen Probe-Thurm bauen, der ihn nicht weniger als 110,000 Gulden kostete, und am 28. und 30. Oktober 1861 in Gegenwart des Kaisers mit allem Aufwande der Kriegs-Wissenschaft und aller Zerstörungskraft der Geschütze neuerer Zeit beschossen wurde.

Im Jahre 1862 machte der Hochmeister seine letzte Rundreise auf den Gütern des Meisterthumes in Schlesien, und wohnte in Troppau der Profeßablegung von vier Novizinen der Ordensschwestern bei. Dort befiel ihn ein Unwohlseyn, welches der Vorbote seines Todes war. Als er nach der Rückkehr aus Schlesien einige Zeit in Wien verweilte, nahm er gleichsam Abschied von dem Hofe des Herzogs von Modena, der sich dort aufhielt; dann ging er nach Frohsdorf um auch von seiner Nichte, der Gräfin Chambord, Abschied zu nehmen, welche er schon zur Vollstreckerin seiner guten Werke und seines letzten Willens bestimmt hatte. Er sprach den Wunsch aus, es möge ihn, auch wenn er krank würde,

Niemand besuchen, wenn er ihn nicht selbst rufe. „Ich wünsche", sagte er zu einer vertrauten Person, „mit dem nöthigen Beistand versehen zu sterben, aber in Frieden, ohne so viele Leute um mich." Den Rest des Winters 1862 bis 1863 brachte er auf seinem Lieblingssitze Ebenzweyer mit wenigen Personen seines Hauses und seines Vertrauens zu. Am 23. März 1863 zeigten sich ernste Spuren der Wassersucht, welche ihn befallen, indem sich zuerst eine Ohnmacht einstellte, später Beunruhigungen und nächtliche Beängstigungen. Der Erzherzog berief sogleich zwei Schwestern vom heiligen Carl Borromäus aus Gmunden und gestattete dem Herzog von Modena, sowie dem Grafen und der Gräfin Chambord auf einen kurzen Besuch zu ihm zu kommen. Den Besuch der Herzogin von Modena nahm er aus Rücksicht für ihre angegriffene Gesundheit nicht an. Am 7. Mai besuchten ihn seine drei Neffen. Er empfing sie sitzend, da er fast nicht mehr im Bette liegen konnte, und nachdem er ihnen seine Dankbarkeit bezeugt hatte, sagte er endlich schnell: „Dießmal ist es aus! Ich fühle es. Die Nächte sind am qualvollsten, ich befinde mich jede Nacht nur zwei Finger vom Tode. Ich bin ganz ruhig, habe Alles in Ordnung gebracht; ich bin bereit." Er hob dann Augen und Hände gegen Himmel, und mit einem Ausdruck der Allen, welche gegenwärtig waren, unvergeßlich ist, fügte er bei: „Es geschehe was Gott will! Jetzt habe ich schon einen großen Theil der Leiden durchgemacht, Gott hat mir die Gnade gegeben mich zu dem großen Schritte vorzubereiten; wer weiß, ob ich es ein anderesmal thun könnte wie jetzt; ich bin alt, in einem Jahre würde mich das Uebel vielleicht wieder ergreifen; ich wünsche nicht noch einmal von vorne anzufangen."

Am 13. Mai empfing der hohe Kranke die heilige Wegzehrung. Er beichtete sodann beinahe jeden Abend, und empfing oft in seiner Krankheit bei der heiligen Messe, welche im nächstgelegenen Zimmer täglich gelesen wurde, die heilige Communion. In einer besonders leidensvollen Nacht begehrte

er die letzte Oelung. Er vernahm hiebei die tröstlichen Gebete der Kirche mit der andächtigsten Aufmerksamkeit und betete mit fester Stimme mit. Nach dem Empfange des Sakraments rief er aus: „Gott sei Dank! Jetzt ist Alles geschehen, ich bin bereit, wie Gott will.“ Inzwischen war der heilige Vater von dem bedenklichen Zustande des Erzherzogs in Kenntniß gesetzt und sandte ihm ohne Verzug den apostolischen Segen und sein Bildniß mit einem eigenhändig darunter geschriebenen Spruche, was den Erzherzog tief bewegte und ihm zum großen Troste gereichte.

Am 31. Abends wünschte er noch einmal die heilige Beichte zu verrichten. Des folgenden Morgens fühlte er sich nach einer ruhigen Nacht ganz ungewöhnlich wohl, freute sich dessen, dankte Gott dafür, und bemerkte, daß heute der Geburtstag seines Vaters und seines Neffen sei. Von seinem Bett aus hörte er die heilige Messe, gab dann seinem Kammerherrn, dem Baron Riesenfels, mit gewohnter Geistesfrische einige Aufträge und bewilligte mehrere wohlthätige Unterstützungen. Dann unterhielt er sich längere Zeit mit dem P. Stöger, welcher am 30. in Ebenzweyer angekommen war. Kaum eine halbe Stunde später, wurde er in Gegenwart seines Leibarztes, der beiden Klosterfrauen und seines Beichtvaters plötzlich und unerwartet von einem Herzkrampf ergriffen und hauchte in wenigen Augenblicken, ohne allen Todeskampf, nach empfangener General-Absolution seine mit Gott vereinte Seele aus.

Am 2. Juni wurde seine Leiche, die nach seiner testamentarischen Anordnung nicht eröffnet werden durfte, in einem Zimmer neben der Hauskapelle ausgestellt. Es war ein merkwürdiges Zusammentreffen, daß in diesem Jahre das Frohnleichnamsfest gerade auf einen Tag fiel, wo die Leiche des Erzherzogs ausgestellt war. Der hohe Verstorbene feierte dieses Fest am liebsten zu Ebenzweyer, unter dem dortigen frommen gläubigen Volke. Mehr als einmal richtete er seine Reise selbst aus Italien so ein, daß er zur Zeit dieses Festes

in Ebenzweyer eintraf. Der große Balkon seines Schlosses wurde in einen Altar verwandelt, mit Blumen und Reisig und vielen Bildern geziert. In der Großmeisters-Uniform begleitete der Erzherzog die Prozession. Auch dießmal war der Balkon als Altar festlich geschmückt und die Frohnleichnams-Prozession zog feierlich um das Schloß herum. Der Hoch- und Deutschmeister hatte die Uniform angethan, den Ordensmantel um und den Degen an der Seite. Aber er ging nicht mit der Prozession, er blieb still und stumm im Schlosse, denn er ruhte auf der Bahre.

Am 6. Juni fand das Begräbniß statt. Dem Zuge der Leidtragenden hatte sich eine unabsehbare Volksmenge, wohl bei 12,000 Menschen, angeschlossen. Nach einer Bestimmung seines Testamentes, daß er in jener Pfarrei begraben werden wolle in welcher er sterben werde, wurde er in Altmünster, in einer gemauerten Gruft beigesetzt. Als die Menge sich vom Grabe entfernte, hörte man ausrufen: „Leb wohl Maximilian! Wir beten für dich, bitte du für uns." Diese Worte waren auch die letzten, welche der Erzherzog seiner Nichte, der Gräfin Chambord, wenige Tage vor seinem Tode gesagt hat. „Du betest für mich, ich bete für dich."

Nachdem wir den Erzherzog Maximilian auf seinem langen Lebensgange von der Wiege im königlichen Schlosse zu Monza bis zur stillen Gruft in Altmünster begleitet haben, bleibt uns noch übrig, an der Hand seines Biographen, einen Blick auf seine Tugenden und seine Werke zu werfen.

Sein Glaube, sein Eifer für die Kirche, seine Liebe zum Gebet ist schon aus der bisherigen Darstellung ersichtlich. Sein mitleidiges Herz, seine Liebe zu den Armen bewog ihn zu den großartigsten Opfern. Es war menschlich und verzeihlich, daß ihn öfters die Ungeduld zu übermannen schien, wenn er von allen Seiten mündlich und schriftlich, oft aus fernem Lande her bestürmt und belästigt wurde. „Man kann nicht allen Menschen helfen", rief er aus. Wenn er während seiner jährlichen Rundreise auf den Besitzungen des deutschen

Ordens manchmal spazieren gehen wollte und bemerkte, daß ihn schon wieder eine Schaar Armer erwarte, so sagte er zu seinem Begleiter: „Sehen Sie die Leute dort! Man kann nicht einen Schritt aus dem Hause gehen! Ach nehmen wir einen andern Weg." Kaum war er einige Schritte weiter gegangen, so sprach er: „Wenn ich ihnen aber nichts gebe, woher werden sie dann etwas bekommen?" Und er kehrte um und theilte Almosen aus. Ein anderesmal bemerkte er vom Fenster aus, wie am eisernen Gitter des Schloßgebäudes eine Schaar Armer auf ihn wartete. „Da sind sie schon wieder!" rief er aus. „Man hat keine Ruhe! Lengauer geben Sie mir meinen Rock!" Und er ging hinab und theilte ihnen Gaben der Liebe aus. Wenn an einem Tage weniger oder gar keine Armen sich versammelt hatten, war er übel gelaunt, und wenn er hörte, daß die Bedienten Hülfsbedürftige zurückgewiesen hatten, so wurde er ganz böse und sprach mit Unwillen: „Ich will es durchaus nicht, daß man die Armen abschaffe. Der Mensch soll und muß auch das Elend sehen." Was solche Liebesgaben nach und nach für Summen ausmachten, kann man daraus schließen, daß während der drei Jahre des Linzer Festungsbaues wochentlich vierhundert Gulden, zusammen also über 60,000 Gulden ausgegeben wurden. Für Kranke und Leidende hatte der Erzherzog eine außerordentliche Theilnahme. Ueberall auf seinen Besitzungen hatte er besoldete Aerzte angestellt und auf seinen Reisen wies er seinem Leibarzte, der ihn begleitete, überall Beschäftigung an; ja er suchte die Kranken persönlich heim und es kam häufig vor, daß er in weiter Entfernung jeden zweiten Tag in's ärmste Häuschen ging, um Krankenbesuche zu machen. Manche spezielle Medikamente schrieb er den Kranken selbst vor und theilte sie den Armen mit, zu welchem Zwecke er gewöhnlich unter dem Reisegepäcke eine kleine Apotheke mit sich führte. In Mähren und Schlesien wendeten sich e kranke Landleute wegen ärztlicher Hülfe ganz unbefangen ist an den Herrn Deutschmeister, wie sie ihn zu

nennen pflegten, und reisten selbst aus der Ferne zu, wenn seine Ankunft erwartet wurde. In Oberösterreich nannten ihn die Landleute gewöhnlich nur Maximilian, und die Leute kamen 20 Meilen weit herbei um ihre Anliegen vorzubringen. Kaum wird je ein fürstliches Haus so fern von aller Etikette und allem Hochmuthe gewesen seyn, als der übrigens sehr ernste und würdige Hofstaat des Hoch- und Deutschmeisters. Nicht bloß auf dem Lande, sondern auch in der Hauptstadt wurde selbst den Armen und Unbekannten, so oft sie darum ersuchten, der Zutritt gnädigst gewährt und der Erzherzog stand ihnen nach Möglichkeit bei, ohne daß ihnen irgend ein Vermittler nöthig gewesen wäre. Wenn er durch eine zeitliche Hülfe irgend einen Unglücklichen und Bedrängten aus einer Seelengefahr erretten konnte, wie dieß mehr als einmal sich ereignete, so war er auch zu größeren Opfern bereit. So ließ er sich z. B. herbei, oft bedeutende Schulden zu bezahlen, die Jemand aus Leichtsinn gemacht und durch welche derselbe sich in's Unglück gestürzt hatte; oder er gab braven Mädchen eine Aussteuer, um sie einer Gefahr zu entziehen. In solchen Fällen pflegte er auszurufen: „Da habe ich eine Seele gerettet! Da habe ich eine Seele gerettet!“ Sein Seelen-Eifer bewog ihn, jährlich bedeutende Beträge zu Pensionen für studirende Jünglinge, Unterstützung für Militärs, Wittwen und Waisen u. s. w. zu spenden. Noch größer waren die Summen, welche er zum Baue oder zum Unterhalte von Klöstern verwendete; so gab er z. B. Beiträge von 10—30,000 Gulden für die Mechitharisten, die Redemptoristinen, die barmherzigen Schwestern, die Frauen vom guten Hirten, die Schulschwestern, Karmeliterinen u. s. w.

Hätte sein liebendes Herz auch nichts Anderes gethan, als die Stiftung der barmherzigen Schwestern in Wien möglich zu machen, so könnte dieß allein genügen, sein Andenken in der Kaiserstadt unsterblich zu erhalten. Er kaufte nach und nach die Häuser, welche die Schwestern zu Gumpendorf bis zur Stunde noch bewohnen, er baute daselbst, was

nöthig war, für die Schwestern und für die Kranken, er stellte die Kapelle her, die Krankensäle, die Wohnungen für die Schwestern und für den sie leitenden Priester; endlich im Laufe der Jahre auch die Wirthschaftsgebäude. Er vergaß auch darauf nicht für die Lebensbedürfnisse der Schwestern und der Kranken durch bleibende Fonds zu sorgen, so daß die großmüthige Gabe, die er zu diesem Werke der Barmherzigkeit verwendete, ganz gewiß die Summe von 200,000 fl. erreichte.

Er fügte außerdem noch ein Geschenk hinzu, welches die Zartheit seines liebenden Herzens für Jedermann begreiflich andeutet. Er hatte nämlich Mitleid mit den armen, schwachen, geopferten Schwestern, welche täglich, um die Kranken zu pflegen, von der weit entlegenen Vorstadt Gumpendorf in die Stadt eilen mußten und wieder zurück. Da muß abgeholfen werden, dachte er, und bestellte für sie einen eigenen Wagen, der diese Sendbotinen der christlichen Liebe jeden Tag im Jahr in die Stadt und wieder zurück nach Hause führen sollte. Dieser Wagen fuhr auf Rechnung des edlen Mannes seit beinahe 30 Jahren bis zu seinem Tode auf dem Weg der christlichen Liebe hinein und hinaus, und selbst schon sterbend vergaß er dieses Liebeswerk nicht; denn er hinterließ in seinem Testament für die armen barmherzigen Schwestern so viel, daß durch das Erträgniß seines Legats seine gewöhnlichen Liebesgaben wie auch die Auslagen für den Wagen gedeckt wurden.

Außer seinem deutschen Orden war der Erzherzog vorzüglich der Congregation der Redemptoristen und der Gesellschaft Jesu zugethan. Bald nach Einführung der Redemptoristen in Wien wendete man sich an seine bekannte Wohlthätigkeit wegen der Gründung ihres Noviziates. Der Erzherzog trat ihnen zu diesem Zwecke in der Ortschaft Weinhaus bei Wien ein Haus mit einem schönen Garten ab, welches sie bis zum Jahre 1848 benützten. Nach der Vertreibung der Redemptoristen durch die Revolution schrieb man

mit großen Buchstaben auf dieses Haus: „National-Eigenthum". Dagegen protestirte jedoch der Erzherzog und wies urkundlich nach, daß er der legitime Eigenthümer des gedachten Hauses sei. Das edle Wort „Nationaleigenthum" mußte also wieder ausgelöscht werden.

Besonders wichtig ist die Redemptoristen-Congregation in dem erzherzoglichen Schlosse zu Puchheim in Oberösterreich. Er berief in dasselbe fünf Redemptoristen-Priester, trat ihnen das untere Stockwerk des Schlosses zur Wohnung, einen großen Garten zur Benützung und die schöne Schloßkapelle zum öffentlichen Gebrauche ab, fundirte mit einer entsprechenden Summe ihren Unterhalt, und stellte die einzige Bedingung, daß die Patres den Gottesdienst in der Kirche versehen und für die Männer der Umgebung geistliche Uebungen abhalten sollten. Zu diesem Zwecke wurden die nöthigen, wenn auch kostspieligen Bauten geführt und die leeren Zimmer des Schlosses eingerichtet, um die Gäste darin aufzunehmen, welche gegen die Entrichtung eines kleinen Kostgeldes durch fünf oder acht Tage dort wohnen und verpflegt werden sollen, während sie den Exercitien obliegen.

Die Zahl der Landleute, die sich oftmal im Jahre, namentlich den ganzen Winter hindurch in Abtheilungen von 30, 40 bis 60 Männern dort einfinden und zum Guten entflammt werden, beläuft sich im Laufe der Jahre bis zur jetzigen Stunde wohl auf Tausende. Und der Segen Gottes zu diesem ausgezeichneten, durch den Erzherzog in's Leben gerufenen Werke verspricht in Zukunft für Oberösterreich Früchte in noch größeren Dimensionen, weil für die 1860 aus Italien vertriebenen und in Puchheim Zuflucht suchenden Redemptoristen auch das obere Stockwerk des Schlosses zum Gebrauche der Religiosen und des Volkes von dem großmüthigen Stifter abgetreten wurde, so daß ihm zur Zeit seines Lebens und jetzt seiner durchlauchtigen Erbin im eigenthümlichen Schlosse nur ein paar Zimmer verblieben.

Der glückliche, alle Erwartung übersteigende Erfolg dieser

Stiftung eines Exercitienhauses zu Puchheim hatte bei dem Rector des Ordenshauses der Redemptoristen zu Leoben in Steyermark, welcher früher zu Puchheim war, den Wunsch rege gemacht, auch in der dortigen Gegend auf ähnliche Weise für das Seelenheil des Landvolkes wirken zu können. Derselbe verfügte sich sonach nach Frohsdorf, als der selige Erzherzog im Jahre 1862 das letzte Mal dort einige Tage verweilte, und stellte an ihn die dringende Bitte durch seine Gnade dieß möglich zu machen. Der Erzherzog konnte der Schilderung der zu hoffenden Seelenfrüchte nicht widerstehen, begab sich in die Schloßkapelle, und nach inbrünstigem Gebete vor dem Allerheiligsten und dem Bilde des Gekreuzigten hob er Hände und Augen gegen Himmel und faßte den Entschluß, die Bitte zu gewähren. Er ließ sonach den Bau des dortigen Klosters erweitern, was einen Aufwand von 18,000 fl. erheischte.

Ebenso hatte der Erzherzog schon in früheren Jahren ein sehr namhaftes Almosen gegeben, als im Kaiserthume die Sammlung angestellt wurde, um das Kloster in Wien bei der Kirche Maria Stiegen zu bauen. In Schwarzbach bei Littau, ganz nahe an der Eisenbahn, räumte er den Redemptoristen in Mähren ein schönes Haus mit einem Garten ein, und deponirte für ihren Unterhalt bei dem Olmützer Domcapitel eine genügende Summe; auch ließ er neben dem Hause eine ganz neue Kirche mit zwei Thürmen erbauen.

Einer ähnlichen großartigen Freigebigkeit des Erzherzogs Maximilian hat auch die Gesellschaft Jesu in den österreichischen Provinzen ihre Häuser und den Bestand derselben wenigstens zum großen Theile zu verdanken. Von dem Collegium auf dem freien Berge war schon früher die Rede. Zum Ankauf eines Hauses für die Gesellschaft Jesu in Innsbruck, welches auch ein Erzherzog Maximilian mit Namen, ebenfalls ein Hoch- und Deutschmeister, vor zwei Jahrhunderten der Gesellschaft Jesu geschenkt hatte, gab er

einen namhaften Beitrag. Ebenso kaufte er das ehemalige Cisterzienser-Stift zu Baumgartenberg in Oberösterreich, welches als Noviziat-Haus benützt wurde, und das in Privathänden befindliche alte Jesuitencollegium zu Preßburg für die Gesellschaft Jesu an. Er trug einen bedeutenden Theil der Kosten für die Uebersiedlung des Noviziats nach St. Andrä im Lavantthale. Auf diese Weise kann der Erzherzog als der Gründer der meisten Ordenshäuser der Jesuiten und Redemptoristen in den deutschösterreichischen Provinzen angesehen werden. Auch um die Wiedereinführung der Jesuiten in Wien hat sich der Erzherzog große Verdienste erworben.

Wenn man alle die Summen, welche der Hoch- und Deutschmeister für religiöse Zwecke aus seinem eigenen Vermögen ausgab, zusammen zählen könnte, so würde man viele Millionen herausbringen, und man kann in Wahrheit sagen, daß er in dieser Richtung mehr gethan hat, als selbst die größten um das Wohl der Kirche so eifrig besorgten Kaiser früherer Jahrhunderte.

Obwohl die Thätigkeit des Erzherzogs zumal in der letzten Periode seines Lebens vorzugsweise dem Himmel zugewendet war, vernachlässigte er doch keineswegs die irdische Seite desselben und insbesondere beschäftigte er sich sein ganzes Leben lang, wie wir bereits gesehen haben, mit den Kriegswissenschaften. Auch in anderen Richtungen entfaltete er eine nie ermüdende Thätigkeit. Er stand gewöhnlich mit Tagesanbruch auf und weihte die ersten Morgenstunden vor Allem der Erfüllung seiner religiösen Pflichten. Abends zog er sich gerne zeitlich zurück und unterließ niemals sein Tagewerk mit dem Abendgebete zu beschließen. Jedes wichtige Geschäft, seine Kriegsübungen, der Lagerbau, seine Studien, wurden mit Gebet angefangen und beendet. Er war dem Gebete trotz seiner fortwährenden Kriegsstudien so sehr ergeben, daß man scherzend sagte: „Der Erzherzog denkt an nichts, als an's Beten und Menschen umbringen.“ Daß er aber auch an andere Dinge dachte, davon geben seine hinter-

lassenen Schriften Zeugniß, von welchen zwar die Mehrzahl, aber doch nicht alle kriegswissenschaftlichen Inhaltes sind.

Er hinterließ nämlich: 1) Ein militärisches Werk unter dem Titel: Versuch eines Kriegssystemes des österreichischen Kaiserstaates, welches als Manuskript gedruckt wurde; dasselbe umfaßt 2389 Druckseiten in Großquart und enthält 258 Pläne und Figuren und Tabellen. Es behandelt das ganze Heerwesen des österreichischen Kaiserstaates sowohl in militärischer als statistischer und technischer Beziehung, und insbesondere in Anbetracht der speziellen Wehrfähigkeit der einzelnen Völkerstämme und Länder, und der Kriegstüchtigkeit der daraus gezogenen Truppen. Es handelt ferner umfassend über die spezielle Vertheidigung seiner Fronten gegen andere Staaten und als nothwendig erachteten Lagerbauten. Zu letzterem Zwecke bereiste der Erzherzog persönlich alle Provinzen und Grenzen und ließ besonders solche strategisch wichtige Punkte aufnehmen, welche zur Lager-Befestigung — der originellen Lieblingsidee des Erzherzogs -- geeignet erschienen.

2) Eine Abhandlung über das Bauen auf zusammen gedippelten Ziegeln. Dieses technische Werk, welches 50 Druckseiten in Großquart und 34 Pläne mit vielen Figuren enthält, handelt über die vom Erzherzoge gemachte Erfindung der Dippelziegel und deren Verwendung zu Bauten. Der Erzherzog verlangte für diese Erfindung ein auf seinen Hausingenieur lautendes Privilegium und es sollte das Erträgniß den armen barmherzigen Schwestern zugewendet werden. Er ließ mehr als 24 Bauobjekte nach diesem System in verschiedenen Orten ausführen, unter welchen das Knabenseminar auf dem freien Berge bei Linz, die Eckfronte des Spitals der barmherzigen Schwestern in der Vorstadt Gumpendorf in Wien, die Kirche und das Klostergebäude zu Schwarzbach bei Littau in Mähren und das Deutschordens-Commendenhaus in Troppau die hervorragendsten sind.

3) Eine kleine Broschüre über Geld und Münzverhältnisse. Diese 32 Seiten starke Broschüre wurde im Jahre 1860 als Manuskript gedruckt. Dieselbe enthält den Vorschlag einer Maßregel um das Gleichgewicht zwischen den Staatseinnahmen und den Staatsausgaben in Oesterreich herzustellen.

4) Eine Sammlung von Denksprüchen, im Jahre 1855 bei Fr. Manz in Wien anonym gedruckt, enthält in 36 Abschnitten auf 260 Seiten eine große Auswahl der schönsten Sprüche und Gedanken ausgezeichneter Männer verschiedener Nationen, welche sich auf die sittlichen Tugenden und die edelsten Lebensverhältnisse des Menschen beziehen. Dasselbe Werk erschien bedeutend vermehrt unter dem Titel: Quelques Verités utiles in französischer Sprache bei E. Dentu 1858 in Paris ebenfalls ohne Angabe des Autors. Aus den hinterlassenen Manuskripten des Erzherzogs ließen sich ganz leicht noch zwei solche Bände zusammenstellen.

Der Erzherzog hatte in der letzten Zeit seines Lebens alle Papiere geordnet, geschieden, bezeichnet, so daß schon die bloße Aufschrift des Inhaltes über die Vielseitigkeit seines Nachdenkens Zeugniß gibt. Da findet man auf den hinterlassenen Cartons folgende Aufschriften: Baukunst, Dynamica, Juridica, Fabrikarbeiterinen, Finanzen, Mathematik, Maschinen, Mechanik, Politik, Sprachen, Vita organica, Zuchtpferde u. s. w. — Ueber Oesterreich, das ihm so sehr am Herzen lag, findet sich ein ganzes Heft politischer Aufsätze vor; z. B. Stellung Oesterreichs zu Deutschland, Ständeorganisirung, vier Ländergruppen des österreichischen Kaiserthums, über Oesterreichs Bestimmung, über Beurlaubung der Soldaten und Hebung der Volksschulen, die Entcentralisation das Heil des österreichischen Kaiserthums, über das Grundsteuersystem, über Staatsregierung, Reichsrath und Verantwortlichkeit der Minister. Ebenso behandelte der Erzherzog in eigenen vermischten Aufsätzen sehr interessante Gegenstände, z. B. einen Plan zur Ordnung von Münzsammlungen, um

hieraus die Volksstämme zu erkennen, welche nach und nach die Welt bevölkert haben; über das Schicksal, das allen Volksaufwieglern bevorsteht; Vorschlag zur Erhaltung der Telegraphenstangen; über die Farbenlehre; über den Unterschied des deutschen und italienischen Bauern.

Schließlich werfen wir noch einen Blick auf die Ordenstugenden, welche der Erzherzog als Deutschordens-Ritter übte. Den Gehorsam übte er durch die pünktliche Beobachtung der Vorschriften seines Ordens; jeden Tag betete er den vorgeschriebenen Rosenkranz und das vorgeschriebene Tischgebet. Die heilige Communion empfing er nach der Sitte des Ordens immer im weißen Ordensmantel, selbst dann wenn er gemeinschaftlich mit dem übrigen Volke zum Tische des Herrn ging. Das Gelübde der Keuschheit bewahrte er unverbrüchlich. Wie sehr er auch das Gelübde der Armuth ernstlich nahm, das zeigt nicht bloß die Verwendung, die er von seinem Vermögen machte, sondern auch die äußerste Einfachheit seiner Kleidung und der Einrichtung seiner Zimmer, namentlich in seinem Schlosse zu Ebenzweyer, wo man kein gemaltes Zimmer, keine Tapeten, keinen parketirten Boden, keine eleganten Vorhänge, kurz keine Spur von Luxus oder sonst wahrnahm. Als er im J. 1855 auf der Reise durch Tyrol nach Modena im Priesterconvente zu Lana abstieg, verlangte er ausdrücklich, sein Zimmer solle keine andere Einrichtung haben, als ein Bett, einen Tisch, einen Stuhl. In einem seltenen Grade übte er auch die Tugend der Selbstverlängnung. Wenn die Umstände oder die Liebe zu den Seinen es nicht erheischten, versagte er sich beinahe jede Zerstreuung und war immer auf seine Studien und seine Geschäfte bedacht. Er trank gewöhnlich weder Wein noch Bier noch ein anderes geistiges Getränk, und begnügte sich mit Wasser. Um von Gott eine gewisse Gnade zu erlangen, nahm er sich vor, den Sinn des Geschmackes abzutödten und den Kaffee ohne Zucker zu trinken. Er setzte diese kleine Selbstüberwindung 50 bis 60 Jahre lang täglich fort. Noch größer war die innere

Selbstverläugnung, mit welcher er den vielfältigen und dauernden Widerspruch ertrug, den seine Unternehmungen, Erfindungen und Vorschläge von allen Seiten erfuhren. Er hegte deßwegen gegen Niemand einen Groll im Herzen und war so gewissenszart, daß er bei der Mittheilung dessen, was ihm wehe that, niemals den Namen desjenigen nannte, der seinen Ansichten entgegen trat.

Zur Vollendung seines Bildes noch einige Züge. Der Erzherzog hörte gern und geduldig die Meinung Anderer und gab die seinige auf, wenn die der Andern ihm begründeter schien. „Ihre Idee ist viel mehr werth als die meinige“, sagte er in einem solchen Falle, und war im Stande einen Entwurf, den er geschrieben hatte, ins Feuer zu werfen. War er aber einmal für irgend ein Werk eingenommen, so führte er es ohne alle Rücksicht auf die Kosten und auf die entgegenstehenden Hindernisse aus. Wurde aber etwas unternommen was gegen seinen Sinn war, so blieb er der Sache immer fremd, gab keine Beihülfe dazu und zeigte kein Interesse dafür.

Was die äußere Erscheinung des Erzherzogs betrifft, so war sein ganzer Körperbau stark und gesund, nur die Beine waren in Folge mehrmaliger Gichtanfälle etwas steif. „Bei Pferden“, pflegte er scherzweise zu sagen, „nennt man das den Spath.“ Wenn er etwas besonders erfreuliches oder etwas spaßhaftes erzählen hörte, rieb er sich die Hände, schwang die Arme und lief einige Schritte vorwärts. Sein Auge hatte, besonders in den letzten Jahren seines Lebens, einen etwas melancholischen Ausdruck. Uebrigens blieb seine Sehkraft bis an sein Lebensende so stark, daß er nicht nöthig hatte, beim Lesen auch der kleinsten Schrift Gläser zu gebrauchen; die körperlichen Gebrechen und Schwächen des hohen Alters stellten sich bei ihm erst ein halbes Jahr vor seinem Tode ein.

Aus dem Testamente des Erzherzogs geht hervor, daß ihn bei Vertheilung seines Nachlasses der Gedanke leitete, der

ihn bei seinen Lieblingswerken im Leben beseelte, nämlich immerdar Gutes zu thun und seine zeitlichen Mittel nicht zu einem lachenden Lebensgenuß für sich und für Andere, sondern für ernste Zwecke der Verherrlichung Gottes und der christlichen Liebe zu verwenden, so daß das ganze Eigenthum, welches Gott ihm anvertraut hat, auf Zinsen angelegt sei, die im Himmel sollten ausgezahlt werden.

Schließen wir dieses Lebensbild des seligen Erzherzogs mit den schönen Worten seines Biographen: „Die Berufstreue in Erfüllung seiner Pflichten, die Verachtung der Welt mitten in ihren höchsten Kreisen, das Gebet und der eifrige Gebrauch der Heilsmittel unserer göttlichen Religion, der Eifer für die Verherrlichung Gottes und die Kirche Jesu Christi, eine Wohlthätigkeit und Freigebigkeit bei Werken der christlichen Nächstenliebe, die kaum ihres Gleichen hat, Selbstverläugnung und Großartigkeit in allen seinen Anschauungen und Unternehmungen, endlich eine bewunderungswürdige Thätigkeit bei der Regierung seines Ritterordens und die Stiftung und Gründung von Ordensgemeinden, welche mit dem Beistande Gottes segensvoll auch für künftige Generationen thätig seyn sollen: Alles dieß sind praktische Beweise, daß der Arm des Herrn nicht verkürzt ist und daß Gott unter allen Ständen sich von Zeit zu Zeit Männer erwählt, die uns nach Maßgabe unseres Berufes als Vorbild dienen können."

XL.

Die Königin Marie Antoinette nach ihrem neuestens herausgegebenen Briefwechsel.

II.

Die Zahl der von den Herren v. Hunolstein und Feuillet de Conches veröffentlichten Briefe vom Ende des J. 1780 bis 1789 ist nicht bedeutend; der Erstere theilt 26, der Letztere 17 mit; auch ob alle ächt sind, muß dahingestellt bleiben. Offenbar hatte die Königin keine so intime Freundin mehr, wie ihre Mutter gewesen, und keine Veranlassung mit irgend Jemand einen so regelmäßigen vertrauten Briefwechsel wie mit der Letzteren zu führen. Es läßt sich daher auch ihren dem Ausbruche der Revolution vorhergehenden Schreiben kein Bild ihres Lebens oder eine Mittheilung über alle dasselbe füllenden, für sie so wichtigen Ereignisse entnehmen. Man kann indessen zwei Kategorien dieser Briefe unterscheiden, nämlich 1) die ihr Privatleben und 2) die ihre Theilnahme am Staatsleben betreffenden.

Es kann sich im gegenwärtigen Berichte nicht darum handeln, mit Hülfe anderer Quellen eine wenn auch noch so kurze Skizze des Lebens der hohen Fürstin zu geben. Man weiß, daß es im Grunde nichts weniger als erfreulich war,

daß sie aber im Bewußtseyn ihrer Schuldlosigkeit bestrebt war, die vielen ihr zu Ohren kommenden Verleumdungen und üblen Gerüchte, wenn zuweilen auch mit Schmerz, doch mit Geduld zu ertragen. Sie ließ sich nicht abhalten, ein gemüthliches Privatleben, namentlich im Parke des kleinen Trianon, im Kreise vertrauter Freundinen und einiger Freunde dem steifen prunkenden Hofleben vorzuziehen, und sich dadurch nicht beirren, daß sie von Lästerzungen hoher und niederer geheimer Feinde deßhalb verunglimpft wurde. Die Denkwürdigkeiten der täglich um sie gewesenen Madame Campan schildern ihr Leben als durchaus fleckenlos, obschon zuweilen als nicht so vorsichtig, wie es bei ihr, der noch immer bei den Franzosen unbeliebten „Oesterreicherin" hätte seyn sollen. Zwar haben die neueren Geschichtschreiber die vielen Verdächtigungen gegen sie längst als böswillige Anfeindungen erkannt, doch lassen manche noch unverdiente Schatten fortbestehen. Sie mag der Putz- und Vergnügungssucht wohl sehr gehuldigt haben, indeß steht es geschichtlich fest, daß sie, ebenso wie ihr Gemahl, sich keine Verschwendungen in ihrem Privatleben zu Schulden kommen ließ.

Der König hatte ihr durch den ihm sonst sehr unbeliebten Abbé Vermond die Nachricht vom Tode ihrer Mutter mittheilen lassen. Ihr Schmerz war unaussprechlich; sie legte sogleich Trauerkleider an, noch bevor die Hoftrauer angekündigt wurde. Den 10. Dezember bat sie den Grafen Mercy dem Fürsten Kaunitz ihr Herzeleid über das unerwartete Ereigniß zu melden (Feuillet I. S. 127). Sie schreibt in einem andern Billet (bei Hunolstein S. 94) daß auch der König untröstlich sei. Hunolstein veröffentlicht ferner zwei an ihren Bruder Kaiser Joseph geschriebene Briefe vom 4. und 8. Dezember, deren Inhalt aber mehr politischer Natur als ein Ausdruck kindlich schwesterlicher Gefühle ist, mit Anspielungen auf den König von Preußen und der Versicherung, sie werde für ihren Bruder so handeln, wie sie für die Mutter gehandelt habe und stets aufrichtig seyn. Das Ver-

hältniß beider Schreiben zueinander ist aber von der Art, daß der Brief vom 8. nicht geschrieben worden seyn kann, wenn sie den vom 4. schrieb, welchen Hunolstein für eine von ihrer eigenen Hand gefertigte Copie erklärt. Er läßt sodann einen Brief Antoinette's an ihre Schwester Marie Christine vom 16. Februar 1781 folgen, in welchem keine Spur von Betrübniß mehr sichtbar ist, indem sie schildert, wie wohl sie sei, daß sie Schlittschuh laufe. Sie vertheidigt darin gegen die Schwester die Gesellschaft der Freimaurer, welche (wie man ihr versichere) kein Verein von Atheisten sei, indem bei ihnen der Name Gottes aus jedem Munde zu vernehmen sei. „Es ist in Wahrheit eine Gesellschaft für Wohlthätigkeit und Unterhaltung; man ißt da viel und man plaudert und singt viel; wie der König sagt, ist es nicht denkbar, daß diese singenden und trinkenden Leutchen Verschwörer seien.“ Sie erzählt, vor wenigen Tagen sei die Prinzessin von Lamballe (bekanntlich ihre intimste Freundin) zur Großmeisterin einer Loge ernannt worden, und habe ihr alle diese schönen Sachen erzählt *). Zwei Briefe Antoinette's an diese hohe Dame (bei Feuillet I. S. 128 und 129, deren ersten auch Hunolstein S. 91 gibt) vom 9. November 1781 sprechen ihre Theilnahme aus an der schweren Erkrankung des ihr und dem Könige sehr werthen Schwiegervaters von Penthievre; einer der Briefe enthält einige auf die Prinzessin v. Lamballe als Sängerin bezügliche scherzhafte Verse. Im zweiten sagt die Königin derselben: ihre Mittheilungen über die Maurerlogen seien ihr interessant gewesen. Den 22. Oktober war die Königin zum zweitenmale Mutter geworden und zwar mit einem Prinzen, der leider den 4. Juni 1789 wieder starb. In einem Briefe vom 22. Januar 1782 (bei Feuillet S. 132) dankt sie ihrer Schwester Marie Christine

*) In einer Note S. 131 referirt Feuillet de Conches: die Prinzessin Lamballe sei wirklich den 20. Februar 1781 Großmeisterin einer kurz vorher errichteten Damenloge geworden.

für ihre Theilnahme an jenem freudigen Ereignisse, und benachrichtigt sie von der lebensgefährlichen Erkrankung ihrer Tante Sophie (welche wirklich den 3. März darauf starb). Einen anderen Dankbrief, schon vom 28. November, für die ihr über des Prinzen Geburt vom Fürsten Kaunitz gewordenen Beglückwünschungen theilt Hunolstein S. 99 mit. Im Juni 1782 kamen der Großfürst von Rußland (später Kaiser Paul I.) und seine Gemahlin die Prinzessin von Württemberg nach Paris, als Comte und Comtesse du Nord, und wurden bestens aufgenommen. Drei Briefe, einer an Mercy-Argenteau, einer an Kaiser Joseph (beide bei Hunolstein S. 100 und 101) und einer an Marie Christine (bei Feuillet I. S. 137) beziehen sich auf diesen hohen Besuch. Im ersten bittet sie Mercy, die hohen Gäste zu einem Souper in Klein-Trianon einzuladen. In den beiden letzteren schildert sie deren Persönlichkeiten; von der Großfürstin sagt sie: dieselbe benehme sich mit einer gewissen steifen Kälte und mache sich bei jeder Gelegenheit gerne mit ihrem Wissen geltend. Uebrigens könne man unmöglich das Französische besser sprechen als die russischen Herrschaften. In demselben Briefe beklagt sie sich, daß der Cardinal Rohan sich heimlich in den Park von Trianon geschlichen habe, obgleich er wußte, daß er dieß nicht durfte (S. 103). Dieser Brief stimmt so sehr mit dem, was Mad. Campan I. 239 u. flg. von der Aufnahme und dem Benehmen des Großfürsten erzählt, überein, enthält auch die Mittheilung über Rohans unentschuldbare Keckheit so genau, daß man geneigt ist anzunehmen, der Brief sei mit Hülfe der Aufzeichnungen der Campan fabricirt worden. Marie Antoinette erhielt nach der Abreise des fürstlichen Paares einen Brief von der Großfürstin, den sie den 16. Juli 1782 auf das freundlichste beantwortet (Hunolstein S. 103). Später sandte ihr die Großfürstin ihr Porträt, was den 20. April 1783 mit einem in Sèvres gefertigten Putztisch, der ihr eigenes und des Königs Porträt trug, erwidert wurde (Hunolstein S. 105).

Dem Jahre 1783 gehören noch zwei Briefe von Marie Antoinette und dem Grafen Mercy an, worin dieser um die Qualifikation des Grafen Eterno als Gesandter nach Berlin befragt wird und günstige Antwort ertheilt (Feuillet S. 142, 143); ferner ein Brief an Marie Christine vom 16. Nov. 1783, enthaltend die Mittheilung über eine Fehlgeburt (Feuillet S. 145); endlich eine mit Erfolg gekrönte Bittschrift an ihren Gemahl für seinen Schlosserlehrmeister Gamin*), der später (1792) so undankbar war, daß er den die geheimen Papiere enthaltenden eisernen Schrank dem Nationalconvent verrieth (Feuillet S. 146, 147). Vom Jahre 1784 findet sich nur ein Brief und zwar bei Hunolstein (S. 106), in welchem die Königin ihrer Schwester eine neue Schwangerschaft meldet; es war die mit dem zweiten Dauphin der den 17. März 1785 das Licht der Welt erblickte.

In dieses und das folgende Jahr fällt die für Marie Antoinette und ihren Gemahl so schmerzliche Halsbandgeschichte. Es ist davon die Rede in vier bei Feuillet I. 151—169 und bei Hunolstein S. 103 — 126 gedruckten Briefen. In drei derselben an Marie Christine, geschrieben nach der Veröffentlichung des den Cardinal v. Rohan freisprechenden, der Königin selbst aber keine Genugthuung gebenden Urtheils, drückt sie ihren unsäglichen, an Verzweiflung grenzenden Schmerz hierüber aus. Die auf den Prozeß und seinen Ausgang bezüglichen Dokumente sind in dem schon angeführten dritten Bande des Hrn. Feuillet veröffentlicht, weßhalb wir auf das Nähere über diese die gänzlich schuldlose Königin so tief betrübende Geschichte nicht eingehen**).

---

*) Bekanntlich übte Ludwig XVI. zur Erholung das Schlosserhandwerk (Mémoires de Mad. Campan, tom.II).

**) Ausführliche Mittheilungen enthalten die Mémoires de Mad. Campan II, p. 1—26 und 272—292. S. auch Feuillet in einem längeren Excurse S. 156 — 169.

Dem Jahre 1787 gehören bei Hunolstein S. 126 ff. vier an Kaiser Joseph geschriebene Briefe und einer an Mercy; bei Feuillet acht Briefe (zwei an Mercy S. 178, 192, zwei an die Herzogin v. Polignac 183, 185) an. Der Brief an den Kaiser befaßt sich mit der Angelegenheit der Versammlung der Notabeln, von welcher die Königin nichts Gutes erwartet. Die Briefe an die Polignac drücken schon Besorgniß vor Unruhen aus. Sie bittet die Herzogin von der Badreise zurückzukommen und sie nie mehr zu verlassen. Die übrigen Briefe sind Gelegenheitsschreiben ohne Belang. In demselben Jahre (9. Juni) verlor die Königin ihre zweite am 6. Juli 1786 geborne Tochter.

Die Correspondenz nimmt seit 1788 mehr und mehr einen politischen Charakter an, und beweist, daß die Königin nicht bloß in den Gang des öffentlichen Lebens eingriff, sondern eingreifen mußte. Der schwache Ludwig XVI bedurfte einer moralischen, seiner Unentschlossenheit zu Hülfe kommenden Stütze; nach dem Tode seines ersten Minister Maurepas (im Nov. 1781) suchte und fand er sie in seiner Gemahlin, beging aber den großen Fehler, daß er sie selten genugsam in den Verlauf der Staatsangelegenheiten einweihte, so daß sie nicht die nöthige Detailkenntniß erhielt, um das Richtige zu rathen. Man überzeugte sich bald, sowohl am Hofe als anderswo, von ihrem Einflusse, und da die seit Jahren so sehr verleumdete Fürstin viel an Ansehen verloren hatte, so ward es Sitte sie für alle mißliebigen Maßregeln des Hofes verantwortlich zu machen. Ihre gefährlichsten Feinde waren am Hofe selbst; man legte ihr die Hinwegsetzung über die alte steife Hofetikette auf das schlimmste aus, und verdächtigte die bei den Franzosen schon deßhalb, weil sie eine Oesterreicherin war, so übel angesehene Fremde. Ja man beschuldigte sie, aus dem Staatsschatze Millionen an ihren Bruder Joseph geschickt zu haben, um durch diese Summe den Kaiser zu bestimmen, seine die Freiheit der Schelde sanktionirende Verordnung zurückzunehmen, während doch die Sache in Folge

eines Staatsvertrags von der französischen Regierung abgemacht war.

Die Ursachen der französischen Revolution und ihrer schrecklichen Wendung sind zu allgemein bekannt, als daß es nöthig wäre hier auf Näheres hierüber einzugehen. Die neueren Darstellungen beweisen zum Uebermaße, daß es Lügen sind, welche Marie Antoinette die so nachtheilig auf den Hof zurückwirkenden Anordnungen oder Schritte Ludwigs XVI. zuschreiben. Es steht jetzt geschichtlich fest, daß sie oft Besseres rieth als man befolgte. Sie sah oft weiter als der König und jedenfalls richtiger als dessen Brüder. Ihr Briefwechsel von 1788 bis 1791 liefert den Beweis, daß sie von den gegen sie erhobenen Anschuldigungen gänzlich freizusprechen ist. Obgleich von den althergebrachten Ansichten über das Königthum und über die Stellung des Adels und der Geistlichkeit beherrscht, begriff sie doch den Gang der Zeit und hatte auch für die tiefer stehenden Klassen der Gesellschaft die wohlwollendsten Gesinnungen.

Da man die Anbahnung vernünftiger Reformen durch Turgot verworfen hatte und der Verschwendung der Staatsgelder an unersättliche Günstlinge keine Schranken setzte, auch durch den amerikanischen Krieg mit England zu großen Ausgaben genöthigt wurde, so war die Finanzfrage stets dieselbe, und ward von Jahr zu Jahr deßhalb drohender, weil nicht bloß die beiden privilegirten Stände sich nicht zu Opfern herbeilassen wollten, sondern auch die Parlamente sich der Registrirung der heilsamsten Finanzverordnungen widersetzten, und es zu sogenannten Lits de justice und zu Exilirungen kommen ließen. Sie waren es, welche die seit 1614 unterlassene Versammlung der Reichsstände verlangten, ohne nur zu ahnen, daß dieselbe ihre eigene Vernichtung herbeiführen würden.

Der König hatte schon 1777 den durch seine glücklichen Finanzspekulationen überaus reich und berühmt gewordenen Banquier Necker (einen gebornen Genfer) in das Finanz-

Ministerium berufen und ohne ihn, den Protestanten, zum Finanzminister zu ernennen, ihm dessen Leitung übertragen. Derselbe erwirkte die Einziehung verschiedener nutzloser und hochbesoldeter Finanzstellen, die Aufhebung der Leibeigenschaft auf den königlichen Domänen, veranstaltete Versammlungen der Provincialstände in einigen Theilen des Reichs, und brachte es dahin, daß während seiner Verwaltung (bis zum 20. Mai 1781) keine Abgabenerhöhung statt hatte. Er war gegen den amerikanischen Krieg, mißfiel aber dem Hofe durch seine unbeholfene Persönlichkeit, das Pomphafte seiner Rede und seine Selbstgefälligkeit; auch war das Parlament gegen ihn sowie der Minister Vergennes. Als er in seiner Schrift: Compte rendu etc. auf die Abstellung vieler schreiender Mißbräuche drang und, deßhalb auch in Flugschriften von seinen Gegnern angegriffen, zum Mitgliede des Staatsministeriums ernannt zu werden verlangte, erhielt er seine Entlassung, ja die Verweisung aus Paris auf 30 Stunden Entfernung. Aber von diesem Augenblicke an war er der Günstling des Volks, welches freilich nicht wußte, daß er, seinen Finanzansichten gemäß, die Staatsschuld um 531 Millionen vermehrt hatte.

Seine zwei ersten Nachfolger wurden als unfähig schnell hinter einander entlassen (Mai 1781 — November 1783) und durch Calonne ersetzt, der das Staatsschiff alsbald den Klippen zuführte, wo es zerschellen mußte. Einige heilsame Reformen fanden statt, hielten aber die täglich wachsenden Gefahren nicht auf. Calonne hatte zu der Versammlung der Notabeln gerathen, in der Hoffnung in bequemer Weise mit ihnen fertig zu werden. Er schreckte vor keiner Verschwendung zurück, und ebensowenig vor dem Contrahiren neuer Staatsschulden, deren er schon im Februar 1787 nicht weniger als 450 Millionen gemacht hatte. In der am 22. Februar jenes Jahres eröffneten Notabelnversammlung fand er bedeutende Opposition, unter andern von La Fayette und von Brienne, Erzbischof von Toulouse (später von Sens). Abbé Vermond

war des Letzteren intimster Freund und brachte es, offenbar durch den Einfluß der Königin und des Ministers Breteuil dahin, daß derselbe den 6. Mai 1787 zum Principalminister, Villedieul zum Generalcontroleur der Finanzen ernannt wurde. Die Notabelnversammlung wurde den 25. Mai geschlossen und höchst wichtige neue Finanzverordnungen, wie die Einführung der Stempelsteuer sollten erscheinen, stießen aber beim Parlamente, das zu deren Sanktion die Zustimmung der Reichsstände verweigerte, auf einen so starken Widerspruch, daß es vom König nach Troyes verbannt und einige seiner Mitglieder verhaftet wurden, was eine allgemeine Bewegung zur Folge hatte (Juli und August 1788). Brienne gab seine Einwilligung zur sofortigen Rückberufung. Auf diesen wichtigen Schritt bezieht sich nun eine Reihe von Briefen (bei Feuillet I, 196 ff., bei Hunolstein S. 128–130).

Ein erster dieser Briefe vom 19. August ist vom Minister v. Brienne an den Grafen Mercy, den man, um Necker zum Wiedereintritt in das Finanzministerium zu bestimmen, als Unterhändler ausersehen hatte. Der Minister ersucht ihn, Necker vorläufig zu sondiren, er würde dann beim König die nöthigen Schritte zur Ausführung des Plans thun. Von demselben Datum ist der zweite Brief, worin Marie Antoinette an Mercy schreibt: Brienne sei bei ihr gewesen und habe ihr über die mit ihm (Mercy) gepflogene Unterredung Bericht erstattet, und sie durch die Mittheilung von Necker's Aeußerungen erfreut. Aus diesem Briefe ist zu entnehmen, daß der Plan von Neckers Wiederanstellung von der Königin ausging. Sie fürchtet aber, Necker werde nicht annehmen, wenn Brienne Minister bleiben wolle, in welchem Falle er ersetzt werden müßte, da es eines entschlossenen Mannes bedürfe, um Necker in Schranken zu halten! Wo ihn aber finden? „Le personnage audessus de moi (d. h. der König) n'est pas en état et moi quelque chose qu'on dise et qui arrive, je ne suis jamais qu'en second: et malgré la confiance du premier il me le fait sentir souvent"! Sie endigte

den Brief Abends, nachdem sie den König gesprochen und sich von seiner Abneigung Necker wieder zu berufen überzeugt, jedoch von ihm die Erlaubniß erlangt hatte den Finanzmann zu sondiren, ohne sich irgendwie zu binden. Sie erlaubt Mercy, ihm sie und Brienne zu nennen, aber ihn glauben zu machen, der König wisse nichts von der Sache. Da der Graf auch den Auftrag erhalten hatte, sichere Kunde darüber einzuziehen, ob die in Folge der gegen das Parlament vollzogenen Gewaltmaßregeln veranlaßte und gegen Brienne und den Siegelbewahrer gerichtete Volksaufregung augenblicklich Gefahr drohend sei, so schrieb er den 20. hierüber an die Königin einen beruhigenden Brief, bemerkte jedoch: der Augenblick sei kritisch, die Gefahr drohend, es bedürfe schneller Abhülfe. Er werde ihr morgen über seine Unterredung mit Necker Nachricht geben (Feuillet S. 199--201). Er schreibt ihr denn auch den 21., er habe mit Necker eine dreistündige Unterredung gehabt und so viele wichtige Mittheilungen von ihm vernommen, daß er die Königin auf morgen Freitag früh um eine Audienz bitten müsse, um ihr mündlich Alles mitzutheilen, was schriftlich nicht so genau gesagt werden könne. Zugleich schickt er ihr die Abschrift eines von ihm an Brienne gerichteten Briefes, in welchem er diesem meldet: Necker habe sich zwei Tage Bedenkzeit ausgebeten, und werde übermorgen wieder mit ihm zusammenkommen. Er habe mit äußerster Vorsicht zu Werke gehen und sich den Anschein geben müssen, als wenn er der Vater des Projekts und es niemand als ihm bekannt sei. Denselben Tag übersandte Necker dem Grafen die Aushängebogen einer zur Vertheidigung seiner früheren an Calonne gerichteten Flugschrift (Feuillet I. 203); er bemerkt dazu: „Ach, Herr Graf! wie haben Sie mich neuerdings mit der tiefsten Bewunderung erfüllt und mit der unverbrüchlichsten Ergebenheit; ich wüßte nie Worte genug zu finden, um meine Gefühle recht auszudrücken". Durch den bei Hunolstein S. 128 gedruckten Brief ohne Adresse

und ohne Datum werden die von Feuillet mitgetheilten Briefe bezüglich der darin enthaltenen Angaben bestätigt.

Den 21. August wechselten Mercy und Brienne nochmals Briefe. In dem ersten schreibt jener: er habe wohl gesehen, daß Necker ihn ablaufen lasse, ihn aber bewogen ihm eine weitere Frist zu gestatten und sich von den Finanzzuständen zu unterrichten; diese von ihm (Mercy) mit größter Vorsicht geführte Unterredung sei ihm sehr peinlich gewesen. Brienne billigt die gestellte Bedenkzeit, glaubt, daß Necker wohl geahnt haben müsse, die mit ihm begonnene Unterhandlung sei kein bloß persönlicher Schritt Mercy's, dankt ihm bestens und wünscht sehnlichst, daß sie gelingen möge *).

Den 22. erwidert Marie Antoinette das von Mercy Tags zuvor erhaltene Schreiben und meldet ihm, Brienne sei bei ihr gewesen und habe ihr das aufrichtige Verlangen, daß die Unterhandlung reussiren möge, ausgedrückt; er sei zu jedem Opfer mit Ausnahme des Aufgebens seiner Stelle bereit, die man jetzt einem Manne, um den man sich bewerbe, nicht übertragen dürfe. Dieß setze sie nicht in Verlegenheit; sie halte es jedoch für wesentlich, ihm zu sagen, daß Necker über die früher vom Könige ihm gewordene Behandlung erbittert sei, und durch sie damals seine Entlassung verlangt habe; es sei also zweckgemäß, daß sie ihn spreche, um ihn vollends zu seinem Wiedereintritt zu bewegen. Brienne habe nichts dagegen einzuwenden. „Sie können also bei Ihrer neuen Zusammenkunft mit Necker von meinen und des Erzbischofs Wünschen in Betreff seines Wiedereintritts sprechen. Die Finanzverwaltung soll nun ein abgesondertes, ihm allein überlassenes Departement bilden". Da Brienne schon zu verstehen gegeben habe, von wem das Projekt herrühre, so sei kein Grund vorhanden, es zu verschweigen. Es

*) Feuillet S. 209 — 210. Dieser Brief Mercy's paßt nicht zu dem den folgenden Tag an Brienne geschriebenen, wovon Mercy der Königin eine Abschrift zusandte.

müsse ihr Alles daran gelegen seyn, daß Necker dieß erfahre. Vom 23. August schreibt der Abbé Vermond in ihrem Namen: „Die Königin sehnt sich sehr nach Hrn. Necker; sie wünscht wissen und glauben zu lassen, daß sie es ist welche seine Wiedereinsetzung in die Finanzen bewirkt“ (que *c'est elle qui décide la réintégration* dans les Finances). Der Erzbischof hege auch diese Meinung und billige ihren Wunsch einer persönlichen Unterredung mit Necker, die aber nur dann stattfinden solle, wenn Mercy Gründe habe zu glauben, daß Necker annehmen werde (Feuillet S. 213). Den folgenden Tag schreibt sie selbst an den Grafen: Necker's Wiedereintritt sei absolut nothwendig, und müsse so schnell wie möglich stattfinden; dieß sei jetzt auch die Ansicht des Königs, der ihn bitte, die Unterhandlungen fortzuführen der dem Briefe beigelegten Instruktion gemäß, nach welcher er Necker sagen solle, der König sei mit den dem Grafen ursprünglich persönlich angehörigen Planen einverstanden, und Necker werde in dem Finanzdepartement vollständig freie Hand haben; das Versprechen, die Reichsstände zu der festgesetzten Zeit einzuberufen, werde gehalten werden (Feuillet S. 214—215). Der Ausgang der Unterhandlungen mit Necker war bekanntlich der, daß, weil Letzterer auf Brienne's Austritt aus dem Ministerium bestand, dieser erfolgte. Marie Antoinette berichtet dieß dem Grafen Mercy am 25. nicht ohne Leidwesen und mit der Besorgniß: die Entlassung des Erzbischofs könne dem Parlamente gegenüber schlimme Folgen haben. Sie habe soeben drei Zeilen an Necker geschrieben und ihn zu einer Unterredung auf morgen 10 Uhr aufgefordert. Seine Uebernahme des Ministeriums sei nicht länger aufzuschieben; man werde wohl einen ersten Minister ernennen müssen, und es sei wesentlich, daß Necker darauf zähle. Sie ist sehr aufgeregt; „ich zittere“, sagt sie, „halten Sie mir diese Schwäche zu gut, daß ich seinen Wiedereintritt bewerkstellige. Mein Loos ist Unglück zu bringen, und wenn höllische Machinationen seine Wirksamkeit abermals vereiteln oder die Auto-

rität des Königs darunter leidet, so wird man mich künftig verabscheuen". Necker trat am 26. August das Ministerium an; die gegen das Parlament erlassenen Verordnungen wurden zurückgenommen und die öffentliche Meinung so sehr befriedigt, daß der Volksjubel über die Entlassung der verhaßten Minister keine Grenzen fand und tumultuarisch wurde. Den 23. September erließ der König eine Proclamation, in welcher er den Zusammentritt der Reichsstände auf den 1. Januar 1789 festsetzte, der jedoch bekanntlich erst später erfolgte.

Es steht jetzt also geschichtlich fest, daß die Wiederberufung Neckers das Werk der Königin war, und daß die Historiker im Irrthume waren, die glaubten, dieselbe sei ihren Wünschen entgegen gewesen*). Auch ist aus ihrem letzten Briefe zu ersehen, daß sie ihre angefeindete Stellung wohl kannte, und ihr vor der Zukunft bangte. Der unentschlossene Charakter Ludwigs XVI. nöthigte sie, sich in die Staatsangelegenheiten zu mischen und man wird Madame Campan (Mém. II. S. 31) wohl glauben, wenn sie berichtet, daß sie ihr einmal gesagt habe: „Es gibt kein Glück mehr für mich seitdem sie mich zur Intrigantin gemacht haben. Das ist das rechte Wort; jede Frau, die sich in Angelegenheiten außerhalb der Grenzen ihres Verständnisses und ihrer Pflicht einmischt, ist eine Intrigantin, und nur mit Schmerz gebe ich mir selbst einen solchen Titel."

Es findet nun in den Mittheilungen des Briefwechsels der Königin in beiden Sammlungen eine Lücke statt; der dem Datum nach erste, auf den Brief vom 24. August folgende (bei Feuillet S. 216) ist ein den 3. Mai 1789 an die Herzogin von Polignac geschriebenes Billet, worin die

*) Dieß weist auch Michaud in seiner Biographie Marie Antoinette's nach. Wachsmuth und Schlosser übergehen die Thatsache, an der sie vielleicht zweifelten. Dagegen erwähnt sie der Verfasser der Geschichte der Staatsveränderungen in Frankreich unter Ludwig XVI. Bd. I. S. 173.

Königin ihr Bedauern ausdrückt, daß sie Julius von Polignac das blaue Ordensband nicht habe verschaffen können; dann ein Brief an Mercy vom 23. Mai, worin sie ihm meldet, der Gedanke einer russischen Allianz sei von allen Ministern, und wie sie selbst glaube mit Recht, abgelehnt worden (Feuillet S. 217). Zugleich spricht sie von der immer noch stattfindenden Verdächtigung ihrer Person u. s. w.

Im Verlaufe der auf Necker's Wiedereintritt in das Ministerium folgenden acht Monate wurden die Vorbereitungen zur Eröffnung der Versammlung der Reichsstände gemacht, und in einer Notabelnsitzung vom 6. November bis 12. Dezember die Zahl der Ständemitglieder auf nicht weniger als 1000, die doppelte Repräsentation des dritten Standes und die Wahl einer Anzahl Pfarrer als Deputirte des Klerus festgesetzt. Den 24. Januar 1789 erfolgte das die Wahlordnung bestimmende königliche Edikt. Die Wahlen selbst, den 28. März ausgeschrieben, begannen am 18. April und dauerten bis 14 Tage nach der Eröffnung des Reichstags in Versailles am 5. Mai. Die große Neuerung brachte, wie natürlich, eine große Bewegung der Geister hervor, tausende von Flugschriften, unter diesen die berühmte von Sieyes: Qu' est ce que le tiers-état? erschienen, politische Vereine wurden gegründet, und so die furchtbare Katastrophe vorbereitet, wodurch wenige Wochen nach der Eröffnung des Reichstags die alte Monarchie, man darf wohl sagen, in die Luft gesprengt wurde*). Der von den königlichen Brüdern und dem hohen Adel irre geleitete König glaubte die Bewegung gewaltsam unterdrücken zu können, zog Anfangs Juni 30,000 Mann reichlich mit schwerem Geschütz versehener Truppen um Paris und Versailles zusammen, berief sodann am 10. den Baron Breteuil zur Ausführung des Vorhabens,

*) Wachsmuth, Geschichte Frankreichs zur Zeit der Revolution. I. S. 83—99.

und da man sich stark genug glaubte, erhielt der überflüssig gewordene Necker den 11. Juli seine Entlassung, und reiste sofort ab; ein Reaktionsministerium mit Breteuil an der Spitze wurde eingesetzt.

Nach allen früheren Geschichtschreibern soll Marie Antoinette damals die Ansichten der Reaktionspolitik getheilt haben. Ein von ihr den 11. Juli an die Herzogin von Polignac geschriebener Brief (bei Feuillet S. 219) spricht indeß nicht ganz für diese Annahme. Sie meldet zwar der Freundin die Abreise Necker's und die auf den 12. bevorstehende Ernennung der neuen Minister, und sagt dann: „Gott gebe, daß wir endlich das Gute thun können, das wir einzig anstreben. Der Moment wird schrecklich seyn, aber ich habe Muth, und falls die rechtschaffenen Leute zu uns halten, ohne sich selbst unnütz auszusetzen, glaube ich Kraft genug in mir zu haben, um auch Andern davon mitzutheilen. Aber man muß mehr als je bedenken, daß alle Classen der Menschen, wenn sie ehrlich sind, gleichmäßig unsere Unterthanen sind, und man muß die zu unterscheiden wissen, welche es immer und unter allen Umständen sind. Mein Gott, wüßte man, daß das meine wahrhafte Gesinnung ist, vielleicht würde man mich ein wenig lieben. Aber nicht an mich ist zu denken; der Ruhm des Königs, der seines Sohnes und das Glück dieser undankbaren Nation — ich will und wünsche sonst nichts!" Man sieht aus diesen Ergüssen ihres bewegten Herzens, von welch' edeln Gesinnungen die so sehr verkannte Fürstin beseelt und daß sie keineswegs eine Feindin des dritten Standes war.

Ein Brief vom 24. Juli 1789 an Frau von Tourzel, Gouvernante der königlichen Kinder, (bei Hunolstein S. 132) ist ohne politischen Inhalt. Anders ein kurzes Schreiben vom 26. an ihren Bruder Kaiser Joseph (S. 138), worin sie die Schmerzen und die Angst schildert, welche die vom 13. an eingetretenen schrecklichen Ereignisse (die des Abfalls eines Theils der Truppen, die Erstürmung der Bastille ꝛc.) ihr ver-

ursacht hatten, und ihm mittheilt, man habe auf das schleunigste Necker wieder herbeigeholt und hoffe, daß er die Ruhe wieder herstellen werde. Ludwig's XVI. inständiges Schreiben an Necker vom 16. Juli und dessen von Basel aus den 23. erfolgte beifällige Antwort gibt Feuillet S. 225 — 227. Vom Ende des Monats Juli bis Anfang September fand ein Austausch von sechs Briefen zwischen Marie Antoinette und Graf Mercy statt (Feuillet S. 229 — 243), welcher Letztere, mit ihrem Siegel versehen, ihre an Kaiser Joseph gerichteten Schreiben zur Weiterbeförderung erhielt. Seine Briefe sprechen auch von der inzwischen ausgebrochenen brabantischen Revolution und von Unruhen in Cöln. In ihrem ersten Briefe an Mercy berichtet sie von den neuesten Vorfällen in Frankreich und meldet ihm, daß sie die Zurückberufung der königlichen Garden widerrathen habe. Im letzten Briefe ist vom Grafen Metternich von Winnenburg, kaiserlichem Minister in Brüssel, die Rede, welchen der Herausgeber nach einer Note S. 243 mit seinem Sohne, dem späteren Staatskanzler Fürsten Metternich verwechselt.

In der Nacht vom 5. auf den 6. Oktober fand bekanntlich die Invasion des königlichen Schlosses zu Versailles durch die von Paris aus hingezogenen, wie man annimmt, die Ermordung des Königs und der Königin bezweckenden Horden der niedersten Volksclassen, unter Begleitung der im Juli gebildeten, von Lafayette befehligten Nationalgarde statt; den Tag darauf erfolgten die Beschimpfungen der hohen Personen, ihre Wegführung nach Paris und ihr erzwungenes Erscheinen im Stadthause. Kaum hatte der auf seinem nahe bei Versailles gelegenen Landsitze von Chenevrières wohnende Graf Mercy Kunde von dem Ereigniß erhalten, als er nach Versailles eilte, um die Königin zu sehen. Er fand aber keine Möglichkeit zu ihr zu gelangen, und reiste auf Minister Montmorin's Rath sofort zurück und schrieb ihr dieß noch an demselben Tage mit der Bitte um Nachrichten über ihr Befinden (Feuillet S. 250). Sie beantwortete seinen Brief

schon den 7. von Paris aus, ihm meldend, daß sie wohl und mit dem Verlaufe der Sache noch ziemlich zufrieden sei. „Vergessend wo wir sind und wie wir hieher gekommen (sagt sie) können wir mit der Volksbewegung nicht anders als zufrieden seyn, besonders heute früh. Wenn es nicht an Brod fehlt, so hoffe ich, werde sich Vieles wieder gut machen. Ich spreche mit dem Volke, den Milizen, den Fischweibern; Alle geben mir die Hand und ich gebe sie ihnen. Im Stadthause wurde ich persönlich sehr gut aufgenommen. Das Volk forderte uns auf, hier (in Paris) zu bleiben. Ich antwortete im Namen des neben mir stehenden Königs: Unser Dableiben hinge von ihnen ab, wir wünschten es nicht anders; jeder Haß müsse aufhören. Das mindeste Blut, das flöße, würde uns vertreiben. Die zunächst stehenden schworen mir, Alles solle ein Ende haben. Ich bat die Fischweiber, Alles was wir gesagt der Menge zu wiederholen." Dieser Bericht beweist, welchen Muth und welche Geistesgegenwart die Königin besaß.

Graf Mercy war inzwischen in beständiger Unruhe; er schrieb den 7. an Montmorin um Mittheilungen, da er über die Ereignisse nach Wien und nach Brüssel berichten müsse. Er dankt der Königin den 10. für ihre beruhigende Botschaft, während diese an demselben Tage weitere Nachrichten über die stattgehabten Vorfälle und die jetzige Lage des Hofes gab*). Nach ihrem Rathe hielt sich der unter allgemeinem Verdacht stehende Graf zurückgezogen auf seinem Landsitze auf. Er meldete Montmorin den 13., daß er über die Ereignisse dem

*) Einen angeblich den 9. geschriebenen Brief an Mercy, worin nochmals von den Vorgängen am 5. bis 6. die Rede ist, gibt Hunolstein S. 139. Es heißt darin u. A.: „J'ai vu la mort du près, on s'y fait, Mons. le Comte! Le roi a une grace d'état de santé, il se porte si bien, que si rien était arrivé." Dieser Brief paßt aber durchaus nicht zu den andern und muß, wie in der Allg. Zeitung, Beilage vom 30. Sept. 1864 überzeugend dargethan wird, deßhalb für unächt erklärt werden.

Kaiser geschrieben habe, und bittet um Sicherheitsmaßnahmen für seine von Gefahren bedrohte Person. Den 21. Oktober theilt Mercy Antoinetten von Kaiser Joseph erhaltene Rathschläge und die Nachricht mit, daß der nach Brüssel geflüchtete Abbé Vermond dort in Sicherheit sei und da bleiben wolle. Dann folgen gegenseitig gewechselte Briefe vom 23., 24. und 25. Oktober (Feuillet S. 270 -- 274). Mercy spricht darin von den seine Person bedrohenden Gefahren, gibt der Königin einige Rathschläge, unter andern den, sich in Paris nicht stets zu Hause zu halten, um der Annahme, daß sie sich für Gefangene hielten, entgegenzutreten.

XLI.

Historische Novitäten.

1. *Constitutiones synodales Almae Ecclesiae Strigoniensis* A. D. MCCCCL., quas ad fidem vetusti libri bibliothecae Caes. Vindob. edidit, proemio instruxit notisque illustravit *Josephus Danko*, canonicus honorarius. Strigonii 1865.

Zu den tröstlichsten Erscheinungen der Neuzeit auf dem Gebiete des kirchlichen Lebens gehört unstreitig das Wiederaufwachen der Synodalthätigkeit, die Wiedererweckung der Synoden durch die That und das Studium. Wie in den verschiedenen Kirchenprovinzen Frankreichs und Deutschlands bereits das Institut der Provinzialsynode wieder aufgeblüht ist und hocherfreuliche Früchte zeigt, so hat man allenthalben auch wieder begonnen, auf die älteren Synoden das Auge

zu wenden, die Geschichte und Beschlüsse derselben mit Eifer zu durchforschen. Denn auch durch diese Organe spricht sich jener Geist aus, den der Heiland seiner Kirche als seinen Stellvertreter gesandt und der bei der Kirche bleiben wird bis zum Ende der Tage.

So hat man nun auch in Ungarn die Geschichte und Beschlüsse einer der merkwürdigsten Diöcesansynoden der Erzdiöcese Gran, nämlich der im J. 1450 vom Erzbischofe und Cardinal Zeech abgehaltenen Synode, soeben durch den Druck veröffentlicht. Es geschah dieses zur Feier der Eröffnung des erweiterten und umgestalteten Seminars des heil. Stephan in Gran durch den Cardinalprimas Joh. B. Scitowsky. Der Herausgeber ist der schon als Schriftsteller rühmlichst bekannte Kanonikus Joseph Danko. Derselbe hat die Constitutionen dieser Synode nach einer Wiener Handschrift in trefflichem Texte wieder gegeben und zugleich eine kurze Einleitung über Synoden überhaupt, über die Sammlungen der ungarischen Synoden und über den Veranstalter jener Graner Synode, Dionysius von Zeech (welcher, wie wir beiläufig bemerken, dem Namen nach aus czechischem Geschlechte stammte) mit großer Gelehrsamkeit vorausgesandt.

Da diese Publikation auf Kosten des Cardinalprimas erschien und als Prachtausgabe nur in wenigen Exemplaren verbreitet ist, so möchten wir durch diese Zeilen in größeren Kreisen darauf aufmerksam machen. Denn die Beschlüsse jener Synode sind von hohem Interesse, nicht bloß weil sie Aufschlüsse geben über das Culturleben in Ungarn im 15. Jahrhundert, sondern auch weil sie auf merkwürdige Weise Zeugniß geben für die Einheit der katholischen Kirche zu allen Zeiten. Denn jene Gesetze der Graner Synode von 1450 sagen fast wörtlich dasselbe, was hundert Jahre später der heil. Kirchenrath zu Trient über Spendung der Sakramente und über Reform des Klerus vorgeschrieben hat. Ich bemerke noch, daß die ersten 31 Kapitel der Synodalbeschlüsse sich beziehen auf die Spendung der sieben Sakramente, auf das heil. Opfer,

auf Kirchhöfe, auf Zehenten, auf Kleidung und Sitten der Kleriker, auf Simonie, Residenzpflicht, Testamente und Excommunikation. Die letzten neun Constitutionen, welche den Anhang bilden, handeln von den Festen und Reservatfällen der Diöcese, von den Ordensleuten, Archidiakonen, von Eßgelagen und Wucherern.

II. Der Kampf zwischen Recht und Gewalt in der schweizerischen Eidgenossenschaft und mein Antheil daran. Von Constantin Siegwart-Müller. Erster und zweiter Bd. Altdorf. Selbstverlag des Verfassers 1863 und 1864.

Der Alt-Schultheiß und Tagsatzungs-Präsident der schweizerischen Eidgenossenschaft Constantin Siegwart-Müller, der durch seinen ruhmvollen Kampf für Recht und Wahrheit eine historische Person geworden ist, hat mit den zwei ersten Bänden seines auf drei Bände berechneten Geschichtswerkes: „Der Kampf zwischen Recht und Gewalt in der schweizerischen Eidgenossenschaft und mein Antheil daran", eine sehr gründliche Orientirung des Publikums vorgenommen. „Der erste Band enthält", so heißt es in dem Vorworte, „nebst einer Selbstbiographie die Verfassungsstreitigkeiten in Basel und Schwyz, die Erhebung des Züricher Volkes gegen die Berufung des Doktor Strauß auf einen theologischen Lehrstuhl in Zürich, die Verfassungsrevisionen von Tessin, Solothurn und Aargau, die Angelegenheit der Klöster im Aargau und die Verfassungskämpfe im Kanton Wallis. Der zweite Band stellt die Verfassungsrevision im Kanton Luzern, die Berufung der Jesuiten an die Theologie und das Seminarium in Luzern, die Freischaarenzüge und die Ermordung des

Rathsherrn Joseph Leu von Ebersol dar. Der dritte Band endlich beschreibt die Geschichte des sogenannten „„Sonderbundes““ und die Verhältnisse der Schweiz zum Auslande von 1815 bis 1847. Die drei Bände stehen im Zusammenhange und bilden ein Ganzes; ein jeder derselben schließt jedoch irgend eine Periode des Kampfes zwischen Recht und Gewalt ab und kann darum auch unabhängig von den andern seyn.“

Daß der Hr. Verfasser den zweiten Band, den diese Blätter bereits ausführlich besprochen haben, vor dem ersten herausgegeben, scheint uns in Rücksicht auf die keineswegs beneidenswerthen Verhältnisse, unter denen das Werk Manchem allerdings nicht willkommen erscheinen mußte, vollkommen gerechtfertigt. So konnte sich das Buch namentlich den Eintritt in viele Familien eröffnen, die ihm sonst verschlossen geblieben wären. Und gewiß verdient es trotz seiner Voluminosität von Jedermann, der das Treiben und Schalten einer bis auf den heutigen Tag zunehmenden Revolutionspartei nicht bloß oberflächlich betrachten, sondern bis in seinen Ursprung verfolgen will, alle Würdigung und Berücksichtigung. Und das um so mehr, als hier ein durch lange Erfahrung in alle Geheimnisse der neuen Aera eingeweihter, durch Muth, Einsicht und Rechtlichkeit gleich ausgezeichneter Staatsmann ersten Ranges spricht, der zugleich in Gegenwart noch lebender Zeugen seinen Lesern eine Reihe von Thatsachen vorführt, welche er selbst mit vielen derselben durchlebt und durchgekämpft, und die deßhalb wie den vollsten Glauben, so auch das allgemeinste Interesse verdienen. Denn ist auch der Kampfplatz, auf dem sich das Geschichtsbild entwickelt, auf einen engen Theil Europa's beschränkt, so ist doch allgemein bekannt, daß dieser Sturm, um mit dem Verfasser zu reden, zu einem Orkan geworden, welcher den Thron Ludwig Philipps in Frankreich weggewischt, den Kaiser von Oesterreich aus seiner Haupt- und Residenzstadt Wien vertrieben, den Thron des Königs von Preußen erschüttert und sogar den Statthalter Jesu Christi von seinem neunzehnhundert-

jährigen Sitze in die Verbannung nach Gaeta gebracht hat. Interesse verdient das Werk ferner in hohem Grade, weil es einen Blick gestattet in die Verhältnisse der republikanisch-patriarchalischen Staatswirthschaft des durch Lage und Charakter an sich schon interessanten Schweizervolkes. Interesse verdient es aber besonders für den Staatsmann, weil es in engem Rahmen zwar, aber in um so klarerem Lichte die jetzt über ganz Europa ausgedehnte Politik der Revolution vor Augen legt und deßhalb den Führern der Völker die wichtigsten Lehren zu bieten im Stande ist. Interesse verdient es endlich für den Privatmann wegen der wahrhaft schönen Charakterbilder, die es vorführt: Joseph Leu, ein ächter Schweizer, erscheint in seinem Leben, Wirken und Streben vor uns wie eine Gestalt aus Tells und Stauffachers Zeiten, denen er in Allem würdig zur Seite steht, in religiöser Hinsicht den Rang streitig macht. Siegwart selber, ungebrochen im Kampfe und im Falle, steht vor uns als christlicher Staatsmann, als weiser Führer und Vater des Volkes da. Der Sonderbund, Gegenstand des dritten Bandes, wird endlich das gesammte katholische Schweizervolk wie in einem großen Panorama in seiner letzten Kraftanstrengung auftreten, kämpfen und streiten lassen, bis es der Gewalt erliegen muß.

Daß das Ganze wegen der vielen Aktenstücke, die darin aufgenommen sind, sehr ausführlich und weitläufig erscheint, gereicht dem Werke, wenn auch formell zum Nachtheil, so doch reell nur zum Vortheil. Uebrigens hat der Umstand, daß der Verfasser als Mitbetheiligter sich möglichst objektiv zu halten genöthigt war, diese breite Anlage schlechthin nothwendig gemacht.

Die Ausstattung des Werkes ist gut, die Haltung und Form gefällig, leicht und klar; was an dem Ganzen aber die Hauptsache ist, die Principien sind solid, ächt katholisch und erweisen sich bei tieferm Nachdenken als ebenso praktisch wie einfach. Indem wir dem Werke eine möglichst große Verbreitung, auch über die Grenzen der Schweiz hinaus, wünschen, schließen wir mit den Worten, womit der Verfasser sein Vorwort schließt: „Die Geschichte des Kampfes zwischen

Rathsherrn Joseph Leu von Ebersol dar. Der dritte Band endlich beschreibt die Geschichte des sogenannten „„Sonderbundes““ und die Verhältnisse der Schweiz zum Auslande von 1815 bis 1847. Die drei Bände stehen im Zusammenhange und bilden ein Ganzes; ein jeder derselben schließt jedoch irgend eine Periode des Kampfes zwischen Recht und Gewalt ab und kann darum auch unabhängig von den andern seyn.“

Daß der Hr. Verfasser den zweiten Band, den diese Blätter bereits ausführlich besprochen haben, vor dem ersten herausgegeben, scheint uns in Rücksicht auf die keineswegs beneidenswerthen Verhältnisse, unter denen das Werk Manchem allerdings nicht willkommen erscheinen mußte, vollkommen gerechtfertigt. So konnte sich das Buch namentlich den Eintritt in viele Familien eröffnen, die ihm sonst verschlossen geblieben wären. Und gewiß verdient es trotz seiner Voluminosität von Jedermann, der das Treiben und Schalten einer bis auf den heutigen Tag zunehmenden Revolutionspartei nicht bloß oberflächlich betrachten, sondern bis in seinen Ursprung verfolgen will, alle Würdigung und Berücksichtigung. Und das um so mehr, als hier ein durch lange Erfahrung in alle Geheimnisse der neuen Aera eingeweihter, durch Muth, Einsicht und Rechtlichkeit gleich ausgezeichneter Staatsmann ersten Ranges spricht, der zugleich in Gegenwart noch lebender Zeugen seinen Lesern eine Reihe von Thatsachen vorführt, welche er selbst mit vielen derselben durchlebt und durchgekämpft, und die deßhalb wie den vollsten Glauben, so auch das allgemeinste Interesse verdienen. Denn ist auch der Kampfplatz, auf dem sich das Geschichtsbild entwickelt, auf einen engen Theil Europa's beschränkt, so ist doch allgemein bekannt, daß dieser Sturm, um mit dem Verfasser zu reden, zu einem Orkan geworden, welcher den Thron Ludwig Philipps in Frankreich weggewischt, den Kaiser von Oesterreich aus seiner Haupt- und Residenzstadt Wien vertrieben, den Thron des Königs von Preußen erschüttert und sogar den Statthalter Jesu Christi von seinem neunzehnhundert-

jährigen Sitze in die Verbannung nach Gaeta gebracht hat. Interesse verdient das Werk ferner in hohem Grade, weil es einen Blick gestattet in die Verhältnisse der republikanisch-patriarchalischen Staatswirthschaft des durch Lage und Charakter an sich schon interessanten Schweizervolkes. Interesse verdient es aber besonders für den Staatsmann, weil es in engem Rahmen zwar, aber in um so klarerem Lichte die jetzt über ganz Europa ausgedehnte Politik der Revolution vor Augen legt und deßhalb den Führern der Völker die wichtigsten Lehren zu bieten im Stande ist. Interesse verdient es endlich für den Privatmann wegen der wahrhaft schönen Charakterbilder, die es vorführt: Joseph Leu, ein ächter Schweizer, erscheint in seinem Leben, Wirken und Streben vor uns wie eine Gestalt aus Tells und Stauffachers Zeiten, denen er in Allem würdig zur Seite steht, in religiöser Hinsicht den Rang streitig macht. Siegwart selber, ungebrochen im Kampfe und im Falle, steht vor uns als christlicher Staatsmann, als weiser Führer und Vater des Volkes da. Der Sonderbund, Gegenstand des dritten Bandes, wird endlich das gesammte katholische Schweizervolk wie in einem großen Panorama in seiner letzten Kraftanstrengung auftreten, kämpfen und streiten lassen, bis es der Gewalt erliegen muß.

Daß das Ganze wegen der vielen Aktenstücke, die darin aufgenommen sind, sehr ausführlich und weitläufig erscheint, gereicht dem Werke, wenn auch formell zum Nachtheil, so doch reell nur zum Vortheil. Uebrigens hat der Umstand, daß der Verfasser als Mitbetheiligter sich möglichst objektiv zu halten genöthigt war, diese breite Anlage schlechthin nothwendig gemacht.

Die Ausstattung des Werkes ist gut, die Haltung und Form gefällig, leicht und klar; was an dem Ganzen aber die Hauptsache ist, die Principien sind solid, ächt katholisch und erweisen sich bei tieferm Nachdenken als ebenso praktisch wie einfach. Indem wir dem Werke eine möglichst große Verbreitung, auch über die Grenzen der Schweiz hinaus, wünschen, schließen wir mit den Worten, womit der V
sein Vorwort schließt: „Die Geschichte des Kampfe

Recht und Gewalt in der schweizerischen Eidgenossenschaft ist ein klarer Spiegel, in welchem in kleinen, aber deutlichen Umrissen der öffentliche Zustand der Gegenwart in allen von der Revolution ergriffenen Ländern angeschaut werden kann. Wem die klare Erkenntniß jenes Zustandes und der Heilmittel dagegen am Herzen liegt, wird an dem vorliegenden Werke immerhin einiges Interesse finden" und daraus, wie wir mit Recht hinzufügen dürfen, auch einigen und zwar nicht geringen Nutzen schöpfen.

XLII.

Zeitläufe.

Das kaiserliche Manifest vom 20. September.

Unzweifelhaft braut sich wieder etwas zusammen in der politischen und diplomatischen Welt. Nicht als wenn wir an eine große Entscheidung dächten, welche uns aus unsern durch und durch provisorischen Zuständen heraushelfen und das wieder verschaffen würde, was man dereinst die europäische Ordnung genannt hat. Das wagen wir noch lange nicht zu hoffen. Alle Mächte Europa's ohne Ausnahme sind zu Ohnmächten geworden unter welchen wunderbarer Weise, jetzt Preußen als das verhältnißmäßig aktivste Kabinet hervorragt, und selbst der Imperator dürfte seine zukunftssichere Thronrede vom 5. Nov. 1863 noch geraume Zeit auf dem Papiere beruhen lassen müssen. Auch die Parteien zersetzen und verwirren sich mit jedem Tage mehr, am meisten in unserem lieben Deutschland, aber allerdings nicht hier allein. Wir stehen mit Einem Worte inmitten einer allgemeinen moralisch-politischen Auflösung, und so lange dieser corrosive Proceß, das eigentliche Charakteristicum unserer Zeit, andauert,

so lange kann niemals von einer Entscheidung die Rede seyn, sondern immer nur von einem weitern Stadium in der Abwicklung des großen und allgemeinen Provisoriums.

Auch diese Stadien beginnen sich mit unendlicher Schläfrigkeit auszubrüten. Es entsteht dann und wann ein gewaltiger Lärm, als wenn nun Alles drunter und drüber gehen sollte; aber nach ein paar Wochen ist das Feuerwerk verpufft und nichts zurückgeblieben als die um einige Grade höher gestiegene Zerrüttung der Geister. So war es jüngst mit dem Gasteiner Vertrag, mit dem unverschämten Dreinreden der systematischen Rechtsbrecher in London und Paris und mit der Versammlung, welche von einem Theil der deutschen Abgeordneten in Frankfurt gefeiert worden ist. In diesem Augenblick dürfte Italien wieder in den Vordergrund treten. Aber auch hier ist es nicht mehr wie vor drei und vier Jahren. Damals verbreitete sich jedesmal um die gegenwärtige Jahreszeit durch alle Blätter die bestimmte Vorhersage, daß es im nächsten Frühjahr endlich ganz bestimmt losgehen werde. Jetzt glaubt Niemand mehr daran, weil Jedermann ahnt, daß eine zu lange dauernde Spannung endlich in vollendete Lähmung übergehen muß. Es wird freilich „losgehen“ überall in Europa, aber nicht durch die welche bis jetzt die Macht hatten oben und unten; erst müssen die Rechten kommen, denen das Pulver noch nicht naß geworden ist, und ihr Schritt erschallt noch in weiterer Ferne, wenn auch sehr vernehmbar.

Wenn es irgendwie möglich wäre den Ausbruch zu beschleunigen, so würde die gekrönte Revolution eben jetzt sicherlich keinen Augenblick versäumen. Denn mit dem kaiserlichen Manifest vom 20. September ist ihr augenscheinlich ein arger Schrecken in die Glieder gefahren. Man erinnert sich wohl an den Neujahrsgruß von 1859; es hatte damals den Anschein, als ob Oesterreich das größte Hinderniß seiner politischen Consolidirung, die Unordnung seiner Finanzen, bald überwinden werde; darum glaubte die italienisch-französische Verschwörung nicht länger zögern zu dürfen: Oesterreich mußte

vor dem nahen Ziele zurückgeworfen werden in eine neue Zerrüttung. Der teuflische Plan ist nur zu gut gelungen. Oesterreich hat zu Villafranca nicht nur die Lombardei verloren, es ist auch mit Herrn von Schmerling behaftet worden. Fast fünf Jahre lang hat in dem von außen geschwächten Körper überdieß noch die Krankheit eines innerlichen Marasmus ihre Verwüstungen angerichtet; es war schon Gefahr auf Verzug, als die Natur und der eigentliche Sitz des Uebels endlich erkannt wurde. Seit dem 20. September ist nun die staatsärztliche Hand mit dem gehörigen Ernste angelegt, und das ist allen Feinden Oesterreichs natürlich sehr fatal.

Wenn das alte Wort consilium ab hoste wahr ist, dann kann der neuen Politik des Kaisers erwünschter Erfolg nicht fehlen. Höchlich betreten und unzufrieden sind alle die Mächte und Parteien, welche Oesterreich vernichtet wissen wollen, oder es als Aschenbrödel zu ihren eigenen selbstsüchtigen Zwecken auszubeuten gedachten. Die englische Presse, der es doch wahrhaftig an einer hohen Ausbildung des liberalen und constitutionellen Instinkts nicht fehlt, ist mit dem neuen Schritt des Kaisers durch die Bank einverstanden; das brittische Handelsinteresse hindert in diesem Falle nicht, daß der Rest von praktisch-politischem Verstand sich geltend mache, der trotz Palmerston, Russel und Gladstone in England immer noch übrig geblieben ist. Dagegen ist der kaiserliche Akt vom 20. Sept. im Kabinet des Imperators mit verschwiegenem und in allen Schlupfwinkeln des Italianismus mit überlautem Mißfallen aufgenommen worden. Am heftigsten aber zürnt der deutsche Liberalismus.

Sie alle haben vollständig recht. Bezüglich Frankreichs und Italiens bedarf es nicht vieler Worte, wie sehr diesen Kabineten die innere Befriedigung der Völkerschaften Oesterreichs zuwider seyn müßte. Sie haben vom Beginn ihrer Umwälzungs-Plane die Ungarn und Slaven, die Rumänen und Dalmatiner zu ihren natürlichen Alliirten gezählt; darum befürchten sie jetzt von dem neuen Versuch des Kaisers eine Störung des „europäischen Gleichgewichts“, wie man sich in

Florenz höchst naiv auszudrücken beliebt. Mit ähnlichen Gefühlen betrachtet der deutsche Liberalismus in seiner Gesammtheit das Manifest vom 20. September; er kümmert sich zwar nicht viel um das europäische Gleichgewicht, aber das eigene Gleichgewicht liegt ihm um so mehr am Herzen, und in der Suspension der Februar-Verfassung sieht er eine gefährliche Bedrohung desselben. Zum Theil, ich sage zu einem Theile sieht er auch wirklich nicht mit Unrecht eine Niederlage deutscher Interessen in der neuen Wendung an der untern Donau.

Die Gesammtmasse des deutschen Liberalismus ist nur in den innern Fragen mehr oder weniger einig, in den äußeren Beziehungen und gerade in Bezug auf das Bundesverhältniß zu Oesterreich zerfällt sie in die bekannten zwei Parteien. Nun sollte man vielleicht meinen, daß die kleindeutsche Partei das Manifest vom 20. September als Wasser auf ihre Mühle begrüße. Denn auf den ersten Blick, das ist nicht zu läugnen, sieht sich die neue Politik ziemlich genau als eine Verlegung des „Schwerpunktes nach Ofen" an, und sie hat unläugbar in den letzten Wochen Bismarks berühmte Note vom 24. Jan. 1862 bei Vielen in die lebhafteste Rückerinnerung gebracht. Trotzdem kann sich aber Niemand verhehlen, daß der Minister von Schmerling und seine Februar-Verfassung im Grunde die besten und hoffnungsvollsten Bundesgenossen des Kleindeutschthums gewesen sind. Freilich wider Willen; aber thatsächlich waren sie es doch, und es ist nicht etwa ein zufälliges chronologisches Zusammentreffen, daß der Nationalverein gerade an der Seite der Schmerlingischen Regierung die Zeit seiner höchsten Blüthe erlebt hat und dann rasch zur Unbedeutendheit herabgesunken ist. Soviel ist sicher: wenn die Verfassung des Herrn von Schmerling ausgeführt worden wäre, wie es mit aller Zuversicht versucht worden ist, dann wäre ein parlamentarisches Großösterreich in's Leben getreten, das sich nie und nimmermehr in den Rahmen eines engern und constitutionell gestalteten Verhältnisses zum deutschen Bund hätte einfügen lassen. Das haben wir seit Jahren gesagt, während unsere liberalen Blätter

beharrlich fortfuhren, Herrn von Schmerling als den eminent „deutschen Minister“ zu feiern und ihre ganze Hoffnung auf ein deutsches Parlament von seiner Person und Politik abhängig zu machen. Jetzt freilich beginnt diesen Blättern allmählig ein Licht aufzugehen; obgleich ihr Abgott ihnen noch bei der Wiener Universitätsfeier ein phrasenreiches „Auf Wiedersehen in Frankfurt“ zugerufen hat, macht sich bei ihnen doch allmählig die Meinung geltend, daß die eigentliche Politik des Herrn v. Schmerling niemals eine deutsche, sondern stets eine großösterreichische gewesen sei*).

Wie sich nun die beiden liberalen Parteien zu der veränderten Lage in Oesterreich verhalten, das läßt sich am kürzesten so bezeichnen: die Einen hoffen von den Ungarn, die Andern fürchten von den Ungarn. Wir haben erst jüngst die Ansicht ausgesprochen, daß Hr. v. Schmerling, wenn er überhaupt weiter zu denken fähig war als der ordinärste liberale Doktrinär, selber einen ungarischen Hintergedanken gehabt haben müsse. Wenn die Verfassung vom Februar an dem Widerstand der östlichen Reichshälfte durchaus scheitern mußte, konnte man dann nicht an die letztere dualistische Zugeständnisse machen, um daraus den auch nicht zu verachtenden Gewinn zu ziehen, daß die deutsch-slavischen Kronländer freier wurden für die Betheiligung an einem deutschen Bundesstaat mit parlamentarischer Verfassung? Hervorragende Stimmführer der Magyaren hatten sich wiederholt für eine solche Anordnung ausgesprochen; sie wären natürlich um so ungenirter in ihrem Antheil des halbirten Reichs und der Dualismus könnte um so correkter ausgebildet werden, wenn für die andere Reichshälfte der Schwerpunkt nach Frankfurt verlegt würde, wie ja Hr. von Schmerling selbst einmal den unphysikalischen Ausspruch gethan hat, daß Oesterreich „mehrere Schwerpunkte“ haben müssen. Jedenfalls steht die Thatsache fest, daß eine deutsche Politik in diesem Sinne die

*) „Dieser großösterreichische Centralismus . . . hatte für Deutschland wirklich nicht viel mehr als Redensarten“ 2c. Allg. Zeitung vom [illegible]. Oktober 1865.

Köpfe der magyarischen Politiker um so mehr jetzt in ihrem überschwänglichen Siegesgefühl vielfach beschäftigt, und darauf spekuliren unsere liberalen Parteien ganz offen, die Einen fürchtend, die Andern hoffend.

Es erweckt in der That eine bittere Empfindung zu sehen, wie unsere großdeutsch-liberalen Blätter jetzt ohne Scheu und Hehl ihr Heil von — Ungarn hoffen, und insoferne sogar dem Manifest vom 20. Sept. eine erfreuliche Seite abgewinnen. Wie tief sind wir herabgekommen, daß wir eine einheitliche deutsche Gesammtverfassung nun von den Magyaren erwarten sollen, und daß wir nicht bedenken, was eine auf solchem Wege gewonnene Errungenschaft uns nützen würde, wenn sie auch möglich wäre? Wo ist sie nun hingekommen jene stolze Germanisirungs-Politik, die nicht weniger für Herrn von Bach als für Herrn von Schmerling der Zielpunkt und der Leitstern ihrer ganzen Staatsweisheit war? Wir sind nie einverstanden gewesen mit dieser Politik, denn sie schien uns stets der wahren Achtung vor dem natürlichen und historischen Recht, mit einem Wort der Gerechtigkeit zu entbehren, und viel mehr ein Ausfluß des herrschenden liberalen Doktrinarismus als des edeln deutschen Geistes zu seyn. Das Manifest vom 20. September ist vor Allem die förmliche und feierliche Abdankung dieser Art von Germanisirungs-Politik, es besiegelt die Niederlage des Deutschthums, wie man es auch noch im österreichischen Reichsrath nicht anders verstehen zu dürfen glaubte. Wir bedauern Beides nicht. Aber wenn wir jetzt schon sehen müssen, wie eine Anzahl namhafter deutscher Stimmführer, wie namentlich die Politiker der unglücklichen Trias-Idee in dem magyarischen Dualismus ein Rettungsbrett in dem Meere unserer deutschen Frage erblicken, und daß sie bereit sind, aus den Händen der Magyaren und durch die Rückwirkung ihres Triumphes über die österreichische Reichseinheit und die andern Nationen des Reichs das Geschenk einer gesammtdeutschen Restauration zu erwarten, dann muß die Scham über solche Verirrungen des Parteigeistes jedem ehrlichen Deutschen in die Seele brennen.

Zuverlässig liegt indeß eine solche Consequenz nicht entfernt im Sinne des Manifests. Die Verfassung des Hrn. v. Schmerling wollte die Magyaren contumaciren; das Manifest will diesen leider sehr spät erkannten Fehler gutmachen, aber es will nicht nach einer anderen Seite hin in denselben Fehler zurückfallen und nun seinerseits zu Gunsten der Magyaren die — Slaven contumaciren. Dieß würde aber geschehen, wenn das Verhältniß Oesterreichs zum deutschen Bund mit dem magyarischen Dualismus in der obengedachten Weise combinirt würde. Nicht die Deutschen und nicht die Magyaren, sondern die Slaven bilden die große Mehrheit der Unterthanen des Kaisers. Es ist für sie nicht mehr und nicht weniger als das Gebot ihrer politischen Selbsterhaltung, wenn sie den Schwerpunkt ihres Reichsantheils eben so gut wie die Magyaren in ihrer eigenen Mitte haben, und jedenfalls nicht über die Grenzen des Reichs hinaus verlegt sehen wollen. Sollte nur die östliche Reichshälfte von der bisherigen Germanisirungs-Politik befreit werden, so befürchten die Slaven mit Recht, daß diese Politik sofort mit concentrirter Macht sich gegen die slavischen Volkselemente kehren würde. Darum begehren sie um so heftiger die gänzliche Losreißung Oesterreichs von Deutschland, den „Austritt aus dem deutschen Bund", je drohender das Gespenst eines deutsch-magyarischen Dualismus sich erhebt. Es ist unzweifelhaft, daß auch diese slavischen Befürchtungen zur Ruhe gebracht werden müssen, ehe das Reich in eine regelmäßige Entwicklung seiner Institutionen eintreten kann; und es ist leicht einzusehen, daß diese Stellung der Slaven sogar als ein vorzügliches Bindemittel der österreichischen Reichseinheit geschätzt werden muß. Denn wenn die Combination des ungarischen Dualismus mit der deutschen Trias-Politik ein so leichtes Auskunftsmittel wäre, dann dürfte sich zwar der Doktrinarismus des Baron Beust nicht weniger als der des Advokaten Deak darüber freuen; was würde aber dabei aus Oesterreich werden? Man kann das Reich nicht behandeln nach dem Recept des salomonischen Urtheils, ohne daß es eben aufhörte überhaupt ein Reich zu seyn.

Wir haben die schwierigste, aber uns zunächst angehende Seite des kaiserlichen Akts vom 20. September zuerst behandelt. Steht die Zukunft des Manifests überhaupt als ein Räthsel vor uns, so ist dieß nicht am wenigsten mit seinen Beziehungen zu unserer deutschen Frage der Fall. Unsere liberalen Parteien, deren Stärke die große Politik überhaupt nicht ist, machen sich daher das Urtheil über die kaiserliche That in der Regel leicht. Sie schütten Alles was sie dagegen an mehr oder minder dunkeln Besorgnissen auf dem Herzen haben, mit Einemmale aus, indem sie einfach den Maßstab der liberalen Schablone an das Manifest anlegen, und da lautet dann das schnellfertige Urtheil natürlich auf den Bruch einer feierlich beschworenen Verfassung, auf Rückfall in den Absolutismus, auf Reaktion.

Es ist wahr, wenn in Preußen oder in Bayern das geschehen wäre, was Kaiser Franz Joseph am 20. September gethan hat, so hätte Preußen oder Bayern keine Verfassung mehr, wir wären absolut regiert. Aber Oesterreich ist nicht ein Staat wie ein anderer, es ist im Grunde überhaupt kein „Staat" im modernen Sinne des Wortes. Oesterreich ist ein Reich der Reiche und eine Krone der Kronen; man kann hier eine Verfassung aufheben oder suspendiren, ohne daß dadurch das Reich verfassungslos würde. Auch nach dem 20. Sept. sind immer noch Verfassungen genug in Oesterreich übrig geblieben; die alten Institutionen in der östlichen Reichshälfte sind durch das Manifest selber reaktivirt, und die 17 Landtage der andern Hälfte sind in ihrer Competenz erhöht, indem sie nun auch über die allgemeine Organisation des Reichs zu entscheiden haben werden. Die aufgehobene oder suspendirte Verfassung vom 26. Februar war eigentlich nie eine definitive Charte und jedenfalls keine in anerkannter Wirksamkeit stehende Verfassung. Sie war nur ein Versuch das Diplom vom 20. Oktober 1860 in's Leben zu führen; sie war, wie das Manifest sagt, „die Form der Ausübung des Rechts der Reichsvertretung", welche der Kaiser im Oktober-Diplom verliehen hatte; sie gab sich von vornherein als

revisionsfähig und revisionsbedürftig, und als die Hälfte des Reichs sich nicht einmal zum Behuf der Abänderung auf ihren Boden stellen wollte, da war die Verfassung von selbst unausführbar geworden und auf die Länge unhaltbar. Es ist allerdings nicht zu läugnen, in jenen sonnigen Maitagen von 1861, wo der deutsch-österreichische Liberalismus seine allerhöchst genehmigte Wiedergeburt feierte, da saß die Illusion auch auf dem Thron und sie betonte den zweifelhaften Versuch allzu sehr als ein feststehendes Verfassungsrecht des Reichs. Aber rechtlich ist doch nur das Oktober-Diplom für „unwiderruflich" erklärt mit seinen großen Grundzügen einer österreichischen Gesammt-Verfassung, und mit allem Recht beruft sich das Manifest darauf, daß die Februar-Verfassung selbst in ihrem sechsten Artikel einen von ihrem Modus verschiedenen „Inbegriff von Grundgesetzen" anerkenne.

Was hat nun der Kaiser gethan, um auf einem andern Wege zum Ziele zu gelangen? Hat er vielleicht seine höchste Machtvollkommenheit zurückgenommen, um einen neuen constitutionellen Modus zu oktroyiren? Keineswegs. Er hat etwas gethan, wovon zwar jetzt in allen Ländern viel geredet wird, das man aber doch noch nirgends in Wahrheit auszuführen gewagt hat. Auch in der nächsten Zukunft werden die als liberal berühmtesten Staaten das Beispiel Oesterreichs nicht so leicht nachzuahmen wagen: England nicht wegen Irland, Preußen nicht wegen der Rheinlande, von Frankreich mit seiner bureaukratischen Centralisation und von Italien mit der zermalmenden Tyrannei in seinen Provinzen gar nicht zu reden. Der Kaiser hat nämlich das Selbstbestimmungsrecht seiner Völker innerhalb des allgemeinen Reichsverbandes verkündet. Er will die Vertretungen der östlichen Königreiche hören und dann, ehe Er beschließt, die Resultate jener Verhandlungen den legalen Vertretern der andern Königreiche und Länder vorlegen. Und das nennt man Reaktion!

Reaktion ist es nicht; aber es ist allerdings etwas, was den modernen Liberalismus höchst unangenehm berühren muß. Das Manifest anerkennt ein selbsteigenes Recht, welches

keinem höchsten Ermessen herrschender Parteien oder zufälliger Majoritäten des modernen Staats auf Ruf und Widerruf unterworfen ist, und welches ohne den Willen der Betheiligten nicht abgeändert werden kann. Hr. von Schmerling hat es mit diesen Eigenberechtigungen bekanntlich anders vermeint. Aber wir wagten in der Zeit seiner höchsten Blüthe den Ausspruch, daß der moderne Liberalismus nirgends ungefährlicher sei als in Oesterreich. Die Wahrheit dieses Wortes — man hat es uns damals übel genommen — ist jetzt erwiesen. Der moderne Liberalismus hat unerhörte Anstrengungen gemacht, um sich in dem Kaiserreiche durch- und für immer festzusetzen; er hat sich für unwiderstehlich gehalten; und jetzt muß das vielberühmte „System des Liberalismus in Oesterreich" seine unverblümte Bankerot-Erklärung aus dem kaiserlichen Manifest herauslesen. Mögen alle Staaten der Welt modern-liberal werden, Oesterreich wird es niemals; denn es ist das Reich der sich balancirenden Rechts-Gegengewichte.

Nichts hat die liberalen Parteien an dem Manifest empfindlicher berührt, als daß nicht nur der sogenannte weitere Reichsrath, sondern auch der „engere Reichsrath" vorläufig suspendirt worden ist. Bekanntlich hat die erstere Institution immer nur durch eine Fiktion bestanden; sobald nämlich die Abgeordneten aus Siebenbürgen sich in Wien eingestellt hatten, wurde die Vertretung der deutsch-slavischen Kronländer (der engere Reichsrath) als Vertretung des ganzen Reichs (weiterer Reichsrath) erklärt. Wenn dann die 29 Siebenbürger sich von einer Berathung fernhielten, so war es wieder der engere Reichsrath. Dieses Spiel mit juristischen Fiktionen mußte nun, das sah Jedermann ein, abgethan werden, ehe von einer Verhandlung mit Ungarn die Rede seyn konnte. Denn man konnte den Magyaren doch nicht eine zu Recht bestehende Reichsverfassung als Landtags-Proposition, resp. zur Verwerfung vorlegen, und zudem ging die erste Bedingung derselben stets dahin, daß Siebenbürgen zur Union mit der Stephanskrone zurückkehren müsse, und nicht in Wien sondern in Pesth zu tagen habe. Damit hätte sich dann der weitere

Reichsrath von selbst aufgehoben. Aber den engern Reichsrath wollten die deutschen Liberalen jedenfalls conservirt wissen; ja sie glaubten, daß es die Aufgabe dieses Körpers sei, von sich aus mit dem ungarischen Landtag über eine Verständigung zu verhandeln. Das wäre aber, wie man auf den ersten Blick sieht, der principiell anerkannnte Dualismus gewesen: auf einer Seite das Centralparlament der deutsch-slavischen Kronländer, auf der andern Seite das Centralparlament der magyarischen Suprematie. Eben darum mußte auch der engere Reichsrath in seiner Thätigkeit sistirt werden. Das Manifest will offenbar den Dualismus nicht, es will zwischen diesem und dem Unitarismus ein Mittelding, welches man mit dem Namen des Föderalismus zu bezeichnen pflegt; darum bleiben dießseits der Leitha vorerst nur die Landtage als legale Vertretung übrig.

Der Kaiser hat am 20. September gethan, was er schlechterdings nicht unterlassen konnte. Aber nun der wahrscheinliche Erfolg? Derselbe liegt augenscheinlich in den Händen des ungarischen Landtags, und so viel ist gewiß, daß in dem Verhältniß der Wiener Regierung zu den Magyaren sich die Geschichte der sybillinischen Bücher wiederholt hat. Wäre die Organisation des österreichischen Gesammtstaats bald nach dem Pariser Frieden in freiheitlichem Sinne aufgenommen worden, damals als das Reich in täuschender Stärke dastand, so hätten es die Magyaren sehr viel wohlfeiler gegeben; die blutige Insurrektion von 1848 hatte damals noch eine namhafte Partei gegen sich, welche thatsächlich zu der bekannten „Verwirkungstheorie“ sich bekannte, und es ist unvergessen, mit welch bescheidenen Zugeständnissen die Partei sich im Jahre 1857 begnügt hätte. Uns gereicht es heute noch zum Troste, daß wir damals die Ersten waren, welche die hohe Nothwendigkeit zu betonen wagten, daß endlich ein erster Spatenstich zur Fundamentirung einer volksthümlichen Verfassung in Oesterreich geschehe. Aber wir sind mit unserm Rath bei der verwandten Presse übel angekommen. Alles war damals, die Augsburger „Allgemeine Zeitung“ und die sogenannten katholischen Blätter in erster Reihe,

blindlings in die Bachische Idee verrannt, daß im deutschen Interesse erst eine neue Generation in Oesterreich auf dem Wege eines aufgeklärten bureaukratischen Absolutismus herangezogen werden müsse. Allerdings ein dem modernen Liberalismus nächstverwandter Gedanke!

Was vom siegreichen Oesterreich nicht geboten werden wollte, das mußte nun das besiegte Oesterreich im Jahre 1860 bieten. Aber jetzt genügten die Concessionen jenseits der Leitha nicht mehr; die Magyaren bestanden auf ihrem Schein. Trotzdem wäre es vielleicht zu einer günstigern Wendung gekommen, wenn nicht die hartnäckige Verblendung des deutschen Liberalismus Alles verdorben hätte. Diese herrschende Wiener Richtung wollte um jeden Preis ein österreichisches Centralparlament, also den förmlichen Unitarismus mit constitutionellen Formen haben. Zwar hat sich das Oktober-Diplom keineswegs in dieser Richtung bewegt, sondern sehr entschieden in der gegentheiligen; auch die Februar-Verfassung hätte an sich den einzelnen Ländern ein ausreichendes Maß von Autonomie gewährt. Alles kam auf die Ausführung an. Aber Hr. von Schmerling hatte für ein Hinterthürchen gesorgt, durch welches trotzdem das Reichs-Centralparlament eingeschwärzt werden sollte. Es war ein unscheinbarer Paragraph über die Behandlung der Angelegenheiten, die den deutsch-slavischen Kronländern bisher gemeinsam gewesen waren, mit andern Worten über den „engern Reichsrath" und dessen Verhältniß zu den einzelnen Landtagen. Der engere Reichsrath war in der That kaum versammelt, als er sich faktisch und nachher durch die erwähnte Fiktion auch rechtlich als Reichsparlament geltend machte. Ueber diesen Versuchen, im grellsten Widerspruch mit dem Diplom vom 20. Oktober, die parlamentarische Centralisation einzuschwärzen, sind vier kostbare Friedensjahre vergeudet worden, die allerdringendsten Aufgaben, gründliche Reform der Verwaltung und entsprechende Erleichterung des Budgets, wurden gänzlich vernachlässigt, und endlich stand Oesterreich vor einer innern Niederlage, fast größer als die äußere bei Solferino gewesen war.

Ist es zu verwundern, wenn die Magyaren nach der doppelten Niederlage des deutschen Regiments in Wien jetzt wo möglich noch weniger von Concessionen hören wollen? Ja, wenn der deutsche Liberalismus sagen könnte: seht her da, was wir geleistet haben! Aber erst die ihm verhaßte Regierung des Grafen Belcredi macht nun die Ersparnisse von 20 bis 30 Millionen möglich, welche Hr. von Schmerling noch bei der letzten Budget-Vorlage als schlechthin unthunlich und mit dem Interesse des allerhöchsten Dienstes unverträglich erklärt hatte. Erst die neue Regierung will ernstlich die Axt an die Wurzel des Uebels legen, und die kolossale Beamten-Armee reduciren, die mit einem übermäßigen Militärstand in die Wette an dem Mark des Landes gezehrt hat. Erst jetzt erfährt man, daß ohne allen Schaden für den Dienst beim Finanzcontrol-Wesen allein leicht ein paar tausend Beamten erspart werden könnten! Jeder ruhige Beobachter muß sich mit Entsetzen fragen: „aber um's Himmels willen, warum erst jetzt, warum hat die frühere Regierung immer nur Schulden gemacht, ohne je an solche Reformen zu denken?" Hr. von Schmerling aber hat eben ächt „liberal" nach dem merkwürdigen Ausspruch des Fröbel'schen „Botschafters" regiert: die Bureaukratie sei in Oesterreich ein historisches Institut und jeder, der es wagen würde daran zu rütteln, müßte an dem Versuch zu Grunde gehen.

Inzwischen sind in Ungarn alle Unterschiede der Parteien verschwunden. Es gibt keine Stellung für und gegen die Gesetze von 1848 mehr. Die Altconservativen, wenn anders noch derlei Leute existiren, haben heute kein anderes Programm als die liberalen Deakisten und diese unterscheiden sich nicht wesentlich von der sogenannten Beschlußpartei. Reine Personal-Union und principieller Dualismus: darüber scheint Alles einig. Wie viel oder wenig an gemeinsamen Angelegenheiten des Gesammtreichs von den Magyaren concedirt werden, und ob der Kaiser in der Lage seyn wird, den Vorbehalt des „einheitlichen Bestandes und der Machtstellung des Reichs" mehr oder minder strenge zu nehmen, das muß eine nahe

Zukunft lehren. Jedenfalls hat der ungarische Landtag das Heft in der Hand, welches durch die Thorheit der liberalen Doktrinäre dem deutschen Element verloren gegangen ist.

Sagen wir kurz unsere unmaßgebliche Meinung: Oesterreich an sich ist nicht verloren, aber es ist sehr zu fürchten, daß es verloren seyn werde für uns. Die Monarchie hat früher mit dem Dualismus gelebt und sie wird schlimmsten Falls abermals mit demselben leben können. Freilich wäre er heutzutage nur die Ouvertüre einer neuen Reihe innerer Kämpfe; wie bis jetzt Deutsche und Magyaren gegeneinander gestritten, so würden dann beide gemeinsam, und jedes der zwei Volksthümer in seinem Kreise, den nationalen Krieg gegen den Slavismus zu führen haben. Es wäre kein Friede, sondern nur ein einseitiger Waffenstillstand; aber immerhin könnte das Reich sich dabei fortfristen.

Allein anders steht es mit der Frage: Oesterreich für uns? Das Reich hat allerdings früher schon mit dem Dualismus gelebt, aber unter ganz andern deutschen Umständen. Selbst diejenigen welche von den Magyaren erwarten, daß dieselben, im eigenen Interesse ihrer dualistischen Abgeschlossenheit, die deutsch-slavischen Kronländer in engere Verbindung mit einem bundesstaatlichen Deutschland hineinzwängen würden, geben damit von selbst zu, daß der deutsche Bund anders werden müßte, um sich einem österreichischen Dualismus anzubequemen. Und wer würde diese Voraussetzung verwirklichen, selbstverständlich gegen den unbeugsamen Widerstand Preußens? Würden die Magyaren vielleicht auch die Kosten dieser Politik tragen wollen, jetzt wo in Oesterreich unglücklicher Weise die Geldfrage zur Frage aller Fragen geworden ist?

Auch nach einer andern Richtung dürfte die innere Umgestaltung Oesterreichs ausschlaggebend seyn für die äußere Politik. Der österreichische Dualismus hat auch die Probe noch nicht gemacht, wie er sich vertragen könnte mit dem Verlust der Lombardei, mit dem permanenten Belagerungszustand in Venetien, mit einem auf die Länge unhaltbaren Provisorium der gesammten österreichischen Machtstellung in

Italien. Es muß sich bald zeigen, ob das neue Königreich Italien allen ungünstigen Vorhersagungen zum Trotz dennoch Lebensfähigkeit besitzt, oder ob es in sich selber wieder zerstieben wird. Im ersteren Falle würde es Oesterreich auch dann schwer ankommen, das große Feldlager in Venetien in's Unabsehbare aufrecht zu erhalten, wenn nicht die deutsche Suprematie in Wien so kläglich abgewirthschaftet hätte, wie es leider geschehen ist. Es zeugt von praktisch-politischer Logik, daß die englische Presse sofort die venetianische Frage mit dem Manifest vom 20. September in Verbindung gebracht hat.

Man darf überhaupt keine der großen Angelegenheiten des Donaureichs isolirt betrachten; die deutsche, die italienische, und die innere Politik des Reichs hängen so enge zusammen, daß aller Wahrscheinlichkeit nach die dreifache Entscheidung auf einmal fallen, und eventuell als vierte die große Wendung Oesterreichs nach dem Orient sich daran knüpfen wird. Ungarn weist auf den Orient, wenn es auch augenblicklich die magyarischen Politiker nicht thun. Wenn der König in Ofen gekrönt wird, dann schwingt er mit ausgestrecktem Arm das Schwert nach Osten. Das war Decennien hindurch eine bloße Ceremonie, aber nicht immer, und es kann wieder so werden.

Doch ich komme zu weit mit meiner Besprechung des Manifests vom 20. September. Es ist ein mit entschlossener Hand vollzogener Bruch mit den Illusionen und Täuschungen des Doktrinarismus. Es nimmt die Dinge wie sie sind. Möge dieselbe ehrliche Entschiedenheit die neuen Männer in Wien weiter geleiten auf ihrer dornigen Bahn! Eines ist ganz gewiß, und das ist ein großer Gewinn; ich meine die zwei Worte, womit die kaiserliche Ansprache schließt: „Frei ist die Bahn!"

XLIII.

Die Königin Marie Antoinette nach ihrem neuestens herausgegebenen Briefwechsel.

III.

Die nun folgende weitere Correspondenz Marie Antoinette's fällt in das Jahr 1790. Die 23 Monate von der Uebersiedlung des Hofes nach Paris und der vom 19. Oktober 1789 an dort tagenden constituirenden Versammlung bis zur Sanktion der Constitution bilden einen grauenhaften Zeitraum in der Geschichte der französischen Revolution, der freilich durch die bald darauf folgende Schreckensperiode von 1792 bis 1793 überboten wird.

Die allmächtig gewordene Versammlung beschäftigte sich mit der Abfassung der Constitution, deren Grundlagen in einer Menge die bisherigen socialen Zustände radikal ändernder Gesetze vorbereitet wurden. Die Hauptgedanken waren die Vernichtung der Geburts- und Standesunterschiede, daher des Adels, der Geistlichkeit als privilegirter Classen; die Durchführung der schon sanktionirten Aufhebung des Lehnsystems; die Aufhebung der religiösen Orden und der Klöster; Einziehung des Kirchenvermögens als Nationalgut; Umgestaltung der Verfassung der katholischen Kirche durch die sog. Constitution civile du clergé; endlich Zurückführung der königlichen Gewalt auf

ein Minimum. Man gewährte dem Monarchen nur noch ein Suspensiv-Veto; selbst das Recht Krieg zu beschließen und Friedensschlüsse zu machen, ward ihm entzogen. Man begreift, daß der Hof, der Adel und die hervorragendsten Mitglieder der Kirche mit den täglich stürmischer auftretenden Neuerern in einem beständigen Kampfe lagen, zuletzt aber den Kürzeren zogen. Dazu trug das während dieses Zeitraums sich vollständig ausbildende Clubwesen bei, die zügellose von den wüthendsten Demokraten, wie Camille Desmoulins, Marat, Danton beherrschte Presse, und der Fanatismus des durch Demagogen nach Willkür geleiteten, zu Aufständen, Mord und andern Gräuelthaten jederzeit bereiten Pöbels, in welchem die schlechtesten Elemente vorherrschten.

Es gab der politischen Parteien nach und nach mehrere von größerem oder geringerem Einflusse auf den Gang der Ereignisse. Eine Orleanische war am Hofe besonders gefürchtet, aber von weit geringerer Bedeutung als die allmählig sich erhebende, bald alle anderen Parteien zurückdrängende der äußersten Demokraten, die von ihren Zusammenkünften im ehemaligen Kloster der Jakobiner sich den Namen gab. Indem wir unsere Leser auf die Werke über die Geschichte der französischen Revolution im Einzelnen verweisen, z. B. auf das schon angeführte von Wachsmuth und von Sybel's Geschichte der Revolutionszeit, fahren wir fort die Rolle zu schildern, welche ihrer Correspondenz nach die während der ganzen Zeit in der peinlichsten Lage befindliche Königin Marie Antoinette spielte. Sie war die würdigste, über die aller Mitglieder der königlichen Familie und der Minister glänzend hervorragende, leider aber, was sie sich selbst oft sagte, von keinem Erfolge gekrönt. Die Königin sah bald ein, welchen Weg man von Anfang an hätte einschlagen sollen, um so viel wie möglich Meister des Terrains zu bleiben, und sie zeigte eine ganz andere Haltung als ihr zu einer politischen Null herabgesunkener Gemahl. Ihr Briefwechsel, immer vorausgesetzt, daß er in der Hauptsache ächt

ist, enthält so viel bisher wenig Bekanntes oder gänzlich Unbekanntes über den Gang der Dinge, daß die Revolutions-Episode von Anfang des Jahres 1790 bis zur Katastrophe vom 10. August 1792 einer neuen Bearbeitung unterzogen werden sollte. Es ist auffallend, wie selten in den meisten neueren Darstellungen ihre Einwirkung richtig geschildert wurde *).

Hier folgen die wichtigsten Ergebnisse des Studiums ihrer Briefe bei Feuillet und Hunolstein. Der erste in Betracht zu nehmende Brief Antoinette's ist ein den 26. Februar 1790 an ihren Bruder Kaiser Joseph gerichtetes Schreiben (bei Hunolstein S. 141 — 143), das er freilich nicht zu Gesicht bekam, da ihn sechs Tage zuvor der Tod ereilt hatte. Der Trauerfall war, wie aus einem Briefe der Prinzessin Elisabeth vom 1. März (bei Feuillet S. 293) zu ersehen, ihr damals noch nicht bekannt und selbst den 14. März in Paris noch nicht officiell angemeldet **). Sie schreibt an Joseph:

„Mein lieber Bruder! Die Lage der Dinge ist, ich bin hierüber mit Ihnen einverstanden, sehr schlecht, und Ihr letzter Brief beurtheilt ganz richtig die Gefahren, in welchen wir schweben. Sie fürchten, ich mache mir zu viel Illusionen. Ich habe sehr wenige. Man hat neben mir sich darein ergeben, mit sehr Wenigem sich zu bescheiden; ich für meinen Theil bin nicht der Meinung, die Staatsgewalt (le pouvoir du trône) so leichten Kaufes hinzugeben. Je mehr man den Parteien zugesteht, um so begehrlicher zeigen sie sich, wovon wir täglich Beweise haben. Ich habe hier-

---

*) Sehr gut schildert dieselbe übrigens v. Sybel Bd. I. S. 223 Geschichte der Revolutionszeit, worin er sagt: „die Kraft ihres reinen Charakters war durch keine lockere Hülle verdeckt, sie begriff die Gefahr ihrer Stellung, die Pflichten ihres Gemahls, die Tiefe des drohenden Verderbens.“ Sie begeisterte Mirabeau zu dem Ausrufe, daß an der Seite des Königs nur ein Mann stehe, die Königin; sie schien dem Grafen Mercy das einzige Organ, wodurch der König zu festem Handeln bestimmt werden könnte.

**) Nach einem Briefe Antoinette's vom 14. März bei Feuillet S. 297.

über viel mit dem Grafen Mercy gesprochen und auch er ist ganz und gar meiner Ansicht. Die National-Versammlung ist der Herd des Uebels; sie will sich aller Gewalten bemächtigen und den König vollständig zur Null machen. Mir schien es, als hätte man sich mit den Parteiführern in's Einvernehmen setzen und sie zu gewinnen versuchen sollen. Der erste und gefährlichste unter Allen ist Mirabeau; aber seine Sittenlosigkeit erregt einen solchen Abscheu, und die Schilderung seines Benehmens bei den Vorgängen vom 5. bis 6. Oktober, deren Anstifter und Leiter er war*), daß man sich nicht entschließen konnte, weder nahe noch ferne mit diesem Manne in Berührung zu kommen. Dieß ist auch deßhalb schwierig, weil die Minister im Geheimen mit ihm einverstanden seyn müßten, um fortwährenden Zwistigkeiten vorzubeugen. Aber weder Necker noch der ihm feindlich gesinnte Lafayette würden sich dazu verstehen. Man muß daher darauf verzichten oder Necker entlassen, was unmöglich ist. Wir erhielten von einigen andern ausgezeichneten Männern (wie Meunier) Denkschriften. Sobald eine Nation eine Regierung nach englischem Muster versucht hat, fällt sie in einen Souveränetäts-Schwindel und kann nur durch eine feste Hand im Zaume gehalten werden. — Wie ich höre, sind die Parteien jetzt untereinander selbst zerfallen; man will aber durchaus eine neue Staatsordnung; die alte ist verhaßt, und das der Verachtung preisgegebene Königthum ist thatsächlich nichts Anderes als eine gewöhnliche Regierungsbehörde. Dieß mein theurer Bruder ist unsere schreckliche Lage. Man will neben mir sich darein fügen, man hofft, der Sturm werde vorübergehen. Gott gebe es! Ich komme aber immer auf den Gedanken zurück, bei den Parteiführern der National-Versammlung Versuche zu machen."

Dieß zu thun, und zwar Mirabeau für den Hof zu gewinnen, ward nun der die Königin beherrschende Gedanke, den sie in einem Briefe vom 22. April 1790 dem Baron v. Flachsland, geheimen Agenten des französischen Hofs in Deutschland (bei Feuillet S. 305), ihn über dessen Aus-

---

*) In einem späteren Briefe schreibt Antoinette, daß dieß nicht der Fall gewesen und sie im Irrthume war.

führung befragend, auseinandersetzt. „Wo", schreibt sie hier, „wäre der zum Unterhändler mit einem Menschen, dessen ganzes Leben nur Arglist, Lug und Trug ist, geeignete Mann zu finden? Er dürfte kein Adeliger seyn, da ihn Mirabeau gewiß hinter das Licht führen, und darauf an den Pranger stellen würde. Ich zerbreche mir den Kopf im Nachsinnen hierüber. Kennen Sie Jemanden, so nennen Sie ihn mir. Ich werde jeden persönlich aufnehmen, nur Mirabeau selbst nicht. Ich zweifle zwar nicht daran, daß meine Eigenschaft als Frau mir Gewandtheit und Festigkeit geben würde, aber der Abscheu vor seiner Sittenlosigkeit u. s. w. schreckt mich ab ihn zu sehen. Bieten Sie Alles auf, einen geeigneten Mann zu finden, um das Ungeheuer (le monstre) zu gewinnen oder zu vernichten."

Es ist nun zwar längst bekannt, daß es dem Hofe gelang Mirabeau zu gewinnen; doch war man bis in die neueste Zeit nicht genau darüber unterrichtet, auf welchem Wege und durch welche Mittelspersonen die Verständigung mit dem verabscheuten Demagogen bewerkstelligt wurde. Es ist das Verdienst des belgischen Geschichtschreibers Th. Juste, in seiner 1863 erschienenen Biographie des Grafen Mercy-Argenteau*) hierüber vollständige Aufschlüsse gegeben zu haben, Aufschlüsse wodurch für die auf die Verbindung Mirabeau's mit dem Hofe bezüglichen Briefe Marie Antoinette's das nöthige Verständniß ermöglicht wird.

Der zu einer Unterhandlung mit Mirabeau für geeignet gehaltene Mann ward gefunden. Es war der den Namen eines Grafen de la Mark führende, mit Mirabeau schon seit lange bekannte und als College der constituirenden Versammlung viel mit ihm verkehrende, ihn selbst mit einem monatlichen Darlehen von 50 Louisd'or unterstützende Fürst August

---

*) Der Titel der Schrift ist: Souvenirs diplomatiques du XVIII. siècle. Le Comte de Mercy Argenteau par Th. Juste. Bruxelles 1863.

von Aremberg (geboren zu Brüssel den 30. August 1753). Die sogenannte brabantische Revolution gegen Kaiser Joseph hatte den, obwohl seit vielen Jahren in Frankreich lebenden, einer der ersten Familien Belgiens (nun auch in Deutschland) angehörenden Fürsten zur Rückkehr in sein Vaterland veranlaßt, wo er eine hervorragende Rolle zu spielen hoffte. Seine Erwartungen wurden indeß völlig getäuscht, da er nicht zu der damals Alles beherrschenden Van der Noot'schen, sondern zur Vonk'schen Partei sich neigte. Mitten in den Partei-Wirren erhielt er vom Grafen Mercy-Argenteau, mit dem er gleichfalls längst befreundet war, einen Brief, worin er gebeten wurde, höchst wichtiger Angelegenheiten halber, schleunigst nach Paris zu kommen*).

Er folgte sofort der Einladung und erhielt, nachdem er Mercy seine Ankunft gemeldet hatte, sogleich einen Besuch. Ohne die belgischen Angelegenheiten mit einem Worte zu berühren, sagte Mercy zu ihm: „Sie stehen mit dem Grafen Mirabeau auf vertrautem Fuße?" Ja, Herr Graf! „Der König und die Königin erhielten von diesem Verhältniß Kunde und glauben, daß, indem Sie dasselbe nicht aufgeben, Sie die Absicht haben ihnen Dienste zu leisten!" Sie haben sich nicht geirrt, die Königin ist hievon mehrmals in Kenntniß gesetzt worden. „Ihre Majestäten haben mir aufgetragen, Sie um Ihre Meinung über die von Ihnen vorausgesetzten Gesinnungen Mirabeau's zu befragen!" „Graf Mirabeau (erwiderte La Mark) glaubte beim Beginne des Reichstags, die Minister des Königs würden wie die in England verfahren, im Schooße der Versammlung eine Regierungspartei zu bilden und für dieselbe die durch Talente, Kenntnisse und Popularität hervorragenden Männer zu gewinnen bestrebt seyn. Da bei Eröffnung des Reichstags die Partei, welche auf die Volksmeinung sich stützte, die stärkste war, stürzte sich

*) Wir folgen Juste S. 75 ff.

Mirabeau in dieselbe und zeigte sich heftig, um am Hofe gefürchtet und gesucht zu werden. Seine Berechnungen wurden getäuscht, und seitdem war es ihm nicht mehr möglich, eine bessere, d. h. eine seinen politischen Ansichten und Grundsätzen entsprechende Stellung einzunehmen. Er hat mir hierüber oft sein Bedauern ausgedrückt. Er erkannte längst die Unfähigkeit der Minister und betrachtet Necker als den Urheber der über Frankreich hereingebrochenen und noch kommenden Uebel. Mirabeau hat gewünscht, daß dem Könige seine Geneigtheit ihm zu dienen bekannt werde. Vor mehr als fünf Monaten habe ich Monsieur (den Grafen von Provence) hievon in Kenntniß gesetzt, derselbe hat sich aber nicht bewogen gefunden es dem Könige mitzutheilen. Darauf zog ich mich von dieser Sache zurück und verließ Paris, und wäre ohne Ihre Einladung auch nicht zurückgekommen."

„Nun wohl", antwortete Mercy, „es handelt sich jetzt davon, diese Sache in's Werk zu setzen. Der König und die Königin sind entschlossen die Dienste des Grafen Mirabeau in Anspruch zu nehmen, wenn er gewillt ist, ihnen nützlich zu seyn. Sie überlassen Ihnen zu bestimmen, was zu thun sei; ihr in Sie gesetztes Vertrauen ist unbedingt, und so überlassen sie es Ihnen die Bedingungen festzustellen, und wollen nur durch Sie, Herr Graf, sich mit Mirabeau in Verbindung setzen. Die Sache müßte aber Geheimniß bleiben, wie Sie wohl begreifen. Es ist wesentlich daß Necker, mit dem man sehr unzufrieden ist, von der Unterhandlung nichts erfahre. Die Königin rechnet vor Allen auf Sie, und weil Sie nicht zurückkamen, so entschloß ich mich Ihnen zu schreiben."

„Herr Graf", erwiderte La Mark, „das Uebel ist schon sehr groß, und ich zweifle, daß selbst Mirabeau wieder zu nichte machen kann, was man ihn hat machen lassen." Er erklärte dann Mercy, daß er die Vermittlerrolle ohne dessen eigene Theilnahme an derselben nicht übernehmen werde, und setzte als erste Bedingung fest, Mercy müsse mit Mirabeau eine Unterredung haben, um ihn beurtheilen zu können und von

seinen Grundsätzen und Gesinnungen sich zu vergewissern. Mercy trug kein Bedenken, und erklärte dann den König von der stattgehabten Unterredung in Kenntniß zu setzen. La Mark sah wohl ein, Mercy könnte durch die Einmischung in eine Angelegenheit dieser Art seinen Charakter als Gesandter compromittiren, war aber fest entschlossen, nur im Vereine mit ihm und unter seiner Anleitung die Unterhandlung mit Mirabeau zu übernehmen. Mercy sah übrigens die Sache nicht mit günstigen Augen an.

Es verstrichen vierzehn Tage, ehe er den Grafen La Mark wieder zu sich bat, versuchte dann diesen zu überreden, stimmte aber endlich einem gemeinschaftlichen Handeln zu und fragte, wie es ermöglicht werden könne, daß er Mirabeau sehe, ohne daß dieß irgend Jemand gewahr werde. Graf La Mark schlug hiezu seine Wohnung in der Vorstadt St. Honoré vor, die durch den Garten auch einen Ausgang auf die elysäischen Felder hatte. Durch diesen sollte Mirabeau kommen, und sich unmittelbar in das Zimmer des Grafen, ohne durch das Bedienten-Vorzimmer zu gehen, begeben, während Graf Mercy in der Straße vorfahren würde. Es geschah, wie man verabredet hatte. Mercy machte Mirabeau eine gedrängte Schilderung des gefahrvollen Weitergreifens der Revolution und sagte mit vollster Offenheit: er könne nicht glauben, Mirabeau werde fortfahren, durch Förderung dieser Unordnungen sein Talent und seinen Charakter zu compromittiren. Mirabeau anerkannte die schlimme Lage und erklärte: das zunächst zu ergreifende Mittel sei des Königs Entfernung aus Paris, nicht aber aus Frankreich. Mirabeau machte sowohl auf La Mark als auf Mercy den günstigsten Eindruck, und Letzterer bedauerte sehr, daß man eine so lange Zeit habe verstreichen lassen, um zu einem so ausgezeichneten Manne seine Zuflucht zu nehmen, und ihn, der dem Hofe so nützlich werden konnte, dessen Gegner werden ließ. Dieß ist die wahre Entstehungsgeschichte der Verbindung Mirabeau's mit dem Hofe, wie sie La Mark in seinen Souvenirs aufgezeichnet hat.

Da der König sein Ministerium nicht ändern wollte, mußte Alles hinter dessen Rücken mit Mirabeau verhandelt werden, was schwierig war und leicht den Erfolg stören konnte. Auf Mercy's Antrag bezahlte der Hof die auf 20,000 Franken sich belaufenden Schulden des Grafen und verlieh ihm eine Monatspension von 6000 Franken. Wenn es sich nun nicht in Abrede ziehen läßt, daß Mirabeau sich dem Hofe verkauft und dieser ihn gekauft habe, so sollte doch weder dem Einen noch dem andern der Vorwurf eines schmachvollen Handelns gemacht werden. Denn Mirabeau war aufrichtiger Monarchist und wollte aus Ueberzeugung der Retter der Monarchie werden; der Hof aber wollte nicht bloß einen versäumten, sondern auch zu seiner Rettung unerläßlichen Schritt nachholen. Dieß wird auch durch das was jener that, und durch Marie Antoinette's Briefe vollkommen bestätigt. Sie entschloß sich, ungeachtet ihres Widerwillens gegen den Grafen, ihm eine Audienz zu gestatten, welche ganz und gar zu seinen Gunsten ausfiel. Er reichte ihr nach und nach mehrere Denkschriften über die zu nehmenden Maßregeln*) ein, welche sie abschrieb und zum Theil ihrem Bruder, Kaiser Leopold, übersandte, der sie in Briefen vom 2. Mai und 6. Juni 1790 gebeten, ihn von allen ihre Lage betreffenden Vorgängen auf dem Laufenden zu halten. Ein von ihr im Juni an Mercy gerichtetes Billet (bei Hunolstein S. 147) enthält eine Anspielung auf die beabsichtigte Zusammenkunft mit Mirabeau**). Zwei seiner Denkschriften, die erste vom 1. Juli, die andere vom 9. Juli 1790, sind bei Hunolstein S. 148 und 155 abge-

*) Nach diesen Denkschriften und dem von de Bacourt herausgegebenen Briefwechsel entwarf von Sybel in Kap. 10 seiner Geschichte der Revolutionszeit eine freilich etwas idealisirte, jedoch der Hauptsache nach richtige Schilderung von Mirabeau's politischen Anschauungen.

**) Ein anderes Schreiben an Mercy vom 3. Juli (Feuillet S. 325) spricht zwar minder günstig von dieser Zusammenkunft, die am nämlichen Tage statthatte.

druckt, sowie ein Brief an Leopold vom 7. (bei Hunolstein S. 152 und bei Feuillet S. 326), worin sie den Kaiser von ihrem Schritte in Kenntniß setzt und die Hergänge in Kürze angibt, wie sie in La Mark's Souvenirs erzählt sind. Sie versichert ihren Bruder, Mirabeau habe sich als aufrichtigen, des ihn anekelnden Verlaufs der Dinge längst überdrüssigen Royalisten zu erkennen gegeben, und ihr zwei in diesem Sinne geschriebene höchst wichtige Denkschriften gesandt. Leider geschehe aber Alles ohne Wissen der Minister und nehme daher nicht den gewünschten Fortgang; doch hoffe sie, Alles werde eine gute Wendung nehmen, wenn die Nationalversammlung von den guten Gesinnungen des Königs überzeugt seyn werde. Da sie nach der Kenntnißnahme der erwähnten Denkschriften sich überzeugt habe, daß eine mündliche Besprechung mit Mirabeau nöthig sei, so habe sie dazu eingewilligt. „Ich habe also", schreibt sie, „dieser Tage in St. Cloud dieses Ungeheuer mit einer krankhaften Aufregung gesehen, seine Sprache hat aber dieselbe sehr bald paralysirt". Der König sei ihr zur Seite gestanden und sei mit Mirabeau, der ihm als ein aufrichtiger und ergebener Mann erschienen, sehr zufrieden gewesen. Man glaube, Alles sei gerettet. Als erste Maßregel habe Mirabeau die Entfernung des Hofes aus Paris, aber nicht aus Frankreich vorgeschlagen. Sie werde ihren Bruder vom weiteren Verlaufe der Dinge in Kenntniß setzen.

In dem Memoire vom 1. Juli legt Mirabeau seine Ansicht über die Aufnahme und Behandlung des aus London, wohin man ihn im Oktober 1789 gesandt hatte, zurückkehrenden Herzogs v. Orleans dar; sie geht dahin, daß man zuvorkommend gegen ihn seyn und ihn in die Lage versetzen müsse, nicht als Gegner des Hofes auftreten zu können, um ihn so in einen Gegensatz mit der sich seiner als Werkzeug bedienenden Partei zu bringen. Er könnte so eine Stütze des Hofes werden, was auch die Entfernung des jetzt dort so unheilvoll wirkenden Lafayette zur Folge haben würde.

Im zweiten Memoire beklagt sich Mirabeau, daß der Hof ihm verschiedene Anordnungen geheim halte, von welchen er Kenntniß haben müsse, um ihm nützlich zu seyn. So z. B. die eben stattgehabte Sendung Dumouriez' nach Belgien u. s. w. Er müsse, was er schon mit Betonung gesagt habe, der Königin an's Herz legen, sich beim Könige nicht auf ein bloßes, seine Unentschlossenheit vermehrendes Veto zu beschränken, sondern ihn zu bestimmen die gefaßten Entschlüsse rasch auszuführen; es bedürfe daher eines entschlossenen Rathgebers beim Könige, mit dem beide täglich verkehren und sich seiner bedienen könnten, also eines leitenden Ministers von entschiedenem Charakter; sonst werde man immer Fehler begehen, sich mit mehr oder weniger Erfolg bloß vertheidigen, der König und die Königin aber würden den Anschein eingeschüchterter Gefangenen haben, die genöthigt seien, sich mit ihren Gefängnißwärtern abzufinden, und außer Stand den Gang der Dinge richtig zu beurtheilen, den Aufruhrversuchen und den Umtrieben sowie dem Ehrgeiz der Demagogen preisgegeben seien.

Die Correspondenz Marie Antoinette's mit Mercy und ihrem Bruder ist von Mitte Juli bis Ende des Jahres 1790 sehr lebhaft und ward es noch mehr im folgenden Jahre. Außerdem schrieb sie der Prinzessin Lamballe den 9. Nov. 1790, 4. März und 20. August 1791, sowie dem emigrirten Grafen Artois den 20. März 1791. Den 26. Juli beklagt sie sich bei Mercy über die Verkehrtheiten der ausgewanderten Prinzen in Turin (bei Feuillet S. 333), bedauert den 31. desselben Monats, daß Mirabeau noch nichts Erkleckliches gethan habe, da es doch hohe Zeit sei etwas zu thun (Feuillet S. 334—335). Den 5. September mißräth sie ihm nach Paris zu kommen, wo ehrliche Leute es nicht mehr aushielten. Die Nationalversammlung habe Necker so sehr Angst gemacht, daß er den 4. seine Entlassung genommen habe (Feuillet S. 347).

In einem Briefe vom 22. Oktober (bei Feuillet S. 355)

beklagt sich die Königin über eine in der Nationalversammlung gegen den König gerichtete sehr heftige Rede Mirabeau's, dessen Benehmen aber La Mark rechtfertigt. „Dieser Mensch", ruft sie aus, „ist ein Vulkan, der ein Kaiserreich in Brand stecken würde, und wir sollen von ihm das Löschen des Brandes erwarten, der uns verzehrt! Es muß weit gekommen seyn, daß wir auf ihn unser Vertrauen gesetzt haben." Den 27. Oktober sendet sie ihrem Bruder ein neues Memoire Mirabeau's, der auf einen totalen Ministerwechsel dringt, wozu sich aber der König nicht habe verstehen wollen. Die Frage sei nach Mirabeau die: ob der König sich von der National-Versammlung ein Ministerium aufnöthigen lassen oder ob er die Initiative ergreifen wolle; statt dessen frage sie (die Königin), ob es nicht vortheilhafter sei, selbst ein Dekret, welches die Macht der Nationalversammlung steigere und die Minister zu Sklaven derselben mache, zu erlassen oder sich hiezu nöthigen zu lassen? Die Königin setzt mit schlagenden Gründen, die den Beweis ihrer ausgezeichneten staatsmännischen Befähigung beurkunden, auseinander, daß der König nicht warten solle, bis eine weiter fortgeschrittene Gährung ihn nöthige, ein neues (wie wir jetzt sagen würden parlamentarisches) Ministerium zu ernennen; nur so könne er zeigen, daß er mit der Nation einig sei, und das verlorne Vertrauen wieder gewinnen. Die Majorität der Versammlung würde die Stütze eines solchen Ministeriums werden. Lafayette, jetzt nur noch Führer einer kleinen Partei, sei nicht mehr zu gebrauchen. Sie räth geradezu, die neuen Minister aus den Jakobinern zu nehmen. (C'est des Jacobins, qu'il faut recevoir l'impulsion non ostensiblement etc.). Mirabeau hatte andere Leute genannt, wie Rochambeau als Kriegs- und Moustier als Minister des Aeußern, und sich gegen ein aus Jakobinern gebildetes Ministerium erklärt, weil es dem Hofe Concessionen machen müßte und sich nicht würde halten können.

Dieser Brief Antoinette's an ihren Bruder läßt uns einen tiefen Blick in die verzweiflungsvollen Zustände von

damals thun und zeigt, daß sie allein es war, welche dieselben richtig erfaßte und den festen Willen hatte, das schwankende Staatsschiff einem sichern Hafen zuzuführen. Anfangs November hatte ein für sie sehr schmerzliches und sogleich als gefahrvoll erkanntes Ereigniß statt. Die in Folge des Halsbandprocesses gebrandmarkte, öffentlich gepeitschte und dann des Landes verwiesene sogenannte Gräfin Lamotte Valois war (natürlich von den Demagogen herbeigerufen) heimlich nach Paris zurückgekommen und suchte die Königin durch lügenhafte Anschuldigungen (Pamphlets) der empörendsten Art beim Volke auf's Neue verhaßt zu machen und in Mißcredit zu bringen*). Mirabeau hielt ihre Rückkehr für eine Intrigue des Herzogs von Orleans. Es wurden sogleich Befehle zu ihrer Verhaftung gegeben. Marie Antoinette schreibt hierüber den 14. November 1790 ihrem Bruder, lobt Mirabeau der ihr eine auf die Sache bezügliche Denkschrift überreicht habe, und den sie seinen Wünschen gemäß gerne noch einmal gesprochen hätte, wenn es ihr möglich gewesen wäre, ohne daß ihre Umgebung es gewahr würde, eine Unterredung mit ihm zu bewerkstelligen (S. 170). Den 27. December schreibt sie aber dem Bruder, ihre Lage habe sich noch mehr verschlimmert. Das Volk sei von einer Art Wahnsinn ergriffen, sie könne nur weinen oder ihre Thränen verschlucken. „Der Menchelmord steht vor der Thüre.“ Sie kann sich, selbst mit ihren Kindern, nicht mehr am Fenster sehen lassen, ohne insultirt zu werden von einem Pöbel, dem sie doch nie etwas zu Leide gethan habe, ja unter welchem sich viele von ihr mit Wohlthaten überhäufte Individuen befänden. Sie sei auf jedes Ereigniß gefaßt, sie höre jetzt kaltblütig, wie man ihren Kopf verlange! Sie bedauert des Bruders Kranksein, bitte ihn aber zu verzeihen, daß sie seinen Rath zu fliehen nicht annehme. „Bedenke“, sagt sie, „daß ich mir nicht mehr ange-

---

*) Der Verfasser [illegible] Analyse.

höre; meine Pflicht ist da zu bleiben, wohin die Vorsehung mich gestellt hat, und mich, wenn es seyn muß, mit meinem Körper den Dolchen der Mörder, die zum Könige gelangen wollen, entgegen zu stemmen. Ich würde mich meiner Mutter, deren Namen auch Dir so theuer ist, unwürdig zeigen, wenn Furcht mich triebe meinen Gemahl und meine Kinder zu verlassen." Sie wisse nicht, wie sie diesen Brief an ihn gelangen lassen könne, so traurig sei ihre Lage (S. 171—173)! In den nächstfolgenden, an den seit Ende September als kaiserlicher Bevollmächtigter im Haag und später als Minister in Brüssel fungirenden Grafen Mercy gerichteten, kurzen Briefen trägt sie dem Freunde die Besorgung verschiedener Schreiben auf, befragt ihn dann in einem längeren Briefe vom 10. Jan. 1791 (bei Feuillet S. 419) um seinen Rath über verschiedene von ihrem Bruder Leopold ihr, und zwar größtentheils durch den an sie abgesandten mit D. bezeichneten jungen Marquis v. Duras (?), gemachte Vorschläge. Die Botschaft lautete dahin: der Kaiser halte ihr und der Ihrigen längeres Verbleiben in Frankreich für unmöglich, und habe sie schon in Frankfurt (zur Zeit seiner Krönung) erwartet. Er glaube, daß es mit ihrem Muthe zu Ende sei. Sie schreibt hierüber an Mercy: „Wir sind aus zu edelm Blute entsprossen, als daß Jemand voraussetzen darf, wir werden solchem Kleinmuthe uns hingeben; es gibt Augenblicke, wo man sich verstellen muß." Was indessen die Flucht aus Frankreich betrifft, so sei sie mit dem Bruder einverstanden, wenn diese mit Sicherheit und Erfolg bewerkstelligt werden könnte. Sie habe mit Zufriedenheit von dem jungen D. vernommen, daß Graf Artois in Wien nicht aufgenommen werden würde, was sie für sehr zweckmäßig halte; sein Dahinkommen würde sie im höchsten Grade compromittiren. Sie sagt dem Grafen: „Machen Sie mit dem Briefe was Ihnen beliebt. Ich beauftrage Sie nicht mit meiner Apologie; Sie kennen ja längst schon meine Seele bis auf den Grund. Nie wird mich das Unglück auf niedrige oder falsche Gedanken bringen; aber es ist auch nur der Name

des Königs und seines Sohnes, wofür ich mich völlig zum Opfer bringen will. Denn alles Andere was ich hier sehe, ist mir ein Gräuel, und es ist in keiner Partei und in keiner Classe einer, der verdiente, daß man das Mindeste für ihn thue."

In einem Billet an Mercy vom 20. Januar bedauert sie, daß so viele Franzosen nach Brüssel auswanderten; dieß errege Verdacht in Paris. Sie höre auch, daß die emigrirten Prinzen in Deutschland Truppen werben; dieß bereite Verlegenheiten und hindere in den Tuillerien an der Ausführung ihrer Pläne (Hunolstein S. 179 und Feuillet S. 419). Es ist auffallend, daß sie zweier im November und December 1790 von Mercy vom Haag aus an sie gerichteter Briefe (bei Feuillet S. 373 und 377) keine Erwähnung thut, obgleich ihr darin die wichtigsten Mittheilungen über die Frankreich gegenüber zu befolgende Politik der europäischen Höfe gemacht werden. Sie hatte wohl diese Schreiben nicht erhalten. In ihrem Briefe an den Grafen Artois (in Turin) vom 20. März entschuldigt sie sich, ihm so lange nicht geschrieben zu haben, und bittet ihn die Reise nach Wien zu unterlassen, beschwört ihn den Prinzen Condé von Planen, deren Erfolg jedenfalls sehr zweifelhaft sei, abzuhalten und ruhig in Turin zu bleiben, um, wenn günstige Verhältnisse eintreten sollten, von dort aus im südlichen Frankreich sich thätig zu zeigen (S. 180—181). Artois hatte sich schriftlich an den Kaiser gewandt und auch durch den dahin gesandten Calonne bitten lassen, ihm die Reise nach Wien zu gestatten, erhielt aber, dem Wunsche Antoinette's gemäß, eine abschlägige Antwort. Die auf dieses Reiseprojekt bezügliche längere Correspondenz nebst einem Memoire Antoinette's sind gedruckt bei Feuillet S. 399 ff.

XLIV.

Politische Gedanken vom Oberrhein.

Der heutige Liberalismus zunächst im südwestlichen Deutschland.

V.

Günstiger Stand der liberalen Partei. Spaltung in derselben. Die Radikalen. Gang der Dinge in dem Großherzogthum Baden. Der schweizerische Sonderbund. Haltung der Liberalen bis zum Umsturz und Urtheil über dieselben.

Im Anfang des fünften Jahrzehnts hatte die liberale Partei in dem südwestlichen Deutschland einen sehr günstigen Stand. Die Liberalen galten noch immer für die Vertheidiger der Freiheit, sie galten für die Wächter des Rechtes gegen die Uebergriffe der Willkür und, da kein anderer vorhanden war, so hielt man sie für die Vertreter der nationalen Idee. Durch diesen Schein hatte die Partei unzählige Anhänger und unter diesen sehr tüchtige Kräfte gewonnen, sie hatte sich vergrößert und verbreitet und ihre fernsten Bestandtheile in Verbindung gebracht. In den constitutionellen Staaten beherrschte die liberale Partei, selbst wenn sie in der Vertretung die Minderheit war, die Regierung und die Verwaltung, sie verfügte über die Presse und, wir haben es oben erwähnt, selbst die Censur kam ihr zu statten. Die Bureaukratie hinderte sie nicht, denn die Mehrzahl der Beamten welche ihr nicht angehörten, fürchtete ihren Einfluß oder hoffte Vortheile

von diesem. Die liberale Partei beherrschte unmittelbar das Gemeindewesen in den Städten und mittelbar auf dem Lande durch die Einwirkung liberaler Regierungsbeamten, und überall wo sie schwach oder gar nicht vertreten war, da übte sie durch verschiedene Mittel einen moralischen Druck. Dieser enggeschlossenen Partei stund keine andere gegenüber. Die sog. Conservativen waren eben nur einzelne Männer, nichteinmal durch eine gemeinsame Meinung geeiniget, konnten sie immer nur verneinen und die Regierungsgewalten anrufen. Wenn diese nun auch sich den Liberalen entgegenstellten, so hatte der Widerstand keinen wesentlichen Erfolg, weil er immer nur gegen Einzelheiten gerichtet, niemals nachhaltig war. In allen Streitigkeiten mußten die Regierungen später oder früher unterhandeln oder einfach nachgeben, oder sie kamen in Lagen, die sie nicht zu beherrschen verstunden, und so wurde die Partei gerade durch den Widerstand stärker.

Die Bewegung des Jahres 1840 hatte die allgemeine Aufmerksamkeit wieder auf politische Dinge gelenkt und die deutschen Völker dachten wieder an Krieg und an Waffen. Die Erregung währte nicht lange und als die scheinbare Ruhe wieder eingetreten war, da überragten die materiellen alle anderen Interessen. Die Sucht reich zu werden erzeugte die Verehrung des Reichthumes und dadurch gewann dieser eine moralische Bedeutung, wie sie in den südwestlichen deutschen Landen bisher unbekannt war. Diese sind theilweise sehr gesegnete und, in mancher Beziehung, selbst reiche Länder, aber der Reichthum war ziemlich gleichmäßig vertheilt; es fanden sich nur wenige große Vermögen in dem Sinn der Engländer oder der Franzosen, aber es gab auch keine Armuth, wie sie so häufig bei diesen erscheint. Der neue Verkehr öffnete dem Landmann ferne Märkte, die Vermehrung der Lebensmittel drückte den Geldwerth herab, der gering Bemittelte wurde ärmer und ärmer; neben den Verarmten sammelten die Capitalien sich in einzelnen Händen und das Capital zeigte seine Macht. In diesen ersten Anfängen

unserer Geld-Aristokratie erschien aber sogleich das Streben zur Herrschaft. Wer nach dem Maßstabe der Zeit und des Landes ein größeres Vermögen besaß, der glaubte sich befähiget und berufen zur unmittelbaren Theilnahme an der Ausübung der Gewalt, und die Regierungen anerkannten diese Ansprüche *). — Neben den Vertretern des Reichthumes stund noch immer die geschlossene Staatsdienerschaft; aber die Eifersucht wurde allmählig gemildert, denn der Verehrung des Besitzes konnten sich auch die Beamten nicht entziehen, die sonst so hochmüthig waren als arm. In der Mehrzahl gingen sie jetzt wie früher mit den Liberalen. — Als diese nun, mit Vorbedacht oder von der Zeit und den Umständen getrieben, dem Vermögen als solchem einen besonderen Einfluß oder eine bevorzugte Stellung zugestanden, da erschien die Spaltung in der Partei.

Viele ehrliche Männer aus den sog. gebildeten Ständen neigten sich zu dem Demokratismus, wie er in Frankreich etwa auf der äußersten Linken der Kammer erschien, und leicht begreiflich ist es, daß diese zahmen Demokraten beider Länder miteinander in Verbindung traten. Als sich aber in den unteren Schichten der französischen Völker die communistischen Ideen verbreiteten, so wurden diese in das südwestliche Deutschland übergetragen. Wurden dieselben nun auch nur von ganz verkommenen Menschen aufgenommen, so wirkte viel mächtiger der plumpe Radikalismus in der benachbarten Schweiz. Dieser kam unmittelbar zu den deutschen Nachbarn herüber, und er drang nicht nur in deren unterste Schichten. Die Sendlinge und die Schüler der schweizerischen und der französischen

*) Die badische Regierung ging auch hierin voran, indem sie die Mitglieder der ersten Kammer, welche der Großherzog für die Dauer einer Finanz-Periode ernennt, theilweis mit Kaufleuten oder mit Fabrikanten besetzte, also dem beweglichen Vermögen eine Stellung gab, welche nach dem Sinn der Verfassung dem großen und unveränderlichen Grundbesitz zugewendet war.

Lehren wühlten fleißig in Deutschland, aber sie offenbarten nicht ihren letzten Gedanken und darum hielten die Liberalen von demokratischer Färbung sie für ihre Anhänger und Werkzeuge. Die liberale Partei bestund demnach aus zwei Theilen; der eine wollte die Herrschaft der Auserwählten unter den bisherigen Formen feststellen und sichern; der andere wollte, daß die Staats-Allmacht von einer größeren Masse und besonders unter anderen Formen ausgeübt werde. Man konnte, ehe die Radikalen sich vollkommen trennten, den einen Bruchtheil der Partei als den monarchisch-constitutionellen und den anderen als den demokratischen bezeichnen.

In beiden Bruchtheilen war die wesentliche Verschiedenheit ihrer Principien noch nicht zur Klarheit gekommen. Die entschiedenen Radikalen sprachen, wir haben es oben bemerkt, ihren letzten Gedanken nicht aus; was sie aussprachen das betrachteten die Liberalen als sehr verzeihliche Uebergriffe des Eifers, welchen man zu rechter Zeit schon dämpfen könnte, welchen man jetzt aber ehren und schonen mußte. Was die Liberalen erstrebten und errangen, das war nicht gegen den Sinn der unklaren Demokraten. Diese glaubten, daß die Wühlereien der Radikalen in ihrem Interesse gemacht würden; die Anderen meinten Nutzen daraus zu ziehen und beide ließen diejenigen gewähren, deren letzter Zweck ihr Untergang war. So kam es denn, daß die Spaltung lange Zeit bestund, ehe sie offen und sichtbar erschien. Am wenigsten aber machte die Spaltung der Partei sich in den Vertretungen sichtbar, denn in diesen erschienen Liberale, welche „mäßig" und solche welche hartnäckiger waren und weiter gehen wollten, aber man sah auch, wie beide durch gegenseitige Zugeständnisse sich einigten.

In dem Verlauf vieler Jahre waren die Sprecher der liberalen Partei immer dieselben Männer gewesen; und die Sitze in den Volkskammern waren fast wie angeborene Rechte erschienen. Die Partei beherrschte die Wahlen, und wenn die Regierungen einmal auch einen anderen Abgeordneten

wollten und durchbrachten, so stellte sich dieser schnell in das Gefolge eines „hervorragenden" Liberalen und die Minister machten ihm dennoch den Hof. Die deutschen Kammern waren ihrem Wesen nach ständige Körperschaften geworden, welche, dem Volk gegenüber, allein das Recht hatten, sich mit den öffentlichen Angelegenheiten zu befassen. Der vermögliche Spießbürger machte sich breit, denn er gehörte mittelbar oder unmittelbar zu dieser Körperschaft; die Interessen der Partei und die Interessen des beweglichen Reichthumes wurden solidarisch und diese Gemeinschaftlichkeit kam, ohne daß man es bemerken wollte, den radikalen Umtrieben zu Nutzen.

Den Völkern im südwestlichen Deutschland ging es im Allgemeinen ganz gut; sie kannten nicht die Noth, wie solche nicht selten in anderen Ländern und besonders in nahen Provinzen des benachbarten Frankreichs sich einstellte. In ihrem Wohlbefinden waren diese Völker träge geworden, es war nicht leicht sie für eine politische Idee aufzuregen, aber die Wühlerei der Radikalen hatte doch ein Sinken der Achtung für die bestehenden Autoritäten bewirkt. Die Liberalen wurden dadurch nicht beunruhiget; ihnen war die Kammer der Abgeordneten jetzt schon die höchste Autorität, und viele zweifelten nicht daran, daß sie die einzige werden und daß der Regent sich mit der Verehrung begnügen müsse, welche der Krone, als einem *verfassungsmäßigen* Institut, gebühre. Aus der Selbstüberhebung der liberalen Partei sprach das unklare Gefühl, daß *ihr* jedes Stückchen von Achtung zufalle, welches staatliche Institute oder gewisse Bestandtheile des Volkes und der Gesellschaft verloren. Wer in solcher Verblendung nicht befangen war, der erkannte sehr gut, daß in dem Volke eine gemüthliche Pietät für die Fürstenhäuser und eine unwillkürliche Verehrung für überkommene Verhältnisse und Anstalten noch immer bestund, und daß mit dem Ansehen einer jeden Autorität auch das Ansehen der Volkskammern sank. Einfache Leute fühlten, daß die Klasse, aus welcher die Vertretungen hervorgingen, in unverholener Anmaßung dem Volk

gegenüberstund, und dieses unbestimmte Gefühl sollte zu bewußtem Haß sich später gestalten.

Mehr als die französischen Communnisten hatten schweizerische Radikale die rohe Verneinung über den Rhein geworfen und mit der Mißachtung des religiösen Wesens den Haß gegen die Anstalten des positiven Christenthumes in deutschen Landen verbreitet. Die katholische Kirche, wir haben es früher erwähnt, bestund allein noch als eine geschlossene, durch sich selbst berechtigte, Körperschaft. Weil aber sie als solche bestund, so konnte und mußte sie ihre geschichtliche und gewährleistete Freiheit wieder erwerben, und in dieser mußte sie der modernen Staatsallmacht und der herrschenden Partei entgegentreten. Glaubte diese auch nicht an den Sieg der „verrotteten“ Anstalt, so mußten die besseren Köpfe doch einsehen, daß schon der offene Kampf für alte Rechte ihrer Herrschaft verderblich werden könnte. Je mehr nun die Abgeordneten sich und ihren Anhang als eine bevorzugte Klasse betrachteten, um so mehr mußten sie trachten, die Kirche kampfunfähig zu machen, und darum hinderten sie nicht das wüste Treiben der Radikalen; sie besaßen dazu die Mittel, aber sie verwendeten nicht diese Mittel, wenn sie die Wühlerei der Liederlichkeit auch nicht geradezu unterstützten.

Als in den südwest-deutschen Staaten das liberale Wesen allmählig überwuchert wurde von dem radikalen, da erst geriethen die Regierungen in Sorgen; aber wenn sie einen Widerstand versuchten, so war dieser schwach und vorübergehend oder er war ungeschickt und unklug. Entweder machten die Regierungen Zugeständnisse oder sie machten Gewaltstreiche. Jene zeigten die Furcht und die Schwäche; diese verhinderten was sie bewirken sollten, sie erbitterten selbst besonnene Männer und trieben gemäßigte Liberale auf die äußerste Seite. Wenn nicht über irgend einen Mißgriff ein Lärm erhoben wurde, so waren die Verhandlungen der Kammern matt und unfruchtbar, wie solches immer vorkömmt bei Leuten, welche alt geworden sind in der Gewohnheit eines

gewissen Berufes. Was dadurch die Liberalen in der öffentlichen Meinung verloren, das gewannen die Radikalen, welche, wenn nicht mit ihren Absichten, doch mit ihren Ideen und mit ihren zerstörenden Grundsätzen immer offener heraustraten. So ging jegliche Autorität ihrer Vernichtung entgegen und die besseren Männer der liberalen Partei ahnten die Gefahr. Hätten die Regierungen es verstanden, die innere Spaltung der Partei zum offenen Bruch zu treiben, so wäre dieser unheilbar geworden; sie hätten die gemäßigten, d. h. die monarchisch-constitutionellen Liberalen zum ernsten Widerstand gegen den Umsturz gezwungen; in der Einigung mit diesen hätten die erhaltenden Kräfte sich aus ihrer Zerstreuung gesammelt, und es wäre eine neue Partei entstanden: die zum Schutz des Rechtes und der wahren Freiheit. Regierungen mit bestimmten Grundsätzen und mit festem Willen wären sehr stark geworden und sie hätten die schwierige Lage bemeistert.

Deutlicher als in irgend einem anderen Lande erschien der Gang der Dinge in dem Großherzogthum Baden.

Der Widerstand der Regierung gegen das Treiben der Radikalen war schwach und planlos geworden. Die erste Kammer war zu vollkommener Unbedeutendheit herabgekommen; die zweite, zwischen beiden Seiten hin- und hergezerrt, machte den Radikalen unkluge Zugeständnisse und die Abgeordneten, schwach und für die Popularität, die sie nicht besaßen, immer besorgt, wollten den „Fortschritt" nicht hindern. Häufig wurde irgend ein unbedeutendes Mitglied vorgeschoben, um durch einen auffallenden Antrag einen gewünschten Lärm zu machen; solcher Lärm aber zeigte die Verlegenheit der Minister und verhallte ohne weitere Folge*). So spielte

*) So z. B. mußte ein Abgeordneter Knapp von Appenweiher eine Motion einbringen des Inhaltes: die Kammer wolle die Regierung ersuchen dem Bundestag den Antrag zu stellen, daß kein deutscher Fürst an der Vertretung eines anderen Landes theilnehme oder auf

das Leben der Liberalen sich allmählig ab, während die Radikalen den Boden gewannen.

Im J. 1845 kam Ronge in das Land Baden. Er wurde nicht nur von den Radikalen sondern auch von den Liberalen mit Triumph empfangen und mehrere, damals noch angesehene, Abgeordnete schämten sich nicht der offenen Huldigungen, welche sie dem modernen „Reformator" meistens recht lächerlich darbrachten *). Manche sahen wohl ein, daß das Ronge'sche Unwesen eine plumpe Wühlerei war, unternommen, um die bestehenden Autoritäten zu stürzen, aber Alle waren durch ihren Haß gegen das positive Christenthum und besonders gegen die katholische Kirche verblendet. Die nahe Abschaffung der religiösen und kirchlichen Anstalten wurde damals noch wohl nur von den überspannten Radikalen gehofft, aber auch die sog. gemäßigten Liberalen erwarteten von der „religiösen Bewegung" eine mächtige Förderung ihrer Plane; sie zweifelten nicht, daß der Reformator aus Schlesien, gehörig unterstützt, eine Kirchenspaltung bewirken und daß aus dieser eine National-Kirche, d. h. eine durchaus abhängige Staatskirche entstehen werde. Die Ronge'sche Lehre, eigentlich nur eine rohe Verneinung der christlichen Glaubenssätze, gewann sehr wenige Anhänger und auch diese nicht unter geachteten Personen,

---

irgend eine andere Weise den Unterthaneneid leiste. Die Motion war gegen den König von Hannover gerichtet, welcher als englischer Prinz seinen Sitz in dem Oberhaus eingenommen hatte. Die badischen Minister wußten nichts Anderes zu thun, als daß sie bei der Verhandlung mit großem Geräusch den Saal verließen und dadurch, zu ihrem eigenen Nachtheil, die lächerliche Sache noch lächerlicher machten.

*) Besonders hatte sich dabei hervorgethan der Abgeordnete Bassermann von Mannheim, welcher als Abgeordneter zum Frankfurter-Parlament besonders durch seine Sendung nach Berlin im März 1848 bekannt geworden ist und welcher einige Jahre später, fast erblindet, ein noch junger und sehr wohlhabender Mann, seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende gemacht hat.

aber dessen ungeachtet wollten die Liberalen die staatliche Anerkennung der „Deutschkatholiken" und zu Gunsten dieser eine Aenderung der Verfassung erzwingen. Der Antrag wurde von einem Geistlichen, dem evangelischen Pfarrer von Heidelberg, in die zweite Kammer gebracht*), und die Regierung schwankte wie immer. Die gedankenlosen Anhänger der Partei, mit landläufigen Gemeinplätzen gefüttert, konnten auf ihrer Bildungsstufe nicht gewahren, daß die katholische Kirche schon ganz andere Gefahren bestanden hatte, als diejenigen welche der lüderlich verkommene Apostat aus Schlesien ihr bereiten sollte; aber die besser unterrichteten Führer hätten doch einsehen können, daß in der Masse des Volkes die religiöse

*) Der Abgeordnete Stadtpfarrer Zittel stellte seinen Antrag am 15. Dezember 1845. Er forderte, daß man auf dem Wege der Gesetzgebung die Bestimmungen der Verfassung aufhebe, welche die volle und gleiche staatsbürgerliche Berechtigung beschränkten, und daß man dagegen das Recht der freien kirchlichen Association und der freien öffentlichen Ausübung des Cultus für alle Landeseinwohner beschließen solle, insofern deren ausgesprochene religiöse Grundsätze mit den allgemeinen Bürgerpflichten nicht im Widerspruch stehen. Dieser Antrag lautete so unschuldig, daß viele Leute kaum dessen Tragweite erkannten. In der Ausübung ihres Cultus waren auch die Juden nicht gehemmt; aber die Verfassungsurkunde gewährte die volle Ausübung der politischen Rechte nur den anerkannten christlichen Bekenntnissen. Ohne die staatliche Anerkennung konnte daher ein sog. Deutschkatholik nicht in der Kammer sitzen und nicht ein öffentliches Amt verwalten. Das war denn freilich ein sehr großes Hinderniß für das Sektenwesen, durch welches man die Kirche zerstören wollte, denn es gab damals Staatsdiener, welche der Ronge'schen Reformation gerne beigetreten wären, wenn ihre Stellen ihnen wären gesichert gewesen. Wurde der Antrag des Stadtpfarrers Zittel zum Gesetz erhoben, so war auch den Juden der Saal der Ständeversammlung eröffnet, und das wäre damals kein unbedeutender Gewinn gewesen — Freilich haben viele gescheidte Leute geglaubt, dem Heidelberger Pfarrer sei es mit seinem Antrag gar nicht Ernst gewesen, sondern er habe denselben nur gestellt, um die Radikalen zu gewinnen.

Empfindung noch nicht gänzlich erloschen war. Den Liberalen unerwartet, erhob sich dieses Volk in gewaltiger Bewegung gegen das wüste Treiben, welches das Heiligthum seines Glaubens frevelhaft ergriff. Erklärungen, Verwahrungen, Petitionen kamen zu Tausenden an die Regierung und an die Kammern, die Gährung steigerte sich und sie drohte von dem kirchlichen Boden auf den politischen überzutreten. Die Lage wurde bedenklich; die Liberalen wollten die Gefahr nicht erkennen; sie wollten die Aenderung der Verfassung zur vollendeten Thatsache machen; aber die Regierung fühlte die Nothwendigkeit einer entschiedenen Handlung. Der Großherzog beschloß die Auflösung der Stände (9. Februar 1846).

Hätte die Regierung solchen Schritt zu rechter Zeit gethan, so hätten sich andere Zustände gebildet; jetzt war es zu spät. Als die Regierung entschieden und thatkräftig hätte vorgehen sollen, da hat sie unterhandelt und die Partei durch unkluge Zugeständnisse gestärkt. Diese hatte sich der Verhältnisse bemächtiget, die Männer erhaltender Gesinnung waren überall herausgeworfen oder vollkommen gelähmt. Bei der unglückseligen Wahlordnung konnte der wahre Volkswille sich keine Geltung verschaffen; die Liberalen und die Fortschritts-Männer waren zum Voraus der Wahlcollegien sicher und so war das Ergebniß der Neuwahlen vorauszusehen. Die Männer, welche wohl dem System des modernen Liberalismus geneigt waren, aber nicht dem maßlosen Ausschreiten desselben, wurden nicht mehr gewählt, der radikale Bestandtheil der Kammer wurde durch den Eintritt neuer Mitglieder und durch diejenigen verstärkt, welche es nicht verderben wollten mit dem Fortschritt. — Die sämmtlichen Glieder der Vertretung hatten aber doch *eine* Lehre nicht ganz ohne Nutzen empfangen; sie hatten erfahren, daß das „dumme Volk noch immer auf die Pfaffen hörte", d. h. daß dem guten Kern des Volkes der Glauben seiner Väter noch immer heilig und daß deßhalb die katholische Kirche, wenn auch gebunden, noch immer eine Macht sei. Die emsig und still fortgesetzte Arbeit,

so meinte die Partei, mußte „das Volk doch aus der alten Verdummung herausreißen“; es konnte nicht lange währen, so kam eine bessere Zeit und bis dahin wurden die rohen Schmähungen des religiösen Wesens und die unmittelbaren Angriffe auf die Kirche in der Kammer vorerst eingestellt.

Die neu gebildete Vertretung richtete ihre Kraft gegen die Regierung, welche durch die Auflösung der Stände-Versammlung den Willen zum Widerstand gegen die „allgemeine Strömung“ thatsächlich geoffenbart hatte. Das Ministerium war „reaktionär“ geworden; es mußte fallen. Das Budget wurde nicht geradezu verworfen, wie die Radikalen es wollten, aber es wurde mit einer kümmerlichen Mehrheit mühselig durchgebracht, und die Abstimmung hatte außerhalb der Kammer eine Wirkung, welche die Minister nicht erwartet hatten und welche sie nicht zu benützen verstunden. Die Radikalen überhäuften die Liberalen mit Schmähungen jeglicher Art*); diese aber fürchteten sich und in ihrer Furcht wollten sie den offenen Bruch wieder zusammenflicken. Wären sie entschlossene thatkräftige Männer gewesen, so hätten sie jetzt noch die Regierungsgewalt stärken, mit dieser angriffsweise verfahren und den Sturm vor dessen Ausbruch bemeistern können; aber, wie in Frankreich, so zeigte sich auch in Deutschland die Unfähigkeit der Liberalen in schwieriger Lage. Dieselben versammelten die bekannte Conferenz zu Durlach (29. November 1846), um die „zu treffenden Maßregeln“, d. h. um das System ihrer Vertheidigung zu berathen; aber wie groß ihre Angst seyn mochte, sie brachten nichts zu Stande

*) Gustav v. Struve in dem Mannheimer Journal nannte die Abgeordneten Maulliberale, Kammermandarinen, Paradehelden, Schwätzer u. s. w. Von ihm rührte die damals verbreitete Redensart „ein Löwe sei besser als dreiundsechzig Hasen“ Mit dem Löwen meinte er den bekannten Fr. Hecker, mit den Hasen die übrigen Abgeordneten. Das Alles noch unter der Censur!

als den Wunsch für eine Aenderung der Regierung in ihrem Sinne und die Gründung eines größeren Organes, welches später als die „Deutsche Zeitung“ in Heidelberg erschien. Wenige Wochen später (Dezember 1846) hatte das Großherzogthum Baden das Ministerium Bekk.

Die Bildung dieses Ministeriums war durchaus im Sinne der eigentlich-liberalen, d. h. der monarchisch-constitutionellen Partei; viele besonnene Männer hofften, es werde eine kräftige Regierung schaffen und in allen Ländern setzten die Liberalen, welche den rücksichtslosen Fortschritt nicht wünschten, ein großes Vertrauen auf den Präsidenten des Ministeriums des Inneren in Baden. Bekk war ein vortrefflicher Jurist, ein klarer Kopf und ein sehr guter Redner; er war ein gewandter und unermüdlicher Arbeiter; er war dem Großherzog treu ergeben und er war nicht nur ein rechtlicher sondern auch ein ehrlicher und wohlwollender Mann. In einer anderen Zeit, in einer Zeit einfach parlamentarischer Kämpfe hätte dieser Mann ohne Zweifel eine gemäßigte Partei gebildet, er hätte die Ausschreitungen gehindert und billige Ausgleichungen zu Stande gebracht; aber um eine so gewaltige Gährung zu bewältigen, dazu war Bekk nicht geboren. Er konnte niemals den Advokaten verläugnen, er glaubte die Gegner mit gesetzlichen Formen zu besiegen, und er glaubte mit rechtlichen Ausführungen die Verblendeten zu gesunder Einsicht zu bringen. Er kannte die Menschen nicht; er setzte bei den ärgsten Wühlern den guten Glauben voraus, deßhalb durchschaute er selten die Absichten derer, welche er endlich als seine Gegner und Feinde kennen gelernt, und da er auch seine Freunde nicht richtig beurtheilte, so versah er sich gar häufig in den Mitteln und in der Zeit. Ein verständiger und entschlossener Soldat wäre in dieser Zeit der beste Minister gewesen, aber Bekk hatte keine Eigenschaft eines solchen und seine Verwaltung war eine schwankende und eine schwache Verwaltung. Die Radikalen kannten die Schwäche der Regierung und der Partei, aus welcher diese

gebildet worden war; sie waren in steter Verbindung mit den Gleichgesinnten in allen deutschen Ländern, und sie waren in stetem Verkehr mit den Radikalen in der Schweiz und mit den Republikanern in Frankreich. Die deutschen Fortschrittsmänner waren entschlossen bis zum Aeußersten, d. h. bis zum vollendeten Umsturz zu gehen, sie warteten nur auf den günstigen Zeitpunkt und sie waren sicher, daß dieser Zeitpunkt eintreten werde früher oder später.

In derselben Zeit (1846) zeigten sich in anderen deutschen Ländern dieselben Erscheinungen, wenn gleich nicht so schroff wie in Baden. Man kann nicht vergessen haben, wie die Liberalen wirthschafteten, wie sie logen und verläumdeten, und wie sie Meinungen und Gesinnungen verfolgten. Wer weiß nicht, daß als sie die Oberhand gewannen, die bayerische Regierung genöthiget wurde, die berühmtesten Professoren, unter diesen Döllinger, wegen ihrer „ultramontanen" Richtung von der Universität zu entfernen? Die sehr bedenklichen Aufläufe in München waren wohl aus mancherlei Ursachen entstanden; aber sie waren immer Aeußerungen des sittlichen Gefühles und sie waren Kundgebungen gegen ein verhaßtes Regiment. Glücklicher als in Baden fand in Bayern die leidige Wirthschaft einen kräftigen Widerstand in dem Reichsrath; aber, von den Radikalen in Baden ausgehend, verbreitete sich die Wühlerei in der bayerischen Rheinpfalz, in Hessen und in Nassau, von da aus in Franken und weiter vordringend in Sachsen. Je mehr nun die Radikalen Boden gewannen, um so mehr wurden die Liberalen ängstlich und rathlos und überall fehlte diesen der Muth und die Kraft, um sich dem Andringen des Umsturzes entgegenzustellen, als ein ernster und beharrlicher Widerstand noch Erfolg haben konnte.

Als die Radikalen in der Schweiz die mißhandelten Kantone zum Sonderbund trieben, da mußten die Verbündeten laut einstimmen in das Geschrei auf der anderen Seite des Rheines und sie blieben nicht hinter diesem zurück. Sie ver-

höhnten das bestehende Recht und sie schmähten das religiöse Gefühl. Wer an dem Bestand gesetzlicher Verhältnisse festhielt, wer vertragsmäßige Rechte ehrte und wer besonders der Kirche noch einige Achtung zollte, der war ein russischer Spion oder, was noch schlimmer lautete, ein Jesuit, ein vogelfreier Mann in Acht und Aberacht. Die radikalen Schweizerblätter, damals die Muster der rohen Gemeinheit, wurden von Deutschen für Deutschland benützt. Eigentlich aufreizende Druckschriften wurden wohl auch aus Frankreich, aber in Unzahl aus der Schweiz herübergeschmuggelt; Tausende von gedruckten Schmähschriften wurden heimlich und offen verbreitet und Tausende von namenlosen Briefen, an ehrenhafte Männer gerichtet, zeigten mit Schimpfen nud Drohen diesen an, daß sie auf der Proscriptionsliste seien*). Die Liberalen wurden freilich auch nicht gänzlich verschont; wären sie aber auch wie früher vergöttert worden, so war es um so mehr von der gewöhnlichen Ehrenhaftigkeit geboten, daß sie mit Ernst und Entschiedenheit das Unwesen verdammten. Die Liberalen wußten so gut wie Jedermann, daß die abscheulichsten Libelle von Deutschen geschrieben, meistens wohl in der Schweiz, aber sehr häufig auch in Deutschland ohne Angabe der Druckerei oder unter falscher Firma gedruckt wurden; sie wußten, daß die Schmutzblätter und die anderen Schandschriften durch Schmuggel in das Land gebracht wurden; sie wußten, daß die Regierungen zur Verfolgung solchen Unwesens gesetzlich berechtiget und verpflichtet waren; aber wenn sich gegen das mildeste Einschreiten einer Behörde der gewöhnliche Lärm erhob, so waren es die Liberalen, welche durch Stillschweigen oder durch offene Erklärungen in den Tadel mit einstimmten

---

*) Der Verfasser und viele seiner Bekannten sind mit solchen Drohbriefen bedacht worden und er hat eine große Sammlung gesehen von solchen welche ein einziger Mann empfangen hat. Die Briefe waren offenbar von Deutschen geschrieben, trugen aber meistens schweizerische Postzeichen.

und dadurch die Organe der Regierungen noch mehr scheu und furchtsam machten, als sie es schon gewesen. Die Liberalen hatten noch immer die Herrschaft über einen großen Theil der Presse, aber nicht ein einziges ihrer Organe trat dem schändlichen Treiben entgegen, nicht Eines vertheidigte die Ehre unbescholtener Personen, die nicht zu der Partei gehörten. Wohl aber hatten deren Viele ihr Material über die „Fürstenknechte", über die sog. „Aristokraten", über die „Jesuiten" u. s. w. aus den mehr oder weniger verbreiteten Schandschriften. Der monarchisch-constitutionelle Bestandtheil der liberalen Partei besaß der Mittel noch viele, wären die Führer nicht zu feige gewesen, um diese Mittel gegen den herannahenden Umsturz zu verwenden, so hätten sie wenigstens ihre Ehre gerettet.

Die Republikaner in Frankreich schloßen ihre Vereinigung von Tag zu Tag fester und die Radikalen in der Schweiz gingen vor in geschlossenen Massen, ohne sich um die vertragsmäßige Selbstständigkeit der Kantone zu kümmern. Jene verhehlten es nimmer, daß sie die Abschaffung des Königthumes wollten, und diese verkündeten offen, daß sie den Umsturz des Bundesvertrages erstrebten. Die Radikalen in dem südwestlichen Deutschland glaubten, daß nun die Zeit gekommen sei, um sich offen zu organisiren, um Beschlüsse zu fassen und ihr System festzustellen. Sie beriefen daher die Versammlung nach Offenburg, welche am 12. September 1847 die folgenden „Forderungen des Volkes" beschloß: Lossagung von den Beschlüssen, welche von den deutschen Regierungen zur Unterdrückung der Volksfreiheit zu Karlsbad, zu Frankfurt und zu Wien vereinbart worden sind; Preßfreiheit, Gewissens- und Lehrfreiheit; allgemeine Zugänglichkeit des Unterrichtes; Schutz der persönlichen Freiheit gegen die Gewalt der Polizei; Einführung der Geschwornen-Gerichte und volksthümlicher Staatsverwaltung; gerechte Besteuerung, d. h. progressive Vermögensteuer, und Ausgleichung des Mißverhältnisses zwischen Capital und Arbeit; Abschaffung aller Vorrechte. Die Ver-

sammlung forderte ferner volksthümliche Wehrverfassung, Beeidigung des Militärs auf die Verfassung und National-Vertretung bei dem deutschen Bund. Diese Beschlüsse fanden in allen deutschen Ländern einen jubelnden Widerhall. Allerdings haben einzelne Punkte wahre Forderungen der Zeit und wirkliche Bedürfnisse der deutschen Völker ausgesprochen; aber die meisten anderen verlangten die Aufhebung der Grundsätze und Einrichtungen des bisherigen Staatswesens, und das Ganze war ein sehr achtbares Programm für eine erste Periode der Revolution. Die Landesgesetze rechtfertigten ein ernstes Einschreiten gegen die offene Vorbereitung des Umsturzes; die Wahrung des öffentlichen Friedens machte solches Einschreiten nothwendig und andere Staaten forderten es. Diese Forderung aber war vollkommen begründet, weil auch Leute aus ihren Angehörigen der Versammlung angewohnt hatten, und weil deren Beschlüsse sich auf alle deutschen Lande bezogen. Als nun die badische Regierung gegen die unverschämten Sprecher eine Untersuchung einleitete und eine ähnliche Versammlung in Donaueschingen verbot, da waren es wieder die Liberalen, welche heftigen Tadel auf diese „freiheitsfeindlichen“ Maßregeln warfen und, so viel sie konnten, deren Ausführung hinderten. Die Liberalen wollten für die Stützen der monarchisch-constitutionellen Staatsform gelten; und dennoch haben sie das Programm angenommen und genehmiget, dessen Ausführung den vollkommenen Umsturz bewirken mußte.

Als nun der Sonderbunds-Krieg die Menschen jeglicher Richtung in dem südwestlichen Deutschland in Aufregung brachte, bejubelten die Liberalen den kläglichen Sieg der vereinigten Schweiz über die kleinen Kantone. In den Blättern, in den Schriften und in den Reden der Liberalen wurde niemals eine Erwähnung des vertragsmäßigen Rechtes und niemals wurde eine Aeußerung der natürlichen Empfindung für die armen Menschen vernommen, welche in gutem Glauben ihre rechtliche Selbstständigkeit gegen eine rohe Zwangsherrschaft

verfochten und welche, von aller Welt verlassen, nur ihre inneren Angelegenheiten besorgen wollten, wie sie als treue Eidgenossen dieselben seit Jahrhunderten besorgt hatten. Die Sonderbunds-Kantone waren eben katholisch und darum waren sie zum Voraus gerichtet*). Wenn nun die Fortschritts-Männer in Deutschland die Rohheit ihrer Verbündeten in der Schweiz fast noch überboten; wenn sie die Besiegten verhöhnten und keine Mißhandlung derselben groß genug fanden,

---

*) Um Mißverständnissen und unrichtigen Beurtheilungen zu begegnen, glaubt der Verfasser sich zu der folgenden Erklärung veranlaßt.

Der Bundesvertrag vom J. 1815 gestattete den Ständen, besondere Vereinbarungen abzuschließen. Dieser Vertrag aber war noch in unbestrittener Rechtskraft und die sog. Sonderbunds-Kantone waren demnach in ihrem vollen Recht. Wer die Verhältnisse der Schweiz nur einigermaßen kannte, der konnte nicht in Abrede stellen, daß der Bundesvertrag nicht mehr ausreichte und daß der Schweiz eine größere Concentrirung nöthig war und eine mehr einheitliche Bundesgewalt. Die vertragsmäßige Verfassung der Eidgenossenschaft war allerdings unter Vermittelung der Mächte errichtet, aber es besteht kein Akt, welcher den Schweizern die Aenderung dieser Verfassung durch ein gesetzliches Verfahren verbietet; vielmehr ist in allen und besonders in der Erklärung vom 20. November 1815, welche der Schweiz die ewige Neutralität verleiht, deren vollkommene Selbstständigkeit wiederholt und feierlich ausgesprochen worden. Wenn nun die Schweizer durch freie Vereinbarung ihre Bundesverfassung nach Bedürfniß ändern konnten, so folgt daraus doch keineswegs, daß ehe eine solche Vereinbarung zu Stande gekommen, die Tagsatzung in die inneren Angelegenheiten der Kantone eingreifen und mit Waffengewalt sie zum Aufgeben der vertragsmäßigen Selbstständigkeit zwingen konnte. Es wäre dieß eine Gewalt der größeren über die kleinen. Die Mächte konnten die freie Aufhebung des Vertrages vom J. 1815 nicht verbieten, aber sie wären berechtiget und vielleicht verpflichtet gewesen, die Selbstständigkeit der kleinen Kantone [illegible] Gewalt der [illegible] zu schützen und dadurch die Revision [illegible] Bundesvertr[illegible] [illegible]lichem Wege möglich zu mach[illegible]

und wenn sie jede leise Anerkennung des gebrochenen Rechtes und jede Aeußerung des natürlichen Mitleides mit allen Mitteln des Hasses verfolgten, so war dieß nicht anders zu erwarten. Als aber die Liberalen sich der Uebereinstimmung mit solcher „Strömung" nicht schämten, so waren sie in ihrer Feigheit erblindet und sie konnten nicht gewahren, daß der Sieg der Radikalen in der Schweiz ihnen im eigenen Lande den Boden entzog.

Die Bewegung in dem südwestlichen Deutschland war mit den Franzosen und mit den Schweizern vereinbart. Könnte darüber noch ein Zweifel bestehen, so würde die Gleichzeitigkeit der Ereignisse deren Zusammenhang beweisen*). Dieser Zusammenhang aber ist wohl nicht die schwächste Ursache der Verblendung der deutschen Liberalen, welche ängstlich besorgt waren, ihre parlamentarische Zukunft auch für eine neue Gestaltung der Dinge zu sichern.

---

*) Der Verfasser könnte viele solcher Ereignisse zusammenstellen, das Folgende mag jedoch genügen. In der ersten Hälfte des J. 1847 sahen wir die offene Wirksamkeit der geheimen Gesellschaften in Frankreich und das bestimmte und entschiedene Vorgehen der Radikalen in der Schweiz, und zu gleicher Zeit brachen die deutschen Fortschrittsmänner mit den Liberalen. Am 27. Juni hatte die Tagsatzung die Auflösung des Sonderbundes beschlossen. Im September wurde die Jesuitensache für Bundessache erklärt, die Stände Luzern, Schwyz, Freiburg und Wallis zur Entfernung der Jesuiten aufgefordert und ihnen deren künftige Aufnahme verboten. In demselben Monat wurden Zusammenkünfte in verschiedenen Provinzen Frankreichs und besonders auch im Elsaß abgehalten, in welchen die Republikaner die Abschaffung des Königthumes aussprachen, und in demselben Monat (13. September) faßte die Offenburger Versammlung ihre Beschlüsse. Die Franzosen organisirten die Bewegung wegen der Wahlreform, die Schweizer setzten ihre Milizen auf den Kriegsfuß, und am 4. November 1847 beschloß die Tagsatzung den Vollzug ihres Beschlusses vom 27. Juni durch Gewalt der Waffen und die radikalen Kantone marschirten nach Luzern.

Es ist eine auffallende Erscheinung, daß gerade in der Zeit der Vorbereitung des Umsturzes das Militär in allen deutschen Landen sich der Aufmerksamkeit und der Gunst derjenigen erfreute, welche ohne Unterlaß nach „volksthümlicher Wehrverfassung“, d. h. nach allgemeiner Bewaffnung des Volkes schrieen. Diese plötzliche Neigung für die Wehrmänner zeigte sich unter verschiedenen Gestalten, hier als Würdigung der Wichtigkeit der bewaffneten Macht und als Anerkennung geleisteter Dienste, dort als wirkliche materielle Begünstigungen, welche man den verschiedenen Graden zuwies. Häufig, z. B. in Baden nahm die Kammer dafür die Initiative, die Radikalen widersprachen nicht, und es wurden Vortheile gewährt, welche die Regierung sich nicht getraut hätte, in Antrag zu stellen. Wenn die Liberalen in dem Drang der Umstände zu der Einsicht gekommen waren, daß am Ende die bewaffnete Macht allein noch die Ordnung der Dinge gegen den hereinbrechenden Umsturz zu halten vermochte, so mußten sie wohl sehr bereuen, daß sie in kleinlichter Auffassung die Mittel verkürzt hatten, welche nothwendig waren, um dem Wehrkörper die nöthige Kraft zu geben und zu erhalten. Die Männer des Fortschrittes schmeichelten auf ihre Art der bewaffneten Macht; als aber die plumpen Bemühungen bei den Offizieren nicht anschlugen, so wendeten sie ihre Artigkeiten ausschließlich auf die Unteroffiziere und auf die Soldaten; das „Junkerthum“ in dem Heere wurde auf jegliche Weise verleumdet und geschmäht. Die Radikalen unterwühlten das Militär, um dieses für sich zu gewinnen, oder wenigstens doch um es gegen sie unschädlich zu machen, und noch vor dem Jahre 1848 zeigten sich unzweifelhafte Spuren des Erfolges. Die Liberalen selbst hatten früher nicht wenig beigetragen, um die Disciplin zu lockern; sie hätten jetzt ihre Mißgriffe erkennen, sie hätten ihre letzte Kraft verwenden müssen, um der gefährlichsten Wühlerei entgegenzutreten, und sie hätten den Regierungen mit der bestimmten Aufforderung alle Mittel bieten müssen, um die

gelockerte Zucht in aller Strenge wieder herzustellen. Von dem Allem haben die Liberalen das Gegentheil gethan; sie haben gerade in dieser Zeit durchgreifende Umstaltungen des Wehrwesens gefordert, und sie haben in Uebereinstimmung mit den Männern des Umsturzes die Errichtung von Milizen oder von Volkswehren verlangt. In der badischen Kammer wurde noch ein Landwehrgesetz, eigentlich nur eine größere Dienstzeit der Conscribirten durchgebracht; es war damit weder der Regierung noch den Ständen ein Ernst und es befriedigte Niemand. Wie gewöhnlich wollten die Liberalen auch hier wieder den Schein der Achtung für die „öffentliche Meinung" gewinnen; aber solche Kunststücke täuschten jetzt nur noch diejenigen, die sie gemacht.

Selbstverständlich trugen die Liberalen ihre nationale Gesinnung jetzt mehr als jemals zur Schau. In den schwer mißhandelten nordalbingischen Herzogthümern lagen große deutsche Interessen und war die Ehre der Nation verletzt. Die Liberalen hatten schon früher ihre Theilnahme für diese deutschen Lande ausgesprochen; unzweifelhaft hatten sie damit gethan, was sie thun sollten, aber die Art wie sie es gethan, hatte das Uebel ärger und wahrscheinlich die Regierungen der deutschen Großstaaten einem entschiedenen Eintreten abgeneigt gemacht. Indessen hatten sie bewirkt, daß die deutsche Nation die Sache der Herzogthümer als die ihrige ansah, und daß sich dafür die öffentliche Meinung in Wahrheit erhob. Als nun aber die Umsturzpartei, das bestehende Recht und die Verhältnisse verläugnend, die Sache zu einem Hauptmittel ihrer Wühlereien benützte, da stimmten die Liberalen in den Ton der Radikalen, sie unterstützten die Wühlerei und bereiteten den armen Ländern unsägliches Unheil.

Vor Jahren hatte schon der Abgeordnete Welker in der badischen Kammer den Antrag gestellt: sie möge die Regierung ersuchen, für die Errichtung einer Volksvertretung bei der Bundesversammlung die nöthigen Schritte zu thun. Der verfrühte Antrag wurde damals verlacht, aber die Idee verbreitete sich in den

deutschen Völkern und bald hörte man überall eine solche Vertretung ausrufen, als das alleinige Heil der Nation. Hätten die Regierungen früher davon Kenntniß genommen, so wäre der Gedanke jetzt nicht zum Programm der Revolution geworden. Die Offenburger-Versammlung hat das Programm aufgestellt und die badische Kammer hat ihm Folge gegeben. Der Abgeordnete Bassermann hat den Antrag Welkers mit größerem Ernst und mit größerer Bestimmtheit wieder gestellt, und er wurde nicht mehr verlacht. Es war am 12. Februar 1848 also nur wenige Tage vor dem Ausbruch der französischen Revolution.

Die große Katastrophe in Frankreich traf das südwestliche Deutschland in einer moralischen Zerrüttung; die Bewegung mußte beginnen. Durch Sammlung der vorhandenen Kräfte wäre ein erfolgreicher Widerstand noch immer möglich gewesen, aber die Conservativen, ohne Zweifel sehr zahlreich, waren durch die bisherigen Vorgänge eingeschüchtert; die kräftigen und die entschlossenen, von unmittelbarer Wirksamkeit ausgeschlossen, waren ohne Einigung und ohne Mittelpunkt; die Liberalen, welche beides noch hatten, zeigten sich jetzt in ihrer vollen Schwäche und die Regierungen, welche widerstehen wollten, waren theilweise ohne Rückhalt und ohne Stütze. Viele derselben wollten sich aber der Bewegung gar nicht entgegenstellen, sie waren Liberale; sie wollten mit der Revolution unterhandeln. An dem letzten Tage des Februar-Monates 1848 gab das badische Ministerium der zweiten Kammer eine Erklärung oder einen Gesetzentwurf, welcher die Hauptbestandtheile des Offenburger-Programmes enthielt, und die Liberalen nahmen diese Bestimmungen sehr beifällig an. Das Ministerium glaubte den Dank der Umsturzmänner gewonnen zu haben, aber diese waren nicht zufrieden gestellt und der Sturm war nicht beschworen. Als am 1. März der Auflauf gegen das Schloß in Karlsruhe von entschlossenen Männern abgetrieben war, da erschienen die Führer der Liberalen, um dem Großherzog unverschämte Forderungen zu

stellen, und am folgenden Tage war es wieder die liberale Mehrheit der Kammer, welche unter dem Geschrei der Struve'schen Schaaren mit den bekannten zwölf Artikeln das Revolutions-Programm für ganz Deutschland beschloß. Die badischen Liberalen haben dieses Programm nicht gemacht, es war zwischen Umsturzmännern aller deutschen Lande vereinbart, es wurde zuerst durchgesetzt in der Residenzstadt, welche Paris am nächsten liegt, und es wurde sogleich in den anderen Residenzen von den Liberalen wortgetreu vorgebracht und von den Ständen beschlossen*).

Man wird es uns erlassen, das Gebahren der Liberalen in den beiden Sturmjahren zu zeichnen. Man beschuldiget die damaligen Regierungen der deutschen Staaten der Schwäche, der Unentschiedenheit, der Zweideutigkeit u. s. w., und man beschuldiget sie mit vollem Recht; aber man will gerne vergessen, daß die Ministerien überall mit „hervorragenden" Männern der liberalen Partei besetzt waren. Wer nur einigermaßen sich jener Zeit erinnert, oder wer nur die Reihenfolge der Ereignisse kennt, der weiß, wie diese Männer der Freiheit und des Rechtes sich wendeten und drehten; wie sie

*) Einige Stunden, nachdem die erwähnten zwölf Artikel beschlossen waren, stund das große Hotel des Ministeriums des Hauses und der auswärtigen Angelegenheiten in Flammen, und man weiß ganz genau, daß von Karlsruhe aus verschiedene Signale gegeben worden sind. Die Revolution ward an dem ersten Punkt als gelungen betrachtet. Als am 2. März Struve mit seinem Gesindel das Ständehaus besetzte, da wollte der Großherzog Leopold die Freiheit der ständischen Berathungen durch bewaffnete Macht schützen. Der damalige Präsident der zweiten Kammer hatte am frühen Morgen um solchen Schutz gebeten, aber einige Stunden später, als der Auflauf immer stärker geworden und ein ergebener Mann die Ausführung des kitzlichen Geschäftes übernommen hatte, da protestirte er unter dem Vorwand: es werde diese Maßregel eine arge Aufregung im ganzen Lande verursachen. Die Geschichte der ersten Märztage 1848 in Karlsruhe ist wenig bekannt und doch würde sie gute Aufschlüsse geben über Manches.

in Aengsten lebten oder in thörigter Zuversicht; wie sie ohne Unterlaß die Regierungsgewalt schwächten; wie Zugeständnisse auf Zugeständnisse an die Revolution beschlossen wurden; wie sie immer nur eine lächerliche Popularität erstrebten und deßhalb die Männer mißhandelten, welche in den Stunden der Gefahr ihre Personen vorangestellt hatten. Man kennt alle die Schritte welche die Liberalen thaten, und alle die Kunstgriffe welche sie verwendeten, um die Bewegung für sich auszubeuten; man hat schon damals über die Verblendung gelacht, in welcher sie meinten, sie könnten die Revolution gehen lassen oder zum Stillstand bringen nach ihrem Belieben; man hat das Vorparlament nicht vergessen und nicht die Vertheilung der Rollen. Die Verhandlungen des sog. Parlamentes zeigen uns ihre Haltung und ihr Benehmen in der Paulskirche zu Frankfurt, und man muß nicht in den Clubs und nicht in den Salons und Kanzleien der beiden Paläste in der Eschenheimer-Gasse gewesen seyn, um ihre Ränke außerhalb der Versammlung zu kennen. In dem Geräusche der Bewegung noch unpraktischer als in dem Stillleben ihrer parlamentarischen Herrschaft, waren es vor allen Anderen die Liberalen, welche mit den Spitzfindigkeiten der Grundrechte die kostbare Zeit vergeudeten, in welcher sie eine nationale Einrichtung hätten schaffen und feststellen können; sie haben in den Verhandlungen über die Reichsverfassung den gegebenen Verhältnissen niemals die nöthige Rechnung getragen; sie waren vor Allem besorgt, daß ihnen die glänzenden Stellen zufallen mußten, und sie haben endlich durch die Kaiserwahl sich recht gründlich lächerlich gemacht.

Die Liberalen haben die Fürsten zur Anerkennung der sog. Reichsverfassung, sie haben den Großherzog von Baden zur Unterwerfung unter den imaginären Kaiser gedrängt, und diese Anerkennung wurde als Vorwand zum Aufstand gebraucht. Als nun am Abend des 13. Mai der Aufruhr in Karlsruhe ausgebrochen war, als am Zeughaus die Bürgerwehr und ein Häuflein treuer Pioniere sich mit den meuterischen

Soldaten herumschoßen, da mußten die liberalen Abgeordneten bei dem Regenten erscheinen; aber man hat keinen gesehen. Als sie am folgenden Morgen die Flucht des Regenten wahrnahmen, so mußten sie in dem Ständesaal sich sammeln, sie mußten sich der Regierung bemächtigen und diese führen im Namen des abwesenden Großherzogs. Wohl ist die Gefahr sehr groß gewesen, aber diese durfte sie nicht abschrecken. Wäre ihr Wagen gelungen, so hätten sie nicht dem engeren nur, sondern dem großen deutschen Vaterland einen unschätzbaren Dienst geleistet und viele Verhältnisse hätten sich anders gestaltet: wären sie aber unterlegen, so hätten sie gethan was Pflicht und Ehre geboten, und auch ihr Unglück hätte gute Früchte für fernere Jahre getragen. Am Morgen des 16. Mai 1849 waren die Abgeordneten nach allen Richtungen auseinandergelaufen — ein Einziger war in dem Ständehaus erschienen und dieser war kein Liberaler.

In anderen deutschen Ländern ist allerdings der Umsturz nicht vollendet worden, aber die kümmerliche Erhaltung der äußeren Ordnung war nirgends das Verdienst der Liberalen. In allen Ländern sind sie dieselben gewesen, in allen Ländern haben sie dieselben Zwecke verfolgt und die gleichen Mittel verwendet. Was sie früher des Guten vollbracht, das haben wir willig und vollkommen anerkannt; in den gegebenen Zuständen mußten sie die Herrschaft erringen, wie sie aber diese Herrschaft benützt, das haben die Thatsachen gezeigt. Die Liberalen haben die innere Geschichte der Völker verleugnet und deren natürliche Verhältnisse mißachtet; sie wollten alle Bestandtheile des Volkslebens in eine ununterbrochene Ebene verflachen, um sich selbst über diese zu stellen, und dadurch haben sie der Freiheit, die sie selbst errungen, die wirksamen Gewähren zerstört. Ihr System und ihre Absichten haben sie gezwungen ohne Unterbrechung Gesetze zu machen, zu ändern, aufzuheben und wieder zu machen; und dadurch haben sie klare Verhältnisse verwirrt und die Achtung vor dem Gesetze, die erste Eigenschaft des freien Volkes,

geschwächt. Die Liberalen haben die Verneinung gepredigt, sie haben das Heiligthum des Glaubens verhöhnt, sie haben das religiöse Gefühl des Volkes verachtet und dadurch die Kraft der überkommenen Pietät gebrochen oder doch außer Wirksamkeit gesetzt. Absichtlich oder durch ihr eigenes Treiben genöthiget, hat die Partei die Grundsätze der Zerstörung hervorgerufen und verbreitet; sie hat der Umwälzung den Boden vorbereitet, und als aus dem gelockerten Boden die giftige Pflanze üppig emporschoß, da hat sie dieselbe gepflegt und gewartet.

So wenig als die gedeihlichen Wirkungen ihrer früheren Thätigkeit, so wenig wollen wir die guten, selbst die vortrefflichen Eigenschaften der Liberalen in Abrede stellen. Ihre Führer waren kenntnißreiche, geistvolle und theilweis scharfsinnige Männer; sie besaßen eine große Gewandtheit der Rede; sie verstunden es sich einen Anhang zu schaffen und diesen zu führen. Die Ehrbarkeit vieler dieser Männer zu bezweifeln wäre frevelhaft und unsinnig; die Besseren waren wohl in gutem Glauben an ihre Lehre, aber in der einseitigen Lehre befangen, mangelte ihnen die einfache gesunde Beurtheilung bestehender Zustände und entgegenwirkender Kräfte. Die liberale Partei hatte keine feste Unterlage in dem Volke, auf welches sie sich stützte; sie mußte diesem ihre wahren Absichten verbergen und darum mußte sie heucheln und lügen, wie persönlich ehrbar auch der einzelne Parteimann seyn mochte. In dem Gefühl der inneren Schwäche mußte die liberale Partei jedes Mittel gebrauchen, um irgend eine andere Richtung zu brechen und um den Trägern einer anderen Meinung die natürliche Wirksamkeit zu rauben; sie durfte deßhalb die Verdrehungen und die Uebertreibungen nicht hindern; und sie mußte die Verleumdungen der Personen gestatten, welche ihre Gegner waren oder werden konnten. Sie durfte keine Anstrengung und kein Mittel scheuen, um die Bildung einer anderen Partei zu hindern, auch wenn solche nicht gerade ihr Feind war. Im Besitz der Gewalt

mußte die Partei gewaltthätig verfahren, aber weil sie ihrer eigenen Stärke nicht vertraute, so mußte sie sich der Macht anschmiegen, die sie nicht zu brechen vermochte. Unzweifelhaft erscheinen diese Grundzüge in der Geschichte der deutschen Bewegung; aber diese Geschichte offenbart uns auch, wie die liberale Partei die Zustände unrichtig aufgefaßt und falsch beurtheilt hat, und sie offenbart uns, wie die Liberalen die Revolution gewähren ließen, weil sie in ungeheurer Selbstüberhebung meinten, dieselbe beherrschen und für sich ausbeuten zu können.

Die Erfahrungen, welche uns Deutschlands Geschichte in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts über das Wirken der liberalen Partei darbietet, lassen sich zusammenfassen in einen einzigen Schluß. Diese Partei konnte viel Gutes schaffen in gänzlich ruhigen Tagen; sie konnte, von den Eigenthümlichkeiten und von den Forderungen des Jahrhunderts getragen, sich eine vorübergehende Herrschaft erringen, als sie nur einen schwachen Widerstand fand, und sie konnte ihrem Systeme positive Einrichtungen schaffen, als Reden und parlamentarische Kunststücke dazu genügten. Die liberale Partei konnte diesen ihren Einrichtungen keine Gewähren und darum keinen festen Bestand sichern, und sie konnte die Schwierigkeit gewisser Zustände, die sie selber hervorgerufen, nicht voraussehen, nicht richtig beurtheilen und darum nicht besiegen. Ihre Zänkereien hielt sie für Weltbegebenheiten, und die großen Angelegenheiten erfaßte und behandelte sie aus dem engen Gesichtskreise des Spießbürgers. In kleinen Dingen hatte sie nicht den einfach praktischen Sinn des alten Bürgerthums, in den großen Beziehungen besaß sie nicht den weiten Blick und die größere Auffassung der alten Aristokraten, und in allen mangelte ihr die Stärke des Charakters und demnach die Starrheit des Willens, welcher die Menschen und die Verhältnisse unterwirft. Eine große Reihe von Thatsachen hat gezeigt, daß mit all ihren guten Eigenschaften die liberale Partei in großen Verhältnissen sich nicht zurechtfinden konnte,

und daß sie in ernsthaften Bewegungen keinen festen Standpunkt zu gewinnen vermochte. Viele bitteren Erfahrungen haben nachgewiesen, daß die liberale Partei unfähig war zum Regieren.

Die nachfolgenden Betrachtungen sollen nun den Charakter, die Stellung und das Wirken der Liberalen in der Gegenwart beleuchten.

XLV.

Historische Novitäten.

Ulrich Herzog von Württemberg, von Dr. Bernhard Kugler. Stuttgart 1865.

Der wissenschaftliche Gehalt vorstehender Schrift — eines Privatdocenten der Universität Tübingen, wenn wir nicht irren — würde eine ausführliche Besprechung derselben nicht rechtfertigen. Aber der naive Versuch, jenen begehrlichen und trotzigen Ulrich, dessen ungedeihliches Regiment schon so oft geschildert worden ist, in aller Gemüthlichkeit purificiren zu wollen, scheint doch so sehr zur Signatur der modernen zünftigen Historiographie zu gehören, daß ein Referat über die gänzlich mißlungene Apologie nicht ganz überflüssig seyn dürfte.

Zuerst einige Vorfragen. Ist es wohl überhaupt verdienstlich, wenn man einen oftmals*) und ziemlich gründlich

---

*) Eisenbach, Steinhofer, Sattler, Spittler, Heyd u. a. m.

behandelten Gegenstand neuerdings in Angriff nimmt, ohne die Leistungen seiner Vorgänger in den Schatten stellen zu können? Was einer neuen Darstellung der Regierung Herzog Ulrichs Werth verleihen könnte, das wäre vor Allem eine tiefer eingehende Quellenforschung, wäre die Beschaffung neuer, oder doch nicht gehörig benützter Materialien. Wer Beruf und Mittel hätte, sich in Bayern, Hessen, Oesterreich, in der Schweiz, im Elsasse u. s. w. in öffentlichen und städtischen Archiven genau umsehen zu können, der würde ohne Zweifel manches bisher nicht bekannt gewesene Schriftstück auffinden. In Dr. Kuglers Schrift haben wir nur geringe Spuren eines auf die Gewinnung solcher Unterlage gerichteten Strebens zu entdecken vermocht. Die gangbare Literatur freilich ist nicht ohne Geschick benützt. Die benützten Quellen und Hülfsmittel sind nicht angegeben worden; dagegen sollen uns neue Standpunkte oktroyirt werden. Die zweite Frage betrifft den nicht ganz günstig gewählten Zeitpunkt zur Veröffentlichung einer populären Biographie Herzog Ulrichs. Unser nicht nur in seiner Heimath, sondern weit über deren Grenzen hinaus bestens bekannte Landsmann Oberstudienrath Stälin hat den dritten Band seiner württembergischen Geschichte mit dem Tode des Herzogs Eberhard I. abgeschlossen. Der vierte Band dieses trefflichen Werkes wird wohl nicht mehr lange auf sich warten lassen und jedenfalls die Regierungen der Herzoge Eberhard II., Ulrich und Christoph, vielleicht das ganze 16. Jahrhundert umfassen. Auch wird derselbe, das weiß Jedermann der die außergewöhnliche Arbeitskraft und Umsicht des berühmten Gelehrten kennt, ohne Zweifel der vollendete Ausdruck exakter Forschung seyn. Von Stälin darf man mit Fug erwarten, was überhaupt beim gegenwärtigen Standpunkt der Quellenforschung von einem Einzelnen geleistet werden kann. Was folgt hieraus? Daß die uns jetzt vorgelegte Rettung in Bälde veraltet und werthlos seyn wird.

Aber der Verfasser hat ja ein größeres Publikum im

Auge. Schlimm genug, daß man an die populäre Geschichtschreibung so überaus bescheidene Anforderungen stellt. Gewisse Leute verlangen in diesem Falle nichts weiter, als daß die betreffende Compilation aus bewährten, das heißt gesinnungstüchtigen Autoren gezogen und schulgerecht nach der vorgeschriebenen Schablone gefertigt werde. Und doch sollten gerade solche Schriften, die nicht für den Kenner, sondern für die Menge bestimmt sind, doppelt sorgfältig gearbeitet werden. Gerade bei ihnen ist es ganz unverantwortlich, wie die Darstellung meilenweit der Forschung voraneilen will. Es liegt ja auf der Hand, daß man sich durch vage Amplificationen und Phraseologien zu helfen sucht, wo die landläufigen Quellen schweigen; denn man will denn doch etwas Neues geben. Man wird nun freilich nicht in Abrede ziehen können, daß manches viel zu harte Urtheil über Herzog Ulrich in die Welt hinausgeschleudert worden sei. Namentlich hat F. C. Schlosser auch hier das Mögliche geleistet, nicht minder der von ihm approbirte Historiograph des Bauernkrieges, Dr. W. Zimmermann. Gegen solche Uebertreibungen lassen wir uns eine Rettung sehr gerne gefallen. Was in der That für Ulrich spricht, soll und muß gehört werden. Nur müßte es in diesem Falle auch zu wirklichen Beweisen kommen, denn mit seichtem Raisonnement dient man seinem Clienten herzlich schlecht — vor umsichtigen Richtern.

In einer gedrängten Einleitung erörtert uns der Verf. die württembergische Hauspolitik. Allein wir erfahren gar wenig Neues und, was noch schlimmer ist, wenig Positives. Spittler hat schon im J. 1783 auf den eigentlichen nervus rerum hingewiesen, freilich in seiner mehr glänzenden und durch Geist und Witz bestechenden, als überzeugenden Art und Weise. Immerhin haben seine historischen Figuren Mark und Knochen, Fleisch und Blut. Aus Kuglers Einleitung dagegen wird Niemanden klar werden, weßhalb das Haus Württemberg so mächtig emporwuchs und weßhalb zu Beginn des 16. Jahrhunderts eine Krisis nicht ausbleiben konnte. War

das Emporstreben des in der Wahl seiner Mittel nicht allzu bedenklichen Fürstenhauses, im Großen und Ganzen, doch ein vollauf berechtigtes, so war auch auf der anderen Seite die auf Selbsterhaltung abzielende Politik der zur Beute auserlesenen kleineren Reichsglieder ebenfalls wohlberechtigt. Das Reich konnte diesen schwachen Gliedern keinen Schutz gewähren, da es selbst machtlos geworden war. Sollte sich also der Verschlingungs-, oder wenn man lieber will der Assimilirungs-Prozeß nicht unaufhaltsam ohne jegliche Hemmung vollziehen, so blieb die Conföderation als einziges Rettungsmittel übrig. Erwies sich freilich auch diese, für die Dauer, als unzureichend, so bewirkte sie doch jene ganz unerläßliche Reibung, die vorangehen muß, wo immer heterogene Theile fest aneinander gefügt werden sollen. Auch der schwäbische Bund wurzelte im Drange der Selbsterhaltung bedrohter Städte und Dynasten. Dr. Kugler scheint ihn freilich nur für eine eigennützige, wo nicht geradezu arglistige Schöpfung der habsburgischen Hauspolitik zu halten, eine Entdeckung zu der wir ihm nicht gratuliren können. Gesetzt es wäre so gewesen. Was hätte in diesem Falle dem Hause Württemberg ein besseres Recht verliehen, als dem Hause Habsburg? Es liegt nun einmal in der Natur der Dinge, daß die kleinen Körper im Gravitationsbanne der größeren stehen. Daher ist es auch ganz natürlich, daß der habsburgische Einfluß im schwäbischen Bunde den Ausschlag gab. Daß man aber den Bundesgliedern zugemuthet habe, ihre militärischen Kräfte den Sonderzwecken des Hauses Oesterreich dienstwilligst zur Verfügung zu stellen (S. 5), enthält zum mindesten eine starke Uebertreibung und läßt sich weder aus den Fundationsurkunden, noch aus der thatsächlich eingetretenen Gestaltung der Conföderation nachweisen. Der schwäbische Bund war nicht nur für das Kaiserhaus eine Nothwendigkeit, sondern insbesondere auch für jene Reichslande, die ohne ihn der Vergewaltigung, durch Bayern oder Württemberg, rettungslos verfallen gewesen wären. Auf die Schweizerkriege sollte man sich nicht berufen wollen, denn

diesen lag doch wahrlich, ganz abgesehen von Habsburgs gutem Rechte, ein allgemeines reichskundiges Bedürfniß zu Grunde. Wir kommen auf diesen Punkt zurück.

Wenig befriedigend ist die Darstellung der bekannten Wirren, die der Flucht des Herzogs Eberhard II. vorangingen. Den Ständen, die in tumultuarischer Weise den unfähigen Regenten zu zügeln, wo nicht geradezu zu vertreiben suchten, wird Lob zu Theil, dem Regimentsrathe dagegen, der von diesen Ständen an die Spitze der Geschäfte berufen worden, ein gar nicht motivirter Tadel. Ein Verständniß der wichtigsten Fragen der innern Politik sucht man hier vergebens. Hinsichtlich der dem 16jährigen Herzog Ulrich im J. 1503 von Kaiser Maximilian ertheilten venia aetatis urtheilt Hr. Kugler: „Maximilian handelte hiebei schlechthin gewaltsam, ohne einen Schatten von Recht“ (S. 16). Ja, wenn der Kaiser der Schatten eines Schattens seyn sollte! Im Uebrigen stand demselben, was der Herr Doktor in jedem Handbuche des deutschen Reichsstaatsrechtes finden konnte, allerdings die Befugniß zu, einen minderjährigen Fürsten der Vormundschaft zu entlassen. Für das Land, für Ulrich selbst war es gewiß kein Glück, daß der Kaiser von seinem Rechte Gebrauch machte; aber ebenso zweifelhaft war es, ob der im Namen des unmündigen Herzogs regierende Regimentsrath immer das Richtige traf. Kugler selbst ist ja sehr ungehalten über denselben, weil er sich 1499 beim Schweizerkriege betheiligte. „Das Herzogthum hätte neutral bleiben oder sich doch so wenig als möglich bei dem Kampfe betheiligen sollen, da dieser ausschließlich zu Gunsten Oesterreichs und des schwäbischen Bundes geführt wurde“ (S. 15). Das erinnert an die kleindeutsche Sprache von 1859. Hat wohl der Verfasser vergessen, daß bereits Herzog Eberhard I. ein Mitglied dieses schwäbischen Bundes geworden war? Der Regimentsrath konnte sich schwerlich dem wohlberechtigten Ansinnen des Kaisers entziehen.

Ungemein leichten Kaufes wird Ulrich in Hinsicht auf

seine notorische Verschwendung und die hiedurch veranlaßte schwere Bedrückung seiner Unterthanen absolvirt. Auf S. 27 lesen wir zwar: „der Herzog hatte Schulden ererbt und machte neue Schulden; das Einkommen, das er besaß, war für seine Regierungsweise viel zu klein;" allein diese und ähnliche Zugeständnisse des Apologeten genügen keineswegs. Zu weiterem Ueberflusse meint Hr. Kugler (S. 35): der Herzog sei gar nicht ganz im Unrechte gewesen, wenn er sich seine freie Geldwirthschaft kaum als einen Fehler auslegte. Sein Hofhalt, das gibt man zu, war freilich unverhältnißmäßig prachtvoll eingerichtet, aber die Hauptmasse der Schulden habe trotzdem nicht von eigentlicher Verschwendung hergerührt, sondern hauptsächlich von der großen Preisrevolution, die in der Geschichte des Geldwesens den Uebergang zur Neuzeit bezeichne. An dieser Entschuldigung ist etwas Wahres. Wollte man aber dem im J. 1514 vom Remsthale über ganz Württemberg sich erstreckenden Aufruhre historisch gerecht werden, so mußte man frank und frei bekennen, daß die von Ulrich und seinen Räthen zur Beseitigung der keineswegs unverschuldeten Geldklemme eingeführten Finanzmaßregeln sehr hart und unbillig waren.

Der arme Konrad (koin Rath, mundartlich) war, nicht nur dem Namen sondern auch der Sache nach, ein Bund des rath- und rettungslos einer systematischen Aussaugung überlassenen armen Mannes. Das kann die wilde Empörung nicht rechtfertigen, muß aber zur Steuer der Wahrheit anerkannt werden. Freilich paßt ein solches Zugeständniß nicht sonderlich zur beabsichtigten Rettung des Herzogs. Es handelte sich bekanntlich nicht nur um die Einführung eines auf Fleisch, Wein und Früchte gelegten Umgelds, also um eine Steuer die auch den Aermsten betraf, sondern auch um eine finanzkünstlerische Veränderung von Maß und Gewicht. Und dann vollends der ganze Verlauf des schlimmen Handels! Ulrichs Räthen gelingt es, die städtische Erbarkeit von den Bauern und kleinen Leuten in den Städten zu trennen. Man ver-

ständigt sich mit den reicheren Bürgern, und opfert das Landvolk völlig auf. Das ist der Kern des berühmten Tübinger Vertrages von 1514, den man Württembergs magna charta genannt hat. Es war der Tübinger Landtag damals besucht von den Prälaten, von je zwei Abgeordneten der Städte und landtagsfähigen Flecken. Dagegen erschienen weder Amtleute, die das Landvolk hätten vertreten sollen, noch die Ritterschaft. Aber nach dem Tübinger Landtage waren Henker und Büttel überaus thätig im Remsthale und anderwärts. Nicht als ob Dr. Kugler dieses verschwiegen hätte. Er hat es im Gegentheile recht deutlich hervorgehoben und — gleichwohl den Beruf in sich gefunden eine Apologie zu schreiben.

Sehr verfehlt scheint uns auch der Versuch, den von Herzog Ulrich an seinem ehemaligen Günstling Hans von Hutten eigenhändig vollzogenen Meuchelmord einer milderen Beurtheilung zu empfehlen (S. 44). Kugler polemisirt bei diesem Anlasse gegen Spittler, der ein ungerecht hartes Urtheil über diese That fälle, und meint, der Herzog sei schwer gereizt gewesen und habe im Zorne gehandelt. Füglich hält man dieser Behauptung entgegen *), daß der Mord nicht im ersten Aufbrausen wilder Leidenschaft erfolgte, sondern nach vorhergegangener reiflicher Ueberlegung. Ulrich war ja gut gerüstet auf einem Streithengste ausgeritten. Auf geringem Pferde und im Jagdkleide folgte arglos der von Hutten. Da entfernte der Herzog alle Zeugen und fiel über sein dem sicheren Untergange geweihtes Opfer her, über den vormaligen Freund, der es nicht in aller Ordnung finden wollte, daß Ulrich seine eheliche Hausfrau zu seiner Geliebten auserſehen hatte. Weßhalb schweigt wohl Hr. Kugler, der doch ein Charakterbild Ulrichs geben will, über den unwürdigen

*) Die Beweisstü[...] [...]kanntlich bei Sattler und neuerdings auch in der [...] [...]gabe der Werke des Ulrich von Hutten [...]

Kunstgriff, den Meuchelmord als ein Urtheil des Fehmgerichts darstellen zu wollen, weßhalb über die dem Leichname des gemordeten Günstlings zugefügte Schmach?

Ueberhaupt hat sich der Apologet die Sache gar zu leicht gemacht, indem er gewisse häßliche Züge, die einem getreuen Bildnisse Ulrichs nicht fehlen dürfen, nicht zur Darstellung bringt. So ist z. B. auch nicht davon die Rede, daß der übermüthige Herzog, als er vom Tage zu Blaubeuren heimzog, wegen eines Schusses aus der Helfenstein'schen Veste Hiltenburg, der doch Niemanden verletzt hatte, alle umliegenden Dörfer anzünden und verheeren wollte. Die Gräfin von Helfenstein that einen Fußfall. Das konnte aber die Zerstörung der Burg ihres abwesenden Gemahles nicht verhüten. Die Zerstörung erfolgte erst mehrere Wochen nach jenem verhängnißvollen Schusse. Bald nach dem Blaubeurer Vertrage wendete sich Ulrichs Ingrimm bekanntlich gegen seine eigenen Räthe. Mehrere derselben wurden des Hochverrathes angeklagt und nach grausamer Folter hingerichtet. Auch jener Konrad Breuning befand sich unter denselben, er der zur Zeit des Tübinger Vertrages seinem Herrn so treffliche Dienste geleistet, daß dieser ihm ewige Dankbarkeit zugesagt hatte. Kuglers Ansicht lautet: „Der Herzog verfuhr in dieser Angelegenheit durchaus nach den üblichen Rechtsformen und nach den Sitten des Zeitalters: nur die Behandlung des greisen Konrad Breuning kann geradezu grausam genannt werden, da die Vergangenheit dieses Mannes als Milderungsgrund sehr stark hätte ins Gewicht fallen sollen" (S. 55). Auch Konrad Vauth der Vogt zu Canstadt war ein steinalter Mann. Und das Verbrechen dieser Männer? Sie hatten an die Absetzung des Herzogs gedacht, damals da die bayerischen Räthe, als Beistände der Herzogin Sabina, da diese selbst, Dietrich Spät und andere mehr die an Hans v. Hutten vollbrachte Unthat des Herzogs zu dessen Sturze benutzen wollten. Der Herzog aber, das ist eine Thatsache die auch Kugler nicht in Abrede zieht, hatte jene Verbind-

lichkeiten, die ihm der Tübinger Vertrag hoch und theuer auferlegte, keineswegs erfüllt. Wie konnte er also seine alten Diener, selbst wenn sie sich schwer vergangen hatten, der Folter und somit dem sichern Tode überantworten? Die Sache ist sehr einfach. Ulrich wollte um jeden Preis unumschränkter Herrscher seyn. Daher galt es jetzt, ein terroristisches Exempel zu statuiren, auf daß die Erbarkeit wisse, was ihrer warte, wenn sie sich klagend an den Kaiser wenden wollte. Von dem in jene Zeit fallenden, von Sattler und Spittler berichteten, urkundlich constatirten Befehle, die Wilderer an beiden Augen zu blenden, ist bei Kugler natürlich auch nicht die Rede. Dagegen hat uns derselbe auf S. 51 einige Anekdoten aufgetischt, die beweisen sollten, daß Ulrich, wie jede ächte Herrschernatur, in reichem Maße die Gabe leutseliger Herablassung und des ungezwungensten Verkehrs mit jeglichen Unterthanen besessen habe.

Als ob solche Züge, ihre vollkommene Aechtheit vorausgesetzt, wirklich von Belang wären! Das beginnende 16. Jahrhundert war ja überhaupt noch nicht die Zeit, in welcher sich der deutsche Fürstenstand auf den Isolirschemel stellte; auch haben sogar notorische Tyrannen und Wütheriche, Leute die viel schlimmer waren als Herzog Ulrich, die Gabe einer leutseligen Herablassung im Style der mitgetheilten Anekdoten vollauf besessen. Ueberhaupt scheint der Herr Apologet die Tragweite seiner eigenen Behauptungen nicht gehörig ermessen zu haben. War der Herzog wirklich ein leutselig herablassender Herr, für den sich seine Unterthanen begeistern konnten, so mußte er auch aus eigener Anschauung wissen, was Land und Leuten frommte. Kugler verwickelt sich in schwer zu lösende Widersprüche. Auf S. 30, als vom armen Konrad die Rede ist, sind es die Räthe und Beamten, die bei der Jugend ihres Fürsten ihre Gewalt mißbrauchten und zum empfindlichsten Schaden des Landes wirthschafteten; auf S. 34 dagegen wird ausdrücklich hervorgehoben, daß sich zur Zeit des Tübinger Landtages Ulrichs Herrscherstolz gegen

den Vorwurf, als habe er nicht selbst regiert, gewaltig empörte. „Es ist uns schimpflich und verächtlich, daß man solches über uns aussagt. Wir gestehen das nicht zu, daß wir mit drei Räthen regiert hätten. Wir haben selbst regiert und, unseres Gefallens, zwei, drei, vier, sechs, zehn, zwanzig Räthe, mehr oder minder gebraucht."

Man sollte nun glauben, Ulrichs Leutseligkeit und Herablassung, verbunden mit männlicher Selbstständigkeit, hätte auch Früchte bringen müssen. Weit gefehlt! Herr Kugler tritt auf S. 30, in einer Note, den Rückzug an. „Wäre Ulrich der Mann für volksthümliche Reformen gewesen, so hätte die Regierung damals freilich ganz anders handeln können . . . Ulrich und seine Räthe dachten nur daran, die Macht und die Rechte der Regierung durch die Gefahren der Empörung möglichst ungeschädigt hindurchzuretten." Ganz richtig. Nur hätte man uns dann die Leutseligkeit und Herablassung nicht auftischen sollen. Daß der Herzog selbst regieren, nicht eine Puppe am Gängelbande der Räthe und ständischen Ausschüsse seyn wollte, kann demselben keineswegs zum Vorwurfe gereichen, aber die Wahl der Mittel zeigt denn doch allzu deutlich, daß Rohheit, Härte und tiefeingewurzelte Herrschsucht zu Ulrichs hervorragendsten Eigenschaften gehörten. Und dann, eine weitere Frage, hat denn diese „Herrschernatur" jemals die thatsächlich zu Gebot stehenden Kräfte und Mittel richtig tarirt? Wir wollen den Rechtspunkt ganz und gar unberührt lassen und nicht nach der Befugniß fragen, die einem Reichsfürsten zur Seite stehen konnte, wenn sich derselbe zum völlig souveränen Herren machen und seinen mißhandelten Unterthanen und Hintersassen sogar das Nothrecht der Klageführung bei den höchsten Reichsgerichten und bei kaiserlicher Majestät tyrannisch entreißen wollte. Waren überhaupt die oberherrlichen Rechte über jegliche Gattung von Unterthanen, oder war, daß wir uns deutlicher aussprechen, die Existenz eines, ein sogenanntes *territorium clausum* bildenden, herzoglichen Herrschaftsbezirkes durchaus unangefochten?

Ein Blick auf die nach Stälin's Angaben bearbeitete Karte des Hauptmanns Bach zeigt deutlich, welche Masse von Herrschaftsbezirken noch im J. 1800 im nunmehrigen Königreiche Württemberg vorhanden war. Zu Beginn des 16. Jahrhunderts umfaßte das Herzogthum ebenfalls eine Menge von Landstrichen, deren Landsässigkeit keineswegs entschieden war. Wie sich die Landsässigkeit der württembergischen Klöster nach und nach gestaltete, das kann man noch heute aus den in Besold's bekannten und zu ihrer Zeit heftig angefochtenen documenta rediviva monasteriorum in ducatu Wirlembergico sitorum urkundlich nachweisen. Dagegen Herr Kugler S. 23: „Während eben dieser Jahre (1510 und 1511) finden sich schon die ersten Anzeichen einer selbstständigeren Haltung bei dem Herzoge. Eigenthümlich ist sein Verhältniß zur Kirche. Die klösterliche Zucht stellte er, wo sie verfallen war, mit durchgreifender Strenge wieder her. Bei den Wahlen der Prälaten war immer ein herzoglicher Beamter zugegen; ein Abt von Maulbronn, der in willkürlicher Weise von den Mönchen gewählt war, wurde von Ulrich nicht genehmigt: Ehe wolle er das Kloster Maulbronn ganz zerstören und einen Steinhaufen daraus machen lassen." Mit anderen Worten: Ulrich knechtete die schon im 12. Jahrhundert gestiftete Cistercienserabtei, deren Schutzvogt das Reich seyn sollte (Urk. K. Friedrichs I. vom 8. Januar 1156), und die zu Württemberg erst im 15. Jahrhundert in das Verhältniß der Schutzhörigkeit gekommen war. Aehnlich verhielt es sich in Hinsicht auf die übrigen landsässig gemachten Prälaturen. Ebensowenig war die Landsässigkeit ritterschaftlicher Bezirke eine rechtlich oder auch nur faktisch gehörig festgestellte Thatsache. Wer sich diese Enclave nach und nach anneriren wollte, der durfte freilich nicht Mitglied des schwäbischen Bundes bleiben, dessen Hauptaufgabe keine andere war, als der Vergewaltigung kleiner isolirter Reichsbezirke auf dem Wege der Ca[illegible]
die Stirne zu bieten. Kugler hat den sch[illegible]
eine Erfindung der habsburgischen Ha[illegible]

einseitige Auffassung zu der auch anderwärts schon das Recept gegeben worden ist. Daher polemisirt er auch gegen Heyd, der in seiner Geschichte des Herzogs ganz richtig bemerkt hat, daß die Stellung, welche Ulrich nach seinem Austritte aus dem schwäbischen Bunde gewann, zwar seinen Neigungen, aber nicht dem Wohle seines Landes entsprochen habe, weil sie ihn in Verwickelungen gebracht, denen er nicht gewachsen gewesen sei. Die Wahrheit liegt hier wie so oft in der Mitte. Man konnte, mußte zugestehen, daß das Haus Habsburg schon seit geraumer Zeit seine Blicke auf Schwaben gerichtet hatte, durfte sich aber, bei thatsächlich vorhandenem Mangel von Beweismitteln, nicht so weit versteigen, K. Friedrich IV. und seinem Sohne K. Maximilian I. eine die politische Existenz des neuen Herzogthumes gefährdende Begehrlichkeit unterschieben zu wollen. Ueberdieß ist Hr. Kugler, als er auf S. 25 den Austritt Ulrichs aus dem besagten Bunde referirt, ganz auffallend schweigsam geblieben. „Bisher war Ulrich naturgemäß ein gehorsames Mitglied des Bundes gewesen, jetzt aber war er von tiefer Abneigung gegen denselben erfüllt.“ Wir vermissen eine auf Thatsachen eingehende Würdigung der Vorwände des Herzogs und der nachgiebigen, aber wirkungslos gebliebenen Schritte K Maximilians.

Auf Seite 56 befindet sich Ulrichs Retter in der unangenehmen Lage, zugestehen zu müssen, daß der Herzog nicht nur die zu Tübingen sondern auch die zu Blaubeuren gegebenen Versprechungen nicht gehalten habe. Wie passen nun solche Zugeständnisse zu der auf S. 27 stehenden Phrase: „Die Kraft die er jetzt besaß, sollte in den nächstfolgenden Jahren auf die härteste Probe gestellt werden; denn Gefahren und Leiden werden ihn von nun an bedrängen, Unglücksfälle aller Art in ununterbrochener Folge, nur zum kleineren Theile selbstverschuldet, denen eine minder tüchtige Kraft vollkommen erlegen wäre“; wie zu der S. 48 aufgestellten Behauptung, daß Ulrich ein besonders lebhaftes Ehrgefühl besessen habe? Hochmüthig war der Herzog, aber seine männ-

liche und fürstliche Ehre hat er durch Wortbruch mehrfach befleckt. Uebrigens hat es bekanntlich der stolze Herr einmal über sich gewonnen, sich selbst einem geschlagenen Hündlein oder einem vom Vater gezüchtigten Kinde zu vergleichen. Sattler gibt einen Auszug aus der an den Kaiser gerichteten, zur Ungebühr unterwürfigen und daher innerlich unwahren Epistel. Als der Herzog, unmittelbar nach dem Tode Kaiser Maximilians, aus völlig unzureichenden Gründen die Reichsstadt Reutlingen überfiel, so war dieser übermüthige Bruch des Landfriedens, dieser offenbare Raub am Reiche nichts mehr und nichts minder als — man höre — eine Fortsetzung des bisher gegen Oesterreich und den schwäbischen Bund mit großem Glücke durchgeführten Widerstandes. „Nun aber ging Ulrich sogar zum Angriffe vor. Ein unbedeutender Anlaß wurde zur Eröffnung des Kampfes benützt" (S. 57).

Natürlich wird es den durch solche Thaten schwer beleidigten Gegnern geradezu verdacht, daß sie sich vereinigten und einen Feldzug bewerkstelligten. „Die Oesterreicher hetzten und schürten unermüdlich: neben ihnen arbeiteten die alten Feinde Ulrichs, die Hutten'schen die endlich ihre Rache zu finden hofften, der Herzog Wilhelm von Bayern der eifrig rüstete, Lamparter und Spät die ihre Kenntnisse und ihren Einfluß rastlos anstrengten. Da geschah — nach den Worten eines Zeitgenossen — dem guten frommen Herren von Wirtemberg, wie eim Bauern, auf den ein Edelmann ein alten Neid hält; da er ihn auf seinem Acker fand, schlug er ihn und sagt, er hätte ihm seine Hasen auf dem Acker gefangen; es waren aber nit die Hasen, es war der alte Neid. Den Feinden gelang ihr Werk nur zu wohl" u. s. w. (S. 60).

Nach dieser glänzenden Probe historischer Kritik und Gerechtigkeitsliebe könnten wir unser Referat füglich schließen, und zwar im Hinblicke auf die ganz erstaunlichen Leistungen der modernen [illegible]ographie, [illegible] in Zukunft nichts mehr unmöglich seyn [illegible] Wie die [illegible]ungen, so zwitschern die Jungen. [illegible] Heinrich VIII. von

England, und Herr Kugler taucht den Herzog Ulrich von Württemberg in laues Bildungswasser, aber freilich nicht zu dessen Verherrlichung. Recht und Unrecht, Weiß und Schwarz, das sind veraltete Begriffe. Auf Schönfärberei, Stylistik und dergleichen ist fortan die Geltung der hochmögenden Zunft gestellt. So züchtet man auf deutschen Hochschulen kleine Staatssophisten, prophylaktisch für alle möglichen Eventualitäten, wie sie der alte Fritz sich gedacht. Ein Schwabe, ganz abgesehen von seiner Parteistellung, hätte so etwas nicht zu Stande gebracht.

Nach Kuglers Ansicht wirkte die Verbannung und die während derselben angenommene neue Lehre veredlend auf den Herzog. „In den demüthigen Jahren des Exils füllte er sich mit den tiefsten und reinsten Gedanken, von denen jene Zeit erregt wurde: er wurde innerlicher, selbstloser, edler" (S. 87). Dieser Ansicht, die wir ihrem ganzen Umfange nach keineswegs zu theilen vermögen, steht die Auffassung Spittlers schnurstracks entgegen. Dieser äußert sich auf S. 138 seiner württembergischen Geschichte: „Ulrich, der alle Tage seine Predigt hörte, alle Tage sein Stück in der Bibel las, war mit seinem Sohne Christoph unversöhnlich entzweit, kündigte seinem Bruder Georg alle Freundschaft auf, da ihn dieser zu seiner nothwendigen Subsistenz um Geld ansprach, zankte sich mit allen seinen Nachbarn und selbst auch mit seinem glücklichen Beschützer Landgraf Philipp von Hessen, griff manchmal die Freiheiten des Landes auf eine so kühne Art an, als in den vorigen Zeiten ohne veranlaßte Empörung nicht hätte geschehen können." Was nun freilich die Zerwürfnisse mit Herzog Christoph betrifft, so hat Kugler, und das ist unseres Dafürhaltens die beste Partie seiner Schrift, die Ursachen welche zwischen Vater und Sohn Kälte und Entfremdung herbeiführten, ziemlich ausführlich angegeben. Hinsichtlich der auch nach der herben Leidensschule oftmals zu Tag tretenden Gewaltthätigkeit Ulrichs können wir ebenfalls auf den Apologeten selbst verweisen. Auch dieser nimmt keinen Anstand

zuzugeben, daß der Herzog nach seiner Wiedereinsetzung die Verfassung des Landes, insbesondere den Tübinger Vertrag, mehrfach verletzte. Ueberhaupt würden wir Hrn. Dr. Kugler Unrecht thun, wenn wir verschweigen wollten, daß seine Schutzschrift eine schwere Menge von wunden Stellen bloslegt. Freilich sind auch die von ihm zugestandenen Gebrechen so offenkundig, daß man sie kaum verschweigen konnte.

Die Behauptung, daß zur Zeit als der Herzog die neue Lehre in seinem Lande einführte, wohl kaum Jemand begründete Ursache gehabt habe, sich über unbilligen Gewissenszwang zu beschweren (S. 107), möchten wir als ein Curiosum aufführen. Kugler gibt ja zu, daß „in den Fällen, in welchen die individuelle Ueberzeugung für das öffentliche Leben Wichtigkeit erhielt, in denen das Staatsinteresse in's Spiel gezogen wurde", kein Widerstand geduldet worden sei. „Da wurden trotzige Prälaten mit soldatischer Rauheit zu gefügiger Demuth gebracht, die Mönche sofort ihres Ordensgewandes entkleidet, die katholischen Mitglieder der Gemeindebehörden von ihrem Amte verdrängt" (S. 108). Auf der folgenden Seite lesen wir: Der Asperg, Hohentübingen wurden mit großen Kosten umgebaut; katholische Kirchen lieferten Steine, ihre Glocken wurden zu Kanonen umgeschmolzen. Auf S. 104 werden auch die an den Klöstern Alpirsbach, Herrenalb und St. Georgen begangenen Gewaltthätigkeiten und Plünderungen zugegeben. Kugler hat nämlich die Gabe, dasjenige was er behauptet hat, an anderen vorhergegangenen oder nachfolgenden Stellen so ganz eigenthümlich zu exemplificiren, daß man an große Vergeßlichkeit glauben möchte.

Faßt man nun in Kürze zusammen, was sich in der That zur Vertheidigung Herzog Ulrichs sagen läßt, so wird man ohne Zweifel genug gesagt haben, wenn man auf die hülflose Jugend und mangelhafte Erziehung, die zu früh erfolgte Mündigkeitserklärung, die unglückliche Ehe mit Sabina von B[illegible] enschaftliches Temperament hinwei[illegible] Muth und Zähigkeit.

Wirkliches Herrschertalent dagegen, das wie der Baum an den Früchten erkennbar ist, vermögen wir nicht bei ihm zu entdecken. Noch am Schlusse seines vielbewegten Lebens mußte er sich bekanntlich vor K. Karl V. demüthigen. Erst Herzog Christoph verhalf dem Lande wieder zu einigermaßen gedeihlichen Zuständen.

XLVI.

Zeitläufe.

Der Abgeordneten-Tag und seine Folgen.

Die jüngste Versammlung eines Theils der „deutschen Abgeordneten“ zu Frankfurt hat sich drei Wochen lang viel Hohn und Spott gefallen lassen müssen. Müßige Redereien, hieß es, und pomphafte Phrasen die im Winde verhallen und keine Folgen haben würden. Es ist nun doch anders gekommen. Die zwei deutschen Großmächte haben dem Abgeordneten-Tag allerdings eine Folge gegeben, zwar nicht die von den Herren in Frankfurt gewollte und erstrebte, aber doch eine Folge die unter Umständen von der größten Wichtigkeit werden kann. Ich meine die drohende Mahnung an den Senat der freien Stadt Frankfurt als den Herbergsvater des Sechsunddreißiger-Ausschusses und seiner Obedienz; und ich sage, dieser Schritt könne unter Umständen zu einem Ziele hinführen, größer als der Abgeordneten-Tag sich träumen

lassen durfte. Dann nämlich könnte der Glücksfall eintreten, wenn die österreichisch-preußische Einsprache gegen Frankfurt nicht bloß auf einen neuen Versuch in Sachen der Bundes-Polizei hinausläuft, sondern wenn in deren Hintergrund die Keime einer positiven Verständigung zwischen Wien und Berlin über die allgemeinen deutschen Angelegenheiten liegen.

Vielleicht wird eine solche Möglichkeit von vielen meiner Leser als ein so ausgemachtes Ding der Unmöglichkeit erachtet, daß es nicht der Mühe werth sei davon zu reden. Es ist ja auch leider nur zu wahr, daß vieljährige Erfahrungen dem deutschen Patrioten keinen andern Glauben an unsere großen und kleinen Kabinette mehr übrig zu lassen schienen als den Unglauben oder den Aberglauben. Trotzdem wollen wir die letzte Hoffnung nicht fahren lassen, ehe uns das Blut unter den Nägeln hervorspritzt. Handelt es sich ja doch augenscheinlich nicht bloß um die Rettung und Selbsterhaltung des Einen oder des andern der deutschen Staaten, sondern aller ohne Ausnahme, einschließlich des Staates des Herrn von Bismark und dieses Staates erst recht. Daß in Wien und in Berlin eine Ahnung davon aufgestiegen seyn mag, scheinen die Noten der zwei Mächte an den Frankfurter Senat zu bezeugen. Es käme dann nur darauf an, daß auch die anderen Kabinette sich endlich getrauten, der sonnenklaren Wahrheit ihrer Lage die Ehre zu geben, und daß sie demgemäß, nicht etwa zu einer schlechten Reaktion staatspolizeilicher Maßregeln sich vereinigten, sondern im Verein mit den zwei Großmächten dem deutschen Volke ein Ziel eröffnen und aufstecken würden, das des Eifers der Wohlmeinenden und der Edlen in Wahrheit wieder werth wäre.

Daß bei uns seit zwei Jahren eigentlich keine Regierung mehr vorhanden war und die Furcht vor den Parteien alle Kabinette bis zur vollendeten Willenlosigkeit niedergedrückt hatte: dafür war die Existenz des Abgeordneten-Tages und seines permanenten Ausschusses der schlagendste Beweis. Mit dieser Thatsache rechtfertigen

Schritt. Jene Vereinigung zu Frankfurt, sagen sie, sei eine willkürliche Usurpation höchster Regierungsrechte in Deutschland gewesen*). Der Beweis dafür fällt freilich nicht schwer. Denn alle diese Abgeordneten waren nur für ihre Einzelnländer gewählt, und sie bilden nur Einen Faktor der obersten Gewalt innerhalb der Grenzen ihrer eigenen Staaten, wenn ihr Souverain sie versammelt; sie hatten nicht die allermindeste Competenz „als Abgeordnete“ nach Frankfurt zu gehen und als solche dort öffentliche Akte in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten auszuüben. Mit einem Worte: rechtlich gibt es zur Zeit gar keine „deutschen Abgeordneten.“ Es ist kein Zweifel, daß in den Strafgesetzbüchern aller deutschen Staaten sich Artikel gefunden hätten, welche einer solchen Competenz-Ueberschreitung entgegengestanden wären, wenn die juristische Interpretation sich darum hätte bemühen wollen; und es ist noch weniger zu bezweifeln, daß das constitutionelle Wesen keine wesentlichere Bedingung voraussetzt als die strengste Achtung vor den Grenzen der Competenz. Kommt es einmal soweit, daß selbst Abgeordneten-Kreise sich unbedenklich über die Frage der Competenz hinwegsetzen, dann liegt der Punkt nahe, wo eben Alles aufhört, namentlich auch das wirkliche Recht der Volksvertretungen selbst.

Das machen jetzt die Großmächte gegenüber dem Frankfurter Senate geltend. Aber die Einsicht kommt allenthalben sehr spät, und in den Mittelstaaten würde es überhaupt ein bedeutendes Maß von Selbstverläugnung kosten, wenn sie, falscher Scham nicht achtend, jener richtigen Einsicht sich endlich anschließen würden. Als im Dezember 1863, damals als fast ganz Deutschland von der schleswig-holsteinischen Tarantel gestochen und gleichsam von Sinnen war, der Abgeordneten-Tag zum erstenmale zusammengerufen wurde, da hat man in Berlin nicht die leiseste Einsprache gegen die

*) Wenigstens die amtliche „Generalcorrespondenz“ in Wien geht sehr entschieden von diesem Standpunkt aus.

preußischen Theilnehmer gewagt, und der Schmerlingianismus in Wien hat sogar noch zugerathen*). In Bayern darf kein Beamter ohne besondere ministerielle Erlaubniß in's Ausland, d. h. über die bayerische Grenze reisen; alle die zahlreichen Abgeordneten aus unserer Beamtenschaft erschienen also förmlich mit höherer Ermächtigung in Frankfurt. Unter ihnen Männer aus dem Richterstande, die Niemand einer solchen Verirrung und Verwirrung der staatsrechtlichen Begriffe fähig erachtet hätte. Sie erschienen dort, um sich von Schulze-Delitzsch die nur zu wahre Bemerkung in's Gesicht schleudern zu lassen: „wenn sie sich fürchteten den revolutionären Boden zu betreten, dann hätten sie gar nicht hieher kommen sollen, denn die gegenwärtige Versammlung stehe schon auf revolutionärem Boden.“

Der jüngste Abgeordneten-Tag vom 1. Okt. 1865 hat nun kaum halb soviel Mitglieder gezählt als sein Vorgänger; man kann wohl sagen, er habe sein eigenes Leichenbegängniß gefeiert. Vor zwei Jahren hat er gesprochen im Namen der „ganzen Nation“, vor deren Richterstuhl jede andere Meinung verstummen müsse; dießmal hingegen waren mehr als zwei Drittheile der Nation in seinem Schooße gänzlich unvertreten.

Aber wer einmal dort gewesen war, konnte natürlich nicht hintennach die gesetzliche Berechtigung der Versammlung als solcher in Abrede stellen. Alle damaligen Mitglieder waren ein- für allemal gebunden, wie denn überhaupt diese schleswig-holsteinische Geschichte die unselige Folge gehabt hat, daß eine Unzahl von politischen Männern sich übereilt und unüberlegt an Principien binden ließ, die sie in jeder andern Gestalt als in der Verbrämung der Kieler Schule, weit von sich ge-

---

*) Pro forma ist nur gegen den 36ger Ausschuß eine Note der Groß- [illegible] 31 [illegible] erschienen, worin derselbe als gesetzlich nicht [illegible] bezeichnet wird.

stoßen haben würden. So z. B. die Behauptung von einem souverainen Recht der Selbstbestimmung der Völker, dessen vorläufige Verwirklichung im Großen eben der Abgeordneten-Tag dargestellt hat. Freilich ist nun zwischen dem ersten und dem zweiten dieser Tage eine bedeutende Ernüchterung eingetreten; Viele mögen sich indessen besonnen haben, wohin man auf diesem Wege einer willkürlichen Nations-Vertretung mit Nothwendigkeit endlich gelangen müsse. Aber die nachdenklich Gewordenen entschuldigten ihr Nichterscheinen in Frankfurt doch nur mit lahmen Ausreden, und mehr konnten sie natürlich nicht thun, wenn sie nicht offen bekennen wollten: „wir haben das erstemal die Grenzen unserer Competenz bedenklich überschritten, denn eine Versammlung von deutschen Abgeordneten zu Frankfurt hat in dem geltenden Recht keinen Grund zur gesetzlichen Zulässigkeit.“ So wagte auch die „Bayerische Zeitung“ nicht zu sprechen, obwohl sie in einem meisterhaft geschriebenen Artikel das völlige Fiasko der Frankfurter Versammlung nicht ohne Schadenfreude darlegt. Das Blatt beruft sich bloß auf gröblich mißachtete Rücksichten der Zweckmäßigkeit, und mehr konnte es auch nicht thun; denn die eigene Regierung hat den Abgeordneten-Tag vom Dezember 1863 sehr gerne gesehen und als einen willkommenen Bundesgenossen ihrer Politik begrüßt. Solchen Gründen der Weigerung gegenüber ist es aber auch nicht zu verwundern, wenn die öffentliche Sympathie trotz Allem mehr für die ist, welche auch dießmal nach Frankfurt gingen, als für diejenigen, welche das erstemal unbedenklich gekommen und das zweitemal unbedenklich weggeblieben sind.

Die zwei Großmächte haben nun die Frage über die gesetzliche Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit des Abgeordneten-Tages aufgeworfen, und die anderen Kabinette werden nicht umhin können Farbe zu bekennen. Das ist unseres Erachtens sehr gut, wie Alles was der steigenden Verwirrung der Rechtsbegriffe in Deutschland zu steuern geeignet ist. Wenn aber die zwei Mächte auf ihr Vorgehen nur ein polizeiliches

Verfahren gegen die Wiederholung der verschiedenen politischen Schauspiele von Frankfurt, und beziehungsweise die Aufhebung des 36ger Ausschusses gründen wollten, dann thäten sie gewiß etwas sehr Ueberflüssiges. Denn nach den merkwürdigen Erfahrungen, welche den Versammelten vom 1. Okt. beschieden waren, kann vernünftigerweise nichts erübrigen als die rasche Selbstauflösung jener ständigen Institution, die vor zwei Jahren mit so großen Erwartungen und so vielem Geräusch in die Welt der deutschen Metamorphosen eingetreten ist.

Seit dem 1. Oktober ist für Jedermann unwidersprechlich geworden, was unsere Politiker bis auf diesen Tag schlechterdings nicht zugestehen und vor sich selber mit aller Gewalt verbergen wollten: daß nämlich die schleswig-holsteinische Sache die Parteien viel tiefer gespalten hat, als sie dieselben anfänglich geeinigt und zu einer einzigen Masse verschmolzen zu haben schien. Die Auflösung ist jetzt vollkommen und offenkundig; die Spaltungen des Parteigeistes waren nie ärger, und sie müssen in dem Maße täglich sich erweitern, als das endgültige Schicksal der Herzogthümer sich vollzieht. Wir wollen nicht von der Erkaltung aller Theilnahme im großen Publikum reden, das wohl nur zu einem verschwindend kleinen Theile die langweilig stylisirten Resolutionen des Abgeordneten-Tages überhaupt gelesen hat; und gewiß hat es Keiner gethan ohne zu denken: es wird ja doch nichts daraus. Wir wollen nur fragen, wo denn der 36ger Ausschuß jetzt hinblicken sollte, um seinen Anhang noch einigermaßen compakt beisammensitzen zu sehen?

Die altliberalen Partikularisten oder die eigentliche Mittelstaaten-Partei hat sich schon beim ersten Abgeordneten-Tag von der großen Masse getrennt; wie sie überhaupt zwar gerne von deutscher Einheit spricht, aber vor jeder Unterordnung zurückschreckt, so wollte sie sich auch dem beabsichtigten permanenten Ausschuß nicht unterordnen. Indeß war die Partei immerhin wenn auch nicht mit den Mitteln, so doch

mit dem Zweck des Ausschusses einverstanden. Aber auch das dürfte seit dem 1. Oktober nicht mehr der Fall seyn. Denn die Resolutionen dieses Tages waren keineswegs, wie der preußische Abgeordnete Kerst im voraus vermuthete, im „partikularistisch-kleinstaatlichen Geiste" gehalten; dieser Geist glänzte vielmehr, bis auf ein paar mit Eklat durchgefallene Vertreter, durch seine gänzliche Abwesenheit. Es hätte sich sonst nicht so viel Bereitwilligkeit zeigen können, an Preußen gemäß dem Berliner Compromiß vom 26. März die thunlichsten Zugeständnisse zu machen. Ferner wäre sonst ein so scharfer Ton, wie er am Abgeordneten-Tag gegen jede Hereinziehung des Auslandes laut geworden ist, nicht wohl möglich gewesen, und noch weniger die barsche Hinausweisung der Trias-Idee. Endlich hätte sonst nicht, wie es geschah, in den Beschlüssen der Versammlung der Erbprinz von Augustenburg gänzlich mit Stillschweigen übergangen werden können.

In diesem letztern Umstande spricht sich in der That ein bedeutsamer Charakterzug des dießjährigen Abgeordneten-Tages aus. Wie die schleswig-holsteinische Politik zwischen den Parteien bisher formulirt war, liegt der eigentlichen Mittelstaaten-Partei selbstverständlich vor Allem an dem ebenbürtigen Souverain und Herzog; das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" hingegen nahm sie nur als unvermeidliches Mittel zum Zweck mit in den Kauf, immerhin aber mehr oder weniger als ein nothwendiges Uebel. Gerade umgekehrt stellte sich die demokratisch gesinnte Mehrheit der Versammlung zur Sache. Ihr war natürlich das souveraine Selbstbestimmungsrecht der Völker die Hauptsache, die angebliche Legitimität des Herzogs war für sie nur das empfehlende Ornament oder, wenn man will, der Zucker auf die Pille. Für den ruhigen Beobachter ist dieser principielle Widerspruch innerhalb der schleswig-holsteinischen Gesammtpartei längst kein Geheimniß gewesen. Zu Frankfurt ist nun der Principienkampf offen hervorgetreten. Nach dem schwach verhüllten Rückzug der „partikularistischen Mittelstaatler" wurde auch keine Schonung

liche und fürstliche Ehre hat er durch Wortbruch mehrfach befleckt. Uebrigens hat es bekanntlich der stolze Herr einmal über sich gewonnen, sich selbst einem geschlagenen Hündlein oder einem vom Vater gezüchtigten Kinde zu vergleichen. Sattler gibt einen Auszug aus der an den Kaiser gerichteten, zur Ungebühr unterwürfigen und daher innerlich unwahren Epistel. Als der Herzog, unmittelbar nach dem Tode Kaiser Maximilians, aus völlig unzureichenden Gründen die Reichsstadt Reutlingen überfiel, so war dieser übermüthige Bruch des Landfriedens, dieser offenbare Raub am Reiche nichts mehr und nichts minder als — man höre — eine Fortsetzung des bisher gegen Oesterreich und den schwäbischen Bund mit großem Glücke durchgeführten Widerstandes. „Nun aber ging Ulrich sogar zum Angriffe vor. Ein unbedeutender Anlaß wurde zur Eröffnung des Kampfes benützt" (S. 57).

Natürlich wird es den durch solche Thaten schwer beleidigten Gegnern geradezu verdacht, daß sie sich vereinigten und einen Feldzug bewerkstelligten. „Die Oesterreicher hetzten und schürten unermüdlich: neben ihnen arbeiteten die alten Feinde Ulrichs, die Hutten'schen die endlich ihre Rache zu finden hofften, der Herzog Wilhelm von Bayern der eifrig rüstete, Lamparter und Spät die ihre Kenntnisse und ihren Einfluß rastlos anstrengten. Da geschah — nach den Worten eines Zeitgenossen — dem guten frommen Herren von Wirtemberg, wie eim Bauern, auf den ein Edelmann ein alten Neid hält; da er ihn auf seinem Acker fand, schlug er ihn und sagt, er hätte ihm seine Hasen auf dem Acker gefangen; es waren aber nit die Hasen, es war der alte Neid. Den Feinden gelang ihr Werk nur zu wohl" u. s. w. (S. 60).

Nach dieser glänzenden Probe historischer Kritik und Gerechtigkeitsliebe könnten wir unser Referat füglich schließen, und zwar im Hinblicke auf die ganz erstaunlichen Leistungen der modernen Historiographie, der in Zukunft nichts mehr unmöglich seyn wird. Wie die Alten gesungen, so zwitschern die Jungen. Ranke verherrlicht König Heinrich VIII. von

England, und Herr Kugler taucht den Herzog Ulrich von Württemberg in laues Bildungswasser, aber freilich nicht zu dessen Verherrlichung. Recht und Unrecht, Weiß und Schwarz, das sind veraltete Begriffe. Auf Schönfärberei, Stylistik und dergleichen ist fortan die Geltung der hochmögenden Zunft gestellt. So züchtet man auf deutschen Hochschulen kleine Staatssophisten, prophylaktisch für alle möglichen Eventualitäten, wie sie der alte Fritz sich gedacht. Ein Schwabe, ganz abgesehen von seiner Parteistellung, hätte so etwas nicht zu Stande gebracht.

Nach Kuglers Ansicht wirkte die Verbannung und die während derselben angenommene neue Lehre veredlend auf den Herzog. „In den demüthigen Jahren des Exils füllte er sich mit den tiefsten und reinsten Gedanken, von denen jene Zeit erregt wurde: er wurde innerlicher, selbstloser, edler“ (S. 87). Dieser Ansicht, die wir ihrem ganzen Umfange nach keineswegs zu theilen vermögen, steht die Auffassung Spittlers schnurstracks entgegen. Dieser äußert sich auf S. 138 seiner württembergischen Geschichte: „Ulrich, der alle Tage seine Predigt hörte, alle Tage sein Stück in der Bibel las, war mit seinem Sohne Christoph unversöhnlich entzweit, kündigte seinem Bruder Georg alle Freundschaft auf, da ihn dieser zu seiner nothwendigen Subsistenz um Geld ansprach, zankte sich mit allen seinen Nachbarn und selbst auch mit seinem glücklichen Beschützer Landgraf Philipp von Hessen, griff manchmal die Freiheiten des Landes auf eine so kühne Art an, als in den vorigen Zeiten ohne veranlaßte Empörung nicht hätte geschehen können.“ Was nun freilich die Zerwürfnisse mit Herzog Christoph betrifft, so hat Kugler, und das ist unseres Dafürhaltens die beste Partie seiner Schrift, die Ursachen welche zwischen Vater und Sohn Kälte und Entfremdung herbeiführten, ziemlich ausführlich angegeben. Hinsichtlich der auch nach der herben Leidensschule oftmals zu Tag tretenden Gewaltthätigkeit Ulrichs können wir ebenfalls auf den Apologeten selbst verweisen. Auch dieser nimmt keinen Anstand

zuzugeben, daß der Herzog nach seiner Wiedereinsetzung die Verfassung des Landes, insbesondere den Tübinger Vertrag, mehrfach verletzte. Ueberhaupt würden wir Hrn. Dr. Kugler Unrecht thun, wenn wir verschweigen wollten, daß seine Schutzschrift eine schwere Menge von wunden Stellen bloslegt. Freilich sind auch die von ihm zugestandenen Gebrechen so offenkundig, daß man sie kaum verschweigen konnte.

Die Behauptung, daß zur Zeit als der Herzog die neue Lehre in seinem Lande einführte, wohl kaum Jemand begründete Ursache gehabt habe, sich über unbilligen Gewissenszwang zu beschweren (S. 107), möchten wir als ein Curiosum aufführen. Kugler gibt ja zu, daß „in den Fällen, in welchen die individuelle Ueberzeugung für das öffentliche Leben Wichtigkeit erhielt, in denen das Staatsinteresse in's Spiel gezogen wurde", kein Widerstand geduldet worden sei. „Da wurden trotzige Prälaten mit soldatischer Rauheit zu gefügiger Demuth gebracht, die Mönche sofort ihres Ordensgewandes entkleidet, die katholischen Mitglieder der Gemeindebehörden von ihrem Amte verdrängt" (S. 108). Auf der folgenden Seite lesen wir: Der Asperg, Hohentübingen wurden mit großen Kosten umgebaut; katholische Kirchen lieferten Steine, ihre Glocken wurden zu Kanonen umgeschmolzen. Auf S. 104 werden auch die an den Klöstern Alpirsbach, Herrenalb und St. Georgen begangenen Gewaltthätigkeiten und Plünderungen zugegeben. Kugler hat nämlich die Gabe, dasjenige was er behauptet hat, an anderen vorhergegangenen oder nachfolgenden Stellen so ganz eigenthümlich zu exemplificiren, daß man an große Vergeßlichkeit glauben möchte.

Faßt man nun in Kürze zusammen, was sich in der That zur Vertheidigung Herzog Ulrichs sagen läßt, so wird man ohne Zweifel genug gesagt haben, wenn man auf die hülflose Jugend und mangelhafte Erziehung, die zu früh erfolgte Mündigkeitserklärung, die unglückliche Ehe mit Sabina von Bayern und des Herzogs leidenschaftliches Temperament hinweist. Achtung verdienen dessen Muth und Zähigkeit.

Wirkliches Herrschertalent dagegen, das wie der Baum an den Früchten erkennbar ist, vermögen wir nicht bei ihm zu entdecken. Noch am Schlusse seines vielbewegten Lebens mußte er sich bekanntlich vor K. Karl V. demüthigen. Erst Herzog Christoph verhalf dem Lande wieder zu einigermaßen gedeihlichen Zuständen.

XLVI.

Zeitläufe.

Der Abgeordneten-Tag und seine Folgen.

Die jüngste Versammlung eines Theils der „deutschen Abgeordneten“ zu Frankfurt hat sich drei Wochen lang viel Hohn und Spott gefallen lassen müssen. Müßige Redereien, hieß es, und pomphafte Phrasen die im Winde verhallen und keine Folgen haben würden. Es ist nun doch anders gekommen. Die zwei deutschen Großmächte haben dem Abgeordneten-Tag allerdings eine Folge gegeben, zwar nicht die von den Herren in Frankfurt gewollte und erstrebte, aber doch eine Folge die unter Umständen von der größten Wichtigkeit werden kann. Ich meine die drohende Mahnung an den Senat der freien Stadt Frankfurt als den Herbergsvater des Sechsunddreißiger-Ausschusses und seiner Obedienz; und ich sage, dieser Schritt könne unter Umständen zu einem Ziele hinführen, größer als der Abgeordneten-Tag sich träumen

lassen durfte. Dann nämlich könnte der Glücksfall eintreten, wenn die österreichisch-preußische Einsprache gegen Frankfurt nicht bloß auf einen neuen Versuch in Sachen der Bundes-Polizei hinausläuft, sondern wenn in deren Hintergrund die Keime einer positiven Verständigung zwischen Wien und Berlin über die allgemeinen deutschen Angelegenheiten liegen.

Vielleicht wird eine solche Möglichkeit von vielen meiner Leser als ein so ausgemachtes Ding der Unmöglichkeit erachtet, daß es nicht der Mühe werth sei davon zu reden. Es ist ja auch leider nur zu wahr, daß vieljährige Erfahrungen dem deutschen Patrioten keinen andern Glauben an unsere großen und kleinen Kabinette mehr übrig zu lassen schienen als den Unglauben oder den Aberglauben. Trotzdem wollen wir die letzte Hoffnung nicht fahren lassen, ehe uns das Blut unter den Nägeln hervorspritzt. Handelt es sich ja doch augenscheinlich nicht bloß um die Rettung und Selbsterhaltung des Einen oder des andern der deutschen Staaten, sondern aller ohne Ausnahme, einschließlich des Staates des Herrn von Bismark und dieses Staates erst recht. Daß in Wien und in Berlin eine Ahnung davon aufgestiegen seyn mag, scheinen die Noten der zwei Mächte an den Frankfurter Senat zu bezeugen. Es käme dann nur darauf an, daß auch die anderen Kabinette sich endlich getrauten, der sonnenklaren Wahrheit ihrer Lage die Ehre zu geben, und daß sie demgemäß, nicht etwa zu einer schlechten Reaktion staatspolizeilicher Maßregeln sich vereinigten, sondern im Verein mit den zwei Großmächten dem deutschen Volke ein Ziel eröffnen und aufstecken würden, das des Eifers der Wohlmeinenden und der Edlen in Wahrheit wieder werth wäre.

Daß bei uns seit zwei Jahren eigentlich keine Regierung mehr vorhanden war und die Furcht vor den Parteien alle Kabinette bis zur vollendeten Willenlosigkeit niedergedrückt hatte: dafür war die Existenz des Abgeordneten-Tages und seines permanenten Ausschusses der schlagendste Beweis. Mit dieser Thatsache rechtfertigen nun auch die zwei Großmächte ihren

Schritt. Jene Vereinigung zu Frankfurt, sagen sie, sei eine willkürliche Usurpation höchster Regierungsrechte in Deutschland gewesen*). Der Beweis dafür fällt freilich nicht schwer. Denn alle diese Abgeordneten waren nur für ihre Einzelnländer gewählt, und sie bilden nur Einen Faktor der obersten Gewalt innerhalb der Grenzen ihrer eigenen Staaten, wenn ihr Souverain sie versammelt; sie hatten nicht die allermindeste Competenz „als Abgeordnete" nach Frankfurt zu gehen und als solche dort öffentliche Akte in den allgemeinen deutschen Angelegenheiten auszuüben. Mit einem Worte: rechtlich gibt es zur Zeit gar keine „deutschen Abgeordneten." Es ist kein Zweifel, daß in den Strafgesetzbüchern aller deutschen Staaten sich Artikel gefunden hätten, welche einer solchen Competenz-Ueberschreitung entgegengestanden wären, wenn die juristische Interpretation sich darum hätte bemühen wollen; und es ist noch weniger zu bezweifeln, daß das constitutionelle Wesen keine wesentlichere Bedingung voraussetzt als die strengste Achtung vor den Grenzen der Competenz. Kommt es einmal soweit, daß selbst Abgeordneten-Kreise sich unbedenklich über die Frage der Competenz hinwegsetzen, dann liegt der Punkt nahe, wo eben Alles aufhört, namentlich auch das wirkliche Recht der Volksvertretungen selbst.

Das machen jetzt die Großmächte gegenüber dem Frankfurter Senate geltend. Aber die Einsicht kommt allenthalben sehr spät, und in den Mittelstaaten würde es überhaupt ein bedeutendes Maß von Selbstverläugnung kosten, wenn sie, falscher Scham nicht achtend, jener richtigen Einsicht sich endlich anschließen würden. Als im Dezember 1863, damals als fast ganz Deutschland von der schleswig-holsteinischen Tarantel gestochen und gleichsam von Sinnen war, der Abgeordneten-Tag zum erstenmale zusammengerufen wurde, da hat man in Berlin nicht die leiseste Einsprache gegen die

*) Wenigstens die amtliche „Generalcorrespondenz" in Wien geht sehr entschieden von diesem Standpunkt aus.

preußischen Theilnehmer gewagt, und der Schmerlingianismus in Wien hat sogar noch zugerathen *). In Bayern darf kein Beamter ohne besondere ministerielle Erlaubniß in's Ausland, d. h. über die bayerische Grenze reisen; alle die zahlreichen Abgeordneten aus unserer Beamtenschaft erschienen also förmlich mit höherer Ermächtigung in Frankfurt. Unter ihnen Männer aus dem Richterstande, die Niemand einer solchen Verirrung und Verwirrung der staatsrechtlichen Begriffe fähig erachtet hätte. Sie erschienen dort, um sich von Schulze-Delitzsch die nur zu wahre Bemerkung in's Gesicht schleudern zu lassen: „wenn sie sich fürchteten den revolutionären Boden zu betreten, dann hätten sie gar nicht hieher kommen sollen, denn die gegenwärtige Versammlung stehe schon auf revolutionärem Boden."

Der jüngste Abgeordneten-Tag vom 1. Okt. 1865 hat nun kaum halb soviel Mitglieder gezählt als sein Vorgänger; man kann wohl sagen, er habe sein eigenes Leichenbegängniß gefeiert. Vor zwei Jahren hat er gesprochen im Namen der „ganzen Nation", vor deren Richterstuhl jede andere Meinung verstummen müsse; dießmal hingegen waren mehr als zwei Drittheile der Nation in seinem Schooße gänzlich unvertreten.

Aber wer einmal dort gewesen war, konnte natürlich nicht hintennach die gesetzliche Berechtigung der Versammlung als solcher in Abrede stellen. Alle damaligen Mitglieder waren ein- für allemal gebunden, wie denn überhaupt diese schleswig-holsteinische Geschichte die unselige Folge gehabt hat, daß eine Unzahl von politischen Männern sich übereilt und unüberlegt an Principien binden ließ, die sie in jeder andern Gestalt als in der Verbrämung der Kieler Schule, weit von sich ge-

*) Pro forma ist nur gegen den 36ger Ausschuß eine Note der Großmächte vom 31. Dez. erschienen, worin derselbe als gesetzlich nicht zulässig und bundesrechtswidrig bezeichnet wird.

stoßen haben würden. So z. B. die Behauptung von einem souverainen Recht der Selbstbestimmung der Völker, dessen vorläufige Verwirklichung im Großen eben der Abgeordneten-Tag dargestellt hat. Freilich ist nun zwischen dem ersten und dem zweiten dieser Tage eine bedeutende Ernüchterung eingetreten; Viele mögen sich indessen besonnen haben, wohin man auf diesem Wege einer willkürlichen Nations-Vertretung mit Nothwendigkeit endlich gelangen müsse. Aber die nachdenklich Gewordenen entschuldigten ihr Nichterscheinen in Frankfurt doch nur mit lahmen Ausreden, und mehr konnten sie natürlich nicht thun, wenn sie nicht offen bekennen wollten: „wir haben das erstemal die Grenzen unserer Competenz bedenklich überschritten, denn eine Versammlung von deutschen Abgeordneten zu Frankfurt hat in dem geltenden Recht keinen Grund zur gesetzlichen Zulässigkeit.“ So wagte auch die „Bayerische Zeitung“ nicht zu sprechen, obwohl sie in einem meisterhaft geschriebenen Artikel das völlige Fiasko der Frankfurter Versammlung nicht ohne Schadenfreude darlegt. Das Blatt beruft sich bloß auf gröblich mißachtete Rücksichten der Zweckmäßigkeit, und mehr konnte es auch nicht thun; denn die eigene Regierung hat den Abgeordneten-Tag vom Dezember 1863 sehr gerne gesehen und als einen willkommenen Bundesgenossen ihrer Politik begrüßt. Solchen Gründen der Weigerung gegenüber ist es aber auch nicht zu verwundern, wenn die öffentliche Sympathie trotz Allem mehr für die ist, welche auch dießmal nach Frankfurt gingen, als für diejenigen, welche das erstemal unbedenklich gekommen und das zweitemal unbedenklich weggeblieben sind.

Die zwei Großmächte haben nun die Frage über die gesetzliche Zulässigkeit oder Nichtzulässigkeit des Abgeordneten-Tages aufgeworfen, und die anderen Kabinette werden nicht umhin können Farbe zu bekennen. Das ist unseres Erachtens sehr gut, wie Alles was der steigenden Verwirrung der Rechtsbegriffe in Deutschland zu steuern geeignet ist. Wenn aber die zwei Mächte auf ihr Vorgehen nur ein polizeiliches

Verfahren gegen die Wiederholung der verschiedenen politischen Schauspiele von Frankfurt, und beziehungsweise die Aufhebung des 36ger Ausschusses gründen wollten, dann thäten sie gewiß etwas sehr Ueberflüssiges. Denn nach den merkwürdigen Erfahrungen, welche den Versammelten vom 1. Okt. beschieden waren, kann vernünftigerweise nichts erübrigen als die rasche Selbstauflösung jener ständigen Institution, die vor zwei Jahren mit so großen Erwartungen und so vielem Geräusch in die Welt der deutschen Metamorphosen eingetreten ist.

Seit dem 1. Oktober ist für Jedermann unwidersprechlich geworden, was unsere Politiker bis auf diesen Tag schlechterdings nicht zugestehen und vor sich selber mit aller Gewalt verbergen wollten: daß nämlich die schleswig-holsteinische Sache die Parteien viel tiefer gespalten hat, als sie dieselben anfänglich geeinigt und zu einer einzigen Masse verschmolzen zu haben schien. Die Auflösung ist jetzt vollkommen und offenkundig; die Spaltungen des Parteigeistes waren nie ärger, und sie müssen in dem Maße täglich sich erweitern, als das endgültige Schicksal der Herzogthümer sich vollzieht. Wir wollen nicht von der Erkaltung aller Theilnahme im großen Publikum reden, das wohl nur zu einem verschwindend kleinen Theile die langweilig stylisirten Resolutionen des Abgeordneten-Tages überhaupt gelesen hat; und gewiß hat es Keiner gethan ohne zu denken: es wird ja doch nichts daraus. Wir wollen nur fragen, wo denn der 36ger Ausschuß jetzt hinblicken sollte, um seinen Anhang noch einigermaßen compakt beisammensitzen zu sehen?

Die altliberalen Partikularisten oder die eigentliche Mittelstaaten-Partei hat sich schon beim ersten Abgeordneten-Tag von der großen Masse getrennt; wie sie überhaupt zwar gerne von deutscher Einheit spricht, aber vor jeder Unterordnung zurückschreckt, so wollte sie sich auch dem beabsichtigten permanenten Ausschuß nicht unterordnen. Indeß war die Partei immerhin wenn auch nicht mit den Mitteln, so doch

mit dem Zweck des Ausschusses einverstanden. Aber auch das dürfte seit dem 1. Oktober nicht mehr der Fall seyn. Denn die Resolutionen dieses Tages waren keineswegs, wie der preußische Abgeordnete Kerst im voraus vermuthete, im „partikularistisch-kleinstaatlichen Geiste" gehalten; dieser Geist glänzte vielmehr, bis auf ein paar mit Eklat durchgefallene Vertreter, durch seine gänzliche Abwesenheit. Es hätte sich sonst nicht so viel Bereitwilligkeit zeigen können, an Preußen gemäß dem Berliner Compromiß vom 26. März die thunlichsten Zugeständnisse zu machen. Ferner wäre sonst ein so scharfer Ton, wie er am Abgeordneten-Tag gegen jede Hereinziehung des Auslandes laut geworden ist, nicht wohl möglich gewesen, und noch weniger die barsche Hinausweisung der Trias-Idee. Endlich hätte sonst nicht, wie es geschah, in den Beschlüssen der Versammlung der Erbprinz von Augustenburg gänzlich mit Stillschweigen übergangen werden können.

In diesem letztern Umstande spricht sich in der That ein bedeutsamer Charakterzug des dießjährigen Abgeordneten-Tages aus. Wie die schleswig-holsteinische Politik zwischen den Parteien bisher formulirt war, liegt der eigentlichen Mittelstaaten-Partei selbstverständlich vor Allem an dem ebenbürtigen Souverain und Herzog; das „Selbstbestimmungsrecht der Völker" hingegen nahm sie nur als unvermeidliches Mittel zum Zweck mit in den Kauf, immerhin aber mehr oder weniger als ein nothwendiges Uebel. Gerade umgekehrt stellte sich die demokratisch gesinnte Mehrheit der Versammlung zur Sache. Ihr war natürlich das souveraine Selbstbestimmungsrecht der Völker die Hauptsache, die angebliche Legitimität des Herzogs war für sie nur das empfehlende Ornament oder, wenn man will, der Zucker auf die Pille. Für den ruhigen Beobachter ist dieser principielle Widerspruch innerhalb der schleswig-holsteinischen Gesammtpartei längst kein Geheimniß gewesen. Zu Frankfurt ist nun der Principienkampf offen hervorgetreten. Nach dem schwach verhüllten Rückzug der „partikularistischen Mittelstaatler" wurde auch keine Schonung

derselben mehr für nöthig erachtet, und man ließ den „Herzog" ohne Umstände fallen. Der erwähnte Artikel der „Bayerischen Zeitung" verfehlt nicht, die Bedeutung dieser Thatsache zu würdigen. „Da war", sagt das Blatt, „höchstens noch das Selbstbestimmungsrecht der Herzogthümer zu brauchen, dessen Ergebniß sich Jeder je nach seinem Parteistandpunkte mit oder ohne Herzog denken mag."

Sind nun die partikularistischen Mittelstaaten-Männer von vornherein weggeblieben, so erlitten die Großdeutschen sans phrase in der Versammlung selbst eine schwere Niederlage, dadurch daß die Mitglieder aus Oesterreich, fast ohne Entschuldigung, sich des Kommens entschlagen hatten. Das System in dessen Interesse sie im Dezember 1863 zu Frankfurt erschienen waren, ist seit dem 20. September in Oesterreich gefallen und fast schon zum Kinderspott geworden. Nur Einer fand trotzdem noch den ritterlichen Muth in seiner Brust, was er 1863 aus Ueberzeugung gethan, im Jahre 1865 wieder zu thun, und dieser Eine (Prof. Brinz) ist ein geborner Bayer. Alle andern glaubten mit sich selbst genug zu schaffen zu haben; sie sind von dem schleswig-holsteinischen Nachspiel im eigenen Land und Reich ausschließlich in Anspruch genommen. Es war abermals unschwer vorauszusehen, daß es mit den Oesterreichern endlich so kommen würde. Wenn man aber erwägt, mit welcher Hartnäckigkeit die beiden oben genannten Parteien ihre Illusionen in dieser Richtung festhielten, und wie nicht nur die eigentliche Mittelstaaten-Partei sondern auch die Großdeutschen sans phrase die Hoffnung des Gelingens ihrer Politik ganz und gar von der energischen Unterstützung Oesterreichs abhängig machten und machen mußten — dann mag man die Wucht der Entmuthigung ermessen, womit das Ausbleiben der Oesterreicher auf die zwei Parteien in und außerhalb der Versammlung fiel. Der Reichsrath in Wien existirt nicht mehr, aber auch die deutsche Partei in Oesterreich ist zu einem unfaßbaren Ding geworden, das jedenfalls für die Herzogthümer zu

existiren aufgehört hat. So hörte man im Saalbau zu Frankfurt die leeren Bänke der östlichen Brüder predigen.

Aber Alles hätte sich noch verschmerzen lassen bis auf Eines. Man hätte die Oesterreicher und die Mittelstaaten-Partei zur Noth entbehren können, wenn nur die Preußen wieder gekommen wären wie im Dezember 1863. Allein gerade die Preußen blieben erst recht aus und zwar mit dem größten Eklat. Diese Erfahrung des Abgeordneten-Tages war die allerbitterste, sie mußte ihm nothwendig den Gnadenstoß geben. Die Calamität mit den Preußen hat alle Fraktionen der schleswig-holsteinischen Coalition vernichtend schwer getroffen, wenn auch die sogenannten Nationalvereinler am schwersten. Denn alle diese Parteien hatten — die Herren vom Nationalverein thaten es nur am zuversichtlichsten — auf die unbeugsame Opposition des preußischen Volkes und beziehungsweise der Berliner Kammer gegen alle Absichten des Grafen Bismark gerechnet. Sie meinten: die Gesetzgeber Preußens würden unter allen Umständen nicht nur die Annexion der Herzogthümer, sondern selbst auch die bekannten Forderungen vom 22. Februar schon deßhalb zurückweisen, weil es sich um Forderungen des verhaßten „Junker-Regiments" handle, dem man schlechterdings keinen Erfolg gönnen dürfe, am wenigsten einen so großen. Die preußische Kammer hat in der That vor bald zwei Jahren in gut augustenburgischem Sinne sich ausgesprochen; darauf gestützt fühlte man sich ganz sicher, da es ja unzweifelhaft sei, daß die offenen oder verhüllten Pläne des Grafen Bismark, wenn auch an keinem andern Hinderniß, so doch gewiß an dem Widerspruch des eigenen Landes und Volkes scheitern würden.

Es hat nicht an Warnungen gefehlt vor den Nicken und Tücken des preußischen Volksgeistes. Aber man hat nicht daran geglaubt, man hat in unbesonnenster Weise den Löwen Blut lecken lassen. So mußte endlich zu allen andern Enttäuschungen die größte und zermalmendste hinzutreten. Die hervorragendsten Führer der preußischen Kammermehrheit haben sich augen-

scheinlich verabredet, ehe die Herren Twesten, Jung, Mommsen, Kerst ihre sehr unmißverständlich stylisirten Absagebriefe nach Frankfurt sendeten*). Sie trafen wie ein Donnerschlag. Namentlich schwebten die Worte des sonst so hoch gefeierten Abg. Twesten in Fraktur über den Geistern im Saalbau, die erschütternden Worte: daß er „jede Alternative einer Niederlage des preußischen Staats vorziehe", und daß „man niemals Beschlüssen zustimmen werde, welche gegen die Macht und die Zukunft des preußischen Staats in die Schranken träten." Damit hörte denn in der That Alles auf, und blieb freilich dem Abgeordneten-Tag nichts Anderes übrig, als „die sich vollendenden Thatsachen mit ohnmächtigen Resolutionen zu begleiten", wie Hr. Twesten vorausgesagt hatte und wie die ganze Fortschritts-Presse in Preußen nun nachsagt.

Inzwischen hatten auch die Kurhessen bis auf Einen, den einzigen reinen Demokraten der dortigen Kammer, und sämmtliche Abgeordnete Braunschweigs sich gegen den Ruf des 36ger Ausschusses erklärt. Die letzteren empfanden es als eine bundesstaatliche Inconsequenz, daß man den Preußen die Herzogthümer nicht vergönnen wolle. Von allen den preußischen Namen, die sich einst so entschieden für Augustenburg aufgeworfen hatten, erschien nicht Einer in Frankfurt, nicht einmal Virchow; auch nicht Schulze-Delitzsch, der damals davon gesprochen hatte, daß man „Preußen den Großmachts-Kitzel austreiben müsse." Nur etwa ein halbes Dutzend obscurer Mitglieder der Berliner Kammer ließen sich in Frankfurt sehen, sämmtlich, soviel ich weiß, aus Rheinland und Westfalen, ein Umstand der das Uebel noch ärger macht. Denn man ist in Berlin nur zu sehr geneigt, diese zwei Provinzen nicht zu den ächten und rechten Preußen zu rechnen, sondern

*) Hr. Mommsen fordert von einem richtigen deutschen Abgeordneten-Tage geradezu: daß „er definitive ewige Unterordnung unter den preußisch-deutschen Großstaat den sämmtlichen Mittel- und Klein-Staaten und insbesondere jetzt den Elbherzogthümern vorschriebe."

zu den stets Aufruhr brütenden heimlichen Feinden Preußens, zu den „Heloten", wie die Kreuzzeitung einmal unvorsichtig gesagt hat. Alle andern*) stimmten ausdrücklich oder stillschweigend den Erklärungen des Herrn Twesten bei. Die „Bayerische Zeitung" klagt daher in gerechter Entrüstung: „Um das Maß voll zu machen, hat man durch die Einladung an die preußischen Abgeordneten diese dazu gebracht endlich Farbe zu bekennen, hat dem Grafen Bismark endlich die beruhigende Gewißheit verschafft, daß er, wie scharf auch der innere Conflikt sei, für seine auswärtige Politik in der Stunde der Entscheidung auf die Unterstützung des preußischen Abgeordnetenhauses unbedingt zählen darf."

Nachdem nun der Abgeordneten-Tag diese, Niemanden mehr als ihm selbst unerwartete, Entscheidung herbeigeführt und somit die Lage endlich geklärt hat, ist seine Mission offenbar vollendet. Er hatte eine Coalition der Parteien aus allen deutschen Ländern, und insbesondere aus den Großstaaten zur Voraussetzung, welche nicht mehr besteht. Nicht nur die völlige Auflösung dieser Coalition ist eine feststehende Thatsache, sondern auch die Parteien selbst sind äußerlich und innerlich angefressen und dem Zerfallen nahe. Jedes öffentliche Auftreten derselben kann nur noch mehr ihre Zerrüttung kundgeben, und dieß gilt namentlich vom Nationalverein. Warum also jetzt noch und jetzt erst mit polizeilichen Maßregeln einschreiten?

Anders aber gestaltet sich der Schritt der zwei Großmächte, wenn sie dadurch constatiren wollen, daß die traurige Zeit vorbei ist, wo bei uns eigentlich keine Regierung mehr vorhanden war und die Furcht vor den Parteien alle Kabinette bis zu vollendeter Willenlosigkeit beherrschte, und wenn diese Demonstration von entsprechenden positiven Vor-

---

*) Nur der etwas queerköpfige alte Harkort wäre noch als Ausnahme zu nennen.

schlägen an die übrigen Mitglieder des Bundes gefolgt seyn sollte. Hiezu wäre der Moment trefflich gewählt. Die Parteien haben in sich selber abgewirthschaftet, selbst die kleineren Kabinette brauchen dieselben nicht mehr zu fürchten. Aber jene Parteien haben durch ihr, wenn auch innerlich unwahres, Zusammenwirken zwei Jahre lang eine Macht entwickelt, die jedes Widerstandes spottete. Wenn unsere Regierungen daraus nichts gelernt haben, so werden sie überhaupt nichts mehr lernen, und der nächste Sturm wird sie wegschwemmen. Denn er wird sie selber direkt, und nicht auf einem Umweg bis an die Königsau, zum Ziele haben.

Namentlich an die Mittelstaaten ergeht jetzt der dringende Ruf, sich ernstlich zu besinnen über die Folgen ihrer bisherigen Politik. Schleswig-Holstein ist nun verloren für diese Politik; es ist geschehen was von dem Augenblicke an vorauszusehen war, wo unsere Kabinette über ihrer gespreizten Principienreiterei die That vergaßen, mit andern Worten den Bundeskrieg gegen Dänemark versäumten und aus den Händen schlüpfen ließen. Ueber Schleswig-Holsteins Schicksal werden die zwei Großmächte allein in einer europäischen Combination entscheiden, und aus dem Gasteiner Vertrag ist die Richtung dieser Entscheidung unschwer zu prognosticiren. Aber es droht noch viel mehr für die Mittelstaaten verloren zu gehen, wenn sie fortan nur schmollen zu müssen glauben wegen des selbstverschuldeten Fiasko in und mit den Herzogthümern. Den Parteien freilich wäre nichts angenehmer als die Fortsetzung einer faden Schmollpolitik; denn es gäbe kein besseres Mittel, um die Bedeutung der Mittelstaaten immer noch verächtlicher zu machen, als sie schon gemacht ist. Gegen ein stetes Herabsinken solcher Art muß Halt geboten werden je eher desto lieber, und der Halt kann nur darin bestehen, daß die Mittelstaaten nicht nur ihre schleswig-holsteinische Politik da ruhen lassen, wo sie nun einmal liegt, sondern endlich auch die Quelle des Uebels verstopfen. Die Ursache aller der gehäuften Irrthümer und haarsträubenden Versäum-

nisse von 1854, 1859, 1863 und sofort war aber keine andere als die unglückselige Trias-Idee. Anstatt reale Politik zu machen, hat man einem neckischen Irrwisch nachgejagt. So mußten die Dinge kommen, wie sie gekommen sind.

Auch in dieser Beziehung hat sich der Abgeordneten-Tag sehr lehrreich gestaltet. Um die schleswig-holsteinische Politik der Mittelstaaten zu unterstützen, hat sich der erste Abgeordneten-Tag versammelt und scheinbar auch der zweite. Sobald aber der eigentliche Untergrund der mittelstaatlichen und insbesondere der bayerischen Politik, das System von der „dritten deutschen Gruppe", ernstlich zur Sprache kam, und zwar von Seiten zweier Demokraten welchen die Trias als Kriegsmaschine gegen die zwei Großmächte am Herzen liegt, so brach die Versammlung darüber unbarmherzig den Stab. Auch die neuerlichen Empfehlungen aus Wien, daß die Magyaren dann die deutsch-slavische Hälfte Oesterreichs der „dritten Gruppe" wieder zu Hülfe schicken würden, haben nichts geholfen. Hr. Braun aus Wiesbaden verscheuchte das Gespenst mit einer gewaltigen Rede. „Die Trias", sagte er, „war der Rheinbund, dieses corrupte Werkzeug in den Händen des Fremden, das zur Schmach Deutschlands unsere Söhne für französische Zwecke auf alle Schlachtfelder Europa's führte." Der Redner fügte dann eine sehr wohl zu beachtende Bemerkung bei. „Ohne hochgehende Bewegung im Volke", sagte er, „ist der Bund der Mittel- und Kleinstaaten machtlos; wenn wir aber diese Bewegung einmal haben werden, dann begnügen wir uns nicht mit solchem Bettel, sondern verlangen Besseres." Denen aber, welche so tief bekümmert sind um die angebliche Legitimität in Schleswig-Holstein, daß sie um derenwillen das zerrissene Deutschland nocheinmal zerreißen möchten, gab Hr. Braun das schlagende Wort zu bedenken: „in Deutschland sei nichts legitim als Kaiser und Reich, von den übrigen sei einer so legitim wie der andere." Der glänzende Durchfall aller Trias-Projekte gehörte denn auch zur Charakteristik der Versammlung. „Die Niederlage

dieser Mittelstaatler konnte nicht vollständiger seyn": sagt ein Lobredner des Tages vom 1. Oktober*).

In enger Wechselwirkung mit der Beseitigung des Trias-Gedankens hat die Versammlung sich sodann höchst energisch, schon durch den Mund des Referenten Dr. Völk, gegen jede Hereinziehung des Auslandes in den schwebenden deutschen Streit verwahrt. Eine für uns sehr erfreuliche Erscheinung; denn wir glauben, daß bei aller Verschiedenheit der Ansichten doch alle deutschen Ehrenmänner in dem obersten Grundsatz einig seyn könnten und seyn sollten: daß wir unter allen Umständen einen Sieg der preußischen Politik über uns, wenn das Unglück wollte, einem Siege der französischen Politik über Deutschland vorziehen müßten und vorziehen würden. Dieß ist fundamental. Es ist aber keineswegs die Gesinnung, welche man von allen mittelstaatlichen Kreisen voraussetzen darf. Im Gegentheil ist nur allzu viel Grund vorhanden, den Herrn von Beust mit seinem problematischen Anhang als den Repräsentanten einer frivolen Politik anzusehen, welche die ultima spes auf den Imperator mit verzweifelter Beharrlichkeit festhalten will. Freilich in aller Heimlichkeit und unter steten Abläugnungen; denn soweit sind wir Gottlob, daß man nicht wieder wie in der Zeit des 30jährigen Krieges und in andern Schand-Epochen der deutschen Geschichte offen die Macht Frankreich als den Protektor der „deutschen Freiheit" und „germanischen Libertät" anrufen und preisen darf. Aber die wahre Farbe bricht doch immer wieder durch. Es mag seyn, daß der Verdacht, welcher sich beim ersten Anblick gar manchen unwillkürlich aufgedrängt hat, ungegründet ist, der Verdacht als habe der französische Minister Drouyn sein bekanntes Circular über die Gasteiner Convention nach sächsischen Concepten gearbeitet; aber es ist doch eine Thatsache, daß die halbamtliche „Leipziger Zeitung" damals wörtlich geäußert hat: „unter diesen Um-

*) Allg. Zeitung vom 5. Okt.

ständen habe Frankreich die Grundsätze des europäischen Staaten- und Völkerrechts dem Gasteiner-Pakt gegenüber wahren müssen."

Diese Herren haben das Circular Drouyn's nichteinmal recht gelesen. Der französische Minister beruft sich keineswegs auf die Grundsätze des europäischen Staaten- und Völker-Rechts. Sondern er sagt, Deutschland habe durch den Krieg gegen Dänemark das „Recht der alten Verträge" zerrissen; es habe sich zu diesem Zwecke auf das neue Recht, auf den „Willen der Bevölkerungen und das Nationalitätsprincip", berufen und jetzt wollten die zwei Großmächte dennoch dieses neue Recht nicht gelten lassen. Das ist die Klage Frankreichs. Wollten die Mittelstaaten die Hand des Imperators gegen Oesterreich und Preußen ergreifen, so müßten sie vor Allem das neue Recht des Napoleonismus unterschreiben, sie müßten sich zum (souverainen) „Willen der Bevölkerungen" und zum (unitarischen) „Nationalitätsprincip" bekennen — zwei Principien kraft deren auf einer Reihe umgestürzter Fürstenthrone das Großkönigreich Italien entstanden ist. Wie lange im gegebenen Fall die parallele Entwicklung in Deutschland auf sich warten lassen würde, darüber hat der jüngste Abgeordneten-Tag keinen Zweifel gelassen.

Der Beweis ist hergestellt, daß die eigentliche Mittelstaaten-Politik keine Partei für sich hat als sich selber. Offen ihre Sache zu vertreten wagt diese Partei gar nicht mehr; sie hat es eigentlich nie gewagt und ist jetzt völlig zu einer fatalistischen Inaktivität herabgesunken. Wo die andern Parteien auftreten, da protestiren sie entschieden gegen die Mittel, durch welche allein die Politik der Partei noch aktiv werden könnte ohne und gegen die beiden Großmächte, und jener Protest muß in jedem wahrhaft deutschen Herzen Widerhall finden. Ich sage, die Trias mit der Hülfe Frankreichs wäre das einzige Mittel die bisherige Politik der Mittelstaaten aktiv fortzusetzen, und zu dieser traurigen Wahl mußte es kommen, sobald das österreichische Gegengewicht

von der mittelstaatlichen Schaukel herabfiel. Der jähe Fall ist aber wirklich und vollständig eingetreten. Oesterreich ist in der Lage, in den mitteleuropäischen Wirren nur mehr seine eigenen Interessen zu Rathe zu ziehen und sich nicht länger für fremde Wünsche zu opfern; seinen gescheiterten Versuchen seit 1850 gilt das Wort, welches jüngst von der Donau her zu uns gelangt ist: „Die deutsche Stellung Oesterreichs fängt an den Oesterreichern selber lächerlich zu werden" *). Preußen seinerseits hat historisch immer nur dann die dargebotene Hand Frankreichs ergriffen, wenn es gegen Oesterreich stand; träte aber jetzt wieder eine solche preußische Wendung ein, so hätte man zu Berlin sicherlich vor den Mittelstaaten die — Vorhand bei dem Imperator. Es bedurfte nicht erst neuerer Kundgebungen aus Paris, um diese Thatsache zu erkennen, welche dem gänzlichen Ruin der bisherigen mittelstaatlichen Politik die Krone aufsetzt. Sie findet nirgends mehr Glauben an ihren Ernst.

Man kann somit in den Mittelstaaten nur gewinnen und schlechterdings nichts mehr verlieren, wenn man endlich andere Saiten aufzieht und eine gründliche Frontänderung vornimmt. So wie bisher geht es ja doch nicht mehr; die Macht unabänderlicher Verhältnisse und der Unwille aller Parteien, die lahmgelegte eigene ausgenommen, stehen entgegen. Anstatt mit den zwei Großmächten fortwährend über ein imaginäres Bundesrecht und über andere Rechtsfiktionen zu hadern, muß man ihnen die willige Hand bieten zur Verbesserung der allgemeinen deutschen Rechtsverhältnisse. Dazu gehört freilich auch ein entschlossener Bruch mit jener Afterjuristerei, die seit Jahren den politischen Verstand nicht nur bei uns, sondern auch in den beiden Großstaaten überfluthet und umnebelt hat. Mit ihren papiernen Velleitäten glaubte diese unstaatsmännische Richtung der natürlichen Logik der Thatsachen einen unübersteiglichen Damm entgegensetzen zu

*) Wochenblatt des Nationalvereins vom 7. Sept. 1865.

können. Wie herrlich weit sie es damit gebracht, zeigt in Preußen die mehr als je befestigte Stellung des Grafen Bismark und in Oesterreich der Magyarismus am Zünglein der Waage. Die naturwüchsige Praxis hat hier wie dort den buchgelehrten Krimskrams abgelöst und ist zum Herrn der Situation geworden. Nur bei uns genießt die pseudopolitische Juristerei noch ihres gefährlichen Credits Zwar müßte der Bankerott derselben endlich überall von selbst eintreten. Wie die Afterphilosophie welche die vorige Generation gegängelt hat, an ihren eigenen Uebertreibungen untergegangen ist, so müßte die Afterjuristerei welche unsere Zeit bis jetzt beherrschte und ausmergelte, durch ihr eigenes Uebermaß das gleiche Schicksal erfahren. Aber wer mitgeht bis an's Ende, der ist eben auch mit verloren. Eine reale Politik brauchen wir in den Mittelstaaten: mit afterjuristischen Rechthabereien ist schlechterdings nichts geholfen, sie werden uns nur immer tiefer in den Sumpf hineinführen.

Unzweifelhaft macht sich in den lebensfähigeren dieser Staaten allmählig der Selbsterhaltungstrieb in den Kabinetten geltend; man wird nachdenklich und man sieht, daß es so wie bisher nicht fortgehen kann; der politische Barometer zeigt da und dort auf — Reaktion. Der Schritt der zwei Großmächte in Frankfurt steht insoferne nicht isolirt, er ist nur das hervorragendste dieser Symptome. Aber es gibt eine rechte und eine schlechte Reaktion; die letztere würde das Verderben bloß beschleunigen. Die rechte Reaktion hingegen müßte vor Allem auf der Ueberzeugung ruhen, daß kein deutscher Staat mehr, weder ein größerer noch ein kleiner, aus eigenen Kräften in den zerfahrenen Zuständen sich zu helfen vermag. Alle diese Staaten könnten für sich nur mit einem erneuerten Polizei-Regiment zweifelhafte Versuche machen, und das Höchste was sie zu erreichen vermöchten, wäre im glücklichsten Falle die Fristung auf ein paar Jahre, die Galvanisirung einer Leiche. Was für eine Dauer versprechende Erhebung unbedingt noththut, ist die thatsächliche Begründung neuer **deutschen** Zu-

stände; dem Volksinstinkt, daß es anders werden muß bei uns und um uns, muß genügt werden; eine solche Wiedergeburt ist aber selbstverständlich keinem einzelnen Staat im geographischen Begriff Deutschland, sondern nur einer loyalen Vereinigung aller deutschen Kabinette möglich. Die deutsche Frage, einst das Aergerniß unserer Conservativen, ist jetzt die einzige Zuflucht, die uns noch bleibt.

Freilich kann dieses letzte Rettungsmittel nicht ergriffen werden, ohne daß eine Menge von liebgewordenen Anschauungen und altgewohnter Vorurtheile fallen müssen. Je größer bisher die zu den Leistungen unverhältnißmäßigen Ansprüche waren, desto mehr Selbstverläugnung würde erfordert werden, und wer eine solche Selbstverläugnung für unmöglich hält, der kann natürlich auch der Möglichkeit einer rettenden Vereinigung zwischen den legitimen Gewalten in Deutschland keinen Glauben abgewinnen. Vielleicht haben diese deutschen Thomasse ganz recht. Aber man müßte dann auch jede Hoffnung aufgeben, daß der natürlichen Abwärtsbewegung der mittelstaatlichen Stellungen auf der schiefen Fläche, bei der sie angekommen sind, ein irgendwie haltbarer Damm entgegengesetzt werden könne. Es ist nun einmal so: wenn der Statusquo im deutschen Bund nicht ganz unverrückt bewahrt werden konnte, dann blieb nur Eine Alternative übrig. Wir haben diese Wahrheit Jahre lang von allen Seiten beleuchtet. Entweder mußten die Mittel- und Kleinstaaten fest mit Oesterreich zusammenstehen, solange es noch Zeit war, um Preußen zu zwingen und eventuell niederzuschlagen, oder Preußen gewann in der revolutionär erregten Gegenwart früher oder später durch sein compaktes Massengewicht die Oberhand. So ist es jetzt gekommen.

Wir haben gesagt, die übrigen deutschen Staaten würden nun dem Schritte der zwei Großmächte gegenüber Farbe bekennen müssen; und wir wiederholen aus dem Vorstehenden unsere Meinung, daß Alles darauf ankomme, welche Farbe sie demnächst bekennen werden.

XLVII.

Choral und Liturgie.

Dem deutschen Episcopate in Ehrfurcht und Demuth gewidmet von einem Benediktinermönch des Klosters St. Martin zu Beuron im Donauthale. Schaffhausen, Hurter 1865.

(Eingesendet.)

Unter diesem Titel verläßt soeben die Presse ein Werk von so tief greifender Bedeutung, daß wir es als Pflicht erachten, auf dasselbe die Katholiken Deutschlands, Laien sowohl als Priester, aufmerksam zu machen. Von bescheidenem Umfange — es füllt kaum eilf Bogen aus — ist das Buch in der That ein Schatzkästlein voll der köstlichsten Wahrheiten. Der Verfasser hat sich einen Stoff, der eine vielbesprochene Frage der Gegenwart bildet, zum Vorwurf genommen und denselben mit einem Geschick und einer sachkundigen Hingabe behandelt, welche ihn als Sohn jenes ältesten und verdienten Ordens, der seine Wurzeln bis in die Urzeit des Christenthums hinabsenkt und neuerdings sich wieder mit alter Triebkraft verjüngen zu wollen scheint, genugsam kennzeichnet. Treu der monastischen Ueberlieferung hat der Verfasser zu seinem Zwecke den ächt katholischen, namentlich auf dem in Rede stehenden Gebiete allein förderlichen Weg eingeschlagen, den der streng kirchlichen Tradition und des unbefangenen ernsten Quellenstudiums. Die tiefsinnigste Auffassung der Liturgie, als deren geistvoller Interpret der berühmte Abt Gueranger von Solesmes eingeführt wird,

zieht sich einem goldenen Faden gleich durch das mit Gründlichkeit und feinem historischen Blick ausgeführte Gewebe der Argumentation und hebt das farbenfrische Gemälde, welches der Verfasser von dem ächten ursprünglichen heiligen Choralgesang entwirft, in wahrhaft gelungener Weise hervor. Der Leser wird unwillkürlich in schönere blühendere Zeiten der Kirche versetzt, in denen eine unerbittlich strenge Disciplin wie ein Cherub mit dem Flammenschwert an der Tempelpforte Wache hält und das Gotteshaus vor Kunstprofanationen schirmt.

Wir glauben den Lesern dieser Blätter einen Dienst zu erweisen, wenn wir Zweck und Inhalt der Schrift in flüchtigen Zügen des Nähern angeben. Die Tendenz spricht der Verfasser ziemlich erschöpfend im Schlußworte aus. Wir entnehmen ihm folgende Hauptstelle: „Dem heiligen liturgischen Gesange muß seine Bedeutung und Stellung im Culte zurückgegeben, das heilige Opfer wieder mit der glänzenden Aureole gekrönt werden und zwar von denen zunächst, in deren Hände seine Conficirung durch die heil. Weihe gelegt ist. Der Chor muß sich dem Altare wieder nahen, muß von der hehren Opferstätte, vom Priesterthum seinen Impuls erhalten, um in tausendfachem Widerhall seine Segens- und Friedensklänge hinaustertönen zu lassen in's weite Schiff der Kirche und in die Herzen der ergriffenen gläubigen Menge. Verschwinden muß jene beklagenswerthe Entfremdung, welche zwischen dem segenschaffenden Priesterthum und dem segenempfangenden Volke eingetreten und welche den Darbringer des Opfers am Altare isolirt, die Schaar der Gläubigen aber einer unwürdigen Ergötzung durch weltliche Musik überantwortet, sie für die Geheimnisse des Glaubens und der Religion abgestumpft und einem sinnlichen Schwelgen in verschwommenen religiösen Gefühlen oder einer apathischen Theilnahmlosigkeit am Gottesdienste preisgegeben hat. Aufhören muß jenes Vorrecht, so sich das Orchester im heiligen Tempel angemaßt hat, die heil. Handlung zu stören, sie durch fremde, ungebührliche Tiraden bald abzukürzen, bald hinauszudehnen, sie ihrer Einheit, Bedeutung und Würde zu entkleiden und den Diener des Altars bloßzustellen. Mit einem Worte, der Tempel muß wieder in allen seinen Theilen das werden, was er seyn soll, eine ausschließliche Stätte der Huldigung des Allerhöchsten, und diese Huldigung muß

in allen ihren Theilen wieder in der Weise dargebracht werden, wie der Herr sie durch den Mund seiner heiligen Kirche verlangt, wie sie die Väter der glaubensvollsten und liebeglühendsten Zeiten geübt und das mitbetheiligte christliche Volk als das göttliche Werkzeug seiner Erbauung und Heiligung mit unaussprechlicher Herzensfreude stets begrüßt hat" (S. 170).

Augenscheinlich handelt es sich hier nicht um eines jener zahlreich existirenden Handbücher, welche lediglich die praktische Anleitung zum Choralgesang bezwecken. Mit der bescheidenen Absicht, „altehrwürdige, in Vergessenheit gerathene Auffassungen und Regeln zu constatiren, nicht aber neue Principien zu schaffen", führt der gelehrte Mönch den Leser in eine ganz neue Welt von Anschauungen ein. Er versteht es, seinem Gegenstande Seiten abzugewinnen, die sich lange und allgemein der Beachtung entzogen, und neben der musikalischen namentlich die historische, ascetische und praktisch-religiöse Bedeutung des Chorals so überzeugend nachzuweisen, daß man die vorliegende literarische Erscheinung als eine tiefbedeutsame nicht nur für den Kirchengesang, sondern für das kirchliche Leben überhaupt bezeichnen darf.

Im ersten Abschnitte der Schrift forscht der Verfasser nach dem Grunde der herrschend gewordenen Apathie gegen den gregorianischen Gesang und findet ihn „einerseits in dem mangelhaften Vortrage desselben, andererseits in dem irregeleiteten Geschmack der letzten Jahrhunderte." Ihm ist der richtige Vortrag des Chorals zu allernächst bedingt von der „rechten Erfassung seiner Bedeutung im christlichen Culte und seines Zusammenhanges mit der Liturgie." Hiermit entzieht sich der Choral dem gewöhnlichen, bloß musikalischen Standpunkte und ist, wie es seiner Bestimmung und Stellung zum Opfer, seinem Inhalt und universellen Gebetscharakter angemessen, den geweihten Händen des Priesterthums überwiesen. Die hierauf bezügliche, den zweiten Abschnitt ausfüllende Erörterung bildet gleichsam das Präludium zu dem Corpus der Abhandlung. Letztere eröffnet ein meisterhaft gezeichnetes Bild des großen Altardramas, des heil. liturgischen Opfers, „bei dessen Vollziehung der Choralgesang das belebende Wort, bei dessen Zuwendung er die verständigende Sprache zwischen Gott und seinem Volke, zwischen dem Volke und seinem Gotte ist." Da aber das Opfer des Altars

nicht „ein unvermittelter, isolirter Glühpunkt im christlichen Cultus“ ist, „seine Licht- und Gluthströme sich vielmehr wie die Strahlen der Sonne über den ganzen Kreis des katholischen Kirchenjahres ergießen“, so erweitert sich auch mit dem Kreise der Liturgie das Feld und wächst die Bedeutung und Tragweite des gregorianischen Gesanges, eine Auffassung, die, wie der Verfasser mit Recht klagt, überall da arg verkannt ist, „wo der Gesang, anstatt die heilige Handlung des Altares Schritt für Schritt zu begleiten, sich von ihr absondert, um entweder als selbstständiges und so durchaus unberechtigtes Element Priester und Altar unwürdig zu dominiren, oder aber, vom Altare verlassen und sich selbst preisgegeben, elendiglich zu verkümmern.“ — Nachdem der liturgische Choral dann im vierten Abschnitt nach Inhalt und Sprache das Siegel der positiven göttlichen Sanktion empfangen, kennzeichnet ihn die folgende Untersuchung in weiterer doppelter Beziehung, „einerseits als das allgemeine öffentliche Gebet des christlichen Volkes, andererseits als die officielle, dem Schöpfer vom Geschöpf dargebrachte Huldigung.“ Jenes wird durch eine höchst treffende Stelle aus Gueranger's liturgischem Jahre belegt, dieses aus dem übernatürlichen Standpunkte des Christen als Pflicht deducirt.

Unde regeneratio? frägt der Verfasser im sechsten Abschnitt. Er hofft und erwartet die als nothwendig erkannte Wiederherstellung des Chorals nicht von den weltlichen Musikern, da „der Choral vor Allem eine Frage der Liturgie, keineswegs eine bloße Frage der Musik“ ist, sondern von der Kirche unter den Auspicien ihrer Hirten. Er stellt unter die berufenen Pfleger desselben in erster Reihe die Klöster, demnächst die Seminarien und klerikalen Bildungsanstalten. Wir können uns nicht versagen, einen überaus beherzigenswerthen, den Klerus berührenden Passus hier wiederzugeben: „Die heilige Liturgie ist das edle, gesegnete Feld, auf dem der Priester den himmlischen Belehrungsstoff sammelt, um dem christlichen Volke Interesse und Freude an den Sakramenten und Gnadenmitteln, den von der Liturgie umhüllten Edelkernen, beizubringen. Wie fruchtreich, wie ergiebig und Gott wohlgefällig würde das seelsorgliche Wirken, wenn es wieder aus der reichen, gottgesegneten Fülle der Liturgie, dieser Fundgrube der Heiligkeit, schöpfte, wenn der christliche Unterricht wieder gleichsam mehr vom

Altare, als von der Kanzel ausginge, wenn die Blicke sich wieder mehr frommgläubig zur heiligen Opferstätte, als grübelnd und zweifelnd auf den Predigtstuhl richteten, wenn die Uebung mit der Lehre vollständig Hand in Hand ginge und der Altar auf der Kanzel seine commentirende Erläuterung, die Kanzel am Altare ihre praktische Erfüllung fände"! (S. 53).

Ein ästhetisch wissenschaftlicher Excurs trägt im achten Abschnitte dem künstlerischen Werthe des gregorianischen Chorals in geistreicher und umfassender Weise die gebührende Rechnung. So gerüstet unternimmt es dann endlich der Verfasser, auf Grund einer tiefgreifenden Scheidung des gesammten Gebiets der Tonkunst in Natur- und Kunstmusik, wovon erstere auf natürlichen, letztere auf conventionellen Gesetzen basirt, die Kriterien der richtigen Ausführung des Choralgesangs logisch zu entwickeln. Die einschlägige durch treffende Analogien und Parallelen erläuterte, durch Schärfe und Sicherheit des Urtheils sich auszeichnende Erörterung löst mit überzeugender Klarheit die auf kirchenmusikalischem Gebiete bislang herrschende Verwirrung und weist in gerechter Würdigung der profanen wie der heiligen Musik beiden die angemessene Stelle und Competenz zu. Schließlich erhält der Choral (dieses „liturgische Gebet der Kirche mit oratorischem Rhythmus und diatonischer Modulation") in den drei letzten Abschnitten die Begründung der Gesetze, welche nach den Principien des Verfassers den Rhythmus, die Tonalität und die Tonarten des gregorianischen Gesanges normiren.

Wir haben in Kürze den Gedankengang des besprochenen Büchleins gezeichnet und den Eindruck wiederzugeben versucht, welchen die Lesung desselben in uns zurückgelassen hat. Die Andeutungen werden genügen, um dasselbe Allen, die ein Interesse nehmen an der Verherrlichung des christlichen Cultus, in hohem Grade werth und willkommen zu machen. Insbesondere dürfte es den berufenen Pflegern des heiligen Gottesdienstes und Gesanges — namentlich den Priestern, Klostergeistlichen und gebildeten Choralsängern — fruchtbar anregende Winke geben und Ideen vor ihnen enthüllen, die mit der Zeit nothwendig einen ungeahnten Umschwung im Reiche der heiligen Tonkunst herbeiführen müssen.

XLVIII.

Katholischer Broschürenverein.

Der Frankfurter Broschürenverein, den wir früher in unsern Blättern empfohlen, steht nunmehr am Schlusse seines ersten Jahrganges und hat folgende zehn Schriftchen geliefert: 1) und 2) Dr. Joh. Friedrich, Johann Hus. Ein Lebensbild. Erste und zweite Abtheilung. 3) Prof. Dr. Hergenröther, Die französisch-sardinische Uebereinkunft vom 15. Sept. 1864. 4) Prof. Dr. Joh. Janssen, Rußland und Polen vor hundert Jahren. 5) Dr. Chr. Herm. Vosen, Galileo Galilei und die römische Verurtheilung des kopernikanischen Systems. 6) Jos. M. Hägele, Der moderne Fortschritt und die arbeitenden Klassen. 7) Dr. Aug. Reichensperger, Die Kunst, Jedermanns Sache. 8) Dr. Joh. Janssen, Gustav Adolf in Deutschland. 9) Dr. Haffner, Der moderne Materialismus. 10) Dr. Joh. Jos. Roßbach, Industrie und Christenthum.

Die Broschüren sind fast ohne Ausnahme von der Presse günstig aufgenommen worden und mehrere derselben, wie Nr. 4, 7 und 8, sind in's Französische und Englische übersetzt. Nach dem Berichte des Comité's zählt der Verein gegenwärtig über 27,000 Abonnenten. Indem wir das zeitgemäße Unternehmen nochmals warm empfehlen, bemerken wir, daß alle Buchhandlungen (der Subscriptionspreis für zehn Broschüren à 1½ bis 2 Bogen beträgt nur 36 Kreuzer) Bestellungen annehmen und auch die Post die Broschüren wie Zeitungen versendet.

XLIX.

Politische Gedanken vom Oberrhein.

Der heutige Liberalismus zunächst im südwestlichen Deutschland.

VI. Die Liberalen während der Reaktion. Ihre Haltung in der deutschen Frage. Stand der Partei im Anfang des Jahres 1859.

Die Periode der Reaktion, welche nach Besiegung der revolutionären Bewegung nothwendig eintreten mußte, wurde schon früher in diesen Blättern besprochen, es wurde die Aufgabe derselben bezeichnet und die Art, auf welche die Lösung gesucht worden ist*). Gegenwärtige Betrachtungen wollen nicht den Verlauf dieser Periode, sondern in derselben nur die Stellung und das Verhalten der Liberalen bezeichnen.

Bekanntlich ist eine Gewalt nie mächtiger, als wenn sie einen Widerstand überwunden oder eine Auflehnung besiegt hat. Die süddeutschen Staaten waren in dieser günstigen Lage; sie konnten ohne Schwierigkeit jede gedeihliche Maßregel ausführen und die bitteren Erfahrungen sollten sie belehrt haben über das, was ihnen jetzt zur Aufgabe gestellt war. Jetzt konnten und sollten sie die Freunde der wahren

---

*) Die „Aufgabe der Reaktion" und das „Interregnum der Reaktion", Histor.-polit. Blätter Bd. 40 S. 925 ff. und Bd. 41 S. 71 ff.

Freiheit aufsuchen; sie sollten die erhaltenden Elemente in Gruppen versammeln; sie sollten die Unzahl der Gesetze mindern und die Gesetzgebung einfacher machen; sie sollten Anstalten schaffen, welche selbst berechtiget für die Erhaltung des Rechtsstandes einstehen. Die deutschen Regierungen sollten jetzt den christlichen Kirchen die nothwendige Selbstständigkeit gewähren; sie sollten in dem weiten Raum der Gesetze dem Bürger seine freie Bewegung gestatten, aber sie sollten die Grenzen des Bewegungs-Raumes gehörig bewachen; die deutschen Staaten sollten eine wahre und rechte Theilnahme des Volkes an den öffentlichen Angelegenheiten hervorrufen; sie sollten die Möglichkeit schaffen, daß der wahre Wille des Volkes sich ausspreche — sie sollten aus den gegebenen Verhältnissen den Rechtsstaat entwickeln.

In allen Ländern, selbst in dem Großherzogthum Baden, war man zur Einsicht gekommen, daß die Verheerungen so groß nicht gewesen waren als sie zuerst erschienen, und es zeigte sich, daß die Bewegung nur von einem verhältnißmäßig kleinen Theil der Bevölkerung gemacht, daß die träge Masse, keinen Widerstand versuchend, nur schwer und nur theilweise fortgezogen worden war. Die Revolution hatte nicht in dem Sinne des Volkes gelegen und dieses wollte nur Ruhe und Ordnung, es wollte gesichert seyn gegen Störungen seines Lebens. Die höheren Schichten der Gesellschaft lebten lange Zeit in lächerlicher Angst; sie fürchteten sich vor jeglicher Bewegung und ganz gewöhnliche Dinge machten sie schaudern; sie waren wie die Kinder, welche nach einer großen Feuersbrunst vor dem Anzünden eines Schwefelhölzleins erschrecken. In dem Großherzogthum Baden hatten die Ereignisse der Sturmjahre den Charakter und das Ziel der Bewegung klarer und schroffer als in irgend einem andern Lande herausgestellt, und deßhalb war dort ein wahrer Fanatismus für die Erhaltung „der Ruhe und Ordnung". In solchen Zuständen war jede Maßnahme genehm, welche die Erhaltung des innern Friedens zu sichern oder zu fördern versprach;

aber noch unter dem Druck des Kriegsstandes fühlten die Leute, daß die rechte Ordnung nicht geschaffen und nicht sicher gestellt werden könne durch das bloße Polizeiregiment.

Man sah eine Hauptursache des erlittenen Unglückes in einer sittlichen Verkommenheit, man gestand sich zu, daß diese aus dem Mangel religiöser Empfindung hervorgegangen sei, und so war es die allgemeine Meinung, daß man den Einfluß der Religion wieder heben und stärken müsse. Die Wohlhabenden meinten, die Religion müsse ihre Güter, ihre Kassen und ihre Papiere schützen, und die Staatsdiener glaubten, diese könne ihre Stellung und ihre Besoldung sicher stellen.

In das Großherzogthum Baden waren seine Liberalen in dem Troß des preußischen Heeres zurückgekommen und sie nahmen dort schnell ihre früheren Stellungen wieder ein. Sie, deren Haltung den Umsturz wenn nicht herbeigeführt, doch möglich gemacht hatte, sie hielten eine Versammlung in Heidelberg, und aus dieser erließen sie eine Erklärung, in welcher sie der Regierung ihre Unterstützung versprachen. Die badische Regierung nahm dieses Versprechen an, und sie erneuerte nicht die Vertretung; sie löste nicht die Kammern auf, sondern sie rief die alten wieder ein und diese, dieselben die sie gewesen, tagten nun in dem Schatten der preußischen Bajonnette. Auch in andern Ländern traten die Liberalen wieder in ihre frühere Stellung; auch in andern Ländern waren die Volksvertretungen wieder dieselben die sie gewesen und diese liberalen Volksvertretungen wurden die — Stützen der Reaktion.

Wenn wir auch jetzt wieder vor allen anderen Staaten das Großherzogthum Baden vorführen, so thun wir es nur, weil hier scharf und grell hervortrat, was sonst überall in minder bestimmten Umrissen und in milderen Farben erschien.

Auf dem ganzen europäischen Continent ist vielleicht kein Land so sehr mit Gesetzen, mit Aenderungen der Gesetze und mit Aenderung der Aenderungen gesegnet wie das Großherzogthum Baden. Um diese überreiche Gesetzgebung einfacher

und dem Geist des Volkes mehr entsprechend zu bilden, dazu wäre allerdings viel Zeit und große Arbeit nöthig gewesen; aber nicht die Regierung und nicht die Kammern thaten auch nur einen Schritt, um solche Arbeit vorzubereiten, und kein Zeichen stellte dieselbe in Aussicht. Allerdings mußte die Regierung und mußten die Kammern zuerst darauf denken, gesetzliche Bestimmungen zu ändern, welche, in dem Sturm der Bewegung gegeben, den Gang eines ruhigen Staatslebens stören mußten, und man muß deßhalb manche Beschlüsse billigen, die ohne genauere Kenntniß der Dinge allerdings auffallend erschienen. Wenn nun die liberalen Abgeordneten den Anträgen zu solchen Aenderungen nicht ihre Zustimmung versagten, so haben sie nur gethan was sie mußten; aber sie haben Gesetzesbestimmungen gestrichen oder geändert, welche dem freien Rechtsstaate wohl paßten, aber nicht den Absichten ihrer Partei.

Die Liberalen hatten erfahren, daß der Volkswille sich gegen sie aussprechen könne; sie mußten das unmöglich machen und darum haben sie die wichtigsten Gewähren einer wahren Volksfreiheit verstümmelt. Sie haben in dem neuen Gemeindegesetz (25. April 1851) Vertretungen eingeführt; sie haben Ausschüsse an die Stelle der Bürgerversammlungen gesetzt; sie haben die Zeitdauer der Gemeindeämter verlängert und durch mancherlei Bestimmungen die Gemeinden wieder in größere Abhängigkeit unter die Staatsbehörden gestellt. War in dem früheren Gemeindegesetz (31. Dezember 1831) wohl auch das demokratische Princip sichtbar, so war dieß durch die Natur der Sache gerechtfertiget und es hatte bisher nur den einzigen Uebelstand gezeigt, daß sich der Wille der Bürger frei aussprechen konnte, auch wenn er mit den Absichten der Liberalen nicht im Einklange stund. Bei dem Beginne der Stürme des Jahres 1848 wurde die unbeschränkte Freiheit der Vereine und der Versammlungen ohne jegliche nähere Bestimmung gewährt, und sie wurde von der Revolution und für die Revolution mißbraucht. In dem J. 1851 haben die

badischen Kammern ein neues Gesetz über Vereine und Versammlungen (14. Februar 1851) beschlossen. Wenn dieses Gesetz der Staatsgewalt ein Eingreifen möglich macht, wo Gefahr ist, so kann man solches nicht tadeln; aber billigen kann man nicht die Bestimmungen, welche einerseits die Freiheit der Vereine und der Versammlungen aussprechen, und andererseits der Willkür einen großen Spielraum gewährend, die Organe der Staatsgewalt in den Stand setzen hier Versammlungen zu hindern und Vereine zu unterdrücken und dort beide zu begünstigen und zu unterstützen. Daß die zügellose Frechheit der Presse unterdrückt werden mußte, das bedarf keiner besonderen Begründung. Wir anerkennen vollkommen die Nothwendigkeit, daß die Staatsgewalt in den Stand gesetzt werde, die Vergehen der Presse zu verfolgen; wir sind auch gar nicht geneigt, eine vernünftige Strenge der Repressivmaßregeln zu tadeln; aber loben können wir nicht ein Gesetz, in welchem einzelne oft unscheinbare Bestimmungen die Mittel geben, um zu unterdrücken was mißliebig, und zu fördern was genehm ist. Ein solches Gesetz (15. Februar 1851) aber hat die liberale Kammer in Baden gegeben.

Verdient, so frägt man, die badische Regierung und verdienen die Kammern nicht Anerkennung dafür, daß sie in der ersten Zeit einer nothwendigen Reaktion Gesetze erließen, welche die Ausübung wichtiger Volksfreiheiten gewährten? Wir anerkennen gerne ein solches Verdienst; wir glauben auch, daß es damals schwierig gewesen wäre diesen Freiheiten eine noch freiere Ausübung zu gestatten; aber wir fragen, wäre es nicht besser gewesen, die Bevölkerung an eine feste unverrückbare Ordnung vorerst wieder zu gewöhnen und dadurch die Wühler von der Unmöglichkeit eines Erfolges zu überzeugen? Wäre es nicht besser gewesen, die vollkommene Befestigung der Ordnung abzuwarten, dann den nöthigen Druck aufzuheben, in dem regelmäßigen Gang der Dinge eine neue Vertretung zu berufen, mit dieser die Freiheiten und die Rechte des Volkes genügend festzustellen und ehrlich „die Verfassung zur Wahr-

heit zu machen"? Sicherlich hätte ein solches Verfahren alle Verhältnisse früher in ihre rechte Bahn gebracht und der Ausnahmsstand hätte nicht beinahe vier Jahre gewährt.

In andern Ländern, z. B. in der Rheinpfalz, hatte der Kriegsstand lange genug, aber doch nicht so lang wie in Baden gewährt, wo das liberale Ministerium denselben nach jedem Vierteljahr für die drei folgenden Monate verlängerte. Die badischen Kammern, wenn sie gerade versammelt waren, beschlossen diese Verlängerung ohne sonderlichen Widerstand und sie genehmigten die Verlängerung desselben nachträglich, wenn beim Ausgang eines Termines die Stände nicht getagt hatten. Die preußischen Truppen verließen das Land im Monat Dezember 1850; aber der Kriegsstand, jetzt von badischen Truppen vollzogen, wurde immer noch festgehalten. Als im Sommer 1852 die Regierung wieder eine neue Frist verlangte, so widerstunden der Forderung sowohl bekannte Liberale, als andere Abgeordnete welche zu der Partei nicht gehörten. Den Letztern allein war es Ernst mit ihrem Widerstande, aber das Ministerium hatte gedroht aus der Sache eine Kabinetsfrage zu machen, und der Ausnahmsstand wurde wieder verlängert. Die ausländische Presse beurtheilte diese Haltung der Regierung und der Kammern, wie sie es verdiente, und nach kurzer Zeit erfolgte eine formelle Aufhebung des Kriegsstandes, aber mit dieser die Verordnung vom 24. Juli 1852, welche das Ausnahmsgesetz vom 5. Februar 1851 über Sicherung der öffentlichen Ruhe aufrecht hielt und noch schlimmer war als der Ausnahmsstand, weil sie Kraft haben sollte für immer*).

*) Der Verfasser könnte über die Aufnahme des Kriegszustandes in Baden mancherlei erzählen, aber er will nun einmal lebende Personen nicht nennen. Die angeführte Verordnung vom 24. Juli 1852 wurde vom Volke nur das „Freischärlergesetz" geheißen und sie wird jetzt noch so genannt. Die Allgemeine Zeitung besonders hat sich damals über die immerwährende Verlängerung des Kriegsstandes in Baden sehr eingehend ausgesprochen.

In Deutschland waren die Gemüther beruhiget und die Liberalen hätten ihr altes Spiel wieder vollkommen in Gang setzen können, wenn nicht eine neue Angst die Behaglichkeit gestört hätte. In Frankreich waren die Dinge noch immer nicht zu einem haltbaren Zustande gediehen; die Gewalt des Präsidenten war mindestens eine sehr beschränkte und kein Verhältniß gesichert; die Parteien standen kampfbereit gegeneinander, Alles war unberechenbaren Zufällen anheim gestellt. Die große Mehrheit der Nation und besonders das Heer waren in hohem Grad unzufrieden; eine große Katastrophe war nothwendig geworden und nach aller Wahrscheinlichkeit mußte diese die äußerste, vielleicht die sociale Republik den Franzosen bringen. Die Furcht vor dem „rothen Gespenst" wurde künstlich gesteigert, sie ergriff die Bourgeoisie und sie verbreitete sich in Deutschland. In dieser Furcht hatten auch die Liberalen über den Staatsstreich vom 2. Dezember 1851 gejubelt und später hatten die Radikalen, von dem Trugspiel der allgemeinen Abstimmung gewonnen, sich mit dem Kaiserthum ausgesöhnt Wenn das französische Kaiserthum auch sogleich als ein ächt napoleonisches Regiment erschien, so betrachtete eine große Masse der Radikalen es doch für ein Regiment in ihrem Sinn, denn es hatte ja die Souverainität des Volkes anerkannt; es hatte den Willen des Volkes über Gesetz und Verträge und über jedes Recht gestellt. Der Imperator war der Mandatar des souverainen Volkes, sein Wille war des Volkes Wille. So sehr der Staatsstreich den Liberalen willkommen gewesen, so sehr waren sie dem Kaiserthum abgeneigt; aber weder in der Neigung noch in der Abneigung erschien die Achtung für die Idee des Rechtes. Bei dem Staatsstreich übersahen sie gänzlich, daß er eben doch der gewaltsame Bruch einer feierlich beschworenen Verfassung gewesen, und in ihren Ausfällen gegen das Kaiserthum hoben sie niemals hervor, daß die Mächte in einem feierlichen Vertrag (20. November 1815) die Familie Bonaparte von der höchsten Gewalt in Frankreich ausgeschlossen hatten, und daß

sie jetzt mit der Anerkennung des Kaiserthumes die Grundsätze der Revolution anerkannten. Das System der Partei gestattet keine unmittelbare Theilnahme des Volkes; die allgemeine Abstimmung in Frankreich mußte ihr sehr unangenehm seyn, und dennoch hat sie niemals sich gegen diese erklärt. Dachten schon damals die Liberalen daran, sich wieder gut mit den Fortschrittsmännern zu stellen?

In den südwestdeutschen Landen war der Eifer für die Hebung des religiösen Wesens erkaltet, sobald man an die allgemeine Sicherheit glaubte. Die Liberalen erlaubten sich jetzt noch keine offenen Feindseligkeiten gegen die Kirche; wenn kirchliche Dinge in den Kammern zur Sprache kamen, so wurden die Berathungen nicht unanständig geführt; aber niemals haben sie oder haben die Regierungen einen Schritt gethan, um den Kirchen mit der rechtlichen Selbstständigkeit eine erfolgreiche Thätigkeit zu gewähren.

In dem Großherzogthum Baden entstund der erste Conflikt mit der katholischen Kirche wegen der kirchlichen Trauerfeier für den verstorbenen Großherzog Leopold. Dieser Streit, welcher die Gefühle vieler Menschen wirklich verletzte, war auf keiner Seite aus bösem Willen oder aus einer feindseligen Gesinnung, er war aus der Unkenntniß des damaligen Ministers des Innern bezüglich der Grundsätze und des Wesens des katholischen Cultus entstanden, aber er hatte immer seine gewichtigen Folgen. Die Gewalthandlungen vieler Beamten zeigten, wie gern sie gegen die Kirche verfuhren. Die Geistlichen hatten un[illegible] staatlichen Kirchenregiment den Bischof vergessen; [illegible] sie, daß ein solcher noch vorhanden war; [illegible] aber machte die wiederholte Erfahrung, [illegible]
eine gewisse Gewalt an[illegible]
Denkschrift der fünf B[illegible]
provinz war seit Jahren [illegible]
geben, aber noch hatte [illegible]
im März 1853 erschienen, [illegible]

Diöcesen in diese Kirchenprovinz gehören, die gleichlautenden Verordnungen, welche früher vielleicht hätten durchgeführt werden können, welche jetzt aber, nach dem J. 1849, wie ein Hohn auf die gerechten Forderungen der Katholiken erschienen. Die Conferenz der Bischöfe, abgehalten zu Freiburg, erließ eine zweite Denkschrift, welche ihre Forderungen noch weiter begründete; die Märzverordnungen wurden in keinem Staate vollzogen, in Baden aber erschienen im Oktober des Jahres 1853 die monströsen Erlasse, welche die kirchliche Autorität unter die unmittelbare Aufsicht eines Ortsbeamten und unter dessen Gutheißen alle Amtshandlungen des Erzbischofs stellte. So entstund jener Kirchenstreit, welcher das ganze Land in Aufregung brachte, welcher gar viele Verhältnisse störte, welcher mit einer brutalen Verhaftung des Erzbischofs seinen Höhepunkt erreichte und in der Verhandlung einer Convention mit dem päpstlichen Stuhle nicht sein Ende fand, sondern nur einen Stillstand. Die liberalen Kammern genehmigten diese Unterhandlungen durch unzweideutige Aeußerungen.

Während der Dauer des Kriegsstandes wurde die staatliche Willkür und Gewalt von den Beamten nur mittelbar ausgeübt und sie waren verdrießlich darüber, daß sie zu den Gewalthandlungen der Militärkommandanten auffordern mußten. Als aber der Kriegsstand aufgehoben war, so legte die erwähnte Verordnung vom 24. Juli 1852 die unmittelbare Ausübung der Gewalt wieder in ihre Hände, und in den Wirren des Kirchenstreites gebrauchten sie diese Gewalt in unerhörter Ausdehnung. Denunciationen, Haussuchungen, Ueberwachungen des Verkehres zwischen ehrenhaften Privatpersonen und alle denkbaren Quälereien einer unbeschränkten und rücksichtslosen Polizei waren die Tagesordnung; Priester, welche die Befehle ihres Vorgesetzten vollzogen, wurden um Geld gestraft oder in's Gefängniß gesetzt und Laien welche, ihrer Kirche ergeben, kein Gesetz verletzten und niemals sich dem Ansehen der staatlichen Behörden widersetzten, wurden um ihrer Gesinnung willen beobachtet, verdächtiget, gequält und, wenn es ja anging, auch mit Strafen bedacht.

In dem benachbarten Frankreich war die Macht der liberalen Bourgeoisie vollkommen gebrochen; der Imperator herrschte mit unumschränkter Gewalt. Dieser behandelte die Kirche mit Ehrfurcht und die Geistlichkeit mit unverhohlener Rücksicht. Eine Verfolgung der katholischen Kirche lag nicht in dem Sinn der Franzosen; vielmehr tadelten diese scharf und herb das Verfahren der kleinen badischen Regierung. Die Zustände und die Gesinnungen in dem nächsten Nachbarland bestärkten die deutschen Liberalen in ihrem System der Zurückhaltung, und sie traten in dem badischen Kirchenstreite nicht angriffsweise voran; aber sie tadelten das Verfahren der „reaktionären" Regierung nicht, weil es zu gewaltsam, sondern weil es ihnen zu wenig „energisch" erschien. Die Liberalen wollten immer für die Wächter des Rechts und der Freiheit gelten; und doch hatten sie kein Wort, keinen Laut für die Wahrung dieser Güter und sie ließen die Willkür gewähren. Eine einzige Erklärung von den Führern der Partei, und die Beamten wären vorsichtig geworden, auch wenn das Ministerium ihnen ein milderes und anständigeres Benehmen nicht befohlen hätte. Daß die Partei sich nicht gegen die Polizeiwirthschaft erhob, daß sie für Diejenigen, welche um ihrer Gesinnung willen gemaßregelt wurden, auch nicht ein Wort hatte — das zeigt um so mehr ihren Mangel an Rechtssinn und ihren Haß, als sie gerade dem damaligen Minister reaktionäre Absichten zuschrieb, und vielleicht nicht mit Unrecht.

Als die staatliche Ordnung befestigt erschien, da erlangten die materiellen Interessen wieder ihre Gewalt. In allen Ländern entstunden neue industrielle Unternehmungen, die Eisenbahnen wurden ausgebaut und der Verkehr dehnte sich aus zu immer größeren Verhältnissen. Der Krimkrieg brachte sehr viel französisches Geld in die südwestdeutschen Lande; die Stockungen in dem großen Handel gingen sehr schnell vorüber und ihnen folgte eine desto größere Lebendigkeit des Verkehres. Die Liberalen gaben sich den Schein, daß sie ihre Kräfte jetzt

hauptsächlich nur der Förderung nützlicher und gemeinnütziger Unternehmungen widmeten; dadurch bemächtigten sie sich wieder der materiellen Interessen und viele Leute, welche Vermögen besaßen und viele, welche solches erwerben wollten, wendeten sich zu ihnen. Die Liberalen gewannen dadurch einen vortheilhaften Hebel für ihr künftiges Wirken; aber der Zuwachs an ganz neuen Kräften schuf in der Partei jetzt mehr als früher einen vorherrschenden Einfluß des Reichthums, und die kräftigsten Glieder konnten sich dieses Einflusses nicht ferner erwehren. Der bewegliche Reichthum erschuf nicht, aber er handhabte und gebrauchte die Eintheilung der Bürger in Steuerklassen zu seinem Zweck. In größerem Verhältniß benützte die preußische Wahlordnung diese Eintheilung, um dem Vermögen eine fast lächerliche Bevorzugung in der Ausübung politischer Rechte zu verschaffen. Solche entstund thatsächlich in den kleineren Staaten, aber mehr oder weniger offen erschien sie in den Verhältnissen der Gemeinden. Die Bedeutung eines Bürgers wurde bald nur nach der Größe seines wahren oder scheinbaren Vermögens gemessen; die Angelegenheiten kamen in die Hände der Vermöglichen, und damit kamen die Gemeinden selbst mehr oder weniger in die Gewalt der liberalen Partei. Wenige Jahre nach der Zeit der Stürme waren in dem südwestlichen Deutschland die Gemeinden der Städte, der großen und der kleinen, wieder vollkommen in den Händen der liberalen Partei, die Landgemeinden wurden unter strenger Vormundschaft gehalten von den Beamten, welche aus Neigung oder aus Berechnung der Partei dienten, und die Regierungen konnten oder wollten dem Uebel nicht steuern.

Die Thätigkeit der liberalen Partei trat offen hervor in der Auffassung der sog. deutschen Frage. Ihr Hauptwerk aus der Paulskirche, das preußische Kaiserthum, war zurückgesunken in das Reich früherer Träume; die Versammlung in Erfurt hatte kläglich geendet; die Olmützer Vereinbarungen hatten den Bund wieder hergestellt und der Bundes-

tag zeigte auch jetzt wieder die klägliche Zerrissenheit der Deutschen. Die Weltlage war schwierig und drohend; der französische Imperator hatte, wenn auch seine Herrschaft, doch nicht seine Dynastie beseitiget; er mußte eine That thun, welche ihm das Heer gewann; er mußte einen großen Schlag führen, um die Franzosen wieder durch einigen Ruhm zu berauschen. Und dieser Schlag konnte gegen Deutschland geführt werden; denn wie sehr auch die besitzenden Klassen und wie sehr der größere Gewerbsstand einem Eroberungskrieg auch abhold seyn mochten — die Wiedererwerbung der Rheingränze war immer noch eine nationale Idee der Franzosen. Deutschland geeiniget ist unüberwindlich: Deutschland in seiner Spaltung ist schwach. Daß dieses aber stark und mächtig werde, daß die Stämme sich einigen, daß die Bundesstaaten zu einer Macht sich gestalten: das war der dringende Wunsch eines jeden Deutschen, welcher sein Vaterland liebte und welcher ein Gefühl hatte für die Ehre seiner Nation.

Die Art dieser Einigung der deutschen Stämme war der Gegenstand der Frage, welche mehrere Jahre lang die politischen Köpfe beschäftiget und alle Schichten der Völker in Aufregung versetzt hat. Eine preußische Hegemonie war der Gedanke, welcher in den südwestdeutschen Landen vorzüglich von den Protestanten aufgefaßt, in die obern und mittleren Schichten der Gesellschaft einging und welcher folgerichtig von einem großen Theil der liberalen Partei aufgenommen und von diesem besonders in den Städten verbreitet worden ist. War Preußen doch ein constitutioneller Staat geworden und konnten die Professoren wie die andern Häupter und Redner der Liberalen doch hoffen, in den Kammern eines groß gewordenen Preußens ihre Rollen zu spielen oder hohe Aemter und Würden in der Regierung des „Bundesstaates" zu erhalten, und dennoch die inneren Angelegenheiten ihrer betreffenden Länder zu leiten. Viele Männer der liberalen Richtung jedoch waren der preußischen Hegemonie mit aller
iedenheit abhold; die ehrlichen und verständigen wollten

nicht Oesterreich mit seiner Macht, mit seinen Hülfsmitteln und seinen Interessen von Deutschland entfernen, sie wollten nicht die Geschichte verläugnen und ihr Vaterland unmächtiger sehen, als mit dem thatunfähigen Bunde. Die Eigennützigen und Schlauen aber fühlten wohl, daß sie etwas bedeuten und Einfluß ausüben konnten nur in ihren kleinen Verhältnissen, daß sie aber unbemerkt verschwinden müßten in großen. Diese Liberalen und jene erkannten recht gut, daß unter der „preußischen Führung" die Souverainitäten nicht ferner bestehen könnten und gerade diese, meinten sie, sollte jegliche Gestaltung conserviren. In dem südwestlichen Deutschland war die große Masse des Volkes keineswegs für die Souverainitäten der mittleren und der kleinen Staaten begeistert, aber die Mehrheit aller Klassen war entschieden gegen die preußische Führung und darin mag eine weitere Ursache gelegen haben. Die gemäßigten Liberalen wollten sich für diese Anordnung nicht aussprechen, weil sie nicht gelten wollten als Solche, welche an der Zerreißung des Vaterlandes arbeiten.

Der allbekannten Volksmeinung gegenüber stund die liberale Partei in dem Großherzogthum Baden. Die Heidelberger Professoren, welchen die Freiburger nachbeteten, waren jetzt die Führer dieser Partei; es waren dieselben, welche vor dem Jahre 1848 die Herrschaft geführt und so kläglich geendiget hatten. Das Großherzogthum Baden war ausersehen zu der ersten Erwerbung der preußischen Oberherrschaft und zu dem festen Punkte, von welchem die Angriffe auf das übrige Deutschland ausgehen sollten. Sollten diese Angriffe auch mit den Waffen ausgeführt werden müssen — die Gothaer scheuten nicht den inneren Krieg. In dem Großherzogthum Baden war der Kern, um welchen die „Kleindeutschen" aller anderen Länder sich schaarten. Die Partei der Gothaer erschien viel größer, als sie wirklich gewesen, denn sie machte in allen Gegenden entsetzlichen Lärm. Nach ihrer Art gebrauchte sie alle die bekannten Mittel der Verläumdung und der Lüge; sie verdrehte die Thatsachen; sie

fälschte die Geschichte; für die Gegenwart wie die vergangene Zeit erfand sie Verhältnisse und Beziehungen, die in Wirklichkeit niemals bestunden, und um eine billige Beurtheilung Oesterreichs zu verhindern und den Haß besonders der Protestanten aufzuregen, erhob sie den Lärm über das Concordat. Die Häupter der Partei, wie erwähnt, saßen in Heidelberg und von dort aus brachten sie die unpraktische Einseitigkeit doktrinärer Professoren in die große Angelegenheit der Nation. Sie schufen und unterhielten bei ihren Anhängern eine fast unglaubliche Verblendung und sie verwirrten die an sich schon verwickelte Sache in einen Knäuel, welchen am Ende nur die Schärfe des Schwertes hätte durchhauen müssen. Das unsinnige Treiben der Gothaer entfernte sie immer mehr von dem Volke; der Verdacht gewisser Verbindungen und Ränke nahm ihnen den letzten Rest von der Achtung ehrbarer Leute; die preußische Regierung wollte nicht sich den unberechenbaren Wechselfällen unvermeidlicher Ereignisse aussetzen und auch die neue Aera in Preußen wollte nichts zu schaffen haben mit der gewissenlosen Partei.

Es sei uns gestattet einen kurzen Rückblick auf das Verhalten der Liberalen in den großen europäischen Fragen zu werfen. Durch den Krieg gegen Rußland wollte der Imperator die europäische Allianz (vom 20. November 1815) brechen. Ungeachtet der Bestimmungen jener Akte hatten die Mächte den Imperator anerkannt, aber er wollte auch die Form des Bündnisses zerstören, sowohl weil deren Grundsätze diejenigen durch die er geworden, verdammten, als auch weil er Frankreich aus seiner Vereinzelung zu reißen und neue Gruppirungen der Mächte zu schaffen gedachte. Mit England war ihm die Einigung leicht, viel schwerer jedoch war ihm die Allianz mit Oesterreich geworden*), welche ohne irgend eine

*) Der Allianzvertrag zwischen Frankreich, England und Oesterreich wurde schon durch die früheren Conferenzprotokolle festgestellt, die fermelle Akte jedoch erst am 2. Dez. 1854 zu Wien unterzeichnet.

kriegerische Handlung Massen von Menschen kostete, welche die Staatsschuld um einige hundert Millionen vergrößerte, welche Oesterreich in übles Verhältniß zu Rußland stellte und welche Frankreich und England jenem nicht dankten. Der eingestandene Zweck des Krieges war der Bruch des übermächtigen Einflusses des Czaren in die Angelegenheiten von Mitteleuropa. Dieser Vorwand gewann der Sache gar viele verständige und ehrbare Leute. Viele andere ebenso ehrbare und verständige Männer meinten: aus der Abwickelung der Sache werde Frankreich eine übermächtige Stellung gewinnen; es werde, wenn sie gewonnen, sich Rußland wieder annähern und so erst in dem europäischen Festland eine Herrschaft herstellen, welche sich gegen Deutschland kehren müßte. Dagegen ließ sich allerdings einwenden, daß die deutschen Mächte, wenn sie selbsthandelnd in die Bewegung einträten, Herren der Lage werden und das Ende bestimmen könnten. Man konnte ferner einwenden, daß, im Sinne der früheren Verträge, vier Großmächte zusammenwirkten um die Uebergriffe der fünften in ihre Schranken zurückzudrängen. So kam es denn, daß man überall von der Wiedererwerbung der europäischen Freiheit sprach und daß man selbst den Großtürken als einen der „Schutzherren dieser Freiheit" pries und auf Bildern darstellte.

Selbstverständlich gehörten die Liberalen zu diesen Verehrern des Imperators und des Großtürken. Nach ihrer Meinung mußte Oesterreich sogleich die Waffen ergreifen; seine Heere mußten aus Galizien gegen Warschau vorrücken und Polen befreien; die Professoren machten eine Menge widersinniger Plane und sie geriethen in Zorn, als die österreichische Regierung ihrer politischen und strategischen Weisheit keine Berücksichtigung schenkte. Allerdings suchten sie eine Zeitlang auch Preußen mit dem deutschen Bund zur aktiven Theilnahme zu drängen. Denn war dieser in die Bewegung gestellt, so konnte jenem die Führerschaft nicht entgehen, und die ersehnte Hegemonie war hergestellt für alle Zeiten. Als

aber Preußen den wenig genügenden Allianzvertrag und die Militärconvention (20. April 1854) mit Oesterreich abgeschlossen, übrigens sich die „freie Hand“ bewahrt und als der Bundestag in seinem Beschluß (vom 24. Juli 1854) eigentlich nur erklärt hatte, was die Bundesakte und die Wiener Schlußakte erklären: da wurde Preußen nicht mehr berührt, Oesterreich wurde geschmäht und die „Reaktionären“ und die „Ultramontanen“ hatten verschuldet, daß Deutschland versäumt habe als solches wieder in die Reihe der Mächte zu treten.

Hatte der französische Imperator die früheren Verträge vernichtet; hatte er den europäischen Areopag auseinandergesprengt; hatte er Frankreich aus seiner Vereinzelung herausgerissen und in eine überwiegende Stellung gebracht, so wollte er nun in den internationalen Streitigkeiten als Schiedsrichter oder als mächtiger Vermittler auftreten. Er wollte mit kleinen Dingen beginnen und die Neuenburger Sache gab eine Gelegenheit, welche die Geschicklichkeit seiner Agenten herbeigeführt hatte. Das Verfahren der Schweizer in dieser Sache war eine radikale Verläugnung des Rechtes, es war ein schreiendes Unrecht gegen Preußen und gegen die Dynastie der Hohenzollern. Das Fürstenthum Neuenburg, ein Kanton der Schweiz, ein Glied des helvetischen Bundes und doch ein Besitzthum des Königs von Preußen, war eine der unglücklichen Einrichtungen des Wiener Congresses, aber der Mißgriff der Staatsmänner vom J. 1815 konnte ein geheiligtes Recht nicht entkräften. Die deutschen Liberalen hatten keinen Sinn für dieses Recht eines deutschen Fürsten; sie verhöhnten die wenn gleich etwas ungeschickte, doch immer sehr ehrenhafte Ergebenheit getreuer Personen, aber sie schwärmten für die revolutionäre Unverschämtheit des Pöbels in dem Fürstenthum Neuenburg und sie priesen die Haltung der schweizerischen Bundesregierung. Als jedoch Preußen die Vermittelung des Imperators angenommen und sein gutes Recht aufgegeben hatte, da hatten die Liberalen keinen Tadel

für diese Schwäche, welche eine Vorbereitung war für ganz andere Brüche des europäischen Rechtsstandes.

Im J. 1859 wurde die Revolution in Italien und ihr Raubsystem mit französischen Waffen durchgeführt. Oesterreich war angegriffen; der Rechtsstand von ganz Europa war bedroht und Deutschland war in allen seinen Verhältnissen gefährdet. Die deutschen Völker verstanden oder fühlten die Lage der Dinge; eine ungeheuere Erregung ergriff alle Klassen und man sah einen Aufschwung, wie er früher fast niemals erhört war. Der Deutsche konnte wieder Hoffnungen hegen, denn die Nation war zur Thatkraft erwacht; sie forderte laut, daß es ihr vergönnt werde, die Selbstständigkeit der Staaten und deren Besitz mit ihren Waffen zu schützen und damit sich selbst wieder auf die Stelle zu erheben, welche ihre Bestimmung verlangt. Selbstverständlich waren die Liberalen in Deutschland der „italischen Freiheit" gewogen; sie ließen da und dort wohl ihren Unmuth über den nationalen Eifer zu Tage treten; aber sie konnten der allgemeinen Bewegung der Nation sich nicht entgegenstellen, und so gezwungen stimmten sie widerwillig mit ein in den allgemeinen Ruf. In den südwestdeutschen Landen forderten diese Liberalen, daß man sich rüste, aber sie forderten das Eintreten des Bundes und die Rüstung des Bundesheeres, weil sie hofften: das bedrängte Oesterreich werde die Verwendung und die Führung der deutschen Wehrkräfte der Krone Preußen ohne Schwierigkeit überlassen und dadurch deren Oberherrschaft über die deutschen Staaten herstellen. Als nun Preußen in seiner Politik „der freien Hand", als deßhalb der Bund in seinem kläglichen Neutralitätssystem verharrte, und als die Rüstungen der deutschen Truppen vergebens gemacht worden waren: da ist es wieder die Partei der Gothaer gewesen, welche den ehrenhaften, fast erhabenen Aufschwung der deutschen Völker verlästerten und verhöhnten als eine gemachte „ultramontane" Bewegung.

So offenbarte sich in den politischen Fragen der nationale

Sinn der deutschen Liberalen und ihre Achtung für das Recht.

Seit auch in Berlin Landstände tagten, war die frühere Wichtigkeit der südwestdeutschen Kammern bedeutend gesunken und dieses Sinken war noch vergrößert durch die Haltung derselben. In der Unfruchtbarkeit ihrer langweiligen Verhandlungen, in der Unselbstständigkeit ihrer Beschlüsse, in den Lobpreisungen für sich selbst und in den plumpen Schmeicheleien für die Regenten gewahrte man nicht mehr die Intelligenz und die Gewandtheit, welche früher den süddeutschen Kammern nicht abzusprechen war, und dieser Mangel zeigte sich jetzt am meisten in der badischen Kammer. Die ständischen Verhandlungen hatten auch in dem Innern der betreffenden Länder die Zuneigung und das Interesse der Bevölkerung verloren, die liberale Partei schien verschwunden oder todtmüde zu seyn; aber wer tiefer in die Dinge blickte, der wußte gar wohl, daß sie noch lebte. Sie beherrschte die materiellen Interessen; sie hatte die Gemeinden der Städte in ihrer Gewalt; sie wußte, daß das gesinnungslose Bürgerthum ihr folgen würde, sobald sie wieder offen auftreten konnte; sie sah alle Männer welche sich einst gegen ihr Treiben erhoben und dem Umsturz sich entgegengestellt hatten, von jeder Wirksamkeit entfernt. Die sog. Conservativen waren mißmuthig und zersplittert; die Staatsallmacht war dieselbe geblieben und sie wurde ausgeübt von Organen, welche der liberalen Partei anhingen und jedes selbstständige Leben haßten. Wenn Anfangs des J. 1859 in einzelnen Staaten, z. B. auch im Großherzogthum Baden, billige Männer die Regierung führten, so übten die Liberalen doch einen vorwiegenden Einfluß. In dem ersten Jahrzehnt nach der Sturmzeit hat die liberale Partei keine Erfolge errungen welche nach Außen glänzten, aber sie hat ihre Wirksamkeit und ihre Stellung für spätere Tage mit Geschick vorbereitet, und diese Tage kamen sehr bald.

L.

Historische Novitäten.

Die Rheinpfalz in der Revolutionszeit von 1792 — 1798 von Dr. Franz Xaver Remling, Domkapitular rc. I Bd. Speyer, Bregenzer 1865.

Die französische Revolution hat außerhalb Frankreich wohl nirgends so weitgreifende und beziehungsweise so verheerende Umgestaltungen im Gefolge gehabt, als in der Rheinpfalz. Die entfesselten Fluthen brachen so rasch und unaufhaltsam über unser kleines Ländchen herein und fanden dasselbe so schutzlos und unvorbereitet, daß in kürzester Zeit der ganze frühere Wohlstand, die ganze seitherige bürgerliche und staatliche Ordnung fast gänzlich hinweggeschwemmt war. Wer die Pfalz 1790 kannte, für den war sie schon im Beginn des J. 1793 ein anderes, und im Anfang des J. 1799 ein fremdes Land. Die Städte und Dörfer ausgeraubt und zum Theil zerstört, aller Wohlstand vernichtet, die Kirchen verödet und entheiligt, die einzelnen Dynastien, die sich in das Land getheilt hatten, vertrieben und ihrer Herrschaft beraubt, sämmtliche Adelsfamilien geflüchtet, das uralte Bisthum Speyer aufgehoben und unter die Nachbardiöcesen vertheilt. Als dann das Land an die Krone Bayern kam, blühte es allerdings wieder zu gesegnetem Wohlstande auf. Auch der historischen Erinnerung war dadurch wenigstens für die ehe-

mals pfalzzweibrücken'schen und für die kurpfälzischen Theile des Landes Genüge geschehen. Aber ein neugestaltetes Land war die Pfalz doch. Es gleicht darin seinem herrlichen Dom in Speyer; auch er ist vortrefflich restaurirt, aber fast kein Denkmal der alten Zeit ist mehr zu finden. Alles ist neu.

Die jetzige Generation in der Pfalz weiß darum auch nicht mehr viel von der Vergangenheit, weil so wenig da ist was sie daran zurückerinnert. Es war um so mehr an der Zeit durch eine Schrift das Andenken neuzubeleben und aufzufrischen, wie es ehedem in der Pfalz gewesen und welche harte Schicksale sie betroffen haben, ehe sie ihre jetzige Gestaltung erhalten hat. Niemand war mehr berufen dieß zu thun, als der gelehrte und unermüdlich fleißige Forscher der Geschichte seines Heimathlandes, Herr Domkapitular Remling in Speyer; Niemand hätte diese Aufgabe besser lösen können, als er es in dem ersten Bande seines neuesten Werkes gethan hat. Er gibt uns in demselben ein so gründliches und authentisches, ein so klares und ausführliches Bild des die Pfalz verheerenden Revolutionssturmes, daß wenigstens wir Pfälzer das Buch nicht lesen können, ohne jetzt noch vom tiefsten Unwillen gegen unsere französischen Nachbarn, die Enkel unserer ehemaligen Dränger, erfüllt zu werden. Doch dafür hebt das Buch auch manche glorreiche Erinnerung und manche edle Heldengestalt aus der Vergangenheit wieder an's Licht.

Da tritt uns gleich in der Einleitung die kräftige Erscheinung des für deutsche Ehre und Größe hochbegeisterten Speyerer Fürstbischofs, August von Styrum, entgegen. Die reichsten und schönsten Besitzungen seines Hochstiftes und der mit demselben vereinten Propstei Weissenburg, lagen auf der linken Rheinseite. Ja sechs der einträglichsten Aemter, welche oberhalb der Queich lagen, standen unter der Oberherrlichkeit der Krone Frankreichs. Unter allen Reichsständen war darum er ganz besonders in seinen geistlichen und weltlichen Gerechtsamen durch die französische Staatsumwälzung gefährdet. Aber er kämpfte für seine Rechte muthvoll wie ein Mann der alten

Zeit, und wollte von Zugeständnissen an die französischen Neuerungen durchaus nichts wissen. Er glaubte noch fest an den Bestand und die Macht des deutschen Reiches und setzte seine Hoffnung darauf. Als die ersten Verfügungen der französischen Umwälzung seine Rechte antasteten, wendete er sich unterm 20. Januar 1790 an die unter ihrem allerhöchsten Oberhaupte zu Regensburg versammelten Reichsstände, „daß sie solche Beeinträchtigungen deutschen Besitzes mit vereinten Kräften zurückweisen sollten.“ In Paris protestirte er schriftlich, in Straßburg durch einen Bevollmächtigten gegen die Eingriffe in seine Rechte. Ja er setzte sich mit fast allen Reichsständen, welche durch Frankreichs neue Verfassung in ihren Besitzungen und Rechten ebenfalls beeinträchtigt waren, in Verhandlung, wie die drohenden und bereits erlittenen Verluste abzuwenden seyn dürften. Doch Alles half nichts. Ein Dekret der französischen Nationalversammlung vom 28. Oktober 1790 beraubte ihn der Besitzungen und Gefälle des Hochstiftes zu Weissenburg. Er protestirte wieder und machte abermalige Anzeige bei der Reichsversammlung in Regensburg. Mit dem gleichen negativen Erfolg. Da erließ er am 24. Dezember 1790 einen Hirtenbrief an die Geistlichkeit seiner Diöcese oberhalb der Queich, in welchem er in folgender Weise die Lage auseinander setzt:

„Wir haben zur Vertheidigung der Rechte unserer Kirche und Klerisei Alles erschöpft, was in diesen trübsalvollen Zeiten übrig blieb, und wir glaubten schon über den Erfolg uns beruhigen zu können, als die fraglichen Beschlüsse unser Vaterherz mit neuen Sorgen erfüllten.“

„Es betrifft hier die geistliche Gewalt (die Lostrennung eines Theiles seiner Diöcese). Es ist hier die Rede von einem Gesetze, welches die Verfassung der Kirche selbst angreift, indem es die Gewalt des Oberhirtenamtes umstößt, worauf jenes majestätische Gebäude schon so viele Jahrhunderte gestützt war. Man will die Macht des kirchlichen Regimentes in die Hände des Volkes legen; — man will diesem die Priester und selbst die Bischöfe unter-

thänig machen; man zerreißt den nothwendigen Verband zwischen der Geistlichkeit und dem sichtbaren Oberhaupte der allgemeinen Kirche, ohne welchen keine Einheit mehr seyn würde; — man verletzt die Grenze unseres Bisthums und die Bande, welche solches mit dem Metropolitane und dem päpstlichen Stuhle vereinigen; — man verbietet allen Kirchen oder Pfarreien und überhaupt einem jeden Theile unserer Heerde, welche der Souverainität des allerchristlichsten Königs unterworfen ist, die uns als Bischof und unsern Delegirten im Elsasse zustehende Gewalt in keinem Falle und unter keinem Vorwande anzuerkennen. Die Folgen, welche aus dieser Einrichtung nothwendig entstehen müssen, sind allzu traurig, als daß wir versäumen könnten, solchen zuvorzukommen."

Im Folgenden gibt dann der muthvolle Mann seine entschiedene Erklärung, daß er auf keines seiner bischöflichen Rechte Verzicht leisten werde, trotz der Nationalversammlung zu Paris.

In der That hatte jenes Hirtenschreiben auch den Erfolg, daß sämmtliche Pfarrer und Kapläne der vier oberhalb der Queich gelegenen Landkapitel der Speyerer Diöcese erklärten, daß sie lieber alles verlieren und erleiden wollten, als in geistlichen Dingen ein anderes Oberhaupt anzuerkennen außer ihrem rechtmäßigen Oberhirten. Selbst die Laien schlossen sich dieser Erklärung ihrer Seelsorger an. Aber auch dieß nützte nichts. Der Speyerer Fürstbischof wurde wie die übrigen Reichsstände aller seiner Besitzungen im Elsaß beraubt. Ja bereits drangen französische Agenten in die fürstbischöflichen Dörfer und verbreiteten dort die Grundsätze der französischen Revolution durch Schrift und Wort.

Was die Verlegenheit des Fürstbischofs noch vermehrte, war die neutrale Haltung des mächtigen kurpfälzischen Nachbarlandes, welches der französischen Anmaßung gar keinen Damm entgegensetzen zu dürfen glaubte, um dieselbe nicht gegen sich zu reizen. Auch die Reichsstadt Speyer, eingedenk ihrer früheren Bedrängnisse durch die Franzosen, folgte diesem Beispiele von Kurpfalz. So stand der Fürstbischof ganz allein

auf der schwer bedrohten Grenzwache Deutschlands. Da setzten endlich, im Juli 1792, die ersten österreichischen Truppen auf die linke Rheinseite über. Die französische Emigrantenschaar unter Führung des Prinzen von Condé hatte sich ihnen angeschlossen. Die herumschweifenden Haufen der Franzosen waren bald zerstreut, aber die Ungeschicklichkeit und Langsamkeit in der Führung der deutschen Truppen verhinderte die Einnahme Landau's.

So war es dem französischen Generale Custine möglich, auf diese Festung gestützt, im September 1792 eine Armee zu sammeln, um in die deutschen Rheinländer einzubrechen, aus denen sich unterdessen die österreichischen Truppen fast alle entfernt hatten, um sich der an der Mosel lagernden Armee des Herzogs von Braunschweig anzuschließen. Speyer hatte nur eine ganz schwache Besatzung und die Anordnungen zur Vertheidigung waren durch den Obrist Winkelmann so lächerlich schlecht getroffen, daß die Stadt in wenigen Stunden von Custine eingenommen und besetzt war.

Nun begannen die französischen Brandschatzungen. Der Stadt wurde eine Kriegssteuer von 500,000 Livres, dem Fürstbischof eine solche von 100,000 Reichsthalern und dem Domkapitel eine von 50,000 Reichsthalern aufgelegt. Der Stadt gelang es zwar, sich die Befreiung von dieser schweren Abgabe zu bewirken, nicht aber dem Fürstbischof und dem Domkapitel. Zehn Tage blieb Custine in Speyer; er ließ alle Vorräthe von da nach Landau schleppen, pflanzte den Freiheitsbaum auf und warb um Freunde für die große Nation. Die härtesten Contributionen wurden in den fürstbischöflichen Dörfern ausgeschrieben und das persönliche Besitzthum des Fürstbischofs wurde auf's Unerhörteste verwüstet.

Nach demselben Maßstab, wie in Speyer, verfuhr Custine in dem ebenfalls sehr rasch eroberten Worms. Der Kurfürst von Mainz mußte als Fürstbischof von Worms 400,000, das Domkapitel 200,000, die Stadt selbst 600,000 Livres Kriegssteuer zahlen. Dabei führte Custine immer das Wort im

Munde: „Krieg den Palästen der Uebertreter der anvertrauten Gewalten, Friede den ruhigen Hütten und den Gerechtigkeit liebenden Männern."

Von Worms ging der Weg nach Mainz. Der Gouverneur Gymmich wollte anfangs den Franzosen Widerstand leisten, der Kriegsrath stimmte jedoch für Uebergabe der Stadt. Nun schildert uns der Verfasser in höchst anziehender Weise das Treiben der Franzosen in Speyer, Worms und Mainz und zeigt uns an der Hand seiner gründlichen Aktenstudien, welche Mittel angewendet wurden, um diese rheinischen Städte für die sittlichen, religiösen und socialen Grundsätze und für die Freundschaft der Frankenrepublik zu gewinnen.

Einen äußerst interessanten Abschnitt des Buches bildet ein hier zum erstenmal veröffentlichter Briefwechsel zwischen dem damaligen kurpfälzischen Hofgerichtsrathe und nachherigen bayerischen Feldmarschalle und Fürsten, Karl Philipp von Wrede, welcher als kaiserlicher Kriegscommissär bei der Armee des Fürsten von Hohenlohe weilte, und zwischen dem Speyerer Fürstbischofe. Von Wrede berichtet als Augenzeuge, wie die Preußen damals gegen die ihrem Oberbefehle unterstellten österreichischen Truppen unredlich waren und sie absichtlich zu Schaden kommen ließen. Ueberhaupt schildert von Wrede die Verhältnisse Deutschlands und Frankreichs und die Lage der vereinten preußisch-österreichischen Truppen mit der anschaulichsten Lebendigkeit. Auch die Briefe des Fürstbischofs, der sich von Bruchsal nach Veitshöchheim bei Würzburg zurückgezogen hatte, sind von der größten Bedeutung für die Beurtheilung der damaligen Zeitlage.

In einem folgenden Abschnitte schildert uns der Verfasser den Fortschritt, welchen der neue Geist allmählig von selbst in der Pfalz machte. Die ersten Spuren desselben zeigten sich in der Stadt Bergzabern, welche herzoglich-zweibrückisch war. „Dort war allgemeines Murren und Mißvergnügen über die oberamtliche Behandlungsart der Geschäfte und der Untergebenen, und es wurde dadurch der

neufränkische Freiheitsschwindel mächtig genährt": so lautet der Bericht des von Remling angeführten Zeitgenossen, des Regierungsrathes Klick. Schon am 4. November 1792 begannen in der Stadt Bergzabern und im ganzen herzoglichen Amte Barbelrodt die aufrührerischen Bewegungen; sie wurden von Landau auf's wirksamste unterstützt. Am 7. November hatte sich Bergzabern bereits der grande nation angeschlossen. Das zur Niederhaltung des Aufstandes abgesendete herzoglich-zweibrückische Militär mußte sich wieder zurückziehen, ohne irgend ein Resultat erzielt zu haben. Auch in Annweiler und Zweibrücken selbst brachen bald Unruhen aus, die jedoch für diesesmal dadurch beschwichtigt wurden, daß der Herzog sofort die ärgsten Mißstände, welche die Unzufriedenheit erregt hatten, abstellte.

Nachdem die Franzosen so das pfälzische Land und Mainz zum Theil besetzt und bereits ganz unterwühlt hatten, gingen sie, wie der Verfasser im vierten Abschnitte erzählt, einen Schritt weiter. Sie suchten das besetzte Rheingebiet mit Frankreich zu vereinigen. In Mainz leisteten die dortigen Clubisten hiebei den erklecklichsten Dienst. Wir finden in unserer Schrift die interessantesten Aufschlüsse über deren Treiben. Von Mainz wurde die Constitution „der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit" nach Speyer, dann in die fürstbischöflich-speyerischen Aemter und in das nassauische Gebiet Kirchheimbolanden verpflanzt. Man verfuhr dabei so leichtfertig als ob es sich bloß um einen neuen Kleiderschnitt handelte; das Volk war darum auch in seiner Mehrzahl fast überall mißtrauisch gegen die neue Verfassung. An einzelnen Orten der Pfalz, z. B. in Obermoschel, welches zweibrückisch war, wies man die Colporteure entschieden zurück und die Bürger erklärten: „Wir wollen diese Freiheit und Gleichheit nicht, wir genießen bereits Freiheit und Gleichheit. Wir sind mit unserm Landesherrn und mit allen Ober- und Unterbeamten zufrieden." Doch die Franzosen brauchten einfach Gewalt, wo man nicht gutwillig ihre Freundschaft und ihre Freiheit annehmen wollte.

Unterdessen aber nahten die österreichischen Truppen, siegreich durch die Niederlande heraufdringend, der Pfalz. Auch die preußische Armee setzte am 26. und 27. März 1793 bei Bacharach über den Rhein und zog sofort auf Mainz los, um es den Franzosen wieder zu entreißen. Die nun folgende Schilderung von der Vertreibung der Franzosen aus der Pfalz und aus Mainz hat etwas wirklich Unterhaltendes. Am ersten April war Custine bereits bis Landau zurückgeworfen und alles Land bis dahin wieder im Besitze der beiden deutschen Mächte. Nun wurden die Clubisten überall zur Strafe gezogen und die alten Verfassungen wiederhergestellt. Es wird dann eine Reihe zum Theil sehr bedeutender Kämpfe erzählt, welche während des Jahres 1793 an den Ufern des Rheins, der Nahe und der Blies vorfielen. Im Verlauf derselben wurde auch das Schloß des Herzogs Karl in Homburg zerstört. Die Franzosen wurden endlich zurückgeworfen bis nach Hagenau, aber auch von da vertrieb sie der tapfere österreichische General Wurmser in siegreichen Kämpfen bis hinter die Sor.

Nun wendete sich aber auf einmal das Schlachtenglück wieder und zwar durch die Schuld der Preußen. Denn nicht nur daß sie vor Landau ihre Schuldigkeit nicht thaten, zogen sie sich auch an der Saar zurück, so daß die verstärkte Macht der Franzosen die Oesterreicher mehr und mehr zurückdrängte und sie unter dem Ruf „Tod oder Landau" am 26. Dezember wieder hinter die Weissenburger Linie zurückwarf. Preußen hatte den Oesterreichern die Eroberung des Elsasses mißgönnt und dieselben darum in die Lage gebracht, dem Feinde die Pfalz wieder preisgeben zu müssen. Denn sobald die ganz erschöpfte Rheinarmee sich nun über den Rhein zurückgezogen hatte, drangen die Franzosen wie hungrige Wölfe hinten drein, um alles zu verschlingen, was ihnen in die Hände fiel.

Ein wahres Raubsystem wurde jetzt in der Pfalz eingeführt und zu dem Zwecke die sogenannte „allgemeine Ausleerungs-Commission" (commission d'évacuation) niedergesetzt.

Diese Commission hatte wieder für einzelne Distrikte besondere Sektionen. Sie wählten zum Vollzuge ihrer Ausplünderungen Untercommissäre, welche zum Theil aus deutschen Flüchtlingen, aus verwegenen Clubisten und herabgekommenen Krämern, Wirthen und Metzgern des Elsasses und Lothringens bestanden. Was Herr Remling über diese Bedrückungen und Räubereien berichtet, welche die Franzosen zu Speyer, Zweibrücken, Homburg, Kusel, Blieskastel, Kaiserslautern, Neustadt, Edenkoben u. s. w. verübten, ist in der That haarsträubend. Am 22. Jan. 1794 schrieb der General Leval, Commandant der Belagerungs-Truppen Mannheims, von Frankenthal aus an den National-Convent: „Wir fahren fort, das reiche Land unserer Feinde zu verwüsten. Wir schleppen Alles, 49 Meilen im Umkreise, in unser Land; mehr als 10,000 Wagen sind mit Früchten, Eisen, Kupfer, Blei und Millionen an baarem Geld beladen; kurz wir lassen den Rheinländern nichts als die Augen, ihr Unglück zu beweinen." So war es in der That; was nur irgend Werth hatte und fortzubringen war, schafften die Franzosen über die Grenze. Selbst die schönen Fluren würden sie fortschleppen, so drohten sie, wenn man sie auf Walzen bringen und wegfahren könnte. Mit einem Worte, die Pfalz wurde vollständig ausgeleert.

Herr Dr. Remling hat uns durch seine fleißige und aktenmäßige Darstellung ein so klares Bild von dieser Plünderung, wie von dem ganzen Verlauf der französischen Revolution in der Pfalz gegeben, daß wir ihm auf's höchste dafür dankbar seyn müssen. Wir haben hier keinen Roman und auch keine Compilation vor uns. Das ganze Buch ist aus den ersten und besten Quellen geschöpft. Daher kommt es auch, daß es in der einfachen Art, mit der es seine Darstellungen gibt, sich dennoch so frisch und lebendig liest. Wir sind sicher, daß dasselbe sich viele Freunde erwerben wird, und sehen mit Spannung dem zweiten Band entgegen, welcher uns die Ereignisse in der Pfalz von 1794—1798 vorführen wird.

LI.

Die Königin Marie Antoinette nach ihrem neuestens herausgegebenen Briefwechsel.

IV.

Vergebens erwarteten der König und die Königin von Mirabeau's Einfluß auf die Nationalversammlung eine für sie günstigere Wendung der Dinge. Ihr Schmerz steigerte sich von Tag zu Tag, weil einerseits die Nationalversammlung durch ihre Dekrete ein Hoheitsrecht nach dem andern der Krone entriß, andererseits die Mißachtung des Hofes bei den Massen täglich stieg. Man sah kein anderes Rettungsmittel als das von Mirabeau schon im Sommer 1790, freilich in anderer Weise*) angerathene, der Entfernung aus Paris, die jetzt nur eine mit der größten Heimlichkeit vorbereitete Flucht seyn konnte. Der Plan war, sich in eine Festung zu begeben und dort, auf ein treues Truppencorps gestützt, die dem Monarchen Getreuen um sich zu versammeln und von der Pöbeltyrannei befreit, mit der Nationalversammlung zu unterhandeln.

---

*) Mirabeau schlug keine Flucht in eine Grenzfestung vor, sondern die Verlegung des Hofes und der Nationalversammlung in eine andere Stadt.

Es war wieder die Königin, welche sich angelegentlichst mit dem Plane befaßte und mit Wissen von nur vier Personen die vorbereitenden Schritte that. Durch Mercy setzte sie ihren Bruder den Kaiser und den Minister Kaunitz von dem Entschlusse in Kenntniß; an Frankreichs Grenze gegen Luxemburg und zunächst dem Elsaß sollte eine Achtung gebietende Heeresmacht aufgestellt werden. Eine Hauptschwierigkeit war indeß die Herbeischaffung der nöthigen Geldsumme, die man auf 15 Millionen Livres schätzte. Auch hiefür sollte Mercy thätig seyn, vor Allen aber de la Borde, Intendant der königlichen Finanzen. Inzwischen verfolgten die Emigrirten mit Artois und Condé an der Spitze ihre Pläne, mit gewaffneter Hand in Frankreich einzufallen.

Auch Seitens des Königs wurden Schritte an allen europäischen Höfen gethan, um eine Coalition gegen Frankreich zu Stande zu bringen. Am geneigtesten hiezu war das mit den Emigrirten in Verbindung stehende Preußen, sowie Piemont; man bot Alles auf Spanien zu gewinnen. Kaiser Leopold war im Allgemeinen für den Plan; aber Marie Antoinette erklärte sich mit der größten Energie sowohl gegen die Invasionsplane der Prinzen, als gegen eine Occupation Frankreichs durch die Alliirten. Sie wollte nichts als die Umstellung Frankreichs durch eine Achtung gebietende Truppenmacht, um nach dem Gelingen der Flucht, als deren Ziel die Feste Montmedy unweit Metz ausersehen wurde, an ihnen einen Rückhalt zu haben. Der dem Hofe unbedingt ergebene General Bouillé bei Nancy wurde in die Pläne eingeweiht, war vielleicht gar, wie Sybel annimmt, ihr Urheber und sollte zu der zur Flucht verabredeten Zeit mit seiner Mannschaft dem Monarchen entgegen kommen. Der gleichfalls eingeweihte, schon den 20. November 1790 vom König zu seinem Generalagenten bei allen Höfen ernannte Breteuil übermittelte den Plan in einem langen Brief an Mercy (bei Feuillet S. 420), der ihn mit verschiedenen Mittheilungen über den Gang der Dinge in Paris den 22. Januar 1791

dem Fürsten Kaunitz übersandte. Der König sei entschlossen auf den mit dem Kaiser verabredeten Zeitpunkt Paris zu verlassen, und dieser werde gebeten, die Sache durch Aufstellung der Truppenmacht, aber auch durch die Schaffung der gewünschten Geldsumme zu unterstützen. Wie Thiers richtig angibt, gab es also zwei Hofparteien, deren jede einen andern Plan verfolgte, die der Königin, Breteuils und Bouillé's für die Ausführung des Fluchtplans, und die der ausgewanderten Prinzen, deren Agent Calonne war, für eine bewaffnete Invasion*). Den 3. Februar sandte Marie Antoinette dem Grafen Mercy in Brüssel eine ihre Diamanten enthaltende Cassette, die aber der später als Finanzminister Ludwigs XVIII. bekannte Abbé Louis erst Anfangs März mit einem weiteren Briefe (bei Feuillet II. S. 15) ihm überbrachte. Sie machte darin ihn mit dem von Breteuil und Bouillé verabredeten Plane genauer bekannt, that ihm auch zu wissen, daß sonst Niemand, keiner ihrer Minister und selbst nicht der stets für sie so thätige Graf La Mark in das Geheimniß eingeweiht sei. Sie schreibt, ihr Bruder billige den Plan, rathe jedoch dessen Ausführung auf spätere Zeit zu verschieben. Sie sei aber der Ansicht, daß keine Zeit zu verlieren sei. Auch meldet sie Mercy, daß man an die verschiedenen Höfe sich wende. Von England wünscht sie nichts als Neutralität (Feuillet S. 444—453).

Den 2. April starb Mirabeau, von welchem man noch immer die Rettung der Monarchie erwartete und weßhalb man seinen Tod sehr bedauerte. Den 18. wurden der König und die Königin als sie, um in St. Cloud die österliche Zeit zu begehen, dorthin fahren wollten, in der Straße in Paris aufgehalten, auf das Gröbste vom Pöbel insultirt und nur durch Lafayette's energische Dazwischenkunft befreit, ein Vor-

*) Siehe die Correspondenz Calonne's mit Cobenzl bei Feuillet S. 434 f. und Artois' mit Leopold S. 441.

fall der das Verlangen der Königin den Fluchtversuch zu beschleunigen, auf das Höchste steigerte. Sie hatte den 14. wieder eingehend über den Plan an Mercy geschrieben (Hunolstein S. 182 ff. und Feuillet II. 36), und betonte nochmals, sie wolle keine Invasion Frankreichs von Seite der alliirten Mächte, sondern nur, um einzuschüchtern, die Aufstellung einer ansehnlichen Truppenmacht an den Grenzen. Es gelänge ihr nicht, die Beschaffung der nöthigen 15 Mill. zu bewerkstelligen u. s. w. Man spreche von der späteren Einberufung eines gesetzgebenden Körpers; der König müsse nun um jeden Preis verhindern, daß die (neue) monströse Constitution sich consolidire (deßhalb die Nothwendigkeit seiner baldmöglichsten Entfernung aus Paris). „Eine Vereinbarung ist nicht mehr möglich mit diesen Leuten da.“ Vom Aufschieben, wovon der Kaiser immer spreche, könne nicht mehr die Rede seyn. Vor Juli müsse Alles ausgeführt werden. Den 20. April meldet sie ihrem Bruder die am 18. erfahrenen Mißhandlungen. Der König und sie haben zu gleicher Zeit den Gedanken alsbaldigster Flucht ausgesprochen; der Kaiser möge gefaßt seyn, plötzlich Kunde von einer geheimen Reise von ihnen zu erhalten. Das Unternehmen sei zwar sehr gefahrvoll, aber ihre Lage sei so unerträglich, daß man eher Alles auf's Spiel setzen müsse, als länger ausharren. Graf Mercy hatte Einwendungen gegen ihre Plane gemacht und sie beantwortete dieselben ausführlich in einem Briefe vom 30. April unter Mittheilung weiter zu befördernder Schreiben (Hunolstein S. 191).

Den 2. Mai schreibt Kaiser Leopold seiner Schwester, er werde von Seiten des Grafen Artois fortwährend bestürmt, werde aber nichts thun, als was sie oder der König wünschten, und bittet sie durch vertraute glaubwürdige Abgesandte ihn in Kenntniß zu setzen. Den 6. ergeht von ihr ein neuer Brief an Mercy (bei Feuillet II. 43, Hunolstein S. 193), beginnend mit den Worten: „Notre position est affreuse!“ Seit dem 18. April sei ihnen keine andere Wahl

geblieben, als blindlings Alles zu thun, was die Volksaufwiegler verlangen, oder durch das Schwert zu fallen, das beständig über ihren Häuptern hänge. Er wisse, sie sei immer für Milde und Beachtung der Zeitverhältnisse sowie der öffentlichen Meinung gestimmt gewesen. „Jetzt ist Alles anders, es heißt entweder untergehen oder den gefaßten Fluchtplan ausführen. Wir verkennen nicht die hiemit verbundenen Gefahren; aber gilt es unseren Untergang, so soll es wenigstens ein rühmlicher seyn, und nachdem wir Alles gethan haben für unsere Pflicht, für unsere Ehre und die Religion." Gräuelthaten folgen auf Gräuelthaten; man habe ein Mannequin des Papstes verbrannt und werde mit den übrigen Souverainen ebenso verfahren. „Alles legt uns die Pflicht auf einen Ort zu verlassen, wo wir durch unser Stillschweigen und unsere Ohnmacht solche Gräuel zu billigen den Anschein haben." Der Geist der Provinzen sei besser, und könne der König in einer befestigten Stadt als frei auftreten, man würde dann erstaunt seyn über die große Zahl der Gutgesinnten, die jetzt im Geheimen seufzen. Warte man länger, so werde der republikanische Geist mehr und mehr Fortschritte machen, und die von den Demagogen bearbeiteten Truppen werden nicht mehr sicher seyn. Dann spricht sie von der Schwierigkeit, die nöthigen Gelder sich zu verschaffen. Laborde schlage den Verkauf ihrer Diamanten vor, sei überhaupt nicht zuverlässig. Man wolle Barthelemi nach London senden, um die dortigen Minister zu sondiren. Es gebe jetzt nur zwei Fragen: 1) Soll man mit Ausführung des Fluchtplans noch warten? Nein! 2) Wird man, wenn der Versuch gelingt, die nöthigen Finanzmittel für einige Monate haben? Dieß hoffe sie! Es sind nur vier Personen in das Geheimniß eingeweiht; erst 30 bis 35 Stunden von Paris werde militärische Bedeckung kommen; in Montmedy werde man bleiben, bei Luxemburg, Verton und Arlon erwarte man die Aufstellung von 10,000 Mann Oesterreicher. „Sie kennen wohl (bemerkt sie schließlich) die Abneigung meines Bruders, Truppen

in Frankreich einrücken zu lassen: Mais reclamées par son beaufrère, son allié dont la vie, l'existence et l'honneur sont en danger, je crois le cas différent, il les donnerait.“ Länger als Ende des Monats werde man die Sache nicht verschieben. Den 14. Mai schreibt sie nochmals an den Grafen Artois und dringt in ihn von seinen nur den Bürgerkrieg herbeiführenden Plänen abzulassen.

Den 16. Mai setzt sie in einem ausführlichen, höchst lesenswerthen Schreiben dem Grafen Mercy nochmals die Lage der Dinge in Frankreich auseinander, theilt ihm auch ihre Ansicht über die einzuhaltende Politik der europäischen Mächte mit; sie erklärt sich gegen den Verkauf ihrer Diamanten und nochmals gegen die Invasionspläne der emigrirten Prinzen. Sie erwarte die Antwort des Kaisers. Denselben Tag befiehlt der König selbst seinem Bruder Artois von seinen Plänen abzulassen und sich von Coblenz, wo er damals war, in's Innere Deutschlands zurückzuziehen (Feuillet II. 59). Den 20. Mai schreibt Kaiser Leopold: er sei sehr betrübt über die Lage der königlichen Familie, seit dem 18. April nähme er den größten Antheil daran. Er wünsche daß das Fluchtprojekt aus Paris bewerkstelligt werden könne, es schiene ihm aber, obwohl er es vor mehreren Monaten förderlich gehalten habe, gegenwärtig höchst gefährlich, wenn die Flucht nicht gelänge. Er habe den Grafen Artois von der Verkehrtheit eine Gegenrevolution zu versuchen, ziemlich überzeugt; man müsse damit warten bis nach des Königs Flucht und den darauf von den alliirten Höfen genommenen Maßregeln. Ein Brief Breteuils vom 24. Mai nebst Mittheilungen über die Pläne des Hofes aus Solothurn an Artois (Feuillet II. S. 61), darauf ein Brief Antoinette's an Leopold vom 1. Juni, worin sie nochmals um die Aufstellung von 8 bis 10,000 Mann, auf ihr erstes Begehren, bittet, dann ein weiterer an ihn vom 7. Juni (bei Hunolstein S. 202), in welchem sie sich nochmals gegen Artois' Unternehmen ausspricht, und auf das baldige Freiseyn ihres

Gemahls hindeutet. Den 12. Juni Antwort Leopolds auf den Brief vom 1. Der Kaiser ist jetzt mit der Ausführung des Fluchtversuchs einverstanden und versichert, es werde weder von seiner Seite noch von der Artois' und der alliirten Mächte irgend etwas geschehen (für Condé könne er nicht einstehen), bevor Alles vorbereitet und übereingekommen sei. Graf Mercy habe Ordre, falls die Ausführung des Planes gelänge, auf ihr Verlangen ihr zu Hülfe zu eilen und Alles was er könne, zu verschaffen; Geld und Truppen stünden zu ihrer Verfügung (Feuillet S. 79).

Der Kaiser befand sich im Juni leidend in Padua und erwartete dort mit Sehnsucht Nachrichten über die Ausführung des Fluchtplanes. Den 16. übersandte Graf Mercy an den Minister Kaunitz ein Memoire gegen die verkehrten Unternehmungen der emigrirten Prinzen, sowie eine an den Kaiser selbst gerichtete Depesche, worin er um Verhaltungsbefehle bittet für den Fall, daß der König und die Königin nach dem Gelingen ihrer Flucht nach Belgien kommen sollten (Feuillet II. 85, 86). Indeß war die Lage der österreichischen Gesandtschaft in Paris so kritisch geworden, daß die beiden zurückgebliebenen Sekretäre abreisen zu dürfen verlangten.

Bekanntlich wurde der Fluchtversuch in der Nacht vom 20. auf den 21. Juni unternommen, mißlang aber durch die Arrestation der königlichen Familie in Varennes*). Den 19.

*) Feuillet de Conches gibt S. 91 und 128 eine sehr interessante Darstellung der dieß Ereigniß betreffenden Thatsachen und theilt die bisher unbekannte mit, die Verzögerung der Reise in St. Menehould sei dadurch veranlaßt worden, daß der seinem großen Appetit nachgebende König zu lange bei einer Mahlzeit, die ihm sein Kammerdiener Chemilly gegeben, sitzen geblieben sei. Dieß habe der Sohn des Generals Bouillé, dem sein Vater das Ehrenwort abgenommen, die Sache zu verschweigen, Herrn Feuillet selbst erzählt. Der Verfasser der oft genannten Artikel in der Allg. Zeitung (Beil. vom 7. April 1865) erhebt indeß nicht ungegründete Zweifel gegen die Richtigkeit dieser Angabe.

schrieb der Legationssekretär Blumendorf aus Paris an Mercy, das Gerücht einer bevorstehenden Flucht des Königs habe sich verbreitet. Leider sei der Hof von Spionen umgeben und das Unternehmen höchst gefahrvoll. Er bittet um Verhaltungsmaßregeln, sein College Thugut sei in Verlegenheit was er thun solle (Feuillet II. 98). Den 20. richtete die Königin selbst einige in Chiffern geschriebene Zeilen an Mercy (Feuillet II. 91). „Wir reisen ab, Montag den 20. um Mitternacht, nichts wird den Plan mehr aufhalten, wir setzen sonst die, welche um denselben wissen, Gefahren aus; Geleitsbedeckungen sind bestellt und Alles ist für diesen Tag bereit. Wir sind verdrießlich, daß wir keine Antwort vom Kaiser erhalten haben, der wohl die Erfüllung unseres Verlangens uns zusagen wird; nichts darf Sie aber abhalten 8 bis 10,000 Mann nach Luxemburg abgehen zu lassen. Sie werden weitere Nachrichten von mir erhalten; für den Fall, wenn wir unglücklicher Weise auf dem Wege festgehalten werden sollten, sind die nöthigen Maßregeln getroffen."

Vor der Abreise hatte der König ein dieselbe rechtfertigendes Manifest, das der Nationalversammlung vorgelesen werden sollte (auch vorgelesen wurde), dem Intendanten de la Borde übergeben, worin er seine politische Anschauung über die Dekrete und Entwürfe derselben ausführlich auseinandersetzt. Es findet sich bei Feuillet II. 95—119, blieb aber wirkungslos. Den 22. übersandte Mercy das Billet der Königin vom 20. an Kaunitz, meldet aber, daß er zur Zeit vom Ausgange des gefährlichen Unternehmens nichts wisse, dessen Mißlingen eine Katastrophe, vor der er zurückschaudere, nach sich ziehen würde (Feuillet II. 121). Er habe auch gestern von einem ihm unbekannten Vertrauten der Königin eine Kiste mit Geldsäcken und etwa 20,000 Livres in Wechseln auf Amsterdam, London und Hamburg erhalten. „So eben kommt Axel von Fersen, ein schwedischer Graf, der in der Nacht des 20./21. die königliche Familie als Kutscher aus Paris gebracht hatte, und meldet die Ausführung der

Flucht und die Ankunft von Monsieur (des Grafen von Provence) in Belgien."

Kaiser Leopold erhielt aus Turin die Nachricht, der König sei glücklich nach Metz entkommen, glaubte nun er wäre frei, und schrieb an seine Schwester Marie Christine, Statthalterin der Niederlande, die ebenfalls Verhaltungsbefehle von ihm verlangt hatte, daß er jetzt seinen Verwandten, Freund und Alliirten mit all seiner Kraft und all seinem Vermögen unterstützen werde. Er könne jede Summe Geld, die er nöthig habe, aus seiner Kasse entnehmen und jedes Anlehen auf seinen Namen und seinen Credit erheben. Marschall Bender solle sich mit allen Truppen an die französische Grenze in Bewegung setzen und, wenn der König es wünschen sollte, in Frankreich einrücken, aber nur als Alliirte, und nicht ein Piquet solle von Franzosen, wenn es selbst der Graf Artois wäre, befehligt werden; Spanien, Sardinien und die Schweiz seien von ihm aufgefordert dasselbe zu thun, auch das Reich werde um Mithülfe ersucht werden und nicht zurückbleiben *). — Aber an demselben Tage wo dieser Brief abgeschickt wurde, erhielt Leopold die Nachricht vom Mißlingen des Fluchtversuchs. Er erließ deßhalb am 6. Juli ein Rundschreiben an alle Mächte, worin er sie nachdrücklich zur Errettung Ludwigs XVI. aufforderte, und schrieb zugleich an die Kurfürsten von Cöln und Trier jeden Handstreich der Emigrirten zu verhindern **). Der Ausgang der Sache war auch Mercy alsbald bekannt geworden.

Der auf die Rückkehr des Königspaares bis zum 13. September 1791 folgende kurze Zeitabschnitt bildet in der Geschichte der französischen Revolution eine wichtige Periode, mit deren Ende das erste Stadium des großen politischen Drama's durch die königliche Unterzeichnung der

---

*) Siehe des Kaisers Schreiben bei Wolf: Marie Christine Erzherzogin von Oesterreich (Wien 1863) Bd II. S. 111 f.

**) Wolf S. 114.

endlich vollendeten Constitution zum Abschlusse kommt. Die auf die Ereignisse während derselben bezüglichen Briefe bei Feuillet und Hunolstein sind sehr zahlreich und geben ein viel getreueres Bild von dem Entwicklungsgange der Dinge als die Darstellungen der meisten Geschichtschreiber. Die nächste große, ganz Europa in ängstlicher Spannung haltende Frage war die: wie wird die Nationalversammlung den gewaltsam nach Paris zurückgeführten König behandeln? Man erwartete auf vielen Seiten seine Absetzung und die Proklamirung der Republik. Es geschah nicht; die Versammlung war im Gegentheil bestrebt, die monarchische Regierungsform aufrecht zu erhalten und das Königthum mit dem möglichsten Ansehen zu bekleiden, damit es nach der Annahme der neuen Verfassung mit der Nation ausgesöhnt, die nöthige Macht besitze die Constitution aufrecht zu erhalten und zum Vollzuge zu bringen. Man fragte zwar Anfangs: ob man den König in Anklagestand versetzen solle? Da dadurch jedoch der eben bezeichnete Zweck gefährdet worden wäre und man schon das constitutionelle Princip der Unverletzlichkeit des Monarchen sanktionirt hatte, so that man es nicht, sondern verfuhr nur gegen die die Ausführung leitenden und unterstützenden Männer, namentlich gegen Choiseul und Bouillé, die jedoch beide außer Frankreichs in Sicherheit waren. Man begnügte sich mit einer Suspension der königlichen Gewalt, bewachte den Monarchen und seine Familie in den Tuilerien strenger, und beeilte sich die letzte Hand an die Redaktion der Verfassungsurkunde, d. h. die Zusammenfassung der bisher einzeln erlassenen Gesetze, zu legen, welche denn auch den 5. August beendigt, den 3. September von der Nationalversammlung angenommen und darauf dem Könige zur Unterschrift vorgelegt wurde.

Während derselben Zeit befaßte man sich außerhalb Frankreich auf das angelegentlichste mit dem Schicksale der in Gefangenschaft schmachtenden königlichen Familie, ...
auf Mittel die allen Thronen Gefa...

Revolution zu bekämpfen und niederzuschlagen. Thätig hiebei waren einerseits die Emigrirten, mit den beiden Brüdern des Königs (Provence und Artois) an der Spitze, andererseits die von denselben beständig zu Kriegsunternehmungen gegen Frankreich angespornten europäischen Kabinette, namentlich Oesterreich, Sardinien, Neapel, Schweden, Rußland, Preußen, mehr oder weniger Spanien und in einem gewissen Sinne auch England. War nun die Stellung des außer Anklage versetzten Königs und seine, sowie der Seinigen persönliche Sicherheit geschützt und wurden die von Zeit zu Zeit sich wiederholenden Pöbelaufstände selbst mit Waffengewalt niedergehalten, so war doch seine und der Königin Lage gerade durch das Gebahren der Emigrirten und das vom königlichen Paar gefürchtete Einschreiten der auswärtigen Mächte so sehr gefährdet, daß es der größten Vorsicht und einer richtig calculirenden Politik bedurfte, um nicht als mit dem Auslande einverstandene Mitschuldige der Emigrirten behandelt zu werden. Die Königin erkannte vollständig diese Gefahr; es wurde auf's neue ihr die schwere Aufgabe zu Theil das Steuerruder in die Hand zu nehmen, und einerseits das was von Seite des Hofes geschehen sollte zu bestimmen, andererseits den gefahrvollen Plänen der emigrirten Prinzen entgegenzuarbeiten und den auswärtigen Mächten den Gang ihrer Politik vorzuzeichnen.

Die zahlreichen Briefe Marie Antoinette's an ihren Hauptcorrespondenten Graf Mercy, an ihren Bruder, an Graf Artois, zuweilen auch an die Herzogin Lamballe, ihre Busenfreundin, sind in allen diesen Beziehungen überaus schätzbare Dokumente, von deren Lektüre man auf das lebhafteste ergriffen wird und sozusagen die Thatsachen selbst gleich Aktualitäten an seinen Augen vorüber ziehen sieht. Referent kann daher nur bedauern, daß die schon jetzt so große Ausdehnung seines Berichtes es ihm unmöglich macht in die Einzelnheiten einzugehen.

Die Cardinalfrage war die: ob der König die

unterbreitende Constitution annehmen oder verwerfen solle. Die Emigrirten sowie die meisten Höfe waren der Ansicht, er dürfe nicht unterzeichnen. Der Königin war dieselbe ein Gräuel und sie sagt von ihr in einem ihrer wichtigsten in dieser Angelegenheit an Mercy geschriebenen Briefe vom 16. bis 20. März 1791: „Wir sind in dem Moment, wo man uns diese Constitution zur Annahme vorlegen wird; es ist ein so monströses Machwerk, daß es sich unmöglich lange halten kann.“ Und noch einmal: „Sie ist in sich selbst so schlecht, daß sie unmöglich Bestand haben kann, außer durch den Widerstand, den man ihr entgegensetzt.“ Demungeachtet ist sie der Meinung, und vertheidigt diese in mehreren Briefen, die Annahme der Verfassung sei das einzige Mittel der Revolution Halt zu gebieten, nach und nach das verlorene Ansehen des Thrones wieder herzustellen, und wenn nach dem Legen der Stürme die Leidenschaften der Besonnenheit wieder Platz machten, durch die wiederhergestellte Gewalt die Wunden, welche die Revolution geschlagen, zu heilen.

Zu dieser Ansicht gelangt die Königin allmählig, zuerst durch eine in einem Briefe an Kaiser Leopold vom 30. Juli (bei Feuillet II. 179) gemeldete Wahrnehmung einer Umstimmung der Nationalversammlung. Sie schreibt ihm, daß im Schooße der Nationalversammlung sich mehrere Parteien bekämpfen, sowie daß die für die Aufrechthaltung des monarchischen Princips streitenden die bei weitem größere Mehrzahl bildeten, und verschiedene früher von ihr für feindselig gesinnt erachtete Mitglieder, wie vor kurzem Mirabeau, aufrichtige Anhänger des Königthums wären, unter diesen Barnave, Al. Lameth und Advokat Duport, die sie früher selbst scélérats genannt hatte, und nun in Briefen an Mercy*), der sie noch dafür hielt, als wohlmeinende Männer bezeichnet auf welche sie baue.

*) Mercy meldet dieß auch Kaunitz den 12. Aug. 1791 (Feuillet II. 209).

In einem vom 16. bis 26. August geschriebenen Brief (bei Feuillet S. 220 und bei Hunolstein S. 205, 215) setzt sie in überzeugendster Weise die Gründe für die Nothwendigkeit die Constitution anzunehmen auseinander, mit Widerlegung der gegen diesen Entschluß gemachten Einwendungen. „Der König wird, wenn sie ihm überreicht wird, sie einige Tage behalten, dann die Commission der Nationalversammlung zu sich bitten, nicht um vielleicht einige Abänderungen zu erzielen, sondern um ihnen zu sagen, daß, obgleich er seiner Erklärung vom 20. Juni gemäß noch glaube, daß eine Verfassung dieser Art jede Regierung unmöglich mache, er dennoch entschlossen sei, dieselbe anzunehmen." Er werde dann streng an das Gesetz sich haltend regieren, dieß sei das beste Mittel dasselbe überdrüssig zu machen. Wo aber die hiezu geeigneten Minister finden? — „Man sagt zwar immer, namentlich die Brüder des Königs, man solle Alles abweisen, wir würden unterstützt werden! Aber von wem? Es scheint nicht, daß die europäischen Mächte Neigung haben, uns zu Hülfe zu kommen." Spanien habe die Prinzen von seinem ehrenhaften Rückzuge unterrichtet; der Kaiser zeige durch ein tiefes Schweigen daß er, auch durch die nordischen Angelegenheiten abgehalten, sich in die französische nicht mischen wolle; England halte zurück, um Zwietracht zu säen, und Preußen habe nur seine Privatinteressen im Auge. Wie also wäre eine Zurückweisung der Verfassung möglich; es würde unfehlbar zur Absetzung des Königs und zu noch strengerer Ueberwachung führen. Es bliebe also nichts übrig als die Zuflucht zur Partei der Prinzen! Aber wie viel würde dieß schaden? „Allein handelnd würden sie wohl nichts erreichen, und gelängen ihnen ihre Pläne (was nicht wahrscheinlich), so fielen wir unter ihren Agenten in eine neue, noch weit schlimmere Abhängigkeit (esclavage) als die bisherige, weil wir ihnen dann Alles was sie verlangten, gewähren müßten; sie wollen ja jetzt schon, daß wir uns Calonne überliefern."

Man schreibe ihr von Außen, fährt sie fort, in wenigen

Tagen werden alle Mächte zusammentreten und ein Manifest erlassen, dem durch eine imposante Truppenmacht Nachdruck gegeben werden solle. „Ich wünsche sehr, daß dieß wahr sei, glaube es aber nicht, obgleich bei der Getheiltheit der Nationalversammlung und der Gleichgültigkeit des Volkes ein Vorgehen dieser Art Erfolg haben könnte . . . Dann schreibt man: Monsieur werde, weil der König nicht frei sei, zum Regenten Frankreichs und Artois zu seinem Statthalter von den Mächten ernannt werden. Ich wünschte gerne Näheres hierüber von Ihnen zu erfahren. In wenigen Tagen wird man die Constitution uns zur Unterzeichnung vorlegen, setzen Sie mich baldmöglichst von Allem was vorgeht in Kenntniß.“ Ohne Freunde, stets von Spionen umgeben, sei ihre Lage die betrübteste. — So weit den 16. August. Zehn Tage später fährt sie fort ihre Lage als die gleiche zu schildern, wünscht noch immer Nachricht von Außen zu erhalten und setzt noch immer einige Hoffnung auf die Intervention der Mächte, will aber keine andere, namentlich nicht die der Prinzen, welchen der Kaiser befohlen hatte sich jeder Einmischung zu enthalten.

Kaum war Kaiser Leopold in Wien zurück, als unerwartet der Graf Artois dort eintraf und Truppen für den offenen Krieg gegen Frankreich, sowie die Anerkennung des Grafen von der Provence als Regenten Frankreichs verlangte. Der Kaiser nahm ihn kühl auf, kehrte aber zu dem Gedanken zurück, im Einverständniß mit allen Höfen gegen die Revolution, nöthigenfalls mit Waffengewalt, vorzugehen. Er unterhandelte noch mit Spanien und England, hatte aber schon mit dem Könige von Preußen eine Zusammenkunft in Pillnitz verabredet und reiste den 20. August dahin ab. Während dieser Zeit hatten die Prinzen und ihre Rathgeber Alles aufgeboten um die Mächte zu vermögen, sich mit ihnen zu verbinden und als ihre Alliirte Frankreich den Krieg zu erklären. Feuillet de Conches theilt eine große Anzahl auf ihr Treiben bezügliche Aktenstücke mit, namentlich ihren Briefwechsel mit der für sie günstig gestimmten Kaiserin Katharina

von Rußland. Ludwig XVI. scheint den 14. August noch nicht mit sich einig gewesen zu seyn und übersandte Provence und Bouillé eine Vollmacht zum Unterhandeln mit den Mächten (Feuillet II. 211). Graf Mercy, seiner Gesundheit halber in Spaa, hatte schon im Juli dem Kaiser vom Kriege abgerathen, und hielt eine Drohung für hinreichend (II. S. 176).

Artois begab sich ebenfalls nach Pillnitz und that alles Mögliche, um die Pläne der Emigrirten durchzusetzen. Da Spanien und England sich von jedem Unternehmen gegen Frankreich zurückzogen, so kam es den 27. August zu der bekannten Convention, welche im Grunde nichts anderes war als eine Erklärung des Nichtintervenirens *). Der Kaiser übersandte sie den 30. von Prag aus seinem Staatskanzler Kaunitz mit einer Verbalnote über deren Artikel (Feuillet II. 260), und schreibt ausführlich über den Ausgang des Congresses an seine Schwester Marie Christine, worin er sich sehr stark gegen die Prinzen und Calonne der sie leite, sich in Alles mische und ein falsches schlechtes Subjekt sei, ausspricht **). Antoinetten war gesagt worden, die Mächte würden die, wenn auch vom Könige angenommene, Constitution nicht anerkennen, und dem Wunsche der Emigrirten gemäß vorgehen; sie gerieth aber deßhalb in die größte Unruhe, was sie den 12. September Mercy mittheilt. Anfangs war dieser nicht für die Annahme, wurde aber anderer Ansicht, worüber sie denn ihre Zufriedenheit ausdrückt (Feuillet II. 311, Hunolstein S. 255). Sie scheint aber dennoch den Hintergedanken einer Intervention der Mächte zu nähren, über deren Chancen sie den 8. September noch ein ausführliches Memoire nebst Brief an den Kaiser sendet (Feuillet II. S. 287, 288—310, Hunolstein S. 225, 227—251).

---

*) Wolf S. 114.

**) Wolf S 115. In einem zweiten Schreiben an sie spricht er sich noch energischer gegen das Gebahren der Prinzen aus. Ebend. S. 117

Ludwig XVI. unterschrieb den 13. die Constitution, rechtfertigte sich bei seinen Brüdern in einem Schreiben vom 16., sandte ihnen den 25. ein apologetisches Memoire und gab ihnen Verhaltungsbefehle für ihr künftiges Benehmen. Bekanntlich wurde nun dem Könige die Ausübung der Regierungsgewalt zurückgegeben und seiner Familie volle Freiheit gewährt. Anfangs ward dadurch ihre Lage besser, sogar nicht unerfreulich, was die Königin ihrer Schwester schon im September meldet (bei Hunolstein S. 259). Aber schon den 4. Oktober schreibt sie dem Kaiser: es gehen um sie so viel Abscheulichkeiten vor, daß sie zu seiner Freundschaft sich flüchten müsse, um Trost und Ruhe zu finden. Sie habe die große Freude gehabt einmal einen Vertrauten des Grafen Mercy zu sprechen, leider nur auf zu kurze Zeit (Feuillet S. 404). Dieser meldete schon den 2. dem Fürsten Kaunitz, daß nach Briefen der Königin Frankreich sich noch fortwährend mitten im Sturme der Revolution befinde, so daß man unmöglich berechnen könne, was kommen werde. In einem weiteren Briefe vom 9. Oktober bestätigt er diese Angabe.

Die Mächte trugen sich damals mit dem Gedanken eines in Aachen abzuhaltenden Congresses, Mercy hält dieß noch nicht für zeitgemäß. Denselben Tag schreibt er an den Kaiser einen ausführlichen Bericht über die französischen Zustände, vertheidigt die königliche Annahme der Constitution, weil diese ja unausführbar und so der König eigentlich mit seinen Brüdern einverstanden sei. Uebrigens sei das französische Volk jetzt besserer Gesinnung gegen seinen König und die Königin, die durch einige populäre Akte das Vertrauen der Menge wieder gewonnen hätten. Man sei in einer Art von Rausch, der aber, nicht weiter genährt, bald vorübergehen werde. Die Königin sei für die Idee eines Congresses, den er aber im gegenwärtigen Augenblicke für zwecklos halte (S. 416).

Das letzte Aktenstück bei Feuillet II. S. 421—432 ist ein geheimes Memoire für die Königin, das Kaiser Leopold

im Verlaufe des Monats Oktober ihr zustellen ließ. Er räth darin dem französischen Hofe, der acceptirten Verfassung gemäß zu regieren, sich an die gemäßigte Partei zu halten und nichts zu übereilen. Ein Zurückgreifen auf die alte Verfassung wäre höchst gefahrvoll und würde alle Parteien gegen den Hof vereinen. Eine Intervention von Seite der Mächte würde jetzt nur die schlimmsten Folgen haben, der Augenblick wo sie möglich gewesen, sei vorüber. Die gewissen Folgen einer versuchten Gegenrevolution werden mit den lebhaftesten Farben geschildert, die bisher eingehaltene Politik des Königs gebilligt und die Zweckwidrigkeit eines von der Königin gewünschten Congresses dargethan. Dieses wichtige Dokument, wovon Ausfertigungen sowohl im kaiserlichen Archiv zu Wien als in dem zu Paris sich befinden, enthält die besten Aufschlüsse über die Gesinnungen und Absichten des Kaisers, der, wie man freilich jetzt weiß, niemals gewillt war, an der von der Emigration verlangten Invasion Frankreichs zur Wiederherstellung des alten Königthums Theil zu nehmen.

Den 6. Dezember sendet die Königin ihrem Bruder eine ihm zustimmende Antwort auf das Memoire (Hunolstein S 264). In demselben Sinne schreibt sie den Tag darauf an die Kaiserin über die Constitution, fürchtet aber so viel Schlimmes, daß sie auf den Gedanken eines Congresses der europäischen Mächte zurückkommt (Hunolstein S. 261). Den 7. Dezember schreibt sie hierüber ausführlich an Mercy mit Depeschen, die er an den Kaiser und die Kaiserin zu expediren gebeten wird. Auf dieses Schreiben folgen bei Hunolstein noch sieben andere Briefe oft unbedeutenden Inhalts (bis 4. Juli).

Weder Feuillet noch Hunolstein ward ein höchst interessanter Brief Marie Antoinette's vom 29. Mai 1792 an ihre Schwester bekannt, den Wolf S. 123 als eine geistige Reliquie der unglücklichen Königin seinem ganzen Inhalte nach abdrucken ließ. Sie schreibt, wie schwierig und gefahrvoll es für sie sei, Briefe an die Schwester gelangen zu lassen, weil man auf der Post ihre Handschrift kenne und um sie zu verderben, die-

selbe fälschen könnte. Nur dieß habe sie von Uebelwollenden zu fürchten. „Ich kann die Welt herausfordern mir ein wirkliches Unrecht nachzuweisen; ich kann sogar nur gewinnen, je schärfer man mich überwacht und beobachtet. Denn alle meine Worte, Gedanken und Handlungen haben keinen andern Zweck als vor Allem das Wohlergehen des Königs, für den ich mein Blut geben werde, in Wahrheit aber auch das Glück Aller; denn ich verlange nichts als eine Ordnung der Dinge, die diesem unglücklichen Lande den Frieden und die Ruhe wieder gibt, und meinem armen Kinde eine glücklichere Zukunft bereitet als die unsrige war. Denn was uns betrifft, so haben wir zu viel Gräuel und zu viel Blut gesehen, um jemals wieder wahrhaft glücklich zu seyn."

Die Lage des Hofes wurde inzwischen bald auf's neue gefahrvoll. In dem Briefe vom 4. Juli wird dieselbe mit den schwärzesten Farben geschildert und jetzt dringend um eine durch eine imposante Heeresmacht auszuführende Intervention gebeten. Dieses Verlangen der Königin erscheint auf den ersten Anblick unerklärlich, da sie früher sich immer gegen eine Invasion Frankreichs durch die Mächte ausgesprochen hatte. Allein der Stand der Dinge war ein total anderer geworden. Nur durch ihren Hülfeschrei hoffte die Königin jetzt den Thron des Königs und ihr eigenes Leben zu retten.

Es ist bekannt, daß die im Oktober zusammengetretene sogenannte gesetzgebende Versammlung sehr bald andere Dinge betrieb als die Aufrechterhaltung der neuen Verfassung. Gestachelt durch die von Tag zu Tag mächtiger werdenden Clubs der Jakobiner und mehr noch der sogenannten Cordeliers steuerte sie dem Ziele zu, die Republik an die Stelle der Monarchie zu setzen. Günstig für ihre Plane war die zweimal hintereinander versuchte Ausübung des nach der Verfassung dem Könige zustehenden Rechts des Veto, (den 9. November) gegen den Gesetzesvorschlag, die Todesstrafe gegen die Emigranten zu dekretiren, welche bis [illegible] 1792 nicht in das Vaterland zurückge[illegible]

am 29. November gegen das Gesetz über die Verbannung der den Civileid verweigernden Priester. Der König zog sich durch seinen Widerstand gegen diese Maßregeln den Verdacht reaktionärer Gesinnungen und Pläne zu. Immer kühner geworden nöthigte ihn den 14. Januar 1792 die Versammlung, von den geistlichen Kurfürsten Deutschlands die Entfernung der Emigranten, welche mit einem Heere von 4000 Mann an Frankreichs Grenze standen, zu verlangen und für den Weigerungsfall die Kurfürsten mit Krieg zu bedrohen, wofür eine Armee von 150,000 Mann aufgestellt wurde. Kaiser Leopold nahm sich der bedrohten Reichsfürsten an, und erwiderte den 17. Februar die Drohung mit der Erklärung, der in Belgien stehende Marschall Bender werde sofort denselben zu Hülfe eilen. Ludwig XVI., der ein neues, kriegerisch gesinntes Ministerium anzunehmen genöthigt ward, mußte dem König von Ungarn, seit März Kaiser Franz II., den Krieg erklären, was den 20. April geschah. Inzwischen ging man auch in Deutschland damit um, eine Coalition gegen Frankreich zu bilden, deren Grund den 7. Februar durch das Bündniß Preußens mit Oesterreich gelegt wurde. Der Herzog von Braunschweig wurde zum Oberbefehlshaber des Bundesheeres ernannt. Bald setzte man auch den Feldzugsplan fest, ergriff aber nicht die Initiative. Ludwig XVI. war dieß Alles nicht unlieb, nur ließ er durch einen geheimen Agenten die Alliirten wissen, ihr Kriegsmanifest dürfe nicht von der Art seyn, als bezweckten sie die Zurückführung der Emigrirten und die Wiederherstellung der alten Feudalmonarchie, eine Bitte der man jedoch kein Gehör schenkte. Doch wurde den Emigrirten bedeutet, sich den Anordnungen der Mächte durchaus unterzuordnen, wenn sie nicht isolirt ihrem Schicksale preisgegeben werden wollten. Dennoch ward das den 25. Juli in Coblenz erscheinende Manifest im Sinne der Emigration redigirt. Freilich hatten schon seit dem mißglückten Einmarsche der französischen Truppen in Belgien (April 1792) in Paris sich von Tag zu Tag steigernde auf-

rühreriſche Ereigniſſe ſtatt. Die Revolution war permanent geworden und ging, von den Führern der republikaniſchen Parteien immer mehr angefeuert, auf die Maſſen des niedrigſten, mord- und raubluſtigen Pöbels über. Die Anarchie und die Herrſchaft der Sansculottes begann, welcher ſelbſt die gemäßigten Männer der Revolution nicht mehr Halt gebieten konnten. Den 20. Juni fand der allgemeine Aufſtand ſtatt, in welchem die Tuilerien wie am 6. Oktober 1789 das Schloß zu Verſailles von den fanatiſirten Haufen überrumpelt, und der unglückliche Ludwig XVI. genöthigt wurde, die Jakobinermütze aufzuſetzen. Zwar gingen darauf die Wogen der Volksbewegung etwas niedriger, aber die dem Königthum widerfahrene Schmach war ſo groß, daß man deſſen baldiges Ende vorherſehen mußte.

Es iſt alſo ſehr begreiflich, warum Marie Antoinette zu ihrem letzten Nothanker greift, was ihren Brief vom 4. Juli ſomit vollſtändig erklärt. Ihr und ihres Gemahls tragiſches Schickſal erfüllte ſich nur zu bald. Der Sturm vom 10. Auguſt auf die Tuilerien nöthigte die königliche Familie im Schooße der Nationalverſammlung Schutz zu ſuchen, den 13. September ward ſie ſchon in das Gefängniß des Tempels gebracht, die Republik darauf proklamirt, und den 21. Juni 1793 fiel Ludwigs, den 16. Oktober Marie Antoinette's Haupt unter dem Beil der Guillotine. Die letzten Verſuche zu ihrer Rettung hatte ihr und ihrer verewigten Mutter treueſter Freund, Graf Mercy, obwohl ſelbſt auf der Flucht, gemacht. Schon im Januar und offen beſchwor er das Wiener Kabinet die Schmach und unauslöſchliche Schande, die Kaiſertochter hingeopfert zu ſehen, nicht auf ſich zu laden; er machte zu ihrer Befreiung einen Beſtechungsverſuch bei Danton, und drang noch im September 1793 in den die alliirten Heere befehligenden Herzog von Coburg, durch eine Ueberrumpelung von Paris ſie zu retten. Seine drängendſten Bemühungen blieben indeß erfolglos*).

*) Juste, le comte Mercy-Argenteau p. 200—208.

Ob es der Königin im Gefängnisse noch möglich gewesen, Briefe an ihre Freunde zu richten, steht dahin. Finden sich welche, so wird Feuillet de Conches wohl nicht versäumen, sie der Welt bekannt zu machen.

LII.

Eine Biographie des Bischofs Sailer.

Man sollte es kaum glauben und doch ist es so: ein Mann von der weittragenden, tief auch noch in unsere Gegenwart hereinragenden Wirksamkeit Sailers ist 32 Jahre lang ohne eigentliche Biographie gewesen. Sein Name ist im katholischen Deutschland unsterblich, ja er ist zu einem Symbol und Schlagwort geworden, das seit einem halben Jahrhundert und bis zu dieser Stunde oft gebraucht und öfter mißbraucht ward; trotzdem hatte immer noch keine katholische Feder sich daran gemacht, dieses reiche und vielseitig interessante Leben gründlich zu erforschen. Sailers Nachfolger auf dem Regensburger Stuhle, der fromme Bischof Wittmann, hat an dem unermüdeten Historiker des Stifts Metten, an P. Mittermüller, einen würdigen Biographen gefunden; Sailers Lieblingsjünger, der unvergeßliche Cardinal Diepenbrock, hat von der Meisterhand seines fürstbischöflichen Nachfolgers, ein monumentum aere perennius erhalten; für Sailer aber ist bis auf den letzten Sommer nur ein protestantischer Pastor als Biograph

aufgetreten mit einer Tendenzschrift, deren Zweck und Werth leicht zu errathen ist.

Auch die nun endlich erschienene Biographie Sailers verdanken wir nicht der bevorrechteten Zunft. Der Verfasser ist zwar bereits seit einigen Jahren literarisch bekannt, und schon seine Erstlingsarbeit zeichnet sich ebenso durch minutiösen Fleiß wie durch stylistische Begabung aus*). Aber er unterzeichnet sich immer noch als „Cooperator in Pondorf bei Wörth a. d. Donau." Die Fülle der literarischen Hülfsmittel darf man bei einem bayerischen Dorfkaplan nicht suchen, der natürlich weder ein Schüler Sybels noch ein Mitarbeiter der historischen Commission ist. Aber er hat mit mühsamer Sorgfalt alles Material zusammengesucht, das ihm erreichbar gewesen ist, wir lesen in den Citaten manche vergessene Quelle der Zeitgeschichte, und aus dem Stoff der ihm zu Handen war, weiß er mit weiser Oekonomie ein ausdrucksvolles Bild zu gestalten.

Wie Hr. Aichinger erzählt, so hatte der selige Diepenbrock bereits an einer Biographie Sailers zu arbeiten begonnen, und als er die Feder mit dem Hirtenstab vertauschen mußte, erhielt der berühmte Musik-Historiker, Kanonikus Proske in Regensburg, seine Materialien. Auch Proske starb, ehe er sich an diese Aufgabe machen konnte. Wohin aber die gedachten Materialien gekommen sind, das erfahren wir nicht, und auch sonst sind ohne Zweifel noch die instruktivsten Papiere über Sailer unbenützt und ungekannt an verschiedenen Orten vorhanden. Es wäre hohe Zeit, daß diese Vernachlässigung oder Verheimlichung endlich ein Ende nähme. Die glücklichen Besitzer wissen nun die richtige Adresse für ihren Schatz, um denselben zum Gemeingut zu machen; Herrn Aichingers schönes Buch wird unfraglich bald eine zweite

*) Kloster Metten und seine Umgebungen. Von … Cooperator in Pondorf. Landshut, Thomann …

Auflage erleben, und Niemand der zu einer größern Vollständigkeit derselben beitragen kann, sollte versäumen dieß inzwischen zu thun. Der Verfasser braucht dann sein Werk nicht abermals einen bloßen „Versuch" zu nennen *); und daß er jeder vertraulichen Mittheilung werth ist, dafür hat er den Beweis geliefert **).

Uebrigens ist es dankenswerth, daß Hr. Aichinger mit seiner Arbeit nicht länger zurückgehalten hat. Das Buch kommt zu rechter Zeit und wie gerufen. Ein unverfälschtes und ungeschminktes Bild Sailers, wie es Hr. Aichinger aufstellt, bildet ein lehrreiches Stück unserer kirchlichen Vergangenheit, das aber seine eigenthümlichen Reflexe auch auf unsere kirchliche Gegenwart wirft. Derlei Gedanken werden sich unwillkürlich jedem aufmerksamen Leser aufdrängen. Wir stehen in Deutschland wieder inmitten streitender kirchlichen Parteien; dieselben sind keineswegs congruent mit den Parteien in Sailers Tagen, aber sie haben Etwas mit denselben gemein, was sich schwer mit einem Worte ausdrücken läßt. Wir möchten sagen: es mangle da überall das rechte Gleichgewicht und dieses Gleichgewicht sei bis zur Stunde noch nicht erreicht. Es wäre sonst eine Harmonie im katholischen Deutschland, nicht ihr bloßer Schein, und es gäbe eben keine Parteien. Worin aber jenes Gleichgewicht besteht, das läßt sich an keinem Beispiel besser studiren als an dem Lebensgange Sailers, an seinem Freundeskreise und seiner ganzen Zeit. Sie hatten

---

*) Johann Michael Sailer, Bischof von Regensburg. Ein biographischer Versuch von Georg Aichinger, Cooperator in Pendorf. Freiburg, Herder 1865. Stn. VI. 466.

**) Inzwischen berichtet die letzte Nummer des „Liter. Handw[illegible] daß die oben erwähnten Materialien in die Hände des [illegible] Capitulars Dr. Amberger in Regensburg, Verfassers der [illegible] Pastoraltheologie, gelangt seien und daß das Ela[illegible] lange auf sich warten lassen werde. Das wäre [illegible] weiter angelegtes Werk des Hrn. Aichinger [illegible] Concurrenz.

das Gleichgewicht erstlich noch nicht, aber sie suchten es inniger als wir.

Der „deutsche Fenelon“, wie man den geisterfüllten Schustersohn von Aresing genannt hat, ist bekanntlich, seitdem in Deutschland wieder das Gefühl strengerer Kirchlichkeit herrschend geworden ist, in sehr ungleichem Andenken gestanden. Er ist mehrfach, wenn nicht verketzert, so doch mit abschätzigen Augen betrachtet worden. Und allerdings, wer den Mann nicht rein objektiv aus seiner Zeit heraus versteht, der muß ihn mißverstehen; der kann auch die verschiedenen Stimmungen nicht würdigen, die troß des einheitlichen Grundtons in verschiedenen Perioden des Lebens die Seele Sailers beherrschten. Seinen Helden aus seiner Zeit zu verstehen und zu erklären, das ist auch die Aufgabe die Hr. Aichinger sich vor Allem gestellt hat, und es ist ihm gut gelungen. Er schreibt keine Apologie, aber noch weniger eine Anklageschrift; er nimmt die Menschen und Dinge wie sie waren und sind, und ohne daß er es sagt, ergibt sich das Facit am Schlusse: daß in dem geistigen Wesen Sailers und der Seinen etwas lag, was wir im Ganzen mehr oder weniger entbehren, und daß in unserm geistigen Wesen etwas vorhanden ist, was Sailer und die Seinen erst später, einige gar nicht erreichten. Die Vereinigung beider Vorzüge wäre die reine katholische Harmonie in deutschen Seelen, sie wäre jenes Gleichgewicht, welches der Zukunft der Kirche in Deutschland vorbehalten zu seyn scheint, wenn anders unser armes Vaterland noch eine Zukunft haben wird.

Wir wissen nicht, in welche Bahn Sailer hineingeleitet worden wäre, wenn es ihm vergönnt gewesen wäre als Priester der Gesellschaft Jesu seine unter allen Umständen große Mission anzutreten. Er studirte als Novize der Jesuiten in Ingolstadt, als der Orden plötzlich aufgehoben wurde und dadurch der letzte Damm gegen den tiefsten kirchlichen Verfall auseinander stob. Während das Volk in seiner christlichen Gewohnheit fortlebte, zeigte sich in der höhern Gesellschaft

ein schreckhaftes Verderben; das neue Geschlecht schien widerstandlos dem Antichristenthum geweiht. Der berüchtigte Emser-Congreß bezeugt, wie weit es mit den Hirten der Kirche in Deutschland bereits gekommen war; im Süden feierten der Illuminatismus und die Freimaurerei, im Norden der triviale Rationalismus der Nikolai und Genossen ihre Orgien unter den Gebildeten. Wer den Namen Christi in diesen Schichten wieder geltend machen wollte, der mußte mit seiner Persönlichkeit bezahlen, und dieß war der Standpunkt Sailers.

Der Nimbus der Kirche verschwand überhaupt in jener Zeit hinter der Persönlichkeit. War nun die geistige Natur des Einzelnen wie bei Sailer, troß allem Feuereifer und aller Treue, doch weich und sanguinisch, so ergab sich ein starkes Maß von religiösem Subjektivismus ganz von selbst. Sailer bezeichnet sich und die Seinigen einmal als die „Freunde der Innigkeit“, in der That ein durchaus zutreffendes Wort. In der heiligen Innigkeit Sailers wurzelte die Macht, womit seine Persönlichkeit eine Menge trefflicher Menschen hinriß durch Umgang, Wort und Schrift. Die fromme Innigkeit hat aber, je inniger sie ist, um so leichter geschlossene Augen für das Gebiet der äußerlichen Regeln und Grenzen, und dieß war unfraglich auch bei Sailer der Fall, nur daß er sich stets zu rechter Zeit mahnen ließ und, wenn ich so sagen darf, gleich wieder zu sich kam.

Als seine ersten Schriften sich verbreiteten, wurde er von zwei verschiedenen Seiten angegriffen. Das Organ der rationalistischen Protestanten behandelte ihn als verkappten Jesuiten, der den Katholicismus in den protestantischen Kreisen trügerisch einschwärzen wolle, und darum den römischen Kirchenglauben so einschmeichelnd mit absichtlicher Ig[illegible] der Unterscheidungslehren darstelle. Eben deßhalb [illegible] auf der andern Seite der selige Sailer bis heute [illegible] gezeichnetsten Beifalls bei den gläubigen [illegible] wollen ihn eigentlich vollends zu den Ihrigen [illegible] hat dem Credit Sailers später mehr gesch[illegible]

stischen Aufdringlichkeiten. Er hatte auch wirklich zu Lebzeiten viel protestantischen Verkehr und protestantische Freundschaften, namentlich in der ersten Periode, und auch noch später pflegte er, wenn er nach München kam, regelmäßig bei dem Präsidenten der neuen Akademie, dem aus Nord-Deutschland berufenen Philosophen Jakobi, sein Absteige-Quartier zu nehmen. Schon bei den damaligen Zuständen und Parteiungen in Bayern, von welchen Sailer in seiner Innigkeit freilich gar keine Notiz nahm, konnten die Folgen nicht ausbleiben. Er wurde zuerst von den kirchlichen Altconservativen — der Hr. Verfasser nennt vor Allen die Exjesuiten von St. Salvator in Augsburg — bei dem dortigen Ordinariat der Heterodoxie und des Illuminatismus beschuldigt, und darüber verlor er seine Professur in Dillingen. Später wurde er in Rom des Mysticismus, Separatismus und Kryptoprotestantismus verdächtig. Gewiß mit Unrecht; doch meint auch Hr. Aichinger, es sei ein Glück für den guten Professor gewesen, daß Rom seine Berufung auf den bischöflichen Stuhl von Augsburg nicht zugab. „Das Bisthum Augsburg war der Hauptsitz des aftermystischen Uebels . . . Sailer aber war, wenn auch für sich selbst frei von den Irrthümern der Aftermystiker, doch zu eng mit vielen Häuptern der Sekte persönlich befreundet. Die oberhirtliche Stellung hätte ihm aller Voraussicht nach die peinlichsten Verlegenheiten und die bittersten Conflikte zwischen der Stimme des Herzens und der Nöthigung bischöflicher Pflicht bereiten müssen."

Das Buch enthält einen ausgiebigen Abschnitt mit der Ueberschrift „Sailer und die Aftermystiker". Der Verfasser gesteht, daß er nicht ohne eine gewisse Bangigkeit an diesen intrikatesten Punkt in Sailers Leben und an die Frage herangetreten sei: mit welchem Rechte die Aftermystiker Sailer als einen der Ihrigen präconisiren konnten? Es geschah mit Unrecht, dieß ergibt sich als Endresultat aus der aktenmäßigen Darstellung des Verfassers. Aber man empfängt zugleich den

lebhaften Eindruck, daß die Befestigung und, wenn ich so sagen darf, die Stählung der weichen Seele Sailers doch erst das Werk seiner Erfahrungen mit den enthusiastischen Freunden des Boos'schen Kreises war. Er wurde allmählig vorsichtiger und lernte die Geister besser unterscheiden als zuvor. Als dann endlich die Bewegung ihre vorzüglichsten Führer einer zügellosen Schwärmerei und dem Protestantismus in die Arme führte, da stand Sailers Urtheil freilich ganz fest. Aber dieß hatte nicht gehindert, daß seine Innigkeit mit der Innigkeit von Männern wie Boos, Goßner, Lindl anfänglich die tiefsten Sympathien fühlte. Er glaubte zuversichtlich, daß ihr Werk aus Gott sei, aber freilich unter der wenigstens stillschweigenden Bedingung, daß das innere Leben der Erweckten das äußere Leben der Kirche, dessen Regeln und Grenzen nicht durchbrechen und zerstören werde. Je nachdem diese Hoffnung bei ihm stieg oder fiel, ließ Sailer seinen wahlverwandten Sympathien freien Lauf oder er kämpfte sie mühsam nieder bis zur endlichen Fixirung. Zwanzig Jahre lang dauerte der Kampf in der Seele Sailers. Den Grund seines Widerstrebens durchschauten die rücksichtslosen Freunde der Innigkeit von Anfang an mit richtigem Instinkt. „Sailer habe allzuviel Gelehrtes, um auf die einfältigen Wege Gottes genug einzugehen", so sagten sie. Mit andern Worten: Sailer hatte die Geschichte genug studirt, um bei all seinem Vertrauen auf die inneren Führungen Gottes doch die beherrschende Thatsache der Kirche, d. h. über den Führungen Gottes im Einzelnen die Führungen Gottes in der Welt, nicht übersehen zu können.

Er hat selbst am 17. Nov. 1819 eine Rechtfertigung niedergeschrieben, welche seine Stellung zu den kirchlichen Bewegungen und Parteien der Zeit präcisirt. Diese Sätze sind heute noch ernster Erwägung werth, vielleicht nicht weniger als damals wo sie geschrieben wurden. Sailer unterscheidet in der katholischen Religion ein doppeltes Leben: erstens das innere Leben der Kirche oder das verborgene Leben christlicher Gottseligkeit,

zweitens das äußere Leben der Kirche oder ihre Wirkung als gegebene Heilsanstalt. Er betont nun, daß dieses doppelte Leben nur in der Einheit gedeihen und in der Trennung sich unmöglich halten könne. Auf zwei Seiten, sagt er, werde diese Wahrheit verkannt: einmal vom falschen Mysticismus, dann von denjenigen, welche er früher, in einem apologetischen Briefe für Boos, als die „mechanischen" und die „scholastischen Christen" bezeichnet hat. „Nun habe ich mich", fährt der Selige fort, „von jeher zwischen diesen beiden Extremen in der Mitte gehalten, habe gegen die bloß äußerlichen Christen die Nothwendigkeit des innern Christenthums, und gegen die bloß innerlichen Christen die Nothwendigkeit des äußern Christenthums vertheidigt, habe stets auf inneres und äußeres Kirchenleben gedrungen und werde stets darauf dringen bis an's Ende meines Lebens. Die Trennung des äußerlichen Christenthums von dem innern könnte man allerdings den Pharisäismus unserer Zeit nennen, die Trennung des innerlichen von dem äußern haben sie Mysticismus genannt. Nun habe ich den letztern stets verabscheut wie den erstern, und wie ich auf Gemeinschaft des Gemüthes mit Christus gedrungen habe und noch dringe, so habe ich stets gedrungen und dringe noch auf Gemeinschaft mit der Kirche."

Es besteht kein Zweifel, daß Sailer wirklich in der eben angedeuteten Weise das rechte Gleichgewicht endlich gefunden hat; Tausende haben es gefunden gleich ihm und finden es fortwährend in ihren stillen Herzen. Aber die streitenden kirchlichen Parteien der Gegenwart! Es hat sich mir unwillkürlich die Frage aufgedrängt: welcher von ihnen Sailer aus seinem gefundenen Gleichgewicht heraus wohl beitreten würde, wenn er heute wieder käme? Ich fürchte, als solcher keiner von beiden. Die Einen schelten die Andern „Scholastiker" und „Mechaniker"; ich will hier nicht untersuchen, mit wie viel Grund. Sailer aber würde vielleicht erwidern: was ihr den Gegnern vorwerft, das seid ihr selbst erst recht, denn während ihr mit dem äußern Leben der Kirche und

ihren Denkmälern euch ausschließlich beschäftigt, habt ihr des innern Lebens der Kirche mehr oder weniger vergessen. Er, der Mann der gottinnigen Geistigkeit, hat die Eine streitende Schule seiner Zeit nicht goutirt; jetzt müßte er zwei im Namen der katholischen Sache streitende Schulen sehen, und ganz gewiß würde er die am heftigsten perhorresciren, welche mit einer exclusiven Wissenschaftlichkeit das profanste Gepränge treibt. Er würde fragen, wo denn bei einem solchen Uebergewicht des Kopfes das Herz hinkomme, von dem doch die alte Zeit gesagt hat, daß es eigentlich den Theologen mache; und er würde im katholischen Deutschland eine neue Bewegung von all dem Formalismus weg nach dem innern Leben der Kirche zu entzünden suchen, unter seinem alten Feldruf: „das Thun ist der sicherste Weg zum Wissen."

Vielleicht steht bald ein Anderer auf, um zu thun was der selige Sailer thun würde, wenn er heute wieder käme. Die Zeit ist reif dazu, denn augenscheinlich hat sich wieder eine Periode kirchlicher Entwicklung in Deutschland aus- und abgelebt. Man kann dieselbe, wenn man will, auch füglich vom Tode Sailers an datiren. Der ehrwürdige Bischof wankte bereits dem Todbette zu, als er in das Vorposten-Gefecht des großen Kampfes um die Freiheit der Kirche gegenüber den großen und kleinen Staatsallmachten in Deutschland verwickelt wurde. Es war der Streit über die gemischten Ehen und Sailer zählte zu der Minorität der bayerischen Bischöfe, welche die Uebergriffe der Staatsgewalt energisch abwehrte. Mit Recht bemerkt der Hr. Verfasser darüber: „Der Ruhm eines treuen Zeugen ist ihm ungeschmälert, und derjenige wird immer als Verleumder zu brandmarken seyn, der Sailers unbefleckten Namen mit einem Verrath an der Sache unserer heiligen Kirche in Verbindung zu bringen unterfängt" *). Der Selige erlebte das Ende des einheimischen

*) Dieß ist nämlich in der Allg. Zeitung vom 23. Nov. 1864 in einem Artikel mit der Ueberschrift „Suum cuique" geschehen, in-

Konflikts nicht mehr, noch weniger die große Erschütterung in Preußen, auf welche der Wahrheit gemäß das Wiedererwachen des katholischen Kirchenlebens in Deutschland zurückgeführt wird. Es war in der That eine neue Periode frischen und freudigen Aufschwungs. Aber nach der Natur des ersten Anstoßes bewegte sie sich doch mehr im äußern Leben der Kirche und in der weltlichen Rechtssphäre derselben. Das ist jetzt sehr deutlich wahrzunehmen, wo die äußersten Ausläufer der Bewegung in deren Gegentheil zurückzufallen zu beginnen. Der Wurm verweltlichter Anschauung und profaner Wissenschaftlichkeit beginnt an der Blüthe zu nagen, auf die wir so stolz gewesen sind, und die Veräußerlichung des Kirchenlebens ist, unter den Einflüssen einer eminent materialistisch gerichteten Zeit, schon soweit gediehen, daß man dereinstige Kämpfer für die Freiheit der Kirche jetzt wieder auf den Schutz des Staats für die Freiheit ihres persönlichen Denkens und Forschens von der Kirche pochen hört.

Wir haben in diesem traurigen Streit stets nur das Symptom eines tiefer liegenden Uebels erblickt, das uns erschrecken müßte, wenn es in gleichmäßigem Fortschritt auf die jüngere Generation überginge. Dagegen gibt es aber nur Ein Heilmittel: das was Sailer sehr richtig das innere Leben der Kirche nannte, muß wieder mehr betont, in den Schulen muß der Same wahrer Geistesmänner neu ausgestreut werden. Das was dem edlen Sailer und seiner Zeit lange und besorglich mangelte, die strenge äußere Kirchlichkeit nämlich, ist von der nun hinschwindenden Generation für die deutsche

---

dem dort Febronius, Wessenberg und Sailer dem Herrn Bischof von Speyer als Vorbilder zur Nachahmung empfohlen wurden. In der That liegt in dieser Zusammenstellung ein lächerlicher Mißgriff. Denn gerade von dem was die alten Gallikaner und neuen Wessenbergianer charakterisirt, hatte Sailer absolut nichts als das Gegentheil an sich, von der Verweltlichung nämlich. Wer sich auf Sailer berufen will, der müßte vor Allem so gottinnig fromm seyn, wie er war.

Kirche erobert worden; das aber bleibt uns noch hinzuzuerobern, was Sailer und seine correkten Freunde in so reichem Maße besaßen: jene heilige Liebe und freudige Gottinnigkeit, welche den Persönlichkeiten dieser Männer ihre überwältigende Erscheinung verlieh.

Solche Gedanken hat in uns die Biographie Sailers erweckt, indem wir sie unbefangen lasen, wie sie unbefangen geschrieben wurde. Jedenfalls ist diese Lektüre eine sehr zeitgemäße, und es scheint uns fast, als sei es kein Zufall, daß der bescheidene Cooperator von Pondorf eben jetzt in so eindringlicher Weise das Andenken an Sailer und seine Zeit in der kirchlichen Gegenwart wachruft.

LIII.

Zeitläufe.

England am Grabe Palmerstons.

Es sind bald sieben Jahre verflossen, seitdem diese Blätter zum letztenmale die innere Lage Englands eingehender in's Auge gefaßt haben *). Die sogenannte Reformfrage, d. i. das schwierige Problem, ob und wie weit die Wahlrechte zum brittischen Parlament ausgedehnt werden sollten, hat damals die nächste Veranlassung geboten. In dieser Reformfrage ist unmittelbar die ganze englische Verfassungsfrage beschlossen; mit

*) Band 43. S. 324 ff.

andern Worten: von der Frage ob die englischen Wahlrechte überhaupt und nach dem Wunsche der treibenden Geister unserer Zeit ausgedehnt werden oder nicht, hängt die Entscheidung ab, ob die englische Verfassung als das was sie ist, als Unikum in der Welt fortbestehen, oder ob sie umgestaltet werden soll nach dem allgemeinen Zuschnitt französischer Constitutionen, die bis jetzt für alle anderen Verfassungen der Neuzeit das einzige Muster geblieben sind.

Damals nun — es war in den ersten drei Monaten des verhängnißvollen Jahres 1859 — stand die Sache so, daß man schon ein sehr genauer Kenner Englands und mit den Geheimnissen der brittischen Regierungskunst intim vertraut seyn mußte, um es für möglich halten zu können, daß die Bewegung doch wieder von der Tagesordnung verschwinden und resultatlos ausgehen werde. Man pflegt die zwei großen englischen Parteien, Tories und Whigs, ganz unzutreffend nach unseren continentalen Begriffen zu bezeichnen, die ersteren als „conservativ", die letzteren als „liberal". Daß diese Bezeichnung zweier Parteien in derselben Aristokratie, deren keine aristokratischer ist als die andere, im Wesentlichen keineswegs zutrifft, hatte sie eben damals handgreiflich erwiesen. Die Tories waren an der Regierung, und sie selbst hatte eine Reformbill eingebracht, viel liberaler als die nachher von den Whigs eingebrachte Bill. Die letzteren benützten eine an sich unbedeutende Bestimmung, ob nämlich ein Besitzer an mehreren Orten zugleich wahlberechtigt seyn könne, um die Regierung des Lord Derby zum Falle zu bringen, und als dann Lord Russel seine eigene Reformbill einbrachte, da geschah es nur zum Schein und in der vorgefaßten Absicht das Kindlein im Parlament hehlings ersticken zu lassen. Es war eine gewaltige Agitation im Lande; die sogenannten „Radikalen" — welche indeß im Durchschnitt auch noch nicht so „liberal" sind wie unsere gemäßigt liberalen Minister auf dem Continent — hatten mit ihrem Lärm über die schreiende Ungerechtigkeit des bestehenden Zustandes die zwei Inseln erfüllt. Niemand hätte

bei uns die große Escamotage für möglich gehalten, und doch trat sie ein. Das feine Kunststück war aber das Verdienst oder Unverdienst des Lord Palmerston.

Seitdem durfte der greise Staatsmann sich auf Lebenszeit assekurirt erachten in der Würde eines Premier. Soviel nämlich dabei auf die alten Parteien ankam. Palmerston, der Antireformer, war den Tories so lieb als den Whigs, den ersteren vielleicht noch lieber. Die Agitation der jüngsten Monate hatte gezeigt, wie gefährlich jede ernstliche Inangriffnahme der Reformfrage für die Existenz der beiden alten Parteien seyn würde, und daß noch dazu nichts was diese zwei Parteien bieten würden und bieten könnten, den außerhalb ihres Kreises stehenden und nach politischer Geltung ringenden Elementen genügen würde. Es wäre immer nur eine Abschlagszahlung, auf die man sofort höhere Forderungen sich gründen sähe, und noch dazu die Möglichkeit dieselben zu erzwingen. Die Angst vor einer solchen Eventualität vermehrte die Reihen der Tories sehr wesentlich, eine große Zahl von Nachwahlen fiel zu ihren Gunsten aus*) und zuletzt hatten sie bis auf ein paar Augen die Majorität im Parlament. Aber der Sitz Palmerstons war dadurch keineswegs gefährdet.

Schon am 1. Mai 1861 hielt Lord Derby, das oberste Haupt der Tories, eine sehr merkwürdige Rede über die neue Stellung der Parteien. Er wies auf die Thatsache hin, wie seine Partei Tag für Tag an Zahl und Energie im Lande wachse; warum aber, fragte er, greifen wir dennoch nicht zur Regierung, was jeden Augenblick in unserer Macht gelegen wäre? Warum? gerade um die Partei Palmerstons zusammenzuhalten und vor desperaten Schritten zu bewahren. Die betreffenden Aeußerungen Derby's sind ungemein charakteristisch

*) Sie erfochten seit 1860 Wahlsiege in Kreisen, wo sie seit 30 Jahren gar keinen Candidaten aufzustellen gewagt hatten.

für die Stellung der alten Parteien überhaupt. „Ließe die conservative Partei“, sagte er, „in der Wachsamkeit nach, womit sie jetzt J. Maj. Regierung (also die der Gegenpartei) im Parlament beschützt, so würde der jetzt an der Spitze der Regierung befindliche edle Viscount bald das Schicksal Aktäons erleiden und von seinen eigenen Hunden zerrissen werden. Die sich widerstreitenden Elemente, aus denen die liberale Partei jetzt besteht, werden einzig und allein durch ihre Furcht vor der einigen großen conservativen Partei zusammengehalten... Wollten wir die jetzige Regierung zum Rücktritt zwingen, so würde der Amtsbesitz der conservativen Partei wieder zu jenen Combinationen der weitergehenden liberalen Sektionen führen, die wir aus Erfahrung kennen, und ein abermaliger Kabinetswechsel mit Störungen unserer socialen und politischen Verhältnisse würde die Folge seyn.“

Das ist die Stellung Palmerstons in den letzten fünf Jahren gewesen. Er ward gehalten nicht nur durch die große Popularität seiner spaßhaften Persönlichkeit, sondern noch mehr durch die unbestimmte Furcht beider alten Parteien vor dem, was nach ihm kommen würde. Auch die Radikalen hatten ihre Projekte vertagt bis auf die Zeit, wo Palmerston nicht mehr seyn und in Folge seines Todes der Angstbund der alten Parteien von selbst zerfallen würde. Der berühmte Agitator Bright, im J. 1859 erster Stimmführer der Reformer, hat nachher wiederholt erklärt: solange Palmerston lebe, werde er keinen Reformantrag mehr stellen, da dieser Mann doch Alles wieder zu nichte machen würde. Seit bald einem Monat ist nun Palmerston todt, und es bedarf nur eines Blickes auf die Bedeutung der letzten fünf Jahre seiner Amtsführung, um sich zu überzeugen, daß mit ihm in der That eine große Periode der englischen Geschichte zu Grabe getragen worden ist. Eines wird unfehlbar erfolgen: die Wogen der Reform-Politik werden sich über den eingesunkenen Damm ergießen, und dieses ist gerade genug, um die englische Verfassung selbst als das was sie bisher war, in Frage zu stellen.

Vielleicht, ja wahrscheinlich geht es damit nicht so rasch, als Manche glauben; England zählt noch sehr bedeutende Kräfte des Widerstandes, wie kein anderes Land in Europa, und mehr als Ein Ministerium dürfte im Conflikt zu Grunde gehen. Aber endlich wird das Unabwendbare dennoch geschehen: auch England wird, zuletzt aber nicht zu leicht, die Süßigkeiten des doktrinären Liberalismus zu kosten kriegen mit Allem was darum und daran hängt. Mit den „großen Institutionen des Reichs", wie sie bisher verstanden und von Lord Derby in seiner denkwürdigen Rede angerufen wurden, ist es dann zu Ende.

Wenn man sich fragt: wer an die Stelle Palmerstons getreten ist, um ihn zu ersetzen, so stößt man sogleich auf das Symbol der großen Veränderung, an deren Schwelle England steht. Ich meine den Namen Gladstone. Nominell wird freilich das reconstruirte Kabinet nach dem armseligen alten Graf Russel genannt, aber thatsächlich ist Gladstone die Seele desselben, und auch das Programm des neuen Ministeriums kann nicht anders heißen als Gladstone. Die widerstrebenden Elemente der neuen Combination werden bald genug ausgeworfen seyn. Nun steht aber Hr. Gladstone längst nicht mehr innerhalb der alten Parteien, sondern er hat mit scharfer Markirung seine Stellung außerhalb genommen. Das ist vorerst vollständig genug; mehr braucht man zunächst nicht zu wissen, um die ganz neue Situation Englands zu erkennen. Es besteht kein Zweifel, daß die Tories im Stande seyn werden ein Kabinet aus ihrer Mitte dem Umsichgreifen Gladstone's entgegenzuwerfen; ihre Reihen werden sich unter den neuen Umständen sogar sehr verstärken. Aber ihnen gegenüber steht fortan immer nichts Anderes als jenes rand- und bandlose Chaos, aus dem auf dem Continent das „System des Liberalismus" sich agglomerirt hat. Der linke Flügel der aristokratischen Oligarchie, welche seit Menschenaltern England regiert, ist abgefallen; mit Russel wird der Whiggismus auch als Partei-Name aussterben. Ein hervorragender

Führer der liberalen Aristokratie ist schon seit Russels Uebergang in die Pairie nicht mehr im Unterhaus gesessen, und junge Whigs gibt es nicht. Schon im Sommer 1861 hat Palmerston das fatale Eingeständniß gemacht, daß die Jüngern unter seinen Anhängern zum Posten eines Staatssekretärs nicht befähigt seien. Schwach und zusammenhangslos wie sein Kabinet von Anbeginn war, konnte es schon nicht zu Stande kommen ohne Succurs der Radikalen, und bei den letzten Wahlen konnten die Minister sich nur insoweit Sieger nennen, als sie die sogenannten „unabhängigen Liberalen“, sonst auch als Radikale und Manchester-Männer bekannt, zu den Ihrigen rechnen. Denn sie, die unabhängigen Liberalen, waren die eigentlichen Sieger, nur durch ihre Stimmen konnten Palmerston und Russel im Namen ihrer Partei die Mehrheit im Parlament behaupten. Der unabhängige Liberalismus ist aber schon kein englisches Gewächs mehr, sondern eine continentale Abstraktion. Hr. Gladstone hat daher nur der thatsächlichen Lage die Ehre gegeben, wenn er nicht mehr „Whig“ seyn wollte, sondern sich unumwunden außerhalb der traditionellen Parteien aufstellte.

Wie gesagt, möchten wir nicht behaupten, daß Gladstone ein Ministerium des unabhängigen Liberalismus sofort mit dem ersten Stoß zum Siege führen werde. Im Gegentheil wird auf den ersten Versuch wohl bald ein „conservatives“ Interregnum folgen; die Trümmer der alten Parteien werden alle Kräfte zusammenraffen, um der Fluth noch einmal einen Damm entgegenzuwerfen, und England besitzt immer noch mehr conservatives Knochenmark als ganz Europa zusammengenommen. Wie aber die socialen Voraussetzungen nun einmal sind, so werden die Conservativen nicht die Sieger seyn; sie werden ehrenvoll untergehen, aber inzwischen wird sich das System des Liberalismus im Schooß der Opposition erst recht ausgebildet haben. Was das heißen will, begreift man bei uns jetzt besser als vor 17 Jahren. Damals schrie ganz Deutschland nach einer freien Verfassung und einem

liberalen System „wie in England“. Die Nüchternen hatten unendliche Mühe dem Publikum begreiflich zu machen, daß die englische Constitution das gar nicht sei, wofür man sie ansehe, und daß dieselbe am wenigsten „liberal“ sei im modernen Sinne des Worts. Seitdem haben sich richtigere Ansichten geltend gemacht. Arnold Ruge rechnet das englische Volksthum in allem Ernste zu den Ueberresten des Katholicismus und er spricht von einem Mittelalter, das in England heute noch fortdauere. Auch unsere liberale Presse in Deutschland hat sich gewöhnt, sogar von dem „Feudalismus Englands“ und von der „herrschenden Classe der englischen Feudalen“ zu reden. In Wirklichkeit kommt das der Wahrheit sehr nahe. Wenn man irgendwo in Europa noch von Feudalismus und von feudalen Fortpflanzungen sprechen kann, so ist es in England*). Die Krisen der Säkularisation und

*) Der bekannte Richard Cobden hat daher noch kurz vor seinem Tode erklärt, daß die „Landfreiheit“, d. i. die Ausdehnung der allgemeinen Gesetze des freien Kaufs und Verkaufs auf den Grund und Boden, die dringendste aller englischen Reformen sei. Eine solche Reform wäre freilich auch gleichbedeutend mit der Abschaffung der Primogenitur, der Fideicommisse und aller verwandten Privilegien, welche bis heute die sociale Basis der englischen Aristokratie bilden, im schreiendsten Widerspruch mit dem System der liberalen Oekonomie, welches die Beziehungen der andern Stände ausschließlich regelt. Auf Grund jener Einrichtungen besteht eine Art Lehenswesen bis zur Stunde selbst in den reichsten Fabrikbezirken fort, und die „Landlords“ ziehen daraus ein bedeutendes Maß politischen Einflusses bei den Wahlen. Die großartigen Fabrikgebäude und die glänzenden Landhäuser sind zwar Eigenthum der reichen Fabrikanten; aber der Grund und Boden auf dem sie stehen, gehört dem Landlord, der gegen einen jährlichen Grundzins die Ansiedlung auf seinem Eigenthum erlaubt und von dem der Fabrikant die zu seinem Geschäftsbetrieb erforderlichen Ländereien in Pacht nehmen muß. Bekanntlich steht die Weltstadt London selbst mit dem größten Theil ihrer Straßen in demselben Lehensverhältniß. Daß nun die reiche Bourgeoisie gegen diesen „Feudalismus“ sich aufbäumt, ist sehr natürlich. Gleichzeitig bäumen sich aber gegen

der Bodenbefreiung, kurz die großen Staatsumwälzungen die wir hinter uns haben, hat England noch vor sich. Dieß alles begreift aber das Wort „Reform" in sich, mit dem Herr Gladstone sich auf den Schild geschwungen hat; diese Reform bedeutet ganz einfach das Ende der herrschenden Classen.

Das haben die alten Parteien längst gewußt, aber ebenso gewiß wußten sie, daß die socialen Voraussetzungen mit jedem Tage für ihre Stellung ungünstiger sich gestalteten. Darum haben sie einerseits bei jeder Wahl obligate Versprechungen hinsichtlich der Reform gemacht, und andererseits ebenso obligat im Parlament die Reform wieder vereitelt. Seit dem Reformjahr von 1832 waren die socialen Grundlagen Englands ganz andere geworden; auch das Parlament konnte daher nicht das alte bleiben; das sahen die herrschenden Parteien nothgedrungen ein, aber sie mußten die Aenderung zugleich auf's äußerste fürchten und um jeden Preis verhindern. Um nun bloß von Frist zu Frist das System dieser politischen Escamotage fortzuführen, mußte eine conditio sine qua non unbedingt zutreffen. Die auswärtige Politik Englands mußte Aushülfe leisten. Das Reich mußte fortwährend in auswärtige Händel verwickelt seyn und so das Volk mit andern Dingen beschäftigt werden, um nicht einem aufregenden Brüten über die leidige Reformfrage zu verfallen.

Es ist ein stereotyp gewordener Vorwurf der englischen Radikalen gegen die herrschende Classe gewesen, daß dieselbe in der vermeintlichen Sorge für das „europäische Gleichgewicht" nur die Assecuranz ihrer eigenen Stellung anstrebe; diese Whig- oder Tory-Regierungen stürzten sich in die europäischen Händel, um einer für die Aristokratie unter allen Umständen mißlichen innern Bewegung zuvorzukommen. Ich

ihren eigenen „industriellen Feudalismus" die niederen Volksschichten auf, und so ist in der That die Reformfrage in doppelter Beziehung viel weniger eine politische als eine sociale Frage.

ihren Denkmälern euch ausschließlich beschäftigt, habt ihr des innern Lebens der Kirche mehr oder weniger vergessen. Er, der Mann der gottinnigen Geistigkeit, hat die Eine streitende Schule seiner Zeit nicht goutirt; jetzt müßte er zwei im Namen der katholischen Sache streitende Schulen sehen, und ganz gewiß würde er die am heftigsten perhorresciren, welche mit einer exclusiven Wissenschaftlichkeit das profanste Gepränge treibt. Er würde fragen, wo denn bei einem solchen Uebergewicht des Kopfes das Herz hinkomme, von dem doch die alte Zeit gesagt hat, daß es eigentlich den Theologen mache; und er würde im katholischen Deutschland eine neue Bewegung von all dem Formalismus weg nach dem innern Leben der Kirche zu entzünden suchen, unter seinem alten Feldruf: „das Thun ist der sicherste Weg zum Wissen."

Vielleicht steht bald ein Anderer auf, um zu thun was der selige Sailer thun würde, wenn er heute wieder käme. Die Zeit ist reif dazu, denn augenscheinlich hat sich wieder eine Periode kirchlicher Entwicklung in Deutschland aus- und abgelebt. Man kann dieselbe, wenn man will, auch füglich vom Tode Sailers an datiren. Der ehrwürdige Bischof wankte bereits dem Todbette zu, als er in das Vorposten-Gefecht des großen Kampfes um die Freiheit der Kirche gegenüber den großen und kleinen Staatsallmachten in Deutschland verwickelt wurde. Es war der Streit über die gemischten Ehen und Sailer zählte zu der Minorität der bayerischen Bischöfe, welche die Uebergriffe der Staatsgewalt energisch abwehrte. Mit Recht bemerkt der Hr. Verfasser darüber: „Der Ruhm eines treuen Zeugen ist ihm ungeschmälert, und derjenige wird immer als Verleumder zu brandmarken seyn, der Sailers unbefleckten Namen mit einem Verrath an der Sache unserer heiligen Kirche in Verbindung zu bringen unterfängt" *). Der Selige erlebte das Ende des einheimischen

*) Dieß ist nämlich in der Allg. Zeitung vom 23. Nov. 1864 in einem Artikel mit der Ueberschrift „Suum cuique" geschehen, in-

Respekt vor seinen Tatzen verloren, bis auf den günstigen Moment wenigstens mit Nadelstichen unablässig quälen würden. Dieser Zustand ist denn auch bereits eingetreten, und in dem jähen Schrecken der Londoner Regierung über die mysteriöse Verschwörung der irischen Fenier hat sich die neue Achilles-Ferse Englands nur allzu deutlich enthüllt. Das freie England verrieth einen Augenblick lang komische Anlagen zu einem zweiten Dezember.

Aber noch aus einem andern Grunde ist der Sieg der amerikanischen Nordstaaten eine schwere Calamität für die herrschende Classe in England. Zu dem plötzlichen Stillstand der Bewegung auf Parlamentsreform, welcher seit 1859 von Seite der Mittelclasse unverbrüchlich eingehalten wurde, hat nichts mehr beigetragen als die große Krisis in Amerika. Die bürgerlichen Organe sagten seitdem kein Wort mehr von den Vorzügen der nordamerikanischen Verfassung und ausgedehnter Wahlrechte; nur die Arbeiterclasse fuhr, und zwar um so eifriger, ja jetzt erst recht, in der Agitation für allgemeines Stimmrecht fort. Die bleibende Trennung der Union wäre für die Bourgeoisie auf lange hin ein warnendes Beispiel, eine Art Medusenhaupt in den Händen der herrschenden Classe gewesen. Hingegen wird — man merkt es jetzt schon deutlich genug — der Sieg des nordamerikanischen Radikalismus allenthalben in Europa der Demokratie zu Gute kommen, und nicht am wenigsten in England.

Palmerstons geübter Blick hat die lange Reihe der Folgen sehr wohl durchschaut, welche dem Ausfall der nordamerikanischen Krisis so oder so entspringen mußten. Auch die geheimen Zusammenhänge zwischen dem „europäischen Gleichgewicht“ und den vererbten Institutionen des englischen Reichs kannte er sehr wohl; er war daher auch für Dänemark zu interveniren bereit. Aber mit beiden im eminenten Sinne englisch-conservativen Vorsätzen fiel er im Ministerrathe durch. Warum? Man hat gesagt, England habe gefürchtet mit dem französischen Imperator, der sich immer den Löwentheil der

Beute zu sichern wisse, noch einmal auf ein größeres Unternehmen gemeinsam auszugehen, und überhaupt sei England im Fett seiner unerhörten Reichthümer feig und träge, es sei ausschließlich Mammonsdiener geworden. Beides ist wahr; die Thatsache bedarf aber eines principiellern Ausdrucks, den wir in Folgendem finden.

Die traditionelle Politik Palmerstons scheiterte an dem System des ökonomischen Liberalismus, das in Sachen Nordamerika's, Polens und Dänemarks seine ersten hochpolitischen Sporen verdient hat. Die Manchester-Männer, deren einer in der Person Milner Gibsons selber im Kabinete sitzt, hatten sich längst eine neue auswärtige Politik Englands auf die Lehre von der freien Concurrenz gegründet. Ihre Forderung ging dahin, daß England sich in fremde Händel gar nicht mehr einzumischen habe, und daß insbesondere das europäische Gleichgewicht eine Chimäre sei, für die kein brittischer Finger sich rühren dürfe, es sei denn etwa um eine unverschämte Note im Style Graf Russels zu schreiben, und auch das sei schon zu viel. Die Nichtinterventions-Politik, noch im italienischen Kriege ein perfider Vorwand Englands und Frankreichs, wurde im brittischen Kabinet jetzt bitterer Ernst. Auch der schwache Graf Russel beugte sich unter das neue Evangelium, weil er nicht wie sein scharfsichtiger Collega Palmerston erkannte, daß eine so gründliche Aenderung der auswärtigen Politik eine ebenso gründliche Aenderung der innern Politik nothwendig bedinge. Der Demokratie im Völkerrecht entspricht unmittelbar die Demokratie im englischen Parlament.

Als das Kabinet vor dem Unterhaus die plötzliche Wendung seiner dänischen Politik, wodurch das europäische Gleichgewicht und nebenbei der Vater der „Rose von Dänemark“ schmählich im Stiche gelassen wurde, vertheidigen mußte, da gab es allerlei Ausreden; nur der Schatzkanzler, Hr. Gladstone, redete von der Leber weg. Er citirte die neueste Bilanz des englischen Handels und den augenblicklichen Stand der öffentlichen Einkünfte, er pries Englands glänzende Wohlfahrt

und Prosperität, wie sie noch keinem andern Volke zu Theil geworden sei, und er zog daraus den Schluß, welcher Frevel es wäre, das fortschreitende Gedeihen des Nationalreichthums auch nur einen Augenblick zu stören, um sich in die Händel fremder Völker einzumischen. Wie man sieht, so wurde hier die traditionelle Politik Englands den Bedürfnissen der liberalen Oekonomie förmlich aufgeopfert. Das Schicksal der transatlantischen Conföderation, Polens und Dänemarks haben die politische Abdankung Englands und den Sieg der Oekonomisten besiegelt.

Nur Eine, freilich sehr große, Ausnahme schien noch fortzubestehen, nämlich der Großsultan und das englische Protektorat über die Türkei. Aber man vermuthet mit Grund, daß mit dem Tode Palmerstons auch dieser Glaubenssatz aus dem Katechismus der englischen Politik verschwinden und überhaupt nichts darin stehen bleiben werde als die drei Worte: Geld, Geld und wieder Geld. Hr. Gladstone ist der künftige Leiter des Unterhauses, vor dem der alte Pam so oft das bewundernswerthe Schauspiel des civilisatorischen Fortschritts der Türkei gepriesen hatte, und Hr. Gladstone war in seiner Jugend Philhellene. Auch seitdem hat er oft genug die ketzerische Ansicht verrathen, daß das Türkenthum ein vermodernder Leichnam sei und die Zukunft am Bosporus den christlichen Stämmen der Halbinsel gehöre. Auf solch einen persönlichen Glauben käme nun freilich nicht viel an. Aber der liberale Oekonomismus bekennt sich ziemlich bestimmt zu einer gleichen Anschauung. Die alte Schule hat den Bestand der Türkei für den wesentlichsten Pfeiler der englischen Machtstellung, insbesondere ihrer asiatischen Interessen angesehen; der liberale Oekonomismus aber gibt auf die gesammte Colonialpolitik nicht viel; er will nur Handel treiben und kann darum leicht der Ansicht seyn, daß der Untergang der Pforte in Europa für England nützlicher wäre als ihre Erhaltung. Tritt nun einmal eine englische Regierung für diese Meinung ein, dann ist das letzte der großen Axiome

gefallen, die bis auf das neue Recht des Napoleonismus das unveränderliche A B C jeder europäischen Politik gebildet haben. Gar nichts existirt dann mehr, was wahr und fest wäre in der Politik der alten Welt. Europa kann und muß dann neu werden aus dem Fundament; aber England auch.

Hr. Gladstone, der Premier der englischen Zukunft, hat die sämmtlichen Consequenzen des neuen Princips an seiner eigenen Person bereits scharf und voll ausgedrückt. Zuletzt auch die Consequenz, daß der ökonomische Liberalismus in's Verfassungs-Politische übersetzt der doktrinäre Gesammt-Liberalismus ist. Das wollte die herrschende Classe in England bis jetzt nicht anerkennen. Die liberale Oekonomie allein gebietend in der socialen Ordnung des Erwerbs und Verkehrs, in der politischen Verfassung aber die Erbweisheit der Väter, die complicirte Freiheit auf feudalen Grundlagen: das war der große Widerspruch in den Gliedern „Neuenglands". Auf die Länge konnten sich die widerstreitenden Elemente in demselben Staatsorganismus unmöglich nebeneinander vertragen. Staat und Gesellschaft lassen sich eben in Wirklichkeit doch nicht trennen, und früher oder später mußte das breite sociale Princip auch zur entsprechenden Umgestaltung des Staates führen. Lord Derby wußte schon im J. 1861 davon, daß Hr. Gladstone sich dazu qualificirt habe, bei der großen Krisis die Dienste eines Geburtshelfers zu übernehmen, und seitdem hat derselbe sich öffentlich angeboten.

Der Mann, von dem unsere Leser wohl künftig soviel zu hören bekommen werden wie weiland von Lord Feuerbrand, hat in der That eine lehrreiche Entwicklung durchgemacht. Ursprünglich war er Tory, und noch bis zu den letzten Wahlen vertrat er den conservativsten Wahlbezirk des Landes, nämlich die streng staatskirchliche Universität Oxford. Denn Herr Gladstone zählt nebenbei gesagt auch zu dem Genus der englischen „Frommen". Inzwischen hatte er sich längst zu dem liberalen Oekonomismus bekannt, und war so unter die jetzt ausgestorbene Mittelpartei der Peeliten gerathen. Indem

er dann die Lehre der ökonomischen Schule auf die gesammte Finanz- und Handelspolitik des Reichs anwandte, berührte er sich mit den sogenannten Manchester-Männern; aber immer noch stand er mit dem andern Fuß im aristokratischen Whiggismus und noch immer war er kein politischer Reformer. Erst mit seiner berühmten Rede vom Mai 1864 kündigte er den letzten und entscheidenden Durchbruch an. Es war bei der Debatte über Baine's Bill zur Herabsetzung des städtischen Wahlcensus. Da erhob sich der Schatzkanzler Gladstone, um die fast gänzliche Ausschließung der arbeitenden Classen vom Wahlrecht — nicht der 50. Theil ihrer Gesammtmasse zähle zu den Wählern, und während der untern Schichte der Mittelclasse das Wahlrecht vergönnt sei, besitze die obere Schichte der Arbeiterclasse davon nichts — als ein schreiendes Unrecht zu betonen, und dann mit kaltem Blute den Satz auszusprechen: „Nun ist aber nach meiner Ansicht Jedermann, von dem gesetzlicher Weise nicht Unfähigkeit oder politische Gefährlichkeit vorauszusetzen ist, berechtigt innerhalb der Pfeiler der Verfassung zu stehen und durch das Wahlrecht einen persönlichen Antheil an der politischen Gewalt des Landes zu haben."

Das Haus soll wie versteinert darein geblickt haben bei einer solchen Sprache aus Ministermund. Und kein Wunder. Der radikale Quäker Bright ward fünf Jahre zuvor als ein Ungeheuer verschrieen, das durch sein Reformprojekt Altengland in den Abgrund des „amerikanischen Systems" hinabstürzen wolle; jetzt erklärte Hr. Bright im Parlament, er fühle sich durch den liberalen Eifer des Schatzkanzlers ganz überholt. In der That hatte er nebst einer billigen Herabsetzung des Census hauptsächlich nur eine gleichmäßige Vertheilung der Sitze und der Wählerzahl verlangt; die letztere würde etwa verdoppelt worden seyn, und damit zugleich die Aussichten der städtischen Kauf- und Gewerbsleute. Seinen Vorschlägen kam die Reformbill der Tories von 1859 und die der Whigs von 1860 ziemlich nahe, indem beide einer größern oder geringern

Zahl von verrotteten Flecken ihre Sitze zu Gunsten der größeren Städte entzogen, und den enormen Census von 50 Pfund Miethe auf 10, resp. 6 Pfund herabgesetzt hätten. Nie hatte es sich bis jetzt bei der Reformfrage um mehr als um dieses Detail der Zahlen und lokalen Verschiedenheiten gehandelt.

Die Reformbill von 1832 nämlich trug wie die meisten der englischen Gesetze, die man bei uns als „organische" behandelt, den Charakter eines „gigantischen Flickwerks". Bei unserer Gewöhnung an die arithmetisch einfachen und gleichartigen Wahlsysteme des Continents machen wir uns nur schwer einen Begriff von dem englischen Wahlgesetz. Ein allgemeines Wahlrecht gibt es hier überhaupt nicht, alle bestehenden Wahlrechte aber sind aus alter Zeit herstammende Privilegien. Daher sind nicht nur die Bestimmungen über dieses Recht in den drei Königreichen sehr verschieden, sondern auch die Wahlkreise sind höchst ungleich ausgetheilt, und zudem unterliegen die Wähler desselben Kreises einem verschiedenen, von 40 Schilling bis zu 50 Pfund auf- und absteigenden Census. Bis dahin hat jede Reformagitation nur an diesen Einzelnheiten zu bessern gesucht, und wenn Hr. Bright alle seine Forderungen durchgesetzt hätte, so wäre das englische Wahlsystem immer noch das illiberalste in Europa gewesen. Bis 1860 hatte eben nur die Bourgeoisie die Politik der Reform betrieben; ihre Absicht ging bloß dahin, der zunächst unter ihr stehenden und von ihr beeinflußten Mittelclasse in Stadt und Land einen breitern Zugang zu eröffnen. Die englische Bourgeoisie ist nämlich sehr wesentlich verschieden von der continentalen; sie ist zu vielfach verwandt und gekreuzt mit der Aristokratie, als daß ihr wie der unsrigen die liberale Schablone natürlich zu Gesicht stünde. Ueber das englische Bürgerthum hatte die banale Phrase noch immer keine Macht. Erst Hr. Gladstone hat aus den alten Parteien heraus den gewaltigen Sprung gewagt; sein Programm vom Mai 1864 ist das formelle Glaubensbekenntniß des doktrinären

Liberalismus, das erste welches je ein englischer Minister abgelegt hat, und bei den besondern Verhältnissen Englands nähert es den Minister zugleich der industriellen Demokratie.

Wir haben Gladstone als den Premier der englischen Zukunft charakterisirt, so wie er sich bis jetzt kundgegeben hat unter dem maßlosen Staunen des eigenen Landes. Man wird aber den Mann begreifen, wenn man sich die politischen Stellungen und Spannungen im Innern Englands lebhaft zu vergegenwärtigen im Stande ist. Mit einem Gemeinplatz läßt sich dieses complicirte Bild nicht aburtheilen. Die Institutionen des Feudalismus bilden die wesentliche Basis der herrschenden Aristokratie: das muß man vor Allem festhalten, aber sich gleich daneben vorstellen, in welch schreiendem Widerspruch mit dieser Thatsache die weitere Thatsache steht, daß die Beziehungen der andern Stände ausschließlich nach dem System des liberalen Oekonomismus geregelt sind. Innerhalb des liberal-ökonomischen Systems hat sich dann ein weiterer Feudalismus, der industrielle, herangebildet und in unmittelbarem Gegensatz zu dem industriellen Feudalismus steht und kämpft die industrielle Demokratie, die in ihrer innern und äußern Organisation seit einigen Jahren reißende Fortschritte gemacht hat und noch täglich macht. Die berühmte Rede Gladstone's war im Grunde nichts Anderes als das feierliche Anerkenntniß, daß dem breitesten Element der Bevölkerung, der industriellen Demokratie, trotz der schweren Besorgnisse der grundbesitzenden und der geldmächtigen Feudalen die entsprechende politische Vertretung nicht länger vorenthalten werden könne und dürfe. Daran schließt sich dann aber unmittelbar die sociale Frage als solche, die Arbeiterfrage an, die nirgends größere und tiefere Dimensionen hat als in England.

Seit 1856 hat der berühmte Kenner der englischen Zustände, Graf Montalembert, zweimal seine Meinung gewechselt über die Frage: ob für England Gefahr drohe von der indu-

striellen Demokratie oder nicht*)? Sobald die Parlaments-Reform mit dem Ernste Gladstone's, des nach innen gewendeten Lord Feuerbrand, in Angriff genommen seyn wird, ist die Frage entschieden und zwar im bejahenden Sinne. Wir sind nicht geneigt für diesen Fall das Ende der Welt zu prophezeien, selbst dann nicht, wenn einmal eine demokratische Mehrheit des Parlaments das herrschende System des liberalen Oekonomismus einer gründlichen Revision unterwerfen sollte. Was aber bei den Ansichten Gladstone's aus den hochberühmten Institutionen des Reiches werden, ob England dann noch England bleiben, und nicht mit über den continentalen Kamm geschoren werden wird: das ist eine andere Sache.

Die Entwicklung, sobald das Parlament reformirt ist, wird das interessanteste Schauspiel bieten, das jemals ein Politiker von Fach genossen hat. Zum vorhinein viel darüber zu raisonniren, scheint nicht angemessen. Aber auf Einen lehrreichen Gesichtspunkt möchte ich zum Schlusse noch aufmerksam machen. Man hat mit Recht gesagt: an der englischen Verfassung sei nicht das Parlament die Hauptsache und das Wesentliche, sondern das allgemeine Selfgovernment. Nicht minder wahr ist aber der Satz, daß das berühmte englische Selfgovernment — es nimmt seit einigen Jahren ohnehin schon fortschreitend den Krebsgang — mit dem feudalen Parlament steht und fällt. Sobald die Vertretung aufhört „feudal" zu seyn, und sich mit Leuten füllt, denen ihre gesellschaftliche Stellung nicht die Zeit läßt, um sich den öffentlichen Interessen der Verwaltung zu widmen, so muß das Regieren ein bestimmtes Geschäft werden, für das man eine eigene Zunft aufstellt und besoldet, für das man auch einen Theil des Volks eigens erzieht und zu Staatsdienstsadspiranten heranbildet. Die Herrschaft der Bourgeoisie ist daher immer identisch mit dem Bureaukratismus, und die der industriellen Demokratie wird derselben Consequenz noch weniger

*) Histor.-polit. Blätter Bd. 43 S. 340.

entgehen können. Ganz richtig hat die Times deßhalb gesagt: „Wenn einmal Jedermann Wähler seyn wird, so wird man das Budget verdoppeln, um aus Jedermann einen Staatsdiener zu machen.“

Es ist dieß ein kleines aber einleuchtendes Beispiel für die gewisse Wahrheit: bei der nächsten besten Reform des Parlaments handle es sich um die gesammte Verfassung Englands, und erst wenn von dieser hochberühmten Verfassung kein Stein auf dem andern bleibe, dann erst werde England „liberal“ seyn.

LIV.

Beiträge zur Glockenkunde.

Von Hans Weininger in Regensburg.

Das deutsche Wort glocca kommt vor dem 9. Jahrhundert nicht vor. Nach Grimm ist das althochdeutsche Wort „diu clocha“ von clochen = schlagen, klopfen, abzuleiten. In der angelsächsischen Sprache hieß die Glocke gleichfalls clugga, im Isländischen klucka, also nur in der Schreibart ungleich.

Der lateinische Name für die Glocke war campana, nola. Walafried Strabo, Abt der Reichenau, berichtet, daß Italien das Vaterland der Glocken sei, daß dieselben zuerst in Nola, einer Stadt in Campanien, angefertiget worden und daß hievon der Name campana für die größeren und nola für die kleineren herrühre. Weil das Erz aus Campanien dazumal als das beste zum Glockengusse galt, so sind Andere der Ansicht, daß die erste Bezeichnung von dem Stoffe abzuleiten sei. Um das J. 550 verbreitete sich

ihr Gebrauch aus Italien nach Frankreich und von da 680 nach England. Als König Clothar die Stadt Sens in Burgund 615 belagerte, begab sich Bischof Lupus in die dortige Stephanskirche und rührte, um das Volk zu versammeln, das signum ecclesiae. Da wurden die Feinde von so großem Schrecken ergriffen, daß sie davon liefen, wie aus den kirchlichen Annalen des Baronius auf 615 erhellet.

Die erste Spur von Glocken in Deutschland zeigt sich zur Zeit des heil. Bonifacius (722—755). Bekanntlich war derselbe ein geborner Engländer und hieß vordem Winfried. Als er in Deutschland das Christenthum verbreitete, brachte er den da noch unbekannten Gebrauch der Glocken aus seiner Heimath zu uns. In den Pontificalien des 8. Jahrhunderts findet man schon den Ritus der Glockenweihe und in den Synoden des 9. Jahrhunderts trifft man bereits die Bestimmung, daß alle Priester zu den festgesetzten Stunden des Tages und der Nacht die Glocken ihrer Kirche läuten sollen.

Zur Zeit Kaiser Karls des Großen (794—814) waren die Glocken in Regensburg nicht nur schon bekannt, sondern auch auf dem flachen Lande eingeführt, denn 864 wird in dem Traditionsbuche zu St. Emeram von der in der Oberpfalz liegenden Dorfkirche Puebach gemeldet, daß sie bereits eine eherne Glocke (campana aerea) und eine Schelle (tintinnabulum) besitze.

Die Glockengießerei scheint im Allgemeinen weniger von herumziehenden Glockengießern (campanifices) als von Mönchen betrieben worden zu seyn. So ließ Karl der Große die Glocke zu Aachen durch Tanko, einen Mönch des Klosters St. Gallen ausführen, deren schöner Klang die Bewunderung des Kaisers erregte. Von dem Mönche Tanko erhielt sich als Sage, er habe Silber, das zum Glockengusse hätte verwendet werden sollen, veruntreut. Niemand habe die Glocke läuten können. Als Tanko nun selbst den Glockenstrick anzog, fiel der Klöpfel herab und erschlug ihn.

Alle Glocken jener Zeit hingen in isolirt stehenden Thürmen oder Hütten neben der Kirche, wie das noch in Rußland der Fall ist. Abt Tatto in Kempten ließ zwei neue Glocken, als sein Kloster nach einem Brande sich wieder aus der Asche erhob, in einem hölzernen Gestelle auf der Anhöhe der jetzigen Neustadt

aufhängen, wo jetzt die Pfarrkirche zu St. Lorenz prangt. Den ersten Glockenthurm in Freising baute um das J. 992 der Bischof Abraham. Als 994 die Domkirche zu Augsburg eingestürzt war und durch Bischof Luitolf in großartigem Maßstab und von Steinen aufgebaut wurde, erhielt sie auch Thürme. Der Kirche zu Tegernsee gab der Abt Beringer († 1012) zwei große Thürme.

Mit einem Glöcklein versah St. Wolfgang († 994) den Thurm der von ihm erbauten Kirche des Klosters Mittelmünster in Regensburg. Leider wurde dieselbe anfangs der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts, trotz mancher gehaltreichen Gegenvorstellung, eingeschmolzen. Jetzt geschähe so etwas nicht mehr. Kostbare Glocken zerschmolzen, als am 15. August 1073 der Blitz in den Regensburger Dom schlug, zu einer Zeit wo noch die Priester das Läuten derselben besorgten.

Am Ausgang des 10. Jahrhunderts erbat Gozbert, Abt von Tegernsee, vom Bischofe Gotschalk zu Freising sich von dort den Glockengießer Adalric und bald konnte der Abt Herrand von Tegernsee selbst eine Glocke nach Benediktbeuern schenken. Tiemo, Erzbischof von Salzburg, erlernte in seiner Jugend zu Niederaltaich die Gießkunst, und die Glockengießerei scheint eine Lieblingsbeschäftigung der Salzburger Mönche (1128) gewesen zu seyn, da selbe bei einem Gusse sogar ihre Kirche in Brand steckten. Nebenbei bemerkt, bildete die Glockenspeise (aes campanarum) schon 1192 einen Einfuhrartikel Oesterreichs, wie die Berichte des Alterthumsvereines zu Wien uns belehren.

In der Mitte des 10. Jahrhunderts beachtete man schon vielfach die Harmonie des Geläutes, jedoch waren die Glocken noch nicht so groß wie vom 11. und 12. Jahrhundert an. Die größten Glocken kommen im 15. Jahrhundert vor. Die große Glocke des Domes zu Erfurt (Maria Gloriosa) von 1497 wiegt 275 Centner, ihr Umkreis beträgt 15 Ellen, ihre Höhe 5 Ellen, ihre Dicke ¼ Elle. Ihr Klöpfel ist 3¼ Elle lang und 11 Centner schwer.

Wie wir später sehen werden, hatten die ältesten Glocken keinerlei Inschriften, nicht einmal den Namen des Heiligen, welchem sie geweiht waren. Die Zeit, wann man die Glocken zu taufen und ihnen einen Namen zu geben angefangen, läßt sich nicht genau bestimmen. Alcuin, Karls des Großen Lehrer, schreibt, daß die

Glockenweihe schon zu seiner Zeit üblich gewesen, daß dieser Kaiser sie jedoch wieder abgestellt habe. Im Jahre 958 weihte Papst Johannes XIII. die vornehmste Glocke in der Laterankirche zu Rom und ließ ihr den Namen Johannis Baptistae aufdrücken. Nach dieser Zeit wurde es allgemeiner, den Namen des Heiligen, den die Glocke führen sollte, dieser einzuprägen, und zuletzt fügten die Glockengießer nebst ihren eigenen Namen auch noch die Jahreszahl bei.

Zu Wilparting, einer Filiale von Irschenberg (bei Rosenheim) befindet sich eine Glocke aus gehämmertem Eisen. In Form einer Haube gestaltet, hat sie ein Gewicht von 11 Pfunden; ihre Höhe beträgt 6 und ihre untere Weite 11 Zolle. Der eiserne Klöpfel hängt an einer eisernen Hafte. Es geht von ihr die Sage, daß der heilige Marin, der 697 den 5. November hier den Märtyrertod erlitt, mit derselben seine gläubige Heerde zum Gottesdienste gerufen habe. Die Leiber des Glaubensapostels Marin und seines Gehilfen Anian, welche aus dem fernen Irland hieher gepilgert waren, ruhen daselbst unter einem prachtvollen Hochgrab (Tumba).

Von sehr hohem Alter in Bayern sind noch die Glocken von Dreßling und Aschering bei Starnberg, dann jene zu Ramsach bei Murnau. Die Form der ersteren ist halbkugelförmig. Sie wird für ein heidnisches Opferbecken gehalten, in das man erst später einen Schwengel machte. Zwischen den Dörfern Dreßling und Frieding, auf einem mit Buchen bewachsenen Bergrücken, wo vor Zeiten ein uraltes Kapellchen stund, wurde diese Schale von weidenden Schweinen ausgewühlt. Weil man dabei eine kleine Broncefigur fand, die einen Götzen vorstellte, kam man auf den Gedanken, jenes Becken möchte ein heidnisches Opfergeräthe gewesen seyn. In der Familie des Meßners erbte sich dieses Götzenbild fort bis zu einem Brande, der das Meßnerhaus in Asche legte. Als jene Feldkapelle 1805 abgebrochen wurde, wo diese Schale als Glocke hing, kam sie in die Pfarrkirche nach Dreßling, ohne weiter benützt zu werden. Die Höhe dieser Glocke beträgt 4 Zoll 8 Linien, die untere Weite 10 Zoll und 6 Linien.

Die Glocke zu Aschering bei Starnberg hat eine ähnliche haubenartige Gestalt, ist von geschmiedetem Eisen, mißt in der

Höhe 5, in der Weite 10 Zolle und beträgt die Stärke des Metalles etwa 2 Linien. Jene im Kirchthurme zu Ramsach bei Murnau hat nahezu die viereckige Gestalt einer Kuhschelle, besteht aus gehämmertem Eisen und mißt in der Höhe einen bayerischen Fuß. Sagen über sie sind keine vorhanden.

Wie wir gesehen, wurde in sehr alter Zeit ein Theil der Glocken nach Art der Kuhschellen mit freier Hand aus Eisen geschmiedet. Die vormals in der Cäcilienkirche zu Köln hängende und nun im Walrasianum daselbst befindliche eiserne Glocke besteht aus drei mittelst kupfernen Nägeln zusammen genieteten Stücken und soll aus der Zeit des Erzbischofes Kunibert um 613 herrühren. Im Volksmunde hieß sie der „Saufang" und sollte von Schweinen ausgewühlt worden seyn. Am Rande beträgt ihre Weite nahezu 14 und ihre Höhe fast 16 Zoll.

In der vormaligen Pfarrkirche zu St. Ulrich in Regensburg hängen zwei sehr alte Glocken, welche die Form eines Zuckerhutes haben. Sie sind weder mit dem Bildniß eines Heiligen noch einer Inschrift versehen. Ihre Farbe ist schwarzgrau, so daß man vermuthen möchte, sie seien einmal mit einer solchen Farbe überstrichen worden. Mehrentheils waren die alten Glocken bienenkorbförmig gestaltet. Erst die späteren erhielten die anmuthiger geschweifte Form, wie sie jetzt noch gebräuchlich ist. So haben beispielsweise die älteste Glocke in der Kathedrale von Siena aus dem J. 1159 wie jene zu Diesdorf bei Magdeburg, welche aus der im J. 1011 abgebrannten Stiftskirche herrührt, noch ganz die Gestalt eines Bienenkorbes.

Sonderbarer Weise pflegt das Landvolk in Tyrol alle alten Glocken, deren Formen sich entweder dem eines Bienenkorbes oder einer Kuhschelle nähern, kurzweg heidnische zu nennen. Nach dem Volksglauben ruht in diesen vorzüglich die Kraft, die Wetter zu vertreiben wie die Unholde der Lüfte machtlos zu machen. Als von den Hexen ganz besonders gefürchtet gelten in Tyrol die Wetterglocke zu Selrain, von St. Moriz zu Ulten und jene auf dem Tartscher Bühl bei Mals. Wie lange sich der Glaube an die Unholde der Lüfte erhielt, ergibt sich aus einer Volkssage des erstgenannten Ortes. Als einst ein Hochgewitter im Anzuge war, fing die Wetterglocke zu Selrain von selbst zu läuten an.

Die Hexen riefen einander in der Luft zu: „gschleints enk, gschleints enk (sputet euch)! d'Selrainer Schellen tuet läut'n." Wie das Gewitter vorüber war, lag auf der Brücke eine Hexe auf dem Gesichte, damit man sie nicht erkennen sollte. Niemand wagte es aber, sie zu berühren oder umzukehren. Aehnliches anderwärts.

Bisher galt als die älteste inscribirte Glocke in Bayern jene zu Gilching unfern Bruck an der Amper, so zwischen 1162 und 1194 entstanden seyn mag, denn Arnoldus sacerdos de Giltekin (me fecit) kommt in Urkunden jener Jahre vor. Die Namen der vier Evangelisten stehen verkehrt darauf. Zu Iggensbach bei Hengersberg in Niederbayern hängt eine Glocke mit der Inschrift: Anno MCXLIIII (1144) ab incarnatione Domini fusa est campana. Diese ist demnach älter. Nicht unwahrscheinlich aus der Werkstätte des Klosters Niederaltaich hervorgegangen, hat diese mit Oelfarbe überstrichene Glocke die Gestalt eines Bienenkorbes.

Zum Zweck der Zeitbestimmung muß bemerkt werden, daß bis etwa zum J. 1370 die Buchstaben der Inschriften neugothische Majuskeln, von da bis zur Mitte des 16. Jahrhunderts eckige Minuskeln, von da an modernen Alphabeten entnommen wurden. Bis zum 14. Jahrhundert sind alle Inschriften in lateinischer Sprache abgefaßt, erst von da kommen Inschriften in der Landessprache vor. Zu den ältesten deutschen Inschriften gehören wohl die zu Mutzig im Elsaß, von welchen eine lautet: In sante Mauricien ere so lute ich gar sere. Meister Andreas von Kolmar mathe mich. Anno Dni MCCCL (1350). Amen. Die andere liest sich: Gont ar in ze Messe, das Got ewer niemer firgesse (Geht nur in die Messe, daß Gott euer nimmer vergesse). Amen. Ave Maria.

Im ersten Theile seiner christlichen Symbolik sagt Wolfgang Menzel: „Das fromme Mittelalter sah in den Kirchenglocken ungern nur todtes Erz, sondern legte denselben eine gewisse Persönlichkeit bei, wie den Chorsängern und Administranten bei dem Gottesdienste und den kirchlichen Wächtern über der Gemeinde. Die gewaltige Stimme der Glocke, immer nur ertönend im Dienste Gottes und zum Nutzen der Gemeinde, verlieh ihr nicht nur etwas Ehrwürdiges, sondern auch etwas Persönliches. Daher der unschuldige Gebrauch, bei der Einweihung der Glocken

denselben auch einen Namen beizulegen, was man doch nur uneigentlich eine Taufe nennen und als gottlosen Aberglauben bekämpfen konnte, wenn man nur in den Schranken der Symbolik blieb. Die sogenannte Glockentaufe, wie sie noch in der katholischen Kirche geübt wird, ist rein sinnbildlich und sieht in der Glocke nicht einmal eine Persönlichkeit, sondern nur das Symbol des göttlichen Wortes, verkündet in der Stimme des Priesters. Die Waschung der Glocke bedeutet die Reinigung der Lehre, das weiße Linnen, womit sie getrocknet wird, die Alba des Priesters, die Räucherung mit Weihrauch die Vertreibung der Dämone oder alles Unreinen und Gemeinen, die siebenfache Salbung die eben so vielen Gaben des Geistes."

Liegt nun auch in der Symbolik der kirchlichen Glockenweihe nichts, was den Glauben an eine Persönlichkeit der Glocken voraussetzen und als Superstition sich bezeichnen ließe, so faßte doch der poetische Volksglaube jenes Persönliche auf. Wahrscheinlich gab die Furcht der Heiden vor den Glocken die erste sehr unschuldige Veranlassung dazu. Wo in altersgrauer Vorzeit die Kirchenglocken durch die fast unwegsamen Wälder Deutschlands ertönten, glaubten die erschrockenen Heiden die Stimme eines neuen unbekannten Gottes zu hören, vor dem alle ihre Heimathsgötter fliehen müßten. Der allgemeine Glaube, daß durch den Ton der Glocken die Teufel und insonderheit auch die Gewitter, Hagel vertrieben würden, stammt ohne Zweifel daher. Der heidnische Donnergott (Thor) war vom Volke am meisten verehrt als der mächtigste, aber auch er mußte mit seiner Donnerstimme der Glockenstimme des Christengottes weichen. Wahrscheinlich wurden die ersten Gewitterglocken geläutet, um die Neubekehrten von der Angst zu befreien, Thor nahe im schrecklichen Gewitter, um sich an ihnen wegen der Bekehrung zu rächen. Wie der schlachtenlenkende Wuotan vor Allem der Gott der Helden und kriegerischen Begeisterung, so war Donar (Thor) insonderheit der Gott des Landmannes und der friedlichen Pflege des Ackerbaues. Ehrfurchtsvoll verließ der Heide Arbeit und Mahl, wenn der rothbärtige Donnerer in seinem Wagen zürnend durch die Wolken rollte. Nach der Christianisirung Deutschlands ging viel von Donar auf St. Peter über.

In viel späteren Zeiten hegten die heidnischen Indianer in

Peru, als sie die ersten Glocken der spanischen Einwanderer hörten, vor denselben die nämliche Furcht. Das war die Stimme des Christengottes, vor dem ihre Götzen in nichts versanken.

Bei Marburg in Kurhessen führt die Hauptglocke der Pfarrkirche des Städtchens Biedenkopp die Inschrift:

> Dum turbor, procul cedant ignis, grando, tonitru,
> Fulgor, fames, pestis, gladius, Sathan et homo malignus.

Im J. 1554 brannte in Pföring bei Ingolstadt die Pfarrkirche nebst den zwei Thürmen ab. Hievon zeugt die auf dem einen Thurm hängende große Glocke mit der Legende „Anno salutis am Sambstag nach Jubilate ist diese St. Leonharden geweihte Pfarrkirche in Pföring sambt zweien Thürmen und einer Glocke verbrunnen und ich Gott zu ehren den besen Geistern zum Widerstand desselben Jahrs wider gossen worden.“ Am unteren Rande: „Campana loquitur. Vox mea sublimis depellit nubeculam. Hoc mihi Naturae vis genuina dedit. In Gottes Namen goß mich Caspar Dietrich in Ingolstadt.“

Zu Venray (richtiger Weenrade) in der Provinz Limburg liest man:

> Ano domini 1521. Jacob Venraid.
> Ave Maria heit ik,
> al quact vertreif ik
> (alle Gewitter vertreib ich),
> den doden beklaich ik,
> den lebenden roep ik.

Auf der neueren großen Glocke ... st:

> Den Naem Jesus is mi ge...
> wie Jesum volckt ...
> gelyk die apostel...
> haeren arbeydi...
> bliexem haegel...
> alle dyvelen d...
> Petrus Verber...
> (Der Name Jesu...
> Wer Jesus folgt, ...
> Wie die Apostelu ...
> Die ihre Arbeit ste...
> Blitz und Hagel un...

Alle Teufel macht er zittern und beben.
Petrus Berberkt Pastor zu Benrath im Jahr 1643).

Auf der großen Glocke zu Erfurt steht geschrieben: „Ich heisse Susanna und treibe die Teufel von danna.“ Auf einer in Stuttgart: „Osanna heiß ich, der böse Feind flieht mich. Fulgura frango — noxia frango — Campana debellat singula vana.“ Im Münsterthurme zu Schaffhausen eine im J. 1486 gegossene Glocke, welche einen Umfang von 29 Schuhen hat und als Inschrift führt: Vivos voco, mortuos plango, fulgura frango, die Schiller auch seiner „Glocke“ vorgesetzt. Dabei steht noch: Miserere domine populi, quem redimisti sanguine tuo. Anno dom. MCCCCLXXXVI. Erweitert drückt die Inschrift der Glocke zu Steckborn bei Constanz denselben Gedanken von Schillers Motto aus:

Colo verum Deum
Plebem voco et congrego clerum
Divos adoro
Festa decoro
Defunctos ploro
Pestem daemonesque fugo.

Zu Bergfelden bei Wöhringen hängt eine Glocke, welche den Namen Susanna führt. Als man bei Aufhebung des Klösterleins die Glocke fortschaffen wollte, läutete sie von selbst:

„Susanne, Susanne,
Z'Bergfelde will i hange
Z'Bergfelde will i bleibe,
Will alle Wetter vertreibe.“

Als Inschrift zu St. Pauls in Tyrol:

„Anna Maria heiß ich,
Alle Wetter weiß ich,
Alle Wetter vertreib ich,
In St. Pauls bleib' ich.“

Zu St. Emeram in Regensburg, dem vormaligen Benediktinerkloster, nun Pfarrkirche der oberen Stadt, führen die nach dem Brande von 1642 gegossenen fünf Glocken verschiedene lateinische Inschriften. Diese beziehen sich mehr oder weniger auf die Gewitter und lauten im Deutschen etwa: „Der größten Jungfrau sei diese, die größte Glocke mit Ton und Erz fußfällig dargebracht. Weichet

ihr Wolken, denn unser Gebet bringet bis zu ihrem mütterlichen Gnadenthrone." — „Den hochseligen Bischöfen Emeram und Coelestin weihet diese Glocke Coelestin der Abt (im J. 1658) das Pflegkind seinen Patronen, auf daß durch dieses Erzes Stimme zu Schanden werde die Gewalt der Lüfte. O Himmel sei günstig dem (Abt) Coelestino!" — „Auf dieser Glocke stehest du, wie der guten Dinge drei sind: Sanct Benedict, Sanct Wolfgang und Sanct Dionis, durch deren Fürbitte der gebenedeite Gottvater uns vor allem Uebel behüten wolle." — „Der rufenden Stimme und dem hoch fliegenden Adler zu Ehren geb ich meinen Ton, damit hierdurch die Wolken zertheilt werden und das Gebet gen Himmel bringe." — „Auf den Schall der Glocke setzen sich die himmlischen Geister in Bewegung. Zweifelt nicht, sie werden nach Wunsch das Ungewitter stillen."

Die Inschrift der großen Glocke der Frauenkirche zu München enthält Alles, was man sonst auf verschiedenen Glocken anzubringen pflegt: Namen, Stifter, Gießer, Wirkung und Zeitangabe der Glocke. Das Tetragrammaton bedeutet den Namen Gottes, das Jehova der Hebräer ohne Vocalisirung. Dieser heilige Name Gottes sollte zur Verscheuchung der Gewitter und alles Unglücks beitragen:

Susanna heiß ich,
In Jesus, und Lucas Marcus und Matthäus und Johannes
Namen goß man mich.
Der durchlauchtig hochgeborne Fürst und Herr Albrecht
bei Rhein
und Herzog in Ober= und Niederbayern war Stifter mein.
Von Regensburg her bracht man mich,
Die bösen Wetter vertreib ich,
Den Tod erwehr ich,
Hans Ernst goß mich,
Als man zählt von Gottes Gepurt
Tausend vierhundert drei dem neunzigsten Jahr.
Tetragrammaton.

(Schluß folgt.)

LV.

Die Politik Oesterreichs im Jahre 1813.

I.

Die einseitige Geschichtsschreibung hat seither Oesterreich wegen seiner Politik im J. 1813 vielfach verdächtigt, den Staatskanzler Metternich geradezu als einen Ausbund von Verschmitztheit und Intrigue dargestellt. Der Wichtigkeit des Gegenstandes gemäß haben wir jüngst die historischen Quellen und diplomatischen Berichte aus jener Zeit verglichen, und es sei uns vergönnt, das Resultat hier in kurzen Zügen niederzulegen.

Als Napoleon nach dem eiligen Rückzuge aus Rußland in Dresden ankam, schrieb er (14. Dezember 1812) einen zärtlichen Brief an seinen Schwiegervater nach Wien. „Die große Armee", heißt es darin, „habe sich aus Moskau zurückgezogen, um die Winterquartiere näher an der Grenze aufzuschlagen. Sofort mit Beginn des Frühlings werde er (Napoleon) die Campagne mit verstärkten Kräften wieder eröffnen. Er habe die Armee unter die Befehle des Königs von Neapel gegeben, um nach Paris zurückzukehren, wo seine Gegenwart nothwendig geworden. Da man dem Wechsel der Kriegsläufe sich nicht aussetzen könne, sei es gerathen,

während des Winters auf der Hut zu bleiben. Drum sei es gut, daß Oesterreich seine Truppen in Galizien und Ungarn mit 60,000 Mann verstärke. Er habe ein volles Vertrauen zu den Gesinnungen Oesterreichs und hoffe, daß das Bündniß, welches er mit seinem Schwiegervater geschlossen und wovon die Völker sich so großen Vortheil versprechen, dauernd seyn werde." An seinen Gesandten am österreichischen Hofe, Grafen Otto, ließ Napoleon in denselben Tagen durch den Herzog von Bassano also schreiben: „Seine Majestät (Napoleon) halte nach dem unglücklichen Verlaufe der russischen Campagne Alles auf das Bündniß mit Oesterreich. Er glaube, daß es nicht schwer halten dürfte, Oesterreich dauernd an das französische Interesse zu fesseln. Darauf möge der Gesandte alle seine Bemühungen richten."

Otto unterließ nichts, Metternich zu Gunsten Frankreichs zu stimmen. Aber so ganz willenlos wollte sich der österreichische Kanzler dießmal nicht stimmen lassen. Metternich fühlte sehr wohl, daß nach der jammervollen russischen Campagne Alles auf den Entschluß Oesterreichs ankäme, daß von diesem Entschlusse die neue Karte Europas abhänge. Seine Besprechungen mit dem Grafen Otto verrathen nichts von der „allerunterthänigsten Kriecherei", womit Hardenberg um dieselbe Zeit den Grafen St. Marsan in Berlin überhäufte. Schon unter dem 16. Dezember 1812 schreibt Otto an den Herzog von Bassano, den französischen Minister des Auswärtigen: „Graf Metternich scheint für unser Bündniß zu fürchten. Er hat sich einige Mal so sehr vergessen, mir zu sagen, daß, wenn Oesterreich eine andere Partei ergriffe, es binnen kurzer Zeit mehr als fünfzig Millionen auf seiner Seite sehen würde. Wie er sagt, würden sich ganz Deutschland, ganz Italien für Oesterreich erklären. Eine so befremdliche, so unbegründete Insinuation kann nur Anträgen zugeschrieben werden, die ihm von auswärts gemacht worden sind. Man glaubt uns eine besondere Gunst zu erweisen, wenn man sich weigert, die Waffen gegen uns zu ergreifen, in

einem Augenblicke, wo man uns für weniger stark als die Russen hält. Ich kann dergleichen Ansichten nichts als eine ruhige Haltung und das Vertrauen zu der Ueberlegenheit Frankreichs, welche vorübergehende Unfälle ihm nicht entziehen werden, entgegensetzen. Man macht die größten Anstrengungen Oesterreich zu gewinnen, man bietet ihm Italien, die Illyrischen Provinzen, die Oberherrschaft in Deutschland, mit einem Worte die Wiederherstellung des alten Glanzes der Kaiserkrone an."

Graf Otto spricht hier in einem vertraulichen Schreiben an den französischen Minister des Auswärtigen und deßhalb ist seinen Worten Glauben zu schenken. Wir wollen nicht vergessen, daß Metternich schon um die Hälfte des Dezembers 1812 so selbstbewußt mit dem Napoleonischen Geschäftsträger redet; zu einer Zeit, wo in Berlin sich noch Niemand regte. Es diene uns als Fingerzeig für das Folgende. In einer Unterredung, welche Otto den 24. Dezember mit Metternich hatte, drückt der erstere sein Befremden darüber aus, daß das österreichische Cabinet auf einige vorlauten Stimmen zu sehr achte, die Frankreich feindlich gesinnt seien. „Es sei", sagte Otto, „nicht zu rechtfertigen, einen Bundesgenossen aufzugeben, weil er in einem Feldzuge unglücklich gewesen. Wenn die Feinde Frankreichs sagen, daß diesem Lande die Mittel abgingen den Krieg fortzusetzen, so sei das eine fade Lüge. Der Kaiser (Napoleon) werde binnen drei Monaten an der Spitze von 300,000 Mann am Rheine erscheinen und den Glanz seiner Waffen wiederherstellen." Als Metternich hierauf bemerkte, daß es gar nicht in der Absicht des österreichischen Kabinets liege mit Frankreich zu brechen; daß es aber doch nicht wohl möglich seyn dürfte, binnen dieser kurzen Frist eine so stattliche französische Armee an den Rhein zu führen, zog Otto ein Verzeichniß der französischen Streitkräfte aus der Tasche, den österreichischen Staatskanzler zu überzeugen. Aber Metternich wollte sich nicht so leicht überzeugen lassen und wiederholte: „er hege die größte Achtung vor den

ausgezeichneten Feldherrntalenten Sr. Kais. Majestät, aber 300,000 Mann seien eine zu stattliche Macht, die nicht so leicht zu beschaffen. Doch komme eine solche Frage hier gar nicht in Betracht. Oesterreich sei der Bundesgenosse Frankreichs durch die russische Campagne; es werde auch fürderhin ein solcher bleiben und nicht leichtsinnig eine Verbindung aufgeben, die es durch die engsten Familienbande besiegelt; aber man könne Oesterreich auch nicht zumuthen, den Krieg gegen Rußland allein fortzusetzen und die Erblande einem russischen Einfalle preiszugeben. So erscheine es als das Beste, wenn sich Se. Kais. Majestät (von Frankreich) baldigst mit seinen Feinden abfinde, wozu Oesterreich zu jeder Zeit gern die Hand bieten werde."

Schon hiedurch drückte Metternich aus, daß Oesterreichs Hauptstreben sei, den Frieden zu bewirken; daß es hierin Napoleon zur Seite stehe, im Uebrigen jedoch gesonnen sei, sich aus dem Schlepptau der französischen Abhängigkeit loszumachen und eine selbstständige Politik zu befolgen. Noch finden wir nirgends eine Andeutung, daß es gegen seinen ehemaligen Bundesgenossen die Waffen kehren wolle. Das lag (wenigstens in den ersten Monaten des J. 1813) nicht in der Absicht Metternichs. Er wollte Freundschaft mit Frankreich, aber Friede in Europa. Wer diesem widerstrebte, war Metternich's Feind. Noch deutlicher finden wir den Gedanken in einer Besprechung vom 3. Januar 1813 ausgeführt. Graf Otto hatte Weisungen aus Paris bekommen, bei dem Wiener Kabinet die Verstärkung der österreichischen Streitkräfte in Galizien und Ungarn durchzusetzen. Metternich zeigte sich nicht abgeneigt, darauf einzugehen. „Zwar", sagte er zu Otto, „werde diese Ordre bei den kaiserlichen Landen Unwille erregen, weil der Krieg gegen Rußland von vornherein unbeliebt gewesen sei; doch werde die Regierung an dem Bündniß mit Frankreich festhalten und die Truppenentsendung befehlen." In der Folge bemerkte Metternich zu Otto: „Sagen Sie uns offen, was Sie thun wollen, und

setzen Sie uns in den Stand, uns gegen Sie als ein guter Bundesgenosse und — gegen die Andern als eine unabhängige Macht zu benehmen. Glauben Sie es mir, daß wir von der Bedeutung des Bündnisses durchdrungen sind und daß wir Ihnen wesentliche Dienste zu leisten vermögen."

Es ist klar, daß Metternich schon nach der russischen Campagne das Bündniß mit Frankreich, das einer völligen Abhängigkeit gleichkam, in seiner Wesenheit für erloschen ansah, daß mithin Napoleon in einem fortgesetzten Kriege mit Rußland auf österreichische Mitwirkung im Felde à tout prix nicht sicher zählen konnte, obwohl der französische Gewaltherrscher sich noch in diesen Gedanken wiegte. Auf der Seite von Napoleon's Gegnern stand indeß Metternich noch lange nicht. Seine Stellung ging am Schlusse des J. 1812 allmählig aus der eines Bundesgenossen Frankreichs in die eines friedlichen Vermittlers zwischen den streitenden Mächten über. Je weiter die Ereignisse vorrückten, desto mehr schwand der geschmeidige Vermittler, es wurde ein befehlender Diktator daraus, der das Schicksal Europas in Händen hielt. Aber offen ist Metternich in allen seinen Verhandlungen gewesen.

Graf Otto hatte bereits im Dezember 1812 gegen Metternich die Bemerkung fallen lassen: wie es Se. Kais. Majestät (von Frankreich) gerne sehen würde, wenn ein österreichischer Gesandte nach Paris käme, die Freundschaft beider Höfe desto fester zu binden. Metternich ging ohne Zögern auf diesen Wunsch ein. General Bubna wurde zu dieser Mission ausersehen. In dem Begleitschreiben, das Bubna nach Paris überbrachte, hieß es: „Das Wiener Kabinet sei überzeugt, daß das Bündniß mit Frankreich seinen Interessen am zweckdienlichsten sei und werde es unerschütterlich bei diesem Systeme verharren." Um aber Napoleon nicht im Unklaren zu lassen, daß die wahre Meinung des Wiener Kabinets der Friede sei, heißt es etwas schmeichelhaft am Schlusse: „Nicht Frankreich ist's welches wir fürchten, wir fürchten Rußland, und

wenn die Russen gemäßigte Vorschläge zurückweisen, dann werden wir gegen sie nicht bloß das durch den Vertrag festgesetzte Hülfscorps, sondern die gesammte Heeresmacht der Monarchie aufbieten. Wir verpflichten uns, nicht anders zu handeln, als es dem Kaiser Napoleon genehm ist, und nicht einen Schritt ohne sein Wissen und seinen Willen zu thun."

Auch gegen den Grafen Otto äußerte sich Metternich in der freundschaftlichsten aber in bestimmter Weise. „Glauben Sie mir", sagte er zu dem Franzosen, „wir haben tausend Mittel und Wege, um zu erfahren, was vorgeht. Von Frankreichs Feinden geliebkost, erfahren wir von dem Einen, was der Andere uns verschweigt, und wir sind im Stande so viel verschiedene Berichte zu vergleichen, daß uns die Wahrheit niemals entschlüpfen kann. Trotz Ihres letzten Unglücks in Rußland ist Ihre Stellung noch immer die brillanteste. Hat Napoleon nicht Lust, angreifend vorzugehen, so hängt es von ihm ab, während eines, während zweier Jahre an der Weichsel stehen zu bleiben; die Russen werden diese Linie niemals überschreiten. Sie werden mit Leichtigkeit die Haltung, welche sie vor dem Kriege hatten, wieder annehmen; allein Deutschland, Preußen, Polen und vor Allem Oesterreich sind es, die von einem solchen Stande der Dinge leiden. Nichts ist also natürlicher, als daß wir mit lauter Stimme nach dem Frieden verlangen. Sobald uns Ihr Kaiser seine Ansichten mitgetheilt haben wird, werden wir sie geltend zu machen wissen. Möge er zu uns ein vollkommenes Vertrauen haben; möge er sich offen gegen uns erklären, wir werden ihm eben so antworten." Wenige Tage später (11. Januar) erhält Metternich Nachrichten von dem Abfalle York's. Er läßt den französischen Gesandten rufen und theilt ihm die wichtige Nachricht mit. Otto ist aufgebracht über eine solche That. Aber Metternich weiß ihn zu besänftigen. „Wir verstehen", sagt er, „Frankreichs ungeheure Hülfsquellen zu würdigen; wir kennen sehr wohl Alles, was sie gethan haben und zu thun im Stande sind. Außer den sieben Millionen Pfund

Sterling, welche England an Rußland zahlt, hat uns dasselbe zehn Millionen geboten, wenn wir das System ändern wollten. Wir haben dieß Anerbieten mit der größten Verachtung zurückgewiesen, obschon unsere Finanzen sich in traurigem Zustande befinden."

In diese Zeit fallen auch die ersten Unterhandlungen Metternichs mit Rußland. Der Czar Alexander hatte in Wien den Wunsch äußern lassen, daß er einen österreichischen Agenten gerne bei sich sehen würde. Metternich fragte zunächst bei Napoleon an. Dieser zeigte sich einverstanden. Der Kanzler beauftragte den Baron von Lebzeltern nach Wilna abzugehen. Aber um ja freie Hand zu behalten, gab er ihm keine bestimmten Instruktionen mit auf den Weg. Metternich befahl ihm: „den russischen Kaiser vor allen Dingen auszuhorchen, wie er über den Frieden denke; zeige sich derselbe geneigt mit Frankreich in Unterhandlungen zu treten, so werde das Wiener Kabinet es übernehmen, die Unterhandlungen in Gang zu bringen; von bestimmten Verpflichtungen gegen Rußland könne jedoch Seitens des Kaisers (von Oesterreich) vorläufig keine Rede seyn." Als Graf Otto Aufklärungen über die Instruktionen des Baron von Lebzeltern verlangte, ertheilte sie Metternich ohne Rückhalt. „Wir haben", sagte er (25. Januar 1813) „keine bestimmten Punkte angegeben, da solche sich später von selbst ergeben werden. Rechnen Sie auf uns, wir werden nichts vernachlässigen". Um indeß dem französischen Gesandten offen zu bekennen, wie Oesterreich seine Stellung ansehe, fährt Metternich fort: „Von unserer Haltung hängt Alles ab; der Kaiser (Franz) hat die Aufstellung von 100,000 Mann befohlen. Berührt der Krieg österreichische Interessen, so werden wir nicht mit 30,000 Mann, sondern mit gesammter Kraft gegen die Russen rücken. Inzwischen wird unsere verstärkte Armee in Galizien hinreichen, den Russen Respekt einzuflößen." Mit mehr Offenheit ist wohl selten ein Staatsmann zu Werk gegangen wie hier Metternich. Es lag aber in Na-

poleon's Charakter, daß er fremde Willensäußerungen verachtete: unerklärlich bleibt es wenigstens, wie er nach solcher offenen Sprache Oesterreichs Einfluß noch ignoriren konnte. Er sah in Oesterreich weiter nichts als die „Hülfsmacht, die seinem Winke folgen werde". Diese Kurzsichtigkeit hat seine Katastrophe beschleunigt.

Daß Napoleon wiederholt über die Stellung aufgeklärt worden, welche Metternich einzunehmen beschlossen, erhellt am deutlichsten aus dem Schreiben, welches Kaiser Franz (23. Jan. 1813) an seinen Schwiegersohn nach Paris sandte. „Ich kenne", heißt es darin, „die Wünsche meiner Völker, die Ausdehnung der Opfer, die ich ihnen auferlegen kann; sie dürfen groß und zahlreich seyn, wenn ihr Zweck der allgemeine Friede ist. Es gibt zwei Wege, zu diesem Frieden zu gelangen; den der Ueberredung: ich werde nichts versäumen, bei England und Rußland diesem Mittel Eingang zu verschaffen — und den der imposanten Haltung einer intervenirenden Macht. Ich habe Befehl gegeben, meine Armee auf 100,000 Mann zu bringen. Diese Streitkräfte werden den Kriegsschauplatz von meinen Staaten fernhalten und dem Feinde imponiren." Nach solchen Andeutungen hätte Napoleon die Freundschaft Oesterreichs suchen müssen, statt es verächtlich über die Schultern anzusehen. Wichtig aber sind alle diese Bemerkungen für Solche, welche seither glaubten, Oesterreich habe in den ersten Monaten des J. 1813 Frankreich über seine wahren Absichten täuschen wollen. Oesterreich sagt offen: es gehöre weder der einen noch der anderen Partei an; seine einzige Absicht sei der Friede, diesen herbeiführen, sei es mit Aufwendung aller seiner Streitkräfte entschlossen. Das war gerade so viel gesagt, als: wer gegen den Frieden ist, ist gegen mich. Bedurfte Napoleon noch mehr, um sich Oesterreich zu nähern? Aber der Stolz des Usurpators vermied jeden Schein einer Gefälligkeit. Mit dem Schwerte wollte er dreinhauen, aber er wollte keinen Frieden.

Auch in einem anderen Schriftstücke aus diesen Tagen

ist deutlich die Tendenz der österreichischen Politik (nach einem dauerhaften Frieden) ausgedrückt. Unter dem 11. Februar 1813 erließ nämlich der Kanzler Ugarte auf die Weisung Metternichs hin an die sämmtlichen deutschen Provinzen der österreichischen Monarchie einen Aufruf, worin er die Vermehrung der Armee fordert und also begründet: „Nachdem", heißt es darin, „der Krieg mit seinen verheerenden Folgen sich der Grenze der kaiserlichen Erblande genähert, genüge die Aufstellung eines Observationscorps nicht mehr. Eine Vermehrung der vorhandenen Streitkräfte sei um der eigenen Sicherheit willen geboten. Aber noch eine höhere Rücksicht walte ob: es sei die des Friedens. Das erste Bedürfniß aller europäischen Staaten sei gegenwärtig Ruhe." Ein Friede, heißt es dann mit ausdrücklichen Worten, „welcher in seinen Grundlagen die Bürgschaft seiner Dauer trägt, ist das Ziel der thätigsten Bestrebungen Sr. k. k. Majestät. Aber auch zur Erreichung dieses heilsamen Zieles muß Oesterreich in einer den Zeitumständen angemessenen Militärverfassung erscheinen. Diese Macht wird, wenn gegen bessere Erwartung das Unternehmen nicht mit Erfolg gekrönt seyn sollte, den Schauplatz des Krieges auch noch ferner auf die wirksamste Weise von den Grenzen der Monarchie entfernt halten." Auch in diesem Aktenstücke spricht sich die Politik Oesterreichs deutlich genug aus. Metternich verlangt den Frieden, aber einen Frieden, der in seinen Grundlagen die Bürgschaft seiner Dauer trägt.

Metternich wandte um diese Zeit Alles an, Europa vor dem neuen Ausbruche der Kriegsfurie zu bewahren und Napoleon günstig für den Frieden zu stimmen. Er ist sogar bereit, mit Frankreich zu gehen, wenn dieses ernstlich und ohne Hinterhalt den Frieden sucht. In dieser Hinsicht erscheint ihm das Bündniß mit Frankreich als ein Bedürfniß. „Unser Bündniß mit Frankreich", äußert der Staatskanzler (16. Febr. 1813) gegen den französischen Gesandten Otto, „ist uns so nothwendig, daß wenn Sie es heute brächen,

wir Ihnen morgen vorschlagen würden, es auf denselben Bedingungen wieder aufzurichten. Frankreich hat uns viel des Uebels zugefügt, allein es liegt in unserem Interesse, das Vergangene zu vergessen. Wir wollen ihm in der gegenwärtigen Zeit nützlich seyn, weil es uns zu anderer Zeit denselben Dienst leisten kann. Dieses Bündniß ist nicht das Ergebniß eines Krieges noch die lästige Bedingung eines Friedensschlusses, wie der zu Tilsit; es ist aus reiflicher Erwägung hervorgegangen und wurde durch allmählige und freiwillige Annäherung vorbereitet. Nehmen Sie es doch als eine Thatsache und als unbestreitbare Wahrheit, daß wir nur Euer Bestes wollen, daß wir Frankreich jetzt nicht mehr fürchten, sondern die Russen, deren Macht Euer Kaiser selbst durch fortwährende Zugeständnisse vermehrt hat." Wir haben keine Ursache, diesen Auslassungen Metternich's zu mißtrauen. Nirgends sind wir bis jetzt einer Thatsache begegnet, welche darauf hindeutete, daß Metternich gesonnen sei, Frankreich leichtsinnig und ohne Weiteres im Stiche zu lassen. Versteht sich Frankreich zu einem allgemeinen Frieden, so bleibt Metternich nach wie vor Frankreichs Freund. Das ist das Alpha und Omega der österreichischen Politik 1813.

Diese Sehnsucht nach einem allgemeinen Frieden wird durch folgende Thatsachen mehr begründet.

Man hat vielfach behauptet, Oesterreich habe schon zu Anfang des Jahres 1813 im besten Einverständnisse mit Rußland gestanden, seine ganze Rolle sei ihm von Rußland vorgezeichnet gewesen. Diese Ansicht zu entkräften, sei es uns gestattet, nur Ein Beispiel anzuführen, das jedoch zur Genüge beweist, daß Oesterreich zu Anfang des J. 1813 noch lange nicht der „intime Freund" Rußlands war, als welcher es so stark verschrieen wird. Es ist die polnische Frage.

Im Großherzogthum Warschau rührte sich (wir fassen uns kurz) nach der russischen Campagne eine adelige Partei, welche auf die Wiederherstellung Polens unter russischer

Oberhoheit hinarbeitete. Ihr Haupt war der Fürst Czartoryski. Dieser richtete an den Kaiser Alexander (27. Dez. 1812) ein Schreiben, worin es u. A. heißt: „Die Idee, ein selbstständiges polnisches Reich zu gründen, sei eine der erhabensten in der Geschichte. Der hochherzige Charakter Alexanders sei vor Anderen dazu ausersehen, diese Idee in die Wirklichkeit zu führen. Zwar sei von manchen Seiten Widerspruch zu fürchten: denn Preußen und Oesterreich könnte es nicht angenehm seyn, sich Provinzen beraubt zu sehen, die sie ehedem widerrechtlich an sich gerissen. Aber es werde dem Kaiser (Alexander) nicht schwer fallen, diesen Widerspruch zu besiegen: er sey bei seinem Vorgehen der freudigen Zustimmung aller polnischen Provinzen gewiß." Der Fürst schließt mit den Worten: „Wenn Ew. Majestät uns die Hand reichen, werde ich die Freude meiner Landsleute, wenn Sie uns zurückstoßen, ihre Bekümmerniß und ihre Verzweiflung vollständig theilen."

Der Kaiser Alexander ließ mit der Antwort hierauf nicht lange warten. Schon unter dem 13. Januar 1813 richtete er ein eigenhändiges Schreiben an den Fürsten Czartoryski. In demselben bemerkt er: wie er allezeit die freundschaftlichsten Gesinnungen gegen Polen gehegt habe und das Mögliche aufbieten werde, zur Reconstruktion des Reiches etwas beizutragen; er werde nichts versäumen, sich den Polen geneigt zu zeigen. Der gegenwärtige Feldzug sei zum Ruhme Rußlands ausgefallen und die Feinde würden es wohl nicht wagen, zum zweitenmale einen solchen Einbruch zu unternehmen. So sei freilich die Gelegenheit sehr günstig, an eine Reconstruktion Polens zu denken. Die Reconstruktion sei immer seine Lieblingsidee gewesen. Doch wolle er nicht verheimlichen, daß sich derselben mancherlei Schwierigkeiten entgegen stellten. Daß sich die Polen so zahlreich an Napoleon zur Bekämpfung Rußlands angeschlossen, habe bei den Russen böses Blut gesetzt. Doch werde sich diese Feindschaft legen, wenn die Polen jetzt bewiesen, daß es ihnen Ernst sei, die

Napoleonische Oberherrschaft zu beseitigen. „Eine verfrühte Veröffentlichung meiner Absichten jedoch", heißt es dann, „in Betreff Polens würde Oesterreich und Preußen vollständig Frankreich in die Arme werfen; dieß zu verhindern ist wesentlich, und zwar um so mehr, als diese beiden Mächte mir bereits die beste Geneigtheit bezeugten. Diese Schwierigkeiten werden durch Weisheit und Klugheit besiegt werden; allein ich bedarf dazu Ihrer und Ihrer Landsleute Hülfe. Es ist nothwendig, daß Sie selbst mich dabei unterstützen, den Russen Geschmack an meinen Plänen beizubringen; und daß Sie die Vorliebe rechtfertigen, welche ich, wie man weiß, für die Polen und ihre Lieblingsidee hege. Setzen Sie einiges Vertrauen in mich, in meinen Charakter, in meine Grundsätze, und Ihre Hoffnungen werden nicht getäuscht werden. In dem Maße, wie die militärischen Erfolge hervortreten, werden Sie sehen, bis zu welchem Grade mir die Interessen Ihres Vaterlandes theuer sind und wie treu ich meinen alten Ideen bin."

Im weiteren Verlaufe dieses merkwürdigen Aktenstückes setzt der Kaiser Alexander dem polnischen Fürsten auseinander, daß eine Vereinigung von Litthauen, Volhynien und Podolien mit den polnischen Weichselprovinzen nicht wohl statthaft sei; denn jene Länder betrachteten sich bereits als russisch und würden in eine Auflösung dieses Bandes auch nicht leicht willigen. Das hindere jedoch nicht, daß Fürst Czartoryski an der Reconstruktion der polnischen Weichselprovinzen arbeite. Zunächst aber möchten die Polen einen guten Willen zeigen, indem sie ein Heer aufstellten, um Napoleon bekriegen zu helfen. Daran sehe man, daß sie eine Nation seien und einen nationalen Sinn zu bekunden die Absicht hätten. „Was ein unauflösliches Band", heißt es am Schlusse, „zwischen den Polen und mir befestigen würde, wäre ein nach der Besetzung des Landes geschlossenes Bündniß. Dann würde ich mich von Seiten des russischen Reiches für ermächtiget halten, die geheiligte Verpflichtung zu übernehmen, die Waffen nicht

eher niederzulegen, als bis die Hoffnungen der Polen erfüllt wären, weil die Polen Angesichts Europa's und der Welt gezeigt hätten, daß sie ihr ganzes Vertrauen in mich gesetzt hätten, und es ist niemals vergeblich gewesen, wenn man Vertrauen zu meiner Rechtlichkeit hatte."

Diese Correspondenz zwischen dem Fürsten Czartoryski und Alexander war den Oesterreichern in die Hände gefallen: Schwarzenberg begnügte sich, Abschrift von den einzelnen Aktenstücken zu nehmen und ließ den Agenten alsdann wieder passiren. So wurde man gleich von vornherein in Wien unterrichtet über das, was sich in Polen (d. h. in dem Großherzogthum Warschau, wozu seit dem Wiener Frieden von 1809 auch Oesterreich sein Quotum: Westgalizien und Krakau gestellt hatte) entwickelte. Nun war Metternich nicht geneigt, das übrige Galizien abzutreten, um dadurch ein polnisches Königreich unter Vormundschaft des Czaren Alexander errichten zu helfen. Er war überhaupt gegen jede Erwerbung, welche Rußland an der Weichsel machte. Denn er sah darin mit Recht eine Gefahr, welche zunächst Oesterreich bedrohte. In diesem Sinne spricht er sich auch gegen den französischen Gesandten Otto (18. Februar 1813) aus: „Wir verlangen", sagt er, „den Frieden; aber diejenigen verkennen unsere Absichten, welche glauben, daß wir hierbei Rußland begünstigen wollten. Das wird nie geschehen. Rußland ist unser natürlicher Feind; es begünstigen, hieße das Gleichgewicht in Europa, das ohnehin schon mehr als bedroht ist, ganz in Gefahr bringen. Dieses Gleichgewicht ist kein Hirngespinnst, wie man vielfach behauptet hat, es ist eine Nothwendigkeit und wird die Grundlage der Politik Oesterreichs bilden. Nun hat Rußland in den letzten Jahren Fortschritte gemacht, welche bedenklich sind. Es hat Riesenschritte zur Herrschaft gethan und seinen Zweck in den einschmeichelndsten Formen erreicht. Es hat sich weit mehr Land als Frankreich angeeignet und wußte dabei seine Ehrsucht so geschickt zu verbergen, daß die Völker, weit entfernt es zu hassen, demselben

noch vielmehr für die Unterdrückung sich dankbar bezeigen. Schließe Frankreich Friede, so werde es das drohende Uebergewicht Rußlands weit eher beseitigen, als selbst durch die Eroberungen eines glücklichen Feldzuges".

Dieß sind die wichtigen Auslassungen Metternichs, soweit sie das Vorgehen Rußlands 1813 betreffen. Das steht unzweifelhaft fest: Metternich fürchtete 1813 Rußland ebenso sehr, vielleicht noch mehr als Frankreich. Während seit 1792 die übrigen großen Continentalmächte (Oesterreich und Preußen) an Macht und Einfluß mehr und mehr in den Kriegen gegen Frankreich einbüßten, wuchs Rußland an allen Orten: im Süden gegen die Türkei, an der Weichsel gegen Polen, im Norden gegen Schweden; von dem „verbündeten" Preußen nahm es 1807 den Kreis Bjalystock, von Oesterreich 1809 den Kreis Tarnopol. So war es natürlich, daß Metternich sich nichts Gutes versah, als Alexander 1813 von einer Wiederherstellung Polens unter russischem Schutze redete. Er mißtraute der russischen Politik. Als sich in den ersten Monaten des Jahres 1813 die russischen Kundgebungen in Polen auffallend mehrten, äußerte Metternich ganz unverholen: wenn Rußland zu einer Wiederherstellung Polens im Ernste entschlossen sei, so sehe sich das Wiener Kabinet genöthigt, einer solchen mit Waffengewalt entgegen zu treten.

So war die entente cordiale zwischen Rußland und Oesterreich bei Beginn des J. 1813, von der in den historischen Büchern gar Manches zu lesen gewesen. Das Benehmen Metternichs in jener Zeit läßt sich in wenige Worte zusammenfassen. Er mißtraute Frankreich und mißtraute Rußland: die Politik beider Mächte war aggressiver Natur. Von Napoleon erwartete Metternich trotz der Verschwägerung nichts Gutes, von Rußland konnte er nach den letzten Kriegen in Folge der Traditionen der Catharinischen Politik keine aufrichtige Freundschaft erwarten. Wohin Metternich 1813 ausschaute, lief er Gefahr, einem Beutelustigen in die Hände zu fallen. Half er Napoleon das zwischen Elbe und Weichsel

an die Russen Verlorene zurück erobern, so festigte er einen Herrscher, dessen Launen unberechenbar waren wie das Genie, dem sie dienten; schlug er sich ohne Weiteres auf die Seite Rußlands, so unterstützte er eine Politik, die auf nichts Geringeres ausging, als früher oder später Diktator in Europa zu werden. So finden wir es sehr natürlich, daß Metternich 1813 den Frieden unter allen Umständen, als Zeichen auf seine Fahne schrieb. Dieser Friede, wie ihn Metternich wollte, hätte die drückende Uebermacht Napoleons im deutschen Reiche beseitigt — er hätte aber auch das drohende Uebergewicht Rußlands für spätere Jahrzehnte aus unseren deutschen Gauen fern gehalten. Noch wußte Metternich zu Anfang des Jahres 1813 nicht, auf welcher Seite er einst stehen würde: er war bereit, mit Napoleon zu gehen, wenn dieser dem Frieden Concessionen brachte; er war aber auch mit demselben Ernste bereit, sich auf die Seite der Verbündeten zu schlagen, wenn Napoleon auf der Geltendmachung seines Einflusses jenseits der Elbe mit Eigensinn bestand. Das that Napoleon: und so ist Metternich später nolens volens ein Hülfsgenosse Rußlands geworden. Aber durchaus ehrenhaft ist und bleibt diese Politik, um so ehrenhafter, weil sie unter allen Umständen Undankbarkeit im Gefolge hatte.

Als es Metternich (Februar 1813) nicht gelingen wollte, Napoleon durch freundliches Entgegenkommen zum Frieden zu bewegen, versuchte er ihn einzuschüchtern. Er machte ihm bange vor der neuen Campagne. In einem Schreiben an den Grafen Bubna, bestimmt für den Herzog von Bassano, heißt es (18. Februar): „Wir würdigen vollkommen die wirklichen Streitkräfte Frankreichs. Handelte es sich nur um eine Berechnung der materiellen Mittel, würden wir über die Zukunft anders urtheilen; allein wir müssen vor Allem die moralische Stellung der Fürsten und Völker in Anschlag bringen. Die kolossalste Begebenheit der modernen Geschichte liegt vor uns. Bisher waren alle Unternehmungen Napoleon's vom Gelingen gekrönt; von diesem Standpunkte aus

muß man den Eindruck beurtheilen, den auf alle Völker das fürchterliche Ende des letzten Feldzuges machen mußte. Man muß in Berlin oder in Wien seyn, um die heftige Aufregung zu beurtheilen, welche in den Ländern zwischen der Weichsel und dem Rheine herrscht. Möge sich der Herzog von Bassano nur einmal außerhalb Paris umsehen. Der Friede ist unter allen Umständen nothwendig, um Europa vor Unglück zu bewahren." Also Metternich.

Wir finden bis jetzt nirgends eine Andeutung, daß es Metternich mit seinen Eröffnungen gegen Frankreich nicht Ernst gewesen, daß er mit seinen wahren Absichten zurückgehalten; welchen Vorwurf die meisten Historiker der Neuzeit Oesterreich gemacht. Metternich hat das französische Kabinet mehr als genug aufgeklärt. Noch den 17. Februar sagt er zu dem französischen Gesandten: „Wir haben von der Nation neue Opfer verlangt; dabei war es von Wichtigkeit, sie über zwei wesentliche Punkte aufzuklären; der eine, daß unser Bündniß mit Frankreich unerschütterlich ist, das andere, daß wir waffnen, um einen allgemeinen Frieden zu erzielen." Sollten denn Napoleon und seine Diplomatie so bornirt gewesen seyn, den wahren Sinn dieser Zusammenstellung zu verkennen? Metternich will der Bundesgenosse Frankreichs bleiben, aber — der allgemeine Friede muß zu Stande kommen; deßhalb nur hat er gewaffnet. Hierin liegt, daß das höchste Ziel der österreichischen Politik der allgemeine Friede ist, mithin die österreichischen Streitkräfte sich gegen Den wenden, welcher diesem allgemeinen Frieden entgegen ist. An den Grafen Bubna schreibt Metternich in demselben Sinne (18. Februar): „Gegenwärtig ist das einzige Mittel, dem Unglück Europas zu steuern, ein allgemeiner Friede, wenn England hinzutritt; wenn nicht, ein festländischer Friede. Am besten lassen sich diese Verhältnisse auf einem Congresse verhandeln, zu welchem Bevollmächtigte Frankreichs, Oesterreichs, der hohen Pforte, Rußlands und Englands eingeladen werden."

In diese Zeit fällt die Sendung Schwarzenbergs nach

Paris. Ueber seine Instruktionen äußert sich Metternich (März 1813) gegen Otto also: „Diese Mission wird einen doppelten Zweck erfüllen: Paris über den wahren Stand der Dinge aufklären und Europa die Dispositionen des österreichischen Kabinets kundgeben, indem dasselbe den Befehlshaber seines Hülfscorps nach Paris schickt, um dort die Befehle seines Chefs entgegen zu nehmen." Was Metternich hier sagte, war in diplomatische Feinheit eingekleidet. Denn Schwarzenberg selbst spricht sich deutlich gegen den französischen Gesandten in München also aus: „Was uns jetzt Noth thut, ist der Friede, ich werde Alles aufbieten, um den Kaiser dazu zu bewegen. Ich besorge, er wird davon nicht wollen sprechen hören, bevor er nicht die Waffen wieder ergriffen hat. Und wenn er sich nun in einen neuen Feldzug verwickelt haben wird, was wird das Ende davon seyn? Neue Unfälle können Alles gefährden, glückliche Erfolge können ihn zu weit führen. Ist Frankreich nicht groß genug, nicht stark genug innerhalb seiner Rheingrenze, um zu seinem Einflusse in Deutschland noch andere Titel zu bedürfen, als die, welche seiner Machtstellung selbst angehören? Die Hansestädte müssen wieder frei werden, man verzichte auf Illyrien, die Fürsten Deutschlands müssen unabhängig seyn, der gegenwärtige Zustand darf nicht bleiben. Oesterreich will nur mit einer Vermittlung zum Heil und zu Gunsten Frankreichs dazwischen treten. Um zu einem allgemeinen Frieden zu gelangen, an welchem auch England sich betheiliget, muß der Kaiser Napoleon Opfer bringen." Wenn auch die Instruktionen Schwarzenbergs nicht in diese kategorische Form gebracht waren, so sollte doch der Feldmarschall vor Allem dem Zustandekommen eines allgemeinen Friedens an der Seine das Wort reden. Daß dieser Friede mit Darbringung von Opfern für Frankreich verknüpft sei, lag auf der Hand. Das wußte Napoleon und deßhalb zögerte er, die Propositionen Schwarzenbergs entgegen zu nehmen. Sein unbeugsamer Starrsinn sträubte sich gegen jede, auch die kleinste Concession. Als die

Minister unter dem Vorsitze des Kaisers zusammentraten, die Sendung des Feldmarschalls in Berathung zu nehmen, fragte Napoleon auch Talleyrand nach seiner Meinung. Dieser sagte: „man werde wohl thun, Frieden zu schließen, so lange man einige angenehme Effekten in der Hand habe.“ Ebenso dachten die übrigen Minister, aber keiner wagte, sich zu äußern. Napoleon schnitt ein grimmiges Gesicht, klopfte an sein Schwert und jagte die Minister auseinander. „Keine Bedingungen!“ war seine Devise.

Danach fiel auch die Antwort an den Feldmarschall Schwarzenberg aus. Napoleon hatte einen solchen Abscheu zu unterhandeln, daß er diesen nur ein einzigesmal zur Audienz vor sich ließ. Er forderte vorher von dem Kriegs-Minister sofortigen Bericht, wie weit die Rüstungen vorgerückt seien. Danach sollte sich die Antwort an den österreichischen Botschafter richten. Als der Kriegsminister mit Namhaftmachung der Divisionen dem Kaiser erklärte, daß bereits 120,000 Mann theils auf dem Marsche nach dem Rheine seien, theils schon diesen Strom überschritten hätten; daß in weiteren vier Wochen 100,000 Mann folgen würden, füllte sich die Seele des Eroberers mit stolzer Freude. „Keinen Frieden!“ rief er; und ließ den Minister des Auswärtigen zu sich bescheiden. Der Herzog von Bassano erschien. „Ich werde den österreichischen Botschafter empfangen“, sagte er, „aber nicht um seine Friedenspropositionen entgegen zu nehmen. Ich will keinen Frieden der Frankreich erniedrigt. Geben Sie dem Botschafter den Bescheid, daß es jetzt nicht an der Zeit sei, in diplomatische Correspondenzen zu treten, wo meine Regimenter marschiren. Oesterreich hat im vorigen Jahre mit mir ein Bündniß geschlossen und dieses gilt noch bis heute. In diesem Vertrage hat sich Oesterreich verpflichtet, den gegenwärtigen Bestand des französischen Kaiserreiches aufrecht zu erhalten. Sagen Sie das Schwarzenberg und heißen Sie ihn sein Hülfscorps bereit halten, um mit mir gegen die Russen und Preußen zu marschiren.“ Als später

Schwarzenberg zur Audienz vorgelassen wurde, ließ sich Napoleon in keine nähere Besprechung der politischen Lage ein, wie der Botschafter vermuthet hatte. Mit kaltem Tone sagte der Imperator: „Feldmarschall, ich werde wahrscheinlich zwischen dem 22. und 25. April abreisen. Ich werde Ihrem Stellvertreter, dem General Frimont, Befehl zuschicken, den Waffenstillstand, den Sie abgeschlossen haben, zu kündigen. Ich werde mich in den ersten Tagen des Mai auf dem rechten Ufer der Elbe mit 300,000 Mann befinden; Oesterreich kann seine Armee bei Krakau auf 150,000 Mann bringen, während es zu derselben Zeit 30—40,000 Mann in Böhmen zusammenzieht. An demselben Tage, an welchem ich an der Elbe eintreffe, werden wir gemeinschaftlich auf die Russen losgehen. Dieß ist der Weg, wie wir Europa den Frieden geben werden." Damit wandte der Imperator dem verdutzten Feldmarschall den Rücken und verschwand im Kabinet, seinen Minister des Auswärtigen bedeutend, das Weitere mit dem Botschafter zu vereinbaren.

Am folgenden Tage (15. April) reiste Napoleon zur Armee ab. Die Mission Schwarzenbergs war mißglückt, die Waffen sollten entscheiden. Ehe auch Schwarzenberg Paris verließ, übergab er dem französischen Minister des Auswärtigen eine Note, worin auf's neue dem Frieden das Wort geredet wurde. Der Gang der Ereignisse (hieß es) habe sich verändert, so daß der Kaiser von Oesterreich nicht mehr als bloße Hülfsmacht am Kriege gegen Rußland und Preußen Theil nehmen könne. Oesterreich sei bereit, den Vertrag den heutigen Verhältnissen entsprechend zu ändern, und werde selbst mit Aufbietung der gesammten Kraft dann für einen heilsamen Frieden einstehen. „Die österreichische Nation", heißt es u. A., „durch jahrelanges Unglück erschöpft, hatte nur Einen Wunsch: den nach Ruhe, wodurch es der Regierung gestattet würde, frühere Leiden zu heilen, Ordnung in den Finanzen herzustellen und den ehemaligen Wohlstand, dessen das Volk seit langer Zeit sich nicht mehr erfreut, zurückzurufen. Das

Bündniß mit Frankreich sollte alle jene Hoffnungen erfüllen und nur unter diesem Gesichtspunkte konnte nach einer langen Reihe von Leiden diese neue Ordnung der Dinge populär werden. — Die Ereignisse des letzten Feldzugs haben alle Berechnungen getäuscht. Der Kaiser, welcher nur stellenweis an diesem Kriege sich zu betheiligen gedachte, sieht mit einemmale die Grenzen seiner Staaten in weiter Ausdehnung bedroht. Trotz der großen Verlegenheiten im Zustande der Finanzen verlangen die Umstände gebieterisch eine bedeutende Streitmacht in's Feld zu stellen; der Kaiser sieht sich gezwungen, Zuflucht zu seinen Völkern zu nehmen. Anstatt der Ruhe, welche man ihnen als die einzige Frucht der neuen Ordnung der Dinge versprach, kündigt ihnen Alles einen allgemeinen Krieg an. Bei dieser Sachlage bleibt dem Kaiser nichts anderes übrig, als den guten Willen der Nation zu schonen, welcher die kostbare Grundlage seiner Hülfsquellen ist. Um dieß zu erreichen, gibt es für ihn nur ein Mittel: zu erklären, daß er rüste, um zu einem schnellen und sichern Frieden zu gelangen."

Das war eine Sprache, wie sie Frankreich seit Langem nicht gehört. Oesterreich, das zeigte sich klar, war entschlossen im Interesse eines allgemeinen Friedens die größten Opfer zu bringen. Mit Hohn begegnete Napoleon dem freundlichen Entgegenkommen Oesterreichs. Der Usurpator hatte sich die Freundschaft seines Schwiegervaters mit Absicht verscherzt. Sofort nach Bekanntwerden der schimpflichen Aufnahme Schwarzenberg's in Paris, befahl Metternich dem General Frimont: den Russen den Waffenstillstand nicht zu kündigen, jede Feindseligkeit zu meiden und weitere Befehle abzuwarten. Das kam Napoleon unerwartet: er wünschte sehnlichst eine Diversion Seitens der Oesterreicher gegen die Russen von Galizien aus. Er ließ durch seinen Gesandten in Wien, Grafen Narbonne (Otto war wegen seiner „Unfähigkeit" abberufen), Vorstellungen bei Metternich (21. April) machen. „Se. Majestät (Napoleon) habe bereits an Schwarzenberg

in Paris die Ordre ertheilt, durch General Frimont den Russen den Waffenstillstand zu kündigen; diese Ordre sei auch noch besonders an Frimont durch den Kaiser gekommen; statt dessen habe sich Frimont zurückgezogen. Es scheine, daß die Befehle des Kaisers nicht vollzogen werden sollten und daß Oesterreich absichtlich versäume, die Feindseligkeiten gegen die Russen, wie es doch der Vertrag vom 14. März 1812 vorschreibe, zu eröffnen. Es sei Sr. Majestät (Napoleon) nur erwünscht, wenn Oesterreich statt mit 30,000 Mann mit seinen gesammten Streitkräften aufbreche: aber solches könne nur auf Grund jenes Vertrages geschehen. In diesem Vertrage sei ausdrücklich gesagt, daß das österreichische Hülfscorps unter dem Befehle Sr. Majestät stehe. Deßhalb sei Frimont sofort anzuweisen, seinen Rückzug einzustellen und angreifend gegen die Russen vorzugehen.“ Auf diese Note, die gerade nicht in höflichem Tone abgefaßt war, erwiderte Metternich: „Oesterreich sei entschlossen, in dem neuen Feldzuge mit 150,000 Mann in Galizien und Schlesien, mit 30 — 40,000 Mann in Böhmen zu erscheinen, um gemeinschaftlich mit jenen 300,000 Mann, welche Napoleon führe, zu agiren — aber es könne das nicht als Hülfsmacht, sondern als vermittelnde Macht; es sei das einzige Bestreben Oesterreichs, einen Frieden zwischen den hadernden Parteien herbeizuführen, und wenn das nicht gelänge, als entscheidende Macht den Ausschlag zu geben, d. h. den Frieden zu diktiren.“

Napoleon verneinte Alles. Er verlangte, daß die österreichischen Regimenter unter seinem Befehle gegen die Russen zögen. So hat Napoleon absichtlich im J. 1813 den Frieden hintertrieben, und zu diesem Zwecke wollte er Oesterreich willenlos in sein Schlepptau nehmen. Gibt es aber eine offnere Rolle, als die Metternich vom Dezember 1812 bis zum Mai 1813 spielte? Wohl hatte er im russischen Feldzuge 30,000 Oesterreicher mit den Napoleonischen Waffen marschiren lassen, aber ohne große ernstliche Absicht. Als der Krieg

zwischen Napoleon und Rußland von neuem auszubrechen drohte (Frühjahr 1813), wirft sich Metternich als der Mann auf, der ohne Blutvergießen einen heilsamen Frieden zu Stande zu bringen wünscht. Rußland und Preußen waren zu diesem friedlichen Abschlusse einverstanden — nur Napoleon widerstrebte. Offen sagte Metternich zu wiederholtenmalen, daß dann Oesterreich nicht mit Frankreich gehen könne; diese Mahnung verhallte fruchtlos an Napoleons Ohren. Mit Gewalt hat Napoleon Oesterreich zu den Waffen und gegen sich in die Schranken gerufen. Welch namenloses Elend, welche Ströme von Blut wären erspart worden, hätte der fränkische Imperator auf die Vorstellungen Metternichs hören wollen!

Der Schlachtengott sollte entscheiden.

LVI.

Historische Novitäten.

Mährens allgemeine Geschichte. Im Auftrage des mährischen Landesausschusses dargestellt von Dr. Beda Dudik, O. S. B. Vierter Band. Vom J. 1173 bis zum J. 1197. Mit zwei Beilagen und zwei Landkarten. Brünn 1865. 451 S. 8.

Wir hatten bereits mehrfach Gelegenheit, dem außerordentlichen Forscherfleiß des mährischen Benediktiners in diesen Blättern die verdiente Anerkennung zu zollen. Schon liegt wieder eine neue Leistung dieses Historikers vor. Nachdem wir über die früheren Bände der mährischen Geschichte

von Dr. Dudik regelmäßig Bericht erstattet, freuen wir uns um so mehr heute bereits den vierten Band zur Anzeige bringen zu können, da mit dem schnellen Fortschreiten des Werkes die Bürgschaft gegeben wird, daß die schwierigsten und bisher dunkelsten Abschnitte der Geschichte Mährens durch die gründlichen Forschungen Dudiks in das Hochlicht gebracht werden. Und eben der vorliegende Band ist hiefür ein sprechender Beweis, indem sich hier ein ebenso interessanter als musterhaft ausgearbeiteter Abschnitt über die Culturzustände Mährens vom J. 906 bis 1197 findet. Man kann denselben als einen Glanzpunkt des ganzen Werkes ansehen, der um so verdienstvoller ist, als für diesen Theil bis jetzt keine Vorarbeit vorlag, der Historiograph also das Material sich eigentlich erst schaffen mußte.

Der neue Band enthält nun das fünfte Buch der ganzen Geschichte: „Mähren ein böhmisches Theilfürstenthum, 1029 bis 1197", und gibt zuerst (Cap. VI) die Landes- und Kirchengeschichte (S. 1—160), von da an aber (Cap. VII) die lehrreiche Darstellung der Culturzustände.

Der Inhalt des sechsten Capitels ist eine Reihenfolge unruhiger Kämpfe, Theilungen und Thronstreitigkeiten, in welche die gewaltige Hand Kaiser Friedrichs des Rothbart mehrmals ordnend eingriff. Zuerst unter Sobeslav II., der 1173 die Regierung des böhmischen Reichs übernahm, während sein jüngerer Bruder Udalrich, Prinz Wenzel und Konrad III. Mährens Verwalter wurden, „gubernatores", wie sie urkundlich bezeichnet sind. Dann unter Herzog Friedrich, welcher, nachdem Sobeslav 1177 wieder entsetzt worden, vom Kaiser mit Böhmen belehnt ward, wogegen sein von den Großen des Landes aufgestellter Rivale Herzog Otto auf dem Hoftag zu Regensburg (26. Sept. 1182) mit dem „ungetheilten Mähren als Markgraf des heil. römischen Reichs" betraut wurde. Nichtsdestoweniger wurde Mähren später abermals und wiederholt unter die Premysliden getheilt. Erst mit dem Tode des folgenden Herzogs, Bischof Heinrich von

Prag, 15. Juni 1197, trat ein Wendepunkt in der Geschichte Mährens ein, indem er die Veranlassung ward, das Verhältniß Mährens zu Böhmen und Deutschland fortan zu normiren, wie die Geschichte unter Wladislaw III. des Weiteren zeigt.

Anziehender, als der unruhige Verlauf der politischen Wechselfälle in den beiden Nachbarländern, ist für uns das siebente Capitel, welches die Culturzustände vom J. 906 bis 1197 auseinandersetzt. Aus den Geschichtsquellen dieser Periode wird zunächst die Orographie des Landes mit seinen Flüssen und Bächen entwickelt, wird die Colonisation beschrieben, werden Straßen, Mauthen, Marktplätze, Dörfer, Burgen und Ansiedlungen besprochen. Mit dem größten Interesse wird aber der Leser bei der belehrenden Auseinandersetzung verweilen, welche Dr. Dudik über die Feldwirthschaft, die Grenzmarken, über Maß und Gewicht, über das Bergbauwesen gibt, sowie über das Handwerk, das schon im eilften und zwölften Jahrhundert in seinen Gewerkschaften der Art entwickelt war, daß mit Ausnahme der Fleischer und Schneider bereits alle heutigen Handwerke vertreten waren; nur wurden diese nicht von freien sondern nur von „unterthänigen" Leuten ausgeübt. Es folgen dann Aufschlüsse über das Verhältniß der Sklaverei in Mähren, in deren Bereich auch die Missethäter fielen, die von den Juden erkauft und verkauft wurden! Ueber die dem Volke verhaßten Juden selbst findet man gleichfalls bemerkenswerthe Mittheilungen. Hierauf kommt der Verfasser auf die Preise der Güter und Lebensmittel, auf den Arbeiter-Lohn, auf Geld und Handel zu sprechen. Mit diesem letzteren steht dann in unmittelbarer Verbindung das „Deutschthum im Lande", ein Capitel von interessanten Aufschlüssen. Dudik bespricht ferner noch das Verhältniß des Regenten und der Regierung, des Adels und der Beamten, das Kriegswesen, Gesetze und Gewohnheiten, Immunitäten und das häusliche Leben. Von hier macht er den Uebergang auf Kunst und Wissenschaft, der sich aber auch der Aberglaube

anreiht. Eine Uebersicht des kirchlichen Lebens beschließt das trefflich ausgeführte Culturbild.

Die Beilage I gibt eine Uebersicht der Bischöfe in Mähren, Beilage II die Stammtafel der Premysliden bis 1200.

LVII.

Randglossen zu dem Studentencongreß von Lüttich *).

„Wir bekennen uns offen zum Materialismus. Wir sind Revolutionäre, Socialisten, Atheisten. Nachdem wir die Auktorität Gottes abgeschüttelt, wollen wir auch von keiner menschlichen Auktorität etwas hören. Das ist die Wissenschaft oder sie ist nichts. Mit Gewalt muß man die Menschheit zum Fortschritte bringen; die rothe Fahne ist das wahre Banner der Freiheit. Es lebe Danton, Marat, Robespierre und alle jene Helden des Jahres 93! Ihr Beispiel muß man befolgen, um den letzten Rest von Auktorität abzuschaffen — sei's auch in Strömen von Blut!"

So sprachen die Söhne der „freien Wissenschaft." Habt ihr sie gehört, ihr französische Bourgeois, die ihr so unwillig an euren Ketten zerret; ihr belgische Freimaurer, denen der Anblick eines katholischen Priesters Krämpfe verursacht; ihr Liberale der deutschen Bundesstaaten, die ihr voll Sehnsucht über den Rhein schaut, ob nicht bald der Mann an der Seine,

---

*) Abgehalten am 29., 30. und 31. Oktober 1865.

der kein liberaler Strohmann zu werden Lust hat, vom Schauplatz verschwindet!

„Wir sind die Herrn", sprachen die Liberalen unter dem Bourgeois-König Louis Philippe, der ihnen seine Krone verdankte und dafür ewige Knechtschaft gelobte und hielt; „wir sind die Herrn", so sprechen noch jetzt die Liberalen in Belgien unter dem vielgepriesenen Zepter des „schlauen" Leopold, „uns gehört die Kammer, uns die Gesetzgebungsmaschine, uns gehören die Aemter und Würden des Staats, uns die Steuern und Geldmittel des Landes, uns gehört auch die Schule! Wir wollen nicht, daß die Jugend in einem anderen Geiste, in anderen Grundsätzen erzogen werde, als uns genehm ist; die heranwachsende Generation muß Alles unbedingt loben und bewundern lernen, was wir gesprochen und gethan; dadurch sichern wir uns selbst die Herrschaft für die Zukunft und unseren Thaten ewigen Nachruhm. Wie wir selber nichts glauben als was unserer Willkür genehm ist, so darf auch die Schule nichts lehren als was wir ihr vorzuschreiben geruhen. Wie wir die Gesetze mit den humansten Redensarten versüßen, aber so einzurichten verstehen, daß nur wir — die Advokaten, Fabrikanten, Börsenmänner und Capitalisten — durch sie im Besitz der Macht und des Reichthums beschützt werden, wie wir aber jeden, der nicht zu unserer bevorzugten Kaste gehört, von aller Macht, allem Einfluß und Emporkommen ausschließen: so muß auch die Schule, die wir besolden, zwar die schönsten Phrasen gebrauchen von Freiheit, Fortschritt und Wissenschaft, aber sich wohl hüten, diese Worte anders als wir befehlen zu interpretiren. Wehe dem Lehrer, der eine objektive Begründung des Rechts zu lehren und die für unsere Partei geschaffenen Gesetze anzugreifen sich untersteht! Daß ihr aber über Mangel an Freiheit euch nicht beklagen könnt, so erlauben wir euch, auf die uns verhaßte katholische Kirche zu schmähen nach Herzenslust; die Päpste, die Bischöfe und Priester, die Klöster und alle Institute und Handlungen der Kirche dürft und sollet

ihr verhöhnen und lästern und täglich euern Witz und Spott daran üben. Ihr dürft alles Heilige und Ehrwürdige, was dem katholischen Volke theuer und unantastbar erscheint, als Unsinn und Aberwitz und alberne Thorheit brandmarken; aber unser goldenes Kalb das wir anbeten, die Grundsätze die wir euch als Dogmata vorlegen, die Unfehlbarkeit der liberalen Partei, welche das Zepter führt, die absolute Vernünftigkeit der Gesetze, welche wir geben, die Berechtigung der Reichen, den Staat als ihre Domäne zu betrachten und in seinem Reichthum zu schwelgen, das natürliche Helotenthum der Armen, die wir zu unsern Zwecken ausbeuten, die vollkommene Rechtlosigkeit unserer politischen Gegner, die wir zu vernichten bestrebt sind: all diese Grundsätze und Dogmata unseres Glaubens müssen euch heilig seyn; sobald ihr sie nur durch ein Wort anzugreifen euch erfrechet, werfen wir euch von euren Lehrstühlen herab und nehmen euch eure fette Besoldung! Und wenn euch dieses Maß von Freiheit noch nicht genügt, so erlauben wir euch noch, den historischen Adel, die Fürsten, die Könige und Kaiser, sie mögen persönlich gut oder böse, human oder grausam gesinnt seyn, ihre Regierung mag gesegnet und glücklich oder das Gegentheil seyn, mit eurem Spott und Hohn zu besudeln und sie zum Gegenstand des Gelächters oder des Abschen's zu machen. Denn wir erklären jeden für einen Attentäter an der Majestät unserer Partei, der auf Geschichte, Recht und Vertrag eine Macht gründet, die wir nicht gnädigst ihm übertragen haben. Nur jene Fürsten müßt ihr mit den Pfeilen eures Spottes verschonen, welche uns unbedingt folgen, die uns als ihre Patrone betrachten und alle einflußreichen Stellen des Landes uns überlassen. Solche Fürsten sind uns nicht hinderlich; im Gegentheil, durch ihren Namen, der auf die ungebildete und am alten Recht hängende Masse noch immer großen Einfluß ausübt, sind wir gedeckt und können um so leichter und sicherer unsere Zwecke verfolgen, der ganzen Staatsgewalt uns bemächtigen, unsere Gegner als Hochverräther brandmarken und unsere Theorien durchführen."

So sprachet ihr zu euren Lehrern, ihr Liberale Frankreichs und Belgiens, als ihr durch List und Verleumdung, durch Intriguen und offene Gewalt euch der Regierung bemächtigt hattet. Nach eurem Grundsatz „Freiheit für uns, Knechtschaft für unsere Gegner!“ habt ihr die Kirche aus euren Schulen vollständig verstoßen, habt Staatsschulen geschaffen und Millionen dafür bewilligt; ihr habt, um eure geistesverwandten Lehrer und Professoren desto fester in euer Interesse zu ziehen, glänzende Besoldungen geschaffen aus dem Staatsschatz, der zum größten Theil mit den Steuern der christlichen Bürger und Bauern gefüllt war. Und nun schwelgte euer Herz in Jubel, denn ihr glaubtet nicht bloß der Gegenwart, sondern auch der Zukunft versichert zu seyn! — Aber nicht zufrieden, die Schulen zu Missionsanstalten eurer Parteizwecke zu machen, betratet ihr auch noch eine andere Bahn, um eure Partei zu verherrlichen und eure Grundsätze in die weitesten Kreise zu tragen: ihr bemächtigtet euch der Presse; und durch Bücher und Zeitungen, durch Pamphlete und Plakate, durch Spottverse und Carrikaturen suchtet ihr eure Gegner auch moralisch zu tödten und jeden Versuch, eure Allmacht zu brechen, als Wahnsinn erscheinen zu lassen. Mit diesen Waffen seid ihr eingedrungen in die Paläste der Fürsten, aber auch in die Hütten der Armen und in die Werkstätten der Arbeiter: überall habt ihr eure Grundsätze verbreitet und fühltet euch glücklich, daß man euch so aufmerksam hörte.

Ja sie haben euch gehört, eure Arbeiter, die ihr schon so lange als rechtlose Paria's behandelt und aus deren Schweiß und Blut ihr eure Paläste und Landhäuser und euren Thron in den Kammern gebaut habt; sie haben eure Lehren — ihr habt es ja so gewollt — ihrem Geiste tief eingeprägt: aber sie machen eine andere Anwendung davon, als ihr ihnen gezeigt! „Wenn die Auktorität Gottes“, sagen sie, „abgeschafft ist, warum sollen wir uns der Auktorität des von unsern Herrn angebeteten goldenen Kalbes unterwerfen? Ist es nicht ver-

nünftiger und consequenter, jede Auktorität abzuschaffen und die pure Gewalt zur Herrschaft zu bringen? Und wenn die Majoritätsregierung die beste Staatsform seyn soll, wie unsere Herrn uns täglich versichern, warum sollten denn wir für immer diese Majorität gegen uns haben? Zählen wir unsere Köpfe, so finden wir ja, daß unser Stand, die Arbeiter und die Armen, bei weitem der zahlreichste ist; darum verlangen wir das gleiche Wahlrecht wie andere Bürger, da doch alle Bürger vor dem Gesetze gleich sind! Dann werden wir die Majorität bilden und die Gesetze, die lange genug unsere Bedrücker geschützt, zu unsern Gunsten einrichten. Wenn endlich der Staat die Domäne der herrschenden Classe seyn darf, wie er es in der That für die liberale Partei ist, die alle Aemter und Geldquellen unter sich theilt, warum sollten wir so uneigennützig und gutmüthig seyn, im Besitz der Kammermajorität die Aemter, Capitalien, Steuern und Einkünfte des Staats nicht auch für uns in Anspruch zu nehmen? Und wenn der Staat auch die Armenpflege in den Kreis seiner Befugnisse zieht und der Kirche auch dieses Recht raubt, so hat er offenbar auch die Pflicht, für die Armen zu sorgen und, in Ermangelung freiwilliger Gaben barmherziger Mitbürger, aus dem Staatsschatz die Mittel zu schöpfen; der Staat nehme uns also die Pflege und Erziehung unserer Kinder ab und errichte in jeder Gemeinde ein von ihm dotirtes Institut für die Kinder der Armen, denn so wenig wir durch unsere Armuth entehrt zu seyn glauben, ebenso wenig können wir zugeben, daß unsere Kinder durch unsere Armuth einer sorgfältigen Erziehung beraubt werden; es ist die Aufgabe des Staats, der lange genug nur die Interessen der Reichen begünstigte, den Armen endlich gerecht zu werden. Und wenn der Staat für das Theater jährlich so große Summen ausgeben darf mit Zustimmung der bisherigen Vertreter des Volks, so verlangen wir, daß auch uns Arbeitern der Besuch dieser vielgerühmten „Bildungsschule" des Volkes möglich gemacht werde; es bezahle also der Staat für uns den Ein-

trittspreis, wie in dem hochgebildeten Athen, nach Abschaffung der Privilegien, den Armen ein Theatersold bezahlt wurde; wir aber wollen den Armen Athen's nicht nachstehen!"

Habt ihr sie nun gehört, ihr Männer der liberalen Partei! So haben eure Arbeiter eure Lehren verstanden, und wenn ihr euch darüber ärgert, so zeiget ihr nur, daß logisches Denken nicht eure Stärke ausmacht. Wißt ihr denn nicht, daß die Revolution ihre eigenen Kinder verschlingt? Revolutionäre aber seid ihr und oft genug habt ihr euch dessen gerühmt. Unaufhörlich habt ihr gewühlt und gespottet und geschmäht über die von Gott gesetzte Königsgewalt, bis sie gestürzt war und ihr an die Stelle des gestürzten Thrones des rechtmäßigen Königs das Kammerregiment setzen konntet. Und wo in der Welt freche Verschwörer einen Aufstand versuchten, wo immer verzweifelte Verbrecher die legitime Regierung angriffen, um durch deren Sturz der Justiz zu entgehen und in der Verwirrung reiche Beute zu machen, da habt ihr wie rasend Beifall geklatscht, habt durch eure Presse, durch eilends berufene Versammlungen, durch Dankadressen sie der Bewunderung Europa's versichert, habt ihnen Geld, Waffen und Mannschaft geschickt, daß das begonnene Werk nicht mißlinge, daß wieder eine legitime Gewalt aus der Welt verschwinde und eure allein berechtigte und Völker beglückende Regierungsweisheit nach und nach zur ausschließlichen Herrschaft über Europa gelange! Und ihr waret so thöricht zu glauben, euer Beispiel, das schon seit 50 Jahren unermüdet fortwirkt, werde nicht auch von andern Gesellschafts-Classen endlich befolgt werden! Ihr konntet euch in den Wahn hineinleben, bloß euch stehe es zu, die Auktorität die euch unangenehm war, zu stürzen; alle andern Volksclassen aber seien für alle Zukunft dazu verurtheilt, die Auktorität eurer Herrschergewalt gehorsamst anzuerkennen! O ihr Thoren! Wer die von Gott gesetzte Auktorität der Kirche und des angestammten Fürsten mit Füßen getreten hat wie ihr, der hat alles Recht verloren, eine neue Auktorität zu begründen;

er hat sich selbst an die brutale Gewalt des Stärkern verkauft! War es den Girondisten in Paris möglich, die Revolution in ihrem rasenden Laufe zu hemmen? Nein, denn nachdem sie Alles gethan, um die Königsgewalt zu zerstören, und nun an der Stelle des machtlos gewordenen Herrschers im Besitz der Kammermajorität zu schwelgen und ihres Triumphs sich zu freuen anfingen — da ereilte auch sie das Verhängniß, es kamen noch unreinere und tollere Menschen und fraßen sie auf, bis zuletzt die dämonische Hyäne von Arras auch diese wüsten Gesellen verschlang!

Die Girondisten des 19. Jahrhunderts seid ihr, Männer der liberalen Partei! Auch über euch kommt die Rache, auch ihr werdet einmal von den Danton's, Marat's, Hebert's verschlungen werden. Alle Vermehrung der Polizei, alle Knechtung der Presse, die nicht in euerm Sold steht, alles Verbot der Versammlungen und Agitationen, die von euch nicht die Losung annehmen, rettet euch nicht vom Verhängniß. Euer Reden und Thun ist auf Lüge und Selbstsucht gegründet, darum muß es, so wahr ein gerechter Gott lebt, schmählich zu Schanden werden. Die Jakobiner von Anno 93, jene „Patrioten" der großen Nation, jene gepriesenen Vorkämpfer der allgemeinen Menschenrechte, jene harten Fäuste, vor denen die Bourgeois zitterten, jene Vollstrecker der Conventsbeschlüsse gegen das Eigenthum, jene unbarmherzigen Eintreiber der „freiwilligen" Revolutionsanlehen — sie stehen schon bereit und sind sogar besser geschult und dressirt als vor 72 Jahren: es sind eure Arbeiter, und sie harren nur noch auf den Ruf ihrer Führer und dieß sind — o Grausen! — eure eigenen Söhne!

Aus eurem Blut entsprossen, mit euren Grundsätzen von der Mutterbrust an gespeist und getränkt, mit eurem dem Schweiß der Armen erpreßten Reichthum in Ueberfluß und Ueppigkeit aufgezogen, an euren Mittel- und Hochschulen gebildet zeigen sie sich aller Dankbarkeit gegen euch so bar und ledig, daß sie unter Jauchzen euer Werk zu zerstören beschlossen

haben! Nicht wahr, so lange sie ihre bübischen Unflätereien gegen Christenthum und Kirche ausspien, so lange sie die „schöne" heidnische Moral priesen und die christliche mit Koth bewarfen, so lange sie auf Fürsten Europa's ihre frechen Reden ergossen: da lachte euer Herz und ihr dachtet in stillem Entzücken: es ist uns gelungen, unsere Söhne sind keine Ultramontane, keine Finsterlinge, keine Fürstenknechte geworden. Unsere Schulen sind vortrefflich organisirt und besetzt; ganz in dem Geist, in welchem wir sie gegründet, wirken sie fort; gleich in der nächsten Kammersitzung müssen die Lehrer wegen ihrer Leistungen eine Besoldungszulage erhalten. Aber wie grausam wurde eure Freude gestört, als ihr am dritten Tag des Congresses dieselben Jungen, die ihr in den ersten zwei Tagen gern an euer Herz gedrückt hättet, die garstigsten Worte aussprechen hörtet! „Wir wollen die Republik und den Socialismus; das Beispiel der großen Revolutionshelden vom Jahre 93 muß wiederholt und alles Eigenthum abgeschafft werden. Es lebe Danton, Marat, Robespierre!" — So sprachen eure Söhne. Seht ihr nun, daß ihr armselige Zauberlehrlinge seid? Die Geister, die ihr riefet, die werdet ihr nicht mehr los! Sie wachsen nicht erst, nein sie sind euch schon über den Kopf gewachsen!

Eure Schulen haben ihre Aufgabe gar zu gründlich erfaßt. Während ihr bloß die Auktorität der Kirche und des Christenthums, der legitimen Monarchie und des historischen Rechts ihrem Spott und Lästerung preisgabet, sind sie weiter gegangen und haben die Auktorität überhaupt, also auch die Auktorität des Geldes, die Auktorität der privilegirten und monopolisirten Bourgeois und Kammertyrannen angegriffen und die pure Gewalt des Stärksten als höchstes Gesetz, und den Staat als ein herrenloses Gut dargestellt, das dem Stärksten zur beliebigen Brandschatzung naturgemäß zufalle! Und diese Lehren haben euren Söhnen besser gefallen als die ganz Europa mit Ekel erfüllenden Kammerdebatten, die mit dem wahren Gedanken nie herausrücken dürfen. Urtheilt über

eure Söhne wie ihr immer wollt: consequenter sind sie jedenfalls als ihr, die Väter derselben. Eure Grundsätze ruhen auf purstem Unglauben und Christenhaß; Selbstvergötterung und Materialismus ist eure Religion; aus absoluter Willkür habt ihr das Eigenthum, d. h. euren Reichthum anstatt des lebendigen Gottes für heilig erklärt und ein Wahlgesetz und eine Verfassung geschaffen, welche euch, und nur euch, den Staat mit all seinen Interessen überantwortet. Glaubtet ihr nun, eure Söhne würden sich dieser Willkür der Väter stets unterwerfen? Sie würden nie anders als ihr über Gesellschaft und Staat, Recht und Gesetz denken? Glaubtet ihr, das Sprichwort „Wie die Alten sungen, so zwitschern die Jungen" werde auch bei euren Söhnen sich bestätigen? Ihr habt euch getäuscht. Wer selbst nicht gehorchen gelernt hat, der findet auch bei seinen Kindern keinen Gehorsam. Eure eigenen Söhne — und darin liegt euer tragisches Loos, ihr liberale Bourgeois, Freimaurer und Solidaires! — eure eigenen Söhne sind die modernen Titanen, die erdgebornen Himmelsstürmer, die euer politisches und sociales Gebäude zerstören werden; sie sind entschlossen, ja sie können den Tag kaum erwarten, sich an die Spitze eurer unzufriedenen Arbeiter zu stellen und das unterbrochene Werk des blutigen Jahres 93 mit frischer Kraft in Angriff zu nehmen! Darum neiget eure Häupter, ihr Väter, und verhüllet euer Angesicht und erwäget das ernste Wort der heiligen Schrift: „Ein ungezogener Sohn ist dem Vater zur Schande." (Sir. 22, 3.)

Euch aber, die ihr noch immer die Staatsschulen und Staatsuniversitäten als den höchsten Beweis unserer Civilisation betrachtet, frage ich: habt ihr sie gehört diese Früchte der vielgepriesenen Staatsuniversitäten Frankreichs und Belgiens? Seht ihr nun, welcher Geist sie erfüllt, wie sie die Freiheit der Wissenschaft auffassen? Von dem dämonischen Christenhaß, von der cynischen Frechheit des Urtheils über Religion und Moral, von der schmutzigen Unsittlichkeit dieser

Alles verloren, dann ist der Sieg der Verschwörer gegen Christenthum, Recht und Gesetz ganz zweifellos, dann beginnt ein neues Zeitalter des brutalsten Faustrechts, denn nur zum Zerstören sind diese Rebellen gegen das göttliche und menschliche Gesetz fähig, aufbauen und neuschaffen können sie nicht, so wenig als die fluchbeladenen Jakobiner in Paris.

Darum ihr Alle, denen Deutschlands Ehre und Blüthe ein Gegenstand der heißesten Wünsche bildet, ihr Alle denen die finstern und unheimlichen Absichten und Machinationen der offenen und geheimen Verschwörer gegen die von Gott gesetzte Ordnung in Kirche und Staat ein Greuel sind, höret auf das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen zu schmähen, zu verdächtigen und Zwietracht zwischen beide zu säen; verlasset euern engen und beschränkten Standpunkt und erhebt euern Geist mit den Schwingen des ächten Patriotismus, der nicht bloß die Wünsche und Tendenzen eines Mittel- und Kleinstaates, sondern das Wohl und die Interessen der ganzen Nation in Erwägung zieht: dann werdet ihr ganz gewiß — statt über die Eintracht beider Großstaaten zu schmähen — den König der Könige inbrünstig anflehen, daß Er dieses Band fester und fester knüpfe zur Ehre des deutschen Namens und zum Schrecken seiner unversöhnlichen Feinde.

---

und Ansehen stehen und den Geist der Studenten beherrschen werden? Wer bürgt dafür, daß eine politische Windsbraut, nachdem sie die Ministerien und Kammern mit Freimaurern und Atheisten besetzt hat, nicht auch die Universitäten erschüttern, gerade die besten und edelsten Lehrer als „Reaktionäre", „Aristokraten", „Ultramontane", „Pietisten" vertreiben und unfähigen, corrupten und servilen Creaturen der Machthaber die verwaisten Lehrstühle überantworten wird? Sollte es denn schon gänzlich vergessen seyn, was in diesem Punkte in Deutschland schon möglich war? Erinnert sich Niemand mehr an das Ministerium Altenstein in Preußen, an Graf Montgelas, Fürst Wallerstein und Lola Montes in Bayern, an Minister Schlayer in Württemberg und an die andern Machthaber in den kleineren Bundesstaaten, die mit den Lehrern der Universitäten nicht anders umgingen als mit dem obscursten Dorfschulmeister, wenn sie in einem der Regierung nicht convenirenden Geiste zu lehren sich unterstanden! So lange die Staatsgewalt die Lehrstühle besetzt — in den meisten Fällen ist ja die Befragung des akademischen Senats pure Formalität — so lange hat die Wissenschaft selbst und ihre Lehre keine genügende Garantie ihrer Freiheit. Ein Glück ist es bloß und eine Gnade der Vorsehung, wenn solche Männer das Staatsruder führen, welche dem Reiz die Landesuniversität zu beherrschen, Widerstand leisten oder eine der objektiven wissenschaftlichen Forschung und deren Resultaten zugängliche Gesinnung auch im Besitz der Macht sich bewahrt haben. Solche Zustände sind aber, wie die Geschichte seit drei Jahrhunderten zeigt, nur glückliche Ausnahmen; die Regel spricht für das Gegentheil. Wollen wir also die Verwilderung unserer studirenden Jugend gründlich bekämpfen, wollen wir solche wissenschaftliche und sittliche Verkommenheit, wie sie der Studenten-Congreß von Lüttich vor ganz Europa enthüllt hat, von den deutschen Studenten für alle Zukunft fern halten — und wer sollte dieses nicht wollen — so gibt es kein anderes

während des ganzen Mittelalters bestand, wird eine Geschichte des deutschen Reichs nicht zur Vollendung gelangen außer mit steter Rücksichtnahme auf die kirchlichen Verhältnisse, insbesondere auf die Bisthümer und die hohen geistlichen Würdenträger, auf die Machthaber, welche statt des Scepters den Krummstab führten. In dem kirchlichen Wesen lag die einigende Kraft, welche dem Kaiserthume seine Bedeutung verlieh, auf den kirchlichen Institutionen ruhte die Bildung und Cultur, die deutschen Bischöfe legten oft genug das ausschlaggebende Gewicht in die Waagschale, in welcher das Geschick des Abendlandes gewogen ward. Wohl manches Räthsel in der Geschichte Deutschlands findet nur seine Lösung durch Herbeiziehung der Bisthumsgeschichte und wenn der Faden der Entwicklung der Reichsgeschichte in der Nähe des Kaisers und der weltlichen Großen abbricht, findet er sich oftmals da wieder, wo ein geistlicher Fürst seinen hohen Beruf erfüllt. Es kann demnach wohl kein Zweifel mehr walten, daß in der Förderung der deutschen Kirchengeschichte auch eine große Bereicherung der allgemeinen Geschichte unseres Vaterlandes liegt; eine wahrhaft nationale Geschichte Deutschlands wird sich der kirchlichen Verhältnisse nicht entschlagen können, ihr Blick wird nicht weniger auf die geistlichen als auf die weltlichen Mächte hingewiesen seyn.

So wünschenswerth daher die größte Rührigkeit gerade von Seiten der Katholiken auf dem Felde deutscher Kirchen-Geschichte seyn muß, so günstig sind die Verhältnisse unserer Tage für dieselbe; es bedarf nur eines ernsten Willens und die Erfolge können nicht ausbleiben. Mit vollem Rechte konnte noch neulich der Fortsetzer von Stolberg's Geschichte der Religion Jesu Christi, Herr Brischar, in der Vorrede zum 53. Band jenes Werkes die beherzigenswerthen Worte sprechen: „Schmerzlich berührt die Beobachtung, daß von katholischer Seite in Deutschland in neuerer Zeit im Allgemeinen verhältnißmäßig so wenig für die deutsche Geschichte geschieht. Eine ganz auf Quellenstudien basirte, den wissen-

wissen wir nicht aus den Akten der Verhandlungen, aber die unmittelbar folgenden Thaten beweisen mehr als genug. Im Spätjahr desselben Jahres wurde das historische Recht in der Schweiz niedergeschmettert, die Jesuiten in Acht und Aberacht erklärt, die katholischen Kantone, welche für ihr gutes Recht zu den Waffen griffen, mit Krieg überzogen, niedergeworfen und zu Heloten gemacht; und an der Spitze der radikalen Armee stand derselbe Dufour, der mit den spanischen Rebellen und Maurern die lebhaftesten Verbindungen unterhielt. Und die maurerischen Verschwörer beherrschten so sehr alle Höfe Europa's, daß kein Mann aus den legitimen Armeen dem mißhandelten Sonderbunde zu Hülfe kam. Nicht lange nachher begann die Revolution in Sicilien und pflanzte sich von da nach Neapel und Rom fort. Im Februar des folgenden Jahres — es ist das tolle Jahr 1848 — brach der Thron Louis Philippe's zusammen, und dieselben Franzosen, die auf dem Congreß von Straßburg erschienen waren, spielten in der jungen Republik eine Hauptrolle: Lamartine wurde zuerst, nach ihm Cavaignac Präsident und die andern wurden mit Ministerstellen und andern einträglichen Würden bedacht. In unmittelbarer Folge hievon brach die Revolution in Ober-Italien los gegen Radetzky und seine von der Heimath vergessene Armee, und der alte Carbonaro Carl Albert brach wie ein Dieb in der Nacht in die Lombardei ein. Zu gleicher Zeit waren die deutschen Mittel- und Kleinstaaten an Händen und Füßen gebunden der Revolution preisgegeben; und auch hier spielten die Apostel von Straßburg überall die Hauptrolle. Wer hat nun, fragen wir, dem wüsten Herentanze zuerst ein kräftiges Halt zugerufen? Etwa die Mittel- und Kleinstaaten? Nein, sondern der brave Radetzky an der Spitze seiner löwenmüthigen Helden! Und als im Jahre 49 die Revolution einen neuen Anlauf nahm, da war es wieder Radetzky, der sie mit seinem scharfen Schwert gleich dem heiligen Ritter Georg niederschlug und den Erzverräther Carl Albert zu schmählicher

beginnen, als wir nicht einen Augenblick anstehen, die älteren Leistungen für deutsche Bisthumsgeschichte in ihrer ganzen Bedeutung zu schätzen. Es würde großen Mangel an Pietät für die geistige Hinterlassenschaft der redlichen und fleißigen Arbeiter früherer Zeit verrathen, wollte man mit eitler Selbstgefälligkeit nur die wissenschaftlichen Werke unseres Jahrhunderts achten, wir würden uns des höchsten Undankes schuldig machen, wollten wir den Verdiensten der Meister, auf deren Schultern wir stehen, einen Augenblick die vollste Anerkennung versagen. Nur mit Achtung dürfen wir die Namen eines Hund, Gewold, Meichelbeck, Hansiz, Ludewig, Ussermann, Gropp, Eckhart, Falkenstein, Schaten, Brower, Schannat, Würdtwein, Guden und vieler Anderer nennen, um stets eingedenk zu bleiben, daß die Früchte unserer Arbeit nur auf dem Felde reifen, welches von jenen Männern urbar gemacht wurde.

Verhältnißmäßig am wenigsten ist seither für die Ausbeutung der auf die Kirchengeschichte Deutschlands bezüglichen urkundlichen Schätze geschehen. Und doch sind ja Urkunden gewissermaßen die überlebenden Zeugen, welche mit offener Sprache den ihre Zeit beherrschenden Geist verkünden und über das Schaffen und Wirken, in welchem sich das Leben der Vergangenheit bewegte, Aufschluß ertheilen. Mögen Chroniken, Annalen, Biographien und andere historische Darstellungen noch so genau über Vorgänge jedweder Art berichten, mag ihre Sprache noch so eindringlich zu uns reden, mögen ihre Nachrichten frei von absichtlicher Entstellung seyn; in den Urkunden sehen wir die Entwicklung der Verhältnisse unmittelbar vor uns, in den Urkunden finden wir das kirchliche, politische, sociale und culturhistorische Daseyn der Herrscher wie der Unterthanen in seiner ganzen Mannigfaltigkeit verkörpert.

Also müssen es sämmtliche Geschichtsfreunde Deutschlands, welche für die Kirchengeschichte unseres Vaterlandes wirken wollen, als ihre nächste und vorzüglichste Aufgabe ansehen,

Alles verloren, dann ist der Sieg der Verschwörer gegen Christenthum, Recht und Gesetz ganz zweifellos, dann beginnt ein neues Zeitalter des brutalsten Faustrechts, denn nur zum Zerstören sind diese Rebellen gegen das göttliche und menschliche Gesetz fähig, aufbauen und neuschaffen können sie nicht, so wenig als die fluchbeladenen Jakobiner in Paris.

Darum ihr Alle, denen Deutschlands Ehre und Blüthe ein Gegenstand der heißesten Wünsche bildet, ihr Alle denen die finstern und unheimlichen Absichten und Machinationen der offenen und geheimen Verschwörer gegen die von Gott gesetzte Ordnung in Kirche und Staat ein Greuel sind, höret auf das Bündniß zwischen Oesterreich und Preußen zu schmähen, zu verdächtigen und Zwietracht zwischen beide zu säen; verlasset euern engen und beschränkten Standpunkt und erhebt euern Geist mit den Schwingen des ächten Patriotismus, der nicht bloß die Wünsche und Tendenzen eines Mittel- und Kleinstaates, sondern das Wohl und die Interessen der ganzen Nation in Erwägung zieht: dann werdet ihr ganz gewiß — statt aber die Eintracht beider Großstaaten zu schmähen — den König der Könige inbrünstig anflehen, daß Er dieses Band fester und fester knüpfe zur Ehre des deutschen Namens und zum Schrecken seiner unversöhnlichen Feinde.

mit Unterstützung des Herrn Fürstbischofs Förster von Grünhagen und Korn edirt, das Erscheinen von Salzburger Regesten wurde durch A. v. Meiller, dessen Name für die beste Leistung bürgt, in nahe Aussicht gestellt; die Regisften der Mainzer Erzbischöfe, welche sich im Nachlaß Böhmer's, des verdienstvollsten Forschers unserer Zeit, nahezu vollendet vorfanden, werden in Bälde von Prof. Arnold edirt werden.

Große Lücken aber bleiben noch auszufüllen, da manche der kräftigsten Glieder der Kirche Deutschlands, welche zugleich auch ansehnliche Territorien des Reiches repräsentirten, von Seiten der historischen Forschung zur Stunde noch der Würdigung harren, die ihnen ihrer kirchlichen und staatlichen Bedeutung wegen zukommt. In den Sitzungsberichten der Wiener Akademie der Wissenschaften histor.-philos. Classe Bd. XXXII. S. 633 bemerkt K. F. Stumpf: „Wenn wir hier einen Wunsch zum Gedeihen unserer mittelalterlichen Geschichts-Forschung äußern dürfen, so ist es der nach Regesten der mächtigsten deutschen Kirchenfürsten, vor allen der Erzbischöfe von Mainz und Cöln und der Bischöfe von Würzburg. Die Marken ihres Gebietes umfaßten das deutsche Kronland, ihre Macht und ihr Ansehen, erhöht durch die Würde ihres Amtes und das Gewicht bedeutender Persönlichkeit, überstrahlte weit die weltlichen Großen und wog gleichviel im Rathe der Fürsten wie auf dem Felde der Waffen; so mußte demnach auch ihre ganze Wirksamkeit entscheidend für die Schicksale unseres Vaterlandes seyn. Deßhalb scheint uns auch zur wirklichen Enthüllung dieser Schicksale die volle Einsicht in die Fundamente des politischen Lebens und Gedeihens dieser Fürsten, wie sie allein Regesten zu gewähren im Stande sind, beinahe unentbehrlich.“ Hier gilt es also noch eine große Arbeit zu bewältigen, der Mahnung zu folgen, die Böhmer im J. 1848 aussprach: „Vielleicht erstehen noch andere Geschichtsfreunde, die das was ich für Päpste und Kaiser begonnen habe, auch auf die Bischöfe und weltlichen Herrn erstrecken. Hier selbst

während des ganzen Mittelalters bestand, wird eine Geschichte des deutschen Reichs nicht zur Vollendung gelangen außer mit steter Rücksichtnahme auf die kirchlichen Verhältnisse, insbesondere auf die Bisthümer und die hohen geistlichen Würdenträger, auf die Machthaber, welche statt des Scepters den Krummstab führten. In dem kirchlichen Wesen lag die einigende Kraft, welche dem Kaiserthume seine Bedeutung verlieh, auf den kirchlichen Institutionen ruhte die Bildung und Cultur, die deutschen Bischöfe legten oft genug das ausschlaggebende Gewicht in die Waagschale, in welcher das Geschick des Abendlandes gewogen ward. Wohl manches Räthsel in der Geschichte Deutschlands findet nur seine Lösung durch Herbeiziehung der Bisthumsgeschichte und wenn der Faden der Entwicklung der Reichsgeschichte in der Nähe des Kaisers und der weltlichen Großen abbricht, findet er sich oftmals da wieder, wo ein geistlicher Fürst seinen hohen Beruf erfüllt. Es kann demnach wohl kein Zweifel mehr walten, daß in der Förderung der deutschen Kirchengeschichte auch eine große Bereicherung der allgemeinen Geschichte unseres Vaterlandes liegt; eine wahrhaft nationale Geschichte Deutschlands wird sich der kirchlichen Verhältnisse nicht entschlagen können, ihr Blick wird nicht weniger auf die geistlichen als auf die weltlichen Mächte hingewiesen seyn.

So wünschenswerth daher die größte Rührigkeit gerade von Seiten der Katholiken auf dem Felde deutscher Kirchen-Geschichte seyn muß, so günstig sind die Verhältnisse unserer Tage für dieselbe; es bedarf nur eines ernsten Willens und die Erfolge können nicht ausbleiben. Mit vollem Rechte konnte noch neulich der Fortsetzer von Stolberg's Geschichte der Religion Jesu Christi, Herr Brischar, in der Vorrede zum 53. Band jenes Werkes die beherzigenswerthen Worte sprechen: „Schmerzlich berührt die Beobachtung, daß von katholischer Seite in Deutschland in neuerer Zeit im Allgemeinen verhältnißmäßig so wenig für die deutsche Geschichte geschieht. Eine ganz auf Quellenstudien basirte, den wissen-

fahren möglichst frisch zu erhalten und für die Tugenden derselben die Jetztzeit und die späteren Nachkommen zu begeistern? Müssen sich die Söhne der hervorragenden Geschlechter nicht gehoben und geehrt fühlen, wenn die Verdienste ihrer Ahnen vor Vergessenheit geschützt und ihnen von der Nachwelt noch unverwelkbare Lorbeern des Ruhmes geflochten werden? Und wo gilt es die Erfüllung einer schöneren Pflicht, als den obersten kirchlichen Würdenträgern, welche zugleich die Träger der auf Gottvertrauen und die erhabensten Sittengesetze begründeten Cultur waren, den Tribut des Dankes mit fröhlichen Herzen darzubringen durch Stiftung eines Denkmals, auf welchem ihre Thaten verzeichnet stehen?

Indem wir nun ein solches Denkmal denjenigen Kirchenfürsten aufzurichten gedenken, welche die Bisthümer Würzburg, Bamberg und Eichstätt von ihren Anfängen bis zum Ende des Mittelalters inne hatten, wird der Geschichte der Gebiete, welche zu jenen gehörten, ohne Zweifel nach allen Richtungen eine große Förderung zu Theil werden. Denn während wir eine Sammlung von Auszügen aus den Urkunden veranstalten, welche entweder von den fränkischen Bischöfen ausgestellt wurden oder wenigstens dieselben berühren, und in die Reihe derselben auch die auf die Bisthümer sich beziehenden wichtigsten Nachrichten aus den Annalen, Chroniken, Nekrologien u. s. w. einfügen, müssen zunächst die Verhältnisse in culturhistorischer Beziehung die mannigfachsten Aufklärungen finden, und über Personen aller Stände werden sich Aufschlüsse ergeben, von denen bis jetzt wohl kaum eine Ahnung vorhanden ist. Die Beziehungen der drei Bisthümer zum Reiche aber sowie zum Haupte und vielen Großen desselben müssen ebenfalls an Durchsichtigkeit und Klarheit gewinnen, wodurch dann über viele dunkle Partien der Reichsgeschichte helles Licht verbreitet wird. Ferner dürfte unser Werk, das seinen Mittelpunkt in den geistlichen Regenten hat, ebensowohl für die Geschichte der Klöster als für die Ortsgeschichte der Städte, Dörfer und Weiler von großem Belang werden,

beginnen, als wir nicht einen Augenblick anstehen, die älteren Leistungen für deutsche Bisthumsgeschichte in ihrer ganzen Bedeutung zu schätzen. Es würde großen Mangel an Pietät für die geistige Hinterlassenschaft der redlichen und fleißigen Arbeiter früherer Zeit verrathen, wollte man mit eitler Selbstgefälligkeit nur die wissenschaftlichen Werke unseres Jahrhunderts achten, wir würden uns des höchsten Undankes schuldig machen, wollten wir den Verdiensten der Meister, auf deren Schultern wir stehen, einen Augenblick die vollste Anerkennung versagen. Nur mit Achtung dürfen wir die Namen eines Hund, Gewold, Meichelbeck, Hansiz, Ludewig, Ussermann, Gropp, Eckhart, Falkenstein, Schaten, Brower, Schannat, Würdtwein, Guden und vieler Anderer nennen, um stets eingedenk zu bleiben, daß die Früchte unserer Arbeit nur auf dem Felde reifen, welches von jenen Männern urbar gemacht wurde.

Verhältnißmäßig am wenigsten ist seither für die Ausbeutung der auf die Kirchengeschichte Deutschlands bezüglichen urkundlichen Schätze geschehen. Und doch sind ja Urkunden gewissermaßen die überlebenden Zeugen, welche mit offener Sprache den ihre Zeit beherrschenden Geist verkünden und über das Schaffen und Wirken, in welchem sich das Leben der Vergangenheit bewegte, Aufschluß ertheilen. Mögen Chroniken, Annalen, Biographien und andere historische Darstellungen noch so genau über Vorgänge jedweder Art berichten, mag ihre Sprache noch so eindringlich zu uns reden, mögen ihre Nachrichten frei von absichtlicher Entstellung seyn; in den Urkunden sehen wir die Entwicklung der Verhältnisse unmittelbar vor uns, in den Urkunden finden wir das kirchliche, politische, sociale und culturhistorische Daseyn der Herrscher wie der Unterthanen in seiner ganzen Mannigfaltigkeit verkörpert.

Also müssen es sämmtliche Geschichtsfreunde Deutschlands, welche für die Kirchengeschichte unseres Vaterlandes wirken wollen, als ihre nächste und vorzüglichste Aufgabe ansehen,

unser Werk fördern helfen, indem sie von jeder ihnen bekannt werdenden Bambergischen, Würzburgischen oder Eichstättischen Bischofsurkunde einem der Unterzeichneten gefällige Nachricht geben. Als Schlußjahr der Sammlung ist für Würzburg 1519, für Bamberg 1522, für Eichstätt 1537 festgestellt.

Wir glauben überzeugt seyn zu dürfen, daß die Angehörigen der fränkischen Bisthümer in der Folge keine Veranlassung zu der Klage haben werden, wie sie der hochverdiente Chmel im J. 1855 im Notizblatt zu dem Archiv für österreichische Geschichtsquellen aussprach: „Gesucht müssen diese (urkundlichen) Schätze werden, das ist kein Zweifel, denn die Indolenz ist zu groß. Nachträge hofft man umsonst von dem Eifer derjenigen, die an den Quellen sitzen, ohne sie zu kennen, ohne sie weiter untersuchen zu wollen. Die Ignoranz wie die Gleichgültigkeit, selbst der Gebildeten, gegen Urkunden und ältere Schriften ist zu herrschend, als daß auf dem Wege der Aufforderung und der Bitte viel zu hoffen und zu erlangen wäre.“ Streben wir mit vereinten Kräften darnach, „ut aetas nostra thesaurum quemdam relinquat“, wie Leibnitz seinen Zeitgenossen zurief, um sie zur Sammlung und Herausgabe von Dokumenten und Urkunden anzueifern.

Möge unser Unternehmen bei allen Freunden der ruhmreichen Vergangenheit der Kirche Deutschlands und eines großen, geeinten und mächtigen Vaterlandes in demselben Geiste der Pietät für die Vorzeit aufgenommen werden, aus welchem es entsprungen ist und dessen Verbreitung und Kräftigung zu den Zielen gehört, die es verfolgt.

Dr. Cornelius Will,
Archivconservator des germanischen Museums in Nürnberg.

Schweitzer,	Suttner,	Kühles,
erzb. geistl. Rath und Stadtpfarrer in Bamberg.	b. geistl. Rath und Archivar des b. Ordinar. in Eichstätt.	Domprabendar, Archivar u. Registrator des bisch. Ordinar. in Würzburg.

---

mit Unterstützung des Herrn Fürstbischofs Förster von Grünhagen und Korn edirt, das Erscheinen von Salzburger Regesten wurde durch A. v. Meiller, dessen Name für die beste Leistung bürgt, in nahe Aussicht gestellt; die Regesten der Mainzer Erzbischöfe, welche sich im Nachlaß Böhmer's, des verdienstvollsten Forschers unserer Zeit, nahezu vollendet vorfanden, werden in Bälde von Prof. Arnold edirt werden.

Große Lücken aber bleiben noch auszufüllen, da manche der kräftigsten Glieder der Kirche Deutschlands, welche zugleich auch ansehnliche Territorien des Reiches repräsentirten, von Seiten der historischen Forschung zur Stunde noch der Würdigung harren, die ihnen ihrer kirchlichen und staatlichen Bedeutung wegen zukommt. In den Sitzungsberichten der Wiener Akademie der Wissenschaften histor.-philos. Classe Bd. XXXII. S. 633 bemerkt K. F. Stumpf: „Wenn wir hier einen Wunsch zum Gedeihen unserer mittelalterlichen Geschichtsforschung äußern dürfen, so ist es der nach Regesten der mächtigsten deutschen Kirchenfürsten, vor allen der Erzbischöfe von Mainz und Cöln und der Bischöfe von Würzburg. Die Marken ihres Gebietes umfaßten das deutsche Kronland, ihre Macht und ihr Ansehen, erhöht durch die Würde ihres Amtes und das Gewicht bedeutender Persönlichkeit, überstrahlte weit die weltlichen Großen und wog gleichviel im Rathe der Fürsten wie auf dem Felde der Waffen; so mußte demnach auch ihre ganze Wirksamkeit entscheidend für die Schicksale unseres Vaterlandes seyn. Deßhalb scheint uns auch zur wirklichen Enthüllung dieser Schicksale die volle Einsicht in die Fundamente des politischen Lebens und Gedeihens dieser Fürsten, wie sie allein Regesten zu gewähren im Stande sind, beinahe unentbehrlich.“ Hier gilt es also noch eine große Arbeit zu bewältigen, der Mahnung zu folgen, die Böhmer im J. 1848 aussprach: „Vielleicht erstehen noch andere Geschichtsfreunde, die das was ich für Päpste und Kaiser begonnen habe, auch auf die Bischöfe und weltlichen Herrn erstrecken. Hier selbst

war sehr bedeutend. Nach den vorliegenden
...e noch bedeutender, als man bisher angenommen
...r auch vielleicht von dem Inhalt der Briefe
...uß einer gewissen Ruhmredigkeit in Abzug
Rechnung einer sich gerne spiegelnden
...ollen: immerhin bleibt als Resultat,
... Thiersch in Bayern und auf
...asteht. Um so mehr müssen
...rschiedenen Perioden seines
...keit seyn. Das haben
...unden, und es ist zu
...uch in Bayern recht fleißig
...s mit kundigem Auge thut, wird
...uch entschädigt finden.

...h der Sohn hat von den hinterbliebenen
...urlich „nur eine Auswahl" veröffentlicht. Wenn
...h die nach verschiedenen Seiten hin sehr aggressive
...ellung vergegenwärtigt, die der fremde Professor nach eigener Wahl inmitten seines Adoptiv-Vaterlandes einnahm, so wird man begreifen, daß die erforderliche Auswahl ziemlich tief einschneiden mußte. Aber es ist immerhin genug übriggeblieben, um die Biographie Friedrich Thiersch's mit ihren Dokumenten zu einer wichtigen Quelle der neuesten Geschichte Bayerns zu erheben. Diese Geschichte — Bayern unter den ersten drei Königen aus dem Pfälzischen Hause — ist bekanntlich noch nicht geschrieben, und nicht sobald wird ein Historisches Seminar oder die entsprechende Commission zu solch einer dornenvollen Aufgabe den Anstoß geben. Indeß wird es mit jedem Tage unwidersprechlicher, daß die Geschicke Bayerns in eine trübselige Wendung hineingerathen sind, in einen Verfall aus dem nach der Meinung Vieler die Rückkehr bei dem besten Willen nicht mehr in's Bereich der Möglichkeiten gehören dürfte. In demselben Maße muß sich allmählig das Bedürfniß nach einer historischen Auskunft regen, wie denn die Dinge so über alles Erwarten oberflächlicher

LIX.

Das Leben Friedrichs von Thiersch und die neueste Geschichte Bayerns.

Der älteste Sohn des vor einigen Jahren in hohem Alter verstorbenen Geheimen Raths von Thiersch hat eine Lebensbeschreibung seines Vaters unternommen, deren erster Band kürzlich erschienen ist. Das Werk ist von dem würdigen Verfasser sehr gut angelegt. Neben dem subjektiven Urtheile des pietätsvollen Sohnes, das übrigens durch ruhiges Maßhalten nur wohlthuend berühren kann, läuft ein reichliches Material von Briefen her, welches dem Leser den freiesten Stoff darbietet, um sich seine eigenen Gedanken und ein objektives Urtheil bilden zu können. Der Herr Verfasser theilt nämlich den Lebenslauf seines heimgegangenen Vaters in kleine Abschnitte, und nachdem er zur geschichtlichen Orientirung jedesmal das Nöthige vorausgeschickt, läßt er die in die betreffenden Zeitabschnitte fallenden Briefe von Thiersch und an Thiersch folgen, eine Methode die sich musterhaft bewährt.

Friedrich Thiersch wurde im Jahre 1809 als ein junger Mann von fünfundzwanzig Jahren aus Göttingen nach München berufen, zunächst als Lehrer am Gymnasium. Mehr als fünfzig Jahre lang entfaltete er dann in der bayerischen Hauptstadt und von ihr aus seine Wirksamkeit, und diese

Wirksamkeit war sehr bedeutend. Nach den vorliegenden Briefen war sie noch bedeutender, als man bisher angenommen hat. Wenn wir auch vielleicht von dem Inhalt der Briefe Manches als Ausfluß einer gewissen Ruhmredigkeit in Abzug bringen und auf die Rechnung einer sich gerne spiegelnden Selbstgefälligkeit setzen wollen: immerhin bleibt als Resultat, daß der Einfluß des alten Thiersch in Bayern und auf Bayern nahezu unvergleichlich dasteht. Um so mehr müssen die vertrauten Briefe aus den verschiedenen Perioden seines langen Lebens von historischer Wichtigkeit seyn. Das haben wir denn auch in vollem Maße gefunden, und es ist zu wünschen, daß das vorliegende Buch in Bayern recht fleißig gelesen werde. Wer immer es mit kundigem Auge thut, wird sich für die Mühe reichlich entschädigt finden.

Herr Thiersch der Sohn hat von den hinterbliebenen Papieren natürlich „nur eine Auswahl" veröffentlicht. Wenn man sich die nach verschiedenen Seiten hin sehr aggressive Stellung vergegenwärtigt, die der fremde Professor nach eigener Wahl inmitten seines Adoptiv-Vaterlandes einnahm, so wird man begreifen, daß die erforderliche Auswahl ziemlich tief einschneiden mußte. Aber es ist immerhin genug übriggeblieben, um die Biographie Friedrich Thiersch's mit ihren Dokumenten zu einer wichtigen Quelle der neuesten Geschichte Bayerns zu erheben. Diese Geschichte — Bayern unter den ersten drei Königen aus dem Pfälzischen Hause — ist bekanntlich noch nicht geschrieben, und nicht sobald wird ein Historisches Seminar oder die entsprechende Commission zu solch einer dornenvollen Aufgabe den Anstoß geben. Indeß wird es mit jedem Tage unwidersprechlicher, daß die Geschicke Bayerns in eine trübselige Wendung hineingerathen sind, in einen Verfall aus dem nach der Meinung Vieler die Rückkehr bei dem besten Willen nicht mehr in's Bereich der Möglichkeiten gehören dürfte. In demselben Maße muß sich allmählig das Bedürfniß nach einer historischen Auskunft regen, wie denn die Dinge so über alles Erwarten oberflächlicher

Beobachter unglücklich gekommen sind, und solange die Lücke nicht durch ein historisches Gesammtwerk ausgefüllt wird, sind Monographien wie die vorliegende doppelt willkommen. Nur daß sich hier ein Jeder den historischen Causalnexus selber zusammenzusetzen hat.

Eine kurze und verhältnißmäßig weniger bedeutsame Zeitspanne am Anfang und am Ende ausgenommen, hat Friedrich Thiersch die ganze Regierungszeit der drei ersten Könige Bayerns aus dem Pfälzischen Hause miterlebt. Mit seinem Beifall oder seinem Mißfallen hat er die Ausschlag gebenden Thaten Max Josephs I., Ludwigs I. und Maximilians II. begleitet. Der vorliegende erste Band reicht indeß nur bis zum Jahre 1830; die letzten Blätter verlassen den Leser in neugieriger Spannung auf die demnächst folgenden Aeußerungen des unermüdlichen Aufpassers an der Arcisstraße. So viel beweisen schon die Briefe bis 1830, daß Thiersch und sein Kreis einen argusäugigen Beobachtungs-Blokus um die Münchener Residenz gezogen hatten, wo seit bald fünf Jahren König Ludwig mit kräftiger Einsicht das ererbte Scepter führte. Die Beobachter schwankten noch zwischen Furcht und Hoffnung, doch überwog bis dahin die Zufriedenheit mit dem neuen Herrscher. Aber gerade 1830 war das kritische Jahr. Von da an fixirte der neue König seine Anschauungen und Regierungsgrundsätze auf ein halbes Menschenalter hinein, und in die darauf folgende Periode müssen die interessantesten Briefe Friedrichs von Thiersch hineinfallen. Im Interesse der Geschichte und einer immer tiefern Ergründung der neuesten Schicksale Bayerns wird uns der Herr Editor hoffentlich von dem vorhandenen Material nicht mehr vorenthalten, als schlechthin unumgänglich ist.

Bekanntlich hat die neueste Geschichte Bayerns eine Eigenthümlichkeit, die sonst nirgends in Deutschland, geschweige denn in der übrigen Welt vorkommt. Vielleicht hätte auch kein anderes Land und Volk diese merkwürdige Singularität ertragen und sich unter die betreffenden in zwei großen

Regierungs-Perioden wiederholten Experimente geduldig gebeugt. Jedes andere Volk nämlich hat sich aus sich selbst entwickelt; auch die von außen empfangenen Impulse sind überall sonst aus dem eigenen Volksschoß wiedergeboren und zu einheimischen Strömungen ausgebildet worden; die Ausländer die bei einem bestimmten Volke sich etwa niederließen, haben sich demselben anbequemt und assimilirt, nicht aber umgekehrt; und schließlich kann jedes Volk sich rühmen, daß seine innere geistige Geschichte das Werk seiner eigenen Väter und Söhne sei von einer Generation zur andern. Nur in Bayern war es anders, und ist es anders bis heute. Hierin beruht die Eigenthümlichkeit der neuesten Geschichte Bayerns, die wir meinen; und um sich von dieser Besonderheit ein concretes Charakterbild zu machen, gibt es keinen passendern Stoff als er in den vorliegenden Briefen niedergelegt ist.

Man wird überall auf einen bleibenden Grundzug der Thiersch'schen Stellung in Bayern stoßen. Der Mann ist nicht nach München gekommen und in bayerische Lehrämter eingetreten, um sich hinfort Eins zu fühlen mit dem bayerischen Volke und ein Professor zu seyn wie ein anderer; sondern er ist gekommen mit fertigen Grundsätzen und Anschauungen, von welchen er wußte, daß sie mit dem Wesen des bayerischen Volkes im schroffsten Gegensatze stunden, und er hat nicht einen Augenblick daran gedacht etwa zu einer billigen Ausgleichung des Gegensatzes sich herbeizulassen, sondern es war seine principielle Absicht, seine ausgesprochene und stets festgehaltene Forderung, daß gerade umgekehrt es die Pflicht und Schuldigkeit des bayerischen Volkes sei so wie der junge Thiersch aus Thüringen denken und fühlen zu lernen, und zwar in möglichster Bälde. In dieser Beziehung stand er aber nicht etwa allein, sondern erscheint er nur als der Typus aller andern „Berufenen" seines Kreises. Man sieht in den vorliegenden Briefen, wie Herr Thiersch, wenn ich mich dieses Bildes bedienen darf, stets mit gefälltem Spieß der ganzen geschichtlichen Vergangenheit und der natürlichen Eigenart

seiner neuen Heimath gegenübersteht, nicht etwa Angriffe abwehrend sondern angreifend von dem Moment an, wo er den Fuß über die Grenze setzte. Er verlangt bedingungslose Unterwerfung des bayerischen Volksthums unter seine importirte Persönlichkeit. Natürlich sind dann er und die Genossen seiner Stellung unablässig beflissen ihre Reihen durch weitern Succurs aus der Fremde, durch ihnen homogene Elemente zu verstärken; Einer zieht den andern nach sich. Vor Allem verlangen sie aber den unbedingten Beistand der Regierung für ihre Zwecke, denn sie sind ja von dieser Regierung berufen worden, um die geistige Physiognomie des Landes umzugestalten, um es zu „cultiviren" und das Volk „aufzuklären", um den Bayern eine bisher unbekannte wissenschaftliche Bildung beizubringen. Ob irgend eine einheimische Persönlichkeit zu diesem Werke als Handlanger dienen will oder nicht, ob die Regierung ihrem ursprünglichen Vorsatz treu bleibt und den Forderungen der Berufenen aus allen Kräften gefällig ist oder nicht: das gibt für Hrn. Thiersch den einzigen Maßstab der persönlichen Beurtheilung und insbesondere der politischen Kritik ab.

Gelungen ist die Absicht der Herren bis heute nicht. Sie haben mit den Mitteln der Regierungsgewalt eine förmliche Fremdherrschaft in Bayern begründet. Nirgends in der Welt ist es sonst vorgekommen, daß eine Regierung ihr eigenes Land und Volk der geistigen Herrschaft von einer Anzahl eigens hiezu herbeigerufener Ausländer unterworfen hätte. In Bayern ist dieß zweimal in einem halben Jahrhundert geschehen, einmal seit 1805 und das zweitemal seit 1850. Die Herrschaft der Fremden bestand bis auf die Zeit König Ludwigs I., und sie besteht jetzt wieder mit unverminderteın Drucke fort. Aber die damit beabsichtigte Wirkung ist weder von der Regierung des ersten noch des zweiten Max erreicht worden. Die nicht beabsichtigte Wirkung hingegen steht in voller Blüthe: ein bedauerlicher, in seinen tiefern Folgen sehr gefährlicher Dualismus, wie man ihn in

keinem andern Land und Volk findet, der aber in Bayern nothwendig hervortreten mußte, sobald es der Fremdherrschaft nicht gelang mit ihrem eigentlichen Ziel vollständig zu triumphiren, spaltet Land und Volk. Dieses dualistische Uebel hat sich jetzt sogar weiter ausgebreitet als vor fünfzig Jahren. Denn einerseits ist die Zahl derjenigen gestiegen, welche im Sklavendienst der Fremden und ihres Schweifes die Beförderung der eigenen Interessen suchen, andererseits tritt in demselben Maße das empörte Gefühl in allen Schichten des Volkes ohne Ausnahme hervor, wenn es sich auch vorderhand nur in einem politischen Pessimismus äußert, der seines Gleichen sucht.«

Verfolgen wir nun in Kürze die historische Wurzel dieser traurigen Stimmungen, soweit das Leben des alten Thiersch hiezu den Leitfaden bietet.

Thiersch hatte noch in Göttingen die Bekanntschaft eines jungen Livländers, Andreas von Baranoff, gemacht der im Sommer 1808 auf einer Reise in München verweilte und über die hiesigen Zustände sich in folgender Weise äußert: „Aus dem gelehrten Auslande ruft man gelehrte Männer herbei, die gut besoldet als Aufklärer der einfältigen Nation auftreten, gewaltige Anstalten machen und von ihrer Höhe herab alle Triebfedern in Bewegung setzen, um das dumme Völkchen mit Gewalt klug zu machen. Dem Völkchen aber, das schon soviel aus seinem Beutel zur Errichtung hat bezahlen müssen, gefällt dieser Hochmuth der Ausländer gar nicht, es bildet bald Partei gegen seine Aufklärer und schmäht so laut, daß ich einen sogenannten gebildeten Bayern einmal laut über Tisch von vierzig Narren, die sich zusammen eine Akademie nennen, sprechen hörte."

Der eigentliche Ausbruch des Conflikts datirt übrigens erst von der Zeit, wo der junge Thiersch selber nach München berufen wurde. Der Herausgeber ist billig genug einzugestehen, daß die „Anhänger des Neuen" nicht immer mit wünschenswerther Schonung und Bescheidenheit aufgetreten

seien. Aber er irrt vollständig, wenn er die Anfeindungen der Herren einer „streng katholischen Partei" zur Last legt. Eine solche Partei gab es in Bayern damals gar nicht. Der Mann, welcher vom Verfasser für das Haupt der streng katholischen Partei angesehen und ausgegeben wird, stand grundsätzlich auf dem Boden des Illuminatismus; er war der Führer der bayerischen Nativisten, der blauweißen Patrioten wenn ich so sagen darf; darum konnte auch dieser Mann ganz gut für den Imperator Napoleon schwärmen, während doch der Gewaltherrscher bereits den großen Raub am heiligen Vater und seinen Staaten vollzogen hatte*). Nicht bei einer streng katholischen Partei — eine solche hat sich erst im Laufe der Jahrzehnte aus dem totalen Zerfall der kirchlichen Sache in Bayern wieder emporgearbeitet — gaben die Berufungen das erste Aergerniß, und die Berufenen wurden weder als Fremde an sich noch als Protestanten an sich bekämpft. Sondern dagegen empörte sich das bayerische Volksgefühl, daß diese Fremdlinge mit der vorgefaßten Tendenz daher kamen das Volk, auf dessen schwere Kosten sie berufen waren, ihrer geistigen Zwangsgewalt zu unterwerfen, es empörte sich mit Einem Worte gegen die par ordre du Mufti dem Lande aufoktroyirte Fremdherrschaft gelehrter Parteigänger.

Nicht eine katholische Zeitung — es gab damals überhaupt in Bayern nur Eine und zwar eine sehr unbedeutende und völlig deprimirte — führte den ersten Stoß gegen das Treiben der Berufenen in Süddeutschland, sondern es war ein protestantisches Erlanger Blatt welches den Reigen eröffnete. In der That hat auch der Protestantismus an sich keinen der fremden Gelehrten gehindert mitten im katholischen

*) Wir haben diese verwickelten Verhältnisse vor dreizehn Jahren in der Abhandlung „Historischer Commentar zu den neulichen Berufungen in Bayern", Band XXX der Histor.-polit. Blätter eingehend erörtert. Vgl. insbesondere S. 349 ff., dann auch desselben Bandes S. 9 ff.

Altbayern friedlich und beliebt bis an's Ende zu leben, sobald er sich nur ferne hielt von der propagandistischen Tendenz der Münchener Clique und ihrer freimaurerischen Herrschsucht. Wir erinnern z. B. an den trefflichen Philologen Ast; wer hat diesem Manne jemals seinen Protestantismus nachgetragen? Ebenso wenig hat man in Bayern jemals einem Gelehrten seine Geburt außerhalb des Landes nachgetragen, vorausgesetzt daß er sich nicht selber in feindlichen Gegensatz zum Volksthum und hochmüthig über dasselbe hinaussetzte, um dann allerdings ewig „fremd" zu bleiben in der neuen Heimath, aber ganz aus eigener Schuld.

Wem fällt hiebei nicht der Name Görres ein? Görres war nicht im Lande geboren, aber doch hat er sich nie noch haben Andere ihn jemals für einen Fremden bei uns angesehen. Allerdings hat es Leute gegeben die ihn bei seiner Berufung nach München als ein fremdartiges Element betrachteten und sein Erscheinen verwünschten, diese Leute fanden sich aber allein in der Clique der zwanzig Jahre vorher berufenen Fremden. Der Herausgeber urtheilt freilich anders; er nennt Görres' Berufung durch König Ludwig eine edle und weise That; er scheint es billig zu finden, daß für ein vorherrschend katholisches Land und eine stiftungsmäßig katholische Universität nach zwei Jahrzehnten endlich auch ein katholischer Gelehrter von berühmtem Namen herbeigezogen wurde. Nicht so aber hatten die Väter im Jahre 1827 geurtheilt. Sie nahmen die geistige Alleinherrschaft als ein ihnen übertragenes Monopol in Anspruch; einem Manne wie Görres Einfluß auf die bayerische Jugend eröffnen, das kam ihnen wie ein Bruch des ihnen verliehenen Privilegiums vor. Zwar nicht öffentlich, aber unter sich pochten sie auf das Patent, das die Concurrenz fremdartiger Elemente ausschließe; und nur mühsam beruhigten sie sich bei dem Gedanken, daß sie selbst bereits unumschränkte Beherrscher der geistigen Mode in Bayern geworden seien und also der Andere keine Kundschaft finden werde. „Görres", schreibt Thiersch schon im

Herbst 1827, „wird hier wenig schaden, weil sein monotoner Vortrag und seine phantastisch überspannten Ansichten die jungen Leute höchstens als eine Art von leichtem Rausch oder als ein wunderliches Traumgebilde anziehen.“ Indeß wurde die Belauerung des Eindringlings in steigender Angst fortgesetzt. Den 6. Februar 1828 schreibt Thiersch abermals: „Görres' Vorlesungen werden wenig Schaden thun, weil sie fast ungenießbar sind; doch ist schon schlimm, daß in dem wichtigen Fache der Geschichte der Nutzen ausbleibt und gehemmt wird.“ Die Sprache wird denn auch bald ganz anders gelautet haben.

Schon der Eine Görres war somit den Herren zu viel. Sie billigten die Concession an die katholische Bevölkerung des Landes nicht nur nicht, sondern sie mißbilligten dieselbe auf's stärkste und von dem Augenblicke an ward der Kredit des König Ludwig bei ihnen wankend. In der That hat sein Nachfolger das Privilegium der Herren besser respektirt. Als seit 1850 das System der Massen-Berufung in vergrößertem Maßstabe wieder aufgenommen wurde, da kam auch nicht eine einzige Ausnahme vor zu Gunsten eines katholischen Gelehrten, von dem die Herren hätten fürchten können, daß er ihnen „schaden“ werde. Kam je ein solcher in Vorschlag, wie z. B. der berühmte Physiologe Johannes Müller, so war er rasch unmöglich gemacht durch die Erinnerung, daß der Mann zur „Partei“ gehöre, und daß man „die Partei um keinen Preis verstärken dürfe“, war der unverbrüchliche Grundsatz, den man maßgebenden Orts eingepflanzt hatte. Wer sich unter die allerhöchst restaurirte Fremdherrschaft nicht demüthig beugen wollte, der zählte zur „Partei“; die Anderen aber waren natürlich — keine Partei!

Dieselbe Identificirung der Sache der Berufenen mit der Regierung und der allerhöchsten Person hatte auch schon unter dem ersten Maximilian stattgefunden. Darin beruht das eigentliche Wesen der Fremdherrschaft in Bayern, von der wir sprechen. Man ruft auch in anderen Ländern fremde

Gelehrte herbei, wenn sich unter den Einheimischen Mangel zeigt, sie sind dann Professoren wie die anderen auch. So war es aber in Bayern nicht, weder seit 1805 noch seit 1850. Hier waren die Berufenen sofort die einflußreichsten Hofschranzen, als Alterego's der höchsten Person sahen sie sich über ihre simpeln Collegen weit hinausgehoben und schauten auf diese wie auf noch viel höher stehende Würdenträger des Staats, ja selbst auf die Minister mit gebieterischem Blick herab. Gerade Friedrich Thiersch ist ein merkwürdiges Beispiel solcher enormen und abnormen Stellungen im bayerischen Staat.

Thiersch wurde wie gesagt als Gymnasiallehrer nach München berufen, aber er war früher zum Prediger bestimmt und machte sich sogleich auch in dieser Qualität geltend. „Er hatte die venia concionandi und trat zuweilen mit einer Gastpredigt in der protestantischen Hofkapelle auf." Man muß nun die Umstände dieser doppelten Thätigkeit erwägen. Das alte Bayern war als rein katholisches Land an die Zweibrücker-Linie gekommen; vor acht Jahren hatte sich der erste Protestant in München als Bürger niedergelassen und mit der protestantischen Königin hatte der erste Prediger den Boden des Landes betreten. Thiersch war als Lehrer an eine Anstalt berufen, die ausschließlich von katholischen Knaben besucht war; er hielt es aber für angemessen und man hielt es für angemessen, daß er auf der neuen protestantischen Kanzel zugleich Gastrollen gab. Und das war immer noch nicht das volle Maß dessen, was man in rücksichtsloser Verletzung der religiösen Gefühle und des historischen Bewußtseyns im altbayerischen Volke leisten zu dürfen glaubte. Thiersch wurde im J. 1811, zwei Jahre nach seiner Einwanderung, zum Lehrer der vier königlichen Princessinen in der Literatur, Geographie und Geschichte ernannt. Die vier hohen Damen waren hausgesetzlich katholisch; ein blutjunger fremder Professor, der nebenbei protestantischer Prediger war, wurde ihr maßgebender Lehrer!

Die älteste der vier Princessinen ist nachher bekanntlich als Gemahlin des preußischen Kronprinzen zum Protestantismus übergetreten. Das vorliegende Werk enthält einige sehr interessanten Briefe über den Hergang dieser traurigen Gewissenstortur, in welchen Thiersch als vertrauter Lehrer der Princessin tief eingeweiht war. Das königliche Haus von Bayern hatte seinem Bericht zufolge nichts einzuwenden gegen die unabänderliche Bedingung Preußens, daß die Princessin protestantisch werden müsse, um Kronerbin Preußens werden zu können. Die hohe Dame jedoch weigerte sich, obgleich eine innige Zuneigung sie mit dem Erwählten verband. Aber auch Preußen blieb standhaft, während es, wie Jakobs in Gotha bemerkt, eine Tochter die griechisch-katholische Religion annehmen ließ, verlangte es, daß die Schwiegertochter die römisch-katholische ablegen müsse. Erst nach einigen Jahren löste sich die Spannung dadurch, daß dem König die „moralische Gewißheit“ zugesichert ward, die Princessin werde nach der Heirath seinem Wunsche und ihrer Verpflichtung nachkommen. Herr Thiersch nimmt einen bedeutenden Theil des Verdienstes an dieser Lösung in Anspruch, zu welcher sich die unter den unablässigen Quälereien innerlich gebrochene Königstochter endlich herbeiließ. „Es handelte sich,“ schreibt er, „noch von Nebendingen, z. B. daß der König ihr zwar rücksichtlich der Zeit keinen Zwang anthun, sondern sie ganz ihren eigenen Gefühlen überlassen wolle, aber nicht wünschen könne, daß sie während dieser Zeit noch äußerlich ihrem Cultus obliege, weil er es der Würde seines Hauses schuldig sei, die Meinung als ob sie darin convertirt und es eine Bekehrungsanstalt sei, entfernt zu halten“ (S. 266). — Soviel mir bekannt ist, sind diese Umstände neu und hat man bisher die Sache allgemein anders angesehen, so nämlich als ob Preußen die freie Religionsübung der hohen Braut contraktlich zugegeben und nachher das Versprechen gebrochen habe. Auf alle Fälle ergibt sich aber der schlagende Vergleich, wie sorgsam Preußen seinen geschichtlich religiösen Cha-

rakter und die confessionellen Gefühle der Mehrheit seiner Bevölkerung schonte — ich sage der Vergleich mit dem was inzwischen in Bayern vorging.

Allerdings hatte die Colonie der Fremden in München manche Anfeindungen auszustehen, wie es bei ihrer systematischen Bevorzugung und ihrem übermüthigen Auftreten von der Kränkung der Eingebornen nicht anders zu erwarten war. Aber einmal wurden derlei Begegnisse von den Herren ungemein übertrieben. So war es namentlich mit dem bekannten Dolchstoß, den Hr. Thiersch bei einem nächtlichen Attentat im Nacken davon trug. Die Verwundung, welche zudem sehr unbedeutend war, ist ihm, wie aktenmäßig mit höchster Wahrscheinlichkeit nachgewiesen worden, von einem bald darauf im Irrenhause verstorbenen Menschen beigebracht worden, der ihn wegen seiner Liebschaft fälschlich im Verdacht hatte*). Thiersch und sein Kreis machten aber aus dem Ereigniß sofort ein Mordattentat der Partei und den Beweis einer furchtbaren Verschwörung, eines drohenden Aufruhrs gegen die „Fremden" und ihren erklärten königlichen Beschützer. Auf solche Weise ließ sich dann zweitens aus kleinen Unannehmlichkeiten baares Geld in reichen Summen schlagen. Auch die vorliegenden Briefe enthalten wieder Andeutungen, wie namentlich Anselm von Feuerbach es verstand sich die ausgestandenen „Verfolgungen" theuer bezahlen zu lassen**). Nicht minder empfing Hr. Thiersch silberne Pflaster auf jegliche Wunde. Die Ernennung zu der schönen und auch lukrativen Stellung eines Lehrers der vier Princessinen folgte dem fraglichen Mordattentat auf dem Fuße. Als bald darauf ein Abgesandter Bayerns in Paris erscheinen sollte, um die von den Franzosen entführten Kleinodien der Kunst und

---

*) Der Herausgeber selbst läßt die Möglichkeit dieser Erklärung offen (S. 75). S. übrigens das Nähere Histor.-polit. Blätter a. a. O. S. 342 ff.; auch desselben Bandes S. 12 ff.

**) Vgl. das Nähere a. a. O. S. 18 ff.

Literatur zu requiriren, ward der junge Professor aus Thüringen zweimal zu der diplomatischen Sendung auserlesen, und so ergaben sich mancherlei Anlässe, ihm ein Bene zu thun. Die Landeskinder hatten immer und überall das Nachsehen.

Unter diesen Umständen mußte das Selbstvertrauen und die eigene Werthschätzung des Hrn. Professors natürlich rasch emporschießen; aber seine Zufriedenheit hielt damit keineswegs gleichen Schritt. Schon im Januar 1812 warf er seine Augen auf Oesterreich. Damals war er noch der Meinung, Oesterreich müsse von München aus geistig erobert werden. „Glückt es", schrieb er an Lange, „eine bessere Cultur, auf das Alterthum gegründet, hier einheimisch zu machen, so ist kaum zu zweifeln, daß sie nicht auch mit der Zeit in das benachbarte und verwandte Oesterreich eindringen werde." Hr. Thiersch hatte noch einen besondern und ganz pikanten Grund zu glauben, daß das erwachte Oesterreich aus keiner andern Quelle als durch die neue bayerische Akademie *seine* Zukunfts-Lehrer beziehen könne und werde. „Denn schwerlich", fährt er fort, „dürfte nach Bayern noch ein anderer katholischer Staat den Versuch machen, die Restauration der bessern Erziehung" (der „Wissenschaft" würde man jetzt sagen) „ausländischen Häretikern anzuvertrauen oder sie aus deren Lande zu holen". Aber schon zwei Jahre später ging der junge Mann — er war damals dreißig Jahre alt — selber nach Wien, um das große Werk zu beschleunigen und sich einen Ruf zu verschaffen, der indeß nicht ergehen wollte.

Im J. 1819 erfolgte endlich ein Ruf nach Göttingen. Freund Jakobs hatte gleich gefürchtet, daß es seinem Thiersch „durch die königliche Familie" allzu schwer gemacht würde sich von München zu trennen. Dieser stellte aber hohe Bedingungen seines Bleibens; außer bedeutenden persönlichen Aufbesserungen bedang er sich insbesondere eine Reform des gesammten Unterrichtswesens in Bayern, einen selbstständigen Oberstudienrath aus und seine Forderungen trug er dem

Könige in einer Audienz auch unmittelbar vor. Es ist charakteristisch was Thiersch über diese Audienz berichtet: „Der König hatte schon gehört, daß ich zu bleiben unter gewissen Umständen nicht abgeneigt wäre, und hatte mich mit einem äußerst freundlichen Nun, lieber Thiersch, wir bleiben? empfangen. Nachdem er Alles angehört, auch erfragt hatte was zur Sache nöthig war, sagte er: Wetter! Herr, warum haben Sie mir das nicht längst gesagt? Hätten Sie mir nur gepfiffen, so wäre das längst anders. Jetzt ist das meine Sache. Sie bleiben bei uns und sollen sehen, daß es anders und besser wird, verlassen Sie sich darauf. Den Minister nehme ich auf mich, über den Herrn von Zentner will ich den Ringel*) schicken, meine Frau soll auch über Beide, so nehmen wir sie von allen Seiten in's Feuer u. s. w.... Mir persönlich hat die Regierung eine Gehaltszulage von 1000 fl., dann 2000 fl. zur Herbeischaffung des kritischen Apparats zu einer Ausgabe der Odyssee, und eine Summe zu einer Reise nach Italien bewilligt, die ich nächsten Herbst über's Jahr zu machen denke."

Nun ist aber Hr. Thiersch nicht etwa ein ganz ausnahmsweiser Günstling des Hofes gewesen; vielmehr erfreuten sich alle diese fremden Akademiker mehr oder weniger derselben exemten Stellung. Thiersch selbst erzählt 1810 von einer Audienz Feuerbachs beim König, die zum Verwechseln ähnlich verlief wie seine eigene vom Mai 1819. Ein anderes Mal handelte es sich um Jakobs in Gotha. Derselbe hatte München nach einigen Jahren wieder verlassen, nachdem er sich in eine Reihe von Injurien-Processen verwickelt, unter polizeiliche Aufsicht gekommen und schließlich gar in Stadtarrest gerathen war**). Am 21. Mai 1816 aber schreibt Thiersch an den nämlichen Jakobs: „Auch beim König war neulich die Rede von Ihnen: Ich beweine den Jakobs noch

*) So hieß der einflußreiche Kabinetsrath des Königs.

**) S. den Nachweis a. a. O. S. 447.

immer, ich kann mich nicht zufrieden geben, daß er mich verlassen hat. Das war ein Gelehrter wie ich sie wünsche, bescheiden und doch ein ganzer Mann. Letzthin einmal las ich, daß ein Jakobs in Gotha todt umgefallen wäre, da dachte ich er wäre es, und habe um ihn ordentlich geflennt. Das und ähnliches waren seine Worte, die ich Ihnen treu mittheile!"

Wie man sieht, hatten die Herren wirklich nicht so Unrecht, wenn sie ihre Sache mit der der Regierung und der allerhöchsten Person förmlich identificirten. Dennoch fanden sie auf die Länge die Stütze des Hofes nicht ausgiebig genug, und man stößt wiederholt auf Aeußerungen, daß der königliche Protektor doch eigentlich nicht recht König zu seyn verstehe. Seit dem Sturze des Grafen Montgelas waren die Minister nicht immer Männer von der wünschenswerthen Geschmeidigkeit; nach der Einführung der Verfassung konnten sie auch aus Furcht vor den Ständen nicht immer thun, wie sie sonst vielleicht gewollt hätten, und einem solchen Widerstand gegenüber gab der gutmüthige, aller Gewaltthätigkeit abgeneigte König Max Joseph sehr leicht nach. Daher schrieb nach dem Tode dieses Fürsten, am 6. Nov. 1825, der alte Feuerbach wörtlich an Thiersch: „Wir haben nun einen wirklichen König, wie viel ist nicht damit gewonnen, und keine Minister-Könige mehr." Vollständig ist indeß das Verlangen der Herren, jedes Hinderniß ihrer Absichten durch die einfachen Machtgebote des Souverains aus dem Wege geräumt zu sehen, erst unter Maximilian II. in Erfüllung gegangen.

Die große Landesuniversität befand sich damals noch nicht in München. Erst König Ludwig verlegte die Hochschule von Landshut in die bayerische Hauptstadt, wo die Akademie der Wissenschaften bis dahin ganz isolirt bestanden hatte, aber mit der reichen Dotation von jährlich 80,000 fl. Bei der traurigen Finanzlage Bayerns in damaliger Zeit konnte es von Seite der Stände nicht an Beschwerden fehlen über die Verschleuderung einer so großen Summe an eine

Anstalt, deren Leistungen anerkannt unverhältnißmäßig geringe waren. Diese Anfechtungen bewogen Hrn. Thiersch zu einem Vorschlage, wie für die Akademie ein unabhängiger Fond geschaffen werden könnte. „Nämlich dadurch, daß der Akademie (zu ihren ordentlichen Einnahmen aus den Mannheimer Fonds, dem Kalenderstempel u. dgl.) zwei Millionen vierprocentiger Staatsobligationen, welche die Centralkasse besitzt, als Eigenthum übergeben würden. Wir würden dadurch aus dem Budget und den Berathungen der Posthalter, Bierbrauer und Bürgermeister bei den Landständen ganz herausgezogen und könnten unsern Haushalt ordnen." Kurz vorher hatte der Abschluß des Concordats den fremden Herren Gelegenheit gegeben, ihre wahre Gesinnung gegen die katholische Kirche an den Tag zu legen. Wir wollen nicht an das Treiben Feuerbachs, ihres Führers in dieser Sache, erinnern *); daß die katholische Kirche untergehen müsse, wenn die „bessere Cultur" in Bayern siegen solle, das spricht sich auch in den vorliegenden Briefen von Jakobs und Thiersch vielfach aus. Letzterer hält sich namentlich darüber auf, daß das Concordat die Staatslast um mehr als 300,000 fl. für die Geistlichkeit vermehre. Die Kirche sollte von der großartigen Plünderung in der Säkularisation nichts zurückbekommen. Dagegen sollte mit reicher Dotation ein unabhängiger Akademie-Staat im Staate geschaffen werden. Augenscheinlich ist auch dieses Projekt des alten Thiersch unter Maximilian II. wieder aufgenommen worden, wenn auch mit den erforderlichen Modifikationen und mit dem Schicksal vorzeitiger Unterbrechung.

Bald nach der Thronbesteigung König Ludwigs wurde die allgemeine Studienreform in Bayern wirklich vorgenommen. Thiersch spielte dabei die bedeutendste Rolle und das betreffende Capitel in dem vorliegenden Buche hat heute, wo es sich abermals um die offene oder maskirte Einschleppung des

*) Vgl. die Abhandlung „Anselm von Feuerbach und sein Wirken in Bayern", Histor.-polit. Blätter Bd. 30. S. 1 ff.

Fachlehrer-Systems handelt, doppeltes Interesse. Thiersch stand an der Spitze der entschlossenen Vertreter des Humanismus gegen die Realisten, und der Herr Verfasser bekräftigt die Ansicht des Vaters durch neuere Thatsachen, besonders durch die Hinweisung auf die traurigen Erfolge, welche das System der Fachlehrer in den preußischen Schulen zu Tage gefördert habe und die in der neuesten Zeit ganz unläugbar geworden seien (S. 304. 306). Bei allen diesen Verhandlungen hatte Hr. Thiersch Grund mit der Haltung des neuen Monarchen vollkommen zufrieden zu seyn. Namentlich in der Frage der Universitäts-Verfassung schlug sich König Ludwig im J. 1829 entschieden auf die Seite Thiersch's, der das Princip der breitesten akademischen Freiheit nach allen Richtungen hin vertrat. „Zum großen Schrecken der Episcopalen": bemerkt Thiersch in seinem Briefe an Jakobs, und mit diesem Ausdruck seines ruhelosen Hasses gegen die katholische Kirche und ihre Vertreter meint er die zwei Mitglieder der Commission, geistlichen Rath Oettl und Oberstudienrath Deutinger.

Hr. Thiersch selber bezeichnet Bayern gewohnheitsmäßig als ein „katholisches Land" oder einen „katholischen Staat". Aber er und seine Genossen hatten dem neuen König längst mit Argusaugen aufgelauert, ob er nicht über einem thätlich katholischen Lebenszeichen sich ertappen lasse. Seit 1825 gebraucht Thiersch den Ausdruck „finstere Partei"; ihr, sagt er, gehe sein Werk über die gelehrten Schulen zu Leibe, und nun war es die Frage, wie König Ludwig sich gegen die finstere Partei verhalten würde. Jakobs hatte schon über den Kronprinzen (1816) sein tiefstes Mißtrauen ausgesprochen: leicht könne man einst hören, „daß seine Gemahlin den Glauben abgeschworen oder eine seiner Töchter im Kloster Profeß gethan habe". Aber der alte Feuerbach schrieb noch im Nov. 1825: „bringt nicht eine andere schwarze Heerschaar an die ledige Stelle (nämlich an die Stelle der vorigen Ministerregierung) ein, so feiern wir den schönen Auferstehungstag des Wahren, Guten und Rechten"; und der jüngere Feuerbach ist noch ein

halb Jahr später überzeugt, daß sich an dem Könige „Pfaffen und Obscuranten ganz gewaltig verrechnet haben". Der erste schwarze Schatten war Görres' Berufung. Doch hielt Thiersch die Hoffnung fest, daß König Ludwig wenigstens noch neutral sei und bis jetzt auch die andere Partei nicht bevorzuge. Ludwigs Haltung in der Schulfrage schien ihm unwidersprechlich zu beweisen, „daß der König nicht in den Händen der Geistlichkeit sei, und daß selbst das Ansehen des Bischofs den er in seinen Briefen Vater Sailer nennt, nichts über ihn vermag in Dingen, die nicht unmittelbar mit der Kirche zusammenfallen, und über die er sich eine bestimmte Ansicht gebildet hat."

Wir stehen am Ende des Bandes, sonst würden wir bald eine andere Sprache hören. Man kann freilich nicht sagen, daß König Ludwig jemals in der Weise der Regierungen vor ihm und nach ihm Partei genommen hätte. Aber auch mit der ausgeprägtesten Stellung über den Parteien wären die Herren nicht zufrieden gewesen. Ihrem Ursprung und ihrer ganzen Anlage nach mußte der Herrscher Mann ihrer Partei seyn, wenn sie befriedigt seyn sollten. Denn um den Scepter der Fremdherrschaft zu führen, waren sie ja nach Bayern gerufen und gekommen; wer sie am Herrschen verhinderte, der bedrückte sie!

Thiersch durfte darauf rechnen, daß eine spezielle Beziehung bestehe, welche ihn dem König Ludwig nothwendig näher bringen müsse. Es war die Sache Griechenlands. Der bayerische Monarch hatte sich aus christlich-romantischer Hochherzigkeit warm für den griechischen Freiheitskampf interessirt, und Thiersch war aus antik-classischer Schwärmerei einer der ersten und thätigsten Philhellenen geworden. Der Sohn hat diese Partie im Leben seines Vaters in einer eigenen Schrift beschrieben, weßhalb das vorliegende Buch dieselbe nur obenhin berührt; so viel ergibt sich aber immerhin, daß die griechische Angelegenheit dem Hrn. Thiersch auch an dem neuen Hofe ein bedeutendes Relief verlieh. Im Lande

hat er sich damit ein übles Andenken gestiftet: der Volksinstinkt hat sich stets mit Entschiedenheit gegen die Verwicklung Bayerns in die griechische Thronfrage gesträubt und das unglückliche Ende hat diese Ahnungen nur allzu sehr bestätigt.

Ein zweiter Grund weshalb Hr. Thiersch und seine Freunde auch an dem neuen König ihren Mann zu finden hofften, war dessen deutsche Gesinnung. Der Kronprinz Ludwig hatte sein kerndeutsches Gefühl zu einer Zeit bewährt, wo das Franzosenthum in Bayern allmächtig war und jeder Athemzug des neugegründeten Königreichs von dem Winke des französischen Gewaltherrschers abhing. Hintennach wollten nun auch die Herren von der Fremden-Colonie als unerschrockene Anhänger der deutschen Sache in Bayern, als offenkundige Gegner des Imperators sich geltend machen. Selbst der würdige Herausgeber läßt sich in diesem Punkte irreführen. „Nichts“, sagt er, „kann unwahrer seyn als die Nachrede von Wolfgang Menzel, daß zur Zeit, wo Andreas Hofer kämpfte und starb, man in den geistreichen akademischen Kreisen in München kein Herz für Deutschland gehabt hätte; diese Kreise waren vielmehr die einzige Stelle in Bayern, wo die deutsche Gesinnung glühte“. Leider ist diese Behauptung des Herrn Editors doppelt unrichtig. Nicht die Fremden in München erhoben allein oder zuerst ihre Stimme im Namen der deutschen Ehre und Freiheit gegen die napoleonische Unterdrückung, sondern dieß that die junge Landshuter-Schule, an deren Spitze unter Andern der ritterliche Ringseis stand. Er brachte ein donnerndes Pereat gegen Napoleon am Commerstische aus, während ein französischer General in der niederbayerischen Universitätsstadt commandirte. Die Behauptung des Hrn. Verfassers beruht zweitens auf einer chronologischen Vermengung. Aus vertrauten Briefen oder heimlichen Gesprächen der fremden Akademiker in München lassen sich allerdings Aeußerungen gegen Napoleon beibringen; aber es war dafür gesorgt, daß nichts davon laut wurde, ehe der Gefürchtete nicht mehr zu fürchten war. Es ist wahr, daß

die Herren im J. 1809 von der napoleonisch blauweißen Partei als geheime Gegner Napoleons denuncirt wurden; aber was antworteten sie darauf? Sie protestirten nicht nur in öffentlichen Blättern mit höchstem Eifer, als wenn sie (wörtlich) solche Bösewichter seien sich gegen die großen und weisen Entwürfe Napoleons aufzulehnen; sondern sie erklärten auch in München vor Gericht: „indem Christoph von Aretin den falschen Vorwurf der Conspiration gegen den Kaiser Napoleon auf sie geladen, habe er sich einer Injurie des höchsten Grades schuldig gemacht, sie des Hochverraths und Majestätsverbrechens beschuldigt“ *).

Ueberdieß mußte sich bald herausstellen, daß das Deutschthum König Ludwigs als eine historische und politische Realität nichts gemein hatte mit jener freimaurerischen Deutschthümelei **), welche die Revolution in allen Ländern Europa's als Wasser auf ihre Mühle betrachtete und insgeheim sympathische Promemoria's über die Schicksale der Brüder in Spanien, Neapel u. s. w. empfing. Seit 1830 gingen daher die Wege auseinander und sie mußten auseinander gehen. Es war entschieden, daß König Ludwig nicht der Mann der Fremden-Partei seyn würde, und damit war auch der Bruch der letztern mit der neuen Regierung entschieden. Denn, ich wiederhole, nicht um Professoren zu seyn wie andere Professoren, waren die Herren nach Bayern gekommen, sondern um das Scepter der Fremdherrschaft zu führen, und wer sie am Herrschen verhinderte, der bedrückte sie. Darüber werden wir den nächsten Band des vorliegenden Werkes sprechen

*) S. den Nachweis „Historischer Commentar“ xc. Histor.-polit. Blätter. Bd. 30. S. 367.

**) Wir gebrauchen hier mit Bedacht und nicht als ein vages Schlagwort die Bezeichnung „freimaurerisch“ von Hrn Thiersch. Wenn der zweite Band des vorliegenden Werkes bis in die Regierungszeit Maximilian's II. vorgerückt seyn wird, werden wir auch unsere besonderen Gründe sagen.

hören und über die Maßregeln, welche unter den obwaltenden Umständen von den Herren getroffen wurden.

Sie gaben nämlich ihre Mission für die bessere Cultur Bayerns nicht verloren, sondern sie machten es wie Rußland unter Gortschakoff: sie sammelten sich. Sie suchten vor Allem den nächsten Nachfolger auf dem Throne in den Kreis ihrer Pläne zu ziehen, und dieß gelang ihnen so vollständig, daß sie in der That die unbeschränkten Herren der Situation von dem Augenblick an waren, wo dieser Nachfolger den Thron wirklich bestieg. Alle ihre menschenmöglichen Wünsche wurden jetzt erfüllt. Die neuen Berufungen erfolgten in einer Massenhaftigkeit, daß das Budget der Hochschule unter der Last sich bog und brach; und es waren lauter homogene Elemente, kein einziger mehr von der Farbe des alten Görres. Die allerhöchste Person selber war und wurde mit Fremden umgeben. Sammlungspunkte zur periodischen Begegnung mit den verwandten Kräften des Auslandes wurden in München errichtet und kostspielig ausgestattet. Hohe Staatsämter die den Landeskindern zu entziehen, doch selbst dem ersten Max nicht im Traume eingefallen war, wurden jetzt an Fremde vergeben. Keine Kammer erhob mehr Widerspruch und kein Minister; in allen Vorzimmern begegneten die Fremden nur den ergebensten Bücklingen. Kein Mittel der Herrschaft, soweit es allerhöchst verliehen werden konnte, blieb ungewährt und unversucht — und doch ist diese Herrschaft abermals geblieben, was sie nicht hätte bleiben sollen: eine Herrschaft der Fremden, von den Einen mit charakterlosem Servilismus und bestechlicher Schwäche, auf die sich für Niemand Häuser bauen läßt, bis auf Weiteres hingenommen, von der großen Volksmasse aber mit grollendem Unmuth oder bedenklicher Blasirtheit ertragen, in der Hoffnung anderer Zeiten.

Inzwischen ist in Bayern nahezu Alles versäumt worden, was man eigentlich die Politik eines Staates nennt, und die Früchte dieses verblendeten Treibens liegen nun in der zerfahrenen Lage des Landes vor, inmitten der schweren

Fragen welche die Welt bewegen. Nachdem man nur allzu lange bemüht gewesen, das Unglück vor sich selber zu verbergen und Andern kühnlich abzuläugnen, schlagen jetzt plötzlich die Männer aller Parteien die Hände über dem Kopf zusammen. Die Diskussion wird immer größere Dimensionen annehmen und sie wird unbedingt auf die Geschichte der Fremdherrschaft in Bayern und auf die letzte Periode derselben als die eigentliche Quelle des Unglücks zurückführen müssen.

Ja, Bayern hat viel bedeutet in der Welt und es hatte providentielle, seinen geographischen Umfang weit überragende Entscheidungen zu geben. Der erste Ludwig wußte das; nachher hat man zwar viel mit Worten der Eitelkeit davon geredet, mit der That aber hat man gänzlich darauf vergessen. So ist es gekommen, daß Bayern jetzt nichts mehr bedeutet in der Welt, und daß man bereits aus urbayerischem Munde sogar die Existenzfrage mit eiskalter Gleichgültigkeit besprochen sehen kann.

LX.

Beiträge zur Glockenkunde.

(Schluß.)

Bevor wir zu den Glockensagen übergehen, sei noch mancher weniger bekannten (mitunter übrigens schon früher von G. Görres verzeichneten) Inschrift gedacht, die sich da und dort findet. Erst dadurch lernt man deren große Mannigfaltigkeit kennen.

Auf der großen Glocke zu Stain bei Immenstadt im Allgäu steht: „Ao Dni 1508 im Monat des Mayen ist die Glogg gossen worden vnd Herr Hans Kaspar und Herr Hans von Laubenberg

beid Brüder, zu Wageck (bei Kempten) und Laubenbergerstein Ritter, hand daran geben 50 zentner Metall Gott zu Ehren und Maria." Oben herum der lateinische Text: Veni sancte spiritus! reple Tuorum corda fidelium et Tui amoris in eis ignem accende, qui per diversitatem linguarum gentes in unitate fidei congregasti. Alleluja!

Die größere, 13 bis 14 Zentner wiegende Glocke zu Süßenbach unfern von Regensburg trägt als Umschrift: Caspar † Baltasar † melchior † chunra(d) has (hier ist ein Hase in sitzender Stellung abgebildet) anno † mcccclxxviii (1478) † mart(in) (ein Strauch oder eine Hecke) hec † ubi † campana † resonat † sint † omnia † sana † amen †. Auf den Seiten der Glocke sind die vier Evangelisten angebracht. Konrad Has von Regensburg hat, nebenbei bemerkt, unter anderen auch für St. Emeram 1491 die 101 Zentner schwere Glocke gegossen.

Im Grassauer Thal unferne der Tyroler Grenze (Zollstation Klobenstein) in einem Kirchlein, auf dem Streichen genannt, zwei Glocken, deren größere als Umschrift hat: „in der ern vnser fraven in dem namin sant vlkis" (Ulrichs), die kleinere in verkehrten Buchstaben, so sich dahin entziffern: ave maria gratia plena dom(i)nus tecum. Derlei verkehrte Inschriften sind übrigens nicht selten. Der Glockengießer brachte die Schrift eben an, wie er sie zu schreiben gewohnt war. Daß sich diese verkehrt geben oder später Jemanden Mühe machen würde, sie zu entziffern, daran dachten diese Leute nicht in ihrer glücklichen Sorglosigkeit.

Auf eine Antiphone anspielend zu Romanshorn am Bodensee:

> In omnem terram sonuit sonus Apostolorum,
> Obsequio quorum Apostola vocor eorum. 1538.
> (In die ganze Welt hinaus tönte die Stimme der Apostel,
> Man nennt mich die Bötin zu ihren Diensten.)

Die Glocke zu Bruckbach bei Altenthann unferne Regensburg: † Kaspar † Balthasar † Melher † maisder † hans † hirsdaffer (Hirsdorfer, Hirschdorfer) † Glocen † giser † anno † dm † MCCCC. vn (und) XVIII (1418).

In Hamm bei Düsseldorf: Maria heiss ich, got sicht

mich. S. Blasius und S. Catharina luden mich. Anno domini MDCCVI. gois iver Wirth; auf der zweiten: Maria heissen ich, zu eren gottes luden ich. Hartmann von Alkter gohs mich. Ano domini 1684. O et A nos adjuva. Dieses *A* und *Ω* findet sich oft auf alten Kirchenbildern am Haupt oder im Nimbus Gottes des Vaters oder auch neben der Chiffre Christi. „Ich bin das A und das O", spricht der Herr. Jesaias 41, 4 bis 44, 6.

Eine Glocke des Stiftes St. Florian in Oesterreich ob der Ens gibt auch ihr Gewicht an, was selten vorkommt, indem auf selber steht: Anno Dni MCCCXVIII. sub Hainrico. praepositio. de XXVI. centenariis. facta su †. Excitet ecclesiae. fratres. campana. Marie * Semper. adorandum. sev. vigilandum. Auf verschiedene Größe und Schwere der Glocken, Kostenaufwand und den vermeintlichen Silbergehalt kommen wir noch später zu reden.

Zu Linde in der Altmark hat die größere Glocke folgende Inschrift: anno domini MvCXXIIII (1524) dar bi goet arndt blome mi. sanctus iorius heite ick. dat weder verstur ick. dei leiffendingen rope ick. dei doden dei boivemde ub. dei gadeshuslüde her peter van dem rine. tue schulte ebbel hilgenvelde acghim bente (im Jahre des Herrn 1524 dabei goß mich Arndt Blume, Sanct Georg heiße ich, das Wetter verstöre ich, die Lebendigen rufe ich, die Todten wie die Verfehmten. Die Gotteshausleute Herr Peter von dem Rheine, zwei Schulzen Abel Hilgenfeld, Joachim Bente).

Zu Niederdorf bei dem Schlosse Welsberg im Oberpusterthale stehen auf der (1792) von Grasmaier in Brixen gegossenen zweiten Glocke die Worte:

Ich weck den Geist zur Schuldigkeit,
Ich sing' den Leib zur Ruh.
Ich tön' durch Luft und Wolkenstreit,
All Uebel (ent)fernen thu.

Die häufigste Inschrift auf bayerischen Glocken, speciell der späteren Zeit, ist: O rex gloriae, veni Christe cum pace! Viele Glocken aus dem Ende des vergangenen Jahrhunderts in der Gegend von Regensburg führen den Spruch:

Aus dem Feuer floß ich,
Hans Schelchshorn (Schellhorn) goß mich,

da ein Glockengießer dieses Namens in der erwähnten Stadt lebte *). Dem Gesagten entgegen, jedoch ganz im Einklang mit der Auffassung der Protestanten, steht auf der großen Glocke der Frauenkirche zu Jüterbogk von 1697:

Mir gilt nicht Weih noch Tauf, ein antechristlich Zeichen,
Doch soll mein heller Klang zum Gottesdienst gereichen,
Gott laß mich alle Zeit zu deiner Ehre schallen
Und ja nicht wiederum in alten Mißbrauch fallen,
Bis daß der Tag des Herrn erscheinet zum Gericht
Und mit dem letzten Knall die Welt in Stücke bricht.

Im ersten Bande seiner christlichen Symbolik sagt Wolfgang Menzel ferner: „Wie nun jene durch die Glocke vertriebenen Donner- und Wettergötter, Götzen und Teufel vom christlichen Volk noch persönlich aufgefaßt wurden, so wurde hinwiederum von den Heiden die Glocke wegen ihrer mächtigen Stimme als ein persönliches Wesen, als der neue Gott selbst oder ein Dämon in seinem Dienste gedacht." — Der Volksglaube, daß den Glocken ein vom Menschen unabhängiger Geist und Wille inwohne, immer aber im Dienste des höchsten göttlichen Willens, kehrt sehr häufig wieder in den schönen Legenden und Volkssagen vom freiwilligen Läuten der Glocken, welches erfolgt, ohne daß ein Mensch sie anrührt. Den größten Ruhm genoß in dieser Beziehung die Glocke

---

*) In Steichele's trefflicher Beschreibung des „Bisthums Augsburg" findet man die Glocken-Inschriften der einzelnen Kirchen, soweit sie bis jetzt beschrieben sind, mit sorgfältigem Fleiß verzeichnet, eine reichhaltige Lese, wenn man sie zusammenstellt. Unter den ältern Glockengießern erscheinen dort namentlich: Steffan Wiggaw von Augsburg in den Jahren 1484 — 1487; Ulrich von der Rosen in München 1493 und 1494; Magister Sibrant Kupferschmid von Memmingen 1440; Johannes Fraedenberger von Ulm 1440, dessen Glocke zu Apfeltrach bei Memmingen von wirklichem Kunstwerth ist. Auf Glocken aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts wird häufig genannt: Maister Seboli; es war dieß Sebald Schönmacher, Glockengießer zu Augsburg. — A. d. Red.

zu Villila in Arragonien, die jedesmal von selbst läutete, wenn Spanien ein großes Unglück bevorstand. So zeigte diese 1564 den Ausbruch der Pest zu Saragossa, 1568 den Beginn des Krieges gegen die Morisken, 1578 den Tod Sebastians von Portugal in der Schlacht bei Alcazar an.

Bei der Aufhebung der Gebeine des heil. Isidor zu Madrid läuteten die dortigen Glocken von selbst, weßhalb König Philipp III. die Heiligsprechung des Isidorus bei Clemens VIII. beantragte.

Eine Glocke zu Roquemador läutete von selbst, so oft Jemand auf dem Meere in Gefahr schwebte.

Eine Glocke zu Avignon soll jedesmal geläutet haben, wenn ein Papst sterben sollte.

Weil die Glocken in der geschlossenen Zeit (der Charwoche) vor Ostern verstummen, glaubt das Volk in Frankreich, daß sie nach Rom pilgern, wo alle Glocken einen Tag lang versammelt seien, um den heiligen Vater zu sehen. Diese Sage wurde schon von verschiedenen Künstlern zu Illustrationen benützt, von Dichtern poetisch verwerthet.

In einer kleinen Kapelle auf dem Berge Tschriett bei Praßberg (in Steyermark) klang einmal die Glocke so süß und in so weiter Ferne, daß ein Türke in Constantinopel sie hörte und unwiderstehlich von den Tönen angezogen denselben nachging, bis er dahin kam und die Glocke zum letztenmale hörte, indem sie vor allen Augen plötzlich verschwand. Nur fromme Hirten hören noch zuweilen ihren süßen Klang im Walde (Seidl: Tyrol und Steyermark S. 259).

Ein Wirth aus Meinungen hatte Geschäfte in Rohr. An einem Wald entlang gehend, hörte er ein schönes Glockengeläute und fragte ein am Wege sitzendes Weib, welches ausruhte, wo das sei. Die Frau erwiderte, sie wisse es nicht, aber wahrscheinlich werde gerade einer begraben. „Sehr schön sei es“, meinte der Wirth im Weitergehen. Keine hundert Schritte entfernt, sank er um und war todt. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein schnelles Ende gemacht und er hatte sein eigenes Grabgeläute gehört.

In der kleinen Kirche St. Barbara bei Linz in Oberösterreich hörte man einst zu ganz ungewöhnlicher Stunde läuten. Als nachsah, schwieg die Glocke und weiter im Walde hörte m

läuten. Man ging dem Tone nach und fand die Leiche eines Erschlagenen. Nun klang sie nicht mehr. Sie wollte dem ausgeraubten Todten nur eine christliche Beerdigung gewähren.

Einst ließen Kaiser Heinrich II. und Kunigunde Glocken gießen für den Dom zu Bamberg und gingen, als sie versuchsweise zum erstenmale gezogen wurden, zusammen spazieren, sie zu hören. Sofort bemerkte die Kaiserin, um wie viel lieblicher Heinrichs Glocke klinge als die ihrige, und wurde verdrießlich. Da nahm der Kaiser, um Kunigunde zu erheitern, seinen großen Goldring vom Finger, warf und traf die Glocke in dem nicht sehr hohen Gestelle derart, daß sie einen Sprung bekam. Seit dieser Zeit hat die Glocke einen Mißton.

Oefters kommen in den Legenden auch Glockentöne vor als Stimmen aus dem Himmel, die von Heiligen gehört werden, wo weit und breit keine Kirche zu finden ist. So pflegten unsichtbare Glocken den heiligen Papst Cölestin zum Gebet zu wecken. So hörte die Mutter des heiligen Gaucherius himmlische Glocken. Dem stolzen Papste Bonifacius VIII. träumte, er sehe eine die ganze Welt umspannende Glocke, aber ohne Klöpfel. Da sagte zu ihm der fromme Mönch Jacoponi: „Die Glocke bist Du selbst, weil Du eine ungeheure Macht hast, aber keinen guten Willen“ (J. Görres, Geschichte der Mystik, II. 165).

An die größere Glocke zu Degerloch im Oberamt Stuttgart knüpft sich der Glaube, daß Personen, welche heiser sind oder die Stimme verloren haben, geheilt werden, wenn sie ihre Namen daran schreiben.

Zuweilen kommt in den Sagen die Sitte vor, lebendige Nattern in den glühenden Glockenguß zu werfen, wodurch alles Schlangengezücht in der Gegend, so weit der Schall der Glocke reicht, verbannt wird. Dieß erzählt man sich von der Glocke der Marienkirche in Stargard, wie unter 269 in Temme's Volkssagen aus Pommern zu ersehen ist. Ebenso geht die Sage von einer Glocke zu Bernau in der Altmark.

In Friedrich von Schillers bekanntem meisterhaften Gedicht ist der ganze Hergang bei dem Guß einer Glocke mit seltener Anschaulichkeit geschildert. In Breslau zog ein Lehrling aus Neugier in Abwesenheit des Meisters den Gußzapfen zu einer Glocke. Der

Guß gelang vollkommen. Aus Zorn erschlug der Meister aber den Lehrbuben. Nun war dieser Glocke erstes Geläute das zu einer Hinrichtung, der jenes zornmüthigen Glockengießers. Seitdem wurde sie als Armesünderglocke beibehalten. Diese Glockensage wiederholt sich zu Attendorn, Lunow, Stolberg und Groß-Möhringen (in der Altmark). Nach der Bavaria II, Abtheilung 2, Seite 798, ereignete sich dieß zu Augsburg.

Wie dem Reiche Gottes ein Reich des Teufels äffisch gegenüber steht, so auch insbesondere eine Teufelsglocke der geweihten Kirchenglocke. So lange eine gegossene Glocke noch nicht getauft war, so galt sie gleich dem ungetauften Kinde als dem Satan zugänglich. Auch kommen nach Wolfgang Menzels christlicher Symbolik Teufelsglocken vor, die von Zauberern durch Bewältigung geheimer Naturkräfte verfertiget wurden. Der Zauberer Virgilius soll eine Glocke von so schrecklichem Ton besessen haben, daß Jeder außer sich gerieth, der sie hörte, weßhalb er sich den Spaß zu machen pflegte, allemal wenn eine Buhlerin über eine gewisse Brücke ging, zu läuten, wodurch sie so erschreckt wurde, daß sie in's Wasser stürzte.

Theophrastus Paracelsus goß sich aus sieben Metallen bei einer gewissen günstigen Constellation der sieben Planeten, denen diese Metalle zugeordnet sind, eine Glocke, die dadurch eine solche magische Kraft bekam, daß man, wenn man sie anschlug, durch ihren Ton alle Geister der Metalle zwingen konnte zu erscheinen.

Von dämonischer Art ist auch die Lügenglocke zu Gent, die allzeit entweder zu früh oder zu spät läutet.

Bevor wir aber übergehen auf den Schutzpatron der Glockengießer und den Fundort mancher Glocke, soll der Größe und des Gewichtes einiger gedacht werden, wie das schon früher versprochen worden.

Die größte Glocke der Jetztzeit ist unstreitig der Tsar Kolokol Bolshoi zu Moskau, im J. 1734 gegossen von Michael Monterin. Sie hat ein Gewicht von 3962 Centnern und mißt 22½ Fuß im Durchmesser. Die im Stephansdom zu Wien hängende große Glocke, von Johann Aichhammer 1711 gegossen, wiegt 324 Centner und hat einen Durchmesser von 10 Fuß. Eine andere unter dem Namen der Pummerin bekannte goß 1558 Urban Weiß; diese

208 Centner. Gerhard Wou de Campis goß 1497 die Maria Gloriosa im Dome zu Erfurt, welcher schon früher gedacht worden. Einem alten Spruch zufolge ist unter allen Glocken Süddeutschlands die von Landshut die höchste, die von Straßburg die schönste und die von Wien die größte.

Um den Preis der älteren Glocken beurtheilen zu können, sei erwähnt, daß die Stadt Straßburg im J. 1519 zehntausend Gulden aufwandte, um zur Ehre Mariens, der Himmelskönigin und Beschirmerin der Stadt, eine Riesenglocke von 11 Fuß Höhe, 13 Fuß im Durchmesser und 420 Centnern im Gewichte gießen zu lassen. Zu der Vesper von Mariens Geburt 1521 erschallte sie zum erstenmale, am folgenden Weihnachtstage zersprang sie, gleich als sollte Straßburg fortan taub seyn für die Verherrlichung Mariens. Die Bürger opferten hiezu eine Menge Gold- und Silbermünzen, die Frauen Fingerringe und Ohrgehänge, damit diese Glocke einen recht lieblichen und rein klingenden Ton erhalte.

Wie die Schmiede und alle jene Gewerbe, welche in Eisen, Gold und Silber arbeiten, den heil. Eulogius, der vor seiner Weihe zum Geistlichen selbst Goldschmied gewesen seyn soll, zu ihrem Patron erwählten, ebenso erkoren sich die Glockengießer einen Heiligen zu ihrem Schutzherrn. Dieser heißt Forquernus. Bevor er Priester wurde, soll er ein Glockengießer gewesen seyn. Er wird auf den sogenannten Monatheiligenbildern gewöhnlich in der Tracht eines Römers gegeben, wie er gerade im Begriffe steht, eine aus dem Gusse gekommene große Glocke vollends auszuarbeiten. Rechts und links umgeben ihn das Gießhaus und die Schür. Zuletzt führte Forquernus mehrere Jahre ein Einsiedlerleben und starb den 17. Februar. Sein Todesjahr ist nicht auf uns gekommen.

Unweit der Basaltfelsen von Ravenstein bei Gersfeld in der Rhön wühlten die Schweine eine Glocke aus der Erde, die dann nach Schondra gebracht wurde und noch dort hängen soll. Auf den Basaltfelsen stand ein Raubschloß, von dessen Geschicken die Geschichte leider schweigt.

Ebenso wurde durch die Schweine eine Glocke bei Herlesstein, zwischen Hohen- und Tiefenpölz in Oberfranken, gefunden. Den Herlesstein krönte ehedem ein Schloß, worin drei Fräulein hausten, welche die Kirche von Hohenpölz stifteten. Die Glocken

Aus dem Feuer floß ich,
Hans Schelchshorn (Schellhorn) goß mich,

da ein Glockengießer dieses Namens in der erwähnten Stadt lebte*). Dem Gesagten entgegen, jedoch ganz im Einklang mit der Auffassung der Protestanten, steht auf der großen Glocke der Frauenkirche zu Jüterbogk von 1697:

Mir gilt nicht Weih noch Tauf, ein antechristlich Zeichen,
Doch soll mein heller Klang zum Gottesdienst gereichen,
Gott laß mich alle Zeit zu deiner Ehre schallen
Und ja nicht wiederum in alten Mißbrauch fallen,
Bis daß der Tag des Herrn erscheinet zum Gericht
Und mit dem letzten Knall die Welt in Stücke bricht.

Im ersten Bande seiner christlichen Symbolik sagt Wolfgang Menzel ferner: „Wie nun jene durch die Glocke vertriebenen Donner- und Wettergötter, Götzen und Teufel vom christlichen Volk noch persönlich aufgefaßt wurden, so wurde hinwiederum von den Heiden die Glocke wegen ihrer mächtigen Stimme als ein persönliches Wesen, als der neue Gott selbst oder ein Dämon in seinem Dienste gedacht." — Der Volksglaube, daß den Glocken ein vom Menschen unabhängiger Geist und Wille innwohne, immer aber im Dienste des höchsten göttlichen Willens, kehrt sehr häufig wieder in den schönen Legenden und Volkssagen vom freiwilligen Läuten der Glocken, welches erfolgt, ohne daß ein Mensch sie anrührt. Den größten Ruhm genoß in dieser Beziehung die Glocke

---

*) In Steichele's trefflicher Beschreibung des „Bisthums Augsburg" findet man die Glocken-Inschriften der einzelnen Kirchen, soweit sie bis jetzt beschrieben sind, mit sorgfältigem Fleiß verzeichnet, eine reichhaltige Lese, wenn man sie zusammenstellt. Unter den ältern Glockengießern erscheinen dort namentlich: Steffan Wiggaw von Augsburg in den Jahren 1484 — 1487; Ulrich von der Rosen in München 1493 und 1494; Magister Sibrant Kupferschmid von Memmingen 1440; Johannes Fraedenberger von Ulm 1440, dessen Glocke zu Apfeltrach bei Memmingen von wirklichem Kunstwerth ist. Auf Glocken aus dem Anfang des 16. Jahrhunderts wird häufig genannt: Maister Seboli; es war dieß Sebald Schönmacher, Glockengießer zu Augsburg. — A. d. Red.

zu Villila in Arragonien, die jedesmal von selbst läutete, wenn Spanien ein großes Unglück bevorstand. So zeigte diese 1564 den Ausbruch der Pest zu Saragossa, 1568 den Beginn des Krieges gegen die Morisken, 1578 den Tod Sebastians von Portugal in der Schlacht bei Alcazar an.

Bei der Aufhebung der Gebeine des heil. Isidor zu Madrid läuteten die dortigen Glocken von selbst, weßhalb König Philipp III. die Heiligsprechung des Isidorus bei Clemens VIII. beantragte.

Eine Glocke zu Roquemador läutete von selbst, so oft Jemand auf dem Meere in Gefahr schwebte.

Eine Glocke zu Avignon soll jedesmal geläutet haben, wenn ein Papst sterben sollte.

Weil die Glocken in der geschlossenen Zeit (der Charwoche) vor Ostern verstummen, glaubt das Volk in Frankreich, daß sie nach Rom pilgern, wo alle Glocken einen Tag lang versammelt seien, um den heiligen Vater zu sehen. Diese Sage wurde schon von verschiedenen Künstlern zu Illustrationen benützt, von Dichtern poetisch verwerthet.

In einer kleinen Kapelle auf dem Berge Tschriett bei Praßberg (in Steyermark) klang einmal die Glocke so süß und in so weiter Ferne, daß ein Türke in Constantinopel sie hörte und unwiderstehlich von den Tönen angezogen denselben nachging, bis er dahin kam und die Glocke zum letztenmale hörte, indem sie vor allen Augen plötzlich verschwand. Nur fromme Hirten hören noch zuweilen ihren süßen Klang im Walde (Seidl: Tyrol und Steyermark S. 259).

Ein Wirth aus Meinungen hatte Geschäfte in Rohr. An einem Wald entlang gehend, hörte er ein schönes Glockengeläute und fragte ein am Wege sitzendes Weib, welches ausruhte, wo das sei. Die Frau erwiderte, sie wisse es nicht, aber wahrscheinlich werde gerade einer begraben. „Sehr schön sei es", meinte der Wirth im Weitergehen. Keine hundert Schritte entfernt, sank er um und war todt. Ein Schlaganfall hatte seinem Leben ein schnelles Ende gemacht und er hatte sein eigenes Grabgeläute gehört.

In der kleinen Kirche St. Barbara bei Linz in Oberösterreich hörte man einst zu ganz ungewöhnlicher Stunde läuten. Als man nachsah, schwieg die Glocke und weiter im Walde hörte man sie

LXI.

Charakterbild Kaiser Ferdinand's II.

Nach Fr. von Hurters Geschichtswerk.

Der edle kaiserliche Reichshistoriograph, der am 27. August 1865 ein thätiges und gesegnetes Leben vollendete, hat das Glück gehabt, auch sein großes Lebenswerk, die aktenmäßige Darstellung der Geschichte Ferdinand's II. und seiner Zeit, kurz vor seinem Tode zur Vollendung zu führen: eine vieljährige umfangreiche Arbeit, welche in eilf Bänden*) das Walten des habsburgischen Zweiges in Steyermark seit dessen selbstständigem Auftreten, im Besondern dann die Geschichte des Kaisers Ferdinand bis zu seinem Hintritt (1637), im Ganzen einen Zeitraum von 72 ereignißvollen Jahren, zur Darstellung bringt. Was man auch über diese mühevolle Forscherarbeit im Einzelnen zu erinnern haben mag, sie wird immer ein wichtiges und höchst lehrreiches Quellenwerk für das Zeitalter des großen Krieges in Deutschland bleiben, dessen ansehnliche neuen Materialien hauptsächlich aus den archivalischen Schätzen

*) Friedrich von Hurter: Geschichte Kaiser [illegible] seiner Eltern bis zu dessen Krönung in F[illegible] Schaffhausen 1850 — 1854. [illegible] Bd. 8 bis 11. Schaffhausen [illegible]

Wiens, aus den Akten des k. k. Haus-, Hof- und Staats-Archivs, aus denen des vormaligen reichserzkanzlerischen Archivs, aus den instruktiven Aufzeichnungen der Gedenkbücher der k. k. Hofkammer, aus den ständischen Archiven Ober- und Niederösterreichs rc. geschöpft sind.

Im Schlußbande hat Hurter sein Geschichtswerk mit einer ausführlichen Charakteristik des Kaisers gekrönt, welche die Summe der Züge, die in dem weiten Raum der eilf Bände verstreut liegen, zu einem einheitlichen Bilde des Fürsten zusammenfaßt, ein Lebensbild, das mit Wärme entworfen, aber mit unanfechtbarer Gerechtigkeitsliebe und einer nichts verhüllenden Ehrlichkeit ausgeführt ist. Zu diesem Charaktergemälde Ferdinand's II. boten, außer den Aeußerungen und Akten seiner öffentlichen Regententhätigkeit überhaupt, noch drei specielle gleichzeitige Quellen verläßlichen Stoff: einmal der handschriftliche Bericht des Nuntius Carafa, den er am Ende des J. 1628 dem heiligen Vater erstattete, und der durch eine acht Jahre später (1636) verfaßte, völlig übereinstimmende Schrift „Status particularis regiminis S. C. Majestatis Ferdinandi II.“ die zweifelloseste Glaubwürdigkeit erlangt; dann Lamormain's „Ferdinandi virtutes“, ein Schriftchen „mehr mißachtet als gekannt“, wie Hurter bemerkt, der dessen Glaubwürdigkeit aufrecht hält, wie denn auch der historische Werth desselben schon von Khevenhiller anerkannt wurde, indem dieser eine Uebersetzung des Werkchens als Anhang dem letzten Theil seiner Annalen beifügte; drittens endlich die Berichte des venetianischen Residenten in Wien, Antonio Antelmi, aus den Jahren 1632 bis 1634.

Friedrich von Hurter glaubte damit nicht bloß eine Pflicht gegen den Todten, sondern auch eine Pflicht gegen die Lebenden, gegen unsere Zeitgenossen zu erfüllen, „weil der größte Theil derselben, sei es aus Leichtfertigkeit, sei es aus beklagenswerther Huldigung gegen zersetz nur ein entstelltes und verschiefstes Bild de Landesherrn Oesterreichs mit Wohlgefall

der That, er verdient eine solche richtig stellende Würdigung, ein verbessertes Denkmal im Gedächtniß der Generationen, jener Kaiser, der als zweiter Stammvater seines Regentenhauses zugleich ein Vorbild in den Tugenden des Fürsten, des Christen und des Menschen für die Mit- und Nachwelt hingestellt hat.

Wir Kinder einer grenzenlos aufgeklärten Zeit sind freilich etwas aus der Uebung gekommen, uns in die Anschauungsweise einer Zeit zu versetzen, wo das warme Glaubensgefühl und das Pflichtbewußtseyn des Christen, noch so durchaus That und Wollen, die ganze Lebensordnung eines Regenten durchdringen konnte, und nicht bloß zeitweilig, nicht stimmungsweise, sondern wesenhaft und lebenslang durchdrang, wie dieß bei Ferdinand II. der Fall war. Seine Lebensordnung, streng geregelt wie sie war, schien gleichsam von einem religiösen Ring umzogen. Wie die erste Stunde in der Morgenfrühe und Abends die letzte vor Schlafengehen der Selbsterforschung und dem Gebet gewidmet war, wie der täglichen Regierungsthätigkeit der Gottesdienst in der Kapelle voranging, wie Ferdinand auch unter Tags manche halbe Stunde der Unterhaltung und dem Geschäft entzog, um sie der Betrachtung und der innern Sammlung zu weihen: so waltete der religiöse Grundton durch alle Handlungen und Unternehmungen dieses Fürsten. Es war eine ungeheuchelte Frömmigkeit, die ihn beseelte, und seine christliche Ueberzeugung war so innig und lebendig, daß er ohne Ueberhebung von sich sagen konnte, was er mehr als einmal versicherte: „Ich wäre bereit, für jeden Artikel des Glaubens jederlei Pein, selbst den Tod zu erdulden.“

In der tief christlichen Gesinnung, welche Ferdinand's Thun und Reden durchleuchtete, wurzelte vor Allem die erhöhte Auffassung seiner Lebensaufgabe als Landesherr und Kaiser, das [illegible] der Verantwortung, welche ihm mit der höchs[illegible] und Gewalt der Krönungseid auferlegte [illegible] und Schirmer der Gerech-

dieser Kirche tönen: **kling, klang, von Harlessla bin i daham; de Säu, de habn me ausgrab'n, an Esel hat mi ham tragn.**

Das Geläute der Glocken zu deuten, wiederholt sich an vielen Orten. So weiß jeder Münchener, daß der schrille Ton der dortigen Gottesackerglocke mit den Worten gegeben wird: Komm nur 'rein, Du g'hörst schon mein!

Sonderbarer Weise lesen wir in älteren und neueren Aufzeichnungen, wie es den Schweinen da und dort gelang, Geld, Kostbarkeiten aller Art und Glocken an das Tageslicht zu schaffen. Niemand ließ sich von dem Vorhandenseyn all' dieser Sachen etwas träumen, bis diese unsauberen Thiere dahinter kamen. Das redende Wappen des ehemaligen Klosters Ebrach in Franken zeigt einen Eber, der einen Bischofsstab in seinem Rachen hält, weil nach der Sage ein derartiger Vierfüßler einen solchen Stab aus der Erde scharrte und hiedurch die Veranlassung zum Bau dieses Klosters gab. Wieder andere behaupten, es sei dieß ein Abtsstab gewesen und man habe, um das Wappen dem Worte nachzubilden, einen Eber gemalt, und um anzudeuten, daß hier ein Abt herrsche, diesem Thier ein Pedum beigestellt.

Auf der Markung von Theilheim bei Werneck in Unterfranken scharrten einstmals Schweine eine Glocke aus einer sumpfigen Niederung. Das war die Glocke der von den Heiden (zur Zeit des heiligen Kilian) entweihten Kapelle von Ottelshausen. Sie wurde eingeholt und in den Kirchthurm von Theilheim gehängt. Zum Andenken an diesen Fund führt das Dorf Theilheim eine Glocke in seinem Siegel.

Das Wolsberger Schloß lag ehedem unferne von Neustadt an der Haardt. In der Nähe dieses Schlosses befindet sich das Nunnenthal, wo ein Eber eine große Glocke auswühlte, die mit Hafer gefüllt war. Bis gegen Ende des letzten Jahrhunderts hing diese Glocke auf dem Kirchthurme zu Neustadt und war wegen ihres hellen Klanges berühmt. Die Franzosen ruinirten eben dieses Städtchen dazumal und nahmen die Glocke mit. Aus diesen zusammen gestohlenen Glocken wurden dann Geschütze gegossen. Viele Glocken wurden zu Kriegszeiten verscharrt, um sie nicht eine Beute des Feindes werden zu lassen. So erzählt Klunzinger in seiner Geschichte des Zabergaues Seite 61, daß die Einwohner von Bönig-

Guß gelang vollkommen. Aus Zorn erschlug der Meister aber den Lehrbuben. Nun war dieser Glocke erstes Geläute das zu einer Hinrichtung, der jenes zornmüthigen Glockengießers. Seitdem wurde sie als Armesündergloke beibehalten. Diese Glockensage wiederholt sich zu Attendorn, Lunow, Stolberg und Groß-Möhringen (in der Altmark). Nach der Bavaria II, Abtheilung 2, Seite 798, ereignete sich dieß zu Augsburg.

Wie dem Reiche Gottes ein Reich des Teufels äffisch gegenüber steht, so auch insbesondere eine Teufelsglocke der geweihten Kirchenglocke. So lange eine gegossene Glocke noch nicht getauft war, so galt sie gleich dem ungetauften Kinde als dem Satan zugänglich. Auch kommen nach Wolfgang Menzels christlicher Symbolik Teufelsglocken vor, die von Zauberern durch Bewältigung geheimer Naturkräfte verfertiget wurden. Der Zauberer Virgilius soll eine Glocke von so schrecklichem Ton besessen haben, daß Jeder außer sich gerieth, der sie hörte, weßhalb er sich den Spaß zu machen pflegte, allemal wenn eine Buhlerin über eine gewisse Brücke ging, zu läuten, wodurch sie so erschreckt wurde, daß sie in's Wasser stürzte.

Theophrastus Paracelsus goß sich aus sieben Metallen bei einer gewissen günstigen Constellation der sieben Planeten, denen diese Metalle zugeordnet sind, eine Glocke, die dadurch eine solche magische Kraft bekam, daß man, wenn man sie anschlug, durch ihren Ton alle Geister der Metalle zwingen konnte zu erscheinen.

Von dämonischer Art ist auch die Lügenglocke zu Gent, die allzeit entweder zu früh oder zu spät läutet.

Bevor wir aber übergehen auf den Schutzpatron der Glockengießer und den Fundort mancher Glocke, soll der Größe und des Gewichtes einiger gedacht werden, wie das schon früher versprochen worden.

Die größte Glocke der Jetztzeit ist unstreitig der Tsar Kolokol Bolshoi zu Moskau, im J. 1734 gegossen von Michael Monterin. Sie hat ein Gewicht von 3962 Centnern und mißt 22½ Fuß im Durchmesser. Die im Stephansdom zu Wien hängende große Glocke, von Johann Aichhammer 1711 gegossen, wiegt 324 Centner und hat einen Durchmesser von 10 Fuß. Eine andere unter dem Namen der **Pummerin** bekannte goß 1558 Urban Weiß; diese wiegt

LXI.

Charakterbild Kaiser Ferdinand's II.

Nach Fr. von Hurters Geschichtswerk.

Der edle kaiserliche Reichshistoriograph, der am 27. August 1865 ein thätiges und gesegnetes Leben vollendete, hat das Glück gehabt, auch sein großes Lebenswerk, die aktenmäßige Darstellung der Geschichte Ferdinand's II. und seiner Zeit, kurz vor seinem Tode zur Vollendung zu führen: eine vieljährige umfangreiche Arbeit, welche in eilf Bänden*) das Walten des habsburgischen Zweiges in Steyermark seit dessen selbstständigem Auftreten, im Besondern dann die Geschichte des Kaisers Ferdinand bis zu seinem Hintritt (1637), im Ganzen einen Zeitraum von 72 ereignißvollen Jahren, zur Darstellung bringt. Was man auch über diese mühevolle Forscherarbeit im Einzelnen zu erinnern haben mag, sie wird immer ein wichtiges und höchst lehrreiches Quellenwerk für das Zeitalter des großen Krieges in Deutschland bleiben, dessen ansehnliche neuen Materialien hauptsächlich aus den archivalischen Schätzen

*) Friedrich von Hurter: Geschichte Kaiser Ferdinand's II. und seiner Eltern bis zu dessen Krönung in Frankfurt. Bd. 1 bis 7. Schaffhausen 1850 — 1854. Geschichte Kaiser Ferdinand's II. Bd. 8 bis 11. Schaffhausen 1857 — 1864.

Wiens, aus den Akten des k. k. Haus-, Hof- und Staats-Archivs, aus denen des vormaligen reichserzkanzlerischen Archivs, aus den instruktiven Aufzeichnungen der Gedenkbücher der k. k. Hofkammer, aus den ständischen Archiven Ober- und Niederösterreichs rc. geschöpft sind.

Im Schlußbande hat Hurter sein Geschichtswerk mit einer ausführlichen Charakteristik des Kaisers gekrönt, welche die Summe der Züge, die in dem weiten Raum der eilf Bände verstreut liegen, zu einem einheitlichen Bilde des Fürsten zusammenfaßt, ein Lebensbild, das mit Wärme entworfen, aber mit unanfechtbarer Gerechtigkeitsliebe und einer nichts verhüllenden Ehrlichkeit ausgeführt ist. Zu diesem Charaktergemälde Ferdinand's II. boten, außer den Aeußerungen und Akten seiner öffentlichen Regententhätigkeit überhaupt, noch drei specielle gleichzeitige Quellen verläßlichen Stoff: einmal der handschriftliche Bericht des Nuntius Carafa, den er am Ende des J. 1628 dem heiligen Vater erstattete, und der durch eine acht Jahre später (1636) verfaßte, völlig übereinstimmende Schrift „Status particularis regiminis S. C. Majestatis Ferdinandi II.“ die zweifelloseste Glaubwürdigkeit erlangt; dann Lamormain's „Ferdinandi virtutes“, ein Schriftchen „mehr mißachtet als gekannt“, wie Hurter bemerkt, der dessen Glaubwürdigkeit aufrecht hält, wie denn auch der historische Werth desselben schon von Khevenhiller anerkannt wurde, indem dieser eine Uebersetzung des Werkchens als Anhang dem letzten Theil seiner Annalen beifügte; drittens endlich die Berichte des venetianischen Residenten in Wien, Antonio Antelmi, aus den Jahren 1632 bis 1634.

Friedrich von Hurter glaubte damit nicht bloß eine Pflicht gegen den Todten, sondern auch eine Pflicht gegen die Lebenden, gegen unsere Zeitgenossen zu erfüllen, „weil der größte Theil derselben, sei es aus Leichtfertigkeit, sei es aus beklagenswerther Huldigung gegen zersetzende Meinungen, nur ein entstelltes und verschiefetes Bild dieses sittlich großen Landesherrn Oesterreichs mit Wohlgefallen aufnimmt.“ In

der That, er verdient eine solche richtig stellende Würdigung, ein verbessertes Denkmal im Gedächtniß der Generationen, jener Kaiser, der als zweiter Stammvater seines Regentenhauses zugleich ein Vorbild in den Tugenden des Fürsten, des Christen und des Menschen für die Mit- und Nachwelt hingestellt hat.

Wir Kinder einer grenzenlos aufgeklärten Zeit sind freilich etwas aus der Uebung gekommen, uns in die Anschauungsweise einer Zeit zu versetzen, wo das warme Glaubensgefühl und das Pflichtbewußtseyn des Christen, noch so durchaus That und Wollen, die ganze Lebensordnung eines Regenten durchdringen konnte, und nicht bloß zeitweilig, nicht stimmungsweise, sondern wesenhaft und lebenslang durchdrang, wie dieß bei Ferdinand II. der Fall war. Seine Lebensordnung, streng geregelt wie sie war, schien gleichsam von einem religiösen Ring umzogen. Wie die erste Stunde in der Morgenfrühe und Abends die letzte vor Schlafengehen der Selbsterforschung und dem Gebet gewidmet war, wie der täglichen Regierungsthätigkeit der Gottesdienst in der Kapelle voranging, wie Ferdinand auch unter Tags manche halbe Stunde der Unterhaltung und dem Geschäft entzog', um sie der Betrachtung und der innern Sammlung zu weihen: so waltete der religiöse Grundton durch alle Handlungen und Unternehmungen dieses Fürsten. Es war eine ungeheuchelte Frömmigkeit, die ihn beseelte, und seine christliche Ueberzeugung war so innig und lebendig, daß er ohne Ueberhebung von sich sagen konnte, was er mehr als einmal versicherte: „Ich wäre bereit, für jeden Artikel des Glaubens jederlei Pein, selbst den Tod zu erdulden."

In der tief christlichen Gesinnung, welche Ferdinand's Thun und Reden durchleuchtete, wurzelte vor Allem die erhöhte Auffassung seiner Lebensaufgabe als Landesherr und Kaiser, das Bewußtseyn der Verantwortung, welche ihm mit der höchsten weltlichen Würde und Gewalt der Krönungseid auferlegte. „Brunnquell des Rechts und Schirmer der Gerech-

tigkeit" zu seyn: dessen blieb der Fürst vornehmlich eingedenk, der mehr die hohe Obliegenheit als die Berechtigung seines Regentenamtes im Auge hielt. Gerechtigkeitsliebe ist eine seiner wesentlichen Regententugenden, wie sie ja nur ein Ausfluß seiner Gewissenhaftigkeit überhaupt war. „Lieber sterben als Jemand Unrecht thun": war ein Wort, das man oft aus seinem Munde vernehmen konnte; und in Hurters Geschichtswerk lassen sich zahlreiche thatsächlich bekräftigende Belege dafür zusammen finden. Ferdinand's Rechtsgefühl und zarte Gewissenhaftigkeit traten besonders noch zuletzt beim Abschluß des Prager Friedens zu Tage (vgl. Bd. XI. 273, 274, 583). Wenn er in einer besonders wichtigen Frage des Reichs die Meinung der obersten Rathscollegien zu vernehmen wünschte, schrieb er zuvor an alle Vorsitzenden: „die Räthe sollten ihre Meinung wohl bedenken und in einer so wichtigen Sache ihm nichts an die Hand geben, als was sie vor Gottes Richterstuhl selbst zu verantworten sich getrauen würden." Bezüglich der Regimentsführung lautete des Kaisers Grundsatz: „Zweck aller wahren Klugheit und Staatskunst sei, die Ehre Gottes zu erhalten und zu erweitern, darauf zu sehen, daß diese keinen Schaden leide; sodann, wenn dieses wahrgenommen, darnach das Uebrige in Ordnung zu bringen." Auch äußerte er: „es sei eine große Thorheit zu meinen, Königreiche, die Gott nur verleihe, durch Mittel zu festigen, welche Gott hasse."

Das Herrschervorrecht der Gnade übte dabei der Kaiser in schönstem Maße, dessen bezeichnendster Charakterzug gerade der war, daß er in seiner Person Festigkeit und Milde vereinigte. Seine angeborne Milde kam im Laufe des langwierigen Krieges vielen hohen und niedern Persönlichkeiten zu statten und wurde manchem treubrüchigen Reichsstande zur Rettung: so dem geächteten Fürsten von Anhalt, dem geistigen Haupt der Union, so den in der Schlacht bei Stadtlohn gefangenen Herzogen Friedrich von Sachsen-Altenburg und Wilhelm von Sachsen-Weimar (IX. 251, 297) und andern

rebellischen Parteigängern des böhmischen Winterkönigs. Welche Langmuth bewährte er gegen den treulos verlogenen Landgrafen Wilhelm von Hessen-Kassel, einen der bittersten Feinde des habsburgischen Hauses! (XI. 325 ff.) Daß er immer geneigt war, „die Clemenz der Schärfe vorzuziehen", bewies er zumal in den Amnestie-Bestimmungen zum Prager Frieden. Nicht minder gegen die eigenen Unterthanen. Selbst seine heftigsten Gegner können heute dem Kaiser in dem Verfahren gegen die böhmischen Rebellen ehrlicherweise nicht mehr „Blutdurst" vorwerfen. Die gemäß der Carolina, dem Gesetzbuch des Reichs, erfolgten Strafurtheile hat er vielmehr abgemildert und nur nach dem schwersten innern Kampf und nach einer schlaflosen Nacht über 28 der Schuldbarsten das Todesurtheil unterschrieben, auch hier mit der strengsten Unparteilichkeit verfahrend*). Die 23 Verurtheilten in Mähren wurden sämmtlich begnadigt (VIII. 603 ff.). Auch unter dem bedrohlichen Eindruck der Wallenstein'schen Katastrophe blieb des Kaisers milde Mäßigung unbeirrt. Wie manches harte Urtheil gegen Angeschuldigte müßten wir beklagen, hätte Ferdinand sofort dem Drängen der Rathgeber nachgegeben, welche eine rasche und strenge Procedur für nothwendig erklärten! Er aber blieb auch da seines kaiserlichen Berufes eingedenk, Schirmer der Gerechtigkeit zu seyn, und ihm allein ist es zuzuschreiben, daß über das Endurtheil wider Wallensteins Mitschuldige auch nicht der leiseste Vorwurf von Härte oder Ueberstürzung sich erheben darf, wohl aber die kaiserliche Gnade zuletzt so Manches wieder ausglich und begütigte (XI. 142 f. 520 ff.). Sein Edelsinn konnte überhaupt leicht vergessen.

---

*) Sehr richtig bemerkt Klopp: „Die Mehrzahl der Hingerichteten gehörten zum Herren- und Ritterstande. Allein so seltsam verblendet ist die Meinung der Menschen, daß man später nicht die Gerechtigkeit des Kaisers pries, der keinen Unterschied machte zwischen Hohen und Niedrigen, sondern daß man um so mehr das edle Blut beklagte, das an einem Tage ‚stromweise geflossen!" Tilly, I. 93.

Diese Nachsicht und Versöhnlichkeit war so bekannt, daß die gemeine Rede ging: „der Kaiser sei gnädiger gegen denjenigen, dem er verziehen, als gegen denjenigen, welcher der Verzeihung niemals bedurft habe“ (S. 618). Bildete sie ja sogar einen Beschwerdepunkt Wallensteins bei der Uebernahme des zweiten Generalats.

Mit dieser milden Gesinnung im engsten Zusammenhange stand eine andere hervortretende Eigenschaft des Kaisers, die betont zu werden verdient: seine während einer achtzehnjährigen Regierung stets auf's neue und auch gegen erbitterte Gegner kundgegebene Friedfertigkeit. Die umständlicheren Nachweise über die beharrlichen Friedensbestrebungen Kaiser Ferdinand's II., seine entgegenkommenden Schritte gegen einzelne Reichsglieder, seine Bemühungen um die Heilung der Zerrissenheit des deutschen Reichs hat Hurter im J. 1860 in einer besondern Schrift geliefert, wie damals auch in diesen Blättern berichtet wurde. Ein Zug des Großsinns *spricht* aus allen diesen versöhnlichen Schritten und Bemühungen des Kaisers. An ihm lag es nicht, daß sie wenig Erfolg hatten.

Ferdinand's achtzehnjährige Regierungszeit blieb bis zum Ende eine Zeit des Krieges. Es erklärt sich daher von selbst, wenn bei der Charakterisirung seiner Regierungsthätigkeit „mehr von gutem Willen als von durchgreifendem Wirken und Schaffen“ die Rede seyn kann. Nicht in seiner Persönlichkeit, in den unabweislichen Verhältnissen, in den drangvollen Läuften lag die Schuld. Immerhin läßt sich aus dem Wenigen, was sich an Verfügungen in den Erblanden wie an kaiserlichen Anordnungen für das gesammte Reich erhalten hat, die Ueberzeugung schöpfen, daß der Kaiser auf Verbesserung der öffentlichen Zustände nach Möglichkeit Bedacht genommen. Daß Ferdinand hiebei seiner Stellung als Oberhaupt des heiligen Reichs deutscher Nation über derjenigen als Regent seiner Erbstaaten stets das Uebergewicht einräumte, hebt Hurter, der betriebsamen Geschichtsfälschung gegenüber,

an vielen Orten nachdrücklich hervor. Man lese z. B. die Instruktion, mit der Ferdinand seine Gesandten ausstattete, als Papst Urban VIII. im J. 1636 einen allgemeinen Friedens-Congreß in Köln angeregt hatte, um sich an einem sprechenden Beispiele zu vergewissern, wie der Kaiser die Sorge um das Ansehen und die Rechte des deutschen Reiches voran und höher stellte als die Sorge um die eigene Hausmacht. (XI. 484, 579, 624.)

In dieser Fürsorge für das Reich hat Ferdinand sich in der That als großdenkendes Oberhaupt bewährt, dem die Ehre und die Wohlfahrt der Nation am Herzen lag. Man erinnere sich nur seiner Bemühungen um Ausrüstung einer deutschen Flotte, sowie seiner Entwürfe zu einer unter kaiserlichem Schutz aufzurichtenden Handelsverbindung der Hansastädte mit Spanien (X. 13—26). Es war nicht seine Schuld, daß diese großartigen Entwürfe in jenem so günstigen Zeitpunkt, wo die kaiserlichen Fahnen in Jütland wehten, an der Engherzigkeit und Ränkesucht scheiterten. Auch andere Maßnahmen zur Förderung des Handelsverkehrs bezeugen seine Wachsamkeit im Kleinen wie im Großen, wobei er oft seine persönliche Stimmung demjenigen nachsetzte, was dem allgemeinen Wohlseyn entsprach. Davon können die Reichs- und Hansestädte reden. Er war es z. B., der mitten im Kriegstumult, im J. 1632 Frankfurt seine Messen, dem Reich eine wesentliche Pulsader des Verkehrs gerettet hat, obgleich gerade dort in der Mainstadt die bewegende Kraft aller Anschläge der deutschen Fürsten gegen das Erzhaus sich bildete. Ebenso wohlwollend bezeigte er sich, im allgemeinen Interesse, gegen Hamburg durch Aufhebung von Zollbelästigungen, welche störend auf den Handelsverkehr einwirkten, obwohl die Bewohner der Hansestadt durch ihr Verhalten die besondere Gunst des Kaisers nicht verdient hatten. Das Postwesen in Deutschland verdankt dem Kaiser eine gedeihlicher zusagende Einrichtung (XI. 516—518).

Was Ferdinand für die Kirche that, sein Eifer als Sohn

und Schirmherr der katholischen Kirche, seine Ehrerbietung gegen ihre Diener, seine materiellen Unterstützungen für Bisthümer, Capitel, Klöster, Pfarreien ꝛc., das mag hiemit nur angedeutet seyn; bei Hurter findet man ein reiches Detail (XI. 604 — 614). Daß der Kaiser trotz alldem nichts weniger als ein sogenanntes Werkzeug des Klerus, daß er frei von jeder knechtischen Unterwürfigkeit war, das hat er in entscheidenden Augenblicken verständlich und freimüthig zu erkennen gegeben. Ohnedieß wird der Wahn, als hätte Ferdinand sich „geheimem Einfluß“ hingegeben, auf's schlagendste widerlegt durch die nachweisbare Stetigkeit des bei allen wichtigen Fragen eingehaltenen Geschäftsgangs, wie er aus den Akten des Haus-, Hof- und Staatsarchivs umständlich sich enthüllt.

Diejenigen, welche Ferdinand's Verhalten gegen die Akatholiken in den Erbländern mit dem Namen Fanatismus belegen, vergessen erstens die Zeit, von der die Rede ist, die Zeit des cujus regio ejus religio, eine Praxis in der bekanntlich protestantische Fürsten unvergleichlich excellirten; sie vergessen zweitens, daß man unter den damaligen Sektirern, gegen welche vorgeschritten wurde, nichts weniger als ein harmloses Völklein, eine stille Gemeinde im heutigen Sinn zu denken hat, sondern eine agitatorisch auftretende, in unruhigen Zeiten zumal durch ihre Verbindungen mit dem Ausland gefährliche Masse, sie lassen insbesondere außer Acht, unter welchen Eindrücken Ferdinand's Jugend und die Anfänge seiner eigenen Regierungszeit verlaufen sind; sie vergessen endlich oder übersehen absichtlich, daß Ferdinand bei seinen Verfügungen zur Erhaltung der Glaubenseinheit in den Erblanden weder seine landesherrlichen Pflichten noch die Reichsgesetze irgendwo überschritten oder die damaligen Befugnisse der berechtigten Stände irgendwie mißachtet hat. Nirgends ist in den Erlassen die rücksichtslose Härte, die unerbittliche Strenge zu finden, wovon manche Geschichtsbücher fabelten, die aber um so viel leichter in protestantischen Ländern nachzuweisen wären; und wenn auch zugegeben

werden muß, daß an einzelnen Orten, wie es in Böhmen und Schlesien vorkam, die Gegenreformation anfänglich in verkehrte Hände gelegt worden ist, so ist doch im Allgemeinen bei der Ausführung der Maßregeln eine große Milde und Langmuth, soweit es vom Kaiser abhing, nicht zu verkennen. (Die Beweise hiefür hat Hurter hauptsächlich im vierten Band geliefert; außerdem Band VIII. 417 — 480, 503. IX. 199 ff. X. 123 ff., 143 ff., 157 ff.).

Allerdings hat Ferdinand das Wort gesprochen: „Lieber wollte ich auf meine Länder und Königreiche Verzicht leisten, als wissentlich eine Gelegenheit verabsäumen, dem wahren Glauben wieder aufzuhelfen." Das ist aber gewiß ein edleres Motiv wenigstens, als der kalte egoistische Staatszweck, mit dem andere Fürsten Religionsbedrückungen sanktionirten. Daneben ist ein anderes Wort Ferdinand's zu stellen, das aus seinem Munde nicht minder ernst und wahrhaft gemeint war. Zu öfteren Malen äußerte er: „Wüßte er, daß Förderung der Ehre Gottes durch Erniedrigung seiner eigenen Person bedingt würde, so wollte er ohne Weigern von dem kaiserlichen Thron herabsteigen, in gemeinem Stand leben, den Bettelstab ergreifen und selbst eines schmerzlichen Todes sich nicht weigern." Das klingt der modernen Bildung fremd, vielleicht gar unverständlich. Wem es aber ehrlich darum zu thun ist, den Mann aus seiner eigenen Zeit zu begreifen und den frommen Eifer der Vergangenheit nicht mit dem hölzernen Ellenmaß des Vorurtheils zu messen, für den ist so viel klar: dem Kaiser war Alles, was die höchsten Interessen der Religion berührte, Herzens- und Gewissenssache, für die er zu persönlichen Opfern bereit war. Es war der Ausfluß eines lebendigen Glaubens, wie er dieß bei jedem Anlaß und namentlich auch durch seine Freude bei Conversionen hervorragender Persönlichkeiten kundgab. Als der tüchtige Kriegsmann Rudolf von Tiefenbach sich der katholischen Wahrheit zuwandte, schrieb er ihm in der Freude eigenhändig: „Ich würde den Scheitel eures Hauptes küssen, wenn Ich bei euch

wäre.“ Den Grafen Johann Ludwig von Nassau-Hadamar, der im J. 1629 in die katholische Kirche zurücktrat, umarmte der Kaiser bewegt mit den Worten: „Ich liebe dich, ich liebe dich bis zum Grabe.“ — Das hinderte ihn aber nicht, seinem unparteiischen Billigkeitsgefühl zu folgen und als Oberhaupt des Reichs die Grenzen der Reichsgesetze gewissenhaft einzuhalten. Achtung des Religionsfriedens, Schonung und Rücksicht gegen gerechte Wünsche akatholischer Reichsstände hat Ferdinand bei verschiedenen Gelegenheiten an den Tag gelegt; das beweist das politische Verhalten Tilly's auf seiner ganzen Siegeslaufbahn, das zeigen auch spätere Kundgebungen: so bei den Verhandlungen mit Stralsund im J. 1633, bei der dänischen Friedensvermittlung im selben Jahr, gegen die Reichsstadt Regensburg nach deren Eroberung 1634, nach dem glänzenden Siege von Nördlingen gegen diese Reichsstadt selbst und gegen die nichtkatholischen Bewohner Württembergs 2c. (Vgl. XI. 58, 80, 167, 212, 230.)

Unter den Waffen schweigen die Musen. Dennoch hat Ferdinand auch der Pflege von Kunst und Wissenschaft ein Augenmerk geschenkt und wenigstens seine fürstliche Freigebigkeit zu deren Aufmunterung walten lassen. Stiftungen für höhere Bildungsanstalten, Unterstützungen an talentvolle Studirende, Verwilligungen an namhafte Gelehrte sind einzelne faktische Belege dafür. Er selber besaß von seinem fünfthalbjährigen Aufenthalt auf der Universität Ingolstadt ein zureichendes Maß wissenschaftlicher Bildung, und obwohl der fromme Fürst in späteren Jahren mehr der Lektüre geistlicher Schriften sich zuwandte, so wußte er den Werth der exakten Wissenschaften gar wohl zu würdigen, da er gerade in diesen, namentlich in der Mathematik, sich vorzügliche Kenntnisse angeeignet hatte. Man findet daher unter den am Hof angestellten Gelehrten auch einen kaiserlichen Mathematikus. Unter Ferdinand's Regierung erst wurden die seit Rudolfs II. Zeit schwebenden Forderungen des Mathematikers Keppler durch eine kaiserliche Verschreibung zu Gunsten seiner Hinterlassenen berichtigt:

„für weiland Johann Kepplers Witwib und Erben“, an Zins und Capital eine Summe von 12,694 Gulden. Als ein weiteres Beispiel, daß der als blind fanatisch verschriene Ferdinand bei anerkannten Verdiensten nicht nach dem Glaubensbekenntniß gefragt habe, führt Hurter den Historiographen Megiser an, der gleich dem Astronomen Keppler nicht der katholischen Kirche angehörte; demselben ließ Ferdinand einmal „wegen seiner geleisteten Dienste und noch im Werk habenden labores 200 Thaler Ergötzlichkeit“ zukommen. Bekanntlich empfing auch der protestantische Dichter Opitz aus des Kaisers Händen den Lorbeerkranz. Die Geschichtschreibung fand an Kaiser Ferdinand einen besonderen Gönner, wie die Vergabungen und ausgeworfenen Gnadengehalte an verschiedene Gelehrte beweisen. Aber auch andere Gelehrte und wissenschaftliche Unternehmungen erfuhren die förderne Gunst des Kaisers; so der als Philolog und Alterthumskenner ausgezeichnete Professor Philipp Caroli, der von Antwerpen nach Wien berufen wurde. Die kaiserliche Bibliothek erlangte unter Ferdinand namhaften Zuwachs, wofür außer andern Belegen die ausgestellten Paßbriefe für verschiedentliche „Fässer Bücher“ reden, die von auswärts zukamen. Von den Künsten war es vornehmlich die Musik, der er seine Liebe zuwandte. Die Hofkapelle war reich besetzt, und mancher Künstler hatte sich der kaiserlichen Huld und Freigebigkeit zu erfreuen. (XI. 635, 637, 639.)

Die Aufmerksamkeit und Kenntnißnahme des Kaisers erstreckte sich in Landesachen bis auf die geringfügigsten Gegenstände, und es wird an ihm hervorgehoben, daß er über alle Angelegenheiten vortrefflich gesprochen habe, auch in der Regel nicht leicht Jemand besser unterrichtet gewesen sei als er. Es war dieß nur möglich durch die ungemeine Thätigkeit, die Ferdinand als Herrscher entfaltete und die eine auszeichnende Eigenschaft in seinem Regentenleben bildet. Selbst der feindselige Graf Thurn gesteht in seinem rechtfertigenden Bericht über das mißglückte Unternehmen gegen

Wien: „J. K. M. sind von hohem Verstand, süßen Worten, freigebig, wachsam und arbeitsam“ (VIII. 4). Der kaiserliche Obersthofmeister Graf Meggau bezeugte: „wie oft ihn sein Amt in des Kaisers Gemächer geführt, immer habe er denselben entweder lesend oder schreibend oder betend oder Audienz ertheilend getroffen.“ Auch wenn er seinem Lieblingsvergnügen, der Jagd, oblag, sei jeden Tag alles zum Ausfertigen bereit Liegende vorher, das inzwischen Vollendete bei der Rückkehr unterschrieben, neu Hinzugekommenes durchgelesen worden. Aehnlich verhielt es sich damit auf Reisen. Der Kaiser selbst pflegte zu sagen: „er achte es als besondere Gnade und Wohlthat Gottes, daß er die Arbeit liebe, sie ihm Vergnügen mache“; und wenn die Rathssitzungen lange dauerten, fügte er wohl auch hinzu: „unter drei Beschäftigungen beschleiche ihn niemals Langeweile: bei dem Gottesdienst, im Rathe, auf der Jagd.“ Von Natur gewissenhaft, neigte er nicht zu raschen Entschließungen, und er liebte in den Rathssitzungen die freie Meinungsäußerung von den einzelnen Mitgliedern des geheimen Raths; auch das Beharren auf einer ihm widerstrebenden Ansicht wußte er zu ehren. Man fand nach seinem Tode folgende Bemerkung von seiner eigenen Hand: „Ich hasse die stummen Hunde. Diejenigen, welche sich durch das Ansehen Anderer zu einer Meinung bewegen lassen, gefallen mir nicht. Ich liebe diejenigen, welche frei, offen und treuherzig, mit gebührender Bescheidenheit ihre Meinung heraussagen.“ (XI. 579—581.)

Groß war des Kaisers Leutseligkeit bei Audienzen, bei Vorstellungen auf Reisen; überall gewann seine natürliche Herzensgüte bei seinem Erscheinen die Herzen der Unterthanen. Bittschriften las er regelmäßig selber und mit allem Fleiße: wenn der Tag nicht reichte, nahm er die Nacht dazu. Besonders wendete er den Bittgesuchen armer Leute seine Aufmerksamkeit zu und bemerkte einem Hofbeamten, der zur Schonung des Kaisers diese Gesuche jemand Anderem zur Durchsicht übergeben wollte: „Weit entfernt, daß Sorge für

die Armen mir lästig wäre, ist sie mir vielmehr angenehm; hat mich doch Gott hiezu erwählt und berufen.“ Diese edle Auffassung seines landesväterlichen Berufes erweckte in ihm den Gedanken, sobald seine Mittel nicht mehr von dem Kriege würden verschlungen werden, in der Hauptstadt jedes Landes auf eigene Kosten eine Anzahl Advokaten zu bestellen, welche der Rechtshändel der Armen, Wittwen und Waisen mit allem Eifer in seinem Namen sich anzunehmen hätten. Seine Freigebigkeit kam seiner Menschenfreundlichkeit gleich. Wie Khevenhiller berichtet, war des Kaisers Grundsatz: „Großen Fürsten gebührt es, reiche Wohlthaten zu gewähren.“ Darnach handelte er auch, und zwar in schrankenloser Liberalität. Ja diese seltene Güte und Freigebigkeit schien Manchem nur allzu grenzenlos, so daß ein vertrauter Hofherr den Wunsch äußerte: der Kaiser möchte doch von zwei Hauptsünden, dem Geiz und dem Zorn, etwas Weniges an sich haben. (S. 585—87, 631—32.)

Trübe Erfahrungen im Lauf der Jahre haben den Zug ächter Menschenfreundlichkeit in Ferdinands Wesen nicht verändert. Dazu dachte er zu großherzig. Sein Glücksstern war das Gottvertrauen, ein „Erbgut des habsburgischen Hauses von dem großen Ahnherrn“ an, wie Hurter zutreffend bemerkt. Dieses Gottvertrauen hat den Kaiser zu keiner Zeit im Stich gelassen und ihm unter allen Bedrängnissen, wie er selber sagte, „eine frische und fröhliche Natur“ erhalten. Die Seelengröße dieses Fürsten offenbarte sich vielleicht am probehaltigsten gerade in dem schönen Gleichmuth, womit er die schlimmen und die erfreulichen Schickungen seines an raschen Glücksfällen wie an bedrohlichen Wendungen so reichen Lebens trug und hinnahm. Bei den Nachrichten des Sieges wie der Niederlage hat er diesen Gleichmuth — das heben alle Zeitgenossen, namentlich auch Pappus hervor — in den langen Kriegsläuften unerschütterlich bewährt, von dem rebellischen Ueberfall in der kaiserlichen Hofburg zu Wien bis zum Siege von Nördlingen und dem Unglückstage von Wittstock. Als er den Tod Gustav Adolfs vernahm, waren seine einfachen Worte:

„Lasset uns in der Demuth verharren, in dieser die Sache Gott dem Herrn anempfehlen.“ Bei Unglücksfällen aber pflegte er mit derselben Ruhe zu sagen: „Dieses sind Uebungen in der Tugend des Starkmuths.“ Auch der letzte große Sieg der kaiserlichen Waffen, den er erlebte, der entscheidungsreiche bei Nördlingen, hat ihn nicht anders gefunden. Bei der ersten Kunde davon, die ihm durch eine kurze Zuschrift seines Sohnes zukam und die er unter Thränen einem Vertrauten vorlas, fand er nur die Worte: „Großes hat Gott an uns gethan. Ich aber werde in meiner Einfachheit verharren, fortan noch demüthiger mich erweisen als bisher.“ (XI. 210, 598, 630.)

Der Hofhalt des Kaisers glänzte durch Einfachheit und durch die Stetigkeit seiner gleichmäßigen Ordnung. Bei Hof-Festlichkeiten, wie in seiner Umgebung überhaupt, duldete Ferdinand nichts, was die Ehrbarkeit verletzte. Des Kaisers liebste Erholung war die Jagd und die Beize, denen er von früher Jugend an bis in's Alter mit unveränderlicher Waidmannslust zugethan geblieben. Davon geben noch mehrere auf der kaiserlichen Hofbibliothek und im Hausarchiv aufbewahrten Jagdalmanache (aus den Jahren 1624, 1626, 1629) mit den Aufzeichnungen der täglichen Jagdergebnisse, meist von des Kaisers eigener Hand eingetragen, heiter anmuthende Kunde *).

---

*) Aus Ferdinands Jugendzeit theilt Hurter ein Begebniß mit, das, bisher unbekannt, um deßwillen erwähnenswerth erscheint, weil eine thatsächliche Erinnerung daran bis auf unsere Zeit herab sich erhalten hat. Es war am Georgstag 1595, daß der jagdlustige junge Erzherzog bei Spital, am südlichen Fuße des Sömmerings, in einen stark angeschwollenen Wildbach fiel und nahe daran war, unter die Räder eines Eisenwerks getrieben zu werden. In diesem Augenblick warf sich ein rüstiger Mann, Namens Simon Wagner, in das wilde Wasser und riß den Gefährdeten glücklich heraus. Dankbar für das herzhafte Wagniß, wies der junge Fürst seinem Lebensretter einen Jahrgehalt von hundert Thalern zu, alljährlich am St. Georgstag zu beziehen. Ein halbes Jahrhundert später,

In seinem Familienleben zeigt sich Ferdinand in demselben Grade achtungswerth wie in dem öffentlichen. Von welcher Seite man ihn betrachte, als Sohn und Bruder, als Gatte und Vater, in jeder dieser Eigenschaften hält Ferdinand die schärfste Untersuchung aus. Was für ein ehrerbietiger trefflicher Sohn er war, darüber finden sich Belege genug in dem besondern Werk Hurters über die Erzherzogin Maria, Ferdinands Mutter, worüber auch diese Blätter bei dessen Erscheinen (1860) eingehenderen Bericht gegeben. Ebenso bezeigte Ferdinand seinen Geschwistern fortwährende Anhänglichkeit, und welchen Werth er darauf legte, das Gefühl der Zusammengehörigkeit unter den Familiengliedern lebendig zu erhalten, gab er durch den Vorschlag an seine Brüder zu erkennen, wenigstens alle zwei Jahre einmal zusammen zu kommen. Seine Treue und Liebe gegen die beiden Gemahlinen, von denen die zweite, Eleonora von Mantua, ihn überlebte, war musterhaft, und bei der Sittenreinheit und dem gewissenhaften Sinn, der ihn auszeichnete, übte er in seiner hohen Stellung die zartesten Rücksichten. Seine Strenge ging hierin bis zur Aengstlichkeit: wenn er Personen des andern Geschlechts

---

im Jahre 1643 kam der 107jährige Simon Wagner bei Kaiser Ferdinand III. darum ein, daß kraft mündlicher Zusage dieser Gnadengehalt auch auf seinen Sohn übergehen möchte; das Bittgesuch ist noch erhalten. Der Sohn des Geretteten gewährte dem Sohne des Retters einen Jahrgehalt von 100 Gulden. Und bis auf den heutigen Tag hat das hohe Erzhaus die Rettung seines erlauchten Stammvaters nicht vergessen. Aus Verhandlungen, die zwischen der Hofkammer und der vereinigten Hofkanzlei im J. 1825 gepflogen wurden, erhellt, daß drei Söhne eines am 6. März 1824 verstorbenen Simon Wagner, Franz, Joseph und Peter, um fernere Zusicherung jenes Gehaltes einkamen, welche ihnen gegen Ende des J. 1825 durch Kaiser Franz auch gewährt ward. Somit ist nicht zu zweifeln, daß Simon Wagners Nachkommen noch gegenwärtig alljährlich jenen Gnadengehalt beziehen. Ein schönes Zeugniß fürstlicher Dankbarkeit, gleichwie des fortwirkenden Segens einer braven That.

Audienzen zu ertheilen hatte, so wollte er, daß die Kaiserin zugegen sei, oder er gab die Audienz beim Heraustreten aus seinem Gemach in Begleitung des Hofstaats. Daß er endlich ein liebender fürsorglicher Vater seiner Kinder war, bedarf darnach kaum mehr hervorgehoben zu werden. Gregors XV. Ausspruch ist nicht Lügen gestraft worden: „Wie sollten eines so Heiligen (Ferdinands II.) Kinder nicht auf das allerbeste erzogen werden?" Die treuherzigen, zärtlichen und scherzhaften Briefchen der fürstlichen Kinder selber liefern dazu einen anmuthigen Commentar. Jeder Erzherzog hatte mit dem achtzehnten Jahre den Sitzungen des Geheimen Rathes beizuwohnen und zwar nicht fakultativ, sondern obligatorisch. So wuchs namentlich der Thronfolger, ein ritterlicher, ehrlich deutscher Charakter, ganz in die Geistesrichtung des kaiserlichen Vaters hinein.

Als der edle Kaiser, sechszig Jahre alt, seine Zeit erfüllt sah, konnte er sich ruhig zum Sterben niederlegen: zwei Monate zuvor war sein 29jähriger Sohn zu Regensburg als römischer König gekrönt worden (am vorletzten Tage des J. 1636), und allen Ränken Richelieu's zum Trotz, sah Ferdinand die höchste weltliche Würde der Christenheit seinem Geschlechte wieder gesichert. Es war ein letzter Sonnenblick, der sein Leben vor dem Niedergang noch übergoldete. Er konnte darum auf den Rath, sich zu schonen, mit Ruhe antworten: „Das Reich bedarf meiner nicht mehr; es ist jetzt mit einem tauglichen fürsorglichen Herrn versehen." Und Ferdinand III. hat das Vertrauen seines Vaters gerechtfertigt. Er übernahm aus seinen Händen mit dem Scepter auch die Tradition des habsburgischen Hauses, die keine andere war, als der Schutz und die Sicherstellung, die Erhaltung des deutschen Reiches.

LXII.

Biographie und Briefwechsel Friedrichs v. Hurter, k. k. Hofrathes und Reichshistoriographen.

Eine hohe Pflicht ist es, bedeutende Männer auch nach ihrem Tode zu ehren und ihnen ein Denkmal zu setzen, das ihr Andenken der Nachwelt erhält. Eines solchen Denkmales ist sicher auch Friedrich v. Hurter, welcher am 27. August d. Js. zu Graz sein thatenreiches Leben in einem Alter von 78½ Jahren beschloß, würdig zu erachten. Der Verewigte war ein Mann, wie sie selten wiederkehren, ebenso ausgezeichnet durch seine tiefe Gelehrsamkeit, wie durch seine durch kein Mißgeschick zu beugende Charaktergröße und Glaubenstreue. Was er für das unparteiische Studium der Geschichte geleistet, das erzählen seine Werke; was er für Recht und Gerechtigkeit gekämpft, ist allbekannt; was er für die katholische Kirche gewirkt hat, davon geben zahlreiche Thatsachen Zeugniß, und für seine wissenschaftliche und sittliche Größe gibt die hohe Achtung Kunde, welche er sich überall erworben, und die tiefe Theilnahme, die sein rasches Hinscheiden hervorgerufen hat.

Allein hervorragende Männer können nicht bloß aus ihren frühern Werken und äußern Thaten beurtheilt werden — das vollste und wahrste Urtheil geht aus ihren Briefen hervor, wo sie ihren Charakter, ihre Ansichten freier walten

ließen oder die innern Motive ihrer äußern Handlungen offener darlegten. Solche Briefe sind zugleich ein mächtiger Beitrag zur Aufhellung der Zeitgeschichte und der mit ihr verflochtenen Ereignisse oder Persönlichkeiten. Dieß gilt nun in ganz besonderm Grade von den Briefen des Verewigten, der einen hervorragenden Antheil nahm an den wichtigsten Ereignissen seines Vaterlandes und mit den berühmtesten Zeitgenossen in wissenschaftlichem, politischen oder religiösen Verkehre stand. Solcher Briefe sind über 12,000 vorhanden, die außerordentlich reich sind an ebenso wichtigen wie interessanten Aufschlüssen über die bewegenden Fragen der verflossenen Jahrzehnte, namentlich über die Unruhen in der Schweiz, die argauische Klosteraufhebung, die Berufung der Jesuiten nach Luzern, die innere Geschichte des Sonderbunds-Krieges, die Haltung Oesterreichs, das zweideutige Benehmen Frankreichs und die perfide Politik Englands. Für das österreichische Memorandum in Betreff der habsburgischen Klöster lieferte Hurter das Material, mit Metternich hatte er verschiedene Conferenzen, in Paris suchte er den „Mathematiker", wie Louis Philipp zur größern Sicherheit in den Briefen genannt wird, zum Einverständniß mit Oesterreich in den Schweizerfragen zu bewegen und dadurch die Revolution, welche ihr Centrum in der Schweiz aufgeschlagen hatte und das Jahr 1848 vorbereitete, zu ersticken. Vor allem aber tritt aus diesen Briefen eine Erscheinung hervor, welche wohl einzig in dieser Größe dasteht, daß nämlich Hurter noch als Protestant und zwar als Antistes der gesammten Geistlichkeit des Cantons Schaffhausen gleichsam das Bollwerk und die natürliche Zufluchtsstätte war, wohin Bischöfe, Prälaten, Priester, Klosterfrauen, Flüchtlinge sich wandten, um von ihm Hülfe und Beistand durch Wort oder That zu erlangen. Wie er für die argauischen Klöster gegen jene radikale Regierung auftrat, ist weltbekannt; die katholische Kirche in der Schweiz hatte an ihm einen muthigen und gewandten Fürsprecher in ihren Bedrängnissen, das Bisthum von St. Gallen einen

beredten Anwalt an ihm in Rom gefunden. Durch seine Hände ging ein päpstliches Breve nach Deutschland, bei Besetzung zweier bischöflichen Stühle wurde er seiner Sach- und Personenkenntniß wegen consultirt; die schweizerischen Benediktiner suchte er schon im J. 1829 zu einer Congregation, die Bischöfe zu gemeinschaftlichen Zusammenkünften zu vereinen, damit sie viribus unitis wirksamer dem Drängen gemeinschaftlicher Feinde entgegen zu wirken vermöchten. Seinen rastlosen Bemühungen verdanken die Katholiken in Schaffhausen eine Kirche und eine Schule, die Conventualen von Muri die Ueberlassung des ehemaligen Klosters Gries bei Botzen, die Cisterzienser von Wettingen die Niederlassung in der Mehrerau bei Bregenz, das Bisthum Chur 4000 fl. jährlicher Subsidien für seine ehemaligen Güter in Veltlin. Zu gleicher Zeit gab es kaum ein größeres literarisches, protestantisches oder katholisches Unternehmen in Tübingen, Freiburg, München, Frankfurt, Jena, Zürich, Bern, Basel u. s. f., zu welchem nicht auch Hurter als Mitarbeiter eingeladen worden wäre und dem er nicht seine Beiträge zugesandt hätte. Die Histor.-polit. Blätter brachten viele Aufsätze aus seiner fleißigen Feder.

Wir können uns in keine weitern Einzelnheiten einlassen, hoffen aber, daß die im nächsten Jahre erscheinende Biographie reiche Aufschlüsse ertheilen und Anklang finden werde in allen jenen Kreisen, in welchen Hurter zu den gefeierten Namen gehörte. Dr. Weiß, Professor der Geschichte an der Universität in Graz, und Heinrich v. Hurter, Curat-Benefiziat bei St. Peter in Wien, haben sich die Aufgabe gestellt, dieses verdiente Denkmal dem Verewigten zu setzen. Sie erkennen es als eine nothwendige Pflicht, den zahlreichen Freunden und Correspondenten Hurter's die sichere Bürgschaft zu geben, daß ihre Briefe ohne Angabe der Namen, ohne Urtheile von Lebenden über Lebende, ohne indiscrete Veröffentlichung privater Angelegenheiten, nur als ebenso viele Quellen werden benützt werden. Die wichtigsten und interessantesten Briefe

dürften wohl unter den angegebenen Vorsichtsmaßregeln veröffentlicht werden, für die ganze Zahl aber würde das Werk zu umfangsreich seyn, ein Uebelstand, der durchaus zu vermeiden ist. Die Freunde des Verewigten werden daher höflichst ersucht, mit zu dem beabsichtigten Werke beizutragen und die Briefe, die sich in ihren Händen befinden, als ebensoviele Bausteine zu dem Denkmale, welches Hurter gesetzt werden soll, an die Herausgeber einzusenden, wogegen diese sich mit ihrem Ehrenworte verpflichten, sie wieder den Betreffenden zurückzustellen.

H. v. H.

LXIII.

Die Politik Oesterreichs im Jahre 1813.

II.

Die Politik, welche Oesterreich in den ersten Monaten des J. 1813 bis zur Schlacht bei Lützen befolgte, war eine höchst ehrenhafte, weil sie vor allen Dingen ehrlich war. Ohne den geringsten Schein von Zweideutigkeit entwickelt Metternich dem französischen Imperator die Grundzüge seines politischen Verhaltens. Man hat gesagt: Metternich habe Napoleon hintergehen wollen, habe ihn hingehalten, plötzlich dann die Maske abgeworfen. Nach dem, was wir oben berichtet, ist ein solcher Vorwurf mehr als abgeschmackt. Konnte

man Napoleon offener, unumwundener sagen, was dem hadernden Europa Noth thue, als Metternich in seinen verschiedenen Denkschriften gethan? „Wir wollen der Welt den Frieden geben: das ist der Beruf Oesterreichs", sagt Metternich. „Ich aber will keinen Frieden", entgegnet Napoleon, „die Waffen sollen entscheiden."

Die Waffen entschieden zu Gunsten Frankreichs. Bei Lützen erlagen (2. Mai) die verbündeten Russen und Preußen der gewandten Strategie Napoleons. Dieser glaubte schon Oesterreich eingeschüchtert zu haben. Er ließ unter dem 6. Mai an seinen Gesandten in Wien schreiben: „Die Niederlage der Feinde am 2. Mai war eine vollständige; sie fliehen aufgelöst vor uns davon. Der Kaiser hofft in wenigen Tagen Sachsen ganz zu säubern. Es ist nöthig, daß Sie eine diesen hohen kriegerischen Ereignissen angemessene Sprache am kaiserlichen Hofe (zu Wien) führen. Er (der Kaiser Napoleon) ist entschlossen, keinen Schritt Landes abzutreten, den ehedem französische Waffen erobert haben. Erinnern Sie den Staats-Kanzler an die Verpflichtungen, welche Oesterreich in früheren Verträgen gegen Frankreich übernommen hat. Der Kaiser wünscht die Freundschaft Oesterreichs, aber als eines treuen Bundesgenossen, nicht als eines befehlenden Vermittlers. Stellen Sie die Schlachttage im besten Lichte dar und das Wiener Kabinet wird sich durch Thatsachen überzeugen lassen."

Aber das Wiener Kabinet ließ sich nicht überzeugen. In demselben zuversichtlichen Tone wie vordem beharrte Metternich bei seiner Politik des Friedens. Die Siegesbotschaft der Franzosen bei Lützen machte auf ihn wenig oder keinen Eindruck. Unter dem 11. Mai 1813 schrieb Kaiser Franz an seinen Schwiegersohn: er habe bereits unter dem 25. April davon Kunde gethan, daß er nächstens einen entscheidenden Schritt bei den Mächten thun würde, um sie zu endlichen Erklärungen über einen allgemeinen Vergleich zu führen. Der jetzige Augenblick, wo eine erste Schlacht viele Leidenschaften abgekühlt habe, sei dazu günstig. Deßhalb habe er (Kaiser

Franz) den Grafen Stadion in das russisch-preußische Hauptquartier geschickt. „Ich habe das russische und preußische Kabinet um Mittheilung ihrer Ansprüche ersucht; ich werde sie ungesäumt zur Kenntniß Ew. Kaiserlichen Majestät bringen. Der Graf Bubna ist beauftragt, Ihnen einige Punkte vorzulegen, die ich für die Grundlagen eines Vergleiches am ersten für geeignet halte, und über welche ich mich besonders mit Ew. Majestät verständigen möchte. Wenn Ew. Majestät meine Ideen mit Unparteilichkeit, die jede dauernde Uebereinkunft bieten muß, erwägen wollen, so müssen Sie die Ueberzeugung erhalten, daß der Vermittler der Freund Ew. Majestät ist und daß, ohne von einem zu hohen Standpunkte auszugehen, er zur Aufrechthaltung einer Sache bereit ist, die ebenso sehr eine französische genannt werden kann, als sie durch Darbietung allgemeiner Ruhepunkte das Recht hat eine allgemeine zu werden."

Graf Bubna, der Ueberbringer dieses Briefes, war beauftragt ausführliche mündliche Mittheilungen über die Absichten des Wiener Kabinets zu machen. In der ersten Audienz, welche Bubna bei Napoleon hatte, fuhr dieser heraus: „Aber wie kann es Oesterreich nur auf sich nehmen, mir eine Bundesgenossenschaft zu kündigen, die es durch Verträge eingegangen?" Bubna erwiderte: „Oesterreich habe sich zur russischen Campagne verpflichtet und hier auch Alles redlich erfüllt. Seitdem seien die Verhältnisse andere, weiter tragende geworden und der Beruf Oesterreichs weise ihm eine höhere Politik an. Es werde die strengste Neutralität aufrecht erhalten, um Europa desto sicherer den Frieden zu geben. In diesem Sinne werde Oesterreich einzig wirken. Das Beste sei, einen allgemeinen Congreß in einer österreichischen Stadt z. B. Prag zusammenzubringen, die Friedensverhandlungen aufzunehmen." Auf diesen Vorschlag Bubna's äußerte sich Napoleon vorerst nicht in bestimmter Weise. Im weiteren Verlaufe brachte nun Bubna die Bedingungen vor, unter welchen ein allgemeiner Friede

möglich sei. „Das Kriegsglück", sagte Bubna, „hat im letzten Feldzuge unglücklich gegen Frankreich entschieden: wer wollte jedoch behaupten, daß deßhalb Frankreich machtlos sei." Erst dieser Tage habe der Sieg bei Lützen die Tapferkeit des französischen Heeres von Neuem bewiesen. Um aber sämmtliche Mächte zu einem dauernden Frieden zu gewinnen, sei es nöthig, daß der Kaiser (von Frankreich) einige Concessionen mache. Oesterreich bestehe auf der Zurückgabe Illyriens und des Theiles von Galizien, der an das Großherzogthum Warschau gefallen; Preußen verlange Danzig und seine polnischen Provinzen, sowie die Räumung der sämmtlichen von französischen Truppen besetzten preußischen Festungen; die Hansestädte erhalten ihre Selbstständigkeit. Wenn Napoleon sich hierzu verstehe, werde Oesterreich für das Zustandekommen des Friedens einstehen!" Napoleon war nicht gewohnt, sich die kleinste Bedingung stellen zu lassen. Er würdigte deßhalb die Vorschläge Bubna's kaum einer Antwort. Mit einem Blicke, der Alles in sich schloß, sah er den österreichischen Gesandten an und sagte: „Bedingungen? Nein!" Damit drehte er Bubna den Rücken und blätterte in seinem Portefeuille. Nach einer Pause, indem er ein Blatt hervorzog, brachte er das Gespräch auf die österreichischen Rüstungen. „Diese nehmen", sagte Napoleon, „einen Umfang an, der mit jedem Tage bedrohlicher wird. Noch weiß ich nicht, gegen wen dieselben gerichtet sind. Sie können es ebenso gegen mich wie gegen meine Feinde seyn." „Indessen wird", fuhr er fort, „kein Ereigniß mich unerwartet treffen. Sie können sich aus diesen Listen überzeugen, daß ich schon jetzt über 1,250,000 Mann verfüge. Leistet Oesterreich nicht, was ich nach dem Vertrage von 1812 von demselben zu fordern berechtigt bin, so werde ich noch 200,000 Mann Fußvolk ausheben lassen." Noch immer hoffte Napoleon durch Drohungen Oesterreich auf seine Seite zu ziehen.

In einer zweiten Audienz, welche Bubna bei dem französischen Kaiser hatte, suchte Jener von Neuem einem allge-

meinen Congreß das Wort zu reden. Wiederum wich Napoleon mit einer bestimmten Antwort aus. „Sollte“, warf er leicht hin, „ein solches Arrangement zu Stande kommen, so würden bloß solche Mächte daran Theil nehmen können, welche die kriegführenden sind.“ Bubna welcher wohl fühlte, daß dieser Ausfall Oesterreich gelte, schwieg. Napoleon hatte eine Erwiderung erwartet und fuhr einlenkend fort: „Aber Oesterreich ist noch aus der russischen Campagne mit Frankreich alliirt und dieser Vertrag besteht heute in voller Kraft.“ Dagegen verwahrte sich Bubna, seinen Instruktionen gemäß, auf das feierlichste. „Er habe“, sagte er, „schon vor Wochen Sr. Majestät zu eröffnen gehabt, daß Oesterreich sich durch jenen Vertrag nicht mehr gebunden fühle. Das Wiener Kabinet sei jetzt vollends der Ansicht, daß jener Vertrag nicht mehr existire, es sei zu einer strengen Neutralität entschlossen, um einen allgemeinen Weltfrieden anzubahnen. Ein einseitiges Vorgehen Oesterreichs zu Gunsten der einen oder andern Partei sei deßhalb vorerst nicht zu erwarten. Komme jedoch trotz aller Bemühungen eine friedliche Vereinbarung nicht zu Stande, so behalte sich Oesterreich seine weiteren Entschließungen vor. Wenn es zu den Waffen greife, werde Solches nur geschehen im Interesse des allersehnten Friedens.“ Hierauf erwiderte Napoleon: „Der Friede, wie ihn Oesterreich vorschlage, schließe für Frankreich erniedrigende Bedingungen in sich. Von Abtretungen könne keine Rede seyn. Er werde lieber mit den Waffen in der Hand sterben, als eine Quadratmeile französischen Bodens abtreten. Verstehen Sie mich, Bubna?“ Bubna suchte auszuführen, daß die Abtretungen, welche von Seiten der Verbündeten gewünscht würden, kaum der Rede werth seien. „Die Macht und der Einfluß Frankreichs werden ungeschwächt fortdauern“, sagte er. „Es handelt sich hier nicht um Macht und Einfluß“, warf der Imperator ein, „sondern um die Ehre. Diese verbietet mir, die gewünschten Concessionen zu machen.“ Als Bubna entgegnete: daß die verbündeten Herrscher von Rußland und Preußen dann den Krieg

fortsetzen würden, sagte der Kaiser mit wegwerfender Kürze: Eh bien! „Aber", fügte Bubna hinzu, „in diesem Falle wird Oesterreich nicht mehr eine zuwartende Stellung einnehmen dürfen, es wird sich zu einer bestimmten Partei entscheiden müssen, um den Frieden erringen zu helfen." „Das Schicksal mag sich erfüllen", rief Napoleon und beendete die Unterhaltung.

Läßt sich offener und wahrer sprechen, als hier Bubna im Auftrage Oesterreichs (Mai 1813) gethan? Man hat seither immer behauptet, Metternich habe Napoleon in der ersten Hälfte des Jahres 1813 über die Absichten der österreichischen Politik im Unklaren gelassen. Die Franzosen haben diese Behauptung zuerst aufs Tapet gebracht, um die furchtbare Katastrophe Napoleons auf den Schlachtfeldern von Leipzig zum Martyrerthum umzustempeln. Die Feinde Oesterreichs, deren wir leider in Deutschland in der Presse und bei den Gelehrten genug haben, machten es sich zur Pflicht, jene Lüge immer breiter zu treten, so daß zuletzt die Politik Oesterreichs im Jahre 1813 nur als ein Gewebe der verschmitztesten Arglist und der raffinirtesten Heuchelei erschien. Diese Politik ist hingegen offen und wahr, fern von jeder unreinen Absicht; diese Politik ist eine nationale, ächt vaterländische gewesen. Das Hauptbestreben Metternichs war ein allgemeiner Friede. Diesen zu Stande zu bringen, war der Kanzler mit Aufbietung der gesammten österreichischen Wehrkraft entschlossen. Das hat er Napoleon in Paris und zu Dresden zu dutzenden Malen sagen lassen. Dabei hat er dem französischen Imperator nichts weniger als geschmeichelt. Sein Auftreten ist durchweg selbstbewußt und entschieden. Wir lesen auch nirgends, daß der Staatskanzler Napoleon die geringsten Aussichten eröffnet, daß Oesterreich seine Waffen mit denen Frankreichs verbinden wolle, um diesen das Verlorene wieder einbringen zu helfen. Das lag nicht in der Absicht Metternichs. Im Gegentheil. Er ließ dem Kaiser in Dresden durch Bubna eröffnen, daß Frankreich sich zu

einigen Abtretungen entschließen müsse; dann werde Oesterreich für das Zustandekommen des Friedens einstehen. Dessen weigerte sich Napoleon: er bestand hartnäckig darauf, keine Quadratmeile abzutreten. Daran scheiterten alle Bemühungen.

Die Idee Oesterreichs einen Congreß zu berufen, um einen allgemeinen Frieden anzubahnen, war nur anscheinend im Sinne Napoleons. Er vertraute seinem Waffenglücke und der Gewandtheit seiner Diplomaten. Zunächst versuchte er, seine Feinde zu entzweien. Er schickte Caulincourt, Herzog von Vicenza, den 18. Mai mit einer vertraulichen Mission an den Kaiser Alexander. Als der Herzog bei den Kosaken-Vorposten erschien und sein Gesuch vorbrachte, verweigerte ihm der Kaiser den Zutritt. „Er könne", sagte Alexander, „sich in Nichts ohne seine Bundesgenossen einlassen. Auf den Vorschlag Oesterreichs, den allgemeinen Frieden zu vermitteln, sei er mit Freuden eingegangen; wenn der französische Botschafter Propositionen in gleichem Sinne zu machen habe, so möge er dieselben dem Wiener Hofe übermitteln. Nur durch die Vermittlung Oesterreichs würden die Verbündeten in Unterhandlung treten." So war die Absicht Napoleons, mit Rußland in besondere Besprechungen zu treten, an der Aufrichtigkeit Alexanders gescheitert.

Wie sehr es damals Oesterreich um den Abschluß eines allgemeinen Friedens zu thun gewesen, beweist sein ausgedehnter Depeschenwechsel mit Napoleon und dem Hauptquartier der Verbündeten. Wirklich gelang es, beide Parteien vorerst zum Abschlusse eines Waffenstillstandes zu vermögen. Die erste Idee hiezu war von Napoleon ausgegangen. Er hoffte inzwischen seine Streitkräfte zu verstärken und die Eintracht unter den Verbündeten durch die Künste einer geriebenen Diplomatie zu zerstören. Bereits den 29. Mai traten Bevollmächtigte in Pleßwitz zusammen. Sie einigten sich nicht: die Verbündeten verlangten die Räumung Schlesiens durch die Franzosen, worauf Napoleon nicht einging. Bei einer zweiten Besprechung kamen sie über eine Waffenruhe

von drei Tagen überein. Den 4. Juni wurde der Waffenstillstand zu Poischwitz abgeschlossen. Art. 1: die Feindseligkeiten hören auf. Art. 2: die Waffenruhe dauert bis zum 20. Juli inclus. und noch sechs Tage darüber. Art. 3: die Feindseligkeiten können demzufolge nur sechs Tage nach Aufkündigung der Waffenruhe anfangen. Art. 4: (bestimmt die Demarcationslinie der Kriegführenden). Art. 5: die Festungen Danzig, Modlin, Zamosk, Stettin und Küstrin sollen alle fünf Tage durch die Blokadetruppen, der Stärke der Garnison angemessen, verproviantirt werden.

Nun hatte die Diplomatie die schönste Gelegenheit, ihre Wirksamkeit von Neuem zu beginnen. Die Waffen ruhten, wenn auch die kriegerischen Vorbereitungen inzwischen verdoppelt wurden. Am 11. Juni erschien der österreichische Gesandte Graf Bubna von Neuem in Dresden und eröffnete dem Herzoge von Bassano: „Der Kaiser von Oesterreich freue sich, daß Napoleon solche friedliche Gesinnungen bekunde. Da die Höfe von Rußland und Preußen die Vermittlung Oesterreichs angenommen hätten, möge Napoleon sich über die Grundlagen aussprechen, welche den Frieden herbeizuführen geeignet seien. Der Kaiser von Oesterreich lege jedoch einen sehr hohen Werth darauf, ein so heilsames Werk so schnell als möglich in Gang zu bringen, und ersuche um eine schleunige Antwort.“ Bubna war nächstdem beauftragt, mündlich dem Herzoge von Bassano mit Nachdruck zu bemerken, daß jede Verzögerung hinsichtlich des Friedenswerkes schädlich wirken könne, weßhalb die Antwort zu beschleunigen sei. Aber Napoleon war nicht geneigt, so rasch für das Zustandekommen eines Friedens zu wirken. Seine Absicht war: den Frieden zu verhindern; und aus diesem Gesichtspunkte müssen wir die nachfolgenden Verhandlungen und Besprechungen betrachten.

Unter dem 15. Juni richtete der Herzog von Bassano an Bubna ein Schreiben, das so nichtssagend als möglich war. Ehe Frankreich, hieß es darin, die Vermittlung Oester-

reichs annehmen könne, müsse sich das österreichische Kabinet erst erklären: 1) ob es den Vertrag vom 14. März 1812 (betr. Oesterreichs Mitwirkung bei der russischen Campagne) noch für bindend erkenne; 2) ob Oesterreich die geheimen Artikel jenes Vertrages, wonach sich beide Mächte den ungeschmälerten Besitz ihrer Territorien verbürgten, als noch bestehend ansehe. Daraufhin erklärte Bubna: „er habe keine Vollmacht, irgend welche Verpflichtungen einzugehen, welche aus jenem Vertrage resultirten; Oesterreich sehe jenen Vertrag vielmehr als den jetzigen Zeitverhältnissen nicht mehr entsprechend an.“ Es nimmt Wunder, daß Napoleon noch ein Wort über jenen Abschluß vom 14. März 1812 verlieren konnte, nachdem ihm Metternich bereits vor Monaten geschrieben, daß jener Vertrag thatsächlich aufgehoben sei. Aber — Napoleon wollte Alles, nur keinen Frieden.

Metternich hielt es für das Gerathenste, um rascher zum Ziele zu kommen, daß er persönlich mit Napoleon conferire. Er machte sich deßhalb auf nach Dresden. Unterwegs hatte er eine Zusammenkunft mit dem Kaiser Alexander und dem preußischen Staatskanzler Hardenberg zu Ratiborzig. Gewisses über diese Besprechung ist nicht veröffentlicht worden. Nur soviel ist anzunehmen, daß Metternich versprach, aus seiner Neutralität herauszutreten und die Waffen gegen Napoleon zu kehren, wenn dieser sich weigere, auf dem bevorstehenden Congresse die von den Verbündeten vereinbarten Bedingungen anzunehmen. Eine zweite Zusammenkunft fand am 20. Juni in Josephstadt statt, welcher der Kaiser Franz von Oesterreich, Kaiser Alexander von Rußland und der König Friedrich Wilhelm von Preußen beiwohnten. Hier wurden die Bedingungen näher erörtert, welche in Prag an Napoleon zu stellen seien. Darunter gehörten:

1) Die Auflösung des Großherzogthums Warschau.
2) Die Räumung der preußischen Festungen.
3) Wiederherstellung der Hansestädte.
4) Zurückgabe der Illyrischen Provinzen.

Wenn Napoleon auf diese Propositionen nicht eingehe, verpflichtete sich Oesterreich, jenem den Krieg zu erklären.

Auch über diese Zusammenkunft wurde Stillschweigen gelobt. Setzte sie aber darum etwas Neues fest? Nein. Wir haben gesehen, daß Bubna bereits in Dresden an Napoleon die gleichen Bedingungen stellte. Den 27. Juni traf Metternich in Dresden ein, am folgenden Tage erhielt er Audienz bei dem Kaiser. Ueber diese Audienz ist gar viel geschrieben worden. Doch sind fast alle Auslassungen unächt. Nur das Eine steht fest: Metternich benahm sich Napoleon gegenüber mit einem Freimuth und einer Offenheit, die der französische Imperator nicht erwartet hatte. Der österreichische Kanzler legte ohne Zaudern die Bedingungen vor, unter welchen der allgemeine Friede zu Stande gebracht werden könnte. Wenn der französische Imperator über solche Anforderungen erbost seinen Hut zur Erde warf und Metternich ihn ruhig liegen ließ, so war damit die Haltung Oesterreichs gekennzeichnet. Oesterreich hörte auf, Anderen den gefälligen Diener zu machen, es stand auf eigenen Füßen.

Am 30. Juni wurde zwischen Metternich und dem Herzoge von Bassano nachstehende Convention abgeschlossen. Art. 1. Der Kaiser von Oesterreich wird den allgemeinen oder Continentalfrieden vermitteln. Art. 2. Der Kaiser der Franzosen nimmt diese Vermittlung an. Art. 3. Die Abgeordneten Frankreichs, Rußlands und Preußens werden vor dem 5. Juli in Prag zusammenkommen. Art. 4. Da die Frist bis zum 20. Juli, wie es die Convention zu Poischwitz vom 4. Juni bestimmt, zu kurz erscheint, wird der Waffenstillstand bis zum 10. resp. 16. August verlängert. Der Kaiser von Oesterreich übernimmt es, die Genehmigung Rußlands und Preußens zu dieser Verlängerung zu erwirken.

Bei Napoleon war Alles eitel Spiel. Wenigstens beweisen seine Briefe und Reden aus jenen Tagen, daß er auf die Friedensbesprechungen nichts hielt. So äußerte er sich in einer vertraulichen Besprechung gegen den Herzog von

Vicenza: „Ich habe eine Convention mit Metternich abgeschlossen, die einen Congreß zum Abschlusse des Friedens nach Prag bestimmt. Ich glaube indeß nicht, daß wir hier zum Abschlusse kommen werden. Meine Feinde benehmen sich mit einem Stolze, der nach den Schlachttagen von Lützen und Bautzen ungerechtfertigt erscheint. Sie werden mir auf diesem Congresse Bedingungen vorlegen, die ich nicht annehmen kann. So wird das Ganze in Nichts zerfließen. Für mich kann die Verlängerung des Waffenstillstandes nur angenehm seyn. Ich gewinne Zeit, meine Armeecorps zu complettiren. Täglich rücken Ersatzmannschaften aus Frankreich und von dem Rheinbunde bei mir ein, meine Reiterei zählt bereits 21,000 Pferde, 15,000 sind unterwegs und können in vierzehn Tagen zu uns stoßen. Alsdann stehe ich an der Spitze von 360,000 Mann, die Festungsbesatzungen nicht gerechnet. Es wäre schimpflich, wollte ich in einen Frieden willigen, der von Frankreich Abtretungen verlangt. Daß ich auf Oesterreich nicht rechnen kann, weiß ich. Indessen wird es sich noch besinnen, mir den Krieg zu erklären. Suchen Sie sich genaue Aufklärungen zu verschaffen über die Streitkräfte, welche Oesterreich in Böhmen zusammenzieht. Die amtlichen Listen sprechen von 136,000 Mann. Doch melden mir meine Kundschafter, daß ihre Zahl nicht 90,000 beträgt, welche zudem in schlechtem Zustande sich befinden. Preußen wird Alles in Allem 120,000 Mann in's Feld stellen und die russischen Streitkräfte schlage ich nicht höher als auf 150,000 Köpfe an. Rechnen wir Schweden und England hinzu, die im Anzuge sind, so wird die Coalition nicht über 380,000 Mann in's Feld bringen. Diese ermangeln jedoch der einheitlichen Führung, denn bei meinen Feinden will Jeder, der Epauletten trägt, commandiren. Der Sieg kann uns nicht fehlen: und ich müßte es bereuen, in einem der trefflichsten Momente den Frieden unter ungünstigen Bedingungen zu schließen." In demselben Sinne schreibt Napoleon (30. Juni) an Marschall Davoust nach Hamburg. „Wir werden den Waffenstillstand bis zum 16. Aug.

verlängern. Wenn ich mich dazu entschließe, so geschieht es vorzüglich um Hamburgs willen, weil wir dadurch beinahe einen Monat Zeit gewinnen, so daß die Bewaffnung und Befestigung beendigt und Hamburg in bessern Stand gesetzt werden könnte... Halten Sie diese Nachricht geheim und handeln Sie immer so, als wenn die Feindseligkeiten am 20. Juli wieder beginnen sollten."

So dachte Napoleon über den Frieden. Ganz danach richtete sich das Benehmen der französischen Bevollmächtigten auf dem Congresse zu Prag. Zunächst ließen sie mit ihrem Erscheinen gar lange auf sich warten. Den 12. Juli kamen Metternich, Anstett (der russische Bevollmächtigte) und Humboldt (der Preußens) in Prag an. Von den Franzosen war noch nichts zu sehen. Tage, Wochen verstrichen und noch hatte der Congreß keinen Anfang genommen. Trefflich schildert Humboldt, der preußische Gesandte, in einem Briefe aus Prag vom 21. Juli die Verhältnisse: „Ich darf vermuthen und sehe es aus den Zeitungen, daß man von einem Gesandten-Congreß in Prag redet. Allerdings verschwendet man an uns diesen Titel und die dazu gehörigen Ehren; allein wenn Sie hier wären, würden Sie nichts als zwei elende Kutschwagen, die des Herrn Anstett und die meinige, sehr langsam durch die Stadt fahren sehen. Der Graf Metternich scherzt oft mit mir über den Widerspruch des Anscheines mit der Wirklichkeit. Vielleicht haben Sie gehört, daß der 12. Juli der für das Rendezvous der Unterhändler festgesetzte Tag war. Wir waren pünktlich hier, allein wir erwarten noch immer die des Kaisers Napoleon. Endlich wissen wir, daß der Herzog von Vicenza und der Graf von Narbonne zu Bevollmächtigten ernannt sind, allein der erste ist noch nicht angekommen und der andere, obwohl anwesend, hat weder Vollmacht noch Instruktion. Sie werden gestehen, daß dieß kaum das Verlangen nach Friedensschluß verräth. Wir von der anderen Seite würden gewiß nicht abgeneigt seyn dahin zu gelangen, allein ein Abkommen, welches uns nicht Gewähr für seine Dauer zusichert, würde

doppelt unglücklich seyn und alle unsere Leiden vergrößern; und daß wir zu einem wirklich guten Abschlusse gelangen sollten, dieß halte ich, seitdem ich hier bin, für bei weitem schwieriger, als ich es vorher that.“ In demselben Briefe schreibt der preußische Bevollmächtigte: „Das Einzige, womit ich mir schmeichle, ist, daß wir nichts verderben werden, im Gegentheil, daß, wenn die Feindseligkeiten, wie es nur allzu wahrscheinlich ist, wieder beginnen sollten, die verbündeten Höfe sich durch eine ansehnliche Hülfe (d. h. Oesterreichs) verstärken werden.“

Metternich, dem es ernstlich darum zu thun war, so rasch als möglich in's Reine zu kommen, war nicht wenig aufgebracht über das Benehmen Napoleons. Er schrieb unter dem 22. Juli (zehn Tage nach der Ankunft der übrigen Bevollmächtigten) an den Herzog von Bassano nach Dresden einen Brief, den wir wegen seiner Entschiedenheit hier im Wesentlichen mittheilen.

„Ich habe“, schreibt der Staatskanzler, „dem Kaiser Bericht über die neue Zögerung erstattet, welche die Ankunft des Herrn Herzog von Vicenza erleidet. Se. Kais. Majestät hat mir befohlen, direkt an Ew. Excellenz zu schreiben und Sie zu ersuchen, den schmerzlichen Eindruck, den diese Zögerung auf den Kaiser hervorgebracht hat, zur Kenntniß Sr. Majestät des Kaisers der Franzosen zu bringen.“

„Indem der Kaiser den kriegführenden Mächten Seine Vermittlung anbot, war er hierzu nicht von dem Verlangen nach dem Frieden allein bewogen worden; er wurde dazu in gleichem Grade durch das Bedürfniß bestimmt, Lasten welche oft mehr als der Krieg selbst während jenes Zwischenzustandes, der weder Krieg noch Frieden ist, die Völker drücken, sobald als möglich aufhören zu lassen.“

„Se. Kais. Majestät hat die Verlängerung des Waffenstillstandes von Poischwitz nicht verlangt. Der Kaiser hat indessen keinen Anstand genommen, seine guten Dienste zu verwenden, um von den verbündeten Mächten zu erhalten, daß sie noch eine Frist von 20 Tagen der vermutheten Dauer der Unterhandlungen hin-

zufügten, welche in Anbetracht der Entfernungen der bezüglichen Hauptquartiere und der nothwendigen Besprechungen, um jene Mächte zur Verlängerung des Waffenstillstandes zu bewegen, nicht wohl vor dem 12. Juli eröffnet werden konnten."

„Wie ließ sich voraussehen, daß die am 12. Juli, als an dem von allen Seiten zur Ankunft festgesetzten Tage, zu Prag vereinigten Bevollmächtigten der vermittelnden Macht und der verbündeten Mächte, daselbst noch am 22. dieses Monats seyn würden, nicht nur ohne daß der Bevollmächtigte Frankreichs sich daselbst einfand, sondern sogar in der vollkommensten Ungewißheit über die Zeit seines Eintreffens?" „Es sind zehn kostbare Tage für die Unterhandlungen zu Prag verloren gegangen; sie können weder der vermittelnden Macht, welche die gegen Frankreich übernommenen Verpflichtungen in der größten Ausdehnung erfüllt hat, noch auch den Verbündeten, welche die Verlängerung des Waffenstillstandes in den diplomatischen Formen angenommen haben und deren Unterhändler hier am festgesetzten Tage eingetroffen sind, zugeschrieben werden. — Es bleibt mir nur noch übrig, Ew. Excellenz zu bitten, mir so schnell als möglich mitzutheilen, wann die französischen Bevollmächtigten hier seyn würden, da Se. Kais. Majestät dringend wünscht, nicht zu sehen, daß neue Zwischenfälle zum Beweggrunde eines unersetzlichen Zeitverlustes dienen."

Auf dieses derbe Schreiben Metternich's konnte Napoleon nicht anders als seinen Bevollmächtigten zum Aufbruch befehligen. Doch geschah dieß mit so wenig Ernst, daß der Herzog von Vicenza erst den 28. Juli in Prag eintraf. So waren volle 16 Tage nutzlos verstrichen. Diese Zeit hätte genügt, das ganze Friedenswerk zu stiften. Auch nach der Ankunft des französischen Bevollmächtigten zeigte es sich, daß Napoleon an einen friedlichen Abschluß gar nicht dachte. Die einzige Instruktion, welche er dem Herzoge von Vicenza nach Prag mitgegeben, lautete: den Frieden zu hintertreiben. „Sollte Oesterreich im Laufe der Besprechungen Miene machen, auf die Seite der Verbündeten zu treten, so habe der Herzog (von Vicenza) Alles aufzubieten, um den Congreß in die Länge zu ziehen. Selbst wenn der Waffenstillstand gekündigt

werde, müsse der Herzog suchen, die Unterhandlungen fortzuführen. Auf diese Weise sei es am leichtesten, Oesterreich das die Vermittlerrolle übernommen, an einem aktiven Vorgehen gegen Frankreich zu hindern und seine Neutralität durchzusetzen." Dieß waren die Instruktionen, welche der Herzog von Vicenza mit sich nach Prag nahm. Hier aber konnte er sich gleich am ersten Tage überzeugen, daß Metternich nicht gesonnen sei, auf halbem Wege stehen zu bleiben. In der ersten Zusammenkunft, welche der Herzog von Vicenza mit dem österreichischen Staatskanzler hatte, äußerte dieser ganz offen: „Es sei Aller Wunsch, daß der Friede baldigst zu Stande komme. Zu diesem Zwecke habe Oesterreich die Rolle eines Vermittlers übernommen. Es wäre um so mehr zu bedauern, wenn der Congreß ohne dauernde Folgen bliebe, als dann Oesterreich sich gezwungen sehe, aus seiner Neutralität herauszutreten. Es müßte am Kriege sich betheiligen und er (Metternich) müsse offen gestehen, daß die Parole gegen Frankreich laute. Bis jetzt habe das Wiener Kabinet sich die Hände nach keiner Richtung hin gebunden und werde in dieser Rolle bis zum Ablaufe des Waffenstillstandes verharren." Mit diesen Worten empfing Metternich den französischen Bevollmächtigten in Prag: es ist das wiederum einer der vielen Beweise, die wir bereits erwähnt, die ehrliche Politik Oesterreichs im J. 1813 zu kennzeichnen. Auch sah der Herzog von Vicenza die Dinge in Prag gleich mit dem richtigen Auge an. Schon unter dem 29. Juli meldet er an den Kaiser nach Dresden: „Die Angelegenheiten sind hier ihrer Reife näher, als man in Dresden glaubt. Das Resultat dessen, was mir Metternich mitgetheilt hat, ist, daß Oesterreich Alles für den Frieden thun werde, aber auch zum Kriege gerüstet, ja für ihn entschieden sei, wenn der Friede nicht zu Stande komme. Nach seiner Meinung befindet sich Oesterreich in einer Stellung, die ihm nicht erlaubt neutral zu bleiben. Er spricht von der Festigkeit, mit der Oesterreich den überspannten Forderungen der Alliirten

entgegen treten werde, aber er verhehlt nicht, daß es Frankreich sei, gegen welches Oesterreich sich gerüstet habe. Metternich hat mir mehrmals wiederholt, was er dem Herzoge von Bassano und dem Grafen von Narbonne schon gesagt haben will und was er für seine Pflicht hält Ew. Majestät zu wiederholen, daß, wenn am 10. August die Friedensbasis nicht unterzeichnet wäre, die Aufkündigung des Waffenstillstandes nothwendiger Weise von einer Kriegs-Erklärung Oesterreichs begleitet seyn würde; daß bis zum 10. August Oesterreich keine Verpflichtung gegen die Verbündeten eingehen werde, aber über zwei Punkte uns nicht länger in Zweifel lassen könnte: daß es nicht neutral bleiben und daß es den Krieg erklären werde, wenn der Friede nicht zu Stande käme."

Obwohl Napoleon diese Nachricht überraschte, indem er Oesterreich nie einen großartigen Entschluß zum offensiven Vorgehen zugetraut, erneuerte er doch an den Herzog von Vicenza die alten Instruktionen. Danach benahm sich der Herzog. Sofort nach seiner Ankunft hatte ihm Metternich (29. Juli) eine Note zustellen lassen. „Bis zum Ablaufen des Waffenstillstandes", hieß es darin, „seien nur noch zehn Tage, eine verhältnißmäßig kurze Zeit, wolle man zum Abschlusse gelangen. Er setze voraus, daß alle Mächte von dem gleichen Wunsch, einen raschen Frieden zu vereinbaren, beseelt seien. Um nun Alles zu vermeiden, was verzögernd einwirken könne, sei es wohl am gerathensten, die schriftliche Form bei den Verhandlungen einzuführen. Also habe man auf dem Congresse zu Teschen (1779) verfahren und sei auch hier rasch zum Ziele gelangt. Würde man die mündliche Form wählen, so stehe zu fürchten, daß der Waffenstillstand ablaufe, ohne daß das Friedenswerk vollendet sei." Hierauf erwiderte der Herzog von Vicenza: „Die vorgeschlagene schriftliche Form sei etwas Neues, in der französischen Diplomatie Ungewohntes. Er (der Herzog) könne darauf nicht eingehen, ohne nähere Instruktionen von dem Kaiser eingeholt zu haben.

Bereits habe er an diesen um Verhaltungsbefehle geschrieben: doch bedaure er aufrichtig, daß diese erst in den nächsten Tagen eintreffen könnten, weil der Kaiser nach Mainz abgereist sei." Sofort antwortete (31. Juli) Metternich: „Auf diese Weise würde freilich das Friedenswerk nicht so rasch zu Ende geführt werden. Bereits hätten die Bevollmächtigten Rußlands und Preußens die schriftliche Form bei den Verhandlungen angenommen. Der Herr Herzog möge zur Auswechslung der Vollmachten sich einfinden und doch dazu beitragen, daß der Congreß nicht nutzlos zusammentrete." Aber darum war es gerade dem Herzoge von Vicenza zu thun. Der Congreß sollte resultatlos verlaufen. Es waren nur noch zehn Tage bis zum Ablauf des Waffenstillstandes. Von diesen zehn Tagen verflossen wiederum sechs, ohne daß sich die französischen Bevollmächtigten auch nur rührten. Als ein wahrer Hohn erschien es obendrein, als am 6. August folgende französische Note bei Metternich eintraf. „Die Convention vom 30. Juni, durch welche Frankreich die Vermittlung Oesterreichs annahm, ist unterzeichnet worden, nachdem man über folgende zwei Punkte übereingekommen war: 1) daß der Vermittler unparteiisch seyn werde; daß er mit keiner der kriegführenden Mächte eine, wenn auch nur eventuelle, Convention abgeschlossen habe, noch auch während der ganzen Dauer der Unterhandlungen schließen werde; 2) daß der Vermittler nicht als Schiedsrichter auftrete, sondern als Versöhner, um die Zwistigkeiten auszugleichen und die Parteien einander näher zu bringen. Die Form der Unterhandlungen war zu gleicher Zeit Gegenstand einer Erörterung zwischen dem Herrn Grafen Metternich und dem Herrn Herzoge von Bassano gewesen. Man hatte es für zuträglich gehalten, sich in dieser Beziehung zum Voraus zu verständigen, weil Rußland seit der Unterhandlung des Waffenstillstandes vom 4. Juni seine Absichten an den Tag gelegt und zu erkennen gegeben hatte, es wolle Unterhandlungen eröffnen, nicht zum Zweck des Friedens, sondern in der Absicht, Oesterreich zu compro-

mittiren und die Drangsale des Krieges auszudehnen. Man blieb bei der Form der Conferenzen stehen." Welche Beleidigung liegt nicht in diesen Worten gegen Rußland und Oesterreich! Die Napoleonische Diplomatie ist reich an Grobheiten und Impertinenzen, aber solche Worte auf einem Friedens-Congresse sind doch unerhört. Das Ganze steigert sich zur Frechheit, indem es schließlich heißt: „Die von dem Bevollmächtigten des Vermittlers aufgeworfene Frage, indem er in seiner Note vom 29. Juli die Unterzeichneten einladet, sich über die bei den Unterhandlungen zu beobachtende Form auszusprechen, es möchte nun die der Conferenzen oder der schriftlichen Verhandlungen seyn, ist zum Voraus durch die Erklärungen, welche die Convention vom 30. Juni begleitet haben, gelöst worden."

Metternich zögerte nicht, diese Note zur Kenntniß der Bevollmächtigten Rußlands und Preußens zu bringen. Diese empfingen mit Unwille und Entrüstung die „französischen Flegeleien". Sie waren entschlossen, Gleiches mit Gleichem zu vergelten. In der That sind die Antworten der beiden Bevollmächtigten so schlagend und kräftig, daß man erstaunt ist, woher den feinen und gewandten Zöglingen eines Hardenberg und Nesselrode plötzlich solche unumwundene Sprache kömmt. In der Note des russischen Bevollmächtigten (7. August) heißt es u. A.: „Es gibt in Geschäften und in den Verhandlungen höherer Interessen eine Würde, von der man sich nicht entfernen darf, wie groß auch die Herausforderung dazu seyn möchte. Rußland weiß, was es sich selbst schuldet und der Unterzeichnete wird daher weder die falschen Behauptungen noch die Formen der französischen Schrift rügen, von der jeder Satz entweder eine Anschuldigung gegen die vermittelnde Macht oder eine Beleidigung gegen Rußland, ein Widerspruch oder eine Ausflucht ist." Nachdem er ausgeführt, daß nicht die Verbündeten sondern Napoleon den Waffenstillstand nachgesucht habe, schließt er: „Um durch eine einzige Bemerkung das eitle und sophistische Wortwerk der

französischen Note zu zerstören, fragt der Unterzeichnete: welches die Partei ist, die den Frieden will und welches diejenige, die ihn nicht will? Seit dem 12. Juli befindet sich der Unterzeichnete in Prag und hat sich über seine Vollmachten doppelt ausgewiesen, und erst am 6. August, das ist vier Tage vor dem Schlußtermine, eröffnen die französischen Bevollmächtigten thätige Unterhandlungen und zwar nur, um Formen die mit sich selbst im Widerspruche stehen, zu bedingen, damit durch die Thatsache das große Ziel, welches sie nach Prag geführt zu haben schien, bei Seite geschoben werde."

Noch draftischer als die russische ist die Note des preußischen Bevollmächtigten Humboldt. „Als Ihre Majestäten", sagt er, „der König von Preußen und der Kaiser von Rußland sich beeilten, die Vermittelung des Wiener Hofes anzunehmen, und dadurch sowohl ihren Wunsch, den Drangsalen des Krieges ein Ziel zu setzen, als ihre hochachtungsvolle Rücksichtnahme auf Se. k. k. Majestät von Oesterreich bewiesen, mußten sie voraussetzen, daß ihr Gegner diese Vermittlung in gleichem Grade achten werde und daß sie dagegen geschützt seyn würden, zu sehen, daß man ihren Absichten eine ebenso falsche, als beleidigende Deutung gab. Die Note, welche dem Unterzeichneten soeben mitgetheilt worden ist, beweist, daß diese Erwartung eine Täuschung gewesen ist; die Schrift der französischen Bevollmächtigten ermangelt aller Rücksichten, welche dem vermittelnden Hofe gebühren; sie zerstört zum Voraus die Hoffnung auf Frieden." Nachdem Humboldt bemerkt, daß er sich scheue, jene Ausdrücke, welche die französische Note gegen Oesterreich enthalte, auch nur zu wiederholen, fährt er fort: „Bloß die Rücksichten für die wohlwollende Vermittelung Sr. k. k. Apostolischen Majestät haben Se. Majestät den König von Preußen willfährig machen können, seinen Minister vierzehn Tage lang fruchtlos auf die französischen Bevollmächtigten warten zu lassen und Se. Excellenz der Graf von Metternich wird es gewiß ganz natürlich finden, daß sich der Unterzeichnete ohne dieselben Gesinnungen für verpflichtet

halten würde, seinen hiesigen Aufenthalt weder fortzusetzen, noch sich dem bloß zu stellen, daß Frankreich ein falsches Licht auf die wohlwollenden Absichten der verbündeten Höfe wirft." Den Glanzpunkt der ganzen Note bildet der Schluß, worin Humboldt ganz offen, man möchte sagen, mit naiver Grobheit dem französischen Kaiser und seinen Schleppträgern die Wahrheit sagt. Wir geben deßhalb diesen Schluß vollständig.

„Obschon", heißt es, „die Note der französischen Bevollmächtigten erkünstelt, das Benehmen und die Absichten bloß des russischen Hofes zu rügen, während doch die Schritte Preußens und Rußlands, so wie die ihrer Bevollmächtigten stets die vollständigste Uebereinstimmung gezeigt haben, hat der Unterzeichnete kaum nöthig zu sagen, daß Se. Majestät der König, sein Herr, jene Stelle der französischen Note, welche seinen erhabenen Verbündeten betrifft, doppelt empfinden werde und daß es unmöglich sei, sie mit dem Namen, den sie verdient, zu belegen. Es wäre unter aller Würde, darauf zu antworten. Die Völker täuschen sich über die Urheber ihrer Leiden nicht. Der Souverain, welcher, nachdem er den ungerechtesten aller Angriffe zurückgewiesen, und nachdem es ihm durch die Anstrengungen seiner treuen Unterthanen gelungen, die Armee die in sein Reich einzubringen wagte, zu vernichten, dennoch das reinste und edelste Verlangen kundgegeben hat, einen andauernden und festen Frieden herbeizuführen, ist gewiß nicht derjenige, welcher jemals der Absicht geziehen werden wird, die Drangsale des Krieges zu erweitern oder zu verlängern."

„Die große und wichtige Frage bei den gegenwärtigen Verhandlungen ist ohne Zweifel der Friede. Europa und die Nachwelt werden mit Leichtigkeit beurtheilen können, wer von beiden Theilen sich seiner schnellen Wiederherstellung entgegengesetzt hat; die verbündeten Mächte, welche, gleich dem vermittelnden Hofe, von dem großen Grundsatze, dem sie stets treu bleiben werden, wieder einen Zustand der Ordnung und des allgemeinen Gleichgewichts in Europa herbeizuführen, ausgegangen sind und Alles gethan haben, um auch nicht einen einzigen der kostbaren Augenblicke, welche die Waffenruhe dem Friedenswerk gewährte, zu verlieren — oder jene Regierung, welche, nachdem sie ohne irgend

einen haltbaren Vorwand den Anfang der Unterhandlungen verschoben und eine Zögerung auf die andere folgen ließ, welche keinen Anstand nahm, eine Note wie die zu überreichen, die der Unterzeichnete nicht ohne den lebhaften Schmerz prüfte, Fragen von denen das Glück und die Ruhe der Nationen abhängt, so behandelt zu sehen."

Metternich übermachte dem französischen Bevollmächtigten beide Noten am 8. August. Er legte eine eigene Note bei, worin er dem Herzoge von Vicenza bemerkt, daß es ihm (dem Grafen Metternich) niemals beigekommen sei, jene beiden in der französischen Note vom 6. August erwähnten Punkte zu billigen oder gar in die Convention vom 30. Juni aufzunehmen. Es würde der Würde des österreichischen Kaiserhauses zuwider gewesen seyn, die Verpflichtung einzugehen, unparteiisch zu seyn oder sich während der Unterhandlungen durch keine, wenn auch eventuelle, Convention zu binden; auch seien die Rollen eines Vermittlers und Schiedsrichters zu verschieden, als daß Oesterreich, indem es sich der ersten unterzogen, die Rechte der zweiten sich anzumaßen vermocht hätte. Ebenso wenig, fährt Metternich fort, hätte er in Dresden irgend etwas über die Form der Verhandlungen mit dem Herzoge von Bassano festgesetzt.

Nach den Instruktionen, welche der Herzog von Vicenza aus Dresden nach Prag gebracht („den Congreß in die Länge zu ziehen") und die wir oben im Einzelnen erwähnt haben, suchte er den Abbruch der Verhandlungen zu verhindern. Deßhalb richtete er am 10. August, dem Tage des Ablaufes der Waffenfrist, eine Note an Metternich, worin dem Frieden mit einer wahren Sehnsucht das Wort geredet wird. „Durchdrungen", heißt es, „von der heiligen, ihnen von der Natur ihrer Sendung auferlegten Verpflichtung, jede Erörterung zu vermeiden, welche die Verwirklichung der theuersten Hoffnungen der Völker nicht zum Zwecke hat, werden die Unterzeichneten in den ihnen übersandten Noten nur die Punkte berücksichtigen, welche in gerader Beziehung zu dem Friedenswerke stehen. Ebenso werden sie es vermeiden, sich in Betheuerungen ihrer

Sehnsucht nach Frieden zu ergießen, weil diese Sehnsucht, wie natürlich es auch seyn möge sich ihrer zu rühmen, zwar den Geist der Unterhandlungen, nicht aber den Gang der Geschäfte zu leiten hat." Der Herzog von Vicenza verlangt nun, daß neben der schriftlichen Form der Verhandlungen auch die mündliche zugelassen werde; auf diese Weise würden die Wünsche der russischen und preußischen Bevollmächtigten wie auch die Frankreichs befriedigt. „Der Herr Graf Metternich", schließt die Note mit dreister Keckheit, „wird ohne Zweifel erkennen, daß die Vorschläge der Unterzeichneten ein neuer Beweis ihres beständigen Wunsches sind alle Schwierigkeiten, zum Frieden zu gelangen, auszugleichen, selbst wenn ihre Gegner darauf verzichtet zu haben scheinen. Sie erneuern daher den Vorschlag, den sie zu machen nicht aufgehört haben, ihre Vollmachten auszuwechseln, um unverzüglich die Unterhandlungen in der von dem Vermittler vorgeschlagenen Form zu eröffnen, ohne jedoch die Form der Conferenzen auszuschließen, um das Mittel zu bewahren, sich in mündlicher Rede aussprechen zu können." Ohne Verzug erwiderten hierauf die Bevollmächtigten Rußlands und Preußens. Sie stellten das Ungereimte dar, beide Verhandlungsformen zu vereinigen; bedauerten dabei, daß die französischen Bevollmächtigten in der letzten Stunde mit einem solchen Vorschlage kämen. „Er würde sich", sagt Hardenberg in seiner Erwiderung, „trotzdem noch weiter über diesen Gegenstand verbreiten, wenn das Datum der Note der französischen Herren Bevollmächtigten und das seiner Antwort ihn nicht daran hinderte. Gezwungen, sich über die Form der Unterhandlungen an demselben Tage, wo sie beendet seyn müßten, auszusprechen, hält er es für überflüssig, in weitere Einzelheiten einzugehen." Noch verzweifelte der Herzog von Vicenza nicht. Er schrieb an Metternich sofort eine Note, worin er ganz verblüfft thut, daß mit dem 10. August die Verhandlungen schließen sollten. Schwermüthig fügt er bei: „Die Worte: letzter Tag der Unterhandlung wecken traurige Betrachtungen,

indem sie zu folgern veranlassen, daß man von jetzt an auf jeden Gedanken an eine Aussöhnung verzichte."

Es waren Alles nur leere Phrasen: das erkannten die Bevollmächtigten der Verbündeten und übersandten am Abend des 10. August dem österreichischen Staatskanzler ihre Abschiedsnoten, bedauernd daß der Congreß zu gar keinem Resultate geführt. Metternich schickte am Morgen des 11. August diese Noten an die französischen Bevollmächtigten mit einem Begleitschreiben, worin er die Besprechungen für geschlossen erklärte.

Zwei Tage darauf (12. August) übersandte Metternich dem Grafen Narbonne, französischen Botschafter am Wiener Hofe, seine Pässe. Der Franzose hatte sie nicht gefordert. Metternich begleitete die Uebermittelung mit einem Schreiben, worin es u. A. heißt: „Oesterreich scheidet aus dieser Unterhandlung, deren Ausgang seine theuersten Wünsche *unerfüllt* gelassen hat, mit dem Bewußtseyn der Redlichkeit, *womit* es zu ihr geschritten ist. Eifriger als jemals, das hohe Ziel welches es sich vorgesteckt hat, zu erreichen, greift es darum zu den Waffen, um zu ihm in Zusammenwirkung mit gleichgesinnten Mächten zu gelangen." Am 19. August 1813 erließ Kaiser Franz an seine Völker ein Kriegsmanifest. Zwei Stellen darin sind von Interesse. Die eine spricht von der russischen Campagne. „Der Feldzug von 1812 bewies an einem denkwürdigen Beispiele, wie ein mit Riesenkräften ausgestattetes Unternehmen in den Händen eines Feldherrn vom ersten Range scheitern kann, wenn er, im Gefühle großer militärischer Talente, den Schranken der Natur und den Vorschriften der Weisheit Trotz zu bieten gedenkt. Ein Blendwerk der Ruhmbegierde zog den Kaiser Napoleon in die Tiefen des russischen Reiches, die ganze französische Armee wurde zerstreut und vernichtet. In weniger als vier Monaten sah man den Schauplatz des Krieges von dem Dniepr und der Dwina an die Oder und Elbe versetzt. Dieser schnelle und außerordentliche Kriegswechsel war der Vorbote einer mächtigen Re-

volution in den gesammten politischen Verhältnissen von Europa."

Die andere bedeutungsvollere Stelle handelt von Preußen. „Durch den Rückzug der Alliirten nach den Schlachten von Lützen und Bautzen", heißt es, „hatte der Krieg für den Augenblick eine Gestalt gewonnen, die dem Kaiser täglich fühlbarer machte, wie unmöglich es seyn würde, bei weiterem Fortgange desselben ein müssiger Zuschauer zu bleiben. Vor Allem war das Schicksal der preußischen Monarchie ein Punkt, der Sr. Majestät Aufmerksamkeit lebhaft beschäftigte. Der Kaiser hielt die Wiederherstellung der preußischen Macht für den ersten Schritt zur Wiederherstellung des politischen Systems von Europa. Die Gefahr, in welcher sie jetzt schwebte, sah er ganz wie seine eigene an. Der Kaiser Napoleon hatte dem österreichischen Hofe bereits zu Anfang des Aprilmonats eröffnen lassen, daß er die Auflösung der preußischen Monarchie als eine natürliche Folge ihrer Abtrünnigkeit von Frankreich und der weiteren Fortsetzung des Krieges betrachte und daß es jetzt nur von Oesterreich abhängen würde, ob es die wichtigste und schönste ihrer Provinzen (Schlesien) mit seinen Staaten vereinigen wolle; eine Eröffnung, die deutlich genug bewies, daß kein Mittel unversucht bleiben mußte, um Preußen zu retten. Wenn dieser große Zweck durch einen billigen Frieden nicht zu erreichen war, so mußten Rußland und Preußen durch eine kräftige Mitwirkung unterstützt werden."

So griff Oesterreich (August 1813) zum Schwerte. Die Folge war die Befreiung Preußens, die Befreiung Deutschlands vom französischen Joche. Edel aber und erhaben wird allezeit eine Politik gelten, welche, den Weg der Wahrheit und Aufrichtigkeit wandelnd, Europa rettete vor dem Ungestüm des Corsischen Eroberers.

LXIV.

Zeitläufe.

Streiflichter auf die neuesten Vorgänge in Bayern.

Bayern ist mit Einemmale wieder stark in's Geschrei gekommen. Wer mit der Presse zu thun hat, wird vom Inland und Ausland um Auskunft bestürmt, was man von allen den Dingen sich zu denken habe. Auch wir können nicht länger uns darauf beschränken, die auswärtige Politik des größten der deutschen Mittelstaaten durch alle ihre Phasen kritisch zu begleiten, wie wir bisher gethan. Die seit Jahren von uns eingehaltene Reserve ist hingefallen, nicht durch unsere Schuld.

Man kann aber die Gegenwart Bayerns nur aus der unmittelbaren Vergangenheit des Landes verstehen. Denn die bayerischen Vorgänge welche seit einiger Zeit die Verwunderung des Auslandes erregten, sind nur die Exantheme eines Krankheitsstoffes, der nicht von gestern auf heute, sondern von langer Hand her in den bayerischen Staatskörper gebracht worden ist. Selbst die unglaublichen Anmaßungen des genialen Musikers, dessen Name in Aller Mund ist, sind nur eine Wiederholung dessen gewesen, was in verkleinertem Maßstab unter der vorigen Regierung an der Tagesordnung

war. Damals ist Richard Wagner in Bayern möglich geworden; er wäre sonst überhaupt nicht gekommen.

Unser Urtheil über diese früheren Vorgänge hat sich in vierzehn langen Jahren fest gebildet und es ist unverrückt geblieben bis zur Stunde. Wir haben nicht resumiren wollen in dem Moment, wo ein unversehener Trauerfall das Land in jähem Schrecken mit fortriß; es hätte mehr Herzlosigkeit als wir besitzen, dazu gehört, um damals mit dem kalten Seciermesser der politischen Logik und der historischen Thatsachen einem Ausbruch reinmenschlicher Theilnahme entgegenzutreten, der unser Volk ehrte und gerne auch das Gemachte mancher Einzelstimmungen vergessen ließ. Aber wir wußten, daß der unbestechliche Gang der geschichtlichen Entwicklung das Todtenrichter-Amt übernehmen werde, und dessen Sprüche erfolgen nun in raschem Fluß. Der Publicist kann jetzt schweigen und der Historiker reden. Was vor anderthalb Jahren wie eine Prophezeiung ausgesehen hätte, das ist jetzt erwiesene Thatsache: daß der jugendliche Nachfolger auf dem Thron vor einer schwierigen Erbschaft stand, von der die Folgen und die Strafe fremder Fehler nicht ausgeschlossen werden konnten.

Ich kenne nur Ein bayerisches Blatt, das — natürlich von seinem Standpunkte aus — mit freimüthiger Wahrheit an dem offenen Königsgrabe gesprochen hat, während selbst die erhabensten Kanzeln ihren Standpunkt für diesen Fall preisgegeben haben. Ich meine die „Süddeutsche Zeitung" vom 15. März 1864. Eine Stelle namentlich möchten wir aus diesem Blatte vorausschicken, damit unsere Kritik nicht einseitig erscheine und als eine Verkennung der großen Wahrheit, daß die Völker in der Regel verdienen was die Könige fehlen. Die fragliche Stelle lautet wie folgt:

„Es muß überdieß, wenn man die Politik dieses Fürsten billig beurtheilen will, an die Mitschuld des Volkes erinnert werden. Ein Theil der Bureaukratie und ein Theil der Presse hat seine Fehler als Tugenden vergöttert; feige Rathgeber haben sich gescheut ihm die Wahrheit zu sagen, weil sie die Vortheile ihrer

Stellung höher schätzten als den Vortheil des Staats; eine Volks-Vertretung der es am rechten mannhaften Freimuth gebrach, hat das System der abgetretenen Minister zuerst gestützt und dann noch Jahre lang apathisch geduldet, bis es endlich an seinem wachsenden Uebermuth zu Grunde ging; das Volk selbst hat dem irregeleiteten Könige Triumphzüge bereitet und ihn durch höfische Huldigungen im Irrthum bestärkt. Auch heute noch, über seinem Grabe vergißt man die Pflicht der Wahrheit und verstrickt den jugendlichen Thronfolger am ersten Tage in gefahrvolle Täuschungen, deren Nachwirkung unberechenbar ist. So sehr sich dieser Mißgriff menschlich begreift, so beklagenswerth erscheint er dem politischen Beobachter."

Man ist noch weiter gegangen; man hat dem jugendlichen Fürsten geradezu die Freiheit anderer Anschauungen abgesprochen und es ihm zur unverbrüchlichen Pflicht gemacht, genau in der von dem Vorgänger ausgetretenen Bahn fortzugehen. In jedem wichtigen Moment ist befehlerisch auf das Beispiel der vorigen Regierung verwiesen worden, und wenn man ehrlich seyn will, so wird man gestehen müssen, daß abgesehen von den in der Natur der Dinge und in den fortschreitenden Zeitverhältnissen begründeten Modifikationen, bis jetzt in Bayern Alles genau so gegangen ist wie vorher. Sehen wir näher zu!

Freilich wäre nicht ein Journalartikel sondern ein Buch erforderlich, um die Continuität unserer abschüssigen Bewegung seit dem kritischen Jahre 1850 gehörig zu beleuchten. Es ist überhaupt schwer, zu einem Publikum über die bayerischen Verhältnisse zu sprechen, das mit ihrer Vorgeschichte nicht erfahrungsmäßig vertraut ist. Ohne Zweifel ergeht es auch Männern von ganz entgegengesetzten Ansichten so, daß sie in Verlegenheit kommen, so oft aus nichtbayerischem Munde die Frage an sie ergeht: „ja, was ist denn das mit euch in Bayern?" Wo soll man anfangen und wo aufhören mit den Erläuterungen einer solchen Frage? Ein mit historischer Treue abgefaßtes Werk aber ist nicht vorhanden, worauf man namentlich über die hochwichtige Wendezeit seit 1850, in der

von selbst. Das war der Plan und das Programm der neuen Politik.

Wir abstrahiren hier nicht, sondern wir formuliren nur den unverholenen Grundgedanken der seit 1850 eingeschlagenen Richtung unserer Politik: erst die bayerische Hegemonie in Wissenschaft und Kunst, und als Lohn die politische Hegemonie in der deutschen Trias. Es war freilich eine merkwürdige Erscheinung! Um sich der Unterordnung in einem wiedergebornen Deutschland zu entziehen, hat man im eigenen Lande eine unerhörte Fremdherrschaft aufgerichtet. Um die Selbstständigkeit Bayerns zu sichern, hat man die Lehrstühle und andere Stellungen an ausländische Gelehrte vergeben, deren wissenschaftliches Credo von eh und je die preußische Hegemonie war. „Sie wissen ja", hat damals ein bayerischer Minister geäußert, „daß wir von den Netzen einer historischen Falschmünzerbande umstrickt sind"; und auf diesem Wege sollte die geistige Hegemonie Bayerns errungen werden! Das Experiment ist denn auch darnach ausgefallen. Der erhoffte Höhepunkt geistiger Cultur ist unerstiegen geblieben; das unbefangene Volk aber hat man abgestoßen und sich entfremdet; man hat es gelehrt sein Heil in der Fremde zu suchen, und selbst solche Leute welche die frühere Opposition gegen das Berufungswesen als „ultramontan" verurtheilt haben, äußern jetzt unumwunden: geistig sei ja Bayern schon unter der vorigen Regierung mit aller Gewalt preußisch gemacht worden.

Es ist kein Geheimniß, daß die neue Regierung anfangs den besten Willen hatte, dem Anwachsen der Fremdherrschaft in Bayern eine Grenze zu setzen. Aber das war schneller gesagt als gethan. Die fremden Elemente haben sich einmal festgesetzt und ausgebreitet; sie ziehen Gleichartiges magnetisch an und so hat die Tradition seit 1850 schon zu starke Stützen im Lande, als daß dieselbe plötzlich hätte umgeworfen werden können. Bayern steht nun einmal in dem Rufe, daß es suppliren müsse, was alle anderen Staaten der Welt ver-

sämmten für Wissenschaft und Kunst zu thun, und daß Personen und Dinge, welche den größten Monarchen Europa's zu theuer erscheinen, für Bayern immer noch ein guter Handel seien. Das ist die Tradition der vorigen Regierung, und unser jugendlicher Monarch hat ihr ursprünglich eine pietätsvolle Huldigung dargebracht, indem er die Zukunfts-Musik in seinen freigebigen Schutz nahm. Warum sollte denn auch diese schöne Kunst weniger werth seyn als die Zukunfts-Wissenschaft unter der vorigen Regierung?

Freilich sind die Geldansprüche des genialen Musikers ungeheuerlich geworden; aber im Verhältniß zu den verheißenen Wirkungen waren sie doch nicht größer als die mancher Professoren, welche die vorige Regierung berufen und gemästet hat. Freilich hat der geniale Musiker Leute seiner Farbe nach sich zu ziehen und in wichtige Stellungen zu bringen gesucht; man spricht sogar von dem berüchtigten Romanschreiber Eckardt, der zu Wien unter den Mördern Latours seine Rolle gespielt und nun zum Direktor des königlichen Kabinets vorgeschlagen worden sei. Aber haben nicht auch die Berufenen der vorigen Regierung ihre Patronage im weitesten Umfange geltend gemacht, und hat nicht Hr. von Liebig seinen Carrière gleich im Contrakt mitgebracht? Drittens ist es freilich wahr, daß die Berufenen der vorigen Regierung sich „liberal" nannten, während der geniale Musiker und sein Anhang sich unverholen als „Radikale" darstellten. Aber bedenkt man denn nicht, welchen Frevel man sich mit diesem Vorwurf gegen die hochgepriesene Praxis der vorigen Regierung erlaubt? Diese Praxis verbietet ja strengstens, irgendwie nach den Antecedentien der Berufenen zu fragen, es sei denn in dem einzigen Fall, daß ein Verdacht des „Ultramontanismus" vorliege; in allen andern Fällen hat der verstorbene König keine Partei gekannt, und wäre ehemaliger Radikalismus ein Berufungs-Hinderniß gewesen, dann wäre München wohl um manche „wissenschaftliche Celebrität" ärmer geblieben.

Gerade der Vorwurf der Parteifarbe gegen den genialen

Meister der Töne bringt uns somit auf einen zweiten Grundzug der Politik, welcher die vorige Regierung charakterisirt hat. Wie verhielt sie sich zu den Parteien? Sehr einfach: sie wollte selbst alleinige Partei seyn; wer von den Stimmführern der wirklichen Parteien sich diesem Anspruch fügte, der wurde gefördert und wie ein gezähmter Löwe gestreichelt; wer es nicht that, der wurde mit unversöhnlichem Hasse verfolgt, für den existirte nicht die Spur von Gerechtigkeits-Gefühl. Es ist ein ehrenvolles Zeugniß für den sogenannten „Ultramontanismus" in Bayern, daß im Grunde er allein den Haß und die Verfolgung des Systems zu tragen hatte; denn von den Ultramontanen setzte man sehr richtig voraus, daß sie sich nicht beugen lassen und nicht sich verläugnen würden; sie wollten vielmehr „herrschen", so sagte man. Freilich lag Dem noch ein anderes Motiv zu Grunde. Da man die Zumuthungen der Liberalen und der Radikalen, namentlich in der deutschen Frage, am meisten fürchtete, so mußte es Opfer geben welche diesen Parteien zur fortwährenden Sühne dargebracht werden konnten. Und zu diesem Zweck dienten die „Ultramontanen" ganz vortrefflich. Es mußte ein Mann von dieser Farbe schon sehr hervorragend seyn, so daß man seinen Einfluß fürchtete, oder es mußte einer schon sehr kläglich Reu und Leid gemacht und Besserung garantirt haben, wenn er nur zum Schein in Gnaden aufgenommen werden sollte. Im Uebrigen wurde alles „Ultramontane", Sache und Personen, fortwährend der Ungeduld der entgegengesetzten Parteien als Abspeisung vorgeworfen, und dieser Praxis hat das Regime in der That einen guten Theil seines liberalen Nachruhms verdankt. Es war eine stereotype Rede unter den Liberalen: „daß freilich Vieles auszusetzen wäre, aber das müsse man doch sagen, daß den Ultramontanen der Daumen fest auf's Auge gedrückt werde."

Die anderen Parteien wie gesagt verfolgte man nicht, sondern man trachtete sie zu bestechen und zu benützen. Man balancirte zwischen den Conservativen und den Liberalen, man

suchte auch die Radikalen zu begütigen. Um selbst conservativ zu seyn, dazu war man zu selbstherrisch, und allen Parteien gegenüber hielt man stets den Hintergedanken fest, daß dieselben nur als Mittel zum Zweck, und zwar zu einem Zwecke der nicht der ihrige war, dienen sollten und durften. Solange die liberale Partei sich beugen wollte und sich benützen ließ, war es gut; wie es in dem Falle geworden wäre, wo die Liberalen nicht mehr durch die Finger hätten sehen können, das ist durch die Thatsachen nicht mehr offenbar geworden. Soviel aber konnte sich im Grunde niemand verhehlen, daß es auch mit dem forcirten Liberalthun der späteren Jahre niemals ehrlicher Ernst war. Es fehlte diesen Zuständen mit Einem Worte nichts mehr als die — Wahrheit.

Wir haben nur eine leichte Skizze von der nächsten politischen Vergangenheit Bayerns gegeben. Daß wir nicht die Einzigen sind, welche dieselbe aus dem innersten Zusammenhange unserer allgemeinen deutschen Verhältnisse begreifen, wird sich gleich nachher zeigen. Inzwischen mag der vorstehende Abriß genügen, um die jüngsten Vorgänge unserer politischen Gegenwart, welche in der Hauptstadt selbst nicht ohne Ueberraschung aufgenommen worden sind, in ein helleres Licht zu setzen. Ich meine den Wechsel im Ministerium des Innern, dann den plötzlichen Sturm der Opposition auf das Kabinetssekretariat, und endlich die Anerkennung Italiens durch Bayern und Sachsen.

Bleiben wir zunächst bei dem neuesten Ministerwechsel stehen, so muß man in der Stellung der bayerischen Minister seit 1850 zwei Perioden unterscheiden. Bis zum Jahre 1859 waren sie trotz aller gegentheiligen Aussagen nicht viel mehr als bloße Diener des Kabinets. Selbst in der auswärtigen Politik war dieß der Fall, wie eine grelle Thatsache in der Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage erweist. Von dem Wechsel der Portefeuilles im Frühjahr 1859 glaubte man sodann eine Aenderung des Systems erhoffen zu dürfen; nach constitutionellem Brauch traute man dem neuen Ministerium

eine eigene und selbstständige Politik zu. Etwas war wirklich daran. Das Kabinet hatte die Stärke der liberalen Partei erkannt und eingesehen, daß weiter gehende Concessionen als die bisher zugemessenen nöthig seien, um diese Partei bei guter Laune zu erhalten. Die fraglichen Concessionen konnten natürlich nur auf dem Gebiet der innern Politik gemacht werden; indem hier der liberalen Partei möglichst der Wille gethan wurde, sollte sie auf andere Theile ihres Programms, namentlich auf die deutsche Seite desselben, verzichten und vergessen lernen.

Man ersieht daraus, daß in dieser zweiten Periode die Hauptaufgabe, die Fraktionen der herrschenden Partei dem Kabinetszweck in's Haus zu schlachten, dem Minister des Innern zufiel, und das war eine höchst schwierige und kitzliche Aufgabe. Es war fast vorauszusehen, daß der Staatsmann, welcher es allen Parteien recht machen sollte, schließlich keine befriedigte. Von oben her war er schief angesehen von Anbeginn und ängstlich überwacht, ob er des Guten nicht etwa zu viel thue, und ob er nicht etwa vergesse, daß der Liberalismus nur als Mittel zum Zweck, keineswegs um seiner selbst willen erlaubt und zulässig sei. Inzwischen murrten die Liberalen, weil er den Radikalen zu viel Aufmerksamkeit schenke, und murrten die Radikalen, weil er den Fuß immer wieder scheu zurückziehe und schwankend zwischen Thür und Angel hängen bleibe. Allen aber ward ein Recht zugestanden sich zu beklagen, nur den „Ultramontanen“ weniger als je. So ist der Minister nach mehrjährigem Schein großer Popularität schließlich fast nur von den Radikalen bedauert worden, aus Furcht vor Dem was nachkommen würde. Die Gesetzgebung aber die seinen Namen trägt, wird auch in Zukunft Zeugniß geben von den Umständen, unter welchen sie entstanden ist. Die Parteien durch Concessionen zu befriedigen und zu begütigen, war das Hauptaugenmerk, nicht die realen Verhältnisse des Landes. Sonst würde das Gute der neuen Einrichtungen in der

suchte auch die Radikalen zu begütigen. Um selbst conservativ zu seyn, dazu war man zu selbstherrisch, und allen Parteien gegenüber hielt man stets den Hintergedanken fest, daß dieselben nur als Mittel zum Zweck, und zwar zu einem Zwecke der nicht der ihrige war, dienen sollten und durften. Solange die liberale Partei sich beugen wollte und sich benützen ließ, war es gut; wie es in dem Falle geworden wäre, wo die Liberalen nicht mehr durch die Finger hätten sehen können, das ist durch die Thatsachen nicht mehr offenbar geworden. Soviel aber konnte sich im Grunde niemand verhehlen, daß es auch mit dem forcirten Liberalthun der späteren Jahre niemals ehrlicher Ernst war. Es fehlte diesen Zuständen mit Einem Worte nichts mehr als die — Wahrheit.

Wir haben nur eine leichte Skizze von der nächsten politischen Vergangenheit Bayerns gegeben. Daß wir nicht die Einzigen sind, welche dieselbe aus dem innersten Zusammenhange unserer allgemeinen deutschen Verhältnisse begreifen, wird sich gleich nachher zeigen. Inzwischen mag der vorstehende Abriß genügen, um die jüngsten Vorgänge unserer politischen Gegenwart, welche in der Hauptstadt selbst nicht ohne Ueberraschung aufgenommen worden sind, in ein helleres Licht zu setzen. Ich meine den Wechsel im Ministerium des Innern, dann den plötzlichen Sturm der Opposition auf das Kabinetssekretariat, und endlich die Anerkennung Italiens durch Bayern und Sachsen.

Bleiben wir zunächst bei dem neuesten Ministerwechsel stehen, so muß man in der Stellung der bayerischen Minister seit 1850 zwei Perioden unterscheiden. Bis zum Jahre 1859 waren sie trotz aller gegentheiligen Aussagen nicht viel mehr als bloße Diener des Kabinets. Selbst in der auswärtigen Politik war dieß der Fall, wie eine grelle Thatsache in der Geschichte der schleswig-holsteinischen Frage erweist. Von dem Wechsel der Portefeuilles im Frühjahr 1859 glaubte man sodann eine Aenderung des Systems erhoffen zu dürfen; nach constitutionellem Brauch traute man dem neuen Ministerium

Stelle ihre frühere Bedeutung grundsätzlich nicht mehr, und daß der offene Angriff auf dieselbe erst jetzt erfolgt, während er nicht erfolgt ist zu der Zeit, wo er hochberechtigt gewesen wäre — das erscheint als ein neuer Beweis für unsern Satz. Erstens daß den Zuständen unter der vorigen Regierung nichts mehr gemangelt hat als die Wahrheit; zweitens daß jetzt auch der Unschuldige dafür büßen muß.

Als in Folge des Jahres 1848 der Constitutionalismus in Bayern eine Wahrheit werden sollte, da wurde das Bestehen eines königlichen Kabinets als nicht zu duldende Mittelmacht zwischen König und Ministerium erkannt, und von der Krone die förmliche Erklärung gegeben, daß künftig nur Privatsekretäre bei der allerhöchsten Person existiren sollten. Die Staatsgeschäfte sollten nie mehr durch nicht gesetzlich verantwortliche Hofbeamten vermittelt werden. Die Wirklichkeit aber hat diese Zusage in ihr eklatantes Gegentheil verkehrt, und dieß geschah einfach dadurch, daß der persönliche Verkehr der Minister mit dem Monarchen auf ein äußerstes Minimum reducirt ward. Ein regelmäßiger Vortrag der Minister, der sich in andern constitutionellen Ländern von selbst versteht, hat unter der vorigen Regierung niemals stattgefunden. Außerordentliche Audienzen zu bekommen, hielt sehr schwer und ging wieder durch die Vermittlung des Hofsekretariats. Gerade für die Minister bestand diese Schwierigkeit; denn ein paar von den fremden Gelehrten hatten inzwischen soviel wie freien Zugang, während die verantwortlichen Räthe die Person Sr. Maj. oft viele Monate lang nicht zu sehen bekamen. Als der Franzose René Taillandier die Münchener Fremdencolonie besuchte, glaubte er diesen Gegensatz eigens hervorheben zu müssen. „Wenn ich", äußerte damals ein früherer Minister, „eine wichtige Angelegenheit im Kabinet habe, so muß ich sie brieflich Hrn. von Pfistermeister empfehlen, und drängt die Sache, so muß ich ihm persönlich meinen Besuch machen."

So ist das Hofsekretariat auf dem kürzesten Wege aller-

dings zu dem Charakter einer absolutistischen Institution gekommen, wie ihn kaum je ein früheres Kabinet in Bayern gehabt hat. Alle Staatsgeschäfte kamen fast ausschließlich nur durch die Gläser des Sekretariats vor die allerhöchsten Augen. Man beruft sich jetzt darauf, daß ja selbst in England die Monarchin ihre vertrauten Rathgeber und Sekretäre habe. Sehr wohl! Aber abgesehen davon, daß diese Personen in der Regel mit den Ministerien wechseln und somit in England nie von einem Partei-Gegensatz der verantwortlichen und unverantwortlichen Räthe der Krone die Rede seyn kann, so besteht noch ein fundamentaler Unterschied. In England nämlich liegt das gesammte Anstellungswesen (die sog. Patronage) in den Händen der Minister, in Bayern hingegen werden Anstellungen und Beförderungen grundsätzlich als reine Gnadensache der Krone betrachtet, und fiel daher die ganze Patronage in's königliche Kabinet. Es begreift sich leicht, daß diese Stelle unter so bewandten Umständen zu *einer* Macht zwischen Krone und Ministerium heranwachsen mußte und wirklich herangewachsen ist.

Aber wie konnte ein solcher Zustand gegen den Widerstand der Staatsminister, der Kammern, der Parteien sich halten? Eine sehr berechtigte Frage; aber das ist eben das Merkwürdige, daß ein ernster Widerstand der Art sich gar nicht gezeigt hat, solange das Uebel noch in Blüthe stand. Daß vor 1859 von keiner Seite auch nur eine Erinnerung gewagt wurde, ist selbstverständlich. Als dann das neue Ministerium eintrat, machten sich die Führer der liberalen Partei kein Hehl daraus, daß Alles nichts helfen und das System doch beim Alten bleiben werde, wenn das Kabinet in seiner abnormen Stellung verbleibe. Dieser Fall trat nun zwar wirklich ein; die Abschließung des Monarchen hinter der spanischen Wand des Kabinets dauerte auch den neuen Ministern gegenüber fort. Aber einerseits war es diesen jetzt vergönnt, ein größeres Maß liberaler Concessionen zur Begütigung der Parteien auszuspenden; und andererseits wurde die stete Furcht wach

erhalten, daß die Krone durch die nächste beste constitutionelle Consequenzmacherei kopfscheu gemacht werden, und daher der Liberalismus die schon errungenen Vortheile leichtsinnig auf's Spiel setzen könnte. So schwiegen also die Parteien, indem sie es vorzogen ein als verfassungswidrig anerkanntes Institut zu ihrem Nutzen auszubeuten.

Auch die Radikalen*) schwiegen, und erst jetzt fangen sie zu reden an, wo das Kabinet im Wesentlichen, und abgesehen von den Personen, gar nicht mehr das Kabinet der vorigen Regierung ist. Der junge König hat gleich nach seiner Thronbesteigung regelmäßige Conferenzen mit den Ministern und Vortragstage eingeführt; die Minister brauchen somit bloß ihr Recht gehörig auszuüben, um nicht wieder jene leidige Zwischenmacht zwischen ihnen und der Krone erwachsen zu sehen. Daß dieß auch ihre eigene Ansicht war, haben sie dadurch bewiesen, daß die Mitglieder des Kabinets von ihnen zu hohen Stellungen im Staatsdienst befördert wurden, ohne daß dieselben aufgehört hätten zugleich das Kabinet zu bilden. Damals wurde die Losung ausgegeben: es werde auf diesem Wege vielleicht gelingen, „die Bedeutung des Privatsekretariats in jene bescheidenen Grenzen zurückzuführen, welche dem Bildungsgang und der Begabung der betreffenden Persönlichkeiten entsprechen und mit einer wirklichen Ministerverantwortlichkeit dem König und dem Lande gegenüber verträglich sind" **). — Allerdings bezieht sich nun die Opposition auch darauf, daß die Besoldungen der Mitglieder des Privatsekretariats widerrechtlich auf das Staatsbudget überwiesen seien. Immerhin bleibt jedoch die Thatsache stehen, daß die Radikalen geschwiegen haben, wo sie mit ihrem Widerspruch gegen die Institution des Kabinets in vollem Recht gewesen wären, und wo sie auch aus Grundsatz hätten reden müssen; daß sie dafür jetzt

*) Wir gebrauchen diese allgemeine und recipirte Benennung der Kürze wegen auch für unsere „Fortschrittspartei."

**) Allg. Zeitung vom 8. Nov. 1864.

um so heftigern Lärm erregen, wo das Kabinet, sobald nur die Minister wollen, eigentlich nicht mehr „das Kabinet“ ist, und wo die Liberalen bei diesem Stand der Dinge augenscheinlich ganz befriedigt sind.

Indeß merkt man die Absicht leicht, und wenn sie auch verstimmt, so hat man doch kein Recht sich darüber zu verwundern. Es ist noch überall in der Welt so ergangen, daß die Radikalen unter der liberalen Herrschaft auf die ausgetretenen Schuhe warten. Bis jetzt hat die liberale Partei im engern Sinne vom Kabinet ihren Nutzen gezogen; das Institut gehörte ihr an, soweit ein solches Angehören bei dem aparten Selbstzweck der bayerischen Politik überhaupt möglich ist, und alles was den Liberalen zu Gute kam, war mittelbar auch der Vortheil der Radikalen. Solange nun die letztern sich noch schwach fühlten, thaten sie klug daran mit dem indirekten Gewinn vorlieb zu nehmen. Daß sie jetzt *plötzlich* aus der Reserve heraustreten, ist der sichere Beweis, daß sie anfangen sich stark zu fühlen. Sie wollen endlich auch zum Zuge kommen und, nachdem sie lange unter der allgemeinen Fahne des Liberalismus gedient, nun selber versuchen, wie süß die Herrschaft ist. So wurde denn die schwere Artillerie vorangeschickt, und ihr Angriffspunkt war in der That nicht schlecht gewählt; denn die Vergangenheit unseres Kabinets bietet nun einmal landkundige Blößen dar. Ob es auch klug war, die Sache des Fortschritts mehr oder minder mit der des genialen Musikers zu identificiren, das muß die Zukunft lehren. Jedenfalls liegt hier ein denkwürdiger Versuch vor, dem Radikalismus der bisher immer nur von unten hinauf zu steigen pflegte, bei uns von oben herab zur Herrschaft zu verhelfen.

Wir kommen zum dritten der neuesten Ereignisse in Bayern: zur Anerkennung Italiens. So ziemlich alle Welt ist von diesem Schritt, der so heimlich vorbereitet wurde, daß er in Florenz eher als in München verlautete, überrascht worden. Viele haben auch geglaubt, der bedenkliche Akt sei

durch nichts motivirt, da in der That keine äußere Nöthigung vorlag und namentlich Preußen seit Gastein den italienisch-deutschen Handelsvertrag versprochenermaßen in den Scat gelegt hatte. Drei Glieder des bayerischen Hauses sind von der italienischen Revolution beraubt und verjagt worden; überdieß hat man in ganz Europa von Bayern immer noch den Eindruck eines conservativen und katholischen Staates gewohnheitsmäßig im Kopfe. Schon darum war das Erstaunen groß über die Huldigung, die wir nun dem mit Lüge und Verrath zusammengeraubten Staat Viktor Emmanuels darzubringen im Begriffe sind. Man vergißt ja so gerne, daß mit Ausnahme einer vorübergehenden Periode unter dem ersten Ludwig die bayerische Politik einen eigentlich conservativen Charakter nie getragen, und daß sie ihn jedenfalls seit 1850 grundsätzlich ausgezogen hat. Allen diesen Mißverständnissen ist es zu verdanken, daß man vielfach seinen Augen nicht trauen wollte und sogar zu der Erklärung die Zuflucht nahm, die bayerische Politik werde überhaupt nicht mehr in München sondern in Dresden gemacht, Herr von Beust habe unser Hotel des Auswärtigen im Schlepptau und von ihm sei die Anerkennung Italiens eingefädelt worden.

Diese Irrthümer beweisen lediglich, wie wenig die Welt noch an das Verständniß der neubayerischen Politik gewöhnt ist. Gerade die überstürzte Anerkennung Italiens zeigt einerseits, daß wir diese Politik ganz richtig charakterisirt haben, wie sich andererseits dieser wichtige Schritt aus unserer allgemeinen Charakteristik vollkommen erklärt. Aeußere und innere Verlegenheiten hatten wieder einmal eine begütigende Concession an die Parteien nothwendig gemacht, dieß ist das erste Motiv. Und zwar sollte es eine bedeutende Concession seyn, die daher nothwendig vor Allem den Radikalen zu Gute kommen mußte. Sie hatten in der Kammer den Handelsvertrag mit Italien verlangt, welcher die Anerkennung einschließen mußte. Was hingegen die liberale Partei betrifft, so hat einer ihrer berühmtesten Führer vor Kurzem noch geschrieben wie folgt:

„Jene trostlose Politik die nichts im Auge hat als jeden Conflikt möglichst bald beizulegen, ohne darnach zu fragen auf welcher Seite das Recht ist, oder die wenigstens sofort bereit ist das Recht preiszugeben, weil der Gegner, wenn auch im Unrecht, denn doch wohl die Macht habe seine Ansprüche durchzusetzen, findet in Süddeutschland, wo die öffentliche Meinung noch nicht so durch eine sophistische, Recht und Sitte frech verhöhnende Presse verdorben ist, nur sehr wenig Anklang“ *). Nun redet zwar der verehrte Herr Baron hier nur von Schleswig-Holstein; aber er muß unbedingt auch Italien gemeint haben, denn man kann nicht in Schleswig-Holstein das Recht und die Legitimität vertheidigen, in Italien aber beides feierlich preisgeben.

Augenscheinlich sind diese und ähnliche Erwägungen dem bayerischen Minister des Auswärtigen nicht fremd geblieben. Er soll noch geraume Zeit hindurch die Ansicht *festgehalten* haben, daß es, nachdem die angebliche Dringlichkeit der Handelsinteressen schon durch Herrn von Beust auf ihren wahren Werth zurückgeführt worden, mit der Anerkennung eines neuen Staats, der ja doch nur von heute auf morgen von der Gnade der Revolution und des Geldjudenthums lebt, um so weniger große Eile habe. Aber er ist, wie es heißt, mit seiner Absicht des Zuwartens allein gestanden unter den Collegen. Zudem ist gleich nach dem Vollzuge des Akts eine bemerkenswerthe Erklärung durch die Zeitungen gegangen, welche das Verdienst der Initiative dem Minister ausdrücklich ab- und der höchsten Person selber zuspricht **). Trotz Alledem wäre dem Cerberus des Parteiandrangs der leckere Bissen wohl noch länger vorenthalten worden, wenn nicht das mißliche Verhältniß zu den deutschen Angelegenheiten zur Beschleunigung geführt und die gerechtesten Bedenken *vereitelt* hätte.

---

*) Allg. Zeitung vom 20. Nov. 1865.

**) Allg. Zeitung vom 29. Nov. 1865.

Der populäre Instinkt hat sogleich dahin gerathen: das sei die Rache für Gastein. Richtig verstanden war es aber mehr, es war die Fixation einer neuen Stellung Bayerns in der deutschen Frage. Nicht als wenn das Verhältniß zu dieser Frage seit 1850 nicht in jedem Augenblicke sich gleich geblieben wäre: aber die deutschen Forderungen wurden früher stillschweigend oder verdeckt negirt, jetzt werden sie — offen negirt. Als im Frühjahr 1859 das ganze Land mit ungestümer Begeisterung für das rechtswidrig angegriffene Oesterreich den werkthätigen Beistand Bayerns forderte, da erwiderte der verstorbene König: „man spricht nur von Deutschland, warum nicht von Bayern?" Als der Monarch vier Jahre später vom Frankfurter Fürstentag zurückkehrte, und die Deputirten der Stadt ihn mit dem Ausdruck freudiger Hoffnungen für die baldige Lösung der deutschen Frage begrüßten, da antwortete er: „ja ich hoffe auch, aber jetzt nicht gleich." Binnen Kurzem kam die schleswig-holsteinische Krisis und mit ihr der Versuch Bayerns, an der Spitze der sogenannten nationalen Bewegung die zwei Großmächte zu majorisiren. Bayern nahm nicht am Kriege Theil, aber unter dem Wahlspruch „Alles mit und durch den Bund" setzte es den Versuch, die beiden großmächtlichen Sieger unter seine schleswig-holsteinische Politik zu beugen, am Bundestage so lange fort, bis es selber in die Minorität gerieth. Als es nicht einmal mehr für seine Anträge gegen die Gasteiner Convention eine Mehrheit der Bundestags-Stimmen erhielt, da erklärten Bayern und Sachsen, in der schleswig-holsteinischen Sache nun nichts weiter vom Bunde zu erwarten. Auch bezüglich Italiens hatte Sachsen früher behauptet, daß die Anerkennung nur vom Bunde entschieden werden könne. Jetzt aber warfen die beiden Staaten den gepriesenen Grundsatz „Alles mit und durch den Bund" von sich, und in geflissentlicher Isolirung beschlossen sie ihre Gesandten an dem Hofe von Florenz zu accreditiren.

Niemand kann den Sinn dieser sprechenden Thatsachen

mißverstehen: Bayern hat sich ganz allein auf sich selber gestellt. Eine Drohung der Art hat der Minister schon einmal vor den Kammern geäußert, und es ist jetzt geschehen: Bayern genügt sich augenblicklich selber. Man könnte nun vielleicht meinen, daß ja hiemit das Ziel der neubayerischen Politik erreicht sei; die leidigen Zumuthungen der deutschen Frage seien nun in manierlichster Weise abgeschlagen und die Gefahr einer Unterordnung dauernd beseitigt. Aber dem ist doch nicht so. Es ist ja gerade in unserer Politik seit 1850 selbst ausgesprochen, daß ein Stehen Bayerns ganz auf sich allein nicht möglich sei; und darum hat jene Politik immer und überall die ausgeprägt triadische Gestalt angenommen. Damit war nichts Anderes gesagt, als Bayern müsse Stütz- und Anlehnungspunkte haben auf jeden Fall. Wenn nun aber noch ein Beweis nöthig wäre, daß die Idee der Trias zwar ein reizendes Hirngespinnst aber in der Wirklichkeit unmöglich sei, dann hätte sich der mangelnde Beweis eben noch aus Anlaß der bayerischen Anerkennung Italiens ergeben. Oder hat man nicht bemerkt, mit welcher Geflissenheit sich Württemberg und Hannover gegen den leisesten Schein versichert haben, als wenn sie von München aus sich ihre europäische Politik vorschreiben ließen? Wenn sie auch vorher ganz bereit gewesen wären, Italien anzuerkennen, so waren sie es von dem Momente an nicht mehr, wo Bayern vorangegangen ist.

Wenn sich aber Bayern ganz auf sich selber gestellt hat, wenn es dieß gethan hat ohne Aussicht auf die Trias und auf einen Sonderbund mit den übrigen kleineren Staaten, und wenn wir doch einer Anlehnung mit der Zeit unbedingt bedürfen — wo könnte sich dieselbe sonst noch finden? Die Geschichte gibt eine sehr betrübende Antwort auf diese Frage, sie weist über die Grenzen Deutschlands hinaus. In die Ankündigung des Schrittes, den Bayern zu Florenz gethan, hat sich selber eine höchst sonderbare Bemerkung eingeschlichen, die aber um so bedeutsamer ist, als in ihr Bayern auf ein-

mal wieder als „katholischer Staat" hingestellt wird. Es heißt nämlich in dieser Annonce: die Anerkennung Italiens sei ja von allen katholischen Staaten, mit Ausnahme Oesterreichs, bereits ausgesprochen worden. Ja freilich, alle diese „katholischen Staaten" aber gehören zur Clientel des französischen Imperators und der Revolution.

Ist es zu viel gesagt, wenn ich aus diesen eingestandenen und uneingestandenen Thatsachen den Schluß ziehe, daß auch in den Zuständen unserer auswärtigen Politik nichts mehr fehle als die Wahrheit?

Der Mangel an Wahrheit in unserer innern und äußern Lage ist die große Calamität, aus der die erschreckende Auflösung der Geister wie aus einer unversieglichen Quelle fließt. Das Land ist in Parteien zerrissen, nur die Regierung hat keine Partei, und sie kann keine haben, wenn eine Politik über uns waltet, die nur darauf hinausgeht, alle Parteien auszunützen zu einem Ziel und Zweck, der nicht einmal laut eingestanden werden darf.

Wohin diese Politik bis jetzt geführt hat, liegt auf platter Hand und Niemand wagt mehr den traurigen Stand der Dinge abzuläugnen. Macht sie nicht bald der lautern und klaren Wahrheit Platz, so wäre ein Ministerium aus der Fortschrittspartei schwerlich das größte Unglück, das uns droht. Die neuen Männer würden dann wenigstens Wahrheit machen in ihrer Art.

LXV.

Bischof Julius nocheinmal.

Wirtheim den 28. Oktober 1865.

Sehr verehrliche Redaktion!

In Ihren geschätzten Blättern wird in einem Artikel über den Abt Balthaser zu Fulda der Bischof Julius zu Würzburg der Begünstigung der Reformation im Städtchen Hammelburg geradezu bezichtiget und ihm dadurch eine Makel angehängt, die im geraden Widerspruche mit der Ansicht ist, die man bisher von ihm hatte.

Als Gegenstück zu jenem Artikel sei es erlaubt, eine Darstellung der Hammelburgischen Verhältnisse zu geben, wie sie der Zeit des Fürstbischofs Julius unmittelbar vorausgingen. Das Ganze ist entnommen aus dem fränkischen Geschichtschreiber Joh. Georg v. Eckhart, Bd. 1. S. 644 u. flg.*).

---

*) Der Titel des Werkes ist: Commentarii de rebus Franciae orientalis et episcopatus Wirceburgensis ex scriptoribus coaevis, bullis et diplomatibus genuinis auctore Joane Georgio ab Eckhart, Episc. Wirceb. consiliario. Wirceburgi 1729.

Karl der Große schenkte Hammelburg im J. 777 an das Kloster Fulda unter dem Abte Sturmius. Obgleich aber Hammelburg mit den umliegenden Ortschaften Eschenbach, Dippach und Erthal an das Kloster Fulda kam, so blieb doch den Bischöfen von Würzburg die Jurisdiktion über diese Orte als zur Diöcese Würzburg gehörig. Karl schenkte bloß das, was sein war. Die Jurisdiktion über diese und alle anderen fuldischen Lande war dem ersten Bischofe Burkard und dessen Nachfolgern übertragen worden und sie übten dieselbe aus bis in's 16. Jahrhundert. Im J. 1439 bei Gelegenheit der Heiligsprechung des Abtes Sturmius schrieb der Bischof Johann von Würzburg: dilectis suis in Christo filiis in Fulda, Kunefeld, Rasdorf, Salmünster, Borsa, Hamelburg etc. suae dioecesi subjectis, und publicirte einen Ablaß. In alten Verzeichnissen der Benefizien des Bisthums Würzburg findet sich auch Hammelburg. 1505 hat der Magistrat von Hammelburg vom Bischof Lorenz begehrt, daß er das Benefizium ad S. Nicolaum im Spital dem P. Eberhard Gobbel aus der Diöcese W. übertragen möge. Von 1507 bis 1578 hat man das Verzeichniß sämmtlicher Personen, die vom Bischof von Würzburg in Hammelburg mit Vikarien betraut wurden. Ebenso existirt noch ein Register der Einnahmen von Commenden, die an den Fiskal zu Würzburg gezahlt wurden. Caspar Faber zahlt für die Commende 1 fl, für die Confirmation 1 fl. Andreas Kellner für die Investitur 1508, 3 fl.; 1510 zahlt Lorenz Ristan für die Investitur zur Pfarrei 5 fl.; 1537 Johann Fleischhauer 5 fl. für deßgleichen. Eben dahin floßen die quota funeralis und die Absentengelder. Die Streitigkeiten in Ehesachen wurden an der Curie zu Würzburg geschlichtet.

Als sich das Lutherthum in Hammelburg einschlich, dachte Bischof Conrad über die Mittel nach, wie diesem Uebel entgegenzutreten sei, und schickte seine Commissäre dahin (pedellos cum processibus). Aber die im Fuldischen Dienste Ange-

stellten (Officiales et Satrapae) bereiteten nicht nur allerlei Hindernisse, sondern schickten sie mit Drohungen fort. Bischof Conrad beklagte sich deßhalb beim Abte Johann, und dieser antwortete: Seien Euer Liebden überzeugt, daß dieß ohne mein Wissen geschehen ist. Wir werden uns bemühen, Alles zu vermeiden, was Eurer Jurisdiktion hinderlich ist, unbeschadet jedoch unserer von den Päpsten und den Kaisern verliehenen Freiheiten (exemptionibus salvis).

Hierauf schrieb Bischof Conrad: er verlange nichts, als was nach den Canonen sein Amt von ihm fordere. „Deßwegen versehen wir uns zu Euer Liebden, daß dieselben jene Priester und Prädikanten sowohl in Hammelburg als in der Umgegend, die in Verkündigung des Wortes Gottes, in Celebrirung der Messen und in Spendung der anderen Sakramente von der Ordnung und Ueberlieferung der katholischen Kirche abweichen, vorrufen werden, um vor unseren Offizialen Rechenschaft zu geben, deßgleichen werden Euer Liebden Sorge tragen, daß von Ihren Angestellten der Citation und Insinuation kein Hinderniß bereitet werde." Die Hammelburgischen Offizialen verhinderten jedoch auf jede mögliche Weise die Ausübung der Jurisdiktion des Bischofs. 1538 wendet sich Bischof Conrad deßwegen wieder an den Abt Johann und dieser antwortet: er habe aus seinem Schreiben vernommen, wie der Vogt in Hammelburg (satrapa) die Ausübung der bischöflichen Jurisdiktion verhindere, und wie neuestens, als der Pfarrer Georg Reuter zu Hammelburg gestorben und Benedikt Birheimer mit der Investitur auf die Pfarrei bekleidet daselbst angekommen sei, derselbe durch den Bürgermeister (praetor) an der Besitzergreifung verhindert wurde. Er wolle übrigens dem Bürgermeister (praetor) befehlen, die Besitzergreifung geschehen zu lassen. — In demselben Jahre 1538 starb dieser Benedikt Birheimer und der Abt Johann bittet, daß das Capitel zu Würzburg, als der Collator der Pfarrei, für einen taug-

lichen Priester sorgen möge, der das Wort Gottes rein vortrage und die Sakramente nach dem Ritus der katholischen Kirche ausspende. Das Capitel schickte den Johann Fleischauer, der jedoch, weil er Neuerungen sich erlaubte, vom Bischof Conrad abberufen wurde.

An seine Stelle kam Andreas Seidenschwanz. Da dieser jedoch 1540 starb, bat der Abt in 3 Briefen, Bischof Conrad möge bei seinem Capitel dafür sorgen, daß die Pfarrei Hammelburg so bald als möglich mit einem unbescholtenen tauglichen und gelehrten Manne besetzt werde. Bischof Conrad antwortet: er habe die Sache dem Capitel vorgelegt und dieses habe erklärt, es habe bisher immer nach einem passenden Manne gesucht, weil aber die vorhergehenden Pfarrer von den Hammelburgern übel behandelt worden seien, so habe sich noch keiner gefunden; wenn übrigens Euer Liebden einen passenden wisse, so sei man bereit, ihm die Investitur zu geben. Als Abt Johann gestorben war, traf sein Nachfolger Philipp 1541 in Hammelburg noch keinen Pfarrer an, er wendete sich an Bischof Conrad und versprach, daß der künftige Pfarrer vor jeder Mißhandlung geschützt werden solle. Endlich im J. 1550 empfahl der Abt Wolfgang den Christoph Kelsel als Pfarrer von Hammelburg und schreibt unter Anderem: Wenn dieser also, wie er behauptet, ein katholischer Priester ist und die Prüfung bei Euer Liebden besteht, so bitten wir, daß dieser oder ein anderer Tauglicher mit der Pfarrei betraut werde.

Aus dem Gesagten erhellt zur Genüge, daß die Bischöfe von Würzburg über die Stadt Hammelburg die Jurisdiktion gehabt haben, daß diese auch stets von den Aebten zu Fulda anerkannt worden sei bis auf den unseligen Streit zwischen Bischof Julius und Abt Balthasar. Von den Bischöfen wurde nichts usurpirt, sie waren ohne Widerrede die Ordinarii nicht nur von Hammelburg, sondern vom ganzen Fuldischen Land. Das könnte ich bei jedem ein-

zelnen Orte nachweisen und zwar aus authentischen Urkunden. Das haben jedoch klar und siegreich bewiesen Diejenigen, welche zu Rom die Sache der Würzburger Kirche gegen die Fulder verfochten haben.

So weit Eckhart.

Ich schließe aus dem Ganzen: Wäre Bischof Julius in Ausübung seiner Jurisdiktion nicht behindert worden, wären die neuerungssüchtigen Bediensteten zu Hammelburg und die Bürger selbst die Unterthanen des Bischofs gewesen, so ist kein Zweifel, daß in Hammelburg gerade so verfahren worden wäre, wie von Bischof Julius in den zu seinem Territorium gehörigen Städten zur Bewahrung des alten Glaubens verfahren worden ist.

Hochachtungsvollst

Walter, Pfarrer.

LXVI.

Bücher- und Broschürenschau.

I.

Der belgische und der Frankfurter Broschürenverein. Das Schweizer Programm einer Handbücher-Bibliothek. Das theologische Literaturblatt von Bonn.

Vor uns liegen siebzehn Flugschriften, von denen seit geraumer Zeit diesseits und jenseits des Rheines soviel gesprochen und geschrieben wurde, daß auch wir derselben hier und zwar gleich in erster Linie gedenken wollen. Diese siebzehn Flugschriften sind die Erzeugnisse von zwei katholischen Broschürenvereinen, die seit Jahr und Tag mit segensreichem Erfolge wirken und deren Zustandekommen auch von unserer Seite freudig begrüßt wurde. Der belgische Broschürenverein, der seinen Sitz in Brüssel hat und vornehmlich von den Herren Ducpetiaux und Van der Haeghen geleitet wird, hat uns bis heute sechs Flugschriften zugesendet; der Frankfurter Broschürenverein, dessen leitendes Comité die Herren Thissen und Janssen von Frankfurt und Haffner von Mainz bilden, hat vor mehreren Wochen seinen ersten Jahrgang mit der zehnten Broschüre geschlossen und Mitte November die erste Flugschrift der zweiten Serie ausgegeben, eine Bearbeitung des Essays von Graf Montalembert über General La Moricière.

Wir können nicht genau angeben, wie groß die Zahl der Abonnenten des belgischen Vereins ist. Bei der vortrefflichen Organisation des katholischen Vereinswesens in Belgien dürfen wir aber eine sehr hohe Zahl annehmen, mag das Verhältniß zum deutschen Broschürenverein auch nicht dasselbe seyn wie das des internationalen Katholikencongresses in Mecheln zu unseren deutschen Generalversammlungen, die bekanntlich kaum den dritten Theil von Mitgliedern zählen wie die großartigen belgischen Congresse. Von den zehn ersten Flugschriften des deutschen Vereins wurden, wie man jetzt genau weiß, 275,000 Exemplare in Umlauf gesetzt und 300,000 gedruckt; während von der Broschüre Montalemberts gleich 40,000 Exemplare abgezogen wurden, so daß man sich also in Frankfurt der Hoffnung hinzugeben scheint, die Theilnahme des Publikums im katholischen Deutschland werde sich steigern und das Unternehmen sich noch günstiger gestalten als bisher; 27,000 Abonnenten auf ein Unternehmen das volksthümlich seyn will, ist auch nicht sehr viel bei mehr als 25 Millionen Katholiken. Und doch haben wir es bisher noch selten bei einem literarischen Unternehmen zu einer solchen Höhe gebracht. Nur der Borromäus-Verein in Bonn zählt stark über 40,000 Mitglieder und Theilnehmer.

Es muß uns erlaubt seyn, zwischen den belgischen und deutschen Broschüren einen Vergleich anzustellen. Sehen wir nur auf das Aeußere, so bemerken wir an den belgischen Vorzüge, welche den deutschen sehr zu wünschen wären. Die erste ausgenommen, haben die belgischen das handsamste und anmuthigste Broschüren-Format, sind gut geheftet und mit angenehmem Umschlag versehen, während die deutschen beim Aufschneiden auseinanderfallen. Druck und Papier sind bei den belgischen Flugschriften von sehr viel besserer Qualität als bei denen von Frankfurt, auf welch' letztere der Maschinenmeister des Druckers in der That mehr Sorgfalt verwenden sollte. Das Brüsseler Comité bindet sich weder an zwei Bogen (32 Seiten) noch an die Zahl zehn und ist dabei vielfach im Vortheil, wenn es auch nicht in der Lage ist, die Serie so billig zu geben, wie der Frankfurter Verein; denn der Jahrgang Brüsseler Broschüren kostet dritthalb Francs, während die Frankfurter Serie bekanntlich nur auf 36 Kreuzer zu stehen kommt. Doch gewährt der Brüsseler Verein bei anderthalb Francs Mehrzahlung ein

Exemplar der ganzen Serie mehr. Es ist dabei noch zu bemerken, daß z. B. die Broschüre des Bischofs Dechamps von Namur allein 131 Seiten stark ist.

Katholische Broschürenvereine sind schon öfter dagewesen. So trieb die katholische Bewegung in England ein derartiges Unternehmen hervor, welches drei oder vier Jahre Bestand hatte und in diesem Zeitraum viel Nutzen stiftete; eine Einsichtnahme des reichhaltigen Verzeichnisses der von diesem englischen Broschürenverein behandelten Themata ist vielleicht den Comité's in Brüssel und Frankfurt zu empfehlen. Auch in Spanien haben derartige literarische Unternehmungen vortheilhaft gewirkt und, wie wir auf dem Katholiken-Congreß in Mecheln 1864 erfahren haben, nicht bloß Hunderttausende sondern viele Millionen volksthümlicher Schriften in kurzer Zeit in Circulation gebracht, und zwar besonders seit 1851 und von Barcelona aus. Rein national-patriotische Zwecke verfolgte ein irischer Broschürenverein, der vor zwei Jahren entstanden ist und von dessen Flugblättern uns nur ein paar der ersten durch die Hände gegangen sind. Die Männer des „Allgemeinen deutschen Protestantenvereins", obenan Bluntschli, Schenkel, Schwarz, Rothe, die eine deutsch-protestantische Zukunftskirche zu etabliren vorhaben, in der Alles nivellirt, alle und jede Autorität beseitigt werden soll, diese Männer haben in einer vor zwei Monaten abgehaltenen Ausschußsitzung in Heidelberg beschlossen, ebenfalls einen Flugschriftenverein zu gründen, um durch volksthümliche Broschüren für ihre Reformideen unter dem deutschen Volke Propaganda zu machen; dieser Heidelberger Verein steht in seiner Einrichtung und Organisation auf ein Haar den erwähnten katholischen Unternehmungen ähnlich. Und damit zum gesunden Leben das eigentliche Zerrbild, die Ungestalt der Frazze nicht fehle, hat Johannes Ronge, der unglückselige Apostat, als er neulich abermals in Frankfurt eine Woche „sitzen" mußte, im Gefängniß den großen Entschluß gefaßt, ebenfalls und aus eigener geistiger Kraft einen Broschürenverein zu gründen mit der ausgesprochenen Tendenz, das katholische Deutschland loszureißen von Rom auf immer und ewig.

Der belgische Broschürenverein ist ein Kind des zweiten Katholiken-Congresses von Mecheln im J. 1864, ist eine Frucht der katholischen Bewegung in Belgien überhaupt, die seit 1862

und 1863 so große Dimensionen angenommen hat. Besonders geschah zur Hebung der katholischen Presse in Belgien seit drei Jahren Außerordentliches; in diesem Punkte sind uns Deutschen die Brüder in Belgien an Rührigkeit und Energie weit überlegen und haben wir allen Grund uns zu schämen vor ihnen. Ganz kolossal sind die Summen, die in Belgien zur Hebung der Presse aufgewendet wurden; der Erfolg konnte nicht ausbleiben. Heute läßt die Organisation der belgischen Presse wenig mehr zu wünschen übrig. Wir wollen Weniges andeuten. Seit Beginn des J. 1865 erhalten wir von Brüssel aus die Revue générale, eine reichhaltige gediegene Monatszeitschrift, die Mitarbeiter und Correspondenten in allen Ländern unterhält und sich als eine Revue ersten Ranges repräsentirt. Vom 1. November bis 31. Dezember dieses Jahres besteht sein Noviziat vor dem Publikum das neue große internationale Blatt in Brüssel „Le Catholique“ (dessen Mitarbeiter alle von der strengen Observanz sind), um vom 1. Januar 1866 ab den Katholiken aller Länder das langersehnte Centralorgan zu seyn. Auch ein wohlfeiles Volksblatt soll in Brüssel gegründet und gleich in 100,000 Exemplaren verbreitet werden. So erscheint also der belgische Broschürenverein bei näherem Zusehen nur als Glied in einer langen Kette literarischer Unternehmungen, die das katholische Belgien zum Ausgangspunkt haben.

Die erste Broschüre des belgischen Vereins erschien Anfangs April 1865 und ist derselben fast jeden Monat eine weitere gefolgt; sechs sind, wie gesagt, bis heute veröffentlicht. Der Verein begann seine Thätigkeit mit der Behandlung zweier Fragen, die damals — und auch heute noch — zu den brennendsten in Belgien gehörten. Diese für Belgien ganz zeitgemäßen Themata waren die Kirchhofsfrage und das Gesetz über die Verwaltung des Kirchen-Vermögens, und sie wurden von Advokat Woeste in Brüssel sehr geschickt behandelt, zum großen Aerger der Freimaurer und zur Freude der Katholiken, denen man nicht allein ihre gesonderten Friedhöfe nehmen, sondern auch in die Sakristeien und bis an den Tabernakel hineinregieren will. Die zweite Broschüre (68 S.), verfaßt von Jules Bernaerts, beschäftigt sich mit einem Gegenstand, über den in Deutschland die Kenntniß genugsam verbreitet ist, nämlich mit dem himmelschreienden Kindermord in China, der

bei einem beträchtlichen Theil der Bevölkerung dieses großen Reiches Sitte und Gewohnheit geworden ist und dem zu steuern die Regierung sich zu schwach fühlt, da die Sitten stärker sind als die Gesetze. Durch das weit verbreitete Werk der heil. Kindheit ist Jedem Gelegenheit geboten, zur Rettung dieser hinausgeworfenen und verstoßenen Kleinen nach Kräften beizutragen. Befaßte sich also diese Broschüre mit einem socialen Problem, dessen praktische Lösung ebenso schwierig ist wie gegenwärtig die Negerfrage in den Vereinigten Staaten Nordamerika's, so geht Bischof Dechamps von Namur, damals noch einfacher Redemptoristenpater, einer der bedeutendsten Männer Belgiens, in seiner sehr merkwürdigen Schrift „Appel et defi“ (131 S.) mit den Waffen der Wissenschaft dem gefährlichen Rationalismus, wie ihn das Freimaurerthum auf die Fahne schreibt, zu Leibe und weiß in seiner Composition die Klarstellung der wichtigsten Controversfragen sehr geschickt anzubringen. Er geht auch darauf aus, die Protestanten, die es gut meinen aber die halbe Wahrheit nur erkennen, zurückzuführen zur vollen Wahrheit, den Jüngern des Rationalismus zu zeigen, daß gerade die Vernunft, die sie so sehr erheben, sie verdammt, und die Schwachen zu stärken, damit sie nicht erliegen den combinirten Angriffen der Freimaurer, des Protestantismus und des glaubenslosen Liberalismus. Dechamps' Art zu schreiben hält die Mitte zwischen der Art des P. Gratry und jener des Monseigneur Ségür von Paris, ist aber gemeinverständlich und überzeugend.

Ein Franzose, der seinen Namen nicht genannt hat, zog in der vierten Broschüre „Les deux révolutions“ (46 S.) eine Parallele zwischen der Revolution von 1789 und jener von 1859 und berührt deren Ursachen und Lehren, die leitenden Männer und die Thatsachen. Man könnte diese kleine Schrift ein fortsetzendes und ergänzendes Pendant zu der fulminanten Broschüre des Bischofs Dupanloup über die Convention vom 15. September und die Encyclika vom 8. Dezember nennen, die in ihrer Wirkung und Verbreitung allein einen ganzen Broschürenverein werth war. Meister Ducpetiaux von Brüssel hat mit seiner Broschüre „Le prêtre hors de l'école“ (74 S.) einen Kernschuß in's Schwarze gethan. Soll der Volksunterricht mit dem Unterricht in der Religion verbunden bleiben, oder soll die Religion aus der Schule

hinaus? Auch das ist eine brennende Frage in Belgien wie anderwärts. Und diese Frage beantwortet Ducpetiaux so umfassend als gründlich und stützt sich bei seiner Beweisführung gerne auf pädagogische Schriftsteller Deutschlands. Von allen belgischen Broschüren wünschten wir diese am liebsten in's Deutsche übersetzt, sowie auch Ducpetiaux' Schrift über die religiösen Genossenschaften, die er uns beim Congreß in Trier gab, den Katholiken Deutschlands empfohlen zu werden verdient. Hr. Ducpetiaux zeigt in seinen Schriften eine große Belesenheit, erörtert sehr klar und weiß vor Allem den Volkston zu treffen.

Wie der Frankfurter Broschürenverein durch Grafen Montalembert eine Skizze über General Lamoricière erhalten, so ließ das Brüsseler Comité Nr. 4 des Frankfurter Vereins „Rußland und Polen vor hundert Jahren von Prof. Dr. Janssen" übersetzen und ist die Piece als sechste belgische Broschüre erschienen. Deßgleichen ist, wie wir wissen, vom Brüsseler Comité ein deutscher Schriftsteller beauftragt eine concise Darstellung katholischen Lebens und Schaffens auf allen Gebieten in Deutschland vom J. 1848 bis 1865 für den belgischen Broschürenverein zu liefern. Dieser gegenseitige Austausch ist ächtkatholisch und zeitgemäß, und können die beiden Vereine dadurch ihre Wirksamkeit nur fördern und verstärken.

Die Titel und die Namen der Verfasser der zehn Frankfurter Broschüren haben die Leser dieser Blätter auf S. 734 erfahren und wohl nur Wenigen kommen diese Zeilen in's Gesicht, welche nicht auch die Flugschriften selbst gelesen haben, so daß wir hier billig auf eine detaillirte Analyse des Inhalts derselben verzichten dürfen. Auch hat der deutsche Broschürenverein auf der Generalversammlung in Trier vor dem ganzen katholischen Deutschland ein so strenges Rigorosum bestanden — und sagen wir es auch, ehrenhaft bestanden, daß nichts dabei herauskommen kann, noch weiter strenge Kritik zu üben. Freuen wir uns der katholischen That, des fruchtbaren Schaffens! Wir überschätzen die Broschürenvereine nicht, wollen ihnen eine größere Bedeutung nicht zuerkennen, als sie wirklich haben; aber sie sind auch ein Mittel zum Zweck, ein vortreffliches Mittel zur Katholisirung der öffentlichen Meinung, zur Verbannung weitverbreiteter tiefeingefressener

Lügen, zur Erörterung der Fragen die sich als die wichtigsten und zeitgemäßesten aneinanderreihen. Die Broschürenvereine werden vielleicht wieder anderen Unternehmungen Platz machen, aber wenn sie so fortfahren wie sie angefangen und sich noch mehr vervollkommnen, wird man von ihnen sagen können, daß sie ihre Schuldigkeit gethan haben.

Der Frankfurter Broschürenverein verspricht auch in seinen zahlreichen Ankündigungen, daß bei der zweiten Serie alle zu Trier ausgesprochenen Wünsche befriedigt werden sollen. Die kräftigste Opposition bei der Debatte in Trier war aus Baden und Westfalen gekommen; alle Einwürfe spitzten sich dahin zu: „in diesem Professorenton darf nicht mehr fortgeschrieben werden, die Broschüren sind noch zu gelehrt, wir können sie für das Land gar nicht und für die Städte wenig brauchen: schlagt einmal den ächten Volkston an und die Sache wird sich viel besser machen.“ Etwas Wahres ist daran; aber die Volksschriftsteller kann man nicht so aus der Erde stampfen und wir Deutsche glauben nun einmal bei Allem zu den Professoren gehen zu müssen, um etwas recht Gescheidtes zu erhalten. Uns persönlich hat die Broschüre von Professor Haffner über den modernen Materialismus am besten gefallen; dann die so praktisch anregende und inhaltreiche Broschüre von Dr. A. Reichensperger „Die Kunst Jedermanns Sache“, durch welche der ruhmwürdige Vorkämpfer des christlich germanischen Baustyles seine gesunden Ideen, für die er seit 25 Jahren kämpft, noch einmal in die weitesten Kreise verbreitete. An diese beiden gewiß ausgezeichneten Schriften reihen sich ehrenvoll die Broschüre von Dr. Roßbach über „Industrie und Christenthum“ und die beiden historischen Essay's von Professor Janssen. Ein Blick in die neue Broschüre des Grafen Montalembert aber, die von Professor Ebeling in Paris sehr gut bearbeitet ist, zeigt uns, was die wahre populäre Schreibart ist. — Damit scheiden wir von den katholischen Broschürenvereinen, beiden reichen Erfolg und eine segensvolle Zukunft wünschend.

Eben wird in Deutschland ein Programm verbreitet, das aus der katholischen Schweiz kommt und die Gelehrten und Schriftsteller zu einem Unternehmen einladet, das, wenn es in gewünschter Vollkommenheit gelingt, von viel nachhaltigeren Folgen

seyn wird als die Broschürenvereine, und das um viele Stufen höher steht als diese. Es handelt sich darum, auf Grundlage der Encyclika und des Syllabus vom 8. Dezember 1864 die wahre katholische Wissenschaft durch entsprechende, belehrende und unterrichtende Bücher unter dem größeren Publikum zu verbreiten. Zu diesem Zwecke soll eine Bibliothek von Handbüchern über sämmtliche Zweige des menschlichen Wissens herausgegeben werden, also etwa vier Bände über die theologischen Fächer, sechs Bände über Jurisprudenz und Staatswissenschaft, sechs Bände über die philosophischen Disciplinen, zehn Bände über die Naturwissenschaften und die technischen Fächer, sieben Bände über Geschichte und Geographie und als Schlußband ein Generalregister. Diese Handbücher sollen in einer verständlichen, gedrängten Sprache geschrieben werden, indem dieselben nicht für Gelehrte vom Fach, sondern für das größere Publikum geistlichen und weltlichen Standes bestimmt sind. Jedes Handbuch soll für sich ein Ganzes bilden und daher auch einzeln ausgegeben werden. Gelehrte wie Verleger seien für dieses großartige Unternehmen bereits interessirt und gewonnen. Kein kostbareres Weihnachtsgeschenk könnte dem katholischen Deutschland geboten werden, als die Sicherheit des Gelingens bei diesem Werke. Denn es ist hohe Zeit, daß die Katholiken aller Länder sich emancipiren von der modernen Afterwissenschaft und jener Presse, die für und von der Lüge lebt.

Die bedeutendsten Theologen Deutschlands haben sich geeinigt, von Neujahr 1866 ab ein „Theologisches Literaturblatt“ herauszugeben, das alle vierzehn Tage erscheinen soll; Hr. Professor Reusch in Bonn wird die Redaktion besorgen. Wenn die Herren ihre Versprechungen halten, dann ist Aussicht vorhanden, daß wir endlich einmal im katholischen Deutschland ein theologisch-kritisches Organ ersten Ranges erhalten, welches bis zur Stunde noch immer uns mangelt.

II.

Pflanz. Kist. — Pluart. Külb-Drexelius. Buohler ꝛc. — Molitor. E. Ringseis. Bolanden. Holzwarth. — Schöppner. Guenot. Lindemann — Baluy. Adjutus. Weickum. Scheeben.

Man erinnert uns daran, daß Weihnachten und Neujahr vor der Thüre seien. Der Wink ist leicht zu verstehen. Wir sollen dießmal mehr praktisch seyn, heißt es, sollen uns auch mit Büchern beschäftigen, welche als Weihnachts- und Neujahrsgeschenke empfohlen zu werden verdienen. Es sei; aber nur einmal im Jahr, denn unsere Aufgabe ist eine andere. Fassen wir uns knapp und kurz und fangen von unten an, um aufwärts zu steigen. Welche von neu erschienenen Büchern kann z. B. ein Landpfarrer, ein Kaplan den Leselustigen seines Dorfes und der Pfarrei für die Winterabende als nützliche und unterhaltende Hauslektüre empfehlen? Dieser Empfehlung würdig sind vor Allem die „Lebensbilder aus Dorf und Stadt" von J. A. Pflanz (Freiburg, Herder). In diesem Volksbuche stehen acht Geschichten, so wahr, so ganz aus dem Leben gegriffen und dem Volksverständniß entsprechend erzählt, daß es für jede Familie eine kostbare Unterhaltung gewährt, wenn der Sohn oder die Tochter des Abends eine Stunde daraus vorlesen. Pflanz hat schon früher „Geschichten für's Volk und seine Freunde" geschrieben, die in den weitesten Kreisen verbreitet wurden, weil sie rechte ächte Volksgeschichten sind, denen man es ansieht, daß sie Erlebtes, Selbstgeschautes und Gefühltes wiedergeben. — Auch Leopold Kist von Stetten am kalten Markt weiß für das Landvolk zu schreiben. Durch fünf vor uns liegende Bücher, die er rasch nacheinander veröffentlicht hat, stellt er sich selbst das Zeugniß aus, daß er ein volksthümlicher Schriftsteller genannt werden müsse. Das ist freilich derbe Kost, die er bietet, sehr derb mitunter und allzu schmalzig kommt uns dieser im Ausdruck wenig wählerische Humor vor. Aber Kist kennt wohl sein Publikum und weiß, was demselben mundet. Er schreibt Alles nieder was ihm beifällt, und die kunstreiche Composition macht ihm nicht viel Sorge, er wird gewiß niemals dunkel oder zu kurz; für Alles entschädiget jedoch der unvergleichliche Reichthum an Geschichten

und Geschichtlein, die er so geschickt anzubringen und zu verweben versteht, so daß wir auf jeder Seite Neues erfahren, was unterhält, erlustigt oder auch sehr ernst stimmt. So enthält die aus drei Bänden bestehende „Hausapothek" wohl bei 500 derartige Anekdoten und Geschichten. Diese „Hausapothek" beschäftigt sich ausschließlich mit der Familie: mit dem Familienleben in Leid und Freud; mit den Familienkrankheiten, die leider Gott in schrecklichem Maße über Hand nehmen, und endlich mit dem Familienglück, das in so wenig Familien mehr zu finden ist. Zu bessern, zu heilen, zu retten, das ist der Zweck dieser drei Bücher, sie wollen eine Radicalkur am ärgsten Uebel unserer Zeit. Auch der „Geistliche Schatzgräber" von L. Kist gehört hieher, der in unterhaltender Weise die wichtigsten Angelegenheiten der Seele bespricht und im ersten Hefte zunächst über Unsterblichkeit, Zeit und Tod handelt; sowie das „Dienstbüchlein fürs Christenthum", das uns am meisten zugesagt hat von den Kist'schen Schriften. Dieses Dienstbüchlein sucht nachzuweisen, was die Welt war vor dem Christenthum, was sie wurde durch das Christenthum und was sie wird ohne das Christenthum; es verzeichnet die großen Dienste, welche das Christenthum der armen, unglückseligen, verlassenen, hilfsbedürftigen, trostlosen, sündigen Menschheit erwiesen. „Ich liebe, sagt Kist, keine Wortfechterei, keine hohlen Phrasen und anmaßende, hochtrabende Tiraden; ich stelle Bürgschaft und Caution für meine Behauptungen." Und er hält Wort. Man könnte sein „Dienstbüchlein" eine populäre Geschichtsphilosophie in Exempeln nennen.

Dank dem Himmel hat unser deutsches Volk das Beten noch nicht ganz verlernt, ja es wird noch recht viel gebetet und für Unzählige ist ein kräftiges Gebetbuch ein kostbarer Schatz und das erwünschteste Geschenk. Wohl das volksthümlichste der deutschen Gebetbücher kann die „Erklärung des heiligen Meßopfers" vom ehrwürdigen P. Martin v. Cochem genannt werden. Das ist ein nationales Andachtsbuch, seit 150 Jahren weitverbreitet im Vaterland, ein Lieblingsbuch unserer Vorfahren. Joseph von Görres und Joh. Friedrich Böhmer, diese großen Kenner des deutschen Volkes, haben gerne den P. Martin von Cochem als einen der ersten unserer ascetischen Schriftsteller gepriesen. P. Cochem († 1712) war ein sehr fruchtbarer Schriftsteller, aber

seine Meßerklärung ist unstreitig das Beste, was er geschrieben hat. Es ist nun dieses Werk vor ein paar Monaten in neuer Bearbeitung herausgekommen (Köln, Bachem). Aus diesem Buche kann unser katholisches Volk eine tiefe Erkenntniß des hl. Meßopfers und seines unermeßlichen Nutzens gewinnen. Der Bearbeiter der neuen Ausgabe ist sehr correkt verfahren und hat das Buch durch ihn in jeder Weise gewonnen.

Weil wir einmal bei der Erbauungsliteratur stehen, müssen noch einige Namen wenigstens genannt werden. Ein recht liebliches Advent- und Weihnachtsbüchlein ist Abbé Pinarts „Krippe und Kreuz“ übersetzt von Hilf (Mainz, Kirchheim), das in 46 Kapiteln das ganze Leben des Sohnes Gottes auf Erden darstellt, und in Frankreich zehn Auflagen erlebte. Viel großartiger angelegt aber ist das dreibändige Werk von dem alten Jesuitenpater Jeremias Drexelius: „Jesus Christus, die Wonne des Menschengeschlechtes“, aus dem Lateinischen bearbeitet von Dr. Külb, der die gesammelten Schriften dieses berühmten Schriftstellers in modernes Gewand zu kleiden beabsichtigt. J. Göser, Pfarrer in Sontheim, hat das liebeathmende Büchlein des Abbé de la Bouillerie, Generalvicars von Paris: „Betrachtungen über das allerheiligste Altarssacrament“ nach der achten Auflage desselben übersetzt und bildet es nun ein Glied in der Sammlung eleganter Miniaturausgaben ascetischer Schriften (27 Bändchen), die Hurter in Schaffhausen veranstaltet hat. Den Marienverehrern eine willkommene Gabe ist das „Ave Maria“ (262 S.) von Bischof Martin von Paderborn, nach dem „Marien-Spiegel“ des heil. Buonaventura frei bearbeitet. Damit wir nun aus der Kirche auch einen Schritt in die Sakristei thun, so empfehlen wir recht warm, zur weitesten Verbreitung an die geeignete Adresse, Buohlers „vollständiges Rubriken-Büchlein für den katholischen Meßner“ (Hurter, Schaffhausen), denn bei dieser wichtigen Menschenklasse ist eine Reform gewiß sehr angezeigt.

Eine Gruppe von Büchern, alle ausnehmend geeignet zur Verwendung in der Festzeit, bilden nachstehende großentheils ganz neue Publikationen aus der schönen Literatur: 1) „Die Freigelassene Neros“, ein dramatisches Gedicht von W. Molitor (Mainz, Kirchheim). 2) Gedichte von Emilie Ringseis (Freiburg, Herder).

3) Angela, von Conrad von Bolanden (Regensburg, Pustet). 4) „In kummervollen Tagen" von Holzwarth (Schaffhausen, Hurter). Sodann aus dem Gebiet der populären Geschichtschreibung: „Charakterbilder der Allgemeinen Geschichte" von Schöppner, die „Zeitbilder und Erzählungen aus der Geschichte der christlichen Kirche" von Guenot (Hanani und Sabinianus) und die „Geschichte der deutschen Literatur" von W. Lindemann. - Alles Lektüre für die mehr erwachsenen Söhne und Töchter des Hauses in gebildeten Lebenskreisen.

Ist „Angela" eine anmuthige Erzählung aus der unmittelbaren Gegenwart, so führt uns das dramatische Meisterwerk Molitors in die Tage des Ursprungs des Christenthums und der Kirche zurück, da Paulus mit Seneca verkehrte, St. Petrus im Hause des Senators Pudens das unblutige Opfer feierte, Nero die Christen in Pechgewande hüllen und sie anzünden ließ dem römischen Volke zum gräßlichen Schauspiel. Irene selbst, die Jungfrau aus Germanien, erst Sklavin im Palaste Nero's, dann vom Cäsar der Freiheit wiedergegeben, vom hl. Paulus dem Christenthum gewonnen, wird im Amphitheater von einem numidischen Leoparden zerrissen, weil sie sich weigert, dem Kaiser ihre Ehre zu opfern. Reich an prächtig poetischen Momenten, wirksam in der Gruppirung und tadellos in der Form, ist dieß großartige Gedicht uns zugleich der Beweis, daß Molitor, der rheinische Sänger, immer höhere Meisterschaft anstrebt und der höchsten Vollendung entgegenarbeitet. — So meinen wir auch in der „Angela" Conrads von Bolanden einen Fortschritt zu erkennen, und finden alle etwaigen Extravaganzen in früheren Romanen und Erzählungen des so fruchtbaren Autors vermieden; nichts hat uns gestört in dieser völlig harmonischen Composition. Zwei krankhafte Erscheinungen der Gegenwart: die auffallende Scheu der jungen Männer sich in das Joch der Ehe zu fügen, und was die Ursache davon ist, die Vergnügungs- und Putzsucht, der vorwiegende Hang zur Aeußerlichkeit des gegenwärtigen Frauengeschlechtes, diese Zeitkrankheiten bieten pikanten Stoff zu lebendigen Schilderungen unserer *socialen* Zustände in diesem Gebiete und zeigen zugleich die Tendenz der Erzählung, die wir nur billigen müssen. Zu Molitors Irene verhält sich die Angela wie ein Genrebild zum großen historischen

Gemälde; aber Ausführung und Vollendung sind bei beiden tadellos. — Die oben erwähnte Erzählung von Holzwarth spielt in der Zeit der Königin Elisabeth von England, da es eine große Summe kostete, wenn ein Papist zur hl. Messe ging, und jeder Katholik durch das Nichtbesuchen anglikanischen Gottesdienstes nach und nach um sein ganzes Vermögen kam, da die Priester wie wilde Thiere gehetzt wurden und auf den Schlössern der katholischen Lords und Baronets ein für den Nichteingeweihten unauffindbares Gemach als Zufluchtsstätte für die Priester eingerichtet war. Diese entsetzlichen Zustände weiß Holzwarth mit historischer Treue zu schildern und es steigert sich das Interesse des Lesers bis zum Ende; nur fehlt, wie uns dünkt, der Composition die wünschenswerthe Ruhe und die anmuthende Harmonie; es ist etwas zu Aphoristisches, zu stark Durcheinandergeschobenes in den Kapiteln. Immerhin aber enthält auch dieses Bild aus der Zeit des englischen Martyriums des Anregenden so viel, daß es wohl verdient, einen Platz auf dem Weihnachtstisch einzunehmen. — Ueber die „Gedichte“ von Emilie Ringseis werden diese Blätter eine besondere Besprechung bringen; einstweilen empfehlen wir sie der Aufmerksamkeit der Freunde einer ernsten Muse.

Herr Bachem in Köln hat es unternommen, ein sehr zeitgemäßes französisches Unternehmen auch dem katholischen Deutschland nutzbar zu machen. Französische Schriftsteller suchen jene Idee zu verwirklichen, mit der sich Cardinal Wiseman viel und lange beschäftigte, nämlich die Hauptepochen aus der Gründungs- und Entwicklungsgeschichte der Kirchen zu schildern, in Bildern, welche Zeit und Umstände charakterisiren. Diese „Zeitbilder in Erzählungen“ suchen die Kenntnißnahme der Kirchengeschichte bei Solchen zu befördern, bei denen rein wissenschaftliche Darstellungen nicht angebracht sind; sie bieten, wie man dieß heutzutage will, ihren ernsten Kern in nicht zu harter Schale. Indem nun die französischen Werke auf deutschen Boden verpflanzt werden, beschränken sich die mit dieser Arbeit beschäftigten Gelehrten nicht auf die einfache Uebersetzung, sondern suchen auch die in unserm Vaterlande auf dem kirchengeschichtlichen Gebiete gewonnenen Resultate zu verwerthen. Nun sind wir freilich auch der Ansicht wie viele Andere mit uns, man soll nicht immer gleich jedes ausländische Gewächs

importiren, sondern mehr die heimische Produktionskraft zu selbstständigem Schaffen anspornen; es wäre uns lieber, wenn auch in Deutschland Meisterwerke geschaffen würden wie Wiseman's „Fabiola" und Newman's „Callista"; an Talenten fehlt es uns nicht gar so sehr. Aber nachdem wir „Hanani" oder die letzten Tage Jerusalems, und „Sabinianus" oder die ersten Apostel Galliens gelesen, müssen wir das Unternehmen doch willkommen heißen, und glauben in diesen „Zeitbildern" eine wirkliche Bereicherung der katholischen Literatur erblicken zu dürfen. Das ist nun einmal die Art, wie sie dem Publikum zusagt. Die Lesung dieser Bücher erwärmt uns und bereitet uns einen so erhebenden Genuß, daß wir den französischen Beigeschmack, wo er noch — nur selten — bemerkbar wird, gerne in den Kauf geben. Als Lektüre für die studirende Jugend sind diese Erzählungen besonders empfehlenswerth. Die ganze Sammlung wird vielleicht auf zwanzig Bände kommen.

Wie dieses französisch-deutsche Unternehmen die Kirchengeschichte in ihren hauptsächlichsten Ereignissen zu popularisiren sucht, so befassen sich Dr. Schöppner's bekannte „Charakterbilder" mit der Profangeschichte, ohne aber die Kirchen- und Culturgeschichte völlig außer Acht zu lassen. Das verdienstvolle Werk hat schon in der erster Auflage eine befriedigende Verbreitung gefunden. Nach Schöppner's Tode umgearbeitet und wesentlich vermehrt erschienen „Alterthum" (654 S.) und „Mittelalter" (660 S) im J. 1865 in zweiter Auflage; der dritte Band wird demnächst das Werk abschließen. Diese „Charakterbilder", nach den Meisterwerken der Geschichtschreibung bearbeitet, stehen wissenschaftlich natürlich bedeutend höher als jene „Zeitbilder in Erzählungen." Der erste Band (Alterthum) hat eine Bereicherung von vierzehn neuen Artikeln erfahren, welche vornehmlich das culturhistorische Moment im Auge haben. Wir haben uns eingehend nur mit dem zweiten Band „Mittelalter" beschäftigt, den unter unsern jüngern Historikern Einer der Tüchtigsten umgearbeitet hat; in diesem Bande sind die historischen Forschungen der Neuzeit gewissenhaft benützt; zwölf neue Abhandlungen wurden eingeschaltet, der Culturgeschichte sind einundzwanzig Abschnitte gewidmet. Nirgends finden wir die Tendenz, schön zu färben; ist auch die Rücksicht auf formelle Vollendung jener auf historische Wahrheit untergeordnet, wir begegnen

doch häufig einer Darstellung, die an Schönheit nichts zu wünschen übrig läßt. Da dieß Geschichtswerk pädagogische Zwecke verfolgt, so ist ihm vor Allem unter den Studirenden die größte Verbreitung zu wünschen. — Das Gleiche möchten wir auch von W. Lindemann's „Geschichte der deutschen Literatur" gesagt haben, von der bisher zwei Lieferungen (bei Herder in Freiburg) erschienen sind und die bis Ostern vollendet seyn wird. Allem Anschein nach erhalten wir Katholiken in Deutschland endlich einmal eine Literatur-Geschichte die sich sehen lassen kann.

Wir wollen schließlich auch der geistlichen Herrn noch in Kürze gedenken. Unabsehbar wird jedoch sofort der Stoff. Denn auf die Geistlichen haben es die Verleger immer am meisten abgesehen und vom Gelde der Geistlichen werden reich Verleger und Sortimenter — unausbleiblich. Was sollen wir herausgreifen aus der Fülle? 1) Das Handbuch für junge Kleriker von P. Benedikt Valuy (Regensburg, Manz), in den Klerikal-Seminarien gut zu gebrauchen. 2) Lesebüchlein für die Pfarrherrn von J. Adjutus (3 Bändchen, bei Hurter in Schaffhausen), worin so viel Altes und Neues, Schönes und Wahres, Anregendes und Erbauendes aus Concilien und Kirchenvätern und dem reichen Schatze der kirchlichen Literatur zusammengetragen ist, daß die drei Bände fast eine kleine Bibliothek ersetzen. 3) Das heilige Meßopfer von Karl Weickum, Domcapitular in Freiburg (520 S.). Dieses Buch möchten wir mehr als irgend ein anderes dem deutschen Klerus empfohlen haben; zum Selbststudium, zur Belehrung des Volkes in Stadt und Land, zur Anwendung in der praktischen Seelsorge vielseitig brauchbar und immer willkommen; wir finden dogmatische Erörterungen, Widerlegungen der hauptsächlichsten Einwürfe; im liturgischen Theile sind die historischen und archäologischen wissenswerthen Momente eingefügt. Keiner studirt dieß Werk ohne wesentliche Bereicherung seiner Kenntnisse erfahren zu haben. Es ist dem Bischof von Würzburg zur 25jährigen Jubelfeier des bischöflichen Amtes (4. Oktober 1865) gewidmet. 4) Die Mysterien des Christenthums von Dr. M. J. Scheeben, (Freiburg, Herder. 772 S. Preis 4 fl.). Mit diesem umfangreichen Werke sind wir auf der Höhe der Wissenschaft angelangt. Der Verfasser sucht zwar seine Leser nicht bloß unter den Fachtheologen, sondern in allen

denjenigen Kreisen, welche Sinn und Interesse für einen tieferen Einblick in die hehren Mysterien unseres heiligen Glaubens besitzen. Aber um ihm in seiner Spekulation folgen zu können, muß sich „mit gründlicher Geistesbildung ernster Muth und Energie verbinden." Die Schrift Scheebens „Die Herrlichkeiten der göttlichen Gnade" war populärer gehalten; das Buch über die Mysterien verfolgt nicht so sehr erbauliche als rein wissenschaftliche Zwecke. „Indeß", sagt der Verf., „habe ich mich doch auch hier bemüht, die Darstellung so einfach und klar als möglich zu halten und gebe mich der Hoffnung hin daß auch der nicht philosophisch durchgebildete Leser ohne allzu große Anstrengung mir werde folgen können. Aus Furcht, durch die Kürze dunkel zu werden oder wenigstens meine Gedanken nicht nachdrücklich genug auszusprechen, bin ich vielleicht zuweilen in den entgegengesetzten Fehler einer zu großen Breite gefallen, den aber der nachsichtige Leser gütig verzeihen wird." Das grundgelehrte Buch handelt von dem Mysterium der Trinität, von dem Mysterium Gottes in der ursprünglichen Schöpfung, vom Mysterium der Sünde im Allgemeinen und der Erbsünde insbesondere, von den Mysterien des Gottmenschen, der Eucharistie, der Kirche und ihrer Sakramente, vom Mysterium der christlichen Rechtfertigung, der Verklärung und der letzten Dinge und endlich vom Mysterium der Prädestination. Man hat Wochen und Monate lang Arbeit um durch das Buch durchzukommen. Aber dieß wird den wissenschaftlich strebsamen Priester nicht abhalten, mit Ernst an das Studium zu gehen. Den deutschen Klerus soll der Vorwurf nicht treffen (der im Allgemeinen jetzt mit Recht gegen das lesende Publikum erhoben wird), daß er nur nach Broschüren greife und Werke von ächt wissenschaftlichem Gehalt zurückweise.


Stanford University Libraries
3 6105 013 435 453